

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

27

1. 1. 1976–31. 12. 1978

CHRONOS • ARMANDO DADÒ EDITORE • ÉDITIONS ZOÉ

VERÖFFENTLICHT
DURCH DIE SCHWEIZERISCHE AKADEMIE
DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN,
UNTER DEM PATRONAT DER SCHWEIZERISCHEN GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE,
MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS
UND DES EIDGENÖSSISCHEN DÉPARTEMENTS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

PUBLIÉS
PAR L'ACADÉMIE SUISSE DES SCIENCES HUMAINES ET SOCIALES,
SOUS LE PATRONAGE DE LA SOCIÉTÉ SUISSE D'HISTOIRE,
AVEC LE SOUTIEN DES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
ET DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

PUBBLICATI
ATTRAVERSO L'ACCADEMIA SVIZZERA DI SCIENZE UMANE E SOCIALI,
SOTTO IL PATROCINIO DELLA SOCIETÀ SVIZZERA DI STORIA,
CON IL SOSTEGNO DELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO
E DEL DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER
SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

BAND – VOLUME 27
(1. 1. 1976 – 31. 12. 1978)

FORSCHUNGSGRUPPE – GROUPE DE RECHERCHE – GRUPPO DI RICERCA:
Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca

Sacha Zala

Mitarbeiter/innen – Collaborateurs/Collaboratrices – Collaboratori/Collaboratrici

Pierre Brodard
Thomas Bürgisser
Sabine Dändliker
Dominik Matter
Joël Swai Praz
Maurizio Rossi
Franziska Ruchti
Christiane Sibille
Yves Steiner

CHRONOS VERLAG, ZÜRICH
ARMANDO DADÒ, LOCARNO
ÉDITIONS ZOÉ, GENÈVE

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Präsidentin	Madeleine Herren, Professorin an der Universität Basel
Vizepräsident	Andreas Kellerhals, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs (bis 2018)
Sekretär	Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Direttore	Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz

Mitglieder / Membres / Membri

Benno Bättig	Generalsekretär des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (bis 2017)
Sébastien Guex	Professeur à l'Université de Lausanne
Claude Hauser	Professeur à l'Université de Fribourg
Matthieu Leimgruber	Professor an der Universität Zürich
Julia Richers	Professorin an der Universität Bern
Davide Rodogno	Professeur à l'Institut des hautes études internationales et du développement
Kristina Schulz	Professeur à l'Université de Neuchâtel (dès 2019)
Matthias Schulz	Professeur à l'Université de Genève
Brigitte Studer	Professorin an der Universität Bern
Laurent Tissot	Professeur à l'Université de Neuchâtel (jusqu'en 2018)

INHALTSVERZEICHNIS / TABLE DES MATIERES / SOMMARIO

I.	Vorwort / Avant-propos / Prefazione	VII
II.	Editorische Notiz / Note éditoriale / Introduzione editoriale	XIII
III.	Einleitung	XXXI
IV.	Abkürzungen/Abréviations/Abbreviazioni.....	XLIII
V.	Dokumentenverzeichnis / Table des documents / Indice e sommario dei documenti.....	LI
VI.	Dokumente / Documents / Documenti	1
VII.	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	493
VIII.	Register / Index / Indice	496
VIII.1.	Personenregister / Index des noms de personnes / Indice delle persone.....	496
VIII.2.	Körperschaftsregister / Index des organisations / Indice delle organizzazioni	508
VIII.3.	Register der geografischen Bezeichnungen / Index des noms géographiques / Indice dei nomi geografici	518
IX.	Verzeichnis der benutzten Bestände / Liste des fonds utilisés / Lista dei fondi utilizzati.....	527
X.	Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossen- schaft im Schweizerischen Bundesarchiv / Liste des dossiers de la Confédération non accessibles dans les Archives fédérales suisses / Elenco dei fascicoli della Confederazione non accessibili nell'Archivio federale svizzero	534

I. VORWORT

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) beabsichtigt mit ihren zahlreichen Publikationen einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz zu vermitteln. Sie stellt Forschung und Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung, welche die Geschichte der Aussenbeziehungen und die dichte transnationale Verflechtung der Schweiz illustrieren und deren Verständnis erleichtern. Eine breite Auffassung von grenzübergreifenden Prozessen erlaubt die Reflexion neuer, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachteter Themen, die vielfältige Einsichten in die Vernetzung der Schweiz im System der internationalen Beziehungen ermöglichen und einen schweizerischen Beitrag zur Globalgeschichte darstellen.

Als Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) steht Dodis unter dem Patronat der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* (SGG) und geniesst die Unterstützung des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) sowie des *Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten* (EDA). Die wissenschaftliche Verantwortung für das Projekt sichert eine Kommission, in der Professorinnen und Professoren aus den historischen Instituten der Schweizer Universitäten vertreten sind.

Die Edition der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) besteht aus einer ersten, abgeschlossenen Serie über die Periode 1848–1945 (15 Bände) sowie einer zweiten Serie über die Periode 1945–1989 (bislang, mit dem vorliegenden, 12 Bände). Eine dritte Serie über die Jahre 1990–1999 soll zeitnah an der Öffnung der Archivbestände – entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für das Archivgut des Bundes – mit jährlichen Bänden erfolgen. Der erste Band der dritten Serie zum Jahr 1990 wird pünktlich im Januar 2021 veröffentlicht. Mit dem unmittelbaren Zugang zu den Dokumenten nach Ablauf der Schutzfrist erreichen die von Dodis publizierten Dokumente einen bislang nicht realisierten Aktualitätsbezug, der neue Forschungen zur Zeitgeschichte fördern soll. Nebst der stetig wachsenden Menge an Dokumenten der Bundesverwaltung haben die verstärkte internationale Vernetzung und die wachsende Bedeutung transnationaler Fragestellungen die relevanten Bestände für aussenpolitische Analysen substanziell erweitert. Mit dieser massiven Zunahme steigt auch die Bedeutung der Auswahl der für den jeweiligen Zeitraum relevanten Aktenstücke: In den einleitenden Texten sowie im Anhang liefert der Forschungsleiter alle nötigen Informationen, um die Transparenz der getroffenen Selektion zu garantieren.

Durch die bereits eingesetzte Massendigitalisierung von Archivgut und die baldige Zunahme digitaler Quellenbestände wird die Anzahl digital verfügbarer Quellen nochmals massiv zunehmen. Umso wichtiger ist es, deren wissenschaftliche Relevanz durch präzise erfasste quellenkritische Merkmale und die Verwendung von Metadaten sicherzustellen. Die DDS-Bände werden seit 1997 von der Online-Datenbank Dodis ergänzt (www.dodis.ch), die inter-

national als Pionierleistung gilt und sich durch hohe Frequenzen der Benutzung auszeichnet. Durch die in den letzten Jahren erfolgten kontinuierlichen Verbesserungen an der Datenbank Dodis hat die Forschungsstelle eine führende Rolle im Netzwerk der internationalen Editoren diplomatischer Dokumente erreicht. Die frei zugängliche Datenbank enthält momentan rund 30'000 Dokumente über die gesamte Periode des Bundesstaats ab 1848. Im vorliegenden Band 27 (1976–1978) wurden 195 Dokumente ediert, die durch die zahlreichen Querverweise und Verknüpfungen im Anmerkungsapparat und in den Registern auch als Orientierungshilfe zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen in der Datenbank Dodis dienen. Alleine aus den Jahren 1976–1978 hat die Forschungsstelle mehr als 3600 weitere Dokumente im Faksimile mit präzisen Metadaten publiziert.

Wie sehr das vielfältige Angebot neue Forschungszugänge befördert und zu neuen Erkenntnissen führt, zeigt unter anderem die Reihe *Quaderni di Dodis*, die Monographien, Sammelbände und thematische Quellensammlungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz enthält. Kürzere Forschungsbeiträge zu denselben Themen können in der Zeitschrift *Saggi di Dodis* veröffentlicht werden. Alle Dodis-Publikationen sind dem Open-Access-Prinzip verpflichtet und können in verschiedenen Formaten frei heruntergeladen werden.

Von der Publikation der Quellenbände, der steten Verbesserung der Datenbank Dodis, der Herausgabe aller anderen Veröffentlichungen sowie den weiteren fruchtbaren wissenschaftlichen Aktivitäten der Forschungsstelle erhoffen wir uns zweierlei: Das Forschungs- und Editionsprojekt soll einerseits dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen, Journalisten, Forscherinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch allen Mitgliedern von Regierung, Parlament, Bundesverwaltung und Diplomatie aussenpolitische Orientierungshilfe geben und Wissen vermitteln, das bislang nur unter grossem Aufwand zu erlangen war. Es gilt also, das Projekt weiterhin auf Kurs zu halten und über die Dokumentation grenzübergreifender Verflechtungsprozesse die globale Vernetzung der Schweiz analytisch greifbar und einer kritischen Lektüre zugänglich zu machen.

Bern, Mai 2020

MADELEINE HERREN
Präsidentin des wissenschaftlichen Beirates

SACHA ZALA
Direktor der Forschungsstelle Dodis

I. AVANT-PROPOS

Le centre de recherche *Documents Diplomatiques Suisses* (Dodis), avec ses nombreuses publications, cherche à dresser un panorama de l'ensemble des relations internationales de la Suisse. Pour ce faire, il met à la disposition de la recherche et du grand public une sélection de sources officielles. Celles-ci illustrent, tout en facilitant la compréhension, l'histoire des relations extérieures de la Suisse et de sa dense intégration transnationale. Une vue d'ensemble des processus transfrontaliers permet de réfléchir à des sujets inédits, n'ayant encore guère reçu d'attention dans le débat public. Ces sujets offrent un large éventail d'aperçus sur la mise en réseau de la Suisse dans le système des relations internationales. Ils représentent enfin la contribution suisse à l'histoire mondiale.

En tant qu'institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH), Dodis est placé sous le patronage de la *Société suisse d'histoire* (SSH) et bénéficie du soutien des *Archives fédérales suisses* (AFS) ainsi que du *Département fédéral des affaires étrangères* (DFAE). La responsabilité scientifique du projet est assurée par une commission composée de professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses.

L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) se compose d'une première série intégralement publiée couvrant la période 1848–1945 (15 volumes) et d'une deuxième série couvrant la période 1945–1989 (12 volumes, dont celui-ci, à ce jour). Une troisième série couvrant la période 1990–1999 suivra. Cette collection se déclinera en volumes contenant des documents d'une seule année, publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes, à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Le premier volume de cette série sera publié en janvier 2021, conformément au calendrier fixé. Rendus accessibles immédiatement à l'expiration de leur période de protection, ces documents publiés par Dodis possèdent une actualité jusqu'à présent jamais atteinte. Cette dernière devrait ainsi insuffler de nouvelles recherches en histoire contemporaine. Outre les documents provenant en quantité croissante de l'administration fédérale, le renforcement de la mise en réseau internationale et l'importance accrue des questions transnationales ont considérablement élargi les fonds d'archives pertinents pour l'analyse de la politique étrangère. Cette augmentation substantielle des sources renforce également l'importance de la sélection des documents pertinents de la période: dans les textes introductifs ainsi qu'en annexe, le directeur de recherche fournit toutes les informations nécessaires pour garantir la transparence de ses choix.

Le nombre de sources disponibles en format numérique ira croissant. En effet, la numérisation des archives progresse à un rythme soutenu, alors que les sources originellement numériques vont, de façon imminente, se multiplier. Il est donc d'autant plus important d'assurer la pertinence scientifique des sources en soumettant leurs caractéristiques à une critique précise et en

recourant aux métadonnées. Depuis 1997, les volumes des DDS ont été prolongés par la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch). Considérée comme une réalisation pionnière au niveau international, elle jouit de fréquences d'utilisation élevées. Grâce aux améliorations apportées de manière continue à sa base de données ces dernières années, le centre de recherche Dodis a acquis un rôle de premier plan dans le réseau des éditeurs internationaux de documents diplomatiques. La base de données en libre accès contient actuellement environ 30'000 documents couvrant toute l'histoire de l'État fédéral depuis 1848. 195 documents ont été édités dans le présent volume 27 (1976–1978). Les nombreux renvois et liens dans l'appareil d'annotation et dans les index guident en outre vers d'autres documents, thématiques, personnes, organisations et lieux géographiques de la base de données Dodis. Rien que pour les années 1976–1978, le centre de recherche a publié environ 3600 documents supplémentaires sous forme de facsimilés, indexés avec des métadonnées précises.

Les multiples accès offerts par Dodis à la recherche sur l'histoire des relations internationales et à la politique étrangère de la Suisse ouvrent de nouvelles perspectives et approches. À cet égard, la série *Quaderni di Dodis* présente des monographies, des volumes collectifs et des recueils thématiques de sources sur ces sujets. Des contributions plus courtes sont publiées dans la revue *Saggi di Dodis*. À l'instar des autres publications de Dodis, les *Quaderni* et les *Saggi* respectent le principe du libre accès et peuvent ainsi être téléchargés gratuitement dans différents formats.

La publication des éditions de sources, l'amélioration constante de la base de données Dodis, la publication des *Quaderni* et des *Saggi di Dodis*, de même que les autres activités scientifiques fécondes du centre de recherche autorisent un double constat. D'abord, le projet de recherche et d'édition constitue une contribution aux citoyennes et citoyens, aux journalistes, ainsi qu'aux chercheuses et chercheurs intéressés à mieux comprendre les défis auxquels la Suisse a été confrontée tout au long de l'histoire de ses relations extérieures. Enfin, ce projet fournit également à tous les membres du gouvernement, du parlement, de l'administration fédérale et de la diplomatie des clés de compréhension de la politique étrangère ainsi que des connaissances qui, auparavant, ne pouvaient être obtenues qu'à grands frais. Il est donc essentiel de maintenir le projet sur la bonne voie de manière à ce que, grâce à la documentation des nombreux processus d'intégration transfrontalière, le réseau mondial de relations de la Suisse devienne analytiquement tangible et accessible à une lecture critique.

Berne, mai 2020

MADELEINE HERREN
Présidente du comité scientifique

SACHA ZALA
Directeur du centre de recherche Dodis

I. PREFAZIONE

Il centro di ricerca *Documenti Diplomatici Svizzeri* (Dodis) intende, con le sue numerose pubblicazioni, fornire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Il centro mette a disposizione della ricerca e del pubblico una selezione di fonti ufficiali che illustrano e facilitano la comprensione della storia delle relazioni internazionali e della densità dei legami transfrontalieri della Svizzera. Un'ampia panoramica dei processi transnazionali permette una riflessione su nuovi temi ancora poco presenti nel dibattito pubblico, offrendo una serie di spunti di riflessione sull'interconnessione della Svizzera nel sistema delle relazioni internazionali e costituendo così un apporto svizzero alla storia globale.

Quale istituto dell'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali* (ASSUS), Dodis è posto sotto il patrocinio della *Società svizzera di storia* (SSS) e gode del sostegno dell'*Archivio federale svizzero* (AFS) così come del *Dipartimento federale degli affari esteri* (DFAE). La responsabilità scientifica del progetto è assicurata da un Comitato scientifico composto da professoressse e professori degli istituti storici delle università svizzere.

L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) è costituita da una prima serie completa che copre il periodo 1848–1945 (15 volumi) e da una seconda serie che copre il periodo 1945–1989 (finora, con il presente, 12 volumi). Una terza serie, relativa agli anni 1990–1999 verrà lanciata in breve. Questa nuova serie sarà realizzata tempestivamente – lungo il termine di protezione trentennale previsto dalla Legge federale sull'archiviazione – mediante l'apparizione di volumi annuali. Grazie all'accesso offerto ai documenti immediatamente dopo la scadenza dei termini legali di protezione si raggiungerà un livello di attualità finora inedito, permettendo così di promuovere nuove ricerche nel campo della storia contemporanea. A causa della quantità sempre più massiccia di documenti dell'amministrazione federale, del rafforzamento dei legami internazionali e dell'importanza crescente delle questioni transfrontaliere, le questioni importanti relative alle analisi sulla politica estera si sono moltiplicate. Parallelamente a questo aumento, è cresciuta anche l'importanza della selezione e dell'analisi dei dossier pertinenti per il periodo corrispondente: nei testi introduttivi, come pure nelle appendici, il direttore della ricerca fornisce tutte le informazioni necessarie a garanzia della trasparenza della selezione effettuata.

Attraverso la digitalizzazione di massa dei fondi d'archivio già in atto e dell'imminente aumento delle fonti di origine digitale, la quantità di documenti accessibili digitalmente aumenterà sempre più massicciamente. In futuro sarà dunque essenziale, alla luce di questi sviluppi, poter valutare accuratamente la rilevanza scientifica dei documenti attraverso annotazioni critiche precise e l'uso di metadati. Fin dal 1997 i volumi dei DDS vengono affiancati dalla banca dati Dodis (www.dodis.ch), la quale viene riconosciuta internazionalmente come un'opera pionieristica e gode di un elevato livello di frequen-

tazione. Grazie al costante miglioramento della banca dati messo in atto negli ultimi anni, il centro di ricerca ha acquisito un ruolo trainante nell'ambito della rete internazionale degli editori di documenti diplomatici. Liberamente accessibile su internet, la banca dati Dodis contiene al momento più di 30'000 documenti che coprono l'insieme del periodo dello Stato federale dal 1848. L'attuale volume 27 (1976–1978) contiene l'edizione di 195 documenti. I numerosi riferimenti incrociati e collegamenti presenti nell'apparato delle annotazioni e nei registri servono anche come orientamento verso altri documenti, temi, persone, istituzioni e luoghi geografici presenti nella banca dati Dodis. Solamente per gli anni 1976–1978, il centro di ricerca ha pubblicato all'incirca ulteriori 3600 documenti in facsimile con i relativi metadati.

Quanto incisivo sia l'impatto della varietà di percorsi d'accesso offerto alla ricerca per promuovere nuovi approcci è mostrato tra l'altro dalla serie *Quaderni di Dodis*, che contiene monografie, volumi collettanei e raccolte tematiche di documenti riguardanti la storia contemporanea e la politica estera. Contributi di ricerca più brevi sulle relazioni internazionali della Svizzera, spesso tratti da lavori universitari, vengono pubblicati sulla rivista *Saggi di Dodis*. Tutte le pubblicazioni del centro di ricerca rispettano il principio del libero accesso e possono essere liberamente scaricate in vari formati.

La pubblicazione dei volumi di documenti, il miglioramento costante della banca dati, senza dimenticare tutte le altre pubblicazioni, così come l'ulteriore e fruttuosa attività scientifica svolta dal centro di ricerca debbono permetterci di raggiungere due obiettivi: da un lato, il progetto di ricerca e d'edizione deve contribuire a fornire a cittadine e cittadini, analisti, giornaliste e giornalisti, ricercatrici e ricercatori interessati a una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera si è vista costantemente confrontata nell'ambito delle sue relazioni internazionali. D'altro canto, si tratta altresì di fornire a tutti coloro che sono attivi in politica, in governo, in parlamento, nell'amministrazione federale e nella diplomazia un aiuto per orientarsi nel mondo degli affari esteri, e trasmettere un sapere fino ad ora difficilmente accessibile. È quindi di vitale importanza che il progetto sia mantenuto sulla rotta imboccata cosicché, attraverso la documentazione dei molteplici processi d'integrazione transfrontalieri, la rete globale di relazioni della Svizzera diventi analiticamente tangibile e sia accessibile ad una lettura critica.

Berna, maggio 2020

MADELEINE HERREN

Presidente del comitato scientifico

SACHA ZALA

Direttore del centro di ricerca Dodis

II. EDITORISCHE NOTIZ

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (Dodis) sind ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) und entsprechend eine Institution der freien Forschung. Die Forschungsstelle Dodis ist die Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, deren Auftrag auf dem *Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung* basiert. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz; mit der laufenden Serie soll die Zeit 1945–1989 dokumentiert und für die historische Forschung erschlossen werden. Die Forschungsstelle besteht zurzeit aus zehn Historikerinnen und Historikern, sieben bis acht wissenschaftlichen Hilfskräften, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Zivildienstleistenden, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Die Mitglieder der Forschungsstelle haben sich in unterschiedlichen Themenbereichen des Forschungsprojekts und in Aspekten der internationalen Beziehungen spezialisiert; sie publizieren zu verschiedenen Fragestellungen und Methoden, organisieren internationale Konferenzen und nehmen mit Vorträgen an Tagungen und Kolloquien teil. Ferner bieten sie regelmässig Lehrveranstaltungen an Schweizer Universitäten an.

Der Direktor von Dodis wird von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt, in welchem Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten sind. Die personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen von zentraler Bedeutung.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) mit punktuellen Ergänzungen durch Quellen anderer Provenienz eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche ein möglichst breites Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der damaligen Akteurinnen und Akteure exemplarisch wiedergibt. Diese Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsstelle untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Die ausgewählten Dokumente werden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als digitales Abbild mit allen Metadaten veröffentlicht. Daraus wird schliesslich eine noch engere Auswahl an Dokumenten für die Bände der Serie *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen. Für die nun vorliegend erforschte Periode 1976–1978 wurden aus den zahlreichen konsultierten Beständen (vgl. Anhang IX), die mehrere Millionen Dokumente umfassen, 195 Dokumente in den Band und weitere rund 3600 Dokumente in die Datenbank Dodis aufgenommen.

In den DDS-Bänden werden insbesondere Dokumente präsentiert, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat des Bandes werden Permalinks angegeben, die auch als Internet-Adresse verwendet werden können, so zum Beispiel in der Form dodis.ch/51502. Diese Permalinks ermöglichen direkte und dauerhafte Verweise auf Dokumente sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch. Die traditionellen Bände erhalten somit eine neue Funktion: Sie gehen über den Inhalt des jeweiligen Bandes hinaus und machen durch die Permalinks eine weitaus grössere Auswahl an Dokumenten zugänglich. Die Datensätze der Datenbank liefern detaillierte Metadaten zu den Dokumenten und erleichtern dadurch die Weiterführung der Forschung in den einschlägigen Archivbeständen. Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* als Langzeitunternehmen der *Akademien der Wissenschaften Schweiz* verpflichten sich, alle veröffentlichten Permalinks aktiv zu bewirtschaften und garantieren somit ihre Langzeit-Zitierbarkeit.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Perspektive an; so kann es nicht alle Entwicklungen der Aussenpolitik der Schweiz vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht die Forschungsstelle, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; sodann Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen, Entscheidungsprozessen sowie der Rolle der Akteurinnen und Akteure zentral sind.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsstelle Dodis für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Wissenschaftsunternehmen ist die Forschungsstelle Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsstelle Dodis ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur*

Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im *Bundesgesetz über die Archivierung* (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, publiziert die Forschungsstelle Dodis im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang X) alle Dossiers, die sie aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsstelle Dodis nicht konsultierbaren Dossiers mit dem Datum des ablehnenden Entscheides des zuständigen eidgenössischen Departements ist ferner im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA publiziert.

Für Dossiers, für die der Forschungsstelle Dodis im ordentlichen Forschungsprozess aus rechtlichen Gründen die Konsultation verweigert wurde, werden in regelmässigen Abständen erneut Einsichtsgesuche gestellt. Damit wird der aktenabliefernden Stelle die Möglichkeit geboten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen. Eine Liste der nachträglich freigegebenen Dossiers inklusive der daraus publizierten Dokumente befindet sich im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA.

Das *Verzeichnis der benutzten Bestände* (Anhang IX) gibt schliesslich Rechenschaft über die von der Forschungsstelle Dodis konsultierten Bestände. Die forschungsstrategisch relevantesten Bestände sind im Verzeichnis besonders hervorgehoben.

Die abgedruckten Dokumente in diesem Band und in der Datenbank Dodis stammen in der Regel aus dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Beim Vorliegen enger Schnittstellen mit der Bundesverwaltung wurde die Selektion mit Akten anderer Archive punktuell ergänzt (vgl. Anhang IX). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Ämstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen gilt es jeweils zu berücksichtigen.

Die Dokumente werden nach klassischen Editionsgrundsätzen in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Das *Thematische Verzeichnis* (Anhang VII)

gruppiert die Dokumente nach Themenschwerpunkten. Zum raschen Auffinden der gesuchten Informationen enthält der Band schliesslich ein *Personenregister* (Anhang VIII.1), ein *Körperschaftsregister* (Anhang VIII.2) sowie ein *Register der geographischen Bezeichnungen* (Anhang VIII.3). In letzterem werden die für die Beziehung zu einem bestimmten Land besonders relevanten Dokumente mit einem * speziell hervorgehoben. Alle diese Register verweisen über ihre Permalinks auf die Datenbank Dodis, wo sich eine Vielzahl zusätzlicher Informationen befindet. Dodis ermöglicht ferner gezieltere und ausgedehntere Suchfunktionen.

Im Allgemeinen sind die Dokumente im Band vollständig und in ihrer Originalsprache abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit edierten Dokumenten im Band und mit deren digitalen Abbildern im Internet erlaubt es, im Band vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichten oder Rapporten, aber auch Protokollen von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind *immer* durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Dokument *immer* in ganzer Länge konsultierbar. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugedacht werden kann. Durch die Implementierung neuer Editionsprozesse sind die Transkriptionen nach den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) erfolgt und können somit auch im XML-Format angeboten werden.

Vor rund einem Jahrzehnt hat das *Schweizerische Bundesarchiv* sein Signatursystem geändert. Zum einen enthält nun die *Signatur* einen direkten Verweis auf das Dossier (statt dem Behältnis), zum anderen sind die Bestände online bestellbar. Aus diesem Grund wurde die Zitierweise der Aktenstücke seit Band 24 angepasst. Die neuen Signaturen sind durch das die verschiedenen Signatur-Teile trennende Zeichen # und das Schlusszeichen * zu erkennen (z. B. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). In den Fällen, in denen die neuen Signaturen noch nicht zugänglich waren, fand das herkömmliche System mit der Angabe der Behältnis-Nummer Anwendung. Zusätzlich zur Signatur werden im Band die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.25.61.1), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sowie weiterführende Recherchen erleichtert.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente und den Anmerkungssapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgeber in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht. Der Kopf der Dokumente enthält den

Permalink (z. B. dodis.ch/39653) für das Auffinden des digitalen Abbildes und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in Kapitälchen gesetzt. In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ggf. dessen Ordnungsnummer angegeben sowie ein Hinweis, wenn es sich nicht um ein Original Exemplar (Kopie) handelt. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur, ggf. die Aufschlüsselung von Paraphen und weitere relevante quellenkritische Informationen. Schliesslich wird die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben aus Gründen der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text *immer* mit dem Abbild des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden Hinweise zu weiterführenden Dokumenten oder Dossiers angegeben. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen. Konnte ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden, steht die Formel «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*».

Um der historischen Forschung weitere entscheidende Impulse zu verleihen, hat die Dodis-Kommission beschlossen, eine dritte DDS-Serie über die Jahre 1990–1999 zeitnah an der Öffnung der Archivbestände entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für Archivgut des Bundes zu lancieren. Die Publikation von jährlichen Bänden, pünktlich beim Ablauf der Schutzfrist, soll als Katalysator für weitere Forschungen dienen. Dank eines ausserordentlichen Engagements aller Mitglieder der Forschungsstelle wird der erste Band der dritten Serie zum Jahr 1990 im Januar 2021 veröffentlicht werden können. Für ihren grossen Einsatz zur erfolgreichen Herausgabe dieses Bandes, für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für die Freude an der täglichen Arbeit danke ich herzlich den Forscherinnen und Forschern Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Sabine Dändliker, Lena Heizmann, Dominik Matter, Joël Swai Praz, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Rahel Stauffiger, Tobias Steiner und Yves Steiner. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsstelle kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften Michael Bellwald, Silvan Brügger, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Daniel Stalder und Philip Stevanon. Eine wertvolle Ergänzung der Forschungsstelle bildete die grosse Equipe von Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie die zahlreichen Zivildienstleistenden, denen ich für den speditiven Fortgang der Edition bestens danke: Samuel Ackermann, Christoph Ammon, Benjamin Anderegg, Daniel Artho, Dominik Bär, Christian Baumann, Giuan-na Beeli, Lucas Bischoff, Sébastien Broggi, Silvan Buchecker, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Julia Burkart, Pascal Büttiker, Noé Décosterd, Stefan Dietiker,

Céline Fürer, Joanna Haupt, Jonas Hirschi, Lukas Hofer, Patrick Hodel, Dominic Jenni, Cyrill Kalbermatten, Eva Kocher, Antoine Lehmann, Sebastian Leitner, Ursula Loosli, Niklaus Meier, Dominik Mosberger, Damian Murezzan, Samuel Nuspliger, Gaby Pfyffer, Andrea Raack, Cédric Reichenbach, Niklaus Remund, Gabriel Renggli, David Rentsch, Marc Ribeli, Jean-Luc Rickenbacher, Sara Rohr, Jonas Ruef, Linus Ruegge, Matthias Schafer, Michael Schaffner, Nino Schenker, Marco Schwarzenbach, Marc Sladek, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Sebastian Steiner, Jonas Thion, Marc Uhlmann, Arian Uruqi, Elia von Rotz, Jakob Weber, Andreas Wigger, Pascal Willfratt, Christian Wüthrich und Henrik Zimmermann. Gleichzeitig freue ich mich, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle Dodis geleisteten Arbeitseinsätze auch einen erfolgreichen Beitrag zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung darstellen.

Bundesrat Pierre Aubert (Vorsteher des EDA 1978–1987) verfasste einige seiner handschriftlichen Notizen in Stenografie im System Aimé Paris, was in der Schweiz heutzutage nicht mehr verbreitet ist. Wir sind seiner ehemaligen Sekretärin Kristina Zürcher-Allemand zu grossem Dank dafür verpflichtet, dass sie für uns die Transkription dieser Notizen übernommen hat.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, welche die Forschungsstelle Dodis finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften*, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser; dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, insbesondere dessen Direktor Philippe Künzler und Stellvertretender Direktor Stefan Kwasnitza; dem *Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten*, vertreten durch Generalsekretär Markus Seiler und der Chefin des Dokumentationsdienstes Elena Wildi-Ballabio. Der wissenschaftliche Beirat, vertreten durch dessen Präsidentin Madeleine Herren, hat mich stets bei allen neuen Projekten, Initiativen und technischen Innovationen kraftvoll unterstützt und freundschaftlich angespornt, auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten.

Bern, Mai 2020

SACHA ZALA

II. NOTE ÉDITORIALE

Les *Documents Diplomatiques Suisses* (Dodis) sont un institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH) et constituent à ce titre une institution de recherche libre. Le centre de recherche Dodis forme pour sa part le pôle de compétence en histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure. Sa mission se base sur l'*Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour les institutions chargées d'encourager la recherche*. L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) se conçoit comme une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. La série en cours documente la période de 1945 à 1989 et devrait ouvrir de nouvelles perspectives de recherche. Le centre de recherche est à l'heure actuelle composé de dix historiennes et historiens, sept à huit assistantes et assistants scientifiques, des stagiaires recrutés au sein des universités suisses ainsi que des civilistes. Les membres du centre de recherche se sont spécialisés dans différents domaines du projet de recherche et dans divers aspects des relations extérieures de la Suisse. Ils publient des contributions thématiques, organisent des conférences internationales et interviennent au cours de colloques. De plus, ils dispensent régulièrement des enseignements dans différentes universités suisses.

Le Directeur de Dodis est soutenu par un comité scientifique, dans lequel siègent des professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels entre Dodis et la recherche universitaire jouent un rôle primordial afin de déterminer les thèmes et problématiques essentiels.

Le but de l'édition imprimée est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les *Archives fédérales suisses* (AFS) complétées de manière ponctuelle par des sources d'autre provenance, une sélection de documents rendant compte aussi largement que possible de la politique extérieure de la Suisse et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les actrices et acteurs de l'époque ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le centre de recherche.

Les documents sélectionnés sont indexés de manière critique et précise. Ils sont publiés en libre accès sur la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch), sous forme de fichiers numériques avec l'ensemble de leurs métadonnées. Une sélection restreinte de ces documents est ensuite publiée dans les volumes de la collection des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) et accompagnée d'un appareil scientifique approfondi. Pour la période étudiée présentement (1976–1978), 195 documents pour le volume et quelque 3600 documents pour la base de données Dodis ont été choisis parmi plusieurs millions de documents issus des nombreux fonds d'archives consultés (cf. Annexe IX).

Les volumes présentent en particulier des documents offrant un large aperçu d'une thématique, tandis que de nombreuses notes de bas de page sur des sujets spécifiques ou des thématiques connexes renvoient vers d'autres documents de la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permaliens figurent dans l'appareil critique du volume et peuvent être utilisés comme adresse internet, comme dans l'exemple dodis.ch/51502. Ces permaliens renvoient directement et durablement à des documents ou à des informations supplémentaires concernant des personnes, des organisations ou des lieux géographiques, simplifiant ainsi l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique. Les volumes traditionnels reçoivent ainsi une nouvelle fonction: ils prolongent le contenu qu'ils éditent et rendent possible, par les permaliens, l'accès à un plus vaste choix de documents. Les entrées de la base de données fournissent des métadonnées détaillées sur les documents et facilitent ainsi la poursuite de la recherche dans les fonds d'archives pertinents. Les *Documents Diplomatiques Suisses*, entreprise de longue durée des *Académies suisses des sciences*, s'engagent à gérer les permaliens de manière active et garantissent, de la sorte, la possibilité de les citer à long terme.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique, mais en aucun cas exhaustive, d'événements de politique internationale perçus selon le point de vue suisse. Il ne peut dès lors retracer l'évolution des relations extérieures de la Confédération dans son intégralité. Le centre de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers ses aspects les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue de la Suisse sur des événements importants et, enfin, des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension des différents sujets, des processus de décision et du rôle joué par les protagonistes.

Le projet d'édition des documents étant indépendant, les membres du centre de recherche Dodis sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que tous les chercheuses et chercheurs. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté scientifique. Le centre de recherche Dodis, en sa qualité d'entreprise active dans le domaine de la science, jouit donc d'une pleine liberté dans le choix des documents qu'il souhaite publier, dans le respect des dispositions légales applicables. La responsabilité scientifique appartient au Directeur de Dodis. Le centre de recherche Dodis applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la *Loi fédérale sur l'archivage* (LAr) du

26 juin 1998. À des fins de vérification scientifique de ses travaux, le centre de recherche Dodis publie dans la *Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles* (Annexe X) tous les dossiers qu'il n'a pas pu consulter eu égard aux dispositions juridiques en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y sont également expliquées. Au surplus, figurent à cet endroit les demandes de consultation adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste complétée et actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au centre de recherche Dodis, ainsi que les dates de la décision négative du Département fédéral compétent, est disponible à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

À intervalles réguliers, le centre de recherche Dodis réitère les requêtes de consultation des dossiers pour lesquels il n'a pas reçu, pour des raisons juridiques, d'autorisation durant son processus de recherche. Il offre ainsi au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé de la prolongation du délai de protection. Des listes comprenant, d'une part, les dossiers rendus accessibles ultérieurement et, d'autre part, les documents publiés à partir de ces dossiers sont disponibles à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

La *Liste des fonds utilisés* (Annexe IX) rend finalement compte des dossiers consultés par le centre de recherche Dodis. Les fonds stratégiques pour la recherche sont mis en évidence dans la liste.

Les documents publiés dans ce volume et dans la base de données Dodis proviennent en règle générale des *Archives fédérales suisses*, chargées de conserver les actes du Parlement, du Conseil fédéral et des Départements fédéraux (ministères). Lorsqu'il existe des liens étroits entre l'Administration fédérale et d'autres organisations, la sélection de documents a, par endroits, pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds d'archives (cf. Annexe IX). Le Gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. En outre, tous les Départements et les unités administratives sont, directement ou indirectement, en prise avec des questions de politique extérieure. Pour cause, l'imbrication de cette dernière à la politique intérieure et transnationale ne cesse de s'accroître. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du Gouvernement lui-même, tels que les procès-verbaux de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents Départements et unités administratives, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du Parlement. À ces sources s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique, conformément aux principes classiques d'édition de sources. Pour faciliter leur utilisation, la *Table des documents* est accompagnée de résumés dans la langue du document. La *Table méthodique* (Annexe VII) propose un regroupement thématique des documents. Enfin, de façon à permettre un accès rapide aux informations recherchées, le volume contient un *Index des noms de personnes* (Annexe VIII.1), un *Index des organisations* (Annexe VIII.2) et un *Index des noms géographiques* (Annexe VIII.3). Dans ce dernier, les documents im-

portants en lien avec un pays y sont mentionnés à l'aide d'un *. Ces index renvoient par le truchement de leurs permaliens à la base de données Dodis, qui contient de nombreuses informations supplémentaires. Dodis offre par ailleurs des fonctions de recherche à la fois plus ciblées et plus étendues.

Les documents sont en principe publiés dans leur intégralité et dans leur langue d'origine. La publication conjointe des documents dans le volume et en ligne, sous forme de facsimilé, permet de raccourcir, dans l'ouvrage, certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place *in extenso* dans les volumes. Les passages non reproduits sont cependant *toujours* indiqués comme tels par des points de suspension entre crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les documents en question sont par ailleurs *toujours* consultables en intégralité dans la base de données Dodis. Les formules de politesse ont été omises sans autres indications, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière. Enfin, grâce à la mise en œuvre de nouveaux processus d'édition, les transcriptions sont conformes aux normes de la Text Encoding Initiative (TEI) et peuvent donc également être proposées au format XML.

Depuis une dizaine d'années, les *Archives fédérales* ont modifié leur système de cote. D'une part, cette dernière renvoie depuis lors directement au dossier; d'autre part, les fonds d'archives peuvent être commandés en ligne. C'est la raison pour laquelle le mode de citation des documents publiés a été adapté à partir du volume 24. La nouvelle cote est reconnaissable au caractère # qui en sépare les différentes parties et au caractère final * (p. ex. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Lorsque la nouvelle cote n'était pas encore disponible, la provenance du dossier était complétée par son numéro de volume. En plus de la cote, les *cadres de classement* des dossiers, tels qu'ils apparaissent dans les instruments de recherche, sont indiqués entre parenthèses (p. ex. B.25.61.1), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du document, soit en général dans l'une des langues officielles (allemand, français et italien). Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (soulignés, en caractères espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* et entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre formalité dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte. L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalien (p. ex. dodis.ch/39653) qui renvoie au facsimilé du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, les éventuels classification et degré d'urgence (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de la rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand

il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en petites capitales de caractère romain. La première note de bas de page de chaque document contient toujours une mention sur le type de document et, si c'est le cas, son numéro d'ordre, de même que la qualification du texte (copie) dans le cas où l'original n'a pas pu être reproduit. S'y trouvent également la cote d'archives, l'attribution des paraphes et d'autres informations pertinentes pour l'examen critique des sources. Enfin, les majuscules et les minuscules dans les télégrammes et les télex ont été adaptées pour faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est *toujours* possible de comparer et de contrôler le texte publié dans le volume avec le facsimilé du document original dans la base de données Dodis.

L'appareil critique contient en particulier des renvois à des documents ou dossiers connexes. Dans la mesure du possible, les documents mentionnés dans le corps des textes publiés sont référencés. La formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» indique qu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui n'a pas abouti.

Afin d'insuffler des dynamiques nouvelles et décisives à la recherche historique, le Comité scientifique a décidé de lancer une troisième série des DDS, consacrée aux années 1990–1999. La publication des volumes correspondant doit coïncider avec l'ouverture des fonds d'archives de la Confédération, à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans. Les volumes contiendront des documents d'une année et seront publiés une fois l'an, lors de l'ouverture des archives de l'année qu'ils couvrent. Ce faisant, la troisième série ambitionne de servir de catalyseur pour de nouvelles recherches. L'engagement à toute épreuve des membres du centre de recherche permettra la publication du premier volume de cette série, portant sur l'année 1990, en janvier 2021.

Pour leur grande implication dans l'édition réussie de ce volume, pour le plaisir commun et partagé de la découverte scientifique et pour la joie dans le travail quotidien, je tiens à remercier chaleureusement les chercheuses et chercheurs Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Sabine Dändliker, Lena Heizmann, Dominik Matter, Joël Swai Praz, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Rahel Stauffiger, Tobias Steiner et Yves Steiner. Ils ont pu compter sur le soutien indéfectible des assistants et assistantes scientifiques Michael Bellwald, Silvan Brügger, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Daniel Stalder, Rahel Stauffiger et Philip Stevanon. En outre, je remercie pour la rapidité et le bon déroulement de l'édition l'importante équipe de stagiaires provenant des universités suisses et de civilistes, qui ont ainsi constitué un apport précieux au centre de recherche: Samuel Ackermann, Christoph Ammon, Benjamin Anderegg, Daniel Artho, Dominik Bär, Christian Baumann, Giuanna Beeli, Lucas Bischoff, Sébastien Broggi, Silvan Buchecker, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Julia Burkart, Pascal Büttiker, Noé Décosterd, Stefan Dietiker, Céline Fürer, Joanna Haupt, Jonas Hirschi, Lukas Hofer, Patrick Hodel, Dominic Jenni, Cyrill Kalbermatten, Eva Kocher, Antoine Lehmann, Sebastian Leitner, Ursula Loosli, Niklaus Meier, Dominik Mosberger, Damian Murezzan, Samuel Nuspliger, Gaby Pfyffer, Andrea Raack, Cédric Reichenbach, Niklaus Remund, Gabriel Renggli, David Rentsch, Marc Ribeli, Jean-Luc Rickenbacher, Sara Rohr, Jonas Ruef, Linus

Ruegge, Matthias Schafer, Michael Schaffner, Nino Schenker, Marco Schwarzenbach, Marc Sladek, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Sebastian Steiner, Jonas Thion, Marc Uhlmann, Arian Uruqi, Elia von Rotz, Jakob Weber, Andreas Wigger, Pascal Willfratt, Christian Wüthrich et Henrik Zimmermann. Je ne puis à cet instant que me réjouir de ces nombreuses missions auprès du centre de recherche Dodis. Elles sont le témoin d'une contribution réussie à la promotion de la relève dans le domaine de la recherche scientifique.

Le Conseiller fédéral Pierre Aubert (Chef du DFAE, 1978–1987) a rédigé certaines de ses notes manuscrites en sténographie, selon le système Aimé Paris, qui n'est plus guère répandu en Suisse. Nous sommes donc profondément reconnaissants à son ancienne secrétaire, Kristina Zürcher-Allemand, d'avoir diligenté la transcription de ces notes.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de recherche Dodis et le soutiennent d'un point de vue logistique, et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales*, notamment son secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les *Archives fédérales suisses*, en particulier leur directeur, Philippe Künzler, et son suppléant, Stefan Kwasnitza; le *Département fédéral des affaires étrangères*, représenté par son secrétaire général Markus Seiler et la cheffe du Service de documentation, Elena Wildi-Ballabio. Le comité scientifique, par la voix de sa Présidente Madeleine Herren, m'a toujours soutenu dans les nouveaux projets, initiatives et avancées techniques. Il a en outre encouragé avec amitié à poursuivre dans le chemin emprunté.

Berne, mai 2020

SACHA ZALA

II. INTRODUZIONE EDITORIALE

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* (Dodis) sono un istituto dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali* (ASSUS) e dunque un'istituzione della ricerca libera e indipendente. Dodis costituisce un centro di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera i cui compiti sono definiti nel *Decreto federale sullo stanziamento di crediti alle istituzioni che promuovono la ricerca*. L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) rappresenta dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. La serie in corso è dedicata alla documentazione della «guerra fredda» 1945–1989. Attualmente nel gruppo di ricerca lavorano 10 storiche e storici e da 7 a 8 aiuto assistenti di ricerca, praticanti o civilisti reclutati nelle università svizzere. Ogni ricercatore è specializzato in determinati ambiti tematici del progetto e in aspetti specifici delle relazioni internazionali. I membri del gruppo di ricerca pubblicano articoli su differenti questioni, organizzano conferenze internazionali e partecipano attivamente a convegni e colloqui scientifici. Inoltre propongono regolarmente corsi in università svizzere.

Nel suo compito, il direttore di Dodis è sostenuto da un comitato scientifico, composto da professoressse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. I contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria sono di primaria importanza per individuare le questioni di ricerca e i temi rilevanti in base ai quali procedere, in seguito, alla selezione dei documenti.

L'obiettivo che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'*Archivio federale svizzero* (AFS) – con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza – è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più importanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori problematiche e gli interrogativi che si ponevano agli attori dell'epoca. I temi – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal gruppo di ricerca.

I documenti selezionati vengono sottoposti ad una rigorosa analisi critica e sono messi a disposizione, sotto forma di facsimile corredati di tutti i metadati, nella banca dati in linea Dodis (www.dodis.ch), liberamente accessibile. Una selezione ancora più ristretta di questi documenti viene poi pubblicata nella serie a stampa dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS), arricchita da un apparato critico approfondito. Per il periodo qui studiato (1976–1978), 195 documenti sono stati scelti per il volume e circa 3600 per la banca dati Dodis, dopo aver consultato diversi milioni di documenti in provenienza da numerosi fondi d'archivio (cfr. appendice IX).

L'edizione presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volu-

me si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione cartacea riporta anche dei permalink che possono essere utilizzati come indirizzo internet (ad esempio dodis.ch/51502). I permalink permettono rimandi diretti e duraturi a documenti e ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I volumi tradizionali assumono così una nuova funzione: permettono di andare oltre il contenuto del volume attuale e schiudono attraverso i permalink l'accesso ad un ventaglio ben più ampio di documenti. Le informazioni della banca dati arricchiscono i documenti di numerosi metadati, facilitando così il proseguimento della ricerca nei rispettivi fondi d'archivio. I *Documenti Diplomatici Svizzeri*, in quanto istituto delle *Accademie svizzere delle scienze*, si impegnano a gestire attivamente tutti i permalink pubblicati, garantendone la citabilità a lungo termine.

Il progetto di ricerca mira a creare una documentazione ampia e caratteristica, ma certamente non completa sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti politici. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni ed in particolare il processo decisionale e il ruolo dei diversi attori.

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori di Dodis sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della *Costituzione federale* garantisce la libertà della scienza. In quanto istituzione scientifica, il centro di ricerca di Dodis è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore di Dodis. Il centro di ricerca Dodis si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla *Società Svizzera di Storia* (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla *Legge federale sull'archiviazione* (LAR) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il centro di ricerca Dodis pubblica un *Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili* (appendice X). La lista contiene i dossier dell'*Archivio federale svizzero* la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'appendice X si trovano una spiegazione delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come

pure informazioni sul numero di richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. All'indirizzo dodis.ch/dds/LArc è pubblicato un elenco completo e costantemente aggiornato dei fascicoli che il centro di ricerca Dodis non ha potuto consultare. L'elenco riporta anche il nome del dipartimento federale competente e la data della decisione negativa.

A intervalli regolari, il centro di ricerca Dodis riesamina i termini di protezione dei dossier per i quali non ha ottenuto l'accesso e inoltra nuove richieste di consultazione in modo da consentire al servizio mittente di verificare se il prolungamento del termine di protezione sia ancora giustificato. Un elenco dei dossier declassificati posteriormente e degli eventuali documenti pubblicati tratti da tali dossier si trova in linea all'indirizzo dodis.ch/dds/BGA.

L'Elenco dei fondi utilizzati (appendice IX), infine, rende conto dei fondi consultati. Nell'elenco i fondi di importanza strategica per la ricerca sono segnalati in grassetto.

I documenti selezionati in questo volume e nella banca dati Dodis provengono di regola dall'*Archivio federale svizzero* che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei dipartimenti federali (ministeri). Nei casi in cui esistono forti connessioni con l'amministrazione federale la selezione è stata puntualmente completata con documenti provenienti da altri archivi (v. appendice IX). Poiché la Svizzera ha un governo collegiale, tutte le decisioni di una certa importanza dipendono dal Consiglio federale in corpore. Inoltre, nella politica estera si rispecchiano in misura crescente anche questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così di fatto tutti i dipartimenti e gli uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti pubblicati non provengono pertanto solo dal *Dipartimento federale degli affari esteri*: una parte non trascurabile dei documenti selezionati è costituita da atti dello stesso Consiglio federale (quali i processi verbali delle riunioni e le decisioni), di vari dipartimenti e singoli uffici, ma anche e non da ultimo di delegazioni e missioni speciali del parlamento; sono inoltre prese in considerazione lettere scritte da personalità ufficiali o che esercitavano funzioni semiufficiali e da esponenti di istituzioni private.

Per la pubblicazione sono stati seguiti i principi editoriali classici. Ciò significa che i documenti sono presentati in ordine prettamente cronologico. Per facilitarne la consultazione, il volume riporta un *Indice e sommario dei documenti* con regesti nella lingua originale del documento. Altro strumento utile per orientarsi tra le pagine del volume è la *Tavola metodica* (appendice VII), che raggruppa i documenti in grandi ambiti tematici. A disposizione del lettore ci sono inoltre gli indici delle *persone* (appendice VIII.1), delle *organizzazioni* (appendice VIII.2) e dei *nomi geografici* (appendice VIII.3). In quest'ultimo, i documenti particolarmente rilevanti per le relazioni con uno specifico paese sono contrassegnati con un *. Tutti questi indici comprendono dei permalink che rimandano alla banca dati Dodis, dove si trovano numerose informazioni supplementari. Dodis offre dal canto suo nuove funzioni che permettono una ricerca più ampia e mirata.

In linea di massima, i documenti nel volume sono pubblicati integralmente e nella lingua originale. La pubblicazione duale dei materiali, in forma

trascritta nel volume e in facsimile su internet, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione dei testi per il volume al fine di evitare lungaggini e ridondanze. Questo consente la pubblicazione in estratto di fonti che per la loro lunghezza non avrebbero altrimenti trovato posto in un'edizione di documenti, p. es. studi, rapporti oppure verbali dei dibattiti di diversi organi. I passi soppressi sono sempre indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. I tagli riguardano soltanto l'edizione a stampa; nella banca dati Dodis i documenti sono sempre consultabili nella loro integralità. Le formule di saluto sono state tacitamente sopprese, tranne quando parevano rivestire un significato particolare. Attraverso l'implementazione dei più moderni processi di edizione, le trascrizioni vengono effettuate secondo gli standard della Text Encoding Initiative (TEI) e possono quindi essere consultate su internet nel formato HTML oppure scaricate e utilizzate nel formato XML leggibile dal computer.

Una decina di anni fa l'*Archivio federale* ha cambiato completamente il proprio sistema di signature. Prima di tutto, la *segnatura* contiene ora un riferimento diretto ai dossier (invece del contenitore). Inoltre, gran parte dei fondi può essere richiesta in linea. A partire dal volume 24 la forma di citazione dei documenti pubblicati è stata perciò adattata. Le nuove signature sono riconoscibili per il carattere #, che separa le varie parti della signature, e per il carattere *, che chiude la signature (p. es. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Nei casi in cui le nuove signature non erano ancora disponibili è stato utilizzato il vecchio sistema con l'indicazione del numero del volume. Oltre alle signature, nel volume sono indicati tra parentesi i numeri d'ordine (*Aktenzeichen*) dei dossier, così come appaiono negli inventari (p. es. B.25.61.1). Questo facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche.

La parte redazionale si compone dell'intestazione dei documenti e dell'apparato critico, redatti nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo. L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p. es. dodis.ch/39653) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. I titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in maiuscolo tondo. Nella prima nota a piè pagina di ogni documento sono menzionati il tipo di fonte e la sua eventuale numerazione; nel caso in cui non si tratta di un documento originale viene apposta la menzione (copia). Infine vengono riportati l'eventuale numero d'ordine, la signature d'archivio, la risoluzione di eventuali iniziali o sigle del redattore e della segreteria come pure altre informazioni rilevanti relative alla fonte. Nella trascrizione di telegrammi le

maiuscole e le minuscole sono state normalizzate per agevolare la lettura. Per qualsiasi questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori hanno la possibilità di confrontare il testo dell'edizione con la versione digitale del documento nella banca dati in linea Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nei testi pubblicati. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*».

Per dare nuovi impulsi alla ricerca storica, la commissione Dodis ha deciso di lanciare una terza serie dei DDS, consacrata agli anni 1990–1999. La pubblicazione dei rispettivi volumi coinciderà con l'apertura dei fondi d'archivio della Confederazione, alla scadenza del periodo di protezione di 30 anni sancito dalla legge. I volumi della nuova serie appariranno annualmente, parallelamente all'apertura degli archivi che coprono. In questo modo fungeranno da catalizzatore per promuovere nuove ricerche. Grazie all'impegno straordinario di tutti i membri del centro di ricerca, il primo volume della nuova serie, che coprirà l'anno 1990, sarà puntualmente pubblicato all'inizio del 2021. Per il loro grande impegno a favore della pubblicazione di questo volume, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica e per l'entusiasmo nell'affrontare il lavoro quotidiano ringrazio di cuore Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Sabine Dändliker, Lena Heizmann, Dominik Matter, Joël Swai Praz, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Rahel Stauffiger, Tobias Steiner e Yves Steiner. Gli assistenti di ricerca Michael Bellwald, Silvan Brügger, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Daniel Stalder e Philip Stevanon hanno contribuito in maniera determinante alla realizzazione a ritmo sostenuto dei lavori. Un importante contributo è fornito dalle e dai praticanti provenienti dalle università svizzere come pure dai civilisti: Samuel Ackermann, Christoph Ammon, Benjamin Anderegg, Daniel Artho, Dominik Bär, Christian Baumann, Giuanna Beeli, Lucas Bischoff, Sébastien Broggi, Silvan Buchecker, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Julia Burkart, Pascal Büttiker, Noé Décosterd, Stefan Dietiker, Céline Furer, Joanna Haupt, Jonas Hirschi, Lukas Hofer, Patrick Hodel, Dominic Jenni, Cyrill Kalbermatten, Eva Kocher, Antoine Lehmann, Sebastian Leitner, Ursula Loosli, Niklaus Meier, Dominik Mosberger, Damian Murezzan, Samuel Nuspliger, Gaby Pfyffer, Andrea Raack, Cédric Reichenbach, Niklaus Remund, Gabriel Renggli, David Rentsch, Marc Ribeli, Jean-Luc Rickenbacher, Sara Rohr, Jonas Ruef, Linus Ruegge, Matthias Schafer, Michael Schaffner, Nino Schenker, Marco Schwarzenbach, Marc Sladek, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Sebastian Steiner, Jonas Thion, Marc Uhlmann, Arian Uruqi, Elia von Rotz, Jakob Weber, Andreas Wigger, Pascal Willfratt, Christian Wüthrich e Henrik Zimmermann. Mi rallegro inoltre per il fatto che le numerose occasioni di lavoro presso Dodis rappresentino un'ottima possibilità di formazione per una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori.

Il Consigliere federale Pierre Aubert (capo DFAE 1978–1987) soleva prendere appunti stenografici nel sistema Aimé Paris, oggi giorno poco diffuso in

Svizzera. Siamo pertanto molto grati alla sua ex-segretaria, Kristina Zürcher-Allemand, che ci ha fornito una trascrizione di queste note.

Desidero infine ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di competenza Dodis o che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in particolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che hanno riposto nella mia persona: l'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali*, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'*Archivio federale svizzero*, in particolare il direttore Philippe Künzler e il suo supplente Stefan Kwasnitza; il *Dipartimento federale degli affari esteri*, rappresentato dal segretario generale Markus Seiler e dalla capo del Servizio documentazione Elena Wildi-Ballabio. Il comitato scientifico, attraverso la sua presidente Madeleine Herren, mi ha sempre sostenuto in tutti i nuovi progetti, le iniziative e le innovazioni tecniche. Con amicizia e determinazione mi ha sempre spronato a continuare sulla via imboccata.

Berna, maggio 2020

SACHA ZALA

III. EINLEITUNG

Der Band 27 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) dokumentiert die Aussenpolitik und die internationale Verflechtung der Schweiz in den drei Jahren vom 1. Januar 1976 bis zum 31. Dezember 1978. In dieser Zeit standen zwei Vorsteher an der Spitze des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD). Bis Ende Januar 1978 amtierte Bundesrat Pierre Graber (1. Februar 1970 bis 31. Januar 1978) als Aussenminister und beendete somit seine achtjährige Amtszeit im Bundesrat, die in den DDS-Bänden 25–27 eingehend dokumentiert ist. Bevor er in den Bundesrat gewählt wurde, hatte der sozialdemokratische Magistrat aus der Romandie bereits eine lange und erfolgreiche politische Karriere als Stadtpräsident von Lausanne, als Finanzdirektor im Staatsrat des Kantons Waadt sowie als Präsident des Nationalrats und der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung hinter sich. In der Führung der Schweizer Diplomatie zeigte sich Graber entsprechend entschlossen, was ihm häufig auch Bezeichnungen wie «Patron» und «Grandseigneur» einbrachte. Seinen Führungsstil empfand das Parlament zuweilen als autoritär, was sich immer wieder in Dissonanzen niederschlug. Bundesrat Graber gelang es aber, im komplexen Umfeld der 1970er Jahre für die Schweiz aussenpolitisch heikle Themen behutsam und geschickt anzupacken, wesentliche Impulse zu einer aktiveren Aussenpolitik zu geben und vor allem in der Europapolitik wichtige Weichen zu stellen. In diesem Bestreben wurde er vom freisinnigen Bundesrat Ernst Brugger unterstützt, der von 1970 bis 1978 das für die schweizerischen Aussenbeziehungen ebenfalls zentrale Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) führte. Beide Magistraten waren am 10. Dezember 1969 von der Bundesversammlung in ihr Amt gewählt worden und traten gemeinsam am 31. Januar 1978 zurück.

Anstelle von Brugger wurde der neugewählte FDP-Bundesrat Fritz Honnegger an die Spitze des EVD berufen (1978–1982). Auf Aussenminister Graber folgte dessen Parteikollege Pierre Aubert (1. Februar 1978 bis 31. Dezember 1987). Der Neuenburger sass 1961 bis 1975 im Grossen Rat und seit 1971 vertrat er seinen Kanton im Ständerat. Mit seinem freundlichen Charakter und seinem Umgang unterschied er sich stark von seinem Vorgänger, was insbesondere unter deutschsprachigen Parlamentariern zuweilen als Ausdruck mangelnder Selbstsicherheit aufgefasst wurde. Die in diesem Band präsentierten Dokumente zeigen hingegen, wie sich unter Auberts Führung die schweizerische Aussenpolitik weiterhin normalisierte und wie der Departementschef insbesondere die Menschenrechtspolitik entscheidend prägte.

Zu den *Grundfragen der Aussenpolitik* gehörte auch in den in diesem Band untersuchten Jahren die Weiterführung der seit Mitte der 1960er Jahre initiierten Öffnungs- und Normalisierungspolitik. Die Schweizer Aussenpolitik sei sicher nicht dramatisch, könne aber trotz der ihr inhärenten Langweile von Interesse sein, resümierte der Generalsekretär des EPD, Albert Weit-

nauer, gegenüber den Herausgebern der Zeitschrift *Foreign Affairs* anlässlich eines Besuches in den USA (Dok. 83, dodis.ch/49327, und Dok. 93, dodis.ch/49322). Bundesrat Pierre Graber wiederum sprach in einem Interview mit der *Luzerner Zeitung* über die Bedeutung der Aussenpolitik, die gerade aktiviert werde. Die Regierung habe hier die Initiative ergriffen, aber jetzt müssten auch Parlament und Bevölkerung folgen. «Leider ist die Reaktion des Schweizlers auf internationale Ereignisse noch zu oft eine Abkehr von der Weltpolitik. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre – Ölkrise, Rezession – sollten nachgerade gelehrt haben, dass sich die Weltpolitik nicht auf einem anderen Planeten abspielt, sondern jeden von uns in seinem täglichen Leben direkt berührt.» Dazu erwähnte Graber den KSZE-Prozess, die Fragen der Neutralität, die Entwicklungszusammenarbeit und das Staatsvertragsreferendum (Dok. 1, dodis.ch/50064).

In einem Schreiben an den SP-Präsidenten, Nationalrat Helmut Hubacher, äusserte sich das EPD kritisch zur Initiative der Nationalen Aktion für ein Staatsvertragsreferendum. Eine Annahme wäre für die schweizerische Aussenpolitik eine grosse Belastung (Dok. 46, dodis.ch/50063). Schliesslich wurde am 13. März 1977 der Gegenvorschlag des Bundesrates von Volk und Ständen angenommen. Daneben lief eine Diskussion, ob bei völkerrechtlichen Verträgen, die unmittelbare Auswirkungen auf das schweizerische Recht haben, das Vernehmlassungsverfahren angepasst werden soll, um mehr Mitsprache zu ermöglichen (Dok. 66, dodis.ch/48458).

Bei den Fragen der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen ging es zunehmend auch um Steuerfragen (Dok. 6, dodis.ch/39389). Der Rechtshilfevertrag mit den USA trat in Kraft (Dok. 58, dodis.ch/49328). Auch entstand ein neues Musterabkommen der OECD zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und in der Verwaltung wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe zum fiskalischen Informationsaustausch geschaffen (Dok. 48, dodis.ch/49892).

Als neue Tendenz ist feststellbar, dass sich der Bundesrat auf öffentlichen Druck hin vermehrt verpflichtet fühlte, gegenüber dem Ausland «bei strikter Beachtung des Prinzips der Nicht-Einmischung, wo und wenn immer möglich, humanitäre Gesichtspunkte noch besser» zu berücksichtigen. Insbesondere ging es dabei um das Schicksal von politischen Gefangenen (Dok. 40, dodis.ch/48733). Die diskreten Vorstösse zu deren Gunsten liefen jedoch sowohl gegenüber Chile (Dok. 14, dodis.ch/51074) wie auch gegenüber der UdSSR (Dok. 96, dodis.ch/48698) ins Leere.

Bei seinem Amtsantritt machte Bundesrat Pierre Aubert deutlich, dass er der Menschenrechtspolitik einen hohen Stellenwert einräumte. Bereits an seinem ersten Arbeitstag an der Spitze des Departements gab er einen Bericht über die Möglichkeiten in Auftrag, «pour notre pays, d'intensifier son action en faveur de la défense des droits de l'homme sur le plan international, sans nuire à notre politique habituelle de neutralité et de réserve» (Dok. 114, dodis.ch/49960). Das offensive Vorgehen Auberts stiess innerhalb des Departements schon bald auf erheblichen Widerstand (Dok. 143, dodis.ch/48700). Nach vier Monaten als Departementschef versuchte der Aussenminister, seine neue Stossrichtung gegenüber den Mitarbeitenden des Politischen Departements die traditionellen Werte der Schweizer Aussenpolitik

einzuordnen: «Ces nouvelles directions ne remplacent pas, bien entendu, les valeurs traditionnelles de notre diplomatie: elles les complètent et les raffermissent. Elles sont le corollaire naturel de l'engagement plus prononcé de notre pays sur la scène mondiale, entrepris au début des années 70, et qui commence à porter ses fruits». Aubert beabsichtigte, auch den Nord-Süd-Dialog zu stärken und eine echte Universalität und Disponibilität gegenüber der Dritten Welt zu etablieren. Ausdruck dafür war insbesondere eine verstärkte Reisediplomatie in diese Regionen (Dok. 111, dodis.ch/52279, Dok. 146, dodis.ch/49310, und dodis.ch/50104).

Nachdem bereits 1967 und 1973 Bundesräte in die UdSSR gereist waren und der Schweizer Aussenminister 1969 mit Rumänien und Jugoslawien zwei «dissidente» sozialistische Staaten Osteuropas besucht hatte, standen 1978 mit dem Besuch von Aubert in Ungarn erstmals politische Kontakte auf höchster Ebene mit einem «Satellitenstaat» Moskaus an (Dok. 185, dodis.ch/48355).

Der aussenpolitische Austausch wurde aber insbesondere mit den Neutralen gepflegt. Mit Schweden fand ein unregelmässiger aber reger Informationsaustausch auf der Ebene der Aussenminister und hoher Beamter statt (Dok. 56, dodis.ch/50895). Mit Österreich sollte gar ein monatlicher Gedankenaustausch auf der Ebene hoher Beamter stattfinden, da die Aussenministerien in den vorangegangenen Jahren auf einzelne Ereignisse unterschiedlich reagiert hatten (Dok. 164, dodis.ch/51700). Aufgrund der Affäre um Brigadier Jean-Louis Jeanmaire, der aufgrund der Weitergabe klassifizierter Informationen über die Schweizer Armee an die sowjetischen Militärattachés in Bern wegen Landesverrat angeklagt wurde, musste der Besuch von Pierre Graber in Moskau abgesagt werden und in der Folge konnte auch der geplante Besuch in Washington nicht stattfinden (Dok. 112, dodis.ch/49604). Die Washingtonreise von Rudolf Gnägi, dem Vorsteher des EMD, stand ebenfalls im Schatten der Affäre (Dok. 72, dodis.ch/49315).

Zur Kompensation der internationalen politisch-militärischen Schwäche des Landes sollte nun die Kultur ein «integraler Bestandteil der Aussenpolitik» werden (Dok. 115, dodis.ch/48763). Gegenüber dem Abschluss international üblicher Kulturabkommen blieb die offizielle Schweiz aber weiterhin kritisch (Dok. 129, dodis.ch/48768). Trotz der proklamierten Aktivierung der Aussenpolitik bekundete das EPD Mühe gegenüber der wachsenden Zahl von Ämtern anderer Departemente, die in Eigenregie internationale Beziehungen unterhielten (Dok. 68, dodis.ch/49412).

Der Konflikt im Nahen Osten beschäftigte die Schweizer Aussenpolitik weiterhin. Während im Dezember 1978 der israelische Aussenminister Moshe Dayan zu Gesprächen in Bern empfangen wurde, führte die Schweizer Diplomatie ihre informellen Beziehungen mit der PLO weiter (Dok. 81, dodis.ch/48807 und Dok. 130, dodis.ch/48810). Der geplante Besuch des PLO-Aussenbeauftragten Farouk Kaddoumi, der schliesslich vertagt wurde, erhitze die Gemüter im In- und Ausland (Dok. 190, dodis.ch/48373). Insgesamt gelang es der Schweizer Diplomatie zunehmend, die Problematik im Nahen Osten besser zu verstehen und eine ausgeglichene Politik zu formulieren, welche eine weitere Öffnung gegenüber der arabischen Welt vorsah

und die Anliegen der Palästinenser mit dem Existenzrecht Israels gleichstellte (Dok. 10, dodis.ch/49404). Die erhöhte Sensibilität für das Konfliktpotential der Region hielt den Bundesrat nicht davon ab, das generelle Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial nach Israel und den arabischen Staaten von 1955 aufzuheben (Dok. 97, dodis.ch/48206).

Am 1. Juni 1976 besetzten Exilstudenten, die das Land unter dem autoritären Regime von Mohammed Reza Pahlavi verlassen hatten, das iranische Generalkonsulat in Genf und konnten anhand von entwendeten Akten den Nachweis erbringen, dass die dortige Vertretung als Zentrale des iranischen Geheimdiensts SAVAK in Westeuropa fungierte. Durch diese Affäre wurden die diplomatischen Beziehungen mit dem Iran zwischenzeitlich arg belastet (Dok. 35, dodis.ch/48290). Diese Spannungen traten allerdings angesichts der umfangreichen bereits im folgenden Jahr vom Schah bewilligten Projekte zugunsten der Schweizer Exportwirtschaft bald wieder in den Hintergrund (Dok. 60, dodis.ch/49307). In Beirut musste die Schweizer Botschaft aufgrund der nicht mehr gewährleisteten Sicherheit nach Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs vorübergehend geschlossen werden (Dok. 15, dodis.ch/50290).

Die *Wirtschafts- und Finanzbeziehungen* der Schweiz wurden in der untersuchten Periode weiterhin von der Ölkrise und ihren Folgen geprägt. Das Land reagierte mit diversen Exportförderungsmassnahmen, um die eigene Wirtschaft zu stärken. So wurden beispielsweise in Absprache mit den Verbänden Goodwill-Missionen in den ASEAN-Staaten durchgeführt (Dok. 82, dodis.ch/51314 und Dok. 137, dodis.ch/51315). Zum Delegierten des Bundesrats für Handelsförderung und Erschliessung neuer Märkte wurde der Nestlé-Manager Peter C. Bettschart ernannt. Das EPD bedankte sich bei der Unternehmung, da sie ein «personelles Opfer im Interesse der gesamtschweizerischen Handelspolitik» gebracht habe (Dok. 8, dodis.ch/49451). Mit der Einführung des Titels eines «Staatssekretärs» für den Direktor der Handelsabteilung und den Generalsekretär des EPD wurden die führenden Schweizer Beamten ihren Ansprechpersonen im Ausland gleichgestellt. Sie sollten den Bundesrat entlasten und die Schweizer Handelsdiplomatie stärken (Dok. 3, dodis.ch/49453). Eine Polemik von Staatssekretär Jolles über die «Inflation» von Botschafterstellen in der Zentrale in Bern kritisierte die gesteigerte Vergabe von Titeln an führende Diplomaten (Dok. 133, dodis.ch/51430).

Als Vorbereitung auf ein Interview im norwegischen Fernsehen zur wirtschaftlichen Situation der Schweiz diskutierte der Bundesrat mögliche Antworten. Auf die Frage nach den aussenwirtschaftlichen Zielen, betonte die Regierung die Bedeutung der offenen Märkte durch die Unterstützung der neuen GATT-Runde und die Absicherung des europäischen Freihandelsraums. Zudem legte der Bundesrat Wert auf die Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und die Rohstoffsicherheit. Multilaterale Massnahmenpakete standen dabei im Zentrum des Engagements der Schweiz zur Verbesserung der Weltwirtschaftslage (Dok. 127, dodis.ch/49898). Die Tokio-Runde des GATT verlangte eine lange Vorbereitungszeit. Sie gestaltete sich angesichts der nichttarifären Handelshemmnisse schwierig (Dok. 74, dodis.ch/50105). Mit den USA

lieferte sich die Schweiz im Rahmen der GATT-Verhandlung eine Auseinandersetzung über Uhrenzölle (Dok. 105, dodis.ch/49332).

Die Stärke des Schweizer Frankens in der Krise führte zu genereller Besorgnis, da durch die Aufwertung eine Schwächung der Exportindustrie und damit Arbeitslosigkeit drohten (Dok. 163, dodis.ch/50143). Die Schweizerische Nationalbank verstärkte in Absprache mit befreundeten Notenbanken ihre Interventionen in den Kapitalmarkt, um den Schweizer Franken abzuschwächen (Dok. 175, dodis.ch/50145). Neben Deutschland und den USA entwickelte sich Japan zu einem zentralen Partner in den Stützungsmaßnahmen, da eine frappante Analogie der Situation und «un intérêt commun pour une meilleure coordination internationale des politiques monétaire et de change» festgestellt wurde (Dok. 194, dodis.ch/52263). International wurde die neue Währungspolitik begrüsst (Dok. 180, dodis.ch/50147). Nebst den Aktionen für den Dollar beteiligte sich die Schweiz auch an den internationalen Stützungsmaßnahmen für das britische Pfund (Dok. 42, dodis.ch/50205). Die Erfahrungen führten die Schweiz näher an die europäische Währungspolitik, der sie ihre Unterstützung zusicherte (Dok. 192, dodis.ch/50149). Erstmals sollte auch mit Liechtenstein ein Währungsabkommen abgeschlossen werden, denn obschon der Schweizer Franken seit 1924 die gesetzliche Währung Liechtensteins war, bestand darüber keine staatsvertragliche Vereinbarung (Dok. 124, dodis.ch/52253). Die Stärke des Schweizer Frankens führte ebenfalls zu Problemen für die internationalen Organisationen in Genf, deren Budgets in Dollars geführt wurden (Dok. 182, dodis.ch/50139). Gleichzeitig hob der Bundesrat die Schweizerische Verrechnungsstelle auf, die 1934 für die Abwicklung des gebundenen Zahlungsverkehrs (Clearing) gegründet worden war (Dok. 177, dodis.ch/51856).

Auch in diesen Jahren stiess das Schweizer Bankgeheimnis auf internationale Kritik. Der Skandal der Crédit Suisse in Chiasso löste in der Weltpresse «Schadenfreude» aus (Dok. 62, dodis.ch/49601). Der Bundesrat stellte aber fest, dass nun nicht mehr nur die Banken, sondern auch die Schweizer Regierung in der Kritik stand, da ihre Politik als «trop tolérant» interpretiert wurde (Dok. 49, dodis.ch/50107).

Das Interesse an China als Handelspartner schlug sich in einer Intensivierung der Besuche hochrangiger Vertreter aus der Volksrepublik in der Schweiz nieder (Dok. 102, dodis.ch/49049 und Dok. 141, dodis.ch/49051). Versuche, in den chinesischen Produktionsstandort mit staatlichen und privaten Krediten zu investieren, scheiterten an der prinzipiellen Weigerung Pekings (Dok. 168, dodis.ch/49076), bis plötzlich Ende November 1978 eine von Vizeministerpräsident Wang Zhen geführte Delegation gegenüber Bundesrat Honegger überraschend die neue Politik der Öffnung für ausländische Investitionen verkündete (Dok. 189, dodis.ch/49088).

An ihrer liberalen Praxis bei der Zulassung multilateraler Firmen wollte die Schweiz festhalten (Dok. 52, dodis.ch/48913). Als der Schweizer Multi Nestlé mit der Propagierung seiner Säuglingsernährungsprodukte in den ärmsten Ländern unter heftigen internationalen Beschuss geriet, musste die Handelsabteilung eine Sprachregelung für die Verwaltung definieren, da auch der Bundesrat unter Druck kam (Dok. 171, dodis.ch/49333).

Die *wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern* stand im Zeichen einer neuen Legislation. Am 19. März 1976 trat das Bundesgesetz über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Kraft, welches bis heute die Grundlage der Finanzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz darstellt. Es umfasste die getrennte Bewilligung verschiedener Rahmenkredite, welche vor allem mit den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen (Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe) und den verschiedenen Kompetenzen innerhalb der Bundesverwaltung begründet wurde. Das Vorgehen, dem Parlament die Rahmenkredite gestaffelt vorzulegen, war allerdings nicht unumstritten und wurde teils als «Salamitaktik» kritisiert (Dok. 188, dodis.ch/52055).

Das Schweizer Volk stimmte am 13. Juni 1976 erstmals über eine Vorlage der Entwicklungszusammenarbeit ab. Die Gewährung eines Darlehens von 200 Millionen Schweizer Franken an die International Development Association (IDA) lehnten 56.4 Prozent der Stimmbevölkerung ab. Diese Niederlage brachte den Bundesrat gegenüber der Weltbank in Verlegenheit und zeigte den Behörden schmerzlich, dass die Bevölkerung die Entwicklungszusammenarbeit noch nicht im selben Masse wie Landesregierung und Parlament als integralen Bestandteil der Aussenpolitik sah (Dok. 19, dodis.ch/50268). Das Abstimmungsergebnis stellte insbesondere ein Misstrauensvotum gegenüber der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit dar. Bilaterale Hilfe sei viel populärer, da sie «überschaubar und kontrollierbar» erscheine, wurde argumentiert. Mit der Ablehnung des Kredits verfehlte der Bundesrat das Ziel, die Unterstützungsleistungen der Schweiz denjenigen anderer Industriestaaten anzunähern (Dok. 24, dodis.ch/50286). In einem Bericht an den Bundesrat wiesen Pierre Graber und Ernst Brugger gemeinsam auf die Schwierigkeiten hin, welche der negative Volksentscheid verursachte: «Dans notre pays, on n'a sans doute pas encore suffisamment conscience de l'importance économique et politique des problèmes du développement. En outre, on ne saurait minimiser la gravité de *notre isolement international* dû à notre incapacité de nous associer à l'engagement pris par l'ensemble des autres participants industrialisés d'accroître substantiellement leur aide publique en valeur réelle.» (Dok. 77, dodis.ch/50202). Die Schweiz stand jedenfalls unter beachtlichem Druck, ihr Engagement zu erhöhen (Dok. 174, dodis.ch/51862). So wurden beispielsweise im Rahmen des «Special Action Programm» der Nord-Süd-Konferenz von Paris 26 Millionen US-Dollar zu Gunsten der Entwicklungsländer in Form von Umwandlungen von Finanzhilfekrediten in Geschenke zugesagt (Dok. 75, dodis.ch/51697).

Durch die Fokussierung des 1976 verabschiedeten Bundesgesetzes über die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe auf die ärmeren Entwicklungsländer wurden Hilfeleistungen an weiterentwickelte Länder wie Brasilien zurückgestuft (Dok. 103, dodis.ch/49180). Gleichzeitig schloss die Schweiz mit zahlreichen Staaten Investitionsschutzabkommen ab, um private Anlagen abzusichern (Dok. 13, dodis.ch/48176).

Immer stärker trat die Schweiz auch als Kreditgeberin in den staatssozialistischen Ländern Osteuropas auf. Dabei wurde auch die zunehmende Westverschuldung thematisiert, etwa im Fall Polens, das trotz der systembedingten

Hindernisse als wichtiger Handelspartner mit Potential galt (Dok. 70, dodis.ch/49268). Wie es zuvor gegenüber Jugoslawien der Fall war, wurden nun Bulgarien und Rumänien Zollpräferenzen für Entwicklungsländer eingeräumt (Dok. 28, dodis.ch/48396).

In Bezug auf die Qualität der Beziehungen mit den afrikanischen Staaten stellte die Haltung gegenüber Südafrika und Rhodesien nach wie vor ein wichtiger Gradmesser dar. Der internationale Druck gegen die Apartheidpolitik nahm stetig zu. Die Schweizer Diplomatie bemühte sich im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen vermehrt mit den lokalen Befreiungsbewegungen in Kontakt zu treten, um beispielsweise humanitäre Hilfe zu leisten (Dok. 106, dodis.ch/49365 und Dok. 191, dodis.ch/49163). So plädierte das Politische Departement auch für mehr Vorsicht und Zurückhaltung in den Handelsbeziehungen mit Südafrika (Dok. 131, dodis.ch/49367). Gegen solche Tendenzen wehrte sich die Schweizer Exportindustrie mit einiger Vehemenz. So wurde Bundesrat Pierre Aubert im Rahmen des Besuchs einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation in Bezug auf die Apartheidpolitik unverblümt eröffnet, dass «ce problème ne peut pas interférer avec les relations commerciales» (dodis.ch/49312). Die Haltung der Bundesverwaltung im Hinblick auf die Finanzbeziehungen mit Südafrika hatte sich aber inzwischen konsolidiert (Dok. 135, dodis.ch/49368).

Die Frage der Schweizer Mitgliedschaft in *internationalen Organisationen* blieb auch in der untersuchten Periode politisch kontrovers. In den Vorbereitungen für den dritten Bericht des Bundesrats über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen trat deutlich das Dilemma hervor, dass der Beitritt der Schweiz zur UNO im Prinzip «wünschenswert» sei, auf der anderen Seite die öffentliche Meinung aber «noch nicht reif dafür» sei und eine Volksabstimmung entsprechend «mit beträchtlichen Risiken verbunden» wäre (Dok. 2, dodis.ch/51501). Auch nachdem sich die Regierung dazu entschlossen hatte, die Beitrittsfrage dem Volk vorzulegen, war sie sich bewusst, «que la bataille sera difficile à gagner» (Dok. 156, dodis.ch/51504). Neben der politischen Dimension der UNO sorgten sich die Magistraten zunehmend auch um die «Politisierung» von UN-Spezialorganisationen wie der UNESCO (Dok. 145, dodis.ch/50891).

Nervosität bezüglich des internationalen Status von Genf riefen die Diskussionen um die Sitzverlegungen von UNO-Organen nach Wien hervor (Dok. 25, dodis.ch/48714). Die wichtige Präsenz der Weltorganisation in der Rhonestadt erlaubte es der Schweiz, trotz Nichtmitgliedschaft indirekt an den Debatten zu partizipieren, da die Erfahrung zeige, «qu'il est dangereux à long terme de s'isoler, volontairement ou non, des grands débats internationaux» (Dok. 156, dodis.ch/51504). Um in der UN-Generalversammlung – nicht zuletzt wegen der Sitzfrage – mehr Einfluss zu erhalten, die diplomatischen Kontakte mit den Staaten der «Dritten Welt» zu stärken und auch generell im Zuge der Erdölkrise ein stärkeres Gewicht auf der Weltbühne zu erhalten, intensivierten sich im Departement die Diskussionen um eine Teilnahme der Schweiz mit einem Gaststatus an den Konferenzen der Bewegung der Blockfreien (Dok. 7, dodis.ch/48366). Die Anwesenheit einer Delegation

an der Gipfelkonferenz von Colombo im August 1976 erwies sich als «neutralitätspolitisch unbedenkliche» Möglichkeit, «Interesse für die Sorgen dieser Staatengruppe zu zeigen, ohne selbst dazu Stellung nehmen zu müssen» und unter den Teilnehmerstaaten «vermehrt Sympathien für die Schweiz zu wecken» (Dok. 153, dodis.ch/48358).

Die *Europapolitik* blieb von entscheidender Bedeutung für die schweizerische Aussenpolitik. Am 1. Juli 1977 wurde mit dem Wegfall fast aller Restzölle zwischen EG und EFTA die Öffnung der Märkte unter 16 westeuropäischen Staaten und damit «eines der wichtigsten handelspolitischen Ziele der Nachkriegszeit» erreicht (Dok. 183, dodis.ch/49374). Zu diesem Anlass fand in Wien die vom österreichischen Bundeskanzler initiierte EFTA-Gipfelkonferenz statt. Die Schweiz wollte darauf hinwirken, dass die Intensivierung der Zusammenarbeit bei der EG nicht als «Frontbildung», «sondern als gemeinsame Vorbereitung pragmatischer Lösungen angesehen» wurde (Dok. 25, dodis.ch/48714 und Dok. 33, dodis.ch/48716). Im Rahmen der EFTA war die Schweiz somit auch darauf bedacht, keine «Integrationsfortschritte unter den EFTA-Staaten auf jenen Gebieten anzustreben, um derentwillen die Schweiz der Gemeinschaft ferngeblieben ist» (Dok. 34, dodis.ch/48713).

Neben ihrem Engagement in der EFTA setzte die Schweiz stark auf Konsultationen mit der EG, um ihre Zielsetzungen im europäischen Integrationsprozess abzusichern. Sie wurden als einzige Möglichkeit zur Erreichung der aussenpolitischen Ziele im Rahmen der europäischen Integration gesehen. Die Schweiz habe ein Interesse «an einer gut funktionierenden und damit flexiblen Gemeinschaft. Dies bedingt unsererseits eine gewisse Loyalität gegenüber unseren Gesprächspartnern, d. h. das Absehen vom Versuch, die einzelnen Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspielen» (Dok. 85, dodis.ch/49373). Mit der EG führte die Schweiz Verhandlungen der zweiten Generation zur weiteren Liberalisierung in Europa, so über ein Versicherungsabkommen (Dok. 87, dodis.ch/49375), den grenzüberschreitenden Omnibusverkehr (Dok. 55, dodis.ch/48103), die Forschung (Dok. 57, dodis.ch/49339) und über die thermonukleare Fusion im Rahmen der EURATOM (Dok. 134, dodis.ch/48759).

Das wichtigste Forum der Ost-West-Beziehungen auf dem Kontinent stellte das Belgrader Folgetreffen der KSZE 1977/78 dar. Die Schweiz engagierte sich insbesondere mit einem Vorschlag zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen für Medienschaffende (Dok. 79, dodis.ch/49213), der allerdings aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und Washington chancenlos blieb. Obwohl die Konferenz insofern scheiterte, als die Teilnehmerstaaten kein substantielles Schlussdokument verabschieden konnten, wurde immerhin durchgesetzt, dass das bereits länger gehegte schweizerische Projekt der «Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen» an einem Expertentreffen in Montreux erneut geprüft werden sollte (Dok. 126, dodis.ch/49325). Zudem bestätigte das Belgrader Treffen, dass sich für die schweizerische Aussenpolitik durch die Zusammenarbeit der neutralen und nicht-engagierten Staaten neue Handlungsspielräume erschliessen konnten (Dok. 173, dodis.ch/49326).

Die Schweiz unterzeichnete 1976 mit der Europäischen Sozialcharta ein zentrales Instrument des Europarats (Dok. 12, [dodis.ch/48718](#)). Die von Pierre Graber forcierte Ratifizierung führte hingegen zu internen Auseinandersetzungen in der Verwaltung (Dok. 54, [dodis.ch/48719](#)). Nicht zuletzt wurde eine ablehnende Haltung des Parlaments befürchtet, da eine durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte notwendige Anpassung des Schweizer Militärstrafrechts innenpolitisch hohe Wellen geworfen hatte (Dok. 61, [dodis.ch/48720](#)). Ebenso stiess die geplante Einführung der europäischen Sommerzeit auf innenpolitischen Widerstand insbesondere bei den Bauern (Dok. 128, [dodis.ch/48207](#)).

Die *«Guten Dienste» und die humanitären Aktionen* wurden von den ersten Einsätzen des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) in diversen Weltregionen geprägt. Das Korps für die Hilfe im Ausland war 1972 gegründet worden. So engagierte sich das SKH in der Sahelzone während der Dürreperiode sowie in der Türkei, in Guatemala und in Italien nach verheerenden Erdbeben. Der zuständige Delegierte des Bundesrates stützte sich auf die Solidarität als zentrale Maxime der schweizerischen Aussenpolitik und betonte die Besonderheit des Einsatzes von Freiwilligen, mit dem die Schweiz international Neuland betreten habe (Dok. 50, [dodis.ch/51467](#)).

Als es im Juli 1976 in Italien zur Explosion in der Chemiefabrik Icmesa kam, eines Tochterunternehmens von Givaudan, die wiederum Roche gehörte, war das Ausmass der Giftkatastrophe von Seveso noch nicht absehbar. Eine Wolke mit giftigen Chemikalien zog über die Grenzregion der Schweiz. Da sich die Kontakte mit Hoffmann-La Roche aus Sicht der Betroffenen nicht einfach gestalteten, schaltete sich der Bundesrat ein und entschied, eine hochrangige Delegation in die Lombardei zu entsenden, um eine mögliche Unterstützung zu prüfen und aufzugleisen (Dok. 26, [dodis.ch/49429](#)). Obwohl der Empfang freundlich war, hielt die Delegation fest, sie sei *«convaincue que le contentieux Hoffmann-La Roche–Junte lombarde fait peser sur les relations de la Suisse avec l’Italie un danger dont il ne faut pas sous-estimer la portée»* (Dok. 31, [dodis.ch/48456](#)).

Im September 1977 nahm im Zuge der amerikanisch-kubanischen Annäherung unter Schweizer Flagge eine *«US Interests Section»* in der schweizerischen Botschaft in Havanna ihre Tätigkeit auf, während gleichzeitig in Washington in der Botschaft der ČSSR eine *«Cuban Interests Section»* etabliert wurde. Einer weiteren Annäherung der beiden Staaten standen insbesondere das Wirtschaftsembargo der USA gegen Kuba wie auch die kubanischen Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent entgegen (Dok. 116, [dodis.ch/49372](#)).

Anlässlich eines Besuchs des Präsidenten und des Aussenministers Griechenlands in der Schweiz diskutierten diese mit Bundespräsident Willi Ritschard und Bundesrat Aubert die Möglichkeiten einer Schweizer Unterstützung bei den Verhandlungen mit der Türkei in der Zypernfrage (Dok. 140, [dodis.ch/49027](#)). Die Anerkennung des türkischen Teils von Zypern lehnte die Schweiz ab (Dok. 30, [dodis.ch/49015](#)).

Die *Migrations- und Flüchtlingspolitik* hatte seit dem Beginn der 1970er Jahre an politischer Brisanz verloren. Die wirtschaftliche Krise und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit führten vermehrt zu Rückwanderungen ausländischer Arbeitskräfte. In diesem Zusammenhang und auch im Hinblick auf das geplante neue Ausländergesetz kam es zu Diskussionen mit deren Herkunftsländern, insbesondere mit Spanien und Italien. Obschon sich das Aussenministerium bewusst war, dass es materiell für die Probleme nicht zuständig war, bedauerte es dezidiert die Ungleichbehandlung zwischen den Herkunftsländern. Diese widerspreche – ebenso wie die im Gesetz vorgesehene lange Frist für Familienzusammenführungen und die ungleiche Behandlung von ausländischen und schweizerischen Arbeitskräften – der multilateralen Tendenz. Insbesondere stimme sie nicht mit den Bestimmungen der KSZE-Schlussakte und dem Engagement der Schweiz im KSZE-Prozess überein (Dok. 118, dodis.ch/49424).

Eine Debatte mit den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitskräfte drehte sich auch um den Unterricht der Kinder von Migrantinnen und Migranten in Muttersprache und heimatlicher Kultur. Obschon die Schulungsanliegen als berechtigt empfunden wurden, befürchteten Bundesanwaltschaft und Fremdenpolizei im Falle der Aktivitäten der jugoslawischen Konsulate mit ihren sozialistisch-patriotisch ausgerichteten Zusatzkursen «einen unstatthafter Eingriff in unsere politische Ordnung» (Dok. 27, dodis.ch/48951).

Die Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten des früheren Indochinas gestaltete sich im Zuge der politischen Umstürze nach dem Vietnamkrieg mit unterschiedlichem Erfolg (Dok. 9, dodis.ch/50288). Die Schweiz war indes sehr bemüht, durch die Aufnahme von «boat people» und anderen Personen aus Südostasien einen Beitrag zur internationalen Lösung der sich verschärfenden Flüchtlingskrise in der Region zu leisten (Dok. 193, dodis.ch/50287).

Während die Beamten im Aussendienst ihre politischen Rechte brieflich wahrnehmen durften, mussten die restlichen Auslandschweizer dafür in die Schweiz reisen, was für Unmut sorgte. Als Reaktion auf Proteste der Ehefrauen der diesbezüglich privilegierten Beamten in London, hob das EPD hervor, dass eine Ausdehnung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts nicht opportun sei, da sonst allenfalls auch den Ausländern in der Schweiz die Ausübung politischer Rechte gestattet werden müsste (Dok. 186, dodis.ch/52179).

Interessanterweise wurde im September 1978, im Hinblick auf den Besuch des polnischen Aussenministers, im EPD eingehend über die *Innenpolitischen Aspekte der Aussenpolitik* nachgedacht und ein Überblick über die dringendsten Fragen und Probleme der Schweiz mit aussenpolitischem Bezug zusammengestellt (Dok. 169, dodis.ch/50892). Aufgeführt wurde erstens die Jurafrage, welche als Beispiel für die direktdemokratische und föderalistische Vorgehensweise des Landes dienen sollte. Tatsächlich stimmten Bevölkerung und Stände dem neuen Kanton zu, der am 1. Januar 1979 Wirklichkeit wurde. Daneben wies das Dokument auf die aktuelle Bedrohung durch den Terrorismus hin. Die innenpolitische Befindlichkeit mache zudem einen Beitritt zur UNO nicht möglich, während die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes auf globale ökonomische Regelungen angewiesen sei. Dafür sprach

auch, dass die Weiterbildung der Schweizer Diplomaten im Themenbereich der Exportförderung verstärkt wurde. Um die schwächelnde Ökonomie zu stützen, sollten die Dienstleistungen in den Aussenposten für die Exportwirtschaft erweitert und intensiviert werden (Dok. 64, dodis.ch/49452). Diese Stärkung der Handelsdienste in den Botschaften diente dem EPD auch als Rechtfertigung für die Notwendigkeit der Schweizer Aussenposten. Die enge Zusammenarbeit zwischen Diplomatie und Handelsabteilung habe es erlaubt, den Aussenhandel des Landes verglichen mit anderen Industriestaaten doppelt so stark zu erweitern (Dok. 110, dodis.ch/49450).

Seit der Einführung des Frauenstimmrechts bemühte sich das EPD um die Ermöglichung von Karrieren von Diplomatinen sowie Kanzlei- und Sekretariatsmitarbeiterinnen. 1977 sah das Departement die Gleichberechtigung erreicht. Die gesellschaftlichen Realitäten boten den Laufbahnen von verheirateten Frauen im Unterschied zu den ledigen Frauen nach wie vor grosse Hindernisse. So verunmöglichte die Berufsausübung des Mannes reguläre Versetzungen oder die Heirat mit einem ausländischen Staatsbürger führte zum Verlust des alleinigen Schweizer Bürgerrechts und führte zwingend zum Ausscheiden aus dem Dienst (Dok. 71, dodis.ch/50065).

Die Diskussionen um die *innere und äussere Sicherheitspolitik* wurden von unterschiedlichen internationalen Entwicklungen geprägt. Die Schweiz ratifizierte 1977, acht Jahre nachdem der Bundesrat den Vertrag unterzeichnet hatte, den Atomwaffensperrvertrag, verpflichtete sich zu dessen Umsetzung mit der Internationalen Atomenergieagentur und trat dem sogenannten Londoner Club für Nuklearexporte bei, denn: «Il n'y a pas de véritable alternative» (Dok. 36, dodis.ch/50138). Dennoch hatte die Schweiz mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Uran zu friedlichen Zwecken zu kämpfen. So bereitete die neue Politik von US-Präsident Jimmy Carter Sorge, weil «elle n'aurait pas ratifié le traité de non-prolifération si celui-ci ne garantissait pas le libre développement de l'énergie nucléaire» (Dok. 93, dodis.ch/49322). Auch mit Kanada kamen die Verhandlungen über ein neues Kooperationsabkommen nur langsam voran (Dok. 101, dodis.ch/50991 und Dok. 125, dodis.ch/50577).

Das in den internationalen Debatten dominierende Thema der Abrüstung beschäftigte auch die Schweiz. Bundesrat Aubert wies 1978 an der Botschafterkonferenz auf die lange Tradition der Schweizer Beteiligung seit der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes von 1932 hin und signalisierte das Interesse des Landes an den aktuellen Bemühungen der Vereinten Nationen. Gleichzeitig zeigten sich die Nachteile der fehlenden UNO-Mitgliedschaft, die es nicht erlaubte, in der Generalversammlung Stellung zu nehmen, «et nous avons donc dû recourir au moyen du document distribué par des délégations amies à l'Assemblée et simultanément remis à tous les pays avec lesquels nous avons des relations diplomatiques» (Dok. 166, dodis.ch/48273).

Hohe Wellen auch in der Schweiz warf die internationale Schmiergeldaffäre des US-amerikanischen Flugzeugproduzenten Lockheed. Da die Mirage-Affäre von 1964 in der Öffentlichkeit noch präsent war, führte die Lockheed-Affäre zu parlamentarischen Anfragen im Hinblick auf die Be-

schaffung neuer Flugzeuge. Mit Erleichterung konnte festgestellt werden, dass die Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs, des Tigers F-5 des US-Herstellers Northrop, durch den Skandal nicht tangiert war (Dok. 11, dodis.ch/49318). Dennoch verlief in Sachen Tiger nicht alles einwandfrei. Insbesondere liefen die vereinbarten Kompensationsgeschäfte mit den USA so harzig an, dass Botschafter Probst bei Verteidigungsminister Donald Rumsfeld um eine Unterredung nachsuchte (Dok. 23, dodis.ch/49317). Ein Hindernis beim Export von Kriegsmaterial in die USA bereiteten die im Schweizer Kriegsmaterialgesetz vorgeschriebenen Nichtwiederausfuhrerklärungen (Dok. 41, dodis.ch/49316). Der versuchte Export des Schweizer Panzers 68 nach Österreich kam nach langen Verhandlungen nicht zu Stande (Dok. 73, dodis.ch/51705).

In der Bekämpfung des Terrorismus setzte die Schweiz auf universelle und nicht regionale Lösungen, da sie ihn als internationales Phänomen betrachtete, entsprechend sollten diesbezügliche Bestrebungen der UNO unterstützt werden (Dok. 5, dodis.ch/48721). Im Innern des Landes spitzte sich als Nachwirkung der Jeanmaire-Affäre der bereits länger schwelende Konflikt zwischen EJPD und EPD aufgrund aufgedeckter nachrichtendienstlicher Aktivitäten ausländischer Diplomaten weiter zu (Dok. 80, dodis.ch/49449). Die Schwierigkeiten zwischen dem Justizdepartement unter Bundesrat Kurt Furgler und dem Aussenministerium widerspiegeln die schwierigen persönlichen Beziehungen zwischen beiden Departementsvorstehern.

IV. ABKÜRZUNGEN/ABRÉVIATIONS/ABBREVIAZIONI

Abs.	Absatz
ADB	Asian Development Bank
AECL	Atomic Energy of Canada Limited
AELE	Association européenne de libre-échange
AG	Aktiengesellschaft
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AI	Assurance-invalidité
AIEA	Agence internationale de l'énergie atomique
a. i. / ad int.	ad interim
al.	alinéa
allf.	allfällig
Allg.	Allgemein
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
ANC	African National Congress
Anm.	Anmerkung
Art. / art.	Artikel / article
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASSAOM	Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'Outre-mer
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
AWF	Abteilung für Wissenschaft und Forschung (des Departements des Innern)
AZ	Zürcher Arbeiterzeitung
AZAP	Agence Zaïroise de Presse
B	Belgien / Belgique
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BBC	Brown, Boveri & Cie
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BCA	Banque Commerciale Arabe SA
Bd. / Bde.	Band / Bände
bes.	insbesondere
betr.	betreffend
BG	Bundesgesetz
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BIRD	Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BK	Bundeskanzlei
BNS	Banque nationale suisse
BPR	Banques populaires rwandaises
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRI	Banque des règlements internationaux
BR-Beschlussprot. II	Beschlussprotokoll II des Bundesrates
BR-Prot.	Bundesratsprotokoll

BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848–1947
BSP	Bruttosozialprodukt
Bull. of.	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
Bupo	Bundespolizei
BV	Bundesverfassung
bzw. / bezw.	beziehungsweise
ca.	circa
CANDU	Canada Deuterium Uranium
CCEI	Conférence sur la coopération économique internationale
CDDH	Comité directeur pour les droits de l'homme (du Conseil de l'Europe)
CE	Communautés européennes
CEE	Communauté économique européenne
CEMT	Conférence européenne des ministres des Transports
CERN	Centre européen de recherche nucléaire
CF	Conseil fédéral
cf.	confer
CFB	Commission fédérale des banques
CH	Confœderatio Helvetica
CH-BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
CH-SNB	Archiv der Schweizerischen Nationalbank
CIA	Central Intelligence Agency
CICR	Comité international de la Croix-Rouge
Cie	Compagnie
CIEC	Conference on international economic co-operation
CIME	Comité international de coordination pour les mouvements migratoires européens
CNUCED	Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement
COMAR	Cooperativa Mista Artesanal do Recife Limitada
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance
COST	European Cooperation in Science and Technology
CSCE	Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik / République socialiste tchécoslovaque
DAC	Development Assistance Committee (of the OECD)
DC	Division du commerce (du Département de l'économie publique)
DC	Douglas Commercial
DDA	Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (du Département politique)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz / Documents Diplomatiques Suisses / Documenti Diplomatici Svizzeri
DEH	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (des Politischen Departements)
DFEP	Département fédéral de l'économie publique
DFJP	Département fédéral de justice et police
DftZ	Der Delegierte für technische Zusammenarbeit (des Politischen Departements)
d. h.	das heisst
Dir.	Direktor / Directeur / Direttore
d. J.	dieses Jahres

DK	Dänemark
DM / D-Mark	Deutsche Mark
Dok. / doc.	Dokument / document
DoD	Department of Defense (USA)
dodis.ch	Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz / Base de données des Documents Diplomatiques Suisses / Banca dati dei Documenti Diplomatici Svizzeri
Doss. / doss.	Dossier
DPF	Département politique fédéral
Dpt.	Département
Dr. / dr	Doktor / docteur
DTS	Droits de tirage spéciaux
E	Espagne / Spanien
EAV	Eidgenössisches Amt für Verkehr
ECOSOC	(United Nations) Economic and Social Council
EDI	Eidgenössisches Département des Innern
EFTA	European Free Trade Association
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EG	Europäische Gemeinschaften
EHAG	Eisenbahnwerte Holding AG
Eidg.	Eidgenössisch / Eidgenössische
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Département
ERDA	Energy Research and Development Agency (USA)
ERG	Exportrisikogarantie
ERP	Ejército Revolucionario del Pueblo (Argentina)
ESCOM	Electricity Supply Commission (South Africa)
ESRO	European Space Research Organisation
ETA	Euskadi ta Askatasuna
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
ev. / evt. / evtl. / event.	Eventuell
év.	éventuellement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschafts- departement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ex.	exemple
F	France / Frankreich
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FAO	Food and Agriculture Organization
FCO	Foreign and Commonwealth Office (United Kingdom)
FDA	Food and Drug Administration (USA)
Fed	Federal Reserve System
FF	Feuille fédérale de la Confédération
FFS	Ferrovie federali svizzere
FH	Fédération suisse des associations de fabricants d'horlo- gerie / Verband der schweizerischen Uhrenindustrie
FHA	Freihandelsabkommen
FINUL	Force intérimaire des Nations Unies au Liban
FIPOI	Fondation des Immeubles pour les Organisations Internationales

FMI	Fonds monétaire international
FPLP	Front populaire de libération de la Palestine
Fr. / fr. / frs.	Schweizer Franken / francs suisses
Frepo	(Eidgenössische) Fremdenpolizei
FUNUF	Force d'urgence des Nations unies
FZD	(Eidgenössisches) Finanz- und Zolldepartement
GAB	General Agreement to Borrow
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Grande-Bretagne / Great Britain / Grossbritannien
GGSt	Gruppe für Generalstabsdienste
GRD	Gruppe für Rüstungsdienste
GRE	Garantie des risques à l'exportation
GRP	Gouvernement révolutionnaire provisoire de la République du Sud Vietnam
h	heure(s)
HABITAT	Programme der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen / Programme des Nations Unies pour les établissements humains
HA	Handelsabteilung (des Volkswirtschaftsdepartements)
HCR	Haut-Commissariat (des Nations Unies) pour les réfugiés
HEKS	Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz
Hr.	Herr
HUMATEX	Ausstellung Schweizerischer Maschinen- und Werkzeugproduzenten in Shanghai 1979
I	Italia / Italie / Italien
ibid.	ibidem
ICMESA	Industrie Chimiche Meda Società Azionaria
IDA	International Development Association
IEA	Internationale Energieagentur / International Energy Agency
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKS	Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
INADES	Institut africain pour le développement économique et social
Ing.	Ingenieur / ingénieur
inkl.	inklusiv
int.	international
INUFP	Instituto de Nutrição da Universidade Federal de Pernambuco
IO	(Direktion für) Internationale Organisationen (des Politischen Departements)
ISE	Interessenverband Schweizerischer Exportunternehmen
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JPD	(Eidgenössisches) Justiz- und Polizeidepartement
Kdo	Kommando
KGB	Komitee für Staatssicherheit (der Sowjetunion) / Comité pour la Sécurité de l'État (de l'Union soviétique)
KIWZ	Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit
KMG	Kriegsmaterialgesetz
km	Kilometer

KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LEIMP	Loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale
lit.	Littera
Ltd.	limited
M. / MM.	Monsieur / Messieurs
MAE	Ministère des Affaires étrangères
m. a. W.	mit anderen Worten
MBFR / MFR	Mutual (and Balanced) Force Reductions
Me	Maître
m. E.	meines Erachtens
Mgr.	Monsignore
Mio. / mio	Millionen / millions
Mlle	Mademoiselle
MOU	Memorandum of Understanding
Mrd(s).	Milliard(s)
Mte	Monate
m. W.	meines Wissens
NATO	North Atlantic Treaty Organizaton
NB	Nationalbank
NB	nota bene
NCM	Négociations commerciales multilatérales
NL	Niederlande
NN	(Pays) Neutres et Non-alignés
N+N	Neutral & Non-aligned (countries)
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (in Korea)
No / Nos	numéro / numéros
NR	Nationalrat
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OACI	Organisation de l'aviation civile internationale
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
OEA	Organisation des États américains
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OFAS	Office fédéral des assurances sociales
OFIAMT	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
OI	(Direction des) Organisations internationales (du Département politique)
OIT	Organisation internationale du travail
OLP	Organisation pour la libération de la Palestine
OMM	Organisation météorologique mondiale
OMPI	Organisation mondiale de la Propriété Intellectuelle
OMS	Organisation mondiale de la santé
ONST	Office national suisse du tourisme
ONU	Organisation des Nations Unies
ONUST	Organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OPI	Office de Promotion des Industries et des Technologies (de Genève)
OPEP	Organisation des pays exportateurs de pétrole

OSEC	Office suisse d'expansion commerciale
OSPAAA	Organisation de solidarité des peuples d'Afrique, d'Asie et d'Amérique latine
OTAN	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
OUA	Organisation de l'unité africaine
OZD	Oberzolldirektion
p. / pp.	page / pages suivantes
PAK	Projet agricole du Kibuye
PAM	Programme alimentaire mondial
P.B.	Politischer Bericht
PCE	Partido Comunista de España
PCI	Partito comunista italiano
p. e. / p. ex.	par exemple
PLO	Palestine Liberation Organization
PME	Petites et moyennes entreprises
PNB	Produit national brut
PNUD	Programme des Nations Unies pour le développement
POLISARIO	Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro
PPF	Projet Pilote Forestier (de Kibuye)
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll / Protocole
PS / P. S.	Post scriptum
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PSOH	Parti socialiste ouvrier hongrois
PSS	Parti socialiste suisse
PTT	Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung / (Entreprise des) postes, téléphones et télégraphes
PV	Procès-verbal
PVCF	Procès-verbal du Conseil fédéral
PVD	Pays en voie de développement
RCMP	Royal Canadian Mounted Police
resp.	respectiv / respektiv
RFA	République fédérale d'Allemagne
RO	Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
ROK	Republik Korea
RP	Rapport politique
S.	Seite
s.	siehe
SA / S. A.	Société anonyme
SAI	Section agricole inférieure
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SATA	Société Anonyme de Transport Aérien
SAVAK	Organisation für Informationen und Sicherheit des Landes (iranischer Geheimdienst) / Organisation pour le renseignement et la sécurité nationale (Iran)
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft
SBS	Société de Banque Suisse
SBV	Schweizerischer Bankverein
schweiz.	schweizerisch
SD	Staatsdepartement / Department of State (USA)
SDN	Société des Nations

S. E.	Son Excellence
SENAI	Servicio Nacional de Aprendizagem Industrial
SEP	Säuglingsernährungsprodukte
SFr./Sfr.	Schweizer Franken
SGS	Société Générale de Surveillance
SKA	Schweizerische Kreditanstalt
SME	Serpent monétaire européen
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog.	sogenannt
SPK	Schweizerische Politische Korrespondenz
SR	Ständerat
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
SRPD	Système de règlement pacifique des différends
Std.	Stunde
StGB/Str.G.B	Schweizerisches Strafgesetzbuch
STR	Special Trade Representative
stv.	stellvertretend
SVZ	Schweizerische Verkehrszentrale
SWAPO	South-West African People's Organisation
TNP	Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires
TRAFIPRO	Travail, Fidélité, Progrès (Rwanda)
TZ	Technische Zusammenarbeit
u. a.	unter anderem
UBS	Union de Banques Suisses
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens
UN / UNO	United Nations (Organization)
UN-GV	Generalversammlung der UNO
UNA	Unterabteilung Nachrichtendienst und Abwehr
UNAG	Verband schweizerischer Zeitungsagenturen und Büchergrossisten
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force
UNDP	United Nations Development Programme
UNDRO	United Nations Disaster Relief Organization
UNEF	United Nations Emergency Force
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNITA	Union Nacional para la Independencia Total de Angola
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
USA / US	United States (of America)
US \$ / \$	Dollar (United States)
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v. a.	vor allem
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz

L

ABKÜRZUNGEN/ABRÉVIATIONS/ABBREVIAZIONI

vgl.	vergleiche
v. J.	vorigen Jahres
VKM	Verordnung über das Kriegsmaterial
vol.	volume
VPAP	Vereinigte Polnische Arbeiterpartei
VSJ	Verband der Schweizer Journalisten
VSM	Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
WaPa	Warschauer Pakt
WHO	World Health Organization
z. B.	zum Beispiel
ZANU	Zimbabwe African National Union
Zif. / Ziff.	Ziffer
ZK	Zentralkomitee
ZOB	Zentralstelle für Organisationsfragen der Bundesverwaltung
z. T.	zum Teil

V. DOKUMENTENVERZEICHNIS / TABLE DES DOCUMENTS / INDICE E SOMMARIO DEI DOCUMENTI

- 1**
2.2.1976
dodis.ch/50064

Interview des Redaktors der «Luzerner Neuesten Nachrichten», F. F. Lehni, mit dem Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber
P. Graber gibt Auskunft über die wichtigsten Themen der schweizerischen Aussenpolitik, unter anderem die schweizerische Neutralität, die Teilnahme an der KSZE, das Staatsvertragsreferendum sowie ganz allgemein über die Aktivierung der schweizerischen Aussenpolitik.
- 2**
6.2.1976
dodis.ch/51501

Interne Notiz der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements
Diskussion der Sektionschefs über die Frage, welche Schlussfolgerungen für den dritten Bericht des Bundesrats über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen denkbar wären.
- 3**
9.2.1976
dodis.ch/49453

Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an die Bundeskanzlei
Die Verleihung des Titels eines Staatssekretärs an den Direktor der Handelsabteilung und den Generalsekretär des Politischen Departements drängt sich vor allem zur Sicherung des Zugangs zu sachlich ebenbürtigen, ausländischen Gesprächspartnern auf.
- 4**
11.2.1976
dodis.ch/48756

Informationstelegramm des Politischen Departements
Die Schweiz wird sich auch an der Europäischen Weltraumorganisation, der Nachfolgeorganisation der ESRO, beteiligen. Die Mitgliedschaft der Schweiz hat bis jetzt alle wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und integrationspolitischen Erwartungen erfüllt.
- 5**
16.2.1976
dodis.ch/48721

Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, Y. Moret
Le terrorisme est un problème mondial et il convient de rechercher une solution globale. Le projet de convention du Conseil de l'Europe pourrait donc préfigurer la réglementation qu'il est nécessaire d'établir sur le plan international.
- 6**
23.2.1976
dodis.ch/39389

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber
Une clause d'entraide exceptionnelle pour les infractions fiscales devrait être ajoutée au nouveau projet de loi sur l'entraide internationale en matière pénale, de façon à garantir la souplesse que le caractère politique de certaines demandes requiert.
- 7**
12.3.1976
dodis.ch/48366

Der Direktor der Direktion für internationale Organisationen, F. de Ziegler, an die Politische Direktion des Politischen Departements
Die Schweiz sollte sich an die Gipfelkonferenz der Blockfreien Staaten in Colombo einladen lassen. Eine Teilnahme als «invité» bietet die neutralitätspolitisch unbedenkliche Gelegenheit, sich zu informieren und über weltpolitische Fragen auszutauschen.

8

17.3.1976
dodis.ch/49451

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den Generaldirektor der Nestlé Alimentia AG, A. Fürer
 Nach der Ernennung von P. Bettschart zum Delegierten der Handelsverträge bedankt sich P. R. Jolles beim Generaldirektor von Nestlé für die Hilfe bei der Lösung des Personalproblems und betont die Wichtigkeit des Personalaustauschs zwischen Bund und Privatwirtschaft.

9

22.3.1976
dodis.ch/50288

Interne Notiz des Politischen Departements
 Die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu Vietnam, Kambodscha und Laos gestaltet sich nach den politischen Umstürzen mit unterschiedlichem Erfolg. Nur eine innenpolitische Konsolidierung wird geordnete Kontakte ermöglichen.

10

23.3.1976
dodis.ch/49404

Notice pour le Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer
 Le Moyen-Orient est un entrelacs d'aspirations nationales et territoriales, d'intérêts humanitaires et économiques et de tensions politiques. La Suisse se doit d'observer une neutralité absolue et de continuer à s'ouvrir au monde arabe.

11

25.3.1976
dodis.ch/49318

Der Bundesanwalt, R. Gerber, an den Direktor der Eidg. Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech
 Die über die Schweiz gelaufene Schmiergeldaffäre der multilateralen Flugzeugfirmen hat dem Ansehen der Schweiz geschadet. Es deutet aber nichts darauf hin, dass die Bundesverwaltung bei der Tigerbeschaffung in diese Praktiken verwickelt gewesen wäre.

12

26.3.1976
dodis.ch/48718

Proposition du Département politique au Conseil fédéral
 En adhérant au Conseil de l'Europe, la Suisse a engagé une harmonisation de son droit afin de pouvoir ratifier la Convention européenne des droits de l'homme. Il s'agit maintenant de se rapprocher de l'édifice social européen en signant la Charte sociale.

13

29.3.1976
dodis.ch/48176

Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat
 Die Bundesmittel für den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer sind begrenzt, weshalb private Kapitalanlagen eine sinnvolle Ergänzung sind. Um diese abzusichern, schliesst die Schweiz mit zahlreichen Staaten Investitionsschutzabkommen ab.

14

31.3.1976
dodis.ch/51074

Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, J. Iselin, an den schweizerischen Botschafter in Santiago de Chile, M. Casanova
 Von einer Intervention zugunsten politischer Gefangener in Chile wird abgesehen, da keine tragfähige juristische Basis vorliegen würde und negative Folgen für das bilaterale Verhältnis der Schweiz zu Chile befürchtet werden.

15

5.4.1976
dodis.ch/50290

L'Ambassadeur de Suisse à Beyrouth, A. Natural, au Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer
 Au vu des dangers imminents et de la situation exceptionnelle dans laquelle se trouvent l'Ambassade de Suisse à Beyrouth et son personnel, il est proposé d'établir un groupe de travail au sein du Département politique pour traiter la question libanaise.

16

14.4.1976
dodis.ch/48502

L'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, G. E. Bucher à la Direction politique du Département politique

L'affaire Spínola connaît un très fort écho dans la presse portugaise, qui croit à une machination. La décision du Conseil fédéral d'expulser le Général n'est, en revanche, presque pas commentée.

17

3.5.1976
dodis.ch/49295

Beschlussprotokoll II der 15. Sitzung des Bundesrats vom 21. April 1976

Aussprache mit Vertretern der Nationalbank über die Währungslage. Es bestehen nur noch marginale Möglichkeiten zur Verhinderung eines weiteren Anstiegs des Schweizer Frankens. Alle wirksamen Massnahmen brauchen einen politischen Entscheid.

18

10.6.1976
dodis.ch/51701

Der Chef der Bundespolizei, A. Amstein, an den Bundesanwalt, R. Gerber

Da das Schwergewicht bei der Abwehr von Terrorakten auf der Informationsbeschaffung und der Prävention liegt, baut die Bundesanwaltschaft ihre Zusammenarbeit mit den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten befreundeter Staaten stetig aus.

19

14.6.1976
dodis.ch/50268

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi, an die schweizerische Botschaft in Washington

Nach der Ablehnung des IDA-Darlehens durch das Schweizer Volk soll nach alternativen Unterstützungsformen gesucht werden, um eine Trübung des Verhältnisses der Schweiz zur Weltbankgruppe zu vermeiden.

20

16.6.1976
dodis.ch/51685

Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, G.-A. Chevallaz, an die Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt

Der Bundesrat hat sich erneut der allseits bekannten Angelegenheit der Zulassung der Dai-Ichi Kangyo Bank in Zürich und in Gegenrecht der SKA in Tokio angenommen. Daraufhin hat die Eidg. Bankenkommission festgestellt, dass die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind.

21

22.6.1976
dodis.ch/51500

Interne Notiz der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements

Vertrauliche Weisungen für die schweizerischen Delegationen in Versammlungen und Exekutivorganen der internationalen Organisationen sowie an internationalen Konferenzen.

22

30.6.1976
dodis.ch/48957

Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, W. Frei, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles

Während die in der Regierungszeit Peróns erfolgten Morde und Entführungen in der internationalen Presse nur auf geringe Aufmerksamkeit stiessen, ist die aktuell auch in der Schweizer Presse laufende Kampagne gegen die Regierung Videla in erster Linie auf die «linke» Orientierung der Journalisten zurückzuführen.

23

29.7.1976
dodis.ch/49317

Telegramm des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst, an den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi

Im Gespräch mit Verteidigungsminister Rumsfeld legt R. Probst die ökonomischen, militärischen, psychologischen und politischen Aspekte, die für eine faire und speditive Umsetzung der Kompensationsgeschäfte durch die USA sprechen, offen dar.

24

8.1976

dodis.ch/50286*Bericht der Sektion Politisches Departement der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats*

Bericht zum Verhältnis zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit, zur Kompetenzabgrenzung zwischen EPD und Handelsabteilung, zu den Kriterien zur Auswahl eines TZ-Projekts sowie zu den Folgen der Ablehnung des IDA-Kredits.

25

16.8.1976

dodis.ch/48714*Notiz des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*

Beim Treffen in Salzburg besprechen P. Graber und E. Brugger mit ihren österreichischen Kollegen B. Kreisky und E. Bielka unter anderem das UNO-Zentrum in Wien und dessen Auswirkungen auf die Rolle Genfs sowie die EFTA-Gipfelkonferenz.

26

30.8.1976

dodis.ch/49429*Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat*

In Mailand fand ein schweizerisch-italienisches Treffen statt, um über die Gebiete für eine Zusammenarbeit nach dem Unfall in Seveso zu sprechen. Für die Schweiz diente diese Zusammenkunft dazu, die geplanten italienischen Hilfsmassnahmen kennenzulernen.

27

31.8.1976

dodis.ch/48951*Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion, A. Hegner, an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements*

Es ist ein unstatthafter Eingriff in die politische Ordnung der Schweiz, wenn jugoslawische Konsulate sich vermehrt in das Unterrichtswesen der Gastarbeiterkinder einschalten und Zusatzkurse in der Heimatsprache und -kultur im Sinne des sozialistischen Patriotismus vermitteln.

28

7.9.1976

dodis.ch/48396*Der Abteilungschef in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, L. Roches, an den schweizerischen Botschafter in Bukarest, P.-H. Aubaret*

Rumänien scheint nun die Voraussetzungen, um in den Genuss der allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer zu kommen, erfüllt zu haben. Dem Ersuchen, in den Kreis der durch die Schweiz begünstigten Länder aufgenommen zu werden, steht nichts mehr entgegen.

29

14.9.1976

dodis.ch/48997*Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Protocole, P. Gottret*

P. Graber estime que la décision de ne pas faire mettre le drapeau en berne au mât du Département à l'occasion du décès du Président Mao Tsé-toung est une interprétation trop rigide et regrettable du règlement protocolaire.

30

14.9.1976

dodis.ch/49015*Notice interne de la Direction politique du Département politique*

En raison de la réserve observée par le Conseil fédéral dans le conflit chypriote, il conviendrait de ne pas répondre à l'invitation de l'Assemblée élue, par les Chypriotes turcs, de nouer des liens d'amitié et de coopération avec le Parlement suisse.

31

22.9.1976
dodis.ch/48456

Rapport de la Cheffe de la délégation suisse de hauts fonctionnaires, F. Pometta

Suite à la catastrophe de Seveso, une délégation suisse a rencontré des représentants de la Région lombarde. La coopération suisse pourrait se concrétiser par la construction d'écoles et l'apport de connaissances scientifiques sur la dioxine.

32

24.9.1976
dodis.ch/48753

Notiz des Chefs der Auslandschweizerangelegenheiten des Politischen Departements, M. Jaccard

Die Überlastung der mit der Durchführung der internationalen Sozialversicherungsabkommen betrauten Stellen geht auf die Vielzahl und die Kompliziertheit der Abkommen zurück. Als Hauptmassnahme wird die Erhöhung des Personalbestands in Aussicht genommen.

33

27.9.1976
dodis.ch/48716

Memorandum der schweizerischen Botschaft in Wien an das österreichische Aussenministerium

Die Schweiz kann dem von Österreich vorgeschlagenen Treffen von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten auf höchstmöglicher Ebene unter der Vorbedingung zustimmen, dass an der EFTA-Konvention nichts verändert wird und das Treffen eingehend vorbereitet wird.

34

8.10.1976
dodis.ch/48713

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger, an den Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, G. Winterberger

Die Schweiz wehrt sich gegen angestrebte Integrationsfortschritte unter den EFTA-Staaten auf jenen Gebieten, derentwegen sie der EG ferngeblieben ist. Da der Schritt von Gesprächen bis zur gemeinsamen Politik aber weit ist, lehnt sie eine Konferenz mit den Sozialpartnern nicht ab.

35

19.10.1976
dodis.ch/48290

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber

Überblick über die Bemühungen zur Verbesserung der im Nachgang zur Besetzung des iranischen Generalkonsulats in Genf arg belasteten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Iran.

36

11.1976
dodis.ch/50138

Exposé des Vorstehers des Politischen Departements, P. Graber, vor der erweiterten Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 2. und 3. November 1976

La lutte contre la prolifération nucléaire repose certes sur la discrimination, mais le Conseil fédéral juge que, de véritable alternative n'existant pas, il est dans l'intérêt de la Suisse de ratifier le traité de non-prolifération.

37

1.11.1976
dodis.ch/48679

Der schweizerische Botschafter in Moskau, R. Faessler, an die Politische Direktion des Politischen Departements

Der schweizerische Botschafter in Moskau befürchtet, dass die bilateralen Beziehungen in eine Periode des «kalten Krieges» treten. Die Lösung hängiger Fragen wird von den sowjetischen Instanzen immer wieder hinausgezögert. In Konsularfällen und Geschäftsbeziehungen tauchen neue Schwierigkeiten auf.

384.11.1976
dodis.ch/49414*Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales du Département politique, F. de Ziegler*

Les relations entre la Suisse et la Turquie se caractérisent par l'absence de contentieux. Les échanges commerciaux sont modestes. À plusieurs reprises, la Ville de Berne a accueilli des pourparlers entre la Grèce et la Turquie.

398.11.1976
dodis.ch/48504*Rapport politique de l'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, G. E. Bucher, au Secrétariat politique du Département politique*

Lors d'une réception, le Secrétaire général du Parti communiste portugais, Á. Cunhal, interroge l'Ambassadeur de Suisse sur l'attitude helvétique dans l'hypothèse d'une arrivée au pouvoir des communistes au Portugal.

4026.11.1976
dodis.ch/48733*Rundschreiben der Politischen Abteilung II des Politischen Departements*

Es muss eine «unité de doctrine» entwickelt werden, damit das EPD neutralitätspolitisch verantwortlich auf die vermehrten Bitten von Menschenrechtsorganisationen um Interventionen zugunsten politischer Gefangener in einzelnen Ländern reagieren kann.

418.12.1976
dodis.ch/49316*Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat*

Bei der Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes für die Ausfuhr in die USA sind bezüglich Endverbrauchererklärung Probleme entstanden. Kriegsmaterial wird erst seit Kompensationsgeschäften für die Kampfflugzeuge möglich sind, vermehrt in die USA exportiert.

4221.12.1976
dodis.ch/50205*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*

Der Bundesrat soll sich bereit erklären, an einer Stützungsaktion zugunsten Grossbritanniens im Rahmen des IMF mitzuwirken. Es ist zu begrüssen, dass die Schweiz diesmal mit dem IMF die Kreditvereinbarung abschliesst, was diesen stärken sollte.

4330.12.1976
dodis.ch/49314*Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank*

Eine rechtliche Lösung der erblosen Vermögen würde dem Finanzplatz Schweiz einiges von seinem schlechten Ruf nehmen. Der Anspruch des Kunden gegenüber der Bank verjährt nicht, diese ist aber nicht verpflichtet, Nachforschungen über Erbansprüche anzustellen.

4411.1.1977
dodis.ch/49428*Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*

Les velléités parlementaires du côté suisse accroissent le risque que les députés italiens critiquent l'accord de double-imposition (avantageux pour la Suisse) et que l'accord sur les frontaliers (avantageux pour l'Italie) devienne moins intéressant.

4525.1.1977
dodis.ch/48311*Instruction du Département politique*

L'instruction 087 est modifiée de façon à mentionner que le droit de refuge temporaire dans les locaux d'une mission diplomatique, qui peut être accordé à une personne en danger de mort ou dans une procédure inique, ne constitue pas un octroi d'asile.

4626.1.1977
dodis.ch/50063*Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an Nationalrat H. Hubacher*

Eine Annahme der Initiative zum Staatsvertragsreferendum würde die Schweizer Diplomatie vor grosse Probleme stellen, da nicht klar ist, gegen welche völkerrechtlichen Verträge sie sich richtet. Die davon ausgehende Unsicherheit wäre eine grosse Belastung für die Schweizer Aussenpolitik.

4721.2.1977
dodis.ch/48692*Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, A. Weitnauer, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*

Der sowjetische Botschafter verliesst eine Erklärung seiner Regierung, gemäss der eine «Clique von Sowjetfeinden» die «Affäre Jeanmaire» benutze, um in den schweizerischen Massenmedien eine anti-sowjetische Kampagne laufen zu lassen.

4822.2.1977
dodis.ch/49892*Co-rapport du Département politique au Conseil fédéral*

La révision de l'accord type de l'OCDE confirme la tendance générale, sur le plan international, d'intensification des échanges d'informations d'informations fiscales; une tendance à laquelle la Suisse n'a pas pu se soustraire entièrement.

4924.2.1977
dodis.ch/50107*Notice du Chef du Département politique, P. Graber, aux membres du Conseil fédéral*

Tour d'horizon des critiques faites à l'étranger contre le secret bancaire. Elles ne sont pas nouvelles mais se multiplient et gagnent en virulence. Désormais, c'est l'attitude de la Suisse et de son gouvernement qui est visée car considérée comme trop tolérante.

502.1977
dodis.ch/51467*Notiz des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland*

Das schweizerische Katastrophenhilfekorps konnte mit den Einsätzen in der Sahelzone, der Türkei, in Guatemala und im Friaul erste Erfahrungen sammeln. Die multilateralen Kontakte sollen verstärkt und vermehrt bilaterale Abkommen abgeschlossen werden.

512.3.1977
dodis.ch/52005*Protokoll der Arbeitsgruppe Jeanmaire des National- und Ständerats*

Vor der parlamentarischen Arbeitsgruppe Jeanmaire beantwortet Bundespräsident K. Furgler Fragen zur Effizienz von Bundespolizei und Auslandsnachrichtendienst sowie zum Personalbestand diplomatischer Vertretungen aus dem Ostblock.

5218.3.1977
dodis.ch/48913*Der stv. Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, E. Thurnheer, an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*

Es besteht kein wirtschaftlicher Grund die liberale Praxis der Schweiz bezüglich der Zulassung ausländischer multinationaler Firmen zu ändern. Die Firmen werden weder durch gezielte Massnahmen aktiv angezogen, noch bewusst von den Grenzen ferngehalten.

53

28.3.1977
dodis.ch/49021

Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Langenbacher, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber

Vize-Premierminister Wang Zhen betont die ausgezeichneten, aber auch ausbaufähigen Beziehungen zwischen der Schweiz und China, für die sich nach den dramatischen Ereignissen des Jahrs 1976 neue Möglichkeiten eröffnen.

54

1.4.1977
dodis.ch/48719

Le Directeur de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, J.P. Bonny, au Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger

Le Département politique semble vouloir ratifier la Charte sociale européenne au plus vite et à tout prix. L'OFIAMT y voit des problèmes avec l'assurance-chômage qui ne garantit pas l'égalité de traitement, réclamée par la Charte, entre étrangers et nationaux.

55

13.4.1977
dodis.ch/48103

Bericht der schweizerischen Delegation zur Aushandlung eines Übereinkommens zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden Omnibusverkehrs

Für die Schweiz geht es bei den Verhandlungen darum, ein Abkommen auszuhandeln, das multilateral ist und die Nicht-EG-Staaten dadurch nicht satellisiert.

56

14.4.1977
dodis.ch/50895

Notiz des stv. Direktors des Politischen Direktion des Politischen Departements, A. Hegner

Die schweizerisch-schwedischen Beziehungen zeichnen sich durch eine Vielzahl von historischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, militärischen und menschlichen Berührungspunkten aus, die in den letzten Jahren ständig zugenommen haben.

57

18.4.1977
dodis.ch/49339

Interne Notiz des Amts für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern

Die Schweiz beteiligt sich weiterhin an der COST. Diese ist nicht nur aus forschungspolitischer Sicht interessant, sondern kann aus integrationspolitischer Sicht als ein Beispiel für die Entwicklungsfähigkeit der Beziehungen Schweiz-EG angesehen werden.

58

3.5.1977
dodis.ch/49328

Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, A. Hegner

Stand der Beziehungen Schweiz-USA für das Treffen mit Präsident Carter in Genf. Die Schweiz ist im Nuklearsektor von den USA abhängig, vertritt auf Kuba die US-Interessen und hat am Dialog auf Beamtenebene Interesse. Weitere Punkte sind die Beschaffung der Kampfflugzeuge und die Rechtshilfe.

59

4.5.1977
dodis.ch/49448

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber

Rekapitulation der Beziehungen anlässlich des Besuchs einer bulgarischen Parlamentarierdelegation in der Schweiz. Probleme ergeben sich durch einige hängige Familienzusammenführungen und durch Demonstrationen vereinzelter bulgarischer Flüchtlinge.

606.5.1977
dodis.ch/49307*Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. Bett-schart*

Die umfangreichen geplanten Projekte der Schweizer Exportwirt-schaft im Iran sollen zu 100% durch Ölkompensation finanziert wer-den. Zur Unterstützung wird ein Besuch von Bundesrat E. Brugger in Teheran erwartet.

6112.5.1977
dodis.ch/48720*Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*

À la suite d'un arrêt du Tribunal fédéral, le Conseil fédéral décide de revoir la procédure pour adapter le droit disciplinaire militaire aux exigences de la Convention européenne des droits de l'homme et de modifier d'urgence le code pénal militaire.

6213.5.1977
dodis.ch/49601*Notice interne du Service économique et financier du Département politique*

Synthèse des réactions dans la presse étrangère suite à l'affaire im-pliquant la filiale du Crédit Suisse à Chiasso. En dépit d'une certaine «Schadenfreude» à l'étranger, les informations diffusées restent gé-néralement objectives.

6318.5.1977
dodis.ch/49370*Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst*

Die geheimen Gespräche zwischen den USA und Kuba zur Schaf-fung der «foreign interest section» werden weitergeführt, wobei die USA auf ein Zeichen des Entgegenkommens der bisher eher als misstrauisch eingestuften Kubaner hoffen.

6423.5.1977
dodis.ch/49452*Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*

Bundesrat E. Brugger besucht das Wirtschafts- und Exportförde-rungsseminar in Spiez und erhält von seinem Mitarbeiter einige Stichworte als Vorbereitung für seine Ansprache. Darin wird die Wichtigkeit der Schulung auf dem Gebiet der praktischen Wirt-schaftsförderung betont.

6524.5.1977
dodis.ch/48498*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*

Die spanische Regierung ist zutiefst beunruhigt über die Lage in den vier baskischen Provinzen. Sie will deshalb wissen, ob der Bundes-rat bereit wäre, einige wegen Terrorismus inhaftierte Basken in der Schweiz aufzunehmen.

6626.5.1977
dodis.ch/48458*Der Bundeskanzler, K. Huber, an die Mitglieder des Bundesrats*

Bei völkerrechtlichen Verträgen wird nur ausnahmsweise ein Ver-nehmlassungsverfahren durchgeführt. Da die Zahl der völkerrecht-lichen Abkommen mit Auswirkungen auf das schweizerische Recht ansteigt, sollte dieses Problem grundsätzlich geklärt werden.

671.6.1977
dodis.ch/49371*Note der Botschaft der USA in Bern an das Politische Departement*

Nach dem Beschluss über die Einrichtung einer «foreign interest section» in der schweizerischen Botschaft in Havanna und der tsche-chischen Botschaft in Washington soll mit dem Einverständnis des Bundesrats ein US-Survey Team in Havanna Rahmenbedingungen für die Sektion abklären.

68

2.6.1977
dodis.ch/49412

Notiz des Direktors des Amts für Wissenschaft und Forschung, U. Hochstrasser, an den Vorsteher des Departements des Innern, H. Hürlimann

Das Amt für Wissenschaft und Forschung stellt fest, dass das EPD auf direkte Kontakte mit ausländischen Stellen mit Überempfindlichkeit reagiert, da es in wissenschaftspolitischen Fragen vermehrt selbstständig in Erscheinung treten möchte.

69

17.6.1977
dodis.ch/40195

Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an Prof. A. Riklin

Der neutrale Staat hat ein Recht auf Handelsverkehr mit kriegführenden Staaten. Die Kontakte der Schweiz mit Deutschland sowie mit Grossbritannien waren handelspolitischer Natur. Es kann also nicht behauptet werden, die Schweiz hätte im Zweiten Weltkrieg das Neutralitätsrecht verletzt.

70

24.6.1977
dodis.ch/49268

Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. A. Nussbaumer, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles

Durch die dynamische Entwicklung seiner Wirtschaft wird Polen trotz negativer polnischer Handelsbilanz, systembedingten Handelshindernissen und dem Umfang der Westverschuldung ein wichtiger Handelspartner.

71

24.6.1977
dodis.ch/50065

Interne Notiz des Politischen Departements

Die rechtliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ist im EPD vollständig verwirklicht. In der Praxis ergeben sich noch einige Probleme vor allem im Hinblick auf die Stellung der verheirateten Diplomatin.

72

18.7.1977
dodis.ch/49315

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber
R. Gnägi plant in Washington über die Kompensationsgeschäfte für die Tiger-Kampfflugzeuge zu sprechen. Da P. Graber aber auf seine Besuche in Moskau und Washington verzichtet hat, sollte der politische Aspekt eines Besuchs von R. Gnägi nicht vergessen werden.

73

3.8.1977
dodis.ch/51705

Notiz des Abteilungschefs der Handelsabteilung, C. Sommaruga, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger

Bezüglich des Kaufs des Schweizer Panzers ist nicht mit einem raschen Entscheid der österreichischen Regierung zu rechnen. Allgemein stehen die Chancen aufgrund der österreichischen Abwehrkonzeption eher schlecht.

74

3.8.1977
dodis.ch/50105

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber

Les négociations du Tokyo Round vont commencer après une longue et difficile phase préparatoire. La Suisse a un rôle à y jouer. Il sera différent du Kennedy Round car l'élimination des obstacles non tarifaires représente le principal objet des négociations.

75

17.8.1977
dodis.ch/51697

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacob, an die schweizerische Botschaft in Islamabad

Um den Verpflichtungen im Rahmen des «Special Action Programme» der Nord-Süd-Konferenz nachzukommen, nimmt die Schweiz in Aussicht, Finanzhilfekredite an Indien, Nepal, Kenia, Kamerun, Pakistan, Bangladesch und Indonesien in Geschenke umzuwandeln.

7625.8.1977
dodis.ch/48386*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an den Bundesanwalt, R. Gerber*

B. Breguet kann als Schweizer nach seiner Freilassung reisen, wohin er will. Der von Israel geforderten Nachprüfung seiner Absichten könnte allenfalls stattgegeben werden, wenn die Kontakte Breguets tatsächlich der PFLP gelten sollten.

7729.8.1977
dodis.ch/50202*Proposition commune du Département de l'économie publique et du Département politique au Conseil fédéral*

La CCEI a permis de progresser en matière de politique du développement. Absente de l'ONU, du FMI et de la Banque mondiale, la Suisse s'est retrouvée d'autant plus isolée qu'elle est le seul pays industrialisé à ne pas accroître son aide au développement.

7829.8.1977
dodis.ch/49321*Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Washington*

Die Zusammenarbeit mit den USA im Heilmittelbereich funktioniert gut. Neu haben die USA Vorschriften für präklinische Prüfungen ausgearbeitet. Die Schweiz muss deshalb in diesem Bereich Laborinspektionen einführen, die den amerikanischen Anforderungen genügen.

7930.8.1977
dodis.ch/49213*Aufzeichnung des Diensts Information und Presse des Politischen Departements*

Sitzung von Verwaltungsbeamten sowie Vertretern von Presse und Medienverbänden über die Durchführung der Helsinki-Schlussakte und Massnahmen anlässlich des KSZE-Folgetreffens von Belgrad im Bereich «Information».

806.9.1977
dodis.ch/49449*Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*

L'argumentation du DFJP, qui a mené à la décision du Conseil fédéral dans l'affaire d'espionnage T. Fiecko, est erronée et prive le DPF du «Mitspracherecht» qui lui avait été formellement reconnu dans de pareils cas.

818.9.1977
dodis.ch/48807*Notiz für den Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer*

Die undeutliche Zielsetzung der PLO ist eines der Haupthindernisse für die Institutionalisierung der Beziehungen zur Organisation. Die Rechte der Palästinenser auf eine gesicherte, ständige Heimstätte sind indes aus Sicht des EPDs unbestritten.

828.9.1977
dodis.ch/51314*Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi, an die schweizerischen Botschaften in Jakarta, Singapur und Manila*

Informationen zu der schweizerischen Goodwill-Mission in die ASEAN-Staaten, die zum Ziel hat, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ermitteln.

8314.9.1977
dodis.ch/49327*Der Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer, an den Herausgeber von Foreign Affairs, W. P. Bundy*

A. Weitnauer's manuscript on Swiss foreign policy has not been accepted for publication in «Foreign Affairs». Weitnauer in turn insists that Swiss history and, for that matter, Swiss foreign policy are not boring per se.

84

20.9.1977

dodis.ch/48486
Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid, S. F. Campiche

Visite de deux personnalités qui jouissent d'une très bonne image en Suisse grâce à leur action pour le passage d'un régime autoritaire à un gouvernement démocratique en Espagne, sans effusion de sang.

85

21.9.1977

dodis.ch/49373
Der Chef des Integrationsbüros, F. Blankart, an den schweizerischen Botschafter in Kopenhagen, R. Hartmann

Konsultationen sind für die Schweiz das einzige Mittel ihre aussenpolitischen Ziele im Rahmen der europäischen Integration zu verfolgen und eine Satellisierung zu vermeiden. Dazu muss sie eine vorausschauende und aktive Integrationspolitik betreiben.

86

23.9.1977

dodis.ch/49336
Interne Notiz des Politischen Departements

Abriss der Beziehungen der Schweiz mit der DDR auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Zahlungsverkehr, Vermögensrechtliche Verhandlungen, Luftfahrt und Strassenverkehr, Kultur, Wissenschaft und Information, Konsularwesen, Haft- und Spionagefälle.

87

26.9.1977

dodis.ch/49375
Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger

Bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG über ein Versicherungsabkommen sind nur noch wenige Fragen offen. Es handelt sich dabei um ein rechtsetzendes Liberalisierungsabkommen in Fortsetzung des Freihandelsabkommens von 1972.

88

29.9.1977

dodis.ch/50265
Presseschau des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements

Der Staatsbesuch von Bundespräsident W. Scheel in Begleitung von Aussenminister H.-D. Genscher vom 22. bis 23.9.1977 in Bern löste in den Massenmedien ein breites Echo aus. Sie berichteten fast ausnahmslos in positivem Grundton über die Gäste.

89

6.10.1977

dodis.ch/49323
Telegramm des Generalsekretärs des Politischen Departements, A. Weitnauer, an das Politische Departement

Text des Hauptteils der Tischrede von A. Weitnauer vor etwa 20 der an der Belgrader Folgekonferenz der KSZE vertretenen wichtigsten Länder. Querschnitt der Debatte der ersten Tage und Darlegung des schweizerischen Standpunkts.

90

7.10.1977

dodis.ch/49427
Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard

Le Conseiller fédéral P. Graber a été surpris par les déclarations du Sous-Secrétaire d'État aux Affaires étrangères italien, F. Foschi, qui aurait comparé défavorablement la Suisse à l'URSS, ce que le Chargé d'affaires italien G. Battistini dément.

91

12.10.1977

dodis.ch/49330
Notice pour le Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer

La doctrine officielle du Département d'État des États-Unis d'Amérique au sujet de la neutralité suisse tend à la considérer comme bénéfique pour la communauté des nations. Au plan bilatéral, le problème le plus important est actuellement la question nucléaire.

9217.10.1977
dodis.ch/49331*Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*

Anlässlich der Jahresversammlung der Weltbank und des Währungsfonds konnten sich P. R. Jolles und F. Leutwiler mit der neuen amerikanischen Regierung über bilaterale wirtschafts- und währungspolitische Fragen sowie die Tokio-Runde und den Nord-Süd-Dialog austauschen.

9318.10.1977
dodis.ch/49322*Notice du Directeur suppléant de la Direction politique, A. Hegner, au Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer*

Lors de sa visite aux États-Unis d'Amérique, A. Weitnauer doit exposer les inquiétudes suisses quant à la politique du Président J. Carter en matière de prolifération des armes nucléaires. La Suisse, partie au traité de non-prolifération, a besoin de l'énergie nucléaire.

9426.10.1977
dodis.ch/49369*Notice du Chef de section de la Division politique III du Département politique, F. Muheim*

Il n'y a pas de plan concret pour un déplacement du bureau de l'OEA de Genève. L'OEA et le Chef du Département voient d'un bon œil la présence d'un observateur permanent de la Suisse, mais la décision finale doit être prise par le Conseil fédéral.

9531.10.1977
dodis.ch/50204*Notiz des schweizerischen Botschafters in London, E. Thalmann*

Das bilaterale Verhältnis zu Grossbritannien ist problemlos, weshalb sich die öffentliche britische Meinung wenig mit der Schweiz beschäftigt. Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich normal, die Unterstützung des Pfunds wird positiv vermerkt.

9610.11.1977
dodis.ch/48698*Le Chef-suppléant de la Délégation suisse près la réunion de Belgrade de la CSCE, E. Brunner, au Chef de la Division politique I du Département politique, A. Hegner*

Quand E. Brunner s'est entretenu avec le Chef de la Délégation soviétique à Belgrade, il a soulevé la question de la liberté religieuse dans le cas du pasteur baptiste Georgij Vins. Il était à prévoir que M. Vorontsov réagirait en l'ignorant complètement.

9723.11.1977
dodis.ch/48206*Beschlussprotokoll des Bundesrats*

Das Kriegsmaterialexport-Embargo von 1955 gegen die arabischen Staaten und Israel wird aufgehoben. Über Ausführungsgesuche in diese Gebiete wird künftig von Fall zu Fall entschieden. Die Ausfuhr von Feldflabgeschützen nach Südkorea wird nicht erteilt, nach Saudi-Arabien zurzeit auch nicht.

9824.11.1977
dodis.ch/50289*Notiz für den Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Politischen Departements, M. Heimo*

Die wirtschaftlich-technische Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt sollte um das kulturelle Element ergänzt werden, wodurch die Verwestlichung der Empfängerstaaten eingedämmt und das Image der Schweiz verbessert werden könnten.

99

28.11.1977
dodis.ch/49046

Der Polizeidienst der Bundesanwaltschaft an den stv. Chef des Protokolls des Politischen Departements, F. Besomi

Überblick über einige diplomatische Vertretungen, die in der Schweiz unter Schutzbewachung stehen. Da der Gefährdungsgrad für diese mittlerweile als gering bezeichnet werden kann, spricht nichts gegen eine Aufhebung dieser Sicherheitsmassnahmen.

100

14.12.1977
dodis.ch/49249

Der schweizerische Botschafter in Prag, W. Jaeggi, an den Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer

Angesichts der erfreulichen Entwicklung der bilateralen Beziehungen ist die Missstimmung des tschechoslowakischen Aussenministers gegenüber der Schweiz darüber, dass er noch keine Einladung zu einem Besuch nach Bern erhalten hat, fehl am Platz.

101

16.12.1977
dodis.ch/50991

Notiz der schweizerischen Botschaft in Ottawa

Überblick über die Beziehungen zu Kanada: Schwierigkeiten bestehen zurzeit bezüglich der nuklearen Zusammenarbeit und der Rechtshilfe. Ebenfalls Sorgen bereitet der Schweiz der wachsende kanadische Protektionismus.

102

22.12.1977
dodis.ch/49049

Der Chef des Dienstes Information und Presse des Politischen Departements, E. Andres, an den schweizerischen Botschafter in Peking, W. Sigg

Die gute Bilanz der bisher wohl bedeutendsten chinesischen Regierungsdelegation unter Leitung des neuen Direktors der Agentur «Neues China» wird sich auch langfristig positiv auf die gegenseitigen Beziehungen auswirken.

103

12.1.1978
dodis.ch/49180

Le Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, M. Heimo, à l'Ambassadeur de Suisse à Brasilia, M. Feller

Avec la nouvelle loi sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, la Suisse se concentre sur les régions les plus pauvres. L'engagement au Brésil, qui n'est pas un des pays les plus défavorisés, ne doit pas être développé.

104

12.1.1978
dodis.ch/52262

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Dunkel, au Directeur général de la Banque nationale suisse, F. Leutwiler

Les économies fondamentalement libérales du Japon et de la Suisse ont trouvé un degré élevé de complémentarité, et l'identité des vues défendues par les deux pays dans les enceintes multilatérales traitant du commerce mondial est très grande.

105

15.1.1978
dodis.ch/49332

Notice du Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Dunkel

Les États-Unis d'Amérique, insistant sur le rôle important d'intermédiaire et de modérateur que la Suisse peut jouer au Tokyo Round, donnent des munitions à cette dernière pour se montrer ferme sur la question horlogère et sur les problèmes monétaires.

106

23.1.1978
dodis.ch/49365

Interne Notiz der Politischen Abteilung II des Politischen Departements
 Überblick über die schweizerische Haltung gegenüber dem UNO-Waffenembargo gegen Südafrika, gegenüber der Apartheidpolitik, der Unterstützung von Befreiungsbewegungen sowie der international kritisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Südafrika.

107

23.1.1978
dodis.ch/50574

Notiz für den designierten Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Erläuterung der Konsequenzen des amerikanischen Rücktritts aus der ILO. Die Schweiz bedauert den Rücktritt sowohl als Mitglied als auch als Sitzstaat und beschliesst eine Beteiligung an der Deckung des Betrages, der durch den Rücktritt der USA im ILO-Budget entstanden ist.

108

25.1.1978
dodis.ch/52507

Notice interne de la Division politique II du Département politique
 La Suisse se laisse guider, dans le conflit de l'ex-Sahara espagnol, par le principe de l'effectivité. L'apport de l'aide humanitaire en faveur des «réfugiés sahraouis» à Tindouf a été arrêté à cause de la politisation par l'Algérie et par le POLISARIO.

109

25.1.1978
dodis.ch/52053

Notice interne de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département politique

Aperçu de l'organisation de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, des champs d'activités des trois divisions, des traits caractéristiques sur le plan fédéral et international et des préoccupations actuelles.

110

26.1.1978
dodis.ch/49450

Kommuniqué des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements

Als Entgegnung auf Artikel in der Handelszeitung und im Blick verteidigt das EPD die Schweizer Botschaften im Ausland mit Hinweis auf die Verstärkung der Handelsdienste der Botschaften. Verglichen mit anderen Industriestaaten hat sich der Aussenhandel der Schweiz im vergangenen Jahr doppelt so stark entfaltet.

111

31.1.1978
dodis.ch/52279

Documentation pour le Chef du Département politique, P. Aubert
 Proposition d'un programme de rencontres pour le nouveau Chef du Département politique. Les dates des réunions du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe et de la réunion ministérielle de l'OCDE sont les seules qui sont déjà fixées.

112

31.1.1978
dodis.ch/49604

Dokumentation für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Überblick über die Beziehungen Schweiz-USA: Die USA setzen oft das Europa der Neun mit Westeuropa gleich, weshalb die Schweiz die Nicht-Neun in Erinnerung rufen muss. Zurzeit sind die Schweiz und ihre Neutralität für die USA ein positiver Faktor der Weltpolitik.

113

1.2.1978
dodis.ch/49423

Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard

Réflexions visant à mettre sur pied une «politique méditerranéenne». Les pays de cette région sont ceux avec qui la Suisse a le plus de frictions du fait des travailleurs migrants.

114

1.2.1978

dodis.ch/49960

Notice du Chef du Département politique, P. Aubert, au Secrétaire général, A. Weitnauer

Le nouveau Chef du Département politique demande un rapport sur la possibilité pour la Suisse d'intensifier ses actions en faveur de la défense des droits de l'homme sur le plan international sans nuire à son habituelle politique de neutralité et de réserve.

115

2.2.1978

dodis.ch/48763

Notiz des Chefs der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Stauffer

Die kulturelle Aussenpolitik ist ein integraler Bestandteil der Aussenpolitik. Eine aktive kulturelle Aussenpolitik ist für die Schweiz notwendig um ihre politisch-militärische Machtlosigkeit zu kompensieren.

116

6.2.1978

dodis.ch/49372

Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst

Die Eröffnung der «foreign interest sections» führt zu einer Annäherung. Einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba stehen jedoch weiterhin das Wirtschaftsembargo, die US-Entschädigungsforderungen und die kubanische Intervention in Afrika im Wege.

117

9.2.1978

dodis.ch/48925

Interne Notiz des Politischen Departements

Zwischen der Schweiz und Jugoslawien herrscht ganz allgemein ein sehr gutes Verhältnis. Gastarbeiteraufenthalte und Tourismus bewirken eine recht weitverbreitete gegenseitige Kenntnis. Wirtschaftlich ist Jugoslawien der beste schweizerische Kunde in Osteuropa.

118

10.2.1978

dodis.ch/49424

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Die Überfremdungsinitiativen und die bundesrätliche Politik der Stabilisierung des Ausländerbestandes haben zu gewissen Problemen mit den Herkunftsländern der Gastarbeiter geführt.

119

14.2.1978

dodis.ch/48955

Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an den schweizerischen Botschafter in Buenos Aires, W. Frei

Aufgrund der Proteste der argentinischen Behörden gegen die Ausstrahlung einer TV-Sendung über Argentinien wendet sich P. Aubert an W. Ritschard, der wiederum von der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft zugesagt bekommt, dass auf eine weitere Ausstrahlung verzichtet werde.

120

20.2.1978

dodis.ch/51502

La Cheffe de la Division politique III, F. Pometta, au Chef de la Division politique II du Département politique, A. Hegner

L'adhésion de la Suisse à l'ONU est considérée comme un problème de politique intérieure qui doit être réglé librement, sans immixtion de l'extérieur. Des démarches à cet effet auprès des autres États ne sont pas souhaitables.

121

20.2.1978
dodis.ch/49324

Telegramm des Chefs der schweizerischen Delegation beim Belgrader Treffen der KSZE, R. Bindschedler, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Die Aussichten für ein substantielles Resultat der KSZE-Folgekonferenz sind gering, da sich die UdSSR und ihre Verbündeten weigern, in den für den Westen und die Neutralen unabdingbaren Punkten irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

122

24.2.1978
dodis.ch/48693

Notiz des Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, A. Hegner

Antrittsbesuch des sowjetischen Botschafters: Gespräch über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Kooperation sowie mögliche Abkommen im kulturellen und konsularischen Bereich und die Besuchsdiplomatie.

123

2.3.1978
dodis.ch/49430

Il Capo del Dipartimento dell'economia pubblica, F. Honegger, al Consiglio di Stato del Canton Ticino

Lettera di F. Honegger al Consiglio di Stato del Ticino circa all'esclusione della dogana di Chiasso dalle operazioni doganali d'esportazione verso l'Italia di prodotti siderurgici e tessili.

124

2.3.1978
dodis.ch/52253

Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements

Mit Liechtenstein wurde ein neuer PTT-Vertrag unterzeichnet, der eine bessere Abgeltung der für Liechtenstein erbrachten Leistungen bringt. Zudem wird über ein Währungsabkommen verhandelt, um eine dauerhafte Grundlage für die Zusammenarbeit zu schaffen.

125

3.3.1978
dodis.ch/50577

Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, A. Hegner, an den schweizerischen Botschafter in Ottawa, F. Pictet

Persönliches Schreiben über die schwierigen Verhandlungen mit Kanada über die nukleare Zusammenarbeit. Auf Schweizer Seite besteht zudem die Herausforderung dafür den Chefunterhändler zu bestimmen.

126

5.3.1978
dodis.ch/49325

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat

Das KSZE-Folgetreffen von Belgrad steht vor dem Abschluss. Aufgrund der gespannten Beziehungen zwischen Washington und Moskau und der kompromisslosen Haltung der Oststaaten kann kein substantielles Schlussdokument verabschiedet werden.

127

8.3.1978
dodis.ch/49898

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger

Mögliche Antworten zu den Fragen des norwegischen Fernsehens nach der wirtschaftlichen Stabilität der Schweiz, der Währungspolitik, der geringen Arbeitslosenquote und der Aussenwirtschaftspolitik werden skizziert.

128

14.3.1978
dodis.ch/48207

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Der Schweiz kommt eine wichtige Rolle bei der Einführung einer harmonisierten Sommerzeit zu, da die angrenzenden Länder ihren Entscheid weitgehend von ihr abhängig machen. Aufgrund des Widerstands der Bauern ist der Ausgang des Referendums aber ungewiss.

129

16.3.1978
dodis.ch/48768

Der Sektionschef der Politischen Abteilung III des Politischen Departements, P. Stauffer, an den Direktor von Pro Helvetia, L. Boissonnas
 Evaluation der Möglichkeit und Wünschbarkeit des Abschlusses von Kulturabkommen, was von der Schweiz bisher strikt abgelehnt wurde. In rechtlicher Hinsicht ist die Antwort positiv, es ist aber mit Schwierigkeiten vollzugstechnischer und praktischer Art zu rechnen.

130

21.3.1978
dodis.ch/48810

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert
 Israël demande la fermeture d'urgence du bureau de l'OLP à Genève. Le Département politique veut répondre en se plaçant strictement sur le plan des obligations de la Suisse vis-à-vis des Nations Unies.

131

23.3.1978
dodis.ch/49367

Co-rapport du Département politique au Conseil fédéral
 Le Département politique prononce de fortes objections contre l'utilisation actuelle de la garantie des risques à l'exportation. Il approuve donc avec de grandes réserves la demande pour une importante livraison vers l'Afrique du Sud.

132

14.4.1978
dodis.ch/49335

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert
 Avec l'accord de K. Furgler et P. Aubert, une demande en grâce pour W. Haefelin sera remise à l'Ambassadeur soviétique. En même temps, il sera indiqué à l'Ambassadeur de la RDA que le couple Wolf pourrait être libéré, si toutes les préconditions sont remplies.

133

17.4.1978
dodis.ch/51430

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger
 Das EPD und die Handelsabteilung haben gemeinsam 15 mit dem Titel des Botschafters ausgestattete Angestellte in Bern. Kein anderes westeuropäisches Land hat ähnlich viele Botschafter an der Zentrale. Diese Entwicklung sollte gestoppt werden.

134

17.4.1978
dodis.ch/48759

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert
 Die vorgeschlagene Zusammenarbeit mit der EURATOM bei der thermonuklearen Fusion hat das Potential die Schweiz von der Energiezufuhr unabhängig zu machen. Sie ist zudem das wichtigste Kooperationsprojekt der Schweiz mit der EG.

135

24.4.1978
dodis.ch/49368

Notice interne du Département politique
 Une position suisse en matière d'engagements financiers en Afrique du Sud est ébauchée sur la base des réflexions sur la pratique actuelle et les implications internationales.

136

24.4.1978
dodis.ch/51858

Telegramm der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in New Delhi
 Gespräch des indischen Finanzministers, H. M. Patel, bei Bundesrat Honegger über die KIWZ, den Protektionismus und die indische Politik gegenüber ausländischen Investitionen. Patel begrüsst zudem die Intensivierung des Dialogs Schweiz-Indien.

13726.4.1978
dodis.ch/51315*Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, P. Bettschart, an E. Goldberger, Verwaltungsrat der Exim-Index AG*

Erläuterung weshalb die kleinen und mittleren Firmen in den Schweizer Goodwill-Missionen nicht vertreten sind. Deren Interessenvertretungen sind in den Missionen präsent und zudem stehen ihnen die Handelsdienste der Botschaften zur Verfügung.

1383.5.1978
dodis.ch/51703*Notice du Conseiller d'ambassade de Suisse à Vienne, C. Caratsch*

L'importance du commerce extérieur bilatéral entre la Suisse et l'Autriche donne lieu à des contacts suivis au niveau gouvernemental. Pour opérer une synthèse des relations économiques, une première réunion à un haut niveau administratif a eu lieu.

1395.5.1978
dodis.ch/48208*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an den schweizerischen Geschäftsträger a. i. in San Salvador, Th. Portier*

Mit der Besetzung der schweizerischen Botschaft in San Salvador wollten salvadorianische Bauern auf ihre Situation aufmerksam machen. Das Schicksal der Besetzer sowie die Lage der Campesinos soll auch nach der Besetzung nicht aus den Augen verloren werden.

14016.5.1978
dodis.ch/49027*Procès-verbal du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard*

Lors de la visite du Ministre des Affaires étrangères grec, P. Papaligouras, à P. Aubert, les discussions ont principalement porté sur la question chypriote, les négociations d'adhésion de la Grèce aux Communautés européennes et les relations commerciales bilatérales.

14118.5.1978
dodis.ch/49051*Notiz des Abteilungschefs, B. von Tscharnier, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*

Ablauf des bisherigen Besuchsprogramms des chinesischen Vize-Ministerpräsidenten Gu Mu in der Schweiz: Höflichkeitsvisiten bei Bundespräsident W. Ritschard und Bundesrat P. Aubert, Arbeitssitzung mit Bundesrat F. Honegger sowie zahlreiche Besuche bei Industriebetrieben.

14218.5.1978
dodis.ch/52264*Notice interne du Département politique*

Discussion sur relations bilatérales et les contentieux avec l'Algérie, notamment les dépossessions des Suisses d'Algérie, l'occupation de la «Maison suisse» par la Sûreté algérienne, les questions de nature économique et le Fonds Khidder

14319.5.1978
dodis.ch/48700*Notice du Secrétaire général, A. Weitnauer, au Chef du Département politique, P. Aubert*

A. Weitnauer veut dissuader P. Aubert de faire une déclaration devant la Commission des affaires étrangères concernant la condamnation de Y. Orlov. La Suisse a intérêt à continuer sa politique discrète et ne pas glisser vers une politique étrangère «suédoise».

144

24.5.1978
dodis.ch/48559

Der schweizerische Botschafter in Mexiko-Stadt, S. Masnata, an den Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, J. Zwahlen

Die Direktive der Nationalbank, die sämtliche Publizität bei der Vergabe von «notes» an fremde Regierungen untersagt, beraubt die Schweiz nach Ansicht des Botschafters jeglicher Möglichkeit solche Transaktionen zur Förderung von Schweizer Exporten zu nutzen.

145

24.5.1978
dodis.ch/50891

Notiz für die Chefin der Politischen Abteilung III des Politischen Departements, F. Pometta

Bereits in ihrer Gründungscharta habe die UNESCO einen politischen Auftrag erhalten. Die von der Schweiz aus Neutralitätsgründen praktizierte scharfe Unterscheidung zwischen «technisch» und «politisch» sei im Falle der UNESCO von Anfang an falsch gewesen.

146

1.6.1978
dodis.ch/49310

Circulaire du Chef du Département politique, P. Aubert

Quatre mois après sa prise de fonction, P. Aubert souligne que les nouvelles directions ne remplacent pas les valeurs traditionnelles de la diplomatie suisse, mais qu'elles sont le corollaire de l'engagement plus prononcé sur la scène mondiale.

147

5.6.1978
dodis.ch/50982

L'Ambassadeur de Suisse à Kinshasa, R. Godet, au Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer

Une délégation suisse officieuse s'est rendue au Zaïre, où elle a laissé croire qu'elle était une délégation parlementaire, sans que l'Ambassade n'en soit informée. L'Ambassadeur se trouve ainsi dans l'embaras, vu la situation politique délicate.

148

8.6.1978
dodis.ch/48722

Notice pour le Directeur de la Division de la justice du Département de justice et police, J. Voyame

À la 11^e Conférence des Ministres européens de la justice, les problèmes posés par les prisonniers de nationalité étrangère sont discutés. En Suisse, la réalité montre, pour les détenus étrangers, une égalité de statut mais une inégalité de traitement.

149

9.6.1978
dodis.ch/48773

Aufzeichnung des Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, J. Iselin

Anlässlich der Einweihung der Moschee in Genf empfängt der saudische König Khaled Bundesrat P. Aubert. Das Gespräch gilt der politischen Entwicklung in Afrika und im Nahen Osten sowie den bilateralen Beziehungen.

150

13.6.1978
dodis.ch/48537

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert

Il ne semble pas opportun d'entamer le processus pour la nomination d'un ambassadeur auprès du Saint-Siège, notamment pour des raisons de politique intérieure (question jurassienne et l'initiative de séparation Église-État).

151

15.6.1978
dodis.ch/48400

Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard

Les relations avec la Roumanie, régime le plus stalinien des pays satellites, ont subi un sérieux revers en 1977, lorsque ce pays a soudainement exhumé deux affaires, sans motif compréhensible. Aujourd'hui, les Roumains s'efforcent de faire plaisir à la Suisse.

152

21.6.1978
dodis.ch/50514

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert
 La demande du Cap Vert d'établir des relations diplomatiques pose le problème plus général des relations avec les micro-États. Par le passé, la Suisse a observé beaucoup de retenue dans l'application du principe de l'universalité dans ses relations avec ces États.

153

23.6.1978
dodis.ch/48358

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat
 Die Gipfelkonferenz der Blockfreien in Colombo 1976 bot die Möglichkeit, auf neutralitätspolitisch unbedenkliche Art in der Dritten Welt Sympathien zu wecken. Deshalb sollte man sich auch bei der anstehenden Konferenz in Belgard als «Gast» beteiligen.

154

28.6.1978
dodis.ch/50013

Notice pour le Chef du Département des finances et des douanes, G.-A. Chevallaz
 La France a accordé un certain nombre de concessions sur la question de l'industrie pharmaceutique suisse et de ses filiales en France. Certaines institutions françaises considèrent ces concessions comme une trahison de l'intérêt national.

155

30.6.1978
dodis.ch/49983

Discours du Président de la Confédération, W. Ritschard
 À l'occasion de la première visite d'un Premier ministre français en Suisse, W. Ritschard souligne l'excellence des relations entre les deux pays, qui explique l'absence de besoin de rencontre de ce niveau. Il est également question de neutralité et de démocratie directe.

156

3.7.1978
dodis.ch/51504

Exposé du Chef du Département politique, P. Aubert
 Les deux aspects principaux des relations entre la Suisse et les Nations Unies sont la question de l'adhésion de la Suisse et la coopération internationale au sein des Nations Unies.

157

5.7.1978
dodis.ch/49329

Der schweizerische Botschafter in Berlin (DDR), F. Schnyder, an den Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer
 Der Besuch von A. Weitnauer in Berlin wurde von der obersten Führung der DDR stärker beachtet als erwartet. Insbesondere die Bedeutung der Einladung an Aussenminister O. Fischer nach Bern wird hier als «Normalisierungsschritt» hoch bewertet.

158

5.7.1978
dodis.ch/49308

Notice interne du Département politique
 Aperçu sur la position suisse concernant la situation politique en Rhodésie, Namibie et Afrique du Sud avec des questions à poser au Secrétaire général de l'ONU, K. Waldheim, lors de sa visite imminente à Berne.

159

14.7.1978
dodis.ch/49417

Le Vice-Directeur de la Division du commerce du Département de l'économie publique, E. Moser, aux directions de Brown Boveri & Co SA et Escher Wyss SA
 Le gouvernement irakien demande que le Conseil fédéral suspende la participation des entreprises suisses à la réalisation de la centrale hydro-électrique de Karakaya dans l'attente d'un accord avec la Turquie sur le partage des eaux de l'Euphrate.

160

20.7.1978

dodis.ch/48701*Notice du Chef du Département politique aux Conseillers fédéraux*

Face à plusieurs sentences lourdes prononcées contre des dissidents soviétiques, P. Aubert se décide pour une intervention au nom du Conseil fédéral auprès de l'Ambassadeur de l'URSS à Berne, à qui il proposera d'accueillir les expulsés sur le territoire suisse.

161

25.7.1978

dodis.ch/40763

Der stv. Direktor der Eidg. Militärverwaltung des Militärdepartements, H. R. Kurz, an den Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler

Aus den «Kriegsallianzen» während den Weltkriegen hat die Armeeführung den Schluss gezogen, dass inskünftig auf solche Experimente verzichtet wird. Es bestehen heute keine solchen Vereinbarungen, Behauptungen in Bezug auf die NATO sind unwahr.

162

20.8.1978

dodis.ch/50291

L'Attaché au développement à Nairobi, F. Rohner, au collaborateur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, Ph. de Rham

Tour d'horizon et état des lieux des différents projets de la coopération au développement au Rwanda. F. Rohner en retire l'impression que, parfois, «Berne» se trouve sur une autre planète.

163

25.8.1978

dodis.ch/50143

Beschlussprotokoll II der 27. Sitzung des Bundesrats vom 16. August 1978

Der Wertverlust ausländischer Währungen und die starke Aufwertung des Schweizer Frankens geben Anlass zu grosser Besorgnis. Es ist mit schweren Rückschlägen in der Exportindustrie und in der Folge mit Beschäftigungseinbrüchen zu rechnen.

164

25.8.1978

dodis.ch/51700

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, P. Aubert, an den Bundesrat

Es soll monatlich ein schweizerisch-österreichischer Gedankenaustausch hoher Beamter stattfinden, da die Aussenministerien auf einzelne Ereignisse verschieden reagiert haben. Auch sind für die Schweiz die von Österreich in der UNO gesammelten Erfahrungen von Interesse.

165

25.8.1978

dodis.ch/49309

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert

Die Verhandlungen über die Verabschiedung einer Erklärung und eines Aktionsprogramms an der UNO-Konferenz über Rassismus und Rassendiskriminierung sind hart umstritten. Die Schweiz wird möglicherweise in letzter Minute ihre Haltung überdenken müssen.

166

30.8.1978

dodis.ch/48273

Exposé du Chef du Département politique, P. Aubert, à l'occasion de la Conférence des ambassadeurs

En dépit d'une neutralité armée, qui est un de ses principes politiques fondamentaux, la Suisse s'intéresse activement au désarmement. À cet égard, elle a manifesté un intérêt mesuré aux débats au sein de l'ONU.

167

7.9.1978
dodis.ch/50137

Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Hofer, an den stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, J. Iselin

Übersicht über die Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea: Sukzessive Liberalisierung der Einfuhrbeschränkungen, Warenaustausch, Nestlé Joint Venture Projekt, Korea-Schweiz Economic Cooperation Committee, Besuch Vizepremierminister Nam, ERG-Engagement und hängiger Projektierungsfall SGI.

168

12.9.1978
dodis.ch/49076

Telegramm des schweizerischen Botschaftssekretärs in Peking, E. Schurtenberger, an den Abteilungschef in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, B. von Tscharnier

Gemäss alt-Bundesrat E. Brugger wäre der Zeitpunkt günstig, China einen grösseren Transfer- oder Rahmenkredit anzubieten, um Einkaufsentscheide günstig zu beeinflussen. Kredite mit Regierungsbeihilfe sind derzeit noch unannehmbar.

169

14.9.1978
dodis.ch/50892

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert

Les principaux problèmes qu'affronte actuellement la Suisse sont la question du canton du Jura, le terrorisme en Europe, l'adhésion à l'ONU et la situation économique, financière et monétaire du pays.

170

18.9.1978
dodis.ch/50115

Der schweizerische Botschafter in Peking, W. Sigg, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles

Besichtigung der von Blanchut & Bertrand errichteten Uhrenfabrik anlässlich des Aufenthalts des schweizerischen Botschafters in Nordkorea. Betrachtungen über die Schuldenkrise und den Zustand des Landes.

171

19.9.1978
dodis.ch/49333

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements

Die Art, wie Säuglingsnahrungsmittel durch die Privatindustrie (darunter Nestlé) in Entwicklungsländern propagiert und vertrieben werden, wird heftig kritisiert. Da sich die Kritiker damit auch an den Bundesrat wenden, wird dessen Haltung definiert.

172

20.9.1978
dodis.ch/48392

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Honegger

Das Beispiel des an Ägypten gewährten Mischkredits zeigt deutlich, dass die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in den Entwicklungsländern und die Verfolgung eigener wirtschaftlicher Ziele des Geberstaats sehr gut übereinstimmen können.

173

29.9.1978
dodis.ch/49326

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert

Les mauvaises relations USA-URSS limitent la détente, mais donnent de nouvelles possibilités pour des pays comme la Suisse et la Suède. La collaboration des neutres et non-alignés dans le cadre de la CSCE a montré, à plusieurs reprises, de très bons résultats.

174

11.10.1978
dodis.ch/51862

Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen

Les pressions internationales croissantes à l'encontre du déséquilibre de la balance des paiements de la Suisse poussent cette dernière à envisager divers moyens d'y remédier, parmi lesquels une adhésion à la Banque mondiale, préalablement au FMI.

175

16.10.1978
dodis.ch/50145

Circulaire du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen, aux représentations suisses à l'étranger

L'évolution préoccupante du cours du franc pousse la BNS, d'entente avec le Conseil fédéral, à reconsidérer sa politique monétaire. Le fait que la relation du franc suisse avec le Deutsche Mark supplante celle avec le dollar n'a pas encore été bien saisi par les marchés.

176

20.10.1978
dodis.ch/51075

Notiz des Leiters der schweizerischen Delegation bei der OECD in Paris, A. Grübel, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles

Der österreichische Vertreter an einer Sitzung der IEA empfand es als eigenartig, dass Vertreter der CIA sich als solche zu erkennen gaben und über die Energiesituation in den kommunistischen Staaten sprachen – was von Schweizer Seite ironisch kommentiert wird.

177

23.10.1978
dodis.ch/51856

Communiqué de presse du Service de presse et d'information du Département de l'économie publique

Le Conseil fédéral décide la dissolution de l'Office suisse de compensation, créé en 1934 pour exécuter et surveiller le service réglementé des paiements avec l'étranger. Il a été une pièce maîtresse dans les accords de clearing et de paiements durant les années 1930–1940.

178

26.10.1978
dodis.ch/48697

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den schweizerischen Botschafter in Moskau, A. Hohl

P. R. Jolles bedankt sich für die gastliche Aufnahme und bittet, auch seine sowjetischen Gesprächspartner schriftlich zu verdanken. Es sei ihm eine besondere Freude gewesen, ein «unkonventionelles Wochenende in russischen Künstlerkreisen zu verbringen».

179

27.10.1978
dodis.ch/49256

Der schweizerische Botschafter in Prag, W. Jaeggi, an die Politische Abteilung I, den Protokolldienst und den Dienst für Information und Presse des Politischen Departements

Verschiedene Vertreter der tschechoslowakischen Behörden beklagen sich über die Gästeliste des Abschiedsdiners für den schweizerischen Botschafter, zu dem dessen österreichischer Kollege einlud. Unter den Gästen befanden sich auch Unterzeichner der Charta 77.

180

30.10.1978
dodis.ch/50147

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert

La nouvelle politique monétaire ne semble pas avoir été avalisée par le Conseil fédéral, ce qui est pourtant important pour garantir une cohérence avec les politiques budgétaire, conjoncturelle et fiscale. Sur le plan international, cette nouvelle politique a été bien reçue.

181

3.11.1978
dodis.ch/49890

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins

Die SGS hat mit ihrem Abkommen mit Nigeria ein «fait accompli» geschaffen, da die Schweiz solche Abkommen nur noch für die ärmsten Entwicklungsländer bewilligen wollte. Dies trifft auf Nigeria, den wichtigsten Handelspartner in Afrika, nicht zu.

1826.11.1978
dodis.ch/50139*Le Chef du Département politique, P. Aubert, au Chef du Département de l'intérieur, H. Hürlimann*

Face aux menaces de départ de l'OMS, notamment à cause des pertes de changes suite à la fluctuation des monnaies, un geste de la Suisse serait politiquement opportun.

1838.11.1978
dodis.ch/49374*Notiz des Chefs des Integrationsbüros, F. Blankart*

Überblick über den Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EG. Mit der Herstellung des Freihandels unter 16 westeuropäischen Staaten ist Mitte 1977 eines der wichtigsten handelspolitischen Ziele der Nachkriegszeit erreicht worden.

1849.11.1978
dodis.ch/48878*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert*

Presque chaque année, la Suisse prend part aux opérations d'immersion de déchets radioactifs en haute mer organisées en commun par divers pays européens. Cette année, un wagon a été contaminé, mais heureusement la contamination a été insignifiante.

18513.11.1978
dodis.ch/48355*Compte rendu du Chef du Secrétariat politique du Département politique, J. Cuendet*

Discussion entre J. Kadar et P. Aubert sur la situation de la Hongrie et de la Suisse en Europe, les relations entre les deux pays, la CSCE, la politique des grandes puissances et la compétition des systèmes sociaux des États socialistes et capitalistes.

18617.11.1978
dodis.ch/52179*Der Chef des Auslandschweizerdiensts des Politischen Departements, M. Jaccard, an die schweizerische Botschaft in London*

Das briefliche Stimmrecht, das den im Ausland eingesetzten Beamten und Angestellten gewährt wird, soll nicht auf weitere Auslandschweizer ausgedehnt werden. Sonst müsste auch den Ausländern in der Schweiz dieses Recht gewährt werden. Sonst müsste auch den Ausländern in der Schweiz dieses Recht gewährt werden.

18720.11.1978
dodis.ch/48717*Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger*

Seit zehn Jahren gibt es ein Problem mit dem EFTA-Vertrag. An Preiszuschlägen als agrarpolitisches Lenkungsinstrument muss unter allen Umständen festgehalten werden, auch wenn Fischmehl nicht in den vom Freihandel ausgenommenen Listen aufgeführt ist.

18824.11.1978
dodis.ch/52055*Interne Notiz der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Politischen Departements*

Die Aufteilung in vier verschiedene Rahmenkredite schafft mehr Transparenz, da sie verschiedene Teilbereiche der Entwicklungszusammenarbeit sowie die humanitäre Hilfe betreffen. Die zeitliche Staffelung ergibt sich aus ihrem Verwendungsrhythmus.

18929.11.1978
dodis.ch/49088*Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*

Vize-Ministerpräsident Wang Chen hofft, die Schweiz tätige in China Investitionen und gewähre private sowie staatliche Kredite. Diese überraschenden Beschlüsse zeigen, wie rasch die Öffnung Chinas gegenüber dem Westen und dem Kapitalismus fortschreitet.

190

1.12.1978
dodis.ch/48373

Telegramm des stv. Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an diverse schweizerische Vertretungen
 Die Tatsache, dass PLO-Aussenminister Kaddoumi 1979 in Bern empfangen werden soll, wird dazu beitragen, die erregten Gemüter in der arabischen Welt über den bevorstehenden Besuch Moshe Dayans in der Schweiz besänftigen.

191

1.12.1978
dodis.ch/49163

Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an den schweizerischen Botschafter in London, E. Thalmann
 Die vermehrte Kontaktnahme des Politischen Departements mit Befreiungsbewegungen ist auf einen gewissen politischen Druck zurückzuführen. Dies scheint indessen auch im langfristigen Interesse der Schweiz zu liegen.

192

6.12.1978
dodis.ch/50149

Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen, et du Chef du Bureau de l'intégration, F. Blankart
 La Suisse veut s'associer étroitement au système monétaire européen et consolider la coopération entre la BNS et les banques centrales européenne. Le Conseil fédéral doit montrer qu'il s'agit d'une coopération technique et non politique.

193

8.12.1978
dodis.ch/50287

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert
 La crise des réfugiés en Asie du Sud-Est fera l'objet d'une réunion consultative du Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés. La Suisse fait montre d'une politique d'accueil et d'une assistance appréciables comparativement aux autres États.

194

15.12.1978
dodis.ch/52263

Notice du Vice-Directeur de l'Administration fédérale des finances du Département des finances et des douanes, D. Kaeser
 Entretien de G.-A. Chevallaz avec le Vice-Ministre des finances japonais sur le système monétaire mondial, la situation aux États-Unis d'Amérique et les mesures de stabilisation du dollar. Les analogies entre les situations du Japon et de la Suisse sont frappantes.

195

29.12.1978
dodis.ch/49312

Notice du Secrétaire du Chef du Département politique, F. Nordmann
 Une délégation de grandes entreprises suisses regrette le débordement croissant de considérations politiques sur le domaine économique. Pour elle, que l'Afrique du Sud applique l'apartheid ne doit pas entraver les relations commerciales.

VI. DOKUMENTE / DOCUMENTS / DOCUMENTI

1

dodis.ch/50064

Interview des Redaktors der «Luzerner Neuesten Nachrichten», F. F. Lehni, mit dem Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

WELCHE ROLLE SPIELT DIE SCHWEIZ IN DER HEUTIGEN WELT? BUNDESRAT
PIERRE GRABER: «DIE AKTIVIERUNG UNSERER AUSSENPOLITIK IST IM GANGE»

[Luzern, 2. Februar 1976]

Letztes Jahr ging in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)² zu Ende, wurde in Paris die Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit³ eröffnet. Beim Ost-West-Dialog der KSZE wie beim soeben aufgenommenen Nord-Süd-Dialog der Wirtschaftskonferenz trat die Schweiz durch eine gewisse Aktivität in Erscheinung. Andererseits wurde 1975 in unserem Land ein Projekt für die Friedensforschung mangels Finanzmitteln aufs Eis gelegt⁴, der Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag noch immer nicht ratifiziert⁵, der Entscheid über den Beitritt der Schweiz zur UNO weiterhin vertagt⁶. Der Zwiespalt, der die schweizerische Haltung zu kennzeichnen scheint, veranlasste uns, dem Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes, Bundesrat Pierre Graber, einige grundsätzliche Fragen zur schweizerischen Aussenpolitik zu unterbreiten, die unser «Aussenminister» nachstehend beantwortet.

LNN: Führt die Schweiz noch eine eigene und eigenständige Aussenpolitik, oder wird sie, mangels einer solchen Politik, mehr und mehr zum blossen Objekt der Aussenpolitik anderer Länder, und vor allem der grösseren Mächte und Staatengemeinschaften (wie etwa der Europäischen Gemeinschaften⁷)? Welche Rolle spielt sie heute in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, beispielsweise in der europäischen und weltweiten Entspannungs- und Friedenspolitik?

Graber: Ich glaube keineswegs, dass die Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik in der von Ihnen befürchteten pessimistischen Richtung verläuft,

1. Interview: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#388* (A.22.14.07.4). Das Interview erschien am 2. Februar 1976 und wurde am 6. Februar 1976 vom Informations- und Pressedienst des Politischen Departements als Informationsbulletin an die schweizerischen Vertretungen im Ausland versandt. Für ein Exemplar des abgedruckten Interviews in den «Luzerner Neuesten Nachrichten» vgl. *ibid.*

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.

4. Vgl. dazu die Antwort des Bundesrats vom 3. März 1975 auf die einfachen Anfragen Schmid (St. Gallen) und Waldner vom 28. und 29. Januar 1975, Amtl. Bull. NR, 1975, II, S. 588 f. Zur Gründung des Schweizerischen Vereins zur Förderung wissenschaftlicher Konflikt- und Friedensförderung vgl. das Schreiben von R. Broger vom Oktober 1973, dodis.ch/40776.

5. Für die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 155, dodis.ch/33145. Zur Ratifizierung des Vertrags Anfang 1977 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 36, dodis.ch/50138.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 120, dodis.ch/51502 sowie Dok. 156, dodis.ch/51504.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 18, dodis.ch/40541 und Dok. 148, dodis.ch/34236. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

dass unser Land also bloss ein Spielball der Interessen anderer Staaten wäre. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen eher das Gegenteil: Die Schweiz beteiligt sich mehr und mehr an der Diskussion und an der Lösung der grossen Fragen unserer Zeit. Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele erwähnen, eines aus der jüngsten Vergangenheit und eines aus der unmittelbaren Gegenwart.

Unser Land hat sich während der vergangenen drei Jahre sehr aktiv und mit einem gewissen Erfolg an den Verhandlungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki und Genf beteiligt⁸. Wir hatten dabei Gelegenheit, unsere Stimme vollberechtigt im grossen West-Ost-Dialog vernehmen zu lassen. Die KSZE hat überdies gezeigt, dass ein kleines und neutrales Land keineswegs dazu verurteilt ist, die internationalen Entwicklungen passiv über sich ergehen zu lassen, sondern dass es durchaus in der Lage ist, seine Interessen zu wahren und das Seine zur Lösung der Probleme beizutragen.

Das zweite Beispiel betrifft die Ende 1975 in Paris angelaufene Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Schon allein die Tatsache, dass die Schweiz als eines der acht an der Konferenz beteiligten Industrieländer vertreten ist und zudem in zwei der vier Kommissionen (Finanz und Energie) Einsitz nehmen konnte, ist ein Erfolg für unser Land, der keineswegs selbstverständlich war⁹. Er beweist, dass die Schweiz als Verhandlungspartner ernst genommen wird und dass man von ihr konstruktive Beiträge zur Neugestaltung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen erwartet. Er beweist überdies, dass unsere Diplomatie in der Lage ist, auch in schwierigen Situationen die Interessen des Landes zu wahren.

Nach der Teilnahme am Ost-West-Dialog der KSZE werden wir nunmehr Gelegenheit haben, unsere Ansichten im viel umfassenderen Nord-Süd-Dialog zur Geltung zu bringen. Beide Verhandlungsrunden gehen ja in Zukunft weiter. Die Pariser Konferenz hat bereits ein Programm erstellt, das sich über das ganze Jahr 1976 erstreckt¹⁰, und die KSZE wird bekanntlich im Sommer 1977 in Belgrad auf Beamtenebene erneut zusammentreten¹¹. Man kann also kaum behaupten, dass unser Land von der Mitwirkung an den entscheidenden internationalen Sachfragen ausgeschlossen ist. Dazu kommt unsere traditionelle Mitwirkung an ungezählten anderen internationalen Konferenzen und Organisationen. Es gibt nur wenige Bereiche, wo unsere Diplomatie nicht «am Ball» ist.

«Neutralität ist kein Hindernis»

LNN: Ist aber die Haltung des Bundesrates in vielen, die Aussenpolitik wesentlich tangierenden Fragen nicht von einer gewissen Mutlosigkeit gekennzeichnet? Wichtige Entscheide, wie etwa über den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen, werden hinausgeschoben aus Angst vor der Ablehnung

8. Vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867.

9. Vgl. dazu die Notiz von J. Cuendet vom 2. März 1976, dodis.ch/50857.

10. Vgl. dazu den Bericht der schweizerischen Delegation an der KIWZ vom 9. August 1977, dodis.ch/50203.

11. Zu den Vorbereitungen des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

durch das Volk. Andere Entscheide, wie zum Beispiel der Beitritt der Schweiz zum Atomsperrvertrag, werden in auffallender Weise hinausgezögert.

Graber: Ich glaube nicht, dass die Beispiele, die ich eben aufgezeigt habe – und Sie werden wohl kaum bestreiten, dass es sich dabei um wesentliche Fragen handelt – ein Bild der Mutlosigkeit unserer Aussenpolitik abgeben. Ihre Frage wirft aber ein grundsätzliches Problem auf. Die schweizerische Aussenpolitik besteht, grob gesprochen, aus zwei Bereichen: aus einem, in welchem der Bundesrat eine weitgehende Eigenkompetenz besitzt; und aus einem anderen, in welchem er diese Kompetenz mit dem Parlament und in gewissen Fällen mit dem Volk teilt. Diese Sachlage ergibt sich klar aus der Bundesverfassung.

Die Beispiele, von denen wir vorhin sprachen (KSZE und Pariser Wirtschaftskonferenz), fallen eindeutig in den ersten Bereich, und man kann sagen, dass in diesen beiden Fällen der Bundesrat seine Kompetenz voll ausgenutzt hat. Von «Mutlosigkeit» kann also keine Rede sein. Es ist jedoch klar, dass der Bundesrat auch in «seinem» Bereich der Aussenpolitik nie ein absolut freies Spiel hat; er muss selbstverständlich bei allen Fragen das Interesse des Landes im Auge behalten und darf den Weg einer wohlverstandenen Neutralitätspolitik nicht verlassen.

Bei dieser Gelegenheit sei einmal mehr gesagt, dass die Neutralität keineswegs ein Hindernis für Initiativen auf internationaler Ebene darstellt. Im Gegenteil, die Neutralität gibt unseren Initiativen erst die Glaubwürdigkeit, die ihnen zum Erfolg verhilft. Unsere Partner wissen, an was sie sich zu halten haben. Sie wissen, dass die Schweiz immer nur für sich selbst und im Interesse der Sache spricht, nie aber im Schlepptau anderer Staaten oder Staatengruppen. In diesem Sinne hat die Neutralität gerade etwa im Rahmen der KSZE – eher eine Aufwertung erfahren. Die Eigenständigkeit unserer Initiative schliesst jedoch eine enge Zusammenarbeit unter den Neutralen nicht aus; auch hierfür lieferte die KSZE ein gutes Beispiel¹².

Was nun den Beitritt der Schweiz zur UNO betrifft, so fällt er eindeutig in den zweiten Bereich der Aussenpolitik, in welchem der Bundesrat nicht allein entscheiden kann. Ich will mich zur Sache selbst jetzt nicht äussern. Sie wissen, dass die vom Bundesrat 1973 eingesetzte beratende Kommission ihre Arbeiten so gut wie beendet hat; ihr Schlussbericht wird weiteren Aufschluss über die Frage geben¹³. Der Bundesrat selbst wird in diesem Jahre der Bundesversammlung seinen dritten Bericht über das Verhältnis der Schweiz zur UNO vorlegen (die beiden ersten Berichte erfolgten 1969 und 1971)¹⁴. Das

12. Für die Zusammenarbeit der N+N vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326.

13. Zu den Schlussfolgerungen der beratenden Kommission für die Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. die Notiz von F. de Ziegler an P. Graber vom 23. Februar 1976, dodis.ch/51525.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 2, dodis.ch/51501. Für die einzelnen Berichte vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen vom 16. Juni 1969, dodis.ch/33191; den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1969–1971 vom 17. November 1971, dodis.ch/34439 sowie den Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1972–1976 vom 29. Juni 1977, dodis.ch/51532.

Mindeste, was man sagen kann, ist, dass eine gewisse Entwicklung, die sich seit einiger Zeit in der Generalversammlung oder im Rahmen einiger Spezialorganisationen der UNO abzeichnet, nicht dazu angetan ist, den Beitritt unseres Landes zu fördern.

Was den Atomsperrvertrag anbelangt, so hat die Schweiz bekanntlich diesen Vertrag bereits 1969 unterzeichnet, aber bis heute noch nicht ratifiziert. Der Bundesrat hat der Bundesversammlung einen Antrag auf Ratifikation unterbreitet. Die Sache liegt nun beim Parlament, das sich voraussichtlich im Laufe dieses Jahres darüber aussprechen wird¹⁵.

«Wir haben einen Mittelweg gefunden»

LNN: Bringt die vorgesehene Neuregelung des Staatsvertragsreferendums¹⁶ nicht unerwünschte Verschiebungen zwischen den beiden traditionellen Bereichen der Aussenpolitik, wie Sie sie eben aufgezeigt haben, und eine Lähmung oder doch Behinderung unserer Aussenpolitik mit sich?

Graber: Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung, die zurzeit vor dem Parlament liegt, stellt ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den Kompetenzen der Exekutive, denjenigen der Legislative sowie den Rechten des Volkes dar. Wenn die Version des Bundesrates übernommen wird, so sehe ich keine Gefahr einer Lähmung oder Behinderung unserer Aussenpolitik. Dem Parlament käme nach dieser Version eine grössere Verantwortung in aussenpolitischen Fragen zu als bisher, müsste es doch bei einer gewissen Kategorie von Staatsverträgen von Fall zu Fall entscheiden, ob sie dem Volk zur Genehmigung vorgelegt werden sollen oder nicht. Eine «automatische» Volksabstimmung würde nur stattfinden, falls die Schweiz eines Tages einer Organisation für kollektive Sicherheit (etwa der UNO) oder einer supranationalen Organisation (etwa den Europäischen Gemeinschaften) beitreten sollte.

Mit dieser Kompromisslösung wird, so glaube ich, zwei auseinanderstrebenden Bedürfnissen Ausweitung der Volksrechte einerseits, aktivere Aussenpolitik andererseits – Rechnung getragen. Es ist klar, dass die Volksrechte in den Aussenbeziehungen, wo so viele von uns nicht kontrollierbare Faktoren mitspielen, nicht so weit gezogen werden können wie in der Innenpolitik. Ebenso klar ist, dass bei einer so ausgeprägten Referendumsdemokratie wie der unsrigen der wichtige Bereich der Aussenpolitik nicht als ganzer vom Einfluss des Stimmbürgers abgekapselt werden kann. Aber, wie gesagt, wir haben einen Mittelweg gefunden, und ich hoffe, dass er zum Ziel führt. Noch zum Thema «Mutlosigkeit»: Gewiss soll die Regierung in wichtigen Fragen vorangehen, aber man kann – gerade in der Schweiz, mit oder ohne Staatsvertragsreferendum Aussenpolitik – nicht im luftleeren Raum betreiben!

«Dem Bundesrat sind Grenzen gesetzt»

LNN: Sie haben auf den Erfolg unseres Landes bei der Pariser Wirtschaftskonferenz hingewiesen. Ist dieser Erfolg angesichts der schlechten Ranglistenposition der Schweiz im internationalen Entwicklungshilfe-Vergleich nicht sehr kurzfristig und vordergründig, und wäre zur Sicherung eines lang-

15. Vgl. Anm. 5.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 46, dodis.ch/50063.

fristigen Erfolges nicht eine erheblich grössere Anstrengung zur vermehrten technischen Hilfe geboten?

Graber: Es stimmt, die Schweiz nimmt unter den Mitgliedstaaten der OECD in Sachen öffentlicher Leistungen zugunsten der Entwicklungsländer den letzten Platz ein. Trotz der Verschlechterung unserer eigenen Wirtschaftslage und derjenigen der Bundesfinanzen bleibt es Ziel des Bundesrates, unsere öffentlichen Leistungen schrittweise zu erhöhen und sie den durchschnittlichen Aufwendungen der andern OECD-Länder (0,33 Prozent des Bruttosozialproduktes, gegenüber 0,14 Prozent der Schweiz im Jahre 1974) anzunähern. Unter den Begriff «Entwicklungshilfe» fallen dabei sowohl die technische Zusammenarbeit, die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe und die Nahrungsmittelhilfe. Der Entwurf eines Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, der zurzeit im Parlament vorliegt, trägt dieser Einheit der Materie Rechnung¹⁷. Sie sehen, auch in dieser Frage ist die Bundesversammlung am Zug. Und vergessen wir nicht, dass uns im Laufe dieses Jahres auch eine Volksabstimmung über einen Kredit von 200 Millionen Franken an die Internationale Entwicklungsbank (IDA) bevorsteht, gegen den das Referendum ergriffen wurde¹⁸. Sie sehen, auch in der Entwicklungspolitik sind dem Bundesrat Grenzen gesetzt.

«Noch nicht alle haben es gemerkt»

LNN: Ist es aber richtig, dass der Bundesrat, wie es den Anschein macht, in so vielen aussenpolitisch wichtigen Bereichen aus Rücksicht auf mögliche innenpolitische Reaktionen vorsichtig und zurückhaltend taktiert? Müsste er nicht vielmehr offen und initiativ seine Konzeption einer wünschbaren Aktivierung unserer Aussenpolitik darlegen und das Volk davon zu überzeugen versuchen?

Graber: Die Antwort auf diese beiden Fragen sollte sich eigentlich aus dem bisher Gesagten von selbst ergeben. Ich hoffe es zumindest; jedenfalls habe ich nicht das Gefühl, der Bundesrat warte in irgend einer der erwähnten Fragen ängstlich und mutlos zu. Wir sind überall aktiv geworden und in allen angesprochenen Fragen bis zu den Grenzen vorgestossen, die uns die Verfassung gesetzt hat. Nun muss das Parlament und in einigen Fällen das Volk seine Verantwortung übernehmen. Wir sehen allen diesen Entscheiden mit Zuversicht entgegen, denn wir wissen, dass unser Volk und seine Vertreter in aussenpolitischen Fragen gut informiert sind. Wir können nur hoffen, dass die innenpolitischen Rücksichten – die eben in einer Demokratie unumgänglich sind – in die richtige Relation zu den aussenpolitischen Aufgaben gesetzt werden. Was die Konzeption des Bundesrates in der Aussenpolitik anbetrifft, so wird sie einen wichtigen Bestandteil der Richtlinien der Regie-

17. Zur Diskussion rund um das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976 vgl. die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

18. Zur Volksabstimmung über das IDA-Darlehen vom 13. Juni 1976 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 19, dodis.ch/50268.

runbspolitik 1975–1979 darstellen, die wir Mitte Februar der Öffentlichkeit vorstellen werden¹⁹.

Das Volk überzeugen? Gewiss, aber nicht im Sinne einer obrigkeitlichen Belehrung! Das mag der Schweizer nicht. Es ist auch viel wertvoller, wenn die Bevölkerung durch eigene Erfahrung zu einem besseren Verständnis für die Aussenpolitik gelangt, selbst wenn dies mehr Zeit in Anspruch nimmt²⁰. Die Weltpolitik liefert uns täglich neue Erkenntnisse. Leider ist die Reaktion des Schweizlers auf internationale Ereignisse noch zu oft eine Abkehr von der Weltpolitik. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre Ölkrise²¹, Rezession²² – sollten nachgerade gelehrt haben, dass sich die Weltpolitik nicht auf einem anderen Planeten abspielt, sondern jeden von uns in seinem täglichen Leben direkt berührt. Wir müssen alle daraus die Konsequenzen ziehen. Für mich heissen sie, wie eingangs schon gesagt: aktive Mitwirkung überall dort, wo uns dies möglich ist; und solche Möglichkeiten gibt es viele. Die Aktivierung der Aussenpolitik, die so oft gefordert wird, scheint mir bereits im vollen Gange zu sein, aber es haben es noch nicht alle gemerkt.

«Aktive Friedenspolitik an der KSZE»

LNN: In letzter Zeit ist die Befürchtung laut geworden, die Schweiz lasse sich ihre eigenständige und aktive friedenspolitische Rolle mehr und mehr durch andere Neutrale und vor allem durch Österreich abnehmen, das sich auf diesem Felde zusehends in den Vordergrund schiebt. Was kann die Schweiz tun, und was gedenkt sie zu tun, um sich falls die Befürchtung zu Recht bestehen sollte – in ihrer eigenen Rolle der aktiven Friedenspolitik zu behaupten?

Graber: Ich hatte bis jetzt nicht den Eindruck, dass auf diesem Gebiet zwischen der Schweiz und Österreich ein Konkurrenzverhältnis besteht. Unsere beiden Länder haben zum Beispiel an der KSZE sehr oft gemeinsame Initiativen im Rahmen der neutralen Staaten ergriffen. Wenn Sie aber mit Ihrer Frage die jüngsten Diskussionen um den Sitz von UNO-Organisationen in Genf und Wien im Auge haben, so stellt sich diese in einem ganz anderen Rahmen. Dies ist nicht so sehr ein bilaterales Problem zwischen der Schweiz und Österreich, sondern eine Frage, die in erster Linie von den zuständigen Instanzen der UNO zu entscheiden ist, wozu wir natürlich ein wichtiges Wort mitzureden haben. Wie Sie wissen, soll der ganze Fragenkomplex im Laufe dieses Jahres gründlich abgeklärt werden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt steht die Sache nicht so schlecht, wie dies einige befürchten. Niemand denkt daran, in Genf ein Vakuum zu schaffen, um damit ein Loch in Wien zu stopfen²³.

19. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1975–1979 vom 28. Januar 1976, BBl, 1976, I, S. 442–528.

20. Zum Thema Öffentliche Meinung und Aussenpolitik vgl. auch das Protokoll der Sitzung vom 19. November 1977 der Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung, dodis.ch/34219.

21. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1321.

22. Zu den Auswirkungen der Erdölkrise auf die schweizerische Wirtschaft vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 62, dodis.ch/38425 und Dok. 168, dodis.ch/38341.

23. Zur Sitzfrage Genf-Wien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714. Zur Sitzfrage internationaler Organisationen im Allgemeinen vgl. das Schlagwort dodis.ch/D1001.

Was nun die eigenständige Rolle der Schweiz bei einer «aktiven Friedenspolitik» betrifft, so möchte ich einmal mehr auf die KSZE verweisen. Wir haben dort als einziges Land einen konkreten und umfassenden Vorschlag eingebracht, internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln, sei es durch Vermittlung oder durch den Spruch eines internationalen Schiedsgerichtes²⁴. Wir gingen davon aus, dass – falls zwei Staaten nicht zu einer gütlichen Einigung über ein bestimmtes Problem kommen können – die Anrufung einer Vermittlungskommission oder eines Gerichts obligatorisch sein sollte, genau so, wie im innerstaatlichen Leben eines jeden Landes Streitigkeiten zwischen Personen letztlich vor Gericht ausgetragen werden.

Wie Sie wissen, sind wir vorerst mit dieser Idee nicht durchgedrungen. Unser Plan hat jedoch grosses Interesse gefunden, und wir verfügen heute in der Schlussakte der KSZE²⁵ über die Zusage aller 35 Teilnehmerstaaten, dieses Projekt an einer Expertenkonferenz weiterzuverfolgen, die der Bundesrat in zwei bis drei Jahren einberufen wird²⁶. Wir waren also unserer Zeit voraus, hegen aber die bestimmte Hoffnung, dass nach und nach alle europäischen Staaten zur Einsicht gelangen werden, dass die in Helsinki so feierlich verabschiedeten Prinzipien eine konkrete Fortsetzung im täglichen Zusammenleben der Staaten finden müssen.

«Wir sind dieses Wagnis eingegangen»

LNN: Wie denkt der Bundesrat im Lichte der vorsichtigen Hoffnungen auf eine Liberalisierung in kleinen Schritten, die Sie bei der Beantwortung der Interpellation Renschler zur KSZE geäussert haben²⁷, über die mahnenden Stimmen eines Solschenizyn oder der Führer der Volksrepublik China²⁸, die Europa und die USA beschwören, sich durch solcherlei «Entspannungspolitik» nicht Sand in die Augen streuen zu lassen? Besteht nicht die Gefahr, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten nicht bloss jedwede Liberalisierung mit den bekannten Argumenten verhindern, sondern über die internationalen Organisationen – UNO, UNESCO usw. sogar versuchen werden, uns ihre Auffassungen über die Handhabung der Grundfreiheiten des Menschen aufzuzwingen?

Graber: An warnenden Stimmen – auch aus dem eigenen Land – hat es während der ganzen Dauer der KSZE nicht gefehlt. Wir sind dennoch dieses Wagnis eingegangen und brauchen uns, wie schon gesagt, deswegen nicht zu schämen. Unsere vorsichtig-optimistische Beurteilung der Ergebnisse von Helsinki hat sich seit dem vergangenen Herbst nicht geändert. Wir werden uns auch in Zukunft vor voreiligen Urteilen – seien es nun positive oder negative – hüten. Erst die Belgrader Konferenz von 1977 ist das geeignete Fo-

24. Zum SRPD vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 173, dodis.ch/34487, Punkt II. b); DDS, Bd. 26, Dok. 57, dodis.ch/38848, Punkt 2. I. b) und Dok. 158, dodis.ch/38867.

25. Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21. Juli 1975, doc. CSCE/CC/64, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#687* (B.72.09.15.1) und BBl, 1975, II, S. 924–1006.

26. Zum zwischen dem 31. Oktober und 11. Dezember 1978 abgehaltenen KSZE-Expertentreffen in Montreux vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 185, dodis.ch/48355, Anm. 3.

27. Vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875, bes. Anm. 5.

28. Vgl. dazu die Besprechungen von P. Graber mit Chi Peng-fei im August 1974, DDS, Bd. 26, Dok. 137, dodis.ch/37700, Anm. 11.

rum, um Bilanz zu ziehen. Bis dahin werden wir die Entwicklung in allen Bereichen der KSZE sorgfältig beobachten und das Unsrige zur Durchführung der Beschlüsse von Helsinki beitragen²⁹. Wie Sie richtig sagten, können Fortschritte – gerade im Bereich des sogenannten «dritten Korbes» (menschliche und kulturelle Kontakte, Informationsaustausch; Red.) – nur in kleinen Schritten erfolgen. Dies war uns von Anfang an klar, und wir haben immer gesagt, die Entspannung sei eine Entwicklung auf lange Zeit. Wichtig ist, dass sie weitergeht und keine Rückschläge erleidet. Vorsicht ist zweifellos am Platze, aber zur Resignation bin ich nach wie vor nicht bereit.

Die von Ihnen genannten Versuche der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sind bereits erfolgt, sowohl in der UNO als auch in der UNESCO³⁰. Sie waren voraussehbar und daher nicht weiter erstaunlich. Wie Sie wissen, herrschen in diesen Gremien andere Mehrheitsverhältnisse und andere Prozedurregeln als an der KSZE, so dass derartige Bestrebungen eher zum Ziele führen als im gesamteuropäischen Rahmen. Solange sie keine negativen Rückwirkungen auf die künftige Arbeit im Rahmen der 35 KSZE-Staaten haben, ist dies auch nicht weiter tragisch. Wichtig ist, dass für die KSZE weiter die bewährten Regeln gelten, und vor allem, dass die originale, auf Europa und Nordamerika zugeschnittene Substanz der KSZE auch in Zukunft ungeschmälert erhalten bleibt. Wir würden uns jedenfalls einem Versuch widersetzen, die durch Konsens gefassten Beschlüsse der KSZE auf dem Umweg über internationale Organisationen abzuändern oder auch nur abzuschwächen. Übrigens haben unsere Delegierten an einer jüngsten UNESCO-Tagung in Paris bereits in diesem Sinne gewirkt³¹. An der KSZE-Debatte in der UNO-Generalversammlung waren wir, da wir nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, natürlich nicht vertreten.

29. Vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875.

30. Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an J. Nordmann vom 3. Februar 1976, dodis.ch/51949.

31. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213, Anm. 15.

2

dodis.ch/51501*Interne Notiz der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements¹*SITZUNG DER SEKTIONSCHIEFS BEI HERRN BOTSCHAFTER DE ZIEGLER:
DISKUSSION ÜBER DEN 3. UNO-BERICHT

Bern, 6. Februar 1976

An der Sitzung der Sektionschefs der Direktion für internationale Organisationen vom 28. Januar 1976 bei Herrn Botschafter de Ziegler wurde u. a. darüber diskutiert, welche Schlussfolgerungen für den 3. Bericht des Bundesrates über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen² denkbar wären.

Herr Botschafter de Ziegler resümierte zuerst seine eigenen Gedanken. Danach könnte der Bundesrat grundsätzlich folgende Lösungen vorschlagen:

1. Die Beitrittsfrage ist jetzt genug diskutiert worden. Sie muss so bald als möglich dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden, damit endlich eine Entscheidung vorliegt.
2. Der Bericht wird aufgeschoben, weil der Moment als ungünstig erachtet wird: die beratende UNO-Kommission kann sich nicht zu einer Einigung durchringen, die UNO selbst befindet sich in einer Krise.
3. Der Bericht zeigt zwar die Probleme in Form eines «Kaleidoskops» auf, zieht aber keine Schlussfolgerungen.
4. Der Bericht wird wie ursprünglich vorgesehen mit den der Situation angemessenen Schlussfolgerungen verfasst.

Eine Volksabstimmung würde derzeit bestimmt negativ ausgehen³. Auch der vorläufige Verzicht auf einen 3. Bericht wäre politisch nicht glücklich. Ein Bericht ohne Schlussfolgerungen würde uns keinen Schritt weiterbringen.

Demnach scheint es richtig, die ursprüngliche Konzeption eines Berichtes mit Schlussfolgerungen beizubehalten. Diese sollten im Verhältnis zu den beiden früheren Berichten einen Fortschritt, «un pas sérieux de plus»⁴, bringen. Man muss aufzeigen, dass die UNO und ihre Spezialorganisationen ein weltumfassendes Zentrum bilden, wo sich jedes Jahr Vertreter aller Staaten treffen. Bis jetzt hat keine Regierung die Organisation verlassen. Dagegen bedeutet allerdings die Technik der Suspendierung eines Staates durch Nicht-

1. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#1383* (o.713.01). Verfasst und unterzeichnet von M. von Grünigen. Kopie an F. de Ziegler, A. Bill, F. Pometta, F. Muheim, P. Barbey, J. O. Quinche, P. Stauffer, J. Rial, E. Bourgnon, M. A. Conus und A. Kamer.

2. Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1972–1976 vom 29. Juni 1977, dodis.ch/51532. Vgl. dazu die Notiz von F. Pometta an P. Aubert vom 19. Januar 1978, dodis.ch/51699.

3. Vgl. dazu das Schreiben von H. Haug an M. von Grünigen vom 20. Januar 1976, dodis.ch/51520 sowie die Notiz von M. von Grünigen vom 22. Dezember 1976, dodis.ch/51529.

4. Zu den neuen Elementen des Berichts vgl. die Notiz von A. Hasler an E. Brugger, dodis.ch/51698.

anerkennung seiner Vollmachten (Südafrika) eine gewisse Gefahr für die Universalität der Organisation.

Was den schweizerischen UNO-Beitritt anbelangt, so muss die grundsätzliche Frage von jener des «timing» getrennt werden⁵. Im Prinzip ist der Beitritt der Schweiz zur UNO wünschenswert. Aber die öffentliche Meinung ist heute noch nicht reif dafür. Eine Volksabstimmung wäre zurzeit mit beträchtlichen Risiken verbunden. Eine gross angelegte Information des Publikums wird in Zukunft unerlässlich sein.

Im Bericht könnte der Bundesrat feststellen, ein Beitritt der Schweiz zur UNO sei wünschenswert oder – als Variante mit mehr operationellem Charakter – die Schweiz müsse der UNO beitreten. Ein Zeitpunkt für den Beitritt sollte derzeit nicht fixiert werden. Dagegen könnte man vorschlagen, alljährlich oder alle zwei Jahre einen Bericht zu verfassen oder in Aussicht stellen, eines Tages auf die Frage zurückzukommen.

Beim ganzen Bericht sollte man stets im Auge behalten, dass er publiziert wird. Die Öffentlichkeit darf nicht schockiert werden.

Herr Bill gibt zu bedenken, dass ein UNO-Beitritt kurzfristig vor allem wegen bestimmter Ereignisse innerhalb der Weltorganisation ungünstig wäre. Langfristig sprechen aber wohl mehr Argumente für die Zweckmässigkeit eines schweizerischen Beitritts. Nicht etwa, dass die Hoffnung genährt werden dürfte, die Verhältnisse in der UNO würden sich bessern. Aber es bleibt mehr Zeit für eine Information der breiten Bevölkerung über die Bedeutung der UNO. Der Bericht sollte einen konkreten Beitrittsvorschlag enthalten. Man muss auch bedenken, dass die Schweiz durch ihre Nichtmitgliedschaft in eine immer schwierigere Situation gerät⁶. Wir finden bei den anderen Staaten immer weniger Sympathie.

Herr Quinche sieht das eigentliche Problem nicht in der Frage der Zweckmässigkeit des Beitritts, sondern in der Tatsache, dass wir der einzige Staat sind, welcher der UNO aus freiem Willen fern geblieben ist. Wenn wir den Beitritt bis zur Stabilisierung der Verhältnisse aufschieben wollen, können wir lange warten. Man muss vorwärtsmachen. Problematisch scheint die Struktur der UNO, insbesondere das Vetorecht im Sicherheitsrat. Wäre das Vetorecht für uns im Prinzip überhaupt annehmbar?

Botschafter de Ziegler beantwortet die letzte Frage dahin, dass das Vetorecht die Schweiz davor bewahren würde, in einen Konflikt hineingezogen zu werden und daher einen Schutz ihrer Neutralität darstelle. Wir haben alles Interesse daran, dass das Vetorecht auch weiterhin besteht. Es bietet eine Garantie gegen unverantwortliche Beschlüsse.

Herr Rial bedauert die Formulierung über die Beitrittsfrage in der Rede Bundesrat Graber in Les Brenets⁷. Er teilt die Ansicht, dass es keinen «günstigen Moment» für den UNO-Beitritt gibt. Man muss den Beitritt an die Hand nehmen.

5. Vgl. dazu Anm. 3.

6. Vgl. dazu das Schreiben von J. Manz an R. Keller vom 28. Juni 1976, dodis.ch/51527.

7. Rede von P. Graber vor der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Neuenburg vom 15. November 1975, dodis.ch/51702.

Botschafter de Ziegler weist darauf hin, dass in der Rede Bundesrat Grabers nur festgestellt worden sei, in der UNO hätten bedauernswerte Ereignisse stattgefunden, die dazu geführt hätten, die öffentliche Meinung aufzubringen. Die gute Atmosphäre der 7. ausserordentlichen Generalversammlung ist durch diese Ereignisse zerstört worden. Heute wird die Krise in der UNO durch Missbrauch der Mehrheit heraufbeschworen. Auf der andern Seite wird die UNO auch durch den Nord-Süd-Dialog⁸ beeinflusst, der seine Auswirkungen auf die Generalversammlung und auf die Spezialorganisationen hat.

Herr Barbey bemerkt, dass unsere Beiträge an die Spezialorganisationen in den beiden bisherigen UNO-Berichten als positive Elemente hervorgehoben worden seien und diese Beiträge seit 1971 noch beträchtlich zugenommen haben. Ein wichtiger Punkt ist auch, dass im Rahmen der Restrukturierung des UNO-Systems erwogen wird, die grossen Konferenzen in das System zu integrieren, was uns möglicherweise von der Teilnahme ausschliessen könnte.

Herr Stauffer betont, dass die Trennung zwischen technischen und politischen Organisationen heute weitgehend illusorisch geworden sei⁹. Wir werden von den politischen Fragen als Mitglied der Spezialorganisationen so oder so tangiert. So stellt sich die Frage gar nicht mehr grundsätzlich. Der Beitritt zur UNO wäre kein historischer Entscheid, denn heute ist die Zugehörigkeit zur Weltorganisation ein simples Attribut der Staatlichkeit geworden. Ohne Zweifel gehören wir als Mitglied in die UNO.

Auf der andern Seite stellt sich die Frage, wie verbindlich der Beitritt im Bericht befürwortet werden soll. Je energischer und konkreter dies geschieht, desto mehr verpflichtet sich der Bundesrat, den Beitritt voranzutreiben, d. h. den Volksentscheid herbeizuführen. Wünschenswert erscheint eher ein vorsichtiges Vorgehen. Zurzeit bleibt die Information der öffentlichen Meinung ein Kernproblem. Der Bürger muss erzogen werden, weil die Meinungen ohne genaue Kenntnisse emotional sind¹⁰. Die Stellungnahmen der öffentlichen Meinung sind in der Schweiz oft vehementer als anderswo, so dass wir aus dem Ausland oft gefragt werden, ob wir in diesem Punkt überhaupt «neutral» seien. Wir müssen uns bewusst sein, dass Stellungnahmen der Schweiz als Mitglied der UNO im Innern stets zu Kontroversen führen würden. Sie könnten innenpolitische Zerreissproben schaffen. Deshalb ist die Erziehung der Presse und der Bürger zur Nüchternheit so unerlässlich.

Herr Kamer erinnert daran, dass die Beitrittsfrage von uns seit 1945 beiseite gestellt wurde. Beeindruckt insbesondere von der französischen Haltung an der Konferenz in San Francisco hat der Bundesrat damals entgegen

8. Zum Engagement der Schweiz in der UNO im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs vgl. das BR-Prot. Nr. 174 vom 8. Februar 1978, dodis.ch/50418. Allgemein zum Nord-Süd-Dialog vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.

9. Zu den von der Schweiz festgelegten Strategien in Bezug auf die Politisierung der UNO-Sonderorganisationen vgl. die Notiz von F. de Ziegler an P. Graber vom 30. Januar 1976, dodis.ch/51524 sowie die Notiz von J. Monnier an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 30. September 1976, dodis.ch/51535.

10. Zu den vom Politischen Departement geplanten Informationsmassnahmen vgl. das Referat von P. Aubert vom 9. Juni 1978, dodis.ch/51540 sowie die Notiz von A. Ritz vom 27. November 1978, dodis.ch/51563.

der Meinung der ersten UNO-Konsultativkommission von einem Beitritt zur UNO abgesehen¹¹. Seither sind die Beitrittschancen noch und noch verpasst worden, namentlich 1955 bei der Aufnahme Österreichs und 1973 bei der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen¹². In der Zwischenzeit haben wir uns der UNO so angenähert, dass der Beitritt im Grunde nur noch eine «Flurbereinigung» bedeuten würde. Ein wichtiger Punkt wäre, die Meinung des Parlaments zu der Beitrittsfrage zu kennen. Die Verwaltung sollte für ihr Verhalten in dieser Frage Richtlinien¹³ bekommen.

Herr Bourgnon ist dem UNO-Beitritt gegenüber positiv eingestellt, hält ihn aber noch nicht für reif. Er verweist insbesondere auf die prekäre Situation des schweizerischen Beobachters in New York¹⁴. Sein Statut hat keine rechtliche Grundlage, er verfügt kaum über Verhandlungsmöglichkeiten, auch wenn er in der Vergangenheit bei Fragen, welche die Schweiz besonders interessieren, in der 5. und 6. Kommission das Wort ergreifen konnte. All diese Probleme sind in der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt.

Herr Conus meint, ein wichtiger Aspekt sei auch die Feststellung, was der Schweiz alles entgangen sei dadurch, dass sie nicht Mitglied der Vereinten Nationen sei.

Botschafter de Ziegler nennt zum Abschluss als weiteren positiven Aspekt eines Beitritts, dass die Generalversammlung eine ausgezeichnete Gelegenheit biete, bilaterale Probleme zu besprechen oder gar zu regeln, da Staatsschefs und Aussenminister fast aller Mitgliedstaaten zur Generaldebatte nach New York reisen.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 16, Dok. 98, dodis.ch/39.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 12, dodis.ch/40106.

13. Für die Weisungen an die schweizerischen Delegationen im Rahmen von Versammlungen und Exekutivorganen der UNO vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 21, dodis.ch/51500.

14. Vgl. dazu die Notiz von M. von Grünigen vom 6. Oktober 1976, dodis.ch/51513 sowie das Schreiben von S. Marcuard an K. Waldheim vom 13. Dezember 1976, dodis.ch/51514.

3

dodis.ch/49453

*Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles, an die Bundeskanzlei¹*

NOTIZ ZUR FRAGE DES «TITULARSTAATSSEKRETÄRS²»

Bern, 9. Februar 1976

1. Das Haupterfordernis für die Schaffung dieses Titels besteht aus Sicht des Volkswirtschaftsdepartements in der Tatsache, dass wir den in allen unseren wichtigen Partnerländern bestehenden Regierungs- und Verwaltungsstrukturen unter dem gegenwärtigen System nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen haben. Die meisten Länder verfügen über ein eigenes Aussenhandelsministerium, dessen Aufgabenkreis demjenigen der Handelsabteilung entspricht. In Ländern, wie der Bundesrepublik, bei denen, ähnlich wie in der Schweiz, die Aussenwirtschaftsfragen Teil eines umfassenden Wirtschaftsministeriums bilden, wird die betreffende Abteilung durch einen Staatssekretär geleitet.

Zudem sind meistens zwischen dem Handelsminister und der normalen Beamtenhierarchie ein oder mehrere Vizeminister, bzw. Staatssekretäre, dazwischengeschaltet. Auch in Schweden ist beispielsweise der erste Mitarbeiter des Handelsministers ein Staatssekretär. Da nur dieser Personenkreis Verhandlungs- und Entscheidungsbefugnisse besitzt, muss er direkt angesprochen werden können.

Es hat sich daher schon bisher in der Praxis als unerlässlich erwiesen, dass nicht nur der Direktor der Handelsabteilung, sondern auch die Delegierten für Handelsverträge bei ihren Verhandlungen im Ausland und in den internationalen Wirtschaftsorganisationen Zugang zu den Handelsministern und ihren Stellvertretern, den Vizeministern oder Staatssekretären, haben müssen. Dies erfordert regelmässig eine grosse Überredungskunst unserer dort residierenden Botschafter und kann nicht immer bewerkstelligt werden. In den Beziehungen zu entfernteren Ländern, die über unsere besonderen Verhältnisse weniger Bescheid wissen, sind diese protokollarischen Schwierigkeiten am grössten.

Einige *aktuelle Beispiele*: Unser Vorschlag, die Gemischte Kommission Schweiz–Saudi Arabien, die für die Entwicklung unserer gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen von grösster Bedeutung ist, schweizerischerseits auf dem

1. Notiz: CH-BAR#E1010C#2009/102#480* (510). *Handschriftliche Marginalie*: Orig Jolles. Für die nachträgliche Bearbeitung durch die Bundeskanzlei vgl. die Notiz von Ch. Furrer an K. Huber vom 12. Februar 1976, *ibid.*

2. Für eine Stellungnahme zur Frage des Titularstaatssekretärs aus der Sicht des Politischen Departements vgl. die Notiz von A. Weitnauer an K. Huber vom 5. Februar 1976, dodis.ch/52638 sowie die Notiz von E. Lang vom Januar oder Februar 1976, dodis.ch/52639. Zur Entstehungsgeschichte der Stellungnahmen vgl. die Notiz von K. Huber an A. Weitnauer vom 28. Januar 1976, dodis.ch/52637.

Niveau des Direktors der Handelsabteilung zu konstituieren, ist während Monaten unbeantwortet geblieben und als Ausdruck einer gewissen Interesselosigkeit der Schweiz betrachtet worden³. Die deutsch-saudi-arabische Kommission zum Beispiel wird⁴ deutscherseits durch einen Staatssekretär geleitet.

Noch frappanter waren die Verhältnisse anlässlich einer ähnlichen Erkundungsreise Ende Jahr im Iran und Irak. Im Iran wurde durch unseren dortigen Botschafter der Direktor der Handelsabteilung kurzerhand als Äquivalent eines Staatssekretärs angemeldet; er hatte nun ohne weiteres Zugang zu sämtlichen Fachministern, dem Ministerpräsidenten⁵ und dem Schah⁶. Sein formeller Gesprächspartner war der erste Vizeminister des Wirtschaftsministeriums⁷. Im Irak dagegen, wo von Anfang an die Bezeichnung «Direktor der Handelsabteilung» verwendet wurde, war der formelle Gesprächspartner ein Abteilungsleiter, der sich als untergeordneter und zu keinen Verhandlungen kompetenter Beamter erwies⁸.

In den europäischen Oststaaten und der Sowjetunion musste der zuständige Delegierte für Handelsverträge regelmässig als Vizeminister angemeldet werden, um den nötigen Zugang zu finden⁹. (Dies ist beim Titel des «Delegierten» leichter als beim administrativen Titel des «Direktors».)

Anlässlich offizieller Missionen des Direktors der Handelsabteilung¹⁰ im vergangenen Jahr in Washington, London, Paris und Bonn konnten einige der für die betreffenden Sachfragen (Gefahr protektionistischer Massnahmen auf dem Uhren-, Textil- und Maschinensektor; Begründung des ausserwirtschaftlichen Interesses der Schweiz an der Europäischen Währungsschlinge; Abstimmung konjunkturpolitischer Massnahmen; Vorbesprechung der Nord-Süd-Konferenz etc.) zuständigen Verhandlungspartner, weil Regierungsmitglieder, nicht angesprochen werden.

Fazit: Die Verleihung des Titels eines Staatssekretärs an den Direktor der Handelsabteilung – wie selbstverständlich auch an den Generalsekretär des Politischen Departements – drängt sich sowohl zur Entlastung des Departementschefs wie auch zur Sicherung des Zugangs zu den sachlichen ebenbürtigen ausländischen Gesprächspartnern auf¹¹. Wenn in einer Zeit, in der sich

3. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1609 vom 3. September 1975, dodis.ch/37740 sowie das BR-Prot. Nr. 1387 vom 11. August 1976, dodis.ch/48772. Allgemein zu den bilateralen Beziehungen mit Saudi-Arabien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 149, dodis.ch/48773.

4. Korrigiert aus: wird nämlich.

5. A. A. Hoveida.

6. M. R. Pahlavi.

7. J. Shoraka.

8. Zu beiden Besuchen vgl. den Bericht von P. R. Jolles vom Dezember 1975, dodis.ch/37667.

9. Zu den Wirtschaftsverhandlungen R. Probsts mit den Oststaaten sowie der UdSSR vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 176, dodis.ch/35755 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 27, dodis.ch/38361; Dok. 34, dodis.ch/38769 und Dok. 189, dodis.ch/39026.

10. P. R. Jolles. Zu seinem Besuch in London vgl. die Aufzeichnung von B. von Tscharnier vom 4. Juli 1975, dodis.ch/38677 und zu seinem Besuch in Paris vgl. die Notiz von E. Thurnheer vom 6. Juni 1975, dodis.ch/38483. Zum Treffen P. R. Jolles mit E. Bahr auf Schloss Gymnich vgl. das Schreiben von E. Brugger an H. Friderichs vom 11. November 1975, dodis.ch/40727.

11. Die Verleihung des Titels eines Staatssekretärs an den Direktor der Handelsabteilung und den Generalsekretär des Politischen Departements erfolgte im Rahmen des neuen Verwaltungsorga-

wegen der Weltwirtschaftsschwierigkeiten die internationalen Tagungen und bilateralen Verhandlungen häufen, jedes Mal die Delegationsleitung durch den Chef des EVD übernommen werden müsste, würde sich für ihn eine untragbare zusätzliche Belastung ergeben; wenn am gegenwärtigen System festgehalten wird, stossen wir vermehrt unsere Gesprächspartner vor den Kopf und beeinträchtigen die Wirksamkeit und Durchschlagskraft der schweizerischen Unterhändler. Der Chef des EVD ist schon heute bis an die Grenze seiner Möglichkeiten gezwungen, im Ausland persönlich aufzutreten, da er in seiner Person sowohl die Funktion des Handels- wie des Landwirtschafts-, des Arbeits- und des Industrieministers vereinigt.

2. Konkrete Entlastungsmöglichkeiten im Verkehr mit dem Ausland

A. In den *bilateralen Verhandlungen*, vor allem mit Staatshandelsländern und den OPEC-Staaten, wird der Chef des EVD bei besonderen Anlässen (z. B. Eröffnungssitzungen von Gemischten Kommissionen; Durchführung schweizerischer Industriemessen etc.) persönlich in Erscheinung zu treten haben. Er kann jedoch wirksam entlastet werden, wenn bei periodisch wiederkehrenden Tagungen eine Vertretungsmöglichkeit auf dem Niveau des Staatssektretärs besteht. Dies gilt z. B. bei den jährlich stattfindenden¹² Sitzungen der Gemischten Regierungskommissionen.

B. Bei den meisten *internationalen Konferenzen* und Jahresversammlungen der internationalen Wirtschaftsorganisationen findet jeweils eine Phase auf Ministerebene statt. Der Chef des EVD kann seine Auslandsabwesenheit wesentlich abkürzen, wenn die Möglichkeit besteht, dass er sich bei länger dauernden Tagungen nach der formellen Eröffnungssitzung auf Staatssekretärebene vertreten lässt. Dies ist auch deshalb angezeigt, weil sich die Verhandlungsphase an diesen Konferenzen oft über einen längeren Zeitraum erstreckt und im kleinen Kreise stattfindet, zu dem die Schweiz ohnehin nur mit besonderen Anstrengungen Zugang findet. Ein Staatssekretär kann weniger leicht von diesen Beratungen ausgeschlossen werden (z. B. bevorstehende UNCTAD-Konferenz in Nairobi über Rohstoff-Fragen¹³; Mitwirkung am ministeriellen Ausschuss für Entwicklungsfragen der Weltbank und des IWF¹⁴ etc.). C. Das gleiche gilt für *gezielte Demarchen*, wie sie sich beispielsweise während der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen in einzelnen Hauptstädten als nötig erwiesen und wegen des Überhandnehmens der protektionistischen Tendenzen heute wieder vermehrt erforderlich sind¹⁵. Hier

nisationsgesetzes. Vgl. dazu das Bundesgesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Bundesrates und der Bundesverwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz [VwOG]) vom 19. September 1978, dodis.ch/52388; das BR-Prot. Nr. 17 vom 10. Januar 1979, dodis.ch/49608 sowie die Notiz vom 23. Februar 1979, dodis.ch/50830. Vgl. ferner die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1446.

12. Korrigiert aus: wiederkehrenden.

13. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 749 vom 28. April 1976, dodis.ch/40898.

14. Vgl. dazu die Notiz von E. Thurnheer an J. Zwahlen vom 8. Januar 1975, dodis.ch/39681; die Notiz von J. Zwahlen vom 6. Juni 1975, dodis.ch/38483, S. 6–8, den Bericht von K. Jacobi vom 24. Oktober 1978, dodis.ch/49854 sowie Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1043* (C.41.103.2.(13)).

15. Vgl. dazu das Referat von E. Brugger vom 8. September 1977, dodis.ch/49643 sowie das Referat von P. Bettischart vom 8. November 1977, dodis.ch/50521.

muss der schweizerische Unterhändler an höchster Stelle vorstellig werden können, und es ist nicht denkbar, dass in jedem Fall der Chef des EVD für derartige Missionen verfügbar sein wird. Die «Besuchsdiplomatie» stellt für die Schweiz ein erhöhtes Bedürfnis dar, weil institutionelle Kontaktmöglichkeiten, wie die Teilnahme an UN-Generalversammlungen, monatlichen¹⁶ EG-Ministerkonferenzen etc., fehlen¹⁷.

3. Entlastungsmöglichkeiten im Inland

Ausländische Besucher in der Schweiz erwarten auch dann auf Regierungsebene empfangen zu werden, wenn ihre Mission einen sachlich beschränkten Inhalt hat. Ein Staatssekretär würde hier häufig genügen. Der Departementschef verliert nicht nur wertvolle Zeit für den Empfang, sondern für die persönliche Vorbereitung des betreffenden Gesprächs. Er sollte eine Auswahl treffen können und nicht nur aus rein protokollarischen Gründen verfügbar sein müssen.

Aktuelle Beispiele: Besuch des kanadischen Handelsministers¹⁸; Empfang von Potentaten aus Entwicklungsländern.

16. Korrigiert aus: massgeblichen.

17. Zur Bedeutung der Besuchsdiplomatie für die schweizerische Aussenpolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 111, dodis.ch/52279; das BR-Beschlussprot. II vom 22. Mai 1973 der 19. Sitzung des Bundesrats vom 16. Mai 1973, dodis.ch/39607 sowie die Notiz des Bundesrats vom 25. Juni 1973, dodis.ch/39918.

18. D. Jamieson. Zu seinem Besuch vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 101, dodis.ch/50991, Punkt 3.

4

dodis.ch/48756

Informationstelegramm des Politischen Departements¹

EUROPÄISCHE WELTRAUMORGANISATION ESA

Bern, 11. Februar 1976

Bundesrat hat heute² Text Botschaft³ an eidgenössische Räte über Genehmigung Übereinkommen zur Gründung Europäische Weltraumorganisation

1. *Informationstelegramm:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#385* (A.22.14.07.2). Verfasst von E. Bischof und unterzeichnet von F. Dubois. Gerichtet an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen, die Direktionen, Abteilungen und Dienste des Politischen Departements, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und das Integrationsbüro. Quelle: Sektion für Internationale Wissenschaftliche Angelegenheiten des Politischen Departements.

2. BR-Prot. Nr. 250 vom 11. Februar 1976, CH-BAR#E1004.1#1000/9#827*.

3. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation vom 11. Februar 1976, BBl, 1976, I, S. 1181–1240. Vgl. dazu die Notiz von F. de Ziegler an P. Graber vom 6. Februar 1976, dodis.ch/48858 und die Notiz von J. O. Quinche an F. de Ziegler vom 4. März 1976, dodis.ch/48859.

(ESA)⁴ gutgeheissen. Übereinkommen war am 30. Mai 1975 in Paris von den zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumforschungsorganisation (B, DK, BRD, F, GB, I, NL, S, CH⁵, E und Irland) unterzeichnet worden. ESA tritt an Stelle Europäische Weltraumforschungsorganisation ESRO, der CH seit Gründung 1964 angehört, und Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern ELDO⁶. ESA führt alle von ESRO unternommenen Programme weiter. CH Mitgliedschaft in der ESRO hat die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. CH Experimente sind an Bord von ESRO-Höhenforschungsraketen gestartet worden, und CH Satellitenexperimente werden an Bord von und im Zusammenhang mit in Entwicklung stehenden ESA-Satelliten durchgeführt werden. Nutzsatellitenprogramme, an denen wir teilnehmen, stellen Vorstufen operationeller Systeme dar, die wohl auch für unser Land schon bald unerlässliche öffentliche Dienste sichern werden. Die SPACELAB-Entwicklung und -Benützung verspricht, ein weites Feld neuartiger weltraumgebundener Techniken und Verfahren zu eröffnen, und die Trägerrakete ARIANE wird Europa im Bereich der kommerziellen Satelliten eine grössere Autonomie als bisher sichern⁷.

Eine Anzahl Schweizer arbeitet in der Organisation zum Teil an leitender Stelle mit. CH Industrie hat den ihr zustehenden Anteil an den ESRO-Industrieraufträgen zugesprochen bekommen und führt in allen laufenden Programmen wichtige Arbeiten aus (sog. *juste retour / fair return*). Unsere Mitarbeit in der ESRO hat zudem auch integrationspolitische Aspekte⁸, ist doch die Organisation neben dem CERN⁹ wohl zum bestbekannten Beispiel einer funktionierenden europäischen Zusammenarbeit geworden, die über den Kreis der Europäischen Gemeinschaften hinausgeht. CH Jahresbeitrag zur Zeit ca. 30 Mio. Franken.

4. Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) vom 30. Mai 1975, AS, 1980, S. 2019–2054.

5. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 801 vom 7. Mai 1975, dodis.ch/48856.

6. Zur ESRO und zur ELDO vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 69, dodis.ch/30410 und Dok. 154, dodis.ch/30423; DDS, Bd. 23, Dok. 88, dodis.ch/31322, bes. Anm. 3; DDS, Bd. 26, Dok. 29, dodis.ch/39408, bes. Anm. 8 sowie das Protokoll von E. Jarolim vom 15. März 1976, dodis.ch/48857.

7. Zu den Programmen der ESA und der Teilnahme der Schweiz daran vgl. das BR-Prot. Nr. 206 vom 9. Februar 1977, dodis.ch/48860; den Bericht von I. Hofer und J. O. Quinche vom 11. Februar 1977, dodis.ch/49149; die Notiz von J. Monnier an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 11. Mai 1977, dodis.ch/48862 sowie das BR-Prot. Nr. 2100 vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/48869.

8. Zum Stand der Beziehungen Schweiz–EG vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

9. Vgl. dazu die Notiz von J. O. Quinche vom 18. Mai 1976, dodis.ch/50246 und die Notiz von F. de Ziegler an A. Wejnauer vom 8. Dezember 1976, dodis.ch/50245.

*Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique,
Y. Moret¹*

[Berne,] 16 février 1976

1. Nous avons déclaré à maintes reprises au sein du Conseil de l'Europe que le terrorisme était un problème mondial² et qu'il convenait dès lors de lui rechercher une solution universelle. Il n'y a pas grand sens en effet de mettre sur pied une réglementation détaillée si la moitié du monde ne l'applique pas. Nous devons poursuivre nos efforts dans ce sens. Toute tentative d'établir au sein des Nations Unies³ un système cohérent en l'occurrence devrait dès lors être encouragée.

2. Les diverses conventions élaborées par l'OACI⁴ (Tokyo⁵, La Haye⁶, Montréal⁷) constituent déjà une solution partielle. Il importerait seulement que ces textes soient appliqués.

3. S'il est désirable de réaliser des progrès dans cette matière sur le plan mondial⁸, il serait peu réaliste d'assumer que, dans les circonstances actuelles, des pas décisifs peuvent être franchis. En revanche, en Europe occidentale où tous les pays sont également frappés par cette plaie moderne⁹ et où les conceptions juridiques sont similaires, il est déjà possible de mettre au point un système adéquat. C'est pourquoi, sur l'insistance de l'Assemblée Consultative, les Ministres européens de la justice ont décidé de convoquer un comité d'experts «chargés d'examiner les problèmes que soulèvent certaines nouvelles formes d'actes de violence concertés».

4. Ce comité a élaboré un projet de Convention¹⁰ européenne qui sera incessamment soumis à l'attention des gouvernements membres du Conseil

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#967* (B.75.61).

2. Cf. DDS, vol. 26, doc. 78, dodis.ch/39501 et la lettre de J. Monnier à B. Schneider du 9 mars 1976, dodis.ch/48608. Sur la législation suisse, cf. la note de H. Kaufmann à l'Ambassade d'Afrique du Sud à Berne du 30 mai 1978, dodis.ch/50254.

3. Cf. la notice de J. Monnier à la Division politique I du Département politique du 6 février 1976, dodis.ch/48624.

4. Sur l'OACI, cf. DDS, vol. 25, doc. 39, dodis.ch/35419 et le PVCF N° 532 du 21 mars 1977, dodis.ch/48614. Sur les mesures de sécurité pour le trafic aérien, cf. la lettre de R. Künzi à F. de Ziegler du 24 octobre 1977, dodis.ch/48625 et le PVCF N° 1922 du 16 novembre 1977, dodis.ch/48616.

5. Convention relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs du 14 septembre 1963, RO, 1971, pp. 316–326.

6. Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs du 16 décembre 1970, RO, 1971, pp. 1508–1516.

7. Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile du 23 septembre 1971, RO, 1978, pp. 462–476.

8. Sur l'état des différentes initiatives, cf. la notice de J. Voyame à K. Furgler de mai 1978, dodis.ch/50253.

9. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 88, dodis.ch/50265 et le rapport du Club de Berne de septembre 1978, dodis.ch/53056.

de l'Europe. Même si ce n'est qu'un pis-aller, l'idée est valable à un double point de vue:

- a) Si les 18 États membres la ratifient¹¹, cette Convention rendra inhospitable aux terroristes une portion appréciable de la planète;
- b) Cette Convention pourrait préfigurer la réglementation qu'il est nécessaire d'établir sur le plan mondial.

5. Les Communautés procèdent, par l'entremise de leurs Ministres de l'intérieur, à l'élaboration d'une réglementation semblable¹². S'il y a un domaine où l'action concertée du Conseil de l'Europe doit être préférée à celle des Communautés, c'est bien celui-ci. Il doit en effet être possible aux 18 États représentés à Strasbourg d'aller aussi loin qu'à Bruxelles. D'autre part, l'intérêt de telles conventions, c'est qu'elles aient le champ d'application le plus vaste possible.

10. Convention européenne pour la répression du terrorisme du 27 janvier 1977, RO, 1983, pp. 1041–1048. Sur le projet, cf. la notice de Y. Moret à P. Graber du 26 mars 1976, dodis.ch/48609.

11. Sur la question de la ratification par la Suisse, cf. le PVCF N° 92 du 19 janvier 1977, dodis.ch/48611 et la note du Département politique à l'Ambassade d'Afrique du Sud à Berne du 22 mai 1978, dodis.ch/50254.

12. Cf. la notice de A. Hegner au Bureau de l'intégration du 12 octobre 1978, dodis.ch/51798 et la notice de F. Blankart à la Division politique I du Département politique du 6 novembre 1978, dodis.ch/51799.

6

dodis.ch/39389

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber¹

PROJET DE LOI SUR L'ENTRAIDE INTERNATIONALE EN MATIÈRE PÉNALE²

[Berne,] 23 février 1976

1. Le Département de justice et police a tenu compte des observations contenues dans le co-rapport du 13 novembre 1975³ de notre Département sur la question du génocide⁴ et l'assimilation des secrets d'affaires et bancaire⁵ à des intérêts essentiels du pays.

1. Notice (copie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#360* (A.15.71.28). Rédigée par J. Monnier et signée par E. Diez.

2. Loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale, RO, 1982, pp. 846–877. Sur l'entraide internationale de la Suisse, cf. la notice de P. Troendle du 2 novembre 1977, dodis.ch/50807, la lettre de O. Bühler à la Division politique I du Département politique du 29 décembre 1977, dodis.ch/50803. Sur le traité avec les États-Unis, cf. DDS, vol. 26, doc. 109, dodis.ch/38960, en particulier note 2 et DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point 5.

3. Cf. le PVCF N° 440 du 8 mars 1976, dodis.ch/39390.

4. Cf. la lettre de E. Diez à O. Schürch du 27 mai 1977, dodis.ch/50801 et le PVCF N° 1129 du 6 juillet 1977, dodis.ch/50802.

5. Sur le secret bancaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 49, dodis.ch/50107.

2. Dans sa proposition complémentaire du 5 février 1976⁶ le Département de justice et police soumet au Conseil fédéral une suggestion de la Division de la justice tendant à permettre dans certaines circonstances, à titre exceptionnel, l'entraide judiciaire pour des infractions fiscales. Cette solution est conforme aux vues que notre Direction a eu l'occasion de faire valoir à plusieurs reprises dans le passé mais dont la Division de police n'avait pas cru devoir tenir compte. D'où le co-rapport ci-joint pour appuyer l'idée de la Division de la justice.

Il ne s'agit pas de renverser la règle observée strictement jusqu'ici: pas d'entraide judiciaire pour les délits fiscaux⁷, mais seulement de prévoir expressément dans la future loi que, dans des circonstances exceptionnelles, une suite favorable peut être donnée à une demande d'entraide dans ce domaine. Les dimensions politiques que présentent de plus en plus ces demandes d'entraide justifient, à notre avis, une réglementation souple, autorisant des exceptions à la règle.

6. Cf. le PVCF N° 440 du 8 mars 1976, dodis.ch/39390.

7. Cf. la notice de J. Monnier à P. Aubert du 4 janvier 1978, dodis.ch/50804.

7

dodis.ch/48366

*Der Direktor der Direktion für internationale Organisationen, F. de Ziegler,
an die Politische Direktion des Politischen Departements¹*

GIPFELTREFFEN DER BLOCKFREIEN STAATEN (COLOMBO, AUGUST 1976)

Bern, 12. März 1976

Wir beziehen uns auf Ihre Notiz vom 6. Februar 1976² betreffend eine allfällige Teilnahme der Schweiz an der Konferenz der blockfreien Staaten in Colombo und können Ihnen dazu folgendes mitteilen:

1. Das Problem ist, wie Sie wissen, nicht neu. Es wurde schon letztes Jahr in aller Breite besprochen; die Diskussion endete mit einem negativen Entscheid des Departementschefs³ in bezug auf die Konferenz von Lima vom August 1975. Die Frage einer allfälligen schweizerischen Beteiligung in Colombo wurde jedoch offen gelassen⁴.

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#936* (B.73.8.21). Verfasst von A. Kamer. Kopie an die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf und an das Bureau des schweizerischen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York. Visiert von J. Iselin, H. Kaufmann und P. Luciri.

2. Notiz von J. Iselin vom 6. Februar 1976, dodis.ch/48367. Zu den Rückmeldungen der anderen um Stellungnahme gebetenen Dienststellen vgl. Doss. wie Anm. 1.

3. P. Graber. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 165, dodis.ch/38984.

4. Vgl. dazu auch die Notiz von H. Kaufmann vom 24. September 1975, dodis.ch/48365.

2. An der *Konferenz von Lima* nahmen 80 Staaten und die OLP als Mitglieder teil. Bolivien, Brasilien, Ecuador, Mexiko, San Salvador, Uruguay, Venezuela, einige Befreiungsbewegungen, die sozialistische Partei von Puerto Rico, die UNO, die OUA, die Arabische Liga und die Organisation de solidarité des peuples d'Afrique, d'Asie et d'Amérique latine (OSPAAA) hatten ein Beobachterstatut, das die Teilnahmeberechtigung an allen Sitzungen und ein Mitspracherecht in sich schliesst. Australien, Finnland, Guatemala, Honduras, Österreich, die Philippinen, Portugal, Rumänien und Schweden nahmen in der Eigenschaft von «eingeladenen Staaten» an der Konferenz teil; dieser Status erlaubt nur die Anwesenheit (nicht aber das Mitspracherecht) an der Generaldebatte und die Überlassung der – in der Regel allerdings spärlichen – Dokumente. In die Arbeit der Kommissionen erhalten die Eingeladenen keinen Einblick.

3. Aufgrund dieses Szenarios, das in Colombo wahrscheinlich ähnlich sein wird, stellt sich für uns wiederum die Frage, *ob die Schweiz sich von der Konferenz einladen lassen solle oder nicht*. Obschon der Status der «Eingeladenen» nicht sehr befriedigend ist, sind wir der Ansicht, dass wir eine solche Einladung provozieren sollten, und zwar aus folgenden Gründen:

a) *Neutralitätspolitische Erwägungen* würden uns sicher von einer Teilnahme als Vollmitglied der Konferenz, so gut wie sicher aber auch von einer solchen als Beobachter abhalten. Einer Teilnahme als eingeladenen Staat würde unseres Erachtens jedoch nichts entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Neutralitätspolitik und Neutralismus wäre damit schon rein optisch hervorgehoben; sicher ergäbe sich auch die Gelegenheit, dem einen oder andern Teilnehmer diesen Unterschied – den immer noch allzu viele Leute nicht kennen – zu erklären. Eine völlige Abwesenheit von der Konferenz genügt jedoch als Erklärung nicht; es gibt ohnehin bereits Anzeichen, die darauf hindeuten, dass unsere bisherige Abwesenheit an diesen Konferenzen nicht verstanden wird (s. Aktennotiz von Herrn Luciri vom 19. August 1975⁵, Seite 2; ad p.B.73.8.21.).

Die Aufnahme eines Punktes in die Traktandenliste von Colombo, der ungefähr wie folgt lauten wird: «Étude des mesures de solidarité sur le plan militaire que pourraient prendre les pays non-alignés lorsqu'un des leurs est la victime d'une intervention armée étrangère» bestärkt uns in der Feststellung, dass wir über den «Eingeladenen-» Status nicht hinausgehen sollten⁶.

b) Die Konferenz befasst sich, wie aus der provisorischen Traktandenliste hervorgeht, mit allen wichtigen weltpolitischen Fragen der Gegenwart. Die blockfreien Staaten bilden eine Mehrheit nicht nur in der UNO, sondern auch in den meisten Spezialorganisationen, denen wir ebenfalls angehören. Ihre Haltung kann uns deshalb schon aus diesem Grunde nicht gleichgültig sein, ganz abgesehen davon, dass gewisse Tendenzen, die sich innerhalb dieser Gruppe abzeichnen für uns ein ganz generelles Interesse

5. Notiz von P. Luciri vom 19. August 1975, dodis.ch/38987.

6. Zu den politischen Tendenzen innerhalb der Bewegung blockfreier Staaten vgl. das Schreiben von S. Marcuard an A. Weitnauer vom 18. März 1976, dodis.ch/48370.

haben. Wir haben mit andern Worten ein Bedürfnis, *über die Arbeiten der Konferenz so gut als möglich informiert zu sein*. Der Status eines eingeladenen Staates würde uns auf diesem Gebiet die Arbeit erleichtern.

4. Die Konferenzen der blockfreien Staaten haben ihre *Auswirkungen vor allem⁷ auf multilateralem Gebiet*. Sie haben ihren festen Platz im internationalen Konferenzkalender, wobei die Teilnehmer der Konferenzen (zu denen dieses Jahr neben den Routinekonferenzen im UNO-System auch die UNCTAD IV⁸ und HABITAT⁹ gehören) oft die gleichen sind. Eine Teilnahme würde es deshalb ermöglichen, nützliche Kontakte zu knüpfen und um die Unterstützung der blockfreien Staaten in Fragen zu werben, die uns direkt interessieren. Als Beispiel sei hier an die eventuelle Verlegung von UNO-Einheiten von Genf nach Wien¹⁰. erinnert, die an der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen wieder zur Sprache kommen wird.

5. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, die Gegensätze zwischen den blockfreien Staaten und uns hochzuspielen. Wir müssen vielmehr darauf bedacht sein, die Tendenz zu solchen Auseinandersetzungen zu bekämpfen. Unsere Anwesenheit in Colombo würde unseren Wunsch nach Kontakt mit den Blockfreien manifestieren¹¹.

6. Die Entwicklungen auf multilateralem Gebiet, von denen die Konferenzen der Blockfreien, wie gesagt, ein wesentlicher Bestandteil sind, müssen von uns umso mehr verfolgt werden, als wir dieses Jahr unsere Beziehungen zum System der Vereinten Nationen im Rahmen des dritten Berichts¹² des Bundesrates neu überdenken müssen. Es geht vor allem darum, ein Dossier zusammenstellen, das möglichst vollständig und in jeder Hinsicht vertretbar ist.

7. *Handschriftliche Marginalie von P. Luciri*: L'intérêt des OI est légitime sans qu'il soit nécessairement prépondérant!

8. Vgl. dazu die Erklärung von P. R. Jolles vom 7. Mai 1976, dodis.ch/40899; den Bericht der Abteilung für Entwicklungspolitik der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 15. Juni 1976, dodis.ch/40900 sowie die Aufzeichnung des Volkswirtschaftsdepartements vom 10. August 1976, dodis.ch/51582.

9. Zur Teilnahme der Schweiz an der HABITAT-Konferenz in Vancouver vgl. das BR-Prot. Nr. 484 vom 15. März 1976, dodis.ch/51882.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714 sowie das Schreiben von R. Keller an A. Weitnauer vom 14. Juli 1976, dodis.ch/48371.

11. Zur Teilnahme einer schweizerischen Delegation an der Gipfelkonferenz von Colombo vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 153, dodis.ch/48358.

12. Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und Spezialorganisationen für die Jahre 1972–1976 des Bundesrats vom 26. Juni 1977, dodis.ch/51532. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 2, dodis.ch/51501.

8

dodis.ch/49451

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles, an den Generaldirektor der Nestlé Alimentä AG, A. Fürer¹*

Bern, 17. März 1976

Nachdem die Wahl von Herrn Bettschart zum neuen Delegierten für Handelsverträge nunmehr vollzogen ist², liegt mir ganz besonders daran, Ihnen für diesen Beitrag zur Lösung unseres Führungsproblems zu danken.

Ich weiss es sehr zu schätzen, dass Sie sich unserem an die Privatwirtschaft gerichteten Wunsche gegenüber aufgeschlossen zeigten, eine kompetente und erfahrene Persönlichkeit für den neuen Aufgabenkreis der Exportförderung zur Verfügung zu stellen. Sie haben dadurch die Aktionsfähigkeit der Handelsabteilung in einem besonders kritischen Zeitpunkt zu verstärken geholfen und ein personelles Opfer im Interesse der gesamtschweizerischen Handelspolitik erbracht³.

Ich bin, wie Sie, überzeugt, dass ein Personalaustausch zwischen Bund und Privatwirtschaft für beide Bereiche förderlich ist und zu einer Anpassung der Ideen und Arbeitsmethoden an die rasch wechselnden Verhältnisse in wertvoller Weise beitragen kann.

Auch danke ich Ihnen sehr, dass Sie Herrn Bettschart persönlich zum Übertritt zu uns ermuntert haben. Natürlich handelt es sich für beide Seiten um ein Wagnis, doch haben die Gespräche, die meine Kollegen und ich mit Herrn Bettschart führten, uns alle davon überzeugt, dass er auf Grund seiner raschen Auffassungsgabe und seines Interesses für die öffentlichen Belange den Aufgaben voll gewachsen sein wird. Wir hoffen sehr, dass er in seiner Tätigkeit bei uns Freude und Befriedigung finden wird.

Sobald der genaue Zeitpunkt seines Amtsantritts auf der Handelsabteilung feststeht, werde ich mit Ihnen über die Gehaltsregelung während der kurzen Zwischenzeit, die erforderlich ist, um seinen Nachfolger in Wien einzuführen, ins Benehmen setzen. Angesichts der Dringlichkeit der in Bern auf Herrn Bettschart wartenden Aufgaben bin ich Ihnen besonders dankbar, dass Sie die Nachfolge, die Ihr Unternehmen sicher vor einige Probleme stellte, so rasch geregelt haben.

Herr Bettschart wird bei uns auf Grund eines privatrechtlichen Vertrages angestellt, der im wesentlichen alle Bestimmungen des Beamtenrechtes übernimmt⁴. Dagegen wird, wie mit Ihnen telephonisch vereinbart, Herr Bettschart

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E7001C#1987/101#105* (0272.03). Diese Kopie ging an E. Brugger und eine weitere an A. Hasler. Visiert von E. Brugger.

2. Zur Ernennung von zwei Delegierten für Handelsverträge bei der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vgl. das BR-Prot. Nr. 324 vom 18. Februar 1976, dodis.ch/50536.

3. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 110, dodis.ch/49450, bes. Anm. 4.

4. Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und P. Bettschart vom 6. April 1976, CH-BAR#E7115A#1993/132#21* (110P). Vgl. ferner das Protokoll der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte vom 10. März 1976, dodis.ch/50537 sowie das Schreiben von E. Scheurer an die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte vom 6. April 1976, dodis.ch/50538.

der Eidg. Versicherungskasse nicht beitreten, sondern in Ihrer Pensionskasse verbleiben. Der Bund wird der Firma Nestlé monatlich den Arbeitgeberbeitrag, der gegenwärtig Fr. 515.15 beträgt, überweisen. Ich möchte Ihnen auch für Ihr Entgegenkommen in diesem Punkte bestens danken.

9

dodis.ch/50288

Interne Notiz des Politischen Departements¹

BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – INDOCHINA

Bern, 22. März 1976

Nach dem politischen Umsturz in *Phnom Penh* und *Saigon* hat die Schweiz, ihrer Praxis getreu, den neuen Regimes die ungebrochene Weiterführung der *diplomatischen Beziehungen* angeboten mit der Begründung, dass sie nicht Regierungen sondern Staaten anerkenne². Es zeigte sich in der Folge, dass die revolutionären Regierungen in Kambodscha und Südvietnam auf das schweizerische Angebot in dieser Form nicht eingehen wollten oder konnten, da sie ihre Machtergreifung als gezielten Bruch mit der Vergangenheit auffassten. Die Übernahme politischer Reminiszenzen aus der vorangegangenen Ära kam für sie nicht in Frage. Von einer blossen «Weiterführung» der früheren Beziehungen – unter Belassung der in *Phnom Penh* und *Saigon* residierenden ausländischen Vertreter – konnte nicht die Rede sein.

Die im Frühsommer 1975 in Paris stattgefundenen Gespräche zwischen der schweizerischen Botschaft und Vertretern des GRP *Südvietnams* waren denn auch tatsächlich Verhandlungen zur *Aufnahme* diplomatischer Beziehungen³, obwohl die diplomatische Terminologie dies vertuschte, und im offiziellen Communiqué⁴ unverbindlicher von der *Entwicklung* der Beziehungen gesprochen wurde. Die Mitarbeiter unserer Vertretung in *Saigon*, denen von den neuen südvietnamesischen Behörden jeglicher offizieller Status aberkannt wurde, mussten konsequenterweise nach und nach das Land verlassen. Auf Ende 1975 folgte dann die definitive Schliessung unserer Botschaft daselbst⁵.

Andrerseits wurde schon sehr bald nach dem Umsturz das Ziel der *nord-vietnamesischen* Behörden offenbar, den südlichen Teil *Vietnams* als unabhängigen Staat allmählich verschwinden zu lassen und der eigenen Oberhoheit zu unterstellen.

Diesen innenpolitischen Faktoren Rechnung tragend, verzichtete man *schweizerischerseits* – mindestens vorderhand – auf die *Akkreditierung* eines

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5969* (B.15.21). Verfasst von A. Rüegg.

2. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 23, Dok. 49, dodis.ch/31786.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 147, dodis.ch/39140.

4. Communiqué von Pham Van Ba und P. Dupont vom 25. Juni 1975, dodis.ch/54015.

5. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2004B#1990/219#396* (a.161.3).

neuen *Botschafter* in Saigon. Nach der Absicht Hanois sollte die formelle Wiedervereinigung beider Vietnam kurz bevorstehen, nachdem die entscheidenden Machtbefugnisse faktisch schon längst in Hanoi konzentriert sind. Obwohl gewisse Staaten ihre in Hanoi oder Peking residierenden Botschafter beim GRP akkreditiert haben – und offenbar weiterhin akkreditieren können – haben sich keine neuen ausländischen Vertretungen mehr in Saigon installiert. Den akkreditierten Botschaftern wird auch nicht gestattet, nach Südvietnam zu reisen (ausgenommen bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens).

In Berücksichtigung der politischen Aufwertung Hanois im südostasiatischen Raum hat die *Schweiz* ferner Ende 1975 beschlossen, die Bedeutung ihrer *Vertretung in Hanoi* zu vergrössern und dort einen *residierenden Botschafter* zu ernennen⁶. Letzterer wird seine Tätigkeit im April dieses Jahres aufnehmen. Man erhofft sich davon auch eine Verbesserung der – an sich unbelasteten, jedoch immer noch etwas schwerflüssigen – Beziehungen mit Nordvietnam selbst⁷.

Mit *Kambodscha* erweist sich die Normalisierung der Beziehungen noch schwieriger. Dies hängt weitgehend mit dem inneren Umbruch zusammen, der in diesem Land tiefer ging und gewalttätiger vollzogen wurde als in Vietnam. Dem Regimewechsel folgte eine Periode völliger Abkapselung nach aussen und schwerer Agonie im Innern⁸. Erst in der jüngsten Zeit zeigen sich zaghafte Versuche, mit der Umwelt wieder in Kontakt zu treten. Mit mehreren «befreundeten» Ländern wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen. Die *Schweiz* sondierte über ihre Vertretung in Peking und die dortige Mission Kambodschas, ob die Aufnahme von *Gesprächen zur Wiederherstellung der Beziehungen* möglich sei. Die Antwort war nicht negativ; doch vertrösteten uns die kambodschanischen Behörden auf später, da ihr Land vorläufig nicht imstande sei, eine grössere Anzahl ausländischer Missionen aufzunehmen oder eigene Kader ins Ausland zu schicken⁹.

Schon bald nach dem Umsturz hatte die Schweiz auf ein Festhalten an der Akkreditierung in Phnom Penh des in Jakarta residierenden Botschafters¹⁰ verzichtet. Die Frage der Residenz wird zu gegebener Zeit in Berücksichtigung der politischen Macht- und Interessenverhältnisse in Indochina neu geregelt werden müssen, wobei unsere Botschafter in Hanoi oder Peking besonders gut plaziert scheinen.

6. H. Müller. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2298 vom 4. Dezember 1975, [dodis.ch/39159](https://www.dodis.ch/39159).

7. Zur Frage der Anerkennung der Sozialistischen Republik Vietnam vgl. das Telegramm von P. Graber an Nguyễn Duy Trinh vom 14. Juli 1976, [dodis.ch/50949](https://www.dodis.ch/50949).

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 37, [dodis.ch/39289](https://www.dodis.ch/39289), Anm. 5.

9. Zur Wiederaufnahme und Normalisierung der Beziehungen zu Kambodscha vgl. die Notiz von H. Kaufmann an die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements vom 11. Januar 1977, [dodis.ch/52095](https://www.dodis.ch/52095); das Schreiben von A. Glesti an W. Sigg vom 1. August 1978, [dodis.ch/52096](https://www.dodis.ch/52096); die Notiz von J. Iselin an den Informations- und Pressedienst des Politischen Departements vom 9. August 1978, [dodis.ch/54125](https://www.dodis.ch/54125); die Notiz von H. Renk an A. Weitnauer vom 24. August 1978, [dodis.ch/52099](https://www.dodis.ch/52099); die Notiz von P. Aubert an A. Weitnauer vom 28. August 1978, [dodis.ch/52100](https://www.dodis.ch/52100) sowie den Politischen Bericht Nr. 28 von W. Sigg vom 18. Dezember 1978, [dodis.ch/52091](https://www.dodis.ch/52091).

10. M. Feller.

Die früheren *Vertretungen Kambodschas und Südvietnams in der Schweiz* sind sofort nach dem Umsturz geschlossen worden. Ihr Personal hat unser Land verlassen¹¹. Seither gibt es in der Schweiz keine südvietnamesischen oder kambodschanischen offiziellen Vertretungen mehr, mit der einzigen Ausnahme des GRP-Verbindungsbüro in Genf, das theoretisch die Beziehungen Südvietnams zum dortigen Sitz der UNO pflegen soll, jedoch keinen eigentlichen diplomatischen Status besitzt¹². Offizielle Kontakte erfolgen mit Bezug auf Südvietnam in Paris (Schweizerische Botschaft – Ständige Mission des GRP) und Hanoi (Schweizerische Botschaft – Sondermission des GRP), mit Bezug auf Kambodscha in Peking (Schweizerische Botschaft – Kambodschanische Botschaft).

Im Vergleich zu den Nachbarstaaten Vietnam und Kambodscha geht der revolutionäre Prozess in der nunmehr «Volksdemokratischen Republik» Laos langsamer, und anscheinend auch etwas behutsamer, vor sich. Was die Schweiz anbetrifft, so hat der Regimewechsel die offiziellen Beziehungen bisher nicht wesentlich beeinträchtigt. Die Zuständigkeit unserer Botschaft in Bangkok ist zunächst auch nicht geändert worden. Eine Modifikation wird jedoch für den Augenblick des Wegganges unseres jetzigen Botschafters¹³ in Thailand ins Auge gefasst. Die Nachfolge Bangkoks könnte vielleicht Hanoi antreten¹⁴.

Gleichzeitig mit den Bemühungen um eine generelle Normalisierung der diplomatischen Beziehungen haben *immer wieder einzelne Kontakte* zwischen der Schweiz und indochinesischen Staaten stattgefunden, um gewisse *konkrete Probleme* von vordringlicher Bedeutung aufzugreifen. Dies betrifft im besonderen den ganzen Komplex humanitärer und technischer Hilfe, den Schutz der zurückgebliebenen Schweizer bzw. deren Heimschaffung sowie die Wahrung wirtschaftlicher Interessen¹⁵, u. a. im Hinblick auf mögliche oder schon geschehene Nationalisierungen, Beschlagnahmungen etc.¹⁶.

Mit der einzigen Ausnahme Kambodschas, mit dem während langer Monate überhaupt keine Verbindungsmöglichkeit bestand, brachen diese Kontakte nie völlig ab. In sehr vielen Fällen beschränkten sie sich jedoch auf die schriftliche oder mündliche Geltendmachung eines Begehrens, ohne dass praktische Massnahmen die Folge gewesen wären. Das öftere Ausbleiben einer Reaktion von seiten der angegangenen Behörden wie auch die zeitweilige Blockierung schweizerischer Hilfswerke und derer Vertreter liessen in der Schweiz verschiedentlich den Eindruck einer allzu einseitigen Hilfs- und Verhandlungsbereitschaft entstehen.

11. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2138* (B.22.20.2); CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5412* (B.22.20.2); CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2385* (B.22.20.2) sowie CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5985* (B.22.20.2).

12. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2019 vom 18. Dezember 1974, dodis.ch/54010.

13. R. Hartmann.

14. Vgl. dazu das Schreiben von R. Hartmann an A. Janner vom 26. April 1976, dodis.ch/51241.

15. Zur Frage der Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam vgl. das Memorandum von Bui Thiem und S. Senn vom 20. Juli 1976, dodis.ch/51022; die Notiz von H. Müller vom 19. Oktober 1976, dodis.ch/51025 sowie die Notiz von A. Rüegg an J. Iselin vom 21. November 1978, dodis.ch/51051.

16. Vgl. dazu die Notiz von B. Dumont an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 29. März 1976, dodis.ch/50945.

In diesem Zusammenhang sind zwei Faktoren von Bedeutung. Erstens sind die neuen Regimes von ausserordentlich *schweren Aufgaben des Wiederaufbaus und der Konsolidierung* im Innern in Anspruch genommen. Gerade in der letzten Zeit häufen sich die Gerüchte über wachsende Widerstände und bewaffnete Rebellion gegen die neuen Machthaber in Phnom Penh, Vientiane und Hanoi/Saigon. Ihre Bedeutung ist vorläufig schwer abzumessen. In den Augen der verantwortlichen Behörden müssen jedenfalls die Interessen des Auslandes, auch wenn sie berechtigt sind, gegenüber solchen Problemen zurücktreten.

Die zweite Ursache ergibt sich aus dem inhärenten provisorischen Charakter der gegenwärtigen Übergangsphase, die noch nicht abgeschlossen ist. Im Falle Südvietnams z. B. haben wir es mit einer nicht definitiv installierten Behörde (GRP) zu tun, die schon bald nach dem Umsturz als gültiger Gesprächspartner für die Behandlung konkreter Fragen ausfiel. Aber auch in Kambodscha und sogar in Laos ergeben sich kürzere oder längere Ausfälle in der verantwortlichen Administration, während derer ein Aussenstehender nicht mehr weiss, wer welche Entscheidungsbefugnisse hat bzw. an wen er sich für die Behandlung einer bestimmten Frage wenden muss.

Es bleibt zu hoffen, dass sich derlei Schwierigkeiten im Laufe dieses Jahres allmählich verringern. In Nordvietnam mag die Entsendung eines residierenden Botschafters der Schweiz die Kontakte mit den Behörden vereinfachen. Einzelne, zum Teil bedeutende Projekte technischer und humanitärer Zusammenarbeit¹⁷ schaffen dort zusätzliche Berührungspunkte (u. a. das Projekt «Durisol» mit einem schweizerischen Beitrag von ca. 5 Mio. SFr.¹⁸). Schliesslich bestehen einige langjährige Beziehungen von privater schweizerischer Seite mit den nordvietnamesischen Behörden – Beziehungen, die in ihrem Bereich ein Vertrauensklima geschaffen haben.

Umgekehrt ist die Präsenz der Schweiz in *Südvietnam* fast völlig suspendiert worden. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle schweizerischen Unternehmungen und Schweizer Bürger das Land verlassen (müssen).

Auch in *Kambodscha* könnte sich die Lage im laufenden Jahr etwas entkrampfen. Die schweizerischen Interessen daselbst waren allerdings nie gross und sind unterdessen auf den Nullpunkt gesunken, vom Los einiger weniger verschollener Schweizer abgesehen. Die Möglichkeiten einer humanitären und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind vorläufig schwer zu erfassen¹⁹.

17. Zur Wiederaufbauhilfe und zur technischen Zusammenarbeit in Vietnam vgl. das Schreiben von R. Hartmann an F. de Ziegler vom 29. März 1976, [dodis.ch/51034](https://www.dodis.ch/51034); das Protokoll von E.-R. Lang vom 15. September 1976, [dodis.ch/51037](https://www.dodis.ch/51037); die Notiz von E. Koetschet vom 3. April 1978, [dodis.ch/51038](https://www.dodis.ch/51038) sowie die Notiz von H. Kaufmann an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 16. Februar 1977, [dodis.ch/51039](https://www.dodis.ch/51039); das BR-Prot. Nr. 2103 vom 12. Dezember 1977, [dodis.ch/51041](https://www.dodis.ch/51041) sowie die Notiz von U. Lutz vom 21. Februar 1978, [dodis.ch/51042](https://www.dodis.ch/51042).

18. Vgl. dazu die Notiz von H. Müller an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 13. September 1976, [dodis.ch/51043](https://www.dodis.ch/51043) und die Broschüre der Schweizer Vietnamhilfe vom Juli 1976, [dodis.ch/51206](https://www.dodis.ch/51206).

19. Vgl. dazu das Schreiben von H. Langenbacher an F. de Ziegler vom 17. März 1976, [dodis.ch/54123](https://www.dodis.ch/54123) sowie das Telegramm Nr. 184 von W. Sigg an das Politische Departement vom 14. Dezember 1978, [dodis.ch/52108](https://www.dodis.ch/52108).

Mit *Laos* schliesslich unterhalten wir soweit «normale» Beziehungen. Der Abzug der SRK-Equipe aus Luang-Prabang erfolgte auf Wunsch der neuen Behörden²⁰, führte jedoch zu keinen weitergehenden Trübungen des gegenseitigen Verhältnisses. Ein offizielles Hilfsgesuch aus Laos ist kürzlich vom Politischen Departement positiv beantwortet worden, unter der Bedingung, dass das SRK seine Tätigkeit in Laos wieder aufnehmen darf²¹.

Abschliessend sei unterstrichen, dass unser Land sich offiziell immer um eine Aufrechterhaltung der Beziehungen mit den *indochinesischen Staaten* bemüht und seiner guten Disposition mehrfach deutlichen Ausdruck gegeben hat. Das zum Teil fehlende Echo, zusammen mit der Verletzung einzelner lokaler schweizerischer Interessen, haben zu einer vorsichtig abwartenden Haltung unserer Behörden geführt, ohne dass jedoch die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Dialog in Frage gestellt worden wäre. Wenn die Schweiz nicht zu den bevorzugten Partnern der neuen Regimes gehört (gibt es solche überhaupt?), so ist sie andererseits auch nie Gegenstand besonderer Feindschaft gewesen. Die Vertreter und Interessen anderer, auch sogenannt befreundeter Staaten mussten sich des öfters genau so harte Behandlung gefallen lassen wie die unsrigen.

Eine allmähliche, *vollständige Normalisierung* der Beziehungen mit den Indochina-Staaten sollte möglich sein, hängt jedoch nicht nur vom guten Willen und diplomatischen Geschick der Schweiz ab, sondern auch von der *politischen Entwicklung im Innern der betroffenen Länder*. Erst die Überwindung der bürgerkriegsbedingten Traumen und die Konsolidierung der revolutionären Regimes wird deren Kräfte freimachen für die Festigung der Kontakte mit dem Ausland.

20. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 192, dodis.ch/38818, Anm. 2.

21. Vgl. dazu die Note von P. Graber an P. Sipraseuth vom 20. Februar 1976, dodis.ch/53903.

10

dodis.ch/49404*Notice pour le Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer¹*NOTRE POSITION À L'ÉGARD DU PROBLÈME DU MOYEN-ORIENT²

Berne, 23 mars 1976

Les implications du conflit du Moyen-Orient pour la Suisse et son intérêt à un règlement global de ce conflit ont été clairement définis par le Chef du Département³ à l'occasion de ses déplacements au Caire⁴ et à Jérusalem⁵. Il existe une «communauté de destin» entre l'Europe et le bassin méditerranéen, telle que «la situation et l'évolution dans toutes les parties de la Méditerranée ne sauraient nous laisser indifférents» (déclaration à la presse du Chef du Département à son arrivée au Caire, le 29.4.1973⁶). L'«importance particulière» du bassin méditerranéen à nos yeux est certes due au fait que «notre ravitaillement dépend en grande partie de cette voie d'eau, et pas seulement en pétrole» (réponse du Conseil fédéral à l'interpellation Carruzzo du 4.6.73), [voyages de conseillers fédéraux], donnée le 25.6.73⁷), mais il s'agit là seulement du volet économique d'une *préoccupation essentiellement politique*. C'est parce que la *sécurité de l'Europe* est à nos yeux «inséparable de la sécurité en Méditerranée» (entretiens de Jérusalem, les 10 et 11.9.1973⁸) que nous avons «un intérêt vital à ce que la paix règne dans cette partie du monde». Il s'agit d'un intérêt permanent, «la sécurité européenne est très directement tributaire des événements du Proche-Orient» (interview du Chef du Département à la Radio-Télévision suisse italienne, le 23.1.1975⁹).

Si, d'une part, la *défense de nos intérêts* nous recommande de prendre une position active, susceptible de favoriser un règlement du conflit, d'autre part

1. *Notice (Copie)*: CH-BAR#E2010-01A#1990/5#215* (B.58.71). Rédigée par S. Michl-Keller et signée par J. Cuendet.

2. La politique suisse au Moyen-Orient fut également l'objet de consultations au sein du Département politique dans le but d'établir une étude dont n'existe pas de version définitive. Cf. le projet d'étude du 25 mars 1975, dodis.ch/51923; la notice de A. Hugentobler au Secrétariat politique du Département politique du 25 mai 1976, dodis.ch/49405; la notice de J. Iselin au Secrétariat politique du Département politique du 14 juin 1976, dodis.ch/51927; la notice de J. Cuendet à la Division politique II du Département politique du 21 juin 1976, dodis.ch/51936 et la notice de J. Cuendet du 5 octobre 1976, dodis.ch/49406.

3. P. Graber.

4. Cf. DDS, vol. 26, doc. 14, dodis.ch/39250.

5. Cf. DDS, vol. 26, doc. 44, dodis.ch/39247.

6. Déclaration à la presse de P. Graber du 29 avril 1973, dodis.ch/53974. Sur la politique méditerranéenne de la Suisse, cf. DDS, vol. 27, doc. 113, dodis.ch/49423.

7. Réponse du Conseil fédéral du 25 juin 1973 à l'interpellation Carruzzo du 4 juin 1973, dodis.ch/39918.

8. Cf. DDS, vol. 26, doc. 44, dodis.ch/39247 et le compte rendu de P.-Y. Simonin du 3 octobre 1973, dodis.ch/39835.

9. Interview de P. Graber à la Radio et Télévision suisse italienne du 23 janvier 1975, dodis.ch/40144.

notre politique de neutralité trace nécessairement le cadre à l'intérieur duquel cette position peut s'effectuer. La *réserve* et la *discrétion* imposées par notre neutralité sont inscrites en filigrane des communiqués diffusés par le Conseil fédéral lors de la Guerre d'octobre 1973¹⁰, dans lesquels il exprime notamment le 10.10.1973, «l'espoir qu'une cessation rapide des hostilités permettra ensuite la recherche d'une paix juste et durable»¹¹, et, le 24.10.1973, il «se félicite qu'un arrêt des hostilités au Proche-Orient puisse mettre un terme aux deuils et aux ruines accumulés par la guerre»¹². Cette position dut être encore précisée à plusieurs reprises, par le Chef de la Division politique II¹³, en réponse à des démarches écrites ou verbales émanant de représentants des pays arabes. Il rappela notamment à l'Ambassadeur d'Égypte¹⁴ «que vu notre neutralité, il ne peut être question pour la Suisse de prendre une position quelconque dans cette affaire, encore moins de prendre parti»¹⁵.

Il semble que cette extrême *prudence* soit notamment le fruit des expériences faites à l'occasion du conflit de 1967, lorsque la *pression d'une opinion publique pro-israélienne* incita le Conseil fédéral à publier, le 5.6.1967, un communiqué dont le dernier alinéa parut, à tort ou à raison, aux pays arabes épouser la cause israélienne («Der Bundesrat fühlt sich einig mit dem Empfinden des Schweizervolkes, dem in diesen Tagen erneut und stark bewusst geworden ist, dass der neutrale Kleinstaat in der Treue zum Recht und in der Bekräftigung seines entschlossenen Wehrwillens die erste Voraussetzung zur Sicherung seiner Existenz und seiner Lebensrechte findet.»)¹⁶.

Il n'est pas impossible que la malaise créé dans le camp arabe par ce communiqué et l'attitude «pro-sioniste» – aux dires des Arabes – de la presse suisse soient une des sources des *actes terroristes* de 1970 (attentats de Kloten¹⁷ et Würenlingen¹⁸, affaire d'otages de Zerka¹⁹), qui, dans l'esprit du FPLP, auraient revêtu un aspect punitif. Le Chef du Département admettait en tout cas, le 8.10.1970 devant le Conseil national, dans sa réponse à l'interpellation Chevallaz (détournements d'avions): «nous sommes dans une situation qui exige que nous fassions non seulement des sacrifices matériels mais aussi et surtout, au plan intellectuel, un effort de réflexion et de révision de nos méthodes et de *nos engagements*»²⁰.

10. Sur la guerre du Kippour, cf. DDS, vol. 26, doc. 22, dodis.ch/39248, en particulier note 2 et doc. 47, dodis.ch/39249.

11. Message de la Chancellerie fédérale du 10 octobre 1973, dodis.ch/53975.

12. Communiqué du Conseil fédéral du 24 octobre 1973, dodis.ch/53982.

13. M. Gelzer.

14. H. Z. Sabri.

15. Notice de M. Gelzer à P. Graber du 8 octobre 1973, dodis.ch/39541.

16. Cf. DDS, vol. 24, doc. 28, dodis.ch/33280; la déclaration du Conseil fédéral du 5 juin 1967, dodis.ch/33961 et le projet de déclaration du Conseil fédéral du 5 juin 1967, dodis.ch/49674.

17. Cf. DDS, vol. 24, doc. 130, dodis.ch/33710 et la compilation thématique dodis.ch/T1390.

18. Cf. DDS, vol. 25, doc. 8, dodis.ch/35440; doc. 12, dodis.ch/35468 et la compilation thématique dodis.ch/T1389.

19. Cf. DDS, vol. 25, doc. 37, dodis.ch/35415; doc. 39, dodis.ch/35419; doc. 45, dodis.ch/35434 et la compilation thématique dodis.ch/T1391.

20. Cf. Bull. of. CN, 1970, pp. 654–665, ici p. 663.

C'est d'ailleurs la nécessité de *préserver une neutralité aussi stricte que possible* au niveau de la Confédération, indépendamment des prises de position de l'opinion publique, qui conduisit le Conseil fédéral, en 1973, à *interdire les vols de plusieurs compagnies d'aviation* (Phoenix, SATA, Balair et Swissair) en direction des pays directement impliqués dans le conflit, ceci afin de mettre fin aux transports de Juifs émigrés d'URSS en âge de combattre, par la compagnie suisse Phoenix, qui ne constituaient pas en soi une violation de la neutralité mais présentaient «des inconvénients du point de vue de la neutralité»²¹.

La nécessité d'une *ouverture accrue de la Suisse au monde arabe*, afin de compenser le déséquilibre créé par les réactions de l'opinion publique devant les actes terroristes (réactions qui avaient conduit à une «détérioration» de nos relations avec les pays arabes), a été soulignée par le Chef du Département dans l'interview accordée au quotidien AZ²², le 19.12.1973. Cette ouverture doit servir (précisait-il déjà dans l'interview accordée à la «Weltwoche» le 4.7.1973) à rétablir la symétrie de nos relations avec *tous* les pays du Moyen-Orient, à rétablir un climat de confiance et de compréhension nous permettant, au delà de notre statut de neutre permanent, *de donner à notre politique de neutralité une dimension active, de service* (disponibilité pour de bons offices).

D'autre part, *la défense de notre indépendance politique et économique* se pose en des termes nouveaux depuis la guerre de 1973 et l'émergence du facteur énergétique comme argument politique. La crise pétrolière²³ a démontré la nécessité de notre engagement en faveur du Tiers-Monde, «attiré une fois de plus l'attention sur la nécessité d'une restructuration de l'ensemble des rapports unissant les pays développés du nord de notre planète aux pays bien souvent sous-développés du sud» (discours du Chef du Département à Stefifisbourg, le 27.4.1974²⁴), et elle a notamment révélé l'urgence d'une politique d'assistance aux pays sous-développés du Moyen-Orient.

Que, cependant, la sauvegarde de notre neutralité conserve une *priorité absolue* sur celle de nos intérêts économiques²⁵, c'est ce qui ressort clairement

21. Cf. le PVCF N° 2033 du 26 novembre 1973, dodis.ch/53978 et la compilation dodis.ch/C1641.

22. Zürcher AZ.

23. Sur la crise pétrolière des années 1973/74, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1321.

24. Discours de P. Graber du 27. avril 1974, dodis.ch/53977.

25. Sur les intérêts économiques suisses au Moyen-Orient en général, cf. la notice de M. Jaeger à P. R. Jolles du 26 janvier 1976, dodis.ch/51975 et la notice de H. Renk et G.-M. Pelican du 30 juillet 1976, dodis.ch/51941. Sur des missions dans divers pays du Moyen-Orient par des représentants du Département politique et de la Division du commerce du Département de l'économie publique dans le but d'intensifier les relations économiques, cf. DDS, vol. 26, doc. 142, dodis.ch/37208; le rapport de P. R. Jolles de décembre 1975, dodis.ch/37667; le rapport de J. Iselin et E. Moser du 15 novembre 1976, dodis.ch/49407; la lettre de O. Grütli à M. Ludwig du 6 décembre 1976, dodis.ch/48154 et le rapport de M. Ludwig et W. Sutter du janvier 1977, dodis.ch/48150. Sur la conclusion des accords de promotion du commerce et des investissements avec des pays du Moyen-Orient, cf. le PVCF N° 2072 du 17 novembre 1976, dodis.ch/49409; le PVCF N° 100 du 19 janvier 1977, dodis.ch/49408 et le PVCF N° 687 du 26 avril 1978, dodis.ch/49410. Sur la fondation des commissions mixtes, cf. le PVCF N° 1609 du 3 septembre 1975, dodis.ch/37740 et le PVCF N° 1319 du 17 août 1977, dodis.ch/49411. Sur le détachement croissant de délégués commerciaux aux ambassades suisses, en particulier dans les pays du Moyen-Orient, cf. DDS, vol. 27, doc. 64, dodis.ch/49452, en particulier note 7 et doc. 110, dodis.ch/49450; la notice M. Ludwig du 5 avril 1976, dodis.ch/49443; le PVCF N° 969 du 2 juin 1976, dodis.ch/49444; la lettre de J. Bourgeois à

de la réponse adressée par le Conseil fédéral, le 16.1.1974, au parti radical de Winterthour²⁶, qui s'inquiétait à l'idée que le «chantage pétrolier» puisse amener la Suisse «à ne plus affirmer avec autant de force qu'auparavant le droit d'Israël à l'existence». Le Conseil fédéral indique en effet qu'il n'est *pas question* «de s'écarter, pour des raisons d'ordre économique, de la ligne politique tracée par les précédentes prises de position du Conseil fédéral concernant le problème du Moyen-Orient». Cette priorité nous a dicté également la déclaration dont nous avons, du fait de notre neutralité, assorti notre adhésion à l'Agence internationale de l'énergie²⁷.

Si la position de la Suisse à l'égard des problèmes politiques du Moyen-Orient ne s'est pas modifiée fondamentalement sous l'effet du chantage terroriste et du chantage économique, l'un et l'autre ont toutefois été à la source d'un *effort de réflexion visant à rendre notre neutralité plus crédible aux yeux des Arabes*. L'on peut situer dans ce contexte le voyage effectué tout récemment, en Égypte, Jordanie et Syrie, par un groupe de parlementaires suisses²⁸, voyage qui ne revêtait aucun caractère officiel mais qui a documenté l'effort déployé par la Suisse pour comprendre tous les aspects du problème moyen-oriental.

Dans le cadre de cette ouverture, nous avons été amenés à *préciser notre vue du problème palestinien*²⁹. Une paix «juste et durable» doit, à notre avis, «prendre en considération les intérêts de tous les États et de tous les peuples en cause» (allocution du Chef du Département devant la 113^e Session du Conseil interparlementaire, octobre 1973³⁰). Devant les Commissions des Affaires étrangères du Conseil national et du Conseil des États, le Chef du Département a tout d'abord remarqué que le problème palestinien ne revêt pas simplement un aspect *humanitaire*, mais également un aspect *territorial* et *national* (février 1974³¹), puis que ce problème n'est pas «un simple problème territorial» mais «comporte un aspect essentiellement *politique*» (février 1975³²). Plus récemment encore (novembre 1975³³), il a admis devant

J. Zwahlen du 20 juillet 1977, dodis.ch/48778 et la lettre de M. Ludwig à J. Martin du 17 juillet 1978, dodis.ch/49445. Sur les implications découlant du boycott d'Israël par la Ligue arabe, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1414.

26. Cf. le PVCF N° 57 du 16 janvier 1974, dodis.ch/53981.

27. Déclaration de la Suisse à l'occasion de la signature de l'accord relatif à un programme international de l'énergie du 18 novembre 1974, RO, 1976, pp. 655 s. Cf. aussi DDS, vol. 26, doc. 110, dodis.ch/38752.

28. Cf. le rapport de R. Felber de février 1976, dodis.ch/52865 et la notice de D. Gagnebin à A. Weitnauer du 11 février 1976, dodis.ch/52863. Pour les voyages des parlementaires suisses en Irak et en Syrie en octobre 1977, cf. la notice de W. Fust du 18 octobre 1977, dodis.ch/52862 et le rapport de E. Schaffer du 3 janvier 1978, dodis.ch/52866.

29. Cf. la notice de P. Luciri du 7 février 1977, dodis.ch/40564. Sur les relations avec l'OLP, cf. DDS, vol. 27, doc. 81, dodis.ch/48807 et doc. 130, dodis.ch/48810. Sur les contributions suisses à l'UNRWA, cf. la notice de A. Bill aux Divisions politiques II et III du Département politique du 5 octobre 1977, dodis.ch/51951.

30. Discours de P. Graber du 22 octobre 1973, dodis.ch/53973.

31. Exposé de P. Graber du 4 février 1974, dodis.ch/39554.

32. Exposé de P. Graber du 25 février 1975, dodis.ch/40491.

33. Exposé de P. Graber du 15 novembre 1975, dodis.ch/51702.

le Congrès d'automne du PSS, qu'il s'agit «de redresser les *torts historiques* infligés aux Palestiniens» et de leur trouver «un *foyer séparé et viable*» (ce qui situe la position suisse dans le voisinage immédiat de la position égyptienne – solution constituée par un partage de la Palestine).

Par contre, le problème des territoires occupés ne paraît pas avoir fait l'objet d'un examen très approfondi³⁴, bien que nous reconnaissons que des progrès sur la voie menant à un règlement global du complexe moyen-oriental ne peuvent se faire qu'à travers un règlement du problème palestinien et une restitution négociée des territoires occupés par l'armée israélienne depuis 1967. Le Chef du Département a seulement indiqué aux dirigeants israéliens en septembre 1973 que la Suisse est favorable à une «solution politique» qui pourrait être la *combinaison du facteur «sécurité» et du facteur «territorialité»*, le retour des territoires actuellement occupés sous la souveraineté égyptienne n'étant pas incompatible, théoriquement, avec le maintien sur une partie de ces territoires d'une «présence militaire qui assurerait la sécurité à l'autre partie» (Israël)³⁵. Ce serait l'idée d'un *glacis de sécurité au delà des frontières de souveraineté d'Israël*.

Si notre *ouverture*, qui se traduit par un souci de mieux assimiler les divers éléments du problème moyen-oriental et par un effort visant à préciser notre position touchant tel ou tel aspect précis de ce problème n'a pas jusqu'à présent débouché sur une *action concrète* dans le domaine politique (abstraction faite des mesures d'infrastructure visant à faciliter le déroulement de la Conférence de Genève, dont les travaux sont en sommeil³⁶), et si elle ne paraît guère avoir de chances d'y aboutir, c'est qu'elle ne le peut probablement pas. Le faible poids de l'Europe au Moyen-Orient, comparé à l'influence des grandes puissances, n'incite même pas les parties à solliciter les *bons offices* de la Suisse, encore moins sa *médiation*. Seuls les premiers «sont à la mesure des services qu'un pays comme le nôtre peut rendre», et «encore faut-il que les parties le souhaitent», déclarait le Conseil fédéral dans sa réponse à l'interpellation Carruzzo³⁷.

Nos possibilités d'action, qui sont modestes, pourraient toutefois, semble-t-il, s'exercer profitablement dans le cadre d'une *reprise des travaux de la Conférence de Genève*. La Suisse pourrait par exemple contribuer à la recherche d'une formule permettant d'associer l'OLP, sous une forme ou une autre, à la négociation. Diverses solutions ont, à cet égard, été passées en revue par le Chef du Département dans son Tour d'Horizon d'avril 1975 devant les Commissions des Affaires étrangères des deux Conseils³⁸ (incorporation des porte-paroles de l'OLP au sein d'une délégation arabe homogène, ou inclusion de ces porte-paroles dans une mission ad hoc de la Ligue Arabe; délégation conjointe syro-palestinienne; absence de toute délégation palestinienne durant la phase initiale des travaux).

34. Pour un examen ultérieur, cf. le rapport de D. Bujard du 1^{er} novembre 1978, dodis.ch/51971.

35. Cf. DDS, vol. 26, doc. 44, dodis.ch/39247.

36. Cf. DDS, vol. 26, doc. 47, dodis.ch/39249, note 21.

37. Cf. note 7.

38. Exposé de P. Graber du 28 avril et du 2 mai 1975, dodis.ch/40492.

Il ne semble pas que ces possibilités d'action soient amoindries du fait de notre *non-appartenance à l'ONU*³⁹. Si nous avions été membres de l'Organisation, nous aurions, estime l'Observateur⁴⁰, été forcés, lors de la dernière Assemblée générale, de nous abstenir lors de tous les votes brûlants (résolutions 3376 – question de la Palestine, 3414 – situation au Moyen-Orient, 3375 – invitation à l'OLP à participer aux efforts pour la paix au Moyen-Orient, 3516 – souveraineté permanente sur les ressources nationales dans les territoires arabes occupés) et n'aurions pu voter qu'en faveur de la résolution 3419B (aide aux réfugiés de Palestine)⁴¹. Il n'aurait peut-être pas été impossible de faire admettre la nécessité de ces abstentions à certains pays arabes mais on peut supposer qu'elles auraient, dans l'ensemble, rendu moins crédible notre effort en vue de donner un contenu actif à notre politique de neutralité.

39. *Sur la question de l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies*, cf. DDS, vol. 27, doc. 156, dodis.ch/51504.

40. S. Marcuard.

41. Cf. les tableaux en annexe de la première partie du rapport sur la 30^{ème} session de l'Assemblée générale des Nations Unies de S. Marcuard de janvier 1976, CH-BAR#E2003A#1988/15#1292* (o.712.1.30).

11

dodis.ch/49318

*Der Bundesanwalt, R. Gerber, an den Direktor der Eidg. Militärverwaltung
des Militärdepartements, A. Kaech*¹

FLUGZEUG-BESCHAFFUNG; SCHMIERGELDAFFÄRE DER MULTINATIONALEN FLUGZEUGFIRMEN

Bern, 25. März 1976

Ich habe die Debatte betreffend die Tigerbeschaffung im Nationalrat² mit grossem Interesse verfolgt und den Ausgang mit Genugtuung registriert.

Nach wie vor besteht jedoch ein gewisses Malaise wegen der bekanntgewordenen «Werbemethoden» von Flugzeugherstellern³. Zwar deutet nichts darauf hin, dass die Verwaltung in irgend einer Form in solche Schmiergeld-

1. Schreiben: CH-BAR#E5001G#1986/106#1132* (741.4). Verfasst von U. Vogel. Visiert von A. Kaech.

2. Vgl. Amtl. Bull. NR, 1976, S. 281–307.

3. Zu den US-Untersuchungen in der Schweiz vgl. die Notizen von U. Vogel vom 27. August 1975, dodis.ch/50723 und dodis.ch/50519; das Telegramm Nr. 484 von Ch. Müller an die schweizerische Botschaft in Washington vom 27. Oktober 1975, dodis.ch/50724 sowie das Telegramm Nr. 62 von A. Hohl an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 26. Januar 1976, dodis.ch/50725. Zur Lockheed-Affäre in Japan vgl. den Politischen Bericht Nr. 9 von A. Maillard vom 29. Juli 1976, dodis.ch/51755.

praktiken verwickelt gewesen wäre; unbestritten bleibt indessen, dass derartige, über die Schweiz abgewickelte Transaktionen dem Ansehen unseres Landes in hohem Masse schädlich sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu bedauern, dass keine rechtlichen Möglichkeiten zur Einleitung einer umfassenden Untersuchung bestehen.

Der Bundesanwaltschaft bleibt nach der von Herrn Bundespräsident Gnägi abgegebenen Zusicherung⁴ die Verpflichtung zu besonderer Wachsamkeit und zum sofortigen Eingreifen, sobald ihr im Zusammenhang mit der Tiger-Beschaffung⁵ irgendwelche konkrete Anhaltspunkte für ein der Bundesgerichtsbarkeit unterstehendes strafbares Verhalten zur Kenntnis gelangen sollten. Indessen ist die Bundesanwaltschaft⁶ diesbezüglich weitgehend von der Direktion der Eidg. Militärverwaltung abhängig und darauf angewiesen, von ihr über alle diesbezüglichen Hinweise, Beobachtungen sowie auch über allfällig umlaufende Gerüchte sofort benachrichtigt zu werden. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, der Angelegenheit auch nach erfolgter Beschlussfassung durch das Parlament bezüglich der Tiger-Beschaffung Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Interesse hätte die Bundesanwaltschaft auch daran gehabt, das Ergebnis der Erhebungen der niederländischen Untersuchungskommission kennenzulernen. Diese hat sich jedoch, wie uns das Eidg. Politische Departement auf Anfrage hin mitteilte⁷, in Schweigen gehüllt. Wir nehmen nicht an, dass dem Eidg. Militärdepartement dahingehende Informationen zugegangen sind.

Als⁸ einzig noch offenes Geschäft bleibt noch die Einfache Anfrage Grobet vom 5.3.1976⁹ zu behandeln. Soweit das federführende Eidg. Militärdepartement dazu meine Mitwirkung benötigt, stehe ich Ihnen zur Verfügung. Der Kontakt zwischen den beidseitigen Sachbearbeitern, den Herren Saurer und Dr. Vogel, besteht bereits.

4. Handschriftliche Marginalie von A. Kaech vom 29. März 1976: Kurze Antwort und Kenntnisgabe des Schriftwechsels an GRD / GGSt / Kdo FF.

5. Zur Untersuchung in der Schweiz vgl. das Schreiben von R. Gnägi an R. Trechsel vom 21. Juli 1975, dodis.ch/50718 sowie den Bericht von R. Trechsel vom 18. August 1975, dodis.ch/50722. Allgemein zur Tiger-Beschaffung vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 23, dodis.ch/49317; Dok. 41, dodis.ch/49316; Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 4 sowie Dok. 72, dodis.ch/49315.

6. Handschriftliche Marginalie: Zusichern.

7. Vgl. dazu die Notiz der Bundesanwaltschaft vom 19. März 1976, CH-BAR#E4320C#1995/391#968* (930.3/378/1/P). Zur niederländischen Untersuchungskommission vgl. den Bericht von R. Gerber vom 19. Februar 1976, dodis.ch/50782; die Notiz von A. Weinauer vom 24. Februar 1976, dodis.ch/50781 sowie das BR-Prot. Nr. 349 vom 25. Februar 1976, dodis.ch/50783.

8. Handschriftliche Marginalie: Ist von BR auf EJPD «umgebucht» worden (Kz [H. R. Kurz] weiss Bescheid).

9. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 880 vom 19. Mai 1976, dodis.ch/50726.

12

dodis.ch/48718*Proposition du Département politique au Conseil fédéral¹*CONSEIL DE L'EUROPE: SIGNATURE DE LA CHARTE SOCIALE EUROPÉENNE
PAR LA SUISSE

Berne, 26 mars 1976

1. Durant les années qui suivirent notre adhésion au Conseil de l'Europe (1963)², nos efforts de rapprochement envers l'œuvre d'harmonisation du droit entreprise par l'Institution de Strasbourg ont essentiellement porté sur les conditions à réaliser chez nous en vue de pouvoir ratifier la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales³. Les indéniables progrès ainsi accomplis en Suisse sur le plan des droits civils et politiques – meilleure protection des libertés fondamentales et extension des droits politiques aux citoyennes – devraient maintenant aussi s'accompagner d'engagements parallèles à l'endroit de l'édifice social européen.

2. Le premier pas à franchir dans cette direction consisterait à signer la Charte sociale européenne⁴, traité qui, dans une large mesure, constitue le pendant, ou le complément, sur le plan social, des libertés et droits garantis par la Convention européenne des droits de l'homme. La Charte est conçue comme un instrument de progrès social essentiel, à la fois dynamique, souple et peu contraignant eu égard à la nature complexe des droits et principes que les États contractants s'engagent à réaliser et à garantir au moyen de cette Convention.

3. Sur le plan fédéral, les initiatives prises en faveur d'une adhésion de la Suisse à la Charte sociale européenne remontent à 1962, année qui a précédé notre entrée au Conseil de l'Europe. Les lacunes alors constatées dans notre système social ont été progressivement comblées, notamment à la suite des révisions successives de l'AVS/AI⁵ et des améliorations de quelques autres prestations sociales. Cette évolution positive a bientôt suscité des initiatives parlementaires invitant le Conseil fédéral à signer la Charte sociale européenne:

En l'espèce, il s'agit des initiatives suivantes:

- le *Postulat Muheim*, du 16 décembre 1970⁶, invite le Conseil fédéral à examiner la possibilité, pour notre pays, d'adhérer à la Charte sociale et à présenter un rapport aux Chambres à ce sujet;

1. Proposition: CH-BAR#E1004.1#1000/9#830*. Rédigée par A.-L. Vallon et signée par P. Graber.

2. Cf. DDS, vol. 22, doc. 120, dodis.ch/30487.

3. Cf. DDS, vol. 25, doc. 62, dodis.ch/37053, en particulier note 2; DDS, vol. 26, doc. 25, dodis.ch/39375 et doc. 107, dodis.ch/39382 et DDS, vol. 27, doc. 61, dodis.ch/48720.

4. Cf. la notice de Y. Moret à la Direction du droit international public du Département politique du 10 mai 1976, dodis.ch/48551.

5. Cf. DDS, vol. 25, doc. 147, dodis.ch/35583.

6. Cf. Bull. of. CN, 1977, pp. 304–306.

- le *Postulat de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États*, du 8 décembre 1970⁷, lequel – en des termes pratiquement identiques – invite également le Conseil fédéral à présenter un rapport aux conseils législatifs sur les conditions requises pour que la Suisse puisse signer la Charte sociale, que ces conditions soient déjà remplies ou qu'il faille encore les réaliser.

En réponse à une petite question du Conseiller national Wyler du 3 octobre 1973⁸, le Conseil fédéral a été amené à déclarer que les travaux visant à donner suite à ces deux postulats n'étaient pas encore terminés. À la suite d'une *question ordinaire*, posée le 11 décembre 1975⁹, par le Conseiller national Muheim, le Conseil fédéral a été amené une nouvelle fois à préciser l'état des travaux tendant à donner une suite concrète aux initiatives parlementaires dont il est saisi depuis plus de cinq ans.

4. Dans son rapport à l'Assemblée fédérale sur les grandes lignes de la politique gouvernementale durant la législature 1971/75¹⁰, le Conseil fédéral s'était assigné comme deux de ses tâches principales, le développement de l'État social régi par le droit et, sur le plan extérieur, le renforcement de la solidarité internationale. À cet égard, la signature prochaine de la Charte sociale s'inscrirait valablement dans le cadre de ces objectifs fondamentaux, d'autant plus que la ratification de ce traité figure à nouveau en bonne place parmi les buts fixés à la législature en cours.

5. Dans l'immédiat, ce premier pas (signature) n'impliquerait encore aucune obligation concrète pour la Confédération. Un tel geste initial aurait en revanche le mérite d'ouvrir la voie à notre ratification ultérieure de la Charte, favorisant ainsi une plus large prise de conscience des problèmes sociaux dans l'opinion publique. Une telle décision constituerait aussi une première réponse positive à l'engagement que les auteurs des initiatives parlementaires et, derrière eux, une large part de la population active, d'importantes fractions politiques et de la presse écrite appellent de leurs vœux depuis plusieurs années.

6. Au surplus, la signature de la Charte revêtirait une importance certaine dans nos relations avec les États membres du Conseil de l'Europe et contribuerait à resserrer davantage encore les liens qui nous unissent déjà à nos partenaires européens.

7. À la suite des initiatives parlementaires évoquées ci-dessus, le Département politique a été désigné comme organe de liaison entre les autres Départements concernés par la Charte sociale. Un groupe de travail interdépartemental s'est réuni dès 1972 pour établir si notre législation et nos institutions

7. Cf. le *procès-verbal du 12 décembre de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États du 1^{er} décembre 1970*, dodis.ch/52646 et le *procès-verbal de la séance du Conseil des États du 8 décembre 1970*, CH-BAR#E1401#1960/58#378*, pp. 115–122. Cf. aussi le *PVCF N° 1674 du 28 septembre 1970*, dodis.ch/52644.

8. Cf. le *PVCF N° 1946 du 21 novembre 1973*, dodis.ch/39244.

9. Cf. le *PVCF N° 739 du 28 avril 1978*, dodis.ch/52387.

10. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant les Grandes lignes de la politique gouvernementale pendant la législature 1971–1975 du 13 mars 1972, *FF*, 1972, I, pp. 1021–1082.

socio-économiques remplissent les conditions minimales permettant de ratifier la Charte sociale

8. Après avoir analysé et dressé l'état des positions prises par les services fédéraux consultés en 1973, puis replacé ces avis dans leur contexte actuel, le groupe de travail estime, quant à lui, que les incompatibilités juridiques et autres difficultés rencontrées précédemment ne paraissent plus insurmontables aujourd'hui. Comme le rapport ci-joint tend à le démontrer, les conditions d'adhésion requises semblent, au contraire, réunies ou en voie de l'être dans un proche avenir, de sorte qu'on peut désormais envisager favorablement la signature de la Charte sociale par notre pays.

9. Le rapport ci-joint fait expressément état de deux conditions à réunir au moment d'entamer la procédure de ratification. En effet, les conditions de ratification de la Charte ne seront pleinement remplies que lorsque la discrimination que fait actuellement l'assurance-chômage à l'égard des travailleurs étrangers aura été éliminée. D'autre part, au moment du dépôt de notre instrument de ratification à Strasbourg, il faudra probablement formuler une déclaration visant les dispositions qui, en droit suisse, interdisent aux fonctionnaires de se mettre en grève ou les empêchent d'adhérer à des syndicats ou associations qui prévoient le recours à ce moyen d'action.

Avant d'établir le rapport qui accompagne la présente proposition, le Département politique a consulté les services ci-après de l'Administration fédérale et tenu compte de leurs remarques: Office fédéral des assurances sociales (OFAS), Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OFIAMT), Division de l'agriculture du Département fédéral de l'économie publique, Division de la justice et Division de la police du Département fédéral de justice et police, Police fédérale des étrangers, Administration fédérale des contributions et Service fédéral de l'hygiène publique.

Vu ce qui précède, le Département politique a l'honneur de *proposer*:

1. Les conclusions du rapport ci-joint concernant la Charte sociale européenne sont approuvées;
2. Le Département politique est autorisé à signer la Charte sociale européenne, sous réserve de ratification¹¹.
3. La Chancellerie fédérale est chargée d'établir les pouvoirs nécessaires à cet effet et de les remettre au Département politique;
4. Le Département politique est chargé de préparer, en collaboration avec les autres Départements intéressés, un message aux Chambres fédérales en vue de la ratification de ce traité¹².

11. Sur la question de la ratification, cf. DDS, vol. 27, doc. 54, dodis.ch/48719.

12. La proposition a été acceptée avec les modifications suivantes par le Conseil fédéral: 4. Le Département politique est chargé de préparer, en collaboration avec les autres Départements intéressés et en tenant compte des modifications résultant de la procédure de co-rapport, un message aux Chambres fédérales en vue de la ratification de ce traité. Cf. le PVCF N° 737 du 28 avril 1976, dodis.ch/48718.

13

dodis.ch/48176*Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat¹*

ABSCHLUSS VON ABKOMMEN ÜBER DIE GEGENSEITIGE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN MIT MALAYSIA, SINGAPUR UND PAPUA-NEUGUINEA

Nicht an die Presse

Bern, 29. März 1976

I

Die Schweiz unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Massnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung von Bundesmitteln zu diesem Zweck ist naturgemäss begrenzt. Eine sinnvolle Ergänzung sehen wir u. a. in privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, sofern sie den Anliegen des Geber- wie des Empfängerstaates Rechnung tragen². Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben dem Zufluss von Geld oder Sachwerten in der Regel gleichzeitig technisches Wissen und technische Erfahrung, Leistungen, die in den Entwicklungsländern in hohem Mass willkommen sind. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, dass mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und dass das unternehmerische Risiko der Kapitalanlage in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Demgegenüber besteht zur Absicherung der politischen Risiken die Möglichkeit, die Investitionsrisikogarantie in Anspruch zu nehmen. Die Anlage privaten schweizerischen Kapitals soll deshalb durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrags gefördert werden. Die Bereitschaft eines Staates zum Abschluss eines Abkommens über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen (Investitionsschutzabkommen) darf als Ausdruck für ein gutes Investitionsklima für ausländische private Kapitalanlagen betrachtet werden. Bis heute hat die Schweiz mit 27 Staaten Investitionsschutzabkommen oder Abkommen mit einer Investitionsschutzklausel abgeschlossen³. Zusätzlich werden mit verschiedenen weiteren Ländern Gespräche über die Wünschbarkeit einer derartigen zwischenstaatlichen Vereinbarung geführt. Besondere Bedeutung kommt den Abkommen im Zusammenhang mit der schweizerischen Investitionsrisikogarantie zu, weil nach Artikel 1 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 20. März 1970 (AS

1. Antrag: CH-BAR#E1004.1#1000/9#829*. Unterzeichnet von E. Brugger.

2. Zur privaten Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Notiz von W. Rolf vom 13. Dezember 1976, dodis.ch/52330 sowie die Notiz der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit des Politischen Departements vom 1. März 1976, dodis.ch/52312. Zu den Mischkrediten vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 172, dodis.ch/48392. Zum Investitionsschutz vgl. die Notiz von W. B. Jaggi vom 11. Juni 1976, dodis.ch/52090.

3. Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen an P. Aubert vom 3. Februar 1978, dodis.ch/51383. Zur Haltung der schweizerischen Unternehmen vgl. die Notizen von M. Kraft an J. Monnier vom 21. September 1976, dodis.ch/52159 und vom 1. März 1977, dodis.ch/52160.

1970 1133⁴⁾ über die Investitionsrisikogarantie die Gewährung der Garantie davon abhängig gemacht werden kann, dass mit dem Staat, in dem die Investition getätigt wird, eine solche Vereinbarung besteht.

II

Die Aussichten, in nächster Zeit möglicherweise mit Malaysia⁵, Singapur⁶ und Papua-Neuguinea⁷ zu einer Vertragsunterzeichnung zu gelangen, dürfen angesichts der von den Regierungen dieser drei Länder gezeigten Verhandlungsbereitschaft als durchaus günstig betrachtet werden. Wir beabsichtigen deshalb, die Regierungen der genannten Länder auf die bevorstehende Durchreise von Botschafter K. Jacobi, Delegiertem des Bundesrates für Handelsverträge, an die Jahresversammlung der Asiatischen Entwicklungsbank in Jakarta im April 1976⁸ aufmerksam zu machen und ihnen von unserem Wunsch Kenntnis zu geben, die Anwesenheit eines hohen schweizerischen Regierungsbeamten in der Region zur Unterzeichnung von Investitionsschutzabkommen zu benützen. Es ist nicht vorgesehen, dass Botschafter Jacobi in den betreffenden Hauptstädten allenfalls noch erforderliche längere Verhandlungen führen wird. Vielmehr erhoffen wir uns vom Inaussichtstellen seines Besuches im Hinblick auf eine allfällige Unterzeichnung der Abkommen deren wesentlich raschere Bearbeitung durch die zuständigen Verwaltungen.

Die bisher von der Schweiz abgeschlossenen und ins Auge gefassten Investitionsschutzabkommen stimmen inhaltlich weitgehend überein. In jüngerer Zeit haben wir den Modelltext, der als Ausgangspunkt für alle unsere zwischenstaatlichen Verhandlungen dient, verwaltungsintern überprüft und wo nötig den seit seiner ursprünglichen Redaktion Anfang der sechziger Jahre⁹ veränderten Verhältnissen angepasst. Grundsätzlich streben wir an, den Investitionen schweizerischer Staatsangehöriger und Gesellschaften im Ho-

4. Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie vom 20. März 1970, AS, 1970, S. 1133–1147. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 11, dodis.ch/38471.

5. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung von Malaysia über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen vom 1. März 1978, AS, 1978, S. 1183–1189. Vgl. dazu das Schreiben von P. Erni an P. R. Jolles vom 16. April 1976, dodis.ch/51380; die Notiz von A. Rüegg an J. Iselin vom 28. Februar 1977, dodis.ch/51381; das Schreiben von F. Leutwiler an T. S. I. bin Mohamed Ali vom 27. Mai 1977, dodis.ch/51382 sowie das BR-Prot. Nr. 200 vom 8. Februar 1978, dodis.ch/51384.

6. Abkommen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen vom 6. März 1978, AS, 1978, S. 1190–1196. Vgl. dazu die Notiz von K. Schärer an W. Meier vom 20. August 1976, dodis.ch/51817; das Memorandum der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 17. Juni 1977, dodis.ch/51820; das Telegramm Nr. 4 von K. Jacobi an die schweizerische Botschaft in Singapur vom 28. Juni 1977, dodis.ch/51822 und sowie das BR-Prot. Nr. 200 vom 8. Februar 1978, dodis.ch/51384.

7. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann an J. Iselin vom 2. Februar 1976, dodis.ch/48145 sowie das Schreiben von K. Jacobi an J. Chan vom 5. März 1976, dodis.ch/48139. Mit Papua-Neuguinea wurde kein Abkommen unterzeichnet.

8. Vgl. dazu die Notiz vom P. Schweizer vom 30. April 1976, dodis.ch/53942.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 5, dodis.ch/30626.

heitsbereich des Vertragspartners eine angemessene und gerechte Behandlung gemäss Völkerrecht zu garantieren. Schweizerischen Kapitalanlagen soll so weitgehend als möglich diejenige Behandlung zuteil werden, welche der Vertragspartner den eigenen oder aber Staatsangehörigen und Gesellschaften der meistbegünstigten Nation einräumt, sofern diese günstiger ist. Weitere Objekte der vertraglichen Regelung sind der Transfer des Ertrages, von Dividenden, Zinsen und anderen Einkünften aus der im Bereich des Vertragspartners vorgenommenen Kapitalanlage sowie Enteignungs-, Verstaatlichungs- oder andere Massnahmen, die schweizerische Besitzrechte verletzen. Ferner entspricht es unserer Vertragspolitik, hinsichtlich der Auslegung und Anwendung der Abkommensbestimmungen eine Schiedsgerichtsklausel vorzusehen. Auch die mit Malaysia, Singapur und Papua-Neuguinea zur Diskussion stehenden Investitionsschutzabkommen sollen sich an diese Grundsätze halten. Abweichungen materieller Art von einiger Tragweite sind zurzeit nicht vorgesehen und würden nicht ohne vorherige Konsultation des Bundesrates zugestanden.

III

Nach Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 27. September 1963 (AS 1964 77¹⁰; AS 1974 778¹¹) ist der Bundesrat ermächtigt, Abkommen über den Schutz und die Förderung von Kapitalinvestitionen in eigener Kompetenz abzuschliessen. Da die endgültigen Vertragstexte heute noch nicht feststehen, sehen wir vor, ihnen eine Bestimmung beizugeben, wonach sie erst nach dem Austausch von Mitteilungen über die beiderseitige Erfüllung der verfassungsmässigen Vorschriften betreffend den Abschluss von Staatsverträgen in Kraft treten; die schweizerische Notifikation würde nach der Genehmigung des unterzeichneten Abkommens durch den Bundesrat erfolgen.

IV

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen *beantragen* wir Ihnen:

1. Die Handelsabteilung zu ermächtigen, die Verhandlungen über den Abschluss von Abkommen über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen mit Malaysia, Singapur und Papua-Neuguinea im dargelegten Sinne weiterzuführen;
2. Herrn Botschafter K. Jacobi, Delegierter für Handelsverträge, zu ermächtigen, im Falle einer Verständigung die Abkommen zu unterzeichnen;
3. Die Bundeskanzlei zu beauftragen, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.¹²

10. Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Abkommen über den Schutz und die Förderung von Kapitalinvestition vom 27. September 1963, AS, 1964, S. 77 f.

11. Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Abkommen über Schutz und Förderung von Kapitalinvestitionen, *verlängerung* vom 14. Dezember 1973, AS, 1974, S. 778 f.

12. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 601 vom 31. März 1976, dodis.ch/48176.

*Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements,
J. Iselin, an den schweizerischen Botschafter in Santiago de Chile,
M. Casanova¹*

POLITISCHE GEFANGENE IN CHILE

Vertraulich

Bern, 31. März 1976

Wie Sie wissen, hat uns eine Eingabe² des «Schweizerischen Komitees zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile» veranlasst, die Frage nach der Möglichkeit bzw. der Tunlichkeit einer schweizerischen Intervention zugunsten der politischen Gefangenen in Chile eingehend zu prüfen. Als Präzedenzfall bestand eine im Spätsommer 1975 (unter Ausschluss jeglicher Publizität) erfolgte Intervention des Bundesrates zugunsten der zum Tode verurteilten politischen Gefangenen in Spanien³.

Voraussetzung für eine objektive Prüfung dieser Frage war, dass wir uns ein möglichst objektives Bild über die einschlägigen Zustände in Chile zu machen versuchten. Wir haben alle uns zur Verfügung stehenden Quellen und Darstellungen – u. a. verschiedene Berichte Ihrerseits⁴, für die wir Ihnen bestens danken – ausgeschöpft und sind zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt.

Wahrheit und Dichtung, d. h. Propaganda und konkret fundierte Anklage, sind in der Frage der politischen Gefangenen in Chile nicht leicht auseinanderzuhalten. Es ist offensichtlich, dass sich im Chor der Kritiker wegen der Behandlung der politischen Gefangenen in Chile eine kommunistisch gesteuerte Propaganda recht lautstark äussert und durchaus eigene, politische (und keineswegs primär humanitäre) Interessen verfolgt. Dies lässt es angezeigt erscheinen, nicht alle Meldungen und Angaben über Schicksal und Behandlung von politischen Gefangenen in Chile ohne weiteres zum Nennwert zu akzeptieren⁵.

Andererseits lässt sich aber aus unverdächtigen Zeugnissen folgern, dass in Chile mit Bezug auf die politischen Gefangenen wohl noch heute nicht alles mit rechten bzw. rechtsstaatlichen Dingen zugeht⁶. Wenn dies in der Zeit

1. Schreiben: CH-BAR#E2200.144#1993/393#23* (131.4). Verfasst von H. Kaufmann.

2. Schreiben des Schweizerischen Komitees zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile an M. Jörimann vom 2. November 1975, dodis.ch/51473.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 174, dodis.ch/39119, Anm. 2.

4. Vgl. dazu das Schreiben von M. Casanova an A. Weitnauer vom 16. Januar 1976, dodis.ch/51240 sowie Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2533* (B.73.0).

5. Zu den Eingaben betreffend der politischen Gefangenen in Chile, die das Politische Departement gegen Ende des Jahres 1975 vermehrt erhielt, vgl. die Notiz von H. Kaufmann an P. Graber vom 8. Januar 1976, dodis.ch/51469. Allgemein zu privaten Interventionen zugunsten politischer Gefangener vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 40, dodis.ch/48733.

6. Zur Reaktion der Schweiz auf die Darstellung der chilenischen Botschaft in Bezug auf die Deportation oppositioneller Politiker vgl. die Notiz vom H. Kaufmann vom 3. April 1978, dodis.ch/51246.

unmittelbar nach dem Putsch verständlich (wenn auch nicht entschuldigbar) war, dann nicht mehr heute. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Schweizer Bevölkerung – es handelt sich dabei keineswegs um Kreise, die sich im allgemeinen mit «progressiven» Tendenzen identifizieren – blickt denn auch mit wachsendem Unbehagen auf dieses ungelöste Problem⁷; nicht im Sinne einer politischen Polemik gegen das heutige Regime in Chile, sondern einfach aus humanitären Gründen und aus der Überlegung heraus, dass in einem letztlich westlichen Grundsätzen verpflichteten Staatswesen – und das ist ja Chile – die Achtung der Menschenrechte und vor allem der Menschenwürde nicht zur Diskussion stehen sollten.

Die Frage, ob bzw. wie eine schweizerische Intervention in Chile zugunsten der politischen Gefangenen angezeigt sei, war von diesen Prämissen her anzugehen.

Die eingangs erwähnte Eingabe⁸ enthielt das Postulat, wir möchten Ihnen eine 69-seitige Liste⁹ mit den Namen von politischen Gefangenen unterbreiten, damit Sie Nachforschungen über das Schicksal bzw. den Verbleib dieser Personen anstellen könnten. Wir sind schon in unserer departementsinternen Notiz vom 19. Dezember¹⁰ zum Schluss gelangt, diese Listen seien nicht weiterzureichen, da Ihnen die darin aufgeführten Personen – es handelte sich nicht etwa um prominente Vertreter der Volksfront oder der Regierung Allende – selbstverständlich unbekannt seien und Nachforschungen ohne weiteres als Einmischung in chilenische innere Angelegenheiten oder gar als Provokation hätten erscheinen müssen. (Es existieren, abgesehen davon, genügend andere, humanitäre Organisationen, die zu solchen Abklärungen habilitiert bzw. kompetent sind.)

Blieb die Frage, ob eine allgemein gehaltene Intervention (ohne Bezug auf Namenslisten) zugunsten der politischen Gefangenen in Chile angezeigt sei. Nach eingehender Prüfung und Abwägung aller dafür bzw. dagegen sprechenden Elemente gelangten wir zum Schluss, dass auch für eine solche Intervention keine genügend tragfähige Basis vorliegt. Der nach Ausscheidung der politisch-kommunistischen Propaganda übrigbleibende, tatsächlich «anständiger Rest» rechtfertigt einen spezifischen, schweizerischen Protestschritt nicht bzw. ein solcher würde, unter den gegebenen Umständen, nicht dem Prinzip der «Verhältnismässigkeit» entsprechen¹¹ (auch wenn er, wie in Spanien, ohne jede Publizität erfolgen würde); wir würden, gewissermassen mit Kanonen auf Spatzen schiessen¹². Dieser Mangel an Verhältnismässigkeit müsste denn auch zweifellos negative Folgen für das bilaterale Verhältnis Schweiz–Chile¹³, und nicht zuletzt für die Schweizer Kolonie in Chile und deren Interessen, zeitigen.

7. Zur Solidarität der Schweizer Bevölkerung mit chilenischen Flüchtlingen und zur in diesem Zusammenhang am Bundesrat geäusserten Kritik vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 69, dodis.ch/38268.

8. Vgl. Anm. 2.

9. Vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2300* (B.73.0).

10. Notiz von H. Kaufmann an F. Nordmann vom 19. Dezember 1975, dodis.ch/51470.

11. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann an K. Furgler vom 19. September 1977, dodis.ch/48924.

12. Für schweizerische Interventionen zugunsten sowjetischer Dissidenten vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 96, dodis.ch/48698 und Dok. 160, dodis.ch/48701.

13. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann an P. Graber vom 18. Juni 1976, dodis.ch/51268.

Da andererseits das Bestehen eines gewissen Unbehagens in der schweizerischen Bevölkerung nicht wegzudiskutieren ist und uns z. B. gerade in der Frage der chilenischen Schuldenkonsolidierung¹⁴ von Mal zu Mal spürbarere Schwierigkeiten bereitet, hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie in Unterhaltungen mit geeigneten chilenischen Gesprächspartnern über irgendwelche Themen die Rede zwangslos (und selbstverständlich völlig unpolemisch, rein konstatierend – sachlich) auf die oben erwähnte Tatsache eines gewissen Unbehagens in der schweizerischen Bevölkerung und die daraus für uns resultierenden gelegentlichen Schwierigkeiten bringen könnten¹⁵; wenn Sie entsprechende Gelegenheiten, bzw. Möglichkeiten sehen, wäre es wichtig und im Interesse der Sache, dass Ihren Gesprächspartnern klar wird, dass das uns beschäftigende «stille Unbehagen» im Schweizervolk nicht von progressiv-polemischen Kreisen ausgeht, sondern von durchaus bodenständigen Schichten der Bevölkerung, die an sich keineswegs kommunistisch eingestellt sind (Im übrigen verweisen wir auf die Argumentations-Vorschläge unter III, d), der Notiz vom 19.12.75¹⁶). – Diese Anregungen erfolgen nicht im Sinne von eigentlichen Instruktionen an Sie, sondern von allgemeinen Überlegungen, denen Sie im Rahmen des örtlich Möglichen bzw. Nicht-Möglichen zu entsprechen suchen werden.

Im selben Sinne möchten wir noch eine letzte Anregung beifügen: Es ist nicht ausgeschlossen bzw. sehr wohl möglich, dass die Junta früher oder später, wie alle Militärregimes, einem inneren Zersetzungsprozess verfällt und dass sie von einer zivilen Regierung abgelöst wird; auf Grund der heutigen politischen Konstellation «hinter den Kulissen» besteht eine gewisse Chance, dass in diesem Falle die Christlichsoziale Partei Eduardo Freis eine wichtige Rolle spielen könnte. Im Hinblick auf diese Eventualität, und sekundär auch im Sinne einer sehr vorsichtig verhüllten Stellungnahme zugunsten der «Junta-kritischen» Einstellung Freis, fragen wir uns, ob für Sie irgendwelche bei-läufige, nicht allzu auffällige Gelegenheiten zu Kontakten mit Eduardo Frei existieren, die Sie wahrnehmen könnten¹⁷. Als Alibi bzw. Vorwand gegenüber aussen bietet sich die schweizerische Abstammung Freis an (auch wenn sich ja Frei heute ausschliesslich als Chilene betrachtet), wobei es ohne weiteres einleuchten muss, dass Sie an diesem ehemaligen Landsmann auf Grund seiner Stellung und seiner Rolle, ein spezifisches Interesse manifestieren.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 151, dodis.ch/38276 sowie die Notiz von H. Aebli vom 12. Oktober 1977, dodis.ch/51248.

15. Zu den von M. Casanova geführten Gesprächen vgl. dessen Schreiben an A. Weitnauer vom 26. Mai 1976, dodis.ch/51244.

16. Vgl. Anm. 10.

17. Vgl. dazu das Schreiben von M. Casanova an A. Weitnauer vom 13. Januar 1977, dodis.ch/51245.

15

dodis.ch/50290*L'Ambassadeur de Suisse à Beyrouth, A. Natural, au Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer¹*

POUR UN GROUPE DE TRAVAIL LIBAN

Confidentiel

Beyrouth, 5 avril 1976

Les événements du Liban² ont placé l'ambassade dans une situation extraordinaire sans rapport avec les normes habituelles, diplomatiques, consulaires et administratives. Il faut sans cesse improviser, guidés par un impératif unique, survivre afin de faire survivre, c'est-à-dire maintenir la mission en état de fonctionner pour répondre aux besoins de la Confédération, de la colonie et de la population libanaise.

Depuis longtemps il n'y a plus lois ni autorités, administration ni police. La sécurité est nulle, le danger omniprésent. Le drame et le deuil frappent autour de nous nos amis, nos domestiques, nos huissiers.

Jusqu'à présent, les circonstances ont été favorables et nous avons pu nous en tirer. Mais comme après chaque trêve la guerre civile a repris avec plus de violence et plus d'ampleur, il serait léger de croire que nous en avons fini.

Le Département a été très compréhensif et nous a apporté toute l'aide et tout le secours souhaitables. Je crois néanmoins que la coopération entre lui et l'ambassade pourrait être approfondie et rendue plus efficace.

J'avais l'intention d'attendre la fin des hostilités pour rédiger un rapport circonstancié et procéder à quelques suggestions. Mais la semaine prochaine, la crise libanaise aura un an d'âge et ne sera pas résolue³. En conséquence, je crois qu'il est temps que je vous fasse part de mes réflexions.

L'ambassade vit en état de siège⁴. La forteresse principale est la résidence, où tous nos services sont concentrés. La chancellerie constitue un avant-poste; nous nous y rendons de temps à autres et M. Diethelm y campe fréquemment, ne pouvant prendre le risque de regagner son domicile éloigné et dangereux.

Les documents essentiels, les sceaux, les passeports ont été transportés à la résidence, où l'on délivre près de quarante visas par jour⁵. Nous y cachons

1. Lettre: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4287* (B.73.0). Transmise à J. Iselin. Copie à P. Graber, L. Meier, J. Cuendet, R. Heinis, R.-G. Fatton, H. Kaufmann, P. Luciri, J. Iselin, la Police fédérale des étrangers et la Division de la police du Département de justice et police.

2. Sur la situation actuelle de la guerre civile libanaise, cf. le rapport politique N° 3 de A. Natural du 16 février 1976, dodis.ch/50897; le télégramme N° 113 de A. Natural au Département politique du 19 mars 1976, dodis.ch/50902 et le rapport politique N° 6 de A. Natural du 20 avril 1976, dodis.ch/50899.

3. Cf. DDS, vol. 26, doc. 179, dodis.ch/38639.

4. Cf. la notice de W. Wytenbach à J. Iselin du 15 avril 1976, dodis.ch/50906 et la lettre de A. Natural à A. Janner du 29 avril 1976, dodis.ch/50908.

5. Cf. doss. CH-BAR#E2200.14-03#1988/82#32* (131.12.LIB) et CH-BAR#E2200.14-03#1988/82#37* (131.12.LIB). Cf. aussi la lettre de J. Iselin à G. Solari du 4 novembre 1976, dodis.ch/50916.

également une partie de nos liquidités. Les archives encombrantes, les dossiers, le reste des espèces sont à la chancellerie, où se trouvent également le telex et l'installation principale de radio.

Le chiffre et l'émetteur mobile sont à la résidence.

La vie est austère, on travaille le matin jusqu'à 14 heures. On déjeune en commun. L'après-midi, brève promenade sur la Corniche, encombrée de vendeurs à la sauvette. Puis rédaction ou lecture, contacts téléphoniques, audition des radios, la BBC, Israel et Monte Carlo donnent les meilleurs bulletins sur la situation libanaise. Dîner en commun. Soirée de lecture ou télévision. Sommeil. Et cela, tous les jours que Dieu fait, ouvrables ou fériés. La seule caractéristique du dimanche est qu'on n'y délivre pas de visas.

Notre activité. Visas, contacts téléphoniques avec la colonie, analyse des informations radiophoniques et de l'Orient le Jour qui a toujours réussi à paraître. La presse arabe est rarement accessible, notre interprète⁶ étant à chaque crise bloquée chez elle. Il est rare de parvenir à recueillir des renseignements de première main, puisque les contacts sont si limités et qu'au téléphone on n'ose guère s'exprimer sur la situation politique et militaire.

Nos problèmes. L'évacuation de la colonie. Les Suisses restés au Liban ne veulent pas le quitter. Tant qu'il y a une lueur d'espoir, ils ne partiront pas. Ce ne serait que sous le feu des bombardements touchant leur immeuble ou sous la crainte d'être massacrés qu'ils se décideraient à prendre avion ou bateau. Seule une évacuation à chaud entre en ligne de compte. C'est donc celle-ci qu'il faut préparer.

L'évacuation de l'ambassade⁷. On pourrait procéder «à tiède» pour les dames, mais seulement «à chaud» pour les hommes. Non pas après que les derniers compatriotes seront partis, mais après que la possibilité leur en aura été offerte.

L'analyse politique. Malgré la rareté des sources valables, il faut sans cesse essayer de prévoir l'évolution. Restauration de l'ordre, occupation syrienne, partition, invasion israélienne, confrontation interarabe, ou conjugaison de deux à plusieurs de ces dernières calamités⁸.

Simultanément, les questions quotidiennes liées à la survie, ce qu'on pourrait résumer sous le vocable trivial de «système D».

Voilà une perspective cavalière de nos faits et gestes. La plupart d'entre eux exigent l'accord, l'approbation, l'aide, le concours du Département ou d'une autre branche de l'administration⁹.

6. M. Ingold.

7. Sur la fermeture provisoire de l'Ambassade de Suisse à Beyrouth entre mai 1976 et janvier 1977, cf. la notice de J. Iselin du 18 mai 1976, dodis.ch/50909 et la notice de L. Meier à P. Graber du 12 avril 1977, dodis.ch/50911.

8. Sur l'évolution de la situation au Liban, cf. la notice de J. Cuendet à P. Aubert du 30 mars 1978, dodis.ch/50914; la notice de P. Luciri du 16 juillet 1978, dodis.ch/50928 et le rapport politique N° 22 de A. Natural du 24 juillet 1978, dodis.ch/50901.

9. Sur les diverses initiatives d'aide au Liban, cf. la notice de P. Stauffer à F. de Ziegler du 19 mars 1976, dodis.ch/50920; le PVCF N° 1138 du 30 juin 1976, dodis.ch/50923 et la lettre de A. Natural à A. Weinauer du 18 juin 1977, dodis.ch/50925.

Pour nous, chaque décision fait partie d'un tout, d'un ensemble indissociable où politique, économie, administration, intendance sont amalgamées sous le thème obsédant de la survie. Mais à Berne, nos télégrammes sont aigüillés vers les divers services compétents qui les traitent en fonction de leur nature d'après les règlements, la coutume ou les précédents. Or, règlements, coutume ou précédents se réfèrent à une situation normale, à un état de droit et non pas à l'état de siège, à l'état d'exception que nous connaissons.

Les services compétents comprennent certes nos difficultés et s'efforcent de les surmonter. Mais beaucoup d'entre eux n'ont pas la vision d'ensemble, ne se représentent pas bien la vraie nature de nos problèmes, ne voient pas leur imbrication et leurs implications. C'est dans l'ordre des choses, et je ne leur fais aucun reproche. Mais je constate le hiatus.

À mes yeux, il n'est pas insurmontable et il serait possible de remédier à cet inconvénient. La crise libanaise ne justifie pas, ou pas encore, la création d'un état-major de crise, comme nous en faisons lorsqu'une tension met en cause les intérêts de la Confédération. Mais ne pourrait-on pas instaurer, pour le Liban, un groupe de travail réunissant des représentants des diverses divisions intéressées, et sous direction politique puisque c'est sur des problèmes politiques que la crise, en dernier ressort, débouchera? Ce groupe connaîtrait toutes les questions relatives au Liban et donnerait les directives voulues aux services compétents. Je suis persuadé que si quelques agents de la centrale se mettaient dans notre peau, ils tomberaient facilement d'accord avec nous, qui ne cherchons, comme eux, qu'à sauvegarder les intérêts de l'État et de ses ressortissants. La plupart de nos règlements ne sont plus applicables à 100% à la situation chaotique du Liban.

Quelques exemples

- En cas d'évacuation à chaud, la seule qui entre en ligne de compte, nos compatriotes n'auront peut-être pas d'argent liquide, puisque toutes les banques seront fermées¹⁰. Pas question de consulter la Division de police, car nous ne disposerons que de quelques heures. Les membres libanais de leur famille n'auront sans doute pas de visa et ils ne pourront pas passer à l'ambassade pour en prendre. Que faire, s'ils partent avec un avion autre que la Swissair?
- Le problème est encore plus complexe pour ceux qui fuiront par les ports du Nord, Jounié ou Chekaa. L'ambassade, située en quartier musulman, est complètement coupée de la zone chrétienne. Les réfugiés arriveront sans doute à Chypre, voire à Athènes. Comment assurer leur débarquement et la suite de leur voyage?
- Une partie du personnel de la mission pourrait être évacuée sur Damas. Mais les hôtels y sont bondés; les locaux de la chancellerie sont exigus. Des dispositions devraient être prises.
- Si la partition de fait devient une partition de droit, faudra-t-il diviser l'ambassade? Quels rapports devra-t-elle entretenir avec les autorités?

10. Sur le pillage du Crédit Suisse à Beyrouth, cf. le télégramme N° 52 de A. Natural au Département politique du 28 janvier 1976, dodis.ch/50918.

- S'il y a une invasion israélienne, qui devra rester sur place et qui devra aller en Syrie, ou à Tripoli (Liban)?
- Les questions minimales, mais importantes pour le moral, d'indemnités, de frais exceptionnels, de courrier, etc. devraient être aussi traitées dans une optique d'ensemble.

Bref, ce que je souhaite, c'est que la totalité des problèmes, petits et grands, qui concernent le Liban, soit du ressort d'un même groupe de fonctionnaires en mesure d'apporter, ou de demander, des dérogations aux règles usuelles.

J'espère qu'il vous sera possible de donner suite à ce vœu¹¹.

11. Il n'y a pas d'évidence que ce groupe de travail aurait été établi par le Département politique. Pour l'évolution de la situation au Liban, cf. la notice de J. Martin du 4 octobre 1978, dodis.ch/50912 et le PVCF N° 1680 du 5 octobre 1978, dodis.ch/50904.

16

dodis.ch/48502

*L'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, G. E. Bucher, à la Direction politique
du Département politique¹*

AFFAIRE SPÍNOLA

Lisbonne, 14 avril 1976

L'affaire Spínola/Wallraff² continue d'avoir un très fort écho au Portugal. Tant la presse que les autorités militaires et civiles examinent et commentent ses détails. À l'exception du «Diário» et du «Diário de Lisboa», quotidiens proches des communistes qui restent prudents, tout le monde est persuadé qu'il s'agit d'une «machination» dirigée moins contre Spínola lui-même (qui une fois de plus s'est laissé prendre) que contre les chefs militaires modérés qui lui sont relativement proches et qui, selon les déclarations de Wallraff, seraient en contact avec lui. Il s'agit surtout des généraux Ramalho Eanes³, chef d'état-major de l'armée de terre, Morais e Silva, chef de l'aviation, et Pires Veloso, commandant en chef de la région militaire du Nord. L'amiral Souto Cruz de la marine semble également être impliqué.

Lors d'une manifestation du parti communiste même Cunhal⁴ a déclaré qu'il s'agissait d'une conspiration terroriste tragi-comique et que les allusions

1. Lettre: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5071* (B.41.21).

2. Sur le séjour de A. de Spínola en Suisse, cf. la notice de L. Dessibourg du 4 mars 1976, dodis.ch/48126; le PVCF N° 490 du 15 mars 1976, dodis.ch/50429 et le télégramme N° 62 du 8 avril 1976, dodis.ch/50430.

3. Sur A. Ramalho Eanes, cf. le télégramme N° 124 de E. R. Lang au Département politique du 9 septembre 1977, dodis.ch/50441. Sur la visite que lui fait P. Graber, cf. le compte rendu de G. E. Bucher du 19 septembre 1977, dodis.ch/48125.

4. Sur Á. Barreirinhas Cunhal, cf. DDS, vol. 27, doc. 39, dodis.ch/48504.

du «Stern» à certaines hautes personnalités militaires sont fausses et des calomnies. Cunhal insista sur le fait qu'il s'agissait de manipulations politiques et posa la question de savoir quelles sont les forces terroristes qui incitent à la conspiration et qui l'approuvent.

En ce qui concerne l'expulsion de Spínola par le Conseil fédéral⁵, on ne trouve pratiquement pas de commentaires dans la presse. Je craignais un peu des remarques déplaisantes surtout de la part des organes socialistes puisque Mário Soares venait de déclarer qu'il ne verrait aucun inconvénient d'être Premier ministre si Spínola était le Président de la République.

Je vous remets, sous ce pli, toute une série d'articles de presse concernant cette affaire. Il s'agit soit de commentaires, soit de déclarations de hautes personnalités.

5. Cf. le PVCF N° 636 du 7 avril 1976, dodis.ch/50320; le PVCF de décision II du 8 avril 1976 de la 14^{ème} séance du 7 avril 1976, dodis.ch/50319 et l'Arrêté du Conseil fédéral du 8 avril 1976, dodis.ch/50321. Sur la suite de l'affaire, cf. le PVCF N° 2103 du 24 novembre 1976, dodis.ch/50431 et le PVCF N° 1313 du 17 août 1977, dodis.ch/48127.

17

dodis.ch/49295

BUNDESRAT

Beschlussprotokoll II der 15. Sitzung vom 21. April 1976¹

Auszug

[Bern,] 3. Mai 1976

1. Aussprache über die Währungslage mit dem Direktorium der Nationalbank

Als Vertreter des Direktoriums der Nationalbank sind anwesend die Herren Dr. Fritz Leutwiler, Präsident, und Pierre Languetin, Mitglied der Direktion. Herr Prof. Schürmann – drittes Mitglied der Direktion – ist ferienabwesend.

Auf Grund der einleitenden Voten der Herren Leutwiler und Languetin sowie der umfassenden Diskussion, die sich anschloss, lässt sich die Lagebeurteilung, unter besonderer Berücksichtigung des Standpunktes der Nationalbank, wie folgt festgehalten:

Die Nationalbank sieht, wie ihr Präsident ausdrücklich erklärt, nur noch marginale Möglichkeiten zur Verhinderung eines weitem Anstiegs des Schweizerfrankens². Alle in Betracht fallenden, wirksameren Massnahmen

1. BR-Beschlussprot. II: CH-BAR#E1003#1994/26#19*. Verfasst von W. Buser.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 158, dodis.ch/35738; DDS, Bd. 26, Dok. 3, dodis.ch/39503 und Dok. 7, dodis.ch/39504; DDS, Bd. 27, Dok. 175, dodis.ch/50145 sowie die Notiz von J.-P. Bonny an E. Brugger vom 6. April 1976, dodis.ch/50162. Zu den Währungsmassnahmen gegen die Kapitalflucht aus Italien vgl. das BR-Prot. Nr. 676 vom 14. April 1976, dodis.ch/50161; die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber vom 17. März 1977, dodis.ch/50165 sowie das BR-Prot. Nr. 655 vom 20. April 1977, dodis.ch/50452. Zu weiteren Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder vgl. das Protokoll Nr. 140 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 5. Februar

erfordern nach den Ausführungen von Herrn Leutwiler einen politischen Entscheid.

Im Vordergrund stehen massivere Interventionen am Devisenmarkt, ein Anlageverbot für ausländische Gelder und die Einführung der Devisenbewirtschaftung.

*Massivere Interventionen am Devisenmarkt*³ wären zwar noch möglich, nützen aber letzten Endes nichts, weil sie doch an gewisse Grenzen stossen und damit die Steigerung des Frankenkurses doch nicht verhindert werden kann; dies ganz abgesehen vom gefährlichen Inflationspotential, das bereits mit den heutigen Interventionen geschaffen wurde.

*Ein Anlageverbot*⁴ ist nach der Auffassung der Direktion der NB auch nicht zu empfehlen; es bleibt das Loch über den Eurofranken und das Klima am Kapitalmarkt wird verschlechtert. Aus der Mitte des Bundesrates auf die Möglichkeit eines *selektiven* Anlageverbotes angesprochen legt Herr Leutwiler dar, dass dies mit folgender, beschränkter Zielsetzung denkbar wäre: der ausländische Anteil an schweizerischen Wertschriften darf nicht erhöht werden, dies unter Vorbehalt der Bezugsrechte bei Aktien und des Verkaufs von schweizerischen Obligationen, die im Besitze eines Ausländers sind, an einen andern Ausländer.

Die *Devisenbewirtschaftung*⁵ ist ihrerseits kein überzeugendes Mittel, die Nationalbank befürchtet aus der Zerteilung des Marktes erheblichen Schaden für die Wirtschaft. Dazu kommt, dass eine allfällige Devisenbewirtschaftung den Dollarkurs nicht beliebig hoch anzusetzen vermag. Auch wäre die Gefahr von Umgehungsgeschäften ausserordentlich gross.

Gestützt auf Äusserungen aus der Mitte des Rates werden ferner folgende Möglichkeiten diskutiert:

- a) *Intensivierung der Exportfinanzierung*⁶. Der Präsident des Nationalbankdirektoriums anerkennt seinerseits, dass insbesondere die langfristige Exportfinanzierung ausgebaut werden könnte. Die Banken sind hier zu zurückhaltend. Das Projekt einer besonderen Exportbank ist zwar noch

1976, dodis.ch/49338.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 163, dodis.ch/50143; das Protokoll Nr. 44 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 1976, dodis.ch/49337; das Protokoll Nr. 504 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 3. Juni 1976, dodis.ch/49342 sowie die Notiz von D. de Pury an P. Aubert vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/50146.

4. Verordnung über die Anlage ausländischer Gelder in inländischen Wertpapieren vom 27. Februar 1978, AS, 1978, S. 250–252. Zu deren Einführung vgl. das BR-Prot. Nr. 372 vom 27. Februar 1978, dodis.ch/50167.

5. Vgl. dazu den Bericht der Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements von 1978, dodis.ch/50455.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 64, dodis.ch/49452; Dok. 110, dodis.ch/49450 und Dok. 180, dodis.ch/50147; das Protokoll Nr. 318 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 1. April 1976, dodis.ch/49340; das Protokoll Nr. 355 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 8. April 1976, dodis.ch/49341; das Protokoll Nr. 503 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 7. Juli 1977, dodis.ch/49352; das Telegramm von A. Hegner vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/50181 sowie das Rundschreiben von J. Zwahlen vom 4. Dezember 1978, dodis.ch/50193. Zu den Auswirkungen auf die Exportindustrie vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 7, dodis.ch/39504, Anm. 11.

nicht aktuell, könnte aber als Druckmittel gegenüber den Grossbanken bei übertriebener Zurückhaltung in der Exportfinanzierung benützt werden.

- b) *Kampf gegen die Devisenspekulation*⁷. Man ist sich allgemein einig, dass auf diesem Sektor alles getan werden muss, was möglich ist. Der Präsident des Nationalbankdirektoriums hält allerdings dafür, dass derzeit die Spekulation keinen namhaften Einfluss auf die Valuta hat, deren Erhöhung eher einem allgemeinen Trend entspricht.
- c) *Erhebung von Negativzinsen*⁸. Diese Massnahme hat sich deshalb nicht bewährt, weil die Gelder, die man erfassen wollte, einfach bei schweizerischen Grossbanken im Ausland angelegt wurden. Die Massnahme ist deshalb praktisch abzuschreiben.

In einem zweiten Teil der Aussprache wurden die Möglichkeiten einer genügenden Geldversorgung des Bundes im Jahre 1976 geprüft, wobei man zur Feststellung kam, dass diese Versorgung für das Jahr 1976 auf jeden Fall gesichert ist, ja dass es eventuell möglich sein wird, bereits für das Jahr 1977 gewisse Beträge aufzunehmen.

[...] ⁹

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 117, dodis.ch/39505 sowie das Protokoll Nr. 44 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 1976, dodis.ch/49337.

8. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 827 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 10. November 1977, dodis.ch/49357.

9. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/49295.

18

dodis.ch/51701

*Der Chef der Bundespolizei, A. Amstein, an den Bundesanwalt, R. Gerber*¹

Bern, 10. Juni 1976

Ich nehme wie folgt Stellung zu lit. A der Aktennotiz von Herrn Dr. Hug² über den Besuch von Herrn Bundesrat Furgler in Wien³.

1. Allgemeine Bemerkung

Die Ausführungen der Österreicher sind für uns nichts Neues, da wir in ständigem bilateralem Kontakt mit der österreichischen Staatspolizei sind.

2. Wir legen seit Jahren ein Schwergewicht der Abwehr von Terrorakten in die Informationsbeschaffung einerseits und in die Prävention andererseits.

Was die Informationsbeschaffung anbetrifft, bauen wir unsere Zusammenarbeit mit den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten befreundeter

1. Notiz: CH-BAR#E4001E#1991/200#181* (0460).

2. Notiz von K. Hug vom 5. Mai 1976, dodis.ch/51775.

3. Vgl. dazu die Notiz von R. Keller vom 29. April 1976, dodis.ch/51773 sowie die Notiz von K. Hug vom 4. Mai 1976, dodis.ch/51774.

Staaten stetig aus. Insbesondere sei in diesem Zusammenhang der sog. 9er-Klub erwähnt⁴, welcher jährlich zweimal zu mündlichen Aussprachen zusammenkommt, der aber auch täglich durch gegenseitige Meldungen in Erscheinung tritt. Dazu kommen bilaterale Verbindungen z. B. mit Schweden, Norwegen und Österreich. Nur durch eine Analyse der möglichen Gefahren und durch einen intensiven Informationsaustausch können Krisenlagen gemeistert werden.

Auch den präventiven Massnahmen wird grosse Beachtung geschenkt, so insbesondere dem Schutz von Botschaften⁵ und internationaler Organisationen sowie den Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr⁶.

Die Darlegungen der Österreicher zu diesem Punkt geben nicht Anlass zu besonderen Bemerkungen, es sei denn, dass bei uns – was jedoch längst bekannt ist – im konkreten Fall, z. B. zum Schutz internationaler Konferenzen, Personalmangel herrscht. Die Behebung dieses Mangels ist Gegenstand ständiger Besprechungen.

3. Die übermittelten Weissbücher wurden von uns unmittelbar nach den Vorfällen ausgewertet, und zwar wie folgt:

- Bekanntgabe an die kantonalen Polizeibehörden in unsern Berichten über die Geiselnahmen
- Auswertung für die Ausbildung der Anti-Terror-Gruppen der Polizei
- Besonders der Bericht über den Vorfall anlässlich der OPEC-Konferenz⁷ wurde den interessierten Polizeikommandanten zugestellt. Die Sicherheitsmassnahmen in Genf während der letzten OPEC-Sitzung basierten zum Teil auf den Erfahrungen von Wien.

4. Zum Club de Berne vgl. den Bericht vom September 1978, dodis.ch/53056.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 99, dodis.ch/49046.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 5, dodis.ch/48721, Punkt 2.

7. Vgl. dazu das Schreiben von R. Keller an A. Weitnauer vom 28. Januar 1976, dodis.ch/54126.

19

dodis.ch/50268

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi, an die schweizerische Botschaft in Washington¹

IDA-ABSTIMMUNG²

Urgent

Bern, 14. Juni 1976, 17.30 Uhr

1. Senden Euch nachstehend Text, den wir im Sinne einer Sprachregelung im Einvernehmen mit EPD verfasst und Bundesrat Graber, der sich immer noch in Bundesratssitzung³ aufhält, zugeleitet haben, und der von ihm noch

1. Telegramm Nr. 79 (Empfangskopie): CH-BAR#E2200.36#1996/251#642* (532.6). Erhalten: 14. Juni 1976, 12.30 Uhr.

2. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1546.

nicht genehmigt worden ist. Text soll nach Zustimmung durch Bundesrat an alle Botschaften gehen. Werden Euch definitiven Text, sobald verfügbar, zusenden⁴.

«Mit der Ablehnung des Darlehens an die IDA hat das Schweizer Volk einer spezifischen Entwicklungshilfemassnahme seine Zustimmung verweigert⁵. Die Entwicklungshilfepolitik als Aufgabe der schweizerischen Regierung wird dadurch nicht berührt. Der Bundesrat hat die Verpflichtung, diese im Rahmen des neuen Gesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fortzusetzen, das Ende Juni rechtsgültig wird⁶.

Dieses Gesetz sieht nicht nur bilaterale Hilfe, sondern auch die Beteiligung der Schweiz an internationalen Massnahmen vor. Auch diese Zielsetzung wird durch den Ausgang des Referendums nicht geändert⁷ und die Schweiz wird ihre Verpflichtungen als Mitglied internationaler Organisationen einhalten.

Der Abstimmungsausgang ist durch sehr verschiedene Motive beeinflusst worden, die schwierig zu interpretieren sind, der Zustand der Bundesfinanzen hat dabei sicher eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

Unmittelbare Folge ist die Nichtteilnahme der Schweiz an der 4. Wiederaufstockung der IDA, einer Organisation, der unser Land nicht angehört⁸. Die Notwendigkeit eines solidarischen Verhaltens der Schweiz gegenüber der Entwicklungswelt und einer Mitwirkung unseres Landes an den Bemühungen, einen besseren Ausgleich zwischen dem industrialisierten Norden und dem unterentwickelten Süden herbeizuführen, dürfte jedoch unbestritten sein. Es obliegt dem Bundesrat, weiterhin diesem Erfordernis, dem politisch und wirtschaftlich für unser Land eine grosse Bedeutung zukommt, gerecht zu werden, wobei er dem Abstimmungsausgang vom 13. Juni Rechnung tragen wird.»

3. Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 16. Juni der 23. Sitzung vom 14. Juni 1976, dodis.ch/54004.

4. Telex Nr. 83 von K. Jacobi an die schweizerische Botschaft in Washington vom 16. Juni 1976, dodis.ch/54001.

5. Der Bundesbeschluss betreffend ein Abkommen der Schweiz und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) über ein Darlehen von 200 Millionen Franken vom 20. Juni 1975 wurde mit 56,4% Nein-Stimmen und von 18 ^{1/2} Ständen verworfen. Vgl. BBl, 1976, II, S. 1565–1568. Zur Abstimmungskampagne sowie zu den Strategien der Bundesverwaltung im Hinblick auf das Referendum vgl. das Schreiben von M. Heimo an J. Freymond vom 6. Januar 1976, dodis.ch/54003; die Notiz von Th. Raeber an P. Graber vom 2. Februar 1976, dodis.ch/52309; die Referate von K. Jacobi vom 23. Februar 1976, dodis.ch/52310 und von Th. Rhaeber vom 24. Februar 1976, dodis.ch/52311; den Bericht des Delegierten für technische Zusammenarbeit vom 1. März 1976, dodis.ch/52312; das Schreiben von Th. Raeber an S. Marcuard vom 12. März 1976, dodis.ch/54016; die Notiz von P. Saladin an K. Jacobi vom 5. April 1976, dodis.ch/52313; die Notiz von Th. Raeber und R. Högger vom 10. Mai 1976, dodis.ch/52315; das Referat von P. R. Jolles vom 15. Mai 1976, dodis.ch/52316; die Notiz von J.-F. Giovannini an M. Heimo vom 18. Mai 1976, dodis.ch/52317 sowie die Radioansprache von H. Hürlimann vom 2. Juni 1976, dodis.ch/52318.

6. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

7. Handschriftliche Marginalie: nur wenig berührt.

8. Zu den bisherigen Beziehungen der Schweiz zur IDA vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 90, dodis.ch/31743, Punkt 3; DDS, Bd. 24, Dok. 34, dodis.ch/32830 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 72, dodis.ch/38499, bes. Anm. 4 und Dok. 171, dodis.ch/38504.

2. Erste unwirsche⁹ Reaktion der Weltbankleitung und insbesondere Ausdruck des Bedauerns, dass Schweiz aus 4. Wiederaufstockung ausschert, wäre uns aus innenpolitischen Gründen nicht unwillkommen, obwohl eine solche Reaktion im Gegensatz zur Auffassung steht, die von Clark, Merriam und Steuber offenbar vertreten wird. Langfristig sind wir selbstverständlich interessiert, keine Trübung in unserem Verhältnis zur Weltbankgruppe eintreten zu lassen. Sind dementsprechend auch bestrebt, Möglichkeiten zu prüfen, um auf anderen Wegen Weltbankgruppe unsere Unterstützung zu leihen. Wären Euch für allfällige Anregungen Eurerseits dankbar.

3. Bitten Euch, Weltbankleitung für grosse Unterstützung, die wir sowohl von Washington wie insbesondere auch vom Pariser Büro erhalten haben, besten Dank auszusprechen¹⁰. Wussten diese Arbeit sehr zu schätzen.

4. Offizieller Brief der Schweiz an IDA, in dem die Nichtteilnahme an 4. Wiederaufstockung bestätigt wird, folgt nach entsprechendem Bundesratsbeschluss.¹¹

9. Handschriftliche Marginalie: ?

10. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 134 von R. Probst an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 15. Juni 1976, dodis.ch/52320.

11. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1139 vom 30. Juni 1976, dodis.ch/52321. Vgl. ferner das Schreiben von P. R. Jolles an R. McNamara vom 1. Juli 1976, dodis.ch/54002. Zur Interpretation und zu den Konsequenzen des Volksentscheids vgl. das Schreiben von P. Graber an M. Heimo vom 14. Juni 1976, dodis.ch/52319; das Telegramm Nr. 82 von K. Jacobi an die schweizerische Botschaft in Washington vom 16. Juni 1976, dodis.ch/52327; die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger und P. Graber vom 29. Juni 1976, dodis.ch/50283; das Schreiben von A. Weinauer an D. Werner vom 29. Juni 1976, dodis.ch/50284; die Notiz von M. Heimo an P. Graber vom 1. Juli 1976, dodis.ch/52322; die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger und P. Graber vom 5. Juli 1976, dodis.ch/52323; die Notiz von K. Jacobi vom 8. Oktober 1976, dodis.ch/52324; das Telegramm Nr. 15 von K. Jacobi an die schweizerische Botschaft in Washington vom 23. Februar 1977, dodis.ch/52325 sowie das Telegramm Nr. 501 von K. Jacobi an R. Probst vom 24. November 1978, dodis.ch/52326. Handschriftliche Marginalie: William Clark: UK Vice-Pres. («Aussenminister»), Merriam: assist. Clark, Steuber: Bureau Paris.

20

dodis.ch/51685

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, G.-A. Chevallaz, an die
Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt¹*

ZULASSUNG DER DAI-ICHI KANGYO BANK IN ZÜRICH UND IN GEGENRECHT DER
SKA IN TOKIO

Bern, 16. Juni 1976

Am 8. April 1976 haben Sie mich in der allseits bekannten Angelegenheit erneut begrüsst². Sie haben Ihrer Sorge darüber Ausdruck gegeben, dass der

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E6100B-01#1983/72#912* (233.22). Kopie an P. Graber, K. Furgler und E. Brugger. Diese Kopie ging an K. Hauri.

2. Schreiben von H. Escher und R. E. Gut an G.-A. Chevallaz vom 8. April 1976, dodis.ch/51686. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 26, Dok. 139, dodis.ch/39653.

Umstand, in Japan noch keine Filiale zu besitzen, für Ihre Bank täglich wachsende Nachteile mit sich bringt, insbesondere im Wettbewerb der drei schweizerischen Grossbanken um das internationale japanische Geschäft³.

Wie Sie wissen, hat sich in der Folge der Bundesrat erneut dieser Angelegenheit angenommen⁴.

Ich freue mich, Ihnen nunmehr berichten zu können, dass die Eidg. Bankenkommision am 2. Juni 1976 festgestellt hat, in Sachen Dai-Ichi Kangyo Bank sei die Bewilligungsvoraussetzung von Art. 3^{bis} Abs. 1 lit. a des Bankengesetzes⁵ erfüllt, sofern die Schweizerische Kreditanstalt in Japan eine Zweigniederlassung eröffnen könne. Die Erfüllung der übrigen Bewilligungsvoraussetzungen von Art. 3 und Art. 3^{bis} des Bankengesetzes müssten auf Grund eines Gesuches der Dai-Ichi Kangyo Bank geprüft werden⁶.

Das vorübergehend ins Stocken geratene Verfahren ist somit wieder in Gang gekommen. Ich bin zuversichtlich, dass sich für alle Beteiligten in absehbarer Zeit eine befriedigende Lösung ergeben wird⁷.

3. *Zur Frage der Zulassung von Filialen der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Schweizerischen Bankvereins in Tokio* vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 117, dodis.ch/35515 und Dok. 137, dodis.ch/35508.

4. *BR-Auftragsprot. Nr. 7 vom 6. Mai 1976 der 17. Sitzung des Bundesrats vom 5. Mai 1976*, CH-BAR#E1004.2#1979/115#12*: Une délégation ad hoc formée des chefs des départements politique [P. Graber], de justice et police [K. Furgler] et de finances et des douanes [G.-A. Chevallaz] est chargée de trouver une solution à la demande de la Banque japonaise Dai-Ichi Kangyo dans les limites de l'article 102, al. 8 de la Constitution et d'envisager une modification de l'article 3^{bis} de la loi du 11.3.71 sur les banques, concernant le problème de la réciprocité dans les sens d'une ouverture à l'égard des autorités japonaises. Vgl. dazu auch das Schreiben von J. Iselin an B. Müller vom 14. Mai 1976, dodis.ch/51890.

5. Bundesgesetz betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 11. März 1971, AS, 1971, S. 808–824.

6. Vgl. das Schreiben von A. Matter und B. Müller an G.-A. Chevallaz vom 10. Juni 1976, dodis.ch/51687 sowie das Schreiben von B. Müller an P. Graber vom 9. Juni 1976, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#2672* (C.41.173.1).

7. Für den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. das Schreiben von A. Weitnauer an B. Müller vom 1. Juli 1976, dodis.ch/51891.

21

dodis.ch/51500

Interne Notiz der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements¹

VERTRAULICHE WEISUNGEN FÜR DIE SCHWEIZERISCHEN DELEGATIONEN (ZUSAMMENFASSUNG)

Bern, 22. Juni 1976

1. Einleitung: Die folgenden Weisungen ersetzen diejenigen vom 10. März 1972² und gelten für die schweizerischen Delegationen in Versammlungen

1. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#16* (o.104.2). Verfasst von M. von Grünigen.

und Exekutivorganen der internationalen Organisationen sowie an internationalen Konferenzen.

2. *Kompetenzen*: Im Politischen Departement ist die Direktion für internationale Organisationen (Sektion UNO/IO) zuständig³, im Einvernehmen mit den jeweils interessierten Diensten Weisungen zu politischen, rechtlichen, institutionellen und budgetären Fragen, zu Wahlen und zu Problemen der Regionalgruppen in den internationalen Organisationen zu erteilen. Der Delegationschef ist für die Stellungnahmen der Delegationsmitglieder verantwortlich und informiert die Presse über den Konferenzablauf und die schweizerische Haltung.

3. *Allgemeine Weisungen*⁴: Vor den Sessionen und Konferenzen setzen sich die Delegationen mit der Sektion UNO/IO in Verbindung, um die unter Ziff. 2 erwähnten Fragen zu prüfen. In der Regel ist die Sektion UNO/IO bei wichtigeren Konferenzen in der Delegation vertreten. Wenn nötig, erbitten die Delegationen im Verlauf der Sessionen zusätzliche Instruktionen. Bei wichtigen Abstimmungen sollten Erklärungen zur Stimmabgabe gemacht werden.

4. *Allgemeine Haltung der schweizerischen Delegationen*

Die Delegationen müssen sich bei ihren Stellungnahmen an folgende Grundsätze halten:

- Neutralitätspolitik: keine Stellungnahme zu Gunsten einer Konfliktpartei;
- Objektivität und Unparteilichkeit;
- Befolgen der Rechtsvorschriften (insbesondere Verfassung und Reglemente der internationalen Organisationen);
- Berücksichtigung der humanitären und sozialen Aspekte;
- Möglichkeit der guten Dienste und Vermittlung;
- Rolle der Schweiz als Sitzstaat (Genf)⁵.

Besondere Aufmerksamkeit muss den administrativen und budgetären Entscheidungen⁶ gewidmet werden. Instruktionen sollen auch eingeholt werden für die Einführung neuer Sprachen und für die Abhaltung von Versammlungen ausserhalb des Sitzes der Organisation. In der Regel nehmen die schweizerischen Delegationen an allen Abstimmungen teil. Ohne spezielle Weisungen schliessen sie sich keinem «walk out» an.

2. DDS, Bd. 25, Dok. 123, dodis.ch/35861.

3. Zu den Kompetenzen der Direktion vgl. die Notiz von F. Pometta an P. Aubert vom 30. Januar 1978, dodis.ch/51509.

4. Zur Ausarbeitung der allgemeinen Weisungen vgl. die Notiz von F. Muheim vom März 1976, dodis.ch/51516; die Notiz von M. Krafft an F. Muheim vom 29. März 1976, dodis.ch/51510; die Notiz von J. Iselin an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 2. April 1976, dodis.ch/51737 sowie die Notiz von F. de Ziegler an P. Graber vom 9. Juni 1976, dodis.ch/51738.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 27, dodis.ch/48714.

6. Für das Engagement der Schweiz für die Kontrolle des Budgetwachstums innerhalb der UNO und deren Sonderorganisationen vgl. das Protokoll von W. B. Gyger vom 21. Dezember 1976, dodis.ch/51593 sowie das Schreiben von S. Marcuard an F. de Ziegler vom 13. Oktober 1977, dodis.ch/51594.

5. Weisungen für besondere Probleme

- a) Bei *Aufnahme* eines Staates in eine internationale Organisation, dessen Status umstritten ist, ist für das Abstimmungsverhalten der Schweiz massgebend, ob sie den Staat diplomatisch anerkannt hat. Im Hinblick auf die Universalität unserer Beziehungen mit dem Ausland sind wir im Prinzip gegen den *Ausschluss* eines Staates aus einer internationalen Organisation, sofern nicht erwiesenermassen ein in der Verfassung der Organisation aufgeführter Ausschlussgrund vorliegt.

In diesem Zusammenhang können folgende Länder Probleme stellen:

- *Vietnam*: Beide Vietnam sind Mitglieder von Spezialorganisationen, nicht aber der UNO⁷. Wiedervereinigungsbestrebungen sind im Gange. Die Schweiz hat eine Botschaft in Hanoi, musste dagegen ihre Vertretung in Saigon schliessen⁸. Für jegliche Frage in diesem Bereich müssen Instruktionen eingeholt werden.
- *Korea*: Süd- und Nordkorea sind Mitglieder von Spezialorganisationen, nicht aber der UNO. Die Schweiz unterhält mit beiden diplomatische Beziehungen⁹ und stimmt jeweils der Aufnahme Süd- wie Nordkoreas in eine Organisation zu.
- *China*: Die Schweiz hat bereits 1950 diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen¹⁰ und stimmt daher für Peking, wenn sich der Vertretungsanspruch Peking oder Taiwan stellt¹¹. Spezielle Weisungen wären erforderlich, wenn Taiwan ein Gesuch stellen sollte, als gesondertes Mitglied neben Peking in eine Organisation aufgenommen zu werden.
- *Rhodesien*: Die einseitige Unabhängigkeitserklärung von 1965 ist auch von der Schweiz nicht anerkannt worden¹². Ein Aufnahmegesuch Rhodesiens würde sie daher ablehnen. Im Rahmen der ihm früher von Grossbritannien zugestandenen Autonomie ist Rhodesien Mitglied der OMM (suspendiert) und assoziiertes Mitglied der OMS. Sollte sein Ausschluss verlangt werden, wären spezielle Weisungen anzufordern.
- *Südafrika*: Die Schweiz hat sich klar von der Apartheid-Politik distanziert¹³. Diese Verletzung der Menschenrechte rechtfertigt aber keinen Ausschluss aus internationalen Organisationen. Wird ein solcher ohne Hinweis auf die Verfassung der Organisation verlangt, stimmt die Schweiz dagegen mit kurzer Erklärung zur Stimmabgabe¹⁴. Sollte der Ausschluss

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 12, dodis.ch/40106.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 9, dodis.ch/50288.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 91, dodis.ch/39265.

10. Vgl. das Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950, dodis.ch/8016.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 102, dodis.ch/34306.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 171, dodis.ch/30859, bes. Anm. 11.

13. In diesem Zusammenhang verweist das Politische Departement üblicherweise auf die schweizerische Erklärung an der UNO-Menschenrechtskonferenz in Teheran vom 2. Mai 1968. Vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 80, dodis.ch/33245. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 106, dodis.ch/49365, Punkt 2.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 165, dodis.ch/49309; die Notiz von H. Strauch vom 11. Februar 1976, dodis.ch/49466; die Notiz von F. Muheim und F. Pometta vom 17. August 1977, dodis.ch/49573 sowie den Bericht von J.-D. Biéler vom November 1977, dodis.ch/49473.

- wegen der Verletzung einer von Südafrika eingegangenen gesetzlichen Verpflichtung verlangt werden, müssten Instruktionen erbeten werden.
- *Israel*: Die Schweiz stimmt gegen jeden Ausschluss Israels aus politischen Gründen und erklärt ihre Stimmabgabe. Wird Israel vorgeworfen, es habe eine von ihm eingegangene Verpflichtung nicht erfüllt, müssen Weisungen verlangt werden¹⁵.
 - b) Bei Abstimmungen über den *Beobachterstatus von Befreiungsbewegungen*¹⁶ und die Übernahme von deren Reisekosten enthält sich die Schweiz der Stimme. Eine andere Haltung könnte als Stellungnahme zu Gunsten einer Konfliktpartei gewertet werden.
 - c) *Humanitärer und sozialer Hilfe an Befreiungsbewegungen* kann die Schweiz trotz Nichtanerkennung der Bewegungen mit entsprechender Erklärung zur Stimmabgabe zustimmen¹⁷.
 - d) Nach der UNO-Resolution, die den *Zionismus dem Rassismus gleichstellt*¹⁸, muss die Schweiz klar zu verstehen geben, dass sie diese Gleichstellung nicht anerkennt. Sie stimmt mit Erklärung zur Stimmabgabe gegen jede Formulierung dieser Art und gegen jeden Hinweis auf die UNO-Resolution. Dagegen lehnt sie nicht unbedingt den ganzen Text ab, der einen solchen Hinweis enthält. Im Einzelfall sind Instruktionen einzuholen.
 - e) *Abrüstung*¹⁹: Bei Abstimmungen darüber, dass die durch die Abrüstung frei werdenden Mittel für Entwicklungshilfe verwendet werden sollten, enthält sich die Schweiz der Stimme. Wegen der bewaffneten Neutralität könnte die Schweiz keine einseitigen Abrüstungsmassnahmen treffen, ausser aufgrund eines allgemeinen Plans mit praktisch universeller Anwendung.
 - f) *Wissenschaftliche und technische Fragen* können bedeutende rechtliche und politische Auswirkungen haben²⁰. Instruktionen müssen bei der Wissenschaftssektion eingeholt werden.
 - g) *Die Überprüfung der Vollmachten* gibt oft Anlass zu politischen Diskussionen über den Ausschluss eines Teilnehmers. Die schweizerischen Delegationen äussern sich nur zur formellen Gültigkeit der Vollmachten. Ist diese erwiesen, so genehmigt sie die Vollmachten, sofern sie den fraglichen Staat anerkannt hat, sonst enthält sich der Stimme.
 - h) *Verfahrensabstimmungen* sind oft politisch bedingt. Nach Möglichkeit sollten in diesem Fall Weisungen verlangt werden.

15. Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund vom 3. Februar 1976, dodis.ch/51949.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 24, dodis.ch/38891.

17. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 106, dodis.ch/49365, Punkt 4; Dok. 108, dodis.ch/52507, Punkt 3 sowie Dok. 191, dodis.ch/49163.

18. Resolution der UNO-Generalversammlung N° 3379/30 Elimination de tout les formes de discrimination racial vom 10. November 1975. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 193, dodis.ch/37207.

19. Zum Engagement der Schweiz im Rahmen der UN-Abrüstungsverhandlungen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 166, dodis.ch/48273.

20. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 68, dodis.ch/49412.

22

dodis.ch/48957

Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, W. Frei, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹

EUROPAREISE VON WIRTSCHAFTSMINISTER MARTÍNEZ DE HOZ

Vertraulich

Buenos Aires, 30. Juni 1976

Gestützt auf Pressemitteilungen aus New York, habe ich Ihnen mit Schreiben vom 23. Juni² Kenntnis von den ersten Ergebnissen der argentinischen Wirtschaftsmission gegeben. In Buenos Aires selbst waren darüber auch nach der Rückkehr von Minister Martínez de Hoz keine konkreteren Angaben erhältlich. Immerhin verdient festgehalten zu werden, dass es sich bei den in meinem Bericht erwähnten Kreditbeträgen vorläufig nur um Zusicherungen handelt; konkrete Verträge wurden noch nicht unterzeichnet. Dies wird erst dann möglich sein, wenn Argentinien den Nachweis erbracht hat, die in solchen Fällen üblichen IWF-Auflagen erfüllen zu können.

Nachfolgend noch einige Überlegungen zu möglichen politischen Begleiterscheinungen der Mission Martínez de Hoz. Wie Sie auch in der Schweiz feststellen konnten, ist gegenwärtig eine gezielte Pressekampagne gegen die neue argentinische Regierung im Gange. Gerade im Hinblick auf den Besuch von Martínez de Hoz³ ist dies wohl kein Zufall. Kaum drei Monate nach dem Zusammenbruch des Peronismus⁴ wird die Militärregierung bereits dem Regime Pinochets gleichgestellt. Sie ist daran insofern selbst schuld, als es ihr nicht gelungen ist, den bereits unter dem Peronismus aufgekommenen Terrorismus von Rechts zu unterbinden. Die kürzlich erfolgten Anschläge gegen in Argentinien niedergelassene politische Flüchtlinge, die vor allem in der europäischen Presse besondere Beachtung gefunden haben, mahnen in der Tat zum Aufsehen. Die Ohnmacht der Regierung Videla, gegen diese Art von Subversion vorzugehen, lässt sich mit keinen Worten entschuldigen. Videla aber gleich Komplizenschaft mit den Tätern anzulasten, geht jedoch zu weit. Wer die drei Jahre der in der ausländischen Presse lange nur mit grosser Zurückhaltung kritisierten peronistischen Regierungen miterlebt hat, sieht die Zusammenhänge doch etwas anders. Seit Jahren sind in Argentinien Kräfte im Untergrund am Werke, die von keiner Regierung – auch nicht von den vormals demokratisch gewählten – unter Kontrolle gebracht werden konnten. Cámpora selbst hat am Tage seiner Amtsübernahme die Tore

1. Schreiben: CH-BAR#E7110#1987/20#1529* (877.3). Verfasst von R. Wermuth. Kopie an das Politische Sekretariat des Politischen Departements. Handschriftliche Marginalie: Remercier globalement.

2. Schreiben von W. Frei an P. R. Jolles vom 23. Juni 1976, dodis.ch/50292.

3. Zum Besuch vom 9. Juli 1976 vgl. die Notiz von F. Rothenbühler an E. Brugger vom 6. Juli 1976, dodis.ch/48958.

4. Vgl. dazu Telegramm Nr. 46 von W. Frei an das Politische Departement vom 24. März 1976, dodis.ch/48923.

der Gefängnisse öffnen, Mörder und Terroristen laufen lassen – Perón sich anfänglich mit den jungen Bombenlegern solidarisiert. Während ihrer Herrschaft wurde Argentinien nicht nur zum Hort wirklich politisch Verfolgter des ganzen Kontinents, sondern zugleich auch Sammelbecken der südamerikanischen Guerilla⁵. So lange die Subversion «nur» von Links kam, fanden die Morde und Entführungen weltweit kein grosses Echo und wurden oft als Notwehrmassnahmen zur Befreiung des unterdrückten Volkes dargestellt. Als sich dann während der letzten zwei Jahre des Peronismus eine ebenso perfide, wenn auch zahlenmässig weit schwächere Reaktion von Rechts bemerkbar machte, erregte dies in der ausländischen Presse noch relativ wenig Aufsehen. Kaum ist jedoch – man ist versucht zu sagen «faute de mieux» – eine Militärregierung im Amte, so werden weltweit alle möglichen Komitees gegen Argentinien mobilisiert. Dass die Linksguerilla (ERP und Montoneros) seit der Machtübernahme vom 24. März 1976 aus dem Hinterhalt munter weitermordet und -entführt, übersieht man in diesen Kreisen geflissentlich.

Letztlich geht es bei der Beurteilung dieser traurigen Zusammenhänge um die Frage des politischen Standortes des Beobachters. Wer, wie der BUND-Korrespondent Luc Banderet, heute noch den Tagen Cámporas – der in seiner kurzen Amtszeit die gesamte Verwaltung mit Montoneros durchsetzt hat – nachtrauert, hat seinen Standort jedenfalls bezogen.

5. Zur Einschätzung der letzten Tage der Militärregierung vgl. den Politischen Bericht Nr. 1 von R. Wermuth an das Politische Departement vom 11. Februar 1976, dodis.ch/48922.

23

dodis.ch/49317

Telegramm des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst, an den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi¹

MOU²: UNTERREDUNG PROBST MIT VERTEIDIGUNGSSEKRETÄR RUMSFELD

Washington, 29. Juli 1976, 16.40 Uhr

1. Von mir im Auftrag des Vorstehers EMD nachgesuchte Unterredung heute endliche zustande gekommen. Rumsfeld empfing mich zusammen mit «Assistant Secretary for International Security Assistance» Eugene McAuliffe. Ich benützte ersten Teil rund halbstündigen Gespräches mit dem Secretary of Defense, der sich recht gut vorbereitet zeigte zu eingehender, sehr offener,

1. Telegramm Nr. 157: CH-BAR#E7110#1987/20#1819* (872.1). Erhalten: 30. Juli 1976, 9.50 Uhr.

2. Memorandum of understanding between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the United States concerning the F-5 program vom 2. und 9. Juli 1975, dodis.ch/50710. Zur Beschaffung der Tiger-Kampfflugzeuge vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 149, dodis.ch/38928, Punkt 2; DDS, Bd. 27, Dok. 41, dodis.ch/49316 sowie Dok. 58, dodis.ch/48328, Punkt 4.

in gewissem Sinne «schonungsloser» Darlegung sämtlicher ökonomischer, militärischer, psychologischer und politischer Aspekte, die für eine loyale, faire und speditive Realisierung des MOU seitens der USA sprechen³. Legte Akzent dabei vor allem auch auf die für uns besonders ins Gewicht fallenden innenpolitischen Motive, für die sich Vollblutpolitiker Rumsfeld besonders ansprechbar zeigte. Diese Motive erheischten es, neben der nun anlaufenden MOU-Routine auch einen raschen ersten spektakulären Grosserfolg verzeichnen zu können. Auf technischer Ebene des DoD fänden wir zwar zweifellos die nötige Unterstützung. Doch sei es unerlässlich, dass darüber hinaus auch die politisch verantwortlichen Spitzen des DoD, aber ebenso die anderen in Frage kommenden Regierungsdepartemente und -institutionen auf MOU sensibilisiert würden.

2. Rumsfeld hörte sich meine Ausführungen mit offensichtlich gespanntem Interesse an. Erklärte hierauf spontan, meine direkte Sprache («business like») zu schätzen. Wir könnten versichert sein, dass auch er sich nun der vollen, namentlich auch politischen Tragweite der Angelegenheit bewusst sei und dafür sorgen werde, dass man ihr Rechnung trage.

3. Ich benutzte Gelegenheit, über generelle Darstellung hinaus unserer lebhaften Enttäuschung über ERDA-Entscheid (sodium pump system BBC) Ausdruck zu geben und auf Protest BBC bei ERDA-Administrator hinzuweisen, den wir seitens der Botschaft ausdrücklich unterstützen und wo wir nun auf endgültigen Bescheid warteten⁴. Legte auch, unter Überlassung des euch am 21. Juli übermittelten Memo⁵, Angelegenheit der Navy-Tanker (Sulzer Diesel) dar, über die Rumsfeld von McAuliffe schon orientiert worden war. Letzterer bestätigte dabei unbestrittene Überlegenheit Sulzer-Systems. Ob dieses schon für erste Fünferserie zum Zuge kommen könnte, erscheine ihm, McAuliffe, zwar angesichts fortgeschrittenen Zuschlagsverfahren noch fraglich, doch müssten Sulzer Diesel ernsthaft für zweite Fünferserie in Betracht gezogen werden.

4. Rumsfeld wünschte zu wissen, auf welche Weise künftig Pannen wie bei ERDA vermieden werden könnten. Kamen überein, dass es dieser Botschaft obliege, DoD jeweils zu alarmieren (was freilich, nebenbei bemerkt, rasche und komplette Orientierung dieser Mission durch Schweizer Industrie und beauftragte Stellen voraussetzt). Nach Information gehe sodann weitere Verantwortung an DoD über, wobei McAuliffe persönlich und speziell mit Oberaufsicht beauftragt.

5. Abschliessend bemerkte Rumsfeld im Sinn eines persönlichen Hinweises, dass er öfters nach Europa reise. Sofern es der Vorsteher des EMD als nützlich erachten würde, wäre er gerne bereit, sich im Zuge einer solchen Reise auch nach Bern zu begeben, um sich mit seinem Schweizer Kollegen

3. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an R. Gnägi vom 21. Juni 1976, dodis.ch/50712 sowie das Schreiben von B. Clements an Ch. Grossenbacher vom 25. August 1976, dodis.ch/50713.

4. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 401 von R. Probst vom 14. Mai 1976, dodis.ch/50711.

5. Mit Telegramm Nr. 189 vom 16. Juli 1976 wird die Übermittlung des Memorandums mit dem nächsten Kurier angekündigt. Vgl. Doss. CH-BAR#E5001G#1986/105#1129* (740.1). Das Memorandum konnte nicht ermittelt werden.

über Fragen der «Security» und des MOU zu unterhalten. Habe, ohne mich materiell zu äussern, zugesagt, diese Anregung an Sie weiterzuleiten. Bin mir allfälliger politischer Implikationen einer Zusammenkunft mit amerikanischem Verteidigungsminister bewusst⁶, wobei sich aber Akzent optisch auf MOU-Probleme legen liesse. Wäre dankbar, innert nützlicher Frist ihre Stellungnahme und allfällige Weisungen für Antwort an Rumsfeld zu erhalten.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 72, dodis.ch/49315.

24

dodis.ch/50286

Bericht der Sektion Politisches Departement der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats¹

BERICHT ÜBER DIE INSPEKTION DES DELEGIERTEN FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT VOM 6. / 7. JULI 1976²

Bern, August 1976

1. Verhältnis zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe

Bilaterale und multilaterale Hilfe sind traditionelle Elemente schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit. Beide haben sich in der Vergangenheit parallel zueinander entwickelt, wobei allerdings die bilaterale Hilfe bis vor einigen Jahren eindeutig dominierte. Entwicklungszusammenarbeit kann gemäss dem Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe³ hauptsächlich in Form von technischer Zusammenarbeit und von Finanzhilfe erfolgen. Technische Zusammenarbeit hilft durch Vermittlung von Wissen und Erfahrung, die Entfaltung der Menschen zu fördern und sie zu befähigen, ihre wissenschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft mitzugestalten; Finanzhilfe trägt namentlich zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur der Partnerländer bei. 1975 entfielen bei der technischen Zusammenarbeit 58% auf bilaterale und 42% auf multilaterale Hilfe. Bei der Finanzhilfe lauten die entsprechenden Zahlen 77% bilaterale und 23% multilaterale Projekte. Im ganzen gesehen leistete die Schweiz 1975 67% bilaterale und 33% multilaterale Hilfe.

Die multilaterale Hilfe – sie erfolgt in der Form von allgemeinen Beiträgen an internationale Organisationen, von assoziierter Hilfe und von Beteiligungen und Darlehen an die verschiedenen Entwicklungsbanken – hat in

1. Bericht: CH-BAR#E1050.7A#1984/53#356*. Verfasst von M. Friedli.

2. Anwesend: R. Broger, W. Jauslin, M. Kündig, M. Heimo, Th. Raeber, R. Wilhelm und M. Friedli.

3. Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, AS, 1977, S. 1352–1357. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen⁴ Die Koordination der Anstrengungen über multilaterale Organisationen drängt sich auf, um mit den beschränkten zur Verfügung stehenden Mitteln einen möglichst hohen wirtschaftlichen Nutzeffekt zu erreichen. Das trifft besonders für ein Land wie die Schweiz zu, das angesichts seiner limitierten Mittel eine ausschliesslich bilaterale Finanzhilfe kaum anders als in Form des Giesskannen-Prinzips leisten könnte⁵. Namentlich die Weltbankgruppe und die IDA besitzen in den Entwicklungsländern eine grosse Erfahrung und verfügen für alle Sachbereiche über international anerkannte Spezialisten. Im übrigen beteiligt sich unser Land an einer Reihe solcher Organisationen, etwa der Afrikanischen, der Asiatischen und der Interamerikanischen Entwicklungsbank⁶.

Die von gewissen Kreisen an der multilateralen Hilfe geübte Kritik ist nach Ansicht der Sektion verfehlt. So kann auf die Behauptung, dass die Weltbankgruppe ein Instrument des amerikanischen Imperialismus sei, geantwortet werden, dass Hauptnutznießer dieser Hilfe v. a. Länder wie Indien und Bangladesch sind. Im übrigen finanziert unser Land über die technische Zusammenarbeit ähnliche Projekte wie die Weltbankgruppe. Jede Hilfe, auch die humanitäre, hat wirtschaftliche Aspekte. Die Sektion geht mit den Verantwortlichen der technischen Zusammenarbeit darin einig, dass eine Entwicklungshilfe, die nicht letztlich zur wirtschaftlichen Fortentwicklung des Empfängerlandes beiträgt, keine echte Hilfe bedeutet. Entwicklungshilfe, so wurde in diesem Zusammenhang geäußert, ist ein *do ut des* auf lange Sicht.

Die Sektion interessierte sich für den praktischen Ablauf eines multilateralen Projekts, was ihr am Beispiel eines vom UNDP (United Nations Development Program) finanzierten Projekts erläutert wurde. Das UNDP ist 1965 durch eine Resolution der UNO-Generalversammlung geschaffen worden. Die Projekte des UNDP werden durch freiwillige Beiträge der Regierungen finanziert und von der UNO und zahlreichen ihrer Spezialorganisationen ausgeführt, so von der ILO, der FAO, der UNESCO usw. Teils sind es Investitionshilfen, die gewährt werden, teils ist es technische Hilfe, wobei beides multilateral organisiert ist. Das UNDP verfügt jährlich über ein Budget von 500 bis etwa 550 Mio. Dollar, wobei die Schweiz einen jährlichen Beitrag von 20 Mio. Franken leistet⁷. Es plant seine Hilfe für eine bestimmte Periode zum voraus; so ist für die kommende Fünfjahresperiode von 1977 bis 1981

4. Über das Interesse der Schweiz an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Notiz von R. Högger vom 21. Januar 1977, [dodis.ch/52051](https://www.dodis.ch/52051); die Pressemitteilung des Politischen Departement vom 2. November 1977, [dodis.ch/51615](https://www.dodis.ch/51615) sowie das BR-Prot. Nr. 1737 vom 23. Oktober 1978, [dodis.ch/51614](https://www.dodis.ch/51614).

5. Vgl. dazu die Notizen von R. Wilhelm vom 25. September 1978, [dodis.ch/52332](https://www.dodis.ch/52332) und vom 6. Dezember 1978, [dodis.ch/52334](https://www.dodis.ch/52334).

6. Vgl. dazu die Notiz von J.-P. Béguin an K. Jacobi vom 21. Januar 1976, [dodis.ch/52149](https://www.dodis.ch/52149); das BR-Prot. Nr. 325 vom 18. Februar 1976, [dodis.ch/49505](https://www.dodis.ch/49505); die Notiz von P. Saladin an M. Heimo vom 6. Juli 1976, [dodis.ch/52089](https://www.dodis.ch/52089); das BR-Prot. Nr. 1703 vom 26. September 1976, [dodis.ch/52216](https://www.dodis.ch/52216); das Referat von K. Jacobi vom 31. August 1977, [dodis.ch/48265](https://www.dodis.ch/48265); die Notiz von J.-F. Giovannini vom 3. Mai 1978, [dodis.ch/52155](https://www.dodis.ch/52155) sowie das BR-Prot. Nr. 2048 vom 4. Dezember 1978, [dodis.ch/50368](https://www.dodis.ch/50368).

7. Zu den Beiträgen der Schweiz an das UNDP vgl. das Schreiben von R. Wilhelm an diverse schweizerische Vertretungen vom 13. April 1976, [dodis.ch/51612](https://www.dodis.ch/51612) sowie das Schreiben von S. Marquard an B. Morse vom 2. Juni 1976, [dodis.ch/51613](https://www.dodis.ch/51613).

ein Ausgabenvolumen von 2,45 Mia Dollar programmiert. Das erlaubt eine Abstimmung der Entwicklungspläne der Empfängerländer auf die Hilfe, die das UNDP gewähren kann, ist doch die Erfüllung dieser Entwicklungspläne abhängig von einem regelmässigen Fluss der Hilfe. Mit den vom UNDP zur Verfügung gestellten Mitteln werden etwa Projektstudien bezahlt, während das eigentliche Projekt beispielsweise entweder durch ein Bankenkonsortium oder durch die Weltbank finanziert wird.

Die Sektion hat festgestellt, dass es in vielen Fällen möglich wäre, vermehrt die Kenntnisse der Privatwirtschaft in der öffentlichen Entwicklungshilfe einzusetzen. Viele kleine und mittlere Firmen hätten anwendbares know how, kommen jedoch nur selten mit den Ländern der Dritten Welt in Kontakt, obwohl viele Projektarbeiten international ausgeschrieben werden. In vielen Staaten, etwa der Bundesrepublik, in den skandinavischen Ländern und der Niederlande wurden zu diesem Zweck entsprechende öffentliche Gesellschaften gegründet, die sich an solchen Aktionen beteiligen können, um kleineren Firmen beispielsweise joint ventures zu ermöglichen. In der Schweiz besteht eine Gesellschaft⁸ zwischen Swisscontact und Helvetas, die zusammen mit der Firma Rapid ein Projekt in Costa Rica durchführt⁹. Diese Gesellschaft wurde auch eingesetzt für eine Studie über die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten in Madagaskar¹⁰.

2. Zur FAO

Immer wieder wird gegenüber der FAO der Vorwurf erhoben, sie gehe mit den ihr zur Verfügung stehenden Geldmitteln nicht sorgfältig um. Nach Ansicht der Verantwortlichen der technischen Zusammenarbeit sind im grossen und ganzen die Projekte der FAO jedoch erfolgreich. Die FAO leistet v. a. sogenannte assoziierte Hilfe. Diese Form von Entwicklungszusammenarbeit nimmt eine Zwischenstellung zwischen der bilateralen Hilfe und den allgemeinen Beiträgen an internationale Organisationen ein. Sie erlaubt uns im Gegensatz zu den allgemeinen Beiträgen die Auswahl des Landes und des Sachgebietes¹¹. Im übrigen fördert die FAO namentlich Projekte der ländlichen Entwicklung, was nach Gesetz einer der Schwerpunkte unserer Entwicklungszusammenarbeit darstellen soll. Auf die Organisation als solche hat die Schweiz durch Teilnahme an den Sitzungen des FAO-Rates Einflussmöglichkeiten. An der Botschaft in Rom ist ein Diplomat zur Hauptsache mit den Beziehungen zur FAO betraut.

8. *Swiss Company for International Development.*

9. Vgl. den Projektantrag Nr. 172 von M. Pallmann an M. Heimo vom 31. Oktober 1975, dodis.ch/53731.

10. Vgl. den Projektantrag Nr. 19 von J.-M. Délèze vom 26. Februar 1976, dodis.ch/53476 sowie die Studie der *Swiss Company for International Development Ltd.* vom 17. August 1975, CH-BAR# E2005A#1991/16#967* (t.311-Madag.030).

11. Zur allgemeinen Haltung der Schweiz gegenüber der FAO und zu ihren Aktivitäten im Rahmen der FAO vgl. das BR-Prot. Nr. 1812 vom 2. November 1977, dodis.ch/51479; die Erklärung von J.-C. Piot, dodis.ch/51485 und die Zusammenfassung des Berichts der 19. Session der Generalkonferenz der FAO in Rom vom 12. November bis zum 1. Dezember 1977 der Abteilung für Landwirtschaft des Volkswirtschaftsdepartements, dodis.ch/51489.

3. Kompetenzabgrenzung zwischen Politischem Departement und Handelsabteilung in der Entwicklungszusammenarbeit

Früher war das Politische Departement zuständig für die technische Zusammenarbeit und die Handelsabteilung für Finanzhilfe. Mit dem Entwicklungszusammenarbeitsgesetz ging die Verantwortung für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit an das Politische Departement über, die Handelsabteilung behielt jedoch die Kompetenz für die Führung von Verhandlungen bei Projekten der Finanzhilfe, sofern handelspolitische Interessen vorhanden sind. Im übrigen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Handelsabteilung und Politischem Departement nach Aussage der beteiligten Beamten ausgezeichnet¹². Zum Vorwurf der zu grossen schweizerischen Delegation an der letzten OECD-Ministerkonferenz wurde darauf hingewiesen, dass häufig auch die Sachbearbeiter, die dann in Bern die Probleme zu bearbeiten hätten, an diesen Konferenzen teilnehmen¹³.

4. Kriterien für die Auswahl eines Projekts

Durch die Entwicklungszusammenarbeit werden die Anstrengungen der Entwicklungsländer unterstützt, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Entwicklungszusammenarbeit soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben können. Langfristig gesehen entspricht sie dem Bestreben, ausgewogenere Verhältnisse innerhalb der Völkergemeinschaft zu erreichen. Die Zielsetzungen und die Kriterien werden im Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe umrissen. Kriterien werden systematisch angewandt und wurden in einer jahrelangen Erfahrung erhärtet¹⁴. Im übrigen sind gelegentliche Rückschläge bei einzelnen Projekten nicht auszuschliessen; die Entwicklung in den einzelnen Staaten verläuft nicht immer geradlinig. Trotz offiziell sozialistisch-kollektivistischer Wirtschaftsordnung ist in diesen Ländern oft das marktwirtschaftliche System dominierend. In den meisten Ländern fehlt zudem die Infrastruktur, etwa eine durchorganisierte Administration, für eine wirkliche Sozialisierung. Man muss sich in diesem Zusammenhang vor Schlagworten und ideologisch verbrämten Äusserungen hüten. Nach Art. 5 des Gesetzes soll der ärmeren Bevölkerung geholfen werden, und zwar nicht nur in Ländern mit einem marktwirtschaftlich orientierten System. Ausserdem darf nicht vergessen werden, dass in vielen Ländern der Dritten Welt häufig Regime-Wechsel stattfinden, die jedoch das tägliche Leben der Bevölkerung kaum berühren. Die Hilfe muss um wirksam zu sein, über eine längere Zeit erfolgen. Wie das Beispiel Tansania zeigt, kann auch mit einem sozialistischen Land sehr gut zusammengearbeitet werden. In diesem Zusammenhang wurde auf die erfreulichen Resultate an einer Ingenieurschule verwiesen¹⁵.

12. Zur Frage der Kompetenzabgrenzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1622.

13. Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an P. Keller vom 8. Juli 1976, dodis.ch/51929.

14. Zur Frage der Projektauswahl vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1623.

15. Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 20 von I. Cornaz an S. Marcuard vom 28. Januar 1974, dodis.ch/53732; die Notiz von H. Grob an den Delegierten für technischen Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 27. November 1975, dodis.ch/53733 sowie das Schreiben von

5. Folgen der Ablehnung des IDA-Kredits¹⁶

Die Reaktionen auf die Verwerfung des IDA-Kredits waren in den einzelnen Staaten unterschiedlich: So zeigen die Kommentare westlicher Zeitungen – je nach dem politischen Standort des Verfassers – mehrheitlich ein gewisses Verständnis für das Abstimmungsergebnis. Dies meistens mit der Begründung, dass ein Referendum in einem anderen Industrieland wohl kaum ein anderes Resultat ergeben hätte. Vertreter der Dritten Welt jedoch können es nicht verstehen, dass eines der reichsten Länder der Welt sich den ärmsten Mitgliedern der Völkergemeinschaft gegenüber so «geizig» zeigen konnte. Kritisiert wurde unser Land bei einer Zusammenkunft des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. So brachte der Ausschussvorsitzende des DAC¹⁷ offiziell sein Bedauern über den Entscheid vom 13. Juni zum Ausdruck¹⁸. In diesem Zusammenhang wurde die Hoffnung geäußert, dass die Schweiz auf andern Gebieten die wirtschaftliche Entwicklungshilfe aktivieren und verstärken werde. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die vierte Wiederaufstockung der IDA eine gemeinsame Aktion der Industriestaaten zugunsten der Länder der Dritten Welt darstellt. Ausserdem exportiert kein Land der Welt pro Kopf seiner Bevölkerung so viele Güter in die Entwicklungsländer wie die Schweiz.

Im Augenblick wird die zukünftige Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit überprüft, auch unter dem Aspekt der unerfreulichen Lage der Bundesfinanzen. Man wird rasch zu einer Lösung kommen müssen, da der Rahmenkredit von 400 Mio. erschöpft ist¹⁹. Bei der Interpretation des IDA-Referendums hat man davon auszugehen, dass sich im Entscheid ein deutlicher Sparwille und ein Misstrauen gegenüber internationalen Organisationen äussert. Die unmittelbaren Konsequenzen liegen darin, dass die für die IDA vorgesehenen 200 Mio. aus Budget- und Finanzplan verschwunden sind. Dadurch wird das im Finanzplan und in den Richtlinien zur Regierungspolitik gesteckte Ziel des Bundesrates, unsere Leistungen den andern Industriestaaten anzunähern, ernsthaft in Frage gestellt. Im Schnitt leisten die übrigen Industriestaaten 0,35% ihres Bruttosozialproduktes an Entwicklungshilfe. Die Schweiz wäre, wenn der IDA-Kredit gutgeheissen worden wäre, 1979 auf 0,26% gekommen.

Die 200 Mio. können nicht einfach in andere Kanäle umgeleitet werden. Für die in diesem Jahr fällige Tranche von 60 Mio. würde die Zeit für ver-

R. Dannecker an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD vom 24. Februar 1976, dodis.ch/53734.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 19, dodis.ch/50268 sowie die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1546.

17. M. Williams.

18. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger und P. Graber vom 5. Juli 1976, dodis.ch/52323.

19. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1818 vom 21. Oktober 1970, dodis.ch/35269 sowie die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Wirtschafts- und Finanzhilfe an die Entwicklungsländer und insbesondere über die Gewährung eines Rahmenkredites für die Finanzhilfe vom 25. Januar 1971, dodis.ch/34398. Zum Anschlusskredit vgl. das BR-Prot. vom 27. September 1976, dodis.ch/52216. Zur Frage der Rahmenkredite vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 188, dodis.ch/52055.

nünftige Projekte ohnehin nicht mehr ausreichen. Aber auch um die verbleibenden 140 Mio. Franken in bilateralen Projekten vernünftig zu verwenden, würde der Dienst für technische Zusammenarbeit ca. 50 Personaleinheiten mehr benötigen, um entsprechende Projekte vorlegen zu können. Ev. können vermehrt Projekte in Regie an private Organisationen gegeben werden, die dann das nötige Personal rekrutieren würden. Eine weitere Möglichkeit bestände in vermehrter Finanzhilfe im Anschluss an konkrete Projekte, ev. in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsbanken oder als Zinsverbilligungsaktionen. Eine weitere Möglichkeit besteht in der Gewährung vermehrter Mischkredite²⁰, d. h. dass Banken Darlehen zu kommerziellen Zinsen gewähren würden, die Schweiz jedoch zu weichen Bedingungen.

Nach Ansicht der Sektion wird es schwierig sein, je die Beweggründe für den Entscheid vom 13. Juni zu erfassen; es scheint, dass dem Durchschnittsschweizer das Bewusstsein für die internationale Interdependenz, gerade auch auf wirtschaftlichem Gebiet²¹, fehlt. Einig ist man sich darüber, dass vermehrt informiert werden sollte, wobei jedoch über den Weg, damit diese Information ankommt, die Meinungen auseinander gehen. Im allgemeinen wird bedauert, dass seinerzeit kein Verfassungsartikel über Entwicklungspolitik durchgekämpft werden musste. Wenn die Vorlage über das neue Finanzpaket und die Mehrwertsteuer durchgebracht werden soll, dann dürfen nach einhelliger Ansicht die 200 Mio. Franken, die für die IDA vorgesehen waren, nicht durch die Hintertür wieder der Entwicklungszusammenarbeit zugewendet werden. Im übrigen ist in der Schweiz ein Misstrauen gegen internationale Organisationen und ihre Funktionäre schon immer vorhanden gewesen²². Bilaterale Hilfe ist viel populärer, da sie überschaubar und kontrollierbar erscheint. Vielleicht wäre durch Information über konkrete Beispiele schweizerischer Entwicklungsprojekte das Bewusstsein der Bevölkerung für diese Frage vermehrt zu sensibilisieren²³.

6. Zur personellen Situation der TZ

Der Delegierte für die technische Zusammenarbeit beschäftigt in Bern rund 100 Personen, inklusive 6 Entwicklungs-Attachés im Ausland²⁴ (in der Handelsabteilung befassen sich ca. 10 Personen mit Entwicklungszusammenarbeit). Dazu kommen 311 privatrechtlich angestellte Experten, die im Ausland während einer bestimmten Zeit an bestimmten Projekten arbeiten; im Schnitt sind das pro Tag ca. 240 Personen²⁵. Für diese Leute bestehen entsprechende Personalvorschriften.

20. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 172, dodis.ch/48392 sowie das Schlagwort dodis.ch/D1624.

21. Vgl. dazu die Notiz von R. Wilhelm vom 21. Dezember 1976, dodis.ch/52237.

22. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 2, dodis.ch/51501.

23. Zur Informationspolitik des Delegierten für technische Zusammenarbeit vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1621.

24. Jakarta: E. Peyer; La Paz: M. Pallmann; Nairobi: F. Rohner; New Delhi: H.-P. Cart; Ouagadougou: D. Beti; Yaoundé: A. Bisaz.

25. Vgl. dazu die Notiz von A. Janner an P. Graber vom 24. September 1976, dodis.ch/54005 sowie Doss. CH-BAR#E2005A#1991/16#148* (t.121.0(Sd.)).

*Notiz des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger¹*NOTIZ ÜBER DAS TREFFEN IN SALZBURG VOM 12./13. AUGUST 1976²

Vertraulich

[Bern,] 16. August 1976

UN-Zentrum in Wien

Man habe zu Beginn der Planung den Österreichern seitens der UNO erklärt, man brauche 4500 neue Arbeitsplätze. Heute würden nur 2800 benötigt. Die Frage trete nun in ein konkretes Stadium. Es gehe nicht bloss um die teilweise Besetzung der geschaffenen Räume, sondern auch um die Stellung Wiens³. Ein Teil Österreichs gravitiere nach München, ein anderer Teil nach Zürich. Eine Verstärkung der Stellung Wiens sei deshalb auch aus innenpolitischen Gründen notwendig. Die USA seien bereit, einige technische Dienste (nicht aber politische) abzutreten. Genf sei teurer als New York, vor allem aber bedeutend teurer als Wien. Man sollte die internationale Lebenshaltungstatistik revidieren⁴. Ein Gespräch zu dritt sei notwendig. Nach Meinung Waldheims sollten diese Gespräche unter seiner Leitung stattfinden. Selbstverständlich wolle man die Stellung Genfs nicht tangieren oder gar die guten Beziehungen zur Schweiz in Frage stellen⁵. Es gehe um die Verlegung marginaler Dienste. Man sollte sich also einigen können, was umso nötiger sei, als auch die Staaten der Dritten Welt Anspruch auf ein UN-Zentrum erheben könnten.

Schweizerischerseits wurde nachdrücklich betont, dass die heutige Stellung Genfs erhalten bleiben müsse⁶. Eine Konferenz zu dritt unter der Leitung Waldheims sei solange problematisch, als man sich nicht bilateral habe einigen können. Eine Konzertation der Betroffenen sei nötig, bevor die Organe der UNO eingeschaltet werden. Die Gespräche sind daher fortzusetzen.

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1987/102#627* (2520.01). Kopie an P. Graber, A. Weitnauer und P. R. Jolles.

2. Anwesend: Österreich: B. Kreisky und E. Bielka; Schweiz: P. Graber und E. Brugger. Zum Treffen vgl. auch das BR-Beschlussprot. II vom 27. August 1976 der 29. Sitzung vom 25. August 1976, dodis.ch/48617.

3. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 88 von R. Keller an das Politische Departement vom 30. März 1976, dodis.ch/49953.

4. Zu den von der Schweiz befürchteten Konsequenzen einer Verlegung nach Wien vgl. das BR-Prot. Nr. 511 vom 24. März 1976, dodis.ch/49951 sowie das Protokoll vom März 1976 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 24. Februar 1976, dodis.ch/49952.

5. Zum Einfluss dieser Frage auf die Beziehungen der Schweiz zu Österreich vgl. die Notiz von F. Pometta an A. Weitnauer vom 5. Januar 1976, dodis.ch/49949 sowie das Schreiben von J. Manz an F. Pometta vom 16. Juni 1978, dodis.ch/49957.

6. Vgl. dazu die Notiz von F. Gruber an F. Muheim vom 13. Februar 1976, dodis.ch/49950.

*EFTA-Gipfelkonferenz*⁷

Kreisky betont, dass schon bei der Gründung der EFTA die Idee intensiver Konsultationen in wirtschaftspolitischen Fragen bestanden habe. 1964 (?) habe im Rahmen der europäischen Integrationsbestrebungen bereits eine Gipfelkonferenz stattgefunden. Die Gefahr bestehe, dass man in der übrigen Welt Europa mit der EWG identifiziere⁸. Eine Profilierung, vor allem der Neutralen, sei deshalb notwendig. Folgende Probleme sollten besprochen werden:

- Die Beziehungen zu Spanien⁹ und Jugoslawien¹⁰.
- Die bessere Ausnützung der Evolutivklausel des Freihandelsvertrages¹¹. Das gelte vor allem für den Bereich der Landwirtschaft, wo Ö[sterreich] zunehmende Schwierigkeiten mit der EWG habe.
- Die Besprechung der West-Ost-Beziehungen (Handelsaustausch, Energielieferung, Verkehrsproblem, insbesondere Gütertransporte).
- Die Beziehungen zur EWG¹².

Ein Ausbau der EFTA scheine umso notwendiger, als Norwegen auch längerfristig keinen Anschluss an die EWG suche.

Wir erklärten unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an einer solchen Konferenz unter folgenden Bedingungen:

- Eine gründliche Vorbereitung sei nötig, da ein solch spektakuläres Unternehmen unter Erfolgszwang stehe, wenn es nicht kontraproduktiv wirken soll. Diese Vorbereitung müsste unter Führung hoher Beamter der Hauptstädte vorangetrieben werden.
- Notwendig sei eine gemischte Traktandenliste mit Themen, die zu Beschlüssen führen, und mit allgemeinen Aussprachethemen.
- Die Zeit reiche nicht, um die Konferenz noch 1976 abzuhalten, der früheste Termin wäre Frühjahr 1977.
- Es sei auch die Frage zu prüfen, ob neben den Gemischten bilateralen Kommissionen mit der EWG auch eine Gemischte Kommission EWG-EFTA zu ernennen wäre¹³.

7. Zur Vorbereitung des EFTA-Gipfels vom 13. Mai 1977 in Wien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 33, dodis.ch/48716; die Notiz von F. Nordmann vom 25. März 1976, dodis.ch/48618; die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 12. Oktober 1976, dodis.ch/48715; die Notiz von Ch. Boesch vom 1. November 1976, dodis.ch/48628; die Notiz von M. von Walterskirchen vom 9. November 1976, dodis.ch/48629; die Notiz von Ch. Faessler an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 24. Februar 1977, dodis.ch/48634 sowie die Notiz von F. Blankart vom 1. April 1977, dodis.ch/48635. Zum Gipfel selber vgl. das BR-Prot. Nr. 767 vom 11. Mai 1977, dodis.ch/48638; das Referat vom E. Brugger vom 23. Mai 1977, dodis.ch/48643 sowie die Rede von P. Graber vom 13. Mai 1977, dodis.ch/48645. Zu den Ergebnissen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 112, dodis.ch/49604.

9. Vgl. dazu die Notiz vom H. Cuennet vom 31. August 1976, dodis.ch/48490; das BR-Prot. Nr. 1114 vom 6. Juli 1977, dodis.ch/48640 sowie die Notiz von Ch. Boesch vom 8. September 1977, dodis.ch/48791.

10. Zur ersten Sitzung der Gemischten Kommission EFTA-Jugoslawien vgl. die Aufzeichnung von P. Niederberger vom 23. November 1978, dodis.ch/48941. Allgemein zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 118, dodis.ch/48925, Punkt 2.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 85, dodis.ch/49373.

13. Handschriftliche Marginalie: Institutionalisierte Ministerkonf. EWG-EFTA.

- Was die Harmonisierung der Landwirtschaftspolitik betrifft, so handelt es sich hier um Gemeinschaftsrecht, weshalb wir schweizerischerseits aus politischen und sachlichen Gründen alle Vorbehalte anbringen müssten¹⁴.
- Im Verhältnis zu Drittstaaten, die ihre Beziehungen zur EWG neu regeln, geht es ganz allgemein um die Frage der Handelsdiskriminierung. Dieses Problem müsse gelöst werden, wobei auch Griechenland und Israel in die Untersuchung einzubeziehen seien.

Die österreichischen Gesprächspartner anerkennen im wesentlichen unsere Argumentation.

Entspannungspolitik – Sicherheitskonferenz

Ö[sterreich] habe ein eminentes politisches Interesse, dass die Entspannungspolitik zu einem Erfolg werde. Die Konferenz von Belgrad¹⁵ sei daher äusserst wichtig. Vor allem der wirtschaftliche Korb sollte angereichert werden. Die Helsinki-Staaten des Westens sollten die Probleme vorher diskutieren können. Das wäre allenfalls in Strassburg¹⁶ möglich. Es scheint, dass Kreisky diese Idee weiterverfolgt.

Rüstungs-Zusammenarbeit

Kreisky erklärt dem Unterzeichneten in einer Gesprächspause, dass sich Ö[sterreich] nach wie vor für den schweizerischen Panzer¹⁷ interessiere. Das österreichische Heer brauche neue Panzer; die Beschaffung in der Schweiz wäre die politisch angenehmste Lösung. Die Gespräche sollten weitergeführt werden, an denen die Frage, ob einzelne Teile in Ö[sterreich] hergestellt werden könnten oder ob Kompensationen möglich seien, konkret abgeklärt werden müsste.

Mittelosten

Kreisky hat enge Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten in arabischen Staaten. Er gibt einen Überblick über die politische und militärische Entwicklung im Libanon¹⁸ und über die Stellung Syriens und Ammans in diesem Konflikt.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 187, dodis.ch/48717.

15. Zu den Vorbereitungen zum Belgrader Treffen der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

16. Vgl. dazu die Notiz von A. Hegner vom 23. Juli 1976, dodis.ch/48620 sowie die Notiz von A. Hegner an P. Graber und E. Brugger vom 6. August 1976, dodis.ch/48622.

17. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 73, dodis.ch/51705.

18. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 15, dodis.ch/50290, bes. Anm. 2.

26

dodis.ch/49429*Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹*

GIFTUNFALL VON SEVESO – ZUSAMMENARBEIT BEI DER HILFELEISTUNG

Bern, 30. August 1976

Am 18. August beschlossen Sie², in einem Schreiben³ des Bundespräsidenten an den italienischen Ministerpräsidenten die schweizerischen Bereitschaft auszudrücken, den italienischen Behörden bei der Bekämpfung der Folgen des Gift-Unfalls von Seveso zu helfen.

Am 21. August hat Ministerpräsident Andreotti das Schreiben von Bundespräsident Gnägi vom 19. August beantwortet⁴. Die schweizerische Geste sei bei der italienischen Regierung mit Dankbarkeit vermerkt worden und teilweise unmissverständlich das Mitgefühl der Schweiz gegenüber dem schweren Unglück, das die Nachbarregion Brianza befallen hat. Cesare Golfari, Vorsitzender der Region Lombardei, der die Verantwortung für sämtliche Hilfsmassnahmen in seiner Hand vereinigt, sei davon unterrichtet worden. Auch Präsident Golfari habe seine Genugtuung über die schweizerische Bereitschaft zur Hilfeleistung ausgedrückt und wäre froh, die hohen Beamten, die schweizerischerseits damit beauftragt würden, in Mailand zu empfangen, um zusammen zu prüfen, in welchen Gebieten die vom Bundesrat angebotene Zusammenarbeit zweckmässig verwirklicht werden könnte.

Inzwischen wurde uns über die italienische Botschaft mitgeteilt, dass eine solche Zusammenkunft in Mailand am 8. September⁵ stattfinden könnte.

Es erscheint uns selbstverständlich, dass wir dieser Einladung, die dem schweizerischen Vorschlag vom 19. August entspricht, Folge geben. Die Zusammenkunft sollte einen exploratorischen und vertraulichen Charakter haben und zum Ersten dazu dienen, die italienischerseits geplanten Hilfsmassnahmen näher kennenzulernen, die Vorschläge für eine schweizerische Beteiligung anzuhören, und das bei der in Aussicht genommenen Zusammenarbeit zu befolgende Vorgehen abzuklären. In dieser Phase ist nicht vorgesehen, schon über konkrete schweizerische Hilfeleistungen zu verhandeln; gemäss dem Brief des Bundespräsidenten würden solche erst bei Vorliegen der italienischen Vorschläge geprüft. Die schweizerische Delegation sollte folgendermassen gebildet werden: Leitung durch Frau Minister Pometta, Stellvertretende Direktorin im EPD, als gute Kennerin der Verhältnisse in Italien sowie als Vertreterin der Direktion des EPD, die für die Internationale

1. *Antrag*: CH-BAR#E1004.1#1900/9#835*. Verfasst von C. Caratsch und unterzeichnet von P. Graber.

2. *BR-Prot. Nr. 1409 vom 18. August 1976*, dodis.ch/50383.

3. *Schreiben von R. Gnägi an G. Andreotti vom 19. August 1976*, dodis.ch/49678.

4. *Schreiben von G. Andreotti an R. Gnägi vom 21. August 1976*, dodis.ch/49679.

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 31*, dodis.ch/48456.

Humanitäre Hilfe zuständig ist; Teilnahme von Spitzenbeamten der hauptsächlich interessierten weiteren Bundesdienste, d. h. des Stabs für Gesamtverteidigung⁶ und des Eidgenössischen Gesundheitsamts⁷ sowie des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe⁸. Da es sich im vorliegenden Fall nicht um eine klassische Form der Katastrophenhilfe handelt, wäre es u. E. in politischer Hinsicht angebracht, die Rolle des Delegierten nicht in den Vordergrund zu stellen.

Ebenfalls aus politischen Rücksichten wäre die vorgesehene Aktion vollständig von den Bemühungen zu trennen, welche die industrielle Gruppe Hoffmann-La Roche & Cie, als Besitzerin der ICMESA, im Rahmen ihrer direkten Verantwortung in dieser Angelegenheit unternimmt. Falls in einem späteren Zeitpunkt die Position der Roche-Gruppe einer diplomatischen Unterstützung durch die Schweiz bedürfen würde, müsste dies Gegenstand eines besonderen Antrags bilden. Die oben erwähnte Delegation ist nicht befugt, sich mit Angelegenheiten zu befassen, die das Verhältnis zwischen der Roche-Gruppe und den italienischen Behörden betreffen. Die Frage der Finanzierung der vorliegenden Aktion wird erst aufgrund der konkreten Wunschliste der italienischen Behörden geprüft werden können. Vorerst dürfte es sich jedoch um eine reine freundnachbarliche Soforthilfe im humanitären und technischen Bereich handeln, deren Kosten sich in einem vertretbaren Rahmen halten würden.

Die Reisespesen und Taggelder der Delegation gehen zulasten der Departemente, denen die einzelnen Mitglieder angehören.

Gestützt auf diese Überlegung beehren wir uns zu *beantragen*:

In Beantwortung der Einladung des italienischen Ministerpräsidenten wird eine Delegation von vier bis fünf Mitgliedern, unter Leitung von Frau Minister Pometta, Stellvertretende Direktorin im EPD, in Mailand den Kontakt mit dem für die Hilfemassnahmen in Seveso und Umgebung zuständigen Präsidenten der Region Lombardei, Prof. Cesare Golfari, aufnehmen, um auf vertraulicher Basis seine Vorschläge für eine schweizerische Hilfeleistung zur Prüfung entgegen zu nehmen und das bei der vorgesehenen Zusammenarbeit zu befolgende Vorgehen abzuklären.

Reise- und Aufenthaltskosten gehen zu Lasten der Departemente, denen die einzelnen Mitglieder der Delegation angehören. Die Taggelder sind im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt zu bestimmen⁹.

6. R. Ammann.

7. J.-P. Perret.

8. A. Bill. Zur Hilfsaktion des schweizerischen Katastrophenhilfekorps vgl. das Referat von A. Bill vom 15. August 1976, dodis.ch/48157.

9. Der Antrag wurde mit folgenden Änderungen angenommen: inklusive ein Vertreter des AC-Dienstes der Gesamtverteidigung. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1513 vom 1. September 1976, dodis.ch/49429.

27

dodis.ch/48951

*Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion, A. Hegner, an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements*¹⁰

JUGOSLAWISCHE VERHANDLUNGSVORSCHLÄGE¹¹ BETREFFEND DIE SCHULUNG VON GASTARBEITERKINDERN, DIE WISSENSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND DEN AKADEMISCHEN AUSTAUSCH

Bern, 31. August 1976

Zu Ihrer Notiz vom 16. August 1976¹² in der randvermerkten Angelegenheit nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir teilen Ihre Auffassung, wonach die jugoslawischen Vorschläge im Hinblick auf mögliche Verhandlungen des Amtes für Wissenschaft und Forschung mit den zuständigen Belgrader Behörden eher restriktiv auszu-legen sind.

Unsere Beziehungen mit Jugoslawien haben sich zwar in den letzten Jahren auf verschiedenen Teilgebieten in erfreulichem Masse entwickelt¹³, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zwischen den beiden Ländern erhebliche ideologische und sozialpolitische Differenzen bestehen. Das wirkt sich gerade beim Problem der Schulung von ausländischen Gastarbeiterkindern in der Schweiz aus. Das Schulungsanliegen an sich ist zweifellos berechtigt. Andererseits sind aber Klagen¹⁴ über Praktiken der jugoslawischen Konsulate in der Schweiz laut geworden, welche darauf ausgerichtet sind, ihre Landsleute politisch unter Kontrolle zu halten. Das zeigt sich etwa in den Versuchen, sich in die Tätigkeit, namentlich das Unterrichtswesen, der jugoslawischen religiösen Missionen in der Schweiz einzuschalten und Zusatzkurse in der Heimatsprache und -kultur im Sinne des sozialistischen Patriotismus zu vermitteln. Wenn auch die erhaltenen Informationen nicht über alle Zweifel erhaben sein dürften, so hat dieses Vorgehen dennoch zur Folge, dass in gewissen religiösen jugoslawischen Kreisen sowie in einem Teil der Gastarbeiterschaft aus diesem Lande Misstrauen und Furcht gesät werden. Die Ansicht der Eidgenössischen Konsultativkommission für das Ausländerproblem – die bis zu einem gewissen Grad von der Bundesanwaltschaft und der Fremdenpolizei geteilt wird – wonach die Machenschaften der jugosla-

10. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#890* (o.301.A-V). Verfasst von K. O. Wyss. Visiert von G. Ruf und P. Stauffer.

11. Vorschläge des Bundesamts für internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Bildung, Kultur und Technik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Juli 1976, dodis.ch/48954.

12. Notiz von F. Pometta an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 16. August 1976, dodis.ch/48953.

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 122, dodis.ch/35169; Dok. 143, dodis.ch/35158 und Dok. 157, dodis.ch/34496 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 75, dodis.ch/38383 und Dok. 118, dodis.ch/38379.

14. Vgl. dazu die Notiz von C. Caratsch vom 3. Mai 1976, dodis.ch/48974.

wischen Konsularbeamten einen unstatthaften Eingriff in unsere politische Ordnung darstellen, ist vor diesem Hintergrund verständlich.

Bei der Behandlung der Schulung von Kindern jugoslawischer Gastarbeiter in der Schweiz gilt es diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen. Mit Ihnen sind wir der Ansicht, dass diese Angelegenheit schon rein materiell gesehen und angesichts der offensichtlichen Bedeutung, welche ihr die jugoslawische Seite beimisst, von den Vorschlägen betreffend wissenschaftliche Zusammenarbeit und den akademischen Austausch gesondert betrachtet werden soll.

Zu den Abschnitten [*wissenschaftliche Zusammenarbeit*] und [*akademischer Austausch*] haben wir uns nicht zu äussern. Hingegen befürworten wir im Sinne Ihrer Ausführungen, dass der schweizerischen Delegation im Hinblick auf Verhandlungen auf jeden Fall ein Vertreter unseres Departements zur klaren Absteckung der vertraglichen Möglichkeiten beigegeben wird¹⁵.

15. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 117, dodis.ch/48925, Punkt 4 und 5.

28

dodis.ch/48396

*Der Abteilungschef in der Handelsabteilung des
Volkswirtschaftsdepartements, L. Roches, an den schweizerischen Botschafter
in Bukarest, P.-H. Aubaret¹*

ALLGEMEINES PRÄFERENZENSYSTEM – EINSCHLUSS RUMÄNIENS UNTER DIE BEGÜNSTIGTEN LÄNDER

Bern, 7. September 1976

Wir beehren uns, den Empfang Ihres Telex vom 30. August 1976² anzuzeigen, womit Sie uns über Ihre Unterredung mit Vize-Aussenminister Gliga orientierten. Gegenstand Ihres Gesprächs war die rumänischerseits in Aussicht genommene Demarche bei Herrn Bundesrat Brugger betreffend Einschluss Rumäniens in das allgemeine Präferenzensystem der Schweiz³.

In diesem Zusammenhang können wir Ihnen nunmehr bestätigen, dass der hiesige rumänische Botschafter Enachescu Herrn Bundesrat Brugger am 27. August 1976 das von Vize-Premierminister Ion Patan unterzeichnete

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1112* (C.41.117.0.(1)). Kopie an A. Dunkel, C. Sommaruga, I. Pawloff, R. Kummer, A. Clerc, L. Roches und die schweizerische Botschaft in Sofia. Diese Kopie ging an die Politische Abteilung I des Politischen Departements.

2. Telegramm Nr. 64 von P.-H. Aubaret an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. August 1976, Doss. wie Anm. 1.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 42, dodis.ch/35252, bes. Anm. 6 sowie den Bundesbeschluss über die Gewährung von Zollpräferenzen im Rahmen des allgemeinen Präferenzensystems zugunsten der Entwicklungsländer (Zollpräferenzenbeschluss) vom 23. September 1971, dodis.ch/34424.

Schreiben vom 11. August 1976⁴ überbracht hat. Eine Kopie dieses Schreibens ist Ihnen von Herrn Gliga ausgehändigt worden.

Herr Bundesrat Brugger ging bei seiner Stellungnahme dem rumänischen Botschafter gegenüber im wesentlichen von folgenden Überlegungen aus:

Seinerzeit war Rumänien vor allem aus Rücksicht auf das Prinzip des Burden-Sharing vom Einschluss in das schweizerische Präferenzschema ausgeschlossen worden⁵. In der Zwischenzeit ist Rumänien nicht nur in die Gruppe der 77 aufgenommen worden, sondern ist auch in den Genuss der durch die EWG gewährten Präferenzen gelangt, allerdings mit umfassenden Ausnahmen.

Die grundlegenden Voraussetzungen, damit ein Land in den Genuss der allgemeinen Präferenzen kommen kann, nämlich Qualifikation als Entwicklungsland, Self-Election, Burden-Sharing, scheinen somit auch für Rumänien erfüllt zu sein, so dass dem Ersuchen dieses Landes, in den Kreis der durch die Schweiz begünstigten Länder aufgenommen zu werden, nichts mehr entgegensteht⁶.

Am 31. August dieses Jahres tagte die Verhandlungs- und Fachgruppe «Handelsbeziehungen mit Entwicklungsländern», in welcher neben Vertretern der interessierten Bundesdepartemente auch solche der Wirtschaft und vor allem des Vororts vertreten sind⁷.

Dieses Gremium gelangte, gestützt auf die oben erwähnte Entwicklung, zum Schluss, dass der Aufnahme Rumäniens in das schweizerische Zollpräferenzschema auf den 1. Januar 1977 nichts mehr entgegensteht. Der Vertreter des Vororts konnte sich für die präferenzielle Behandlung Rumäniens – zum ersten Mal kommt damit ein Staatshandelsland in den Genuss der schweizerischen Präferenzen – nicht erwärmen und sah daher lediglich davon ab, sich der Aufnahme Rumäniens ins allgemeine Präferenzsystem zu widersetzen; er machte indessen auf die Gefahr eines Präjudizes aufmerksam. Zu Ihrer weiteren Information sei noch erwähnt, dass beabsichtigt ist, auch Bulgarien⁸, das sich als Entwicklungsland bezeichnet, aber nicht der Gruppe der 77 angehört, ebenfalls in den Genuss der schweizerischen Präferenzen zu stellen. Nun gilt es vor allem, im Einvernehmen mit der Wirtschaft, in beiden Fällen Rumänien und Bulgarien diejenigen Zollpositionen zu bestimmen, auf die die Präferenzen angewendet werden sollen, bzw. die Ausnahmen festzulegen.

Bevor die Revision der Zollpräferenzordnung, die auf den 1. Januar 1977 in Kraft treten sollte, dem Bundesrat zum Beschluss⁹ unterbreitet wird, werden sich noch die «Ständige Wirtschaftsdelegation»¹⁰ wie auch die Zolltarif-

4. Nicht ermittelt.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 157, dodis.ch/34496; DDS, Bd. 26, Dok. 152, dodis.ch/38443, Anm. 8 sowie das Schreiben von R. Probst an F. Schnyder vom 8. Januar 1974, dodis.ch/49886.

6. Zu den Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien vgl. den Bericht von C. Sommaruga vom 10. November 1976, dodis.ch/48403; die Notiz von A. Kaech vom 22. November 1976, dodis.ch/48405 sowie die Notiz von Th. Wernly vom 14. Oktober 1978, dodis.ch/48402.

7. Vgl. dazu die Notiz von G. Kündig an J. Zwahlen vom 3. September 1976, dodis.ch/48398. Vgl. ferner die Notiz von M. Heimo an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 5. Oktober 1976, dodis.ch/48401.

8. Zu Bulgarien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 59, dodis.ch/49448.

9. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2118 vom 24. November 1976, dodis.ch/48397.

10. Vgl. dazu die Aufzeichnung von B. Eberhard der Sitzung vom 28. Oktober 1976, dodis.ch/48399.

kommission¹¹ mit diesem Geschäft zu befassen haben. Zu gegebener Zeit werden wir alsdann Herrn Bundesrat Brugger ein Antwortschreiben¹² an Vize-Premierminister Patan unterbreiten.

Wir wollten indessen nicht verfehlen, und zwar für Ihre eigene Information, Sie schon jetzt über den Stand dieser Angelegenheit, die uns bekanntlich seit mehreren Jahren beschäftigt, zu orientieren.

11. Vgl. dazu das Protokoll vom 8. Dezember 1976 der Sitzung der Expertenkommission für den Zolltarif und für die Einfuhrbeschränkungen vom 1. November 1976, CH-BAR#E7110#1987/20#120* (330.1).

12. Schreiben von E. Brugger an I. Pâtan vom 2. Dezember 1976, CH-BAR#E7001C#1987/101#565* (2200.1).

29

dodis.ch/48997

Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Protocole, P. Gottret¹

Berne, 14 septembre 1976

Il m'est revenu que, vous retranchant derrière une interprétation stricte du règlement protocolaire, vous aviez décidé de ne pas faire mettre le drapeau en berne au mât du Département à l'occasion du décès du Président Mao Tsé-toung². Vous avez également donné au corps diplomatique un avis allant dans le même sens.

Il s'agit là, à mon sens, d'une interprétation trop rigide de notre règlement; il ne nous appartient pas de choisir les personnages que chaque pays entend honorer en les assimilant au chef de l'État. Cette qualité doit s'apprécier en fonction des critères propres à l'État en cause. D'ailleurs, la fonction de chef de l'État a été formellement supprimée en République populaire de Chine. En l'occurrence, la prééminence de Mao Tsé-toung ne saurait faire de doute³. S'abstenir de ce geste de condoléances, usuel entre États, serait plus qu'un manquement à la courtoisie internationale: il pourrait en résulter des conséquences d'ordre politique certainement plus graves que le fait de saluer, comme le font pratiquement tous les États, la mémoire du dignitaire chinois.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2563* (B.15.81.6).

2. Cf. le rapport politique N° 53 de H. Langenbacher du 20 septembre 1976, dodis.ch/49032. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 53, dodis.ch/49021, point 2.

3. Cf. la notice de F. Nordmann à P. Graber du 14 septembre 1976, dodis.ch/52566. Celle-ci mentionne un précédent pour la mise en berne lors du décès d'un non-chef d'État. Cf. là-dessus la notice de Ch. Wetterwald sur les mesures prises lors du décès de Sir Winston Churchill le dimanche 24 janvier 1965, dodis.ch/49112. Cf. aussi la lettre de A. Fischli à P. Gottret du 24 novembre 1975, dodis.ch/52598 et la lettre de G. von Salis à A. Fischli du 5 décembre 1975, dodis.ch/52603.

En conséquence, je vous prie de prendre les dispositions nécessaires pour faire mettre en berne le drapeau à la date des funérailles officielles, soit le 18 septembre prochain, et d'en informer le corps diplomatique⁴.

4. Cf. la note du Département politique aux Missions diplomatiques à Berne du 16 septembre 1978, doss. comme note 1. Sûrement à l'occasion de cet incident, le Conseil fédéral avait confié au chancelier de la Confédération la mise-à-jour du règlement protocolaire. Cf. le PVCF N° 2295 du 22 décembre 1976, dodis.ch/52608.

30

dodis.ch/49015

Notice interne de la Direction politique du Département politique¹

LETTRE DU PRÉSIDENT DE L'ASSEMBLÉE LÉGISLATIVE DU «TURKISH FEDERATED STATE OF CYPRUS». POSITION DE LA SUISSE À L'ÉGARD DE CHYPRE

Berne, 14 septembre 1976

La lettre² adressée par M. Osman N. Örek, Président de l'Assemblée législative du «Turkish Federated State of Cyprus», au Président de la Confédération³ invite les Parlements de tous les pays du monde à nouer des liens d'amitié et de coopération avec l'Assemblée élue par les Chypriotes turcs dans la zone occupée par les forces turques⁴. Nous aimerions attirer votre attention sur les problèmes soulevés par cette lettre au regard de l'attitude observée par le Conseil fédéral à l'égard de Chypre depuis les événements de 1974⁵.

Selon les développements récents de la situation politique à Chypre⁶, il semblerait que l'on s'achemine lentement vers une partition de fait, la communauté chypriote turque poursuivant la mise en place méthodique des institutions de l'«État fédéré turc de Chypre» créé unilatéralement en février 1975.

Toutefois, la République de Chypre continue d'exister sur la base de la Constitution de 1960, et la Suisse entretient des relations diplomatiques normales avec le gouvernement du Président Makarios auprès duquel notre

1. Notice (copie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2615* (B.73.0). Rédigée par L. Favre et signée par C. Caratsch. Original à A. Pfister. Copie à R. Gnägi et à l'Ambassade de Suisse à Tel-Aviv.

2. Cf. la lettre de O. Örek à R. Gnägi du 18 août 1976, dodis.ch/51243.

3. R. Gnägi.

4. Sur une possible invitation de parlementaires suisses dans la zone turque de Chypre, cf. le télégramme N° 139 de C. H. Steinhäuslin à la Direction politique du Département politique du 9 août 1978, dodis.ch/52868.

5. Sur l'attitude de la Suisse et la préservation des intérêts suisses depuis l'éclatement de la crise chypriote, cf. DDS, vol. 26, doc. 98, dodis.ch/38813, en particulier note 18 et DDS, vol. 27, doc. 38, dodis.ch/49414.

6. Cf. le rapport politique N° 1 de J. Rüedi du 30 juin 1976, dodis.ch/49013 et la notice de C. Caratsch du 14 février 1975, dodis.ch/38814.

Ambassadeur⁷ à Tel-Aviv est accrédité. En outre, nous considérons toujours M. Denktash comme le Vice-Président de la République de Chypre, et c'est à ce titre que notre Ambassadeur a eu des contacts avec lui.

Le Conseil fédéral ayant toujours observé la réserve la plus stricte quant au conflit qui oppose les deux communautés, nous nous abstenons de répondre aux nombreuses notes relatives à la situation intercommunautaire, qu'elles nous parviennent du Ministère des Affaires étrangères de Chypre et de ses Ambassades⁸, ou de l'administration de la communauté chypriote-turque.

En conséquence, il conviendrait de ne pas donner suite à la lettre du 18 août 1976 de M. Osman N. Örek⁹, une réponse à l'invitation de l'Assemblée législative du «Turkish Federated State of Cyprus», pouvant être interprétée comme une prise de position politique de la Suisse dans le conflit entre les deux communautés.¹⁰

7. J. Rüedi.

8. Cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2615* (B.73.0).

9. Cf. note 2.

10. Sur la suite des événements, cf. DDS, vol. 27, doc. 140, dodis.ch/49027.

31

dodis.ch/48456

Rapport de la Cheffe de la délégation suisse de hauts fonctionnaires, F. Pometta¹

CATASTROPHE DE SEVESO

Confidentiel

Berne, 22 septembre 1976

Comme suite à la décision du Conseil fédéral du 1^{er} septembre 1976², la délégation a eu le 8 septembre à Milan des entretiens³ avec des représentants de la junta de la Région lombarde, principalement avec le président de cette dernière, M. Golfari (D.C.), et les assesseurs à la santé publique⁴ et aux services sociaux⁵.

1. *Rapport*: CH-BAR#E1004.1#1000/9#836*. Le rapport a été accepté sans modifications par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1757 du 4 octobre 1976, dodis.ch/48456. Copie à A. Weinauer, O. Huber, à la Division politique I, la Direction des organisations internationales, la Section des missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger et à la Section des œuvres d'entraide internationale du Département politique, au Bureau de l'intégration, à la Division du commerce du Département de l'économie publique, au Consulat de Suisse à Milan, à l'Ambassade de Suisse à Rome, à l'Office central de la défense et au Laboratoire de Wimmis du Département militaire, ainsi qu'au Service fédéral de l'hygiène publique du Département de l'intérieur.

2. DDS, vol. 27, doc. 26, dodis.ch/49429.

3. Cf. la notice de J.-P. Perret, R. Ammann et O. Huber du 8 septembre 1976, dodis.ch/50350.

4. V. Rivolta.

5. R. Peruzzotti.

La délégation suisse a précisé dès le début que le but de sa mission était exploratoire et qu'elle ne pouvait en aucun cas préjuger les décisions du Conseil fédéral⁶. Celui-ci avait voulu marquer sa sympathie et celle du peuple suisse envers une population amie et voisine de la Suisse, touchée par une catastrophe d'un type nouveau. La délégation n'avait pas le mandat de se substituer à Hoffmann-La Roche ou à Givaudan dans leurs rapports avec les autorités italiennes ou d'assumer des responsabilités leur incombant.

Le but de la délégation était d'examiner d'entente avec les autorités lombardes les formes concrètes que pourrait prendre l'offre de coopération (terme préférable à celui d'aide) de la Suisse.

Les représentants de la junta ont dressé un tableau complet des mesures de tout ordre qu'elles ont dû prendre à Seveso. Mille personnes environ ont dû quitter définitivement la zone A. Dans la zone B, 4280 habitants ont la permission de passer la nuit dans leur maison, mais non d'y vivre de jour ou d'y travailler. Les écoles notamment sont inutilisables.

Il a fallu faire face aux innombrables problèmes sociaux, économiques, médicaux que posaient ces évacuations, procéder à la destruction de la végétation et à l'extermination de quelque 80'000 animaux, etc.

Outre les difficultés matérielles, les difficultés psychologiques ont joué un très grand rôle, car il fallait imposer à une population inconsciente du danger, des mesures draconiennes dans une région apparemment indemne.

Les entretiens de Milan n'ont apporté que peu d'éléments nouveaux sur l'ampleur de la catastrophe de Seveso. La junta déplore certes le retard d'une dizaine de jours qui a précédé les premières mesures, mais c'est un organe politique qui n'est guère enclin à dévoiler les fautes ou les insuffisances éventuelles de son administration.

Restent les problèmes insolubles au point de vue technique ou matériel et devant lesquels les autorités lombardes avouent leur impuissance. Il s'agit principalement de la décontamination du terrain⁷ (destruction par le feu de 140'000 tonnes de terre à une température de 1200 degrés).

Si les problèmes immédiats de santé publique sont en partie résolus, on ignore tout en revanche des effets à long terme de la dioxine sur l'organisme⁸. On craint des effets mutagènes, cancérogènes, tératogènes, etc. Il est possible aussi que la dioxine diminue l'immunité de l'organisme contre les maladies.

Les discussions ont porté ensuite sur les formes possibles de coopération avec la Suisse.

Vu la nature de la catastrophe et ses origines, l'aide humanitaire de type classique est exclue. Il en est de même de toutes manifestations de la charité privée (collectes, chaîne du bonheur, etc.).

6. Cf. le PVCF N° 1757 du 4 octobre 1976, dodis.ch/48456.

7. Annotation dans le texte original: Les autorités lombardes montrent un certain scepticisme quant au succès de la décontamination de la zone par le procédé Givaudan. Selon elles, en Lombardie, l'insolation n'est pas suffisante.

8. Sur la demande d'informations de la Suisse au Viêt Nam sur l'élimination des effets de l'agent orange, cf. la note de P. Barbey au Ministère des Affaires étrangères du Viêt Nam du 20 avril 1978, dodis.ch/50085 et la notice de P. Barbey à la Direction politique du Département politique du 2 juin 1978, dodis.ch/50340.

La Région lombarde ne désire, ni ne demande l'aide matérielle de la Suisse, mais la junta a cependant attiré notre attention sur les problèmes scolaires des zones voisines de la zone sinistrée. Les municipalités doivent construire d'urgence quatre écoles maternelles pour un total de 250 à 300 enfants et deux pouponnières pour 120 bébés. L'industrie italienne n'est pas spécialisée dans ce type de constructions préfabriquées et, en outre, elle est occupée par la reconstruction du Frioul⁹. L'aide de la Suisse pourrait donc combler une lacune¹⁰.

La coopération scientifique et technique¹¹ entre les deux pays répondrait, elle aussi, à des besoins réels, bien qu'elle soit difficile à organiser et ne promette pas de succès immédiats. Elle est souhaitée par M. Golfari. Comme on l'a vu plus haut, ce sont probablement principalement les problèmes multiples et complexes de la décontamination et des effets toxiques de la dioxine sur l'organisme qui pourraient constituer le champ de cette coopération.

La délégation italienne souhaiterait aussi qu'une institution suisse (chambre de commerce, par exemple) organise en Suisse une manifestation de propagande en faveur des produits de la Brianza¹². Ceci marquerait la confiance des importateurs et aurait un heureux effet dans d'autres pays. À la suite de la catastrophe, en effet, les exportations de la Brianza ont subi un coup d'arrêt vu la crainte qu'elles inspiraient. Cette demande de la junta ne peut être satisfaite par l'administration fédérale, mais la délégation suisse a promis de la signaler aux milieux intéressés.

Hors séance, mais officiellement cependant, le président Golfari s'est plaint avec une amertume non dissimulée de la difficulté des contacts avec Hoffmann-La Roche et Givaudan. Les deux maisons ont, en effet, confié la défense de leurs intérêts à des avocats italiens qui ont été, jusqu'au 8 septembre en tout cas, les seuls interlocuteurs de la junta. Or ces avocats n'ont que des pouvoirs très limités et se dérobent. La junta voudrait bien entendu commencer à traiter des problèmes de responsabilité civile des deux maisons suisses, mais elle souhaiterait aussi savoir si Hoffmann-La Roche peut ou veut employer la main-d'œuvre d'Icmesa qui va être au chômage dès cet automne. La solution du problème de l'emploi atténuerait le choc psychologique qui a frappé la population de Seveso ainsi que les conséquences économiques de la catastrophe. La junta croit aussi savoir que des recherches sur la toxicité de la dioxine sont entreprises dans les laboratoires d'Hoffmann-La Roche et de Givaudan et des informations à ce sujet lui seraient utiles. La soussignée a répondu à M. Golfari que ses remarques seraient transmises à la direction d'Hoffmann-La Roche dès le retour de la délégation en Suisse. M. Golfari, qui a refusé l'envoi en Lombardie d'un commissaire du gouvernement, s'est vu finalement attribuer par Rome une délégation de compétences extrême-

9. Sur le tremblement de terre du Frioul et l'aide apportée par la Suisse, cf. DDS, vol. 27, doc. 50, dodis.ch/51467, notes 13–15; le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426, point 11 et le PVCF N° 1460 du 25 août 1976, dodis.ch/48155.

10. Sur l'aide de la Suisse à la construction d'écoles maternelles, cf. la lettre de C. Golfari à F. Pometta du 7 octobre 1976, dodis.ch/48158.

11. Cf. le PVCF N° 1757 du 4 octobre 1976, dodis.ch/48456.

12. Cf. la lettre de B. Torrione à A. Weitnauer du 29 septembre 1976, dodis.ch/51491.

ment étendue dans l'affaire de Seveso. Il a accompli en peu de temps une œuvre considérable. Cela a été pour lui l'occasion de s'affirmer politiquement et aussi de marquer l'indépendance de la Région face au pouvoir central.

Les diverses remarques de M. Golfari au sujet de la Suisse, des investissements suisses en Lombardie, des mass media, etc. ont été transmises directement aux services intéressés, mais il y a lieu néanmoins de souligner le rôle très grand que les facteurs psychologiques et aussi le manque d'informations objectives jouent dans l'affaire de Seveso et dans le différend qui oppose la Junte à Hoffmann-La Roche et à Givaudan.

À cet égard, l'offre de coopération du Conseil fédéral et la lettre du Président de la Confédération¹³ ont eu des effets très positifs. Les représentants de la Junte ont marqué clairement leur confiance envers la délégation suisse et les entretiens de Milan ont permis de dissiper des malentendus et de nouer des liens, ténus certes, mais qui pourraient être utiles à l'avenir. Il n'empêche cependant que, malgré la courtoisie et la générosité de l'accueil dont elle a été l'objet, la délégation suisse est revenue à Berne convaincue que le contentieux Hoffmann-La Roche Junte lombarde fait peser sur les relations de la Suisse avec l'Italie¹⁴ un danger dont il ne faut pas sous-estimer la portée.

13. Lettre de R. Gnägi à G. Andreotti du 19 août 1976, dodis.ch/49678. Pour la réponse, cf. la lettre de G. Andreotti à R. Gnägi du 21 août 1976, dodis.ch/49679.

14. Pour une vue d'ensemble des relations entre la Suisse et l'Italie, cf. DDS, vol. 26, doc. 35, dodis.ch/38348; DDS, vol. 27, doc. 53, dodis.ch/37679 et le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426.

32

dodis.ch/48753

Notiz des Chefs der Auslandschweizerangelegenheiten des Politischen Departements, M. Jaccard¹

Bern, 24. September 1976

Wie vorgesehen, fand am 24. September 1976 eine Sitzung² auf dem Bundesamt für Sozialversicherung (Vorsitz: Direktor Schuler) statt, die der Praxis auf dem Gebiete der internationalen Sozialversicherungsabkommen und der Überlastung der mit der Durchführung betrauten Stellen gewidmet war.

In der Beurteilung der heute herrschenden Situation war man sich im allgemeinen einig, wenn auch Nuancen unverkennbar waren. Herr Dr. Wegmüller (Schweizerische Ausgleichskasse) überreichte den Sitzungsteilnehmern

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#132* (A.14.64.4.0). Gerichtet an M. Leippert.

2. Vgl. dazu auch das Schreiben von H. Wolf an A. Weitnauer vom 26. August 1976, dodis.ch/49454 sowie das Protokoll von J. Doleschal vom 8. November 1976, dodis.ch/52667.

fünf Tabellen (siehe Beilage³), die in plastischer Weise zeigen, wie sehr die Überlastung und die Rückstände zunehmen. Auffallend an diesen Tabellen ist der deutlich überproportionierte Anteil der Italien-Fälle⁴.

Die Ursachen des Übels wurden m. E. nicht klar herausgeschält. Dr. Wegmüller machte geltend, die Personaldotierung habe nicht Schritt gehalten mit der Erhöhung der Zahl der Eingänge und mit der Tatsache, dass namentlich die Fälle aus dem Ausland schwierig zu beurteilen seien. Damit ist aber nicht die wahre Ursache aufgezeigt. Der Ursprung der Schwierigkeiten geht eben auf die Viehlzahl und die Kompliziertheit der Abkommen zurück. Ferner zeigte sich, dass nicht nur die Ausgleichskasse belastet ist, sondern auch die IV-Kommission und die Rekurskommission. Die aus Italien stammenden Rekurse nehmen überhand. Die Italiener zeigen sich sehr rekursfreudig.

Ich habe geltend gemacht, dass für die Verhandlungen eine straffe Prioritätsordnung⁵ aufgestellt und dass möglichst nach vereinfachten Lösungen gesucht werden sollte. Die Kündigung von Verträgen (wie sie etwa zur Diskussion gestellt wird) oder die Nichteinhaltung von vertraglichen Verpflichtungen⁶ habe ich abgelehnt, dagegen eine Überprüfung des Standortes und einen gewissen Marschhalt befürwortet.

Von Seiten des Bundesamtes wurde geltend gemacht, man bemühe sich um eine Priorität, sei aber an die internationale Praxis gebunden und könne nicht viel ändern. Schliesslich konzentrierte sich die Diskussion auf technisch-administrative Verbesserungsmöglichkeiten, die ziemlich ausgiebig diskutiert wurden. Die ZOB wird weiterhin herangezogen werden. Mit positiven Auswirkungen in absehbarer Zeit ist nicht zu rechnen. Es ist bezeichnend, dass man als Hauptmassnahme eine gestaffelte, aber doch massive Erhöhung des Personalbestandes in Aussicht nimmt. Der Vertreter der Finanzverwaltung (Vizedirektor Rogger) machte auf den Personalstopp und die Haltung des Parlamentes aufmerksam⁷. Trotzdem scheint man – etwas knapp ausgedrückt – nicht danach trachten zu wollen, das ganze Abkommenssystem möglichst zu vereinfachen. Man sieht als Kern kaum eine andere Lösung als eine Vergrösserung des administrativen Apparates.

Das Bundesamt wird die ganze Frage weiterhin prüfen und sieht vor, zu Beginn des nächsten Jahres den Sitzungsteilnehmern eine Liste der praktischen Möglichkeiten zu unterbreiten⁸.

Die Diskussionszeit war kurz bemessen, so dass von einer erschöpfenden Aussprache nicht gut gesprochen werden kann. Wenn auch einiges geklärt

3. Für die Beilagen vgl. dodis.ch/48753. Vgl. dazu ferner das Schreiben von M. Jaccard an R. Probst vom 21. Juni 1977, dodis.ch/49319.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 118, dodis.ch/49424, Punkt 3a.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 186, dodis.ch/39242 sowie die Notiz von M. Leippert an M. Jaccard vom 26. Juli 1977, dodis.ch/49455, bes. Punkt 9.

6. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Faessler vom 29. September 1976, dodis.ch/52668.

7. Der Personalstopp wurde 1974 als Bestandteil der Massnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Bundeshaushalt erlassen. Vgl. dazu das Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts vom 4. Oktober 1974, BBl, 1974, II, S. 850–852.

8. Zur nächsten Sitzung, die am 17. Februar stattfand, vgl. die Notiz von M. Leippert vom 17. Februar 1977, dodis.ch/52678.

werden konnte, ist m. E. das Resultat nicht als besonders erfreulich zu bezeichnen. Alles in allem genommen, lautet mehr oder weniger eingestanden die These so: An der bisherigen Praxis lässt sich sachlich so gut wie nichts ändern; die Praxis wird auch in Zukunft beibehalten; administrativ-organisatorisch lassen sich einige Verbesserungen anbringen; diese sind in Durchführung begriffen; im wesentlichen wird man um eine deutliche Personalvermehrung nicht herumkommen.

33

dodis.ch/48716

Memorandum der schweizerischen Botschaft in Wien an das österreichische Aussenministerium¹

[Wien, 4. Oktober 1976]²

In Beantwortung des Memorandums³, das der österreichische Geschäftsträger⁴ am 19. Juli 1976 dem Eidg. Politischen Departement im Hinblick auf die vorgeschlagene Abhaltung eines Treffens von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten auf höchstmöglicher Ebene⁵ überreicht hat, ist aus schweizerischer Sicht folgendes festzuhalten:

1. Nach dem Scheitern des Planes einer grossen westeuropäischen Freihandelszone und der darauffolgenden Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist die EFTA entworfen worden⁶, um die Märkte zumindest unter den Nicht-EWG-Staaten zu öffnen und damit einen Brückenschlag zwischen den beiden Institutionen in die Wege zu leiten. Diese doppelte Zielsetzung konnte mit der gesamteuropäischen Lösung der Freihandelsabkommen weitgehend erreicht werden, was die Richtigkeit der eingeschlagenen Methode bestätigt. Es stellt sich somit die Frage, ob sich die Zusammenarbeit unter den EFTA-Staaten auf die Verwaltung und Erhaltung des erreichten Freihandels beschränken oder ob sie, ohne an der dem Stockholmer Übereinkommen zugrundeliegenden Konzeption etwas zu ändern, im Sinne vermehrter Konsultationen auf weitere Gebiete ausgedehnt werden soll⁷.

2. Diese wesentliche Frage, die nach schweizerischer Auffassung eine sorgfältige Prüfung verdient, ist nur schwerlich am genannten Treffen abschliessend zu beantworten. Allein, diese Konferenz steht ob ihrer Ungewöhnlich-

1. Memorandum: CH-BAR#E7113A#1989/99#7* (770.315).

2. Übergeben am 4. Oktober 1976. Vgl. das Telegramm Nr. 238 von R. Keller an F. Blankart vom 4. Oktober 1976, dodis.ch/52896.

3. Memorandum der österreichischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 19. Juli 1976, dodis.ch/49658.

4. G. Calice.

5. Zur EFTA-Gipfelkonferenz vgl. auch Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 7.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 47, dodis.ch/15943 sowie Dok. 58, dodis.ch/15944.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 34, dodis.ch/48713.

keit unter einem Erfolgszwang. Sie bedarf deshalb ihrerseits nicht nur einer eingehenden Vorbereitung, sondern auch einer vorhergehenden, wenngleich unverbindlichen, Einigung hinsichtlich jener Fragen, die zum Gegenstand einer erweiterten Zusammenarbeit unter den EFTA-Staaten werden könnten. Wie schon anlässlich des schweizerisch-österreichischen Treffens vom 12./13. August in Salzburg⁸ ausgeführt, ist die Schweiz unter dieser zweifachen Voraussetzung in der Lage, der Abhaltung eines Treffens von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten auf höchstmöglicher Ebene grundsätzlich zuzustimmen, dies um so mehr, als es ihrer traditionellen Politik entspricht, die Europäische Freihandelsassoziation durch eine konstruktive Mitarbeit zu fördern.

3. Hinsichtlich des Vorgehens schlägt die Schweiz vor, es sei auf einer ad hoc-Grundlage eine Arbeitsgruppe der «Heads of Delegation» zu bilden, welche, wenn erwünscht, unterstützt von Beamten der Hauptstädte sowie unter Inanspruchnahme des EFTA-Sekretariats einen vertraulichen und substantiellen Bericht zu Handen eines Gremiums hoher Beamter der EFTA-Staaten zu verfassen hätte. Dieser Bericht, der die materiellen Bereiche sowie die Methoden einer Ausdehnung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten zu beschreiben hätte und mit konkreten Vorschlägen hinsichtlich des weiteren Vorgehens zu versehen wäre, würde von den hohen Beamten, unter Beizug des EFTA-Generalsekretärs⁹ zur Besprechung spezifischer Traktanden, eingehend beraten, soweit nötig ergänzt oder abgeändert, und alsdann an ihre Regierungen weitergeleitet. Dies dürfte frühestens Ende Mai 1977 möglich sein.

4. Auf Grund einer ersten Bestandesaufnahme ergeben sich aus schweizerischer Sicht hinsichtlich eines möglichen Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Staaten die im folgenden dargestellten materiellen Schwerpunkte. Hierbei ist nicht die Meinung, dass die Regierungsmitglieder anlässlich ihres Treffens diese Gebiete im Detail besprechen, sondern dass sie den Anstoss zu deren weiteren Verfolgung geben.

41 Vertiefung des europäischen Freihandelsraumes¹⁰

Es handelt sich hierbei um einen Bereich, der sich am unmittelbarsten aufdrängt. Ohne dass an dieser Stelle auf Einzelheiten eingegangen werden soll, sei festgehalten, dass aus schweizerischer Sicht die folgenden Entwicklungen als wünschbar erachtet werden:

- Die Sicherung des Freihandels auf der Ausfuhrseite (Verzicht auf Ausfuhrerschwernisse etc.)
- die weitere Vereinfachung und vollständige Multilateralisierung der Ursprungsregeln
- die Liberalisierung des öffentlichen Einkaufswesens
- die Überprüfung der gegenseitigen Zugeständnisse beim Handel mit verarbeiteten Nahrungsmitteln

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714.

9. Ch. Müller. Zur Arbeitssitzung diesbezüglich mit ihm vgl. die Notiz von H. Brunner und J.-J. Maeder vom 2. September 1976, dodis.ch/48623.

10. Vgl. dazu auch die Notiz von F. Blankart vom 13. November 1978, dodis.ch/48681.

Hierbei handelt es sich durchwegs um Probleme, die nur im Einvernehmen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelöst werden können.

42 Ausbau der Konsultationen mit der EWG¹¹

Wünschbar wäre ferner, darauf hinzuwirken, dass sich die Gemeinschaft mit einer vermehrten Absprache mit den EFTA-Staaten auf jenen Gebieten einverstanden erklären kann, die vom Freihandel zwar nicht gedeckt sind, aber eine unmittelbare Auswirkung auf den Warenverkehr ausüben; derartige Absprachen hätten den Zweck, die Herstellung neuer nicht-tarifarischer Handelshemmnisse zu vermeiden. Genannt seien z. B. die technischen Normen, das Pharmarecht¹², die Herkunftsbezeichnung, das Markenrecht, der Umweltschutz etc. – Ein weiterer, wesentlicher Bereich, in welchem Konsultationen angestrebt werden sollten, ist jener der Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungspolitik.

In beiden Fällen geht es darum, nach Möglichkeiten zu verhindern, dass der durch den Zollabbau erreichte Freihandel nachträglich in Frage gestellt wird, sei es durch das Erlassen unterschiedlicher und damit handelshemmender Rechtsvorschriften¹³, sei es durch eine Disparität in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren verhältnismässige Beständigkeit eine der impliziten äusseren Bedingungen darstellt, unter denen die Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vereinbart worden sind.

43 Bereinigung der handelspolitischen Beziehungen zu den verbleibenden westeuropäischen Staaten

Zur Abrundung des europäischen Freihandelsraums gehört auch die Schaffung multilateraler Freihandelsbeziehungen mit jenen europäischen Staaten, die mit der EWG Präferenz- oder Assoziationsabkommen abgeschlossen haben, um zu einem späteren Zeitpunkt die Vollmitgliedschaft zu erlangen (Griechenland, Malta, Spanien, Türkei, Zypern)¹⁴. Hier wäre eine interimistische vertragliche Lösung, die den EFTA-Staaten bis zum EG-Beitritt der betreffenden Vertragspartner eine Parallelität des Zollabbaus gewährleistet, handelspolitisch von Vorteil, insofern damit einer Diskriminierung ihrer Erzeugnisse gegenüber jenen der EWG auf den Märkten dieser Staaten Einhalt geboten würde. Hierbei müssten diese Abkommen mit der Gemeinschaft dergestalt koordiniert werden, dass eine dem bestehenden Freihandelsraum entsprechende Regelung der Ursprungskriterien ermöglicht wird.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 85, dodis.ch/49373.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 61, dodis.ch/35212; die Notiz von F. Blankart an C. Sommaruga vom 18. April 1977, dodis.ch/48706; die Notiz von M. Baldi vom 10. Juni 1977, dodis.ch/48710 sowie das BR-Prot. Nr. 985 vom 13. Juni 1977, dodis.ch/48707.

13. Zur Frage der Rechtsharmonisierung vgl. das Schreiben von J. Voyame an F. Blankart vom 1. Oktober 1976, dodis.ch/48612.

14. Zu Griechenland, der Türkei und Spanien vgl. die Notiz von C. Sommaruga an P. R. Jolles vom 15. April 1976, dodis.ch/49036. Zu Griechenland vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 140, dodis.ch/49027; die Aufzeichnung von A. Coigny und Ch. Truninger vom 17. Dezember 1976, dodis.ch/48541 sowie die Notiz von Ch. Faessler vom 9. August 1978, dodis.ch/49041. Zu Spanien vgl. die Notiz von H. Cuennet vom 31. August 1976, dodis.ch/48490; das BR-Prot. Nr. 1114 vom 6. Juli 1977, dodis.ch/48640 sowie die Notiz von Ch. Boesch vom 8. September 1977, dodis.ch/48791.

44 Stellungnahme zu wichtigen Weltwirtschaftsproblemen

Was die Probleme betrifft, die das spezifische Verhältnis der EFTA-Staaten zur Gemeinschaft überschreiten, so würde es sich kaum als möglich oder sinnvoll erweisen, sie im Rahmen der EFTA zu lösen, insofern deren Bestimmungsmerkmale vielfach wesentlich von Faktoren abhängen, die ausserhalb Westeuropas liegen. Dies schliesst nicht aus, dass eine diesbezügliche Abstimmung innerhalb der EFTA in den meisten Fällen wünschbar wäre, um ihren Mitgliedstaaten zu ermöglichen, in internationalen Organisationen durch pragmatische und konstruktive Vorschläge je einzeln ihre Nützlichkeit als Verhandlungspartner unter Beweis zu stellen, und ihnen damit im interkontinentalen Gespräch vermehrt das ihnen zukommende Gewicht zu verleihen. Als mögliche Bereiche seien die Tokio-Runde, die Neugestaltung der Nord-Süd-Beziehungen, der atlantische Dialog sowie das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten genannt; hierbei sollte aber vermieden werden, im Rahmen internationaler Verhandlungen eine «EFTA-Gruppe» zu bilden.

5. In diesem Zusammenhang ist schliesslich festzuhalten, dass es nicht darum gehen kann, Integrationsfortschritte unter den EFTA-Staaten auf jenen Gebieten anzustreben, um derentwillen diese Staaten der Gemeinschaft ferngeblieben sind, da sie sich die freie Gestaltung ihrer diesbezüglichen Politik vorbehalten haben. Ein solches Vorgehen würde nicht nur der traditionellen schweizerischen Politik widersprechen, sondern auch eine institutionelle Struktur voraussetzen, über welche die EFTA nicht verfügt und auch in Zukunft nicht verfügen soll.

6. Bei alldem ist ferner vornehmlich darauf hinzuweisen, dass ein Treffen von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten auf höchstmöglicher Ebene sowie die von ihm auszulösende Intensivierung der Zusammenarbeit unter den EFTA-Staaten weder eine Verpolitisierung der Freihandelsassoziation noch deren Blockbildung gegen aussen zur Folge haben dürfen, da beides ihre Wirksamkeit schwächen würde. Es scheint aus schweizerischer Sicht deshalb angezeigt, zu gegebener Zeit auch bei den Europäischen Gemeinschaften darauf hinzuwirken, dass die Intensivierung der Zusammenarbeit unter den EFTA-Staaten nicht als Frontbildung, sondern als die gemeinsame Vorbereitung pragmatischer Lösungen angesehen und in diesem Sinne auch beantwortet wird. Das Entsprechende gilt für die zwischenstaatlichen Organisationen, haben doch die EFTA-Staaten als kleine oder mittlere Länder ein gemeinsames Interesse, den multilateralen Charakter der internationalen Verhandlungen aufrecht zu erhalten.

7. Das Ziel eines allfälligen Treffens von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten auf höchstmöglicher Ebene soll somit sein, die Freihandelsassoziation als wirtschaftspolitisches Konsultationsgremium zu stärken¹⁵, dies primär im Hinblick auf die Möglichkeit, den europäischen Freihandelsraum im Einvernehmen mit der EWG zu vertiefen und u. U. geographisch zu erweitern und sekundär zum Zwecke einer freiwilligen und selektiven Abstim-

15. Vgl. dazu die Notiz von F. Blankart an C. Sommaruga vom 26. August 1977, dodis.ch/48656; die Notiz von B. Gyger vom 22. November 1978, dodis.ch/48685 sowie die Notiz von C. Jagmetti an das Integrationsbüro vom 6. Dezember 1978, dodis.ch/48615.

mung gewisser individueller Politiken der Mitgliedstaaten gegen aussen. Damit soll auch die Profilierung der EFTA-Staaten gegenüber Osteuropa, den USA und den Entwicklungsländern begünstigt werden.

34

dodis.ch/48713

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, E. Brugger, an den
Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins,
G. Winterberger¹*

TÄTIGKEITSBEREICH EFTA

Auszug

Bern, 8. Oktober 1976

Ich beziehe mich auf das Schreiben, das Sie am 6. September 1976² in randvermerkter Sache an den Vorsteher des Politischen Departementes³ sowie an mich selbst gerichtet haben und mit dem Sie sich namentlich gegen den im Konsultativausschuss geäusserten Vorschlag einer Tripartitkonferenz⁴ wenden. Unter Hervorhebung des Zieles der EFTA, nämlich der Errichtung einer Freihandelszone, weisen Sie auf die Ihres Erachtens bestehende Möglichkeit hin, dass eine vermehrte Ausnutzung der EFTA-Partnerschaft zu Ergebnissen führen könnte, die den Eigenarten der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialpolitik unangemessen sind, und Sie folgern hieraus, solche Bestrebungen seien an sich zurückzuweisen, da sie in der Stockholmer Konvention keine Grundlage fänden.

Im Einvernehmen mit dem Vorsteher des Politischen Departementes möchte ich festhalten, dass auch unseres Erachtens von einer Denaturierung der Stockholmer Konvention⁵, von einer Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, von einer Vergemeinschaftung der Aussenhandels- und Aussenwirtschaftspolitik der EFTA-Staaten, kurz von einer grundlegenden Änderung der politischen Konzeption der Europäischen Freihandelsassoziation keine Rede sein kann. Dies vorausgeschickt nehmen wir zum aufgeworfenen Prob-

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E7001C#1987/101#672* (2520.01). Verfasst von Ch. Boesch. Das selbe Schreiben ging am 8. Oktober 1976 ebenfalls an den Schweizerischen Gewerbeverband und den Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen.

2. Schreiben von G. Winterberger und A. Jetzer an E. Brugger vom 6. September 1976, dodis.ch/52899. Vgl. ferner das Schreiben von R. Etter und O. Fischer an E. Brugger und P. Graber vom 15. September 1976, dodis.ch/48690.

3. P. Graber.

4. Vgl. dazu die Notizen von C. Jagmetti vom 13. Mai 1976, dodis.ch/48687 und vom 14. September 1976, dodis.ch/48686.

5. Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–614. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 47, dodis.ch/15943 sowie Dok. 58, dodis.ch/15944.

lemkreis eine Haltung ein, welche durch eine gewisse Pragmatik bestimmt ist und damit Konfrontationen mit andern Mitgliedstaaten oder Interessengruppen, soweit möglich und vertretbar, vermeidet. Wir ziehen es vor, die Bestrebungen zu vermehrter Zusammenarbeit je einzeln auf ihre Brauchbarkeit hin zu prüfen und unsere Stellungnahme jeweils von der Sache her zu begründen. Mit dieser Methode ist es bislang nicht nur gelungen, unsere aussenwirtschaftlichen Ziele zu erreichen, sondern auch unsere eigenständigen Vorstellungen von unerwünschten Einflussversuchen zu bewahren, Einflussversuchen, die oft deshalb ausgeblieben sind, weil wir im Gespräch Gelegenheit hatten, unsere Partner von der Angemessenheit unserer Lösungen zu überzeugen.

Ohne Not möchten wir von diesem bewährten Vorgehen nicht abweichen, und dies im Bereich der europäischen Zusammenarbeit um so weniger, als wir auf diesem Gebiet noch wesentliche Anliegen haben, welche mitunter auch verstärkte Konsultationen mit unseren Freihandelspartnern voraussetzen. Von der wirtschaftspolitischen Zielsetzung her geht es vor allem darum, nach Möglichkeit zu vermeiden, dass der durch den Zollabbau erreichte Freihandel⁶ nachträglich in Frage gestellt wird, sei es durch das Erlassen unterschiedlicher und damit handelshemmender Rechtsvorschriften, sei es durch eine Disparität in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, deren verhältnismässige Beständigkeit eine der impliziten äusseren Bedingungen darstellt, unter denen die Abkommen zur Herstellung des Europäischen Freihandelsraumes vereinbart worden sind. [...]⁷

Der Schritt von Gesprächen, ja selbst Absichtserklärungen, zu gemeinsamen Politiken ist indessen so weit, dass er sehr oft selbst dort nicht getan wird, wo hierfür die institutionellen Voraussetzungen gegeben wären. Um damit auf den Ausgangspunkt unserer Darlegungen zurückzukommen, will es uns offenkundig erscheinen, dass die beschriebenen Ziele unserer europäischen Wirtschaftspolitik nur durch eine flexible Haltung aller Beteiligten zu erreichen sind. Zu dieser Flexibilität gehört nach allen Erfahrungen die Bereitschaft im Sinne von Art. 30 der EFTA-Konvention auch über Gebiete zu sprechen, bei denen es nicht darum geht, Übereinstimmung zu erzielen, sondern für bestimmte nicht-negozierbare Standpunkte Verständnis zu schaffen. Im Lichte dieser Absichten erblicken wir in den Initiativen des Konsultativausschusses, wie wohl wir diese im EFTA-Rat nicht befürwortet haben, nicht einen Vorstoss, der zum Gegenstand eines Dogmenstreits um die Art. 2 und 30 der Stockholmer Konvention gemacht werden sollte. Ich habe im übrigen bereits in der Juni-Sitzung des EFTA-Rates auf Ministerebene⁸ gegen eine Entwicklung Stellung genommen, die unserer wirtschaftspolitischen Konzeption widersprechen würde. Ein Vorschlag, der darauf abzielte, an einer ad hoc-Sondersitzung des Konsultativausschusses⁹ zusammen mit Vertretern der

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

7. Es folgt eine Ausführung zu wünschbaren Entwicklungen auf ausgewählten Gebieten analog zu DDS, Bd. 27, Dok. 33, dodis.ch/48716, Punkte 4.1, 4.2 und 5. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48713.

8. Zur Sitzung des EFTA-Ministerrats vom 3. Juni 1976 vgl. das BR-Prot. Nr. 1168 vom 30. Juni 1976, dodis.ch/48661.

9. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 222 vom 9. Februar 1977, dodis.ch/48691 sowie das BR-Prot. Nr. 749

Regierungen über Wirtschaftspolitik in ihrem allgemeinsten Sinne zu sprechen, brauchte unserer Meinung als Kompromiss nicht prinzipiell abgelehnt zu werden, dies umso weniger als uns aufgrund des Einstimmigkeitserfordernisses jederzeit die Möglichkeit offenbleibt, unerwünschten Entwicklungen den Riegel zu schieben. Zudem könnte eine derartige Sondersitzung dazu benützt werden, von der Unterschiedlichkeit der Betrachtungsweisen Kenntnis zu nehmen. Im Hinblick auf das von österreichischer Seite vorgeschlagene Treffen von Regierungsmitgliedern der EFTA-Staaten¹⁰, das einer allgemeinen Bestandesaufnahme der Tätigkeiten der Assoziation gewidmet werden soll, würde damit gewährleistet, dass die Diskussion auf der Grundlage der realpolitischen Gegebenheiten weitergeführt wird.

vom 2. Mai 1977, dodis.ch/48696.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 7; Dok. 33, dodis.ch/48716 sowie Dok. 184, dodis.ch/49373.

35

dodis.ch/48290

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – IRAN²

Vertraulich

Bern, 19. Oktober 1976

Am 22. September 1976 ist aus Anlass einer Bundesratssitzung der letzte Bericht über die Entwicklung der Beziehungen Schweiz – Iran erfolgt (vgl. Beilage³). In der seither verstrichenen Zeit haben sich folgende neue Elemente ergeben:

15./22. Sept. 1976

Das iranische Aussenministerium richtet eine neue Note an die schweizerischen Behörden⁴, in der es sich von den bisherigen schweizerischen Präzisierungen zu verschiedenen kontroversen Punkten (Schutz der iranischen Vertretungen in der Schweiz, Unverletzlichkeit der gestohlenen Dokumente des iranischen Generalkonsulats in Genf, Tätigkeit und Ausweisung Maleks,

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3843* (B.11.42.0). Verfasst von A. Rüegg und A. Weitnauer und unterzeichnet von A. Weitnauer. Kopie an A. Weitnauer, J. Iselin, H. Kaufmann, A. Rüegg, F. Nordmann, P. R. Jolles und Ch.-A. Wetterwald.

2. Vgl. dazu auch den Schlussbericht von Ch.-A. Wetterwald an die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements vom 4. Juni 1978, dodis.ch/48287.

3. Bericht von P. Graber an die Mitglieder des Bundesrats vom 22. September 1976, dodis.ch/49744.

4. Note der iranischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 17. September 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#582* (B.22.84.40.15).

Verfahren der Genfer Justiz gegen die Attentäter vom 1. Juni 1976⁵) nicht befriedigt erklärt.

20. Sept. 1976

Der Bundesrat beantwortet eine Einfache Anfrage Ziegler-Genf vom 21. Juni 1976 betreffend Tätigkeit der SAVAK in der Schweiz⁶. Die behauptete illegale Zusammenarbeit von eigenössischen Behörden (Bund und Kanton Genf) und der iranischen Geheimpolizei entbehrt jeden Fundamentes⁷.

24. Sept. 1976

Die gegen die iranischen Studenten, Besetzer des iranischen Generalkonsulats in Genf, verhängte Einreisesperre in die Schweiz wird von der Bundesanwaltschaft in Kraft gesetzt⁸ (gesetzliche Rekursfrist läuft bis 27. Oktober 1976).

30. Sept. 1976

Das Politische Departement nimmt zur Anfrage des Genfer Justiz- und Polizeidepartements betreffend den iranischen Botschaftsrat Bozorgmehr (iranische Mission in Genf) Stellung und lehnt das Gesuch um Aufhebung der Immunität dieses Diplomaten ab⁹. Das beantragte Strafverfahren wegen angeblicher Verletzung von Art. 259 StGB wird damit gestoppt.

8. Okt. 1976

Zwischen Vertretern des EPD (Politische Direktion, Direktion für internationale Organisationen, Direktion für Völkerrecht, Politisches Sekretariat, Protokoll), des EJPD (Bundesanwalt, Bundespolizei) und EVD (Handelsabteilung) findet eine Sitzung statt, um den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zu besprechen und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten zu sondieren¹⁰. Es wird beschlossen, den Text zu einer Antwort auf die iranische Note vom 15. September¹¹ vorzubereiten. Die definitive Form dieser Antwort ist später noch näher zu bestimmen (vgl. Bemerkungen zu 16. Oktober 1976).

16. Okt. 1976

Botschafter Bettschart, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, begibt sich nach Teheran, um in Vertretung Herrn Bundesrat Bruggers die

5. Zur Besetzung des iranischen Generalkonsulats in Genf durch iranische Aktivisten am 1. Juni 1976 vgl. den Bericht der Kantonspolizei Genf vom 3. Juni 1976, dodis.ch/48767 sowie die Notiz von A. Rüegg vom 15. Juli 1976, dodis.ch/49699. Zur Rückgabe der bei dieser Gelegenheit entwendeten Akten des iranischen Generalkonsulats vgl. die Notiz von J. Monnier an das Protokoll des Politischen Departements vom 29. Juni 1976, dodis.ch/49742. Allgemein zum Schutz der ausländischen Botschaften und Konsulate in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 99, dodis.ch/49046, bes. Anm. 2. Zur Ausweisung des Sekretärs der ständigen Delegation Irans bei der UNO in Genf, A. Malek Mahdavi, wegen geheimdienstlicher Tätigkeit im August 1976 vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3843* (B.11.43.0).

6. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1680 vom 20. September 1976, CH-BAR#E1004.1#1000/9#835*.

7. Zur Frage der Ausfuhr von Abhörgeräten für den iranischen Sicherheitsdienst vgl. das Schreiben von W. Kern an A. Weitnauer vom 30. Juli 1976, dodis.ch/49820.

8. Vgl. dazu das Schreiben von A. Amstein an D. Payot vom 24. September 1976, CH-BAR#E4320C#2001/55#2102* (630).

9. Schreiben von F. Pometta an A. Dominicé vom 30. September 1976, CH-BAR#E2210.7-04#1993/352#55* (010.222).

10. Vgl. dazu die Notiz von A. Rüegg vom 25. Oktober 1976, dodis.ch/48284.

11. Die Note der iranischen Botschaft in Bern an das Politische Departement ist vom 17. und nicht vom 15. September 1976. Vgl. Anm. 4. Für den Entwurf vgl. Doss. wie Anm. 4.

internationale Messe in Teheran (mit schweizerischer Beteiligung) zu besuchen¹². Herrn Botschafter Bettschart wird der Entwurf zu einer Antwortnote an das iranische Aussenministerium mitgegeben mit der Bitte, zusammen mit Herrn Botschafter Wetterwald Inhalt und Form (mündlich oder schriftlich; Note oder Aide-mémoire) dieser Antwort näher zu erörtern. Herr Botschafter Bettschart wird nach seiner Rückkehr die Stellungnahme unserer Botschaft in Teheran bekanntgeben.

Gegenwärtige Beurteilung des Problems

Was den Stand des Verfahrens in Genf und die Meinungsbildung der Genfer Justizbehörden betrifft, sind wir ohne Nachrichten jüngsten Datums. Die Angelegenheit befindet sich in den Händen des Untersuchungsrichters Dinichert und des Generalstaatsanwaltes Foëx. Andererseits hatte sich Bundesrat Furgler vorgenommen, mit Regierungsrat Fontanet, Chef des Genfer Justizdepartements, Fühlung zu nehmen. In Genf scheinen gewisse Tendenzen zu bestehen, das Verfahren einzustellen, was unseres Erachtens vermieden werden sollte. Wir sind uns der Risiken der Einleitung eines eigentlichen Prozesses – Umfunktionierung in eine Demonstration gegen das Regime in Iran – bewusst; doch ist es gewiss unerlässlich, die Grundsätze des schweizerischen Rechtsstaates auch in diesem Falle durchzusetzen.

Vom politischen Standpunkt aus betrachtet müssen wir bemüht sein, das Mögliche und Verantwortbare zu tun, um das gestörte Klima zu verbessern. Es sollte zu diesem Zwecke eine gewisse Planmässigkeit des Vorgehens beobachtet werden.

In erster Linie steht nun zunächst die Mission Botschafter Bettscharts und ihr Ergebnis. Herr Bettschart wird Ende nächster Woche nach Bern zurückkehren und uns über seine Eindrücke berichten.

Das fünfzigjährige Jubiläum des Bestehens der Dynastie Pahlavi vom 26. Oktober gibt uns Gelegenheit, eine Glückwunschsbotschaft an den Schah zu richten¹³. Wünschbar ist in diesem Zusammenhang auch, dass Iran günstige – oder jedenfalls das Land und seine Probleme objektiv würdigende – Berichte in unserer Presse erscheinen¹⁴.

Von grosser Bedeutung wird es zweifellos sein, dass der Bundesrat Gelegenheit erhält, die von Iran und seinem Staatsoberhaupt so unfreundlich aufgenommenen Vorfälle vom 1. Juni 1976 und ihre Konsequenzen in einer

12. Vgl. dazu die Notiz von A. Rüegg an J. Iselin vom 27. Oktober 1976, dodis.ch/49746. Zu den iranischen Wirtschaftssanktionen gegen Schweizerfirmen vgl. das Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an P. R. Jolles vom 12. September 1976, dodis.ch/49743 sowie die Notiz von P. Bettschart vom 23. September 1976, dodis.ch/49822.

13. Telegramm von R. Gnägi an M. R. Pahlavi vom 25. Oktober 1976, CH-BAR#E2010A#1995/313#8047* (B.15.82). Gemäss Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an A. Weitinauer vom 28. September 1978, dodis.ch/48288, erweckte die Affäre das persönliche Missfallen M. R. Pahlavis. Zu den regelmässigen Aufenthalten des Schahs in St. Moritz vgl. das Schreiben von W. Schmid an J. Schutz vom 18. Februar 1976, dodis.ch/49784; das Schreiben von J. Iselin an K. Locher vom 2. August 1977, dodis.ch/49798 sowie das Schreiben von K. Locher an A. Weitinauer vom 15. November 1977, dodis.ch/49802.

14. Zur Einflussnahme auf die Iran-Berichterstattung vgl. die Notiz von J. Iselin vom 21. Oktober 1976, dodis.ch/49745 sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 4. November 1976, dodis.ch/49747.

öffentlichen Stellungnahme sachlich zu erläutern und die unzutreffenden Wertungen auf iranischer Seite richtigzustellen. Damit zu verbinden wäre ein Ausdruck der Hoffnung, dass in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern zur Normalität zurückgekehrt werden kann und die vielfältigen freundschaftlichen Berührungspunkte und Gelegenheiten zur praktischen Zusammenarbeit wieder zu ihrem Rechte kommen. Zu diesem Zweck wäre wohl der beste Weg die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage. Der einzige Nachteil dieses Vorgehens ist zeitlicher Natur, da bis zum Beginn der Wintersession der Eidgenössischen Räte Anfang Dezember zugewartet werden müsste. Doch ist dieser Nachteil wohl in Kauf zu nehmen, da andere geeignete Anlässe für eine bundesrätliche Erklärung sich kaum darbieten¹⁵.

Schliesslich könnte, nachdem der Bundesrat sich ausgesprochen hat, an die Entsendung eines Sonderemmissärs nach Teheran gedacht werden¹⁶. Seine Aufgabe bestände darin, mit unserem Botschafter¹⁷ zusammen an hoher Stelle vorzusprechen, die Erklärungen, die wir zu geben haben, noch etwas weiter auszuführen und ganz allgemein durch Rede und Gegenrede die Gelegenheit für eine Entspannung der Beziehungen zu nutzen¹⁸.

Auch die Möglichkeit kultureller Veranstaltungen in der Schweiz, welche die Vergangenheit und Gegenwart Irans ins richtige Licht rücken, wäre zu prüfen.

15. Antwort vom 23. Februar 1977 auf die Einfache Anfrage Hofer vom 9. Dezember 1976, Amtl. Bull. NR, 1977, S. 442 f.

16. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 284 von A. Weitnauer an die schweizerische Botschaft in Teheran vom 17. November 1976, dodis.ch/48289.

17. Ch.-A. Wetterwald.

18. Zur Vorsprache A. Weitnauers bei A.-A. Chalatabari vgl. das Telegramm Nr. 346 von A. Weitnauer an P. Graber und K. Furgler vom 2. Dezember 1976, dodis.ch/49765. Zur weiteren Entwicklung dieser Affäre vgl. die Notiz von J. Monnier an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 19. Januar 1977, dodis.ch/48285 sowie die Notiz von J. Iselin vom 2. Februar 1977, dodis.ch/48286. Zur Mission von E. Stopper nach Teheran und zu dessen Vorsprache bei M. R. Pahlavi vgl. das Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an A. Weitnauer vom 27. März 1977, dodis.ch/49767. Zu den wirtschaftlichen Aspekten der Besprechungen vgl. das Schreiben von K. Furgler an P. Graber vom 16. März 1977, dodis.ch/49830. Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Iran vgl. DDS, Bd. 27. Dok. 60, dodis.ch/49307.

36

dodis.ch/50138

Exposé des Vorstehers des Politischen Departements, P. Graber, vor der erweiterten Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 2. und 3. November 1976¹

KERNWAFFENVERTRAG²

Auszug

Bern, November 1976

[...]³*Aussenpolitische Aspekte*

J'ai le sentiment que les discussions de cet après-midi ont révélé une certaine confusion. On se posait la question de savoir s'il y avait en Europe équilibre ou non des forces en présence; on se posait le problème d'un éventuel armement nucléaire pour la Suisse.

La question importante est, en fait, différente: il s'agit de savoir si aujourd'hui, l'intérêt de notre pays commande de ratifier, oui ou non, ce traité.

Depuis 1969 déjà, le Conseil fédéral considère ce problème avec le plus grand soin⁴. En 1974, il a réexaminé la question sous tous ses aspects. Il a proposé aux Chambres la ratification du traité⁵. À la suite des travaux de la commission des affaires étrangères du conseil des États, il a réexaminé une troisième fois l'ensemble du problème⁶. Ce n'est donc pas un hasard, si l'attitude du Conseil fédéral est, depuis 1974 si unanime: il est dans l'intérêt de notre pays de signer ce traité.

1. Protokoll: CH-BAR#E1050.12#1995/511#20*. Für dieses Geschäft wurde die Kommission erweitert durch A. Bommer, H. Hubacher, U. Kunz und F. Marthaler.

2. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968, AS, 1977, S. 472–482. An der Sitzung der erweiterten Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 26. August 1976 zum Kernwaffenvertrag wurde beschlossen, die Beratungen abzubereiten und Hearings durchzuführen, die am 2. und 3. November 1976 stattfanden. Vgl. das Protokoll vom September 1976, Doss. wie Anm. 1.

3. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/50138.

4. Pour la signature du traité sur la non-prolifération des armes nucléaires par la Suisse le 27 novembre 1969, cf. DDS, vol. 24, doc. 155, dodis.ch/33145; le rapport de H. von Arx du 7 mars 1969, dodis.ch/51205 et le rapport du groupe de travail interdépartemental du 8 octobre 1969, dodis.ch/51486.

5. Cf. le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur le traité de non-prolifération des armes nucléaires du 30 octobre 1974, FF, II, pp. 1009–1066 et le PVCF N° 1690 du 30 octobre 1974, dodis.ch/51209.

6. Cf. le procès-verbal de février 1975 de la séance de la Commission du Conseil des États chargée d'examiner le traité de non-prolifération des armes nucléaires du 11 novembre 1974, dodis.ch/51210 et le rapport du Conseil fédéral à la Commission des affaires étrangères du Conseil des États concernant le traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 28 janvier 1976, FF, I, pp. 714–725.

Il m'incombe de traiter devant vous maintenant des aspects de politique extérieure que comporte le texte qui vous est soumis⁷. Il s'agit de savoir si notre pays veut prendre sa part d'une double coopération internationale ou s'il veut, en se tenant à l'écart de la communauté mondiale, courir le risque d'une dangereuse discrimination à la fois politique et industrielle.

S'il est une tendance manifeste dans les relations internationales contemporaines, c'est bien celle de la lutte contre la prolifération nucléaire. La peur de voir s'accroître le cercle des États possesseurs d'un armement nucléaire, la peur aussi de voir tomber la maîtrise de l'arme nucléaire dans des mains irresponsables ont animé des efforts constants de la part des grandes puissances. Surmontant leurs querelles idéologiques et politiques, les États-Unis et l'Union soviétique, soutenus par la Grande-Bretagne, n'ont cessé de rechercher les moyens de discipliner l'utilisation de l'atome. Pour gage de leur volonté politique d'y parvenir, ils signèrent le Traité de 1963 sur l'interdiction partielle des essais nucléaires⁸, ouvrant ainsi la voie au TNP qui nous occupe.

Certes, la lutte contre la prolifération nucléaire repose sur une discrimination qui existe dans les faits et que le traité consacre en droit: le clivage entre ceux qui détiennent l'arme nucléaire et ceux qui, ne la possédant pas encore, renoncent à l'obtenir. C'est là un état de fait, non le résultat d'une décision politique; toute lutte réaliste et efficace contre la prolifération doit partir de ce point, comme le fait précisément le TNP. Car deux choses sont certaines en la matière:

- a) d'une part, il est exclu de penser que les puissances nucléaires renonceront à ce type d'armement;
- b) ces mêmes puissances sont déterminées à tout mettre en œuvre pour éviter que la force nucléaire ne se répande, et elles n'hésiteront pas à recourir à des actes unilatéraux à cet effet.

Jusqu'à il y a deux ans, le TNP était le seul instrument international de lutte contre la prolifération; il demeure encore le principal élément de cette politique, mais il prend place au sein d'un système qui est en train de s'élaborer actuellement, et qui utilise de plus en plus le contrôle de l'exportation de matériel nucléaire, même à des fins pacifiques, pour restreindre voire éliminer le risque d'une prolifération de l'arme nucléaire: c'est l'une des fonctions du fameux «Club de Londres». Ce n'est pas un hasard non plus si cette dernière association comprend les quatre puissances nucléaires, France, États-Unis, URSS, Grande-Bretagne et les pays industrialisés les plus importants: la République fédérale d'Allemagne, la République démocratique allemande, la Suède, la Belgique, les Pays-Bas, la Pologne, le Canada et le Japon. Et le cercle s'agrandit. La Tchécoslovaquie, comme la Suisse, a été invitée à en faire partie⁹.

7. Cf. aussi le procès-verbal de mai 1976 de la séance de la Commission élargie des affaires étrangères du Conseil des États du 30 avril 1976, dodis.ch/51126. Sur la proposition de la commission, le Conseil des États adopte la ratification du traité dans sa séance du 23 juin 1976, cf. Bull. of. CE, 1976, pp. 293–307.

8. Traité d'interdiction partielle des essais nucléaires du 3 août 1963, RO, 1964, pp. 190–193.

9. Pour l'adhésion de la Suisse au Club de Londres, cf. DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point I.3.

Dans un monde idéal, le TNP aurait largement suffi à prévenir ce risque. Mais dans un monde caractérisé par la course aux armements, les rivalités nationales, les antagonismes régionaux et les intérêts commerciaux, il a fallu rechercher d'autres voies appropriées aux conditions actuelles pour compléter – et non pas remplacer – le TNP insuffisant; insuffisant surtout du fait du trop petit nombre d'États qui l'ont ratifié. Car le TNP reste la base des efforts internationaux entrepris contre la prolifération.

C'est tellement vrai que le système du Club de Londres est en train de superposer à la discrimination fondamentale du TNP une seconde discrimination: les adhérents au TNP sont considérés comme des partenaires privilégiés. En revanche, ceux qui refusent le traité se voient imposer des contrôles beaucoup plus stricts, tandis qu'on leur dénie les avantages de la collaboration en matière de recherche et de technique pour l'énergie nucléaire, qui sont justement réservés aux États parties au TNP.

D'un côté, une première discrimination inscrite dans les faits et que nous ne pouvons pas changer; mais si nous l'acceptons, nous pouvons, en échange de cette acceptation, garder l'accès aux développements civils de cette énergie dont nous avons besoin et exercer un droit de regard, en quelque sorte, sur la manière dont la communauté internationale entend continuer à réduire la prolifération.

D'un autre côté, si nous refusons cette réalité et que nous laissons supposer par là que nous comptons un jour devenir nous-mêmes puissance nucléaire, non seulement nous renonçons à participer à l'effort de la communauté internationale contre la prolifération nucléaire, mais encore nous plaçons délibérément notre industrie dans une position plus défavorable que celle de ses concurrents, en raison des restrictions qu'elle devrait subir tant de la part de ses fournisseurs que de ses éventuels clients et en raison aussi, il faut le dire, de la méfiance que nous aurions suscitée par notre abstention.

Il n'y a pas de véritable alternative. Il n'y en a pas pour nos importations: aucun pays, au cours des dix prochaines années, n'est en mesure de se substituer à nos fournisseurs traditionnels, faute de disposer d'uranium et d'équipement. Seule l'Afrique du Sud pourrait nous livrer de l'uranium non-enrichi¹⁰. Mais comme ce pays est lui-même étroitement lié, pour ce qui est de son industrie nucléaire, à des États comme la France ou l'Allemagne, il a dû s'engager à leur égard à ne pas transmettre à des tiers les éléments matériels ni la connaissance technique qu'il acquiert. En conséquence, toute collaboration éventuelle serait illégale et nous exposerait non seulement à des pressions dans un domaine où nous sommes extrêmement vulnérables, mais également à des sanctions qui pourraient toucher des domaines n'ayant rien à voir avec l'énergie nucléaire, comme l'a clairement fait savoir le Président Ford dans son exposé de politique nucléaire le 28 octobre dernier.

Il n'y a pas non plus d'alternative véritable au système de contrôle, au système de contrôle prévu par le traité on peut opposer celui de l'Agence AIEA

10. Cf. DDS, vol. 25, doc. 130, dodis.ch/35684; la notice de G. Bärlocher du 14 décembre 1978, dodis.ch/53955 et la notice de E. Martin du 19 décembre 1978, dodis.ch/49586.

qui est plus sévère. Le système du traité lui cesse de déployer ses effets dès la fin de notre appartenance au TNP et se limite au flux de matières.

L'accord conclu avec l'Agence¹¹, dans l'attente de notre adhésion au TNP, et que nous n'avons en conséquence pas mis en vigueur, prévoit un double droit de suite des inspecteurs de Vienne: ils ont le droit de contrôler l'ensemble du matériel et les installations destinées à notre production nucléaire, et non pas seulement les éléments fabriqués à partir de matériel importé; ils ont le droit de contrôler à nouveau ce même matériel et ces mêmes installations si nous les exportons à l'étranger, ce qui signifie que les seuls clients à qui nous pouvons livrer des produits nucléaires doivent eux-mêmes accepter de se soumettre au contrôle de l'Agence. À ce défaut, nos exportations seraient entachées d'illégalité. Les contrôles de l'Agence seraient quasiment illimités. Les avantages de l'autre système de contrôle (traité) sont évidents.

Il n'y a pas d'alternative non plus sur le plan industriel. Un exemple suffira: le Canada, avec qui nous avons dû négocier de nouveaux accords de coopération nucléaire, nous refuse la clause de la nation la plus favorisée¹²: tant que nous n'avons pas ratifié le TNP cela n'entre pas en ligne de compte; de même il faut s'attendre à une réaction toute semblable de la part des USA: dans le cas où le Sénat américain devrait ratifier un nouvel accord bilatéral ou un amendement au traité de coopération existant, la non-adhésion de la Suisse au TNP ne pourrait pas se justifier. Or, précisément, les USA ont annoncé officiellement leur intention de renégocier tous leurs accords de coopération.

On voit donc nettement dans quelle direction penchent nos intérêts nationaux.

[...] ¹³

11. Accord entre la Confédération suisse et l'Agence internationale de l'énergie atomique relatif à l'application de garanties dans le cadre du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 6 septembre 1978, RO, 1978, pp. 1720–1752. Cf. aussi le PVCF N° 1343 du 23 août 1978, dodis.ch/51198 et la lettre de J. Manz à R. Bindschedler du 8 septembre 1978, dodis.ch/51204.

12. Cf. DDS, vol. 27, doc. 101, dodis.ch/50991, point 4.

13. Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/50138. Sur la proposition de la commission, le Conseil national adopte la ratification du traité dans sa séance du 14 décembre 1976, cf. Bull. of CN, 1976, pp. 1524–1538 et 1554–1579. Cf. le Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 1^{er} juillet 1968, RO, 1977, pp. 472–482. Pour la ratification, cf. le PVCF N° 17 du 12 janvier 1977, dodis.ch/51143; la notice de H. von Arx à P. Graber du 13 janvier 1977, dodis.ch/51146; le PVCF N° 207 du 9 février 1977, dodis.ch/51148 et le PVCF N° 861 du 25 mai 1977, dodis.ch/51150.

37

dodis.ch/48679*Der schweizerische Botschafter in Moskau, R. Faessler, an die Politische
Direktion des Politischen Departements¹*

HALTUNG DER SOWJETISCHEN STELLEN GEGENÜBER UNSEREM LAND

Vertraulich

Moskau, 1. November 1976

Nachdem die letzten Spionagefälle² in der Schweiz, in welche Sowjetbürger verwickelt waren, bekannt geworden sind, hatte sich anfänglich in der Haltung der sowjetischen Stellen gegenüber unserem Land und auch mir persönlich gegenüber nichts geändert. Im Gegenteil, es war eine ausgesprochene Höflichkeit und fast Herzlichkeit zu bemerken.

Langsam wird aber – wie wir dies in den letzten Wochen erfahren haben – die Schraube zgedreht und es ist zu befürchten, dass wir in eine Periode des «kalten Krieges» treten.

Verschiedene Vorkommnisse bestätigen mich in dieser Auffassung. Ich möchte nur einige Beispiele erwähnen.

Die Tagung der Gemischten Kommission³, die hier in Moskau stattfinden sollte, wird immer wieder verschoben und es ist uns bis jetzt nicht gelungen, ein Datum festzusetzen. Zuerst hiess es, der sowjetische Vorsitzende⁴ der Kommission weile in den Ferien, nachher war er krank und daraufhin begab er sich nach Schweden, um die schwedisch-sowjetische Kommission zu präsidieren.

Die gleichen Schwierigkeiten zeigen sich hinsichtlich der Festsetzung eines Termins für das schon lange vorgesehene Treffen zwischen einer schweizerischen und einer sowjetischen Delegation betreffend Entschädigungsfragen⁵. Auch hier wird immer wieder ausweichend geantwortet.

Ebenso sind die Konsularfälle nicht leichter geworden. Als Beispiele nenne ich Ihnen

- Ablehnung der Berufung unseres Landsmannes Schaffner⁶,
- Rückweisung des Gnadengesuchs Häfelin⁷,

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5295* (B.15.11.(02)). Visiert von A. Hegner und C. Caratsch. Kopie an L. Rochat und E. Diez.

2. Vgl. dazu die Notiz von K. O. Wyss vom 13. April 1976, dodis.ch/50907 sowie Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5291* (A.44.21). Zur Jeanmaire-Affäre vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 47, dodis.ch/48692 und Dok. 51, dodis.ch/52005.

3. Vgl. dazu den Bericht von C. Sommaruga vom 25. Januar 1977, dodis.ch/48680.

4. Je. S. Jastrebow.

5. Vgl. dazu das Schreiben von E. Thalmann an J. de Stoutz vom 23. März 1972, dodis.ch/35656.

6. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1991/17#11966* (B.32.14.R.).

7. Vgl. dazu die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 25. August 1976, dodis.ch/49659 sowie Doss. CH-BAR#E2001E-01#1991/17#11962* (B.32.14.R.). Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 132, dodis.ch/49335.

- zweimal Ausreiseverweigerung für die ehemalige russische Staatsbürgerin Zellweger⁸,
- Ablehnung eines Konsularbesuchs bei Häfelin (der Besuch war mündlich bereits bewilligt, wurde jedoch durch eine Note⁹ annulliert).

Die Beziehungen zwischen uns und den verschiedenen Wirtschaftsministerien, Staatskomitees und der Handelskammer sind weiterhin gut. Man hört aber, dass die Geschäfte für unsere Schweizerindustrie schwieriger geworden sind und dies offenbar nicht nur wegen Preis- und Qualitätsfragen¹⁰. So hat z. B. Sulzer letzte Woche einen wichtigen Auftrag zu Gunsten einer deutschen Firma verloren.

P. S. Heute ist aufgrund unserer Intervention der Konsularbesuch bei W. Häfelin bewilligt worden. Ferner wurde auch ein Datum für die Verhandlungen mit unserer Delegation betreffend Entschädigungsforderungen¹¹ angesetzt. Moskau, 2.11.1976.

8. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5324* (B.35.51.2). Vgl. ferner die Notiz von A. Maillard an A. Hegner vom 19. Oktober 1977, dodis.ch/49656.

9. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 315 von R. Faessler an das Politische Departement vom 29. Oktober 1976; CH-BAR#E2001E-01#1991/17#11962* (B.32.14.R.).

10. Vgl. dazu die Notiz von M. de Schoulepnikoff vom 8. April 1976, dodis.ch/48682 sowie das Schreiben von L. Roches an R. Faessler vom 18. November 1976, dodis.ch/48748.

11. Vgl. dazu die Notiz von S. Pauli vom 21. Februar 1977, dodis.ch/48683 sowie die Notiz von B. Dumont an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 19. Mai 1978, dodis.ch/48684.

38

dodis.ch/49414

*Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales du
Département politique, F. de Ziegler¹*

RELATIONS SUISSE – TURQUIE

Berne, 4 novembre 1976

En réponse à votre note du 28 octobre 1976², nous vous prions de trouver ci-après quelques aspects de nos rapports avec la Turquie.

Les bonnes relations qui existent entre la Suisse et la Turquie³ sont caractérisées par l'absence de contentieux. Sur le plan des échanges diplomatiques,

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5843* (B.15.21). Rédigée par H. Cuennet et signée par C. Caratsch.

2. Notice de F. de Ziegler à la Division I du Département politique du 28 octobre 1976, dodis.ch/49997.

3. Cf. la lettre de G. Bonnant à A. Hegner du 20 octobre 1978, dodis.ch/49098.

il est prévu que le Ministre turc des Affaires étrangères se rende à Berne en visite officielle en février 1977⁴. L'invitation du chef du Département⁵ parviendra prochainement à M. Çağlayangil.

À deux reprises, en janvier et en juin 1976, les gouvernements turc et grec ont choisi la ville fédérale pour mener leurs négociations⁶ sur le problème du plateau continental en mer Égée. Des pourparlers ont lieu à nouveau à Berne depuis le 2 novembre dernier (annexe: note de dossier sur l'état du différend gréco-turc au 7 septembre 1976⁷).

À la demande des autorités turques, nous accueillons régulièrement des fonctionnaires turcs désireux de se familiariser avec notre système administratif et notre économie. En septembre et octobre derniers, trois groupes de fonctionnaires ont visité différentes installations touristiques et exploitations agricoles de montagne de notre pays⁸. En outre, l'Ambassade de Turquie à Berne fait souvent appel à nos services pour obtenir des renseignements sur le fonctionnement de nos institutions.

De notre côté, nous avons demandé au Ministère turc des Affaires étrangères de s'entremettre auprès des autorités cypristes turques quant à la sauvegarde des biens suisses bloqués dans la partie turque de l'île. Quelques cas de restitution de marchandises sont en voie de règlement. Par contre, l'administration cypriste turque éprouve de grandes difficultés à transférer en Suisse le produit des marchandises vendues sur place par ses soins (manque de devises). Pour trouver une solution rapide à ce problème, nous envisageons d'avoir recours une nouvelle fois aux autorités turques⁹.

Nos échanges commerciaux avec la Turquie ne sont pas très importants. En 1975, nous avons importé de ce pays pour 96 mio de francs suisses (1974: 106 mio) et exporté en Turquie pour 263 mio de francs suisses (1974: 301 mio)¹⁰.

À la fin du mois d'août 1976, 25'168 ressortissants turcs résidaient en Suisse (permis annuel et d'établissement), soit 925 de moins qu'en début d'année¹¹.

4. Cf. le procès-verbal de C. Caratsch du 17 mars 1977, dodis.ch/48214.

5. Cf. la lettre de P. Graber à İ. S. Çağlayangil du 9 novembre 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5844* (B.15.21.(1)).

6. Cf. la notice de A. Hegner du 14 janvier 1976, dodis.ch/50410; le discours de P. Graber du 2 février 1976, dodis.ch/50409; la notice de A. Hegner du 28 juin 1976, dodis.ch/50407; la notice de A. Hugentobler du 30 juin 1976, dodis.ch/50408 et la notice de J. Cuendet du 10 décembre 1976, dodis.ch/50411. Sur les négociations gréco-turques à Montreux, cf. le télégramme N° 5 de G. Bonnant à J. Cuendet du 20 mars 1978, dodis.ch/49101 et la notice de A. Hegner du 20 mars 1978, dodis.ch/49018.

7. Cf. la notice de H. Cuennet du 7 septembre 1976, dodis.ch/49099.

8. Cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5863* (B.25.31.12) et CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5864* (B.25.31.18).

9. Cf. la notice de H. Cuennet du 12 janvier 1976, dodis.ch/49097, point 3.2; la lettre de A. Hegner à Ch. Masset du 22 janvier 1976, dodis.ch/49019 et le compte rendu de S. Salvi et G. Bonnant du 6 décembre 1977, dodis.ch/48219, p. 11. Sur la crise chypriote, cf. DDS, vol. 27, doc 30, dodis.ch/49015.

10. Cf. la notice de E. Moser du 17 novembre 1977, dodis.ch/50004 et la lettre de E. Moser à G. Bonnant du 28 novembre 1977, dodis.ch/48213.

11. Sur la situation des Turcs en Suisse, cf. le procès-verbal de E. Poglià du 17 mai 1977, dodis.ch/49104 et la lettre de G. Solari à A. Weimauer du 18 mai 1978, dodis.ch/49105.

Au 31 décembre 1974, la colonie suisse en Turquie comptait 284 Suisses uniquement et 111 doubles-nationaux¹².

12. *Sur la situation des Suisses en Turquie, cf. le rapport de fin de mission de P. von May du 12 avril 1977, dodis.ch/49107 et la lettre de E. Klöti au Service des Suisses de l'étranger du Département politique du 14 mars 1978, dodis.ch/49103.*

39

dodis.ch/48504

Rapport politique de l'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, G. E. Bucher, au Secrétariat politique du Département politique¹

RÉSUMÉ DE MA CONVERSATION AVEC ALVARO CUNHAL, SECRÉTAIRE GÉNÉRAL
DU PARTI COMMUNISTE PORTUGAIS

Lisbonne, 8 novembre 1976

Lors d'une réception, C[unhal] s'est approché de moi et de parfaite bonne humeur, en plaisantant et plein d'ironie, il me demande ce que je pense de la situation actuelle.

B[ucher]: Je trouve qu'il y a des grands progrès vers la démocratisation² du pays mais que la situation économique et financière³ n'a malheureusement pas encore pris l'élan vers la récupération.

C[unhal]: Je dois vous dire un grand secret (et il me chuchote à l'oreille): le parti communiste devrait être au pouvoir dans ce pays pour que les choses prennent la bonne voie.

Comment la Suisse accepterait-elle une telle solution?

B[ucher]: La Suisse n'a pas à accepter ou à refuser une situation politique quelconque dans un autre pays. Elle ne se mêle pas des affaires intérieures des autres mais il est clair qu'elle serait plus heureuse de voir le Portugal choisir la voie démocratique et, démocratiquement, je ne vois aucune possibilité que les communistes arrivent au pouvoir, en tout cas pas à courte échéance.

C[unhal]: Est-ce que la Suisse aiderait un Portugal communiste?

B[ucher]: Puisque le cas concret ne se présente pas, il m'est impossible de répondre à cette question.

1. *Rapport politique N° 41: CH-BAR#E2300-01#1988/91#47* (A.21.31). Rédigé et signé par G. E. Bucher.*

2. *Sur la transition démocratique du Portugal, cf. le procès-verbal de F. Nordmann du 7 février 1977, dodis.ch/48124; le rapport politique N° 7 de G. E. Bucher à J. Cuendet du 12 avril 1978, dodis.ch/48599 et le PVCF N° 1622 du 15 septembre 1976, dodis.ch/48603.*

3. *Sur la situation économique et financière du Portugal, cf. le rapport de J.-J. Maeder du 30 septembre 1976, dodis.ch/48598. Sur les relations économiques entre les deux pays, cf. la notice de E. Thurnheer du 21 décembre 1976, dodis.ch/48601.*

C[unhal]: Je suis certain qu'elle n'aiderait pas et les autres pays occidentaux non plus. Peut-être on n'aurait pas besoin de cette aide qui pourrait venir d'autres sources.

B[ucher]: Les autres sources n'ont rien promis et encore moins donné depuis le début de la révolution⁴.

C[unhal]: Évidemment, elles voulaient attendre pour voir dans quelle direction politique la révolution marche.

B[ucher]: Cela démontre que l'aide communiste est uniquement un jeu politique.

C[unhal]: Ceci est vrai mais l'aide occidentale aussi.

B[ucher]: Tant les CE que l'AELE⁵ ont toutefois déjà aidé avant que la situation s'éclaircisse.

C[unhal]: Oui, mais il s'agissait là d'un moyen de pression et d'une interférence inadmissible dans les affaires intérieures portugaises.

B[ucher]: Ne pensez-vous pas que, au lieu d'être staliniste, en prenant une attitude plus souple à la Berlinguer⁶ vous obtiendrez des résultats plus favorables pour le communisme au Portugal?

C[unhal]: Le parti communiste n'existerait déjà plus au Portugal si j'avais pris une telle attitude. J'aurais perdu toute ma crédibilité vis-à-vis des masses «qui savent réfléchir». C'est d'ailleurs un très grand risque que Berlinguer court en Italie aussi.

Que pensez-vous de Mário Soares⁷?

B[ucher]: Je le considère comme un homme plein de bonne volonté et intelligent qui travaille actuellement plus dans l'intérêt de son pays que de son propre parti. Il mériterait l'appui de tout le peuple portugais et des partis qui se veulent démocratiques ce qui permettrait de réussir.

C[unhal]: Je suis d'accord avec vous mais il ne réussira pas car les masses n'ont pas confiance en lui.

À ce moment, la conversation a, malheureusement, été interrompue par l'approche des ambassadeurs de l'Inde et de l'Égypte⁸.

4. Sur la Révolution des Œillets, cf. le rapport politique N° 7 de J.-L. Pahud, dodis.ch/39053.

5. Sur l'aide suisse au Portugal, cf. DDS, vol. 25, doc. 164, dodis.ch/39059 et doc. 175, dodis.ch/39060; le télégramme N° 15 de l'Ambassade de Suisse à Lisbonne du 8 octobre 1976, dodis.ch/48596; le PVCF N° 1973 du 3 novembre 1976, dodis.ch/48673; la notice de M. de Walterskirchen du 9 novembre 1976, dodis.ch/48629; le procès-verbal de C. Caratsch du 27 janvier 1977, dodis.ch/48595; la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 28 avril 1977, dodis.ch/48597; la notice de P. Vogler du 9 septembre 1977, dodis.ch/48594 et le compte rendu de G. E. Bucher du 19 septembre 1977, dodis.ch/48125.

6. Sur l'Eurocommunisme de E. Berlinguer, cf. l'exposé de P. Graber du 24 août 1977, dodis.ch/48328, pp. 6 s.

7. Pour un portrait de M. Soares, cf. le rapport politique N° 65 de G. E. Bucher du 4 novembre 1975, dodis.ch/39061.

8. S. K. Gupta et S. M. el-Husseiny el-Shazly.

*Rundschreiben der Politischen Abteilung II des Politischen Departements¹*POLITISCHE GEFANGENE: ERSUCHEN ZU INTERVENTIONEN SEITENS
PRIVATORGANISATIONEN

Bern, 26. November 1976

In letzter Zeit mehren sich die Fälle von Anfragen beispielsweise der Amnesty International² bzw. von einzelnen ihrer Sektionen oder auch von andern einschlägigen Organisationen beim EPD und direkt bei unseren Auslandsvertretungen, um uns zu Interventionen zugunsten von bestimmten, namentlich genannten politischen Gefangenen in einzelnen Ländern oder zumindest zu Erkundigungen über solche Gefangene in einzelnen Ländern zu veranlassen. Die Stellungnahme zu solchen Anfragen ist nicht immer einfach, da sie eine Reihe grundsätzlicher Probleme aufwerfen, von denen einige nachstehend erwähnt seien (die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

Eine eigentliche diplomatische Intervention zugunsten von politischen Gefangenen nicht-schweizerischer Nationalität durch unsere Botschaften in ihrem Residenzland ist an sich ausgeschlossen; sie würde einer Einmischung in innere Verhältnisse gleichkommen, mithin eine Konstante unserer Neutralitätspolitik tangieren³.

Andererseits wird mit solchen Anfragen das rein humanitäre Postulat an uns herangetragen, den Geboten der Menschlichkeit und der Aufrechterhaltung der Menschenrechte – die ja auch zu den Grundlagen unserer Eidgenossenschaft gehören⁴ – Nachachtung zu verschaffen. Unsern Vertretungen stehen in der Tat, wie die Direktion für Völkerrecht in einer Stellungnahme⁵ anlässlich der Verhaftungen Russi/Von der Weid in Brasilien⁶ seinerzeit ausgeführt hat, gewisse «inoffizielle» (humanitäre) Wege und Mittel zur Verfügung, um sich für politische Gefangene einzusetzen⁷, damit zumindest deren Los erleichtert wird.

1. Rundschreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#927* (B.73.0). Verfasst und unterzeichnet von H. Kaufmann. Gerichtet an die schweizerischen Vertretungen in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika. Kopie an F. Nordmann, A. Gerber (für A. Weitnauer), die Politische Abteilung I, die Direktion für internationale Organisationen, die Direktion für Völkerrecht, den Delegierten für Technische Zusammenarbeit und die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements.

2. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#589* (o.191.215) sowie Doss. wie Anm. I.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 54, dodis.ch/35679 sowie die Notiz von H. Cuendet vom 12. September 1975, dodis.ch/39100.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960.

5. DDS, Bd. 25, Dok. 35, dodis.ch/34536.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 27, dodis.ch/35849.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 54, dodis.ch/35679; DDS, Bd. 26, Dok. 174, dodis.ch/39119 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 65, dodis.ch/48498.

Weiter ist jeweils von einer gewissen Relevanz, was für Motive hinter einer Anfrage stehen. Wenn diese Anfragen in den meisten Fällen humanitären Besorgnissen entspringen, so hat sich anderseits gerade in letzter Zeit eine spezifisch neue Spielart solcher Anfragen bzw. Bitten um Intervention herausgebildet, bei denen das Los der Gefangenen offenbar nur von sekundärem Interesse ist, während der Hauptzweck der gewünschten Intervention in einer indirekten politischen Kritik der betroffenen Regierung liegt.

Schliesslich ist für die «Gewichtung» solcher Ersuchen nicht unwichtig, welches die innere Rechtslage des anvisierten Staates ist, d. h. wie weit die grundlegenden Menschenrechte, wie sie bei uns im Westen verstanden werden, überhaupt ausgebildet und, wenn ja, im Bewusstsein von Regierung und Bevölkerung verankert sind.

In der Politischen Abteilung II hat sich allmählich die Praxis herausgebildet, solche Bitten um eine eigentliche Intervention oder nach spezifischen Erkundigungen abzuschlagen, aber dennoch unserer Vertretung im betreffenden Land Kenntnis davon zu geben⁸, so dass diese uns allfällige, ihr sowieso bekannte oder ohne Intervention erhältliche Informationen mitteilen kann. Wir möchten diese Praxis im Sinne einer noch weitergehenden Ausbalancierung der oben genannten Kriterien verfeinern, d. h. bei strikter Beachtung des Prinzips der Nicht-Einmischung, wo und wenn immer möglich, humanitäre Gesichtspunkte noch besser berücksichtigen. Dazu ist es nötig, dass Sie uns alle direkt an Sie gerichteten Anfragen zur Behandlung unterbreiten und von einer direkten Beantwortung absehen. Nur auf diese Weise ist gewährleistet, dass wirklich eine «*unité de doctrine*» herangebildet wird und wir uns nicht unversehens im einen oder andern Falle weitergehend engagieren, als dies neutralitätspolitisch verantwortet werden kann⁹.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 14, dodis.ch/51074 und Dok. 96, dodis.ch/48698.

9. Für die weitere Entwicklung in Bezug auf eine schweizerische Menschenrechtspolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960 und Dok. 160, dodis.ch/48701.

Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat¹

AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL NACH DEN USA

Ausgeteilt

Bern, 8. Dezember 1976

1. In bezug auf die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes² für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach den Vereinigten Staaten sind Probleme entstanden, die es bisher nicht gab, weil praktisch kein Kriegsmaterial aus der Schweiz nach den USA ausgeführt wurde³.

2. Im Zusammenhang mit der von der Schweiz ausgehandelten Möglichkeit und Verpflichtung, für die Lieferung des neuen Kampfflugzeuges Tiger Kompensationsgeschäfte abzuschliessen⁴, kommen zunehmend schweizerische Firmen in die Lage, Erzeugnisse allgemeiner Art zu offerieren. Zum Teil fallen darunter auch Produkte, die nach den geltenden Vorschriften als Kriegsmaterial bezeichnet werden müssen. Dabei handelt es sich kaum je um Waffen, Munition oder dergleichen, sondern fast ausschliesslich um Bestandteile und Zulieferungen von geringem Wert verglichen mit dem Endprodukt.

Zur Zeit handelt es sich z. B. um Bestandteillieferungen an die Firma General Electric für Flugzeuge, die in den USA hergestellt werden, wobei aber nicht feststeht, ob diese nicht wieder von den USA in Drittstaaten geliefert werden, oder um Unterhaltsarbeiten der Flugzeugwerke Altenrhein an Luftfahrzeugen der im Mittelmeer stationierten 6. US-Flotte, also um eine Ausfuhr von Bestandteilen, die einer Lieferung an die US-Marine gleichkommen⁵.

Das Kompensationsabkommen⁶ sieht aber nicht nur Lieferungen an US-Regierungsstellen und US-Streitkräfte vor, sondern vor allem an die Privatindustrie. Lieferungen an offizielle Stellen werden selten eintreten und sicher Ausnahmen bleiben.

Die in Frage stehenden Bestellungen sind zur Zeit zwar noch bescheiden, weil vor allem Prototypen und Versuchslieferungen verlangt werden. Die Bestrebungen der Schweizer Behörden zur Intensivierung des Kompensations-

1. Antrag: CH-BAR#E1004.1#1000/9#839*. Unterzeichnet von R. Gnägi.

2. Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972, AS, 1973, S. 108–115. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 64, dodis.ch/35690 und Dok. 68, dodis.ch/35692. Allgemein zur Kriegsmaterialausfuhr im Jahr 1976 vgl. das BR-Prot. Nr. 570 vom 30. März 1977, dodis.ch/50333. Vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 97, dodis.ch/48206 und Dok. 107, dodis.ch/39365, Punkt 1.

3. Zur Ausfuhr von «pinions and gears» in die USA während des Vietnamkriegs vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 161, dodis.ch/30976; DDS, Bd. 24, Dok. 43, dodis.ch/33141 sowie DDS, Bd. 25, Dok. 22, dodis.ch/35157.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317 und Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 4.

5. Vgl. dazu das Schreiben von E. Kempe an R. Huber vom 4. November 1976, dodis.ch/50698.

6. Memorandum of understanding between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the United States concerning the F-5 program vom 2. und 9. Juli 1975, dodis.ch/50710. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317, Anm. 2.

abkommens dürften aber dazu führen, dass die bisher nur latent bestehenden Fragen kurzfristig beantwortet werden müssen. Es gilt deshalb, jetzt schon Grundsatzentscheide zu fällen.

3. Mit einem – in der Folge zurückgezogenen – Antrag vom 3. September 1976⁷ hatten wir u. a. die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob den US-Streitkräften geliefertes Kriegsmaterial das eigentliche US-Gebiet verlassen dürfe, und die Ansicht vertreten, dies sei nach Kriegsmaterialgesetz zulässig, sofern das Material in der Verfügungsgewalt der US-Regierung verbleibe und deren Embleme aufweise.

Das Politische Departement, das vorerst eine andere Ansicht vertrat, konnte sich unserer Auffassung anschliessen⁸. Es ging dabei von der Voraussetzung aus, dass das Verbringen von schweizerischem an die US-Streitkräfte geliefertes Material nach Zonen ausserhalb des Territoriums der Vereinigten Staaten solange nicht als Wiederausfuhr zu gelten habe, als dieses Material im Besitz der US-Streitkräfte bleibt und deren Embleme trägt. Dabei sei in allen Fällen von Kriegsmaterialausfuhr zuhanden der US-Streitkräfte von den zuständigen US-Behörden eine Erklärung zu verlangen, wonach das Kriegsmaterial zum Eigengebrauch der US-Streitkräfte verwendet werde.

4. Das allgemeine Problem der Zulieferung von Bestandteilen ins Ausland wurde dem Bundesrat mit Antrag vom 24. Oktober 1973 eingehend dargestellt. Es wurde am 14. November 1973 beschlossen⁹, dass bei allen Gesuchen um Zulieferungen nicht nur Angaben über den Bestimmungsstaat, sondern in jedem Fall eine Endverbrauchererklärung beizulegen sei. Dies wurde dementsprechend dem Verein schweizerischer Maschinenindustrieller eröffnet.

5. Dieser Beschluss konnte bis heute stets eingehalten werden. Der Versuch, pflichtgemäss die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes in Anwendung des Kompensationsabkommens auch gegenüber den USA durchzusetzen, stiess aber auf unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten.

6. Die Erfahrung zeigte, dass es bereits unmöglich erschien, Endverbrauchererklärungen auch in banalen und eindeutigen Fällen zu erhalten. Den US-Stellen geht bisher die Erfahrung oder der gute Wille mit solchen Erklärungen ab, so dass es den schweizerischen Lieferfirmen nicht gelingt, Erklärungen zu erhalten, die dem KMG genügen. Bestenfalls konnte bisher nur erreicht werden, dass eine Regierungsstelle, z. B. die «Defense Contract Administration Services», eine Nichtwiederausfuhrerklärung der Empfangsfirma – quasi notariell – bestätigte, d. h. ohne Verpflichtung der Regierung. Eine andere «Declaration of destination on foreign exports of munitions items to United States» ist nur eine Erklärung zuhanden der US-Behörden und behält die Wiederausfuhr mit behördlicher Bewilligung ausdrücklich vor. Hierzu sei bemerkt, dass eine nachträgliche Einwilligung der Schweiz zur Wiederaus-

7. Antrag des Militärdepartements vom 3. September 1976, dodis.ch/50697. Vgl. ferner die Notiz von M. Viot und A. Kaech vom 18. August 1976, dodis.ch/50695.

8. Vgl. dazu die Notiz von E. Diez an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 13. September 1976, dodis.ch/50696.

9. BR-Prot. Nr. 1906 vom 14. November 1973, dodis.ch/39466. Vgl. ferner DDS, Bd. 26, Dok. 42, dodis.ch/38820.

fuhr in ein Drittland ausgeschlossen erscheint. Der Endverbraucher muss vorweg, d. h. vor der Ausfuhr nach den USA, bekannt sein, ansonst jede Kontrolle verloren ginge.

Artikel 11 KMG hält in bezug auf das Erfordernis von Endverbrauchererklärungen einleitend fest, dass diese Bedingung für die Erteilung einer Ausfuhrbewilligung «in der Regel» gelte. Bei insignifikantem Material (Bestandteile) könnte deshalb darauf verzichtet werden, eine formelle Endusererklärung zu verlangen.

7. Trotz intensiver Bemühungen, auch von den US-Behörden Endusererklärungen zu erhalten, scheiterten diese aus folgenden, teils technischen, teils politisch-psychologischen, Gründen:

- Es sei praktisch unmöglich, für die gleiche Bestellung Nichtwiederausfuhrerklärungen von jedem Endbestimmungsland zu erhalten;
- Bei Bestandteillieferungen könne bei der Herstellung von Kriegsmaterial in die USA keine Ausscheidung von schweizerischen und andern Zulieferungen gemacht werden;
- Die USA können als führende Macht der westlichen Welt nicht zulassen, für die Lieferung oder den Verkauf von Kriegsmaterial ins Drittausland die schweizerischen Behörden begrüßen zu müssen und von schweizerischen Bewilligungen abhängig zu sein. Zudem sei die Regierung nicht in der Lage, die Einhaltung der Endverbrauchererklärungen durch die Empfangsstaaten zu überwachen.

Die US-Botschaft in Bern hat am 4. November 1976 ¹⁰im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Vertrieb eines Kampfflugzeuges erklärt, sie könne weder ein Verbot noch eine Einschränkung des Verkaufs eines solchen Flugzeuges oder Bestandteile davon annehmen. Im Rahmen des «international security assistance program» liefere die USA Kriegsmaterial an verschiedene Staaten. Unter den gegebenen Umständen ersuche die US-Regierung formell um eine Ausnahmeregelung, da sie nach wie vor am Kompensationsabkommen interessiert sei.

8. Es hat sich zudem ergeben, dass die Kompensationsgeschäfte zur Zeit sehr harzen¹¹. Wenn bei Kriegsmaterial und dessen Bestandteilen noch die Schwierigkeiten aus der Anwendung des KMG hinzukommen, mag es für viele amerikanische Firmen und Stellen der Anlass sein, kurzerhand auf eine Bestellung zu verzichten. Mit andern Worten bedeutet die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes eine Potenzierung der bereits bestehenden Schwierigkeiten mit der Durchführung des Kompensationsabkommens.

9. Die anhaltende Rezession und das dadurch bedingte sehr grosse Interesse der schweizerischen Industrie an Bestellungen aus den USA führt – den Erfordernissen des Kriegsmaterialgesetzes gegenübergestellt – zu einem eigentlichen Dilemma.

Sicher ist, dass die Lieferung von fertigem Kriegsmaterial gemäss Artikel 1 VKM nur dann erfolgen darf, wenn eine Endverbrauchererklärung vorliegt oder das Kriegsmaterial für die US-Streitkräfte vorgesehen ist (mit entspre-

10. Vgl. Anm., 5.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 72, dodis.ch/49315.

chender Erklärung). In bezug auf den Export solchen Materials ist kein Kompromiss erkennbar.

10. Wenn schon die Zulieferungen rechtlich den gleichen Vorschriften wie für das fertige Material unterliegen, könnte bei der Lieferung von Bestandteilen, die dem in den Vereinigten Staaten herzustellenden Kriegsmaterial in keiner Weise einen schweizerischen Ursprung verleihen, also irgendwie anonyme Serienprodukte sind, auf die Vorlage von Endverbrauchererklärungen des letzten Empfangstaates verzichtet werden, nachdem wie unter Ziffer 8 erwähnt, diese nur «in der Regel» verlangt werden muss. Immerhin müsste der Besteller der schweizerischen Bestandteile bei der Bestellung eine Erklärung über die beabsichtigte Weiterlieferung des fertigen Materials angeben. Bei Endbestimmungsländern, die nach KMG nicht beliefert werden dürfen, würde keine Ausfuhrbewilligung für die Bestandteile aus der Schweiz erteilt.

11. Bei einer solchen Regelung müsste in Kauf genommen werden, dass derartige Serienprodukte in Länder gelangen, die nach KMG nicht beliefert werden dürften. Eine gewisse Korrektur kann zwar dann erfolgen, wenn der Besteller in der Lage ist, anzugeben, wohin das Material gelangt, in welches die aus der Schweiz stammenden Zulieferungen eingebaut werden.

Allerdings wird es Fälle geben, in denen der Besteller nicht wissen wird, wohin schliesslich das fertige Material gelangt, weil er «auf Lager» produziert. Oder er hält sich nicht an seine Erklärung, weil die Verhältnisse ändern.

So wäre es z. B. möglich, dass – erst recht bei einem Konflikt – US-Flugzeuge nach Israel gelangen, deren Triebwerke schweizerische Bestandteile aufweisen. Bei politischen Entscheidungen der US-Regierung würden vermutlich keine Bedingungen des KMG berücksichtigt werden können.

Immerhin würde diese Lösung¹² voraussichtlich gestatten, den meisten Ausfuhrgesuchen zu entsprechen.

Wir stellen deshalb folgende *Anträge*:

1. Für Lieferungen von fertigem Kriegsmaterial aus der Schweiz nach den USA sind Endverbrauchererklärungen zu verlangen, ohne die keine Ausfuhrbewilligungen erteilt werden können.
2. Für die Zulieferung von Bestandteilen von Kriegsmaterial an amerikanische Besteller ist ebenfalls die Vorlage von Endverbrauchererklärungen notwendig, wenn die Bestandteile dem fertigen Kriegsmaterial einen erkennbaren «schweizerischen Ursprung» verleihen.
3. Bei der Zulieferung von Bestandteilen, die im Verhältnis zum fertigen Kriegsmaterial wenig ins Gewicht fallen und dem fertigen Material als anonyme Serienprodukte keinen erkennbaren schweizerischen Ursprung verleihen, kann auf die Vorlage von Endverbrauchererklärungen verzichtet werden. Der Besteller hat jedoch nach Möglichkeit vorweg anzugeben, wohin das fertige Kriegsmaterial gelangen soll.
4. Zweifelsfälle sind dem Bundesrat zum Entscheid zu unterbreiten¹³.

12. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 472 von P. Glauser an R. Huber vom 22. Juni 1977, dodis.ch/50700.

13. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 39 vom 12. Januar 1977, dodis.ch/49316.

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹*ANTRAG DES EFZD VOM 20. DEZEMBER 1976² BETREFFEND MITWIRKUNG
AN INTERNATIONALEN WÄHRUNGSMASSNAHMEN. UNTERSTÜTZUNG FÜR
GROSSBRITANNIEN³

Bern, 21. Dezember 1976

1. Herr Minister Zwahlen hat uns über seine Haltung zu diesem Antrag, der ihm in den Grundzügen bekannt war, informiert. Wir sind der Meinung, dass der Bundesrat von diesem Bericht Kenntnis nehmen und sich bereit erklären sollte, an einer Stützungsaktion im Rahmen des IMF zugunsten Grossbritanniens mitzuwirken.

2. Wir begrüßen es, wenn die Schweiz diesmal⁴ nicht mit dem Schuldner direkt, sondern mit dem IMF die Kreditvereinbarung schliesst (Seite 4). Dies verstärkt die Rolle des Währungsfonds⁵, der den Kredit von 3,9 Mia. \$ der britischen Regierung nur tranchenweise ausrichten und somit eine Kontrolle über deren Wirtschaftspolitik beibehalten wird.

Aus *politischer* Sicht möchten wir aber auf folgendes hinweisen: es ist anzunehmen, dass schweizerischerseits die Gesamtquote von 865 Mio. Fr. für eine IMF-Aktion in Anspruch genommen wird. Zahlreiche an den GAB Vereinbarungen beteiligte Staaten werden nur symbolische Leistungen erbringen, so dass von den finanzkräftigeren Ländern umso grössere Beiträge erwartet werden⁶. Sollte nun aber *Italien*⁷ in den ersten Monaten 1977 an den IMF gelangen – ein derartiges Kreditgesuch scheint uns wahrscheinlich – wäre es äusserst unerwünscht, wenn wir wegen der Erschöpfung unserer Mittel im GAB an keiner weiteren IMF-Aktion mehr teilnehmen könnten. Eine Lösung könnte z. B. darin bestehen, dass die SNB nicht den gesamten Betrag, den sie dem IMF zugunsten Grossbritanniens zur Verfügung stellt, durch den Bund garantieren lässt. Damit wäre für eine kommende Operation

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1991/17#2429* (C.41.103.2.(4)). Verfasst und unterzeichnet von E. Thurnheer. Diese Kopie ging an A. Weitnauer.

2. Für den Antrag des Finanz- und Zolldepartements vom 20. Dezember 1976 vgl. das BR-Prot. Nr. 2324 vom 22. Dezember 1976, dodis.ch/51122.

3. Vgl. dazu die Note der britischen Botschaft in Bern an das Finanz- und Zolldepartement vom 15. Dezember 1976, dodis.ch/51123 sowie das Schreiben von G.-A. Chevallaz an D. Healey vom 13. Januar 1977, dodis.ch/51124.

4. Zu früheren schweizerischen Beteiligungen an der internationalen Währungshilfe für Grossbritannien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 128, dodis.ch/31415 sowie DDS, Bd. 24, Dok. 116, dodis.ch/33022, bes. Anm. 6.

5. Vgl. dazu den Bericht von J. Zwahlen vom 7. Oktober 1977, dodis.ch/50436, bes. Punkt IV sowie das Rundschreiben von G. Kündig vom 11. Oktober 1977, dodis.ch/50207.

6. Vgl. dazu die Notiz von D. Kaeser an G.-A. Chevallaz vom 12. Januar 1977, dodis.ch/51129.

7. Vgl. dazu die Notiz von G.-A. Chevallaz an die Mitglieder des Bundesrats vom 26. April 1977, dodis.ch/54122.

zur Unterstützung Italiens (oder auch Frankreichs) von seiten des Bundes noch ein gewisser Spielraum vorhanden.

Die Modalitäten für die Hilfe an Grossbritannien werden später festgesetzt⁸. Wir wollten aber nicht verfehlen, diese politischen Aspekte, die uns wichtig scheinen und auf die ev. auch im Bundesrat hingewiesen werden könnte, hervorzuheben.

8. Vgl. dazu die Notiz von P. Ehrensam und F. Leutwiler an G.-A. Chevallaz vom 5. Januar 1977, dodis.ch/51127; die Notiz von D. Kaeser an G.-A. Chevallaz vom 11. Januar 1977, dodis.ch/51125 sowie das Schreiben von G.-A. Chevallaz an die Schweizerische Nationalbank vom 19. Januar 1977, dodis.ch/51128.

43

dodis.ch/49314

Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank¹

INTERNATIONALES ERBRECHT UND BEHANDLUNG HERRENLOSER NACHLÄSSE DURCH DIE BANKEN

[Zürich,] 30. Dezember 1976

Das Direktorium nimmt Kenntnis von einer das Papier der Rechtsabteilung vom 23.8.76² ergänzenden Notiz³, die folgende Schlussfolgerungen enthält:

1. Der auf Eigentum beruhende Anspruch des Kunden gegenüber der Bank auf Herausgabe von Wertpapieren, Gold, Schmuckgegenständen etc. verjährt nicht. Bei Geldforderungen des Kunden kann die Bank unter Umständen die Einrede der Verjährung geltend machen.
2. Eine gesetzliche Verpflichtung des Bankiers, über die Erbansprüche an bei ihm liegenden Werten Nachforschungen anzustellen, besteht nicht. Eine vertragliche Verpflichtung kann eventuell unter ganz besonderen Umständen angenommen werden, nämlich dann, wenn ein enges persönliches Verhältnis zwischen Bankier und Kunde besteht.
3. Eine Sonderregelung der «erblosen» Vermögen analog dem Bundesbeschluss von 1962⁴ ist rechtlich möglich. Der politische Nutzen ist gegen-

1. Protokoll Nr. 1130: CH-SNB, Protokolle des Direktoriums. *Protokollauszug an das 1. Departement.*

2. Notiz von P. Ch. Gutzwiller vom 23. August 1976, dodis.ch/54440.

3. Notiz von P. Ch. Gutzwiller vom 20. Dezember 1976, dodis.ch/54441.

4. Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432, dodis.ch/2108. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 147, dodis.ch/30752.

über dem Aufwand abzuwägen. Ob ein solcher Beschluss erhebliche Vermögenswerte zu Tage fördern würde, erscheint zweifelhaft⁵.

Das Direktorium nimmt von diesen Schlussfolgerungen mit Interesse Kenntnis. Eine saubere rechtliche Regelung dieser Materie würde dem Finanzplatz Schweiz ohne Zweifel einiges von seinem schlechten Ruf nehmen⁶. Das Direktorium sieht vor, gelegentlich auf die Angelegenheit zurückzukommen.

5. Zur Liquidation des Fonds «erblose Vermögen» und zur Abwicklung des polnisch-schweizerischen Briefwechsels von 1949 sowie des schweizerisch-ungarischen Protokolls von 1950 im Jahr 1975 vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 129, dodis.ch/38349 sowie Dok. 133, dodis.ch/38366.

6. Zum schlechten Ruf der Schweizer Banken vgl. z. B. DDS, Bd. 25, Dok. 40, dodis.ch/35883; DDS, Bd. 26, Dok. 119, dodis.ch/38887 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 49, dodis.ch/50107 und Dok. 62, dodis.ch/49601.

44

dodis.ch/49428

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber¹

ACCORDS ITALO-SUISSES SUR LA DOUBLE-IMPOSITION ET SUR L'IMPOSITION DES FRONTALIERS

Berne, 11 janvier 1977

Par note du 1^{er} octobre 1976² nous avons brièvement rappelé l'histoire des négociations des accords fiscaux avec l'Italie³ et ensuite exposé la situation d'approbation parlementaire, notamment que l'accord italo-suisse sur l'imposition des frontaliers (du 3.10.74)⁴ et la convention italo-suisse de double-imposition (du 9.3.76)⁵ ont été approuvés par le Conseil national⁶.

La Commission du Conseil des États par contre, a décidé (13.8.76)⁷ de demander de la part du Conseil fédéral des informations supplémentaires (aspects techniques et l'état d'avancement de la procédure parlementaire en

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4045* (B.34.12.0). Rédigée par P. Troendle et signée par A. Hegner.

2. Notice de A. Hegner à P. Graber du 1^{er} octobre 1976, dodis.ch/51548.

3. Cf. DDS, vol. 23, doc. 41, dodis.ch/31063 et doc. 92, dodis.ch/31443, point 5; DDS, vol. 24, doc. 106, dodis.ch/32667; DDS, vol. 25, doc. 107, dodis.ch/35240, notes 11 et 12 et DDS, vol. 26, doc. 70, dodis.ch/38622.

4. Accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'imposition des travailleurs frontaliers et à la compensation financière en faveur des communes italiennes limitrophes du 3 octobre 1974, RO, 1979, pp. 457–459.

5. Convention entre la Confédération suisse et la République italienne en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune du 9 mars 1976, RO, 1979, pp. 461–480.

6. Cf. Bull. of. CN, 1976, pp. 973–976.

7. Cf. le procès-verbal de la Commission du Conseil des États du 13 août 1976, dodis.ch/52062.

Italie) avant d'arriver à une décision. Le 17 novembre 1976 le Conseil fédéral a donné suite à cette demande et en plus a déclaré que sa position demeure inchangée, «à savoir que l'accord sur l'imposition des frontaliers doit être approuvé et ratifié indépendamment de la convention de double-imposition, ceci pour manifester la bonne volonté de la Suisse à l'égard de l'Italie; il s'oppose à la motion Eisenring»⁸ (on se souvient que le Conseil national a approuvé cette motion le 6 octobre 1976⁹).

Lors de la dernière réunion de la Commission du Conseil des États, le 30 novembre 1976¹⁰, celle-ci a pris connaissance du rapport complémentaire demandé au Conseil fédéral¹¹, ainsi que du résultat des pourparlers, que M. l'Ambassadeur Weitnauer a eu à Rome du 12 au 14 octobre 1976¹²: à son retour il s'est déclaré convaincu de la bonne volonté des Italiens. Une bonne volonté dont les modifications portées à la loi italienne sur la fuite des capitaux en témoigne¹³. Selon les nouvelles dispositions de la loi N° 159, les Suisses de l'Italie en sont exemptés. M. Weitnauer a également rapporté de Rome que l'approbation de la motion Eisenring par le Conseil national a suscité quelques inquiétudes.

La Commission a décidé de renvoyer l'examen matériel des conventions et le traitement de la motion Eisenring à une date ultérieure, qui serait à fixer selon l'avancement en Italie des travaux parlementaires concernant l'accord de double-imposition.

Notre Ambassade à Rome a récemment fait le point de la situation sur le plan italien: Le Gouvernement estime durant l'année écoulée avoir tenu ses promesses en accélérant le processus administratif par la signature de l'accord le 9 mars 1976 et surtout par l'envoi de la loi au Parlement, communiquée à la Présidence le 14 octobre dernier (Disegno di legge N° 239). La loi, autorisant le Gouvernement à ratifier, ainsi que la Convention ont été transmises au Sénat. La Commission des affaires étrangères du Sénat, chargée de l'examen, ne s'est pas encore penchée sur le projet. Il faut tenir compte des projets impératifs qui ont dû être discutés par les deux chambres ces derniers mois en raison de la situation économique et financière de l'Italie; il est certain qu'elle le fera dans les mois à venir, quand exactement, il n'est pas possible de le dire, aucune séance de la Commission n'étant encore fixée. Peut-on déjà se faire une idée sur le calendrier parlementaire? Difficilement, si tout se passait normalement, c'est-à-dire dans l'hypothèse d'un avis favorable de la Commission et d'un accord sans discussion du plénum, le projet de loi pourrait passer à

8. PVCF N° 2068 du 17 novembre 1976, dodis.ch/51557. Pour le texte de la motion, cf. le PVCF N° 1685 du 20 septembre 1976, dodis.ch/50339. Sur la motion, cf. aussi la notice de A. Hegner à la Direction du Droit international public du Département politique du 6 août 1976, dodis.ch/48160.

9. Cf. Bull. of CN, 1976, pp. 1216 s.

10. Cf. le procès-verbal de la Commission du Conseil des États du 30 novembre 1976, dodis.ch/52064.

11. Cf. le rapport du 27 octobre 1976, dodis.ch/52063.

12. Cf. le rapport de A. Weitnauer d'octobre 1976, dodis.ch/51621.

13. Cf. la notice de A. Hegner du 29 juin 1976, dodis.ch/51552 et la notice de J. Zwahlen à la Division politique I du Département politique du 24 octobre 1977, dodis.ch/51551.

la Chambre des députés au début de l'été, mais il suffirait d'un député pour prolonger le débat ... à l'instar de M. Eisenring en Suisse.

Il est à craindre, que plus on attend, plus certains députés italiens critiqueront l'accord de double-imposition (avantage pour la Suisse) et moins l'accord sur les frontaliers (avantage pour l'Italie)¹⁴ paraîtra intéressant. Finalement le Junktim préconisé par la motion Eisenring pourrait être interprété comme une pression inadmissible qui pourrait fort bien provoquer le renvoi de l'affaire sine die.

14. Cf. la lettre de E.-R. Lang à A. Weitnauer du 9 juin 1977, dodis.ch/50086 et la notice de A. Mailard à P. Graber du 15 août 1977, dodis.ch/50087. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 90, dodis.ch/49427 et doc. 113, dodis.ch/49423, point 3.

45

dodis.ch/48311

Instruction du Département politique¹

ASILE DIPLOMATIQUE

Berne, 25 janvier 1977

Le droit international ne contient aucune règle autorisant l'État accréditant à accorder l'asile dans une de ses missions diplomatiques². La décision d'octroyer l'asile diplomatique comporte une dérogation à l'exercice normal de la souveraineté territoriale de l'État accréditaire. Elle constitue en outre fréquemment une immixtion dans les affaires intérieures de cet État.

Bien que la Convention de Vienne de 1961³ sur les relations diplomatiques ne traite pas cette question, on peut considérer qu'elle exclut implicitement l'asile. D'une part, en effet, cette convention repose sur le principe que les immunités sont accordées dans l'intérêt de la fonction, et son article 41, alinéa 3, en particulier, interdit expressément l'utilisation des locaux de la mission d'une manière incompatible avec les fonctions de la mission. D'autre part, selon l'article 41, al. 1, de la Convention de Vienne, les missions diplomatiques ont le devoir de respecter les lois et règlements de l'État accréditaire et sont tenues de ne pas s'immiscer dans ses affaires intérieures.

La Cour internationale de justice a reconnu l'existence d'une pratique spéciale de l'asile propre aux États d'Amérique latine⁴ et limitée en principe aux

1. *Instruction N° 087*: CH-BAR#E2004B#1990/219#7788* (a.713.Uch). Pour la précédente version de cette instruction du 15 avril 1971, cf. dodis.ch/48311, annexe.

2. Cf. la notice de A. Gsell du 10 février 1969, dodis.ch/32357.

3. Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961, RO, 1964, pp. 431–451. Cf. aussi la compilation thématique dodis.ch/T961.

4. Sur la pratique suisse de l'asile diplomatique cf. DDS, vol. 24, doc. 172, dodis.ch/32363, point 3 et DDS, vol. 26, doc. 81, dodis.ch/38270, en particulier note 2. Sur les réfugiés chiliens à l'Ambassade de Suisse à Santiago cf. DDS, vol. 26, doc. 69, dodis.ch/38268 et doc. 86, dodis.ch/38253.

relations entre ces États. Cette pratique ne peut pas non plus être invoquée par une puissance étrangère au continent lorsqu'elle assume la protection des intérêts d'un État latino-américain dans un autre État de ce continent⁵.

Toutefois, pour des motifs humanitaires, la pratique internationale admet un droit de refuge temporaire en faveur de personnes dont la vie est menacée ou qui sont poursuivies devant des tribunaux qui n'offrent aucune garantie d'une procédure régulière. Ce droit prend fin dès que le danger de mort cesse ou que la personne poursuivie peut être jugée dans des conditions normales. Lors de l'octroi de cet asile, l'acceptation expresse ou tacite de l'asile par l'État accréditaire joue un rôle important. La permission donnée à une personne poursuivie de demeurer provisoirement dans les locaux de la mission, en attendant que le chef de mission se prononce sur la demande d'asile, n'équivaut pas encore à l'octroi de l'asile. Toutefois, la décision du chef de mission doit intervenir aussi rapidement que possible⁶.

Il n'existe pas d'accord dans la doctrine au sujet de la question de savoir si, au cas où la mission aurait accordé l'asile à une personne et refuserait de la livrer aux autorités locales, celles-ci seraient en droit de pénétrer dans les locaux et de la reprendre de force. La Cour internationale de justice a déclaré que l'État d'accueil devait mettre fin à un asile irrégulier mais n'était pas obligé de s'acquitter de ce devoir en remettant le réfugié aux autorités locales. À son avis, il n'y a pas contradiction entre ces deux propositions, car la remise n'est pas la seule manière de mettre fin à l'asile.

Les restrictions ordinaires concernant l'asile ne valent pas pour les agents diplomatiques. Ceux-ci jouissent d'une inviolabilité personnelle qui les met à l'abri de toute forme d'arrestation ou de détention. Cette inviolabilité continue après la cessation de la fonction jusqu'au moment où l'agent a quitté le pays, ou jusqu'à l'expiration d'un délai raisonnable qui lui aura été accordé à cette fin. En outre, l'immunité de l'agent subsiste même ultérieurement en ce qui concerne les actes accomplis par lui dans l'exercice de ses fonctions (art. 39 de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques). L'octroi de l'asile à des agents diplomatiques ne sera donc pas soumis aux restrictions ordinaires. La décision à prendre à cet égard devra tenir compte, en plus de l'aspect humanitaire usuel, de considérations collégiales et du respect dû aux règles de droit international sur le statut diplomatique, sans oublier comme d'habitude la sauvegarde des relations avec l'État de résidence, qui ne devra pas être inutilement provoqué.

Sur la base de ce qui précède, les missions diplomatiques devraient s'en tenir aux *instructions* suivantes:

- 1) En l'absence de droit d'asile diplomatique, il ne peut exister non plus une obligation d'accorder l'asile à qui que ce soit, Suisse ou étranger.
- 2) L'asile peut cependant être accordé, en tant qu'acte humanitaire, aux personnes en danger de mort ou qui sont poursuivies devant des tribunaux qui

5. En 1977, la Suisse représente les intérêts du Guatemala, du Honduras, du Brésil et de l'Équateur à Cuba, cf. la notice du Département politique du 1^{er} janvier 1977, dodis.ch/50853.

6. Les deux dernières phrases de ce paragraphe ne figuraient pas dans la version du 15 avril 1971, cf. note 1.

n'offrent aucune garantie d'une procédure régulière. L'asile doit prendre fin dès que ce danger cesse ou que la personne poursuivie peut être jugée dans des conditions normales.

- 3) L'asile est accordé par le chef de mission, qui en porte la responsabilité.
- 4) L'asile est accordé en priorité aux ressortissants suisses et à des personnes ayant des liens étroits avec la Suisse.
- 5) L'asile ne doit être accordé que s'il peut assurer provisoirement une protection efficace au bénéficiaire. La remise d'une personne réfugiée dans les locaux de la mission est un acte de lâcheté à son égard et une atteinte sensible à la considération de l'État accréditant.
- 6) L'asile ne doit pas mettre en danger la protection des intérêts suisses et menacer l'existence de la mission diplomatique.
- 7)⁷ Le Département politique doit se réserver la possibilité de mettre fin à l'asile, notamment lorsque le chef de mission a manifestement contrevenu aux présentes instructions.
- 8) Les agents diplomatiques n'étant pas soumis, en tant qu'éventuels bénéficiaires, aux restrictions ordinaires concernant l'asile, la décision à prendre sur une demande émanant de l'un d'eux devra s'inspirer de motifs particuliers qui compléteront les considérations valables dans les cas ordinaires.
- 9)⁸ Les frais encourus par le chef de mission qui accorde l'asile seront couverts dans l'immédiat et dans les limites des montants alloués aux domestiques privés du chef de mission:
 - a) quand il s'agit de personnes poursuivies, de nationalité suisse, dans le besoin, par la Division de police du Département fédéral de justice et police en vertu de la loi fédérale sur l'assistance des Suisses de l'étranger, du 21 mars 1973 (RO 1973, 1976⁹), par le débit du compte 4.4. tenu par la mission.
 - b) quand il s'agit de personnes poursuivies n'ayant pas la nationalité suisse, par la Division de police du Département fédéral de justice et police, au titre d'assistance aux réfugiés.La Division de police du Département fédéral de justice et police règle définitivement la question des frais¹⁰.

7. Dans la version du 15 avril 1971, le point 7) était: Le Département politique doit se réserver la possibilité de mettre fin à l'asile, notamment lorsque le chef de mission a manifestement contrevenu aux présentes instructions. Cf. note 1.

8. Le point 9 ne figurait pas dans la version du 15 avril 1971, cf. note 1.

9. Loi fédérale sur l'assistance des Suisses de l'étranger du 21 mars 1973, RO, 1973, pp. 1976–1982. Cf. aussi le PVPF N° 2016 du 26 novembre 1973, dodis.ch/38771.

10. Cf. la lettre de O. Schürch à E. Diez du 6 mai 1977, dodis.ch/48312.

*Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an
Nationalrat H. Hubacher¹*

STAATSVETRAGSREFERENDUM: INITIATIVE DER NATIONALEN AKTION

Bern, 26. Januar 1977

Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 19. Januar 1977² und können Ihnen dazu folgendes mitteilen:

Die wichtigsten Gründe gegen die Initiative der Nationalen Aktion sind in der Botschaft des Bundesrates vom 23. Oktober 1974 in Kapitel 43 (BBl 1974 II S. 1151 – 1153)³ aufgeführt. Dabei richtet sich die Kritik sowohl gegen das rückwirkende Referendum für bereits in Kraft stehende Verträge als auch gegen das generelle fakultative Referendum für alle zukünftigen Verträge. Das Wesentliche finden Sie in dem beiliegenden, damals an die Presse verteilten Rohstoff⁴ zusammengefasst.

Gegen welche bestimmten Verträge das Referendum ergriffen werden soll, kann nur vermutet werden. In der Tat hat die Nationale Aktion immer wieder zu verstehen gegeben, sie ziele mit dem rückwirkenden Referendum «nur» auf einen oder zwei Verträge ab, wobei das Einwanderungsabkommen mit Italien vom 10.8.1964⁵ und dasjenige mit Spanien vom 2. März 1961⁶ gemeint sind.

Ob es allerdings, sollte die Initiative wider allen Erwartens angenommen werden⁷, bei diesen wenigen Verträgen bleiben wird, vermag mit Sicherheit niemand zu sagen. Wir haben etwelche Zweifel. Entscheidend dürfte letzten Endes sein, für welche Dinge die öffentliche Meinung sensibilisiert sein wird. Hiezu einen Gradmesser zu finden, ist unmöglich. Gerade diese, die Initiative

1. Schreiben: (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#479* (B.14.20.(01)).

2. Schreiben von H. Hubacher an das Politische Departement vom 19. Januar 1977, dodis.ch/52934.

3. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums vom 23. Oktober 1974, BBl, 1974, II, S. 1133–1176.

4. Presserohstoff des Politischen Departements vom 23. Oktober 1974, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#324* (B.14.20.(1)).

5. Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz vom 10. August 1964, AS, 1964, S. 399–410. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 48, dodis.ch/30799, bes. Anm. 2; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

6. Abkommen zwischen der Schweiz und Spanien über die Anwerbung spanischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in der Schweiz vom 2. März 1961, AS, 1961, S. 982–988. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 155, dodis.ch/30019 und DDS, Bd. 24, Dok. 10, dodis.ch/32342.

7. Die Abstimmung über die Volksinitiative Gegen die Beschränkung des Stimmrechts bei Staatsverträgen mit dem Ausland fand am 13. März 1977 statt. Sie wurde mit 70.5% Nein-Stimmen und von sämtlichen Ständen abgelehnt. Der Gegenentwurf des Bundesrats zur Neuordnung des Staatsvertragsreferendums wurde mit 61% Ja-Stimmen und von 18 ⁵² Ständen angenommen. Vgl. BBl, II, S. 197–205.

kennzeichnende Unsicherheit bedeutet für die schweizerische Aussenpolitik eine grosse Belastung.

Immerhin – ohne Prophet sein zu wollen – könnten wir uns neben den Einwanderungsabkommen ein Referendum vorstellen gegen Doppelbesteuerungs- oder Entschädigungsabkommen, dann auch gegen Vereinbarungen mit Staaten wie Israel, Südafrika, oder der DDR. Zu denken wäre schliesslich auch an die europäische Menschenrechtskonvention, welche in letzter Zeit wegen der Unvereinbarkeit mit unserem Militärstrafrecht wiederholt kritisiert worden ist⁸.

Was ein solches Referendum – genau genommen handelt es sich um eine Volksinitiative auf Kündigung eines Staatsvertrages – für unser Land und unsere Aussenbeziehungen bedeuten würde, lässt sich leicht vorstellen: die anfangs vielleicht noch sachliche Kritik an einem Vertrag würde bald in eine gefühlsbetonte Polemik gegen bestimmte Staaten oder Regimes ausarten⁹. Die Folge davon wären offizielle Demarchen und Proteste sowie eine merkliche Abkühlung des aussenpolitischen Klimas, die bis zum Einfrieren bestehender Kontakte oder zum Abbruch laufender Vertragsverhandlungen gehen könnte. Die Kündigung des Vertrages würde es schliesslich mit sich bringen, dass als Retorsionsmassnahme höchst wahrscheinlich auch uns gegenüber Verträge gekündigt würden, und zwar Verträge, an deren Bestehen unser Land ein vitales Interesse hat.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben und versichern Sie, Herr Nationalrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 61, dodis.ch/48720.

9. Zum Thema der öffentlichen Meinung und Aussenpolitik vgl. das Protokoll der Sitzung vom 19. November 1977 der Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung, dodis.ch/34219.

47

dodis.ch/48692

Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, A. Weitnauer, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

BESUCH DES RUSSISCHEN BOTSCHAFTERS GERASSIMOW VOM 18. FEBRUAR 1977

[Bern,] 21. Februar 1977

Botschafter Gerassimow sucht mich am 18. Februar 1977 um 18 Uhr auf, um mir eine Erklärung seiner Regierung vorzutragen. Er liest sie aus einer

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#444* (B.11.43.1). Visiert von P. Graber. Kopie an R. Bind-schedler, A. Hegner, A. Weitnauer und die schweizerische Botschaft in Moskau. Handschriftliche Marginalie vom 22. Februar 1977: NF [F. Nordmann]: reprendre au retour de WR [A. Weitnauer]. Zum Aufenthalt A. Weitnauers in Budapest vom 22. bis 26. Februar 1977 vgl. das Rundschreiben von H. Renk vom 18. März 1977, dodis.ch/48192.

handgeschriebenen Übersetzung eines ebenfalls handgeschriebenen russischen Textes vor, ohne mir ein Memorandum zu hinterlassen (eine recht ungewöhnliche Methode des diplomatischen Verkehrs).

Seine Demarche betrifft die *Angelegenheit Jeanmaire* und die Konsequenzen, die sie für die sowjetisch-schweizerischen Beziehungen haben könnte².

1. Der russische Botschafter geht davon aus, dass nun seit sechs Monaten eine antisowjetische Kampagne in den schweizerischen Zeitungen und sonstigen Massenmedien im Gang ist. Dieser Feldzug wird von einer Gruppe übelwollender, aufhetzerischer Leute («instigateurs») geleitet, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion zu vergiften. Die Sowjetregierung legt den grössten Wert auf gute Beziehungen mit unserem Lande. Sie hatten sich über die letzten Jahre sehr zur Zufriedenheit Moskaus entwickelt³. Nun kommen diese systematischen, nicht abbrechenden Aktionen einer Clique von Sowjetfeinden dazwischen, der die Affäre Jeanmaire als Werkzeug sehr dienlich ist, um Unfrieden zwischen unseren beiden Ländern zu säen.

2. Die Sowjetunion hat mit der Affäre Jeanmaire nichts zu tun. Die schweizerische Regierung weiss dies sehr wohl («le gouvernement suisse le sait certainement très bien»).

3. Die sowjetische Seite bittet die schweizerische Seite (G[erassimow] nimmt Bedacht darauf, in beiden Fällen «partie» und nicht «Regierung» zu sagen), alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Aktionen der Unfriedensstifter entgegenzuwirken. G[erassimow] braucht auf französisch das Wort «contrecarrer». (Hier bitte ich ihn – wie auch in anderen Fällen –, mir das russische Äquivalent vorzulesen; es erweist sich, dass es weniger stark als «contrecarrer» ist, aber genau dem deutschen «entgegenwirken» entspricht.)

Ich erkläre G[erassimow], dass ich meinen Chef⁴ über seine Vorsprache orientieren und von ihm Instruktionen zur Beantwortung von G[erassimow]'s Darlegungen erbitten werde. Im Sinne einer vorläufigen Stellungnahme sage ich ihm folgendes:

1. Es gibt in der Schweiz kein Komplott, keine Verschwörung, keine Organisation, die sich systematisch zum Ziel gesetzt hätte, den Fall Jeanmaire als Vorwand zu benutzen, um den russisch-schweizerischen Beziehungen Schaden zuzufügen. Der Spionagefall an sich genügt durchaus, um in der schweize-

2. Brigadier J.-L. Jeanmaire, ehemaliger Leiter des Bundesamts für Luftschutztruppen, hatte seit 1961 sowjetischen Nachrichtendienstoffizieren vertrauliche Auskünfte über die Schweizer Armee weitergegeben. Er wurde im August 1976 verhaftet. Bei einer früheren Aussprache betonte A. Weitnauer gegenüber P. I. Gerassimow, der Bundesrat sei weiterhin daran interessiert, mit der Sowjetunion korrekte und normale Beziehungen zu unterhalten, es sei jedoch eine innenpolitische Unmöglichkeit, dass sich Bundesrat Graber wie ursprünglich vorgesehen im Mai dieses Jahres zu einem Staatsbesuch nach Russland begibt. Vgl. die Notiz von A. Weitnauer vom 18. Januar 1977, dodis.ch/48723. Zur Jeanmaire-Affäre vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 51, dodis.ch/52005. Zum geplanten Besuch P. Grabers in Moskau vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5298* (B.15.21.(2)).

3. Zu den bilateralen Beziehungen vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 34, dodis.ch/38769 und Dok. 77, dodis.ch/38767 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 37, dodis.ch/48679.

4. P. Graber.

rischen Öffentlichkeit die Reaktionen hervorzurufen, auf die *G[erassimow]* sich bezieht.

2. Ob die sowjetische Seite – um mit *G[erassimow]*s Phraseologie zu sprechen – mit dem Fall Jeanmaire etwas zu tun hat, wird der Prozess erweisen. Was bisher von der schweizerischen Regierung über den Fall gesagt worden ist, lässt mich allerdings daran zweifeln, dass die Sowjetunion an ihm uneteiligt ist⁵.

3. Die schweizerische Regierung hat keinerlei Möglichkeit, die der Sowjetunion gegenüber unfreundlichen Kommentare in der schweizerischen Öffentlichkeit zu verhindern oder zu begrenzen. *G[erassimow]*, der schon als junger Sekretär Ende der Vierzigerjahre auf der russischen Mission in Bern tätig war und nun seit bald vier Jahren das Botschafteramt ausübt, muss darüber im Bilde sein, dass die Meinungs- und die Pressefreiheit in der schweizerischen Verfassung verankerte, unabdingbare Rechte sind.

4. Im Sinne eines persönlichen Kommentars appelliere ich an *G[erassimow]*, sich in Moskau zum Sprecher der These zu machen, die Wichtigkeit der Angelegenheit Jeanmaire für die sowjetisch-schweizerischen Beziehungen nicht zu übertreiben und überhaupt die Proportionen besser zu wahren. Was kann es der Supermacht Sowjetunion schon bedeuten, dass in einem kleinen Lande wie der Schweiz – mit demokratischen Institutionen westlicher Prägung – die Öffentlichkeit wegen des Falles in begreifliche Erregung geraten ist und ihr auch Ausdruck gibt.

G[erassimow] und ich treffen uns am Schlusse des Gesprächs in dem Wunsche, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu pflegen und sie unter den Regierungen jedenfalls trotz der Affäre Jeanmaire korrekt weiterzuführen. Ich betone, dass dies entschieden der Politik unserer Behörden entspricht, während *G[erassimow]* – teilweise in Beantwortung meiner Frage – hervorhebt, dass die Schweiz für die Sowjetunion kein unwichtiges Land sei und dass sie die echte und grosse Sorge empfinde, mit uns auf gutem Fuss zu stehen.

Kommentar

Man muss sich fragen, was die Vorsprache *G[erassimow]*s gerade in diesem Augenblick für einen Zweck verfolgt. Er hat im Laufe des Gesprächs mehrmals hervorgehoben, dass der Fall Jeanmaire in der Sowjetpresse bisher mit keinem Wort erwähnt worden sei⁶. Macht man sich in Moskau im Zusammenhang mit der Prozesseröffnung – mit Recht – auf eine vermehrte antisowjetische Publizität in unseren Massenmedien gefasst und will schon jetzt den Grund für eine Gegenkampagne legen? Handelt es sich um einen Versuch, die Fassade guter Beziehungen wenn immer möglich zu wahren? (*G[erassimow]* verweist auf die kürzliche Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission in Moskau⁷ wie auch auf den bevorstehenden Besuch Professor Bindschedlers im Zusammenhang mit der Belgrader Konferenz und der CDDH⁸.)

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 51, dodis.ch/52005.

6. Ibid., Anm. 9.

7. Vgl. dazu den Bericht von C. Sommaruga vom 25. Januar 1977, dodis.ch/48680.

8. Zu den Besprechungen R. Bindschedlers in Moskau vgl. den Bericht von R. Bindschedler vom

Wie dem auch sei, so drängt sich uns, wie mir scheint, eine sorgfältige Prüfung der Lage auf. Objektivität und Festigkeit sind sicher unsere besten Alliierten. Irgendeine Beeinflussung des Prozessverfahrens gegen Jeanmaire kann nicht in Betracht kommen, und der negative Stimmenchor in der öffentlichen Meinung lässt sich nicht vermeiden. Andererseits haben wir, wollen wir unsere Aussenpolitik «de lege artis» führen, in der Tat allen Anlass, die Sowjetbehörden an die Proportionen zu erinnern, in denen die leidige Spionageangelegenheit steht, gleichzeitig aber unseren – ohne Zweifel vorhandenen – Willen zu bekräftigen, auch mit der Sowjetunion wie mit allen andern Mitgliedern der Staatengemeinschaft die gleichen korrekten Beziehungen zu unterhalten.

Viel hängt davon ab, was die Sowjetregierung mit dem von uns erwarteten «Entgegenwirken» meint. Nachdem sie die Schweiz kennt, kann sie nicht das Unmögliche erhoffen. Vielleicht würde eine entsprechende Erläuterung gegenüber dem Botschafter, verbunden mit einer gelegentlichen bundesrätlichen Erklärung in einem weiteren Zusammenhang oder in Gestalt der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage genügen.

29. März 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#901* (B.72.09.15.1). Allgemein zu den Vorbereitungen für das Belgrader Treffen der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213. Zur Abrüstung vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 166, dodis.ch/48273.

48

dodis.ch/49892

Co-rapport du Département politique au Conseil fédéral¹

NOUVEL ACCORD TYPE DE DOUBLE IMPOSITION DE L'OCDE

Berne, 22 février 1977

Nous pouvons nous déclarer d'accord avec la proposition du DFFD². Aussi ce co-rapport n'a-t-il pour but que d'attirer l'attention du Conseil fédéral sur un problème auquel le Département politique attache une importance particulière.

Comme l'indique la proposition du DFFD, la révision de l'accord type de l'OCDE³ confirme la tendance générale sur le plan international vers une intensification des échanges d'information en matière fiscale. Aussi en dépit de sa réserve absolue à l'endroit de l'article 26 (échange d'informations), réserve qu'elle va reconfirmer, la Suisse n'a pas pu se soustraire entièrement à cette tendance générale. Dans nombre d'accords de double imposition en effet, la Suisse a dû accepter des clauses, en général restrictives il est vrai, d'informa-

1. *Co-rapport*: CH-BAR#E1004.1#1000/9#841*. Rédigé par D. de Pury et signé par P. Graber.

2. Pour la proposition du 27 janvier 1977, cf. le PVCF N° 429 du 7 mars 1977, dodis.ch/49892.

3. Sur l'accord type, cf. DDS, vol. 24, doc. 82, dodis.ch/32330, en particulier note 4.

tion⁴. Il est probable aussi qu'à l'avenir les pressions auxquelles la Suisse sera exposée dans ce domaine vont augmenter et que notre position sera de moins en moins bien comprise à l'étranger. Il n'est pas exclu, enfin, qu'à terme cette évolution entraîne pour nous de sérieux désavantages autant sur le plan politique qu'économique. Cela nous amène non pas à vous proposer une révision de notre attitude dans l'immédiat mais à nous poser la question, si celle-là ne devrait pas faire l'objet d'un réexamen sérieux pouvant aboutir le cas échéant à une nouvelle et véritable conception suisse en la matière. Cette conception devrait être large – elle devrait notamment englober la problématique de l'aide judiciaire en matière fiscale⁵ –, elle devrait tenir compte des évolutions récentes et des aspects à plus long terme du problème et surtout elle devrait pouvoir être appliquée de manière conséquente. Il pourrait être utile de créer un groupe de travail interdépartemental à cet effet.

4. Cf. la notice de M. Widmer du 14 décembre 1976, dodis.ch/52670 et la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 18 février 1977, dodis.ch/49947. Sur le traité d'entraide judiciaire avec les États-Unis, cf. DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point 5. Pour l'Australie, cf. la lettre de M. Grossenbacher à J. Iselin du 27 novembre 1978, dodis.ch/51431, point 2. Pour la Belgique, cf. la notice de J. Hulliger à P. Aubert du 23 juin 1978, dodis.ch/48967 et pour le Canada, cf. la lettre de F. Pictet au Service économique et financier du Département politique du 8 juin 1977, dodis.ch/52669.

5. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 6, dodis.ch/39389.

49

dodis.ch/50107

Notice du Chef du Département politique, P. Graber, aux membres du Conseil fédéral¹

SECRET BANCAIRE. CRITIQUES ÉTRANGÈRES

Berne, 24 février 1977

Les reproches formulés à l'étranger à l'encontre du secret bancaire en Suisse et des abus qu'il est censé permettre ne sont pas nouveaux². Mais ils se multiplient et gagnent en virulence. Des opinions plus objectives sont parfois émises. Elle sont malheureusement beaucoup plus rares.

Plusieurs émissions de télévision ont été consacrées au système bancaire suisse. Les chaînes de télévision canadienne, hollandaise et belge ont présenté ces derniers temps des émissions très critiques. Le sujet inspire aussi des auteurs de films, tel «The Swiss Conspiracy». Des ouvrages sur ce même thème, exposé

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1165* (C.41.129.0). Rédigée par L. Rochat et J.-C. Richard. Copie à K. Huber, W. Buser et J.-M. Sauvant.

2. Cf. DDS, vol. 26, doc. 109, dodis.ch/38960, en particulier note 5 et le procès-verbal N° 191 de la direction générale de la Banque nationale suisse du 10 mars 1977, dodis.ch/49313. Sur l'affaire de la filiale de Chiasso du Crédit suisse, cf. DDS, vol. 27, doc. 62, dodis.ch/49601 et le PVCF de décision II du 5 mai 1977 de la 15^{ème} séance du 27 avril 1977, dodis.ch/49293.

de façon plus ou moins tendancieuse, ont paru. Parmi les nouveautés, on peut citer «The Swiss Connection» (par Leslie Waller), «The Swiss Account» (du même auteur), «Dirty Money» (par Thurston Clark/John J. Tighe), «Facts about Swiss Banking Secrecy» et «Harry Brown's Complete Guide to Swiss Banks».

La presse internationale s'étant, depuis longtemps, emparée du sujet, il serait vain de passer en revue tous les articles qui nous sont parvenus ces derniers mois. Les critiques formulées ne varient guère et elles sont bien connues: comptes numérotés, recel de capitaux provenant de vols, d'escroqueries, de rançons, de la mafia, de fortunes mal acquises (Trujillo, Haïlé Sélassié³, etc.), refuge de capitaux en fuite, aide à la fraude fiscale, financement de trafic d'armes, etc. L'ouvrage récent de Jean Ziegler «Une Suisse au-dessus de tout soupçon»⁴, est partiellement à l'origine de cet intérêt renouvelé des mass media pour le système bancaire suisse, l'auteur étant devenu un invité privilégié de la presse, de la radio et des télévisions étrangères⁵.

Un fait nouveau est cependant constaté. Précédemment, les reproches s'adressaient aux banques suisses qui accueilleraient sans discernement des fonds d'origine douteuse. *Désormais, c'est l'attitude de la Suisse et de son gouvernement, considéré comme trop tolérant si ce n'est complice, qui est visée.* Voici quelques exemples récents: «The Surrey Leader» (Canada) du 9 décembre 1976, écrit: «Ces comptes numérotés, officiellement protégés par le gouvernement suisse, constituent un chaînon important dans l'organisation du crime à travers le monde». Ce journal suggère que le problème soit porté devant la Chambre des Communes afin de faire pression sur la Suisse et de lui rappeler sa responsabilité morale. «Le crime et la corruption seraient moins rentables s'ils ne pouvaient pas compter sur la coopération du système bancaire suisse». «Si la Suisse», conclut l'article, «refuse d'abandonner son rôle de receleur, elle devrait être exclue de toute organisation poursuivant un but humanitaire.»

Il y a quelques semaines, l'ancien Ministre français Alexandre Sanguinetti ne s'exprimait publiquement guère autrement si ce n'est un peu moins brutalement: «L'Europe devra faire quelque chose, car il n'est plus possible que la Suisse continue à être le receleur de l'Europe». À la demande d'un correspondant du quotidien «La Suisse», il a précisé sa pensée: «Je suis convaincu que tôt ou tard, la communauté des pays européens demandera au gouvernement suisse de réfléchir au problème, afin que la Confédération n'apparaisse plus comme un receleur, au profit de gens qui ne méritent en rien, par leur comportement, la considération dont on les entoure dans vos banques. Je suis persuadé que la Suisse n'échappera pas à l'examen de la question» ... «La Suisse commence à faire parler d'elle dans les milieux de la Communauté européenne, pour une attitude qui constitue une prime aux fraudeurs des impôts et à certains spéculateurs sans scrupules» ... «Tôt ou tard, l'affaire éclatera» ... «Je crois pourtant que si la gauche arrivait au pouvoir, le problème

3. Cf. DDS, vol. 26, doc. 119, dodis.ch/38887 et doc. 121, dodis.ch/38888.

4. Cf. la notice de E. Andres à P. Graber du 6 avril 1976, dodis.ch/50257.

5. Cf. la notice de F. Dubois à la Division politique I du Département politique du 24 mars 1977, dodis.ch/50955 et la lettre de A. Hurmi à A. Weimauer du 16 février 1977, dodis.ch/50565.

serait posé à la Suisse plus durement qu'il ne le serait par le régime actuel. La gauche française ne tolérerait pas longtemps que la Suisse voisine puisse servir de refuge à l'évasion des fortunes.»

Lors d'un procès concernant une maison suédoise, ouvert le 26 janvier 1977 en Suède dans une affaire de violation de la législation sur les changes, le Procureur d'État⁶ s'est exprimé de façon sévère à l'égard de la Suisse (et du Liechtenstein). La presse, la radio et la télévision s'en sont fait largement l'écho. L'«Aftonbladet» du 27 janvier rapporte: «Le Procureur Rosenberg a déclaré à la Cour que l'existence de <telles firmes> en Europe est une honte pour la Suisse (et le Liechtenstein). Il a exprimé l'espoir que cette situation puisse changer. Le Procureur suédois visait les nombreuses sociétés créées à seule fin de dissimuler aux investigations étrangères des sommes destinées à divers usages occultes.»

Ces accusations ne devraient pas être prises trop à la légère. On y exprime tout haut ce que beaucoup pensent ou disent moins crûment. Au moment où il fut question d'une association de la Suisse au serpent monétaire⁷, certaines réticences françaises alors exprimées à très haut niveau visaient aussi notre tolérance jugée excessive en matière d'accueil de capitaux en fuite. Des observations enregistrées ailleurs vont dans le même sens.

6. T. Rosenberg. Cf. la lettre de B. Turrettini à J. Zwahlen du 26 août 1976, dodis.ch/50988 et la notice de E. Thurnheer du 7 avril 1977, dodis.ch/50964.

7. Cf. DDS, vol. 26, doc. 141, dodis.ch/39506, en particulier note 5; DDS, vol. 26, doc. 161, dodis.ch/39509 et DDS, vol. 26, doc. 170, dodis.ch/39508.

50

dodis.ch/51467

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland¹

SCHWEIZERISCHE KATASTROPHENHILFE IM AUSLAND

Bern, Ende Februar 1977

Der Gedanke einer schweizerischen Katastrophenhilfe im Ausland verdankt seine Entstehung den Vorstössen verschiedener Mitglieder unseres Parlaments². Sie führten im Jahre 1970 zur Schaffung einer Zentralstelle für Katastrophenhilfe im Inland³ und im Jahre 1972 zur Ernennung eines De-

1. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#771* (o.290.0). Die Notiz basiert auf einem am 8. Juli 1976 von C. Ochsenbein auf Französisch erarbeiteten und Ende 1977 aufdatierten Exposé zur schweizerischen Katastrophenhilfe. Dieses wurde im Januar 1977 von L. Burckhardt auf Deutsch übersetzt und in diversen Zeitschriften (Schweizer Revue, Kontakt etc.) publiziert. Vgl. Doss. CH-BAR#E2023A#1991/39#1165* (o.283.11).

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 79, dodis.ch/35193, bes. Anm. 3.

3. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 60 vom 14. Januar 1970, dodis.ch/35181.

legierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland⁴. Entsprechend den vom Bundesrat in seinem Bericht vom 11. August 1971⁵ dargelegten Absichten erhielt der Delegierte den Auftrag, ein schweizerisches Freiwilligenkorps mit dem notwendigen Personal und Material zu schaffen, zu organisieren und für Einsätze bei Naturkatastrophen oder für humanitäre Aktionen nach bewaffneten Konflikten bereit zu halten.

Das schweizerische Freiwilligenkorps

Mit der Schaffung eines Freiwilligenkorps für Hilfsaktionen im Ausland hat die Schweiz Neuland betreten. Ausländische Erfahrungen auf diesem Gebiet, die anhand mehrerer Beispiele genau studiert wurden, konnten nur teilweise als Vorbilder dienen, denn jene Länder setzen in der Regel militärische Einheiten ein, die übrigens den Vorteil besitzen, sehr rasch einsatzfähig zu sein. Im Gegensatz dazu wählte man in der Schweiz die Lösung des Freiwilligenkorps und zwar nicht nur weil dies der Eigenart unseres Landes entspricht, sondern auch weil diese Form den tatsächlichen Bedingungen am Einsatzort besser gerecht wird. So werden die Freiwilligen in der Regel keine Uniform tragen, und die Bemessung an erforderlichem Personal und Material kann relativ flexibel gehalten werden.

Das im Jahre 1973 geschaffene schweizerische Katastrophenhilfekorps⁶ umfasst heute rund 1000 Freiwillige, die aus über 4000 Bewerbern ausgewählt wurden. Es handelt sich um Spezialisten, die sich auf folgende Einsatzgebiete verteilen: Sanität (Ärzte, Krankenpflegerinnen, usw.), Bautechnik (Ingenieure, Architekten, Monteure, Bauführer, Maurer, Zimmerleute, usw.), Versorgung (Magaziner, Köche, Buchhalter, usw.), Übermittlung (Radiooperateure, Monteure, Techniker, usw.) und Transport (Chauffeure, Mechaniker, usw.) und schliesslich auch Fachleute der allgemeinen Führung.

Die Rekrutierung erfolgt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit oder Religion nach bestimmten Kriterien: Berufskenntnisse, physische und psychische Widerstandsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Anpassungsfähigkeit, gute Sprachkenntnisse, Teamgeist, Auslandserfahrung, usw. Die Freiwilligen haben sich einer gründlichen ärztlichen Untersuchung und einem umfassenden Impfprogramm zu unterziehen und hierauf eine Allgemeine Vereinbarung zu unterzeichnen, wenn nötig ergänzt durch die Unterschrift des Arbeitgebers. Die Vereinbarung legt vor allem die Frist fest, innerhalb welcher sich der Freiwillige für eine Hilfsaktion zur Verfügung stellen kann, die Dauer des Einsatzes (von einigen Tagen bis zu drei Monaten und mehr) und das Gehalt (das vom Bund bezahlt wird, wenn der Arbeitgeber dies nicht tun kann).

4. Zur Ernennung von A. Bill vgl. das BR-Prot. Nr. 746 vom 3. Mai 1972, CH-BAR#E1004.1#1000/9#782*.

5. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Schaffung eines Freiwilligenkorps für Katastrophenhilfe im Ausland vom 11. August 1971, BBl, 1971, II, S. 493–515. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1282 vom 11. August 1971, dodis.ch/35195.

6. Zur Gründung und Organisation des schweizerschen Katastrophenhilfekorps vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 79, dodis.ch/35193; DDS, Bd. 26, Dok. 156, dodis.ch/38540; die Notizen von R. Dannecker vom 19. Juli 1976, dodis.ch/51620 und vom 9. Dezember 1976, dodis.ch/51623; den Bericht von H. Bruderer vom Januar 1978, dodis.ch/51631 sowie das Schlagwort dodis.ch/D472.

Die Freiwilligen erhalten ausserdem eine angemessene praktische und theoretische Zusatz-Ausbildung. Es werden für sie regelmässig besondere Kurse organisiert.

Ein Vorrat an Material (persönliche Ausrüstung, Korpsmaterial, Werkzeuge, Maschinen, usw.) sowie Transportmittel und Ausrüstungen für Übermittlungs- und Verwaltungszwecke sind dauernd verfügbar.

Ein Karteisystem, das demnächst durch eine Planungstafel (Dispograph) ergänzt wird, ermöglicht es, die benötigten Spezialisten rasch ausfindig zu machen. Aus diesem Bestand, der sich aus Männern und Frauen der verschiedensten Lebensalter und Berufe zusammensetzt, lässt sich auf diese Weise das erforderliche Personal zur Ausführung von Hilfsaktionen jeder Art und unterschiedlichen Umfangs auswählen. Dazu in Kürze einige Beispiele⁷:

*Einsatz Sahel*⁸

Dieser Einsatz wickelte sich vom Oktober 1974 bis zum Januar 1975 im Tschadsee-Becken ab und erfolgte auf Grund eines Appells von UNO-Generalsekretär Waldheim zugunsten dieser von einer Dürrenkatastrophe schwer betroffenen Gegend. Die Aktion beanspruchte rund 100 Freiwillige des schweizerischen Katastrophenhilfskorps und bot eine Gelegenheit, das Funktionieren der neuen Organisation zu erproben und die Lehren aus den ersten praktischen Erfahrungen zu ziehen. Trotz der Schwierigkeiten, die sich bei diesem ersten Einsatz ergaben, der in vier Ländern und dazu auch noch in Gewani (Äthiopien) stattfand, gelang es dem Korps, das durch mehrere hundert einheimische Arbeitskräfte unterstützt wurde, sozusagen alle Ziele zu erreichen, die es sich gesteckt hatte: kurative und präventive medizinische Pflege, Impfung von mehreren tausend Nomaden, Verteilung von 354 Tonnen Hilfsgüter, Reparaturen in 12 Spitälern und Krankenstationen, Konstruktion von drei Spitalanlagen, von Wasserreservoirs, von fünf grossen Lagerhäusern für landwirtschaftliche Produkte in Zusammenarbeit mit FAO Muster-Entwicklungsprojekten, sowie von vier anderen Gebäuden mit sozialer Zweckbestimmung, Wiederinstandstellung von Landepisten, Ausgrabung von Brunnen, Einrichtung einer Fähre und von Pumpstationen, usw. Der Kostenaufwand für diesen Einsatz belief sich auf etwa fünf Millionen Schweizerfranken.

*Türkei*⁹

Nach dem Erdbeben von Lice im September 1975, das mehr als 2000 Opfer forderte, antwortete die türkische Regierung auf ein schweizerisches Hilfsangebot durch das Katastrophenhilfskorps positiv. Die Aktion wickelte sich in zwei Phasen ab: Im Oktober errichtete eine vor allem aus Baufachleuten bestehende Gruppe von etwa 15 Freiwilligen in weniger als sechs Wochen mit Hilfe von vorfabrizierten Bauelementen, die aus der Schweiz per Strasse

7. Vgl. dazu auch die Notizen von A. Bill an P. Graber vom 8. Juni 1976, dodis.ch/51482 und vom 2. Juni 1977, dodis.ch/51624.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 30, dodis.ch/38910; Dok. 103, dodis.ch/39121 sowie Dok. 136, dodis.ch/39122.

9. Vgl. dazu den Bericht von A. Bill vom 6. Januar 1976, dodis.ch/48215; die Notiz von A. Bill an P. Graber vom 9. Februar 1976, dodis.ch/54039 sowie den Bericht von A. Bill vom 4. November 1976, dodis.ch/54041.

transportiert wurden, 50 Häuser in Yünlüce, einem Bergbauerndorf im östlichen Anatolien. Im Sommer 1976 ergänzte hierauf eine neue Gruppe von Freiwilligen während dreier Monate diese Konstruktionen durch Infrastruktur- und Sozialbauten. Es handelte sich dabei um Schulhäuser, eine Moschee, ein Gemeindehaus, eine Krankenstation, eine Wasserversorgung, sowie 150 Stallgebäude, die sich auf Yünlüce und die umliegenden Dörfer verteilen. Diese Bauwerke, welche 2,5 Millionen Franken kosteten, wurden den türkischen Behörden am 18. November 1976 offiziell übergeben.

Einige Tage später verwüstete ein neues Erdbeben den östlichen Teil des Landes. Eine erste Hilfe, vor allem Medikamente, Winterkleider und Zelte, im Wert von Fr. 485'000 wurde sofort per Flugzeug hingesandt. Auf Ansuchen der türkischen Behörden transportierte und montierte hierauf eine Gruppe von Freiwilligen vom 12. Dezember 1976 bis zum 5. Januar 1977 zwei grosse vorfabrizierte Mehrzweckgebäude, die als Verwaltungszentrum der neu zu bauenden Stadt dienen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich im Frühjahr 1977 durch eine weitere Bauhilfe in den höher gelegenen Bergdörfern ergänzt¹⁰.

*Guatemala*¹¹

Für die Opfer des Erdbebens, das sich am 4. Februar 1976 in Guatemala ereignete¹² und das den Tod von 24'000 Menschen sowie die Zerstörung von 250'000 Häusern verursachte, wurden in der Schweiz gegen 12 Millionen Franken gesammelt. Nachdem eine Soforthilfe gesichert war, entschlossen sich die vier grossen schweizerischen Hilfswerke, darunter das Schweizerische Rote Kreuz, zusammen mit der schweizerischen Katastrophenhilfe dazu, ein gemeinsames Hilfsprogramm zu verwirklichen. Es sah den Wiederaufbau von 2500 Häusern vor, wobei ungefähr die Hälfte der gesammelten Gelder für die Gemeinde Santiago Sacatepéquez bestimmt wurde - ein fast vollständig zerstörtes Dorf von etwa 6000 Einwohnern in 40 km Entfernung von Guatemala-City. Seit Juli 1976 lösten sich dort Gruppen von Freiwilligen in der Arbeit ab, mit dem Ziel 1000 Häuser und mehrere Gebäude mit sozialer Zweckbestimmung in einfacher Weise jedoch definitiv wieder aufzubauen. Dabei soll die traditionelle guatemalteckische Bauweise gewahrt, aber ein besserer Erdbebenschutz geboten werden.

*Italien*¹³

Unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht über das Erdbeben, welches das Friaul zum grossen Teil zerstörte, schickte die schweizerische Katastrophenhilfe auf dem Luft- und Landweg Medikamente, Impfstoffe und Zelte im Wert von einer halben Million Schweizerfranken dorthin. Ferner setzte sie zwei Militärhelikopter ein, welche im Katastrophengebiet vom 17. bis zum 29. Mai für den medizinischen Versorgungsdienst der Provinz Udine

10. Vgl. dazu die Notiz von A. Bill an P. Graber vom 1. September 1977, dodis.ch/54055.

11. Vgl. dazu die Notiz von A. Bill an P. Graber vom 3. März 1976, dodis.ch/51480; das Schreiben von Y. Berthoud an die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements vom 17. Mai 1977, dodis.ch/51483 sowie die Notiz des Politischen Departements vom 7. Juni 1977, dodis.ch/51484.

12. Vgl. dazu die Notiz von A. Bill an P. Graber vom 17. Februar 1976, dodis.ch/51478.

13. Vgl. dazu das Schreiben von A. Bill an P.-Y. Simonin vom 15. Oktober 1976, dodis.ch/54032 sowie die Notiz von A. Bill an A. Hegner vom 24. Juli 1978, dodis.ch/54033.

21 Flugeinsätze mit 200 Landungen durchführten. Schliesslich baute das schweizerische Katastrophenhilfekorps auf Grund von Vereinbarungen mit den Provinz- und Gemeindebehörden von August bis Dezember 1976 einen Teil des Bergdorfes Subit wieder auf sowie, mit finanzieller Beteiligung des Schweizerischen Roten Kreuzes, die Ortschaft Borgo Cancellier. So konnten 20 zweistöckige, weitgehend erdbebenbeständige Betonhäuser erbaut werden, welche 40 Wohnungen als sichere und dauernde Unterkunft für ebenso viele Familien enthalten. Die Arbeiten, deren Kosten sich bis Ende 1976 auf 2,6 Millionen Franken beliefen, werden im Frühjahr 1977 fortgesetzt¹⁴.

Das Freiwilligenkorps betreute ferner im September 1976 die Organisation, den Transport und die Verteilung von 62 Tonnen Baumaschinen und anderem Baumaterial — Betonmischer, Krane, usw. — die dem Friaul von zahlreichen Mitgliedern des Schweizerischen Baumeisterverbandes zur Verfügung gestellt wurden.

Nach neuen und schweren Erdstössen im Monat September 1976 wurde hierauf als Antwort auf einen Hilferuf der italienischen Behörden die Aktion «Baracken» lanciert. Sie bestand im Ankauf von 60 Baracken in der Schweiz, ihrem Transport nach der geschädigten Region von Attimis und ihrer Montage als Wohnstätte für 600 Personen. Dies alles für ca. 900'000 Schweizerfranken¹⁵.

Parallel zu dieser Aktion führte das Freiwilligenkorps schliesslich die Kampagne «Wohnwagen» durch. Der an das Schweizer Volk gerichtete Appell fand ein gutes Echo, konnten doch 120 Wohnwagen — von denen 85% endgültig geschenkt wurden — ins Friaul gesandt werden, wo sie nun von etwa 400 Personen bewohnt sind¹⁶.

Andere Einsätze

Seit der Schaffung des schweizerischen Katastrophenhilfekorps führten etwa 50 Freiwillige für andere Organisationen Aufgaben technischer oder organisatorischer Natur im Ausland aus, vor allem für die FAO (sechs Eisenbahnfachleute in Senegal und Mali), für das IKRK (verschiedene Sachverständige und Ärzte in Vietnam, im Nahen Osten und in Angola sowie sechs Delegierte für die Hilfe im Libanon)¹⁷, für die Liga der Rotkreuzgesellschaften (ein Administrator im Niger), für den Hochkommissar für Flüchtlinge (ein Architekt in Guinea-Bissau¹⁸). Ausserdem kamen 18 Radiooperateure vom 29. September 1973 bis zum 22. März 1976 auf dem indischen Subkontinent zum Einsatz¹⁹.

Das schweizerische Katastrophenhilfekorps griff bis jetzt nicht in der ersten Phase unmittelbar nach Eintreten einer Katastrophe ein, in der es gilt, Sofortmassnahmen zur Rettung bedrohter Menschenleben zu treffen, sondern jeweils erst in der zweiten und dritten Phase. In diesen geht es darum,

14. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1460 vom 25. August 1976, dodis.ch/48155.

15. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#855* (o.299.15).

16. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#856* (o.299.16).

17. Vgl. dazu die Notiz von E. Koetschet vom 11. November 1977, dodis.ch/48132.

18. Vgl. dazu den Bericht von A. Luscher vom August 1976, CH-BAR#E2003A#1990/3#879* (o.299.24).

19. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 43, dodis.ch/39413, bes. Anm. 9.

die entstandene Krisensituation in der geschädigten Region durch Sicherstellung der unerlässlichen Voraussetzungen zum Weiterleben zu überwinden, um danach den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen und damit zu normalen Lebensbedingungen zurückzukehren.

Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland prüft jedoch die Möglichkeit der Schaffung von kleinen, vor allem chirurgischen und übermittlungstechnischen Einheiten, die sofort eingesetzt werden könnten²⁰. Um die rechtlichen und administrativen Voraussetzungen für eine möglichst rasche Einschaltung des Korps zu regeln, bemüht er sich gleichzeitig um den Abschluss von Vereinbarungen — wie sie bereits mit Griechenland, der Türkei und Pakistan bestehen²¹ — und zwar mit solchen Ländern, die regelmässig mit Katastrophen zu rechnen haben. Ausserdem erstrebt der Delegierte des Bundesrates einen immer stärkeren Ausbau der Beziehungen zu den internationalen Organisationen²², insbesondere zur UNDRO (dem Bureau des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe)²³. Er schätzt ausserordentlich die Informationen, welche diese Organisation über die sich in der ganzen Welt ereignenden Katastrophen vermittelt, ebenso wie deren Anstrengungen zum Ausbau der Beziehungen, der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zwischen den Ländern, welche operationelle Einheiten besitzen wie die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz.

Von der Überzeugung getragen, dass die Solidarität eine der wichtigsten Maximen unserer Aussenpolitik bleibt, hofft der Delegierte, mit dem Freiwilligenkorps ein anpassungsfähiges, rasch und zweckmässig arbeitendes Instrument zu schaffen, um so die humanitäre Auslandshilfe der Schweiz, insbesondere gegenüber der Dritten Welt, zunehmend wirksamer gestalten zu können.

20. Vgl. dazu das Schreiben von A. Bill an H. Schindler vom 20. Juli 1978, [dodis.ch/51650](#) sowie die Notiz von A. Bill vom 8. Januar 1979, [dodis.ch/51651](#).

21. Echange de lettres constituant un accord entre le Conseil fédéral et le Gouvernement helvétique relatif à l'aide en cas de catastrophe vom 8. Oktober 1975, [dodis.ch/54165](#); Echange de lettres constituant un accord entre le Conseil fédéral suisse et le gouvernement turc relatif à l'aide en cas de catastrophe vom 10. März 1976, [dodis.ch/54166](#) sowie Echange de lettres constituant un accord entre le Conseil fédéral et le Gouvernement pakistanais relatif à l'aide en cas de catastrophe vom 15. Oktober 1975, [dodis.ch/54164](#). Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1238 vom 10. August 1973, [dodis.ch/38578](#) sowie das BR-Prot. Nr. 1791 vom 29. September 1975, [dodis.ch/38579](#). Zur Frage der Vertragsabschlusskompetenzen des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe vgl. die Notiz von M. Krafft vom 9. September 1976, [dodis.ch/51622](#); die Notiz von J. Doswald an A. Bill und C. Ochsenbein vom 27. Januar 1978, [dodis.ch/51635](#) sowie die Notiz von Th. Raeber an die Völkerrechtsdirektion des Politischen Departements vom 9. Februar 1978, [dodis.ch/51641](#).

22. Vgl. das Telegramm Nr. 84 von A. Bill an die Mission der Schweiz bei der UNO in New York vom 20. März 1978, [dodis.ch/51649](#) sowie die Notiz von A. Bill vom 18. Mai 1978, [dodis.ch/53037](#).

23. Vgl. dazu die Notiz von C. Ochsenbein an M. von Grünigen vom 30. August 1978, [dodis.ch/54023](#).

*Protokoll der Sitzung vom 2. März 1977 der Arbeitsgruppe Jeanmaire des
National- und Ständerats¹*

Auszug Geheim

[...]²

Anhörung von Herrn Bundespräsident Furgler

Hr. *Präsident Müller-Luzern*: Im Verlaufe der Hearings³ wurden einige Kritiken laut an der Effizienz der Bundespolizei.

Hr. *Bundespräsident Furgler*: Art. 102, Ziff. 9 und 10 BV verpflichten den Bundesrat, die innere und äussere Sicherheit des Staates zu gewährleisten. Bei der Wertung der Aufgaben der Bundespolizei ist zu unterscheiden zwischen dem, was wir nach Verfassung und Gesetz zum Schutze unserer Bürger tun können, ohne zu polizeistaatlichen Massnahmen zu greifen, und dem, was jede einzelne Verwaltungsabteilung an Selbstschutz erwirken muss, ohne Polit-Kommissare einzustellen. Auf den Fall Jeanmaire bezogen heisst das: es gibt zwei Möglichkeiten, einen Verräter zu stellen: Anstellung von Polit-Kommissaren, gemäss den Methoden des Ostblocks und Staaten mit Rechtsdiktaturen, oder Auftrag an jeden einzelnen Verwaltungszweig, «lusche» Personen frühmöglichst feststellen zu helfen⁴.

(Auf Fragen des Präsidenten)

1. Die Personalunion «Chef Abwehr Militär» und «Chef Bundespolizei» ist nach der Dubois-Affäre eingeführt worden⁵. Herr Amstein als direkt Unterstellter des Bundesanwaltes und Leiter der Bupo ist gleichzeitig Stellvertreter von Herrn Weidenmann in der Unterabteilung Nachrichten und Abwehr des EMD (UNA). Das bedeutet nicht, dass der Chef Bupo auch sämtliche Kontrollen in sämtlichen Departementen leitet. Hätte dies zu geschehen, müsste der Bestand der Bupo wesentlich vergrössert und der Bupo das Recht eingeräumt werden, in jedem Departement Kontrollen durchzuführen. Das Pflichtenheft überträgt dem Chef der Bupo die Leitung der Sektion Geheimhaltung, des Armee-Sicherheitsdienstes und der Heerespolizei. Bezüglich Geheimhaltung verweise ich auf die Beantwortung der Interpella-

1. *Protokoll (Kopie Nr. 00031)*: CH-BAR#E1050.7A#1987/184#5* (215.1). Verfasst von E. Wüthrich, G. Munter, M. Reymond und M. Chassot. Anwesend: A. Müller-Marzohl (Vorsitz), D. Müller, P. Aubert, A. Bochatay, H. Bratschi, E. Eggenberg, J. Egli, P. Grünig, J. Riesen, H. Tschumi, O. Andermatt, A. Egli, A. Heimann, F. Krauchthaler, U. Luder und R. Chevalier (Sekretariat). Angehört wurden: P. Hirschy, J. Feldmann, A. Amstein, K. Furgler, R. Gnägi und P. Graber.

2. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/52005. Zur Jeanmaire-Affäre vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 47, dodis.ch/48692.

3. Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 13. und 14. Januar 1977, dodis.ch/52719.

4. Vgl. dazu das Merkblatt der Bundesanwaltschaft des Justiz- und Polizeidepartements vom 31. März 1978, dodis.ch/49748.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 110, dodis.ch/12035 und Dok. 113, dodis.ch/12740.

tionen beider Räte, worin ich u. a. ausführte, die Kunst der Führung bestehe darin, möglichst wenig Geheimnisträger zu ernennen⁶. Dies wird durch die Miliz-Organisation erschwert, und es gilt, bei jeder Aufgabe abzuklären, wieviele Geheimnisträger jeweils erforderlich sind. Die Sektion Geheimhaltung ist wesentlich verbessert worden; sie funktioniert befriedigend. Im Kontrollmechanismus sind Verbesserungen möglich: So müsste, wer mit Geheimakten befasst ist, sich Überprüfungen gefallen lassen. Der Sicherheitsdienst der Armee ergibt für die Frage nach der Verantwortung des Chefs Bupo keine Diskussionsgrundlage, ebensowenig die Heerespolizei.

Im Nachrichtenwesen gibt es drei Kanäle: Militär, Aussenpolitik, Bundespolizei. Aus diesen Kanälen muss möglichst viel gutes Material, sinnvoll gesichtet, einer Zentrale zugeleitet werden. Der Auslandsnachrichtendienst ist heute relativ dicht; was er hervorbringt, liesse sich allerdings bis zu etwa 80% auch aus guten Zeitungen herauslesen. Im Unterschied zu den Pakt-Staaten (NATO, Warschauer-Pakt) hat die Schweiz keinen offensiven Nachrichtendienst, d. h. wir unterhalten keine Spionagenetze im Ausland. Unser Nachrichtendienst, vor allem der hervorragend arbeitende Truppennachrichtendienst, hat vorbereitenden Charakter (Sicherstellung der operativen Möglichkeiten in Krisen- und Kriegszeiten). Dort, wo Militärattachés akkreditiert sind, fliesst auch durch diesen Kanal einiges. Ob mehr fließen könnte, ist eine der Fragen, die zur Zeit geprüft werden. Der dritte Kanal ist die Bundespolizei bzw. Bundesanwaltschaft. Ihre Arbeit sei an einem Beispiel illustriert: In Genf fließen sehr breite Nachrichtenströme zusammen, dementsprechend gross ist auch die Nachrichtenflut. Es gilt daher, rigoros zu selektionieren und unsere Leute möglichst effizient einzusetzen. Die Aufgabe wird gegenwärtig von 200 Personen bewältigt. Wäre der Bestand grösser, könnten mehr Filatüren gemacht werden. Dasselbe gilt für die Funkabwehr. M. a. W.: dieser Kanal bringt respektable Erträge, er kann aber noch ausgebaut werden.

Zusammenfassend: Die Doppelfunktion ist vertretbar, die Koordination muss sichergestellt sein. Die Funktion des Chefs der Bupo als stellvertretender UNA-Chef darf nicht verwechselt werden mit einer totalen Übernahme der Verantwortlichkeiten für Abwehrfragen in sämtlichen Departementen. Verbesserungsmöglichkeiten bezüglich Bupo werden zur Zeit studiert. Ob sich daran Anträge ans Parlament anschliessen werden, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

2. Bessere Abklärung der Sicherheit verantwortlicher Personen: Wer in eine verantwortungsvolle Stellung eintritt, müsste sich m. E. auf seine Sicherheit prüfen lassen. Das hat mit Schnüffelei nichts zu tun. Entwürfe für Sicherheitsbeurteilungen im Sinne von Personalabklärungen liegen vor. Eine Verbesserung der Überprüfung persönlicher Kontakte in gewissen Bereichen kann in einer Verordnung grundgelegt werden, ebenfalls die Meldedienstplicht für Auslandsreisen von Geheimnisträgern. Ferner sollte strenger als

6. Für die Antwort von K. Furgler vom 7. Oktober 1976 auf die Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, der Interpellationen Allgöwer und Schwarzenbach, die Einfache Anfrage Schalcher sowie die Interpellation Heimann vgl. Amtl. Bull. NR, 1976, S. 1226–1237 sowie Amtl. Bull. SR, 1976, S. 543–548.

bisher festgehalten werden, wer wohin eingeladen wird (Meldepflicht, Rapport an den Vorgesetzten zuhänden des Chefs UNA).

3. Die Bupo leistet gute Arbeit. Der Antrag ans Parlament um eine Erhöhung des Personalbestandes war schon vor dem Fall Jeanmaire angemeldet; wünschbar ist auch eine materielle Verstärkung (Ausbau der Funkabwehr).

4. Aufblähung der Botschaften des Ostblocks⁷: Tatsache ist, dass sich ein gewisser Teil des Botschaftspersonals intensiver als nötig mit dem Nachrichtendienst befasst. In Extremfällen haben wir des öfteren protestiert bzw. gewisse, als KGB-Leute identifizierte Personen nicht akkreditiert⁸. Andererseits können wir nicht rigoros ausweisen, weil die Ausgewiesenen ersetzt würden durch Leute, die wir erst wieder «testen» müssten. Deshalb: Wachsam sein, den betreffenden Staaten zeigen, dass wir die Lage überblicken, Extremfälle sofort eliminieren, in anderen Fällen einen möglichst hohen Abwehreffekt erzielen. Im übrigen gibt es nicht nur in den Botschaften der Oststaaten grosse Personalbestände, auch Botschaften wie die der USA sind gut ausgebaut⁹.

(Auf eine Frage von Herrn Luder)

Der Bundesrat hat sich eingehend mit dem Artikel in der sowjetischen «Literaturnaja Gazeta»¹⁰ befasst, der merkwürdigerweise auch auf Ihre heutige Sitzung hinweist. Moskau schätzt es offenbar wenig, dass in wenigen Monaten ein Urteil gesprochen wird, in dem eine Person wegen Verrats zugunsten der UdSSR eine massive Strafe erhält. Insofern soll der Artikel präventiv wirken; gleichzeitig wird die Gelegenheit benützt, den westlichen Nachrichtendiensten eine Art Dolchstosslegende zu unterschieben, sich gewissermassen für die nicht wenigen Ausweisungen russischer Diplomaten aus westlichen Staaten zu rächen. Fällt das Strafmass für Jeanmaire hoch aus, wird die Lesart Moskaus sein: Verschwörung gegen die UdSSR, Bekämpfung der Entspannungspolitik usw.¹¹ Moskau hoffte ferner (vergeblich) auf eine Stellungnahme des Bundesrates, d. h. auf einen Hinweis, aus dem sich die Quellen des «Tips»¹² eruieren liesse, denn diese kennt Moskau nicht.

Hr. Heimann: Wenn gesagt wird, auch die westlichen Botschaften seien gut dotiert, so besteht der Unterschied darin, dass das diplomatische Personal sich im Westen praktisch uneingeschränkt bewegen kann, im Osten dagegen nicht. Weshalb ist es nicht möglich, östliche Diplomaten ebenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken?

7. Vgl. dazu die Notiz des Politischen Departements vom 25. Februar 1977, [dodis.ch/52724](https://www.dodis.ch/52724) sowie das BR-Prot. Nr. 1627 vom 3. Oktober 1977, [dodis.ch/52722](https://www.dodis.ch/52722).

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 37, [dodis.ch/48679](https://www.dodis.ch/48679), Anm. 2 und Dok. 80, [dodis.ch/49449](https://www.dodis.ch/49449). Zu den seit 1948 in der Schweiz aufgedeckten Spionagefällen vgl. die Notiz der Bundesanwaltschaft vom 18. August 1976, [dodis.ch/52717](https://www.dodis.ch/52717). Vgl. ferner das Protokoll der Sitzung der Subkommission II der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 4. April 1977, [dodis.ch/51884](https://www.dodis.ch/51884).

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 10, [dodis.ch/39340](https://www.dodis.ch/39340).

10. Vgl. dazu das Schreiben von R. Faessler an A. Weitnauer vom 1. März 1977, [dodis.ch/48724](https://www.dodis.ch/48724). Der Bundesrat diskutierte die Angelegenheit im BR-Beschlussprot. II vom 6. April 1977 der 12. Sitzung vom 30. März 1977, CH-BAR#E1003#1994/26#20*.

11. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 47, [dodis.ch/48692](https://www.dodis.ch/48692).

12. Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Subkommission II der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 4. April 1977, [dodis.ch/51884](https://www.dodis.ch/51884). Zu den Beziehungen der Bundespolizei mit den britischen Nachrichtendiensten vgl. die Notiz von A. Amstein an K. Furgler vom 7. Oktober 1975, [dodis.ch/51064](https://www.dodis.ch/51064).

Fraglich ist, ob man angesichts eines gewissen Debakels im Sicherheitsdienst sich damit begnügen könne, auf die fehlenden finanziellen Mittel hinzuweisen. Es ist Sache des Bundesrates, Prioritäten zu setzen.

Könnten Sie, Herr Bundespräsident, heute, da sich das Verratspotential Jeanmaires offenbar als geringer erweist als ursprünglich angenommen, dem Parlament noch dieselbe Erklärung abgeben¹³?

Hr. *Bundespräsident Furgler*: Ich lasse die Frage offen, welche Auswirkungen Retorsionsmassnahmen auf unsere Beziehungen zum Ostblock haben würden. Bezüglich Aussenpolitik erscheint es mir sehr wichtig, möglichst viele Pfeile im Köcher zu haben. Ein Hinauswurf der 145 inkriminierten Personen ist aus den erwähnten Gründen nicht opportun, eine Limitierung verstiesse gegen internationale Abmachungen.

Der Fall Jeanmaire offenbart kein Debakel im Sicherheitsdienst, sofern Sie unter Sicherheitsdienst die Bundespolizei verstehen. Das zeigt ein Vergleich mit ausländischen Sicherheitsdiensten, die weit höher dotiert sind: Harry Gold wurde 11 Jahre gesucht, Klaus Fuchs 7 Jahre, Abel 9 Jahre, George Buck¹⁴ 19 Jahre, Wennerström 14 Jahre, Guillaume¹⁵ 16½ Jahre usw. Hinzuweisen ist auf den Unterschied zwischen Spionagetätigkeit und «klassischer» Verratstätigkeit. Ein Verräter kann relativ mühelos jahrelang unter uns leben! Unsere Staatsform basiert auf dem Vertrauen, im Gegensatz zum Polizeistaat, und im Fall Jeanmaire hat ein absolut unwürdiger Offizier sein Land verraten. Welche Möglichkeiten bestehen, solches in Grenzen zu halten, habe ich bereits dargetan. – Bei der Forderung nach Erhöhung des Bupo-Personals ist zu bedenken, dass nicht jeder für eine solche Aufgabe in Frage kommt. Abklärungen über Verschiebungen innerhalb des Justiz- und Polizeidepartements sind im Gange.

Meine Rede im Parlament wäre heute auch materiell gerechtfertigt, denn die Nuancierungen, die jetzt zum Tatbestand vorgebracht werden, erscheinen mir äusserst fragwürdig: der Verrat von Kriegsmobilmachungsakten ist an sich bereits schwerwiegend, ungeachtet dessen, ob Änderungen daran im Gange sind.

(Auf Fragen der H. Egli, Bratschi, Müller-Luzern)

Vergleichbare Verratsfälle, die nicht verfolgt werden konnten, sind keine bekannt.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die militärpolitische Lage in Europa durch den Fall Jeanmaire nicht verändert worden ist. Da keinerlei Absprachen mit der NATO¹⁶, auch nicht in bezug auf den Nachrichtenaustausch, bestehen, brauchen weder die Schweiz noch die NATO ihre Verteidigungsanstrengungen wegen eines Verratfalles in irgendeiner Weise zu ändern. Ich vermute, dass jeder Verrat allseits sofort die Frage aufwirft: Was kann verrat-

13. Vgl. Anm. 6.

14. Gemeint ist mit grosser Wahrscheinlichkeit G. Blake.

15. Zum Spionagefall von G. Guillaume vgl. den Politischen Bericht Nr. 22 von A. Hegner vom 6. Mai 1974, dodis.ch/39957.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 161, dodis.ch/40763; das Protokoll der Sitzung der Subkommission II der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 4. April 1977, dodis.ch/51884 sowie die Notiz von R. Henggeler vom 25. März 1977, dodis.ch/52721.

ten worden sein; entstehen dadurch Lücken, die für den Fall einer aktualisierten Bedrohung geradezu provozierend wirken usw.? Es ist normal, dass jeder Verrat, der aus einem Nachbarstaat bekannt wird, gewertet wird. Auch die Schweiz müsste allfällige Veränderungen im NATO-Bereich berücksichtigen. Es gibt keine Anzeichen für Erschwernisse als Folge der Affäre Jeanmaire. Der Nachrichtenfluss im technischen Bereich ist nicht unterbrochen. Dass die TIGER-Kompensationsgeschäfte eher stockend anlaufen¹⁷, hat mit dem Fall Jeanmaire nichts zu tun. M. Aubert: Nous sommes tous conscients que nous nous trouvons en présence d'un cas de trahison et non pas d'espionnage. L'efficacité de nos services de contre-espionnage ne peut donc pas être mise en cause au travers de l'affaire Jeanmaire. Toutefois, vous reconnaissez également que des améliorations pourraient être apportées à ce service. Ne pensez-vous dès lors pas que le moment paraît tout à fait indiqué pour solliciter officiellement les moyens nécessaires, destinés à compléter notre service de contre-espionnage, avant qu'il ne soit trop tard? La sauvegarde de notre sécurité nationale est en jeu. M. Furgler: Il est évident qu'en augmentant les effectifs du service de contre-espionnage, on obtiendrait un rendement supérieur. Je voudrais pourtant éviter de donner au public l'impression que ce service fonctionne mal actuellement, car ce serait faux. Même en doublant l'effectif, nous n'aurions aucune garantie qu'un nouveau cas n'apparaisse au cours de ces prochaines années. Les chiffres sont toujours relatifs. Une distinction claire et nette doit être faite entre le service de contre-espionnage et cette affaire de trahison.

Le problème des conséquences se pose néanmoins¹⁸. Puisque nous avons constaté qu'il serait souhaitable d'augmenter l'efficacité de notre service de contre-espionnage, surtout dans le monde où nous vivons actuellement, alors pourquoi ne pas demander les moyens nécessaires? Le moment me paraît aussi tout à fait idéal.

Hr. Egli-Sursee:

1. Laut Herrn Walder hatten zwischen der Bundesanwaltschaft und dem Chef Bupo gewisse Spannungen bestanden. Trifft dies heute noch zu?
2. Wie spielt die Zusammenarbeit JPD/EPD? Unter welchen Voraussetzungen kann das EPD von seinem Veto-Recht bei Ausweisungen Gebrauch machen?
3. Können die ausländischen Vertretungen in der Schweiz alle Botschaften und Publikationen des Bundesrates beziehen?

Hr. Bundespräsident Furgler:

1. Zur Äusserung von Herrn Walder (vgl. Protokoll der Sitzung von 13./14.1.77, Seite 36¹⁹): Da der Chef Bupo dem Bundesanwalt unterstellt

17. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, [dodis.ch/49317](#); Dok. 41, [dodis.ch/49316](#); Dok. 58, [dodis.ch/49328](#), Punkt 4 sowie Dok. 72, [dodis.ch/49315](#).

18. Vgl. dazu den Bericht der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 21. Oktober 1977, [dodis.ch/52723](#); das Protokoll der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 14./15. November 1977, [dodis.ch/52718](#); die Notiz der Bundesanwaltschaft vom 21. Februar 1978, [dodis.ch/52715](#); das BR-Prot. Nr. 362 vom 27. Februar 1978, [dodis.ch/48725](#) sowie das BR-Prot. Nr. 1200 vom 9. August 1978, [dodis.ch/52714](#).

19. Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 13. und 14. Januar 1977, [dodis.ch/52719](#).

ist, hat letzterer die Möglichkeit, einen unbefriedigenden Zustand zu korrigieren. Herr Walder hob das Positive an Herrn Amstein hervor. Die beiden sind im Habitus verschieden: Herr Walder bewahrte sich bis in die technischen Details des Abhörverfahrens hinein eine intellektuelle Neugier, die ihn zu einem ausgezeichneten Kriminalisten werden liess. Herr Amstein als ein guter «Polizeier» war dazu eine recht gute Ergänzung. Dass es aufgrund des unterschiedlichen Habitus gelegentlich Friktionen gab, ist normal und darf nicht zur Annahme verleiten, die Zusammenarbeit habe grundsätzlich nicht geklappt. – Ich behalte mir vor zu prüfen, ob dem Chef Bupo infolge seiner Doppelfunktion eine zu grosse Aufgabe zugemutet werde. Das Verhältnis zwischen Herrn Gerber und Herrn Amstein ist gut; gelegentliche Frequenzschwierigkeiten liegen im normalen Rahmen.

2. Jeder Spionagefall birgt eine aussenpolitische Komponente in sich. Eine Ausweisung kann nur nach den Prinzipien des Kollegialsystems erfolgen. Was Herr Walder – zu apodiktisch – mit «Veto-Recht» umschrieb, ist das Ringen des Bundesrates um die Art der Bekanntmachung eines solchen Tatbestandes. Ein eigentliches Veto-Recht besitzt das EPD nicht²⁰.
3. Das Bundesblatt enthält viele Informationen, insbesondere auch die Botschaften des Bundesrates an die Bundesversammlung. Diese können sich die ausländischen Vertretungen ohne weiteres beschaffen, mit Ausnahme der geheimen Teile.

Zu Herrn Präsident Müller-Luzern (Fall Wolf alias Kälin²¹):

Aufgrund des heutigen Ermittlungsstandes kann nicht gesagt werden, ob und unter welchen Umständen der ursprüngliche Namensträger²² lebt.

[...] ²³

20. Zum Mitspracherecht des Politischen Departements vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 80, dodis.ch/49449. Zur Anhörung von P. Graber in dieser Frage vgl. das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Jeanmaire vom 2. März 1977, dodis.ch/52005, S. 42. Zur Publizität von Spionagefällen Anfang 1966 – Ende 1976 vgl. die Tabelle der Bundesanwaltschaft des Justiz- und Polizeidepartemnts vom März 1977, dodis.ch/52720.

21. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 132, dodis.ch/49335.

22. H. F. Kälin. Vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 86, dodis.ch/49336, Punkt 10c.

23. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/52005.

*Der stv. Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen
Departements, E. Thurnheer, an die Handelsabteilung des
Volkswirtschaftsdepartements¹*

RIZZOLI INTERNATIONAL SA., LUXEMBURG

Vertraulich

Bern, 18. März 1977

Wir danken Ihnen für Ihre Anfrage vom 9. März 1977².

Zur Frage der Zulassung ausländischer multinationaler Firmen möchten wir allgemein an die Praxis unseres Landes erinnern, solche Firmen weder durch gezielte Massnahmen aktiv anzuziehen, noch sie bewusst von unsern Grenzen fernhalten zu wollen. Wir glauben, dass wir mit dieser Politik fortfahren sollten. Jedenfalls sehen wir keinen wirtschaftlichen Grund, von unserer liberalen Zulassungspraxis abzugehen, die wesentlich zur bedeutenden Rolle der Schweiz beigetragen hat, als Gastland zahlreicher ausländischer Unternehmungen ausgewählt zu werden. Angesichts der grossen Anzahl Niederlassungen unserer eigenen Firmen im Ausland scheint uns diese «Politik der offenen Tür» umso gerechtfertigter.

Wir sehen insbesondere auch keine monetären Hindernisse, die uns von dieser Haltung abbringen könnten, denn es darf vorausgesetzt werden, dass eine bekannte multinationale Firma wie die Rizzoli International SA. sich an die von den zuständigen Währungsbehörden erlassenen Richtlinien hält³. Eine Firma, die im Verlagswesen tätig ist, ist nicht mit einer reinen Finanzgesellschaft oder mit einer Briefkastenfirma zu vergleichen, deren Nutzen für die schweizerische Wirtschaft allerdings zweifelhaft ist. Falls die Fremdenpolizei⁴ dennoch aus monetären Gründen Zweifel an der Zweckmässigkeit einer Zulassung hegen sollte, müssten wir es ihr überlassen, die Schweizerische Nationalbank formell zu begrüssen. Unsere mündlichen Sondierungen haben jedenfalls nicht dazu geführt, dass wir eine derartige Rückfrage als nötig erachteten.

1. Schreiben: CH-BAR#E7110#1988/12#120* (294).

2. Schreiben von M. Lusser an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements, die schweizerische Botschaft in Rom und den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins vom 9. März 1977, dodis.ch/48973.

3. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 655 vom 20. April 1977, dodis.ch/50452.

4. Vgl. dazu das Schreiben von E. Moser an G. Solari vom 12. April 1977, dodis.ch/48975.

53

dodis.ch/49021

Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Langenbacher, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

CHINA: ABSCHIEDSBESUCH BEIM VIZE-PREMIERMINISTER

Peking, 28. März 1977

Vize-Premierminister Wang Zhen² (ein alter Kampfgefährte Maos) hat mich anlässlich meines Abschiedsbesuches vom 26 d[es/s][elben]. gebeten, dem Bundesrat und dem Schweizervolk die Gefühle freundschaftlicher Verbundenheit des chinesischen Volkes zu übermitteln. Zuvor hat mich Aussenminister Huang Hua ersucht, Ihnen persönlich seine besten Grüsse und Wünsche auszusprechen.

Die Unterredung – in betont zeremonieller Form in der Halle des Volkes – lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die schweizerisch-chinesischen Beziehungen³ sind ausgezeichnet, und wir dürfen uns beidseitig darüber freuen. Unsere Beziehungen sind aber auch ausbaufähig und den Chinesen sind alle Initiativen in dieser Richtung stets willkommen.

2. Nach den dramatischen Ereignissen des Jahres 1976, die schwere Verluste verursacht haben⁴, und dem Sieg über die «Viererbande»⁵ ist die Zukunft Chinas lichter und klarer denn je. Dieser Optimismus wird sich auch auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen positiv auswirken und neue Möglichkeiten eröffnen. Als Beispiele wurden die Intensivierung der Handelsbeziehungen⁶, des Austausches in Wissenschaft und Forschung und die Möglichkeit einer allfälligen Einladung einer schweizerischen Parlamentarier-Delegation erwähnt⁷. Die Bedeutung persönlicher Kontakte wurde unterstrichen⁸.

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2557* (B.15.21). Diese Kopie ging an die Politische Abteilung II des Politischen Departements.

2. Zum Besuch Wang Zhens in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 189, dodis.ch/49088.

3. Vgl. dazu die Notiz der Politischen Direktion des Politischen Departements vom 19. September 1977, dodis.ch/49022. Vgl. auch die Mitteilung der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung vom 13. Januar 1976, dodis.ch/49111.

4. Zum Tod von Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhou De vgl. den Politischen Bericht Nr. 53 von H. Langenbacher vom 20. September 1976, dodis.ch/49032. Zum Tian'anmen-Zwischenfall vgl. den Politischen Bericht Nr. 33 von F. Pianca vom 12. April 1976, dodis.ch/49031. Zu Mao Zedong vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 29, dodis.ch/48997.

5. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 59 von H. Langenbacher vom 26. Oktober 1976, dodis.ch/49033.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 141, dodis.ch/49051; Dok. 168, dodis.ch/49076 und Dok. 189, dodis.ch/49088.

7. Zu den Besuchen schweizerischer Parlamentarier in der Volksrepublik China 1972 und 1974 vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 153, dodis.ch/37707, Anm. 9.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 102, dodis.ch/49049.

3. Vize-Premier und Aussenminister warnten einmal mehr vor der Gefahr, die Westeuropa und auch der Schweiz seitens der UdSSR drohe⁹. Europa könne bei seinen Bemühungen um die Einigung und seine dringend nötige Stärkung stets mit China rechnen. Interessant war in diesem Zusammenhang die Bemerkung des Aussenministers: «Wir erklärten den Amerikanern, dass sie ein starkes Europa eines Tages sehr wahrscheinlich nötiger haben werden als umgekehrt. Die Entscheidung werde auch diesmal – und einmal mehr – in Europa gesucht.»

4. Ich habe im Verlaufe des Gesprächs die (von China übrigens voll anerkannte) traditionelle aussenpolitische Rolle der Schweiz in Erinnerung gerufen.

5. Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen meinen Schlussbericht, in Form von Fragmenten meines China-Tagebuchs¹⁰, zugehen zu lassen. Ich gebe mir Rechenschaft, dass ich damit auf fast unzumutbare Weise zur Papierflut auf dem bundesrätlichen Schreibtisch beitrage. Vielleicht finden Sie dennoch gelegentlich Zeit und Musse, in diesen Notizen chinesischer Impressionen zu blättern.

9. Vgl. dazu z. B. DDS, Bd. 26, Dok. 178, dodis.ch/37717 sowie das Protokoll von P.-Y. Simonin und F. Pianca vom 5. September 1974, dodis.ch/37706.

10. Bericht von H. Langenbacher vom 7. März 1977, dodis.ch/49048. Für den eigentlichen Schlussbericht von H. Langenbacher vom 25. Februar 1977 vgl. Doss. CH-BAR#E2024A#1993/354#2118* (a.721.81).

54

dodis.ch/48719

*Le Directeur de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail,
J. P. Bonny, au Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger¹*

CHARTRE SOCIALE EUROPÉENNE/RATIFICATION

Berne, 1^{er} avril 1977

Pour éviter toute manœuvre de surprise, je crois utile d'attirer dès maintenant votre attention sur le problème de la ratification² de la Charte sociale du Conseil de l'Europe bien que l'affaire n'ait pas encore atteint le stade de la grande procédure de co-rapport. Voici en bref de quoi il s'agit:

1. La Charte sociale européenne constitue le pendant, sur le plan social, de la Convention européenne des droits de l'homme. C'est donc un des instruments les plus importants adoptés par le Conseil de l'Europe.

1. Notice: CH-BAR#E7001C#1989/59#678* (2520.02).

2. Cf. aussi la notice de M. von Grünigen à la Division politique I du Département politique du 16 juin 1978, dodis.ch/48580.

2. À la suite de diverses initiatives (dont un postulat Muheim³), le Département politique fédéral (DPF) a entrepris des études dès 1973 au sujet des possibilités de ratifier la Charte. Le 26 mars 1976⁴, il a adressé une proposition au Conseil fédéral en vue

- d'être autorisé à *signer* la Charte sociale
- d'être chargé de préparer un message aux fins de la *ratification* de la Charte.

3. Dans le co-rapport de notre département du 12 avril 1976⁵, vous avez souscrit à la proposition de *signer* la Charte. En revanche, vous avez relevé qu'il subsistait des divergences entre notre législation et la Charte en ce qui concerne l'assurance-chômage. Pour cette raison, vous avez appuyé en ces termes les réserves faites par le Département de l'Intérieur à propos de la *ratification*:

«Aus diesem Grund schliessen wir uns dem Antrag des EDI (Mitbericht vom 7. April 1976⁶, Ziff. 1) an, wonach mit der Ausarbeitung der Ratifizierungsbotschaft bis zum <gegebenen Zeitpunkt> zuzuwarten ist, das heisst: bis die Voraussetzungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung und allfällige weitere Voraussetzungen erfüllt sind.».

4. Dans son rapport complémentaire du 22 avril 1976⁷, le DPF a proposé un nouveau texte, dans lequel l'expression «le moment venu» («zum gegebenen Zeitpunkt»), dont le Département de l'Intérieur et vous-même aviez demandé l'insertion, était remplacée par «dans le meilleur délai». Voici ce texte:

«Le Département politique est chargé, dans le meilleur délai possible, de préparer, en collaboration avec les autres départements intéressés, un message aux Chambres fédérales en vue de la ratification de ce traité.».

5. Le 26 avril 1976⁸, le Conseil fédéral a pris sa décision:

- Il a chargé le DPF de *signer* la Charte conformément à la proposition.
- En ce qui concerne la *ratification*, il a en revanche adopté (pour des raisons que j'ignore) un texte qui s'écarte de la dernière proposition du DPF et ne tient pas compte, me semble-t-il, des réserves faites par le Département de l'Intérieur et par le nôtre. Ce texte est le suivant:

«Le département politique est chargé de préparer, en collaboration avec les autres départements intéressés et en tenant compte des modifications résultant de la procédure de co-rapport, un message aux Chambres fédérales en vue de la ratification de ce traité.».

6. À la suite de cette décision, M. le Conseiller fédéral Graber a *signé* la Charte sociale le 6 mai 1976⁹.

3. Cf. Bull. of. CN, 1977, pp. 304–306.

4. DDS, vol. 27, doc. 17, dodis.ch/48718.

5. Pour le co-rapport du Département de l'économie publique du 12 avril 1976, cf. le PVCF N° 737 du 28 avril 1976, dodis.ch/48718.

6. Pour le co-rapport du Département de l'intérieur du 7 avril 1976, cf. le PVCF N° 737 du 28 avril 1976, dodis.ch/48718.

7. Pour le rapport complémentaire du Département politique du 22 avril 1976, cf. le PVCF N° 737 du 28 avril 1976, dodis.ch/48718.

8. Le Conseil fédéral a pris la décision le 28 et non le 26 avril 1976, cf. le PVCF N° 737 du 28 avril 1976, dodis.ch/48718.

9. Cf. la notice de Y. Moret à la Direction du droit international public du Département politique du 10 mai 1976, dodis.ch/48551.

7. Sur la base de la même décision, le DPF a immédiatement entrepris la préparation du message en vue de la *ratification*. Il a soumis un premier avant-projet aux services fédéraux intéressés le 24 janvier 1977¹⁰, puis un projet remanié le 10 mars. Enfin il a convoqué une réunion le 24 mars¹¹ pour discuter le projet remanié. Cette dernière réunion, à laquelle j'ai participé, n'a pas permis de réduire les divergences d'opinion qui subsistaient, en particulier, entre le DPF et notre office (assurance-chômage). J'imagine, dans ces conditions, que le DPF maintiendra son projet du 10 mars sans grands changements et que nous devons faire valoir nos objections à l'occasion de la grande procédure de co-rapport.

8. Pour épargner votre temps, je bornerai ici mes remarques aux difficultés que la ratification de la Charte sociale soulève dans deux domaines: droit de grève et assurance-chômage.

9. Aux termes de l'article 6, paragraphe 4, de la Charte, les pays qui ratifient cette disposition doivent notamment reconnaître le *droit de grève*¹². L'annexe à la Charte – en liaison avec l'article 31 – leur permet cependant d'apporter certaines restrictions à ce droit.

Le Comité d'experts indépendants – l'un des deux organes chargés de contrôler l'application de la Charte – est d'avis que le droit de grève prévu à l'article 6 vise également les fonctionnaires; les pays qui acceptent cette disposition peuvent interdire la grève à certaines catégories de fonctionnaires, mais non à l'ensemble de ceux-ci. Un seul membre du Comité d'experts – M. Zanetti, Suisse – s'est opposé à cette conception.

Considérant cette difficulté, le DPF propose, dans son projet de message, d'accompagner la ratification d'une déclaration interprétative indiquant que «l'acceptation de l'article 6, paragraphe 4, n'affecte pas» les dispositions fédérales et cantonales qui interdisent aux agents de la fonction publique de recourir à la grève.

Il convient de préciser que la République fédérale d'Allemagne avait également présenté une déclaration de ce genre avant de ratifier la Charte. Or le Comité d'experts a estimé que cette déclaration «ne saurait valoir en tant que réserve limitant la portée de l'acceptation par la République fédérale des engagements de la Charte, car la structure même de celle-ci ... implique nécessairement que l'acceptation d'un paragraphe porte sur l'ensemble des engagements de celui-ci, sans possibilité d'écarter, par voie de réserve ou autrement, une partie desdits engagements.».

Il est donc clair dès aujourd'hui que le Comité d'experts indépendants – à moins d'un revirement d'opinion très improbable – n'accordera aucune valeur à la déclaration interprétative de la Suisse et nous reprochera de ne pas observer l'article 6, paragraphe 4, de la Charte.

10. Circulaire de A. Hegner du 24 janvier 1977, dodis.ch/52405. Pour le projet du message, cf. doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#136* (o.121.311.2).

11. Cf. la notice de Y. Moret du 23 mars 1977, dodis.ch/48553 et la notice de A.-L. Vallon à P. Graber du 12 avril 1977, dodis.ch/52400.

12. Cf. la notice de A.-L. Vallon à A. Hegner du 8 août 1977, dodis.ch/48760.

Bien entendu, ce comité n'a pas de moyens de contrainte à sa disposition. Il peut seulement proposer au Comité des Ministres (organe suprême) du Conseil de l'Europe d'adresser des recommandations aux gouvernements des pays fautifs pour les engager à corriger la situation. Jusqu'à ce jour, le Comité des Ministres a refusé d'endosser de telles recommandations. Il n'en reste pas moins qu'en acceptant l'article 6 de la Charte, nous saurons d'avance que nous l'interprétons à l'encontre de la pratique du Comité d'experts indépendants.

10. Pour l'article 12, paragraphe 4, de la Charte, qui traite de la sécurité sociale, la difficulté est plus grande encore. On peut même parler d'empêchement plutôt que de difficulté.

L'alinéa a) de ce paragraphe réclame l'égalité de traitement entre étrangers et nationaux. Or même avec notre nouvelle réglementation, il subsistera quelques légères inégalités de traitement en matière d'*assurance-chômage*¹³.

L'alinéa b) exige l'octroi, le maintien et le rétablissement des droits à la sécurité sociale par des moyens tels que la totalisation des périodes d'assurance ou d'emploi. Pour l'assurance-chômage, nous ne pouvons pas accepter cette totalisation (c'est-à-dire la prise en compte des périodes d'emploi accomplies à l'étranger) et nous pouvons encore moins accepter le seul autre moyen disponible, qui serait de renoncer, pour les étrangers, à la condition qu'ils aient accompli 150 jours d'emploi durant les 365 jours précédant la mise au chômage. Nous ne pouvons donc souscrire en aucune manière à l'article 12, paragraphe 4, de la Charte.

11. Les difficultés signalées plus haut à propos des articles 6 (droit de grève) et 12 (assurance-chômage) ont une importance décisive en ce sens que, pour pouvoir ratifier la Charte, nous devons accepter intégralement ces deux articles. Autrement dit, le simple refus du paragraphe 4 de l'article 12 rend la ratification impossible. C'est pourquoi la question de l'assurance-chômage est devenue le point névralgique de toute l'affaire.

12. Ce qui m'inquiète avant tout, c'est que le DPF paraît vouloir la ratification au plus vite et à tout prix¹⁴. Le projet de message, rédigé à la hâte et maladroitement, masque ou minimise les difficultés et s'appuie sur des arguments souvent contestables, voire inacceptables. Dans la lettre¹⁵ par laquelle il a soumis ce projet aux administrations intéressées, le Service du Conseil de l'Europe priait ces administrations de ne pas se prononcer sur la question de la ratification elle-même, cette question étant purement politique et par conséquent réservée à la décision du Conseil fédéral. Il est dès lors intéressant de constater que l'Ambassadeur Hegner, lors de la réunion du 24 mars qu'il présidait, a recouru lui-même à un argument politique parce qu'il ne trouvait plus d'arguments juridiques valables à opposer à nos objections. Il a en effet insisté sur le fait que la Suisse était un des seuls pays membres du Conseil de l'Europe à n'avoir pas encore ratifié la Charte, sur la mauvaise impression que cela pouvait produire à l'étranger, etc. Cet argument, dont on peut supposer que M. le Conseiller fédéral Graber se servira également

13. Cf. la lettre de A.-L. Vallon à H. Wiebringhaus du 21 juillet 1976, dodis.ch/48552.

14. Cf. aussi la notice de J.-P. Bonny à E. Brugger du 27 juillet 1977, dodis.ch/48549.

15. Cf. note 10.

pour enlever la décision au sein du Conseil fédéral, soulève notamment deux questions. La première est de savoir si un pays rehausse vraiment son prestige international en ratifiant un traité qu'il sait d'avance ne pas pouvoir respecter pleinement. En second lieu, il convient de tenir compte que la Suisse, en tant qu'État fédératif, rencontre évidemment plus de difficultés qu'un État centralisé lorsqu'il s'agit d'accepter un acte tel que la Charte sociale. Le DPF a reconnu lui-même qu'il avait évité autant que possible de proposer l'acceptation de dispositions qui touchent des matières relevant des compétences cantonales. Cela restreint nos possibilités de ratification et explique en bonne partie pourquoi nous nous trouvons parmi les quelques pays qui n'ont pas encore ratifié la Charte.

13. Du moment que nous avons passé au plan politique, j'aimerais relever pour terminer que le moment paraît très peu opportun pour proposer une ratification accélérée de la Charte sociale. Les Chambres fédérales ont mal digéré les ennuis que la Convention des droits de l'homme nous a causés dans le secteur de la discipline militaire¹⁶ (arrêt du Tribunal fédéral, arrêté urgent). Elles sont sensibilisées à l'égard de ratifications hasardeuses. J'ai fait allusion à cet aspect de la question lors de la réunion du 24 mars. M. Hegner, qui avait sans doute des instructions très précises, a fait en sorte d'éviter une discussion sur ces aspects politiques en rappelant que nous n'avions à nous prononcer que sur les questions juridiques et techniques!

16. Cf. *DDS*, vol. 27, doc. 61, dodis.ch/48720.

55

dodis.ch/48103

*Bericht der schweizerischen Delegation zur Aushandlung eines
Übereinkommens zur Liberalisierung des grenzüberschreitenden
Omnibusverkehrs¹*

BERICHT ÜBER DIE ZWEITE VERHANDLUNGSSITZUNG² VOM 6./7. DEZEMBER 1976
IN BERN

Auszug

Bern, 13. April 1977

1 Delegationen

An der diplomatischen Konferenz, die unter dem Vorsitz des Chefs des Integrationsbüros³ am 6./7.12.76 in Bern stattfand, nahm die Schweiz mit einer Delegation teil, die von Herrn Pierre R. Jordanis, Chef des Dienstes für internationale Organisationen des EAV, geleitet wurde und der die Herren Gérard Chappuis (EAV) und Dr. André v. Graffenried (Mission) angehörten. Die EG trat (erstmals in einer Verkehrsverhandlung) als Block auf; ihr Verhandlungsleiter war Dir. Francesco Ventrella von der EG-Kommission. Ferner nahmen teil die übrigen der Gemeinschaft nicht angehörenden CEMT-Staaten Finnland, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und die Türkei, letztere vorderhand als Beobachter. Ebenfalls als Beobachter war der Generalsekretär der CEMT, Herr Georges Billet, anwesend.

2 Allgemeineindruck

Nachdem die anlässlich der ersten Runde aufgetretenen institutionellen Probleme tiefgreifende Spannungen und eine eigentliche Missstimmung haben aufkommen lassen, ist es anlässlich der zweiten Runde gelungen, eine kollegiale Atmosphäre zu schaffen, die Probleme zu versachlichen und die Gemeinschaft zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen. In verkehrstechnischer Hinsicht konnten die offenen Fragen formuliert und teilweise gelöst werden. Dennoch wird die unterschiedliche verkehrspolitische Interessenlage, die zwischen der zentraleuropäischen Staaten einerseits, den peripheren andererseits besteht, einem baldigen Vertragsabschluss nicht förderlich sein.

1. Bericht (Kopie): CH-BAR#E7113A#1989/193#376* (777.502). Unterzeichnet von F. Blankart und P. R. Jordanis. Kopie u. a. an P. Graber, A. Weitnauer, E. Brugger, P. R. Jolles, C. Sommaruga, F. Blankart, Ch. Faessler, B. Hediger, W. Ritschard, die Politische Direktion und die Völkerrechtsdirektion des Politischen Departements, die Oberzolldirektion des Finanz- und Zolldepartements, die Direktion des Amtes für Verkehr des Verkehr- und Energiewirtschaftsdepartements, die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die schweizerischen Delegationen bei der OECD in Paris und bei der EFTA in Genf, die ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg sowie an die schweizerischen Botschaften in Ankara, Athen, Belgrad, Brüssel, Den Haag, Dublin, Helsinki, Köln, Kopenhagen, London, Lissabon, Luxemburg, Madrid, Oslo, Paris, Rom, Stockholm und Wien.

2. Fussnote im Originaltext: Der Bericht über die erste Verhandlungssitzung vom 11.3.76 findet sich im Bundesratsantrag EPD/EVED vom 22.11.76, S. 5–7. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2141 vom 29. November 1976, dodis.ch/48109.

3. F. Blankart.

Die Tatsache, dass die Präsidentschaft der Schweiz zukommt, birgt in taktischer Hinsicht offensichtliche Vorteile, bedingt indessen auch einen erheblichen administrativen Aufwand, z. B. in Bezug auf die Formulierung und Übersetzung der zahlreichen Grundlagendokumente. Die Erfahrungen, die wir in dieser Hinsicht z. Z. machen, bestätigt die Begründetheit unserer Absicht, derartige Verhandlungen in Zukunft unter Inanspruchnahme der CEMT-Infrastruktur durchzuführen.

3 Verkehrstechnische Probleme

31 Pro memoria

Die Verhandlungen betreffen die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehrs mit Omnibussen, d. h. die vertraglich zu regelnde, gegenseitige Zusicherung, dass Personen durch gewerbmässig, jedoch nicht regelmässig betriebene Autobus- und Autocarunternehmen im internationalen Verkehr konzessions- und bewilligungsfrei befördert werden können. Es geht somit um eine, wenn auch geringfügige Herstellung der *Dienstleistungsfreiheit* im Sinne des Römer Vertrages auf dem Gebiet der Personenbeförderung auf der Strasse.

[...]⁴

4 Institutionelle und integrationspolitische Probleme

41 Pro memoria

Institutionell und integrationspolitisch geht es aus schweizerischer Sicht darum, entgegen den ursprünglichen Absichten der Gemeinschaft ein Abkommen auszuhandeln, das *multilateral* ist und damit gleichzeitig die diesbezüglichen Verkehrsprobleme unter den betroffenen Drittstaaten direkt, statt durch Vermittlung der EWG regelt, was letzteres der Gemeinschaft ein politisch nicht begründbares Übergewicht im Vertragsganzen gäbe⁵. Ferner wünscht die Schweiz, dass die Verwaltung des Abkommens durch die CEMT⁶ wahrgenommen wird, um zu vermeiden, dass zu diesem Behufe eigens kostspielige ad hoc-Infrastrukturen aufgebaut werden müssen. Vor allem aber würde der Abschluss eines solchen Abkommens ausserhalb der CEMT der Substanzentleerung dieser flexibel und pragmatisch arbeitenden internationalen Organisation Vorschub leisten, was wir entschieden ablehnen, dies nicht nicht zuletzt deshalb, weil wir in einer multilateralen Institution im Verein mit andern Drittstaaten (sofern diese entscheidungsfähig sind) gegenüber der Gemeinschaft im Prinzip stärker sind, als wenn wir ihr alleine gegenüberstünden. Konsequenz zu Ende gedacht hätte diese Konzeption indessen zur Folge, dass die Gemeinschaft als solche der CEMT beitreten und sich nach Massgabe ihrer internen Legiferierung ihren Mitgliedstaaten substituieren müsste. Da dies politisch nicht zu bewerkstelligen und nach Ansicht des Amtes für Verkehr auch nicht wünschbar ist, gilt es, eine Lösung zu finden, das Abkommen ad hoc in den Rahmen der CEMT einzubauen.

4. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48103.

5. Vgl. dazu die Notiz von F. Blankart vom 17. September 1976, dodis.ch/48108 und die Notiz von F. Blankart an P. R. Jordanis vom 21. Juli 1978, dodis.ch/48111.

6. Zur Europäischen Verkehrsministerkonferenz vgl. das Schreiben von C. Caillat an F. Blankart vom 14. Juni 1978, dodis.ch/48114.

Falls die Schweiz mit ihren Vorstellungen durchdringt, würde erstmals das Modell der «grossen Freihandelszone», mit der Gemeinschaft als Vertragspartner, unter der Schirmherrschaft der CEMT, d. h. der «OECD der Verkehrspolitik», verwirklicht. Dies würde gelingen, weil die Schweiz im Gegensatz zum handelspolitischen Bereich im Verkehrssektor auf Grund ihrer geographischen Lage über eine dominierende Stellung verfügt, die ihr ermöglicht, das institutionelle Modell massgeblich zu bestimmen⁷.

Zudem wäre es das erste Mal, dass die Schweiz mit der EG als solcher einen Sektor des Dienstleistungsverkehrs vertraglich liberalisiert. Nachdem wir mit der Gemeinschaft die Liberalisierung des industriellen Warenverkehrs durch Freihandelsabkommen⁸ erreicht und die Liberalisierung der Niederlassung im Versicherungssektor an die Hand genommen haben, soll hier somit die Herstellung einer weiteren der vier Freiheiten des Römer Vertrages, auf einem ausgewählten Sektor des Personenverkehrs, auf Grundlage der Gegenseitigkeit auf einen Drittstaat ausgedehnt werden.

42 Verhandlungsverlauf

Der institutionelle und integrationspolitische Aspekt ist angesichts seines delikaten Charakters noch nicht zum Gegenstand einer eigentlichen Verhandlung, sondern erst eines informativen «Tour de table» gemacht worden. Hierbei wurde die schweizerische Haltung von Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und Spanien weitgehend vorbehaltlos, von Jugoslawien und Portugal positiv, aber mit einer «réserve d'attente», und von Griechenland mit einer gewissen Zurückhaltung unterstützt, während sich die Türkei mangels Instruktionen einer Stellungnahme enthielt. Die Gemeinschaft nahm von den Äusserungen der Drittstaaten mit einem gewissen Entgegenkommen Kenntnis, konnte sich indessen noch nicht festlegen. Als bemerkenswerter Fortschritt ist immerhin ihre Bereitschaft zu werten, die Verbindung zur CEMT zu vertiefen.

Die bisherige Erfahrung in dieser Sache hat gezeigt, dass die übrigen Nicht-EWG-Staaten zwar bereit sind, die Schweiz in ihrem Widerstand gegen die Satellisierung durch die Gemeinschaft zu unterstützen, es aber ablehnen, sich in dieser Sache zu exponieren, weil sie meinen, es sich nicht leisten zu können, die EWG zu irritieren, solange sie auf andern Integrationsbereichen Bittsteller sind (Beitrittsabsichten, Landwirtschaftsprobleme, Gesuche um finanzielle Unterstützung, etc.). Dazu kommt offenbar eine mangelnde Koordination zwischen dem jeweiligen Verkehrs- und dem Aussenministerium der betreffenden Drittstaaten, insofern sich das erstere vielfach als für diese integrationspolitische Frage für inkompetent erklärt, während sich das letztere an ihr desinteressiert. Dieses Problem stellt sich auf schweizerischer Seite auf Grund der bestehenden Organisationsstruktur nicht.

Im übrigen sei auf Pt. 5 des beiliegenden Verhandlungsprotokolls⁹ verwiesen. [...]¹⁰

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

8. Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182, dodis.ch/35776, bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145, dodis.ch/39510.

9. Protokoll von Ch. Faessler vom 7. März 1977, Doss. wie Anm. 1.

10. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48103.

56

dodis.ch/50895

Notiz des stv. Direktors des Politischen Direktions Departements, A. Hegner¹

ÜBERBLICK ÜBER DIE BEZIEHUNGEN DER SCHWEIZ ZU SCHWEDEN

Bern, 14. April 1977

Die schweizerisch-schwedischen Beziehungen zeichnen sich durch eine Vielzahl von historischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, militärischen und menschlichen Berührungspunkten aus, die in den letzten Jahren ständig zugenommen haben².

Was die *offiziellen Kontakte* anbelangt, erfolgen ohne vorgeschriebene Periodizität relativ häufig Besuchs- und Informations- und Koordinationszwecken auf der Ebene der Aussenminister und hoher Beamter³:

- im Januar 1967 Bundesrat Spühler zu offiziellem Besuch in Stockholm⁴;
- im April 1969 schwedischer Premierminister Erlander auf offiziellem Besuch in der Schweiz⁵;
- im September 1969 Generalsekretär EPD⁶ in Schweden;
- im Frühjahr 1970 Aussenminister Torsten Nilsson in Bern⁷;
- im Januar 1972 Generalsekretär EPD⁸ in Schweden;
- im Mai 1972 erwiderte Bundesrat Graber⁹ den schwedischen Besuch von 1970¹⁰ bei Aussenminister Krister Wickman;

1. *Notiz*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5558* (B.15.21.(09)). Verfasst von K. O. Wyss im Hinblick auf den Besuch von Bundesrat Graber in Schweden vom 20. bis 24. April 1977. Zum Besuch vgl. die *Notiz* von M. Lusser an C. Sommaruga vom 22. Januar 1976, dodis.ch/50948; die *Notiz* von Ch. Boesch vom 13. April 1977, dodis.ch/50956; die *Notiz* von A. Bill vom 20. April 1976, dodis.ch/50952 sowie das Protokoll des Politischen Departements vom 4. Mai 1977, dodis.ch/50957. Dieser Überblick wurde bereits in zwei *Notizen* an A. Wejnauer vom 13. Mai 1976 und vom 13. Januar 1977 verwendet. Vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5557* (B.15.21.(05)) sowie Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5559* (B.15.21.(10)). Zum geplanten Besuch von K. Söder im Oktober 1978 in Bern vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326, bes. Anm. 2.

2. Vgl. dazu den Schlussbericht von B. Turrettini vom 8. Dezember 1976, dodis.ch/50930.

3. Zu den schweizerisch-schwedischen Beamtenbesprechungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 70, dodis.ch/32884, Anm. 5 sowie DDS, Bd. 25, Dok. 95, dodis.ch/35590, bes. Anm. 2. Zu den Anfängen der offiziellen Kontakte vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 66, dodis.ch/31196.

4. Vgl. dazu das Protokoll von J. Schneeberger vom Februar 1967, dodis.ch/32952.

5. Vgl. dazu das Protokoll von H. Kaufmann vom April 1969, dodis.ch/32953.

6. P. Micheli. Zu seinem Besuch vgl. die *Notiz* von P. Micheli vom 25. September 1969, dodis.ch/32890.

7. Der Besuch fand im Juni 1971 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Arbeitssitzungen vom 7. und 8. Juni 1971 von R. Grossenbacher, dodis.ch/35741.

8. E. Thalmann. Zu seinem Besuch vgl. die *Notiz* von H. Miesch vom 17. Februar 1972, dodis.ch/34300.

9. Vgl. dazu das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 25. Mai 1972, dodis.ch/35743.

10. Vgl. Anm. 7.

- im März 1974 Generalsekretär des schwedischen MAE, Sverker Aström in Bern¹¹;
- im September 1974 Aussenminister Sven Andersson auf offiziellem Besuch in der Schweiz¹²;
- Ende September 1975 weilte der Chef der Politischen Abteilung I¹³ in Stockholm, in Erwiderung des Besuchs vom gleichen Jahr des Politischen Direktors im schwedischen Aussenministerium, Leif Leifland¹⁴, in der Schweiz;
- im Mai 1976 Generalsekretär Weitnauer in Stockholm auf Besuch¹⁵;
- im Januar 1977 erwidert von Generalsekretär S. Aström¹⁶.

Die Gespräche haben sich im allgemeinen auf internationale Fragen von politischer Aktualität konzentriert, vor allem die Entwicklung der EG und deren Beziehungen zu den Nicht-Mitgliedstaaten sowie die KSZE. Zur Diskussion bilateraler Fragen bestand kaum je Anlass.

Im Verlaufe der letzten Jahre begaben sich auch vier Bundesräte anderer Departemente in offizieller Mission oder ferienhalber nach Schweden¹⁷.

Das gegenseitige Verhältnis ist durch eine Reihe von Abkommen geregelt, die zu keinen Beanstandungen Anlass geben. Selbst in Bereichen, wo keine vertraglichen Abmachungen bestehen, verlaufen die Beziehungen reibungslos und sind von gegenseitigem Vertrauen geprägt.

Auf dem Gebiet der *Wirtschafts- und Handelsbeziehungen* tritt Schweden durch die erfolgreiche Arbeit seiner dynamischen Industrie in unserem Lande immer stärker in Erscheinung. Unter den skandinavischen Staaten ist Schweden unser wichtigster Handelspartner. Unser Aussenhandel mit dem grössten unter den nordischen Ländern übertrifft jenen mit Dänemark und Norwegen zusammen, und unter unseren EFTA-Partnern steht Schweden bei der Ein- und Ausfuhr an 2. Stelle nach Österreich. Die Ausweitung unseres Handelsverkehrs mit Schweden ist weitgehend den durch die beiderseitige Partnerschaft in der EFTA entstandenen Voraussetzungen (Liberalisierung der Einfuhr im Industriesektor) zuzuschreiben.

11. Zu diesem Besuch konnten keine Akten ermittelt werden. Hingegen konnten Akten zu einem Besuch im Mai desselben Jahres und zu einem im März 1973 ermittelt werden. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 8, dodis.ch/39285, bes. Anm. 6; die Aufzeichnung des Politischen Departements des Gesprächs vom 12. März 1973, dodis.ch/53900 sowie die Aufzeichnung von K. Fritschi des Gesprächs vom 29. Mai 1974, dodis.ch/53905.

12. Vgl. dazu das Protokoll von C. Caratsch vom 12. September 1974, dodis.ch/39742.

13. Ch. Müller. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5022* (B.15.231).

14. Vgl. dazu die Notiz von C. Caratsch vom 5. März 1975, dodis.ch/53901.

15. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5559* (B.15.21.(10)). Zu seinem Besuch 1978 vgl. die Notiz von H. Borner vom 16. Mai 1978, dodis.ch/50962.

16. Vgl. dazu das Protokoll von P. Troendle vom 24. Januar 1977, dodis.ch/50954.

17. Zum Besuch von R. Gnägi 1973 vgl. die Notiz an den Bundesrat vom 8. Mai 1973, dodis.ch/39764. Zur Teilnahme von N. Celio an den Trauerfeierlichkeiten für König Gustav VI. Adolf vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5030* (B.15.83.2). Vgl. dazu ferner die Notiz von Ch.-A. Wetterwald vom 28. August 1973, dodis.ch/39748. Zum Besuch von K. Furgler 1975 vgl. die Notiz von E. Fasel vom 26. November 1975, dodis.ch/39746. W. Ritschard weilte im Juli 1974 ferienhalber in Schweden. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2200.148-03#1992/187#50* (101.0).

Über den Stand der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen sowie über die wirtschaftlichen, monetären und sozialen Aspekte Schwedens orientiert die beigelegte Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdienstes EPD¹⁸.

Der *kulturelle Austausch* geht in beiden Ländern vorzugsweise von privater Initiative aus. Bei der Auswahl und Durchführung von Aufführungen, Ausstellungen und Konferenzen kann allerdings mit der Unterstützung von besonderen Institutionen gerechnet werden. Auf schweizerischer Seite übernimmt diese Aufgabe die Stiftung Pro Helvetia. Sonst beschränkt sich die Aufgabe der Regierungen auf die jährliche Gewährung von je 2 Hochschulstipendien. Die kulturellen Beziehungen zwischen der Schweiz und Schweden sind ausbaufähig. Zwar erfreut sich der schwedische Film in der Schweiz einer hohen Wertschätzung und das noch relativ junge schweizerische Filmschaffen zieht in Schweden vermehrt die Aufmerksamkeit auf sich; doch ist die Neugier auf die kulturellen, namentlich die künstlerischen Leistungen des anderen Landes nicht allzu hoch zu veranschlagen; auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der sozialen Einrichtungen scheint das Interesse grösser zu sein. Beiliegende Notiz der Sektion für kulturelle Angelegenheiten gibt Auskunft über einzelne schweizerisch-schwedische Kulturanlässe seit 1975¹⁹.

Der *Informations- und Presseaustausch* zwischen den beiden Ländern ist verhältnismässig schwach entwickelt. Die Schweiz findet in der schwedischen Presse nur sporadisch Erwähnung; die Berichte zeugen zudem nicht immer von grosser Objektivität. Ganz in diesen Rahmen passt die einseitig ausgerichtete Publizität, die Nationalrat Zieglers neuestem Buch²⁰ zuteil wurde, und die für die Schweiz wenig schmeichelhaft ausfiel. Es gibt insgesamt nur zwei ständige schwedische Presse- bzw. Radiovertreter in der Schweiz, während nach einer schwedischen Studie vom vergangenen Jahr 19 Korrespondenten laufend ihre schweizerischen Zeitungen über die Vorgänge in Schweden informieren. Der Informations- und Pressedienst EPD hat seit 1975 Anstrengungen zum Abbau dieses Ungleichgewichts unternommen, indem mehrere schwedische Journalisten zur Berichterstattung über unser Land in die Schweiz eingeladen wurden. Im November 1976 führten zudem drei Grossbanken unseres Landes eine Informationsreise für 7 schwedische Journalisten durch (cf. beiliegende Notiz des Informations- und Pressedienstes²¹).

Auf dem Gebiet der *sozialen Sicherheit* bestehen zwischen dem schweizerischen und dem schwedischen System nicht unerhebliche Unterschiede, was sich für die Schweizer Kolonie in Schweden besonders angesichts des Exportverbotes von schwedischen Sozialversicherungsleistungen negativ auswirkt.

18. Notiz von E. Thurnheer vom 7. April 1977, dodis.ch/50964. Vgl. ferner die Notiz von C. Sommaruga an E. Brugger vom 7. Juni 1977, dodis.ch/50967 sowie die Notiz von C. Sommaruga vom 5. September 1977, dodis.ch/50972.

19. Notiz von P. Stauffer vom 25. März 1977, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner die Notiz von P. Stauffer vom 15. April 1977, dodis.ch/51016 sowie das Schreiben von J. Rüedi an Pro Helvetia vom 24. Mai 1978, dodis.ch/51018.

20. Jean Ziegler: Une Suisse au-dessus de tout soupçon, Paris 1976. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 49, dodis.ch/50107, bes. Anm. 4 und 5.

21. Notiz von F. Dubois an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 24. März 1977, dodis.ch/50955.

Aus diesem Grund wurde eine seit längerer Zeit ins Auge gefasste Revision des schweizerisch-schwedischen Sozialversicherungsabkommens vom 17. Dezember 1954²² durch Expertenbesprechungen eingeleitet. Im Juni 1976 fanden erste diesbezügliche Expertengespräche in Bern statt²³. Beiliegende Notiz des Auslandschweizerdienstes²⁴ enthält Angaben über die Schweizer Kolonie in Schweden, welche 2129 Nur-Schweizer und 519 Doppelbürger umfasst.

Die *Rüstungszusammenarbeit mit Schweden*²⁵ hat soeben das zehnjährige Jubiläum gefeiert. Ausgangspunkt waren die Richtlinien für die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, welche der Bundesrat 1966²⁶ genehmigt hatte. Nach diesen Richtlinien kann die militär-technische Zusammenarbeit in Form von Austausch von Informationen, gemeinsamer Forschung, Projektierung, Beschaffung, Benützung von Einrichtungen für Ausbildungs- und Erprobungszwecke und auf andere Weise erfolgen. Die hiezu gebildete Gemischte Kommission, welche wechselweise jährlich einmal in Schweden bzw. in der Schweiz zusammentrifft, ist für die Überwachung der Zusammenarbeit und die Prüfung und Abklärung aller damit zusammenhängenden Fragen zuständig. Gegenwärtig bestehen auf militärtechnischem Gebiet für 19 Projekte derartige Zusammenarbeitsregelungen.

Hintergrundinformation:

- Notiz Völkerrechtsdirektion über den Stand der vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der DDR²⁷ für den Fall, dass schwedischerseits die Frage aufgeworfen werden sollte.
- Notiz der Technischen Zusammenarbeit betreffend den Vergleich der schwedischen Entwicklungszusammenarbeit mit unseren eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet²⁸.

22. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Schweden über Sozialversicherung vom 17. Dezember 1954, AS, 1955, S. 758–768. Zur ins Auge gefassten Revision vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 149, dodis.ch/31201; DDS, Bd. 24, Dok. 168, dodis.ch/32872; DDS, Bd. 25, Dok. 100, dodis.ch/35581 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 186, dodis.ch/39242.

23. Vgl. dazu das Protokoll von H. Wolf und G. Danielson vom 17. Juni 1976, dodis.ch/53906. Zum weiteren Verlauf vgl. das BR-Prot. Nr. 1940 vom 23. November 1977, dodis.ch/51014 sowie das Telegramm Nr. 64 von M. Jaccard an die schweizerische Botschaft in Stockholm vom 2. November 1978, dodis.ch/51015.

24. Notiz von M. Leippert vom 11. April 1977, Doss. wie Anm. 1.

25. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 160, dodis.ch/31211; DDS, Bd. 24, Dok. 167, dodis.ch/32962; DDS, Bd. 25, Dok. 29, dodis.ch/35592; DDS, Bd. 26, Dok. 16, dodis.ch/39765; das BR-Prot. Nr. 318 vom 18. Februar 1976, dodis.ch/50988; das Schreiben von C. Grossenbacher an C.-G. Stähl vom 22. Juni 1976, dodis.ch/51000; die Notiz von R. Gnägi an den Bundesrat vom 15. März 1977, dodis.ch/51003; das Schreiben des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller an den Vorort vom 12. August 1977, dodis.ch/50969; das BR-Prot. Nr. 191 vom 8. Februar 1978, dodis.ch/51005 sowie das Schreiben von I. Gendre an A. Kaech vom 6. Juli 1978, dodis.ch/51007.

26. BR-Prot. Nr. 1134 vom 13. Juni 1966, dodis.ch/31208.

27. Notiz von B. Dumont vom 1. April 1977, Doss. wie Anm. 1. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 86, dodis.ch/49336, Punkt 4.

28. Notiz von R. Högger vom 7. Januar 1977, Doss. wie Anm. 1.

Interne Notiz des Amts für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern¹

MITWIRKUNG DER SCHWEIZ AN DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DER WISSENSCHAFTLICHEN UND TECHNISCHEN FORSCHUNG

[Bern,] 18. April 1977

Die von den eidgenössischen Räten dem Bundesrat am 28. April 1972² erteilte Ermächtigung, im Rahmen der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) Vereinbarungen mit anderen europäischen Staaten und den Europäischen Gemeinschaften abzuschliessen, läuft am 14. September 1977 aus.

Damit schweizerische Forschungsstellen weiterhin die Möglichkeit haben, sich an COST-Vorhaben zu beteiligen, haben das EVD und das EDI eine demnächst vom Bundesrat zu verabschiedende Botschaft³ vorbereitet, in welcher um eine neuerliche, auf fünf Jahre befristete Ermächtigung zum Abschluss von Vereinbarungen im Rahmen der COST nachgesucht wird.

Die COST⁴ (von *Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique*) geht auf eine Initiative der Europäischen Gemeinschaften zurück und bildet einen losen Rahmen, in welchem sich die Mitgliedstaaten der EWG sowie Finnland, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien und die Türkei unter Beteiligung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu einer pragmatischen Forschungskooperation zusammengeschlossen haben.

Das Ziel der COST ist eine möglichst anwendungsnahe Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen und technologischen Forschung unter den beteiligten Partnern, durch welche die Leistungen öffentlicher Dienste verbessert und die industrielle Zusammenarbeit gefördert werden sollte.

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E7113A#1989/193#434* (777.741.04). Verfasst von P. Flubacher. Überreicht von R. Imholz an M. von Walterskirchen am 18. April 1977 via Übermittlungszettel: Informationsblatt, das wir für den Wissenschaftsrat machten.

2. Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung vom 28. April 1972, BBl, 1972, I, S. 1155 f.

3. 2. Botschaft über die Mitwirkung der Schweiz an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung vom 11. Mai 1977, dodis.ch/52086. Vgl. dazu ferner das BR-Prot. Nr. 795 vom 11. Mai 1977, dodis.ch/50082.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 29, dodis.ch/39408; das BR-Prot. Nr. 22 vom 9. Januar 1976, dodis.ch/50075; die Notiz von P. R. Jolles und U. Hochstrasser vom 4. März 1976, dodis.ch/50080; die Notiz von M. von Walterskirchen an das Amt für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern vom 7. September 1976, dodis.ch/50242; das Schreiben von F. Blankart an C. Cailat vom 14. Februar 1977, dodis.ch/50081; den Bericht von M. von Walterskirchen vom September 1977, dodis.ch/50084 sowie die Notiz von P. Flubacher vom 30. August 1978, dodis.ch/50083.

Bei der Kooperation unter den 20 COST-Partnern besteht vollständige Wahlfreiheit in bezug auf die Beteiligung an einzelnen Forschungsaktionen. Ein weiteres wichtiges Merkmal ist die Realisation als konzentrierte Aktion. Bei dieser arbeitsteiligen Vorgehensweise erbringt jeder an der Aktion beteiligte Partner gemäss einem gemeinsam aufgestellten Programm gewisse Forschungsleistungen, die er selbst finanziert. Das Problem des gerechten Rückflusses der finanziellen Beiträge zu den Vereinbarungspartnern besteht nicht, weil keine Mittel aus einem gemeinsamen Fonds verteilt werden.

An den Arbeiten der COST hat die Schweiz von Anfang an mitgewirkt und ist an den folgenden 10 der bis heute beschlossenen 14 Forschungsaktionen beteiligt⁵:

- Aktion 11 «Aufbau eines europäischen Informatiknetzes»
- Aktion 25/2 «Antennen mit kleinen hauptkeulennahen Nebenmaxima und möglichst hohem G/T-Verhältnis»
- Aktion 25/4 «Einfluss der Niederschläge auf die Ausbreitung von Wellen über 10 Giga-Hertz»
- Aktion 30 «Elektronische Hilfen für den Verkehr auf Fernverkehrsstrassen»
- Aktion 33 «Perspektivstudien über den Reiseverkehr zwischen europäischen Zentren»
- Aktion 50 «Werkstoffe für Gasturbinen»
- Aktion 56 «Werkstoffe für supraleitende elektrische Maschinen»
- Aktion 64b «Analyse der organischen Mikroverunreinigungen des Wassers»
- Aktion 68 «Behandlung von Klärschlamm»
- Aktion 70 «Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage»

Die Gesamtaufwendungen beliefen sich von 1971–1976 auf 6,9 Mio. Franken.

Zur Zeit werden mehrere neue COST-Vereinbarungen vorbereitet, wobei schweizerischerseits eine Beteiligung bei der Aktion «Übertragungssysteme mit lichtleitenden Fasern», der Aktion «Lebensmitteltechnologie» und mehreren Aktionen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Forschung erwogen wird.

Die COST hat sich nicht nur aus forschungspolitischer Sicht – arbeitsteilige internationale Kooperation auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Forschung – als interessant erwiesen, sondern sie kann darüber hinaus aus integrationspolitischer Sicht als ein Beispiel für die Entwicklungsfähigkeit der Beziehungen der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften⁶ angesehen werden.

5. Vgl. dazu die Notiz des Integrationsbüros vom 1976, dodis.ch/50079; die Notiz von F. Blankart und N. Roulet vom 26. September 1977, dodis.ch/50076 sowie den Bericht von M. von Walterskirchen vom September 1977, dodis.ch/50084, Punkt 6. Für weitere COST-Projekte vgl. die Notiz von F. Blankart und P. Flubacher vom 10. Juli 1978, dodis.ch/50078.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

*Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen
Departements, A. Hegner¹*

TREFFEN MIT PRÄSIDENT CARTER IN GENÈVE AM 9. MAI 1977². KURZNOTIZEN ÜBER
EINIGE ASPEKTE DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN SCHWEIZ–USA³

Bern, 3. Mai 1977

1. Nuklearpolitik

1.1. Die Schweiz ist im Nuklearsektor extrem von den USA abhängig a) für Uranlieferungen an sich und b) für Leistungen von Anreicherungsdiensten⁴. Das *Kooperationsabkommen*⁵ mit den USA, letztlich 1974⁶ ergänzt, bildet die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA auf diesem Sektor. Von einer guten Zusammenarbeit hängt der Betrieb unserer Kernreaktoren direkt ab; andernfalls müssten wir sie stilllegen. Die Schweiz hat sich – nicht zuletzt im Sinne der damaligen amerikanischen Nuklearpolitik – recht stark auf Kernenergie engagiert. Nach den kürzlich Erklärungen Präsident Carters über die «Nonproliferation» sind wir im Ungewissen und beunruhigt, wie es weiter gehen soll.

1.2. Der *Atomsperrvertrag*⁷ vom 1. Juli 1968 wurde durch die Schweiz am 27. November 1969 unterzeichnet⁸ und am 9. März 1977 ratifiziert⁹. Die Schweiz ist bereit, an allen zweckmässigen, sinnvollen und gerechten Massnahmen zur Verhinderung der Proliferation von Kernmaterial teilzunehmen. Das heisst, die durch den Vertrag geschaffene militärische Diskriminierung

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#957* (B.75.21.(12)). Verfasst von P. Troendle.

2. Vgl. dazu das Schreiben von J. Carter an K. Furgler vom 10. Mai 1977, dodis.ch/49844. Das Treffen fand im Rahmen des Treffens von J. Carter mit H. Assad statt. Zur dessen Vorbereitung vgl. die Notiz von A. Hegner vom 29. März 1977, dodis.ch/49841; das Telegramm Nr. 283 vom 8. April 1977, dodis.ch/49842 sowie die Notiz von A. Hegner vom 20. April 1977, dodis.ch/49843.

3. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 112, dodis.ch/49604; die Notiz der Politischen Direktion des Politischen Departements vom 30. März 1976, dodis.ch/49793 sowie das Schreiben von R. Probst an A. Hegner vom 21. Dezember 1977, dodis.ch/49794.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 93, dodis.ch/49322.

5. Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie vom 30. Dezember 1965, AS, 1966, S. 1267–1280. Vgl. dazu das BR-Prot Nr. 1923 vom 5. November 1965, dodis.ch/31235 sowie das BR-Prot. Nr. 40 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31965.

6. Zusatzabkommen zum Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie vom 29. Januar 1974, AS, 1974, S. 1003–1007. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1594 vom 26. September 1977, dodis.ch/50821.

7. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968, AS, 1977, S. 472–482.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 155, dodis.ch/33145; den Bericht von H. von Arx vom 7. März 1969, dodis.ch/51205 sowie den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe vom 8. Oktober 1969, dodis.ch/51486.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 36, dodis.ch/50138, Anm. 13.

(Staaten mit und solche ohne Kernwaffen) akzeptieren wir nolens volens, sind indessen der Meinung, dass eine weitere Diskriminierung im zivilen Bereich verhindert werden sollte (Staaten mit und solche ohne Anreicherungs- bzw. Wiederaufbereitungsmöglichkeit).

1.3. Die Schweiz ist durch Bundesratsbeschluss vom 20. April 1977¹⁰ dem *Londoner Klub* beigetreten. Unsere Zusammenarbeit sehen wir unter den gleichen Voraussetzungen wie unter 1.2. zusammengefasst.

2. Die Schweiz vertritt die *amerikanischen Interessen in Kuba* seit dem 6. Januar 1961¹¹ mit diplomatischem wie konsularischem Mandat. (In Havanna werden übrigens auch die Interessen von Guatemala, Honduras, Brasilien und Ecuador durch unsere Botschaft wahrgenommen¹²). Gemäss T[elegramm] aus Washington vom 29. April 1977¹³ bat Staatssekretär Vance an einem Empfang Botschafter R. Probst uns und «der schweizerischen Regierung den verbindlichen Dank des State Departments für die schweizerische Wahrung der amerikanischen Interessen in Kuba auszusprechen. In den soeben erfolgreich beendeten amerikansch-kubanischen Fischereiverhandlungen¹⁴ sei Effizienz und Zuverlässigkeit der schweizerischen Übermittlungs- und Verbindungsfunktion ... besonders geschätzt worden.». Anlässlich der Verhandlungen in Havanna ist auch die Frage der gegenseitigen Einrichtung von «Konsularsektionen»¹⁵ gestreift worden. (Die US Botschaft in Kuba wurde 1964 mit Spezialdekret nationalisiert¹⁶.)

3. Die Schweiz ist an einem *bilateralen Kontakt und Dialog* auf Beamtenebene weiterhin sehr interessiert. So besuchte Botschafter A. Weitnauer vom 15.–30. September 1976 Washington und New York¹⁷; anlässlich des Gedankenaustausches mit seinen Gesprächspartnern wurde vereinbart, solche Kontakte mindestens ein Mal pro Jahr zu pflegen. Der vorgesehene Berner Aufenthalt von Assistenz-Sekretär A. Hartman konnte aus Terminschwierigkeiten nicht stattfinden; wir begrüßen indessen weiterhin einen bilateralen Dialog. Ende Oktober dieses Jahres ist eine weitere Reise des Generalsekretärs¹⁸ in die USA geplant.

10. BR-Prot. Nr. 637 vom 20. April 1977, [dodis.ch/51155](https://www.dodis.ch/51155) sowie *Kommuniqué des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements vom 20. April 1977*, [dodis.ch/51993](https://www.dodis.ch/51993). Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 36, [dodis.ch/50138](https://www.dodis.ch/50138); das Telegramm Nr. 36 von F. Dubois an die schweizerische Botschaft in Stockholm vom 21. April 1977, [dodis.ch/51162](https://www.dodis.ch/51162) sowie den Bericht von H. von Arx vom 5. Mai 1977, [dodis.ch/51183](https://www.dodis.ch/51183).

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 116, [dodis.ch/15005](https://www.dodis.ch/15005).

12. Vgl. dazu die Notiz von H. Vogt vom 4. Februar 1977, [dodis.ch/52170](https://www.dodis.ch/52170).

13. Telegramm von R. Probst an P. Graber vom 29. April 1977, [dodis.ch/52181](https://www.dodis.ch/52181).

14. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 3 von E. Serra vom 5. Mai 1977, [dodis.ch/49632](https://www.dodis.ch/49632).

15. Errichtet wurden sog. «foreign interest sections». Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 67, [dodis.ch/49371](https://www.dodis.ch/49371).

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 2, [dodis.ch/30978](https://www.dodis.ch/30978).

17. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 313 von A. Weitnauer an F. de Ziegler vom 16. September 1976, [dodis.ch/49812](https://www.dodis.ch/49812); das Schreiben von A. Weitnauer an P. Graber vom 24. September 1976, [dodis.ch/49813](https://www.dodis.ch/49813); das Telegramm Nr. 1105 von S. Marcuard an die Politische Direktion und die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 29. September 1976, [dodis.ch/49815](https://www.dodis.ch/49815) sowie die Notiz von A. Weitnauer vom Oktober 1976, [dodis.ch/49911](https://www.dodis.ch/49911).

18. A. Weitnauer. Zu seinem Besuch in Washington vom 25.–27. Oktober 1977 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 91, [dodis.ch/49330](https://www.dodis.ch/49330) sowie Dok. 93, [dodis.ch/49322](https://www.dodis.ch/49322).

4. Im Zuge der Beschaffung des Kampfflugzeuges Tiger F-5E durch die Schweiz, wurde am 9. Juli 1975 eine amerikanisch-schweizerische Vereinbarung über Gegenschäfte («*Memorandum of Understanding*»¹⁹) unterzeichnet. Die für acht Jahre abgeschlossene Vereinbarung sieht vor, dass der nun für die Flugzeuge bezahlte Kaufpreis (ca. 1,3 Milliarden Franken) in grösstmöglichstem Ausmass, mindestens aber zu 30 % durch Aufträge an die Schweizer Industrie zu kompensieren ist. Nach harzigem Beginn und etlichen Rückschlägen²⁰, insbesondere für BBC («*clinch river project*») konnten per 31. März 1977 Aufträge für ca. 30 Millionen Franken registriert werden. Davon profitieren über 50 Firmen. Bis 1983 sollen im Rahmen der Vereinbarung indessen ca. total 350 Millionen Franken durch Lieferungen von Schweizer Unternehmen kompensiert werden²¹.

Die Unzufriedenheit unserer Exportindustrie ist beispielsweise auch in der Interpellation Nr. 46'493 vom 14. Dezember 1976 von Herrn Nationalrat Riesen betreffend «Flugzeugbeschaffung – Kompensationsgeschäfte»²² zum Ausdruck gekommen.

5. Der Staatsvertrag über *gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen* zwischen der Schweiz und den USA ist am 27. Januar 1977 in Kraft getreten²³. Seither gelangte der Vertrag bereits zweimal (ein amerikanisches und ein schweizerisches Begehren) zur vollen Zufriedenheit der Parteien zur Anwendung. Dies ist umso erfreulicher, als die schweizerische Gesetzgebung generell eine Mithilfe z. B. bei Ermittlungen über Steuer- oder Finanzdelikten nicht zulässt, wir indessen amerikanischerseits in diesen Belangen erheblichem Druck ausgesetzt sind («Börsenaufsichtskommission gegen Bankgeheimnis»)²⁴.

19. Memorandum of understanding between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the United States concerning the F-5 program vom 2. und 9. Juli 1975, dodis.ch/50170. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317, Anm. 2.

20. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 23, dodis.ch/49317; Dok. 41, dodis.ch/49316; sowie Dok. 72, dodis.ch/49315.

21. Vgl. dazu die Notiz von R. Huber vom 22. Juni 1978, dodis.ch/50717.

22. Für die Interpellation Riesen und deren Behandlung im Parlament vgl. das NR-Prot. vom 5. Mai 1977, dodis.ch/53286.

23. Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 25. Mai 1973, AS, 1977, S. 42–84. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 109, dodis.ch/38960, bes. Anm. 2; das BR-Prot. Nr. 1018 vom 20. Juni 1977, dodis.ch/50805 sowie das Schreiben von P. Schmid an R. Probst vom 21. Juni 1977, dodis.ch/50806.

24. Vgl. dazu die Notiz von M. Krafft vom 4. Mai 1977, dodis.ch/50808 sowie den Bericht von A. Thalmann vom Juli 1977, dodis.ch/49864.

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

BILATERALE BEZIEHUNGEN SCHWEIZ–BULGARIEN

Bern, 4. Mai 1977

Die beiliegende Dokumentation² orientiert Sie über Bulgarien im allgemeinen sowie über die schweizerisch-bulgarischen Beziehungen im besonderen (pp. 23–30, inkl. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen). Die Broschüre wurde vom Dokumentationsdienst der Bundesversammlung im Einvernehmen mit der Politischen Abteilung I und der Handelsabteilung im Hinblick auf den gegenwärtig stattfindenden bulgarischen Parlamentarierbesuch³ verfasst.

Was die *offiziellen Beziehungen* anbelangt, sei in Erinnerung gerufen, dass Aussenminister Mladenov Sie mit Schreiben vom 6.12.1976⁴ zu einem Besuch in die Volksrepublik Bulgarien eingeladen hat (Ihre Antwort⁵: die Reise kann aus terminlichen Gründen dieses Jahr nicht stattfinden; dafür werde sich Botschafter Weitnauer anfangs Juli 1977 nach Sofia begeben⁶). Im vergangenen November weilte der Unterzeichnete zu Gesprächen (v. a. KSZE) in Bulgarien⁷. Ergänzend sei beigefügt, dass die bulgarische Seite seit längerer Zeit regelmässig auf die Erwidern des Besuchs des bulgarischen Verkehrs- und Transportministers⁸ in der Schweiz (1973) durch den Vorsteher des EVED⁹ drängt, wobei zur Antwort gegeben wird, dass gegenwärtig kaum offene Fragen bestehen, die einen Besuch auf Ministerebene rechtfertigten.

Im letzten Herbst fand eine «bulgarische Wirtschaftswoche in der Schweiz» statt, welche mit der zweiten Zusammenkunft der Gemischten Kommission sowie mit dem Besuch von Vizeministerpräsident A. Lukanov verbunden

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2331* (B.15.21). Verfasst von K. O. Wyss und unterzeichnet von A. Hegner im Hinblick auf den Höflichkeitsbesuch der bulgarischen Parlamentarierdelegation.

2. Vgl. die Publikation des Dokumentationsdiensts der Bundesversammlung vom 19. April 1977, Doss wie Anm. 1.

3. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 722 vom 2. Mai 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#843* sowie Doss. CH-BAR#E2004B#1990/219#29* (a.124.31). Für den vorangehenden Besuch einer schweizerischen Parlamentarierdelegation in Bulgarien vgl. den Bericht von W. Hofer vom 29. Juni 1976, dodis.ch/52860.

4. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

5. Schreiben von P. Graber an P. Mladenow vom 7. Februar 1977, CH-BAR#E2200.173-05#1993/379#14* (101.0).

6. Zum Besuch von A. Weitnauer in Sofia vom 5.–8. Juli 1977 vgl. die Notiz von A. Weitnauer vom 19. Juli 1977, dodis.ch/48193.

7. Vgl. dazu das Kreisschreiben von A. Hegner vom 6. Dezember 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#900* (B.72.09.15.1).

8. G. Stoitschkow. Zu seinem Besuch vgl. die Aufzeichnung von G. F. Pedotti vom 19. September 1973, dodis.ch/38777.

9. W. Ritschard.

war. Herr Lukanov wurde vom Bundespräsidenten¹⁰ sowie von Bundesrat Brugger empfangen¹¹.

Der hiesige bulgarische Botschafter hat im Dezember 1976¹² beim Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern einen Vorstoss betreffend *Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Gesundheit, der Kultur, der Wissenschaft und Forschung gemacht*. Nach Rücksprache mit unserem Departement¹³ war man schweizerischerseits in der Antwort¹⁴ bemüht, den bulgarischen Wünschen nicht mit schroffer Ablehnung zu begegnen, ohne allerdings auf die konkreten Anliegen eintreten zu können (begrenzte Kompetenzen des Bundes auf diesem Gebiet; hingegen Möglichkeit eines Briefwechsels zwischen dem Amt für Wissenschaft und Forschung und bulgarischen wissenschaftlichen Institutionen¹⁵, wie das mit anderen ost-europäischen Staaten bereits vereinbart wurde¹⁶). Wie die Erfahrung zeigt, braucht ein fehlendes Abkommen aus unserer Sicht einem Kulturaustausch nicht im Wege zu stehen¹⁷. So wurden im Januar/Februar 1977 bulgarische Filmwochen in der ganzen Schweiz veranstaltet. Im Austausch dazu beabsichtigt die Stiftung Pro Helvetia, 1978 oder 1979 in Bulgarien eine schweizerische Filmwoche durchzuführen¹⁸.

Gestützt auf das schweizerisch-bulgarische *Luftverkehrsabkommen* von 1967¹⁹ hat bisher einzig die staatliche bulgarische Luftfahrtunternehmung Balkan-Air den flugplanmässigen Linienverkehr zwischen Sofia und Zürich unterhalten. Seit 1.4.1977 übt die *Swissair* das *Gegenrecht* aus. Die Bedeutung dieser neuen Swissair-Luftlinie liegt neben einer verbesserten direkten Verkehrsverbindung zwischen den beiden Städten u. a. in einer Verbesserung des Anschlussangebotes nach Bulgarien im Rahmen des internationalen und interkontinentalen Flugverkehrs, in welchem dem Flughafen Kloten die Funktion einer bedeutenden Drehscheibe zufällt.

Im übrigen sind keine speziellen Fragen von grosser Bedeutung zwischen der Schweiz und Bulgarien hängig. Die sich ergebenden Schwierigkeiten sind systembedingt und tragen keine Spitze gegen die Schweiz:

10. R. Gnägi.

11. Vgl. dazu das Schreiben von C. Sommaruga an W. Imholz vom 2. November 1976, dodis.ch/48185 sowie Doss. CH-BAR#E7001C#1987/101#7* (004.7). Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Bulgarien vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 28, dodis.ch/48396; den Bericht von C. Sommaruga vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/48652 sowie den Bericht von L. Roches vom 8. November 1978, dodis.ch/48653.

12. Schreiben von St. Georgiew an H. Hürlimann vom 4. Dezember 1976, CH-BAR#E3001C#1984/187#44* (0.01).

13. Schreiben von A. Weimauer an E. Marthaler vom 18. Januar 1977, *ibid.*

14. Schreiben von H. Hürlimann an St. Georgiew vom 4. März 1977, *ibid.*

15. Zur Zusammenarbeit mit Bulgarien im wissenschaftlichen Bereich vgl. Doss. CH-BAR#E3370B#1991/3#357* (10.70.050.i).

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 68, dodis.ch/49412.

17. Zur Frage der Kulturabkommen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 130, dodis.ch/48765.

18. Zur Zusammenarbeit im kulturellen Bereich vgl. Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#890* (o.301.A-V) Bd. 381.

19. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik Bulgarien über den regelmässigen Luftverkehr vom 19. Dezember 1967, AS, 1969, S. 693–704.

1. Wir haben erst seit kurzem Kenntnis von einer Handvoll hängiger Familienzusammenführungsfällen²⁰ mit Bulgarien. Nach erfolgter Demarche unserer Botschaft in Sofia konnte teilweise nach kurzer Zeit eine positive Erledigung erzielt werden, indem die in Bulgarien zurückgebliebenen Familienmitglieder die Ausreiseerlaubnis erhielten.

In einem seit längerer Zeit hängigen schweizerisch-bulgarischen Heiratsfall wurde ebenfalls kürzlich seitens der bulgarischen Behörden die Heirats-erlaubnis erteilt.

Es kann sein, dass zwischen dieser relativ günstigen Entwicklung auf humanitärem Gebiet und dem Parlamentarierbesuch in der Schweiz ein direkter Zusammenhang besteht. Ein hiesiger bulgarischer Botschaftsangehöriger hat sich unlängst jedenfalls dahin geäußert, dass im Hinblick auf den Besuch der Parlamentarier bulgarischerseits pendente Heirats- und Familienzusammenführungsfälle gelöst werden könnten. Die Bulgaren sind anscheinend diesbezüglich auf ein gutes Image bedacht ...

2. Es gibt vereinzelte bulgarische Flüchtlinge in der Schweiz, die mittels Mini-Demonstrationen vor der hiesigen Botschaft Bulgariens ihrem Unwillen über das in diesem Land herrschende System Luft machen. Die Vertretung hat die Tendenz, solche Vorfälle aufzubauchen. Es wurden jedoch seitens der Polizeibehörden geeignete Massnahmen ergriffen, um solche Vorkommnisse in Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern²¹.

20. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2352* (B.35.51.2).

21. Vgl. dazu die Notiz von K. O. Wyss vom 7. Dezember 1976, dodis.ch/49024, Punkt 3. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. die Note der bulgarischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 7. Mai 1977, dodis.ch/52861 sowie die Notiz von K. O. Wyss vom 9. Mai 1977, dodis.ch/48655. Für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen vgl. die Notiz von K. O. Wyss vom 10. Februar 1978, dodis.ch/48654.

60

dodis.ch/49307

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. Bettschart¹

BESPRECHUNG ZWISCHEN DEN HERREN DR. K. SHABAHANG, BOTSCHAFTER
JOLLES UND BETTSCHART AM MONTAG, DEN 2. MAI 1977 AUF DER
HANDELSABTEILUNG IN BERN

Streng vertraulich

Bern, 6. Mai 1977

I. Dr. Shabahang berichtet über seinen letzten Besuch beim Schah in Teheran, der den verschiedenen Projekten nach wie vor sehr wohlwollend gegenübersteht und seine Unterstützung in Aussicht stellt, mit der Auflage, dass die Realisierung der Projekte in jeder Beziehung gesichert sein müsse².

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E7001C#1987/102#552* (2310.1).

2. Vgl. das Schreiben von P. Wipfli an P. R. Jolles vom 7. November 1976, dodis.ch/52831. Zu den

1. Es handelt sich um folgende Projekte:

1. *BBC*: Kraftwerk Teheran-Süd
2. *Sulzer*: Ministahlwerk; Werk für Ferrolegierungen; kleines Elektrizitätswerk, Weberei
3. *Motor-Columbus*: Ingenieurberatung für verschiedene Landwirtschaftsprojekte (Produktion bis und mit Verwertung landwirtschaftlicher Produkte)

Motor-Columbus muss eine Empfehlung der Weltbank beibringen, was aber kein Problem ist. Die Firma beabsichtigt, auch in Teheran ein Büro zu eröffnen.

Eine noch offene Frage ist das Prinzip der Trennung von beratendem Ingenieur und ausführenden Gesellschaften.

4. *Emser-Werke*: Industrieller Grosskomplex
5. *Rieter/Sulzer*: Spinnerei
6. *Ausuisse*: Aluminiumherstellung vom Bauxit bis zur Verarbeitung des Metalles.

Alle Projekte sollen teils schlüsselfertig, teils *produit en main* ausgeführt werden. Teils liegen sie ausserhalb des 5-Jahresplanes, teils werden sie zeitlich vorgezogen.

Sie repräsentieren einen Wert von 2 Mrd \$ (= SFr. 5 Mrd) und sollen innerhalb von vier Jahren realisiert werden³.

Für die Schweizer Exportwirtschaft⁴ inkl. Ingenieurleistungen sollen voraussichtlich 3,5 Mrd Franken anfallen. (Shabahang rechnet mit 3 Mrd Franken Warenexport und 1 Mrd Franken Einnahmen im Iran für Ingenieurleistungen, wovon etwa 0,5 Mrd an lokale Arbeitskräfte bezahlt werden und 0,5 Mio. in die Schweiz fliessen = 3,5 Mrd Franken.)

2. Die Finanzierung soll entgegen der Mitteilung bei der letzten Besprechung⁵ nicht zu 50%, sondern zu 100% in Öl erfolgen. Bei nur 50%-iger Ölkompensation müsste eine Milliarde Dollar von den Lieferländern finanziert werden, was Shabahang in der heutigen Lage nicht machbar scheint.

Die ganze Ölkompensation wird durch Herrn Viktor Oswald organisiert und soll problemlos sein. Vorgesehen sind 90% für die USA und 10% für Spanien, das als Unterlieferant auftreten wird.

Eine *Inanspruchnahme der ERG* würde sich bei 100% Ölkompensation erübrigen. Herr Botschafter Jolles weist darauf hin, dass die Garantierung des gesamten Projektes durch die ERG angesichts der bereits sehr hohen

Beziehungen mit dem Iran vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 35, dodis.ch/48290.

3. Zu den politischen Entwicklungen im Iran vgl. den Politischen Bericht Nr. 27 von P. Wipfli vom 12. November 1978, dodis.ch/49778; die Notiz von A. Rüegg vom 8. Dezember 1978, dodis.ch/49782; das Telegramm Nr. 558 von E.-R. Lang an J. Iselin vom 31. Dezember 1978, dodis.ch/49779 sowie das Telegramm Nr. 564 von E.-R. Lang an P. R. Jolles vom 31. Dezember 1978, dodis.ch/49824.

4. Zu den schweizerischen Exporten nach Iran vgl. auch das Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an P. R. Jolles vom 30. Mai 1976, dodis.ch/49821 sowie das BR-Prot. Nr. 2013 vom 27. November 1978, dodis.ch/49868.

5. Vgl. dazu die Notiz von P. Bettschart vom 30. März 1977, Doss. wie Anm. 1.

Verpflichtungen von rund 15,5 Mrd durch den Bundesrat nicht genehmigt würde. Kleinere Beträge hingegen hätten, sofern sie massvoll sind, Chancen auf Genehmigung.

Das weitere Vorgehen sieht Herr Shabahang wie folgt:

3. Bis ca. 13. Mai 1977 wird durch die erwähnten Firmen zuhanden des Schahs ein *Memorandum mit Richtofferten und einem Rahmenvertrag* ausgearbeitet, in der Hoffnung, dass diese die Zustimmung des Schahs finden (eine Detailsausarbeitung erfolgt später, wenn Realisierung der Projekte in Aussicht).

Der Rahmenvertrag ist privatwirtschaftlicher Natur und wird nach iranischem privatem Vertragsrecht zwischen den schweizerischen und iranischen Firmen, die ihrerseits meist als Aktiengesellschaften firmieren (also dem privaten Gesellschaftsrecht unterstehen), aber zu 100% im Besitze des iranischen Staates sind, abgeschlossen.

Sobald diese Rahmenverträge unterzeichnet und die Offerten genehmigt sind, würde als zweite Etappe

4. die Gemischte Kommission unter Leitung von Herrn Bundesrat Brugger und iranischerseits von Wirtschaftsminister Ansari tagen.

Es sollte ein Weg für die *offizielle Unterstützung* der genannten Projekte durch Herrn Bundesrat Brugger gefunden werden.

Es wird auch ein *schweizerischer Bankenvertreter*, der das Vertrauen der Grossbanken genießt, dabei sein⁶. Man hat dieses Problem bereits mit dem ehemaligen Präsidenten der SBG, Herrn Dr. Schäfer, besprochen. Der Vertrauensmann der Banken wird voraussichtlich Dr. Stopper sein⁷.

5. Herr Shabahang berichtet, dass er bei seinem letzten Besuch in Teheran Herrn Botschafter Wetterwald über den Stand der Dinge informierte. Letzterem wurde kürzlich bei einem Empfang vom Schah bedeutet, dass er bald den Besuch von Herrn Bundesrat Brugger, resp. der Gemischten Kommission erwarte.

II. Herr Botschafter Jolles nimmt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Shabahang wie folgt Stellung und legt das weitere Vorgehen fest:

1. Der Rahmenvertrag und die Richtofferten (Memorandum) sind ein Paket, das *nur durch die Privatwirtschaft abgeschlossen* werden kann, wobei weder die Handelsabteilung noch Herr Bundesrat Brugger sich in die Verhandlungen einschalten können, obwohl die Schweiz an der Realisierung der genannten Projekte an sich ein grosses Interesse hat.
2. Die vorgesehene *Ölkompensation* steht nicht in Übereinstimmung mit unseren handelspolitischen Grundregeln und dem freien Zahlungsverkehr. Wir können sie nicht offiziell gutheissen, werden dagegen aber nicht opponieren, solange die schweizerische Industrie sich dazu bereitfindet.

6. Zur Intervention des Schweizerischen Bankvereins zugunsten der Eröffnung einer Vertretung der Bank Sanaye in Genf vgl. das Schreiben von W. Frey und D. Urech an die Schweizerische Kreditanstalt vom 1. September 1977, dodis.ch/49826.

7. Zur Mission von E. Stopper nach Teheran im März 1977 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 35, dodis.ch/48290, Anm. 18.

3. Der *schweizerische Staat, d. h. Herr Bundesrat Brugger kann sich also erst nach den genannten Vertragsabschlüssen einschalten*, wobei die mündliche offizielle Bestätigung des grossen Interesses der Schweiz an der Realisierung der erwähnten Projekte bei einer Privataudienz beim Schah selbstverständlich problemlos ist. Herr Bundesrat Brugger wird auch bestätigen können, dass die genannten Firmen von erster Qualität und bestens reputiert sind. Im weitem wird er auch den Willen der Schweiz zur Zusammenarbeit und Mithilfe bei der Realisierung der iranischen Wirtschaftspläne bestätigen.

Eine *formelle Unterstützung* wird am besten im *Protokoll der Gemischen Kommission*⁸ (ähnlich wie dies auch mit andern Ländern der Fall war) in einer allgemein gehaltenen, unverbindlichen Form erfolgen.

Auf die *Finanzierung durch Ölkompensation sollte nicht* hingewiesen werden, sondern – wenn überhaupt notwendig – lediglich festgehalten werden, dass die Finanzierung Sache der Vertragsparteien sei.

Das GK-Protokoll würde durch die Herren Bundesrat Brugger und Wirtschaftsminister Ansari unterzeichnet.

4. Bezüglich des *Timings steht die Schweiz unter Zugzwang*. Nachdem der Schah erneut seine Bereitschaft, Herrn Bundesrat Brugger zu empfangen, bestätigt hat, kann mit einer positiven Reaktion nicht länger zugewartet werden. Die Reise von Herrn Brugger nach Teheran, die der schweizerischen Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden kann, muss jedoch mit dem seit langem erwarteten ersten Zusammentreten der Gemischen Kommission verbunden werden. Dieses kann nicht länger einzig von dem offenbar immer noch ungewissen Abschluss der Vorbereitungsphase für die erwähnten Grossprojekte abhängig gemacht werden.

Infolge terminlicher Inanspruchnahme (Nord-Süd Paris⁹, Parlamentssession, Volksabstimmung über Steuerpaket, Ministerkonferenz OECD, Besuch des französischen Aussenhandelsministers Rossi in der Schweiz¹⁰ sowie des eventuellen Besuches des italienischen Handelsministers Ossola anfangs Juli in Bern¹¹) kommt für Herrn Bundesrat Brugger erst anfangs oder Mitte Juli für einen Besuch in Teheran in Frage.

Damit bleibt für Herrn Shabahang und die in die Projekte involvierten Firmen genügend Zeit für eine seriöse Vorbereitung.

5. Wir werden Herrn *Botschafter Wetterwald ersuchen*,
 a) beim Schah zu sondieren, ob der geplante Besuch von Herrn Bundesrat Brugger Mitte Juli möglich ist, und wenn ja,
 b) mit Wirtschaftsminister Ansari den entsprechenden Termin für die erste Sitzung der Gemischen Kommission festzulegen¹².

8. Protocol of the First Session of the Swiss-Iranian Joint Ministerial Commission for Economic Cooperation vom 13. Juli 1977, dodis.ch/54254.

9. Zum Abschluss der KIWZ am 3. Juni 1977 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.

10. Vgl. dazu die Notiz von E. Moser an P. R. Jolles vom 31. Mai 1977, dodis.ch/50228 sowie die Notiz von P. R. Jolles an F. Honegger vom 21. Februar 1978, dodis.ch/50233.

11. Der Besuch fand am 17. und 18. Oktober 1977 statt. Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 24. Oktober 1977, dodis.ch/51551.

12. Zur ersten Tagung der schweizerisch-iranischen Gemischen Regierungskommission für wirt-

III.

1. Herr Shabahang ist mit diesem Szenario einverstanden. Die von uns in Aussicht genommenen Termine sollten es der von ihm vertretenen Schweizer Gruppe durchaus ermöglichen, die entsprechenden Projektvorschläge spruchreif zu machen, so dass der Besuch von Herrn Brugger beim Schah zur offiziellen Besiegelung dieser Aufträge dienen könnte.
2. Herr Shabahang wird Mitte Mai wieder in Teheran sein und Herrn Botschafter Wetterwald besuchen, welcher sowohl durch ihn wie durch die Handelsabteilung über alle weiteren Vorgänge informiert wird.
3. Herr Shabahang wird das unter I.3. erwähnte Memorandum (Rahmenvertrag und Richtofferte) Herrn Botschafter Jolles zur Einsichtnahme übergeben. Es erfolgt in diesem Stadium noch keine Bekanntgabe der geplanten Massnahmen, weder durch die Handelsabteilung noch durch die beteiligten Firmen.
4. Herr Shabahang besucht ab Mitte Mai den Schah, um ihn über unser Gespräch und das weitere Vorgehen zu informieren.

schaftliche Zusammenarbeit in Teheran im Juli 1977 vgl. das BR-Prot. Nr. 1319 vom 17. August 1977, dodis.ch/49411.

61

dodis.ch/48720

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber¹

NOTE SUR LA CONVENTION EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME ET LE DROIT DISCIPLINAIRE MILITAIRE (À PROPOS DU PROJET D'ARRÊTÉ FÉDÉRAL MODIFIANT D'URGENCE LE CODE PÉNAL MILITAIRE)

[Berne, 12 mai 1977]

1. Le 8 juin 1976, la Cour européenne des droits de l'homme a rendu un arrêt dans l'affaire Engel et autres, qui concernait le droit disciplinaire militaire aux Pays-Bas². Elle a admis notamment que les arrêts infligés à titre de mesure disciplinaire constituent, lorsque certaines conditions sont remplies, une privation de liberté au sens de l'article 5, paragraphe 1, de la Convention européenne des droits de l'homme et ne sont donc licites qu'après une «condamnation par un tribunal compétent» (lettre a de la disposition précitée).

1. Notice: CH-BAR#E2003A#1990/3#171* (o.121.314.1). Remise à P. Graber avec une notice rédigée par M. Krafft et signée par J. Monnier du 12 mai 1977, cf. dodis.ch/48720.

2. Arrêt de la Cour européenne des droits de l'homme du 6 juin 1976, CH-BAR#E5001G#1992/271#1222* (88.02). Sur l'arrêt et ses répercussions sur la Suisse, cf. la lettre de M. Viroit à J. Voyame du 16 janvier 1976, dodis.ch/48588 et la lettre de J. Voyame à A. Kaech du 27 février 1976, dodis.ch/48590.

En réponse aux questions ordinaires Morf et Grobet, des 11 et 23 juin 1976³, le Conseil fédéral a relevé que la Suisse avait considéré jusqu'ici que la Convention européenne des droits de l'homme ne pouvait s'appliquer intégralement au domaine militaire, notamment en ce qui concerne le droit disciplinaire. Et il ajoutait:

«L'arrêt du 8 juin ne touche directement que les Pays-Bas. C'est pourquoi il n'a pas d'effet immédiat sur le droit suisse. L'arrêt du 8 juin ne rend donc pas caduques les dispositions du droit militaire suisse relatives aux fautes de discipline. En revanche, les Parties Contractantes – dont la Suisse – sont tenues par le droit international public d'adapter les règles de leur législation nationale aux dispositions de la Convention, compte tenu de l'interprétation qu'en donnent les organes de Strasbourg. Dans notre pays, ces travaux d'harmonisation ont déjà été entrepris ...»

Le Conseil fédéral prévoyait que cette adaptation aux dispositions de la Convention se ferait dans le cadre de la révision du Code pénal militaire et de la procédure pénale militaire.

2. À la suite d'un arrêt rendu, le 12 novembre 1976⁴, par la Chambre de droit administratif du Tribunal fédéral, le Conseil fédéral a été amené à revoir sa position en ce qui concerne la procédure à suivre pour adapter le droit disciplinaire militaire aux exigences de la Convention européenne des droits de l'homme. Tenant compte, d'une part, des opinions exprimées au cours des débats oraux et publics de ladite Chambre au sujet de la portée de l'arrêt précité de la Cour européenne des droits de l'homme, et, d'autre part, de l'attitude adoptée par l'auditeur en chef de l'armée⁵, qui estimait ne plus pouvoir exercer ses fonctions en matière de recours disciplinaires, le Conseil fédéral décida, le 23 février 1977⁶, de charger le Département militaire de préparer un projet d'arrêté fédéral modifiant d'urgence le Code pénal militaire. Le message à l'appui de ce projet a été adressé le 2 mars 1977 aux Chambres fédérales⁷.

L'examen du projet d'arrêté fédéral a révélé des sentiments de malaise. Le Conseil des États, tout d'abord, n'accepta les propositions du Conseil fédéral, le 16 mars⁸, qu'avec de grandes réticences. Le Conseil national, de son côté, suivant la recommandation unanime de sa commission⁹, décida, le 3 mai¹⁰, de suspendre la discussion de ce projet jusqu'à droit connu sur la révision générale du Code pénal militaire et de la procédure pénale militaire, qui fait

3. Cf. le PVCF N° 1231 du 7 juillet 1976, dodis.ch/52630.

4. Arrêt du tribunal fédéral du 12 novembre 1976, dodis.ch/52631. Sur la suite de cette affaire, cf. aussi le PVCF N° 1122 du 5 juillet 1978, dodis.ch/48606 et le PVCF N° 57 du 17 janvier 1979, dodis.ch/48607.

5. E. Lohner. Sur ce sujet, cf. la notice de R. Gnägi au Conseil fédéral du 2 février 1977, dodis.ch/48591 et la lettre de R. Gnägi à K. Furgler du 6 février 1976, dodis.ch/48589.

6. PVCF N° 324 du 23 février 1977, dodis.ch/52629.

7. Message à l'appui d'un projet d'arrêté fédéral modifiant d'urgence le code pénal militaire du 2 mars 1977, dodis.ch/52632.

8. Cf. Bull. of. CE, 1977, pp. 74–84. Cf. aussi le procès-verbal de M. Krauer de la séance de la commission du Conseil des États du 9 mars 1977, dodis.ch/48592.

9. Cf. le procès-verbal M. Krauer de la séance de la commission du Conseil national du 18 avril 1977, dodis.ch/48593.

10. Cf. Bull. of. CN, 1977, pp. 498 s.

l'objet d'un message du Conseil fédéral en date du 7 mars 1977¹¹. Le Conseil des États, enfin, s'est rallié le 5 mai¹² à cette décision.

3. Les principales objections formulées au cours des débats peuvent être résumées de la manière suivante:

Plusieurs députés ont critiqué la procédure d'urgence proposée par le Conseil fédéral pour adapter le droit disciplinaire aux exigences de la Convention européenne des droits de l'homme. De l'avis de certains, il n'était pas admissible de devoir légiférer sous la pression d'un jugement rendu par un tribunal composé de juges représentant des conceptions juridiques contraires à nos traditions (allusion aux «juges étrangers»). D'autres membres du Parlement ont contesté l'opportunité d'examiner la question des voies de recours en matière disciplinaire avant de connaître la décision que prendront les Chambres fédérales au sujet de la position de l'auditeur en chef dans le cadre de la révision générale du Code pénal militaire et de la loi sur l'organisation judiciaire et la procédure pénale pour l'armée fédérale.

Le problème des relations entre le droit international et le droit interne a retenu l'attention d'un certain nombre de députés. Plusieurs d'entre eux ont déclaré avoir été surpris d'apprendre que la Convention européenne des droits de l'homme contient des normes immédiatement applicables («self executing»), qui l'emportent sur les dispositions de droit interne qui ne sont pas en harmonie avec elles. Ils n'avaient pas saisi la portée exacte des engagements assumés par la Suisse en ratifiant ladite Convention¹³. Le sentiment général a été qu'il fallait à l'avenir faire preuve d'une plus grande réserve en ce qui concerne l'acceptation de nouveaux traités internationaux, surtout lorsque ceux-ci exercent une influence directe sur notre législation interne. En outre la crainte a été exprimée par certains parlementaires que la procédure d'urgence proposée par le Conseil fédéral puisse être considérée comme un précédent lorsque se posera de nouveau la question de l'adaptation de notre législation à des règles de droit international.

Enfin, la remarque a été faite qu'un arrêté fédéral de portée générale, même s'il a été déclaré urgent par une décision des Chambres fédérales, reste soumis au référendum facultatif conformément à l'article 89 bis, 2e alinéa, de la constitution fédérale. Que se passerait-il si le référendum était demandé et que l'arrêté fédéral soit rejeté en votation populaire? Une décision négative pourrait être interprétée comme un vote contre la Convention européenne des droits de l'homme, laquelle n'a pas été soumise au référendum. Il a été dès lors jugé préférable que la question de l'adaptation du droit disciplinaire militaire aux exigences de la Convention soit traitée dans le cadre de la révision générale du droit pénal militaire.

11. *Le message date du 2 mars 1977, cf. note 7. La décision du Conseil fédéral sur le message est du 7 mars 1977, cf. le PVCF N° 423 du 7 mars 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#841*.*

12. *Cf. Bull. of CE, 1977, pp. 233 s.*

13. *Cf. DDS, vol. 26, doc. 25, dodis.ch/39375 et doc. 107, dodis.ch/39382.*

4. Certaines observations peuvent être formulées à la suite de ces discussions:
- a. Dans son rapport à l'Assemblée fédérale du 28 janvier 1976¹⁴ concernant les Grandes lignes de la politique gouvernementale pendant la législature 1975-1979, le Conseil fédéral a annoncé qu'il soumettra aux Chambres un message concernant l'approbation du premier protocole additionnel à la Convention européenne des droits de l'homme, ainsi que des propositions touchant le protocole N° 4 à ladite Convention¹⁵. Il paraît opportun d'attendre l'année prochaine avant de rédiger le message et de formuler les propositions en question. Il convient notamment d'éviter une discussion aux Chambres fédérales sur l'acceptation de nouveaux droits fondamentaux au moment où le Conseil fédéral devra se prononcer sur le renouvellement de la déclaration reconnaissant la compétence de la Commission européenne des droits de l'homme à être saisie de requêtes individuelles. Cette déclaration, qui a été faite le 28 novembre 1974¹⁶, arrivera à échéance le 28 novembre prochain. Le Conseil fédéral est compétent pour la renouveler¹⁷.
 - b. Il existe actuellement des idées confuses en ce qui concerne les relations entre les traités internationaux et le droit interne. Il est important que les messages adressés aux Chambres au sujet de l'approbation de traités internationaux examinent ce problème avec un soin tout particulier et se déterminent de manière aussi précise que possible sur les conséquences de la ratification sur notre droit interne. Cette exigence vaut surtout pour les traités qui contiennent des normes directement applicables ou qui prévoient un mécanisme de contrôle de l'application du traité par des organismes internationaux (Charte sociale européenne¹⁸, Pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme¹⁹, par exemple).
 - c. Les débats qui ont eu lieu ont confirmé l'importance du référendum en matière de traités internationaux. La nouvelle réglementation constitutionnelle prévoit notamment que les traités entraînant une unification multilatérale du droit sont soumis au référendum facultatif (art. 89, 3e alinéa, lettre c). Cette disposition vise des traités contenant des règles de droit directement applicables («self executing»). En examinant, dans les messages qu'il adresse aux Chambres fédérales, la question du référendum, le Conseil fédéral sera ainsi amené, le cas échéant, à préciser la portée des engagements résultant des traités internationaux qu'il désire ratifier.

14. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant les Grandes lignes de la politique gouvernementale pendant la législature 1975-1979, *FF*, 1976, I, pp. 413-520.

15. Cf. le *PVCF* N° 818 du 12 mai 1976, dodis.ch/48582.

16. Déclaration du Conseil fédéral du 28 novembre 1974, dodis.ch/39383.

17. *PVCF* N° 1894 du 16 novembre 1977, dodis.ch/48585.

18. Cf. *DDS*, vol. 27, doc. 12, dodis.ch/48718; doc. 54, dodis.ch/48719 et doc. 66, dodis.ch/48458.

19. Cf. *DDS*, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960.

Notice interne du Service économique et financier du Département politique¹

RÉACTION DE LA PRESSE ÉTRANGÈRE À L'AFFAIRE DU CRÉDIT SUISSE

Berne, 13 mai 1977

Nos représentations à l'étranger nous ont fait parvenir de très nombreux commentaires et coupures de journaux sur l'affaire du Crédit suisse². Si l'on fait abstraction de nos grands pays voisins³, on peut dire généralement que les informations diffusées ont gardé le ton de l'objectivité et que rarement des attaques violentes ou malveillantes ont été lancées. Il est certain néanmoins qu'une certaine «Schadenfreude» est souvent perceptible et que le revers d'une banque dont les succès ont été peut-être trop facilement obtenus jusqu'ici n'est pas pour déplaire à chacun. Si l'expression d'une Suisse qui ne serait plus «au-dessus de tout soupçon»⁴ a été reprise parfois, la confiance dans le système bancaire suisse ne paraît toutefois pas atteinte.

Les principales observations que nous avons faites en lisant la presse internationale sont les suivantes:

- On ne doute pas que le Crédit suisse pourra honorer ses obligations; la «Gazeta Mercantil» de Sao Paulo exprime toutefois l'avis que la communauté financière internationale doute de la solidité future de cette banque. En Tunisie, ce scepticisme s'étend à toute la place financière suisse;
- l'avis est souvent exprimé que le siège de Zurich ne pouvait guère ne pas connaître les agissements de sa filiale⁵;
- l'offre de soutien de trois milliards de francs par la BNS, l'UBS et la SBS a été très mal comprise, étant donné sa disproportion avec la première estimation de la perte⁶. La quasi unanimité de la presse affirme que la publication de cette ligne de crédit a semé le trouble dans les esprits. C'est notamment le cas à Singapour, à Beyrouth, à Tunis et à la Haye;
- l'affaire du Crédit suisse témoigne, pour certains journaux de Téhéran et de Hong-Kong⁷, que le système bancaire suisse est défaillant;
- l'intention exprimée par les autorités suisses de renforcer le contrôle bancaire est très bien accueillie. Les journaux luxembourgeois soulignent la

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#999* (C.40.61.1). Rédigée par J.-C. Richard.

2. Pour les coupures et revues de presse, cf. *doss.commenote1* et *doss.CH-BAR#E2001E-01#1988/16#998-1003** (C.40.61.1). Sur les réactions étrangères, cf. DDS, vol. 27, doc. 49, dodis.ch/50107.

3. Par exemple sur les réactions en Italie, cf. la lettre de E.-R. Lang à J. Zwahlen du 26 mai 1977, dodis.ch/50563.

4. Sur le livre de J. Ziegler Une Suisse au-dessus de tout soupçon, cf. DDS, vol. 27, doc. 49, dodis.ch/50107, en particulier notes 4 et 5.

5. Sur l'affaire de la filiale de Chiasso du Crédit suisse, cf. le PVCF de décision II du 5 mai 1977 de la 15^{ème} séance du 27 avril 1977, dodis.ch/49293 et la compilation thématique dodis.ch/T1663.

6. Cf. le télex de J. Zwahlen du 28 avril 1977, dodis.ch/50108.

7. Journal de Téhéran et Hong Kong Standard.

- nécessité de telles mesures et rappellent que leurs autorités avaient agi dans le même sens à la suite de la faillite de la banque Herstatt⁸;
- un journal norvégien a consacré un article entier à l'intention du Parti socialiste suisse de lancer une initiative dans le but de transformer les banques en sociétés mixtes;
 - plusieurs pays se sont bornés à diffuser les dépêches d'agence. C'est le cas en Australie, en Arabie Saoudite et même au Japon;
 - les commentaires des journaux spécialisés ont été consacrés surtout aux incidences de l'affaire sur le cours du franc⁹;
 - le rôle du Liechtenstein «as a turntable for foreign funds» a été décrit et dénoncé avec la plus grande précision dans un article du Business Times de Singapour. Celui-ci souligne la non-perception par le Liechtenstein de l'impôt anticipé et l'absence de toute Convention d'entraide judiciaire¹⁰;
 - du point de vue des remarques sur le secret bancaire, la réaction du journal autrichien «Kurier» nous paraît digne d'être relevée; «Wer heisses Geld anzulegen hat, geht in Europa nach Zürich oder Frankfurt. Daran ändert auch nichts, dass in Österreich die Anonymität der Anlager besser gewährt ist als in der Schweiz»;
 - pour conclure, nous citerons quelques titres d'articles de journaux, parmi les plus évocateurs:

L'Orient – Le Jour (Beyrouth):	««Séisme bancaire» à Zurich»
Irish Independent (Dublin):	«The gnomes come under attack»
El Mondjahid (Alger):	«Le scandale prend une ampleur insoupçonnée»
South China Morning Post (Hong-Kong):	«Zurich gnomes polish their strongbox image»
La Presse (Ottawa):	«Le plus gros scandale bancaire de l'histoire suisse depuis 1945»

8. Sur la faillite de la banque Herstatt et ses conséquences pour la Suisse, cf. DDS, vol. 26, doc. 96, dodis.ch/39094.

9. Cf. DDS, vol. 27, doc. 17, dodis.ch/49295; doc. 163, dodis.ch/50143; doc. 175, dodis.ch/50145 et doc. 180, dodis.ch/50147.

10. Cf. DDS, vol. 27, doc. 124, dodis.ch/52253, en particulier note 8.

Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst¹

KUBA. GESPRÄCH HOHL MIT CULVER GLEYSTEN, CUBAN COORDINATOR

Washington, 18. Mai 1977, 9.00 Uhr

1. Kontakte mit Kubanern wurden vom Staatsdepartement in den letzten Tagen geheim in Washington weitergeführt. Ging vor allem um Schaffung von «foreign interest sections»² innerhalb schweizerischer Botschaft in Havanna bzw. tschechischer Mission in Washington. Kubaner zeigten nach G[leysteen] grundsätzlich grosses Interesse an solcher Entwicklung, liessen aber gewisses Misstrauen durchblicken, weil sie offensichtlich vermeiden möchten, dass Tschechen ihnen künftig in die Karten blicken können. (Grosser Bruder würde in solchem Falle ja sicher mithören.) Amerikaner erklärten Funktion der angestrebten Sektionen: u. a. Möglichkeit Unterbringung kubanischer Funktionäre Washington in separaten Gebäulichkeiten, verfügen über unabhängige Kommunikationsmittel mit Zentrale usw. Kubaner schienen hierauf positiver eingestellt. G[leysteen] übrigens der Ansicht, dass amerikanische Sektion viel zu tun haben wird. Auch Verhandlungen auf unterer (technischer) Stufe dürfte über diese Kanäle weitergehen³. Havanna scheint indessen eines nicht zu wollen: Präsenz von Amerikanern, die Zeit und Aufgabe [haben,] politische und wirtschaftliche Szene Kubas direkt (sur place) zu beobachten. Diesbezügliches Misstrauen konstatierte US-Delegation schon anlässlich ihres kurzen Aufenthalts in Havanna.

2. Auch G[leysteen] ist der Ansicht (wie Pastor vom National Security Council), dass Kubaner nun eine positive Geste machen müssen⁴. Am nahelegendsten wäre nach G[leysteen] Freilassung politischer Häftlinge. Vorerst natürlich solcher amerikanischer Nationalität⁵. Nationalisierungsentschädigungen und Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Beziehungen seien langfristige Aufgaben und Zielsetzungen⁶. Debatten in Senatskommission hätten dort Isolierung McGovern's gezeigt, als dieser Aufhebung des Embargos für Arznei- und Nahrungsmittel sowohl für amerikanische wie für kubanische Exporte (both ways) durchbringen wollte.

1. *Politischer Bericht* Nr. 59, gleichzeitig *Telegramm* Nr. 405 (Empfangskopie): CH-BAR# E2300-01#1988/91#175* (A.21.31). Verfasst von A. Hohl. Kopie an die schweizerische Botschaft in Havanna.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 67, dodis.ch/49371 und Dok. 116, dodis.ch/49372 sowie die Notiz von Ch. Stroelé vom 19. April 1977, dodis.ch/49645.

3. Vgl. dazu das *Telegramm* Nr. 37 von R. Probst an P. Aubert und A. Weitmayer vom 23. Februar 1977, dodis.ch/49635.

4. Vgl. dazu den *Politischen Bericht* Nr. 15 von R. Probst vom 8. Februar 1977, dodis.ch/49644.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 133, dodis.ch/33716, bes. Anm. 9.

6. Vgl. dazu den *Politischen Bericht* Nr. 111 von R. Probst vom 15. November 1976, dodis.ch/49636.

*Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger¹*WIRTSCHAFTS- UND EXPORTFÖRDERUNGSSEMINAR, SPIEZ, 24.–27. MAI 1977²

Bern, 23. Mai 1977

Stichworte für Ihr Votum anlässlich Ihres Besuches der Kellereien im Schloss Spiez, *Donnerstag, den 26. Mai 1977, 18:30 bis ca. 19:30 Uhr.*

1. Ich bin nicht gekommen, um eine lange Ansprache zu halten, zumal Sie über Sinn und Zweck des Seminars bereits anlässlich der Eröffnung durch die Veranstalter orientiert wurden³. Ich möchte Sie vielmehr begrüßen und beglückwünschen, dass Sie vom Angebot, an diesem Seminar teilzunehmen, Gebrauch gemacht haben, was ich umsomehr zu schätzen weiss, als die Teilnahme auf freiwilliger Basis erfolgt und Sie Ihren Urlaub dafür eingesetzt haben. Es ist Ihnen hoch anzurechnen, dass Sie erkannt haben, wie wichtig heute die Weiter- oder gar die Umschulung auf dem Gebiet der praktischen Wirtschaftsförderung ist.

2. Die Rezession ist noch nicht überwunden, und abgesehen davon finden innerhalb der schweizerischen Wirtschaft Restrukturierungsvorgänge statt⁴. Als Folge davon sehen sich zahlreiche Unternehmen gezwungen, auf die Auslandsmärkte auszuweichen oder ihre dortige Präsenz zu verstärken. Dazu kommt, dass das Konkurrenzklima auf den Exportmärkten unerhört hart geworden ist. Die einzelnen schweizerischen Unternehmen sind veranlasst, mehr noch als zuvor zusammenzustehen, und seitens des Staates und der Verwaltung muss alles in den Möglichkeiten einer liberalen Wirtschaft liegende unternommen werden, um der schweizerischen Exportwirtschaft den Weg zu ebnen⁵. Diese Aufgaben haben unter den gegenwärtigen Umständen für das Personal auf unseren Aussenposten erste Priorität.

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1987/102#20* (006.09). Unterzeichnet von P. Bettschart.

2. Das erste Wirtschafts- und Exportförderungsseminar für die mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten betrauten Mitarbeiter der schweizerischen Vertretungen im Ausland wurde im Anschluss an eine Empfehlung des Florian-Berichts durch das Politische Departement in Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und dem Eidgenössischen Personalamt im Mai 1977 organisiert. Vgl. dazu das Rundschreiben von A. Janner an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 28. Februar 1977, dodis.ch/49446. Zu den Empfehlungen des Florian-Berichts im wirtschaftlichen Bereich vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 168, dodis.ch/38341, bes. Anm. 3. Zum Seminar vgl. den Bericht von A. Lacher vom 10. Juni 1977, dodis.ch/52472.

3. Vgl. dazu das Schreiben von A. Janner an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 28. Februar 1977, dodis.ch/49446.

4. Zur Ölkrise vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 49, dodis.ch/39686. Allgemein zur Lage der schweizerischen Wirtschaft und ihrer Exporte vgl. das Referat von A. Dunkel vom 16. März 1977, dodis.ch/52173.

5. Für eine Zusammenstellung der Massnahmen vgl. die Notiz des Informations- und Pressedienstes des Politischen Departements vom 9. Februar 1978, dodis.ch/49614. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 110, dodis.ch/49450, bes. Anm. 4.

3. Dies bedeutet, dass diejenigen Märkte mit besonderer Aufmerksamkeit gepflegt werden müssen, die für uns entweder durch ihre Solvenz interessant sind, wie die Ölstaaten, oder durch ihr Nachfragepotential, wie die Entwicklungsländer⁶. Daneben dürfen wir indessen die grossen und unproblematischen Möglichkeiten nicht übersehen, die noch innerhalb der klassischen Märkte, also vor allem in Europa und den USA für viele Exporteure bestehen.

4. Die Angebotspalette der von den schweizerischen Aussenposten der Exportwirtschaft zur Verfügung gestellten Dienstleistungen und Hilfen ist daher der Situation entsprechend zu bereichern, und die Bemühungen zur Hilfestellung sind zu intensivieren. Alle mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten betrauten Mitarbeiter sollten im Grunde genommen als Handelsdelegierte bezeichnet werden können, wie diejenigen, die von uns anfangs dieses Jahres an fünf neuralgischen Punkten des Welthandels eingesetzt worden sind⁷.

5. Von Seiten der Wirtschaft hören wir zuweilen kritische Stimmen über die Tätigkeit unserer Aussenvertretungen, wobei uns klar ist, dass diese Kritiker häufig die Grenzen zwischen der Tätigkeit des Staates und der Verantwortung der Privatwirtschaft nicht deutlich genug ziehen⁸. Kurse wie dieses Seminar sind geeignet, solche Stimmen zum Verstummen zu bringen.

Es freut mich anderseits stets – und ich habe immer häufiger Gelegenheit dazu – wenn ich positive Meldungen über das Engagement der schweizerischen Vertretungen im Ausland zugunsten der Wirtschaft höre.

6. Den Veranstaltern möchte ich danken für die Vorbereitung und die Durchführung des Seminars, das, wie ich hoffe, das erste in einer Reihe von weiteren dieser Art darstellt⁹. Allen Teilnehmern danke ich für Ihre zukünftige Tätigkeit im Interesse der Schweiz im allgemeinen und der schweizerischen Exportwirtschaft im besonderen und wünsche Ihnen allen Erfolg und Glück.

6. Vgl. dazu im Allgemeinen die Notiz von E. Moser an P. R. Jolles vom 15. Januar 1976, dodis.ch/49616 und zu den OPEC-Staaten die Notiz von G. Kündig und A. Rüegg vom 22. Oktober 1975, dodis.ch/40785 sowie das Referat von P. Bettschart vom 8. November 1977, dodis.ch/50521.

7. Vgl. dazu das Schreiben von A. Janner an F. H. Andres, G. Bonnant, J. Bourgeois und M. Feller vom 29. Juli 1976, dodis.ch/50530 sowie die Notiz von E. Martin an J. Zwahlen vom 13. April 1978, dodis.ch/50533.

8. Zur Kritik an den schweizerischen Vertretungen im Ausland vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 110, dodis.ch/49450, bes. Anm. 2.

9. Bis Ende 1979 fanden noch fünf weitere Wirtschafts- und Exportförderungsseminare in Spiez statt. Danach fand bis mindestens 1989 jährlich ein Seminar an unterschiedlichen Orten statt. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1445.

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

EXILGEWÄHRUNG AN BASKISCHE POLITISCHE GEFANGENE

Vertraulich

Bern, 24. Mai 1977

Am Sonntag, den 22. Mai, wurde Botschaftsrat Vogelbacher von der Schweizerischen Botschaft in Madrid ins spanische Aussenministerium gerufen, wo ihm Unterstaatssekretär Solano erklärte, die spanische Regierung sei über die Ereignisse und die Lage in den vier baskischen Provinzen zu tiefst beunruhigt². Sie befürchte, dass die ordentliche Durchführung der Wahlen vom 15. Juni³ in diesen Provinzen in Frage gestellt wird. Dem Begehren der baskischen Nationalisten und der baskischen Befreiungsfront ETA nach einer totalen Amnestie kann die Regierung aus politischen Gründen nicht entsprechen. Im Anschluss an den Ministerrat vom Freitag sei der Entscheid getroffen worden, alle baskischen Gefangenen freizusetzen, unter der Bedingung, dass sich diese unverzüglich ins Exil begeben. Dies erfolge unter folgenden Voraussetzungen:

- 1) Der spanische Pass der Exilierten wird ohne jegliche Einschränkungen ausgestellt.
- 2) Die Exilierten haben eine Erklärung abzugeben, dass sie sich freiwillig ins Exil begeben.

Der spanische Unterstaatssekretär ersuchte die Schweizer Botschaft zu sondieren, ob der Bundesrat bereit sei, einige wegen Terrorakten gefangen gehaltene Basken in der Schweiz aufzunehmen⁴.

Gegenwärtig sind 23 Basken in Haft, 8 sind bereits abgeurteilt, gegen 15 weitere läuft ein Gerichtsverfahren. Es handelt sich in allen Fällen um Gewaltverbrechen, wobei nach Auskunft der französischen Botschaft in Madrid 12 Fälle besonders gravierend sind, da es sich bei den Verbrechen nach dem französischen Strafrecht um Ermordungen handelt. Soweit die schweizerische Botschaft in Madrid erfahren konnte, sind die spanischen Behörden in dieser Sache auch an die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, Nor-

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3135* (B.41.21.0). Verfasst und unterzeichnet von A. Hegner.

2. Zur Situation im Baskenland vgl. das Schreiben von M. Vogelbacher an J. Cuendet vom 8. Juni 1977, dodis.ch/50450. Zu den Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien und auf den Kanarischen Inseln vgl. das Schreiben von S. F. Campiche an E. Thalmann vom 2. Juli 1975, dodis.ch/39107 sowie das Schreiben von P. Friederich an A. Weitnauer vom 9. Februar 1978, dodis.ch/48787. Zum Rückzug Madrids aus Spanisch-Sahara im Februar 1976 und zum Westsaharakonflikt vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 108, dodis.ch/52507.

3. Zur Transition in Spanien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 84, dodis.ch/48486, Anm. 5.

4. Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 6. Juni 1977 der 19. Sitzung vom 25. Mai 1977, dodis.ch/48499 und das BR-Prot. Nr. 912 vom 1. Juni 1977, dodis.ch/50445.

wegens, Schwedens und Belgiens gelangt. Es ist wahrscheinlich, dass sie auch noch mit Vertretern anderer Regierungen Kontakt aufgenommen haben⁵.

Belgien hat sich bereit erklärt, 5 Inhaftierten das Exil zu gewähren. Die Bonner Behörden erklären, dass sie vorerst die Länder konsultieren müssen; es ist nicht auszuschliessen, dass die bundesdeutschen Behörden Sympathie-kundgebungen der terroristischen Gruppen auf ihrem Gebiet befürchten⁶ und deshalb einen Entschluss verzögern.

Die Situation in den baskischen Provinzen hat sich in den letzten Wochen stark zugespitzt. Die Bevölkerung hegt ein tiefes Misstrauen, wenn nicht gegenüber der Regierung, so auf jeden Fall gegenüber Polizei und Armee. Es besteht deshalb keine Gewähr, dass die Ausreise der Exilierten den von der Regierung gewünschten Beruhigungseffekt haben wird. Die Regierung will jedoch alles unternehmen, um einen Boykott der Wahlen in den baskischen Provinzen zu verhindern; nur so dürfte es möglich sein, im neuen Parlament über gültige baskische Vertreter zu verfügen, mit denen die Frage des Autonomiestatuts besprochen werden kann.

Aus der Sicht des Politischen Departements sind Massnahmen, die zur Förderung der Demokratie in Spanien beitragen, zu begrüssen. Im vorliegenden Fall sind dagegen natürlich die Gefahren der Asylgewährung an politische Agitatoren, die mit grosser Wahrscheinlichkeit an Gewaltverbrechen beteiligt waren, abzuwägen. Es obliegt dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, diese Frage aus seinem Zuständigkeitsbereich zu beurteilen. Politische Erwägungen lassen jedoch eine Exilgewährung an 3 bis 5 inhaftierte Basken, die sich zur Unterlassung jeder politischen Tätigkeit in der Schweiz verpflichten müssen, als opportun erscheinen⁷.

5. Vgl. dazu die Notiz von A. Hegner vom 31. Mai 1977, dodis.ch/50446.

6. Zu den Terroranschlägen in der BRD vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 88, dodis.ch/50265.

7. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. die Notiz von A. Hegner an K. Furgler und G.-A. Chevallaz vom 6. Juni 1977, dodis.ch/50451 sowie das BR-Prot. Nr. 1796 vom 2. November 1977, dodis.ch/48500.

Der Bundeskanzler, K. Huber, an die Mitglieder des Bundesrats¹

EUROPÄISCHE SOZIALCHARTA²

Bern, 26. Mai 1977

Dieses Geschäft war ursprünglich für die Verabschiedung vor den Sommerferien vorgesehen worden. Inzwischen wurde es verschoben.

Da offenbar nun doch noch eine Überlegungsfrist vorhanden ist, gestatte ich mir, eine grundsätzliche Frage zur Diskussion zu stellen. Die Zahl der völkerrechtlichen Abkommen³, die unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf das schweizerische Recht haben, ist im Steigen begriffen. Damit wird die Diskrepanz immer offensichtlicher, die bezüglich der Meinungsbildung bei solchen völkerrechtlichen Abkommen im Vergleich zur Meinungsbildung beim innerstaatlichen Recht besteht⁴.

Wie Sie wissen, hat seit Jahrzehnten, teils aufgrund verfassungsrechtlicher Vorschriften, teils gemäss Praxis, bei der innerstaatlichen Rechtssetzung ein ausgedehntes Vernehmlassungsverfahren Platz gegriffen. Bei völkerrechtlichen Verträgen wird ein solches m. W. nur ausnahmsweise (z. B. Doppelbesteuerungsabkommen) durchgeführt. Irrtum vorbehalten, ist bei der Europäischen Sozialcharta ein Vernehmlassungsverfahren nicht vorgesehen.

Sollte sich der Bundesrat nicht in einer der nächsten Sitzungen – selbstverständlich wenn Herr Bundesrat Graber anwesend ist – hierüber Gedanken machen? Dabei steht wohl die Sozialcharta gegenwärtig im Vordergrund. Es handelt sich aber um ein generelles Problem, das unabhängig von der Sozialcharta einmal überlegt werden muss. Über die Meinungsbildung hinaus hätte ein Vernehmlassungsverfahren den Vorteil, dass die materielle und politische Tragweite eines Abkommens noch umfassender abgeklärt werden könnte.

Falls die eingangs erwähnte Verschiebung des Geschäftes im Hinblick auf die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens⁵ erfolgt ist, so

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1989/59#678* (2520.02). *Handschriftliche Marginalie*: 6.6.77: [...] 13.3.77: Vernehmlassungsverfahren.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 12, dodis.ch/48718 und Dok. 54, dodis.ch/48719.

3. Vgl. dazu den Bericht des Bundesrats über die Schweiz und die Konventionen des Europarats vom 16. November 1977, dodis.ch/52406. Zum Bericht vgl. die Notiz von M. Krafft an P. Aubert vom 7. März 1978, dodis.ch/48484; das Protokoll vom März 1978 der Sitzung der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 21. Februar 1978, dodis.ch/48485 sowie das Protokoll vom Mai 1978 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 19. Mai 1978, dodis.ch/48503.

4. Zur Neuregelung des Staatsvertragsreferendums vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 46, dodis.ch/50063.

5. Zum durchgeführten Vernehmlassungsverfahren vgl. das BR-Prot. Nr. 88 vom 25. Januar 1978, dodis.ch/48556; das Rundschreiben von P. Graber an die Kantonsregierungen vom 31. Januar 1978, dodis.ch/48570; das Schreiben von R. Müller und F. Leuthy an P. Aubert vom 30. Juni 1978, dodis.ch/48761; die Notiz von A.-L. Vallon an A. Hegner vom 15. August 1978, dodis.ch/48572 sowie das Schreiben von A. Jetzer und G. Winterberger an das Politische Departement vom 27. Oktober 1978, dodis.ch/48577.

kann meine Notiz, was den konkreten Fall betrifft, als überholt betrachtet werden.

67

dodis.ch/49371

Note der Botschaft der USA in Bern an das Politische Departement¹

Bern, 1. Juni 1977

The Embassy of the United States of America presents its compliments to the Federal Political Department and has the honor to state the following. The United States and Cuban Governments have been discussing the possibility of opening Interests Sections in the Embassies of their respective protecting powers in Havana and Washington. We have kept the Swiss Embassies in Washington and Havana advised of these discussions as they developed². Notes were exchanged in New York on May 30 by Vice Foreign Minister Torras for Cuba and Acting Assistant Secretary Luers for the US agreeing to the opening of such Interests Sections subject to the approval of the Swiss and Czech Governments.

The formal status and operations of the Interests Sections we envisage are based on our experience with such sections in a number of Near Eastern countries, including a former US Interests Section in the Swiss Embassy in Algiers³. This would involve resumption of the use of the US Residence and Chancery buildings by American personnel assigned to the Swiss Embassy in Havana. Buildings will fly flags and bear emblems of protecting power.

During discussions on arrangement for exchanging Interests Sections and inviolability of buildings, the Cubans insisted that entry will not be permitted without the consent of the heads of the Interests Sections. We pointed out that this was implicit in the right of Interests Sections to have their own codes and diplomatic couriers, but agreed to this condition subject to Swiss concurrence.

If agreeable to the Swiss Government, we plan to send a survey team to Havana in the near future to consult with Ambassador Serra about the operations of a US Interests Section in his Embassy and to discuss a mutually convenient time for resuming American occupancy of the American properties in Havana, as well as other practical details⁴.

The Government of the United States of America requests approval of the Government of the Confederation of Switzerland to the opening of a US

1. Note Nr. 46: CH-BAR#E2003-06#1990/8#305* (o.841.08).

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 63, dodis.ch/49370.

3. Vgl. dazu das Telegramm von R. Zellweger an die schweizerische Botschaft in Washington vom 6. Juni 1977, CH-BAR#E2003-06#1990/7#1416* (o.840).

4. Vgl. dazu das Schreiben von E. Serra an den Dienst für Fremde Interessen des Politischen Departements vom 23. Juni 1977, dodis.ch/50604.

Interests Section in the Embassy of Switzerland in Havana as soon as convenient for the four Governments concerned⁵.

The Government of the United States of America takes this occasion to thank the Government of the Confederation of Switzerland for its diligent and effective representation of United States interests in Cuba since 1961⁶ and expresses confidence that American personnel in the US Interests Section in the Swiss Embassy in Havana will maintain a correct and harmonious relationship with the Swiss Ambassador and members of his staff.

5. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 5144 von R. Zellweger an die schweizerische Botschaft in Havanna vom 3. Juni 1977, dodis.ch/49647.

6. Zur Vertretung der US-Interessen in Kuba durch die Schweiz vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 76, dodis.ch/34509, bes. Anm. 2.

68

dodis.ch/49412

*Notiz des Direktors des Amts für Wissenschaft und Forschung,
U. Hochstrasser, an den Vorsteher des Departements des Innern,
H. Hürlimann¹*

BRIEF DES EPD ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK MIT RUMÄNIEN UND BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SCHWEIZ. WISSENSCHAFTSRATES IN RUMÄNIEN

Bern, 2. Juni 1977

Der Bericht des Präsidenten des Wissenschaftsrates² liefert für das Verständnis der Probleme, die im Brief des Vorstehers des EPD³ aufgeworfen wurden, einige wesentliche Elemente, sodass ich zuerst auf diesen eintrete.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass seit Jahren die Ostblockstaaten und besonders auch die sog. Satelliten der Sowjetunion ein grosses Interesse an wissenschaftlichen Austausch mit der Schweiz gezeigt haben⁴. Die Wissenschaft ist in diesen Ländern staatlich straff organisiert. Deshalb suchen sie einen Kontakt über die offiziellen Kanäle, und zwar mit den für Wissenschaftspolitik verantwortlichen Regierungsstellen. Die fehlende hierarchische Struktur auf diesem Gebiete in unserem Lande verwirrt die wissenschafts-

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E3370B#1991/3#343* (10.70.050.f).

2. Schreiben von H. Aebi an H. Hürlimann vom 23. Mai 1977, dodis.ch/52894.

3. Schreiben von P. Graber an H. Hürlimann vom 20. Mai 1977, dodis.ch/52895.

4. Zu den Kontakten mit der Sowjetunion vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 163, dodis.ch/32701, bes. Anm. 5; DDS, Bd. 25, Dok. 172, dodis.ch/35655 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 77, dodis.ch/38767, Anm. 2; zu denjenigen mit Rumänien vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 167, dodis.ch/35687, bes. Anm. 17; zu denjenigen mit der DDR vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 160, dodis.ch/38322, Anm. 6 sowie zu denjenigen mit Polen vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 146, dodis.ch/38309, Anm. 5 und 10.

politischen Behörden der Oststaaten immer wieder. Sie haben teils direkt, teils über ihre diplomatischen Vertretungen mit den verschiedensten Behörden und Instanzen Gespräche aufgenommen, um Gehör für ihre Anliegen zu finden. In gewissen Fällen besteht der Verdacht, dass mit diesem Vorgehen die verschiedenen schweizerischen Stellen gegeneinander ausgespielt werden sollen; in Einzelverhandlungen kann unter Umständen mehr erreicht werden, als wenn kollektive Vereinbarungen, die eine Gesamtbilanz der Austausche vorsehen, abgeschlossen würden.

Im Hinblick auf diese Situation und darauf, dass seitens der schweizerischen Wissenschaft ebenfalls einige konkrete Wünsche für die Erleichterung ihrer Beziehungen mit den Oststaaten vorlagen, habe ich die Initiative ergriffen und 1974 den Koordinationsausschuss für die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit Ländern ausschliesslich staatlicher Forschungsstruktur gegründet⁵. Ich wollte so im gesamtschweizerischen Interesse die in Frage kommenden schweizerischen Instanzen zu einer koordinierten Haltung gegenüber den Begehren für wissenschaftliche Kontakte der Oststaaten bringen. Zu den Sitzungen des Koordinationsausschusses werden Vertreter folgender Stellen eingeladen:

- Direktion für internationale Organisation/EPD
- Schweiz. Hochschulrektorenkonferenz
- Schweiz. Nationalfonds
- Schweiz. Wissenschaftsrat
- Schweiz. Naturforschende Gesellschaft
- Schweiz. Geisteswissenschaftliche Gesellschaft
- Schweiz. Akademie der medizinischen Wissenschaften
- Handelsabteilung/EVD
- Eidg. Gesundheitsamt
- Kommission Allemann

die auch alle Dokumente erhalten.

Über die Resultate dieser Bemühungen gibt der beiliegende Bericht⁶, den wir auf Wunsch des EPD verfasst haben, Aufschluss⁷.

Was nun den Fall Rumänien im besonderen betrifft, so hat sich dieser Staat schon seit Jahren um eine umfassende Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Lande bemüht. Wir haben uns gegenüber den rumänischen Wünschen, die u. a. eine sehr weitgehende Kooperation mit einer beträchtlichen Zahl von Projekten umfassen, sehr zurückhaltend gezeigt, da wir wissen, dass die schweizerischen Wissenschaftler an Kontakten mit ihren rumänischen Kollegen nur begrenzt interessiert sind. Aus diesen Gründen haben wir auch die Verhandlungen über eine Vereinbarung herausgezogen. In diesem Zusammenhang haben die rumänischen Behörden immer

5. Vgl. dazu die Notiz von R. Hofmann vom 19. August 1974, dodis.ch/40361.

6. Bericht von P. Guenot und R. Hofmann vom 27. Mai 1977, dodis.ch/49397.

7. Fussnote im Originaltext: Unsere Bestrebungen, in bescheidenem Ausmass einen Rahmen für die wissenschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten zu organisieren, werden, wie mir Minister Sommaruga bestätigt hat, von der Handelsabteilung im Hinblick auf die Verbindung in den Oststaaten zwischen Forschung und Wirtschaft begrüsst.

wieder versucht, mich zu Besuchen, zum Teil sogar mit Frau und Kindern, in Rumänien einzuladen, was ich hinsichtlich meiner Familie abgelehnt und, was mich betrifft, immer wieder herausgeschoben habe.

Angesichts dieser Verhältnisse hege ich den Verdacht, dass die Einladung an den Präsidenten des Wissenschaftsrates, mit einer Delegation seiner Kommission nach Rumänien zu kommen, wobei auch seine Frau eingeschlossen war, einen Versuch darstellt, andere in der Wissenschaftspolitik wichtige Persönlichkeiten gegenüber Rumänien zu verpflichten und damit doch noch ein weitergehendes Gehör für die rumänischen Anliegen zu erhalten. Bezeichnenderweise hat die rumänische Botschaft, welche die Einladung ausgesprochen hat⁸, mich nicht vorgängig konsultiert oder nachher informiert. Im letzten Moment wollten sie auch den Generalsekretär des Wissenschaftsrates⁹ miteinbeziehen, was ich mit dem Hinweis auf unsere beschränkten Reisekredite abgelehnt habe.

Wichtig für die Beurteilung der Entwicklung der Kontakte mit den Oststaaten ist auch der Hinweis des Präsidenten des Wissenschaftsrates auf die Übereinkunft zwischen den Universitäten Bukarest und Bern. Es ist das eines einer ganzen Reihe ähnlicher Abkommen, welche schweizerische Hochschulen mit Universitäten der Oststaaten abgeschlossen haben. Nach meinen Informationen treten bei den schweizerischen Vertragspartnern oft grosse Schwierigkeiten auf, die vereinbarten Austausche einzuhalten, da sie über zu wenig Interessenten verfügen, um jedes Jahr 1-2 Gastdozenten oder Forscher in den Osten zu delegieren. Deshalb bin ich der Auffassung, dass es zweckmässig wäre, wenn solche Austausche gemeinsam vereinbart würden, sodass dann nicht die einzelne schweizerische Hochschule jährlich mehrere derartige Verpflichtungen erfüllen muss. Leider aber verunmöglicht der bekannte Individualismus unserer Hochschulen ein solches koordiniertes Vorgehen, obschon sie sich durch ihre Mitwirkung im Koordinationsausschuss im Prinzip eigentlich damit einverstanden erklärt haben.

Was den Stand der Verhandlungen für ein Austauschabkommen betrifft, so kann zuerst darauf hingewiesen werden, dass wir auf rumänischen Wunsch im letzten Jahr die von uns ausgearbeiteten «Richtlinien für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Wissenschaften ... und dem Amt für Wissenschaft und Forschung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI)» (siehe Beilage¹⁰) übermittelt haben. Als Antwort darauf erhielten wir von rumänischer Seite anlässlich des Besuches einer Delegation der rumänischen Akademie der Wissenschaften Ende November 1976 in der Schweiz einen viel weitergehenden Text¹¹, der neben wissenschaftlichen Aus-

8. Vgl. das Schreiben von H. Aebian D. Enăchescu vom 1. Juni 1976, CH-BAR#E3370B#1991/3#342* (10.70.050.f).

9. A. Vîfian.

10. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

11. Vgl. den Entwurf des Agreement between the National Council for Science and Technology of the Socialist Republic of Romania and the Office for Science and Research of the Federal Internal Department of Switzerland on Scientific and Technological Cooperation vom November 1976, Doss. wie Anm. 1. Zum Besuch der Delegation des rumänischen Nationalrats für Wissenschaft und Technologie vgl. Doss. wie Anm. 8.

tauschen auch die Verwirklichung von wissenschaftlichen und technischen Gemeinschaftsprojekten vorsah. Ich habe damals sofort mitgeteilt, dass wir auf keinen Fall soweit gehen können. Anlässlich der Sitzung der Gemischten Kommission Schweiz – Rumänien für die wirtschaftliche Zusammenarbeit anfangs Februar d. J. in Bern haben wir im Einvernehmen mit der Handelsabteilung unsere ersten Abänderungsvorschläge der rumänischen Seite zur Weiterleitung an ihre kompetenten Instanzen übergeben. (Siehe dazu beiliegende Auszüge aus dem Bericht und dem Protokoll über die 1. Sitzung der Gemischten Kommission¹².)

Zum Brief des Vorstehers des EPD ist einleitend zu bemerken, dass er diesen durchaus noch vorläufigen Gegenvorschlag betrifft. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen kann ich zu den einzelnen Punkten, die in diesem Schreiben behandelt werden, wie folgt Stellung nehmen:

1. Es wird gesagt, dass mein Amt seit einiger Zeit eine grosse Aktivität im Bereiche der Kontakte mit den Oststaaten entwickelt. Wie aus dem beiliegenden Bericht¹³ hervorgeht und Vergleiche mit andern westlichen Staaten (z. B. Österreich, das ein ganzes Netz von wissenschaftlichen Abkommen mit den Oststaaten abgeschlossen hat) zeigen, ist es bei weitem übertrieben zu sagen, dass wir eine «grosse Aktivität» entwickeln. Unsere Überlastung durch eine Vielzahl von Geschäften zwingt uns, bei dem vorhandenen knappen Personalbestand unser Engagement in diesem Bereich zu beschränken und nur das wirklich notwendig Erscheinende zu unternehmen.
2. Die Erwähnung der Sicherheitskonferenz¹⁴ in der Einleitung zum Textentwurf stammt von rumänischer Seite. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, zusammen mit dem EPD die Formulierung dieser Einleitung zu überarbeiten.

Was die Informierung des EPD anbetrifft, so ist diese im Rahmen des Koordinationsausschusses institutionalisiert. Auch sonst bemühen wir uns darum, die Direktion für internationale Organisationen (DIO), welche im EPD die Wissenschaftsfragen behandelt, auf dem laufenden zu halten. Wenn hie und da einmal eine Konsultation unterbleibt, so ist dafür nicht ein schlechter Wille verantwortlich, sondern die bei uns bestehende Arbeitsbelastung.

Wir haben seinerzeit anlässlich des Besuches der rumänischen Delegation auch einen Vertreter der DIO zum offiziellen Nachtessen eingeladen.

In letzter Zeit müssen wir allgemein feststellen, dass die DIO auf jeden unserer direkten Kontakte mit ausländischen wissenschaftspolitischen Stellen mit Überempfindlichkeiten reagiert. Offensichtlich möchte die DIO uns gegenüber dem Ausland vollständig unter ihre Vormundschaft bringen, was ganz im Gegensatz stehen würde zu den Verhältnissen, die

12. Vgl. das Schreiben von C. Sommaruga an P.-H. Aubaret vom 28. Februar 1977, CH-BAR# E7110#1988/12#1059* (821). Für die Wirtschaftsbeziehungen mit Rumänien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 28, dodis.ch/48396, bes. Anm. 6.

13. Bericht von P. Guenot und R. Hofmann vom 27. Mai 1977, dodis.ch/49397.

14. Zur KSZE vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875.

in andern Industrieländern mit einer entwickelten wissenschaftlichen Exekutivbehörde vorherrschen. Das EPD scheint uns nicht nur unsere Beziehungen mit dem Ausland beschränken zu wollen, sondern möchte auch entgegen früheren Vereinbarungen in wissenschaftspolitischen Fragen in der Schweiz vermehrt selbstständig in Erscheinung treten. So wendet es sich immer wieder direkt an wissenschaftliche Experten in unserem Lande, wenn es darum geht, in wissenschaftspolitischen Fragen eine schweizerische Meinung zu bilden. Aus neueren Äusserungen des EPD, speziell betreffend die Probleme des CERN und der Europäischen Weltraumorganisation¹⁵, müssen wir schliessen, dass es der Meinung ist, es gäbe im Bereich der Wissenschaft eine Aussenpolitik, die es unabhängig von unseren Ansichten zu vertreten habe und die sich nicht unbedingt an die Bedürfnisse der Wissenschaftspolitik im Innern des Landes zu halten brauche.

3. Ich glaube nicht, dass das vorliegende Projekt wirklich substantiell über das hinausgeht, was in den Richtlinien vorgesehen ist. Die Beispiele, die zitiert werden, nämlich Art. 6 und 7, beweisen dies in keiner Weise. Wenn in Art. 6 gesagt wird, dass die Fragen betreffend das geistige Eigentum besonderen Vereinbarungen vorbehalten bleiben, die aus Anlass solcher gemeinsamer Projekte abzuschliessen sind, so scheint mir damit doch noch alles offen gehalten zu sein und keinerlei Verpflichtungen unsererseits zu präjudizieren. Es ist überhaupt fraglich, ob wir in absehbarer Zeit zu gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten mit Rumänien kommen, sodass ich, um dem rumänischen Vorschlag auf eine Regelung der Frage des geistigen Eigentums in diesem Abkommen auszuweichen und doch nicht das Problem ganz unerwähnt zu lassen, auf diese sehr vage Formulierung gekommen bin. Wenn in Art. 7 beide Seiten die Ein- und Ausfuhr von Ausrüstungen und Material, die bei der gemeinsamen Zusammenarbeit gebraucht werden, zu erleichtern verspricht, so geht es bei der bekannten Kompetenz unseres Amtes wie auch des rumänischen Nationalrates für Wissenschaft und Technologie ganz offensichtlich nur darum, sich bei den wirklich zuständigen Behörden gegebenenfalls für eine vernünftige Abwicklung der Formalitäten einzusetzen, um diese Austausch zu erleichtern. Gerade weil es sich ja nicht um einen zwischenstaatlichen Vertrag handelt, ist mit dieser Formulierung kein anderes Departement verpflichtet¹⁶.
4. Die vom Vorsteher des EPD gewünschte Zusammenarbeit meines Amtes mit dem EPD bei der Vorbereitung der Texte solcher Vereinbarungen ist meiner Auffassung nach schon vorhanden, wenn auch nicht immer in dem von beiden Seiten erhofften Ausmass. Die mehrfach erwähnten «Direktiven»¹⁷, die als Vorlage für derartige Briefwechsel dienen, wurden im Ein-

15. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 4, dodis.ch/48756.

16. Zur weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit vgl. das Schreiben von F. Pometta an U. Hochstrasser vom 30. November 1977, dodis.ch/52897 sowie die Notiz von U. Hochstrasser vom 6. Oktober 1978, dodis.ch/52898.

17. Regelung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen [wissenschaftspolitische Institution des Staates X.] und dem Amt für Wissenschaft und Forschung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), CH-BAR#E2003A#1990/3#1011* (o.320.023.Uch).

verständnis mit dem EPD redigiert, und es ist bis jetzt keine Vereinbarung abgeschlossen worden, ohne dass vorgängig die DIO orientiert worden ist und ihr Einverständnis gegeben hat. Die Kritik kann deshalb nur die laufende Orientierung über den Stand der Verhandlungen betreffen.

Gerne werden wir uns bemühen, auch diese noch zu verbessern und die Zusammenarbeit noch enger zu gestalten.

P. S. Wir haben erfahren, dass das EPD in letzter Zeit ähnliche Aktionen gegen andere Ämter, die internationale Beziehungen pflegen, unternommen hat¹⁸.

18. Vgl. dazu z. B. DDS, Bd. 26, Dok. 29, dodis.ch/39408; Dok. 185, dodis.ch/40610 und Dok. 190, dodis.ch/38912; DDS, Bd. 27, Dok. 115, dodis.ch/48763; das Schreiben von M. Altdorfer an J. Martin vom 10. April 1978, dodis.ch/49334 sowie das Schreiben von J. Martin an K. Huber vom 9. November 1978, dodis.ch/52299.

69

dodis.ch/40195

*Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler,
an Prof. A. Riklin¹*

Bern, 17. Juni 1977

Sehr geehrter Herr Kollege,

Infolge meiner Beanspruchung durch die Genfer Konferenz über das humanitäre Kriegsrecht² komme ich leider erst jetzt dazu, Ihren Brief vom 13. Mai 1977³ zu beantworten. Ich bitte um Ihre Nachsicht hiefür.

Die Ihnen von Prof. Bonjour gegebene Antwort, die Schweiz hätte im Zweiten Weltkrieg sowohl den Deutschen wie den Engländern Kredite für Kriegszwecke gewährt, ist unrichtig. Kredite wurden hingegen zu handelspolitischen Zwecken eingeräumt, wobei die Sicherstellung der Versorgung des eigenen Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen für uns im Vordergrund stand⁴. Den berühmtesten Fall stellt die Deutschland gegenüber zugestandene Clearingmilliarde dar, ein Vorschuss im gegenseitigen Verrechnungsmechanismus⁵. Damit konnten die lebenswichtigen Lieferungen von Kohle

1. Schreiben: (Kopie): CH-BAR#J1.223#1000/1318#473* (4.03).

2. Die diplomatische Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fand in mehreren Sessionen zwischen 1974 und 1977 statt. Vgl. dazu dodis.ch/R29063.

3. Schreiben von A. Riklin an R. Bindschedler vom 13. Mai 1977, dodis.ch/40193.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 13, Dok. 162, dodis.ch/46919 und Dok. 199, dodis.ch/46956 sowie DDS, Bd. 15, Dok. 144, dodis.ch/47748, Annex 1. Zu Deutschland vgl. DDS, Bd. 13, Dok. 363, dodis.ch/47120 sowie DDS, Bd. 14, Dok. 351, dodis.ch/47537. Zu Grossbritannien vgl. DDS, Bd. 13, Dok. 284, dodis.ch/47041 sowie das BR-Prot. Nr. 1860 vom 3. August 1945, dodis.ch/1269.

5. Zur schweizerischen Clearingmilliarde vgl. den Bericht des Finanzdepartements vom 14. Februar 1952, dodis.ch/8088.

und Stahl nach der Schweiz gewährleistet werden. Zu welchen Zwecken die Schuldnerstaaten letzten Endes die Kredite verwendeten, war ihre Sache und kann kaum im einzelnen festgestellt werden. Jedenfalls wurden diese Kredite nicht zwecks Kriegsfinanzierung gewährt, sondern um die Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs zu ermöglichen.

Das Neutralitätsrecht verbietet dem neutralen Staat, den Kriegführenden finanzielle Unterstützung zu gewähren, wobei Anleihen und finanzielle Leistungen zur direkten Verwendung für die Kriegführung gemeint sind, jedoch nicht Kredite zu handelspolitischen Zwecken. Verboten ist ferner die Lieferung von Waffen und Munition durch den neutralen Staat und zwar auch dann, wenn beide Parteien gleich behandelt würden. Hingegen ist der Neutrale nicht verpflichtet, Privatpersonen die Ausfuhr oder Durchfuhr von Kriegsmaterial zu verbieten (V. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907⁶, Art. 7). Daraus ergibt sich, dass die Käufe Englands und Deutschlands von Kriegsmaterial bei privaten Firmen in der Schweiz nicht neutralitätswidrig waren⁷. Aus welchen Quellen das Geld für diese Lieferungen her stammt, darüber bestanden keine Abmachungen.

Im übrigen besteht grundsätzlich keine wirtschaftliche Neutralität. Der neutrale Staat hat im Gegenteil ein Recht auf Handelsverkehr mit den Kriegführenden. Er hat sich lediglich die vom Seekriegsrecht vorgesehenen Eingriffe der Kriegführenden gefallen lassen. Wenn die Schweiz sich an die Grundsätze des «*courant normal*»⁸ und der gleichwertigen Gegenleistung im Handelsverkehr hielt, so befolgte sie damit von ihr selbst gewählte politische Grundsätze.

Es kann deshalb nicht behauptet werden, die Schweiz hätte im Zweiten Weltkrieg das Neutralitätsrecht verletzt.

6. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18. Oktober 1907, BS, 26, S. 469–476. Vgl. dazu DDS, Bd. 5, Dok. 209, dodis.ch/43064.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 15, Dok. 432, dodis.ch/48036 sowie DDS, Bd. 16, Dok. 88, dodis.ch/157.

8. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 23, Dok. 154, dodis.ch/31951.

Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. A. Nussbaumer, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹

Warschau, 24. Juni 1977

Sie finden anbei die von Herrn Lautenberg erstellte Notiz² über Ihr Gespräch vom 18. Juni mit Vizeminister Długosz in Posen.

Stellt man dieses Gespräch in den Rahmen ähnlicher Aussprachen mit anderen führenden polnischen Persönlichkeiten – Ihr Gedankenaustausch mit Aussenhandelsminister Olszewski³; das Gespräch von Botschafter Sommaruga mit dem Präsidenten der Aussenhandelskammer Wiśniewski⁴; meine Aussprache mit dem Vizepräsidenten der Planungskommission Hryniewicz⁵ – so kann ff. festgehalten werden:

1. Mit einer fortdauernden dynamischen Entwicklung der polnischen Wirtschaft ist zu rechnen. Das Land befindet sich auf dem Weg vom Agrar- zum Industriestaat und wird mit seinen 34 Mio. Einwohnern auch weiterhin für die Schweiz ein wichtiger Handelspartner bleiben.

Ein Wechsel an der Spitze des Regimes ist z. Zt. nicht in Sicht. Auch im Fall eines solchen Wechsels müsste aber beim vorherrschenden sozialen und innenpolitischen Klima der auf die Modernisierung des Landes gerichtete Kurs grundsätzlich beibehalten werden⁶.

2. Das Problem ist die negative polnische Handelsbilanz. D[ługosz] liess durchblicken, dass die polnischen Importe gedrosselt werden müssten, wenn das Defizit mit der Zeit nicht vermindert werden kann. Gemäss W[isniewski] hingegen dürften die schweizerischen Lieferungen wegen ihrer Unentbehrlichkeit (Qualität, Service, Einhaltung der Lieferbedingungen usw.) in Zukunft eher noch zu- als abnehmen. Was O[lszewski] betrifft, so nahm er Ihnen gegenüber eine pragmatische Haltung ein; seine Sorge gilt zur Zeit der Suche nach praktischen Lösungen zur Verminderung des Defizites (Kupfer-, Kohlenexporte; industrielle Kooperation; Zusammenarbeit auf Drittmärkten). Er ist gegen bilaterale Kompensationsgeschäfte und hat in seinem Ministerium

1. Schreiben: CH-AfZ NL Paul R Jolles 1045(7.5.8.6). Kopie an C. Sommaruga und die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. Die handschriftliche Marginalie von P. R. Jolles an C. Sommaruga: Bitte verdanken wurde gestrichen. Für das von C. Sommaruga verfasste Dankeschreiben von P. R. Jolles an J. Olszewski vom 1. Juli 1977 vgl. Doss. CH-BAR#E7110#1988/12#995* (821).

2. Notiz von A. Lautenberg vom 27. Juni 1977, dodis.ch/49271.

3. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 20. Juni 1977, dodis.ch/49270. Zum Besuch J. Olszewskis in der Schweiz vgl. das Schreiben von C. Sommaruga an P. A. Nussbaumer vom 20. Mai 1976, dodis.ch/49272.

4. Vgl. dazu die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 1. Juni 1977, CH-BAR#E2200.151#1995/425#35* (541.0).

5. Vgl. dazu das Schreiben von P. A. Nussbaumer an P. R. Jolles vom 15. April 1977, dodis.ch/49273.

6. Zur innenpolitischen Lage in Polen vgl. die Notiz von W. Meier vom 7. September 1978, dodis.ch/49269.

einen Dienst errichtet, der als Clearing-Stelle für alle mit dem Ausland sich ergebenden Geschäftsmöglichkeiten zu funktionieren hat.

Längerfristig gesehen unterliegt es keinem Zweifel, dass Polens Westhandel vor steigenden Schwierigkeiten steht. Das von Partei und Regierung proklamierte Ziel, im Handelsverkehr mit dem Westen bis 1980 den Ausgleich herbeizuführen, scheint mir unrealistisch. Man möchte wohl den Westhandel im jetzigen Ausmass aufrecht erhalten oder in einzelnen Bereichen sogar noch ausweiten, ist aber aus ideologisch-politischen Gründen nicht bereit, die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen (Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung und Förderung der internen Konkurrenz im Interesse einer Steigerung der Lieferflexibilität und -qualität; uneingeschränkte Zulassung ausländischer Firmenvertretungen; Tolerierung eines Minimums an ausländischen Investitionen; Erweiterung des Kreises der zugelassenen Aussenhandelsunternehmen, die sich bei ihrer jetzigen monopolistischen Struktur auf den Abschluss von Grossgeschäften mit dem westlichen Ausland konzentrieren und den Geschäftsmöglichkeiten mit kleineren Firmen weniger oder wenig Bedeutung beimessen; W[isniewski] z. B. anerkannte, dass Polen hier mit einem echten Problem konfrontiert ist). So wie die Dinge politisch jetzt liegen, ist mit einem wesentlichen Abbau der bestehenden systembedingten Handelshindernisse nicht zu rechnen. Somit dürfte es bei halben Massnahmen bleiben und auch wir werden im Interesse unserer Polenexporte mit ihnen leben müssen. So ist es wohl die pragmatische Haltung von O[lszewski], die wir, soweit uns dies möglich ist, zur Richtschnur unseres Handelns machen sollten. Ein «Durchbruch» auf dem Kupfersektor wäre sicher äusserst wünschenswert. Was unsere grösseren Firmen betrifft, so ist es wichtig, dass sie einen engen Kontakt zu dem in ständiger Bewegung sich befindenden polnischen Markt pflegen und die Flexibilität bewahren, die nötig ist, um sich ihm anzupassen. Die spezialisierten kleineren Firmen haben in Polen weiterhin gute Absatzchancen (wobei sich der Druck auf Abschluss von Gegengeschäften vermehrt nachteilig auswirkt).

3. Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang die Kreditfrage⁷. Die Zahlen über den Umfang der polnischen West-Verschuldung werden wie ein Staatsgeheimnis gehütet⁸. Es ist indessen sicher, dass der Schuldendienst einen bereits bedeutenden Teil (über 25%) der im Westexport verdienten Devisen beansprucht. Was die Verschuldungsstruktur betrifft, so werden gemäss H[ryniewicz] 30% der vom Westen gewährten Kredite auf dem Weg über Kohle- und Kupferlieferungen verzinst und getilgt; weitere 40% der Kredite dienen der Finanzierung von Investitionen, vor allem auf dem Rohstoffsektor, die als direkt-produktiv bezeichnet werden könnten; nur beim Schul-

7. Zu schweizerischen Kreditleistungen an Polen vgl. das Telegramm Nr. 122 von P. A. Nussbaumer an das Politische Departement vom 28. September 1976, dodis.ch/49275; die Notiz von L. Roches vom 30. Dezember 1976, dodis.ch/49277; die Notiz von F. Rothenbühler an P. R. Jolles vom 22. Juni 1977, dodis.ch/49279; die Notiz von I. Pawloff vom 16. Januar 1978, dodis.ch/49280 sowie die Notiz von I. Pawloff an C. Sommaruga und L. Roches vom 12. Juni 1978, dodis.ch/49278.

8. Allgemein zur Aussenverschuldung der COMECON-Staaten vgl. das Schreiben von L. Roches an die schweizerischen Botschaften in Budapest, Bukarest, Prag, Sofia, Warschau und Moskau vom 23. März 1976, dodis.ch/52851.

dendienst für die restlichen 30% müssten die Devisen aus «kreditfremden» Quellen bestritten werden. Diese Angaben wurden von D[lugosz] im wesentlichen bestätigt. Auch wenn wir annehmen, dass sie zutreffen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Verschuldung eine sehr grosse Belastung für die Wirtschaft des Landes darstellt.

Nach übereinstimmender Auffassung der hiesigen Beobachter gilt der polnische Finanzminister, Herr Kisiel, als ausgezeichnete Finanzspezialist, der auch über die zur Steuerung des Umfangs der Verschuldung erforderlichen technischen Mittel verfügt. Immerhin weiss man wie eng die wirtschaftlichen und politischen Fragen in Polen miteinander verknüpft sind. Ob eine gesunde Verschuldungspolitik aufrechterhalten werden kann, wird also stark vom Grad des Erfolges abhängen, den das Regime bei seinen Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen in Polen erzielt.

Über die Frage, ob im Extremfall einer Zahlungskrise die Sowjetunion und die übrigen Ostblockländer Polen zu unterstützen bereit wären, lässt sich nur spekulieren. Ich hätte die Tendenz, diese Frage zu bejahen.

Soweit die Nationalbankdepots in Frage stehen, so sind sicher keine Befürchtungen am Platz. Bezüglich der Kreditwürdigkeit der polnischen Ausenhandelsorganisationen lässt sich höchstens sagen, dass sie in Anbetracht der allgemeinen Situation auf dem Gebiet des weltweiten Kreditgeschäftes eher zu den besseren Schuldnern unserer Handelsbanken zu zählen sind.

4. H[ryniewicz] erklärte mir, Politik und Wirtschaft liessen sich nicht trennen. Er wollte damit sagen, unsere gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen könnten nicht losgelöst von den allgemeinen Beziehungen zwischen unseren Ländern⁹ betrachtet werden, was im Falle Polens, einem Staat, der selber als Handelspartner auftritt, im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit ist. Von hier aus gesehen, weiss ich es somit sehr zu schätzen, dass es in den letzten Monaten mehreren hohen Vertretern unseres Landes möglich gewesen ist, Polen einen offiziellen Besuch abzustatten. Ich weiss, dass diese Tatsache hier zur Kenntnis genommen und auch entsprechend gewürdigt wird.

P. S.: In der Uhren-Frage habe ich mich direkt mit der FH in Verbindung gesetzt. Sie hat mir die zur Durchführung einer Demarche erforderlichen Detailangaben in Aussicht gestellt¹⁰.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 80, dodis.ch/49449; das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 20. Dezember 1977, dodis.ch/49296 sowie das Schreiben von P. A. Nussbaumer an A. Weinauer und P. R. Jolles vom 14. Mai 1976, dodis.ch/49274. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 169, dodis.ch/50892.

10. Vgl. dazu das Schreiben von R. Retornaz und R. Gaulaz an P. R. Jolles vom 30. Juni 1977, CH-BAR#E7110#1988/12#995* (821) sowie Doss. CH-BAR#E7110#1988/12#1002* (842.0).

Interne Notiz des Politischen Departements¹

GLEICHBERECHTIGUNG VON MANN UND FRAU IM EPD

Bern, 24. Juni 1977

Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau ist heute im Politischen Departement vollständig verwirklicht. Die letzten Ungleichheiten – sie betrafen vor allem die verheiratete Beamtin² – wurden aufgrund der von der departementsinternen Arbeitsgruppe «Florian» ausgearbeiteten Empfehlungen beseitigt. Diese Arbeitsgruppe, die sich ganz allgemein mit den Aufgaben und der Arbeitsweise des EPD befasste, räumte dem Problem der Gleichberechtigung von Mann und Frau einen wichtigen Platz in ihren Beratungen ein³.

Diese Gleichstellung von Mann und Frau bedeutet, dass die drei sogenannten Karrieredienste – diplomatischer und konsularischer Dienst, Kanzleidienst und Sekretariatsdienst – Bewerber beiderlei Geschlechts offenstehen, sofern sie die nötige Vorbildung aufweisen, einzig das Schweizerbürgerrecht besitzen und die in den entsprechenden Reglementen vorgesehene Zulassungsprüfung bestehen.

Ferner bestehen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit keine Unterschiede in der Entlohnung; auch in bezug auf die Beförderungen werden keine Unterschiede zwischen Mann und Frau gemacht.

Die sogenannten Karrieredienste unterscheiden sich vom übrigen Bundespersonal dadurch, dass die ihnen angehörenden Beamten der Versetzungsdisziplin unterstehen, was bedeutet, dass sie in der ganzen Welt eingesetzt und periodisch an einen neuen Dienstort transferiert werden. Die Wahl dieser Einsätze richtet sich nach der Eignung und nach den dienstlichen Bedürfnissen und nicht nach dem Geschlecht. Allerdings gibt es noch immer eine Anzahl Länder, in denen der Einsatz von Beamtinnen des diplomatischen und konsularischen Dienstes und des Kanzleidienstes nicht möglich ist, weil sie dort aufgrund der traditionellen Einstellung zur Frau – und insbesondere zur alleinstehenden Frau – ihre beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben nicht oder nur sehr schwer erfüllen können.

Somit bestehen in dieser Hinsicht noch gewisse, durch die Einstellung anderer Gesellschaftssysteme bedingte faktische Ungleichheiten. Jedoch sind auch in diesen Ländern in Zukunft Änderungen in ihrer Einstellung zur Frau zu erwarten, insbesondere was die oberen sozialen Schichten betrifft.

Die Durchführung der Gleichberechtigung in der Praxis stösst bei den ledigen Beamtinnen auf keine Schwierigkeiten. Bei den verheirateten Beam-

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1644* (B.15.50.4). Verfasst von Ch. Gilliéron.

2. Vgl. dazu die Notiz von F. Vogel vom 28. Januar 1977, dodis.ch/50475.

3. Vgl. dazu den Bericht der Arbeitsgruppe Florian vom März 1975, dodis.ch/40926, bes. Kap. 3.5 sowie die Notiz von M. von Grünigen vom 2. April 1974, dodis.ch/50471.

tinnen hingegen führt die Unterstellung unter die Versetzungsdisziplin wegen des beruflichen Engagements und der beschränkten oder fehlenden Möglichkeiten zur Berufsausübung für den Ehemann im Ausland oft zu Problemen⁴. Die Versetzungsdisziplin bedeutet hier, dass auf den Beruf des Ehemanns der Beamtin bzw. der Ehefrau des Beamten keine Rücksicht genommen werden kann, da sonst die nötige Mobilität des versetzbaren Personals – die bereits durch die Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Beamten und seiner Familie sowie auf die Schulungsmöglichkeiten für die Kinder eingeschränkt wird – nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Da die Beamtin – wie auch der Beamte – lediglich das Schweizerbürgerrecht besitzen darf, kann sich auch in dieser Hinsicht durch eine Heirat eine spezielle Situation einstellen, weil die Beamtin eventuell durch die Heirat mit einem Ausländer gemäss dessen Heimatrecht ihre angestammte Staatsangehörigkeit verliert oder zur Doppelbürgerin wird, ohne auf die neue Staatsangehörigkeit verzichten zu können. In einem solchen Falle muss die betreffende Beamtin aus dem Karrieredienst ausscheiden⁵.

Schliesslich ist der Anteil der Frauen in den verschiedenen Diensten des EPD recht unterschiedlich; einen Überblick geben die als Anhang beigefügten statistischen Unterlagen⁶.

4. Vgl. dazu exemplarisch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde von F. Birrer beim Schweizerischen Bundesgericht vom 15. Dezember 1978, CH-BAR#E2004B#1990/219#1186* (a.221.22).

5. Vgl. dazu die Notiz A. Glesti vom 1. Juni 1976, dodis.ch/40599.

6. Für die Beilagen vgl. dodis.ch/50065.

72

dodis.ch/49315

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber¹

BESUCH BUNDES RAT GNÄGIS IN DEN USA

Vertraulich

Bern, 18. Juli 1977

Mit Schreiben vom 28. Juni 1977² an Generalsekretär Weitnauer teilt Botschafter Probst mit, Bundesrat Gnägi gedenke im November Washington zu besuchen³.

Zweck der Reise wären Gespräche mit seinem Kollegen, Verteidigungssekretär Harold Brown, betreffend die Kompensationsgeschäfte für den Erwerb der Tiger-Kampfflugzeuge (Memorandum of Understanding⁴).

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1878* (C.41.111.0). Verfasst von P. Troendle und unterzeichnet von A. Hegner. Kopie an A. Weitnauer.

2. Schreiben von R. Probst an A. Weitnauer vom 28. Juni 1977, dodis.ch/50686. Vgl. ferner das Schreiben von R. Probst an R. Gnägi vom 28. Juni 1977, dodis.ch/53737.

3. Vgl. dazu das Schreiben von R. Gnägi an R. Probst vom 16. Juni 1977, dodis.ch/50715.

4. Memorandum of Understanding between the Government of the Swiss Confederation and

Während den ersten zwei Jahren der Vereinbarung, bzw. bis Mitte Juli 1977, lag die Verantwortung für die Verwirklichung von Gegengeschäften primär bei den Firmen Northrop und General Electric⁵. Nachdem die Zwischenbilanz der Kompensationsgeschäfte unbefriedigend ist, ginge es nun darum, die volle Verantwortung des amerikanischen Verteidigungsdepartements – nach Ablauf der zweijährigen «Industriefrist» – zu fixieren⁶. Dazu ist die geplante Reise von Bundesrat Gnägi sicherlich sehr nützlich.

Nachdem Sie aus den bekannten Gründen auf Ihre Besuche sowohl in Moskau⁷ wie in Washington vorläufig verzichtet haben⁸, sollte unseres Erachtens der *politische Aspekt* eines bundesrätlichen Besuches in den USA nicht vergessen werden, besonders wenn es sich um den Vorsteher des Eidg. Militärdepartements handelt. (Eventuelle neutralitätspolitische Bedenken: NATO⁹; Glaubwürdigkeit der Schweiz am KSZE-Nachfolgetreffen im Herbst¹⁰).

the Government of the United States concerning the F-5 program vom 2. und 9. Juli 1975, dodis.ch/50170. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317.

5. Vgl. dazu den Bericht von H. A. Keller vom 3. Dezember 1976, dodis.ch/50714 sowie die Notiz von F. Pometta an P. Graber vom 23. August 1977, dodis.ch/52988.

6. Vgl. dazu den Bericht von Ch. Grossenbacher und R. Huber vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/50716.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 47, dodis.ch/48692, Anm. 2.

8. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 112, dodis.ch/49604, Punkt 3. Zu den für 1978 und 1979 geplanten Besuchen vgl. die Notiz von M. Krell vom 12. September 1978, dodis.ch/50688 sowie die Notiz von R. Probst vom 20. November 1978, dodis.ch/50692. Allgemein zur Besuchsdiplomatie vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 111, dodis.ch/52279.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 161, dodis.ch/40763.

10. Zu den Vorbereitungen des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

73

dodis.ch/51705

Notiz des Abteilungschefs der Handelsabteilung, C. Sommaruga, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger¹

KAUF DES PZ 68 DURCH ÖSTERREICH²

Vertraulich

Bern, 3. August 1977

Am Vorabend der Einweihung der Messe Dornbirn (Voralberg) traf ich am 29. Juli 1977 mit Bundesminister *Staribacher* (S) zusammen, mit welchem ich ein halbstündiges, ruhiges Gespräch unter vier Augen führen konnte. Ich brachte die Unterredung dabei u. a. auf das Panzergeschäft. S[*taribacher*]

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1987/102#364* (151.1). Kopie an R. Gnägi, P. R. Jolles, Ch. Grossenbacher und die schweizerische Botschaft in Wien. Begleitnotiz von A. Hasler vom 4. August 1977: Herrn Bundesrat Brugger zu Ihrer Orientierung.

2. Vgl. dazu das Protokoll des Leistungsstabs des Militärdepartements vom 1. November 1976, dodis.ch/51800; die Notiz von C. Sommaruga an E. Brugger vom 31. Januar 1977, dodis.ch/51819 sowie die Notiz von C. Sommaruga an Ch. Grossenbacher vom 4. Februar 1977, dodis.ch/51821.

schätzte es, mit mir darüber «ganz offen» sprechen zu können und bat mich, Ihnen seine Überlegungen – mit den herzlichsten Grüßen – weiterzuleiten. Hier das wesentliche seiner Ausführungen:

1. Mit einem raschen Entscheid der Bundesregierung in Sachen Panzerkauf sei kaum zu rechnen. *S[taribacher]* glaubt nicht an eine Entscheidung im Herbst. Diese Annahme basiere auf zwei Gründen:

- a) Der neue Bundesverteidigungsminister Rösch müsse sich zuerst für eine klare Abwehrkonzeption entscheiden. Dies erfordere eine gewisse Zeit.
- b) Erst danach könne der Entscheid über den Panzertyp und das Modell getroffen werden, was wiederum eine eingehende Prüfung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten durch den zuständigen Minister erfordere, eingeschlossen die entsprechenden finanziellen Folgen. Minister Rösch wolle diese Entscheide ganz unvoreingenommen treffen und sich nicht von der Konzeption seines Vorgängers³ beeinflussen lassen.

2. Nach der vorläufigen Ansicht von Herrn Rösch – der, zum Unterschied seines Vorgängers, mit *S[taribacher]* ein sehr gutes und freundschaftliches Verhältnis zu haben scheint – sei die Abwehrkonzeption von General Spanocchi die richtige. In Sachen Panzer bedeute dies, dass die Ansicht von General Habermann – wonach sich die Ausrüstung des Bundesheers mit einem mittelschweren Kampfpanzer (z. B. dem Schweizer Pz 68) trotz mangelnder Luftraumverteidigung rechtfertige – wenig Chancen auf Erfolg habe⁴. Die Mehrheit der Bundesregierung – wo nicht nur die «Hilfskrankenträger» wie *S[taribacher]* sässen! – teile die Ansicht, dass, wenn ein neuer Panzer für die österreichische Armee beschafft werden sollte, es ein Panzerjäger sein müsse. Immerhin sei der Entscheid primär Sache des neuen Verteidigungsministers, der noch eine gewisse Zeit brauche.

3. Die Qualität des Pz 68 sei unbestritten und auch in Österreich gut bekannt. Auch glaube *S[taribacher]*, dass dem Pz 68 weder von einem amerikanischen Modell noch seitens des bei Steyr-Puch auf Grund einer britischen Lizenz in Entwicklung stehenden, österreich-griechischen Gemeinschaftspanzers eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen werde. Die Problematik liege eben in der «Abwehrkonzeption»!

4. Er bedaure, dass man österreichischerseits – unter der Leitung von Herrn Lütgendorf – mit der Schweiz in den Verhandlungen für den Pz 68 soweit gegangen sei, bevor Klarheit in der Lage der österreichischen Bedürfnisse bestehe. Er wisse, dass das EMD den Pz 68 nicht von sich aus angeboten habe, sondern vielmehr, dass die Gespräche auf österreichische Initiative zustande kamen⁵.

5. Es liege ihm sehr daran, uns – wie er es Ihnen persönlich gegenüber schon früher gemacht hätte – vorzeitig zu warnen, dass der Entscheid für den Pz 68 nicht gesichert sei. Er würde sich übrigens bemühen, Sie persönlich und informell zu informieren, sobald etwas Neues zu sagen sei.

3. K. Lütgendorf.

4. Vgl. dazu die Notiz an R. Gnägi vom 9. Februar 1978, dodis.ch/51828.

5. Vgl. dazu die Notiz der Gruppe für Rüstungsdienste des Militärdepartements vom 29. Juli 1977, dodis.ch/51826.

Ich antwortete S[taribacher], dass wir bisher offiziell nichts über einen möglichen Aufschub des Vertragsabschlusses⁶ erfahren hätten. Eine Verzögerung über September hinaus würde gewisse Probleme schaffen, die auch finanzielle Konsequenzen haben könnten, obwohl wir weiterhin bereit seien, die Finanzierungsfrage für Österreich so günstig wie möglich zu lösen. Es schiene mir aber wichtig, ohne zu grosse Verzögerung Klarheit zu schaffen. Dies sei auch notwendig wegen der Kompensationsvereinbarung⁷, die schon in Kraft sei und gut zu funktionieren beginne. Eine gewisse Verärgerung der beteiligten Industrien, welche schon mit einer Verlagerung gewisser Käufe auf Österreich begonnen hätten, könne bei Nicht-Abschluss des Pz 68-Vertrags nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden, was sich negativ auf den österreichisch-schweizerischen Warenverkehr auswirken könnte.

Ich dankte S[taribacher] schliesslich für das offene Gespräch und bat ihn nachdrücklich, uns informiert zu halten. Falls der neue Verteidigungsminister Herrn Bundesrat Gnägi – wie vorgesehen – demnächst den geplanten Besuch abstatten würde, böte sich Gelegenheit zu einem umfassenden Gedankenaustausch.

Nach dieser Unterredung möchte ich meinerseits die Auffassung zum Ausdruck bringen, dass die Aussichten, das Panzergeschäft abzuschliessen, gering sind⁸. Dabei scheint die Frage der Kompensation keine Rolle mehr zu spielen.

Sollte sich allerdings der Besuch von Bundesminister Rösch bei Bundesrat Gnägi verzögern, wäre es m. E. angebracht, dem neuen Verteidigungsminister von schweizerischer Seite erneut anzubieten, dass sich eine schweizerische Delegation, unter der Leitung des Rüstungschefs⁹, nach Wien begeben würde, um die ganze Problematik – aus technischer, finanzieller und wirtschaftlicher Sicht – Herrn Rösch persönlich darzulegen.

6. Zum Vertragsabschluss vgl. das BR-Prot. Nr. 835 vom 18. Mai 1977, dodis.ch/51825.

7. Absichtserklärung des Eidgenössischen Militärdepartements gegenüber dem österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung betreffend Gegengeschäfte im Zusammenhang mit dem Kauf des Schweizer-Panzers 68 vom 6. April 1977, dodis.ch/51826, S. 7 f. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 602 vom 6. April 1977, dodis.ch/51824. Allgemein zur Kompensation vgl. die Notiz von C. Sommaruga vom 21. Dezember 1976, dodis.ch/51818.

8. Das Geschäft kam nicht zustande. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 488 vom 15. März 1978, dodis.ch/51829 sowie das Schreiben von H. Thalberg an C. Sommaruga vom 10. April 1978, dodis.ch/51830.

9. Ch. Grossenbacher.

*Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber¹*LES NÉGOCIATIONS COMMERCIALES MULTILATÉRALES (NCM) AU GATT
(TOKYO ROUND)*[Berne,] 3 août 1977*

1. Après de longs travaux préparatoires², les négociations commerciales multilatérales (NCM) sont à la veille d'entrer dans leur phase active. Plusieurs éléments contribuent à mettre les NCM sous pression et à leur donner un nouvel élan:

- Ni les États-Unis, ni le Japon ni encore la CEE qui sont les participants clés des NCM ne sont actuellement sous l'influence de campagnes électorales paralysant la négociation³.
- La nouvelle administration américaine a désigné comme négociateur en chef (avec rang de membre du cabinet) Robert S. Strauss, ancien président national du parti démocrate et politicien aussi influent que dynamique. M. Strauss a laissé entendre que s'il ne parvenait pas à relancer la négociation de façon définitive d'ici décembre, il pourrait abandonner son poste. Cette menace à peine voilée est à la fois salutaire et dangereuse car une démission de Strauss ferait certainement avancer la cause des milieux protectionnistes aux États-Unis.
- Le récent sommet de Londres (mai 1977) des principaux pays industrialisés a confirmé la date-objectif de fin 1977 pour la phase finale des NCM⁴.
- Les pouvoirs de négociation que détient l'Administration américaine au titre de la «US trade act» de 1974⁵ expirent en 1980 ce qui signifie qu'au plus tard en 1980 les résultats du «Tokyo Round» devront avoir été ratifiés par le Congrès américain.
- La Commission de la CEE est pressée de négocier, craignant que les États membres pourraient décider de modifier son mandat de négociation dans un sens plus restrictif.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1045* (C.41.103.3.(02)). Rédigée par D. de Pury et signée par J. Zwahlen. Visée par P. Graber le 24 août 1977.

2. Cf. DDS, vol. 26, doc. 114, dodis.ch/38593; doc. 134, dodis.ch/38594 et doc. 182, dodis.ch/38602; l'exposé de A. Dunkel du 5 février 1976, dodis.ch/50120; le compte rendu de la séance de la Délégation économique permanente du 28 octobre 1976, dodis.ch/48399 et le compte rendu de E. Balthasar du 20 juin 1977, dodis.ch/50118.

3. Cf. la notice de P. R. Jolles à E. Brugger du 7 octobre 1976, dodis.ch/50127 et la notice de A. Dunkel du 24 février 1977, dodis.ch/50116.

4. Sur le sommet de Londres, cf. la notice de J.-F. Riccard du 25 mai 1977, dodis.ch/53952. Sur le code des normes, cf. la notice de E. Balthasar du 22 mars 1977, dodis.ch/50128; la notice de R. Lempen du 5 juillet 1978, dodis.ch/50129 et la notice de A. Dunkel du 6 décembre 1978, dodis.ch/50111.

5. Cf. DDS, vol. 25, doc. 134, dodis.ch/38594, en particulier note 4 et DDS, vol. 26, doc. 13, dodis.ch/38907, en particulier note 4.

- C'est la première fois, enfin, que les pays en développement participent en force à des négociations multilatérales sous l'égide du GATT⁶. Cela contribue à l'atmosphère d'urgence des NCM.

2. Les *structures de la négociation* dont l'établissement a causé tant de difficultés sont en place: Elles consistent essentiellement en un Comité des négociations et en sept groupes se consacrant chacun à un secteur de la négociation, à savoir aux produits tropicaux, aux tarifs, aux mesures non tarifaires, aux clauses de sauvegarde, à l'agriculture, à l'approche sectorielle et, enfin, à la réforme du cadre de négociation commerciale internationale. La principale difficulté dans l'établissement de cette structure fut la divergence entre les États-Unis et la CEE quant à la place du chapitre agricole⁷ dans la négociation. Les États-Unis finirent par accepter la revendication communautaire de négocier le chapitre agricole dans un groupe séparé, à condition, bien entendu, que la négociation agricole soit une partie importante et intégrante de la négociation d'ensemble. Lors d'une récente visite de M. Strauss à Bruxelles, les USA et la CEE ont confirmé cet accord, la CEE acceptant d'envisager des concessions dans le cadre de la flexibilité – très limitée il est vrai – que lui laisse la politique agricole commune (p. ex. en ce qui concerne la fixation des montants de restitution), les États-Unis renonçant pour leur part à mettre ouvertement en cause les bases mêmes de la politique agricole commune.

3. Lors de la même rencontre américano-communautaire, les USA et la CEE se sont mis d'accord sur les grandes lignes d'un programme de négociation. Ce programme comporte quatre phases successives:

- a) accord sur un plan général de démobilitation tarifaire qui prévoirait une formule générale de réduction des tarifs⁸
- b) échange des demandes spécifiques dans les domaines des tarifs agricoles et des obstacles non tarifaires⁹
- c) échange des propositions concrètes dans le domaine des règles internationales (codes) régissant les obstacles non tarifaires
- d) au plus tard, enfin, d'ici le 15 janvier 1978 présentation des offres réciproques dans tous les domaines. Cette présentation devrait permettre aux négociateurs de se faire une idée précise des écarts à combler et, espèrent les Américains, à négocier un paquet final en l'espace de 90 jours. Cet espoir de terminer la négociation d'ensemble le 15 avril 1978 paraît il est vrai sensiblement trop optimiste lorsque l'on considère les énormes difficultés qui attendent les négociateurs¹⁰.

6. Cf. le PVCF N° 1608 du 24 septembre 1973, dodis.ch/38588 et la notice de D. de Pury à P. Aubert du 21 juillet 1978, dodis.ch/50112.

7. Sur les négociations du chapitre agricole et la position suisse, cf. DDS, vol. 26, doc. 182, dodis.ch/38602; la notice de K. Weber à P. R. Jolles du 30 mars 1977, dodis.ch/50071 et la notice de M. Besson et E. Contestabile du 14 décembre 1977, dodis.ch/50130.

8. Cf. la notice de P. R. Jolles à E. Brugger du 7 octobre 1976, dodis.ch/50127.

9. Cf. la notice de E. Balthasar du 22 mars 1977, dodis.ch/50128 et le rapport de M. Besson, E. Contestabile et R. Lempen du 1^{er} novembre 1977, dodis.ch/50124.

10. Sur l'évolution des négociations, cf. le discours de P. R. Jolles du 23 janvier 1978, dodis.ch/50106 et la notice de A. Dunkel du 6 décembre 1978, dodis.ch/50111.

4. Le Tokyo Round¹¹ ressemblera assez peu au Kennedy Round¹² des années soixante et cela à plusieurs égards:

- Alors que le Kennedy Round était presque entièrement centré sur les réductions tarifaires¹³, l'élimination des obstacles non tarifaires représente le principal objet du Tokyo Round. La négociation portera notamment sur les restrictions quantitatives, les obstacles techniques, les subventions aux exportations, les «countervailing duties», les achats gouvernementaux et les clauses de sauvegarde.
- En raison des profonds bouleversements, d'ordre structurel également, que connaissent les relations économiques internationales depuis quelques années et de la forte recrudescence des forces protectionnistes un peu partout dans le monde, les NCM vont devoir rechercher autant ce que les Français appellent «l'organisation du libéralisme commercial», c'est-à-dire l'établissement de règles claires dans le domaine des exceptions à la liberté des échanges (clauses de sauvegarde, etc.) qu'une libéralisation accrue des échanges commerciaux. La sauvegarde de l'acquis par l'établissement de «règles du jeu» de plus en plus claires sera vraisemblablement le problème numéro un du Tokyo Round.
- L'objet de la négociation du Kennedy Round avait été essentiellement la *négociation des exceptions* à la formule générale fixée d'entrée de cause par le président Kennedy (réduction générale des tarifs de 50%). L'objectif du Tokyo Round par contre est de réduire les exceptions au minimum et dès lors de *négoier des formules générales* applicables pour le plus grand nombre dans les domaines des tarifs, des obstacles non tarifaires et des clauses de sauvegarde.
- En résumé l'on peut dire que le Kennedy Round recherchait une libéralisation maximale des échanges quitte à devoir accepter un certain nombre d'exceptions aux règles générales, que le Tokyo Round par contre recherche avant tout la mise en vigueur de règles applicables et appliquées par tous.

5. De par son expérience en matière de commerce extérieur et les nombreuses initiatives prises par sa délégation (p. ex. en proposant une formule générale de réduction tarifaire), la Suisse joue un rôle en vue dans la négociation¹⁴. Les objectifs suisses dans la négociation peuvent être résumés en quatre points:

1. maintenir l'acquis
2. faire des progrès substantiels en matière de libéralisation des échanges
3. améliorer et compléter au besoin les «règles du jeu» de façon à les rendre applicables de manière uniforme à tous, petits et grands
4. trouver le moyen d'accorder aux pays en développement des avantages supplémentaires sans toutefois compromettre à long terme l'unité et l'uniformité du système commercial international. Rechercher de la part des

11. Cf. DDS, vol. 27, doc. 74, dodis.ch/50105 et doc. 105, dodis.ch/49332 ainsi que le discours de P. R. Jolles du 23 janvier 1978, dodis.ch/50106. Cf. aussi note 2.

12. Cf. DDS, vol. 25, doc. 103, dodis.ch/35597, note 4.

13. Annotation dans le texte original: Si l'on fait abstraction du code antidumping et de quelques autres mesures dans le domaine non tarifaire.

14. Sur la position de la Suisse lors de ces négociations, cf. aussi DDS, vol. 26, doc. 134, dodis.ch/38594 et doc. 182, dodis.ch/38602.

pays en développement des contreparties, notamment dans le domaine de l'accès aux ressources.

75

dodis.ch/51697

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi, an die schweizerische Botschaft in Islamabad¹

SOFORTAKTION; NORD-SÜD-KONFERENZ

Auszug Urgent

Bern, 17. August 1977

Primo. Anlässlich Nord-Süd-Konferenz in Paris² verpflichtete sich Schweiz – unter Vorbehalt Zustimmung des Parlamentes³ – mit 26 Millionen US-Dollar am «Special Action Programme» der Industrie- zugunsten der Entwicklungsländer teilzunehmen, indem sie ausstehende öffentliche schweizerische Finanzhilfekredite an Länder mit niedrigerem Einkommen in nichtrückzahlbare Übertragungen unwandelt. Dieser Schuldenerlass würde – vorausgesetzt, Parlament stimme ihm zu – im Verlaufe 1978 wirksam werden. Als rechtliche Form des Schuldenerlasses sind Briefwechsel zwischen Schweiz und begünstigten Ländern vorgesehen, welche einschlägige Artikel der betreffenden Darlehensverträge abändern würden.

Secundo. Um Verpflichtungen im Rahmen des «Special Action Programme» nachzukommen, nimmt Schweiz in Aussicht, Finanzhilfekredite an folgende Länder in Geschenke umzuwandeln⁴: Indien, Nepal, Kenia, Kamerun, Pakistan, Bangladesch, Indonesien. Es sind dies jene Länder mit niedrigem Einkommen, die von Schweiz in vergangenen Jahren Finanzhilfekredite erhalten haben. Der für Pakistan vorgesehene Schuldenerlass bezieht sich auf den zwischen der Regierung der Islamischen Republik Pakistan und der Schweizer Regierung abgeschlossenen Vertrag über die Gewährung von Transferkrediten vom 16. April 1970⁵ und zwar im Umfang des Bundesan-

1. *Telegramm Nr. 51 (Versandkopie):* CH-BAR#E7110#1988/12#25* (221.1). *Kopie an den Dienst für Technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, K. Jacobi, E. Roethlisberger, J.-P. Béguin, R. Imhoof, P. Saladin und K. O. Wyss.*

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.*

3. *Vgl. dazu die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an der Sonderaktion zugunsten einkommensschwacher Entwicklungsländer vom 14. September 1977, BBl, 1977, III, S. 161–180 sowie das BR-Prot. Nr. 1508 vom 14. September 1977, dodis.ch/52336.*

4. *Vgl. dazu die Notiz von R. Högger vom 15. August 1977, dodis.ch/52335; das BR-Prot. Nr. 1508 vom 14. September 1977, dodis.ch/52336; das BR-Prot. Nr. 496 vom 15. März 1978, dodis.ch/51918 sowie das Rundschreiben K. Jacobi vom 28. März 1978, dodis.ch/52337.*

5. *Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung des Islamischen Republik Pakistan über die Gewährung von Transferkrediten vom 16. April 1970, AS, 1970, S. 580–584. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 79, dodis.ch/30926, Anm. 8; DDS, Bd. 24, Dok. 144, dodis.ch/32801; DDS, Bd. 25, Dok. 111, dodis.ch/35308; DDS, Bd. 26, Dok. 99, dodis.ch/39479 sowie die Notiz von K. Schärer vom 20. April 1976, dodis.ch/51898.*

teils von 22,5 Millionen Schweizerfranken. Die am Datum des Erlasses noch ausstehende Schuldsumme (Kapital und Zinsen) auf dem Anteil des Bundes würde demnach in eine nichtrückzahlbare einseitige Übertragung der Schweiz an Pakistan umgewandelt.

Tertio. Bevor der Bundesrat dem Parlament einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten kann⁶, muss er wissen, ob die zuständigen pakistanischen Behörden mit einem derartigen Schuldenerlass prinzipiell einverstanden wären. Wir ersuchen Sie deshalb, die zuständigen Behörden Ihres Gastlandes in entsprechendem Sinne anzufragen. Da die Angelegenheit äusserst dringend ist, benötigen wir Ihre Antwort in Bern bis 8. September⁷. Um Ihnen Ihre Demarche zu erleichtern, finden Sie nachstehend unter quarto Textentwurf, den Sie Regierung Ihres Gastlandes in Form einer Note oder Aide-Mémoire übermitteln wollen.

[...] ⁸

6. Vgl. den Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz an der Sonderaktion zugunsten einkommensschwacher Entwicklungsländer vom 6. Dezember 1977, *BBl*, 1978, I, 45–46.

7. Schreiben von L. Mossaz an P. R. Jolles vom 29. August 1977, dodis.ch/54163.

8. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/51697.

76

dodis.ch/48386

*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements,
H. Kaufmann, an den Bundesanwalt, R. Gerber¹*

BRUNO BREGUET²

Vertraulich

Bern, 25. August 1977

Im Nachgang zu unserer Notiz vom 22. August 1977³, von der Sie Kopie erhielten, bringen wir Ihnen anbei Kopie eines uns in derselben Sache soeben zugegangenen Telegramms aus Tel Aviv⁴ zur Kenntnis.

1. Schreiben: CH-BAR#E4268-06#2014/25#2928* (1-27).

2. Der Schweizer Bürger B. Breguet wurde im Juni 1970 bei der Einreise nach Israel wegen illegalen Besitzes von Sprengstoff verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt. Ein Begnadigungsgesuch führte im Juni 1977 zu seiner vorzeitigen Haftentlassung. Vgl. dazu u. a. die Notiz von S. Meili an M. Luy vom 4. Februar 1971, dodis.ch/36428; die Notiz von E. Brunner an P. Graber vom 18. März 1971, dodis.ch/35436; das Schreiben von A. Hohl an H. Hess vom 7. August 1972, dodis.ch/36454; das Schreiben von H. Hess an E. Thalmann vom 15. August 1973, dodis.ch/39774, Punkt 4; das Schreiben von H. Kaufmann an J. Rüedi vom 26. April 1977, dodis.ch/48385 sowie das Schreiben von R. Heinis an B. Breguet vom 14. Februar 1978, dodis.ch/48387.

3. Notiz von H. Kaufmann vom 22. August 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3942* (B.32.11).

4. Telegramm Nr. 138 von J. Rüedi an das Politische Departement, Doss. wie Anm. 2. Gemäss dessen *plane Breguet [de] prendre contact dans pays arabes avec groupement terroriste extrémiste FPLP*.

Obschon uns die angeblichen Reise- bzw. Kontaktpläne Bruno Breguets, sofern sie zutreffen, gegenüber den israelischen Behörden in eine gewisse Verlegenheit bringen, da wir mehr oder weniger die Zusicherung Breguets, er werde nach einer allfälligen Freilassung keinerlei gegen Israel gerichtete Tätigkeit ausüben, «beglaubigt» haben⁵, sind wir uns natürlich durchaus im Klaren, dass wir der Anregung Botschafter Rüedis betreffend Nachprüfung dieser Absichten nicht stattgeben können. Herr Breguet kann als Schweizer reisen, wohin er will, und dies gilt, wenigstens im Prinzip, auch für seine Kontakte.

Leicht anders stellt sich indessen das Problem unter dem Aspekt der präventiven Bekämpfung des internationalen Terrorismus⁶ dar. Sollten die Kontakte des Herrn Breguet tatsächlich der «front populaire de libération de la Palestine» gelten, so wäre daran zu erinnern, dass gerade diese extremistische Organisation für verschiedene Flugzeugentführungen und andere Attentate verantwortlich gezeichnet hat⁷. Von diesem Gesichtspunkt aus, scheint uns, besteht ein legitimes schweizerisches Interesse an einer Abklärung des wie und wozu der von Breguet gesuchten Kontakte.

Wir gestatten uns, Ihnen obige Ausführungen im Sinne einer Anregung zu geben.

5. Vgl. dazu das Schreiben von H. Kaufmann an J. Rüedi vom 26. April 1977, dodis.ch/48385.

6. Vgl. dazu die Notiz von J. Voyame an K. Furgler vom Mai 1978, dodis.ch/50253 sowie die Note des Politischen Departements an die südafrikanische Botschaft in Bern vom 30. Mai 1978, dodis.ch/50254.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 130, dodis.ch/33710; DDS, Bd. 25, Dok. 12, dodis.ch/35468 und Dok. 37, dodis.ch/35415. Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der Air France durch die PFLP-EO und zur Geiselbefreiung in Entebbe im Juli 1976 vgl. die Notiz von H. Jossen vom 3. Juli 1976, dodis.ch/50247; die Telegramme Nr. 139 und 141 von J. Rüedi an das Politische Departement vom 5. Juli 1976, dodis.ch/50248 und dodis.ch/50249 sowie das Telegramm von A. Weitnauer an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 6. Juli 1976, dodis.ch/50250.

*Proposition commune du Département de l'économie publique et du
Département politique au Conseil fédéral¹*

CONFÉRENCE SUR LA COOPÉRATION ÉCONOMIQUE INTERNATIONALE (CCEI):
RAPPORT FINAL

N'est pas destinée à la presse

Berne, 29 août 1977

La Conférence sur la coopération économique internationale (CCEI) – sur le déroulement de laquelle nous vous avons régulièrement fait rapport² – a achevé ses travaux le 3 juin dernier par une réunion tenue au niveau ministériel à laquelle notre pays était représenté par une délégation dirigée par les Chefs du Département politique et du Département de l'économie publique³.

La délégation suisse à la CCEI a établi un *rapport d'ensemble* (annexe)⁴ qui, d'une manière détaillée, rend compte des résultats de la Conférence et procède à une appréciation d'ensemble des tenants et aboutissants de cette conférence économique internationale d'un nouveau genre.

Les résultats de la CCEI

Les zones d'accord de même que les sujets sur lesquels une entente n'a pu être réalisée parmi les participants sont énumérés aux pages 7 à 10 du rapport de la délégation. Parmi les points d'accord d'un intérêt tout particulier pour la Suisse, il faut citer la possibilité que nous a offerte la CCEI de *dialoguer* pendant près de 18 mois avec les pays producteurs de pétrole. Ces discussions ont notamment débouché sur la reconnaissance de l'importance d'un approvisionnement suffisant et stable et sur la définition des grandes lignes d'un programme de coopération énergétique international⁵. Dans le secteur des *produits de base*, le résultat le plus important concerne l'engagement politique relatif au Fonds commun⁶ dont la création est envisagée dans le cadre du Programme intégré de la CNUCED⁷. Dans le *domaine commercial*, les participants à la CCEI ont réaffirmé leur volonté de faire aboutir les Négociations commerciales multilatérales actuellement en cours sous l'égide du GATT⁸. Mais c'est surtout en matière de *politique du développement* que

1. Proposition: CH-BAR#E1004.1#1000/9#847*. Signée par E. Brugger et P. Graber.

2. Cf. p. ex. le rapport de Ph. Lévy et W. Rossier du 29 décembre 1975, dodis.ch/40733 et le PVCF N° 200 du 4 février 1976, dodis.ch/50856.

3. P. Graber et E. Brugger.

4. Rapport de la Délégation suisse à la CCEI du 9 août 1977, dodis.ch/50203.

5. Sur la crise pétrolière, cf. DDS, vol. 26, doc. 49, dodis.ch/39686.

6. Cf. la notice de J.-P. Béguin et J. Cuttat du 4 novembre 1977, dodis.ch/50414.

7. Cf. le rapport de la Délégation suisse sur la 4^{ème} session de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement du 15 juin 1976, dodis.ch/40900, pp. 7–12; le PVCF N° 394 du 3 mars 1977, dodis.ch/51584 et le PVCF N° 1985 du 15 novembre 1978, dodis.ch/51585.

8. Sur le Tokyo-Round, cf. DDS, vol. 26, doc. 114, dodis.ch/35593, en particulier note 5; doc. 134, dodis.ch/38594 et doc. 182, dodis.ch/38602; DDS, vol. 27, doc. 74, dodis.ch/50105 et doc. 105, dodis.ch/49332 et le discours de P. R. Jolles du 23 janvier 1978, dodis.ch/50106.

des résultats positifs ont été enregistrés. Des engagements concrets ont été pris dans les domaines des transferts de ressources, de l'industrialisation ainsi que du développement de l'agriculture et des infrastructures. Finalement, un prix tout particulier doit être attaché du point de vue de la Suisse à l'accord (partiel toutefois) intervenu en matière de *promotion et de protection des investissements étrangers privés dans les pays en développement*⁹.

En revanche, il n'a pas été possible d'obtenir la création d'un forum permanent de consultation en matière d'énergie. De même, aucun progrès n'a été accompli en vue d'améliorer la sécurité d'approvisionnement en matières premières. Il n'a pas non plus été possible de trouver un terrain d'entente substantiel sur la question de la lutte contre l'inflation.

La question de l'*accroissement de l'aide publique au développement* a été l'un des *thèmes centraux* de la CCEI. La Suisse s'est trouvée isolée sur cette question, car elle a été le seul pays industrialisé à ne pas être en mesure de s'engager à accroître substantiellement son aide publique en valeur réelle. En revanche, elle s'est déclarée prête à participer à l'«Action spéciale»¹⁰ d'aide immédiate et additionnelle d'un montant d'un milliard de dollars pour les pays en développement les plus touchés par l'évolution économique mondiale et dont les revenus sont les plus faibles. Notre part s'élève à 26 millions de dollars (environ 65 millions de francs). Nous vous soumettrons d'ici peu un projet de message aux Chambres¹¹ précisant les modalités de notre participation à cette action. Conformément à vos instructions des 30 mars et 18 mai 1977¹², nous proposerons de le faire sous forme d'une conversion en dons de crédits à long terme accordés par la Suisse à certains pays en développement à faible revenu.

Les accords intervenus à la Conférence de Paris ne précisent pas leur *nature juridique*; il ne s'agit en tout état de cause pas d'un traité international. L'engagement auquel ont souscrit les participants est de nature politique plutôt que juridique.

Appréciation d'ensemble de la CCEI

Aux pages 10 à 13 du rapport ci-joint, la délégation suisse a procédé à une appréciation d'ensemble de la CCEI et de ses résultats. Elle débouche sur la constatation que la Conférence a sans doute contribué à une meilleure connaissance des problèmes du développement et de l'énergie et aussi

9. Cf. la notice de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 29 avril 1977, [dodis.ch/50428](#), pp. 13 s.

10. Cf. DDS, vol. 27, doc. 75, [dodis.ch/51697](#); le procès-verbal de W. Rossier du 23 mai 1977, [dodis.ch/50424](#); le PVCF N° 1508 du 14 septembre 1977, [dodis.ch/52336](#); la notice de J.-P. Béguin du 18 janvier 1978, [dodis.ch/50417](#) et le PVCF N° 496 du 15 mars 1978, [dodis.ch/51918](#).

11. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la participation de la Suisse à l'Action spéciale en faveur de pays en développement à faible revenu du 14 septembre 1977, FF, 1977, III, pp. 169–189.

12. Annotation dans le texte original: Propositions DFEP/DPF des 25 mars et 18 mai 1977. Pour la proposition commune du Département politique et du Département de l'économie publique du 25 mars 1977, cf. le PVCF N° 576 du 30 mars 1977, [dodis.ch/50426](#) et pour la proposition commune du Département politique et du Département de l'économie publique du 17 mai 1977, cf. le PVCF N° 821 du 18 mai 1977, [dodis.ch/50427](#).

des difficultés et des limites du dialogue Nord/Sud. Les pays en développement veulent avant tout obtenir des réformes en profondeur de l'économie mondiale et des règles nouvelles pour les relations économiques internationales¹³. Ils considèrent les actions conduites jusqu'ici par les pays industrialisés comme insuffisantes et trop souvent ponctuelles, c'est-à-dire destinées à répondre à des problèmes à court terme et ne s'insérant pas dans une politique cohérente de coopération internationale au développement. Pendant la CCEI, ils se sont à différentes reprises – et notamment au cours de la phase ministérielle finale – exprimés dans ce sens (cf. en particulier page 12 du rapport ci-joint). Tout en reconnaissant que des progrès ont été accomplis à la CCEI, les pays en développement n'ont pas caché leur déception à l'issue de la Conférence. La CCEI a en tous les cas confirmé qu'il ne pouvait y avoir de rétablissement d'un équilibre économique mondial sans efforts accrus de coopération en faveur des pays en développement.

Après avoir défini le rôle des différents participants à la Conférence (pages 14 à 21), le rapport de la délégation suisse émet finalement des considérations sur les suites de la CCEI (pages 22 et 23), en *Suisse* notamment. La CCEI a constitué une étape importante et utile de l'entreprise de longue haleine que constitue le dialogue entre pays industrialisés et pays en développement. Cette étape de la CCEI a maintenant pris fin, aucun des gouvernements participants n'ayant envisagé de l'institutionnaliser. Dans la perspective de ce processus à long terme de coopération et de négociation, les efforts devront maintenant être poursuivis dans les enceintes traditionnelles, en partant des résultats acquis à la CCEI. Ces enceintes sont les organes du système des Nations Unies¹⁴, les institutions de Bretton Woods¹⁵ et le GATT¹⁶. En outre, l'OCDE, qui a excellemment servi de centre de coordination et d'analyse entre pays industrialisés, doit poursuivre son action. Les décisions prises en juin par les Ministres de l'OCDE vont d'ailleurs dans ce sens¹⁷.

Dans notre pays, on n'a sans doute pas encore suffisamment conscience de l'importance économique et politique des problèmes du développement. En outre, on ne saurait minimiser la gravité de *notre isolement international* dû à notre incapacité de nous associer à l'engagement pris par l'ensemble des autres participants industrialisés d'accroître substantiellement leur aide publique en valeur réelle. Si la déclaration faite à ce sujet par le Chef de la délégation suisse¹⁸ n'a pas suscité trop de réactions négatives (cf. les considérations émises à la page 20 du rapport de la délégation), il est probable que nos négociateurs vont se voir placés à l'avenir dans une situation de plus en plus difficile sur le plan international. De toute façon, il est certain que de nouveaux efforts financiers nous seront demandés dans des domaines où la

13. Cf. la notice de M. Heimo du 9 février 1978, dodis.ch/50511.

14. Cf. le PVCF N° 174 du 8 février 1978, dodis.ch/50418.

15. Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Aubert du 1^{er} mars 1978, dodis.ch/50420.

16. Cf. l'exposé de A. Dunkel du 31 août 1978, dodis.ch/48276.

17. Annotation dans le texte original: cf. le rapport du DFEP sur les résultats de la réunion du Conseil de l'OCDE au niveau ministériel des 23 et 24 juin 1977, qui vous sera soumis prochainement. Cf. le PVCF N° 1590 du 26 septembre 1977, dodis.ch/50434.

18. Discours de P. Graber du 30 mai 1977, dodis.ch/50425.

CCEI n'a donné que des orientations générales qui se concrétiseront dans d'autres enceintes (matières premières, énergie, industrialisation etc.). Sortir de cette situation difficile représente pour la Suisse une nécessité.

Abstraction faite de la question de l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies¹⁹, un autre handicap important à une défense des intérêts de la Suisse sur le plan international est constitué par *notre absence de certaines enceintes universelles*, Fonds monétaire international et Banque mondiale notamment²⁰.

Dans l'immédiat, il s'agit pour notre pays – en collaboration avec ses partenaires industrialisés et les pays en développement – de *remplir les engagements contractés à Paris*, qu'il s'agisse de la mise en œuvre de mesures spécifiques ou, plus généralement, de la continuation du dialogue sur les problèmes en suspens. Simultanément, sur le plan interne, il s'agit de *poursuivre et d'accentuer nos efforts d'information* en vue d'obtenir que la politique de coopération au développement menée par les autorités résulte d'un consensus aussi large que possible entre les différentes tendances qui s'expriment dans notre pays.

Nous vous *proposons* de prendre note du présent rapport et d'approuver les résultats de la Conférence sur la coopération économique internationale.

19. Cf. DDS, vol. 27, doc. 120, dodis.ch/51502 et doc. 156, dodis.ch/51504.

20. Cf. DDS, vol. 27, doc. 174, dodis.ch/51862, en particulier notes 6 et 7.

78

dodis.ch/49321

Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Washington¹

HEILMITTEL

[Washington,] 29. August 1977

1. Fabrikationsinspektionen (Briefwechsel Schnyder/Rusk²)

Nach den amerikanischen Vorschriften dürfen in den USA nur Heilmittel aus Produktionsbetrieben auf den Markt gebracht werden, die den amerikanischen Bestimmungen genügen und daraufhin amtlich inspiziert werden. Um Pharmazeutika nach den USA exportieren zu können, hätten die schweizerischen Unternehmen deshalb Inspektionen durch Beamte der Food and Drug Administration (FDA) zulassen müssen, was mit dem Verbot von Amts-

1. Notiz: CH-BAR#E7110#1988/12#2000* (867.3). Verfasst und unterzeichnet von S. Arioli. Die Notiz wurde von S. Arioli an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements gesandt für den Washington Besuch vom Herrn Botschafter Jolles. Zum Besuch vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 92, dodis.ch/49331.

2. Schreiben von F. Schnyder an D. Rusk vom 28. Juni 1968, dodis.ch/53230 und Schreiben von D. Rusk an F. Schnyder vom 28. Oktober 1968, dodis.ch/53231.

handlungen ausländischer Behörden auf schweizerischem Territorium (Art. 271, Strafgesetzbuch) nicht zu vereinbaren wäre³.

Die Amerikaner waren jedoch bereit, Inspektionen durch schweizerische Beamte nach den amerikanischen Erfordernissen zu anerkennen, sofern sie sich von der Gleichwertigkeit der schweizerischen Kontrollen überzeugen konnten. Dazu wurde eine sogenannte Evaluationsinspektion, bei der amerikanischen Beamte schweizerische Inspektoren bei der Prüfung eines Fabrikationsbetriebes in der Schweiz begleiteten, durchgeführt. Ein Briefwechsel zwischen Botschafter Schnyder und Staatssekretär Rusk vom 28. Juni / 28. Oktober 1968 hält die Anerkennung der schweizerischen Inspektionen fest. Diese Anerkennung gilt aber nur für Wirkstoffe (bulk drugs), nicht für Fertigprodukte (dosage forms), da die schweizerische Industrie damals nur Interesse an Wirkstoffexporten hatte.

Seither führt die Interkantonale Kontrollstelle auf Begehren der FDA jedesmal eine Inspektion des schweizerischen Betriebes durch, der ein neues Heilmittel zur Zulassung auf dem amerikanischen Markt anmeldet. Diese Inspektionen erfolgten zur Zufriedenheit der FDA.

Eine gleichartige Regelung für Sera und Impfstoffe war bisher nicht möglich, da die amerikanische Gesetzgebung eine Anerkennung von Inspektionen ausländischer Behörden für diese Produkte nicht zulässt. Amerikanische Beamte inspizieren daher mindestens einmal jährlich die Seraherstellung beim Schweizerischen Roten Kreuz und das Serum- und Impfinstitut in Bern, indem sie jeweils einen Beamten des Eidg. Gesundheitsamts begleiten⁴.

2. Inspektionen der Labors für präklinische Prüfungen⁵

Voraussetzung für die Zulassung eines neuen Heilmittels sind u. a. präklinische Tests (vor allem Tierversuche), deren Durchführung und Ergebnisse bisher von den Gesundheitsbehörden aller Länder aufgrund von Laborberichten geprüft wurden. Die FDA hat indessen seit einiger Zeit schwere Missbräuche in den USA festgestellt: Es wurde über Tests berichtet, die gar nie durchgeführt worden sind, und die Testergebnisse wurden gefälscht. Die FDA hat deshalb Vorschriften für die präklinischen Prüfungen ausgearbeitet («regulations for good laboratory practices», abgekürzt «GLP») die Ende 1977 in Kraft treten sollen⁶. Die Einhaltung dieser Vorschriften wird u. a. auch durch Laborinspektionen kontrolliert. Den GLP und dem Inspektionserfordernis unterliegen in- und ausländische Labors in gleicher Weise.

Die FDA hat die Exportländer im März dieses Jahres darüber informiert. Im Mai besuchte der Leiter der Abteilung Heilmittelkontrolle der FDA⁷ Firmen der Basler Pharmazeutischen Industrie und Vertreter des Eidg. Gesundheitsamtes, der IKS und der Handelsabteilung in Bern. Bei der Besprechung in Bern stellte der FDA-Sprecher ein schriftliches Begehren um eine ameri-

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 26, dodis.ch/32619 sowie DDS, Bd. 25, Dok. 66, dodis.ch/35400, bes. Anm. 10.

4. Vgl. dazu die Notiz von W. Zumbrunn vom 21. Januar 1976, dodis.ch/50764 sowie die Notiz von R. Imhoof vom 22. April 1977, dodis.ch/50797.

5. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an P. R. Jolles vom 1. Februar 1977, dodis.ch/50795.

6. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Blickenstorfer vom 7. Februar 1978, dodis.ch/50800.

7. R. Crout. Zum Besuch vgl. die Notiz von M. Krell vom 12. Mai 1977, dodis.ch/50798.

kanische Inspektion in der Schweiz in Aussicht, bei der die schweizerischen Laborinspektionen, die allerdings erst noch eingeführt werden müssen, darauf hin evaluiert werden könnten, ob sie den amerikanischen Anforderungen genügen. Die Botschaft in Washington erkundigte sich am 26. August nach dem Verbleib dieses schriftlichen Begehrens⁸ und erhielt wie schon bei früheren Anfragen, dass es demnächst, wenn möglich innert Wochenfrist, zugestellt würde.

8. Schreiben von D. Kennedy an R. Probst vom 9. September 1977, dodis.ch/50799.

79

dodis.ch/49213

Aufzeichnung des Diensts Information und Presse des Politischen Departements¹

KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE) KAPITEL «INFORMATION» DER SCHLUSSAKTE VON HELSINKI. SITZUNG AM 29. AUGUST 1977 UM 14.30 UHR²

Vertraulich

Bern, 30. August 1977

Herr Andres (EPD) begrüsst die Teilnehmer an der heutigen Sitzung³ und schlägt die folgende Traktandenliste vor: 1. Bericht über die Vorbereitungskonferenz in Belgrad⁴. 2. Stand der Durchführung der Schlussakte von Helsinki⁵. 3. Vorschau auf die Hauptkonferenz in Belgrad⁶.

1. Bericht über die Vorbereitungskonferenz in Belgrad

Herr Renk (EPD) gibt einen kurzen Überblick über Belgrad I: Festlegung der Tagesordnung, des Beginns und der Dauer der Belgrader Hauptkonferenz im Herbst 1977.

2. Stand der Durchführung der Schlussakte von Helsinki

Herr Bischof (EPD) gibt einen Überblick über den Stand der bilateralen Durchführung der Schlussakte von Helsinki auf dem Sektor der Informati-

1. *Aufzeichnung*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#903* (B.72.09.15.1). Verfasst und unterzeichnet von E. Bischof.

2. *Anwesend*: E. Andres, F. Dubois, E. Bischof, H. Renk, Ch. Jean-Richard, H. Seelhofer, J. Jäger, E. Haering, B. Rostan, C. Tchimirin, P. Waldner, W. Steiner, A. Schmid, A. Clerc und B. Junod.

3. Für die Sitzungen vom 26. Mai 1976, 15. September 1976 und 2. März 1977 vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#899-901* (B.72.09.15.1).

4. Vgl. dazu die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 10. August 1977, dodis.ch/49215 sowie den Bericht von H. Renk vom 17. Oktober 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#904* (B.72.09.15.1).

5. Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21. Juli 1975, doc. CSCE/CC/64, BBl, 1975, II, S. 924-1006. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875.

6. Zur Eröffnung des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 89, dodis.ch/49323 und zum Schlussdokument vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 126, dodis.ch/49325.

on⁷. Bekanntlich hat das EPD im April 1977 durch die schweizerischen Botschaften an alle Aussenministerien der Warschauer Pakt-Staaten eine Note⁸ gerichtet, in der das Interesse schweizerischer Zeitungen für eine vermehrte Verbreitung bekanntgegeben worden ist. Die Reaktion auf diese Intervention war erwartungsgemäss eher zurückhaltend bis negativ, wobei die Oststaaten auf die bekannten Schwierigkeiten (Devisen, Reziprozität) hingewiesen haben⁹. Teilerfolge konnten jedoch in Polen und Ungarn erzielt werden. Was die Arbeitsbedingungen für Journalisten¹⁰ betrifft, so hat sich das EPD bei einzelnen ihm bekannten Fällen für schweizerische Medienvertreter eingesetzt. Zur Zeit stehen wir in Verhandlungen mit Ungarn betreffend die Erteilung von Dauervisa für schweizerische Auslandskorrespondenten in Wien.

Herr Andres (EPD) ergänzt diesen Überblick mit dem Hinweis darauf, dass der Generalsekretär des EPD, Botschafter Weitnauer, bei seinen kürzlichen 5 Reisen in die Oststaaten Europas¹¹ auch die Probleme des Informationsaustausches zur Sprache gebracht hat.

Herr Schmid (EVED) erwähnt, dass die Sowjetunion via Intervention mit Sitz in der CSSR einen starken Einfluss auf den Programmaustausch innerhalb der Oststaaten zugunsten der sowjetischen Kultur ausübt¹². Im Bereich der elektron[ischen] Medien ist im Gegensatz zur Presse ein stärkerer Austausch von Westen nach Osten festzustellen, der denjenigen in umgekehrter Richtung um ein Vielfaches übersteigt. Es ist bekannt, dass im Osten sehr häufig westliche Radiosender gehört werden, gemäss amerikanischer Umfrage in Polen sogar stärker als Radio Warschau. Die DDR hat in letzter Zeit Kontakte zur SRG aufgenommen, um die gegenseitige Übernahme von Sendungen zu fördern¹³. Die schweizerische Delegation in Belgrad wird vom EVED eine Dokumentation über diesen Mediensektor erhalten.

Herr Seelhofer (VSJ) entschuldigt den abwesenden Präsidenten¹⁴ seines Verbandes. Der VSJ sieht Korb 3 in einem grundsätzlicheren Zusammenhang als verschiedene Regierungen, nicht nur die schweizerische. Die Schlussakte von Helsinki sollte eine Geisteshaltung widerspiegeln. In diesem Sinne ist die Frage, 50 NZZ mehr in den Oststaaten, zwar auch wichtig, aber sie trifft nicht den Kern des Problems. Man kämpft um letzte kleine Residuen des Geistes von Helsinki. Der VSJ ist in Bezug auf die 1. Belgrader Konferenz bereit anzuerkennen, dass die Schweizerdelegation keinerlei Terrain preis-

7. Vgl. dazu das Schreiben von H. Seelhofer an E. Andres vom 1. März 1977, dodis.ch/49214. Allgemein für eine Bilanz zum Stand der KSZE vgl. das Referat von P. Graber vom 12. August 1976 für die Sitzung vom 26./27. August 1976 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, dodis.ch/48323.

8. Memorandum vom 25. März 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#910* (B.72.09.15.1.(03).1).

9. Vgl. dazu das Rundschreiben von E. Andres an die schweizerischen Botschaften in Osteuropa vom 25. Mai 1977, dodis.ch/49216 sowie Doss. wie Anm. 8.

10. Vgl. dazu das Rundschreiben von E. Andres an die schweizerischen Botschaften in Osteuropa vom 3. Juni 1977, dodis.ch/52875.

11. Vgl. dazu die Notiz von H. Renk vom Februar 1978, dodis.ch/48996.

12. Zur Anwendung der KSZE-Bestimmungen im Kultur- und Bildungsbereich vgl. die Aufzeichnung von M. Appenzeller der Aussprache vom 23. März 1977, dodis.ch/52973.

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 86, dodis.ch/49336, Punkt 9.

14. E. Walter.

gegeben hat. Wir betrachten das als Erfolg. Im EPD wird offensichtlich auch als Erfolg gebucht, dass wir mit den N + N-Staaten zusammengearbeitet haben¹⁵. Der VSJ sieht jedoch für die 2. Belgrader Konferenz im Zusammenhang mit den Blockfreien gewisse Gefahren. Denn vor allem die Jugoslawen haben sich zum Sprachrohr einer Haltung gemacht, die auf dem Gebiet der Medienfreiheit und Medienschaffenden total anders ist, als das, was der VSJ vertritt. Hier gibt es keine Angleichung der Standpunkte. Unsere Haltung zu den grundsätzlichen Problemen, wie sie in der UNESCO-Mediendeklaration¹⁶ zum Ausdruck kam, ist allseits bekannt. Diese Grundsatzdiskussionen werden wohl auch in Belgrad zur Sprache kommen, deshalb wird der VSJ den Antrag stellen, die schweizerische Delegation möge auch nichtgouvernementale Experten in Belgrad beiziehen.

Der Zentralpräsident¹⁷ des VSJ hat kürzlich um ein Visum nach Polen er sucht, wobei ihm die polnischen Behörden eine Prüfungsfrist von 16 Tagen als Bedingung gestellt haben. Eine Intervention des EPD konnte daran nichts ändern. Das Visum wurde schliesslich nicht erteilt.

Herr Andres (EPD) erinnert daran, dass für uns Belgrad nicht zu einem Tribunal werden soll. Bundesrat Graber hat dies mehrmals im Parlament erklärt; er hat aber auch darauf hingewiesen, dass die schweizerische Delegation eine klare Haltung bei der Nachfolgekonzferenz einnehmen wird¹⁸.

Herr Renk (EPD): Die schweizerische Zusammenarbeit im Rahmen der N + N an der Vorkonferenz in Belgrad beschränkte sich auf rein prozedurale Fragen. Während der Genfer Phase der KSZE gab es im Bereich des 3. Korbes nur eine Zusammenarbeit unter den neutralen Ländern, nicht aber mit den ungebundenen Staaten¹⁹. Die UNESCO-Mediendeklaration wird unseres Wissens in Belgrad nicht zur Sprache kommen. Eine Teilnahme von nichtstaatlichen Experten ist in keiner Delegation vorgesehen.

Herr Jäger (SPK) ist, was die grundsätzlichen Fragen betrifft, 100 %ig mit Herrn Seelhofer einverstanden. Die Politik der kleinen Schritte, wie sie unsere Regierung praktiziert, ist aber trotzdem als überaus wertvoll einzuschätzen.

15. Zur Zusammenarbeit der Gruppe der N+N während der Verhandlungen der zweiten Phase der KSZE in Genf vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 89, dodis.ch/38858. Zu den KSZE-Treffen der vier Neutralen in Helsinki (29./30. April 1976), der N+N in Belgrad (31. Januar/1. Februar 1977) und der Neutralen in Bern (9./10. Mai 1977) vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1655.

16. Die Beschlussfassung über den Entwurf für eine Erklärung über die grundlegenden Prinzipien des Beitrags der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus, Apartheid und Aufhetzung zum Krieg vom 1. Juli 1976, UNESCO doc. 19 C/91 (1976) wurde an der 19. Generalkonferenz der UNESCO in Nairobi im November 1976 auf später verschoben. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1815 vom 20. Oktober 1976, dodis.ch/51028; den Bericht von G. Ruf vom Dezember 1976, dodis.ch/51032, S. 23 f. sowie die Notiz von P. Stauffer vom 28. Dezember 1976, dodis.ch/51031, Punkt 5.

17. E. Walter.

18. Vgl. die Antworten von P. Graber vom 8. März 1977 auf die Motion Fischer-Bremgarten vom 17. Dezember 1976 und die Interpellation Gut vom 28. September 1976, Amtl. Bull. NR, 1977, S. 38–40 und 45 f. sowie vom 20. Juni 1977 auf die Interpellation Oehler vom 17. März 1977, Amtl. Bull. NR, 1977, S. 882 f.

19. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326.

zen. Jede auch noch so kleine Lockerung ist für den Osten gefährlich, für uns demnach nützlich. Eine gewisse Unruhe haben diese bescheidenen Anstrengungen bereits geschaffen in einem Block, den wir früher als monolithisch betrachtet haben.

Herr Steiner (Frepol): Das EJPD hat im Einvernehmen mit dem EPD einige Erleichterungen für Journalisten der WaPa-Staaten als Vorleistungen eingeführt. Es ist deshalb erstaunlich, dass der Präsident des VSJ den geschilderten Schwierigkeiten begegnet ist. Wir haben auch früher schon Visakriege mit gewissen Oststaaten (DDR, Ungarn, CSSR) geführt²⁰. Nach kurzer Zeit hatten wir die Erleichterungen, die wir zu beanspruchen berechtigt waren. Unser Entgegenkommen darf nicht mit Dummheit verwechselt werden.

Herr Dubois (EPD) erläutert die näheren Umstände des Visumgesuches von Fürsprecher Eric Walter.

Herr Waldner (BK) hat aufgrund von Kontakten mit rumänischen Diplomaten den Eindruck gewonnen, dass dieses Land einem vermehrten Zeitungsaustausch nicht abgeneigt wäre. Das Gewicht sollte in Zukunft vermehrt auf den Austausch von *Zeitungsartikeln* gelegt werden, da dies erfolgversprechender ist.

Herr Seelhofer (VSJ) teilt diese Auffassung und bittet das EPD um entsprechende Hilfe. Die NZZ hat bereits einige Zeitungen direkt angeschrieben und einen Artikelaustausch vorgeschlagen. Dieser Versuch blieb aber erfolglos.

3. Vorschau auf die Hauptkonferenz in Belgrad

Herr Renk (EPD) stellt den Verbänden einige Ideen vor, die die schweizerische Delegation im Herbst vorbringen könnte²¹. Als erstes nennt er die Schaffung eines gesamteuropäischen Pools für Zeitungsartikel (Details vergleiche separater Text²²).

Herr Jäger (SPK) hat aus der Sicht des Praktikers beträchtliche Bedenken gegenüber eines gesamteuropäischen Pools. Östliche Zeitungsartikel sind bekanntlich trostlos langweilig. Wir können niemanden zwingen, solche Texte zu publizieren. Mit dem Erfolg, dass, wenn wir keine Artikel übernehmen, die Oststaaten von uns auch nichts veröffentlichen. Ein Pool zwischen Westeuropäern und Amerikanern wäre hingegen eine sehr gute Sache.

Herr Häring (UNAG) möchte nochmals zurückkommen auf den Austausch von Zeitungen. Dieser liesse sich sehr gut fördern, wenn nicht die leidige Devisenfrage wäre. Der Osten hat nur für dringend benötigte Publikationen wie technische Zeitschriften Geld zur Verfügung. Die Rumänen haben sich vor einigen Jahren bemüht, ihre deutschsprachige Tageszeitung «Der Neue Weg» hier zu verkaufen. Der Versuch hat aber wegen mangelndem Interesse des Publikums fehlgeschlagen.

20. Zur DDR vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 83, dodis.ch/31170 und zur ČSSR die Notiz von A. Janner vom 12. November 1962, dodis.ch/30380.

21. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#912* (B.72.09.15.1.(03).3).

22. Nicht ermittelt.

Die Distripress wird 1978 in Warschau eine Kongress durchführen, wo unter anderem auch der Informationsaustausch zwischen West und Ost besprochen wird. Eine vorherige Besprechung mit dem EPD wäre sehr nützlich.

Herr Seelhofer (VSJ) schliesst sich der Meinung von Herrn Jäger betreffend den europäischen Pool an. Ein von Regierungen aufgezogener und verwalteter Pool wäre abzulehnen.

Herr Renk (EPD) erwidert, dass dieser Pool nicht notwendigerweise staatlicher Natur sein müsste und stellt als weitere Idee die Ausarbeitung einer Konvention zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Auslandskorrespondenten vor. Er erinnert an die einschlägigen Artikel der Schlussakte von Helsinki²³ sowie an einen bestehenden Entwurf des Europarates²⁴, der entsprechend abzuändern und zu vereinfachen wäre.

Herr Seelhofer (VSJ) erwähnt, dass die internationale Journalistenföderation ebenfalls eine solche Resolution gefasst hat. Mit der Schaffung einer Konvention wäre der VSJ einverstanden. Diese sollte aber über das bereits bestehende hinausgehen, sonst sollte man lieber davon absehen.

Herr Jäger (SPK) kann die Idee einer Konvention vorbehaltlos unterstützen und relativiert die Einwände seines Vorredners. Die Politik der kleinen Schritte ist auch hier notwendig, denn auf dem gesamteuropäischen Gebiet besteht in dieser Richtung heute gar nichts. Ein erster Schritt, so klein er ist, kann ein Durchbruch sein.

Herr Andres (EPD) erklärt abschliessend, dass die bilateralen Kontakte mit den interessierten Verbänden auch weiterhin aufrecht erhalten werden. Vorschläge für Belgrad sind jederzeit willkommen. In der Woche vor dem 4. Oktober 1977 wird das EPD eine Pressekonferenz abhalten, in der den Medien die Schweizer Delegation²⁵ vorgestellt wird.

23. Vgl. *BBl*, 1975, II, S. 924–1006, bes. S. 945 f.

24. Entwurf für eine Europäische Konvention über ausländische Korrespondenten vom 29. Oktober 1976, CM(76)257. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#167* (o.121.314.0).

25. Für die Ernennung der Delegation vgl. das BR-Prot. Nr. 1606 vom 29. September 1977, dodis.ch/54158. Zur Eröffnung des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 89, dodis.ch/49323.

*Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber¹*PUBLICATION DE COMMUNIQUÉS DE PRESSE AU SUJET D'AFFAIRES D'ESPIONNAGE:
CAS TADEUSZ FIECKO

Berne, 6 septembre 1977

La prise de position (ci-jointe) du Département de justice et police sur notre co-rapport, dans lequel nous suggérons de renoncer à la communication d'un communiqué de presse, ne nous est parvenue que ce matin, c'est-à-dire après la séance au cours de laquelle le Conseil fédéral a pris sa décision². Sans vouloir revenir sur cette décision, nous estimons cependant que l'argumentation du Département de justice et police ne devrait pas être acceptée, même tacitement, car non seulement elle repose sur des conceptions que nous considérons erronées, mais elle risque d'aboutir à priver complètement le Département politique de tout «Mitspracherecht» au sujet de la ligne à suivre en la matière. Or, ce «Mitspracherecht» lui avait été formellement reconnu par un arrêté (secret) du Conseil fédéral du 11 février 1970³.

L'argument principal du DFJP est que les organes de sécurité de l'État ont «le droit (Anspruch) de faire connaître leurs succès». Il est facile de répondre que l'intérêt, voire l'amour-propre, d'un organe du gouvernement passe *toujours* après l'intérêt de la Confédération. Les organes de sécurité n'ont pas plus le droit de faire valoir leurs succès que le Département politique. Ils doivent s'acquitter de leur devoir même quand c'est en secret. Les diplomates y sont habitués.

Que le peuple suisse désire maintenant être mieux informé qu'avant l'affaire Jeanmaire⁴, c'est possible; nous croyons cependant qu'il tient surtout à ce que de tels cas ne se reproduisent pas. Qu'il ait besoin d'être «sensibilisé», c'est une question sur laquelle il appartient au Conseil fédéral de se prononcer. Il convient toutefois de remarquer qu'apparemment, dans le cas Fiecko,

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4980* (A.44.21). Rédigée par A. Maillard, signée par A. Hegner et transmise à P. Graber par l'intermédiaire de A. Weinauer. Copie à F. Pometta et E. Andres.

2. Pour le co-rapport du Département politique du 2 septembre 1977, la prise de position du Département de justice et police du 6 septembre 1977 et la décision du Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1455 du 7 septembre 1977, dodis.ch/49281.

3. Cf. le PVCF N° 285 du 11 février 1970, dodis.ch/49876 et le PVCF de décision II du 12 février 1970 de la 6^{ème} séance du 11 février 1970, dodis.ch/49282. Cf. aussi DDS, vol. 25, doc. 133, dodis.ch/35536, en particulier note 14 et DDS, vol. 27, doc. 51, dodis.ch/52005. Pour des conflits similaires entre le Département politique et le Département de justice et police, cf. DDS, vol. 26, doc. 28, dodis.ch/38389, point 2; la notice de E. Andres à P. Graber du 2 février 1976, dodis.ch/49283; la notice de E. Andres du 3 février 1976, dodis.ch/49284; la notice de A. Hugentobler du 3 février 1976, dodis.ch/49285; la notice de K. O. Wyss du 13 avril 1976, dodis.ch/50907 et la notice de P. Troendle à A. Weinauer du 24 juin 1977, dodis.ch/49874.

4. Sur l'affaire Jeanmaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 47, dodis.ch/48692 et doc. 51, dodis.ch/52005.

aucun Suisse n'a été impliqué. On voit donc mal à quoi aurait servi une meilleure «sensibilisation».

Enfin, le DFJP semble dire que la publication d'un communiqué de presse⁵ a, sur les services de renseignement étrangers, un effet de dissuasion plus important que le succès obtenu dans la découverte d'un agent secret. Cette manière de voir a de quoi surprendre.

De toute évidence, il y a, dans ce genre d'affaires, des intérêts divergents entre lesquels le Conseil fédéral doit arbitrer de cas en cas en fonction des intérêts supérieurs de la Confédération. Mais il serait, à notre avis, contraire à ces derniers d'accepter tacitement l'argumentation du DFJP.

5. Pour le communiqué du Conseil fédéral, cf. le télégramme N° 100 de A. Hegner à l'Ambassade de Suisse à Varsovie du 15 septembre 1977, dodis.ch/49286. Pour les réactions des autorités polonaises, cf. le télégramme N° 102 de P. A. Nussbaumer au Département politique du 20 septembre 1977, dodis.ch/49287 et le communiqué du Département politique du 26 septembre 1977, dodis.ch/49288.

81

dodis.ch/48807

Notiz für den Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer¹

VERHÄLTNIS SCHWEIZ–PLO

Bern, 8. September 1977

1. Wesen und Struktur der PLO

Die PLO geniesst einen gewissen legitim-legalen Status als Ansatzpunkt zu einer palästinensischen Regierung «in spe» durch die Anerkennung seitens der UN als legale Vertretung des palästinensischen Volkes.

Strukturell verfügt die PLO über 3 Organe:

- a) den National-Rat (gewissermassen das «Parlament»),
- b) den Zentralrat (eine Art «Extrakt» aus dem National-Rat, der die Kontinuität zwischen den eher seltenen Tagungen des National-Rates sichern soll),
- c) den Exekutivrat (die eigentliche politische Führung oder «Regierung»).

Der National-Rat wählt den Zentralrat und den Exekutivrat. Die PLO-Führung ist also auf eine periodische Bestätigung seitens des «Parlamentes» angewiesen, was erklärt, warum die an sich gemässigte PLO sich immer wieder mit extremistischen Splittergruppen zu arrangieren sucht und sich nicht eindeutig von ihnen absetzen kann.

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#600* (B.25.60.12). Verfasst von H. Kaufmann und unterzeichnet von J. Iselin. Die Notiz wurde in Hinblick auf das Treffen von A. Weitnauer mit D. Barakat in Genf am 13. September 1977 verfasst. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Politischen Departements vom 6. Oktober 1977, dodis.ch/48808.

2. Politische Zielsetzung

Sie ist, genau besehen, nach wie vor nicht eindeutig formuliert, weil offenbar im Schosse der PLO (bzw. in den Reihen der sie stützenden oder sie als politischen Hebel benutzenden arabischen Regierungen) keine einheitliche Zielsetzung vorliegt. Sie bewegt sich zwischen einem minimalen Ziel der Schaffung eines palästinensischen Territoriums in Form eines jordanischen Protektorates, über einen unabhängigen palästinensischen Staat bis zur Maximalforderung, Israel müsse die Rückkehr aller geflüchteten bzw. vertriebenen Palästinenser, unter Gewährung voller politischer Rechte, zulassen (was gleichbedeutend wäre mit der Liquidierung des heutigen theokratisch-zionistischen Israels und der Schaffung eines israelischen Staates nach libanesischem Vorbild).

3. Schweizerisches Verhältnis zur PLO-Zielsetzung

Die verschwommene Zielsetzung ist eines der Haupthindernisse für uns, das Verhältnis zur PLO weiter zu «institutionalisieren»; denn wir wüssten ja nicht genau, auf was wir uns dabei einliessen. Andererseits sind für uns die Rechte des palästinensischen Volkes auf eine gesicherte, ständige Heimstätte unbestritten. (Vgl. P. S.)

4. Das PLO-Büro in Genf

Es handelt sich, formell, um ein Verbindungsbüro zur UNO, das wir auf ausdrückliches Ersuchen der UN zugelassen haben². Es besitzt seit 1976 ein eigenes Statut³ (weniger weitgehende Privilegien als eigentliche UN-Missionen, aber doch gewisse Vorrechte). Barakat drängt seit längerer Zeit auf zusätzliche Immunitäten⁴. – De facto ist Barakat auch «Verbindungsmann» der PLO zu Bern, und er hat verschiedentlich insinuiert, eine formelle Zulassung seines Büros auch für bilaterale Belange (wie in Paris oder Stockholm) wäre für die PLO erwünscht⁵.

Aus verschiedenen Indizien lässt sich ersehen, dass das Genfer PLO-Büro im europäischen Netz der PLO-Vertretungen eine wichtige Rolle spielt.

Barakat spricht deutsch, englisch und französisch. Er hat in der BRD studiert. Seine Frau⁶ stammt anscheinend aus einer Familie, die aus der DDR in die BRD geflüchtet ist.

5. «Bilaterale» Fragen

Wir haben zu zweien Malen die Dienste der PLO beansprucht; beide Male während der Wirren im Libanon⁷:

- a) zwei von einer extremistischen PLO-Gruppe in Beirut wegen vermeintlicher Spionage «verhaftete» Schweizer konnten dank Vermittlung der PLO befreit werden⁸.

2. BR-Prot. Nr. 1126 vom 25. Juni 1975, dodis.ch/39528.

3. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#43* (o.107.3.012).

4. Vgl. dazu die Notiz von J. Iselin an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 18. Februar 1977, dodis.ch/48806.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 187, dodis.ch/38640 sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 24. Februar 1976, dodis.ch/48801.

6. M. Barakat-Schrabbeck.

7. Zum Libanesischen Bürgerkrieg vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 15, dodis.ch/50290.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 187, dodis.ch/38640, bes. Anm. 5.

- b) Die PLO hat, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Gebäulichkeiten der schweizerischen diplomatischen Mission in Beirut, während der Einstellung ihrer dortigen Tätigkeit, bewacht⁹.

Das grosse, noch immer pendente Desideratum der PLO ist ein Besuch des «Aussenministers» Kaddumi beim Departementsvorsteher¹⁰. Barakat weist immer wieder darauf hin, dass Kaddumi in andern westlichen Staaten z. T. sogar vom Staatsoberhaupt empfangen worden sei. Wo diese Behauptung zutrifft, handelt es sich allerdings stets um Staaten, die von andern politischen Voraussetzungen ausgehen als wir.

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die arabischen Staaten das Verhältnis der westeuropäischen Staaten zur PLO mehr und mehr zum Prüfstein für die «Echtheit der Gefühle» gegenüber der arabischen Sache machen. Ein Treffen Graber/Kaddumi z. B. in Genf könnte unsere differenzierte Haltung bei Abstimmungen über Israel, Zionismus etc. in internationalen Organisationen¹¹ in arabischen Augen objektivieren. Gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit könnte ein Treffen dahingehend erklärt werden, dass wir die Thesen der PLO, im Hinblick auf die Genfer Konferenz¹², aus 1. Hand zu erfahren wünschten.

P. S.

- 1) Rede vor SP Neuenburg in Les Brenets (15.11.75): «Le meilleur moyen de redresser les torts historiques infligés aux Palestiniens n'est pas de chercher à infliger de nouvelles anxiétés aux Juifs d'Israël, mais de trouver un foyer séparé et viable pour les Palestiniens.»¹³
- 2) Rede am 40. jüdischen Weltkongress, Genf (17.11.76): «Es scheint mir, dass es heute einige Prinzipien gibt, die fast von allen Seiten akzeptiert werden: Es besteht Übereinstimmung über das Recht auf Existenz und auf Sicherheit, innerhalb der von allen Staaten der Region anerkannten Grenzen, als Vorbedingung einer friedlichen und harmonischen Entwicklung und zur Minderung der Spannungen und des beklemmenden Angstgefühls. Ebenso wurde die Notwendigkeit ausreichender Garantien für die territoriale Unverletzlichkeit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates erkannt. Auch hier gilt es, Vertrauen anstelle von düsteren Verdächtigungen zu setzen. Schliesslich die Bildung eines nationalen palästinensischen Gemeinwesens, in einem noch von den interessierten Parteien zu bestimmenden Rahmen, wo die arabische Gemeinschaft Palästinas ihre politi-

9. Vgl. dazu die Note der ständigen Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf an das Büro des ständigen Beobachters der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Genf vom 3. November 1976, [dodis.ch/48805](https://www.dodis.ch/48805).

10. P. Graber. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 190, [dodis.ch/48373](https://www.dodis.ch/48373), Punkt 4 sowie die Notiz von H. Kaufmann an J. Iselin vom 21. Mai 1976, [dodis.ch/48802](https://www.dodis.ch/48802).

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 126, [dodis.ch/38638](https://www.dodis.ch/38638) und Dok. 193, [dodis.ch/37207](https://www.dodis.ch/37207); die Notiz von F. Muheim vom 6. August 1976, [dodis.ch/48804](https://www.dodis.ch/48804) sowie die Notiz von P. Stauffer an F. de Ziegler vom 9. September 1976, [dodis.ch/48395](https://www.dodis.ch/48395).

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 47, [dodis.ch/39249](https://www.dodis.ch/39249), Punkt 3 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 10, [dodis.ch/49404](https://www.dodis.ch/49404).

13. Referat von P. Graber vom 15. November 1975, [dodis.ch/51702](https://www.dodis.ch/51702).

sche und kulturelle Identität verwirklichen kann. Die Sicherheit kann nur durch den Respekt der Rechte aller erreicht werden.»¹⁴

14. Referat von P. Graber vom 17. November 1976, dodis.ch/51970.

82

dodis.ch/51314

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi, an die schweizerischen Botschaften in Jakarta, Singapur und Manila¹

BETRIFFT SCHWEIZERISCHE ASEAN-GOODWILL-MISSION²

Bern, 8. September 1977

Sind nach eingehendem Gedankenaustausch mit Vorort, OSEC, VSM und unter Einbezug telegrafischer³ und mündlicher Stellungnahmen aller schweizerischer Postenchefs in den ASEAN-Hauptstädten zu folgenden Schlussfolgerungen gelangt:

1. Delegationsformel

Aus leitenden Industriellen bzw. Verbandsdirektoren bestehende Mission, offiziellisiert dank Leitung durch einen Delegierten für Handelsverträge und Einbezuges von Euch und Forestier, wird als bestgeeignete Formel festgehalten. Obwohl als «ASEAN-Goodwill-Mission» bezeichnet, wird Delegation angesichts noch geringen ASEAN-Integrationsgrades *bilaterale Beziehungen der Schweiz zu den einzelnen Mitgliedstaaten*, aber unter Motto ASEAN, in den Vordergrund stellen⁴.

2. Besuchsprogramm

Sehen uns aus zeitlichen Gründen gezwungen, Mission zweizuteilen. Erste Tournée⁵ wird Jakarta, Singapur und Manila gelten. Zweite Reise⁶ mit gleichen Zielsetzungen und Konzept wird innert nützlicher Frist nach Bangkok und Kuala Lumpur unternommen werden. Überlassen es Andres und Erni ihre Gesprächspartner zu gegebener Zeit zu orientieren, um nicht Eindruck einer Diskriminierung entstehen zu lassen.

1. Telegramm (Versandkopie): CH-BAR#E7110#1988/12#765* (822). Kopie an F. H. Andres, P. Erni, M. Leu, R. Forestier, P. R. Jolles, K. Jacobi, P. Bettschart, H. Hofer, M. Jost und K. Schärer.

2. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 137, dodis.ch/51315.

3. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E7110#1988/12#765* (822).

4. Vgl. dazu das Telegramm von K. Jacobi an die schweizerischen Botschaften in Jakarta und Bangkok vom 25. August 1977, dodis.ch/51369.

5. Vgl. dazu das Schreiben von R. Wermuth an P. R. Jolles vom 17. November 1977, dodis.ch/51371; den Bericht vom 24. November 1977, dodis.ch/51370 sowie den Bericht von M. Ludwig vom 1. Dezember 1977, dodis.ch/51372.

6. Vgl. dazu den Bericht von R. Forestier vom März 1978, dodis.ch/51441 und den Bericht von M. Ludwig vom 16. März 1978, dodis.ch/51374.

3. Zielsetzungen

Sind nachfolgend in englisch aufgeführt, um Euch Vollzug der unter Ziffer 8 erwähnten Aufträge zu erleichtern:

- a) to strengthen and intensify the mutual bilateral relations in all fields of economic activity;
- b) to examine opportunities for creating new or deepening existing bilateral contacts;
- c) to gain a personal and better insight and survey of the economic situation and potentials of the ASEAN countries individually and as a group;
- d) to present the characteristics of the Swiss economy and manifest its interest in the ASEAN countries;
- e) to identify and exchange views on possible areas of economic cooperation;
- f) to discuss various forms of future follow-up actions (technical seminars, trade fairs, etc.)⁷.

Im Vordergrund stehen demnach wirtschaftliche Selbstdarstellungen des Gastlandes und der Schweiz. Es geht darum, das gegenseitige Interesse an einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu erhöhen und abzuklären, welche Formen hierfür bestehen und sich für beide Seiten als am besten geeignet zeigen. Es handelt sich somit *nicht* um eine einseitige schweizerische Exportförderungsaktion.

4. Zusammensetzung⁸

Die Mission wird vom Unterzeichneten in seiner Eigenschaft als Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge und schweizerischer Gouverneur bei der Asiatischen Entwicklungsbank geleitet werden. Als weiterer Mitarbeiter Handelsabteilung wird ihm Schärer als Länderbearbeiter der ASEAN zur Seite stehen. Folgende Exponenten der Privatwirtschaft sind vorgesehen: Vorort, OSEC, Maschinenindustrie, Chemie, Nahrungsmittel, Welthandel, Uhrenindustrie, Engineering, Banken und eventuell Textilien. Die teilnehmenden Industriellen vertreten nicht eigene Firma, sondern Brancheninteressen. Gesamtteilnehmerzahl ohne Euch und Forestier wird 12 bis 14 Personen nicht übersteigen.

5. Gesprächspartner und Programmgestaltung

Im Vordergrund stehen die für Wirtschaft, Handel, Industrie, Finanzen und Planung zuständigen Minister und/oder Chefbeamten; daneben nationale Handelskammer oder industrielle Dachorganisation sowie Schweizer Geschäftskreise.

Ob ebenfalls Besuch bei Staats- oder Regierungschef vorgesehen und entsprechender Wunsch angebracht werden sollte, möchten wir im Lichte der örtlichen Gepflogenheiten Eurem Entscheid überlassen. Bitten Jakarta um Meinungsäusserung; Gerber hält Vorsprache bei Marcos von entscheidender Bedeutung, Leu eine solche bei Lee für wünschbar, aber nicht unbedingt erforderlich.

7. Zur Frage des Technologietransfers vgl. das Schreiben von R. Forestier an K. Jacobi vom 3. Mai 1978, dodis.ch/51376 sowie die Notiz von K. Jacobi an R. Wermuth vom 26. Mai 1978, dodis.ch/51377.

8. Für die Teilnehmerliste vgl. den Bericht vom 24. November 1977, dodis.ch/51370, S. 25.

Für Besuche auf hoher Ebene nehmen wir Bildung einer Delegationsspitze bestehend aus Jacobi, Postenchef des Residenzlandes, Vorort und OSEC in Aussicht. Obschon die Delegation grundsätzlich geschlossen auftritt, insbesondere für eigentliche Arbeitssitzungen, kann es durchaus sinnvoll sein, sie für gewisse Gespräche schon aus Gründen der Zeitersparnis aufzuspalten. Beispielsweise könnte während Vorsprache Delegationsspitze bei Ministern Restdelegation Gespräche mit lokaler Handelskammer oder Verbänden führen.

Besichtigungen von für uns interessanten Industrieprojekten oder anderen Anlagen erwünscht, sofern mit Programm der Vorsprachen zeitlich vereinbar.

In Jakarta scheint uns Besuch bei Generalsekretär der ASEAN⁹ und seinen Mitarbeitern angezeigt.

6. Zeitliches Programm

- Jakarta: Ankunft Sonntag, 13. November, 19.00;
 Abflug Mittwoch, 16. November, späterer Nachmittag.
- Singapur: Ankunft so rechtzeitig am 16. November, dass Empfang
 noch möglich;
 Abflug nach individuellen Wünschen der Teilnehmer
 am 19. oder 20. November.
- Manila: Ankunft einzeln, aber spätestens am Sonntag,
 20. November so rechtzeitig, dass Empfang
 auf Residenz durchführbar;
 Rückreise Schweiz mit Erstflug DC-10, SR 309
 am 24. November.

7. Empfänge

Sind aus unserer Sicht auf das absolut Notwendige zu beschränken. Würden zwecks Vorbereitung Gespräche und «Temperaturnahme» Zusammenkunft mit Vertretern der schweizerischen Geschäftsinteressen in Form eines Empfanges wie folgt wünschen: Jakarta Montag 14. November, Singapur Mittwoch abend 16. November, Manila Sonntag abend 20. November. Ergänzend hierzu Einladung durch Euch zu einem Stag Lunch beschränkt auf Schweizer Delegation und wichtigste Gesprächspartner Eures Residenzlandes (Vertreter Regierung und Wirtschaft). Gehen davon aus, dass Besuchsland höchstens einen gesellschaftlichen Anlass offerieren wird.

8. Aufträge

In allen drei Hauptstädten sind Eure Kontaktleute über Vorstehendes zu orientieren, damit Daten für Vorsprachen fixiert und Durchführungsmodalitäten einer ersten gemeinsamen Diskussion unterzogen werden können. Deren Resultate und Eure Anregungen werden uns für weitere Planung sehr willkommen sein. Überlassen Entscheid Euch, ob Ihr kurzes Aide-Mémoire überreichen wollt. Ein solches wäre auf alle Fälle in Aussicht zu nehmen, wenn wir Euch vollständige Teilnehmerliste mit wichtigsten personellen Angaben übermitteln werden.

Für *Singapur* im Einvernehmen mit Leu: Angelegenheit vorerst mit Protokollchef Tan aufnehmen. Leu wünscht nach vorverlegter Rückkehr persön-

9. H. Dharsono.

lich mit seinen Gesprächspartnern Einzelheiten zu besprechen. Sofern ein einvernehmlicher Text bis dahin besteht, könnte Investitionsschutzabkommen¹⁰ unterzeichnet werden.

Für *Manila*: Gerber wird Sache ab 12. September selbst an die Hand nehmen.

Unterkunft: Bitten Euch um erforderliche Reservation von Einzelzimmern mit Bad im Hotel Marco Polo in Singapur, Mandarin in Manila. Bitten Jakarta um Vorschläge für Hotel (gemäss Forestier steht «Indonesia», das uns passt, im Vordergrund).

9. Auf Einzelfragen wie Überreichung von Geschenken, lokaler Transport etc. werden wir später zurückkommen. Angesichts gedrängter Vorbereitungsfristen bitten wir um Kabelantwort¹¹.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 13, dodis.ch/48176.

11. Für die Antworten vgl. Doss. wie Anm. 3.

83

dodis.ch/49327

*Der Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer, an den
Herausgeber von Foreign Affairs, W. P. Bundy¹*

[Bern,] 14. September 1977

Thank you very much for your letter of September 6, 1977², which I received yesterday.

Let me first of all express my deep gratitude for all the trouble you went to going through my manuscript³ and making so many interesting comments. Although I don't agree with all of them learning about your views was of great value to me.

I take it that even if I submitted a considerably revised text to you, it is quite possible that you would still not be able to accept it for publication in «Foreign Affairs». So it will surely be better for me not to insist. Anyway, I feel guilty to have taken so much of your precious time.

The key sentence in your letter in my opinion is on page 5, where you say: «The subject is potentially an interesting one, although the pace and degree of change in Swiss foreign policy are not such that one can make the subject truly dramatic.» This is, indeed, the truth.

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#J1.301#2002/197#338*. Diese Kopie ging an R. Probst, der das Schreiben am 28. September 1977 an W. P. Bundy weitergeleitet hat. Handschriftliche Begleitnotiz von A. Weitnauer: Mit herzlichen Grüssen und der Bitte um Weiterleitung an Herrn Bundy (difficile est satiram non scribere!).

2. Schreiben von W. P. Bundy an A. Weitnauer vom 6. September 1977, dodis.ch/49401. Vgl. ferner das Schreiben von A. Weitnauer an R. Probst vom 28. September 1977, dodis.ch/49781 sowie das Schreiben von A. Weitnauer an J. Chace vom 11. Oktober 1978, dodis.ch/49403.

3. New Features of Swiss foreign Policy von A. Weitnauer, dodis.ch/49400. Vgl. auch das Referat von A. Weitnauer vom 10. November 1977, dodis.ch/51610.

Swiss history and, for that matter, Swiss foreign policy are not boring per se. But they have been moving at a very slow pace for many centuries. Maybe I had better suggested to you a text on «The interest Swiss foreign policy presents despite its apparent boredom⁴». But this would certainly have been a subject even less acceptable to you than the «new features» which would, according to you, seem almost imperceptible to the American reader.

Again many thanks for your kind attention.

4. Vgl. dazu auch das Schreiben von Z. Nagorski an A. Weitnauer vom 25. Oktober 1977, dodis.ch/49402.

84

dodis.ch/48486

Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid, S. F. Campiche¹

Madrid, 20 septembre 1977

Audience du Roi²

Le Chef du Département³, accompagné des deux Ambassadeurs⁴, est reçu par le Roi avec sa cordialité et sa simplicité habituelles.

Le Conseiller fédéral dit au Roi combien sa personne est devenue une image populaire et amie en Suisse, combien le Gouvernement et le public tout entier reconnaissent en lui le réalisateur de la réforme qui a réussi ce tour de force de passer d'un régime autoritaire à un régime de multiples partis sans qu'une goutte de sang soit versée⁵. Que cette grande réalisation utile aussi bien à toute l'Europe qu'à l'Espagne est suivie avec attention et sympathie par la Suisse et que la Suisse dans une modeste part fera tout son possible pour appuyer l'Espagne politiquement⁶ et économiquement⁷ dans cette grande œuvre.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3094* (B.15.21.(2)).

2. Juan Carlos I.

3. P. Graber.

4. S. F. Campiche et N. Martín Alonso. Sur la visite, cf. le discours de P. Graber du 20 septembre 1977, dodis.ch/48517 et le procès-verbal de P. Friederich du 6 octobre 1977, dodis.ch/48487.

5. Sur la transition démocratique espagnole, cf. DDS, vol. 26, doc. 191, dodis.ch/39095, en particulier note 3; la notice de J. Cuendet du 3 mai 1976, dodis.ch/48488; le rapport politique N° 18 de S. F. Campiche du 31 mai 1976, dodis.ch/48495; la notice de J. Cuendet à P. Graber du 6 décembre 1976, dodis.ch/48496; la notice de A. Greber à la Direction du droit international public du Département politique du 20 décembre 1976, dodis.ch/48800; le PVCF N° 422 du 7 mars 1977, dodis.ch/48792; la notice de J. C. Bucher du 6 juin 1977, dodis.ch/50477 et la notice de J. Cuendet à P. Graber du 29 novembre 1978, dodis.ch/48497.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 65, dodis.ch/48498.

7. Cf. la notice de P. R. Jolles à E. Brugger et P. Graber du 2 juillet 1976, dodis.ch/48489; la notice de H. Cuennet du 31 août 1976, dodis.ch/48490; les comptes rendus de P. Friederich du 23 septembre 1977, dodis.ch/48492 et dodis.ch/48493; le rapport de H.-U. Greiner du 19 octobre 1978,

Le Roi admet que seules les garanties attachées à sa personne ont permis à la droite et surtout à l'armée, principalement au début de la réforme, d'accepter l'enclenchement des mesures de réforme. On ne voit pas, dans un pays aussi diversifié et personnalisé que l'Espagne, ce qui pourrait remplacer la couronne comme symbole de la nation et de l'unité nationale. Maintenant que la première phase de la réforme politique est réalisée, le Roi conçoit son rôle surtout comme celui d'arbitre au-dessus de la mêlée⁸.

Il souligne les difficultés économiques⁹ qui tombent à un moment bien délicat alors que toutes les institutions sont en pleine transition.

Par ailleurs, le Roi a souligné une fois de plus comme il le fait à chaque occasion l'attachement personnel et sentimental et les souvenirs qui le lient à notre pays et il regrette de ne pas pouvoir y faire des séjours comme par le passé¹⁰. Le Conseiller fédéral répond aux questions du souverain, expose les grandes lignes de notre système constitutionnel et de nos habitudes politiques, sujets qui intéressent toujours le Roi.

Pour terminer, le Chef du Département invite le Roi à faire une visite officielle en Suisse¹¹ aussi tôt que son programme si chargé le lui permettra. Juan Carlos accepte cette idée avec plaisir et nous prie d'en informer le Ministre Oreja¹².

J'ajouterai qu'à part les signes d'une fatigue bien compréhensible à la suite d'un voyage dans six pays d'Amérique centrale d'où il est revenu hier seulement, on observe sur le visage du souverain une plus grande assurance et une plus grande autorité.

Entretien avec le Président Suárez

Le président Suárez a reçu le Chef du Département en compagnie des deux Ambassadeurs. Ce qui frappe à première vue chez M. Suárez, c'est le regard appuyé et intense qu'il pose sur son interlocuteur et son attention et la concentration extrême qu'il met au dialogue, sa facilité d'élocution, son intuition politique combinée avec un pouvoir de calcul et d'analyse. Le Conseiller fédéral dit pour commencer combien l'image de M. Suárez est connue en Suisse et combien le public aussi bien que le gouvernement admirent la manière dont il sait mener à bien la tâche si difficile de passage d'un gouvernement autoritaire à un gouvernement démocratique¹³ et l'assure du soutien, aussi modeste puisse-t-il être, de la Suisse dans cette entreprise, également au plan économique.

Il parle des difficultés sérieuses auxquelles son gouvernement doit actuellement faire face. Il met toutefois l'accent sur le peuple espagnol en disant combien il est frappé par la modération et le bon sens qui se sont exprimés

dodis.ch/48491 et la notice de Ch. Boesch à la Direction politique du Département politique du 8 septembre 1977, dodis.ch/48791.

8. Cf. aussi la notice de S. F. Campiche du 13 décembre 1976, dodis.ch/48789.

9. Cf. la notice de A. Greber du 21 octobre 1977, dodis.ch/48798.

10. Sur les liens entre Juan Carlos I et la Suisse, cf. le rapport politique N° 4 de S. F. Campiche au Département politique du 4 mars 1975, dodis.ch/39115.

11. Cf. la notice de S. F. Campiche du 21 septembre 1977, dodis.ch/50443.

12. Cf. la lettre de S. F. Campiche à A. Weitnauer du 2 janvier 1978, dodis.ch/51889.

13. Sur la politique de A. Suárez, cf. la notice de A. Maillard du 8 septembre 1977, dodis.ch/50447.

tout au long de la période passée. Il faut éviter que les partis fassent une politique de partis mais au contraire s'efforcent chacun de participer à la consolidation nationale. Les difficultés économiques sont d'autant plus difficiles à résoudre que le pays est encore en pleine transition, certains règlements et lois de l'ancien régime étant encore en vigueur, un parlement pas rodé qui n'a même pas encore un règlement intérieur mais qui se lance dans des débats sur des questions de fond.

Il convient donc de consolider, d'assurer le processus démocratique jusqu'à ce qu'une fois la constitution et les nouvelles institutions soient en place. À cette fin, M. Suárez cherche une entente avec les partis. Le parti communiste a déjà donné son accord à un projet économique de M. Suárez, ce n'est pas encore le cas de Felipe Gonzalez qui se trouve dans une situation de contrôle difficile avec son parti alors que Carrillo, le plus habile homme politique en Espagne actuellement, domine son parti entièrement. Si une entente avec les partis n'est pas possible alors Suárez s'adressera directement au peuple dont il est sûr qu'il obtiendra l'accord, mais il veut éviter cela car il préférerait que les partis assument la responsabilité des grandes décisions actuelles.

Le parti communiste a essayé de pousser le PSOE à faire partie du gouvernement pour qu'il profite lui seul du vide qui se créerait alors dans l'opposition. De son côté, Carrillo propose un gouvernement de coalition nationale de tous les partis mais Suárez ne tient pas à avoir des postes de son cabinet occupés par des communistes pour des raisons évidentes. Quant à l'eurocommunisme¹⁴, M. Suárez n'y croit pas ou plutôt il n'y voit qu'une tactique aussi longtemps que les communistes n'auront pas prouvé dans le relâchement du pouvoir qu'ils acceptent les règles du jeu démocratique. Il estime que Carrillo a l'ambition de devenir le leader de l'eurocommunisme et qu'il a davantage de chance d'y parvenir que Berlinguer qui n'a plus, comme le remarque le Conseiller fédéral, le même ascendant sur son parti.

Les mêmes difficultés qu'on observe entre les leaders du parti socialiste et la base se retrouvent dans le mouvement syndical. M. Suárez essaie par tous les moyens d'éviter le désordre partisan et dans ce but il a amené F. Gonzalez, avec lequel il semble s'entendre bien, à suivre une politique social-démocrate afin d'offrir au pays une alternative gouvernementale crédible qui permettrait aux Espagnols de continuer à vivre et à travailler en paix au moment d'un changement éventuel de gouvernement.

14. Cf. l'exposé de P. Graber du 24 août 1977, dodis.ch/48328.

*Der Chef des Integrationsbüros, F. Blankart, an den schweizerischen
Botschafter in Kopenhagen, R. Hartmann¹*

VERHÄLTNIS EWG/EFTA²

[Bern,] 21. September 1977

Mit grossem Interesse haben wir von Ihren Berichten vom 1. und 23. August 1977³ über Ihre Gespräche mit Aussenminister Andersen und Staatssekretär Ersbøll über das randvermerkte Problem Kenntnis genommen. Insbesondere Ihre Ausführungen über die «nordische Zusammenarbeit» haben wir mit Gewinn gelesen, und wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Entwicklung dieser Zusammenarbeit weiterhin verfolgen wollten. Wir haben uns erlaubt, Ihr erstgenanntes Schreiben nicht nur den interessierten Kreisen der Zentrale, sondern auch unsern Botschaften im westeuropäischen Raum zur Verfügung zu stellen.

Am Schlusse Ihres Briefes haben Sie und gebeten, Ihnen nähere Ausführungen über unsere Vorstellungen der Konsultation im Europäischen Freihandelsraum⁴ zu geben, welchem Begehren wir hiermit gerne nachkommen: eine umfassende Behandlung des ganzen Fragenkomplexes finden Sie in unserer Notiz vom 19. August 1976 an die Herren Bundesräte Brugger und Graber (770.315 – B/Bö/rs)⁵, von welcher Ihre Botschaft Kopie erhalten hat. Wir begnügen uns deshalb mit einigen summarischen Bemerkungen: Die Notwendigkeit von Konsultationen mit der Europäischen Gemeinschaft ist aufs engste mit der in ihrem Inneren stattfindenden Rechtsharmonisierung verknüpft. Diese Harmonisierung hat in vielen Fällen insofern eine Drittland-Diskrimination zur Folge, als Drittlandwaren zum Gemeinsamen Markt nur zugelassen werden, soweit sie den EG-Normen entsprechen. Als Prägnanzbeispiel sei hier die Ausfuhr schweizerische Pharmazeutika⁶ genannt,

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E7113A#1989/193#248* (777.231). Verfasst von Ch. Boesch. Kopie an P. R. Jolles, C. Sommaruga, Ch. Faessler, die Politische Direktion des Politischen Departements, die schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften in Brüssel sowie die schweizerische Delegation bei der EFTA in Genf.

2. Vgl. dazu auch das Schreiben von C. Caillat an F. Blankart vom 19. Oktober 1978, dodis.ch/48613 sowie die Notiz von Ch. Faessler vom 18. Juli 1978, dodis.ch/50038.

3. Schreiben von R. Hartmann an das Integrationsbüro vom 1. August 1977, dodis.ch/52969 und vom 23. August 1977, dodis.ch/52970. Zu weiteren Gesprächen mit N. Ersbøll vgl. die Notiz von F. Blankart vom 12. April 1978, dodis.ch/49986.

4. Vgl. dazu die Notiz von F. Blankart an E. Brugger, P. Graber und K. Furgler vom 8. April 1976, dodis.ch/50014; die Notizen von F. Blankart vom 14. November 1976, dodis.ch/48627 und vom 16. Januar 1978, dodis.ch/50015; das Telegramm Nr. 25 von C. Caillat vom 19. Januar 1978, dodis.ch/50016 sowie die Notiz von P. R. Jolles an F. Honegger vom 2. Juni 1978, dodis.ch/50263.

5. Es handelt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit um die Notiz von F. Blankart an E. Brugger und P. Graber vom 9. August 1976, dodis.ch/53031.

6. Vgl. dazu das Schreiben von F. Blankart an J. Egli vom 30. Dezember 1976, dodis.ch/53065 sowie die Notiz von B. Hediger vom 17. Februar 1978, dodis.ch/53066.

die – wiewohl in der Schweiz einer eingehenden Kontrolle unterworfen – in der EWG nicht verkauft werden können, solange sie nicht die (zusätzlichen) gemeinschaftsspezifischen Kontrollen durchlaufen haben, was aus Gründen des finanziellen Aufwandes und des Zeitverlustes einen erheblichen Wettbewerbsnachteil mit sich bringt. Allgemein gesprochen besteht somit die Gefahr, dass die Vorteile des durch den Zollabbau erreichten Warenfreiverkehrs durch die diskriminierende Wirkung unterschiedlicher Rechtsnormen, die als solche einer gegenseitigen Anerkennung nicht zugänglich sind, wieder in Frage gestellt werden.

Für unsere Land ergeben sich zwei Grundeinstellungen:

- Inkaufnahme der Diskrimination, was die Produktivität unserer Volkswirtschaft und damit den Lebensstandard unserer Bevölkerung beeinträchtigen würde;
- Überwinden der Diskrimination, indem wir entweder nachträglich unsere Gesetzgebung anpassen (autonomer Nachvollzug, Souveränitätsverlust) oder aber versuchen, bei der Entscheidungsfindung der EWG frühzeitig beigezogen zu werden (Konsultationen), bzw. nach der Verabschiedung des betreffenden EG-Rechtsaktes eine vertragliche Lösung zu finden (Versicherungsabkommen⁷; selten).

Konsultationen sind also in der Regel das einzige Mittel zur Absicherung unserer Zielsetzungen im europäischen Integrationsprozess.

Allein, die Gemeinschaft hat begreiflicherweise eine formelle Konsultationsverpflichtung gegenüber der Schweiz oder anderen EFTA-Staaten nie eingehen wollen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, dass sie in Praxis umso eher dazu bereit ist, je reibungsloser der gemeinschaftsinterne Entscheidungsprozess läuft. Harzt es auf diesem Gebiet, so richtet die Kommission ihre ganze Aufmerksamkeit auf den EG-internen Kompromiss, der dann gegenüber Drittstaaten als unabänderlicher Standpunkt aufrechterhalten wird. Aus diesen Tatsachen ergeben sich zwei Folgerungen:

- Wir haben ein Interesse an einer gut funktionierenden und damit flexiblen Gemeinschaft. Dies bedingt unsererseits eine gewisse Loyalität gegenüber unseren Gesprächspartnern, d. h. das Absehen vom Versuch, die einzelnen Mitgliedstaaten gegenseitig auszuspielen.
- Wir müssen das wohlverstandene Interesse der EWG an Konsultationen wecken. In seltenen Fällen kann ein solches Interesse durch den Einsatz unserer geopolitischen Lage (Omnibusverkehr⁸) oder mittels einer Gegendiskriminierung durch die EFTA unterstützt werden. Gut durchdachte und durch Fachkenntnis getragene Vorstösse sind indessen im Normalfall am ehesten geeignet, unsere Bedürfnis nach Konsultationen zu befriedigen.

Fazit: Die Konsultationen sind im Normalfall das einzige Mittel zur Verfolgung unserer aussenpolitischen Ziele im Rahmen der europäischen Integration. Um dieses Mittel wirkungsvoll einzusetzen, müssen wir eine vorausschauende und aktive Integrationspolitik betreiben, welche namentlich der Entwicklung der Details grosse Aufmerksamkeit schenkt, Details, welche in

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 87, dodis.ch/49375.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 55, dodis.ch/48103.

ihrer Gesamtheit eine Satellisierungsgefahr beinhalten. Letztlich sollte aber auch die Gemeinschaft an einem in Westeuropa *gemeinsam erarbeiteten* Erlass von *einheitlichen* Rechtsnormen ein Interesse haben, weil ihr dies die westeuropäischen Drittmärkte öffnet, weil eine Balkanisierung des Rechts die westeuropäische Wirtschaftskraft schwächt und weil es letztlich ihrem Ansehen abträglich wäre, einen Satellisierungseffekt auf ihre Nachbarstaaten auszuüben.

Was den Follow up des EFTA-Gipfels⁹ betrifft, so werden wir in gesonderten Zirkulationsschreiben¹⁰ auf dieses Problem zurückkommen.

9. Zum EFTA-Gipfel vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 7; Dok. 33, dodis.ch/48716 sowie Dok. 184, dodis.ch/49373.

10. Vgl. Doss. CH-BAR#E7113A#1932#5* (770.315).

86

dodis.ch/49336

Interne Notiz des Politischen Departements¹

BILATERALE BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – DDR (IM HINBLICK AUF DEN BESUCH VON HERRN NIER BEI GENERALSEKRETÄR WEITNAUER, 26./27. SEPTEMBER 1977²)

Bern, 23. September 1977

Bei der Beurteilung des Verhältnisses der Schweiz zur DDR ist davon auszugehen, dass zwischen den beiden Staaten erst seit Ende 1972 diplomatische Beziehungen bestehen. Als der Bundesrat beschloss, mit der DDR am 20. Dezember 1972³ diplomatische Beziehungen auf Botschaftebene aufzunehmen – vorgängig fand ein Austausch von Handelsmissionen statt – trug dieser Schritt der politischen Lage in Europa (insbesondere Bonner Ostverträge, innerdeutsche Vereinbarung) Rechnung. Durch die Anerkennung der DDR, die schliesslich alle westeuropäischen Staaten vollzogen, wurde die notwendige Grundlage für die Wahrung schweizerischer Interessen (u. a. Vermögensfrage) geschaffen.

Seither haben in den wesentlichen Bereichen von Handel und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie in einzelnen Sonderfragen (Entschädigungen, Familienzusammenführungen etc.) Kontakte stattgefunden und es konnten teilweise zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen werden. Auf dem Ge-

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5131* (B.15.21.(1)). Verfasst und unterzeichnet von K. O. Wyss.

2. Vgl. dazu die Aufzeichnung von K. O. Wyss vom 18. Oktober 1977, dodis.ch/48211. Allgemein zu den bilateralen Beziehungen mit der DDR vgl. auch den Schlussbericht von H. Miesch vom 10. Januar 1977, dodis.ch/49969.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 179, dodis.ch/34372. Vgl. ferner die Notiz von E. Diez vom 27. Oktober 1976, dodis.ch/49970.

biete des Gesundheitswesens⁴ und des Post- und Fernmeldewesens haben je eine schweizerische Delegation die zuständigen DDR-Stellen besucht.

1. Im Bereich der *politischen Beziehungen* mit der DDR ist die Schweiz bisher verglichen mit anderen Staaten zurückgeblieben. Der Besuch von Herrn Nier stellt den ersten derartigen Kontakt dar und entspricht einem lang gehegten Wunsch der DDR.

Das gegenseitige Verhältnis kann heute auf offizieller Ebene als dem gegenwärtigen Stand der Dinge angemessen und korrekt bezeichnet werden. Botschafter Schnyder wird von den DDR-Gesprächspartnern und Amtsstellen mit betonter Freundlichkeit behandelt⁵.

2. *Wirtschaftliche Beziehungen*⁶: Am 1.1.1976 ist das *Handels- und Wirtschaftsabkommen* zwischen der Schweiz und der DDR⁷ in Kraft getreten. Die Schweiz war damit der letzte westeuropäische Industriestaat, der mit der DDR einen derartigen Vertrag abschloss.

Die DDR ist nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die EG-Staaten (mit Ausnahme der BRD) unter den Ostblockländern einer der uninteressantesten Partner, was darauf zurückzuführen ist, dass die DDR der technologisch entwickeltste RGW-Staat ist, welcher einen Grossteil der benötigten Investitions- und Konsumgüter selbst produziert.

Dennoch ist der Handelsaustausch Schweiz-DDR erheblich ausbaufähig, wobei aber die Schweiz kaum mit einer wesentlichen Erweiterung ihrer Exporte in die DDR rechnen kann, ohne eine deutliche Steigerung der Bezüge aus diesem Land. Die Handelsstatistik zeigt für 1976 ein *Verhältnis von Exporten zu Importen von 4:1 zugunsten der Schweiz*. Die DDR ist bestrebt, diesen krassen Negativsaldo stärker auszugleichen; Zeugnis für diese Bemühungen ist die Tatsache, dass Geschäftsabschlüsse nur noch auf der Basis von Gegengeschäften getätigt werden können. Dies ist für viele Schweizerfirmen uninteressant und häufig gar mit Verlusten verbunden (die DDR bietet häufig «Ausschussware» an, die bei uns schwerlich abgesetzt werden kann).

(Für Einzelheiten der Wirtschaftsbeziehungen sowie einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der DDR cf. beiliegende Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdienstes⁸).

Die Schweizer Industrie ist an der Leipziger Messe vertreten; es werden Symposien durchgeführt und es gibt Besuche von Wirtschaftsdelegationen oder von hochgestellten Industriellen.

Vom 30.11.–3.12.1976 fand in Ostberlin die *erste Sitzung der Gemischten Kommission*⁹ gemäss Artikel 10 des Handels- und Wirtschaftsabkommens statt. Die zweite Sitzung dürfte mit dem Besuch von Dr. G. Beil, Staatsse-

4. Vgl. dazu das Schreiben von H. Miesch an P. R. Jolles vom 12. Juli 1974, dodis.ch/39367.

5. Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an A. Weinauer vom 12. Juli 1977, dodis.ch/49971.

6. Vgl. dazu die Notiz von R. Kummer vom 15. Juni 1978, dodis.ch/49972.

7. Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (mit Briefwechsel) vom 27. Juni 1975, AS, 1975, S. 1577–2588. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 189, dodis.ch/34372.

8. Notiz von J.-C. Richard vom 20. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

9. Vgl. dazu den Bericht der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 23. Dezember 1976, CH-BAR#E7110#1987/20#551* (890.0).

ekretär des Aussenhandelsministeriums der DDR, welcher vom Direktor der Handelsabteilung¹⁰ zu einem Besuch in der Schweiz im kommenden November eingeladen wurde, zusammenfallen.

Die Handelsabteilung macht darauf aufmerksam (cf. beiliegende Notiz¹¹), dass die DDR-Seite auf die ausgesprochen hohe Zollbelastung (über 15% ad valorem) zu sprechen kommen könnte, der verschiedene DDR-Produkte wie Möbel, Leder, Porzellan, Keramik etc. bei der Einfuhr in die Schweiz unterliegen. In diesem Falle wäre Ihnen die HA dankbar zu bestätigen, dass die Angelegenheit nach wie vor in Prüfung sei, wobei die der DDR-Seite bekannten Schwierigkeiten (sensible Produkte, im GATT laufende MTN-Verhandlungen) immer noch bestünden; schweizerischerseits sei man jedoch bereit, diese Frage anlässlich des Besuches von Herrn Beil zu besprechen.

3. Ein besonderes Augenmerk ist unsererseits auf dem *Ausbau des Zahlungsverkehrs* (Erbschaftsfälle, Unterhaltsleistungen etc.) gemäss besonderem Briefwechsel im Rahmen des Handels- und Wirtschaftsabkommens zu richten. Ähnliches gilt für den *schweizerischen Wunsch nach Verhandlungen über den Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens* sowie nach einer *Regelung der Transferfrage auf dem Gebiete der schweizerischen freiwilligen AHV und IV*. Den DDR-Behörden sind diese beiden Briefwechsel bereits mehrmals in Erinnerung gerufen worden, ohne dass wir bisher eine Antwort erhalten haben (cf. beiliegende Notiz des Auslandschweizerdienstes¹², die auch über die *Schweizerkolonie* in der DDR orientiert).

Im Einvernehmen mit dem Finanz- und Wirtschaftsdienst wäre Ihnen der Auslandschweizerdienst dankbar, wenn Sie Herrn Nier beiliegende Aufzeichnung¹³ zu diesem Problemkreis übergeben könnten.

4. *Vermögensrechtliche Verhandlungen*: Die DDR hat sich an die seinerzeitigen Zusagen¹⁴ gehalten und die Vermögensverhandlungen mit der Schweiz (und anderen Ländern) aufgenommen. Gemäss beiliegender Notiz von Botschafter Diez¹⁵ über den Stand in dieser Sache kann den Behörden der Dank für die bisherige Verhandlungsführung (Dr. Geschwandter) und die Behandlung der übermittelten Einzelfälle ausgesprochen werden, verbunden mit dem Wunsch, dass auch weiterhin die Schadensfälle zügig bearbeitet werden, damit wir möglichst bald zu den entscheidenden Problemen (Kriterien der

10. P. R. Jolles. Zum Besuch von G. Beil vgl. die Notizen von R. Kummer vom 21. Dezember 1977, dodis.ch/48210 und von W. Schmassmann vom 8. Dezember 1977, dodis.ch/49974. Zur zweiten Tagung der Gemischten Kommission Schweiz-DDR vgl. die Notiz von R. Kummer vom 7. November 1978, dodis.ch/49973.

11. Notiz von H.-U. Greiner an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 22. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

12. Notiz von H. Leippert an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 16. September 1977, dodis.ch/49975.

13. Aufzeichnung von H. Leippert vom 19. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

14. Zur Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1972, Ziff. 7, litt. a vgl. das BR-Prot. Nr. 1330 vom 9. August 1972, dodis.ch/34365. Vgl. auch DDS, Bd. 25, Dok. 181, dodis.ch/34373; DDS, Bd. 26, Dok. 150, dodis.ch/39074, Punkt 1 sowie Dok. 160, dodis.ch/38322, Punkt 1.

15. Notiz von E. Diez vom 20. September 1977, Doss. wie Anm. 1. Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. die Notiz von E. Diez vom Juni 1978, dodis.ch/49976.

Entschädigung; Festlegung der Globalsumme; Redaktion der vertraglichen Vereinbarung; Zahlungsmodalitäten etc.) gelangen werden.

5. *Luftfahrt und Strassenverkehr*: Das im Sommer 1975 unterzeichnete und seitens der DDR sehr begrüßte *Luftfahrtsabkommen*¹⁶ trat am 23.11.1976 nach erfolgter Ratifizierung in Kraft. Indessen haben bisher weder Swissair noch Interflug die Linie Zürich-Berlin/DDR (Schönefeld) eröffnet.

Beiliegende Notiz der Verkehrssektion¹⁷ orientiert über die Demarchen, welche der hiesige sowjetische und DDR-Botschafter anfangs dieses Jahres nach der Konzessionserteilung des EVED an PANAM für die Linie Zürich-Westberlin unternahmen sowie über die schweizerische Haltung in dieser Frage.

Das am 29.4.1977 unterzeichnete *Strassenverkehrsabkommen*¹⁸, an dessen Abschluss der DDR sehr gelegen war, wurde kürzlich (19.9.1977) vom Bundesrat gutgeheissen¹⁹ und dürfte nach erfolgter Notifikation in Kraft treten (cf. Notiz der Verkehrssektion²⁰).

6. *Abkommensvorschläge seitens der DDR*: Die DDR hat den Wunsch nach Abschluss eines Rechtshilfeabkommens geäußert, was gegenwärtig schweizerischerseits geprüft wird. Die DDR-Behörden sind ebenfalls schon mehrmals auf die Frage eines bilateralen Konsular-, Kultur- und Gesundheitsabkommens zu sprechen gekommen. Schweizerischerseits sind wir diesbezüglich bekanntlich eher zurückhaltend. Es ist anzunehmen, dass Herr Nier diese Angelegenheit erwähnen wird.

7. Die bilateralen *kulturellen Beziehungen Schweiz/DDR* sind auch ohne spezielles Abkommen rege. Unter anderem starke Präsenz der DDR auf der schweizerischen Kulturszene (namentlich Musik und Theater).

Die DDR ist umgekehrt der einzige Ostblockstaat, mit dem bisher trotz unserer Bereitschaft noch kein Stipendienaustausch zustande gekommen ist. Schweizerischerseits bestünde auch Interesse an erleichterter Hochschulzulassung für Schweizer Bürger in der DDR. Die Kontakte zwischen den UNESCO-Kommissionen beider Länder haben sich in letzter Zeit intensiviert (für Einzelheiten cf. Notiz der Kultursektion²¹).

8. Auf dem *wissenschaftlichen Sektor* haben bisher etliche gegenseitige Besuche von Wissenschaftlern auf einer ad-hoc-Basis stattgefunden (schweizerischerseits zum Beispiel Professor Walser von der Universität Bern). Im letzten Herbst hat das DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

16. Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den regelmässigen Luftverkehr vom 30. Juli 1975, AS, 1976, S. 2747–2757. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 150, dodis.ch/39074, Punkt 2.

17. Notiz von M.-A. Salamin vom 22. September 1977, Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 25. Januar 1977, dodis.ch/49977 sowie die Aufzeichnung von A. Hegner vom 11. Februar 1977, dodis.ch/49978.

18. Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den internationalen Strassenverkehr vom 29. April 1977, AS, 1977, S. 1881–1887.

19. BR-Prot. Nr. 1557 vom 19. September 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#847*.

20. Notiz von M.-A. Salamin vom 22. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

21. Notiz von P. Stauffer vom 20. September 1977, dodis.ch/49979.

sein Interesse bekundet, mit dem Amt für Wissenschaft und Forschung des EDI ein ähnliches Rahmenabkommen über die gegenseitige Gewährung von Kurzstipendien für Wissenschaftler abzuschliessen, wie dasjenige zwischen diesem Amt und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR von 1974²². Eine Abklärung dieser Frage ist schweizerischerseits im Gange.

9. Über den Bestand der Beziehungen Schweiz-DDR auf dem Sektor der *Information* cf. Notiz des Informations- und Pressedienstes²³ (Zeitungsfrage; Journalisteneinladung; kürzlich von der SRG und dem Staatlichen Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der DDR unterzeichnetes «Arbeitsprotokoll» zwecks vermehrter Zusammenarbeit und Austausch von Radio- und Fernsehprogrammen²⁴).

10. Konsularwesen

a) Heirat zwischen Schweizern und DDR-Staatsangehörigen/Übersiedlung von Auslandschweizerfamilien

Die auch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ausgesprochene Zurückhaltung der DDR bei der Rückführung von Schweizer Familien und der Gewährung der Ausreiseerlaubnis im Zusammenhang mit Heiraten zwischen Angehörigen der beiden Staaten war bisher einer der schwachen Punkte in unseren Beziehungen zur DDR. In verschiedenen Interventionen haben wir unsere konkreten menschlichen Anliegen vertreten, und zwar sowohl in bilateralem und multilateralem Rahmen. Die Resultate dieser Bemühungen blieben auch nach Helsinki, wo Generalsekretär Honecker 1975 eine Liste hängiger Fälle überreicht wurde, vorerst bescheiden²⁵. In den vergangenen 6 Monaten konnte jedoch eine ziemlich liberale Heirats- und Ausreisepaxis der DDR-Behörden festgestellt werden: *Alle Übersiedlungs- und Heiratsfälle älteren Datums sind heute erledigt*. Bei den Fällen neueren Datums handelt es sich nicht um eine Verweigerung der Heirats-erlaubnis wie dies früher zutraf, sondern um administrative Komplikationen, die vielfach auf die Umständlichkeit der Interessenten selbst oder auch auf die Engstirnigkeit einzelner Lokalverwaltungen zurückzuführen sind. Es wäre angebracht, Herrn Nier gegenüber unsere Anerkennung für die festgestellte zügigere Bewilligungspraxis der DDR-Behörden auszusprechen und gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass diese Praxis auch in Zukunft andauern und keine Einengung erfahren wird.

22. Vgl. die Prinzipien wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Amt für Wissenschaft und Forschung des EDI vom 1. Juli 1974, CH-BAR#E3370B#1991/3#264* (10-70.050.a). Allgemein zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit den Oststaaten vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 68, dodis.ch/49412.

23. Notiz von E. Andres vom 22. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

24. Arbeitsprotokoll über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Radios zwischen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG und dem Staatlichen Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik (Rundfunk der DDR) vom 1. Juni 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5122* (A.15.42.21). Vgl. dazu das Schreiben von H. Strauch an H. Renk vom 28. November 1978, dodis.ch/49980.

25. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 150, dodis.ch/39074, Punkt 4; Dok. 160, dodis.ch/38322 und Dok. 181, dodis.ch/38920.

b) *Haftfall Peter Gross, (geb. 29.3.1949):*

Die Sektion für konsularischen Schutz (cf. beiliegende Notiz²⁶) macht auf diesen Mitbürger – Koch des damaligen Schweizer Botschafters in der DDR – aufmerksam, der am 1.2.1975 wegen «Beihilfe zur Republikflucht» für seine ostdeutsche Freundin verhaftet wurde. Nachdem Gross für ein bei uns nicht bekanntes Delikt ausserordentlich streng zur Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, und er nun bereits mehr als 31 1/2 Monate in Bautzen in Haft ist, würden wir es begrüßen, wenn Sie diesen Härtefall Herrn Nier gegenüber kurz erwähnen könnten. Gegebenenfalls könnte das beigefügte *Aide-mémoire*²⁷ übergeben werden.

Es gilt allerdings zu bedenken, dass der Fall Gross für die DDR-Behörden zur Funktion des Falles Gisela Wolf geworden ist²⁸. Damit unser Argument der Unvergleichbarkeit der beiden Fälle nicht an Gewicht verliert, sollte u. E. unterlassen werden, für die Freilassung von Gross aus humanitären Gründen zu plädieren.

c) Was den wahren *Hans Franz Kälin* betrifft, hat unsere Botschaft zur Abklärung von dessen schweizerischer Staatsangehörigkeit an die Ihnen von Botschafter Barth bekanntgegebene Adresse in der DDR geschrieben, bisher aber noch keine Antwort erhalten²⁹.

11. *Spionagefälle mit der DDR*

- a) In der Angelegenheit *Gisela Wolf* ist ein kürzlich vom Rechtsbeistand von Frau Wolf³⁰ eingereichtes Gesuch um Unterbrechung des Strafvollzugs wegen Hafterstehungsunfähigkeit von der Bundesanwaltschaft abgelehnt worden. Gegen diese Verfügung reichte Frau Wolf eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde ein, welche am 2.9.1977 vom Bundesgericht abgelehnt wurde³¹. Der Strafvollzug wird somit weitergeführt. Frau Wolf befindet sich in einer Hochgebirgsklinik, wo sie sich von der Krebsoperation erholen kann.
- b) Am 1.6.1977 hat der Bundesrat die Ermächtigung zur Strafverfolgung eines Schweizerbürgers wegen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nachrichtendienstes sowie wegen militärischen Nachrichtendienstes gegen einen fremden Staat (BRD) im Auftrage der DDR erteilt. Die Strafsache ist den Behörden des Kantons Zürich übertragen worden. Das EJPD hat eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlicht³².

26. Notiz von W. Wytenbach vom 22. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

27. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

28. Zum Fall Wolf vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 39, dodis.ch/38849; Dok. 150, dodis.ch/39074, Punkt 5; Dok. 160, dodis.ch/38322, Punkt 1 und Dok. 181, dodis.ch/38920, Anm. 16 und 17 sowie das Schreiben von A. Hegner an R. Gerber vom 18. Juli 1977, dodis.ch/49657.

29. Vgl. dazu das Schreiben von A. Hegner an R. Gerber vom 18. Juli 1977, dodis.ch/49657.

30. F. Wolff.

31. Vgl. Doss. CH-BAR#E4321A#1994/128#296* (B.09.00.115-0). Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 132, dodis.ch/49335.

32. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 911 vom 1. Juni 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#844*.

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger¹

DIREKTVERSICHERUNG (OHNE LEBEN): VERHANDLUNGEN CH/EWG

Bern, 26. September 1977

Wir haben die Ehre, Ihnen den Text des Versicherungsabkommens in jener Version² zu überreichen, über die heute Einigung zwischen den beiden Verhandlungsdelegationen hat erreicht werden können. Offen sind noch einige Fragen in Bezug auf die Verwaltung des Abkommens sowie bestimmte Übergangsregelungen, die Gegenstand eines Briefwechsels sein werden. Im einzelnen ist folgendes zu sagen:

1. Wie Sie der Disposition entnehmen können, handelt es sich dem Aufbau nach um ein klassisches Liberalisierungsabkommen, das als Fortsetzung des FHA³ letzterem in mancher Hinsicht gleicht. Zwei Unterschiede sind indessen festzuhalten:

- a) Das Abkommen enthält weder Wettbewerbsgrundsätze noch Schutzklauseln für regionale, sektorielle oder zahlungsbilanztechnische Schwierigkeiten; ein Rückzug der Niederlassungsbewilligung ist nur vorgesehen, falls sich ein Unternehmen nicht an die direkt anwendbaren Vorschriften des Abkommens, bzw. an jene der Ausführungsgesetzgebung hält.
- b) Im Unterschied zum FHA handelt es sich hier um einen *rechtsetzenden* Liberalisierungsvertrag, was besagen will, dass nicht nur der Verkehr über die Grenze zu liberalisieren ist, sondern auch die «Vermarktungsbedingungen» harmonisiert werden müssen. An einem Beispiel der Handelspolitik dargestellt, würde dies etwa bedeuten, dass man nicht nur den Zoll für Pharmaprodukte abbaut, sondern auch die diesbezüglichen Herstellungskontrollen, Registrierungs Voraussetzungen und Inverkehrbringungsbedingungen dergestalt vereinheitlicht, dass deren gegenseitige Anerkennung ermöglicht wird.

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1987/102#639* (2520.01). Verfasst und unterzeichnet von F. Blankart. Visiert von E. Brugger. Kopie (ohne Beilagen) an P. R. Jolles, C. Sommaruga, M. Baldi und A. Egger.

2. Accord entre la Confédération suisse et Communauté économique européenne concernant l'accès à l'activité de l'assurance directe autre que l'assurance sur la vie, et son exercice vom 7. Januar 1977, Doss. wie Anm. 1. Zu den bisherigen Verhandlungen vgl. das Schreiben von F. Blankart an W. Zeller vom 4. Februar 1976, dodis.ch/50049; das BR-Prot. Nr. 264 vom 11. Februar 1976, dodis.ch/50050; die Berichte von F. Blankart und U. Christinger vom 4. Juni 1976, dodis.ch/50052 und vom 15. Dezember 1976, dodis.ch/50054; die Notiz von F. Blankart an P. R. Jolles vom 27. August 1976, dodis.ch/50045 sowie die Notiz von F. Blankart vom 9. Mai 1977, dodis.ch/50055.

3. Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182, dodis.ch/35776, bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145, dodis.ch/39510. Zur Fortsetzung vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

2. Aus Letztgesagtem folgt, dass nach Abschluss des Abkommens noch eine erhebliche aufsichtsrechtliche Gesetzgebungsarbeit geleistet werden muss, was die Anwendung des Vertragswerkes hinauszögert und damit die «Durststrecke» der Diskriminierung unserer auf dem EG-Markt tätigen Gesellschaften verlängert. Der dabei eingeschlagene Arbeitsrhythmus ist somit von wirtschaftlicher Bedeutung. In dieser zweiten Phase wird die Federführung wieder an das EJPD gehen⁴, da die Fragen des innerstaatlichen Aufsichtsrechts⁵ ihm zugehören. Hierbei muss man sich indessen bewusst sein, dass die Aufsichtsbehörde von Gesetzes wegen die Interessen der Versicherten wahrzunehmen hat, während das Abkommen auf einer rein ausenwirtschafts- und integrationspolitischen Motivation beruht. M. a. W. muss verhindert werden, dass vor lauter Konsumentenschutz die wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens durch sog. «Eigendiskriminierungen» wieder in Frage gestellt werden. Der Direktor der Handelsabteilung⁶ hat, wie Sie wissen, in diesem Sinne kürzlich beim Direktor des Versicherungsamtes⁷ interveniert. Dieses brisante Thema hat schon die VAG-Kommission der Eidg. Räte beschäftigt und wurde auch in der nationalrätlichen Aussenwirtschaftskommission angedeutet. Der Bundespräsident⁸ hat kürzlich eine Delegation der Assekuranz in dieser Sache empfangen und hierbei gewisse Zusicherungen gegeben; die Details bleiben aber noch auszuhandeln. Damit will ich besagen, dass es m. E. wirtschaftlich und politisch von Bedeutung ist, dass das EVD auf allen zuständigen Stufen auch in dieser zweiten Phase sein diesbezügliches Engagement unter Beweis stellt und in der interdepartementalen Ausmarchung der Texte die ausenwirtschaftlichen Interessen vertritt. Dies wird zu Beginn wohl gewisse Probleme stellen, da das Aufsichtsrecht bisher eine exklusive Domäne des EJPD gewesen ist und erst durch das Versicherungsabkommen, d. h. durch die gegenseitige Öffnung der Märkte, eine ausenwirtschaftspolitische Komponente erhalten hat. Entsprechend stellte denn auch die Leitung der Verhandlungen zwischen Assekuranz und Versicherungsamt ein sehr viel komplexeres und langwierigeres Unternehmen dar als die Negotiation mit der Gemeinschaft.

3. Im Oktober wird die sechste und vermutlich letzte Verhandlungssitzung stattfinden⁹. Da ferner die EG-Assekuranz den Abkommenstext demnächst zur Stellungnahme zugestellt erhalten wird, ist anzunehmen, dass die Sache aus der bisher geübten Vertraulichkeit heraustreten wird. Damit dürften Sie ver-

4. Zur Kompetenzabgrenzung zwischen dem Eidg. Versicherungsamt des Justiz- und Polizeidepartements und der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vgl. die Notiz von P. R. Jolles an F. Blankart vom 7. Dezember 1977, dodis.ch/50057 sowie das Schreiben von P. R. Jolles an U. Christinger vom 8. August 1978, dodis.ch/50058.

5. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 783 vom 5. Mai 1976, dodis.ch/50061.

6. P. R. Jolles.

7. U. Christinger. Zur Intervention vgl. das Schreiben von P. R. Jolles an U. Christinger vom 22. August 1977, dodis.ch/50056.

8. K. Furgler.

9. Zur sechsten Verhandlungssitzung vom 16. Dezember 1977 vgl. den Bericht von F. Blankart und U. Christinger vom 8. März 1978, dodis.ch/52870. Zur siebten Verhandlungsrunde vom 8. Juni 1978 vgl. die Notiz von F. Blankart vom 19. Juni 1978, dodis.ch/50059.

mehrt von Seiten der Parlamentarier, der Assekuranz und der Presse auf dieses Abkommen hin angesprochen werden. Es versteht sich von selbst, dass wir Ihnen hierbei für präzisierende Erläuterungen jederzeit zur Verfügung stehen.

88

dodis.ch/50265

Presseschau des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements¹

BUNDESPRÄSIDENT WALTER SCHEEL ZU STAATSBESUCH IN BERN

Bern, 29. September 1977

Der Staatsbesuch von Bundespräsident Walter Scheel in Begleitung von Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher vom 22. bis 23. September 1977 in Bern² löste in den schweizerischen Massenmedien ein breites Echo aus. Insgesamt über 200 Zeitungsartikel sowie zahlreiche Reportagen an Radio und Fernsehen berichteten fast ausnahmslos in positivem Grundtone über die Gäste, wobei dem Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland besondere Aufmerksamkeit eingeräumt wurde³.

1. Ungetrübte Beziehungen auf staatlicher Ebene

Praktisch alle Kommentare weisen darauf hin, dass heute das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz problemlos ist, was auch die beiden Bundespräsidenten in ihren Reden⁴ ausdrücklich erwähnten. Henri Stranner schreibt dazu in der *Basler Zeitung*: «Bonn und Bern haben sich gern ... Es ist keine Schönfärberei, wenn man gute Beziehungen zwischen Bern und Bonn feststellt. Die Bundesrepublik hat immer sehr viel Verständnis gezeigt für die Anliegen des kleinen

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#386* (A.22.14.07.5). Verfasst und unterzeichnet von E. Bischof.

2. Vgl. dazu die Fotografien vom 22. September 1977, dodis.ch/50276; die Notiz von F. Nordmann vom 27. September 1977, dodis.ch/50275 sowie die Notiz von A. Hegner vom 6. Oktober 1977, dodis.ch/50274. Für weitere hochrangige Besuche zwischen der Schweiz und der BRD vgl. das Telegramm Nr. 156 von M. Gelzer an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 4. November 1976, dodis.ch/50296; die Aufzeichnung von A. Hegner vom 15. Juli 1977, dodis.ch/50297; die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 25. Oktober 1977, dodis.ch/52858; das Schreiben von M. Gelzer an A. Pfister vom 31. März 1978, dodis.ch/50318; die Aufzeichnung von A. Hegner vom 26. Mai 1978, dodis.ch/50298; die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 29. Mai 1978, dodis.ch/50299; die Notiz von J. Voyame vom 1. Juli 1978, dodis.ch/50300 sowie die Notiz von C. Sommaruga vom 8. August 1978, dodis.ch/50039.

3. Allgemein zu den bilateralen Beziehungen vgl. die Notiz des Politischen Departements vom März 1978, dodis.ch/50295. Für die Wirtschaftsbeziehungen vgl. das BR-Prot. Nr. 1468 vom 7. September 1977, dodis.ch/50302 sowie die Notiz von H. R. Aebischer vom 12. September 1977, dodis.ch/50281.

4. Ansprache von K. Furgler vom 22. September 1977, dodis.ch/50280.

südlichen Nachbarn⁵ ... Sehr zu begrüßen ist natürlich der gestern in Bern gefasste Beschluss, zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik regelmässig einmal im Jahr Gespräche auf Aussenministerebene zu führen. Damit unterstreichen beide Länder, welch grossen Stellenwert sie dem freundschaftlichen Gespräch einräumen. Wie sich die Zeiten ändern ...» Der Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, Fred Luchsinger, meint hiezu: «Ein Staatsbesuch ist in der Regel nicht dazu da, Probleme zu lösen. In diesem Fall markiert er vielmehr, dass es keine gibt, jedenfalls nicht auf einer Ebene, auf der politische Höchstinstanzen bemüht werden müssten. Das nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat sich in den 28 Jahren, in denen es den neuen demokratischen deutschen Staat gibt – doppelt so lang wie die Republik von Weimar –, günstig und im ganzen gesehen reibungslos zu guter Partnerschaft entwickelt. Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten bedeutet eine weitere Besiegelung dieses erfreulichen Zustandes, dem man Dauer wünscht.»

Einige Journalisten sehen in den deutschen Gästen Scheel und Genscher die Verkörperung des «anderen Deutschland», so der freisinnige Schaffhauser Nationalrat Erwin Waldvogel in den *Schaffhauser Nachrichten*: «Bundespräsident Scheel ist die Gelassenheit in Person. Es ist, selbst in angespannten Situationen, eine Heiterkeit um ihn, die nicht gespielt und aufgesetzt ist. Man hat sie schon dem Naturell des Rheinländers, der er ist, (und dem Rheinwein) gutgeschrieben. Die fast undeutsche «Leichtigkeit», mit der er sein Amt ausübt, hat natürlich mit Natur und Anlage zu tun. Sowie sie «gemacht» ist, ist sie wissentlich und mit Absicht gemacht: als Zeugnis und als Demonstration wider die weitverbreitete Vorstellung vom «deutschen Wesen», das, in Variationen und mehr oder weniger verbindlich für ein ganzes Volk, zeitweilig schon wichtig und wuchtig, machgebietend und machtlüstern auftrat – nicht allein zu Hitlers Zeiten. Scheel tritt nicht nur auf, sondern wirkt glaubwürdig als Gegenbeispiel, als Repräsentant des «andern Deutschland», des verträglichen und freundschaftlichen, des heiteren und des «geistigen Deutschland». Er vertritt das «geistige» Deutschland nicht nur, er hat auch eine Affinität zu ihm ... Die deutschen Staatsgäste seien willkommen als Zeugen eines wiedergefundenen, guten Verhältnisses zum deutschen Nachbarn, das für uns ganz besonders wichtig und erfreulich ist.»

Die für schweizerische Verhältnisse ungewöhnlichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der deutschen Staatsgäste rufen zahlreiche nachdenklich gestimmte Kommentare hervor. Peter Studer vertritt im *Tages Anzeiger* die Ansicht: «Das war keine Begegnung mehr, das war eine Demonstration. Dafür, dass Terrorismus die bundesdeutsche Staatsroutine nicht aus den Angeln hebt⁶: Konnte Kanzler Schmidt schon nicht nach Polen reisen, weil er den

5. Zu den Abkommen über die Zusammenarbeit im Grenzgebiet bei Basel, Lörrach, Stein-Säckingen, Weil am Rhein sowie im Untersee und Seerhein vgl. das Protokoll von B. Dubois vom 11. März 1976, dodis.ch/50311; das Schreiben von E. Diez an M. Gezler vom 4. Mai 1976, dodis.ch/50301; das BR-Prot. Nr. 2174 vom 21. Dezember 1977, dodis.ch/50305; das Schreiben von H. Sennhauser an die Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements vom 18. September 1978, dodis.ch/50304 sowie das BR-Prot. Nr. 1634 vom 2. Oktober 1978, dodis.ch/50306.

6. Zum Entführungsfall H. M. Schleyer vgl. das Telegramm Nr. 129 der schweizerischen Botschaft

Krisenstab leitete, so mochte Scheel immerhin die Schweiz besuchen. Normalität sollte demonstriert werden; doch gerade sie wurde von den Scharen ziviler und uniformierter Leibwächter aus zwei Nationen überdeckt. Auf Dächern lauerten sie, an Autobahnausfahrten kauerten sie, in Pressekonferenzen besetzten sie die Stuhlreihen.»

«Dieser Zustand lässt jedoch ahnen, womit wir rechnen müssen, wenn Terrorismus und Anarchie weiter eskalieren und auch auf den Hort übergreifen, wo sich die sieben höchsten Magistraten ungeniert und frei in den Gassen und Lokalen der Bundesstadt bewegen⁷,» vermerkt die *Solothurner Zeitung*. Frank A. Meyer zieht einen historisch-politischen Vergleich zwischen den beiden Ländern: «Die Schweiz, das Land, das Scheel und Genscher mit ihrer sicherheitspolitisch brisanten Präsenz beehren, ist anders beschaffen als die Bundesrepublik. Sie hat zwar auch Vergangenheit aufzuarbeiten und tut sich schwer damit. Doch hierzulande war Terror nie Regime. In Deutschland war er es. Was die Terroristen heute in der Bundesrepublik unternehmen: die Vernichtung von Menschen, die sie zu Todfeinden auserkoren haben, das war 12 Jahre lang (von 1933 bis 1945) in Deutschland rechtens. Umgebracht wurden Millionen. Die Menschenverachtung – der sich auch die Terroristen des Jahres 1977 verschrieben haben – war Staatsdoktrin ... Diese Vergangenheit hat die Schweiz nicht. Sie hat auch eine andere Erfahrung mit der Demokratie. Darin liegt ein Schutz vor politischen Perversionen, den keinerlei Polizeiaufgebot wettmachen kann. Passieren kann wohl etwas. Aber Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher besuchen heute ein Land, das nicht aus purem Zufall noch kein Terroristen-Land ist.» (*Basler Zeitung*). Beat Müller teilt diese etwas selbstgerechte Meinung nicht, wenn er in der *Solothurner Zeitung* schreibt: «Ich glaube, wir Schweizer haben in diesen Tagen allen Grund, uns mit unseren Nachbarn im Norden solidarisch zu fühlen, denn der internationale Terrorismus ist keine deutsche Erfindung und macht auch an der deutsch-schweizerischen Grenze nicht Halt, was angesichts des zurzeit laufenden Prozesses in Winterthur⁸ nicht näher belegt zu werden braucht. Nati-

in Bonn an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 16. September 1977, dodis.ch/50277. Zur politischen Lage in der BRD vgl. den Politischen Bericht Nr. 10 von M. Gelzer vom 10. April 1978, dodis.ch/50282.

7. Vgl. dazu die Publikationen Grundsätze des Eigenschutzes gegen Entführungen und Attentate. Kleines Brevier für Führungskräfte im Bundesdienst und in der Armee vom März 1976, dodis.ch/50278 und S wie Sicherheit. Orientierungsschrift für das Kaderpersonal der Bundesverwaltung vom März 1977, dodis.ch/50279; die Notiz der Kantonspolizei Zürich an die Bundesanwaltschaft vom 11. November 1977, dodis.ch/50255 sowie das BR-Prot. Nr. 2012 vom 27. November 1978, dodis.ch/50256.

8. Gemeint ist der Prozess am Zürcher Geschworenengericht gegen P. Egloff und D. von Arb wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen gegen diplomatische Vertretungen in der Schweiz, gegen eine Bank und ein Munitionsdepot der Armee sowie am Diebstahl von Waffen, Sprengstoffen und Minen sowie an deren Lieferung an ausländische Terroristen. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E4320C#1995/392#1639* (39/618 P) und CH-BAR#E4320C#1995/392#1642* (39/620 P). Vgl. in diesem Zusammenhang auch DDS, Bd. 27, Dok. 99, dodis.ch/49046, Anm. 4 zur Affäre um P. Krause. Zum Gebrauch von Waffen aus der Schweiz durch die RAF vgl. das BR-Prot. Nr. 1948 vom 23. November 1977, dodis.ch/50293 sowie das BR-Prot. Nr. 190 vom 8. Februar 1978, dodis.ch/50294. Zur Entführung des Lufthansa-Passagierflugzeugs Landshut und die Geiselnbefreiung in Moga-

onale Vorurteile sind angesichts der Verhältnisse heute am allerwenigsten am Platz. Es bleibt zu hoffen, dass der Besuch Walter Scheels dazu beiträgt, sie auf beiden Seiten weiter abzubauen.»

Die zwischen den Delegationen erörterte Frage eines schweizerischen UNO-Beitritts⁹ und der anlässlich der Pressekonferenz von Aussenminister Genscher ausgesprochene Wunsch, die Schweiz möge zwecks Bereicherung der UNO dieser Organisation beitreten, hat kein grosses Echo ausgelöst. Die *Basler Zeitung* kommentiert: «So würde es die Bonner Regierung unter anderem gerne sehen, wenn die Schweiz bald einmal die relativ kleine Gruppe der demokratisch-marktwirtschaftlich orientierten Staaten in der UNO verstärken würde. Dieser Wink sollte in unserem Land nicht als Einmischung empfunden, sondern als berechtigter Appell an unser Solidaritätsgefühl betrachtet werden.» Das *Lausanner Blatt 24 heures* titelt seinen Beitrag: M Genscher: «Soyez les bienvenus à l'ONU,» und die *Tribune de Lausanne*: Walter Scheel à la Suisse: «Adhérez à l'ONU!»

2. Ambivalente Gefühle des Schweizer Volkes

Während laut Zeitungsberichten auf der offiziellen Ebene eine Art «*entente cordiale*» herrscht, kann davon im Empfinden unseres Volkes gegenüber dem nördlichen Nachbarn nicht immer gesprochen werden. Alois Hartmann meint im *Vaterland*, den Schweizer bewegten in dieser Hinsicht unzweifelhaft «veränderliche Gefühle». Die *Solothurner Zeitung* geht auf dieses völkerpsychologische Problem näher ein: «Wir Schweizer haben ohne Zweifel ein ausgesprochen ambivalentes Verhältnis zu unseren nördlichen Nachbarn. Das hängt wohl in erster Linie damit zusammen, dass uns, zumindest uns Deutschschweizer, eine gemeinsame Schriftsprache mit den Deutschen verbindet, ja mit den unmittelbaren Nachbarn am nördlichen Rheinufer gar die gemeinsame alemannische Herkunft. Wir bewundern insgeheim der Deutschen Tüchtigkeit, ihre Redegewandtheit, ihr Selbstvertrauen. Als tüchtig schätzen wir uns selber in der Regel zwar auch ein, doch redegewandt sind wir meist schon weniger, und das uns mitunter beinahe penetrant betont anmutende Selbstvertrauen der Deutschen läuft unserem nationalen Empfinden zuwider. Wir schätzen an den Deutschen, wenn wir nach Klischeevorstellungen denken und handeln, am wenigsten ihre sogenannte Zackigkeit, ihre Begeisterungsfähigkeit, die sie als Nation schon bis an den Rand des Abgrunds geführt hat, ihre Kaltschnäuzigkeit und noch so manch anderes mehr. Kurz: Wir machen uns ein Bild von den Deutschen, das zwischen Bewunderung und Abneigung schwankt.»

Ein deutscher Beobachter sieht das Verhältnis der beiden benachbarten Völker wie folgt: «Die Beziehungen zwischen Deutschen und Schweizern, die in der Vergangenheit immer wieder zwischen Zusammengehörigkeitsgefühl und misstrauischer Abneigung geschwankt haben, haben sich entkrampft,

dischu im Oktober 1977 vgl. das Telegramm Nr. 83 des Politischen Departements an M. Gelzer vom 14. Oktober 1977, dodis.ch/50251 sowie die Notiz von P. Hollenweger vom 2. November 1977, dodis.ch/50252. Allgemein zum Terrorismus vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 5, dodis.ch/48721.

9. Zur Frage des schweizerischen UNO-Beitritts vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 156, dodis.ch/51504.

sind sachlicher, wenn auch noch nicht gerade herzlich geworden.» (Wolfram van den Wyenbergh in der *Frankfurter Allgemeinen*).

Hans Martin Schmid warnt im Berner *Bund* vor der in letzter Zeit häufig laut gewordenen übertriebenen Kritik an der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Ausland und schliesst seinen Kommentar mit den Worten: «Die Schweizer Presse, nicht zuletzt dieses Blatt, war unter den ersten Stimmen, die vor der braunen Gefahr warnten. Das gibt uns – glaube ich – die Verpflichtung, uns um das, was in Deutschland und um Deutschland, was im Namen der deutschen Sprache geschieht, ganz besonders zu kümmern. Und das gibt uns das Recht, vor den Gefahren einer Übertreibung in der andern Richtung zu warnen. Davon hat der westdeutsche Bundespräsident hoffentlich etwas zu spüren bekommen. So sehr uns viele Deutsche als Einzelpersonen oder in Gruppen in gewissen Attitüden dann und wann Mühe machen, die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes ist und bleibt, wie es unser Deutschland-Korrespondent Hermann Schlapp einmal formulierte, «der beste deutsche Nachbar, den wir je hatten.» Und es ist sehr, sehr fraglich, ob wir, sollte diese zweite Demokratie auf deutschem Boden scheitern, je einen bessern bekommen werden.»

89

dodis.ch/49323

Telegramm des Generalsekretärs des Politischen Departements, A. Weitnauer, an das Politische Departement¹

KSZE

Belgrad, 6. Oktober 1977

Nachfolgend erhalten Sie den Text des Hauptteils meiner gestrigen Tischrede² am Abendessen bei Botschafter Hess (für etwa 20 der hier vertretenen wichtigsten Länder³).

1. Telegramm Nr. 228 (Empfangskopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#904* (B.72.09.15.1). Versandt durch die schweizerische Botschaft in Belgrad. Erhalten: 6. Oktober 1977, 17:10. Kopie an die schweizerischen Botschaften in Washington und Moskau, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, C. Sommaruga, W. Mark sowie an die Operationssektion der Gruppe für Generalstabsdienste des Militärdepartements.

2. Ansprache gehalten von Botschafter Dr. A. Weitnauer am Abendessen auf der Schweizerischen Botschaft in Belgrad am 5. Oktober 1977, dodis.ch/49380. A. Weitnauer wurde als Generalsekretär des Politischen Departements von P. Graber dazu bestimmt, an der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad im Namen der Schweiz die Eröffnungs- und Schlussdeklarationen zur Kenntnis zu bringen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1606 vom 29. September 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#848*. Zur Eröffnungsansprache vgl. die Rede von A. Weitnauer vom 4. Oktober 1977, dodis.ch/49222 und die Fotografie vom 4. Oktober 1977, dodis.ch/49382.

3. Eingeladen waren die Delegationschefs der USA, Grossbritanniens, der BRD, Belgiens, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Griechenlands, der Türkei, der UdSSR, Rumäniens, Jugoslawiens, Schwedens, Finnlands, Österreichs, Liechtensteins, Maltas, Spaniens, der DDR, Polens sowie M. Božinović. Ebenfalls anwesend waren H. Hess und E. Brunner.

«... I shall try to express a very few ideas your presence in this hospitable house makes me feel rather strongly about. The first has to do with the role of my own country. Switzerland has reached an important stage in the history of its foreign policy. A permanently neutral country we are and firmly intend to remain. But neutrality is for us not only a source of strength, but is increasingly becoming a means of action. As everybody knows, Switzerland is an economic and financial power of some size and has been acting accordingly for quite some time. But it came as a surprise to many, including ourselves, that we can play, in the political field also, a meaningful, active and sometimes successful part – as at the Helsinki, Geneva and Belgrade meetings⁴ –, not in spite of our neutrality, but because of it. I think this is owing to the fact that our firm resolve to further peace and understanding between the nations of this world cannot be questioned. Our neutral partners in Europe⁵ – who saw the light long before us – are there to confirm the truth of what I just said: a neutral country cannot possibly have another policy. My second point concerns all of you, all the countries of Europe, the United States and Canada. It took a genius to foresee, more than a century ago – it is Alexis de Tocqueville I am referring to – that a very special responsibility would accrue to the two giants represented among us, the United States and the Soviet Union (or Russia, for that matter, as Tocqueville was used to say). You must have felt – Ambassador Goldberg, Ambassador Vorontsov – during these very first days of the meeting⁶ the deep anxiety that pervades humanity, a feeling of real concern caused by the enormous accumulation of horrifying weapons on our continent and elsewhere⁷. You – and you alone – can do something drastic (and something of this kind is indeed required) to do away with this intrinsic threat, and do it rather quickly. We know and highly appreciate your sense of responsibility for the whole of mankind: so we remain hopeful.

My last point has to do with European unity. A very strong feeling of belonging together, of being members of the same family, was very much present to my mind during these days. Viewed in this context, America – and Canada – are offshoots of Europe who have very visibly outgrown their size, but in outlook and mentality are sometimes more European than we are ourselves. The family spirit which I alluded to, makes us realize that, large or small, powerful or humble, we have all a right to exist according to our own way of life, to be recognized and treated as sovereign members of the «European Concert», as it was called in the past. If there is one thing Europe has always withstood – almost instinctively – it is the hegemony of just one nation over all others. In the case of Europe variety equals strength, and it is its diversity

4. Zu den KSZE-Verhandlungen in Helsinki und Genf vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867. Zu den Vorbereitungen für das Begrader Treffen der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

5. Zur Zusammenarbeit der Neutralen sowie der N + N vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213, Anm. 15 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326.

6. Zu den ersten beiden Konferenztagen in Belgrad vgl. die Fotografie vom 4. Oktober 1977, dodis.ch/49383 sowie das Telegramm Nr. 231 von A. Weitnauer an den Dienst Information und Presse des Politischen Departements vom 6. Oktober 1977, dodis.ch/49381.

7. Zur Abrüstungsfrage vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 166, dodis.ch/48273.

which makes the European world so very beautiful, so immensely worthwhile preserving and developing further. Ever increasing cooperation, which – in the best Helsinki spirit – can only be based on ever increasing mutual trust is the indispensable means to these noble ends.»

Meine Ausführungen wurden gut aufgenommen, dies vor allem auch, und mit Betonung, von den Botschaftern Goldberg und Vorontsov. Ich hatte in meiner Rede versucht, eine Art Querschnitt der Debatte der ersten Tage zu geben und zugleich einen schweizerischen Standpunkt zu vertreten⁸.

8. Zum Verlauf der Verhandlungen in Belgrad vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 121, dodis.ch/49324.

90

dodis.ch/49427

Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard¹

ENTRETIEN DU 6 OCTOBRE 1977 À 11H00 ENTRE L'AMBASSADEUR HEGNER ET LE
CHARGÉ D'AFFAIRES D'ITALIE M. GIOVANNI BATTISTINI

Berne, 7 octobre 1977

H[egner] ouvre l'entretien en remarquant que le Chef du Département² eût aimé recevoir lui-même l'Ambassadeur d'Italie³, mais a été peiné d'apprendre qu'il se trouvait malade. Il forme les meilleurs vœux pour sa santé.

Le Conseiller fédéral Graber a été surpris par les déclarations de M. Foschi qu'il a lues dans la presse et les propos qui ont été entendus par certains de ses collaborateurs à la télévision. Ces déclarations, dans lesquelles il est question du «système archaïque» de la Suisse et de son manque de respect des droits de l'homme et où elle semble même avoir été comparée défavorablement à l'URSS, dépassent le cadre de ce qu'on peut considérer comme d'usage entre pays voisins soucieux d'entretenir de bonnes relations⁴. Certes, l'étroitesse même des relations entre la Suisse et l'Italie implique plus ou moins inévitablement des frictions mais celles-ci devraient être débattues dans les organes appropriés, qui existent. Il convient de ne pas oublier non plus que les ministères des affaires étrangères sont là pour amortir les choses.

Le Département politique, pour sa part, n'est pas responsable de tous les secteurs qui ont donné lieu à des doléances de la part de M. Foschi. Il ne peut donc se prononcer, du moins à ce stade, sur le fond de ces problèmes.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3993* (B.15.21).

2. P. Graber.

3. G. Pignatti Morano di Custoza.

4. Pour une vue d'ensemble des relations entre la Suisse et l'Italie, cf. DDS, vol. 26, doc. 35, dodis.ch/38348; DDS, vol. 27, doc. 53, dodis.ch/37679 et le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426.

D'autre part, nous sommes conscients de ce qu'il y a derrière les déclarations de M. Foschi tout un arrière-plan de politique intérieure qui nous incite à les considérer «cum grano salis». Aussi ne voudrions-nous pas dramatiser les choses. Nous devons néanmoins dire notre surprise de voir que le gouvernement italien ne paraît plus appuyer la ratification de l'accord de double imposition⁵.

B[attistini], tout en concédant que certains des propos en cause ont peut-être été excessifs, précise toutefois qu'ils ont été partiellement déformés. Par exemple, M. Foschi, avec qui B[attistini] vient de s'entretenir, affirme qu'il n'a pas comparé défavorablement la Suisse à l'URSS sous l'angle des droits de l'homme, mais qu'il s'est borné à déclarer qu'au moment où les pays occidentaux mettent en accusation l'URSS⁶, il convient qu'ils fassent en même temps un effort pour progresser eux-mêmes dans l'observation réelle des droits de l'homme. En ce qui concerne l'arrière-plan de politique intérieure, B[attistini] observe que la NZZ l'a, à son avis, exposé de manière adéquate.

H[egner] prend note de ces précisions, mais prie tout de même B[attistini] de demander à son Ministre des affaires étrangères, M. Forlani, au nom de M. Graber, que les problèmes des travailleurs italiens en Suisse ne soient pas mentionnés, demain, 7 octobre, à Belgrade, dans la déclaration que le délégué italien⁷ doit prononcer au cours du débat général d'ouverture. Il appartient au gouvernement italien de juger s'il y aura lieu de soulever ces problèmes à huis clos, soit à Belgrade, soit de préférence dans d'autres organisations telles que le Conseil de l'Europe⁸.

Bien entendu, les griefs italiens devront être examinés en commun, mais H[egner] voudrait d'ores et déjà faire remarquer que certains des reproches formulés par M. Foschi paraissent pour le moins exagérés. Nous ne saurions admettre, par exemple, que tous les avantages consentis dans les accords entre gouvernements aient été par la suite réduits à néant par les autorités d'exécution en Suisse. Il ne nous paraît pas que, dans ces accords, l'Italie ait été perdante.

B[attistini] promet de porter à la connaissance de M. Forlani la requête de M. Graber. Il ne doute pas un instant qu'elle ne soit acceptée. H[egner] relève ensuite que, selon les journaux, M. Foschi aurait l'intention, à un stade ultérieur de son séjour en Suisse, de prendre contact avec les autorités fédérales. Si tel est le cas, il sera le bienvenu.

B[attistini] précise que M. Foschi était venu d'abord pour rencontrer, à Zürich, la ligue des sociétés italiennes en Suisse, puis, à Berne, la réunion des

5. Convention entre la Confédération suisse et la République italienne en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune du 9 mars 1976, RO, 1979, pp. 461–482. Pour l'historique et la suite des négociations, cf. DDS, vol. 26, doc. 70, dodis.ch/38622 et doc. 194, dodis.ch/38628 ainsi que DDS, vol. 27, doc. 44, dodis.ch/49428 et doc. 113, dodis.ch/49423.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 96, dodis.ch/48698.

7. A. Cavaglieri. Pour l'ouverture de la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 89, dodis.ch/49323. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49423, point 2.2.2.

8. Cf. la notice de A. Maillard du 10 octobre 1977, dodis.ch/52065.

consuls italiens en Suisse⁹. Il prend note de la déclaration de H[egner] en ce qui concerne un contact avec les autorités fédérales.

B[attistini] commence ensuite une énumération des doléances dont M. Foschi lui a fait part. H[egner] n'aura malheureusement pas le temps de lui laisser terminer son énumération, car il doit faire face à un autre rendez-vous, mais, de toute façon, il est bien évident que ce contact ne sera pas le dernier. M. Foschi a d'abord souligné que les problèmes des travailleurs italiens en Suisse ne sont pas comparables aux violations des droits de l'homme qui sont reprochées à l'URSS. Néanmoins, le gouvernement italien, pour des raisons évidentes, ne peut pas laisser aux communistes le monopole de la sollicitude pour les émigrés italiens. On ne saurait cacher d'autre part que le gouvernement italien a été sérieusement déçu par l'échec de la réunion de la commission mixte au mois de juin dernier¹⁰. En ce qui concerne les deux conventions, dont l'une porte sur l'imposition des travailleurs frontaliers¹¹ et l'autre sur la double imposition¹², le gouvernement italien estime que la Suisse n'a pas respecté l'entente selon laquelle la mise en application de la première devait précéder celle de la seconde. En liant les deux conventions, le parlement suisse a compliqué les choses et a contraint le parlement italien à établir, par rétorsion, d'autres liens que la Suisse ne peut accepter.

Enfin, B[attistini] exprime le regret que les autorités chargées de la préparation de la nouvelle loi sur les étrangers en Suisse¹³ aient refusé de donner, à ce sujet, des informations à l'Ambassade d'Italie. Celle-ci ne veut certes pas s'ingérer dans des problèmes qui relèvent de la souveraineté suisse, mais l'intérêt de l'Italie pour cette loi devrait être compris.

H[egner] est amené alors à suspendre l'entretien.

9. Sur la visite de F. Foschi, cf. la notice de A. Hegner à P. Graber du 18 octobre 1977, dodis.ch/52066.

10. Cf. la lettre de E.-R. Lang à la Direction politique du Département politique du 23 juin 1977, dodis.ch/50093.

11. Accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'imposition des travailleurs frontaliers et à la compensation financière en faveur des communes italiennes limitrophes du 3 octobre 1974, RO, 1979, pp. 457-459. Cf. aussi DDS, vol. 26, doc. 70, dodis.ch/38622.

12. Cf. note 5.

13. Sur le projet de la nouvelle loi, cf. DDS, vol. 27, doc. 118, dodis.ch/49424.

*Notice pour le Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer¹*AU SUJET DE VOTRE VOYAGE AUX ÉTATS-UNIS²

Berne, 12 octobre 1977

1. Nous n'avons pas la prétention de vous apprendre quoi que ce soit au sujet des rôles respectifs des États-Unis et de la Suisse dans les affaires internationales. Mais nous croyons utile de vous signaler que la doctrine officielle du Département d'État au sujet de la neutralité suisse semble maintenant être considérée non seulement comme allant de soi, mais également bénéfique pour la communauté des nations. Cela est apparu récemment dans plusieurs conversations que nous avons eues avec des collègues américains et au cours d'un échange de vues avec cinq gouverneurs d'États américains, dont un posa la question suivante: «Why are you so apologetic about your neutrality?».

2. Au plan bilatéral, le problème le plus important nous paraît être actuellement le problème nucléaire. L'Ambassadeur Bindschedler serait heureux qu'au cours de votre séjour à Washington vous rompiez une lance en faveur de nos intérêts et points de vue³. Malheureusement, notre Jurisconsulte se trouve maintenant à Belgrade⁴ et n'a pas accès aux dossiers sur lesquels il voudrait pouvoir s'appuyer pour vous faire une notice. D'autre part, M. von Arx est en vacances jusqu'à la fin de la semaine. Néanmoins, nous demanderons à M. von Arx, dès lundi matin, de préparer à votre intention un petit résumé des questions que nous vous enverrons par télégramme à notre ambassade.

3. À part cela, il convient peut-être de relever encore que le traité d'assistance judiciaire⁵ que vous avez négocié, et qui est entré en vigueur le 23 janvier dernier, fonctionne à l'entière satisfaction des deux parties. Il semble que, depuis lors, les critiques émises aux États-Unis à l'encontre des banques suisses se sont fortement atténuées⁶.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1789* (B.15.21.(1)). Rédigée et signée par A. Maillard.

2. Pour la visite du 25 au 27 octobre 1977, cf. la lettre de R. Probst à A. Weitnauer du 2 novembre 1977, dodis.ch/49814.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 93, dodis.ch/49322.

4. R. Bindschedler avait été nommé chef de la Délégation suisse à la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. le PVCF N° 1606 du 29 septembre 1977, dodis.ch/54158. Pour l'ouverture de la conférence, cf. DDS, vol. 27, doc. 89, dodis.ch/49323.

5. Traité entre la Confédération suisse et les États-Unis d'Amérique sur l'entraide judiciaire en matière pénale du 25 mai 1973, RO, 1977, pp. 42-84. Cf. DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point 5.

6. Cf. DDS, vol. 24, doc. 58, dodis.ch/33138 et la lettre de S. Arioli au Service économique et financier du Département politique du 18 mai 1977, dodis.ch/49862.

*Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles¹*

BERICHT ÜBER DIE BESPRECHUNGEN IN WASHINGTON UND NEW YORK

Vertraulich

Bern, 17. Oktober 1977

Anlass der Amerikareise, die vom 21. September bis zum 3. Oktober stattgefunden hat, war die Tagung des ministeriellen Entwicklungskomitees und die Jahresversammlung der Weltbank und des Währungsfonds in Washington². Der Direktor der Handelsabteilung ist beim Entwicklungskomitee als schweizerischer Beobachter akkreditiert. Der Zeitpunkt war besonders geeignet für eine Kontaktnahme mit den amerikanischen Regierungsstellen, die seit dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Verwaltung³ in Aussicht genommen, aber mehrmals hinausgeschoben worden war, da die Konstituierung der neuen Equipe und die Kompetenzverteilung einen erheblichen Zeitaufwand erforderten. Angesichts der Belastung der amerikanischen Behörden mit ausländischen Besuchen sollte eine Gesprächsrunde zudem erst dann vereinbart werden, wenn wichtige Probleme spruchreif geworden waren. Diese Voraussetzung war nunmehr erfüllt, indem die GATT-Verhandlungen⁴ in ein aktives Stadium getreten sind, die Weiterführung des Nord-Süd-Dialogs⁵ zur Diskussion steht und im wirtschaftspolitischen Bereich die Stellung der Schweiz als Überschussland ins Schussfeld der amerikanischen Kritik geraten war. Wegen dieses Umstandes und angesichts der immer engeren Verknüpfung zwischen Handels- und Währungspolitik erfolgten die meisten Besprechungen gemeinsam mit dem Präsidenten der Nationalbank⁶. Botschafter Probst und seine Mitarbeiter haben das Besuchsprogramm in vorbildlicher Weise vorbereitet und ihrerseits an den Aussprachen aktiv teilgenommen, wofür ihnen an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen werden soll.

1. Bericht: CH-BAR#E7001C#1987/102#540* (2310.1). Der Bericht ging an E. Brugger, P. Graber, A. Weitnauer, A. Hegner, M. Heimo, J. Zwahlen, R. Probst, S. Marcuard, H. Suter, F. Rothenbühler, K. Jacobi, A. Dunkel, P. Betschart, E. Moser, C. Sommaruga und B. von Tscharner.

2. Vgl. dazu den Bericht von J. Zwahlen vom 7. Oktober 1977, dodis.ch/50436.

3. Zur Carter-Administration vgl. den Politischen Bericht Nr. 5 von R. Probst vom 18. Januar 1977, dodis.ch/49785 sowie den Politischen Bericht Nr. 49 von R. Probst vom 27. April 1977, dodis.ch/49786.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 114, dodis.ch/35593, bes. Anm. 5; Dok. 134, dodis.ch/38594 und Dok. 182, dodis.ch/38602; DDS, Bd. 27, Dok. 74, dodis.ch/50105 und Dok. 105, dodis.ch/49332 sowie die Erklärung von P. R. Jolles vom 23. Januar 1978, dodis.ch/50106.

5. Zum Nord-Süd-Dialog vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202; Dok. 92, dodis.ch/49331, bes. Abschnitte III und IV und Dok. 98, dodis.ch/50289; das Exposé von P. Aubert vom 1. September 1978, dodis.ch/48269, Punkt V sowie die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1647. Zur schweizerischen Nord-Süd-Konzeption vgl. ferner die Notiz von B. von Tscharner vom 27. Dezember 1976, dodis.ch/52050 sowie die Notiz von R. Högger vom 25. Januar 1977, dodis.ch/52056.

6. F. Leutwiler.

Das gleiche gilt für Herrn Generalkonsul Suter und Herrn Botschafter Marcuard in New York.

[...]

Die Botschaft in Washington hat über sämtliche Besprechungen eine Gesprächsnotiz⁸ verfasst. Der folgende Bericht kann sich daher darauf beschränken, in synthetischer Form die Ergebnisse und Eindrücke bezüglich der wichtigsten Themen zusammenzufassen.

I. Bilaterale Probleme

Offset-Geschäfte für die Tiger-Beschaffung⁹

Wir haben sowohl im Staatsdepartement wie im Handelsministerium darauf hingewiesen, dass der schleppende Verlauf der Auftragserteilung an Schweizerfirmen zu parlamentarischen Interventionen¹⁰ geführt hat und ein ernsthaftes innenpolitisches Problem heraufbeschwören könnte. Da die Schweiz trotz starkem französischem Druck die amerikanische Offerte bevorzugt hat, bestehe ein offensichtliches politisches Interesse, dass die von der amerikanischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Das federführende Eidg. Militärdepartement wünsche daher eine rasche Einschaltung sowohl des amerikanischen Verteidigungsministeriums wie der übrigen Stellen der amerikanischen Verwaltung, die staatliche Einkäufe tätigen. Diesbezügliche bilaterale Kontakte seien vor Ende dieses Jahres vorgesehen¹¹.

Wir erhielten den Eindruck, dass die amerikanische Regierung sich der Bedeutung dieses Angelegenheit bewusst und bereit ist, im Einvernehmen mit uns die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Botschafter Probst setzt seine energischen Bemühungen fort. Die schweizerische Industrie sollte heute mit dem entsprechenden amerikanischen Ausschreibeverfahren besser vertraut sein. (Siehe auch Seite 5.)

Käseexporte¹²

Angesichts der stark aktiven amerikanischen Agrarhandelsbilanz mit der Schweiz (20:1), haben wir betont, dass die Schweiz einen weiteren Marktverlust für dieses traditionelle Exportprodukt in den Vereinigten Staaten nicht

7. Es fanden Besprechungen mit folgenden Persönlichkeiten statt: In Washington mit R. N. Cooper, R. D. Vine, R. Strauss, H. Owen, J. J. Gilligan, A. M. Solomon, D. E. Hathaway, F. W. Weil, Ch. L. Schultze, J. Witteveen, R. McNamara, R. King, R. B. Long und A. Ullman. In New York mit J. Oakes, E. Koch, M. Van Laetham, M. Perez-Guerrero und I. A. Akhund. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/49331.

8. Für die Gesprächsnotizen vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1648 sowie Doss. CH-BAR# E2200.36#1999/100#111* (102.11).

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317; Dok. 41, dodis.ch/49316; Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 4 sowie Dok. 72, dodis.ch/49315.

10. Vgl. z. B. für die Einfache Anfrage Trottmann das BR-Prot. Nr. 1160 vom 30. Juni 1976, dodis.ch/54137 und für die Interpellation Riesen und deren Behandlung im Parlament das NR-Prot. vom 5. Mai 1977, dodis.ch/53286.

11. Vgl. dazu den Bericht von Ch. Grossenbacher und R. Huber vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/50716.

12. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Blickenstorfer vom 9. August 1977, dodis.ch/49877; die Notiz von S. Meili vom 28. September 1977, dodis.ch/49849 sowie das Rundschreiben von K. Jacobi vom 21. Dezember 1978, dodis.ch/49879. Vgl. ferner die Notiz von M. Krell an K. Jacobi vom 17. April 1978, dodis.ch/49878.

hinnehmen könnte. Unsere Argumentation fand Verständnis. Wir erhielten die Zusicherung, dass der Schweiz im kommenden Jahr wiederum das volle Kontingent für niedrigpreisigen Emmentaler eröffnet werde. Wir unterstrichen jedoch, dass die Drohung einer «countervailing duty» auf hochpreisigem Emmentaler in den GATT-Verhandlungen beseitigt werden müsse, und wir haben dies auch STR Strauss dargelegt.

*Behandlung der Uhren in der GATT-Verhandlung*¹³.

Wir haben beiläufig die Erwartung ausgedrückt, dass die Uhren diesmal nicht auf eine Ausnahmeliste gesetzt werden, da schon in den vergangenen GATT-Verhandlungsrunden keine Zollsenkung erzielt werden konnte. Die amerikanische Verwaltung hat noch kein diesbezügliches Begehren erhalten, wird uns jedoch benachrichtigen. In der Zwischenzeit sollte das Problem von uns nicht formell aufgegriffen werden.

*Antidumpingverfahren gegen BBC-Transformatoren*¹⁴.

Wir haben die wirtschaftlichen Nachteile des sich über Jahre hinaus verzögernden Verfahrens einmal mehr als Beispiel eines unzulässigen Verwaltungsprotektionismus erwähnt.

*Anerkennung der «good laboratory practices»*¹⁵.

Die Angelegenheit scheint einer Regelung entgegenzugehen. Wir haben einmal mehr auf die verfassungsmässige Problematik ausländischer Inspektionen in schweizerischen Betrieben hingewiesen.

Amerikanischerseits wurden keine handelspolitischen Probleme im Verhältnis zur Schweiz aufgeworfen.

Schweizerische Exportförderung auf dem amerikanischen Markt.

Die schweizerischen Geschäftsleute in New York bezeichnen den hohen Frankenkurs als Hauptschwierigkeit. Sie geben jedoch zu, dass vermehrte Exportanstrengungen in den amerikanischen Südstaaten und im Westen (Kalifornien) sich lohnen würden¹⁶. Sulzer und Alusuisse haben dort wesentliche Erfolge erzielt. Die Marktforschung und die Exportanstrengungen der mittleren und kleinen Betriebe seien ungenügend. Die Textilindustrie habe sich erstmals zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden. Die Bedeutung, die der Forschung und Entwicklung von technischen Spitzenprodukten zukommt, wird allgemein unterstrichen. Die wissenschaftliche Ausbildung an den amerikanischen Universitäten stehe auf einem hohen Stand mit grosser Breitenwirkung.

Bezüglich Tiger-Offsetgeschäfte befürchtet Sulzer, bei allzu knapper Preisberechnung ein Antidumpingverfahren auszulösen. Auch nütze der «Buy American Waiver» nur bei Beschaffungen des Verteidigungsdepartements, weil dort die Vorschrift des Preisvorsprungs 50% betrage, während dieser Satz bei den übrigen Verwaltungsstellen auf 12% beschränkt sei und auch

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 105, dodis.ch/49332.

14. Vgl. dazu die Notiz von M. Krell vom 16. August 1977, dodis.ch/49919.

15. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 78, dodis.ch/49321.

16. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an A. Janner vom 2. Mai 1977, dodis.ch/49800 sowie das Schreiben von R. Probst an J. Martin vom 25. Juli 1978, dodis.ch/49803.

anderen ausländischen Lieferanten Gleichbehandlung zugestanden werden müsste. BBC teilt diese Auffassung nicht.

II. Wirtschafts- und währungspolitische Fragen

Präsident Leutwiler und ich haben versucht, die Amerikaner zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten eines Überschusslandes mit kleinem Binnenmarkt wie der Schweiz herbeizuführen, das weltwirtschaftliche Wachstum durch stimulierende Massnahmen zu fördern. Dagegen sehe die Schweiz ihre Verantwortung darin, internationale Finanzierungsmassnahmen, wie z. B. die neue Witteveen-Fazilität¹⁷, grosszügig zu unterstützen. Sollte ein Zinsverbilligungsfonds geschaffen werden, wäre die Schweiz bereit, die Möglichkeit einer Beitragsleistung zu prüfen. (Die Amerikaner schliessen ihrerseits einen solchen Beitrag aus, weil sie die Tendenz, den IWF für entwicklungspolitische Zwecke einzusetzen, nicht begünstigen wollen – dies sei Aufgabe der Weltbank.)

Die amerikanische Kritik an den Überschussländern hat sich jedoch während unseres Aufenthaltes mehr auf die Bundesrepublik und Japan konzentriert als auf die Schweiz. Erstaunlich war, wie schlecht das wirtschaftliche Verhalten der Deutschen und die massgebenden psychologischen Faktoren in Washington verstanden werden.

Bezüglich der amerikanischen Wirtschaftslage wird mit einem zwar verlangsamen, aber andauernden Wachstum gerechnet. Eine neue rezessive Phase stehe 1978 nicht bevor, sei für 1979 oder 1980 aber deshalb nicht ausgeschlossen, weil die Investitionen in Erwartung eines neuen Abschwungzyklus zurückgehalten würden. Die Investitionsschwäche stellt daher ein Hauptproblem dar. Die neue Steuervorlage soll einen diesbezüglichen Stimulierungseffekt auslösen, ohne dass dadurch inflatorische Kräfte geweckt würden.

Auch die Schweizer Geschäftsleute in New York bezeichnen die amerikanische Wirtschaftslage als grundlegend gesund. In der Privatwirtschaft herrsche jedoch Misstrauen bezüglich der künftigen Wirtschaftspolitik Carters. Daher Überliquidität der Banken. Es würden nur noch kurzfristige Kredite aufgenommen. Trotzdem sei weiterhin ein starker Kapitalzustrom aus dem Ausland zu verzeichnen, der sich jedoch nicht in Aktienkäufen niederschlage.

Präsident Leutwiler und ich haben in den Gesprächen auf das *Wechselkursproblem*¹⁸ hingewiesen. Die Schweiz sei zwar bereit, eine andauernde Aufwertungstendenz als Ausdruck der unterschiedlichen Inflationsraten in Kauf zu nehmen; schädlich seien jedoch die abrupten (erratischen) Kursschwankungen. Da dadurch das Vertrauen der Wirtschaft in die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt beeinträchtigt werde, sei die mangelnde währungspolitische Stabilität eine wesentliche Ursache der Investitionsschwäche und laufe deshalb auch dem amerikanischen Interesse an einer Ankurbelung des

17. Vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423, Anm. 29.

18. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 112, dodis.ch/49604, Punkt 2.1; Dok. 194, dodis.ch/52263, bes. Anm. 7; das Schreiben von G.-A. Chevallaz an W. M. Blumenthal vom 22. Februar 1978, dodis.ch/49856; die Notiz von S. Arioli vom 16. Mai 1978, dodis.ch/49913; das Protokoll Nr. 636 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 29. September 1978, dodis.ch/49363 sowie die Notiz von M. Baldi an P. R. Jolles vom 27. November 1978, dodis.ch/49859.

Wirtschaftswachstums durch vermehrte Investitionstätigkeit in den Überschussländern zuwider. Der Wunsch nach einer vermehrten Zusammenarbeit auf dem Währungssektor löst jedoch bei unseren Gesprächspartnern wenig Echo aus. (Arthur Burns, den Herrn Leutwiler allein getroffen hatte, soll mehr Verständnis für unser Anliegen zeigen.) Die Amerikaner weisen auf ihr wachsendes Handelsbilanzdefizit hin, welches offenbar ein Argument für eine Verstärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit durch einen tiefen Dollarkurs hergeben soll. Sie räumen jedoch ein, dass ein wesentlicher Teil des Defizits auf Erdöleinfuhren entfällt. Die Inbetriebnahme der Alaska-Pipeline soll es in Zukunft erlauben, 20% des Energiebedarfs zu decken (1979: 2 Millionen Fass pro Tag).

III. Multilaterale Aussenwirtschaftsfragen

1. Gatt-Verhandlungen – Tokio-Runde¹⁹

Die Amerikaner messen den GATT-Verhandlungen aus den folgenden Gründen eine grosse Bedeutung bei und scheinen entschlossen, die ihnen zufallende Führungsrolle zu übernehmen:

- Bestes Mittel, um den protektionistischen Strömungen die Stirn zu bieten. Zu diesem Zweck muss das Ergebnis jedoch substantiell ausfallen, um in glaubwürdiger Weise neue Aussenhandelsperspektiven für die gesamte Wirtschaft zu eröffnen.
- Gelegenheit, um auf dem Landwirtschaftssektor, der in der Kennedy-Runde leer ausgegangen ist, eine Verbesserung des Marktzugangs zu erzielen.
- Mittel, um die durch den europäischen Freihandel und eine Erweiterung der EG verursachte Diskriminierung zu mildern.

Der Präsident sei persönlich von den Vorteilen eines offenen Welthandelssystems überzeugt. Neben der Landwirtschaft sei auch der Hauptteil der Industrie immer noch liberal eingestellt. Auf einigen Sektoren habe sich jedoch der protektionistische Druck verschärft. Wir konnten dies mit eigenen Augen feststellen, da während unseres Gesprächs mit STR Strauss²⁰ das White House von einer Pickettlinie der soeben in Ohio entlassenen Stahlarbeiter umringt wurde. Die wachsende protektionistische Gefahr wurde von Unterstaatssekretär Cooper wie folgt formuliert: «Zwischen dem innenpolitischen Druck und dem Kongress wird die Front nur noch von einer schmalen Linie von Chefbeamten gehalten. Das ist auch in anderen Ländern so.» Unter den heutigen Umständen würde der Kongress dem Präsidenten kaum neue Verhandlungsvollmachten erteilen. Der Zeitfaktor spielt daher eine wichtige Rolle. Die GATT-Verhandlungen müssen das Wettrennen gegen den Erlass protektionistischer Einzelmassnahmen aufnehmen.

Strauss zeigte sich von seinen Gesprächen mit den EG und gewissen europäischen Regierungen ermutigt; desgleichen das Landwirtschaftsministerium. Dagegen habe Premierminister Barre mit seiner These des «libéralisme organisé» Misstrauen geweckt. Auch hinter den von der EG-Kommission

19. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 114, dodis.ch/35593, bes. Anm. 5; Dok. 134, dodis.ch/38594 und Dok. 182, dodis.ch/38602; DDS, Bd. 27, Dok. 74, dodis.ch/50105 und Dok. 105, dodis.ch/49332 sowie die Rede von P. R. Jolles vom 23. Januar 1978, dodis.ch/50106.

20. Vgl. dazu die Notiz von S. Arioli vom 4. Oktober 1977, dodis.ch/49853.

verlangten Bedingungen für die Inkraftsetzung der zweiten Zollabbaurunde erblickten die Amerikaner – wohl zu Recht – restriktive Absichten.

Wir glauben, unser Ziel erreicht zu haben, die Amerikaner vom Nutzen eines engen Zusammengehens mit der Schweiz zu überzeugen. Die schweizerische Zollabbauformel wurde als konstruktiven Beitrag gewürdigt. Die bilateralen Konsultationen sollen auf allen Stufen fortgesetzt und vertieft werden. Strauss wird gerne einmal nach Bern kommen.

Unser zweites Anliegen bestand darin, die Amerikaner auf die Gefahr einer Verhandlung über Ausnahmelisten aufmerksam zu machen. Hier ist ihre Bewegungsfreiheit wegen der bestehenden gesetzlichen Vorschriften allerdings eingeengt.

Ein weiteres Problem stellt Japan dar, das eher zu «freiwilligen» Exportbeschränkungen bereit sei als dazu, den eigenen Einfuhrschutz abzubauen. Zwar würde dies immer wieder in Aussicht gestellt, aber ohne praktische Erfüllung.

Ob Strauss im Zuge einer Kabinettsumbildung wegen der Entlassung des Budgetministers Lance einen neuen Posten übernehmen würde, war nicht zu erfahren. Es wäre schade, da offensichtlich ein gewiegter Politiker erforderlich ist, um den Kongress, der eigene Emissäre nach Genf entsenden will, von der Notwendigkeit handelspolitischer Konzessionen zu überzeugen.

2. Fortsetzung des Nord-Süd-Dialogs²¹

Die Notwendigkeit einer Erfüllung der in Paris gemachten Zusagen wird in Washington anerkannt, ein Einschwenken auf die Konzeption des «New International Economic Order» jedoch abgelehnt. Erstaunlicherweise schien keiner unserer Gesprächspartner die vom amerikanischen UNO-Vertreter Young anlässlich der verlängerten 31. Session der Generalversammlung abgegebene Erklärung zu kennen. Die UNO wird als rein politisches Diskussions-, nicht aber als wirtschaftliches Verhandlungsgremium angesehen. Wir versuchten, die Amerikaner zu überzeugen, dass trotzdem die Kohärenz der Stellungnahmen gewahrt werden müsse.

Bezüglich Finanzhilfe haben sich offenbar die innenpolitischen Schwierigkeiten eher verstärkt, da der Kongress das Entwicklungshilfebudget mit politischen Auflagen (Menschenrechte) zu versehen sucht. Trotzdem strebt die Regierung weiterhin eine nominelle Erhöhung der Finanzhilfe um 50% für das kommende Jahr und eine reale Verdoppelung bis 1982 an.

In den Verhandlungen um die Schaffung eines Rohstoff-Fonds²² soll eine Verhärtung der Fronten im November vermieden werden. Über dieses Thema wurde anlässlich der folgenden Sitzung des Exekutivkomitees der OECD in Paris am 4. Oktober²³ eine einlässliche Aussprache geführt. Die Amerikaner zeigten sich dabei flexibler als die BRD. Die dem Rohstoff-Fonds von den Entwicklungsländern beigemessene Bedeutung sei zwar vorwiegend politisch motiviert und aus wirtschaftlicher Sicht übertrieben; doch könne bei entsprechender Ausgestaltung ein gewisser Stabilisierungseffekt vermutlich erzielt werden.

21. Vgl. Anm. 6.

22. Vgl. dazu die Notiz von J.-P. Béguin und J. Cuttat vom 4. November 1977, dodis.ch/50414.

23. Vgl. Doss. CH-BAR#E7113A#1989/155#19* (753.4.1.4).

3. Rolle der UNO im Nord-Süd-Dialog

Die UNO-Generalversammlung hat nach Abschluss der KIWZ mit grossem Nachdruck die zentrale Rolle für die Weiterführung des Nord-Süd-Dialogs beansprucht. Ich habe mich daher bei meinem kurzen Aufenthalt in New York bemüht abzuklären, in welcher Weise die UNO sich dieser Aufgabe zu entledigen gedenkt. Botschafter Marcuard hat zu diesem Zweck ein Zusammentreffen mit Minister Perez-Guerrero und dem pakistanischen Präsidenten²⁴ der Gruppe «77» sowie eine Besprechung mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen stellvertretenden Generalsekretär der UNO, van Laethem, organisiert. Van Laethem, der allerdings im Begriffe ist, von seinem Posten zurückzutreten, vertrat die Auffassung, dass es der UNO nicht gelungen sei, ihre Arbeitsmethoden an die neuen Verhältnisse anzupassen. Sie sei ausserstande gewesen, den Schritt von der politischen Entkolonialisierung zu einer ernsthaften und konkreten Befassung mit Weltwirtschaftsfragen zu vollziehen. Dies habe eine Verschiebung der Substanzfragen vom UNO-Hauptquartier auf die «Peripherie», d. h. die regionalen Wirtschaftskommissionen, die Spezialorganisationen und die Weltbank-Gruppe, zur Folge gehabt. Es sei bezeichnend, dass nunmehr nicht die UNO, sondern die Weltbank unter Führung McNamaras auf Wunsch der Mitgliedstaaten die Aufgabe übernommen hätte, den Nord-Süd-Dialog aus der Sackgasse herauszuführen und einen umfassenden «World Development Report» als Diskussionsgrundlage für eine kohärente Entwicklungspolitik auszuarbeiten. Die KIWZ habe bei den Regierungen eine grössere Aufmerksamkeit gefunden als die UNO-Debatten. Die Tatsache, dass der neugeschaffenen Brandt-Kommission die Rolle zugedacht werde, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, sei ein weiteres Indiz für die Zweifel an der Wirksamkeit der UNO-Diskussionen. Auch habe sich in den letzten Jahren das Niveau der bei der UNO akkreditierten ständigen Vertreter gesenkt.

Diese Äusserungen mögen einen übertriebenen französischen Zynismus zum Ausdruck bringen. Tatsache ist jedoch, dass weder der österreichische Vorsitzende²⁵ der zuständigen zweiten Kommission klare Vorstellungen über das weitere Vorgehen zu haben schien noch mit Perez-Guerrero in New York, im Gegensatz zu Paris, ein sachliches Gespräch zu führen war. Sowohl er wie der Pakistaner beschränkten sich auf heftige polemische Angriffe gegen den mangelnden politischen Willen der Industriestaaten, zu konkreten Massnahmen Hand zu bieten.

Anlässlich der Sitzung des Exekutivkomitees der OECD in Paris vom 4. Oktober wurde die zentrale politische Funktion der UNO zwar anerkannt, die die Verhandlungsfortschritte auf den verschiedenen Fronten periodisch zu überprüfen und anzufeuern habe; die UNO sei jedoch davon abzuhalten, Richtlinien für diese Verhandlungen, die in spezialisierten Gremien zu führen sind, aufzustellen. Das Konzept des «New International Economic Order» bringe ferner die Schwierigkeit der heterogenen Gruppe der Entwicklungsländer zum Ausdruck, sich auf wirtschaftliche Prioritäten zu einigen.

24. I. A. Akhud.

25. P. Jankowitsch.

4. Rolle der OECD

Unsere amerikanischen Gesprächspartner scheinen bereit, die zentrale Rolle der OECD für die Abstimmung der wirtschaftspolitischen Ansichten der westlichen Industriestaaten weiterhin zu unterstützen. Sie glauben, dass die Diskussion in diesem Gremium mit der Zeit doch eine gewisse Wirkung auf die Entscheidungen wichtiger Regierungen, wie derjenigen Japans und der Bundesrepublik, haben. Auch die Koordination in den Nord-Süd-Fragen wird als notwendig und nützlich angesehen.

Wir haben unsererseits betont, dass die OECD ein Mittel sei, um die Gipfeltreffen der Grossen auf eine breitere Grundlage abzustützen und die negativen Reaktionen der kleineren Staaten gegenüber der Gipfeldiplomatie zu dämpfen. Es liege im gegenseitigen Interesse, die Glaubwürdigkeit der internationalen Zusammenarbeit zu stärken.

IV. Sitzung des ministeriellen Entwicklungskomitees der Weltbank und des Währungsfonds vom 25. September 1977²⁶

Es hat sich bestätigt, dass dieses Komitee bei der Durchführung der KI-WZ-Beschlüsse und der Weiterführung des Nord-Süd-Dialogs eine Rolle spielen kann. Obschon es nach den Kriterien der Weltbank und des Währungsfonds zusammengesetzt ist und deshalb einen beschränkten Teilnehmerkreis aufweist, haben die Entwicklungsländer keine Anstalten getroffen, die Funktionen dieses Komitees zugunsten derjenigen der grossen Entwicklungsorganisationen (z. B. UNCTAD) einzuschränken. Paradoxierteilweise wurden derartige Erwägungen nur von Seiten der Industriestaaten geäussert (Holland und vor allem Frankreich). Das Komitee wird sich jedoch nicht mit der Gesamtheit der Nord-Süd-Problematik befassen. Entsprechend seiner personellen Zusammensetzung (vorwiegend die Finanz- und Wirtschaftsminister, die an den Weltbanktagen teilnehmen) erfolgt eine Konzentration auf Themen mit vorwiegend finanziellen Aspekten. Die bisherigen Arbeiten bezüglich Verbesserung des Zugangs der Entwicklungsländer zu den Kapitalmärkten gelten als vorderhand abgeschlossen. Von der Schaffung eines internationalen Investitionsfonds oder eines multilateralen Garantiefonds für Anleihen der Entwicklungsländer wird Abstand genommen. Dagegen soll die Weltbank auf Wunsch Teilgarantien erteilen, während die «Société financière internationale» Investitionen in Aktien von Unternehmen der Entwicklungsländer fordern soll. Ich habe als schweizerischer Beobachter zu diesem Thema folgende Erklärung abgegeben:

«Die Schweiz als Überschussland und internationaler Finanzplatz erblickt ihre besondere Verantwortung darin, den Kapitalmarkt für internationale Entwicklungsorganisationen in Entwicklungsländern offen zu halten und den Kapitalexport zu fördern²⁷. Es bestehen keine Hindernisse; im Gegenteil, der Zugang wird privilegiert durch Ausnahme dieser Institutionen von Investitionsplafond, Steuerbegünstigungen, Ausnahme von den Massnahmen zum

26. Fussnote im Originaltext: Für die Zusammenfassung des Sitzungsergebnisses durch den Präsidenten s. Beilage 1. Vgl. das Summary of the Ninth Meeting by the Chariman, Mr. Cesar E. A. Virata vom 25. September 1977, Doss. wie Anm. 1.

27. Vgl. die Notiz von J. Zwahlen vom 11. Oktober 1978, dodis.ch/51862.

Schutze des Schweizerfrankens sowie von der allgemeinen Regel, dass der Schweizerfranken nicht als internationale Währung verwendet werden darf²⁸. So hat die Nationalbank kürzlich der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken gestattet, Schuldenverschreibungen in Schweizerfranken für OPEC-Länder auszugeben, um auf diese Weise das Recycling der Petrodollars zu fördern²⁹.

Allgemein muss angenommen werden, dass das Hauptproblem nicht bei Beschränkungen des Zugangs zum Kapitalmarkt, sondern bei der mangelnden Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer in den Augen der Investoren liegt. Es sollte daher geprüft werden, ob diejenige Ländergruppe, die die Wittereen-Fazilität finanziert hat, gewisse Emissionen von Entwicklungsländern mit einer Garantie versehen könnte. Es wäre nämlich wichtig, dass die Verschuldungsstruktur der Entwicklungsländer, die zu einseitig kommerzieller und kurzfristiger Natur ist, durch die Begebung langfristiger Anleihen verbessert würde.

Das zukünftige Arbeitsprogramm des Komitees wird sich auf die Fragen des öffentlichen und privaten Kapitaltransfers sowie neue Methoden zur Stabilisierung der Exporterlöse konzentrieren. Die USA, Japan, Dänemark und die Bundesrepublik haben wesentliche Erhöhungen der staatlichen Finanzhilfe in Aussicht gestellt. Der Grundsatz einer vermehrten Ausrichtung der Finanzhilfe auf die ärmsten Entwicklungsländer ist nicht unbestritten, da die fortgeschritteneren Entwicklungsländer zur Absicherung des «take-off» ebenfalls weitere Unterstützung beanspruchen. Dementsprechend wird auch der Rolle der Privatinvestitionen besondere Beachtung geschenkt. Das Komitee soll deren Bedeutung und Auswirkungen vermehrt analysieren. Ferner wurde für die fortgeschritteneren Entwicklungsländer die Bedeutung des unbehinderten Marktzuganges für ihre Exportprodukte unterstrichen und der Bekämpfung des Protektionismus sowie den GATT-Verhandlungen hohe Priorität zuerkannt.

Die projektierte Wachstumsrate von lediglich 1,7% pro Jahr der Gruppe der rückständigsten Entwicklungsländer stellt das Hauptargument für zusätzliche Finanzhilfe zu weichen Bedingungen dar, und die Unterstützung der IDA³⁰ als zentrale Finanzierungsorganisation wurde von allen Teilnehmern einmal mehr mit besonderem Nachdruck gefordert und zugesagt; das gleiche gilt für die Sonderfonds der regionalen Entwicklungsbanken. Das Entwicklungskomitee wird ferner die Durchführung der an der KIWZ beschlossenen Sonderaktion zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer überwachen. Der

28. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 614 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 25. August 1977, dodis.ch/49355.

29. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 579 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 11. August 1977, dodis.ch/49354. Allgemein zum Recycling vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 140, dodis.ch/39498 und die Notiz von J. Cuendet an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 16. Dezember 1977, dodis.ch/52837.

30. Zur Schweiz und der IDA vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 19, dodis.ch/50268 sowie die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1546.

schweizerische Beitrag ist auf Veranlassung des Unterzeichneten in einem Konferenzdokument festgehalten worden (s. Beilage 2³¹).

Über die bessere Koordination der periodischen Äufnung der Mittel der internationalen Finanzinstitutionen konnte jedoch noch keine Einigung erzielt werden.

Eine weitere neue Aufgabe erblickt das Komitee in der Stabilisierung der Exporterlöse. Der Währungsfonds und die Weltbank werden eine umfassende Studie über mögliche Methoden verfassen und dem Entwicklungsausschuss innert Jahresfrist zuleiten.

Was schliesslich die Frage der Investitionen für die Rohstoffgewinnung und insbesondere internationale Massnahmen auf dem Energiesektor betrifft, wurde der amerikanische Vorschlag einer internationalen Rohstoffbank fallengelassen, die Weltbank jedoch aufgefordert, sich vermehrt mit der Finanzierung von Energieprojekten zu befassen. Die internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor soll im Lichte des vorgesehenen Berichtes der Weltbank über die Gesamtheit der Entwicklungsprobleme diskutiert werden. Von der Schaffung einer besondern Konsultativgruppe wurde in diesem Zeitpunkt abgesehen.

Die Diskussion im Exekutivausschuss der OECD hat die Bestätigung ergeben, dass die OECD-Länder das Entwicklungskomitee als nützliches Verhandlungsgremium betrachten und zu unterstützen gedenken. Insbesondere soll in den Sachfragen im Rahmen von Arbeitsgruppen und einer vorgängigen Sitzung des Entwicklungskomitees auf Stellvertreterniveau eine Verbesserung der Arbeitsmethoden erzielt werden. Mein persönlicher Eindruck war, dass in diesem Entwicklungskomitee dank seiner Zusammensetzung und des ausgezeichneten Präsidiums sachbezogen und undogmatisch diskutiert werden kann, die knappe zur Verfügung stehende Zeit jedoch eine echte Verhandlung kaum zulässt. Die direkte Befassung der Finanzminister mit Entwicklungsfragen dürfte aber für den Nord-Süd-Dialog besonders nützlich sein.

31. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

*Notice du Directeur suppléant de la Direction politique, A. Hegner, au
Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer¹*

Eilt

Berne, 18 octobre 1977

L'Ambassadeur Bindschedler, M. von Arx et nous-mêmes souhaitons qu'au cours de votre visite à Washington² vous attiriez l'attention de vos interlocuteurs américains sur les inquiétudes qu'a causées en Suisse la politique renforcée du Président Carter contre la prolifération des armes nucléaires³.

Il conviendrait de souligner:

- a) que, de l'avis du Conseil fédéral, la Suisse a absolument besoin de l'énergie nucléaire⁴ pour faire face, dans les décennies qui viennent, à ses besoins d'énergie;
- b) qu'elle n'aurait pas ratifié le traité de non-prolifération⁵ si celui-ci ne garantissait pas le libre développement de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques et que la nouvelle politique esquissée par le Président Carter nous paraît, sur ce point, aller à l'encontre du traité;
- c) que la Suisse, en adhérant au traité, a affirmé son intention de ne pas se procurer des armes nucléaires;
- d) qu'en même temps, elle a pris partie contre la prolifération de ces armes;
- e) et que l'actuelle politique américaine dans ce domaine nous paraît miner le traité en mettant sur le même pied les États qui y ont adhéré et les autres.

Pour toutes ces raisons, la Suisse souhaite vivement qu'on puisse trouver les moyens de parer aux dangers de prolifération tout en continuant à développer l'énergie nucléaire à des fins pacifiques. C'est la raison pour laquelle elle participe activement aux travaux de l'International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (INFCE)⁶.

À court terme, nous faisons face à la possibilité d'un veto américain au retraitement à l'étranger des déchets de nos réacteurs nucléaires. Un tel veto nous causerait des problèmes techniques dont la gravité augmenterait ra-

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1789* (B.15.21.(1)). Rédigée par A. Maillard.

2. Pour la visite du 25 au 27 octobre 1977, cf. DDS, vol. 27, doc. 91, dodis.ch/49330 et la lettre de R. Probst à A. Weitnauer du 2 novembre 1977, dodis.ch/49814.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point 1; la lettre de R. Probst à R. Bindschedler du 30 novembre 1976, dodis.ch/51213 et la notice de Ch. Hauswirth du 19 avril 1978, dodis.ch/50822.

4. Cf. la notice de G. Kündig du 22 janvier 1976, dodis.ch/51452; la lettre de B. von Tscharner et A. Zenger à R. Bindschedler et C. Zanger du 28 mars 1977, dodis.ch/52815 et l'exposé de la Section technologies et questions industrielles internationales de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 23 octobre 1978, dodis.ch/51461.

5. Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 1^{er} juillet 1968, RO, 1977, pp. 472–482. Sur la ratification, cf. DDS, vol. 27, doc. 36, dodis.ch/50138.

6. Cf. la circulaire de H. von Arx du 25 août 1977, dodis.ch/52819 et le PVCF N° 1626 du 3 octobre 1977, dodis.ch/50819.

pidement⁷. Sur ce point également, nous aimerions que les Américains s'en tiennent à notre déclaration solennelle de renonciation aux armes nucléaires.

7. Cf. la lettre de E. Grob à A. Weitnauer du 4 juillet 1977, dodis.ch/50817 et la lettre de R. Probst à G. Smith du 16 septembre 1977, dodis.ch/50820.

94

dodis.ch/49369

Notice du Chef de section de la Division politique III du Département politique, F. Muheim¹

VISITE DE M. ORFILA, SECRÉTAIRE GÉNÉRAL DE L'OEA

Berne, 26 octobre 1977

Lors du déjeuner offert en son honneur par le Chef du Département² le 18 octobre 1977, M. Orfila a soulevé de son propre chef deux questions intéressant directement la Division politique III.

1) Bureau de l'OEA à Genève

O[rfila] a déclaré d'emblée qu'un projet concret de déplacer le Bureau de l'OEA n'existait pas pour le moment. Certes, l'Espagne a manifesté un vif intérêt pour que le Bureau soit établi à Madrid et a offert à l'OEA des locaux à des conditions très avantageuses. L'Autriche aurait également fait valoir les avantages de Vienne³. Toutefois, O[rfila] a discuté de la question avec les Chefs des Missions permanentes d'Amérique latine à Genève, qui se sont prononcés par consensus en faveur d'un statu-quo. Ce qui compte avant tout pour l'OEA, c'est que sa délégation soit établie dans un centre international important.

À ce même sujet, O[rfila] nous a informés qu'il envisageait d'augmenter les effectifs de la délégation de l'OEA à Genève, qui passeraient de sept à une vingtaine de personnes, dont dix environ de la catégorie professionnelle. Il a demandé si la Suisse pourrait prêter à l'OEA une assistance financière pour le logement de la délégation, comme elle le fait pour d'autres organisations internationales. O[rfila] pensait apparemment à un prêt FIPOI⁴, dont M. Bogsch, Directeur général de l'OMPI, lui avait signalé les avantages ...

1. Notice: CH-BAR#E2003A#1990/3#573* (o.191.180). Copie à A. Weitnauer, F. Pometta, à la Division politique I, la Division politique II, le Secrétariat politique et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département politique, aux Ambassades de Suisse à Washington, Madrid et Vienne, aux Missions permanentes d'observation de la Suisse auprès des Nations Unies à New York et à Genève et à la Division du commerce du Département de l'économie publique.

2. P. Graber.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 25, dodis.ch/48714, en particulier note 3 et le PVCF N° 511 du 24 mars 1976, dodis.ch/49951.

4. Cf. le PVCF N° 1388 du 31 août 1977, dodis.ch/49955.

Notre réaction a été réservée, vu qu'il n'est guère concevable que la FI-POI s'engage dans ce type d'action, qui au surplus créerait un précédent que d'autres délégations permanentes d'organisations intergouvernementales ne manqueraient pas d'invoquer. Il a été toutefois convenu que nous examinerions la question et que le soussigné reprendrait contact à ce sujet avec le Chef de la délégation de l'OEA⁵ à Genève.

2) *Statut d'observateur de la Suisse auprès de l'OEA*

O[rfila] a laissé entendre que l'OEA apprécierait que la Suisse accrédite auprès d'elle un observateur permanent. Il verrait là notamment un moyen d'intensifier la coopération dans le domaine de l'aide technique. D'autres pays européens – il a nommé l'Autriche – envisageraient de faire de même.

Le Chef du Département a répondu qu'il existait de notre côté un «préjugé favorable», mais que la décision aurait à être prise par le Conseil fédéral⁶. Il a aussi relevé que la question de l'accréditation d'un observateur permanent et celle de l'accroissement de la coopération technique ne devaient pas être liées. Nous avons avec divers pays d'Amérique latine des projets⁷ qui fonctionnent à l'entière satisfaction réciproque et il ne nous paraîtrait pas opportun de distraire à d'autres fins les moyens qui y sont engagés, comme nous serions obligés de le faire vu les crédits limités dont nous disposons pour la coopération technique⁸. O[rfila] a marqué de la compréhension pour ce point de vue et n'a pas insisté.

5. O. Godoy Arcaya.

6. Cf. le PVCF N° 841 du 24 mai 1978, dodis.ch/49777.

7. Cf. la notice de J. Forster à E. H. Léchet du 3 mars 1976, dodis.ch/49515.

8. Pour la question des crédits-cadre pour la coopération au développement, l'aide financière et l'aide humanitaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 188, dodis.ch/52055.

95

dodis.ch/50204

Notiz des schweizerischen Botschafters in London, E. Thalmann¹

DER STAND UNSERER BEZIEHUNGEN ZU GROSSBRITANNIEN²

London, 31. Oktober 1977

Im grossen und ganzen erscheint unser bilaterales Verhältnis zu Grossbritannien zurzeit problemlos. Wir wissen, dass dies auch von britischer Seite so empfunden wird. Die Kehrseite dieses erfreulichen Bildes ist wohl unvermeidlich: Die öffentliche Meinung, vorab die hiesige Presse, beschäftigt sich nur wenig mit der Schweiz, erstaunlicherweise auch dann kaum, wenn hier für

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#7475* (B.15.21.GB(5)).

2. Vgl. dazu auch die Notiz von C. Caratsch an den Protokolldienst des Politischen Departements vom 5. Mai 1976, dodis.ch/51059.

Grossbritannien so wesentliche Probleme wie Föderalismus (devolution) und direkte Demokratie (referendum) zu hitziger Debatte stehen. Ereignisse, die Aufsehen erregen (Jeanmaire³, SKA⁴), werden von den Boulevardblättern eher mit den üblichen Clichés, von den massgebenden grossen Zeitungen in der Regel mit Objektivität behandelt.

Das offizielle Grossbritannien, ich denke vor allem an die hohe Beamten-schaft, zeigt Interesse, Verständnis, ja Achtung für die Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt. Sehr positiv ist hier etwa das aktive schweizerische Mitwirken an der internationalen Stützungsaktion der englischen Währung⁵ vermerkt worden (Healeys Dank an Bundesrat Brugger bei dessen Londoner Besuch⁶). Erwähnt sei noch die zuvorkommende Haltung, welche gerade Grossbritannien zur Zeit seiner EG-Präsidentschaft unserem Anliegen entgegenbrachte, der Ministerrat möge auf den Wiener EFTA-Gipfel⁷ angemessen reagieren. Es war Frank Judd, der mir damals erklärte, er freue sich für die künftige Gestaltung intensiver britischer Beziehungen zu den EFTA-Staaten insbesondere auch auf seinen Besuch in der Schweiz⁸. Der Staatsminister widmet sich zudem eingehend dem Europarat.

In diesem angenehmen Klima erfreut sich die Botschaft bester Beziehungen mit der hiesigen Verwaltung. Neben andern Ministerien bemüht sich vor allem das FCO sehr darum, unseren Informationsbedürfnissen so weit als nur möglich entgegenzukommen. Gegenseitige Besuche auf hoher und höchster Ebene⁹ tragen ohne Zweifel dazu bei, unser Verhältnis zu meinem Residenz-land sowohl auf bilateraler Ebene wie auch im Rahmen multilateraler Organisation und internationaler Konferenzen zu pflegen und weiter zu stärken.

Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich normal¹⁰; von den schweizerischen Firmen in Grossbritannien hören wir kaum Klagen, es wäre

3. Zur Jeanmaire-Affäre vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 47, dodis.ch/48692 und Dok. 51, dodis.ch/52005.

4. Zur Chiasso-Affäre vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 62, dodis.ch/49601 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 5. Mai 1977 der 15. Sitzung des Bundesrats vom 27. April 1977, dodis.ch/49293.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 42, dodis.ch/50205.

6. Vgl. dazu die Notiz von F. Rothenbühler vom 14. März 1977, dodis.ch/51106.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 7; Dok. 33, dodis.ch/48716 sowie Dok. 183, dodis.ch/49374.

8. Zum Besuch von F. Judd am 11. November 1977 vgl. das Schreiben von F. Judd an A. Weitnauer vom 18. November 1977, dodis.ch/51088; die Aufzeichnung von K. O. Wyss vom 6. Dezember 1977, dodis.ch/51089 sowie das Schreiben von E. Thalmann an A. Weitnauer vom 8. Dezember 1977, dodis.ch/51100.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 16, Dok. 122, dodis.ch/336; DDS, Bd. 17, Dok. 68, dodis.ch/3880; DDS, Bd. 20, Dok. 40, dodis.ch/13134; DDS, Bd. 21, Dok. 68, dodis.ch/15417; DDS, Bd. 23, Dok. 99, dodis.ch/31418; DDS, Bd. 24, Dok. 95, dodis.ch/32418; DDS, Bd. 26, Dok. 155, dodis.ch/38724; die Notiz von H. Hausheer und J. Voyame vom Oktober 1975, dodis.ch/51073; die Aufzeichnung von K. O. Wyss vom Februar 1976, dodis.ch/51080; das Schreiben von E. Thalmann an A. Weitnauer vom 24. November 1976, dodis.ch/51081; die Aufzeichnung des Politischen Departements vom 24. Dezember 1976, dodis.ch/51083 sowie das Schreiben von E. Thalmann an P. R. Jolles vom 16. November 1978, dodis.ch/51117. Allgemein zur Besuchsdiplomatie vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 111, dodis.ch/52297.

10. Vgl. dazu die Notiz von H. U. Mazenauer vom 16. Februar 1977, dodis.ch/51104; die Notiz von M. Lusser an P. R. Jolles vom 1. März 1978, dodis.ch/51151 sowie die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 18. September 1978, dodis.ch/51144.

denn die Sorge wegen des immer höher kletternden Schweizerfrankens, der im übrigen auch den britischen Tourismus in der Schweiz wesentlich beeinträchtigt, wogegen der Zustrom schweizerischer Touristen nach Grossbritannien ganz beträchtlich zugenommen hat. Die Schweizerbanken in London (die drei Grossen und Julius Bär) arbeiten mit gutem Erfolg. Kürzlich hat die Schweizerische Volksbank in London ein Verbindungsbüro eröffnet, und Generaldirektor Bosshard ist vom bisherigen Ergebnis befriedigt. Nun wird der Schweizerische Bankverein demnächst in Manchester eine Filiale und in Edinburg ein Liaison-Office eröffnen, was ebenfalls auf das immer noch grosse Interesse der Banken am Geschäft mit und in Grossbritannien schliessen lässt. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass auch die schweizerischen Investitionen in Grossbritannien¹¹ im Steigen begriffen sind.

In den vergangenen Jahren haben die schweizerischen Waffenkäufe in Grossbritannien¹² eine ganz besondere Rolle gespielt, und es werden auch jetzt noch laufend – allerdings weniger umfangreiche – Geschäfte getätigt. Wenn sich gewisse Pläne des EMD¹³ verwirklichen lassen, so könnten sich auf diesem Sektor ganz neue Perspektiven eröffnen.

Die kulturellen Beziehungen sind recht rege und vielfältig¹⁴. Die Weltstadt London lockt viele hervorragende Künstler an, darunter namentlich Musiker, welche trotz vergleichbar niedrigen Gagen und wenig günstigem Pfundkurs gerne hier auftreten. Während aus Grossbritannien beste Orchester- und Theaterensembles jedes Jahr die Schweiz besuchen, gilt dies in der Gegenrichtung leider nicht im selben Masse. Erfreulicherweise werden indessen die kulturellen Beziehungen mit der Teilnahme der Zürcher Oper an den Festspielen 1978 in Edinburg einen seltenen Höhepunkt finden. Auf der anderen Seite wird die Scottish National Opera im Mai im Zürcher Opernhaus gastieren.

Abschliessend darf gesagt werden, dass hier unserem Land viel natürliche Sympathien und Gefühle echter Freundschaft entgegengebracht werden.

N.B. Mit nächstem Kurier werden Sie Kopie meines Schreibens¹⁵ erhalten, mit dem ich die Handelsabteilung des EVD über hiesige diskriminierende Praktiken orientiere, worüber sich schweizerische Unternehmen beklagen, welche für staatliche Aufträge mit britischen Firmen im Wettbewerb stehen.

11. Vgl. dazu das Schreiben von E. Thalmann an Ph. Lévy vom 14. November 1978, dodis.ch/51145.

12. Zur Beschaffung der Fliegerabwehr-Lenkwaaffe Bloodhound vgl. das BR-Prot. Nr. 2122 vom 21. November 1961, dodis.ch/30711; die Notiz von E. Diez an F. T. Wahlen vom 13. August 1964, dodis.ch/31877 sowie Doss. CH-BAR#E2001E#1978/84#3213* (A.14.41.32).

13. Zum geplanten Erwerb des Flab Systems Rapier vgl. die Notiz von Ch. Blickenstorfer an F. Rothenbühler vom 28. September 1978, dodis.ch/51154 sowie das Schreiben von A. Kaech an Ch. Grossenbacher vom 14. Dezember 1978, dodis.ch/51160.

14. Vgl. dazu die Notiz von P. Stauffer an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 24. Oktober 1977, dodis.ch/51060 sowie die Notiz von J.-J. Indermühle vom 16. August 1978, dodis.ch/51211.

15. Schreiben von E. Thalmann an P. R. Jolles vom 3. November 1977, dodis.ch/54064. Vgl. dazu ferner das Schreiben von W. Jaggi an H. Plüss vom 31. März 1978, dodis.ch/51149.

*Le Chef-suppléant de la Délégation suisse près la réunion de Belgrade de la CSCE, E. Brunner, au Chef de la Division politique I du Département politique, A. Hegner*¹

LIBERTÉ RELIGIEUSE: CAS DE GEORGIJ VINS

Confidentielle

Belgrade, 10 novembre 1977

Je me réfère à votre lettre du 26 octobre² au sujet du pasteur baptiste Georgij Vins, emprisonné en URSS³.

Donnant suite à vos instructions, je me suis entretenu le 9 novembre 1977 avec l'Ambassadeur Voronzov (URSS) au sujet de ce cas. En guise de réponse et de réaction à ma démarche, Voronzov m'a raconté l'histoire suivante: En 1974, le premier ministre Kossyguine avait eu des entretiens avec le chancelier Kreisky à Vienne⁴. À la fin d'un entretien, le chancelier dit au premier ministre: «Je voudrais encore vous parler d'une question que l'on m'a demandé de soulever: il s'agit du sort d'un certain nombre de juifs soviétiques qui veulent émigrer ...» Après ces mots d'introduction M. Kreisky fit part à son interlocuteur de son désir de voir un progrès accompli à ce propos. Quand il eut fini, M. Kossyguine lui aurait demandé: «M. le chancelier, est-ce que vous avez soulevé une question?» À quoi M. Kreisky aurait répondu: «Oui, c'est ce que j'ai fait pendant ces dix dernières minutes.» «Eh bien, M. Kreisky», aurait dit M. Kossyguine, «vous pouvez dire à ceux qui vous ont demandé de le faire que vous avez effectivement soulevé la question».

Cette réaction était à prévoir, d'autant plus qu'il ne s'agit pas d'un ressortissant suisse⁵.

1. Lettre: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#908* (B.72.09.15.1.(01)). Rédigée par E. Brunner et B. Junod. Copie à A. Weitnauer et R. Bindschedler. Visée par A. Hegner, A. Maillard et P. Troendle. Pour l'ouverture de la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 89, dodis.ch/49323.

2. Lettre de A. Hegner à la Délégation suisse près la réunion de Belgrade de la CSCE du 26 octobre 1977, dodis.ch/48734.

3. Pour la pétition de Christian Solidarity International, cf. la lettre de H. Stückelberger et B. Schmid à P. Graber du 10 octobre 1977, dodis.ch/48735. Pour d'autres protestations concernant le respect des droits de l'homme en URSS, cf. la notice de L. Favre du 25 août 1976, dodis.ch/48732; la lettre de divers parlementaires suisses à P. Graber du 4 mai 1977, dodis.ch/48747 et le PVCF N° 973 du 13 juin 1977, dodis.ch/48738. Cf. aussi la Denkschrift an den Bundesrat zugunsten der Sicherung der Menschenrechte in den Staaten Ost- und Ostmitteleuropas de juin 1977, dodis.ch/49378 et la lettre de P. Graber à A. Czettler du 29 juillet 1977, dodis.ch/49379.

4. A. N. Kossyguine rendit visite à B. Kreisky à Vienne en juillet 1973, tandis que leur entretien de mai 1974 eu lieu à Moscou.

5. Pour des interventions auprès les autorités soviétiques concernant des ressortissants suisses, cf. DDS, vol. 27, doc. 37, dodis.ch/48679. Pour de précédentes actions de la Suisse en faveur du respect des droits de l'homme à l'étranger, cf. p. ex. DDS, vol. 25, doc. 54, dodis.ch/35679; DDS, vol. 26, doc. 174, dodis.ch/39119; DDS, vol. 27, doc. 14, dodis.ch/51074 et doc. 40, dodis.ch/48733.

Dans le cas où vous décideriez d'informer Me Mastronardi et les responsables de «Christian Solidarity International» des «résultats» de cette démarche je vous serais reconnaissant de le faire de façon succincte et sans entrer dans les détails des réactions de Voronzov. Pour ma part, je ne peux m'empêcher de penser qu'il conviendrait dans un cas de ce genre de mobiliser le Conseil œcuménique des églises dont je connais toutefois la prudence extraordinaire en ce qui concerne ses relations avec les pays de l'Est.

Enfin je vous renvoie à ma lettre de ce jour concernant la proposition du Vatican en ce qui concerne la liberté religieuse. Je pense que le soutien que l'on pourrait apporter à cette proposition constituerait en ce qui nous concerne le meilleur appui imaginable dans les circonstances actuelles au cas de G. Vins et de tous ceux qui sont dans la même situation que lui⁶.

6. Pour le développement de la question d'une politique suisse en faveur des droits de l'homme, cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960 et doc. 160, dodis.ch/48701.

97

dodis.ch/48206

BUNDESRAT

Beschlussprotokoll der Sitzung vom 23. November 1977¹

NR. 1989 AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL NACH SAUDI ARABIEN (UND SÜDKOREA)

Auszug

Militärdepartement: Antrag vom 30. September 1977

Politisches Departement: Mitbericht vom 6. Oktober 1977

Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 17. Oktober 1977

Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 19. Oktober 1977

Militärdepartement. Stellungnahme vom 17. Oktober 1977

Politisches Departement. Vernehmlassung vom 24. Oktober 1977

[...] ²

Gestützt auf den Antrag des Militärdepartements und auf das Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der Beratung hat der Bundesrat beschlossen:

1. Der Beschluss vom 8. November 1955 über die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Israel und den arabischen Staaten³ wird aufgehoben. Über Aus-

1. BR-Prot.: CH-BAR#E1004.1#1000/9#849*. Unterzeichnet von J.-M. Sauvant.

2. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48206. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 1353 vom 24. August 1977, dodis.ch/48197. Allgemein zur Kriegsmaterialausfuhr vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 41, dodis.ch/49316 und Dok. 106, dodis.ch/49365, Punkt 1 sowie das BR-Prot. Nr. 1614 vom 25. September 1978, dodis.ch/50331.

3. BR-Prot. Nr. 1864 vom 8. November 1955, dodis.ch/10961. Vgl. ferner DDS, Bd. 20, Dok. 36, dodis.ch/10920.

führungsgesuche nach den Staaten der Arabischen Liga und nach Israel wird künftig von Fall zu Fall entschieden⁴.

2. Die Bewilligung zur Ausfuhr von 20 Stück 35 mm Zwilling-Feldflabgeschützen im Wert von SFr. 67'600'000.– nach Saudi Arabien wird zur Zeit nicht erteilt.
3. Die Bewilligung zur Ausfuhr von 12 Stück 35 mm Zwilling-Feldflabgeschützen im Wert von SFr. 43'954'800.– nach Südkorea wird nicht erteilt⁵. [...]⁶

Stellungnahme des Militärdepartements

zum Mitbericht des Politischen Departements vom 6. Oktober 1977

Das Militärdepartement hält an seinen Anträgen fest.

ad. 1: Aufhebung des «Embargobeschlusses» vom 8. November 1955

Das Politische Departement bestreitet nicht, dass seit dem Embargobeschluss vor 22 Jahren die Entwicklung in den einzelnen Staaten der arabischen Liga einen unterschiedlichen Verlauf genommen hat. Ein generelles Embargo ist deshalb nicht mehr gerechtfertigt, abgesehen davon, dass es nicht in Übereinstimmung mit der neuen Regelung steht, die durch das Kriegsmaterialgesetz⁸ 1973 eingeführt wurde.

Der Bundesrat ist gehalten, Gesuche aufgrund der aktuellen Lage («im Einzelfall») zu prüfen und zu entscheiden (Art. 12 KMG, Art. 13 Abs. 2 VKM). Dass ihm dadurch eine zusätzliche Belastung erwachsen könnte, ist wohl möglich, darf aber nicht dazu führen, dass wegen eines überholten Beschlusses auf die Prüfung und Entscheidung jetzt gestellter Gesuche verzichtet wird.

Wir glauben auch nicht, dass die Aufhebung des Embargobeschlusses, die ja eine rein interne Angelegenheit ist, «heftige Reaktionen in der Öffentlichkeit» auslösen würde.

ad 2: Ausfuhrbewilligung für Saudi-Arabien

Ob die Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes, namentlich seines Artikel 11 Absatz 2, gegenüber Saudi-Arabien Anwendung finden müssen, ist schlussendlich eine Ermessensfrage⁹, die der Bundesrat in Abwägung aller Umstände zu entscheiden hat. Wir verzichten darauf, unsere Argumentation zu wiederholen und weisen lediglich auf die aus heutiger Sicht geringe Wahrscheinlichkeit hin, dass nach Saudi-Arabien gelieferte Fliegerabwehrwaffen dort oder sonstwo im Mittleren Osten oder in Afrika zum Einsatz kommen werden¹⁰.

4. Zur Haltung der Schweiz gegenüber dem Nahost-Problem vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 10, dodis.ch/49404.

5. Zu Südkorea vgl. auch das Schreiben von Th. Dudli an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 28. April 1978, dodis.ch/50849 sowie das Schreiben von J. Iselin an Th. Dudli vom 6. Juni 1978, dodis.ch/50848.

6. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48206.

7. Unterzeichnet von R. Gnägi.

8. Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 sowie Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973, AS, 1973, S. 108–122. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 169, dodis.ch/38819.

9. Zu Saudi-Arabien vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 149, dodis.ch/48773.

10. Vgl. dazu die Notiz von J. Monnier an das Politische Sekretariat des Politischen Departements vom 26. Juli 1976, dodis.ch/50336.

Der Bemerkung des Politischen Departementes: «Der Bührle AG steht es frei, Saudi-Arabien wie bisher aus ihren Fabrikationsstätten im Ausland zu beliefern», muss entgegengehalten werden, dass eben für einen Teil der *Schweizerfabrikation* keine Abnehmer vorhanden sind. Mit der Erteilung oder Verweigerung der Ausfuhrbewilligung wird deshalb ein für die Schweiz beschäftigungsrelevanter Entscheid getroffen¹¹.

[...] ¹²

*Vernehmlassung des Politischen Departementes zur Stellungnahme des Militärdepartementes vom 17. Oktober 1977*¹³

Das Politische Departement hält an seiner Auffassung fest, wonach die vorliegenden *Ausfuhrgesuche für Saudi-Arabien* (Ziff. 2 des Dispositivs im Antrag des Militärdepartementes vom 30. September 1977) *abzulehnen* sind.

ad 1. Wie das Militärdepartement richtig feststellt, sind Ausfuhrgesuche für Kriegsmaterial seit Inkrafttreten (1973) des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) von Fall zu Fall und in Abwägung der jeweils gegebenen besonderen Umstände zu beurteilen. In diesem Sinne kann das Politische Departement nunmehr einer *Aufhebung* des vom Bundesrat 8. November 1955, also unter der alten Regelung, verfügten globalen Kriegsmaterial-*Embargos* gegenüber den arabischen Staaten und Israel *zustimmen*.

ad 2. Entscheidend für die Prüfung des vorliegenden Falles ist u. E. indessen nach wie vor der Umstand, dass Saudi Arabien in einem «Gebiet» liegt, in welchem «ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen.»

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass *Art. 11 KMG*, auf den hier abzustellen ist, in *Abs. 2 lit. a.* von «Gebieten» spricht, dies im Unterschied zu *Abs. 2 lit. b.*, wo der Begriff «ein bestimmtes Land» verwendet wird. In mehreren Studien, die dem Bundesrat in dieser Angelegenheit unterbreitet wurden, kommen die Dienste des Politischen Departementes zum eindeutigen Schluss, dass die Voraussetzungen von *Art. 11, Abs. 2 KMG* hier gegeben sind. Demnach bestehen im «Gebiet», zu dem Saudi Arabien gehört, mindestens «*gefährliche Spannungen*» im Sinne des Gesetzes. Nach dem klaren Gesetzestext sind Kriegsmaterial-Lieferungen somit ausgeschlossen. Diese Auffassung wird von der interdepartementalen Arbeitsgruppe für Fragen der Ausfuhr von Kriegsmaterial geteilt¹⁴. Im Falle einer Bewilligung der vorliegenden Ausfuhrgesuche für Saudi-Arabien sieht die Arbeitsgruppe, u. E. zu Recht, grosse Schwierigkeiten für die künftige Handhabung des KMG und Reaktionen der öffentlichen Meinung voraus. (Vgl. Ziff. I.3. des Antrags des Militärdepartementes vom 30. September).

11. Vgl. dazu das Referat von D. Bührle vom 23. Februar 1977, dodis.ch/50324 sowie das Schreiben von P. R. Jolles an A. Kaech vom 20. Mai 1977, dodis.ch/50323. Vgl. ferner das Schreiben von W. Ruf an J. Iselin vom 9. Mai 1978, dodis.ch/50325 sowie die Notiz von M. Virost an die Politische Abteilung II des Politischen Departementes vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/50326.

12. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/48206.

13. Verfasst von J. Iselin und unterzeichnet von P. Graber.

14. Vgl. dazu die Notiz von J.-L. Grognez vom 12. September 1977, dodis.ch/50322.

Auch wenn man, wie dies das Militärdepartement tut, Saudi Arabien im Konflikt mit Israel nicht zu den arabischen «Frontstaaten» zählt, darf man doch nicht vergessen, dass diese letzteren von den Herrschern in Djeddah *finanziell* massiv *unterstützt* werden. Ihre Vorbereitungen für einen allfälligen neuen Mittelost-Krieg werden dadurch wesentlich gefördert¹⁵.

Schliesslich sei das in den Vorakten mehrfach erwähnte *neutralitätsrechtliche Gebot* in Erinnerung gerufen, wonach im Kriegszustand befindliche Parteien in bezug auf Restriktionen für Waffenlieferungen *gleichbehandelt* werden müssen. Wie aus einer vertraulichen Mitteilung des Militärdepartements vom 17. Oktober an die Mitglieder des Bundesrats betreffend eine allfällige Beschaffung der israelischen Panzerabwehrwaffe B-300 hervorgeht¹⁶, nimmt das Militärdepartement selbst an, dass Reaktionen von Seiten Israels wegen ungleicher Behandlung nicht ausbleiben dürften, sofern die Ausfuhr von Fliegerabwehrwaffen nach Saudi Arabien bewilligt werden sollte.

Im jetzigen Zeitpunkt, in welchem von einer Wiederaufnahme der *Genfer Verhandlungen* zur Lösung des Mittelostproblems¹⁷ die Rede ist, scheint es uns besonders wichtig, dass die Schweiz als Gastland einer solchen *Konferenz* allen Konfliktparteien gegenüber eine möglichst unparteiische Haltung einnimmt.

15. *Zur Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach den Vereinigten Arabischen Emiraten und nach Bahrain* vgl. die Notiz von G. Dubois vom 3. Mai 1978, dodis.ch/50330; die Notiz von M. Jaeger vom 16. Juni 1978, dodis.ch/50329 sowie das Schreiben von H. Vogt an P. R. Jolles vom 28. Juni 1978, dodis.ch/50328.

16. Nicht ermittelt. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1157 vom 30. Juni 1976, dodis.ch/48388.

17. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 47, dodis.ch/39249, Punkt 3 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 10, dodis.ch/49404.

98

dodis.ch/50289

Notiz für den Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Politischen Departements, M. Heimo¹

ZUR KULTURELLEN DIMENSION DES NORD-SÜD-VERHÄLTNISSES²

Bern, 24. November 1977

Im Anschluss an den am 23. November unter dem Vorsitz von Herrn Botschafter Weitnauer geführten Gedankenaustausch über die Nord-Süd-Problematik³ gestatten wir uns, Ihnen die folgenden Überlegungen zur Stellungnahme zu unterbreiten:

1. Notiz: CH-BAR#E2005A#1991/16#494* (t.300). Verfasst von P. Stauffer und unterzeichnet von F. Pometta. Kopie an A. Weitnauer, J. Iselin, J. Cuendet und M. Müller.

2. Handschriftliche Marginalie von B. Jenny vom 29. November: HH [M. Heimo] sagt: DF? [Ruth Dreifuss], ev. charger IUED de définir aspect culturel N[ord]/S[ud]. JX [Beat Jenny], 29.11.[1977].

3. Zum Nord-Süd-Dialog vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202; Dok. 92, dodis.ch/49331, bes.

Es war bemerkenswert festzustellen, dass in einer Mehrzahl von Beiträgen zur erwähnten Diskussion die Bedeutung des kulturellen Elementes im Verhältnis zwischen westlicher Welt und Entwicklungswelt hervorgehoben wurde. Die Bereitschaft zu vermehrter Würdigung und Berücksichtigung eben dieses Elementes wird man im übrigen auch aus der Tatsache herauslesen dürfen, dass departementsintern der Begriff der technischen Zusammenarbeit nunmehr durch den viel umfassenderen Terminus Entwicklungszusammenarbeit ersetzt wurde.

Nachdem zu diesem Thema auf theoretischer Ebene offenkundig weitgehende Übereinstimmung herrscht, bleibt die Frage zu stellen (die anzuschneiden an der erwähnten Sitzung aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich war), wie die als so wichtig erkannte kulturelle Komponente in die Praxis unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern eingebracht werden kann. Der Schritt von der Theorie zur Praxis mag auf den ersten Blick schwierig erscheinen, weil sich mit dem Gedanken an kulturelle Präsenz im Ausland traditionellerweise die Vorstellung des «Kulturexportes», d. h. der Präsentation schweizerischer künstlerischer Darbietungen auf den Gebieten der Musik, Malerei, Literatur etc. verbindet⁴. Durch eine einseitige Fixierung auf diese herkömmliche Form der kulturellen Auslandsaktivität, für die in den meisten Entwicklungsländern tatsächlich nur geringe Aufnahmebereitschaft bestehen dürfte, hat man sich bei uns bisher weitgehend zu dem Trugschluss verleiten lassen, die Dritte Welt sei überhaupt kein lohnender Adressat für Initiativen kulturellen Charakters⁵.

Dieser Trugschluss beruhte zweifellos auf einer gewissen Verkennung sowohl der – bekanntlich durchaus vorhandenen – kulturellen Bedürfnisse der Entwicklungsländer, als auch auf einer Unterschätzung unserer Möglichkeit und Befähigung, Beiträge zur Befriedigung dieser Bedürfnisse zu leisten. Beim Versuch, die kulturellen⁶ Aspirationen der Dritten Welt zu analysieren, springt natürlich sogleich die Tatsache ins Auge, dass man es hier überwiegend mit jungen Staaten zu tun hat, die noch mit dem Problem ihrer Selbstfindung konfrontiert sind. Kaum dem Kolonial-Trauma und der damit verbundenen «Selbstentfremdung» entwachsen, sehen sie sich um ihrer wirtschaftlichen Entwicklung willen zu eiliger Rezeption westlicher Technologie genötigt und dadurch erst recht einem «culture clash» ausgesetzt. Aus dieser Situation erwächst die Gefahr totaler geistiger Desorientierung, welche die Betroffenen

Abschnitte III und IV; das Exposé von P. Aubert vom 1. September 1978, dodis.ch/48269, Punkt V sowie die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1647. Zur schweizerischen Nord-Süd-Konzeption vgl. ferner die Notiz von B. von Tscharnier vom 27. Dezember 1976, dodis.ch/52050 sowie die Notiz von R. Högger vom 25. Januar 1977, dodis.ch/52056.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 135, dodis.ch/40560.

5. Vgl. dazu z. B. DDS, Bd. 25, Dok. 109, dodis.ch/35534; die Notiz von L. Burckhardt an R. Keller und E. Vallotton vom 23. Januar 1973, dodis.ch/39597; die Notiz von F. Dubois an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 15. Dezember 1978, dodis.ch/50392. Zur kulturellen Aussenpolitik der Schweiz im Allgemeinen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 115, dodis.ch/48763 und Dok. 129, dodis.ch/48768 sowie den Bericht von P. Stauffer vom Dezember 1976, dodis.ch/53956.

6. Fussnote im Originaltext: «kulturell» wird hier in einem Sinne verwendet, der den rein schulisch-bildungsmässigen Bereich nicht einschliesst.

vor sich selbst und der Aussenwelt nicht selten durch umso grössere Aggressivität zu überspielen suchen. Was diese Länder in kultureller Hinsicht somit benötigen, ist Hilfe bei der Klärung und Festigung ihrer eigenen Identität, ist Anleitung zur Wiederentdeckung des eigenen oft weitgehend verschütteten kulturellen Erbes bei gleichzeitiger Wahrung der erforderlichen geistigen Offenheit für unentbehrliche Reformen.

Unser Land ist in der Lage, ohne übermässigen Aufwand, durch kluge Auswertung und Aktivierung eines namentlich an unseren Hochschulen vorhandenen Potentials an einschlägigem Wissen, einen schätzenswerten Beitrag zur Überwindung der dargelegten Probleme zu erbringen. Wir denken dabei an eine Nutzbarmachung der Forschungstätigkeit in wissenschaftlichen Disziplinen wie Ethnologie, Orientalistik, Afrikanistik, Ethno-Musikologie, Archäologie, Museographie etc., die an schweizerischen Instituten z. T. seit Jahrzehnten auf weltweit anerkanntem Niveau gepflegt werden. Die Ergebnisse solcher Bemühungen wären in den betreffenden Ländern besser bekannt und den dortigen Eliten als Zeugnisse unserer Hochschätzung für ihre angestammten Kulturen verständlich zu machen. Publikationen, Bild- und Tondokumente schweizerischer Autoren über diese Kulturen sollten geeigneten Persönlichkeiten und Institutionen in den Partnerländern geschenkwise überlassen werden. Vermehrt könnte auch die Zusammenarbeit mit einheimischen Spezialisten (sofern vorhanden) und nicht zuletzt die Heranbildung von Nachwuchskräften aus den Partnerländern gefördert werden. Solchen Aktionen dürfte umso nachhaltigerer Erfolg beschieden sein, je sorgfältiger sie auf die spezifische Situation im jeweiligen Partnerland und auf die Mentalität seiner Bewohner abgestimmt wären. Vor allem wäre natürlich das Missverständnis zu vermeiden, als bezwecke die von uns befürwortete Rückbesinnung auf angestammte kulturelle Werte eine Blockierung im Zustand ökonomischer Unterentwicklung.

Als Hauptträger des hier nur ganz skizzenhaft entworfenen Programms wäre u. E. Ihre Direktion prädestiniert, die den vorgeschlagenen Aktionstyp wohl vorzugsweise – aber nicht unbedingt ausschliesslich – in Ländern zur Anwendung bringen könnte, wo sie bereits anderweitig tätig ist. Als beratendes Organ für den spezifisch kulturellen Aspekt derartiger Projekte stünde Ihnen unsere Sektion für Kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten selbstverständlich gerne zur Verfügung. Sie hat in den vergangenen Jahren gelegentlich in der angedeuteten Richtung zu wirken versucht. In Ermangelung jeglicher finanzieller Ressourcen und aus der Einsicht heraus, dass diese Tätigkeit von ihrer Zielsetzung her in den Sinnzusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit gehört, würden wir es indessen schätzen, diesen Aufgabenbereich künftig von Ihnen betreut zu wissen.

Wenn es uns gelänge, das kulturelle Element im vorstehend umschriebenen Sinne in unsere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt hineinzutragen, so wäre damit wohl ein Schritt zur Überwindung jener Problematik getan, die darin besteht, dass eine einseitig am Leitbild der wirtschaftlich-technischen Leistungssteigerung orientierte Entwicklungshilfe für die Empfängerländer immer auch Okzidentalisation bedeutet. Sie trägt damit vielleicht zur Behebung materieller Schwierigkeiten bei, beschert diesen Ländern aber zugleich

neue, auf lange Sicht möglicherweise ernstere Probleme, indem sie den Prozess der Selbstentfremdung und geistig-kulturellen Verunsicherung fördert. Was von uns aus überhaupt getan werden kann, um einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis zu erleichtern, *sollte* u. E. getan werden. Wenn sich dabei auch noch das Bild der völlig dem Materialismus und Gelddenken verfallenen Schweiz (das heute dank Jean Ziegler⁷ bis weit in die Entwicklungswelt verbreitet ist⁸) etwas korrigieren liesse, so wäre dies als Nebenprodukt der angeregten Bemühungen ebenfalls nicht zu verachten.

Ihrer gelegentlichen Rückäusserung sehen wir mit Interesse entgegen.⁹

7. *Handschriftliche Marginalie*: dessen Propagandareisen der Bund teilweise finanziert hat! Vgl. dazu z. B. DDS, Bd. 27, Dok. 170, dodis.ch/50115, bes. Anm. 6 sowie das Schreiben von C.-L. Piachaud an A. Hugentobler vom 9. September 1980, dodis.ch/51274.

8. Zur Rezeption des Buches von J. Ziegler Une Suisse au-dessus de tout soupçon vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 49, dodis.ch/50107, bes. Anm. 4 und 5; das Schreiben von B. Frochoux an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 22. Juni 1976, dodis.ch/50564 sowie das Schreiben von J.-A. Mallet an P. R. Jolles vom 14. Juli 1974, dodis.ch/51873.

9. *Handschriftliche Marginalie auf der Rückseite*: Zusammenarbeit mit lokalen Ethnologen etc.

99

dodis.ch/49046

Der Polizeidienst der Bundesanwaltschaft an den stv. Chef des Protokolls des Politischen Departements, F. Besomi¹

ERSUCHEN UM AUFHEBUNG DER SCHUTZBEWACHUNGEN BEI AUSLÄNDISCHEN DIPLOMATISCHEN VERTRETUNGEN²

Bern, 28. November 1977

Dürfen wir Sie bitten, bei den nachstehend aufgeführten Botschaften in Bern vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Schutzmassnahmen aufgehoben werden können.

1. Schreiben: CH-BAR#E2010A#1995/313#7370* (B.22.43). Verfasst und unterzeichnet von M. Peter. *Handschriftliche Marginalie* vom 2. Dezember 1977: J'ai transmis 1 copie de la présente à M. Hirschi. Il s'occupera de l'URSS.

2. Zum Schutz der ausländischen Botschaften und Konsulate in der Schweiz vgl. die Notiz von P. Gottret an P. Graber vom 29. Juni 1976, dodis.ch/49675; das Schreiben von K. Furgler an P. Graber vom 16. November 1976, dodis.ch/49695; das Schreiben von R. Gerber an E. Diez vom 18. April 1977, dodis.ch/49696; die Notiz von P. Gottret an P. Graber vom 15. November 1977, dodis.ch/49697 sowie das Schreiben von A. Amstein an P. Gottret vom 12. Dezember 1978, dodis.ch/50465. Zur Besetzung des iranischen Generalkonsulats in Genf durch iranische Aktivisten im Juni 1976 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 35, dodis.ch/48290. Zu den Versuchen die Botschaften Südafrikas und Argentinens in Bern zu besetzen vgl. die Berichte der Stadtpolizei Bern vom 16. Juni 1977 und 6. Juni 1978, dodis.ch/49467 und dodis.ch/48930. Vgl. auch die Notiz von F. Besomi vom 2. November 1977, dodis.ch/51012 sowie die Notiz von P. Gottret vom 24. Oktober 1978, dodis.ch/53536.

– *Griechenland*

Die griechischen Objekte in der Schweiz stehen seit dem 28. Juli 1977 unter Schutzbewachung.

Grund: Drohungen der Anarchistengruppe «Solidarité révolutionnaire internationale» im Zusammenhang mit der Auslieferung des deutschen Anarchisten *Pohle* sowie mit den erfolgten Anschlägen in Paris auf ein griechisches und deutsches Reisebüro³.

– *Italien*

Die italienischen Vertretungen stehen seit dem 22. August 1977 unter Schutzbewachung.

Grund: Auslieferung der deutschen Terroristin Petra *Krause*⁴ an Italien sowie die Flucht des ex-Obersten der «SS», *Kappeler*⁵, aus einem italienischen Militärkrankenhaus. Weiter wurde durch die italienischen Behörden befürchtet, dass mittels Anschlägen oder Geiselnahmen durch deutsche Interessengruppen die Freilassung des nach wie vor in Italien inhaftierten Kriegsverbrechers W. *Raeder*⁶ erpresst werden könnte⁷.

– *Venezuela*

Die fraglichen Einrichtungen stehen seit dem 13. September 1977 unter Schutzbewachung⁸.

Grund: Befürchtete Anschläge auf venezuelanische Einrichtungen im Ausland gemäss einer Meldung des betreffenden Aussenministeriums⁹.

– *UdSSR*

Seit dem 28.10.1977 sind die sowjetischen Einrichtungen in der Schweiz in die örtlichen Sicherheitsdispositive miteinbezogen.

Grund: Befürchtete Anschläge auf russische Einrichtungen im Zusammenhang mit der deutschen Terroristentätigkeit (Affären *Ponto*, *Schleyer* etc.)¹⁰

Wir sind der Auffassung, dass der Gefährdungsgrad für die erwähnten ausländischen Vertretungen im heutigen Zeitpunkt als gering bezeichnet werden kann. Spezielle Erkenntnisse, die gegen eine Aufhebung der getroffenen Sicherheitsmassnahmen sprechen würden, bestehen unsererseits nicht.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen zum voraus bestens.

3. Handschriftliche Marginalie: o.k. Vgl. dazu die Notiz von P. Gottret vom 28. Juli 1976, dodis.ch/49047.

4. Zu P. Krause vgl. das BR-Prot. Nr. 1185 vom 3. Juli 1976, dodis.ch/50243; das Telegramm des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements an die schweizerischen Vertretungen vom 6. Juli 1976, dodis.ch/50250; das BR-Beschlussprot. II vom 3. August 1977 des telefonischen Konferenzgesprächs vom 3. August 1977, dodis.ch/50021; die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 8. August 1977, dodis.ch/50239 sowie das Schreiben von E.-R. Lang an A. Weitnauer vom 25. August 1977, dodis.ch/50026.

5. Vgl. dazu das Schreiben von E.-R. Lang an A. Weitnauer vom 25. August 1977, dodis.ch/50026.

6. Gemeint ist W. Reder.

7. Handschriftliche Marginalie: o.k.

8. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2010A#1995/313#12374* (B.22.43).

9. Handschriftliche Marginalie: Informé Ambassadeur [F. Martinez-Ramirez] o.k.

10. Handschriftliche Marginalie: M. Hirschi s'occupe de l'URSS. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 88, dodis.ch/50265, bes. Anm. 6.

Der schweizerische Botschafter in Prag, W. Jaeggi, an den Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer¹

Vertraulich

Prag, 14. Dezember 1977

Während meiner Ferienabwesenheit legte der tschechoslowakische Ausenminister² dem Parlament am 25. Oktober einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit seines Ministeriums während der zwei letzten Jahre vor. Mein Stellvertreter, Herr von Salis, hatte Ihnen hierüber mit PB Nr. 33 vom 31. Oktober 1977³ berichtet. In diesem Bericht wird erwähnt, dass unser Land, angeblich aus Versehen, bei der Aufzählung der Länder, mit welchen die ČSSR bilaterale Beziehungen unterhält, «übergangen» worden war. Diese dem Schweizerischen Geschäftsträger a. i. von Chňoupek gegebene Erläuterung hat weder mich noch manchen meiner Kollegen restlos überzeugt. In einem sozialistischen Lande wird nichts dem Zufall überlassen. Dass die Schweiz einfach mit Stillschweigen bedacht wird, ist erstaunlich, nachdem im Laufe des Jahres der Generalsekretär des EPD während dreier Tage in Prag einen offiziellen Besuch abstattete⁴, eine von Botschafter Sommaruga geleitete Handelsdelegation hier weilte⁵, der Verwaltungsdirektor Botschafter Janner nach Prag reiste und der Ausquartierung aus dem Palais Schwarzenberg zustimmte⁶ und erstmals in der Geschichte der ČSSR eine siebenköpfige schweizerische parlamentarische Delegation eine Woche lang auf offizielle Einladung hin das Land bereiste⁷. Ferner hat die Firma Sulzer eine Handelsniederlassung eröffnet⁸. Das Stillschweigen lässt sich somit nicht mit «Vergesslichkeit» begründen.

Nun meldete mir gestern mein erster Mitarbeiter⁹, er habe unabhängig voneinander aus italienischer und portugiesischer Quelle vernommen, Ausenminister Chňoupek hätte anlässlich seiner kürzlichen Gespräche in Ankara, wo er vom 12. bis 16. November 1977 auf offiziellem Besuch weilte, sich seinem türkischen Kollegen¹⁰ gegenüber beim Tour d'horizon über die bilateralen Beziehungen der ČSSR mit Drittländern dahin geäußert, diese könn-

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5697* (B.15.21). Visiert von A. Greber, A. Weitnauer, A. Maillard, A. Hegner und K. O. Wyss. Handschriftliche Marginalie: noté. Kopie an A. Maillard.

2. B. Chňoupek.

3. Vgl. Doss. CH-BAR#E2300-01#1988/91#159* (A.21.31).

4. Vgl. dazu die Notiz von A. Weitnauer und H. Renk vom 2. Juni 1977, dodis.ch/48198.

5. Vgl. dazu den Bericht von L. Roches vom 6. Juli 1977, dodis.ch/49250. Vgl. ferner die Notiz von I. Pawloff vom 16. Oktober 1978, dodis.ch/49251.

6. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2004B#1990/219#6942* (a.632.11).

7. Vgl. dazu das Schreiben von W. Jaeggi an A. Weitnauer vom 17. September 1977, dodis.ch/49252.

8. Vgl. dazu das Schreiben von W. Jaeggi an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartemnts vom 22. November 1977, CH-BAR#E7110#1988/12#1164* (821).

9. G. von Salis.

10. İ. S. Çağlayangil.

ten mit zwei Ländern, nämlich Italien und der Schweiz, besser sein. Um mich über den genauen Sachverhalt unterrichten zu lassen, sprach ich heute bei meinem türkischen Kollegen¹¹ vor. Dieser empfing mich in seinem Arbeitszimmer, wo er mit Blick zur Decke erklärte, in den Gesprächen in Ankara sei die Schweiz nicht erwähnt worden. Chňoupek habe lediglich wiederholt, was er bereits vor dem Parlament über die bilateralen Beziehungen gesagt hat. Beim Verabschieden führte mich der türkische Botschafter noch in den Residenzgarten. Dort bestätigte er mir, das Chňoupek in der Tat und ohne hiefür eine Erläuterung abzugeben, wörtlich erklärt habe, «avec l'Italie et la Suisse les relations pourraient être meilleures».

Im Verhältnis zu Italien kann es für diese Äusserung vielerlei Gründe geben, vom Eurokommunismus¹² bis zum abgesprungenen ehemaligen Radio- und Fernsehredaktor Pelikan, der von Rom aus die Vorgänge in seiner früheren Heimat kommentiert.

Was die Schweiz anbetrifft, ist die Tatsache, dass wir nahezu 16'000 tschechoslowakische Flüchtlinge beherbergen¹³, den hiesigen Gewalthabern gewiss ein Dorn im Auge. Die schweizerische Haltung in Sachen Menschenrechte mag ebenfalls missfallen¹⁴. Der tiefere Grund für eine allfällige Missstimmung des Aussenministers der Schweiz gegenüber liegt m. E. jedoch in der Tatsache, dass Sie, Herr Generalsekretär, anlässlich Ihres Besuches in Prag weder Vizeminister Dušan Spáčil noch den Aussenminister zu einem offiziellen Besuch der Schweiz eingeladen haben, obschon Ihr Gesprächspartner deutlich gesagt hat, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern könnten durch gegenseitige Besuche der Aussenminister noch verbessert werden. Diese Bemerkung übergingen Sie bekanntlich mit Stillschweigen.

Bereits früher hatte ich das Departement wissen lassen (vide m[*einen*] Bericht über die Antrittsvisite beim Aussenminister vom 21.10.76¹⁵), Ing. Bohuslav Chňoupek möchte gerne der Schweiz einen offiziellen Besuch abstatten. Als Chňoupek im Laufe des Jahres einmal in Bern war, soll Bundesrat Graber eine kurzfristige Einladung auf die ČSSR-Botschaft in Bern abgelehnt haben¹⁶. Kontaktnahmen mit ausländischen Kollegen liegen Chňoupek offenbar sehr am Herzen. Sein Bestreben geht ganz offensichtlich dahin, von möglichst

11. H. Sayinsoy.

12. Vgl. dazu die Notiz von J. C. Bucher und S. Michl-Keller vom 28. Juli 1977, dodis.ch/50561 sowie das Referat von P. Graber vom 24. August 1977 für die Sitzung vom 30./31. August 1977 der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats, dodis.ch/48328.

13. Zu den tschechoslowakischen Flüchtlingen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 108, dodis.ch/33048; DDS, Bd. 25, Dok. 19, dodis.ch/35677; die Notiz von C. Caratsch an A. Weinauer vom 10. Mai 1977, dodis.ch/49254; die Notiz von H.-P. Schöni vom 8. September 1977, dodis.ch/49264 sowie den Bericht von W. Glarner vom 26. April 1978, dodis.ch/49255.

14. Für eine Intervention der schweizerischen Delegation beim Belgrader Treffen der KSZE zu Gunsten der Einhaltung von Menschenrechten in der UdSSR vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 96, dodis.ch/48698. Vgl. auch die schweizerische Intervention im Arbeitsorgan H vom 18. Oktober 1977, dodis.ch/53032. Zur Frage der Entwicklung einer schweizerischen Menschenrechtspolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960.

15. Schreiben von W. Jaeggi an A. Weinauer vom 21. Oktober 1976, dodis.ch/49253.

16. Zu den Kontakten zwischen P. Graber und B. Chňoupek anlässlich der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975 vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 160, dodis.ch/38322, Punkt 6.

vielen Aussenministern zu einem Besuch eingeladen zu werden oder mit ihnen in Prag Gespräche zu führen. Davon verspricht er sich, das Ansehen der ČSSR in den Augen der Welt zu fördern.

Der italienische Aussenminister¹⁷, der anfangs des Jahres eingeladen worden war, auf einem Flug Moskau-Rom in Prag Zwischenhalt zu machen, lehnte im letzten Moment ab, angeblich weil er unpässlich war. Vis-à-vis Italien könnte diese Absage ebenfalls der eigentliche Grund für die Äusserung Chňoupeks in Ankara sein.

Schliesslich bleibe nicht unerwähnt, dass der Besuch des tschechoslowakischen Aussenministers in der Türkei nicht auf eine Initiative der Türkei hin erfolgt ist. Chňoupek habe bei einem Gespräch in der UNO in New York seinen türkischen Kollegen um eine entsprechende Einladung ersucht. Da die Türkei ein gastfreundliches Land sei, habe man seinem Wunsch (ohne grosse Begeisterung in Ankara) entsprochen.

Zwischen der Tschechoslowakei und der Schweiz gibt es zur Zeit keine Probleme¹⁸. Der schweizerische Botschafter wird hier überall mit grosser Zuvorkommenheit empfangen und behandelt. Anlässlich zweier kürzlichen Begegnungen mit Chňoupek war dieser mir und meiner Frau¹⁹ gegenüber äusserst jovial und freundlich. Die vom Aussenminister der ČSSR in der Türkei gemachte Äusserung ist m. E. somit fehl am Platz, selbst wenn aus dessen Sicht die gegenseitigen Beziehungen durch einen offiziellen Besuch der Schweiz noch eine Aufwertung erfahren könnten.

17. A. Forlani.

18. Allgemein zu den bilateralen Beziehungen vgl. die Schlussberichte von J.-D. Grandjean an A. Janner vom 18. Juni 1976, dodis.ch/49262 und von W. Jaeggi an A. Janner vom 24. Oktober 1978, dodis.ch/49263. Vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 179, dodis.ch/49256.

19. M. Jaeggi-Kaenzig.

101

dodis.ch/50991

Notiz der schweizerischen Botschaft in Ottawa¹

BILATERALE PROBLEME ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND KANADA

Auszug

Ottawa, 16. Dezember 1977

1) Auf hoher politischer Ebene hat seit Jahren überhaupt kein Gedankenaustausch zwischen der Schweiz und Kanada stattgefunden. Kanada hat als Teilnehmer an den Wirtschaftsgipfeln der 7 und infolge seines hohen Ansehens in der Dritten Welt in den letzten Jahren beachtlich an internationalem

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#5580* (B.15.21.Can). Verfasst von R. Weiersmüller und Ch. Hauswirth. Die Notiz wurde von F. Pictet am 16. Dezember 1977 an die Politische Abteilung I des Politischen Departements übermittelt. Vgl. dodis.ch/50991.

Einfluss gewonnen. Es wäre wünschbar, wenn der neue Departementschef² anlässlich einer allfälligen Reise nach den USA auch Ottawa besuchen würde.

Kompetenz: Politische Direktion

2) In die Vertiefung der politischen Kontakte gehört auch der vorgesehene *Besuch des Generalsekretärs* des EPD³, welcher für den nächsten Herbst in Ottawa vorgesehen ist.

Kompetenz: Politische Direktion

3) Der Besuch vom Herbst 1975 des seinerzeitigen Industrie- und Handelsministers und heutigen Aussenministers *Jamieson* in Bern⁴ ist nie erwideret worden.

Kompetenz: Handelsabteilung

4) *Nukleare Zusammenarbeit*. Die Schweiz steht neben Japan und der EWG seit 1. Januar 1977 unter einem Uran-Lieferembargo von Seiten Kanadas, weil sie die Kontrollbestimmungen, die ihr Kanada aufzwingen will, nicht zur Gänze akzeptieren kann⁵. Die Verhandlungen über die Abänderung des 1958 abgeschlossenen bilateralen nuklearen Zusammenarbeitsvertrages⁶ scheiterten bis jetzt vor allem daran, dass Kanada im Bereich des Technologietransfers Forderungen erhebt, die die schweizerische Industrie benachteiligen würden und über die Abmachungen des Londoner Klubs hinausgehen⁷. Problematisch sind ferner die von Kanada gewünschte Dauer des Kooperationsabkommens, die Mitbestimmung bei der Urananreicherung sowie die überlappenden Kontrollen mehrerer Staaten (double labelling). Die Verhandlungen über ein Interim-Abkommen werden mit Ottawa wieder aufgenommen⁸, sobald ein solches zwischen Kanada und der Euratom zustande gekommen ist.

2. P. Aubert. Vgl. dazu das Schreiben von R. Weiersmüller an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 18. August 1978, dodis.ch/50968. Bezüglich des für P. Aubert vorgesehenen Besuchsprogramms vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 111, dodis.ch/52279.

3. A. Weitnauer. Der Besuch fiel wegen eines Unfalls von A. Weitnauers aus. Vgl. das Telegramm von P. Aubert an alle diplomatischen Vertretungen vom 13. September 1978, dodis.ch/54020. Für den Besuch von J. Monnier im September 1978 vgl. das Schreiben von F. Pictet an E. Diez vom 22. September 1978, dodis.ch/50961.

4. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller an P. Graber vom 8. Dezember 1975, dodis.ch/39271.

5. Vgl. dazu das Schreiben von F. Pictet an A. Weitnauer und R. Bindschedler vom 19. März 1976, dodis.ch/51046; das Schreiben von R. Bindschedler an F. Pictet vom 1. April 1976, dodis.ch/51049 sowie die Notiz von H. von Arx vom 22. März 1977, dodis.ch/51451.

6. Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen und der kanadischen Regierung auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung von Atomenergie vom 6. März 1958, AS, 1958, S. 694–700. Zu den Verhandlungen vgl. die Notiz vom 20. Mai und 4. Juni 1976, dodis.ch/51050; das BR-Prot. Nr. 1816 vom 20. Oktober 1976, dodis.ch/51055; das Schreiben von B. von Tschärner an C. Zangger vom 17. Dezember 1976, dodis.ch/51057; das Schreiben von P. Graber an P. Trudeau vom 13. Juni 1977, dodis.ch/51068 sowie das Schreiben von P. Trudeau an P. Graber vom 9. September 1977, dodis.ch/51069.

7. Vgl. dazu das Schreiben von R. Weiersmüller an R. Bindschedler vom 27. Juli 1977, dodis.ch/51086. Zum Beitritt der Schweiz zum Londoner Club vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 1.3.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 125, dodis.ch/50577.

Kompetenz: Rechtsberater EPD⁹, Amt für Energiewirtschaft, Handelsabteilung

Abgesehen von den oben genannten Schwierigkeiten nonproliferationspolitischer Natur zeichnet sich ein Problem hinsichtlich der *Uranpreise* ab. Zwei schweizerische Kernkraftwerke, Gösgen-Däniken und Leibstadt (vertreten durch Elektrowatt) haben seinerzeit, d. h. vor dem Embargo, Lieferverträge mit kanadischen Urangesellschaften abgeschlossen¹⁰, deren Preise beträchtlich unter dem heutigen Weltmarktpreis liegen. Es ist zu befürchten, dass die kanadischen Behörden versuchen werden, nach der Aufhebung des Embargos für gewisse Lieferungen höhere Preise zu erzwingen.

Kompetenz: Handelsabteilung, Amt für Energiewirtschaft

5) *Rechtshilfeprobleme*. Die kanadisch-schweizerischen Beziehungen werden durch zwei Fälle auf dem Gebiet bilateraler Rechtshilfe in Strafsachen etwas irritiert.

In der Affäre Churchill Forest Industries Ltd.¹¹ verlangte Kanada am 15. Oktober 1975¹², gestützt auf den Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien vom 26. November 1880¹³, die Übernahme der Strafverfolgung gegen drei Schweizerbürger. Ihnen werden strafbare Handlungen in den Jahren 1965-1969 im Zusammenhang mit dem Bau und der Finanzierung eines Forstkomplexes in der Provinz Manitoba vorgeworfen. Der Staatsanwalt des Kantons Thurgau¹⁴ machte in seiner Verfügung vom 3. Juni 1977¹⁵ die Eröffnung einer Strafuntersuchung von der Leistung eines Kostenvorschusses von Fr. 100'000.- durch Kanada abhängig. In einer ungewöhnlich scharfen Note vom 6. Oktober 1977¹⁶ bestreitet Kanada die Rechtmässigkeit des verlangten Kostenvorschusses. Es scheint nun, dass der thurgauische Staatsanwalt beabsichtigt, dem Verfahren wegen Verjährung oder mangelnden Nachweises des zum Tatbestand des Betruges erforderlichen Vermögensschadens keine weitere Folge zu geben.

Im Falle Atomic Energy of Canada Limited (AECL)¹⁷ sind die kanadischen Behörden bemüht herauszufinden, wer die Empfänger von hohen

9. R. Bindschedler.

10. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1200 vom 7 Juli 1976, dodis.ch/54031.

11. Vgl. dazu die Notiz von P. Troendle vom 9. Juni 1978, dodis.ch/51001; die Notiz von J. Monnier vom 27. September 1978, dodis.ch/51004 sowie die Notiz von B. Dumont an P. Aubert vom 22. Dezember 1978, dodis.ch/51006.

12. Note der kanadischen Botschaft in Bern an das Justiz- und Polizeidepartement vom 15. Oktober 1975, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2424* (B.14.21.3.2).

13. Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien vom 26. November 1880, BS, 12, S. 114-123.

14. Ch. Maurer.

15. Vgl. Doss. wie Anm. 12.

16. Note der kanadischen Botschaft in Bern an das Justiz- und Polizeidepartement vom 6. Oktober 1977, dodis.ch/53968.

17. Vgl. dazu das Schreiben von L. Rochat an die schweizerische Botschaft in Ottawa vom 27. Januar 1977, dodis.ch/50974; das Telegramm Nr. 24 von M. Krafft an die schweizerische Botschaft in Ottawa vom 17. Februar 1977, dodis.ch/51008; das Schreiben von P. Schmid an E. Diez vom 11. März 1977, dodis.ch/51009; das Schreiben von E. Thurnheer an F. Pictet vom 14. Juli 1977, dodis.ch/51010 sowie das Schreiben von P. Klauser an E. Thurnheer vom 13. Januar 1978, dodis.ch/51017.

Schmiergeldern waren, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von CANDU-Reaktoren auf die Banca della Svizzera Italiana, Lugano und die Trade Development Bank, Genf überwiesen wurden. Die RCMP konnte von der Banca della Svizzera Italiana gewisse Informationen erhalten. Die Bank verweigerte jedoch die Herausgabe von Dokumenten, zu Recht, wie ein Urteil des Obergerichtes des Kantons Tessin vom 13. Juli 1977¹⁸ festhält. Die Trade Development Bank verweigerte jede Auskunft.

Da zwischen Kanada und der Schweiz kein Rechtshilfeabkommen besteht, ist es den schweizerischen Behörden versagt, durch Anwendung strafprozessualer Mittel die Banken zur Herausgabe der gewünschten Beweismittel zu zwingen.

Auch im heute nicht mehr sehr aktuellen Fall der Polysar International Fribourg SA, Tochterfirma einer kanadischen Crown Corporation, geht es um Überweisung von «Mengenrabatten» und «Provisionen» auf Nummernkonti bei Schweizer Banken. Die Schweiz wurde in dieser Angelegenheit nie um Gewährung von Rechtshilfe ersucht. Wie die AECL-Affäre hat auch diese Sache zu vehementer Kritik am schweizerischen Bankgeheimnis im House of Commons und in der Presse geführt.

Diese Fälle zeigen, dass der Abschluss eines *Rechtshilfeabkommen* vordringlich ist¹⁹. Kanada ist an die erste Stelle derjenigen Länder gerückt, mit welchen die Schweiz, nach Annahme des neuen Rechtshilfegesetzes, diesbezügliche Verhandlungen aufnehmen wird.

Kompetenz: Völkerrechtsdirektion, Politische Direktion, Finanz- und Wirtschaftsdienst, Polizeiabteilung EJPD

6) *Wachsender Protektionismus*. In den letzten zwei Jahren hat Kanada zu einer wachsenden Anzahl von importhemmenden Massnahmen Zuflucht genommen, die auch die schweizerischen Exporteure treffen. Im Oktober 1976 wurden die Importe von Jersey-Gewirken kontingentiert, im November 1976 die Kleiderimporte und zu Beginn dieses Dezembers sind auch die Einfuhren von Schuhen quantitativ beschränkt worden. Die Antidumping-Untersuchungen gegen ausländische Lieferanten haben sich vervielfacht²⁰. Betroffen ist die Viscosuisse (Exporteurin von Polyester-Texturgarnen), welche am 2. März 1977 in Ottawa einen Dumpingprozess verlor. Gegen das Urteil ist beim Federal Court Berufung eingelegt worden, und dessen Entscheid steht noch aus. Für die Viscosuisse steht ein Markt von 20 Mio. Schweizerfranken auf dem Spiel, der z. T. bereits aufgegeben werden musste, weil die vom Antidumping-Gericht verfüigten «normal values» keine wirtschaftlich zu rechtfertigenden Lieferungen mehr zulassen.

18. Nicht ermittelt.

19. Vgl. dazu das Schreiben von F. Pictet an E. Diez vom 2. November 1977, dodis.ch/51011 sowie das Schreiben von J. Monnier an F. Pictet vom 17. November 1977, dodis.ch/50999. Allgemein zur internationalen Rechtshilfe vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 6, dodis.ch/39389.

20. Zu den Textilien vgl. das Schreiben von H. Hofer an F. Pictet vom 11. August 1976, dodis.ch/50984; das Schreiben von H.-U. Greiner an F. Pictet vom 17. Mai 1977, dodis.ch/50985 sowie das Schreiben von H. Hofer an A. Janner vom 15. November 1977, dodis.ch/50987. Zu den Schuhen vgl. das Schreiben von H. Hofer an F. Pictet vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/50989.

Kompetenz: Handelsabteilung

7) Auf Initiative des BIGA hat die Botschaft im Juli 1977 beim kanadischen Aussenministerium den Abschluss eines *Stagiaire-Abkommens* angeregt²¹. Ein derartiges Abkommen hätte zum Zweck, jährlich einer festgelegten Anzahl von jungen Leuten mit abgeschlossener Berufsausbildung einen 1–1½-jährigen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen. Die Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen würden dabei ohne Berücksichtigung der gegenwärtigen Arbeitslage erteilt. Die Kanadier scheinen der Idee positiv gegenüber zu stehen, doch ist der interministerielle Instanzenweg recht komplex, so dass der Abschluss eines Vertrages noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Kompetenz: BIGA

8) Seit 1959 besteht eine vertrauliche informelle Vereinbarung über die *Sitzverlegung schweizerischer Firmen im Kriegsfall*²². Infolge der neuen kanadischen Investitionsgesetzgebung, des nun in Kraft getretenen Doppelbesteuerungsabkommens und der geänderten Immigrationsgesetzgebung entspricht der Text nicht mehr den heutigen Gegebenheiten und sollte deshalb à jour gebracht werden.

Kompetenz: Völkerrechtsdirektion

9) Die kanadischen Vorschriften zur *Kontrolle der Heilmittel* verursachen der schweizerischen pharmazeutischen Industrie sehr kostspielige Aufwendungen, namentlich was die Erstellung und Nachführung gewisser Dokumentationen betrifft. Die Gespräche von 1976²³ zum Abschluss eines zwischenstaatlichen Abkommens, in welchem als Fernziel die gegenseitige Anerkennung der Heilmittelkontrollen hätte verankert werden sollen, sind in der Folge ins Stocken geraten. Es stellt sich nun die Frage, ob die Angelegenheit weiterverfolgt werden soll oder ob es klüger ist, einen Marschhalt einzuschalten und die Türe für eventuelle spätere Verhandlungen offenzuhalten²⁴.

Kompetenz: Handelsabteilung

10) *Exportförderung*²⁵. Die Botschaft ermuntert systematisch die schweizerische Industrie, sich vermehrt um den wachsenden Markt in Westkanada, vor allem in der energiereichen Provinz Alberta zu kümmern. Im Sommer 1977 findet eine Prospektionsreise des Leiters der Abteilung Exportförderung der OSEC²⁶ nach Kanada statt, die voraussichtlich von einer Gruppenreise schweizerischer Geschäftsleute gefolgt sein wird.

Kompetenz: OSEC

11) *Les relations culturelles* sont insuffisamment développées, tout spécialement avec les régions situées au centre et à l'ouest. Pro Helvetia a été

21. Vgl. dazu das Schreiben von J.-P. Bonny an F. Pictet vom 29. Juni 1977, dodis.ch/51092.

22. Échange de lettres confidentiel (3 pièces) concernant le transfert temporaire au Canada du siège d'entreprises suisses en temps de guerre vom 6.–15. Oktober 1959, dodis.ch/17841. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 42, dodis.ch/16090, bes. Anm. 14; DDS, Bd. 24, Dok. 103, dodis.ch/32152 sowie die Notiz von H. Reimann an E. Diez vom 26. November 1975, dodis.ch/49897.

23. Vgl. dazu die Notiz von S. Arioli vom 12. April 1976, dodis.ch/53112. Zur Vorbereitung vgl. die Notiz von W. Zumbrunn der Besprechung vom 9. März 1976, dodis.ch/50992.

24. Vgl. dazu das Schreiben von K. Jacobi an F. Pictet vom 2. Februar 1978, dodis.ch/50995.

25. Vgl. dazu die Notiz des schweizerischen Generalkonsulats in Toronto vom Oktober 1976, dodis.ch/53215.

26. S. Andersen. Zu seiner Reise vgl. das Schreiben von F. Pictet vom 7. Dezember 1978, dodis.ch/50978. Vgl. ferner das Schreiben von A. Glesti an M. Ludwig vom 20. Dezember 1978, dodis.ch/50981.

rendue attentive à cette situation et invitée à étendre au Canada les manifestations qu'elle organise aux États-Unis²⁷.

Compétence: Div. politique III

Weitere, von der Botschaft mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte Themen

- Patentgesetzgebung. Die kanadische Gesetzgebung ist für die schweizerische Pharmaindustrie nicht befriedigend²⁸.
- Bankengesetzgebung. Das bestehende kanadische Bankengesetz wird 1979 revidiert werden und wird die Stellung der Schweizerbanken in Kanada beeinflussen.
- Sozialversicherung. Kanada hat erstmals mit einem fremden Staat, nämlich Italien, ein Abkommen über die Sozialversicherung abgeschlossen. Es ist zu prüfen, ob für die Schweiz ein ähnliches Abkommen wünschbar wäre.
- Transferpreise. Von Zeit zu Zeit geben die konzerninternen Transferpreise zwischen schweizerischen Mutterhäusern und kanadischen Tochterfirmen Anlass zu Reibereien mit der kanadischen Steuerverwaltung.
[...]²⁹

27. Vgl. dazu das Schreiben von P. Stauffer an L. Boissonnas vom 15. Juli 1976, dodis.ch/51109 sowie die Notiz der schweizerischen Botschaft in Ottawa von 1976, dodis.ch/51108.

28. Vgl. dazu das Schreiben von C. Caratsch an P. Braendli und P. R. Jolles vom 13.10.1976, dodis.ch/50996.

29. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/50991.

102

dodis.ch/49049

*Der Chef des Diensts Information und Presse des Politischen Departements,
E. Andres, an den schweizerischen Botschafter in Peking, W. Sigg¹*

SCHWEIZERREISE DER CHINESISCHEN JOURNALISTEN-DELEGATION²

Bern, 22. Dezember 1977

Die acht aus Peking zugereisten Mitglieder der offiziellen Delegation³ unter Führung von Botschafter Tseng Tao, dem neuen Direktor der Agentur «Neues China», sind am vergangenen Sonntag mit der Swissair nach China zurückgekehrt. Vor dem Abflug in Genf haben sie sich über die Gestaltung und den Verlauf des Programms lobend ausgesprochen. Im gleichen Sinn äusserte sich auch der chinesische Geschäftsträger⁴ in Bern, der von Anfang an

1. Schreiben: CH-BAR#E2200.174#1998/180#68* (613.2). Verfasst von W. Steiner.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von U. Stemmler an J. Cuendet vom 23. Dezember 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2554* (A.15.41.33.21).

3. Vgl. die Liste de la Délégation des journalistes de la République Populaire de Chine, Doss. wie Anm. 2.

4. Wang Tsien-pang.

praktisch am gesamten Programm persönlich teilnahm und zusätzlich seinen französischen Übersetzer⁵ der Delegation zur Verfügung stellte.

Das gedruckte Programm⁶, wie es Ihnen gerade vor Beginn der Reise zugestellt worden ist, musste auf Ersuchen der hiesigen chinesischen Botschaft im letzten Moment gekürzt werden (Luzern, Schwyz), konnte aber dann auf ausdrücklichen Wunsch des Delegationsleiters mit Ausnahme des Bundesbriefarchivs vollständig und gar mit zusätzlichen Besuchen in Genf (Universität/science II, und permanente Ausstellung der Genfer Industrie «OPI») durchgeführt werden. Der reibungslose Ablauf des doch recht beladenen Besuchsprogramms war – dies darf wohl festgestellt werden – vor allem dem sehr disziplinierten Verhalten der Delegation, ihrem lebhaften Interesse an allem Gebotenen bis ins Detail, sowie dem homogenen Teamgeist zu verdanken. Aber auch die Qualität des Gebotenen und die Anstrengungen aller am Programm beteiligten Firmen und Institutionen trugen das ihre zum Erfolg bei. Enttäuschung zeigte Herr Tseng Tao lediglich darüber, dass die gewünschte Besichtigung der Quarzuhrenfabrikation in Biel nicht ermöglicht werden konnte, da die Weiterentwicklung dieses Zweiges nach Erklärungen von FH-Präsident G. Bauer inzwischen in der Schweiz aus Konkurrenzgründen aufgegeben werden musste.

Die politische Bedeutung, die unser Departement dem Schweizerbesuch dieser Regierungsdelegation aus der Volksrepublik China beimass, wird durch die Audienzen beim Bundespräsidenten⁷ und dem Departementsvorsteher⁸, sowie bei den Herren Weitnauer und Jolles unterstrichen. So weit sie vorliegen, legen wir Ihnen hier die Texte der Grussadressen und Exposés bei⁹.

Während Bundesrat Graber den Gästen einen Tour d'horizon über die politische Lage in Europa und an den gegenwärtigen Brennpunkten im Mittleren Osten, in Afrika und Amerika vermittelte, beantwortete Generalsekretär Weitnauer Fragen bezüglich unser Verhältnis zur EWG und anderen Internationalen Organisationen. Wir verweisen Sie insbesondere auch auf die Ausführungen von Herrn H. J. Kaufmann über die historischen Zusammenhänge in der schweizerischen Innenpolitik im Exposé «Switzerland and the Third World»¹⁰, das er am Rundgespräch vom 13. Dezember im «Foyer de la presse» hielt.

Die in den Antworten des Delegationsleiters wiederholt zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, dass dieser Besuch die traditionelle chinesisch-schweizerische Freundschaft zu festigen und die bereits zahlreichen gemeinsamen Ansichten zu fördern vermöge, dürfte nicht ausschliesslich den Umständen des Augenblicks oder der sprichwörtlichen östlichen Höflichkeit zuzuschreiben sein. Wir zweifeln nicht daran, dass die Eindrücke, die diese bisher wohl bedeutendste¹¹ chinesische Regierungsdelegation auf ihrer Reise durch unser

5. *Chu Hung-fa.*

6. *Für den Programmentwurf vom 1. Dezember 1977 vgl. Doss. wie Anm. 1.*

7. *K. Furgler.*

8. *P. Graber.*

9. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

10. *Referat von H. Kaufmann vom 15. Dezember 1977, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Handschriftliche Marginalie: Chou En Lai? Zum Besuch Zhou Enlais in Bern anlässlich der Genfer Asienkonferenz von 1954 vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 110, dodis.ch/8175. Zu den Besuchsreisen von Gu*

Land gewonnen hat, ihre Auswirkungen auch langfristig auf die gegenseitigen Beziehungen haben werden.

In diesem Zusammenhang sind wir Ihnen für die Übermittlung aller auf den Besuch bezüglichen Meldungen und Artikel in den dortigen Medien im voraus zu Dank verpflichtet¹².

Mu und Wang Zhen 1978 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 141, dodis.ch/49051 und Dok. 189, dodis.ch/49088.
12. Vgl. Doss. wie Anm. 2. Vgl. ferner das Schreiben von G. Ducrey an P. Bettschart vom 29. Dezember 1977, dodis.ch/49050.

103

dodis.ch/49180

Le Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, M. Heimo, à l'Ambassadeur de Suisse à Brasilia, M. Feller¹

Berne, 12 janvier 1978

Nous avons voué toute notre attention à votre lettre du 16 décembre 1977², et vous remercions des réflexions dont vous nous faites part quant à l'avenir de la coopération technique suisse-brésilienne. C'est une occasion bienvenue de mettre sur le papier quelques éléments de notre coopération avec votre pays de résidence.

En premier lieu, nous aimerions vous rappeler que la loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales³, qui est entrée en vigueur il y a six mois, nous oblige à donner la priorité aux pays, régions et groupes de population les plus défavorisés. Certes, ces trois critères ne sont pas forcément cumulatifs, mais le critère du pays n'en joue pas moins un rôle important, surtout lorsqu'il s'agit de comparer, sur le plan international, la volonté des divers pays industrialisés de favoriser effectivement les pays les plus pauvres. C'est ce qui nous a incité, dans le programme latino-américain, à chercher de nouvelles zones de concentration en Amérique centrale (Honduras, par exemple) et de réduire notre coopération avec des pays au PNB plus élevé, comme l'Équateur. Nous joignons à cette lettre le dernier numéro de l'Antenne⁴, puisque vous y trouverez aux pages 10, 11 et 12 (23, 24 et 25 en allemand) notre réponse à la question «Doit-on encore aider les pays en dé-

1. *Lettre (copie)*: CH-BAR#E2005A#1991/16#645* (t.311-Brasil.). Rédigée par R. Dreifuss.

2. *Lettre de M. Feller à M. Heimo* du 16 décembre 1977, dodis.ch/49179.

3. Loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales du 19 mars 1976, RO, 1977, pp. 1352–1357. Cf. la compilation thématique dodis.ch/T1547.

4. Cf. doss. CH-BAR#E2005A#1991/16#349* (t.242.2-098). Cet article est un exposé de M. Heimo présenté à la Conférence des ambassadeurs du 30 août au 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48264. Pour la Conférence des ambassadeurs, cf. le procès-verbal du Département politique du 2 septembre 1977, dodis.ch/48254. Sur les principes de la coopération au développement en Amérique Latine, cf. DDS, vol. 25, doc. 57, dodis.ch/35910.

veloppement «avancés»?» Vous y lirez également que le critère de la pauvreté des pays partenaires est inspiré par la conviction que certains pays n'ont tout simplement pas les moyens de faire face à la misère de leurs populations, ce qui n'est certainement pas le cas du Brésil.

Notre préoccupation d'agir en faveur des groupes de population les plus défavorisés s'est manifestée le plus clairement, au Brésil, par le soutien apporté à la COMAR. Mais ce qui est essentiel dans ce projet, c'est que l'aide étrangère était indispensable pour permettre à une collectivité de s'organiser elle-même. Ce sont les artisans de Recife qui ont commencé la lutte contre la misère.

Nous n'avons pas suppléé à une carence financière de l'administration brésilienne, nous avons soutenu une expérience dont tous les risques étaient assumés par des personnes vivant en dessous du salaire minimum; cette expérience a finalement fourni la preuve de la vitalité du mouvement coopératif nordestino, ce qui a vivement intéressé les autorités brésiennes. Cet exemple montre que l'aide aux plus pauvres suppose une volonté des personnes concernées de modifier durablement leur situation.

L'aide aux régions les plus défavorisées doit, également, s'inscrire dans une perspective de correction des causes de la disparité. Notre collaboration avec l'INUFP⁵ a été entreprise parce que nous croyions avoir à transmettre un «know how» suisse dans le domaine de la technologie alimentaire et que nous voulions contribuer aux programmes d'industrialisation du Nordeste. Le soutien apporté au SENAI de Bahia (ARATU) participe de la même volonté. Or, les autorités brésiennes nous avaient fait savoir, en son temps, qu'elles inclinaient à considérer comme une immixtion désagréable le fait que certains pays partenaires accordent une aide exclusive à certaines régions, au détriment des pôles de croissance du Sud⁶.

Vous nous recommandez par ailleurs ces deux actions dans l'espoir de créer un certain «good will» auprès des autorités brésiennes. Nos relations avec l'Itamaraty nous ont appris qu'elles appréciaient peu des actions charitables qu'elles ressentent comme des critiques implicites de la disparité sociale. Ce sont nos partenaires brésiliens, qui nous ont recommandé de ne pas demander le rattachement à l'accord-cadre de coopération technique⁷ d'un projet de Caritas concernant la livraison de très nombreux camions aux diocèses d'Amazonie et la formation rapide de mécaniciens, car il s'agissait surtout d'un don d'inspiration humanitaire.

Dans un pays comme le Brésil, il ne nous appartient plus de prendre à notre charge certains frais (minimes) d'achat de matériel de programmes officiels. C'est pourquoi nous ne voyons pas de possibilité de collaborer, même indirectement, au «Centro de Criatividade» de la capitale.

5. *Sur la coopération avec l'INUFP, cf. la proposition de projet N° 153 de R. Pasquier et R. Wilhelm à P. Graber du 24 octobre 1977, dodis.ch/49766.*

6. *Sur l'état et les problèmes actuels des projets au Brésil, cf. notice de H. Hoffman du 3 mars 1978, dodis.ch/49181.*

7. *Accord de coopération technique et scientifique entre la Confédération suisse et la République Fédérative du Brésil du 26 avril 1968, RO, 1969, pp. 1101–1104.*

Quant à la lettre du Père Richard Tritschler⁸, elle pourrait éventuellement faire l'objet d'une action d'aide humanitaire. C'est pourquoi nous avons chargé notre division de l'aide humanitaire (section des œuvres d'entraide) d'examiner cette demande. Nous l'avons également transmise à CARITAS, dans l'espoir que cette œuvre d'entraide pourra, éventuellement en collaboration avec Caritas-Brésil, apporter une aide au dispensaire de Manga.

8. Lettre de R. Trischler à M. Feller du 15 novembre 1977, CH-BAR#E2005A#1991/16#645* (t.311-Brasil.).

104

dodis.ch/52262

*Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Dunkel, au
Directeur général de la Banque nationale suisse, F. Leutwiler¹*

[Berne,] 12 janvier 1978

M. le Directeur Jolles me dit que vous partez samedi pour le Japon². S'agissant d'un des pays dont j'ai la charge au niveau de la Direction, il me prie de vous fournir toutes indications utiles quant à l'état de nos relations commerciales avec ce pays.

Vous trouverez ci-jointe une courte notice préparée par le service compétent de la Division du commerce qui, dans sa sécheresse et sa brièveté, atteste de l'absence de problèmes sérieux dans nos rapports avec ce pays³.

Je joins également une contribution aux publications de l'OSEC, intitulée «Le Japon en 1977»; préparée par l'Ambassade de Suisse à Tokyo⁴.

Si l'un ou l'autre de ces papiers devait éveiller en vous un besoin d'informations complémentaires ou plus détaillées, l'excellente équipe de M. l'Ambassadeur Cuénoud sera, j'en suis sûr, en mesure de vous donner satisfaction, mieux sans doute encore que nous-mêmes.

Cela étant dit, il me paraît utile de compléter les données factuelles ci-jointes par quelques considérations à la fois plus générales et plus subjectives sur nos rapports avec le Japon dans le domaine commercial.

1. Lettre (copie): CH-BAR#E7110#1989/32#2221* (821).

2. À propos de l'invitation de la Banque du Japon, cf. le procès-verbal N° 844 de la direction générale de la Banque nationale suisse du 17 novembre 1977, dodis.ch/51757, point 4. Sur le voyage de P. R. Jolles au Japon, cf. le rapport de P. R. Jolles du 13 décembre 1976, dodis.ch/51759.

3. Non retrouvé. Sur les relations économiques entre la Suisse et le Japon, cf. la lettre de J. Iselin à la direction de la Ciba-Geigy SA du 8 mars 1978, dodis.ch/51804; le rapport de A. Dunkel du mai 1978, dodis.ch/51803; la lettre de P. Cuénoud à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 13 juillet 1978, dodis.ch/51811; la lettre de G. Hentsch à P. R. Jolles du 28 juillet 1978, dodis.ch/51805 et l'exposé de P. Cuénoud du 30 août 1978, dodis.ch/48281.

4. Cf. la lettre de G. Hentsch à M. Ludwig du 25 novembre 1977, CH-BAR#E7110#1988/12#2131* (811).

Pour les Japonais – et ils n’hésitent pas à nous le dire – nous sommes un partenaire «en or» sur le plan commercial⁵. Contrairement aux États-Unis, à la Communauté ou aux pays en développement, et sous réserve des quelques positions mentionnées dans les notes ci-jointes, nous n’avons pas de grief à formuler à leur égard. Cela tient d’une part à l’efficacité de nos exportateurs qui, grâce à la longue expérience acquise notamment par nos «Welthandels-firmen» des us et coutumes du marché japonais, ont su trouver les voies de pénétration dans ce marché. Cela tient aussi aux types de produits que notre économie est à même d’offrir. De leur côté, les Japonais trouvent en Suisse des conditions idéales pour leurs industries traditionnelles d’exportation. Contrairement à d’autres pays, nous n’avons en effet (exception faite de l’horlogerie⁶ et, plus récemment, de l’acier) pas de raison de nous préoccuper de la haute compétitivité des exportations japonaises dans des secteurs tels que ceux de l’automobile, des postes de radio et de télévision, des appareils de photo, etc.

En bref, que ce soit aux niveaux de l’importation ou de l’exportation, les Japonais n’hésitent pas, lorsqu’ils sont attaqués, à citer le cas de la Suisse comme démonstration des excellentes relations qui peuvent s’établir entre deux pays poursuivant des politiques commerciales fondamentalement libérales, ce qui revient en fait à dire, indirectement, qu’il est faux d’accuser le Japon de protectionnisme déguisé, puisqu’un pays comme la Suisse parvient à pénétrer sur le marché japonais, et qu’il est également erroné d’accuser les Japonais de fausser la concurrence, puisque’un pays comme la Suisse n’a jamais eu de grief de ce genre à faire valoir vis-à-vis du Japon.

De tels commentaires sont évidemment un peu «überspitzt» car nous ne produisons pas ou plus dans certains des domaines où le Japon a une position de leader et que, par ailleurs, notre gamme de produits exportables s’adresse à une demande japonaise spécialisée. En d’autres termes, sur le plan commercial, l’économie du Japon et l’économie suisse ont trouvé un degré élevé de complémentarité. Toutefois, il faut bien reconnaître que lorsqu’une telle situation de fait ne se présente pas, les méthodes d’expansion du commerce japonaises et celles de concentration des exportations sur certains marchés peuvent causer de sérieuses difficultés aux économies affectées. Inversement, il est non moins vrai que la pénétration sur le marché japonais de nouveaux venus est une entreprise beaucoup plus difficile que sur tout autre marché de pays industrialisés, ce qui n’est pas seulement une question de langue mais aussi la conséquence du comportement du producteur (organisation verticale des sociétés) et du consommateur japonais.

Compte tenu de ce background, il n’est guère étonnant que, dans les enceintes multilatérales traitant de problèmes du commerce mondial, l’identité des vues défendues par le Japon et par la Suisse soit très grande. À cela s’ajoute – il n’est presque pas nécessaire de le rappeler – que les deux pays – dans des proportions bien sûr différentes – accusent le même degré de dé-

5. Pour le développement des relations commerciales, cf. DDS, vol. 24, doc. 25, dodis.ch/32485; DDS, vol. 25, doc. 137, dodis.ch/35508 et DDS, vol. 26, doc. 128, dodis.ch/39647.

6. Pour les problèmes avec la concurrence japonaise sur le marché horloger, cf. la notice de O. Bornhauser du 13 décembre 1976, dodis.ch/51760.

pendance vis-à-vis de l'extérieur du point de vue de leur approvisionnement en énergie et en matières premières, ce qui les conduit à axer leur activité industrielle sur des productions comportant un degré élevé de valeur ajoutée. De plus, le Japon et la Suisse ne peuvent appliquer les principes du libre-échange au domaine agricole puisque, l'un comme l'autre, ont des coûts de production élevés dans ce secteur et pratiquement les mêmes raisons de sauvegarder l'existence d'une agriculture⁷.

Toutefois, si le Japon appartient, avec les États-Unis et la Communauté, au groupe des trois «Grands» qui assument le leadership dans les négociations commerciales en cours au GATT, il n'en a pas moins adopté jusqu'ici une attitude en définitive plus réservée que la Suisse en la matière. Cela tient aussi bien aux modalités du «decision making process» à Tokyo qu'au souci d'harmonie propre aux Japonais qui se traduit par une hésitation constante à prendre ouvertement des positions de pointe⁸. Il est possible que la nouvelle équipe gouvernementale⁹, notamment sous la pression des États-Unis, prenne des positions plus marquées à l'avenir.

Je me suis volontairement limité à aborder les aspects purement commerciaux de nos relations avec le Japon, partant de l'idée que vous connaissez mieux que moi les griefs de nos exportateurs aux évolutions respectives du yen et du franc suisse¹⁰. De même, dans l'attente des chiffres du mois de décembre, je renonce à commenter le renversement possible de notre balance commerciale avec le Japon. Toutefois, une thèse prend de plus en plus corps dans certains milieux d'affaires selon laquelle des contrats impliquant la production au Japon sous licences vont progressivement se substituer à certaines exportations. Si cette thèse devait se vérifier, les conséquences d'une telle évolution demanderaient également un examen plus approfondi.

Il ne me reste qu'à vous souhaiter un excellent voyage et un séjour intéressant et fructueux au Japon¹¹. Vous voudrez bien transmettre mes amitiés à M. l'Ambassadeur Cuénoud et à ses collaborateurs.

7. *Sur la position de la Suisse concernant la politique agricole*, cf. DDS, vol. 27, doc. 187, dodis.ch/48717 et le discours de P. R. Jolles du 23 janvier 1978, dodis.ch/50106.

8. *Sur les négociations dans le cadre du Tokyo Round*, cf. DDS, vol. 26, doc. 134, dodis.ch/38594 et doc. 182, dodis.ch/38602 ainsi que DDS, vol. 27, doc. 74, dodis.ch/50105 et doc. 105, dodis.ch/49332.

9. *Sur le nouveau cabinet du Premier ministre T. Fukuda*, cf. le rapport politique N° 22 de P. Cuénoud du 30 décembre 1976, dodis.ch/51761.

10. *Sur les relations monétaires avec le Japon*, cf. DDS, vol. 27, doc. 194, dodis.ch/52263.

11. *Sur les entretiens de F. Leutwiler au Ministère japonais des finances*, cf. les notices de G. Hentsch du 19 janvier 1978, dodis.ch/51801 et dodis.ch/51802.

105

dodis.ch/49332*Notice du Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Dunkel¹*

Confidentiel

Berne, 15 janvier 1978

En marge de la réunion informelle du 23 janvier 1978², convoquée par M. Long, Directeur général du GATT, pour marquer l'entrée du Tokyo-Round³ dans sa phase opérationnelle, le Directeur Jolles et le soussigné ont eu un entretien avec l'Ambassadeur Robert Strauss, Représentant spécial du Président pour les questions commerciales, qui était accompagné notamment de ses deux suppléants, les Ambassadeurs Wolff (Washington) et McDonald (Genève).

Au cours du déjeuner réunissant plus de 30 pays participant au Tokyo-Round et qui a précédé cet entretien, l'Ambassadeur Wolff a annoncé à M. Jolles que, selon l'offre que les États-Unis étaient sur le point de déposer, les droits du tarif américain sur les montres mécaniques⁴ ne seraient réduits que de 15%.

Au cours de l'entretien, M. Jolles a fait valoir les considérations suivantes:

- a) Tout d'abord, sous l'angle de la procédure, il a exprimé de vifs regrets que les États-Unis n'aient pas jugé utile, contrairement aux assurances données à plusieurs reprises, de nous consulter⁵ avant le dépôt de leur offre. Ainsi, nous nous trouvons placés devant un fait accompli.
- b) Sur le plan de la substance, il a souligné que l'attitude américaine ne pouvait pas plus mal tomber. L'industrie horlogère suisse appartient au secteur des biens de consommation qui, plus encore que le secteur des biens d'investissement, est frappé de plein fouet par l'évolution récente du cours du dollar⁶. Dès lors, les efforts des autorités suisses pour conserver l'appui des milieux économiques à la mise en œuvre des objectifs du Tokyo-Round risquent d'être mis en cause. En effet, le refus des États-Unis d'offrir au moins l'application pleine et entière du plan de réduction tarifaire sur les montres mécaniques risque d'être considéré comme un «mauvais coup». Cela d'autant plus qu'un certain scepticisme se développe dans les milieux économiques quant à l'utilité d'une négociation destinée à améliorer les conditions de concurrence de nos exportations alors même qu'aucune action concrète n'est entreprise parallèlement pour assainir une situation monétaire qui affaiblit de jour en jour la situation de notre industrie d'exportation.

1. Notice: CH-BAR#E7110#1989/32#2008* (870).

2. Cf. la déclaration de P. R. Jolles du 23 janvier 1978, dodis.ch/50106.

3. Sur le Tokyo-Round, cf. DDS, vol. 26, doc. 114, dodis.ch/35593, en particulier note 5; doc. 134, dodis.ch/38594 et doc. 182, dodis.ch/38602 ainsi que DDS, vol. 27, doc. 74, dodis.ch/50105.

4. Cf. aussi le PVCF N° 611 du 6 avril 1977, dodis.ch/49870.

5. Sur les consultations entre la Suisse et les États-Unis, cf. les lettres de K. Jacobi à R. Retornaz du 2 avril 1976, dodis.ch/49865 et du 8 novembre 1976, dodis.ch/49866 et le télégramme N° 155 de K. Jacobi à l'Ambassade de Suisse à Washington du 3 décembre 1976, dodis.ch/49867.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 112, dodis.ch/49604, point 2.1.

Les négociateurs américains se sont visiblement sentis gênés. M. Strauss a allégué que, vu l'urgence de mettre au point l'offre américaine, ses collaborateurs n'avaient pas pu le consulter avant sa présentation. S'il avait été mis au courant, il aurait certainement usé de son influence pour modifier l'état de fait sur le plan de la procédure – en engageant des consultations préalables avec nous – et sur le plan de la substance.

Avec l'aide de ses collaborateurs, M. Strauss a fourni les explications suivantes quant aux motifs qui sont à l'origine du caractère partiel de l'offre américaine:

Timex a actuellement grand peine à maintenir son degré d'activité normal et, par conséquent, à sauvegarder le niveau d'emploi actuel. Sur le plan des procédures internes, Timex a reçu un soutien résolu du Département de l'intérieur. Le problème des îles vierges aurait également joué un rôle dans l'attitude restrictive américaine. M. Strauss a toutefois souligné que les négociations n'étaient pas terminées et que l'on ne saurait dès lors exclure que l'offre américaine puisse être révisée. Cela dépendrait en partie de l'évolution de l'emploi chez Timex, dont les travailleurs ne pourraient, à l'heure actuelle, comprendre que le Gouvernement américain fasse une offre plus substantielle.

Au cours de la brève discussion qui s'en est suivie, certains membres de la délégation américaine ont tenté d'établir un lien entre un examen du problème horloger et la nature des offres que la Suisse serait à même de présenter en réponse aux demandes américaines dans le secteur agricole.

Lors d'un entretien ultérieur entre l'Ambassadeur McDonald et le soussigné, le Représentant américain s'est excusé de ce qu'il considère comme une «bavure» dans l'offre américaine et s'est engagé, en tant que parfait connaisseur des conditions prévalant en Suisse (!) à tout faire pour que le tir soit corrigé. Le soussigné a saisi cette occasion pour souligner que la création d'un lien entre un problème horloger et nos offres agricoles ne ferait qu'envenimer les choses et irait très certainement à fin contraire de nos intérêts mutuels⁷. Le problème des montres devra être réglé à l'intérieur du secteur industriel, ce que M. McDonald semble avoir admis.

Tout au long des entretiens, l'Ambassadeur Strauss n'a cessé d'insister sur le rôle important qu'il souhaite que la Suisse puisse jouer comme intermédiaire et modérateur en faveur de résultats substantiels dans le Tokyo-Round⁸. Cette attitude a permis à la délégation suisse de se montrer d'autant plus ferme aussi bien sur la question horlogère que sur les problèmes monétaires.

À ce dernier sujet, M. Strauss s'est employé, dans un premier temps, à convaincre ses interlocuteurs que le secteur monétaire ne relève pas de sa compétence. Il a cependant admis que la situation monétaire a un impact réel sur le commerce international et a pris note de notre désir qu'il intervienne auprès des membres compétents du Cabinet pour plaider en faveur d'une réelle collaboration entre les autorités monétaires américaines et la Banque nationale suisse. Reste à savoir s'il s'engagera vraiment.

7. Cf. aussi la notice de J.-D. Gerber du 31 mars 1978, dodis.ch/49873.

8. Cf. la notice de C. Jagmetti du 22 juin 1977, dodis.ch/49871.

Nous espérons disposer, à très brève échéance, de l'offre américaine⁹, ce qui nous permettra de déterminer avec précision la situation dans le secteur horloger et notamment la mesure dans laquelle cette offre correspond, en tout ou en partie seulement, à l'application du plan tarifaire envisagé.

9. Cf. le télégramme de K. Jacobi à l'Ambassade de Suisse à Washington du 1^{er} février 1978, dodis.ch/49872. Sur la nouvelle offre américaine, cf. la notice de Ch. Blickenstorfer de la séance du 29 août 1978, dodis.ch/49875.

106

dodis.ch/49365

Interne Notiz der Politischen Abteilung II des Politischen Departements¹

DIE SCHWEIZ UND SÜDAFRIKA

Bern, 23. Januar 1978

1) Am 4. November 1977 beschloss der *UNO-Sicherheitsrat* die Einführung eines zeitlich unbefristeten *Waffenembargos* gegen die Republik Südafrika². Diese Massnahme ist für alle UNO-Mitgliedstaaten verbindlich. Auch Nichtmitglieder wie die Schweiz werden indessen ersucht, sich an die Resolution zu halten. *Resolution 418* sieht folgendes vor:

- Verboten ist die *Lieferung von Waffen*, Munition und dazugehörigem Material aller Art.
- Untersagt ist die *Gewährung von Lizenzen* für die Herstellung und den Unterhalt solcher Güter.
- Bestehende *Lizenzverträge*, welche die Herstellung und den Unterhalt dieses Materials betreffen, sind zu überprüfen (revoir ... en vue d'y mettre fin).
- Von einer *Zusammenarbeit* mit Südafrika bei der Herstellung und Entwicklung von *Nuklearwaffen* ist abzusehen.

Der Text dieser Resolution ist der Schweiz vom UNO-Generalsekretär mit einer Note vom 10.11.1977³ offiziell zur Kenntnis gebracht worden.

Dazu ist, was die Schweiz betrifft, festzustellen, dass sie bereits am 6. Dezember 1963 aus eigener Initiative ein allgemeines Embargo für schweizerische *Waffenexporte* nach der Republik Südafrika erliess⁴. Seit Inkrafttreten,

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2850.1#1991/234#279* (14). Verfasst von R. Stauch. Anlässlich des Amtsantritts des neuen Vorstehers des Politischen Departements, P. Aubert, beauftragte Generalsekretär A. Weitnauer die Abteilungen des Departements, Notizen über die Hauptprobleme des Departements zu verfassen. Am 31. Januar 1978 hat er die gesamte Dokumentation P. Aubert übergeben. Vgl. dodis.ch/50104.

2. Resolution Nr. 418 des UNO-Sicherheitsrats vom 4. November 1977, UN doc. S/RES/418 (1977).

3. Note von K. Waldheim an P. Graber vom 10. November 1977, CH-BAR#E2210.5#1995/21#18* (370.1).

4. Für die Erklärung von F. T. Wahlen vgl. das NR-Prot. vom 6. Dezember 1963, CH-BAR#E1301#

im Jahre 1973, des neuen «Bundesgesetzes über Kriegsmaterial»⁵ wurde diese Praxis gegenüber Südafrika – einem Land, in welchem im Sinne des Gesetzes sicher «gefährliche Spannungen bestehen» – fortgeführt. Nur in vereinzelt Fällen, in welchen eine Ausnahmebehandlung vertretbar war, wurden Ausfuhrbewilligungen erteilt.

Kriegsmateriallieferungen, die das schweizerische Hoheitsgebiet nicht berühren, unterliegen aufgrund der Rechtssprechung des Bundesgerichts und gemäss ständiger Praxis nicht der Bewilligungspflicht⁶.

Abklärungen der Handelsabteilung mit dem Vorort haben ergeben, dass die Anzahl und Tragweite der bestehenden *Lizenzverträge* auf dem Kriegsmaterialsektor unbedeutend sind. Die betroffenen schweizerischen Unternehmen haben sich demnach bereit erklärt, diese Abkommen bei ihrem Auslaufen nicht zu erneuern und auch keine neuen Lizenzverträge mit Südafrika über Kriegsmaterial abzuschliessen.

Übrigens hat der Bund aufgrund der heutigen rechtlichen Lage keinerlei Handhabe, den Abschluss von Lizenzverträgen zu kontrollieren oder zu verbieten. Bereits bestehende Lizenzverträge retroaktiv ausser Kraft zu setzen, erscheint rechtsstaatlich völlig unmöglich. Die südafrikanischen Lizenznehmer könnten ohnehin nicht daran gehindert werden, die entsprechende Technologie weiter zu benützen.

Eine Antwort auf die Note des UNO-Generalsekretärs vom 10.11.1977 ist in Vorbereitung⁷.

2) Im letzten Jahr hat sich der internationale Druck gegen die *Apartheidpolitik* der südafrikanischen Regierung merklich verstärkt. (Internationale Konferenzen in Maputo, Genf, Lissabon und Lagos). Der Bundesrat hat bei verschiedenen Gelegenheiten zur Politik der Rassentrennung in Südafrika Stellung genommen. Im August 1977 erklärte der schweizerische Beobachter an der Weltkonferenz von Lagos⁸ über Massnahmen gegen die Apartheid, diese Politik beruhe auf der Verneinung des fundamentalen Prinzips der Gleichheit aller Menschen und mache die Diskriminierung zum wesentlichen Bestandteil der politischen und sozialen Ordnung. Eine solche Doktrin widerspreche nicht nur den Traditionen und Idealen der Schweizervölker, sondern auch den von der Völkergemeinschaft anerkannten Grundsätzen der Menschenrechte. Die Schweizer Regierung könne die Apartheid-Politik, wie sie in Südafrika geübt wird, somit nur ablehnen⁹.

3) Nachdem die *Regierung Südafrikas* am 19. Oktober 1977 *Sicherheitsmassnahmen* gegen 18 schwarze Bewegungen und Organisationen, 3 Publikationen und verschiedene Personen erlassen hatte, befasste sich der *Bundesrat*

1960/51#463*, S. 188–194. Vgl. ferner DDS, Bd. 22, Dok. 187, dodis.ch/30436.

5. Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972, AS, 1973, S. 108–115. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 68, dodis.ch/35692 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 169, dodis.ch/38819.

6. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann vom 12. Mai 1976, dodis.ch/50338.

7. Vgl. das BR-Prot. Nr. 557 vom 5. April 1978, dodis.ch/52128.

8. J.-D. Biéler.

9. Für die Erklärung vgl. den Bericht von J.-D. Biéler vom August 1977, dodis.ch/49473, Beilage I. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 165, dodis.ch/49309 sowie die Notiz von F. Muheim und F. Pometta vom 17. August 1977, dodis.ch/49573.

mit der Lage in Südafrika. Er sah von einer Rückberufung unseres Botschafters in Pretoria¹⁰ zur Berichterstattung ab, da seine «Belassung auf dem Posten, im Sinne eine Kontakt- und Einflussmöglichkeit, vorzuziehen ist». Unser Botschafter wurde in der Folge aufgefordert, im Namen seiner Regierung beim südafrikanischen Aussenministerium vorzusprechen, um der Besorgnis des Bundesrates über die Unterdrückungsmassnahmen vom 19.10.1977 der südafrikanischen Regierung Ausdruck zu geben¹¹.

Verschiedene schweizerische Gruppen und kirchliche Organisationen äusserten sich in der Folge sehr *kritisch*. Sie forderten den Bundesrat auf, den Botschafter zu Konsultationen zurückzuführen und über die bloss rhetorische Verurteilung der Apartheid-Politik hinaus konkrete Schritte zur Beseitigung der Apartheid und zur Hilfe an die unterdrückte schwarze Bevölkerung zu unternehmen¹².

4) Im letzten Jahr wurden schweizerischerseits verschiedene *Projekte* zugunsten schwarzer Flüchtlinge im südlichen Afrika (Angola, Botswana, Lesotho, Mosambik) *unterstützt*¹³. Während Monaten suchten wir einen kompetenten Gesprächspartner des ANC (African National Congress) (in Südafrika verbotene schwarze Freiheitsbewegung), um den Versand versprochener medizinischer Hilfsgüter (für Fr. 50'000.--) für südafrikanische Flüchtlinge regeln zu können¹⁴. Am 2. März 1978 wird eine Delegation des «South African Church Council» von der Politischen Direktion, Abteilung II, zu Gesprächen empfangen¹⁵. Diese Organisation stellt – auch nach Meinung unserer Botschaft in Pretoria – ein geeignetes Gremium für die Verteilung humanitärer Hilfe in Südafrika dar.

5) Die *wirtschaftliche Zusammenarbeit* der westlichen Industriestaaten mit Südafrika wird in politischen und wirtschaftlichen Gremien der UNO immer mehr angegriffen. Die Wortführer sind in erster Linie die afrikanischen Staaten, doch geniessen sie dabei die Unterstützung der übrigen Entwicklungsländer und des Ostblocks. Ein Verbot von Neuinvestitionen haben bisher die meisten Industrieländer abgelehnt.

Verschiedenen Schätzungen zufolge dürften zurzeit *unsere Investitionen in Südafrika* 1,6 Milliarden Schweizerfranken betragen, was 4 – 5% aller ausländischer Investitionen in der Republik Südafrika und 1 – 2% der schweizerischen Gesamtinvestitionen im Ausland entsprechen dürfte.

Die bewilligungspflichtigen Kapitalexperte werden auf jährlich 200 – 250 Mio. Franken begrenzt¹⁶.

10. Th. Curchod.

11. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1746 vom 26. Oktober 1977, dodis.ch/54061; die Notiz von Th. Curchod an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 31. Oktober 1977, dodis.ch/54062 sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 31. Oktober 1977, dodis.ch/49588.

12. Vgl. dazu die Notiz von R. Stauch vom 12. Januar 1978, dodis.ch/49460.

13. Vgl. dazu die Notiz von A. Bill an M. Heimo vom 20. Januar 1978, dodis.ch/50365.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 191, dodis.ch/49163, bes. Anm. 3.

15. Nach der angekündigten Reduktion der Delegation auf weisse Kirchenvertreter wurde das Treffen abgesagt. Vgl. dazu das Schreiben von J. Iselin an H. Schaffert vom 17. Februar 1978, dodis.ch/54057. Vgl. dazu ferner das Schreiben von R. Bodenmüller an J. Iselin vom 21. August 1978, dodis.ch/54056.

Für Südafrika wird keine Investitionsrisikogarantie gewährt. Das Exportrisikoengagement des Bundes auf Ausfuhren nach Südafrika betrug Mitte September 1977 426 Mio. Franken¹⁷.

Kreise der schweizerischen Exportindustrie haben in zunehmendem Masse zu berücksichtigen, dass langfristig ein beträchtliches *Geschäftspotential in Schwarzafrika* auf dem Spiel steht. Nigeria hat bereits diskriminierende Massnahmen gegenüber jenen Firmen beschlossen, denen Geschäftsbeziehungen zu Südafrika nachgewiesen werden können¹⁸.

6) Am 20. September 1977 genehmigten die Aussenminister der neun EG-Länder einen *Verhaltenskodex für EG-Unternehmen* mit Filialen in Südafrika. Die Idee war nicht neu. Die britische Regierung hatte schon vor Jahren Verhaltensrichtlinien für ihre Gesellschaften in Südafrika ausgearbeitet. Auch in den USA hatte ein privates Komitee ähnliche Grundsätze aufgestellt. Angesichts der politischen Aktualität dieser Fragen werden auch die übrigen OECD-Länder nicht um eine Ausarbeitung sozialpolitischer Südafrika-Richtlinien herumkommen.

Im Dezember 1977 haben die hauptsächlichsten Arbeitgeberorganisationen Südafrikas einen Kodex aufgestellt, der zum Ziel hat, die diskriminatorischen Praktiken auf Grund von Rasse und Hautfarbe im Beschäftigungsbereich zu beseitigen. Die wichtigsten der betroffenen Schweizer Firmen haben erklärt, dass ihre südafrikanischen Filialen in ihrer Tätigkeit diesen Kodex bereits beachten und dass sie bereit sind, sich dessen Bestimmungen zu unterziehen. Das gleiche gilt praktisch auch für den Inhalt der Regeln des von den Aussenministern der neun Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften im vergangenen September erlassenen Kodexes. Es versteht sich, dass der Bundesrat über keine zwingenden rechtlichen Mittel in bezug auf die Information über die Anwendung dieser Verhaltenskodexe verfügt. Er hat jedoch gute Gründe davon überzeugt zu sein, dass die in Frage stehenden Unternehmen auf berechtigte Fragen eintreten werden¹⁹.

7) Die von Südafrika im Rahmen der Apartheid-Politik in die Unabhängigkeit entlassenen «Homelands» *Transkei* (26.10.1976)²⁰ und *Bophuthatswana* (6.12.1977)²¹ sind von der Schweiz *nicht anerkannt* worden.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 60, dodis.ch/38915 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 135, dodis.ch/49368.
17. Zur Gewährung der Exoporisikogarantie für Lieferungen nach Südafrika vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 162, dodis.ch/38916 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 131, dodis.ch/49367.

18. Vgl. dazu das Schreiben von H. C. von Schulthess an die Mitglieder der Vereinigung schweizerischer beratender Ingenieurgesellschaften vom 8. Dezember 1977, dodis.ch/54096.

19. Vgl. dazu die Notiz von Ph. Lévy an die Ständige Wirtschaftsdelegation vom 4. November 1977, dodis.ch/49589; die Notiz von J. Iselin an P. R. Jolles vom 3. Januar 1978, dodis.ch/54058; das Schreiben von R. Rothenbühler an J. Iselin vom 5. April 1978, dodis.ch/54063 sowie die Notiz von M. Disler und M. Mathys vom 18. Dezember 1978, dodis.ch/54059.

20. Vgl. dazu die Notiz von J. Cuendet an P. Graber vom 19. Mai 1976, dodis.ch/49578; die Notiz von J. Monnier an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 27. September 1976, dodis.ch/49579 sowie das BR-Prot. Nr. 356 vom 2. März 1977, dodis.ch/51666.

21. Vgl. dazu das Schreiben von H. Strauch an J. Iselin vom 30. Mai 1977, dodis.ch/54042; die Notiz von J. Iselin an P. Graber vom 22. November 1977, dodis.ch/54043 sowie die Notiz von R. Dannecker an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 3. Juli 1978, dodis.ch/54044.

*Notiz für den designierten Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert*¹

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION (ILO): AMERIKANISCHER RÜCKTRITT
UND SEINE KONSEQUENZEN

Bern, 23. Januar 1978

I. Ende 1975 kündigten die Vereinigten Staaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gemäss Artikel 1, Absatz 5 der ILO-Verfassung ihre Absicht an, sich nach Ablauf der vorgeschriebenen zweijährigen Frist aus der Organisation zurückzuziehen². In seinem Brief vom 5. November 1975³ an den Generaldirektor der ILO, Francis Blanchard, zählte der damalige amerikanische Aussenminister Henry Kissinger vier hauptsächliche Gründe für diesen Schritt auf:

1. Erosion der dreigliedrigen Vertretung
2. Selektive Behandlung der Menschenrechte
3. Nichtbeachtung des rechtlichen Verfahrens bei Verabschiedung gewisser Resolutionen
4. Zunehmende Politisierung der Organisation

An der letzten Arbeitskonferenz vor Ablauf der zweijährigen Frist im Juni 1977 stellten die Vereinigten Staaten zwei Minimalforderung für ein Verbleiben in der Organisation, nämlich die Abänderung von Artikel 17 der Geschäftsordnung der Konferenz sowie die endgültige Abschreibung der gegen Israel gerichteten Resolution von 1974⁴.

Der Vorschlag, Artikel 17 der Geschäftsordnung abzuändern, zielt darauf ab, dass in Zukunft politische Resolutionen untersagt würden. Als politisch hätten Resolutionen zu gelten, die gegen ein Land gerichtet sind in einem Bereich, der von keiner ILO-Konvention erfasst ist, oder die ein Land verurteilen, ohne dass eine Untersuchung stattgefunden hat oder ohne dass die Resolution sich auf die Schlussfolgerungen dieser Untersuchung abstützt.

Die schweizerische Delegation an der Konferenz von 1977 erhielt die Instruktion⁵, die Vereinigten Staaten soweit als möglich in ihren Forderungen

1. *Notiz (Kopie)*: CH-BAR#E2003A#1990/3#1682* (o.722.12). Verfasst von M. von Grünigen und unterzeichnet von F. Pometta. P. Aubert trat sein Amt per 1. Februar 1978 an.

2. Vgl. dazu die Notiz von A. Kramer vom 12. August 1976, dodis.ch/50597 sowie Doss. CH-BAR#E2003A#1988/15#1597* (o.722.13).

3. Schreiben von H. Kissinger an F. Blanchard, übermittelt von F. L. Dale, vom 5. November 1975, CH-BAR#E2003A#1990/352#975* (302.02).

4. *Resolution der Generalversammlung der ILO vom 20. Juni 1974*: Résolution concernant la politique de discrimination, de racisme et de violation des libertés et des droits syndicaux pratiquée par les autorités israéliennes en Palestine et dans les autres territoires arabes occupés, in: Bureau international du travail (Hg.): Conférence internationale du travail cinquante-neuvième session Genève, 1974. Compte rendu des travaux, Genf 1975, S. 874 f.

5. BR-Prot. Nr. 881 vom 25. Mai 1977, dodis.ch/51066.

zu unterstützen. Desgleichen bemühten sich die andern westlichen Industriestaaten darum, den USA ein Verbleiben in der Organisation zu erleichtern.

Die Mehrheit der ILO-Mitglieder fühlte sich jedoch durch die amerikanischen Forderungen eher herausgefordert. Die Revision von Artikel 17 wurde zwar auf die Tagesordnung genommen, aber in Verbindung mit der gesamten Strukturreform der ILO⁶. Dieser wiederum widersetzten sich die USA, weil die angestrebte «Demokratisierung» ihre Vorrechte und jene anderer Industriationen einschränken würde (beispielsweise haben heute im ILO-Verwaltungsrat die zehn wichtigsten Industriestaaten, zu denen die Schweiz *nicht* gehört, einen ständigen Sitz!). Ein Nachgeben der USA bei der Strukturänderung war nicht zu erwarten; folglich wurde auch keine Revision von Artikel 17 erreicht.

Ebenso unmöglich erwies sich die Abschreibung der Resolution gegen Israel von 1974. Im Ausschuss, der die Durchführung der Arbeitsübereinkommen in den jeweiligen Vertragsstaaten überprüft, verliessen die arabischen Delegierten bei der Behandlung Israels den Saal. Im Plenum weigerten sie sich mit Unterstützung anderer Mitglieder, den gesamten Bericht des Ausschusses anzunehmen.

So blieb der Carter Administration nach Abschluss der ILO-Konferenz nur die Wahl, trotz der Nichterfüllung der amerikanischen Forderungen weiterhin in der Organisation zu bleiben, etwa im Zeichen des von Präsident Carter angekündigten vermehrten Engagements der USA für die Vereinten Nationen, oder konsequent den Austritt aus der Arbeitsorganisation zu beschliessen. Unter dem Druck der Arbeitnehmer unter ihrem Präsidenten George Meany die Initianten der Austrittsdrohung von 1975 – und der Arbeitgeber entschied sich Präsident Carter schliesslich für den Austritt, der zwei Jahre nach dem Kissinger-Brief am 6. November 1977 in Kraft trat⁷.

II.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, in absehbarer Zeit einen Wiedereintritt in die ILO zu erwägen⁸. Anlässlich der OECD-Konferenz über Jugendarbeitslosigkeit⁹ in Paris vom Dezember letzten Jahres hatte der amerikanische Delegationsleiter, Arbeitssekretär Ray Marshall, mit Vertretern aus EG-Ländern Fühlung aufgenommen, um die Frage eines allfälligen Wiedereintritts in die ILO zu besprechen. Offenbar sei dabei ein provisorischer Aktionsplan aufgestellt worden, der an der nächsten ILO-Konferenz im Juni 1978¹⁰ in die Tat umgesetzt werden sollte, um den USA den Weg für die Rückkehr in die Organisation zu ebnen. Mehr darüber ist vorläufig nicht bekannt.

III.

Vorderhand muss sich die ILO mit dem Problem befassen, wie sie das Fehlen des amerikanischen Mitgliederbeitrags, der 25% (42,3 Mio. Dollar) des gesamten Budgets in der Höhe von 169 Mio. Dollar ausmachte, auffangen kann.

6. Vgl. *ibid.*

7. Vgl. dazu die Mitteilung von E. Bizic vom 1. November 1977, dodis.ch/50637.

8. Vgl. dazu die Notiz von F. Pometta vom 29. März 1978, dodis.ch/50639.

9. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2129 vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/51218.

10. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 820 vom 17. Mai 1978, CH-BAR#E1004.1#1000/9#855*.

Generaldirektor Blanchard hatte dem Verwaltungsrat (in dem die Schweiz zurzeit nicht Mitglied ist) in seiner November-Sitzung einen Kürzungsplan für die kommenden zwei Jahre vorgelegt, mit dem 19 Prozent des Budget-Programms hätten eingespart werden können. Dabei sollten die wichtigsten Tätigkeiten der ILO auf den Gebieten der Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglichst unangetastet bleiben und hauptsächlich die Verwaltungskosten gedrosselt werden. Mit in diesen Plan eingeschlossen war die Möglichkeit, die schweizerischen Behörden um einen zweijährigen Aufschub der Rückzahlungen der Darlehensraten für den ILO-Neubau an die FIPOI zu ersuchen¹¹.

Der Verwaltungsrat übernahm den Plan, erhöhte die Kürzungen aber auf 21,7 Prozent (36,6 Mio. Dollar).

Übrig bleiben somit 3,3 Prozent, d. h. 5,7 Mio. Dollar, die der Generaldirektor noch beschaffen muss. Mit einem Schreiben vom 2. Dezember 1977¹² hat er sich an die Mitgliedstaaten gewandt mit der Bitte, diesen Betrag durch freiwillige Beiträge zu decken. Verschiedene Staaten haben solche Beiträge angekündigt oder verhandeln zumindest intern über die Möglichkeit einer freiwilligen Beitragsleistung. So werden die Nordischen Staaten gemeinsam etwa eine Million Dollar aufbringen, die Niederlande kündigten vorläufig 400'000 Dollar an; kleinere Beträge sind von Belgien, Luxemburg und Zypern sowie von Venezuela in Aussicht gestellt worden. Frankreich, Italien und Iran haben noch kein konkretes Angebot gemacht. Unseres Wissens sind vor allem Grossbritannien, Australien und die Oststaaten gegen eine Zahlung freiwilliger Beiträge.

Wir haben unsere Botschaften in den wichtigen Beitragsländern gebeten, konkrete Informationen einzuholen¹³.

IV.

Die schweizerische Stellungnahme gegenüber dem Schreiben Generaldirektor Blanchards wurde am 22. Dezember 1977 an einer Sitzung unter dem Vorsitz von BIGA-Direktor J.P. Bonny beraten¹⁴. Man kam überein, dass die Schweiz sowohl als Gastland als auch als Mitgliedstaat der ILO einen freiwilligen Beitrag leisten sollte.

Als Gastland der Organisation¹⁵ könnte die Schweiz ihr Einverständnis dazu geben, dass die Rückzahlung der beiden nächsten Darlehensraten um zwei Jahre hinausgeschoben wird. Über die Modalitäten müsste noch verhandelt werden, wobei davon auszugehen wäre, dass Zinsen und Zinseszinsen geschuldet bleiben.

Der zusätzliche freiwillige Beitrag unseres Landes als Mitgliedstaat sollte innerhalb gewisser Grenzen gehalten werden, namentlich in einer Relation

11. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 639 vom 17. April 1978, dodis.ch/50640.

12. Schreiben von F. Blanchard an J.-P. Bonny vom 2. Dezember 1977, dodis.ch/51070.

13. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#1701* (o.722.82) und sowie Doss. wie Anm. 2.

14. Vgl. dazu die Notiz von F. Pometta an P. Aubert vom 28. November 1977, dodis.ch/50638 sowie die Notiz von A. Zenger vom 29. Dezember 1977, dodis.ch/51067.

15. Zur Rolle der Schweiz als Gastland internationaler Organisationen vgl. das BR-Prot. Nr. 1388 vom 31. August 1977, dodis.ch/49955 sowie die Notiz von A. Weitnauer an P. Aubert vom 10. April 1978, dodis.ch/49956.

zu dem von uns geschuldeten Jahresbeitrag stehen. Er könnte sich aus einem bedingungslos überwiesenen Betrag in der Höhe von etwa 150'000 Franken (= ca. 75'000 Dollar) und einer für bestimmte Programme technischer Zusammenarbeit im Rahmen der Kredite unserer Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellten Summe (in der Grössenordnung von 400'000 Franken) zusammensetzen.

Das BIGA hat dem Generaldirektor vor wenigen Tagen mitgeteilt¹⁶, dass die Schweiz grundsätzlich bereit sei, zur Behebung der durch den amerikanischen Austritt entstandenen finanziellen Schwierigkeiten der ILO beizutragen. Dem BIGA fällt auch die Aufgabe zu, dem Bundesrat im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung und unserem Departement demnächst einen Antrag¹⁷ betreffend unseren freiwilligen Beitrag zu unterbreiten.

16. Schreiben von J.-P. Bonny an F. Blanchard vom 25. Januar 1977, dodis.ch/51084.

17. Für den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Volkswirtschaftsdepartements vom 6. April 1978 vgl. Anm. 11.

108

dodis.ch/52507

Notice interne de la Division politique II du Département politique¹

LA SUISSE ET LA QUESTION DE L'EX-SAHARA ESPAGNOL

Berne, 24 janvier 1978

1. La souveraineté de l'Espagne sur la portion du Sahara qu'elle contrôlait encore a cessé de s'exercer le 28 février 1976². Le territoire a été partagé et est actuellement contrôlé par le Maroc et la Mauritanie, qui l'ont rattaché à leur territoire national. Le Maroc et la Mauritanie prétendent que le principe de l'autodétermination des peuples a été suffisamment respecté à cette occasion par l'assentiment donné par la Jemaa (Assemblée des notables)³. L'Algérie le conteste, soutient politiquement et militairement le mouvement POLISARIO et a parrainé la proclamation d'une «République démocratique arabe du Sahara», qui n'est reconnue que par l'Algérie et par un petit nombre d'États qui lui sont proches⁴.

1. Notice (copie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#969* (B.75.64). Rédigée par P. Luciri. À l'occasion de l'entrée en fonction du nouveau Chef du Département politique, P. Aubert, le Secrétaire général A. Weitinuer charge les divisions du Département de rédiger des notices sur les principaux problèmes du Département. Le 31 janvier 1978, il remet l'ensemble de la documentation à P. Aubert. Cf. dodis.ch/50104.

2. Cf. la notice de A. Weitinuer à P. Graber du 17 février 1976, dodis.ch/48788.

3. Cf. la notice de D. Dreyer du 28 juin 1978, dodis.ch/52416.

4. Cf. le rapport politique N° 36 de S. F. Campiche du 19 octobre 1976, dodis.ch/50449. Sur les relations de la Suisse avec l'Algérie, cf. DDS, vol. 27, doc. 142, dodis.ch/52264.

2. La pratique suisse constante, dans ce genre de litige, est d'adopter une attitude de neutralité dans le conflit et de se laisser guider, quant à son issue, par le principe de l'effectivité⁵. Le Conseil fédéral a rappelé, répondant à une interpellation Carobbio, du 10 juin 1976⁶, que la Suisse ne reconnaît pas les «gouvernements» en exil qui n'exercent aucun contrôle effectif sur les territoires qu'ils revendiquent, mais seulement des États en tant que réalités de fait, c'est-à-dire des entités géographiques, où un gouvernement exerce un contrôle effectif sur le pays et sa population.

3. La question de l'ex-Sahara espagnol présente un aspect particulier du fait que les populations de ce territoire sont dans la majorité des nomades pour qui la conception moderne de l'État territorial n'a pas de sens, mais qui transhument par-delà les frontières, comme d'ailleurs leurs congénères du Maroc, de l'Algérie, du Niger, du Mali, de la Mauritanie. Un bon nombre de ces nomades campent maintenant en Algérie, aux alentours de Tindouf. L'Algérie les présente à l'opinion internationale comme des «réfugiés» de l'ex-Sahara espagnol. Mais d'autres sources accusent l'Algérie d'y avoir regroupé et encadré des Sahariens de toute provenance, ayant souffert des récentes sécheresses au Sahel⁷.

Le Chef du Département⁸ a expliqué, le 2 décembre dernier, à une délégation du Parti socialiste suisse⁹ pour quelles raisons le Département, qui avait d'abord apporté une aide humanitaire en faveur des «réfugiés sahraouis»¹⁰ a été amené à refuser de nouvelles contributions. Il est apparu, en effet, de plus en plus nettement que l'Algérie politisait de manière outrancière l'aide humanitaire internationale, tandis que le POLISARIO, qui n'a pas l'air de manquer du nécessaire, se livrait à des actions subversives en Mauritanie ou détenait des otages en Algérie¹¹. Les actions armées du POLISARIO pourraient tout aussi bien menacer des ressortissants suisses travaillant en Mauritanie.

4. À notre connaissance, il n'y a pas d'activité ni d'intérêts suisses spécifiques concrets dans l'ex-Sahara espagnol, mais notre Ambassade à Rabat note un vif intérêt chez diverses entreprises suisses pour les possibilités d'irrigation, de transports et d'autres travaux publics lorsque la situation se sera

5. Cf. la lettre de J. Iselin à G. Solari du 18 novembre 1977, dodis.ch/52415.

6. Cf. le PVCF N° 1707 du 27 septembre 1976, dodis.ch/52404. Pour le débat au Conseil national du 8 mars 1977, cf. Bull. of. CN, 1977, I, pp. 47-49.

7. Cf. DDS, vol. 26, doc. 30, dodis.ch/38910; doc. 103, dodis.ch/39121 et doc. 136, dodis.ch/39122.

8. P. Graber.

9. Cf. la notice de K. Zürcher du 20 décembre 1977, dodis.ch/52407.

10. Cf. la notice de A. Bill à P. Graber du 29 novembre 1977, dodis.ch/52408.

11. Suite à une question parlementaire de W. Carobbio du 21 avril 1978, le Département politique a procédé à une enquête approfondie et à une large consultation diplomatique sur les «réfugiés» sahariens de Tindouf. Cf. la notice de A. B. Bauty du 17 juillet, dodis.ch/52410; la notice de F. Lüthi du 24 juillet 1978, dodis.ch/52411; la notice de A. Weinauer à P. Aubert du 14 août 1978, dodis.ch/52409 et le PVCF N° 1515 du 13 septembre 1978, dodis.ch/52412. Cf. aussi Bull. of. CN, 1978, V, pp. 1473 ss.; la lettre de A. Bill à l'Œuvre suisse d'entraide ouvrière et au Mouvement chrétien pour la paix du 5 octobre 1978, dodis.ch/52936 et le compte rendu de D. Dreyer du 28 décembre 1978, dodis.ch/52413.

stabilisée et que l'indispensable prudence actuelle sera dépassée¹². Deux ressortissants suisses au moins résident à El Ayoun.

5. Les derniers développements de la question sur le plan international font actuellement l'objet d'une enquête du Secrétariat politique et seront résumés dans le Tour d'horizon de février¹³.

12. Cf. la lettre de J.-P. Weber à A. Weitnauer du 25 novembre 1976, dodis.ch/52414.

13. Cf. l'exposé de P. Aubert du 6 février 1978 tenu devant les Commissions des affaires étrangères du Conseil des États et du Conseil national, dodis.ch/48332, pp. 21–33.

109

dodis.ch/52053

Notice interne de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département politique¹

LA DIRECTION DE LA COOPÉRATION AU DÉVELOPPEMENT ET DE L'AIDE HUMANITAIRE (DDA)

[Berne,] 25 janvier 1978

1. Organisation de la DDA

De l'organigramme en annexe², il ressort que la DDA comprend trois divisions. *La division opérationnelle* (sous-directeur: Rolf Wilhelm) et *la division des affaires générales* (sous-directeur: Thomas Raeber) constituaient, jusqu'en octobre 1977, le «Service de la Coopération technique». Ce dernier s'est vu adjoindre, il y a quatre mois, *la division de l'aide humanitaire* – précédemment rattachée à la Direction des organisations internationales – et il a pris le nom de Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA)³. Le chef de la division de l'aide humanitaire (sous-directeur: Arthur Bill) est en même temps délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger. (cf. 23). Chacun des sous-directeurs exerce, dans le domaine de son ressort, les fonctions de suppléant du Directeur. Le nombre des collaborateurs de la DDA, fonctionnaires et employés du DPF, est actuellement de 127 personnes⁴.

2. Champs d'activités des divisions

21 Outre un certain nombre de services d'appui à la division opérationnelle (cf. infra), *la division des affaires générales* compte trois sections qui

1. Notice (copie): CH-BAR#E2005A#1991/16#67* (t.110.0(2)). Rédigée par Th. Raeber, R. Höger et P. Leuzinger.

2. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/52053.

3. Cf. la notice de P. Barbey à A. Bill du 6 juillet 1977, dodis.ch/52079; le PVCF N° 1618 du 3 octobre 1977, dodis.ch/49605 et le procès-verbal du Délégué du Conseil fédéral aux actions de secours à l'étranger du 28 février 1978, dodis.ch/51644.

4. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 24, dodis.ch/50286, point 6.

traitent de questions à caractère politique très marqué. Il s'agit de la section des affaires multilatérales, de la section politique, conception et universités et de la section information et documentation.

La compétence de la *section pour les affaires multilatérales* s'étend à toutes les questions ayant trait aux organisations et conférences internationales dans le domaine de la coopération au développement. Au sein de la DDA les affaires multilatérales ont encore gagné en importance dans le contexte du Dialogue Nord-Sud⁵ («Conférence sur la coopération économique internationale» et Comité plénier Nord-Sud de l'assemblée générale de l'ONU⁶). La section multilatérale est donc appelée à prendre de l'extension.

Il appartient à la *section politique, conception, universités* de préparer la formulation de la politique suisse de coopération au développement ainsi que la conception opérationnelle générale de la DDA en vue de la présentation de cette politique et de cette conception par le Conseil fédéral au Parlement, en particulier sous la forme de messages. Ces travaux s'inspirent de la Loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales⁷, des expériences acquises par la division opérationnelle ainsi que des délibérations des diverses instances internationales.

La DDA est la seule direction du département qui dispose de son propre *service d'information*. Cette particularité tient à la grande importance attachée à une information qui a notamment pour objectif de sensibiliser davantage la population suisse à la situation des pays en développement⁸

Les *services d'appui* suivants sont en contact étroit avec les sections opérationnelles, auprès desquelles ils remplissent des tâches importantes:

- recrutement du personnel
- administration du personnel
- comptabilité et révision
- achat de matériel

Le *service juridique* conseille les diverses sections de la DDA sur toute question soulevant des points de droit: texte législatif; règlement; traité, etc.

22 À la *division opérationnelle* sont rattachés 5 sections et un service qui se consacrent à la préparation et à la mise en œuvre d'activités concrètes en faveur de pays en développement⁹.

Les 4 *sections géographiques* (Afrique occidentale, Afrique orientale, Asie et Europe, Amérique central et Amérique du Sud) planifient et réalisent des

5. Cf. DDS, vol. 27, doc. 77, dodis.ch/50202 et doc. 92, dodis.ch/49331, en particulier les parties III et IV; l'exposé de P. Aubert du 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48269, point V et la compilation thématique dodis.ch/T1647. Sur la conception nord-sud de la Suisse, cf. aussi la notice de B. von Tscharnier du 27 décembre 1976, dodis.ch/52050 et la notice de R. Högger du 25 janvier 1977, dodis.ch/52056.

6. Cf. les PVCF N° 174 du 8 février 1978, dodis.ch/50418 et N° 556 du 5 avril 1978, dodis.ch/50582.

7. Loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales du 19 mars 1976, RO, 1977, pp. 1352–1357. Cf. la compilation thématique dodis.ch/T1547.

8. Sur la politique d'information de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, cf. la compilation dodis.ch/C1621.

9. Cf. le programme de travail de R. Wilhelm du 15 mars 1978, dodis.ch/52245.

projets concentrés sur un nombre limité de pays («pays de concentration»)¹⁰. Ces projets relèvent essentiellement de la coopération technique. Pour ce qui est de l'aide financière, les sections géographiques opèrent en étroite collaboration avec le *service de l'aide financière* attaché à leur division.

À l'heure actuelle, quelque 250 coopérants, engagés par la DDA sous contrat de droit privé, exercent leurs activités sur le terrain. La présence dans des «pays de concentration» d'*attachés pour le développement* et de coordinateurs allège le travail des sections opérationnelles.

La section *bourses et cours* organise des stages de perfectionnement en Suisse à l'intention de ressortissants du tiers monde¹¹. Cette activité a notamment pour objet de compléter les actions entreprises dans le cadre des projets.

Deux services d'«état-major», rattachés au chef de la division opérationnelle, ont été conçus pour l'étude de secteurs spécifiques (*agriculture – problèmes sociaux et question relevant de l'éducation*). Ils facilitent également l'échange des expériences acquises par les diverses sections opérationnelles.

23 Le Chef de la Division de l'aide humanitaire est également Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger. À ce titre, et pour ses interventions, il dépend directement du gouvernement, par l'intermédiaire du Chef du département.

En tant que Délégué, il dirige:

le Corps de volontaires pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger. Créé en 1973, il est formé d'environ 800 spécialistes mobilisables, qui sont répartis dans les éléments d'engagement suivants: génie, sanitaire, ravitaillement, transmissions et transports. Sa mission consiste à apporter des secours rapides et efficaces aux victimes de désastres naturels, soudains ou évolutifs (famines, épidémies) ou de conflits armés¹².

En tant que chef de la division de l'aide humanitaire, il dirige:

La Section des œuvres d'entraide internationale, qui porte la responsabilité de la répartition de l'aide humanitaire et de l'aide alimentaire (en produits laitiers et en céréales) de la Confédération. Les contributions volontaires aux organisations internationales (UNICEF – HCR – CIME – UNRWA) ainsi que les actions propres de la Division de l'aide humanitaire (opérations du Corps de volontaires et participation financière aux projets des œuvres caritatives suisses) sont financées par des crédits de programme spéciaux qui arriveront à échéance à fin 1978¹³.

La Section de secours en cas de catastrophe à l'étranger, qui prépare les actions du Corps de volontaires. Elle recrute les spécialistes nécessaires, veille à leur formation, à leur préparation et à leur équipement, ainsi qu'à l'entretien et à la disponibilité du matériel et des moyens de transport adéquats. Enfin,

10. Cf. les programmes de coopération au développement de O. Hafner du 23 février 1977, dodis.ch/50375; de R. Dannecker du février 1978, dodis.ch/50376; de P. Wiesmann du 23 février 1978, dodis.ch/54134 et de R. Pasquier du février 1978, dodis.ch/49600.

11. Cf. la lettre de Th. Raeber à F. Bucher du 26 mai 1977, dodis.ch/52294 et la notice de R. Carugo du 17 mars 1977, dodis.ch/52296.

12. Cf. DDS, vol. 27, doc. 50, dodis.ch/51467.

13. Cf. le PVCF N° 1467 du 6 septembre 1976, dodis.ch/52131 et le PVCF N° 691 du 4 avril 1979, dodis.ch/53860.

elle procède au choix des volontaires devant accomplir des missions de secours entreprises par la Confédération, des organisations nationales (Croix-Rouges, Caritas, etc.) ou internationales (CICR, HCR, PAM, etc.).

24 Le *service évaluation* est adjoint au directeur de la DDA et il a pour tâche de vérifier de façon permanente ou périodique la conformité des activités de la DDA avec les objectifs définis. À cet effet, il a essentiellement recours à des spécialistes étrangers à l'administration.

3. Quelques traits caractéristiques de la DDA

31 Au sein du Département politique fédéral, la DDA présente une double particularité: du fait de ses activités opérationnelles, elle revêt d'une part et très nettement les caractéristiques d'un organisme technique; mais, d'autre part, en formulant la politique de coopération au développement et d'aide humanitaire de notre pays elle joue un rôle important dans la définition de notre politique étrangère.

Les relations qu'entretient la DDA avec d'autres directions et d'autres services du département (la direction politique ou le service économique et financier, par exemple) ainsi qu'avec d'autres départements (la division du commerce du DFEP, notamment, en matière de coopération au développement ou l'intendance du matériel de guerre et le groupement de l'armement, pour ce qui est de la fourniture de matériel pour des activités d'aide humanitaire ou de coopération technique) sont multiples, diverses et elles vont s'intensifiant. Il appartient, le cas échéant, au chef du département ou au Conseil fédéral de trancher certaines questions touchant cette collaboration. La répartition des compétences est actuellement réglée par l'Ordonnance sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1978¹⁴.

32 La multiplicité et la diversité des relations de la DDA avec d'autres administrations résultent également de l'évolution continue de la politique suisse en matière de coopération au développement et d'aide humanitaire. Cette politique reflète en partie la conception qui prévaut au plan international et qui est, elle aussi, en mutation constante. La nécessité d'adapter et d'expliquer sans cesse notre politique et notre conception pratique implique le maintien d'une certaine souplesse, jusque dans les structures internes de la DDA.

33 Toute action entreprise en faveur de pays en développement et en collaboration avec d'autres partenaires comporte inévitablement certains risques. Notre direction ne saurait recenser et apprécier seule tous les éléments qui doivent entrer en ligne de compte lors de la planification de telles actions. Cette situation particulière postule, ici encore, la recherche de contacts et de conseils extérieurs de la part des collaborateurs de la DDA.

34 La DDA est constamment soumise, par ailleurs, à une pression politique internationale afin qu'elle dépense effectivement les sommes mises à

14. Ordonnance concernant la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales du 12 décembre 1977, RO, 1978, pp. 25–35. Cf. aussi le PVCF N° 2104 du 12 décembre 1977, dodis.ch/52074. Sur la répartition des compétences en matière de coopération au développement, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1622.

sa disposition dans le cadre des budgets annuels. De ce point de vue, la DDA diffère de presque toutes les autres administrations fédérales.

35 Pour la réalisation de ses projets dans le tiers monde, la DDA engage un personnel qui est régi par un statut particulier. L'une des caractéristiques en est que la Confédération n'est pas en mesure d'assurer à ses collaborateurs sur le terrain des garanties à long terme en ce qui concerne la sécurité de l'emploi et les assurances sociales.

36 Le corps suisse pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger est composé de volontaires de formation professionnelle très diverse. Ces volontaires s'engagent, pour une période de deux ans, à donner suite à tout appel en vue d'une action de secours en cas de catastrophe. La durée normale de telles affectations est de deux mois au minimum. Elles ont lieu en accord avec l'employeur du volontaire.

4. Préoccupations actuelles de la DDA

41 La question actuellement primordiale est la demande de crédit de 735 millions de francs présentée aux Chambres fédérales¹⁵. Ce nouveau crédit de programme doit nous permettre de prendre, à compter du 1^{er} juillet 1978, de nouveaux engagements dans les domaines de la coopération technique et de l'aide financière.

42 La Suisse est devenue membre du Comité plénier de l'assemblée générale de l'ONU pour la poursuite du Dialogue Nord-Sud¹⁶. Il importe que soit déterminé, dans les semaines à venir, le rôle que la Suisse entend y jouer.

43 L'opinion publique suisse préfère la coopération bilatérale à la multilatérale. Mais il nous manque – outre les moyens financiers – l'effectif en personnel et la superficie en bureaux indispensables à une augmentation substantielle de notre programme bilatéral¹⁷.

44 Dans ces conditions, la DDA doit s'efforcer – à effectif égal – d'utiliser aussi judicieusement que possible la modeste augmentation de ses moyens prévue pour les années à venir. Le recours accru à l'aide financière bilatérale apporte une solution partielle à ce dilemme. Le développement de nos méthodes touchant la planification et la réalisation de projets en la matière revêt de ce fait une grande importance.

45 Trois nouveaux crédits de programme (aide humanitaire, opérations du corps des volontaires et aide alimentaire en produits laitiers) seront présentés aux Chambres fédérales en fin d'année; ils se chiffreront, au total, à 208 millions de francs pour une durée minimale de trois années¹⁸.

15. Cf. PVCF N° 1935 du 23 novembre 1977, dodis.ch/52097. Sur la question des crédits-cadres, cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 188, dodis.ch/52055.

16. Cf. note 6.

17. Cf. la notice de A. Janner à P. Graber du 24 septembre 1976, dodis.ch/54005 et la notice de M. Heimo à P. Graber du 25 octobre 1977, dodis.ch/52213.

18. Ces trois crédits furent regroupés en un seul crédit de programme de 270 mio de francs suisses. Cf. le PVCF N° 1467 du 6 septembre 1978, dodis.ch/52131.

Kommuniqué des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements¹

ENTGEGNUNG: DIE SCHWEIZER BOTSCHAFTEN HABEN NICHT VERSAGT!

Bern, 26. Januar 1978

Das Eidgenössische Politische Departement und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (Handelsabteilung) verwahren sich in aller Form gegen die masslosen und ungerechtfertigten Anschuldigungen, welche im «Blick» vom 26. Januar 1978 (gestützt auf einen gleichentags in der «Schweizerischen Handelszeitung» erschienenen Artikel) gegen den schweizerischen diplomatischen Dienst erhoben worden sind².

Als nach Einbruch der Rezession im Jahre 1974³ die schweizerische Exportwirtschaft vor äusserst schwierigen Problemen stand und es galt, neue Absatzmärkte zu erschliessen, hat das Politische Departement im Rahmen der ihm vom Parlament gegebenen Möglichkeiten sofort die erforderlichen organisatorischen und personellen Massnahmen ergriffen⁴. In enger Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung des EVD, dem Vorort und der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung wurden in den verschiedenen Weltgegenden (vor allem in eigentlichen Schlüsselpositionen des Mittleren Ostens, Afrikas, Südostasiens und Lateinamerikas⁵) die Handelsdienste der schweizerischen Botschaften erheblich verstärkt und an gewissen Schwerpunkten Handelsdelegierte eingesetzt⁶.

1. *Kommuniqué*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1020* (C.40.90.3).

2. Für die Beilagen vgl. dodis.ch/49450. Für ausführlichere Entgegnungen vgl. das Schreiben von B. von Tschanner an A. Weitnauer und P. R. Jolles vom 30. Januar 1978, dodis.ch/50522; das Schreiben von F. Pictet an E. Andres vom 3. Februar 1978, dodis.ch/50531; die Notiz des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements vom 9. Februar 1978, dodis.ch/49614; das Schreiben von H. Langenbacher an A. Weitnauer vom 21. Februar 1978, dodis.ch/50525 sowie das Rundschreiben des Politischen Departements an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 25. April 1978, dodis.ch/50527.

3. Zu den Auswirkungen der Erdölkrise auf die schweizerische Exportwirtschaft vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 62, dodis.ch/38425 und Dok. 168, dodis.ch/38341.

4. Vgl. dazu die Notiz des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements vom 9. Februar 1978, dodis.ch/49614, S. 3. Zur Einsetzung von P. Bettschart als Delegierten für Handelsfragen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 8, dodis.ch/49451. Zur Einrichtung jährlicher Exportförderungsseminare für Schweizer Diplomaten vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 64, dodis.ch/49452. Zu schweizerischen Goodwill-Missionen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 82, dodis.ch/51314 sowie Dok. 137, dodis.ch/51315. Zum Zusatzbeitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung vgl. das BR-Prot. Nr. 939 vom 26. Mai 1976, dodis.ch/49461.

5. Vgl. dazu die Notiz von E. Moser an P. R. Jolles vom 15. Januar 1976, dodis.ch/49616.

6. Vgl. dazu das Schreiben von A. Janner an F. Andres, G. Bonnant, J. Bourgeois und M. Feller vom 29. Juli 1976, dodis.ch/50530.

Die Erfolge sind denn auch nicht ausgeblieben: verglichen mit anderen Industriestaaten hat sich unser Aussenhandel im vergangenen Jahr doppelt so stark entfaltet⁷! Handelsabteilung und EPD haben diese Erfolge gemeinsam errungen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Stellen spielt reibungslos. Die Handelsabteilung und die schweizerische Exportwirtschaft⁸ haben den grossen Einsatz der schweizerischen Diplomatie voll anerkannt.

Überall in der schweizerischen Verwaltung wird hart gearbeitet, sei es in der Schweiz oder im Ausland. Der vom «Blick» übernommene Artikel der «Schweizerischen Handelszeitung» bedeutet somit eine völlige Verkenning der wahren Verhältnisse⁹. Ungeachtet dieser Anwürfe werden die offiziellen Vertreter unseres Landes im Ausland ihre Anstrengungen im Dienste der schweizerischen Wirtschaft unentwegt und unverdrossen fortsetzen!

7. Vgl. dazu den Vortrag von P. R. Jolles im Rahmen des Exportförderungsseminars vom 24. Mai 1977, dodis.ch/52472, Beilage 1. Zur Aussenhandelsbilanz der Schweiz vgl. die Notiz von D. de Pury an A. Weitnauer vom 12. Januar 1979, dodis.ch/52967 sowie Doss. CH-BAR#E7110#1989/32#57* (251.1).

8. Vgl. dazu z. B. das Schreiben des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 31. Januar 1978, dodis.ch/50523.

9. Vgl. dazu das Schreiben von P. Bettschart an M. Ungerer vom 15. Februar 1978, dodis.ch/50524.

111

dodis.ch/52279

Documentation pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹

Bern, 31. Januar 1978

Programme de rencontres

Le programme de rencontres² et de visites à l'extérieur ci-joint appelle les commentaires suivants:

Remarques d'ordre général

Votre programme d'échange de visites est, heureusement, sujet à peu de contraintes. Seules sont fixées indépendamment de nous les dates des réunions du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe et de la réunion ministérielle de l'OCDE.

Cependant, des échanges annuels ont été convenus au niveau ministériel avec trois pays voisins, l'Autriche, la France et la République fédérale d'Allemagne. Au niveau des vice-ministres ou secrétaires généraux, il est prévu

1. Notice: CH-BAR#E2004B#1990/219#158* (a.150). À l'occasion de l'entrée en fonction du nouveau Chef du Département politique, P. Aubert, le Secrétaire général A. Weitnauer charge les divisions du Département de rédiger des notices sur les principaux problèmes du Département. Le 31 janvier 1978, il remet l'ensemble de la documentation à P. Aubert. Cf. dodis.ch/50104.

2. Pour le programme des rencontres sous forme de tableau, cf. dodis.ch/50104, p. 11. Pour le voyage de P. Aubert en Afrique occidentale en 1979, non mentionné ici, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1449.

des échanges annuels avec l'Autriche, la République fédérale, la France, la Grande-Bretagne, les États-Unis, la Suède, l'Italie et l'URSS.

En outre, diverses invitations lancées par M. Graber ou adressées à lui doivent être honorées: visites du Premier Ministre grec Caramanlis et des MAE de Pologne³, de Yougoslavie⁴; voyage à Rome⁵.

Dans le Tiers Monde, nous vous proposons de présider pendant la période envisagée une conférence de nos ambassadeurs en Amérique latine. Cette conférence pourrait avoir lieu soit à Rio de Janeiro, soit à Lima ou à Caracas, à une date qui reste à fixer soit en automne de cette année, soit plutôt au printemps de 1979⁶.

Afin de compléter le tableau, le programme de rencontres du Secrétaire général est également annexé⁷.

En règle générale, je pense qu'il m'incombe pendant vos absences d'assurer ici la permanence. Je suggère cependant deux exceptions dans les cas de Washington et Moscou.

Conseil de l'Europe

Celui-ci est mentionné pour mémoire. Les dates des réunions du Comité des Ministres ne dépendent en effet pas de nous⁸.

Autriche

Une tradition autrichienne veut que chaque nouveau ministre des affaires étrangères fasse en Suisse sa première visite à l'extérieur. Il n'existe aucune tradition semblable chez nous. Cependant, le temps est venu de rendre la visite de M. Pahr, qui a eu lieu en février 1977⁹. Sans vouloir à notre tour créer une tradition, nous ne voyons aucune raison d'éviter que votre premier but de visite soit Vienne¹⁰. Le MAE¹¹ autrichien serait invité à Berne un an plus tard.

Italie

Ce pays est, de tous ceux avec lesquels nous entretenons des relations, celui avec lequel nous avons les problèmes les plus nombreux et peut-être les plus délicats¹². Les Italiens nous ont demandé de faire avec eux une revue d'ensemble des problèmes bilatéraux. À un premier stade, le Secrétaire général du MAE, M. Malfatti, doit pour cela venir me voir au début de février¹³.

3. E. Wojtaszek. Cf. note 21.

4. M. Minić. Cf. note 22.

5. Sur la visite de P. Aubert à Rome en juillet 1978, cf. le procès-verbal du 4 août 1978, dodis.ch/49441.

6. La Conférence des ambassadeurs en Amérique latine n'eut pas lieu en 1979, cf. doss. CH-BAR#E2004B#1990/219#8283* (a.726.1). Sur la visite de P. Aubert en Amérique latine en 1984, cf. doss. CH-BAR#E2850.1#1991/234#138* (02).

7. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/50104, p. 12.

8. Sur la 62^e session du comité des ministres du 27 avril 1978 et sur la 63^e session du 23 novembre 1978, cf. doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#307* (o.121.153).

9. Sur la visite de M. Pahr à Berne, cf. la lettre de R. Keller à P. Graber du 8 septembre 1976, dodis.ch/51770 et le procès-verbal du Département politique du 18 février 1977, dodis.ch/51771.

10. Sur la visite de P. Aubert à Vienne en mai 1978, cf. DDS, vol. 27, doc. 164, dodis.ch/51700, en particulier note 2.

11. W. Pahr. Sur la visite, cf. le compte rendu de A. Hegner du 5 septembre 1979, dodis.ch/54068.

12. Cf. le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426.

13. La visite de F. Malfatti à Berne a eu lieu en avril 1979, cf. le compte rendu de H. Kaufmann

Cette visite devrait permettre un premier débroussaillage d'où devrait résulter une meilleure atmosphère au moment où vous répondrez vous-même à l'invitation qui vous a été adressée par les Italiens (en juin, selon notre proposition)¹⁴. Peut-être devrions-nous nous préparer à accepter le principe de rencontres annuelles au niveau ministériel avec l'Italie comme avec les autres pays voisins. Nous proposons donc d'inviter M. Forlani en novembre 1979¹⁵.

France

La diplomatie française tient à ce que la visite faite à Paris en mars 1977 par M. Graber¹⁶ soit rendue avant l'été de cette année¹⁷. L'invitation serait lancée après les élections françaises de mars. Contre-visite suisse à Paris prévue en avril 1979¹⁸.

Grèce

Le premier ministre Caramanlis était attendu en Suisse en avril 1977¹⁹. Il se décommanda à brève échéance pour raisons de santé. Par la suite, la campagne électorale en Grèce, suivie de l'organisation d'un nouveau ministère, puis, du côté suisse, le changement à la tête du Département politique, amenèrent des renvois successifs. Notre Ambassade à Athènes dit que M. Caramanlis restera très occupé pendant les premiers mois de l'année, mais une invitation pour juillet semble opportune²⁰.

*Pologne M. Wojtaszek est invité en Suisse. Il désirait venir pendant la foire de Bâle. Cependant, quand il a appris que M. Graber s'en allait, il a fait savoir qu'il comprendrait très bien que son successeur désirât d'abord se mettre au courant des dossiers*²¹.

Yougoslavie

L'invitation au MAE est également pendante. Nous avons récemment demandé à notre ambassade à Belgrade de faire patienter M. Minić²².

du avril 1979, dodis.ch/54200.

14. Sur la visite de P. Aubert à Rome, cf. le compte rendu de P. Brogini du 17 juillet 1978, dodis.ch/49442.

15. La visite de A. Forlani n'ayant pu avoir lieu avant sa démission du poste de Ministre des Affaires étrangères en août 1979, c'est finalement son successeur, E. Colombo, qui vint en visite en Suisse en février 1981, cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1991/17#8647* (B.15.21.J.(12)).

16. Sur la visite de P. Graber à Paris, cf. le compte rendu de P. Dupont du 21 mars 1977, dodis.ch/50231.

17. Sur la visite de R. Barre en juin 1978 à Berne, cf. DDS, vol. 27, doc. 155, dodis.ch/49983 et doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3281* (B.15.21).

18. Sur la visite de P. Aubert à Paris en septembre 1979, cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1991/17#6901* (B.15.21.F.(10)).

19. Pour la préparation de la visite du K. Karamanlis, cf. la notice de F. Blankart du 12 avril 1977, dodis.ch/49026.

20. Sur la visite du Ministre des Affaires étrangères grec, P. Papaligouras, en mai 1978, cf. DDS, vol. 27, doc. 140, dodis.ch/49027.

21. Sur la visite de E. Wojtaszek à Berne en septembre 1978, cf. le compte rendu de M. Coquoz du 10 novembre 1978, dodis.ch/48120.

22. En mai 1978, M. Minić est remplacé par J. Vrhovec en tant que Ministre des Affaires étrangères yougoslave. Sur la visite de J. Vrhovec à Berne en septembre 1978, cf. le compte rendu de M. Coquoz du 3 octobre 1978, dodis.ch/48199.

Allemagne de l'Ouest

Le principe des rencontres annuelles demande que la visite faite à Berne en septembre dernier par MM. Scheel et Genscher²³ soit rendue à l'automne prochain. M. Genscher serait de nouveau invité à Berne pour l'automne suivant.

Suède

Nous devons rendre l'invitation qui avait permis à M. Graber de se rendre à Stockholm. Nous proposons de recevoir Mme Söder en octobre 1978²⁴.

Hongrie

Les Hongrois insistent fortement pour que vous vous rendiez en Hongrie. Il paraîtrait judicieux, afin de ne pas les vexer, d'inviter le MAE à Berne. Nous proposons de le faire pour novembre prochain²⁵.

Belgique

Nous sommes redevables d'une invitation au MAE belge. Nous proposons de le recevoir au début de 1979²⁶.

États-Unis

Quand il s'est résolu à donner sa démission, M. Graber envisageait une visite à Washington²⁷. Nous proposons que vous réalisiez ce projet au printemps 1979²⁸, accompagné du soussigné, qui, pour sa part, se rend chaque automne à Washington et à New York²⁹.

Finlande

Une visite à Helsinki visant à intensifier nos relations avec la Finlande pourrait être envisagée, nous semble-t-il, au printemps 1979³⁰.

URSS

Une première visite à Moscou était un autre projet de M. Graber³¹. Vous y êtes invité également. Nous vous proposons de le réaliser en mai 1979, accompagné du soussigné³².

23. Cf. DDS, vol. 27, doc. 88, dodis.ch/50265.

24. Sur la visite qui, à la fin, n'eut pas lieu, cf. DDS, vol. 27, doc. 173, dodis.ch/49326, en particulier note 2.

25. Sur la visite de P. Aubert à Budapest en novembre 1978, cf. DDS, vol. 27, doc. 185, dodis.ch/48355.

26. Sur la visite de Ch.-F. Nothomb à Berne le 15 et 16 avril 1981, cf. le procès-verbal de A. Friedrich du 23 avril 1981, dodis.ch/54073.

27. Cf. DDS, vol. 27, doc. 112, dodis.ch/49604, point 3.

28. Cf. la lettre de R. Probst à P. Aubert du 26 juillet 1978, dodis.ch/49839.

29. Cf. DDS, vol. 27, doc. 58, dodis.ch/49328, point 3; doc. 91, dodis.ch/49330; doc. 92, dodis.ch/49331 et doc. 93, dodis.ch/49322 ainsi que la lettre de R. Probst à A. Weinauer du 25 avril 1978, dodis.ch/49836.

30. Sur la visite de P. Aubert à Helsinki du 25 au 28 juin 1980, cf. le PVCF N° 1148 du 9 juillet 1980, dodis.ch/54071 et le compte rendu de C. Krieg du 10 juillet 1980, dodis.ch/54070.

31. La première visite d'un chef du Département politique en Russie fut annulée à cause de l'affaire Jeanmaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 47, dodis.ch/48692, en particulier note 2. En août 1967 déjà, R. Gnägi s'était rendu à Moscou et, en mars 1973, ce fut E. Brugger. En mai 1975, W. Ritschard visita l'URSS. Cf. DDS, vol. 24, doc. 44, dodis.ch/32783 ainsi que DDS, vol. 26, doc. 34, dodis.ch/38769 et doc. 143, dodis.ch/38768.

32. La visite de P. Aubert à Moscou eu lieu seulement en septembre 1986, cf. la compilation dodis.ch/C1665.

Grande-Bretagne M. Graber s'était rendu à Londres en février 1972 (en rapport avec l'inauguration de la nouvelle ambassade)³³. La visite fut rendue en mai 1973 par Sir Alec Douglas-Home³⁴. Il me paraît que ces contacts devraient reprendre.

Bulgarie

Depuis longtemps, M. Graber a accepté en principe une invitation à se rendre à Sofia³⁵. Nous ne saurions cependant donner la priorité à cette visite. Je crois avoir réussi à faire comprendre à l'ambassadeur de Bulgarie³⁶ que la Suisse n'a que sept hommes politiques à la tête de l'administration, qu'ils sont donc très occupés, etc. La visite devra cependant avoir lieu, après celle à Moscou³⁷.

33. Cf. le procès-verbal de P.-Y. Simonin du 6 mars 1972, dodis.ch/36778.

34. Cf. le procès-verbal de J.-J. Indermühle, F. Nordmann et P.-Y. Simonin du 21 mai 1973, dodis.ch/38636.

35. Cf. DDS, vol. 27, doc. 59, dodis.ch/49448.

36. Ch. Darenkov.

37. La visite de P. Aubert à Sofia a eu lieu en août 1984, cf. doss. CH-BAR#E2010A#1995/313#4908* (B.15.21(9)).

112

dodis.ch/49604

Dokumentation für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

SCHWEIZ – USA ATLANTISCHE BEZIEHUNGEN²

Auszug

[Bern,] 31. Januar 1978

1. Im Rahmen der *atlantischen Beziehungen* haben die Vereinigten Staaten lange gewünscht, als Partner ein Europa «speaking with one voice» zu haben. Obwohl dieses Ziel keineswegs erreicht ist, haben die USA weiterhin die Tendenz, das Europa der Neun mit Westeuropa gleichzusetzen. Wir müssen die Gelegenheiten nützen, den Amerikanern die Existenz der Nicht-Neun in Erinnerung zu rufen, unsere Interessen zu definieren. Das State Department zeigt neuerdings vermehrt Verständnis für die Neutralität und besondere

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2004B#1990/219#158* (a.150). Anlässlich des Amtsantritts des neuen Vorstehers des Politischen Departements, P. Aubert, beauftragte Generalsekretär A. Weitnauer die Abteilungen des Departements, Notizen über die Hauptprobleme des Departements zu verfassen. Am 31. Januar 1978 hat er die gesamte Dokumentation P. Aubert übergeben. Vgl. dodis.ch/50104.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 61, dodis.ch/38903; das Referat von A. Weitnauer an der Botschafterkonferenz vom 1.–3. September 1976, dodis.ch/48249 sowie die Notiz von C. Caratsch vom 6. Mai 1977, dodis.ch/49789.

Lage der Schweiz³ und erklärt, sie als positiven Faktor in der Weltpolitik zu betrachten.

2. *Bilaterale Probleme* höheren Stellenwerts bestehen im wirtschaftlichen Bereich⁴ (einschliesslich Gegengeschäfte für Beschaffung der Tiger-Kampfflugzeuge⁵), in Rechtsfragen und in der Nuklearpolitik⁶.

2.1. Als viertgrösster Abnehmer von schweizerischen Produkten⁷ ist die USA für unser Land ein *wichtiger Handelspartner*. Der massive Kurszerfall des Dollars⁸ gegenüber den starken Währungen (DM, Yen, Sfr.) hat unsere Exporte nach den USA, die sich in letzter Zeit wieder erhöht hatten, erneut ernstlich gefährdet. (Die dilatorische Haltung der amerikanischen Währungsbehörden hat bei der Nationalbank und anderen Kreisen Missmut erregt.)

Auch die amerikanische Gesetzgebung im Bereich von Antitrust, Antidumping, des Konsumentenschutzes etc. wirkt sich erschwerend für den Handel aus. Ein latenter Hang zum Protektionismus⁹ ist vorhanden. Gleichzeitig übt die USA Druck auf die Hartwährungsländer aus, ihre Konjunktoren zu stimulieren, damit durch grössere Importe dieser Länder Wachstumsimpulse auf die schwächeren Wirtschaften übertragen werden.

Kompetenz: Handelsabteilung

[...] ¹⁰

3. Da im Zusammenhang mit der Jeanmaire-Affäre der Besuch von Herr Bundesrat Graber in Moskau abgesagt werden musste¹¹, konnte auch ein Parallel-Besuch in Washington nicht stattfinden¹².

Auf der Ebene der Vizeminister oder Generalsekretäre¹³ ist ein regelmässiger Austausch von Besuchen im Jahresrhythmus vorgesehen.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 91, dodis.ch/49330.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 92, dodis.ch/49331.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 26, dodis.ch/49317; Dok. 41, dodis.ch/49316; Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 4 sowie Dok. 72, dodis.ch/49315.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 1 sowie Dok. 93, dodis.ch/49322.

7. Für die Pharmaindustrie vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 78, dodis.ch/49321.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 194, dodis.ch/52263, bes. Anm. 7; das BR-Prot. Nr. 312 vom 22. Februar 1978, dodis.ch/50166 sowie das Telegramm Nr. 761 von R. Probst an F. Honegger vom 25. September 1978, dodis.ch/49857.

9. Vgl. dazu das Schreiben von J. Monnier an R. Probst vom 14. Oktober 1976, dodis.ch/49861; die Notiz von M. Krell vom 16. August 1977, dodis.ch/49919 sowie die Notiz von M. Baldi an P. R. Jolles vom 27. November 1978, dodis.ch/49859.

10. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/49604. Die Textpassagen zur Beschaffung von Kampfflugzeugen, zum Staatsvertrag über gegenseitige Rechtshilfe, zur Zusammenarbeit im Nuklearsektor, dem Atomsperrvertrag und zum Londoner Club sind zum grössten Teil identisch mit DDS, Bd. 27, Dok. 58, dodis.ch/49328.

11. Vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 47, dodis.ch/48692, Anm. 2.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 72, dodis.ch/49315.

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 58, dodis.ch/49328, Punkt 3; Dok. 91, dodis.ch/49330; Dok. 92, dodis.ch/49331; Dok. 93, dodis.ch/49322 sowie das Schreiben von R. Probst an A. Weitnauer vom 25. April 1978, dodis.ch/49836.

113

dodis.ch/49423*Notice du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique,
A. Maillard¹*

POUR UNE POLITIQUE MÉDITERRANÉENNE DE LA SUISSE

Berne, 1^{er} février 1978

On trouvera ici quelques réflexions visant à la mise sur pied d'une «politique méditerranéenne» ou d'une «politique Nord-Sud européenne» de la Suisse². Les pays auxquels s'appliquerait cette politique sont, de l'ouest à l'est, le Portugal, l'Espagne, l'Italie, la Yougoslavie, la Grèce et la Turquie. À certains égards, la France méridionale pourrait également être incluse. En revanche, il paraît préférable, à l'heure actuelle, d'«oublier» Malte et Chypre. Tels sont donc les pays désignés ci-après par l'expression «pays méditerranéens». Il convient toutefois de ne pas oublier, à certains moments, que l'Irlande est, elle aussi, un pays peu développé.

Les frictions

1. Les pays méditerranéens sont ceux avec lesquels nous avons des frictions du fait des travailleurs migrants qu'ils nous ont fournis. (Les frontaliers ne sont pas des migrants). Des éléments influents de l'opinion suisse repoussent les griefs que formulent de temps à autre certains portes-paroles de ces pays. Il n'en reste pas moins que cette insatisfaction est réelle, comme en témoignent notamment les intempérances de langue de M. Foschi lors de son récent passage en Suisse³, l'aide-mémoire⁴ remis par les autorités espagnoles au Chef du Département politique⁵ lors de sa récente visite à Madrid,

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#498* (B.15.22.2). Une première version de cette notice a été transmise à A. Weitnauer le 3 janvier 1978 en vue de la séance du comité de coordination touchant les questions de main-d'œuvre du 13 janvier, cf. le compte rendu du 13 janvier 1978, dodis.ch/48795. A. Maillard a été autorisé à soumettre la présente version le 1^{er} février 1978 à P. Aubert. Copie à A. Weitnauer, M. Heimo, A. Hegner, J. Zwahlen, Y. Moret, C. Sommaruga et F. Blankart.

2. Annotation dans le texte original: L'expression «politique méditerranéenne» ne brille pas par son exactitude, puisqu'il ne sera question ici que des pays du Sud de l'Europe, y compris le Portugal (que Salvador de Madariaga considérait, au moins culturellement, comme une province de l'Espagne). Elle est néanmoins commode par sa simplicité et parce qu'il semble bien qu'il existe toujours un «esprit méditerranéen» (que, bien évidemment, le Portugal partage). Il serait sans doute plus exact de parler d'une politique Nord-Sud européenne. Mais ce n'est pas là la question principale.

3. Sur la réaction de P. Graber aux propos de F. Foschi, cf. DDS, vol. 27, doc. 90, dodis.ch/49427. Sur les travailleurs migrants italiens en Suisse, cf. la lettre de E.-R. Lang à la Direction politique du Département politique du 23 juin 1977, dodis.ch/50093.

4. Aide-mémoire du Ministère des Affaires étrangères de l'Espagne à l'Ambassade de Suisse à Madrid du 13 octobre 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3134* (B.41.11.1).

5. P. Graber. Sur sa visite en Espagne, cf. DDS, vol. 27, doc. 84, dodis.ch/48486. Sur les travailleurs migrants espagnols en Suisse, cf. aussi la lettre de P. Friederich à A. Weitnauer du 1^{er} mars 1978, dodis.ch/48796.

et la proposition présentée à la conférence de Belgrade par la Grèce, l'Italie, la Yougoslavie, le Portugal, l'Espagne et la Turquie⁶.

2. Que reproche-t-on à la Suisse? Il semble qu'on puisse, en simplifiant, distinguer deux types de griefs: les uns visent les lignes directrices ou les caractères dominants de notre attitude envers les travailleurs étrangers (2.1.), les autres portent sur divers points des négociations passées ou en cours entre les administrations compétentes des deux pays (2.2.).

2.1. Au plan général, il semble qu'on puisse discerner quatre griefs principaux, dont je donnerai immédiatement une appréciation toute personnelle:

2.1.1. *La catégorisation des travailleurs étrangers* crée entre eux des inégalités et vise en partie, au moins dans la catégorie des saisonniers, à éluder les obligations qui naîtraient dans l'octroi d'un autre statut. — *Commentaire*: il est indéniable que le maintien du statut de saisonnier dans le projet de nouvelle loi sur les étrangers⁷ a été dicté principalement par des considérations économiques et qu'il entraîne des situations pénibles. C'est la raison pour laquelle son maintien a rencontré de vives oppositions dans les organisations à mission religieuse ou humanitaire, ainsi d'ailleurs qu'auprès de plusieurs *partis politiques, dont deux des trois grands*⁸. Le Conseil fédéral a cédé aux considérations économiques, mais s'est toutefois engagé à «prendre toutes dispositions pour que ce statut ne soit pas dénaturé ni utilisé à des fins pour lesquelles il n'est pas destiné.»⁹

2.1.2. *La réunion des familles* se heurte encore à trop de restrictions qui sont difficilement compatibles, sinon avec la lettre, du moins avec l'esprit de divers instruments internationaux, dont l'Acte final d'Helsinki¹⁰. Les restrictions visées sont celles qui frappent surtout les saisonniers (jusqu'à neuf mois de séparation des familles par année pendant quatre ans) et les nouveaux détenteurs d'un permis de séjour (un an sans la famille, sauf pour les anciens saisonniers). *Commentaire*: Outre ce qui a été dit au sujet du grief précédent, il convient de rappeler que, dans le cadre de la CSCE, nous avons été à la pointe du combat en matière de réunions de familles¹¹. Ne devrions-nous pas donner l'exemple vis-à-vis des travailleurs étrangers? Pour l'heure, nous en sommes loin.

2.1.3. Les étrangers, dit-on, ne bénéficient pas, en Suisse, de *conditions de travail et d'emploi égales* à celles des Suisses. Ce reproche ne semble pas porter

6. Doc. CSCE/BM/E/8 du 10 novembre 1977. Sur les négociations lors de la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 121, dodis.ch/49324. Sur les questions des travailleurs migrants dans le cadre de la CSCE, cf. DDS, vol. 26, doc. 57, dodis.ch/38848, point 2.II a) et doc. 89, dodis.ch/38858, point V.

7. Cf. le message à l'appui d'un projet de loi sur les étrangers du 19 juin 1978, FF, 1978, II, pp. 165–263. Cf. aussi le PVCF N° 1017 du 19 juin 1978, dodis.ch/49617.

8. Parti démocrate chrétien et Parti socialiste suisse.

9. Cf. le PVCF N° 950 du 6 juin 1977, CH-BAR#E1004.1#1000/9#844*.

10. Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe du 1^{er} août 1975, FF, 1975, II, pp. 939–1016.

11. Cf. p. ex. DDS, vol. 26, doc. 77, dodis.ch/38767; doc. 152, dodis.ch/38443; doc. 181, dodis.ch/38920; doc. 59, dodis.ch/49448 et doc. 151, dodis.ch/48400 ainsi que la notice de K. O. Wyss à A. Hegner du 2 avril 1976, dodis.ch/52974.

sur l'article 33 du projet de nouvelle loi sur les étrangers, car il y est question de priorité pour la main-d'œuvre nationale seulement en ce qui concerne l'engagement initial, non en ce qui concerne les conditions de travail et d'emploi. En revanche, l'étranger restera soumis à des restrictions quand il voudra changer de profession ou de canton de résidence. Cela suffit pour soulever des ressentiments chez ceux qui réclament une égalité absolue. — *Commentaire*: l'égalité de traitement est une idée-force que poussent dans diverses enceintes internationales les pays exportateurs de main-d'œuvre (l'ECOSOC a également adopté une résolution dans ce sens¹²) et à laquelle il est difficile de s'opposer. Elle devrait sans doute constituer un des objectifs à long terme de notre politique de la main-d'œuvre.

2.1.4. La Suisse ne fait pas des efforts suffisants pour l'*intégration sociale et politique des travailleurs étrangers*. Ce grief vise plutôt des manquements que des dispositions précises. La Suisse, dit-on, ne fait pas assez pour que les travailleurs étrangers se sentent membres de la communauté dans laquelle ils travaillent. Ce qu'on souhaite concrètement est plus difficile à discerner. Certains vont jusqu'à revendiquer des droits politiques, au moins au plan local. D'autres souhaitent simplement qu'on aide les travailleurs étrangers et leurs enfants à apprendre la langue et à mieux comprendre les institutions du pays dans lequel ils travaillent, tout en gardant le contact avec leur pays en ce qui concerne l'exercice d'activités politiques, le projet de nouvelle loi sur les étrangers marque un progrès dans le sens du libéralisme: les étrangers pourront s'exprimer politiquement pourvu qu'ils ne mettent pas en danger la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse. Mais il est incontestable qu'il reste des progrès à faire, notamment en matière d'éducation.

2.1.5. D'une manière générale, faut-il ajouter, de larges segments de l'opinion publique dans les pays méditerranéens, et particulièrement en Italie, ont le sentiment que la Suisse a traité les travailleurs étrangers comme on traite des machines, les jetant au rebut quand ils ne pouvaient plus être utilisés¹³. Encore une fois, même si l'on estime que ce sentiment est injustifié, il n'en constitue pas moins un fait politique.

2.2. Au plan de l'application concrète des dispositions en vigueur et des négociations bilatérales, on nous fait encore les griefs suivants:

2.2.1. Il n'y a pas actuellement égalité totale de traitement entre tous les travailleurs étrangers. Par exemple, la Suisse a accordé à certains pays des concessions en matière d'assurance-invalidité qu'elle a refusées à un autre au moins (versement forfaitaire dans les cas d'invalidité partielle jusqu'à 15% accordé à l'Espagne, à la Grèce et à la Turquie¹⁴, retiré à l'Italie après avoir été

12. *Résolution du Conseil économique et social du 13 mai 1977*, E/RES/2083 (LXII), CH-BAR# E2003A#1990/3#1370* (o.712.2.62).

13. Cf. DDS, vol. 26, doc. 86, dodis.ch/38402 et DDS, vol. 27, doc. 90, dodis.ch/49427.

14. *Pour l'Espagne*, cf. la Convention de sécurité sociale entre la Confédération suisse et l'Espagne du 13 octobre 1969, RO, 1970, pp. 952-968 et DDS, vol. 24, doc. 73, dodis.ch/32304; *pour la Grèce*, cf. la Convention de sécurité sociale entre la Confédération Suisse et le Royaume de Grèce du 1^{er} juin 1973, RO, 1974, pp. 1683-1700 et DDS, vol. 26, doc. 93, dodis.ch/39136, point b) et *pour la Turquie*, cf. la Convention de sécurité sociale entre la Suisse et la République de Turquie du 1^{er} mai 1969, RO, 1971, pp. 1772-1787 et DDS, vol. 23, doc. 69, dodis.ch/31526.

accordé et paraphé)¹⁵. Un ou deux autres exemples pourraient être donnés. — *Commentaire*: il existe des explications techniques à ces discriminations. Par exemple, les abus auxquels donne lieu en Italie l'assurance-invalidité et la surcharge qui en résulte pour l'administration suisse compétente. Il n'en reste pas moins que toute inégalité de traitement entre travailleurs étrangers paraît regrettable.

2.2.2. Dans ce dernier cas au moins, il y a eu recul de la position suisse. *Commentaire*: tout recul paraît également regrettable. À noter que, dans son discours à Belgrade sur la question des travailleurs migrants, le représentant de l'Italie¹⁶ a loué la Suisse pour son «impegno per un continuo processo di miglioramento», ce qui est sans doute une façon polie de dire qu'il y a encore des progrès à faire¹⁷.

3. Quelques remarques particulières s'imposent à propos de nos relations avec l'Italie¹⁸. Ce pays est celui avec lequel nous avons couramment le plus de problèmes. On peut ici laisser de côté tous ceux qui n'ont rien à voir avec la relation entre plus et moins développé, ou relation Nord-Sud. Mais il faut mentionner le problème lancinant de la double imposition. L'Italie est le seul pays voisin avec lequel nous n'ayons pas de convention à ce sujet, malgré des négociations interminables (cinquante ans bientôt)¹⁹. Celles qui attendent maintenant la ratification des deux parlements se heurtent présentement, à Rome, à des résistances qu'on peut qualifier de politiques. Il est en effet reproché à la Suisse (ou à son parlement) de n'avoir pas ratifié en priorité la convention sur l'imposition des travailleurs frontaliers²⁰ (qui bénéficiera presque exclusivement à l'Italie) et d'avoir cherché à obtenir la ratification de la convention de double imposition²¹ (qui, selon les Italiens, apportera à la Suisse des avantages beaucoup plus considérables que la première à l'Italie) par un chantage, c'est-à-dire en établissant un lien entre les deux ratifications. Cette initiative du Conseil national (motion Eisenring²²) a offensé les Italiens et les a incités à faire à leur tour un nouveau pas vers la globalisation en demandant une négociation d'ensemble des problèmes bilatéraux entre les deux pays au *niveau politique*²³. Il est permis de voir dans l'attitude italienne le reflet des sentiments complexes que provoque une relation de type Nord-Sud à l'intérieur même de l'Europe. L'envie se mêle au ressentiment. Il n'est

15. Cf. DDS, vol. 27, doc. 118, dodis.ch/49424, point 3a.

16. A. Cavaglieri.

17. Cf. la notice de A. Zenger du 18 mai 1978, dodis.ch/50094.

18. Pour une vue d'ensemble des relations entre la Suisse et l'Italie, cf. le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426.

19. Cf. DDS, vol. 27, doc. 44, dodis.ch/49428 et doc. 90, dodis.ch/49427.

20. Accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'imposition des travailleurs frontaliers et à la compensation financière en faveur des communes italiennes limitrophes du 3 octobre 1974, RO, 1979, pp. 457-459.

21. Convention entre la Confédération suisse et la République italienne en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune du 9 mars 1976, RO, 1979, pp. 461-480.

22. Cf. DDS, vol. 27, doc. 44, dodis.ch/49428, en particulier note 8.

23. Cf. aussi DDS, vol. 26, doc. 35, dodis.ch/38348.

plus de mode en Italie d'être conciliant avec la Suisse²⁴. Ceux qui s'y risquent le font, dit-on, à leurs risques et périls. Dans ces conditions, on peut imaginer que les Italiens pourraient mal accueillir un effort suisse portant sur des problèmes financiers (double imposition) qui ne serait pas accompagné d'un effort portant sur les problèmes humains (travailleurs).

4. Il ne faut certes pas exagérer les sentiments hostiles dont la Suisse est l'objet dans les pays méditerranéens, tout au moins en dehors de l'Italie.

Il n'en reste pas moins que nous avons intérêt à améliorer notre image auprès d'eux et en particulier à donner une image plus humaine. Nous y avons intérêt notamment parce qu'un de ces pays fait déjà partie des communautés européennes et que trois autres le deviendront probablement. Ils pourraient rendre plus difficiles nos relations avec les communautés²⁵.

5. Nous avons intérêt en outre à la consolidation de la démocratie dans ces pays, car nous aurions beaucoup à perdre s'ils étaient victimes de certains démons. Or, la démocratie est presque partout chancelante en Méditerranée, menacée en particulier par la crise économique, l'inflation et le chômage. La Suisse, ainsi que d'autres pays, peut, à cet égard, faire quelque chose. C'est enfoncer une porte ouverte que de le dire. Mais on peut estimer qu'elle n'a pas encore fait assez, notamment, pour aider les pays méditerranéens à résorber leur chômage (voir ci-dessous paragraphe 10.2). Il lui siérait de le faire parce que la baisse de l'emploi en Suisse a contribué à gonfler le nombre des chômeurs dans les pays méditerranéens. Même si ce fut à notre corps défendant, nous ne devrions pas être indifférents aux conséquences de ce phénomène.

6. Il se trouve que trois pays méditerranéens demandent maintenant leur admission dans les communautés européennes et le font pour des raisons essentiellement politiques, c'est-à-dire en vue de resserrer leurs liens avec l'Europe démocratique. Dans ce sens, nous ne pouvons que voir d'un bon œil l'élargissement vers le Sud des communautés. Mais l'intégration de ces nouveaux membres posera de lourds problèmes. Certes, les idées sur ce qu'il convient de faire sont encore très vagues et confuses au sein des communautés. Mais il paraît largement admis, d'abord, que, si l'intégration des trois candidats aux communautés économiques doit être bénéfique, il faudra rapprocher leur niveau de développement de celui des pays membres, ensuite qu'ils auront pour cela besoin d'une aide considérable, troisièmement qu'il serait totalement inadéquat de se borner à soutenir les prix de leurs produits d'exportation actuels, car il en résulterait des excédents impossibles à écouler, quatrièmement qu'il faut donc les aider à transformer leurs structures économiques, c'est-à-dire à s'industrialiser. On avait pensé pour cela à un «fonds commun» (commun aux membres des communautés et à d'autres); il y a eu un «plan Brandt», etc. Que ces idées aient été abandonnées est épisodique: le besoin d'un grand effort subsiste, du moins objectivement, même si l'Allemagne fédérale semble maintenant rechigner à payer davantage dans les caisses des Communautés. Il semble malgré tout que soit en gestation une «politique Nord-Sud européenne» qui coûtera très cher.

24. Cf. le PVCF N° 1278 du 16 août 1978, dodis.ch/49426.

25. Cf. DDS, vol. 27, doc. 183, dodis.ch/49374, en particulier point 22c.

7. On arrive à la conclusion que la Suisse aussi devrait avoir sa politique Nord-Sud européenne, ou sa politique méditerranéenne. Point n'est besoin qu'elle soit intégrée à celle des communautés. Mais il serait rationnel et probablement conforme à notre intérêt qu'elle soit concertée avec celle des communautés, lorsqu'elle sera élaborée. Cela montrerait aux pays membres l'intérêt qu'ils peuvent avoir à une meilleure concertation avec les pays non membres. À notre diplomatie ensuite de leur faire comprendre que nous aussi avons intérêt à intensifier la concertation dans d'autres domaines où nous craignons d'être peu à peu satellisés ...

Principes directeurs d'une politique suisse

8. Quels devraient être, à la lumière de ce qui précède, les principes directeurs d'une politique méditerranéenne de la Suisse? Le premier, semble-t-il, devrait être d'*éviter toute discrimination* dans le traitement accordé aux travailleurs migrants. Notre politique devrait être tout à fait transparente, échapper au soupçon de chercher à tirer parti du manque de cohésion de nos partenaires de négociation.

9. Le second, semble-t-il devrait être de chercher à *progresser sans relâche* vers une relation harmonieuse avec les êtres humains qui partagent notre vie et avec leurs pays d'origine. L'effort constant d'amélioration pour lequel le porte-parole italien à Belgrade nous a loués devrait être érigé en maxime. Mieux nous réussissons à stabiliser le nombre des travailleurs étrangers, plus nous devrions avoir à cœur de les traiter comme des semblables. Pour cela, il faudra tendre peu à peu à ce que les étrangers jouissent en Suisse d'une totale égalité en matières économique et sociale et qu'ils puissent, par des moyens ad hoc, mieux faire entendre leur voix au plan politique.

10.1. En troisième lieu, il importe de ne pas oublier que la maxime de notre politique extérieure inclut le mot d'ordre de *solidarité*. Or, la thèse que nous avons défendue notamment dans le cadre de la CSCE est que les processus interétatiques (tels que la détente par exemple) doivent bénéficier également aux individus. Nous ne saurions donc refuser aux travailleurs migrants, non seulement à ceux qui vivent parmi nous, mais aussi à ceux pour qui les possibilités de travail en Suisse se sont taries, le bénéfice de notre solidarité. Mais qu'est-ce qu'être solidaires envers des travailleurs, sinon de les traiter pleinement en êtres humains? Et envers des chômeurs (car il est vraisemblable que le plupart de ceux qui ont dû quitter la Suisse sont maintenant au chômage), sinon essayer de leur procurer un nouvel emploi (dans leur pays, puisque maintenant notre politique déclarée est de réduire le nombre des étrangers établis chez nous)?

10.2. Or, nous avons, dans la partie de l'Acte final d'Helsinki consacrée aux «aspects économiques et sociaux du travail migrant», déclaré, avec les autres pays signataires, notre intention d'«encourager les efforts des pays d'origine visant à augmenter les possibilités d'emplois pour leurs nationaux sur leur propre territoire, notamment en développant la coopération économique qui se prête à cette fin et qui convient aux pays d'accueil et d'origine intéressés»²⁶. N'est-il pas évident que ce paragraphe ap-

26. Cf. FF, 1975, II, p. 981.

pelle une politique active d'investissements dans les pays fournisseurs de main-d'œuvre?

10.3. Il se trouve de plus qu'actuellement les entreprises suisses sont incitées à investir à l'extérieur par les données économiques essentielles et notamment par la hausse du franc²⁷ Mais, selon les indications concordantes, quoique éparses, que l'on peut obtenir, la masse principale de ces investissements se dirige actuellement vers les États-Unis. Cela est dû à ce que non seulement la chute du dollar fait paraître bas les coûts de production aux États-Unis, mais les entreprises y trouvent un marché immense dans un environnement culturel, social et politique favorable. Par contraste, les pays méditerranéens offrent, certes, une main-d'œuvre bon marché, mais aussi un climat d'investissement qui va généralement en se détériorant et qui amène les entreprises suisses non seulement à suspendre les investissements nouveaux, mais quelquefois même à désinvestir. En raison de ce qui a été dit plus haut, cette évolution paraît regrettable et il s'agirait, semble-t-il, à la Confédération de faire ce qui est en son pouvoir pour renverser la tendance et encourager les entreprises suisses à se tourner un peu plus vers les pays méditerranéens.

10.4. Bien entendu, il ne saurait être question pour la Confédération d'aller vers le dirigisme en matière d'investissements, mais il semble qu'il serait possible pour les autorités fédérales d'étendre aux pays méditerranéens la garantie des risques à l'exportation²⁸ et d'intensifier les efforts pour conclure avec les pays méditerranéens des accords de protection des investissements. Proposer que la Confédération crée maintenant un deuxième type d'aide au développement serait totalement irréaliste. Mais on se demande s'il serait possible que les ressources considérables de la Banque Nationale soient utilisées pour des objectifs tels que ceux décrits plus haut, si les problèmes techniques (transformation notamment) peuvent être résolus, plutôt que d'être quasi entièrement investies dans des bons du Trésor américains ou des fonds gérés par d'autres, tels que la «facilité Witteveen» (à laquelle la Banque Nationale a contribué pour 1,8 milliard de francs environ²⁹). Ne pourrait-on par exemple envisager la création d'un fonds visant à aplanir les difficultés initiales des entreprises nouvellement établies et notamment contribuer à la formation de la main-d'œuvre dans les pays européens en voie de transformation structurelle? Il y a là des problèmes techniques sans doute difficiles qu'il faudrait étudier.

10.5. Il faudrait d'autre part éviter à tout prix de causer du tort à l'aide au développement au sens strict. Sur ce point, il semble que tout le monde soit d'accord.

11. Les «principes directeurs» ainsi suggérés devraient, de l'avis du sous-signé, guider l'action du Département politique au sein de l'administration fédérale, étant entendu que les urgences ne sont pas partout les mêmes et

27. Cf. DDS, vol. 27, doc. 163, dodis.ch/50143; doc. 175, dodis.ch/50145 et doc. 180, dodis.ch/50147.

28. Cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960, note 10.

29. Cf. la notice de P.-L. Girard et P. Saladin à P. R. Jolles du 4 avril 1977, dodis.ch/52112; la notice de R. Probst du 28 septembre 1977, dodis.ch/49852 et la notice de E. Martin à J. Zwahlen du 6 novembre 1978, dodis.ch/52147.

qu'il convient de tenir compte non seulement des évolutions extérieures (p. ex. conditions d'accès des candidats méditerranéens aux communautés), mais également de l'état de l'opinion suisse et de celui des finances fédérales.

114

dodis.ch/49960

Notice du Chef du Département politique, P. Aubert, au Secrétaire général, A. Weitnauer¹

POLITIQUE EN FAVEUR DES DROITS DE L'HOMME

Berne, 1^{er} février 1978

1. Je voudrais vous prier de me faire rapport sur la possibilité, pour notre pays, d'intensifier son action en faveur de la défense des droits de l'homme² sur le plan international, sans nuire à notre politique habituelle de neutralité et de réserve.

2. Il y aurait notamment lieu d'examiner dans le cadre de cette étude:

- 2.1 activités dans le secteur *européen*, notamment au Conseil de l'Europe³ et à la CSCE⁴, mais aussi sur le plan *bilatéral* (cf. Convention sur les détenus politiques⁵);
- 2.2 actions possibles de nos ambassades dans les diverses régions du monde (y compris pratique du droit d'asile⁶, interventions⁷, etc.);
- 2.3 contacts à entretenir avec les organisations non-gouvernementales, suisses et étrangères, qui s'occupent de ces problèmes, notamment par le truchement de notre division à Genève⁸;

1. *Notice (copie)*: CH-BAR#E2010-01A#1996/396#759* (B.58.71.01.17). Copie à la Direction administrative, la Division politique III et au Secrétariat politique du Département politique. Cette copie a été adressée à la Direction du droit international public du Département politique et en particulier à E. Diez.

2. Cf. la notice de H. Kaufmann et A. Maillard du 20 décembre 1977, dodis.ch/51739 et l'exposé de P. Aubert du 30 août, dodis.ch/48271.

3. Cf. DDS, vol. 25, doc. 62, dodis.ch/37053, en particulier note 2; DDS, vol. 26, doc. 25, dodis.ch/39375 et doc. 107, dodis.ch/39382; DDS, vol. 27, doc. 61, dodis.ch/48720; la notice de A.-L. Vallon du 21 mars 1978, dodis.ch/48678 et la notice de D. Bujard du 28 août 1978, dodis.ch/51741.

4. Cf. DDS, vol. 27, doc. 79, dodis.ch/49213 et doc. 96, dodis.ch/48698.

5. Cf. le Rapport du Conseil fédéral sur la conclusion d'une convention internationale pour la protection des détenus politiques du 29 juin, dodis.ch/51902; la notice de M. Krafft du 16 janvier 1978, dodis.ch/51903 et la notice de M. Krafft à P. Aubert du 13 juin 1978, dodis.ch/51904.

6. Cf. DDS, vol. 26, doc. 81, dodis.ch/38270 et doc. 85, dodis.ch/38253.

7. Cf. DDS, vol. 27, doc. 40, dodis.ch/48733 et la lettre de H. Kaufmann à H. Wey du 6 juillet 1978, dodis.ch/51606.

8. Cf. la notice de F. Pometta à la Direction du droit international public du Département politique du 13 mars 1978, dodis.ch/51911.

2.4 critères utilisés pour l'autorisation d'exporter des armes⁹ et pour l'octroi de la garantie des risques à l'exportation¹⁰;

2.5 opportunité de créer une *section des droits de l'homme*¹¹ au Département, éventuellement dans le cadre de la Direction du droit international public ou de la Direction politique III (organisations internationales).

Ce nouveau service devrait en tout cas constituer et tenir à jour une *documentation* sur les efforts entrepris dans le monde pour la défense des droits de l'homme, notamment dans le cadre de l'ONU¹² et autres institutions internationales. Cette section pourrait également servir de point de contact pour les organisations privées et les particuliers qui souhaitent soumettre des propositions ou demander des renseignements au Département. Il conviendrait aussi d'examiner le rôle *opérationnel* que pourrait jouer cette section (par exemple: supervision des actions entreprises à Strasbourg et à la CSCE et de celles à venir, coordination avec les autres services de l'administration, avec nos postes, etc.).

3. Vous voudrez bien m'adresser votre texte, ou en tout cas un rapport intermédiaire, d'ici au 26 mars 1978¹³.

9. Cf. DDS, vol. 27, doc. 97, dodis.ch/48206.

10. Cf. le PVCF N° 1080 du 29 juin 1977, dodis.ch/52164; la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 30 novembre 1977, dodis.ch/52165; la notice de H. Hofer à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 23 juin 1978, dodis.ch/52167 et le mot clé dodis.ch/D1426.

11. Cf. la notice de D. Bujard du 24 février 1978, dodis.ch/51740.

12. Cf. la déclaration de M. Jeanrenaud du 7 mars 1978, dodis.ch/51717 et la lettre de S. Marcuard du 20 décembre 1978, dodis.ch/51742.

13. Rapport de J. Monnier du 24 avril 1978, dodis.ch/49959. Pour le développement de la question d'une politique suisse en faveur des droits de l'homme, cf. DDS, vol. 27, doc. 160, dodis.ch/48701.

115

dodis.ch/48763

*Notiz des Chefs der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Stauffer¹*

BEMERKUNGEN ZUM THEMA KULTURELLE AUSSENPOLITIK

Bern, 2. Februar 1978

1. Definition, Zielsetzung, Methoden

Kulturelle Aussenpolitik² bildet einen integrierenden Bestandteil der Aussenpolitik überhaupt. Wie diese, hat sie sich um die Wahrung und Förderung des «wohlverstandenen Landesinteresses» gegenüber der Aussenwelt zu bemühen. Ihr Beitrag hiezu wird darauf gerichtet sein,

1. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#891* (o.302).

2. Handschriftliche Marginalie: 1. Zur Frage der Kulturabkommen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 129, dodis.ch/48768.

*generell*³ das internationale Ansehen des Landes zu heben, ihm im Ausland höheren Goodwill zu verschaffen;

speziell die Beziehungen zu einem bestimmten Staat (oder einer Staaten-
gruppe bzw. Region) zu intensivieren und zu verbessern.

Kulturelle Aussenpolitik ist ein Handeln, das sich kultureller Mittel für politische Zwecke bedient. Wie immer wir sonst über die Hierarchie der burckhardtschen Potenzen Staat und Kultur⁴ denken mögen, für unsern Zusammenhang haben wir eine zeitweilige Unterordnung des Kulturellen unter das Politische, eine instrumentale Funktion der Kultur im Dienste der Aussenpolitik zu postulieren.

Der Kultur diese instrumentale Funktion im Dienste der Aussenpolitik zu weisen, heisst nun keineswegs, einer propagandistisch inspirierten «Nationalkultur» das Wort reden oder einen Anspruch auf politisch motivierte Beeinflussung des kulturellen Schaffens erheben. Kulturelle Aussenpolitik bedarf zu ihrer Verwirklichung keiner Eingriffe in die Sphäre künstlerischer Freiheit. Es genügt, wenn Gewähr dafür besteht, dass aussenpolitische Gesichtspunkte dort voll zur Geltung kommen können, wo darüber entschieden wird, welche Art kultureller Aktionen in welchem Land zu welchem Zeitpunkt stattfinden sollen oder zu unterbleiben haben⁵.

Voraussetzung für die Führung einer kulturellen Aussenpolitik ist mit andern Worten ein gut ausgebautes Mitbestimmungsrecht der aussenpolitisch zuständigen Instanzen bei der Programmierung der Auslands-Kulturtätigkeit. Dass in einem Land mit freiheitlicher politischer Ordnung nur der offiziell geförderte Teil dieser Tätigkeit (d. h. in der Schweiz vor allem die Aktivität der Stiftung Pro Helvetia) solcher politischer Einflussnahme überhaupt zugänglich sein kann, versteht sich von selbst.

Trotz gewissen Verbesserungen, die in jüngster Zeit erzielt werden konnten, verfügt das EPD gegenüber Pro Helvetia nicht über das für die Führung einer kulturellen Aussenpolitik erforderliche Mitbestimmungs- sondern lediglich über ein Mitspracherecht⁶. Dies sollte für uns kein Grund sein, die Hände resigniert in den Schooss zu legen. Selbst unter den heutigen unbefriedigenden Voraussetzungen bestehen für das EPD noch unausgeschöpfte aussenkulturpolitische Aktionsmöglichkeiten. Es sei z. B. daran erinnert, dass sich der gesetzliche Auftrag von Pro Helvetia praktisch auf die Förderung des *Kulturexports* beschränkt⁷.

Nun ist Einbahnverkehr für den kulturellen Bereich sowenig wie für jeden andern als taugliches Modell fruchtbarer Auslandsbeziehungen anzusehen. Als Anreger und Vermittler des *Kulturimports* haben unsere Botschaften und hat die Zentrale eine wichtige Funktion zu erfüllen, die der eingangs erwähnten Zielsetzung der kulturellen Aussenpolitik durchaus entspricht⁸: in vielen

3. Handschriftliche Marginalie: 2.

4. Handschriftliche Marginalie: 2a.

5. Handschriftliche Marginalie: 3.

6. Vgl. dazu die Notiz von P. Stauffer vom 20. April 1977, dodis.ch/48762 sowie die Notiz von A. Weitnauer an P. Aubert vom 17. Februar 1978, dodis.ch/48764.

7. Handschriftliche Marginalie: 3a.

8. Vgl. dazu die Notiz von A. Weitnauer an P. Graber vom 23. August 1978, dodis.ch/48765.

Fällen wird es uns bei einem ausländischen Partnerland mehr Goodwill eintragen, wenn wir gegenüber *seinen* kulturellen Errungenschaften Interesse und Hochschätzung bekunden, als wenn wir es durch kulturelle «Exportleistungen» von der Vorzüglichkeit unseres eigenen Angebots zu überzeugen suchen⁹. An einem aktuellen Beispiel illustriert, das dank der Mitwirkung unserer zuständigen Botschaft und des Departements zustande kam: durch die Präsentation der Mesopotamien-Ausstellung im Genfer Musée d'Art et d'Histoire¹⁰ und den aussergewöhnlichen Erfolg dieser Veranstaltung beim Schweizer Publikum hat sich unser Land im Irak wohl mehr Kredit erworben, als wenn Pro Helvetia in Bagdad eine Klee- oder Giacomettiausstellung gezeigt hätte. Womit nichts gegen Klee oder Giacometti gesagt, sondern dargetan sein soll, dass eine an politischen Zielen orientierte, d. h. dem nationalen Interesse verpflichtete kulturelle Auslandstätigkeit der von uns befürworteten Art in der Wahl ihrer Mittel keineswegs nationalistisch zu sein braucht.

2. Spezifische Notwendigkeit einer kulturellen Aussenpolitik für die Schweiz

Für unser Land besteht die Notwendigkeit, eine aktive kulturelle Aussenpolitik zu betreiben, in besonders hohem Masse, und dies namentlich aus folgenden Gründen:

- zur Kompensation seiner politisch-militärischen Machtlosigkeit hat gerade der Kleinstaat auf die Wahrung und Mehrung seines moralischen Ansehens bedacht zu sein. Die von uns zu diesem Zweck bisher einseitig bevorzugte humanitäre Wirksamkeit ist nur *eines* der hierfür geeigneten Mittel. Mindestens gleichwertige Möglichkeiten, seinen Anspruch auf internationale Geltung in einer ihm adäquaten Weise zu legitimieren, bieten sich unserem Land auf kulturellem Gebiet.
- Wohlstand und Stabilität haben der Schweiz im Ausland eher Missgunst als Sympathie eingetragen. Dadurch, dass wir den wirtschaftlichen Interessen – auch in der Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen – jederzeit Priorität einzuräumen bereit sind, haben wir bis zu einem gewissen Grade selbst der Entstehung jenes unerfreulichen Zerrbildes einer «Schweiz mit Nummernkonti»¹¹ Vorschub geleistet, mit dem wir uns heute auf Schritt und Tritt konfrontiert sehen. Ihm gegenüber gilt es, weit stärker als bisher die Schweiz der Kunst und der Wissenschaft im öffentlichen Bewusstsein unserer Partnerländer zu verankern. Vergrößernd gesagt: statt unsere Energie – defensiv – nur darauf zu verwenden, unausrottbare Legenden um das schweizerische Bankgeheimnis noch und noch zu widerlegen, sollten wir – offensiv – darauf bedacht sein, uns mit ganz andern Themen – etwa den Leistungen unserer bildenden Künstler und Filmregisseure¹², unserer Schriftsteller und Wissenschaftler international ins Gespräch zu bringen¹³.

9. Handschriftliche Marginalie: 4.

10. Vgl. dazu das Schreiben von F. Pometta a E. Marthaler vom 6. Dezember 1977, dodis.ch/52259 sowie das Schreiben von P. Stauffer an die schweizerische Botschaft in Bagdad vom 15. Dezember 1977, dodis.ch/52260.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 46, dodis.ch/50107.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 51, dodis.ch/38766.

13. Handschriftliche Marginalie: 5.

- Wegen unserer sprachlich-kulturellen Vielfalt wird es unserm Land schwerer fallen als ethnisch homogenen Nationen, den schweizerischen Beitrag zum europäischen kulturellen Patrimonium als den seinen anerkannt zu sehen. Die Existenz der kulturellen Schweiz versteht sich nicht von selbst, weil ihre Konturen im Norden, Süden und Westen nach den Nachbarländern gleicher Sprache hin verschwimmen. Umso notwendiger ist es, dem Ausland die sehr realen Leistungen dieser kulturellen Schweiz als solche ins Bewusstsein zu rufen. Nicht dass die Werke unserer Künstler, Musiker, Schriftsteller und Gelehrten andernfalls international etwa unbeachtet blieben: auch in Zukunft wüsste die französische und die deutsche Kulturpropaganda unsere Besten zweifellos nicht weniger nachhaltig für sich in Anspruch zu nehmen, als sie das mit Le Corbusier, Arthur Honegger und ansatzweise auch mit Max Frisch bereits getan hat und noch tut¹⁴!

Solange auch im kulturellen Bereich ein Klima internationaler Konkurrenz herrscht – und vorderhand scheint deren Ende ungefähr gleich weit entfernt wie jenes des internationalen Wettrüstens – wäre es im Interesse des Ansehens unseres Landes ratsam, diesen kulturellen Bereich als aussenpolitisches Aktionsfeld erheblich ernster zu nehmen als bisher. Die Bundesrepublik bekennt sich bei der Pflege ihrer auswärtigen Beziehungen heute zum Prinzip der «Gleichrangigkeit» von «klassischer» Aussenpolitik, Aussenwirtschaftspolitik und Aussenkulturpolitik. Eingestandenermassen oder auch nicht, lassen sich die meisten Industrieländer vom selben «Dreisäulenprinzip» leiten, wobei etwas in Frankreich und in Österreich die kulturelle Aktion sogar noch vor der wirtschaftlichen auf dem zweiten Platz rangiert. Unsere aussergewöhnlich tiefe Einstufung der kulturellen Auslandstätigkeit deutet darauf hin, dass wir uns auch in dieser Hinsicht für berechtigt halten, an den «Sonderfall Schweiz» zu glauben. Es ist leider zu befürchten, dass wir uns dabei einer Selbsttäuschung hingeben. Sofern wir den «Fall Schweiz» in unserem Zusammenhang aber als «Sonderfall» diagnostizieren wollen, wäre als Therapie wohl eher eine über- als eine unterdurchschnittliche Anstrengungen in Richtung kulturelle Aussenpolitik zu verschreiben.

3. Mögliche Massnahmen zur kurz- bzw. mittelfristigen Verbesserung des Ist-Zustandes¹⁵

Kulturelle Aussenpolitik als wesentlichen Teil unserer Aussenpolitik überhaupt anerkennen, hiesse für das EPD eine Führungsrolle auf diesem Gebiet beanspruchen und die Bereitschaft aufbringen, die entsprechende Führungsverantwortung zu übernehmen. Das Departement hätte sich mit einem dieser Aufgabe angemessenen internen Organ auszustatten, das in der Lage wäre, den übrigen staatlichen und halbstaatlichen Trägern der schweizerischen Kulturpolitik mit der nötigen Autorität gegenüberzutreten. Auch ohne die Bewegungsfreiheit des EPD durch grundlegende Veränderungen in der geltenden Kompetenzverteilung zwischen den betreffenden Institutionen – Pro Helvetia, Amt für kulturelle Angelegenheiten (EDI), Amt für Wissenschaft

14. Handschriftliche Marginalie: 6.

15. Vgl. dazu das Referat von R. Ruffieux an der Botschafterkonferenz 1978, dodis.ch/48278 sowie das Exposé Rayonnement culturel de la Suisse an der Botschafterkonferenz 1978, dodis.ch/48279.

und Forschung (EDI) – zu unsern Gunsten zu erweitern, bestehen für uns Aktionsmöglichkeiten, die zu nutzen unserm Willen anheimgestellt ist.

Zu denken ist dabei beispielsweise an die «konzeptuelle Lücke»¹⁶: Pro Helvetia pflegt eine vorwiegend reaktive Praxis punktueller Aktionen ohne Gesamtkonzept politischer oder anderer Motivation. Wenn das EPD in der Lage wäre, mit Konzepten für Länder- bzw. Regionalprogrammen an Pro Helvetia heranzutreten, die auf aussenpolitischen Prioritäten basierten und dank Zusammenarbeit mit unsern Auslandsvertretungen auf die Gegebenheiten an Ort und Stelle abgestimmt wären, bestünden gute Aussichten, die Aktivität von Pro Helvetia zumindest teilweise in unserm Sinne zu beeinflussen.

Die bisherige offizielle schweizerische Auslands-Kulturtätigkeit – getragen von Pro Helvetia und in geringerem Masse vom Amt für kulturelle Angelegenheiten (EDI) – ist nicht nur einseitig exportorientiert, sondern ausserdem europazentrisch¹⁷ bzw. auf den westlichen Kulturkreis ausgerichtet. In Kooperation mit unserer Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und durch Aktivierung des in unserm Land reichlich vorhandenen wissenschaftlichen Potentials – Ethnologen, Archäologen, Museologen etc. – hätte ein künftiger Dienst für kulturelle Aussenpolitik des EPD die bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, auch die Dritte Welt in adäquater Weise in den Wirkungsbeereich unserer kulturellen Aktion einzubeziehen¹⁸.

Wir dürfen uns auch vermehrt daran erinnern, dass unsere Aussenvertretungen primär uns, dem EPD, unterstehen, und dass die übrigen Träger der offiziellen schweizerischen Auslands-Kulturtätigkeit auf deren Dienste angewiesen sind¹⁹. Überdies sollten wir uns vom EPD aus solange nicht über mangelnde Aktionsfreiheit auf kulturellem Gebiet beklagen, als wir die Möglichkeiten, die unser Vertretungsnetz uns zur Verwirklichung eigener Initiativen bietet, nicht voll ausnützen. Ohne durch die Inangriffnahme grösserer Projekte Pro Helvetia konkurrenzieren zu wollen, könnten wir unsere Auslandsposten schon durch die Dotierung mit bescheidenen Kulturkrediten in die Lage versetzen, an Ort und Stelle auftauchende Gelegenheiten innert nützlicher Frist zu ergreifen und nicht mehr für Bagatellauslagen zeitraubende Korrespondenzen mit Zürich oder Bern führen zu müssen. Vor allem der Wirkungsgrad der personell relativ gut ausgestatteten Kulturdienste auf grossen Botschaften könnte dadurch in einem Masse erhöht werden, das den finanziellen Mehraufwand weit überträfe.

Ebenfalls im Interesse einer erhöhten Effizienz der Kulturtätigkeit unserer Vertretungen läge die Durchführung von Ausbildungsseminarien für die mit kulturellen Angelegenheiten betrauten Mitarbeiter des Aussendienstes, analog den seit einiger Zeit veranstalteten Wirtschaftsseminarien²⁰. Politisch zielgerichtete und sachgemässe diplomatische Kulturarbeit hat mit der blossen Übertragung künstlerischer Freizeitinteressen auf die berufliche Sphäre nichts

16. *Handschriftliche Marginalie*: 7.

17. *Handschriftliche Marginalie*: weiter Weg.

18. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 109, dodis.ch/35534 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 98, dodis.ch/50289.

19. Vgl. dazu das Schreiben von M. Altdorfer an J. Martin vom 10. April 1978, dodis.ch/49334.

20. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 64, dodis.ch/49452.

zu tun. Sie lässt sich heute mit Allgemeinbildung allein nicht mehr bestreiten, sondern erfordert ihrerseits ein erhebliches Mass an Spezialkenntnissen²¹.

21. *Handschriftliche Marginalie*: 8.

116

dodis.ch/49372

Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Washington, R. Probst¹

USA-KUBA

Washington, 6. Februar 1978, 15.00 Uhr

Seit vergangenem September werden bekanntlich im Zuge einer ersten amerikanisch-kubanischen Annäherung, die amerikanischen Interessen in Kuba, unter Schweizerflagge und im Rahmen der schweizerischen Botschaft, faktisch von einer Equipe des SD unter der Bezeichnung «US Interests Section» wahrgenommen², während die kubanischen Interessen in den USA parallel dazu von einer entsprechenden «Cuban Interests Section» im Rahmen der Botschaft der CSSR (Schutzmacht) in Washington besorgt werden. Die Kubaner haben zu diesem Zweck ihr altes Botschaftsgebäude aus der Batista-Zeit wieder instand gestellt und übernommen. Es war kürzlich, mit dem Leiter der kubanischen Interessensektion³ als Gastgeber, der Ort eines diplomatischen Grossempfangs, zu welchem neben dem diplomatischen Corps auch zahlreiche amerikanische Persönlichkeiten aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur (so u. a. auch die bekannte Schauspielerin Shirley MacLaine, eine Bewundererin Fidel Castros) erschienen waren.

Dieser Tage hat mir der Leiter der «Cuban Interests Section», ein intelligenter, wohlzogener, geschickter jüngerer Mann mit dem diplomatischen Rang eines Botschafters, vom Bildungsgang her ursprünglich Ingenieur, der ausgezeichnet Englisch spricht (war, wie er selbst erzählte, vor dem Umsturz in Havanna Zögling der amerikanischen Schule), einen Höflichkeitsbesuch abgestattet. Er ist, wie er betonte, von der Aufnahme, die er in den USA gefunden hat, durchaus befriedigt. Man legt ihm keine Hindernisse in den Weg und zeigt sich grosszügig. So wurde ihm stillschweigend gewährt, seinen Stab, der vereinbarungsgemäss auf 10 kubanische Mitarbeiter beschränkt war, vorderhand auf fünfzehn zu erhöhen. Parallel dazu sei indessen auch der amerikanische Stab bei unserer Botschaft in Havanna auf Grund einer ent-

1. *Politischer Bericht Nr. 17, gleichzeitig Telegramm Nr. 113 (Empfangskopie)*: CH-BAR# E2300-01#1988/91#273* (A.21.31). *Erhalten*: 7. Februar 1978, 18:00 Uhr. *Quelle*: R. Sanchez-Parodi und T. A. Todman.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 63, dodis.ch/49370 und Dok. 67, dodis.ch/49371.

3. R. Sanchez-Parodi.

sprechenden Toleranz von 10 amerikanischen «Einheiten» sogar auf rund 30 angestiegen (ohne das zahlreiche an Ort angestellte kubanische Hilfspersonal hinzuzurechnen).

Arbeitsmässig stellen sich der Interessensektion in Washington konsularisch vor allem im Zusammenhang mit der kubanischen Emigration aufwendige Aufgaben. Rund eine halbe Million habe Kuba (das damals 6,9 Millionen Einwohner zählte, gegenüber 9,5 Millionen im heutigen Zeitpunkt) nach dem Castro-Umsturz⁴ verlassen, allein mehr als 260'000 davon im Zuge des sich über sieben Jahre erstreckenden, durch schweizerische Vermittlung arrangierten Air-Lift von Varadero nach Miami⁵. Ein Grossteil dieser Leute leben in den USA. Viele davon wünschen heute ihre in Kuba verbliebenen Familienangehörigen zu besuchen oder mit ihnen sogar wieder dauernd vereint zu werden und wenden sich zu diesem Zweck in rasch wachsender Zahl an die kubanische Interessensektion. Sofern es sich um Leute handelt, die nicht mit der Waffe in der Hand gegen Kuba gekämpft haben oder politisch aktiv gegen ihre Heimat tätig geworden sind, stehe die kubanische Regierung solchen Wünschen grundsätzlich positiv gegenüber, wobei freilich jeder Einzelfall «selon ses mérites» geprüft werden müsse. Prinzipiell betrachte Havanna aber auch die Emigranten – wiederum mit den obigen Ausnahmen – weiterhin als kubanische Staatsangehörige, die, wenn sie nach Kuba reisen wollten und dazu als tauglich befunden würden, zu diesem Zweck mit kubanischen Reisepässen zu versehen seien. Kuba habe, obwohl der Substanzverlust durch die Emigration seither weit mehr als wettgemacht worden sei, an der Rückwanderung besonders qualifizierter Kräfte sogar ein gewisses Interesse. Dies gelte auch für Leute, die inzwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben haben: Da Kuba prinzipiell kein doppeltes Bürgerrecht anerkennt, würden auch sie gegebenenfalls mit kubanischen Reisepässen ausgerüstet.

Im Zentrum des kubanisch-amerikanischen Verhältnisses steht aber die Frage nach den Aussichten und dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Drei wesentliche Hindernisse stehen diesem Schritt im Weg: Das amerikanische Wirtschaftsembargo gegen Kuba, die amerikanischen Forderungen nach Entschädigung der durch Kuba enteigneten amerikanischen Vermögenswerte (denen Kuba Gegenforderungen entgegenstellt) und die kubanischen Interventionen in Afrika⁶. Kuba stellt sich, wie *S[anchez-Parodi]* betont, auf den Standpunkt, dass das Embargo, da es seinerzeit einseitig von den USA verfügt wurde, als erstes ebenso einseitig von Washington aufgehoben werden müsse. Nur wenn dies geschehen sei, könnten auch die anderen anstehenden Fragen (unter Ausschluss des Afrika-Problems, das Kuba als eine souveräne Angelegenheit betrachtet) an die Hand genommen werden. Die USA dagegen beharrten darauf, zunächst alle noch hängigen Probleme zu regeln, bevor das Embargo aufgehoben und in der Folge volle diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten.

4. Vgl. dazu das Schreiben von F. Brenni an R. Kohli vom 20. Januar 1959, dodis.ch/14972.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 26, dodis.ch/30966, Anm. 4.

6. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 2 von S. Marcuard vom 20. Februar 1976, dodis.ch/50851 sowie den Politischen Bericht Nr. 17 von F. Bohnert vom 24. Juni 1977, dodis.ch/50852.

Das sei jedoch für Havanna unannehmbar. S[anchez-Parodi] glaubt zu wissen, dass Weisses Haus und SD für diesen kubanischen Standpunkt nicht ganz ohne Verständnis seien. Wäre die Carter-Administration in ihren Entschlüssen frei, so würde es seines Erachtens keine allzu grosse Mühe bereiten, diesen Knoten in absehbarer Zeit zu lösen. Am guten Willen fehle es offenbar nicht. Doch werde der Spielraum des Präsidenten und des Staatssekretärs⁷ durch die Agitation der Medien und die emotionellen Widerstände im Kongress sehr stark eingeschränkt. Es werde also wohl noch eine geraume Weile beim gegenwärtigen Zustand verbleiben, bis – abgesehen von der Regelung sekundärer technischer Teilprobleme, an denen weiter gearbeitet werde – ein eigentlicher Durchbruch gelinge.

Diese Meinung von S[anchez-Parodi] wird vom amerikanischen assistierenden Staatssekretär für Lateinamerika⁸, den ich in der gleichen Woche zu sehen Gelegenheit hatte, geteilt. Auch T[odman] erklärt sich über das gegenseitige Funktionieren der neuen Interessensektionen in Havanna und Washington durchaus befriedigt. Auch er sieht aber für den Moment keine raschen Fortschritte in Richtung auf volle diplomatische Beziehungen. Stein des Anstosses sei eindeutig Kubas Afrikapolitik im Dienste der Sowjets. Solange der massive Einsatz kubanischer Kräfte andauert, sei an eine volle Normalisierung nicht zu denken. Zu viel stehe hier für die USA politisch auf dem Spiel. Da andererseits Kuba in diesem Kernpunkt keine Anstalten zum Einlenken erkennen lässt, werde man sich bis auf weiteres wohl oder übel mit dem heutigen Stand der Beziehungen abfinden müssen.

7. J. R. Vance.

8. T. A. Todman.

117

dodis.ch/48925

Interne Notiz des Politischen Departements¹

SCHWEIZ – JUGOSLAWIEN

Bern, 9. Februar 1978

1. Zwischen den beiden Ländern herrscht ganz allgemein ein sehr gutes Verhältnis. Wenn auch die Beziehungen in einigen Bereichen nicht sehr intensiv sind, bewirken doch Gastarbeiteraufenthalte und Tourismus eine recht weitverbreitete gegenseitige Kenntnis. Als sozialistisches Land *sui generis* und als blockfreier Staat² ist Jugoslawien, das für seine mässige Haltung

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#6040* (B.15.21.(4)). Verfasst von K. O. Wyss anlässlich des Besuchs von L. Mojsov in Bern am 1. März 1978. Zum Besuch vgl. *ibid*.

2. Zum Verhältnis der Schweiz zur Bewegung blockfreier Staaten vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 7, dodis.ch/48366 und Dok. 153, dodis.ch/48358.

unsere Unterstützung verdient, für uns politisch von besonderem Interesse. Im Rahmen der N+N Gruppe an der KSZE ist die Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Vertretern gut³, wobei jugoslawischerseits auf dem Gebiet der Menschenrechte eine gewisse Zurückhaltung festzustellen ist.

2. *Wirtschaftsbeziehungen*: Jugoslawien ist der beste schweizerische Kunde in Osteuropa⁴. Jugoslawisches Handelsbilanzdefizit im Verhältnis 1:4,6: 1977 Fr. 130 Mio. Importe aus Jugoslawien; Fr. 602 Mio. Exporte nach Jugoslawien.

Dieses Missverhältnis wird in der Zahlungsbilanz durch Ausgaben der Touristen und Überweisungen der Gastarbeiter zum Teil ausgeglichen. Trotz des bestehenden Ungleichgewichts bestehen gute Entwicklungsmöglichkeiten: die mit Protokoll⁵ vom 5.4.77 errichtete Gemischte Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik wird anfangs März 1978 in Bern zu ihrer ersten Tagung⁶ zusammentreten. Der jugoslawische Aussenhandelsminister Ludviger beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit den offiziellen Besuch⁷ von Bundesrat Brugger in Jugoslawien vom Frühjahr 1977 zu erwidern⁸.

Jugoslawien wird an der Basler Mustermesse 1978 und am Comptoir Suisse 1979 teilnehmen.

Zuständig: EVD (Handelsabteilung).

3. Von zentraler Bedeutung für unsere Beziehungen ist das *Fremdarbeitproblem*. Die jugoslawischen Behörden haben bisher im grossen und ganzen Verständnis für unsere Bemühungen zur Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer gezeigt. Auffallend ist der rezessionsbedingte, starke Rückgang der jugoslawischen Saisonarbeiter zwischen 1973 und 1974, während der Rückgang jugoslawische Jahresaufenthalter unter dem Durchschnitt liegt.

<i>Ende Dez.</i>	<i>Jahresaufenthalter</i>	<i>Niedergelassene</i>	<i>Saisonniers</i>
1973	21'894	1'584	20'808
1974	22'954	2'156	14'432
1975	29'132	5'215	1'544
1976	27'534	6'960	1'818
1977	26'318	9'891	2'531

Die jugoslawischen Fremdarbeiter in der Schweiz sind trotz des Fehlens eines bilateralen Abkommens den italienischen und spanischen gleichgestellt⁹.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326.

4. Vgl. dazu die Aufzeichnung von C. Sommaruga vom 31. Mai 1976, dodis.ch/48929.

5. Protokoll über die Schaffung einer Gemischten Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 5. April 1977, AS, 1977, S. 1922–1924. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1263 vom 10. August 1977, dodis.ch/48932.

6. Vgl. dazu den Bericht von C. Sommaruga vom 3. April 1978, dodis.ch/48935.

7. Vgl. dazu den Bericht von C. Sommaruga vom 26. April 1977, dodis.ch/48202.

8. Vgl. dazu den Bericht von R. Kummer vom 31. März 1978, dodis.ch/48203.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423 und Dok. 118, dodis.ch/49424.

Über diesen Gegenstand haben Expertenbesprechungen¹⁰ zwischen dem BIGA und den zuständigen jugoslawischen Stellen stattgefunden.

Zuständig: EVD (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit), EJPD (Fremdenpolizei).

4. Die Anwesenheit zahlreicher Jugoslawen in der Schweiz erzeugt periodisch politische Nebengeräusche¹¹, die allerdings nicht schwerwiegender Art sind. Vorwürfen einiger schweizerischer Kreise (Konsultativ-Kommission für das Ausländerproblem, SRG, Hilfswerke) wegen «*politischer Betreuung*» der *Fremdarbeiter* durch die Botschaft und die Konsulate stehen Befürchtungen der jugoslawischen Vertretungen wegen *exilkroatischer Umtreibe* gegenüber. Gegen international bekannte kroatische Terroristen wird schweizerischerseits eine Einreisesperre verfügt. An der alljährlichen Kroaten-Wallfahrt im Oktober nach Einsiedeln garantierten vorsorgliche Massnahmen der Bundespolizei in den letzten drei Jahren für eine ungestörte Durchführung¹².

Zuständig: EJPD (Bundesanwaltschaft, Fremdenpolizei).

5. Es bestehen intensive Kontakte zur Förderung der Zusammenarbeit im Erziehungswesen und der Forschung. Das jugoslawische Interesse in dieser Hinsicht bezieht sich besonders auf eine Festigung des Einflusses in der Schulung jugoslawischer Kinder in der Schweiz¹³.

Zuständig: EDI (Amt für Wissenschaft und Forschung), Politische Abteilung III.

6. Verhandlungen sind auf folgenden Gebieten geplant oder zu erwarten:

- Verhandlungen über Sozialversicherung (Anpassung des Abkommens vom 8.2.1962¹⁴) sind in Aussicht genommen.

Zuständig: EDI (Bundesamt für Sozialversicherung).

- Es besteht Aussicht, dass ein Abkommen über Katastrophenhilfe unterzeichnet werden kann.

Zuständig: Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

- Der jugoslawischen Seite wurde ein Entwurf für ein Abkommen über Investitionsschutz¹⁵ überreicht, der geprüft wird.

Zuständig: EVD (Handelsabteilung).

10. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Moersch vom 30. Januar 1976, dodis.ch/48944 sowie die Notiz des Bundesamts für Gewerbe, Industrie und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. April 1976, dodis.ch/48945.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 27, dodis.ch/48951.

12. Vgl. dazu die Notiz von B. Dumont an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 24. Januar 1975, dodis.ch/38362.

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 27, dodis.ch/48951 sowie das Procès-verbal des discussions qui ont eu lieu du 12 au 14 octobre 1977 à Belgrade entre une délégation suisse et une délégation yougoslave concernant la scolarisation des enfants yougoslaves en Suisse et la coopération entre la Suisse et la Yougoslavie dans les domaines de la science et de l'éducation vom 14. Oktober 1977, dodis.ch/48990.

14. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Sozialversicherung vom 8. Juni 1962, AS, 1964, S. 161–191. Vgl. dazu auch die Notiz von J.-P. Bonny vom 5. April 1977, dodis.ch/48946.

15. Vgl. dazu die Notiz von C. Sommaruga an Ph. Lévy vom 30. Juni 1978, dodis.ch/48939.

- Schweizerischerseits wird zur Zeit die Frage geprüft, ob den Jugoslawen Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen vorgeschlagen werden sollen.
Zuständig: FZD (Eidg. Steuerverwaltung), Finanz- und Wirtschaftsdienst.
7. Besuche:
- 1969 Besuch und Gegenbesuch auf Aussenministerebene¹⁶. Der verscho-bene Besuch von Aussenminister Minic ist für September 1978 in Aussicht genommen¹⁷.
- Begegnungen auf Ebene Generalsekretär/Vizeausenminister fanden 1970, 1972, 1974, 1977 (Genralsekretär Weitnauer in Belgrad)¹⁸ statt.

16 Zum Besuch von M. Tepavac in Bern und W. Spühler in Belgrad vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 170, dodis.ch/32381.

17 Zum Besuch von J. Vrhovec in der Schweiz vgl. die Aufzeichnung von M. Coquoz vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/48199.

18 Zum Besuch von A. Vratuša in Bern vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 14. September 1970, CH-BAR#E2806#1971/57#172* (17-105); zum Besuch von E. Thalmann in Belgrad vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 157, dodis.ch/34496; zum Besuch von J. Petrić in Bern vgl. das Protokoll von P. A. Ramseyer vom 3. April 1974, dodis.ch/38376 und zum Besuch von A. Weitnauer in Belgrad vgl. die Aufzeichnungen von H. Hess vom 4. April 1977, dodis.ch/48201 und dodis.ch/48927 sowie das Rundschreiben von A. Weitnauer vom 22. April 1977, dodis.ch/48200.

118

dodis.ch/49424

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

GASTARBEITERFRAGEN

[Bern,] 10. Februar 1978

1. Die Überfremdungsinitiativen² und die bundesrätliche Politik der Stabilisierung des Ausländerbestandes haben zu gewissen Problemen mit den Herkunftsländern³ der Gastarbeiter geführt. Als dann, im Zuge zunehmender Arbeitslosigkeit, viele ausländische Arbeitskräfte abwanderten, wurden die Klagen schriller und die Probleme mit mehr Insistenz vorgebracht. Die Vorwürfe gegenüber unserer Gastarbeiterpolitik liegen dabei grundsätzlich auf zwei Ebenen: Einerseits geht es um sehr konkrete Fragen der sozialen

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#795* (B.41.10.1). Verfasst von P. Vogler. P. Aubert vorgelegt für die Antrittsbesuche der hiesigen Missionschefs.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 17, dodis.ch/35599, Anm. 5; DDS, Bd. 26, Dok. 86, dodis.ch/38402; das BR-Prot. Nr. 1128 vom 29. Juni 1967, dodis.ch/33379; die Notiz der Fremdenpolizei des Justiz- und Polizeidepartements vom 31. Juli 1968, dodis.ch/32844 sowie die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 24. Februar 1976, dodis.ch/49425.

3. Fussnote im Original: Es handelt sich dabei vor allem um Italien, dann Spanien und in etwas geringerem Masse Jugoslawien, Griechenland, Portugal und die Türkei.

Sicherheit, der Schulung der Gastarbeiterkinder, der Arbeitslosenversicherung usw. Dann gibt es aber auch grundsätzliche Vorwürfe, die die eigentliche Basis unserer Politik betreffen und die sich vor allem gegen den Vorwurf zum neuen Ausländergesetz (ANAG)⁴ richten.

2. Dieser Vorentwurf, der u. a. auch den Emigrantenorganisationen unterbreitet wurde, gibt seitens der Ursprungsländer zu folgenden Kritiken Anlass:

- a. Die Beibehaltung des Saisonnierstatus erhält die ungleiche Behandlung der verschiedenen Kategorien von Gastarbeitern aufrecht und dient zum Teil dazu, den Verpflichtungen, die wir durch Gewährung eines anderen Status gegenüber diesen Arbeitern übernehmen, aus dem Weg zu gehen. Die Umwandlung der Saisonnier- in eine Jahresaufenthaltsbewilligung könnte durch Manipulationen erschwert werden. Der Bundesrat hat sich allerdings verpflichtet, alle Massnahmen zu treffen, damit der Saisonnierstatus nicht zu Zwecken missbraucht wird, für die er nicht geschaffen wurde.
- b. Auf dem Gebiet der *Familienzusammenführung* sieht das neue Gesetz eine Wartefrist von 12 Monaten (bisher 15) für Jahresaufenthalter vor. Saisonniers müssen ihre Familien im Herkunftsland lassen.
- c. Auch Jahresaufenthalter geniessen nicht die gleichen *Anstellungs- und Arbeitsbedingungen* wie Einheimische. Das ANAG sieht ausdrücklich eine Priorität für einheimische Arbeitskräfte vor (Artikel 33). Es geht hier vor allem um eine Benachteiligung beim Stellenwechsel und in der geographischen Mobilität (Wechsel in einen anderen Kanton).
(Federführend für a, b, c: Justiz- und Polizeidepartement, Fremdenpolizei, Zuständig im Politischen Departement: Völkerrechtsdirektion, Politische Abteilung I.)
- d. Die *soziale und politische Integration* der ausländischen Arbeiter werde zuwenig gefördert. Es geht hier weniger um konkrete Anliegen als um einen allgemeinen Vorwurf. Was genau darunter zu verstehen ist, wird nicht immer klar. Während einige darunter eine Förderung der Gastarbeiter und ihrer Kinder beim Erlernen der neuen Sprache und zugleich Unterricht in Sprache, Geschichte und Kultur des Herkunftslandes verstehen⁵, fordern andere politische Rechte, zumindest auf Gemeindeebene.

(Federführend für Schulfragen: Departement des Innern, Amt für Wissenschaft und Forschung. Zuständig im Politischen Departement: Politische Abteilung III)

3. Was die Anwendung gegenwärtig gültiger Bestimmungen anbelangt, geben vor allem Fragen der sozialen Sicherheit, die im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewonnen haben, zu Problemen Anlass: (Die Liste liesse sich beliebig verlängern.)

- a. Italien wurde klargemacht, dass gewisse, im paraphierten 2. Zusatzprotokoll zum Sozialversicherungsabkommen⁶ festgehaltene Konzessionen zu-

4. Vgl. dazu die Botschaft zum Ausländergesetz vom 19. Juni 1978, BBl, 1978, II, S. 169–264. Vgl. ferner die Notiz von E. Diez an P. Graber vom 23. Februar 1976, dodis.ch/49613 sowie das BR-Prot. Nr. 1017 vom 19. Juni 1978, dodis.ch/49617.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 27, dodis.ch/48951.

6. Entwurf zur Zweite[n] Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 14. Dezember 1962

rückgezogen werden müssen. Grund dafür sei die Tatsache, dass die SAK infolge des Personalstops nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben alle zu bewältigen, da sie insbesondere durch eine Unzahl sehr oft ungerechtfertigter Gesuche um Leistungen der IV aus Italien überlastet sei⁷. Dazu ist zu bemerken, dass die gleichen Konzessionen anderen Ländern (Spanien, Griechenland und Türkei) gewährt wurden⁸.

Spanien drängt seinerseits auf eine Verbesserung des bestehenden Sozialversicherungsabkommens⁹.

(Federführend: Departement des Innern, Bundesamt für Sozialversicherung. Zuständig im Politischen Departement: Politische Abteilung I, Auslandsschweizerdienst.)

- b. Spanien beklagt sich darüber, dass in einigen Kantonen Schulräume für den Spanischunterricht nicht gratis zur Verfügung gestellt würden und dass dieser Spezialunterricht ausserhalb der normalen Schulzeit abgehalten werden müsse, was für die spanischen Schüler zusätzlich eine grosse Belastung darstelle¹⁰.

(Federführend: Departement des Innern, Amt für Wissenschaft und Forschung. Zuständig im Politischen Departement: Politische Abteilung III.)

4. Das EPD ist zwar für keines der erwähnten Probleme materiell zuständig, es drängen sich aber im Rahmen unserer Beziehungen zu den Herkunftsländern einige Bemerkungen auf:

- a. Dass auf dem Gebiet der Sozialversicherung nicht alle Herkunftsländer gleichbehandelt werden, ist bedauerlich, auch wenn es dafür technische oder psychologische Erklärungen gibt.
- b. Bei Schulfragen stellt sich das Problem der kantonalen Zuständigkeit: Es gibt verschieden grosszügige Regelungen, je nach Kanton. Immerhin versuchen wir, mit dem Amt für Wissenschaft und Forschung, in uns bekannten Einzelfällen zu einer Lösung zu gelangen.
- c. Die relativ lange Frist für Familienzusammenführung im neuen ANAG verträgt sich schlecht mit unserem Einsatz an der KSZE in dieser Frage¹¹.
- d. Die ungleiche Behandlung ausländischer und schweizerischer Arbeitskräfte widerspricht einer Tendenz, die in verschiedenen multilateralen Instrumenten zum Ausdruck kommt: Resolution (76) 11 des Euro-

zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit. Zu den Verhandlungen vgl. das BR-Prot. Nr. 1995 vom 29. Oktober 1975, CH-BAR#E1004.1#1000/9#823* sowie Doss. CH-BAR#E2200.19-03#1987/37#93* (151.41) und CH-BAR#E3340B#1989/175#1011* (979.274/J3). Vgl. ferner die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 18. Oktober 1977, dodis.ch/52066.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 32, dodis.ch/48753; die Notiz von M. Leippert an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 28. Dezember 1977, dodis.ch/49497 sowie das Protokoll von H. Renk vom 4. August 1978, dodis.ch/49441, Punkt A.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423, Punkt 2.2.1.

9. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Spanien über Soziale Sicherheit vom 13. Oktober 1969, AS, 1970, S. 953–968. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 73, dodis.ch/32304.

10. Vgl. dazu die Notiz von P. Stauffer an die Politische Abteilung I des Politischen Departements vom 2. September 1977, dodis.ch/48794.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423, Punkt 2.1.2.

parates¹², Resolutionen der UN-GV¹³, des ECOSOC¹⁴ und der Schlussakte von Helsinki, in der wir die zumindest moralische Verpflichtung eingegangen sind, die «Gleichberechtigung zwischen Wanderarbeitern und (Einheimischen) ... hinsichtlich der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie der sozialen Sicherheit zu gewährleisten ...»¹⁵.

5. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich die Herkunftsländer in Fremdarbeiterfragen zukünftig vermehrt auf die KSZE-Dokumente berufen werden. So wird möglicherweise auch in das Belgrader Schlussdokument¹⁶ ein von ihnen ausgearbeiteter Text aufgenommen werden. Ein erster portugiesischer Vorschlag sah die Schaffung eines Expertenkomitees im KSZE-Rahmen vor, das also auch nicht direkt Betroffenen, wie z. B. den Oststaaten, offengestanden wäre. In unseren Demarchen wurde den Autoren des Vorschlags klargemacht, dass nicht die KSZE, sondern andere Organisationen, vorab der Europarat, das geeignete Forum für die Behandlung dieser Frage darstellten.

12. *Resolution des Ministerkomitees des Europarats vom 10. März 1976*, CM/Res(76)11. Vgl. Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#162* und CH-BAR#E2003A#1990/3#163* (o.121.313.30).

13. *Resolutionen der UNO-Generalversammlung vom 16. Dezember 1976 und vom 16. Dezember 1977*, UN doc. A/RES/31/127 und UN doc. A/RES/32/120. Vgl. Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#1364* (o.712.1.31) und CH-BAR#E2003A#1990/3#1366* (o.712.1.32).

14. *Resolution des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats vom 13. Mai 1977*, E/RES/2083 (LXII). Vgl. Doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#1370* (o.712.2.62).

15. *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975*, BBl, 1975, II, S. 924–1006, hier S. 968.

16. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 126, dodis.ch/49325.

119

dodis.ch/48955

*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements,
H. Kaufmann, an den schweizerischen Botschafter in Buenos Aires, W. Frei¹*

SENDUNG DER TV SUISSE ROMANDE VOM 26. JANUAR 1978 ÜBER ARGENTINIEN

Vertraulich

Bern, 14. Februar 1978

Wir beziehen uns auf unseren Telegrammwechsel vom 1. Februar² und auf Ihr Schreiben³ gleichen Datums, mit welchem Sie uns den scharfen Protest der argentinischen Behörden gegen die Sendung des Welschschweizer Fern-

1. *Schreiben (Kopie)*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#348* (A.15.42.13). Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und den Informations- und Pressedienst des Politischen Departements.

2. *Telegramm Nr. 18 von W. Frei an das Politische Departement vom 1. Februar 1978*, Doss. wie Anm. 1.

3. *Schreiben von W. Frei an H. Kaufmann vom 1. Februar 1978*, Doss. wie Anm. 1.

sehens vom 26. Januar 1978 bekanntgeben. Die Reaktion erfolgte somit nicht wie von uns zuerst erwartet in Bern, sondern in Buenos Aires. Von der hiesigen argentinischen Botschaft erhielten wir lediglich eine gemässigte Protestnote⁴, in welcher auf telephonische Drohungen und Beleidigungen im Nachgang zu obiger Sendung aufmerksam gemacht wird.

Mit der Handelsabteilung wurde ein Kontakt hergestellt, um allenfalls den Einschluss Argentinens in das globale Kontingent für Weinimporte hinauszuzögern, bis genau feststeht, was hinter dem argentinischen Protestmemorandum steht.

In der Beilage erhalten Sie Kopie einer Notiz über den Antrittsbesuch Botschafters Quintanas bei Herrn Botschafter Iselin vom 6. Februar 1978⁵, anlässlich dessen letzterer auch die Frage dieser Sendung anschnitt. Trotz scharfer Kritik an derselben, schien jedoch der neue argentinische Botschafter die Situation in der Schweiz in Bezug auf die Pressefreiheit zu kennen und seinen Behörden bereits dargelegt zu haben. Aus dem Gespräch mit ihm war nicht zu schliessen, dass der Vorfall einen negativen Einfluss auf andere hängige Fragen (namentlich die CIAE-Verhandlungen⁶) haben könnte.

Trotz der dem argentinischen Botschafter gegenüber dargelegten Schwierigkeiten im Hinblick auf ein Einschreiten der schweizerischen Behörden gegenüber den Massenmedien, nahm der Departementschef⁷ persönlich mit Bundespräsident Ritschard Kontakt auf, wodurch von der Generaldirektion der schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft autonom zugesagt wurde, dass die genannte Sendung nicht mehr wiederholt werde, d. h. auch nicht im Deutschschweizer oder Tessiner Fernsehen. Zur Sendung selbst erwarten wir noch einen schriftlichen Bericht der SRG⁸. Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen sobald derselbe vorliegt, damit er bei der Beantwortung des argentinischen Memorandums miteinbezogen werden kann.

4. Nicht ermittelt.

5. Notiz von J. Iselin vom 10. Februar 1978, dodis.ch/48952. Vgl. ferner das BR-Beschlussprot. II vom 17. Februar 1978 der 5. Sitzung vom 8. Februar 1978, CH-BAR#E1003#1994/26#21*.

6. Zu den CIAE-Verhandlungen vgl. die Notiz von F. Rothenbühler an E. Brugger vom 1. Juni 1977, dodis.ch/50273; das Schreiben von H. P. Enderlin und M. Kohn an P. Aubert vom 29. März 1979, dodis.ch/48956 sowie die Notiz J. H. Ghisler vom 16. Mai 1978, CH-BAR#E2001E-01#1991/17#4725* (B.15.21.Arg.).

7.. P. Aubert.

8. Dieser Bericht wurde nicht erstellt. Vgl. dazu das Schreiben von J. Iselin an W. Frei vom 9. März 1978, Doss. wie Anm. 2.

La Cheffe de la Division politique III, F. Pometta, au Chef de la Division politique II du Département politique, A. Hegner¹

[Berne,] 20 février 1978

Par note du 19 décembre² au Chef du département, dont il nous a envoyé copie, M. A. Maillard a proposé que le Conseil fédéral provoque une résolution de l'Assemblée générale «assurant la Suisse que, si le peuple souverain se prononçait en faveur de l'adhésion, la Suisse serait bienvenue à l'ONU sans avoir à éprouver la moindre crainte concernant le respect de sa neutralité, qui est considérée comme étant dans l'intérêt de la paix mondiale».

Par note du 5 janvier³, dont vous avez reçu copie, M. Maillard propose maintenant que des démarches très confidentielles soient entreprises à cet effet auprès des Neuf, de l'Autriche, du Canada, de la Suède et des États-Unis.

Nous tenons à vous faire savoir que nous nous opposerions catégoriquement à une entreprise de cette nature si elle était véritablement envisagée sérieusement. L'adhésion de la Suisse aux Nations Unies est un problème d'ordre interne⁴ qui doit être réglé librement, sans immixtions de l'extérieur⁵. Les propositions de M. Maillard sont de nature à creuser un fossé entre le peuple suisse et le Conseil fédéral. Au surplus, la Suisse n'a intérêt ni à internationaliser le problème de son adhésion, ni à remettre en discussion la valeur de sa neutralité⁶.

1. Notice (copie): CH-BAR#E2003A#1990/3#1612* (o.714.12). Copie à A. Weitnauer, R. Bindschedler et la Direction du droit international public et le Secrétariat politique du Département politique. Cette copie a été adressée à A. Weitnauer.

2. Notice de A. Maillard à P. Graber du 19 décembre 1977, dodis.ch/51538.

3. Notice de A. Maillard à F. Pometta du 5 janvier 1978, dodis.ch/51537.

4. Cf. DDS, vol. 27, doc. 2, dodis.ch/51501, en particulier note 3 et la notice de B. Stettler du 18 août 1978, dodis.ch/51863.

5. Sur la stratégie du Département politique concernant l'adhésion suisse à l'ONU, cf. la notice de F. Pometta et M. von Grünigen du 18 août 1978, dodis.ch/51864 et le compte rendu de B. Stettler du 27 septembre 1978, dodis.ch/51562.

6. Cf. l'exposé de A. Weitnauer du 30 mai 1978, dodis.ch/51672, en particulier pp. 9–12 et la notice du Département politique du 9 mars 1978, dodis.ch/51602, en particulier la réponse de P. Graber à la question 4, pp. 5 s.

121

dodis.ch/49324

Telegramm des Chefs der schweizerischen Delegation beim Belgrader Treffen der KSZE, R. Bindschedler, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

KSZE BELGRAD

Belgrad, 20. Februar 1978, 12.45 Uhr

Die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob die Konferenz aus ihrer gegenwärtigen Krise herausfindet und mit einem einigermaßen zufriedenstellenden Schlussdokument beendet werden kann. Die Aussichten für ein substantielles Resultat sind gering, nachdem sich die UdSSR und ihre Verbündeten nach wie vor weigern, in den für Westen und Neutrale unabdingbaren Punkten (Menschenrechte, Rolle des Individuums, menschliche Kontakte, Information, vertrauensbildende Massnahmen) irgendwelche Zugeständnisse zu machen². Die Eventualität eines knappen Schlusscommuniqués, welches lediglich feststellt, man habe getagt, sich nicht über ein Dokument geeinigt und werde sich in zwei Jahren in Madrid wieder treffen, rückt näher. Die Meinung, ein solches Kommuniqué, das in der Öffentlichkeit zweifellos als «constat d'échec» aufgefasst würde, sei einem wortreichen, aber inhaltslosen Schlussdokument vorzuziehen, gewinnt bei vielen westlichen aber auch einigen neutralen Staaten an Boden. Andererseits sind in den letzten Tagen Versuche festzustellen, die klaffende Lücke zwischen den östlichen und westlich/neutralen Auffassungen durch Kompromissformeln zu überkleistern. Der – entgegen der EG-Meinung eingereichte – französische Vorschlag³ vom vergangenen Freitag gehört in diese Reihe. Die gleichzeitig vorgelegte dritte Revision des sowjetischen Grundvorschlages⁴ scheint die Lücke optisch zu verkleinern, enthält jedoch bei näherer Durchsicht keinen einzigen Satz, der die erwähnten westlichen und neutralen Grundsatzpunkte befriedigt. Die Gefahr eines französisch-sowjetischen Kompromisses zeichnet sich ab, vielleicht von Jugoslawien als Gastland unterstützt. Angesichts dieser Möglich-

1. *Telegramm Nr. 55 (Empfangskopie)*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#905* (B.72.09.15.1). Versandt durch die schweizerische Botschaft in Belgrad. Erhalten: 20. Februar 1978, 18.15 Uhr. Zuhanden aussenpolitische Kommission und KSZE-Verteiler. Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, C. Sommaruga, W. Mark und die Operationssektion der Gruppe für Generalstabsdienste des Militärdepartements. An der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 21. Februar 1978 wurde die Angelegenheit nicht besprochen. Vgl. dazu das Protokoll vom März 1978, dodis.ch/48485. Zum Beginn des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 89, dodis.ch/49323.

2. Zur Haltung der UdSSR vgl. das Telegramm Nr. 48 von R. Bindschedler an P. Aubert und A. Weitnauer vom 15. Februar 1978, dodis.ch/49387.

3. Zum Vorschlag der französischen Delegation vom 16. Februar 1978, doc. CSCE/BM/73 vgl. das Telegramm Nr. 50 von R. Bindschedler an P. Aubert und A. Weitnauer vom 16. Februar 1978, dodis.ch/49385.

4. Vorschlag der Delegation der UdSSR vom 17. Januar 1978, doc. CSCE/BM/70.

keit stellen sich die EG- und NATO-Staaten mehr und mehr hinter das von den Neutralen und Blockfreien am 1. Februar vorgelegte informelle Papier⁵. Der Osten hat sich indessen geweigert, unser Papier in zwei wesentlichen Teilen (militärische Aspekte und Korb III) weiter als Verhandlungsgrundlage zu erachten. Der gegenwärtige Stand und die wenig hoffnungsvollen Aussichten auf einen guten Abschluss des Belgrader Treffens⁶ widerspiegeln ein getreues Bild des derzeitigen Zustandes der Entspannung. Diese wird zwar Belgrad so oder so überleben, denn die KSZE stellt ja nur einen Teil aller Bemühungen unter diesem Titel dar, aber Belgrad wird wohl zumindest für einige Zeit das Ende übertriebener Erwartungen und gewisser Illusionen im Hinblick auf diese spezifische Form der Entspannung bringen. Die UdSSR warnte wiederholt, sie könne keinerlei Änderung an Buchstabe und Geist der Schlussakte und keinerlei Einmischung in innere Angelegenheiten zulassen. Mit diesen beiden Argumenten hat sie bisher jede konkrete Arbeit an den ihr unangenehmen Bereichen der Schlussakte blockiert. Dies hat sie jedoch nicht daran gehindert, ihrerseits Vorschläge zu unterbreiten, die weit über die Schlussakte hinausgehen (Nichtersteinsatz von Atomwaffen, Nichterweiterung der Militärpakte etc.). Die UdSSR möchte die von Helsinki ausgegangene Eigendynamik nicht zusätzlich fördern und das Schwergewicht der KSZE vom menschlichen Bereich weg in jenen der Abrüstung lenken⁷.

5. Vgl. dodis.ch/52283. Vgl. ferner das Telegramm Nr. 35 von R. Bindschedler an P. Aubert und die Politische Direktion des Politischen Departements vom 1. Februar 1978, dodis.ch/49386.

6. Zum Abschluss des Belgrader Treffens vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 126, dodis.ch/49325 sowie das Telegramm Nr. 52 von R. Bindschedler an P. Aubert, A. Weitnauer und die Politische Direktion des Politischen Departements vom 24. Februar 1978, dodis.ch/49384.

7. Zur Abrüstung vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 166, dodis.ch/48273.

122

dodis.ch/48693*Notiz des Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements,
A. Hegner¹*ANTRITTSBESUCH DES SOWJETISCHEN BOTSCHAFTERS LAVROV BEI BUNDESRAT
AUBERT

Bern, 24. Februar 1978

Die weit über die für solche Besuche vorgesehene protokollarische Zeit hinausgehende Audienz wurde fast ausschliesslich von einem Monolog Botschafters Lavrovs über das schweizerisch-sowjetische Verhältnis² aus Moskau Sicht eingenommen. Dabei sind folgende Punkte festzuhalten.

1) Das anlässlich des Besuches³ von Aussenhandelsminister Patolichev unterzeichnete Abkommen⁴ über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Kooperation sei Ausgangspunkt zu neuen vertraglichen Bindungen zwischen der UdSSR und der Schweiz, so vor allem auf dem Gebiete des Energiewesens, der Rohstoffe und des Handelsaustausches⁵. Im Verkehr mit der Sowjetunion sei es nicht möglich, aufgrund der marktwirtschaftlichen Prinzipien alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Aufgabe solcher Vereinbarungen wäre es, die Wirtschaftszweige auf die sich ihnen bietenden Absatzmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Lavrov habe diesbezüglich bereits Kontakte mit den Herren von Planta und Leutwiler⁶ aufgenommen. Zu berücksichtigen sei, dass in Moskau gegenwärtig die Vorarbeiten für den nächsten 5-Jahres-Plan im Gang seien.

2) Vertragliche Bindungen sollten auch andere Tätigkeitsgebiete des öffentlichen Lebens erfassen. Dabei steht aus russischer Sicht der Abschluss eines Kulturabkommens im Vordergrund, das beispielsweise für zwei Jahre einen genau definierten Kulturaustausch vorsieht⁷.

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5343* (C.41.111.0). Kopie an A. Weitnauer, F. Nordmann, K. O. Wyss, C. Sommaruga und die schweizerische Delegation beim Belgrader Treffen der KSZE.

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 37, dodis.ch/48679.

3. Vgl. die Notiz von C. Sommaruga und I. Pawloff vom 25. Januar 1978, dodis.ch/48726.

4. Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. Januar 1978, AS, 1978, S. 347–350. Vgl. auch das BR-Prot Nr. 1814 vom 2. November 1977, dodis.ch/48727.

5. Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion vgl. die Notiz von E. Thurnheer vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/48731. Zur Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearenergie vgl. die Notiz von R. Bindschedler an A. Weitnauer vom 26. Mai 1978, dodis.ch/48745.

6. Zum Besuch von F. Leutwiler in der Sowjetunion vom Juni 1975 vgl. die Notiz von F. Leutwiler vom 16. Juni 1975, dodis.ch/48728 sowie die Notiz von P. R. Jolles an R. Probst vom 19. Juni 1975, dodis.ch/52979.

7. Zum Entwurf für ein schweizerisch-sowjetisches Kultur- und Wissenschaftsabkommen vgl. die Notiz von F. Pometta an A. Weitnauer vom 9. Mai 1978, dodis.ch/48729.

3) Die Ausweitung des Reiseverkehrs zwischen der Sowjetunion und der Schweiz führe dazu, dass sich immer zahlreichere konsularische Probleme stellen. Die sowjetischen Behörden seien zuweilen aufgerufen, Schweizerbürgern Hilfeleistungen zu bieten, für die keine vertraglichen und gesetzlichen Grundlagen bestehen (Fürsorge für Kranke und Verunfallte etc.). Aus diesem Grunde treten die sowjetischen Behörden für den Abschluss eines Konsularabkommens ein (das den Rahmen der Wiener Konvention⁸ nicht zu überschreiten brauche).

4) Im Gespräch mit Kreisky hätten sowohl Breschnew wie Kossygin ihre positive Bewertung der Rolle, welche die europäischen Neutralen spielen, unterstrichen⁹. Dabei sei besonders die Aktivität dieser Staaten in Belgrad¹⁰ bei der Überwindung von Schwierigkeiten zwischen den Militärallianzen von Bedeutung. Botschafter Lavrov wiederholte daraufhin die bekannten sowjetischen Thesen betreffend die Nicht-Einmischung. Er freue sich, dass der Plan einer Expertengruppe SRPD sich im Laufe dieses Jahres verwirklichen werde¹¹; immerhin sei der Konsensus zu einem Kurzbericht nur unter der Bedingung möglich, dass darin die sogenannten «Menschenrechte»¹² keine Erwähnung finden.

5) Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Schweiz haben sich heute soweit entwickelt, dass Kontakte auf höchster Ebene möglich und wünschenswert wären.

Der Departementschef antwortet, dass Generalsekretär Weitnauer sich im Laufe dieses Semesters nach Moskau begeben werde¹³ und dort auch Fragen betreffend einen Aufenthalt des Chefs des Politischen Departements in Moskau im kommenden Jahr behandeln könne¹⁴. Gerade Länder wie die Schweiz sind an der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa besonders interessiert. Sie halte dafür, dass am Belgrader Treffen konkrete Fortschritte erzielt werden. Aufgabe solcher Treffen ist es, selbst kleine Schritte herbeizuführen und über die Durchführung der Bestimmungen zu befinden, ohne sich jedoch in ein Tribunal zu verwandeln. Wir wünschen eine Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses und eine möglichst weitgehende Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte¹⁵.

8. Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961, AS, 1964, S. 435–455. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T961.

9. Zum Besuch von B. Kreisky in Moskau vgl. den Politischen Bericht Nr. 2 von J.-P. Ritter vom 14. Februar 1978, CH-BAR#E2300-01#1988/91#248* (A.21.31). Vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 96, dodis.ch/48698.

10. Zur Rolle der neutralen Staaten am Belgrader Treffen der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 173, dodis.ch/49326.

11. Zum zwischen dem 31. Oktober und 11. Dezember 1978 abgehaltenen KSZE-Expertentreffen in Montreux vgl. den Bericht von B. Godet vom 19. Februar 1979, dodis.ch/49392.

12. Zur Entwicklung einer schweizerischen Menschenrechtspolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960 und Dok. 160, dodis.ch/48701.

13. Zum Besuch von A. Weitnauer in der Sowjetunion vom Juni 1978 vgl. die Notiz von A. Weitnauer an P. Aubert vom 26. Juli 1978, dodis.ch/48205.

14. Zu den geplanten Besuchsreisen von P. Aubert vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 111, dodis.ch/52279.

15. Zum Abschluss des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 126, dodis.ch/49325.

123

dodis.ch/49430*Il Capo del Dipartimento dell'economia pubblica, F. Honegger, al Consiglio di Stato del Canton Ticino¹*

Berna, 2 marzo 1978

Ci riferiamo alla vostra lettera del 2 febbraio 1978² in merito alle esportazioni dalla Svizzera verso i Paesi del Mercato Comune di prodotti siderurgici e tessili, che preoccupano seriamente l'Autorità cantonale e la popolazione ticinese.

Possiamo confermarvi che condividiamo le vostre preoccupazioni e che ci stiamo adoperando da tempo per raggiungere delle soluzioni soddisfacenti per i problemi da voi sollevati.

In merito all'*esclusione della dogana di Chiasso* dalle operazioni doganali d'esportazione verso l'Italia di prodotti siderurgici e tessili, la Divisione del commercio del nostro Dipartimento ha intrapreso una serie di passi, sia a Roma sia a Bruxelles, di cui ci limitiamo a menzionare i principali, e cioè:

Il 16 gennaio siamo intervenuti presso il Ministero degli Affari Esteri a Roma, intervento che è stato seguito da una nota verbale³ indirizzata allo stesso Ministero e contemporaneamente alla Commissione delle Comunità Europee a Bruxelles, nonché da una discussione tenuta a Berna con il vicepresidente di tale Commissione, Haferkamp⁴, al quale è stata altresì rimessa una nota scritta, da colloqui diretti con i responsabili della CEEA a Bruxelles e da un'ulteriore nota verbale al Ministero degli Affari Esteri a Roma. Per vostra conoscenza alleghiamo il testo integrale delle due note verbali rimesse alle Autorità di Roma⁵, nonché a Bruxelles.

Contemporaneamente, hanno avuto luogo dei contatti tra il Direttore generale delle dogane e un direttore generale delle FFS con i rispettivi colleghi italiani⁶.

Nel frattempo è stato accreditato a Roma il nostro nuovo Ambasciatore A. Janner, il quale è sollecitamente intervenuto. Dopo un primo colloquio il

1. Lettera (copia): CH-BAR#E7110#1989/32#817* (842.4). Redatta da E. Moser. Copia a P. R. Jolles, F. Rothenbühler, A. Dunkel, C. Sommaruga, M. Lusser, Ch. Boesch, A. Egger, G. Keel, E. Moser, all'Ambasciata di Svizzera a Roma, alla Missione svizzera presso le Comunità europee a Bruxelles, al Servizio economico e finanziario del Dipartimento politico federale, alla Direzione generale delle dogane del Dipartimento delle finanze e delle dogane ed all'Ufficio federale dei trasporti del Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie.

2. Lettera di F. Cotti e A. Crivelli al Dipartimento dell'economia pubblica del 2 febbraio 1978, dodis.ch/50088.

3. Lettera di A. Janner a A. Forlani del 16 gennaio 1978, dodis.ch/51560.

4. Cf. l'appunto di C. Caillat del 26 gennaio 1978, dodis.ch/50023.

5. Nota verbale dell'Ambasciata di Svizzera a Roma al Ministero degli affari esteri dell'Italia del 21 gennaio 1978, dodis.ch/51618 e nota verbale dell'Ambasciata di Svizzera a Roma al Ministero degli affari esteri dell'Italia dell'8 febbraio 1978, dodis.ch/51998.

6. Cf. l'appunto di E. Moser a P. R. Jolles del 16 febbraio 1978, dodis.ch/52041.

16 febbraio con il Ministro italiano degli Affari Esteri Forlani⁷, egli è intervenuto energicamente, il giorno successivo, presso il Ministro italiano delle Finanze Pandolfi in presenza del Direttore generale delle dogane Del Gizzo.

Dopo tutti questi contatti *sembra delinearsi una soluzione*. Sebbene rimangano ancora da superare alcune difficoltà amministrative, abbiamo buoni motivi di sperare che la pendenza possa venir regolata *nel corso delle prossime settimane*.

Per quanto concerne la Francia, sembra che le difficoltà sorte siano state appianate.

7. Cf. il telegramma n° 60 di A. Janner a la Divisione del commercio del Dipartimento dell'economia pubblica del 16 febbraio 1978, dodis.ch/52042.

124

dodis.ch/52253

Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements¹

BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – LIECHTENSTEIN

Bern, 2. März 1978

Der Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein vom 21. Dezember 1973² (BBl 1974 I 161) trifft im wesentlichen noch heute zu (Herr Bundesrat Honegger gehörte seinerzeit der vorberatenden ständerätlichen Kommission an).

Am 9. Januar 1978 ist ein neuer PTT-Vertrag³ unterzeichnet worden. Die Botschaft⁴ betreffend die Genehmigung ist vom Bundesrat am 27. Februar 1978⁵ verabschiedet worden. Der Vertrag bringt eine bessere Abgeltung der

1. Notiz: CH-BAR#E7110#1989/32#898* (820). Übermittelt von E. Diez an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements: Unter Bezugnahme auf den telephonischen Anruf von Herrn Lusser vom 1. März 1978 übersenden wir Ihnen im Hinblick auf den Besuch des liechtensteinschen Botschafters [H. von Liechtenstein] bei Herrn Bundesrat Honegger eine Notiz über den Stand der Beziehungen mit Liechtenstein.

2. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein vom 21. Dezember 1973, BBl, 1974, I, S. 161–189. Zu den Beziehungen vgl. ferner DDS, Bd. 25, Dok. 41, dodis.ch/35522; die Rede von P. Graber vom 7. Oktober 1976, dodis.ch/52728; das BR-Prot. Nr. 2007 vom 28. November 1977, dodis.ch/52742 sowie die Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements vom 1. Dezember 1978, dodis.ch/52733.

3. Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Besorgung der Post- und Fernmeldedienste im Fürstentum Liechtenstein durch die Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe vom 9. Januar 1978, AS, 1979, II, S. 13–40.

4. Botschaft betreffend den Vertrag mit Liechtenstein über die Besorgung der PTT-Dienste vom 27. Februar 1978, BBl, 1978, I, S. 981–990.

5. BR-Prot. Nr. 1771 vom 27. Februar 1978, CH-BAR#E1004.1#1000/9#861*.

von den PTT-Betrieben für Liechtenstein erbrachten Leistungen. Die Radio- und Fernsehhoheit Liechtensteins wird ausdrücklich anerkannt. Jedoch wären von einem liechtensteinischen Sender die gleichen Einschränkungen bezüglich Radio- und Fernsehreklame zu beachten, die in der Schweiz gelten⁶.

Liechtenstein hat ein Gesuch um Beitritt zum Europarat gestellt. Die Kandidatur stösst auf den Widerstand gewisser Staaten⁷. In den letzten Wochen sind die Aussichten allerdings etwas besser geworden. Der Ausgang lässt sich aber nicht voraussagen.

Verhandlungen werden gegenwärtig über ein Währungsabkommen geführt⁸. Obwohl der Schweizerfranken die gesetzliche Währung Liechtensteins ist, bestehen keine staatsvertraglichen Vereinbarungen. Als die Schweiz in den Sechzigerjahren und dann wieder 1972 Massnahmen zum Schutz der Währung ergriff⁹, wurde Liechtenstein als Ausland behandelt. In nachträglichen Notenwechseln, von denen derjenige von 1973 noch gilt¹⁰, wurde dann Liechtenstein von den Massnahmen ausgenommen, nachdem es autonom die gleichen Verordnungen wie die Schweiz traf. Auch bei den jüngsten Massnahmen des Bundesrates vom 22. und 27. Februar 1978¹¹ hat Liechtenstein nachgezogen und entsprechende Verordnungen erlassen.

Die laufenden Verhandlungen sollen eine dauerhafte Grundlage für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währung schaffen. Der von der Nationalbank gewünschte Automatismus für die Anwendung schweizerischer Massnahmen in Liechtenstein¹² wird aus politischen Gründen – zu starke Einschränkung der Souveränität – nicht akzeptiert. Vorgesehen ist nun, dass die liechtensteinische Regierung jeweils aufgrund vertraulicher Vororientierung durch die zuständigen schweizerischen Stellen autonom die gleichen Vorschriften wie die Schweiz erlassen wird. Der Nationalbank müssen indes die erforderlichen Kontrollbefugnisse eingeräumt werden (Revisionen durch anerkannte Revisionsgesellschaften).

6. Zu den Verhandlungen über die Ausarbeitung des Vertrags vgl. BR-Prot Nr. 2173 vom 21. Dezember 1977, dodis.ch/52745 sowie die Notiz von B. Dubois vom 8. Mai 1978, dodis.ch/52746.

7. Vgl. dazu die Notizen von E. Diez vom 24. März 1976, dodis.ch/52152 und vom 8. Juli 1977, dodis.ch/52727.

8. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1198 vom 7. Juli 1976, dodis.ch/52734; die Notiz von E. Diez vom 14. Juni 1977, dodis.ch/52735; die Notiz von K. Hauri an G.-A. Chevallaz vom 15. Juni 1977, dodis.ch/52736; die Notiz von E. Diez vom 21. Juni 1977, dodis.ch/52737; das Protokoll von J. Borel und E. Diez vom 12. Juli 1977, dodis.ch/52740; die Notiz von E. Diez an P. Graber vom 11. November 1977, dodis.ch/52738; die Notiz von J. Borel vom 16. Januar 1978, dodis.ch/52739 sowie die Publikation von F. Leutwiler von 1978, dodis.ch/52744.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 36, dodis.ch/37657.

10. Note der Botschaft des Fürstentums Liechtenstein an das Politische Departement vom 15. Mai 1973 sowie Note des Politischen Departements an die Botschaft des Fürstentums Liechtenstein vom 19. Juli 1973, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3941* (B.14.21.02.72).

11. Vgl. dazu DDS, Band 27, Dok. 127, dodis.ch/49898, Punkt 1; das BR-Prot. Nr. 312 vom 22. Februar 1978, dodis.ch/50166 sowie das BR-Prot. Nr. 372 vom 27. Februar 1978, dodis.ch/50167. Allgemein für die 1978 ergriffenen Massnahmen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 175, dodis.ch/50145.

12. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 315 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 27. April 1977, dodis.ch/49350 sowie das Protokoll Nr. 503 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 7. Juli 1977, dodis.ch/49352.

Im Rahmen der Verhandlungen werden auch Probleme des Gesellschaftsrechts besprochen, die für die Währungsfragen von Bedeutung sind. Konkret geht es um eine Revision des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts mit dem Ziel einer besseren Bekämpfung der Missbräuche¹³. Die liechtensteinische Regierung hatte bereits vor Aufnahme der Verhandlungen entsprechende Vorschläge vorgelegt. Es bleibt abzuwarten, wie die am 30. März ihr Amt antretende neue Regierung und der neugewählte Landtag die Vorschläge weiterbearbeiten. Die Fortsetzung der Währungsverhandlungen sollen im Frühling 1978 weitergeführt werden¹⁴.

13. Vgl. dazu das Protokoll von J. Borel und E. Diez vom 7. Juli 1977, dodis.ch/52740; das BR-Prot. Nr. 1486 vom 14. September 1977, dodis.ch/52741 sowie das BR-Prot. Nr. 2007 vom 28. November 1977, dodis.ch/52742.

14. Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. Doss. CH-BAR#E2001-01#1988/16#4342* (B.14.21.02.72). Der Vertragsabschluss erfolgte 1980. Vgl. den Währungsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein (mit Anlage und Briefwechsel) vom 19. Juni 1980, AS, 1981, S. 1709–1724.

125

dodis.ch/50577

*Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements,
A. Hegner, an den schweizerischen Botschafter in Ottawa, F. Pictet¹*

Persönlich und vertraulich

Bern, 3. März 1978

Lieber François,

Mit einiger Verspätung antworte ich auf Deinen Brief vom 27. Januar²; die Gründe hiefür sind einerseits sachbedingt, nebenbei war ich aber auch zwei Wochen am Krankenlager der agonisierenden CSCE³.

Ich bin mit volllauf bewusst, dass die Verhandlungen über nukleare Zusammenarbeit mit Kanada⁴ wieder begonnen werden sollten und dass mit den Wochen die Glaubwürdigkeit unserer Aussage, das Embargo könnte uns mittelfristig in eine Notsituation bringen, an Gewicht verliert. Die Probleme sind, wie Du weisst was Bern betrifft, solche des politischen Willens aber in noch höherem Masse der Persönlichkeiten.

Bindschedler hat gegenüber den Kanadiern die Dir bekannte kompromisslose Haltung eingenommen. Er hat mit Nordamerikanern fast aller Schattierungen Mühe. Dabei kann er, richtig angesprochen, auch sehr verträglich sein. Das Problem ist, den Verwandlungsprozess herbeizuführen; ich

1. Schreiben: CH-BAR#E2200.30-03#1992/248#111* (461.4).

2. Schreiben von F. Pictet an A. Hegner vom 27. Januar 1978, dodis.ch/53969.

3. Zur Schlussphase des Belgrader Treffens der KSZE vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 121, dodis.ch/49324.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 101, dodis.ch/50991, Punkt 4.

habe die Angelegenheit in Belgrad mehrmals aber schliesslich ohne grossen Erfolg mit ihm besprochen.

Verhandeln könnte auch Zangger, der hingegen in der Atomagentur mit einem Kanadier⁵ um den Posten des stellvertretenden Generaldirektors konkurriert⁶ und als Negociator ebenfalls belastet wäre.

Ein Entscheid kann ohnedies erst nach der Rückkehr Bindschedlers herbeigeführt werden; übergangen kann und darf der Professor in dieser Angelegenheit nicht werden, da sonst die zukünftigen Beziehungen zwischen dem neuen Departementschef und dem Rechtsberater hypothekiert würden. Dies wäre wiederum wegen des noch stark von parlamentarischer Emotion geprägten Charakters Bundesrat Auberts nicht wünschenswert.

Ich habe in Belgrad Dellworth angedeutet, dass wegen verschiedenen verwaltungswirtschaftlichen Gründen mit einer Verzögerung bei der Aufnahme unserer Verhandlungen gerechnet werden müsse; dies sollte jedoch in Ottawa unter keinen Umständen als Verstimmung der Eidgenössischen Behörden gedeutet werden. Kleine Verwaltungen verfügten verständlicherweise nicht über allzu viele Leute, die jeweils als Verhandlungsleiter für bestimmte Sachfragen bestimmt werden können. Ich wies auch auf den Wechsel an der Spitze des EPD hin und versicherte schliesslich, dass Herr Aubert nach einer gewissen Anlaufzeit in dieser für uns wichtigen Frage sicher bald zu einem Entschluss gelangen würde.

Ich habe vor, die Angelegenheit bei Aubert erst aufzubringen, wenn Bindschedler zurück ist, aber dann so, dass er selbst bald Kontakt mit seinem Nicht-Nur-Parteifreund Ritschard aufnimmt.

Ich suche nach Möglichkeiten einer für alle Parteien akzeptablen Verhandlungsleitung. Nachdem meine Beziehungen mit Bindschedler in letzter Zeit gut sind, hoffe ich auf eine geringe Erfolgchance. Wahrscheinlich kann ich im Laufe dieses Monats wieder auf die Angelegenheit zurückkommen. Ich nehme an, dass das Verhandlungsmandat einen neuen Bundesratsbeschluss⁷ erfordert.

Freundschaftlicher Gruss Toni

5. J. Jennekens.

6. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an P. Aubert vom 10. Februar 1978, dodis.ch/52823.

7. BR-Prot. Nr. 962 vom 12. Juni 1978, dodis.ch/51072, mit dem H. Zangger als Delegationschef nominiert wird. Vgl. ferner das Schreiben von P. Aubert an F. Pictet vom 3. Mai 1978, dodis.ch/51071.

*Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹*SCHLUSSDOKUMENT DES «BELGRADER TREFFENS 1977» DER KONFERENZ ÜBER
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

Nicht ausgeteilt

Bern, 5. März 1978

Das erste der in der Schlussakte² erwähnten Folgetreffen der 35 Teilnehmerstaaten im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) steht vor dem Abschluss. Am Abend des 4. März haben eine Anzahl Delegationen aus der NATO, dem Warschaupakt und aus der Gruppe der Neutralen und Blockfreien (N + N) dem Treffen den Entwurf zu einem Schlussdokument³ unterbreitet, über den Montag den 6. März 1978 abgestimmt wird. Es kann angenommen werden, dass der für diesen Beschluss erforderliche Konsensus zustandekommen wird, nachdem nur Malta noch Bedenken angemeldet hat⁴.

Entgegen den Erwartungen welche die Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter auch die Schweiz, in dieses Treffen und in seinen Ausgang setzten⁵, zeigten die Verhandlungen der letzten Wochen, dass es nicht möglich ist, sich auf ein substantielles Schlussdokument zu einigen⁶. Im Antrag an den Bundesrat vom 26. September 1977⁷ betreffend die Instruktionen für die schweizerische Delegation an diesem Treffen stellte das Eidgenössische Politische Departement fest, der Verlauf dieser Zusammenkunft hänge weitgehend von dem damals «nicht mit Sicherheit vorauszusehenden Verhalten der Teilnehmerstaaten, nicht zuletzt von demjenigen der USA und der UdSSR» ab. Gerade die Beziehungen zwischen Washington und Moskau waren jedoch in den letzten Monaten beträchtlichen Spannungen unterworfen. Dies ist einerseits auf die Menschenrechtsfrage und ihre Auswirkungen, insbesondere im Herrschaftsbereich der UdSSR⁸, sowie die beträchtlichen Aufrüstungsbestrebungen der

1. Antrag: CH-BAR#E1004.1#1000/9#853*. Unterzeichnet von P. Aubert.

2. Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21. Juli 1975, doc. CSCE/CC/64, BBl, 1975, II, S. 924–1006. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 177, dodis.ch/38875.

3. Für das dem Bundesrat unterbreitete *Projet de déclaration finale de la réunion de Belgrade 1977* (CSCE), das doc. CSCE/BM/78 entspricht, vgl. das BR Prot. Nr. 410 vom 6. März 1978, dodis.ch/49325.

4. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 54 von R. Bindschedler an P. Aubert, A. Weitnauer und die Politische Direktion des Politischen Departements vom 2. März 1978, dodis.ch/49388.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 89, dodis.ch/49323.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 121, dodis.ch/49324.

7. Für den Antrag vgl. das BR-Prot. Nr. 1625 vom 3. Oktober 1977, dodis.ch/49389.

8. Zur Menschenrechtspolitik der Regierung Carter vgl. das Schreiben von R. Probst an A. Weitnauer vom 22. Februar 1977, dodis.ch/49376; das Schreiben von E. Brunner an A. Weitnauer vom 11. März 1977, dodis.ch/49377 sowie die Notiz von J. Cuendet vom 20. März 1978, dodis.ch/49787. Für eine Intervention der schweizerischen Delegation zu Gunsten der Einhaltung von Menschenrechten in der UdSSR vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 96, dodis.ch/48698. Zur Frage der Entwicklung einer

Warschaupaktstaaten und andererseits auf die Entwicklung im Horn von Afrika⁹ zurückzuführen. Die schweizerische Delegation wird in ihrem Bericht¹⁰ an den Bundesrat über das «Belgrader Treffen 1977» näher auf den Konferenzverlauf eingehen.

Es kann aber schon jetzt festgestellt werden, dass dieses Treffen wohl den ersten Teil seines Mandats erfüllte, indem es «einen vertieften Meinungsaustausch über die Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben» pflegte und dass dieser Gedankenaustausch über die Entwicklung in den einzelnen Signatarstaaten auf allen durch die Schlussakte erfassten Gebieten zweifellos als positives Novum im gesamteuropäischen Dialog gewertet werden muss. Die kompromisslose Haltung der osteuropäischen Staaten gestattete es jedoch nicht, wie vorgesehen, auch «über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft» zu verhandeln. Somit entfielen die vorwärtsblickenden Aspekte der Konferenztätigkeit, die Prüfung der zahlreichen, damit in Zusammenhang stehenden Vorschläge, was wiederum den Verzicht auf ein substantielles Schlussdokument erklärt.

Das am 4. März eingebrachte Dokument stellt, an einen protokollarischen Teil ausschliessend fest, dass die Mitgliedstaaten sich der Bedeutung einer Weiterführung des Entspannungsprozesses bewusst sind, dass sie die Bestimmungen der Schlussakte bekräftigen und den Meinungsaustausch über die Inkraftsetzung der einzelnen Bestimmungen an sich als einen Beitrag im Hinblick auf die Zielsetzungen der KSZE betrachten. Es wird festgehalten, dass mit Bezug auf die dem Treffen unterbreiteten Vorschläge kein Konsensus erzielt werden konnte. Trotzdem einigen sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der Konferenzfolgen der KSZE auf die Einberufung eines weiteren Treffens in Madrid am 11. November 1980. Im September 1978 soll in Montreux, entsprechend der Schlussakte, das von der Schweiz angeregte Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen beginnen¹¹. Auf Juni 1978 wird in Bonn unter der Bezeichnung «Wissenschaftliches Forum» eine Zusammenkunft führender Persönlichkeiten der Wissenschaft aus allen Teilnehmerstaaten einberufen¹². Eine Arbeitsgruppe wird an einem noch zu bestimmenden Datum in La Valetta zusammentreten und sich mit den vor allem die Mit-

schweizerischen Menschenrechtspolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 114, dodis.ch/49960.

9. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 6 von F. Bohnert vom 21. März 1977, dodis.ch/53267; den Politischen Bericht Nr. 17 von F. Bohnert vom 24. Juni 1977, dodis.ch/50852; die Notiz von J. Cuendet vom 20. Januar 1978, dodis.ch/50358; den Politischen Bericht Nr. 7 von F. Bohnert vom 13. März 1978, dodis.ch/53268; das Referat von P. Aubert von 1. Mai 1978, dodis.ch/48333 sowie den Politischen Bericht Nr. 25 von F. Bohnert vom 17. Juli 1978, dodis.ch/53269.

10. Bericht von R. Bindschedler, E. Brunner und H. Renk vom 31. März 1978, dodis.ch/49390.

11. Zum zwischen dem 31. Oktober und 11. Dezember 1978 abgehaltenen KSZE-Expertentreffen in Montreux vgl. den Bericht von B. Godet vom 19. Februar 1979, dodis.ch/49392.

12. Vgl. dazu den Bericht von P. Troendle vom 4. August 1978, dodis.ch/49395 sowie die Notiz von N. Roulet vom 19. September 1978, dodis.ch/49396.

telmeerstaaten betreffenden Fragen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur befassen¹³.

Es war nicht möglich Expertengruppen einzusetzen, die sich mit den die Schweiz besonders interessierenden Fragen des Austauschs von und des Zugangs zu Informationen¹⁴ einerseits und des Ausbaus der sogenannten vertrauensbildenden Massnahmen andererseits befasst hätten, da hierüber keine Einigung erzielt werden konnte.

Unter Bezugnahme auf diese Ausführungen beehren wir uns zu *beantragen*:

Das Eidgenössische Politische Departement wird beauftragt, die schweizerische Delegation am «Belgrader Treffen 1977» der KSZE zu ermächtigen, dem am 4. März 1978 eingebrachten Entwurf zu einem Schlussdokument¹⁵ zuzustimmen¹⁶.

13. Zur Vorbereitung des KSZE-Expertentreffens in La Valletta vgl. die Notiz von P. Troendle vom 20. September 1978, dodis.ch/49393, Punkt 5.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213.

15. Für das dem Bundesrat unterbreitete Projet de déclaration finale de la réunion de Belgrade 1977 (CSCE), das doc. CSCE/BM/78 entspricht, vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 6. März 1978, dodis.ch/49325. Für die finalisierte Version des abschliessenden Dokuments des Belgrader Treffens 1977 vom 8. März 1978 vgl. dodis.ch/49391.

16. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 6. März 1978, dodis.ch/49325.

127

dodis.ch/49898

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger¹

[Bern,] 8. März 1978

Nach meiner Ansicht können die Fragen des norwegischen Fernsehens, die mir recht harmlos scheinen, in folgender Richtung beantwortet werden:

1. Ursachen der Stabilität der Schweiz, insbesondere der geringen Teuerungsrate

a) Für unser Land spezifische wirtschaftliche Tatbestände:

- Stärkster Konjunktureenbruch aller OECD-Länder 1975 hat Inflationsmentalität gebrochen;
- Arbeitsfriede und disziplinierte Haltung der Gewerkschaften bezüglich Lohnerhöhung;
- Innenpolitische Stabilität.

b) Wirtschaftspolitische Absicherung der Stabilität

1. Notiz: CH-BAR#E1004.1#1000/9#853*. Unterzeichnet von P. R. Jolles. Die Notiz wurde von F. Honegger dem Bundesrat vorgelegt, der von den Erwägungen zustimmend Kenntnis nahm. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 495 vom 15. März 1978, dodis.ch/49898. Vgl. ferner das BR-Beschlussprot. II vom 9. März 1978 der 9. Sitzung vom 6. März 1978, dodis.ch/49895.

- Vorsichtige Geldmengenpolitik der Nationalbank²;
 - Bestreben, das Budgetdefizit der öffentlichen Hand nicht allzu stark anwachsen zu lassen; Sparmassnahmen;
 - Verzicht auf weitere Arbeitszeitverkürzung;
 - Vorsichtig dosierte Investitionsprogramme ohne inflatorische Auswirkungen.
- c) *Währungspolitik und Wechselkursentwicklung*³
- Inflationsimport weitgehend ausgeschaltet durch Aufwärtsfloaten des Frankenurses⁴; Milderung der Erdölpreiserhöhung⁵.
 - Massiver Kapitalexport, um kursstützende Interventionen zu neutralisieren⁶.
 - Gleichzeitig stellt Währungsentwicklung aber auch grösstes Aussenwirtschaftsproblem für die Schweiz dar. Plädoyer für verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

2. Gründe für geringe Arbeitslosenquote

- Verlust von 300'000 Arbeitsplätzen auch bei uns, aber Fremdarbeiterpolster⁷.
- Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht zwangsweise exportiert worden; keine Rückweisungen, sondern lediglich Nichterneuerung von Saisonierstellen.
- Redimensionierungs- und Anpassungsprozess wurde vom Staat nicht behindert; somit Umlagerung der Arbeitskräfte auf Wachstumsindustrien und Innovationssektor.

3. Hauptziele der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik

- Offenhaltung der Märkte; Eindämmung des Protektionismus; Unterstützung der neuen GATT-Runde⁸; Absicherung des europäischen Freihandelsraumes⁹.
- Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen¹⁰ und Erhöhung der Versorgungssicherheit auf dem Rohstoffgebiet¹¹.
- Aktive Teilnahme an den Bemühungen zur Verbesserung der Weltwirtschaftslage (Kapitalexport; überproportionale Teilnahme an internationalem Währungsbestand; Recycling der Petrodollars¹²; Beitrag an Ankurbelung des weltwirtschaftlichen Wachstums durch Offenhaltung des freien

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 3, dodis.ch/39503.

3. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 17, dodis.ch/49295; Dok. 175, dodis.ch/50145; Dok. 180, dodis.ch/50147.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 158, dodis.ch/35738 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 3, dodis.ch/39503 und Dok. 7, dodis.ch/39504.

5. Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen vom 17. Dezember 1976, dodis.ch/52187.

6. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 636 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 29. September 1978, dodis.ch/49363 sowie das Telegramm von A. Hegner vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/50181.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 86, dodis.ch/38402 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423, Punkt 2.1 und Dok. 119, dodis.ch/49424.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 74, dodis.ch/50105 sowie die Rede von P. R. Jolles vom 23. Januar 1978, dodis.ch/50106.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 33, dodis.ch/48716; Dok. 85, dodis.ch/49373 sowie Dok. 183, dodis.ch/49374.

10. Vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.

11. Vgl. dazu die Notiz von G. Kündig an J. Zwahlen vom 7. Oktober 1976, dodis.ch/52184.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 123, dodis.ch/39500, Anm. 4.

Zugangs zum schweizerischen Markt und Inkaufnahme des Aufwärtsflottes des Frankens, Verzicht auf Devisenbewirtschaftung).

- Notwendigkeit eines gegenseitig abgestimmten internationalen Massnahmenpaketes im Bereich der Währungspolitik, Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Energiepolitik und Konjunkturpolitik. Unterstützung der Bemühungen der OECD zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit¹³ und Schnürung eines entsprechenden Massnahmenpaketes. Nur auf diese Weise können die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte behoben werden.

13. Vgl. dazu das Schreiben von K. Jacobi vom 26. Juni 1978, dodis.ch/51932.

128

dodis.ch/48207

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

SOMMERZEIT²

Bern, 14. März 1978

1. Tatbestand

a) Die Bundesversammlung hat am 24. Juni 1977, gestützt auf Art. 40, Abs. 1 der Bundesverfassung und nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates über ein Zeitgesetz vom 11. Mai 1977³, folgendes beschlossen:

«1 Der Bundesrat kann, um Übereinstimmung mit benachbarten Staaten zu erreichen, die Sommerzeit einführen.

3 Der Bundesrat legt jeweils den Zeitpunkt der Umstellung fest».

b) Gegen das Zeitgesetz wurde aus vorwiegend bäuerlichen Kreisen mit 83'151 Unterschriften das Referendum ergriffen.

Der Souverän wird sich gemäss Bundesratsbeschluss vom 1.2.1978⁴ am 28. Mai 1978⁵ letztlich zu äussern haben.

1. Notiz: CH-BAR#E7113A#1990/132#126* (777.110). Verfasst von A. Egger und unterzeichnet von F. Blankart. Kopie an A. Weitnauer, P. R. Jolles, C. Sommaruga, den Rechtsdienst der Finanzverwaltung und das Amt für Mass und Gewicht des Finanz- und Zolldepartements, das Generalsekretariat und das Amt für Verkehr des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, die schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften in Brüssel und den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg.

2. Vgl. dazu auch den Bericht des Finanz- und Zolldepartements vom 25. April 1977, dodis.ch/48105.

3. Botschaft des Bundesrats über ein Zeitgesetz vom 11. Mai 1977, dodis.ch/52182.

4. BR-Prot. Nr. 132 vom 1. Februar 1978, CH-BAR#E1004.1#1000/9#852*.

5. Das Zeitgesetz vom 24. Juni 1977 wurde mit 52,1% Nein-Stimmen und von 14^{4/2} Ständen verworfen. Vgl. dazu BBl, 1978, II, S. 365–368.

Im Falle einer Annahme des Referendums wird das Gesetz nicht rechts-wirksam, sondern geht zurück an den Bundesrat.

Im Falle einer Ablehnung des Referendums, was 1977 leicht wahrschein-lich gewesen wäre⁶, wird dem Bundesrat die Kompetenz eingeräumt, in Über-einstimmung mit den benachbarten Staaten gegebenenfalls eine Sommerzeit einzuführen.

2. Die gegenwärtige Situation im Inland

a) In Bern ist in den ersten Tagen dieses Monats ein Patronatskomitee gebildet worden (kantonale Aktionskomitees sind ebenfalls vorgesehen), das die zur Abstimmung gelangende Vorlage bekämpfen will. Nach Meinung des Landwirtschaftlichen Informationsdienstes (LID) ist eine breitangelegte Aufklärung der Bevölkerung geplant. Die Landwirtschaft sei überzeugt, dass sie auch in den andern Bevölkerungskreisen auf Unterstützung zählen könne. Die Sommerzeit bringe der Schweiz keine Vorteile, vielen Mitbürgern aber Nachteile, und zwar nicht nur den Bauern⁷ (Schwierigkeit, die Kinder ins Bett zu bringen, Störung des Biorythmus, etc. ...).

b) In Anlehnung an die verwaltungsinterne Kompetenzenverteilung⁸ vom 22.3.1977 in dieser Angelegenheit, wird das Eidg. Amt für Messwesen dem-nächst aufklärende Beiträge zum Thema Sommerzeit in der Presse verbreiten⁹.

c) Nach Auskünften des Schweiz. Fremdenverkehrsverbandes will dieser «pro-Sommerzeit» organisieren.

3. Die gegenwärtige Situation in Europa

a) Nach den bei uns vorliegenden Informationen wird die Sommer-zeit 1978 in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, *Frankreich*, Portugal, Griechenland und der Türkei am 2. April beginnen. Mit Ausnahme von Grie-chenland und der Türkei, wo die Sommerzeit am 24. September enden soll, wird sie durchwegs am 1. Oktober enden.

In Italien wird die Sommerzeit am 28. Mai 1978 beginnen und am 1. Ok-tober enden. Italien ist nur bereit, sich auf die «französische Sommerzeit» umzustellen, falls dies auch die Schweiz (und die BRD) tut.

In Grossbritannien und Irland beginnt die Sommerzeit bereits am 19. März und endet erst am 29. Oktober 1978. Langfristig sind diese beiden Staaten

6. Fussnote im Originaltext: Gemäss einer Meinungsumfrage im März 1977 von Isopublic im Auf-trag der «Weltwoche» bei 1000 Personen vermochte sich nur die Hälfte (51%) der Schweizer für die Sommerzeit zu erwärmen: 41% waren damals noch dagegen. Mit 46 zu 45% war die deutsche Schweiz unentschieden, während sich die Westschweiz mit 66% zu 29% überwiegend für die Sommerzeit aussprach.

7. Vgl. dazu das Schreiben von F. Blankart an J.-C. Piot vom 22. April 1977, dodis.ch/48104.

8. Fussnote im Originaltext: «Vu les incidences sur le plan international et national, la proposi-tion au Conseil fédéral sera faite conjointement par le chef du département politique [P. Aubert] et par le chef du département des finances [G.-A. Chevallaz]. La coordination sera confiée au département des finances, la surveillance de l'exécution en Suisse au Bureau des poids et des me-sures, et les contacts avec l'étranger au Bureau de l'intégration. Le secrétariat général du Dépar-tement des transports et communications et de l'énergie assurera le contact avec les milieux des transports et de l'énergie. L'exécution restera l'affaire des cantons». (Procès verbal de la Séance du 22.3.1977 concernant l'introduction en Suisse de l'heure d'été). Vgl. die Notiz von J. M. Virieux vom 22. März 1977, dodis.ch/52183.

9. Vgl. dazu den Bericht vom 20. April 1978, dodis.ch/48107.

aber bereit, die französische Lösung zu akzeptieren, falls sich die kontinentalen EG-Staaten ihr anschliessen.

Im Nordischen Rat, der die Länder Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island umfasst, wurde kürzlich beschlossen, dass ein Entscheid über die Einführung der Sommerzeit noch nicht reif sei.

In *Österreich* wird 1978 gemäss Beschluss des Ministerrates vom 17.1.1978 keine Sommerzeit eingeführt. Die Bundesregierung hatte zwar am 14.6.1977 beschlossen, dass die Sommerzeit vom 2.4.–30. September eingeführt werden sollte, da zu jenem Zeitpunkt seitens der BRD und der Schweiz die erklärte Absicht bestand, im Jahre 1978 die Sommerzeit einzuführen. Der Entscheid für 1979 hängt von der Schweiz und der BRD ab. Dasselbe gilt für *Liechtenstein*.

In der *BRD* wird auch 1978 keine Sommerzeit stattfinden. Eine entsprechende Zeitgesetzesvorlage vom 4.4.1977 zur Einführung der Sommerzeit sollte dem Bundestag am 15. Juni 1977 vorgelegt werden, wurde jedoch zurückgezogen. Ob der deutsche Bundestag diese Vorlage noch dieses Jahr behandeln wird, ist nach Darlegungen der Schweizer Botschaft in Bonn noch ungewiss. In der BRD spielen neben der bürgerlichen und gewerkschaftlichen Opposition noch politische Aspekte, wie die West-Berlinfrage, eine bedeutende Rolle. Im übrigen wartet Deutschland auf den schweizerischen Entscheid.

b. Eine nicht unbedeutende Rolle für die Einführung einer *harmonisierten* Sommerzeit kommt somit der Schweiz zu, dies insofern, als die angrenzenden Länder BRD, Österreich, Liechtenstein und Italien ihren Entscheid weitgehend von uns abhängig machen. In einer Antwort auf eine Anfrage von Herrn Berkhouwer an den Rat der Europäischen Gemeinschaften wurde u. a. dazu folgendes ausgeführt: «Der Rat macht den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam, dass es bei der Harmonisierung der europäischen Sommerzeit *nicht* um eine rein technische Frage geht. Eine solche Harmonisierung wirft nämlich sowohl auf Verwaltungsebene als auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich echte Schwierigkeiten auf. Dazu kommt, dass die Einführung oder Änderung der Sommerzeit eine Änderung der Rechtsvorschriften einiger Mitgliedstaaten notwendig macht. *Schliesslich ist noch die Frage offen, ob die Schweiz als wichtiges Durchfuhrland für innergemeinschaftliche Beförderungen bereit wäre, sich der von der Gemeinschaft beschlossenen Regelung (1979: 1.4–14.10) anzuschliessen.*»

c) An einer vom schweizerischen Vertreter beim Europarat angeregten und am 5. und 6. Dezember in Strassburg durchgeführten Sitzung des «Comité ad hoc d'experts sur l'introduction de l'heure d'été en Europe¹⁰» wurde festgehalten, dass für 1979 Ansätze für eine hinsichtlich Anfang und Ende harmonisierte Sommerzeit bestehen. Ob dies allerdings realisierbar sei, hänge vor allem davon ab, ob die Regierung der BRD, auf die die überwiegende Anzahl der unentschlossenen Länder abstellt, das Zeitgesetz dem Bundestag frühzeitig, d. h. vor den Sommerferien, vorlegen werde. *Eine entscheidende Wendung dürfte u. E. die Diskussion zugunsten der Einführung einer harmo-*

10. Vgl. dazu den Bericht von A. Egger vom 28. Dezember 1977, dodis.ch/52199. Zum Europarat vgl. ferner die Notiz von F. Blankart an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 14. April 1977, dodis.ch/48110.

nisierten Sommerzeit in der BRD im speziellen und in Westeuropa im allgemeinen dann nehmen, wenn das Schweizervolk das Referendum verwerfen sollte, womit dem Bundesrat die Kompetenz zufallen würde, in Übereinstimmung mit den benachbarten Staaten, eine einheitliche Sommerzeit einzuführen. Sollte der Souverän das Referendum hingegen gutheissen, so würde die Schweiz (d. h. die schweizerische Landwirtschaft) eine gesamteuropäische Lösung über Jahre hin verunmöglichen, was nicht zu vernachlässigende aussenpolitische Folgen zeitigen könnte, dies ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Nachteilen eines schweizerischen Alleingangs, bzw. einer nicht-harmonisierten Regelung des Problems.

4. Weiteres Vorgehen

In einer verwaltungsinternen Sitzung werden wir das weitere Vorgehen, vor allem in Anbetracht des soeben gegründeten Patronatskomitees gegen die Einführung der Sommerzeit, besprechen¹¹. Jedenfalls sollte sich aber auch der Bundesrat demnächst darüber klarwerden, mit welchem Intensitätsgrad er in den Abstimmungskampf eingreifen will, nachdem er in der Antwort auf die Anfrage Butty (76.780) auf die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Lage hingewiesen hat (s. Beilage)¹².

11. Vgl. dazu das Protokoll von O. Piller der Sitzung vom 31. März 1978, dodis.ch/48106.

12. BR-Prot. Nr. 2144 vom 29. November 1976, dodis.ch/52193.

129

dodis.ch/48768

*Der Sektionschef der Politischen Abteilung III des Politischen Departements,
P. Stauffer, an den Direktor von Pro Helvetia, L. Boissonnas¹*

KULTURABKOMMEN²

Bern, 16. März 1978

Einem von der Gruppe I Ihres Stiftungsrates an ihrer letzten Sitzung des vergangenen Jahres ausgesprochenen Wunsch³ nachkommend, möchten wir im folgenden zu einigen Aspekten des Themas Kulturabkommen Stellung nehmen. Wir glauben es uns ersparen zu können, das Problem in seiner ganzen Breite aufzurollen, da der Bericht der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland (Dezember 1974)⁴ die Auffassung der in der

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2003A#1990/3#891* (o.302). Kopie an A. Weimauer, F. Pometta, M. Jaccard und die schweizerische Botschaft in Brüssel.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von L. Favre vom 27. September 1978, dodis.ch/48769.

3. Vgl. das Protokoll von W. Huber vom 29. November 1977 der Sitzung vom 24. November 1977, dodis.ch/52353, S. 11.

4. Bericht der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland vom 11. Dezember 1974, dodis.ch/40558.

Kommission vertretenen Kreise in einer Weise umreisst, die u. E. nach wie vor Geltung beanspruchen darf. Wir gestatten uns daher anzuregen, dass Sie den interessierten Mitgliedern Ihres Stiftungsrates Kopie des vorliegenden Schreibens gegebenenfalls zusammen mit dem einschlägigen Kapitel (S. 85 ff.) des Berichts unterbreiten.

Wie erinnerlich, setzt sich der Bericht sowohl mit der Frage der *Möglichkeit*, als auch mit jener der *Wünschbarkeit* des Abschlusses von Kulturabkommen für die Schweiz auseinander.

Die erste Frage – *Möglichkeit* von Kulturabkommen – wird nach ihrer rechtlichen wie auch nach ihrer vollzugstechnisch-praktischen Seite hin untersucht.

In *rechtlicher* Hinsicht lautet die Antwort uneingeschränkt positiv, d. h. die althergebrachte These von der angeblichen Unmöglichkeit eines Vertragsabschlusses infolge mangelnder Bundeskompetenz auf kulturellem Gebiet wird als unfundiert zurückgewiesen.

Anerkannt wird dagegen, dass mit Schwierigkeiten *vollzugstechnisch-praktischer* Art zu rechnen wäre. Sie dürften insbesondere bei der Erfüllung der in Kulturabkommen enthaltenen «Importverpflichtungen» auftreten. Da es sich bei den potentiellen schweizerischen Abnehmern der ausländischen Darbietungen, die wir aufgrund eines Kulturabkommens bei uns zu präsentieren verpflichtet wären, grösstenteils um autonome öffentliche Institutionen wie Museen und Theater, wenn nicht sogar um private Unternehmen wie Kinos und Konzertagenturen handelt, könnten solche ausländische Veranstaltungen nur aufgrund freiwilliger Mitwirkung dieser Abnehmerkreise in der Schweiz plziert werden. Mit gewissen Problemen wäre in diesem Zusammenhang zweifellos zu rechnen; sie liessen sich u. E. indessen dadurch entschärfen, dass unsere potentiellen Abnehmer in einem internen Verfahren zum voraus nach ihren Wünschen gegenüber dem Partnerland befragt würden (z. B. «über welches Thema würden Sie gerne eine Ausstellung aus dem Lande X in Ihrem Museum präsentieren?»). Das Ergebnis dieser Konsultation wäre dann als schweizerisches Desiderat in den Verhandlungen um die Festlegung des bilateralen Austauschprogramms vorzubringen. Der Sinn dieses Vorgehens läge darin, nach Möglichkeit zu verhüten, dass uns vom ausländischen Partner Vorschläge unterbreitet würden, die wir wegen mangelnden intern-schweizerischen Interesses von vornherein ablehnen müssten.

Über die Frage der *Wünschbarkeit* von Kulturabkommen äussert sich der Bericht der Koordinationskommission zurückhaltend und eher summarisch. Die besonderen schweizerischen Verhältnisse, heisst es dazu namentlich, dürften einen Abschluss nur dann rechtfertigen, wenn Gründe von besonderer Wichtigkeit dies geboten erscheinen liessen.

Solche wichtige Gründe können primär politischer Natur sein⁵, wenn man sich z. B. von einem Abkommen eine allgemeine «Klimaverbesserung» in den Beziehungen zum Partnerland versprechen zu können glaubt. Denkbar ist aber auch, dass durch einen Vertragsabschluss vor allem eine Erleichterung des Kulturaustausches als solchen und insbesondere eine Optimierung der

5. Zur kulturellen Aussenpolitik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 115, dodis.ch/48763.

«Absatzbedingungen» für unsern Kulturexport nach dem Partnerland angestrebt wird. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass Länder mit staatlich reglementierten Kulturleben es in der Hand haben, den Zugang ausländischer Darbietungen zu ihrer Kulturszene vom Vorhandensein vertraglicher Vereinbarungen abhängig zu machen, während anderseits unser «freier Markt» ihrem Kulturexport weit offen steht.

Bisher ist uns zwar kein Fall bekannt geworden, wo schweizerische Exportwünsche unter Berufung auf den gegenüber unserem Land bestehenden vertragslosen Zustand generell abgelehnt worden wären, hingegen haben zweifellos gerade auch Sie die Erfahrung machen müssen, dass eine Schlechterbehandlung unserer Anliegen verglichen mit solchen von Ländern mit vertraglich geregelten Beziehungen zum betreffenden Abnehmerstaat immer wieder vorkommt. Mitunter wird uns bekanntlich offen gesagt, man könne auf ein Angebot unsererseits nicht – oder zumindest nicht zu dem von uns vorgeschlagenen Zeitpunkt – eingehen, weil man prioritär Verpflichtungen gegenüber Vertragspartnern zu erfüllen habe. Oft dürfte es sich hier nicht um blosser Ausflüchte handeln, wobei auch in Rechnung zu stellen ist, dass die zuständigen Behörden in Ländern mit staatlich reglementiertem Kulturbetrieb es schon ihrem bürokratischen Wesen gemäss lieber mit vorprogrammierten und vertraglich abgesicherten Projekten zu tun haben, als mit «freischwebenden» Vorhaben aus der Schweiz, die weniger leicht in vorgegebene administrative Kanäle geleitet werden können.

Gewichtige Indizien lassen sodann darauf schliessen, dass in gewissen Ländern auch die finanziellen Bedingungen, zu denen schweizerische Darbietungen präsentiert werden, ungünstiger sind als jene, die man Partnern mit Kulturabkommen einräumt. Diese Feststellung dürfte in gewissem Umfang zutreffen mit Bezug auf Italien⁶; in Belgien⁷ gelangen nur ausländische Veranstaltungen, die im Rahmen eines vertraglich vereinbarten Kulturaustauschs stattfinden, in den Genuss eines staatlichen Werbekosten-Beitrags, woraus sich ein Diskriminationseffekt gegenüber schweizerischen Darbietungen ergibt.

In finanzieller Hinsicht noch bedeutsamer wäre es, wenn in (oder am Rande von) Kulturabkommen mit den Oststaaten⁸ eine Besserstellung unserer dort auftretenden Künstler bezüglich des Transfers von Gagen und Honoraren erwirkt werden könnte. Heute werden diese Zahlungen bekanntlich grösstenteils in nicht transferierbarer Landeswährung ausgerichtet, was den Anreiz zu Auftritten in jenen Ländern für die Vertreter unseres Kulturlebens stark vermindert, während Künstler und Ensembles aus dem europäischen Osten sich scharenweise auf die devisenträchtige schweizerische Kulturszene drängen.

Gute Gründe sprechen somit für eine Überprüfung unserer bisherigen strikte ablehnenden Haltung in der Frage der Kulturabkommen. Dabei ver-

6. Zu den kulturellen Beziehungen mit Italien vgl. das BR-Prot. Nr. 1278 vom 16. August 1978, dodis.ch/49426, Punkt 10.

7. Vgl. dazu das Schreiben von F. Pometta an die schweizerische Botschaft in Brüssel vom 10. Januar 1978, dodis.ch/48766.

8. Vgl. dazu die Notiz von P. Stauffer vom 15. April 1977, dodis.ch/51016.

hehlen wir uns nicht, dass uns der Übergang zu einer aktiven Abkommenspolitik voraussichtlich nicht nur Vorteile zu verschaffen vermöchte, sondern uns – vor allem in der Anfangsphase – auch eine erhebliche Mehrarbeit verursachen würde. Voraussichtlich würden Pro Helvetia und das EPD sich diese Mehrbelastung zu teilen haben, was sich schon aus dem Umstand ergeben dürfte, dass Kulturabkommen bzw. -vereinbarungen, je nach den Verhältnissen im Partnerland, entweder auf staatlicher oder aber auf halbstaatlicher Ebene geschlossen werden müssten. Für den Abkommensvollzug wären wohl zweckmässigerweise gemischte Kommissionen aus Vertretern des staatlichen, halbstaatlichen und privaten Sektors vorzusehen.

Mit den vorstehenden, keineswegs erschöpfenden Ausführungen sowie dem einschlägigen Kapitel des Berichts der Koordinationskommission dürfte eine zunächst wohl ausreichende Diskussionsgrundlage für die Erörterung des Themas Kulturabkommen gegeben sein. Ihrer Stellungnahme dazu sehen wir mit Interesse entgegen und würden es auch begrüßen, diesem Fragenkomplex demnächst konferenziell mit Vertretern Ihrer Stiftungsbehörden weiterbehandeln zu können.

Zu Ihrer zusätzlichen Information lassen wir Ihnen anbei die Texte der Kulturabkommen zwischen

- Finnland : Italien
- Niederlande : Israel
- Australien : Sowjetunion
- Australien : Italien
- Australien : Iran

zukommen und halten uns für ergänzende Auskünfte gerne zu Ihrer Verfügung.

130

dodis.ch/48810

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹

OLP

[Berne,] 21 mars 1978

La note du 15 mars 1978 de l'Ambassade d'Israël² comprend les points suivants:

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2003A#1990/3#43* (o.107.3.012). Rédigée par F. Pometta et R. Mayor et signée par F. Pometta. Copie à A. Weimauer, la Direction du droit international public et la Division politique II du Département politique. Cette copie a été adressée à la Section des Nations Unies et des Organisations internationales du Département politique. Visée par F. Gruber, M. von Grünigen, R. Mayor et A. Ritz.

2. *Note de l'Ambassade d'Israël à Berne à P. Graber du 15 mars 1978, doss. comme note 1.* Cf. aussi la notice de A. Weimauer à P. Aubert du 15 mars 1978, dodis.ch/48809. Pour les relations de la

- énumération des activités terroristes de l'OLP et des organisations qui en dépendent ou s'en réclament;
- demande de fermeture du bureau de l'OLP à Genève.
- Israël conteste l'interprétation que la Suisse donne à son accord de siège avec les Nations Unies³:

«Un examen attentif de l'accord entre la Suisse et les Nations Unies ne laisse pas apparaître une obligation pour le Gouvernement fédéral d'autoriser le fonctionnement illimité de bureaux permanents d'organisations, étant donné qu'il suffirait de rendre possible, de cas en cas, l'accès de délégués, invités ou observateurs aux réunions de l'ONU se tenant à Genève.»

- Israël estime que les activités de l'OLP à Genève dépassent le cadre des Nations Unies, notamment par des activités de propagande et d'information.
- Israël estime, en outre, que le bureau de Genève sert de centre de coordination aux activités de l'OLP en Europe «y compris, on doit le supposer, les activités terroristes décrites ci-dessus».
- Israël souhaite que la question ne soit pas traitée «comme une affaire de routine». La fermeture d'urgence du bureau de l'OLP à Genève est une mesure dans le cadre de la lutte mondiale contre le terrorisme; il faut noter toutefois qu'Israël ne paraît pas s'opposer à la participation, de cas en cas, de l'OLP à des séances des Nations Unies et des organisations spécialisées.

Nous ne pensons pas qu'il soit particulièrement urgent de répondre à la note de l'Ambassade d'Israël; il faut en peser mûrement les termes, d'entente entre les services intéressés, puisque Israël conteste l'interprétation et l'application de notre accord de siège avec l'ONU. Nous proposons de développer les arguments suivants:

- Le Gouvernement suisse condamne le terrorisme sous toutes ses formes et quelle que soit son origine. Il réitère au Gouvernement israélien les sentiments de sympathie exprimés par le Chargé d'affaires de Suisse à Tel Aviv à la suite du récent attentat⁴.
- Le Gouvernement suisse n'a jamais admis que le territoire suisse puisse servir de base au terrorisme international et a pris et continuera à prendre toutes les mesures nécessaires à cet effet, conformément à la législation nationale et à ses engagements internationaux.
- Le Gouvernement israélien en sa qualité de membre des Nations Unies sait que l'accord de siège conclu par la Suisse avec cette organisation a pour but de permettre à cette dernière d'exercer dans les meilleures conditions possibles les activités découlant des principes et des objectifs établis par la Charte des Nations Unies.
- Le statut du bureau d'observation de l'OLP à Genève – un statut ad hoc limité – découle de la résolution 3237 (XXIV) de l'Assemblée générale⁵

Suisse avec l'OLP, cf. DDS, vol. 27, doc. 81, dodis.ch/48807.

3. Accord sur les privilèges et immunités de l'Organisation des Nations Unies conclu entre le Conseil fédéral suisse et le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies du 19 avril 1946, RO, 1963, S. 402. Cf. aussi RO, 1956, pp. 1171–1181.

4. Cf. le télex de J. L. Kaufmann à M. Dayan du 13 mars 1978, CH-BAR#E2200.170#1995/363#63* (362.20).

5. Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 22 novembre 1974, UN doc. A/RES/3237

qui invite notamment l'OLP à «participer aux sessions et aux travaux de toutes les conférences internationales convoquées sous les auspices de l'Assemblée générale en qualité d'observateur» et «considère que l'OLP a le droit de participer en tant qu'observateur aux sessions et aux travaux de toutes les conférences internationales convoquées sous les auspices d'autres organes de l'Organisation des Nations Unies». L'OLP a en outre été expressément invitée à participer aux travaux de la plupart des institutions spécialisées des Nations Unies ayant leur siège en Suisse ainsi que d'autres conférences internationales⁶.

- C'est à la demande du directeur général de l'Office des Nations Unies à Genève⁷ et en vertu de l'accord de siège du 19 avril 1946 que le Conseil fédéral a accordé au Bureau de l'OLP «les facilités, privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour accomplir sa mission en relation avec les termes de la Résolution 3237 (XXIX) de l'Assemblée générale»⁸.

Comme vous le voyez, nous avons l'intention de répondre à l'Ambassade d'Israël⁹ en nous plaçant strictement sur le plan de nos obligations vis-à-vis des Nations Unies.

On pourrait évidemment ajouter que, du point de vue de la Suisse, le fait de garantir les privilèges et immunités nécessaires à l'exercice d'un statut d'observateur n'implique pas la reconnaissance sur le plan international du statut de l'entité qui jouit de ce statut. Dans le cas particulier de l'OLP, il s'agit à cet égard d'être prudent, car si d'une part nous avons condamné les activités terroristes de cette organisation, d'autre part nous lui avons accordé une sorte de reconnaissance de facto et nous devons aussi admettre – contrairement aux thèses israéliennes – que la reconnaissance du fait politique qu'est l'OLP est un facteur important dans la recherche d'une solution au problème du Moyen-Orient.

Nous ne pensons pas qu'il y ait lieu de renseigner la presse sur la position de la Suisse avant que le texte définitif de notre réponse n'ait été élaboré, de même qu'une «Sprachregelung». La position du Conseil fédéral est du reste connue (cf. notamment réponse du 8 septembre 1976¹⁰ à une lettre du 7 juillet de M. Schwarzenbach¹¹).

(XXIX).

6. Sur la participation de l'OLP aux Nations Unies, cf. la notice de F. Pometta à P. Aubert du 30 octobre 1978, dodis.ch/48811.

7. V. Winspeare-Guicciardi.

8. Cf. le PVCF N° 1126 du 25 juin 1975, dodis.ch/39528. Cf. aussi DDS, vol. 26, doc. 187, dodis.ch/38640.

9. Cf. la note du Département politique à l'Ambassade d'Israël à Berne, le communiqué de presse du Département politique et la notice de H. Kaufmann, tous du 31 mars 1978, doss. comme note 1.

10. Pour la lettre de K. Huber à J. Schwarzenbach du 8 septembre 1976, cf. le PVCF N° 1575 du 8 septembre 1976, CH-BAR#E1004.1#1000/9#835*.

11. Lettre de J. Schwarzenbach au Conseil fédéral du 7 juillet 1976, doss. comme note 1. Cf. aussi la notice de H. Kaufmann du 5 juillet 1976, dodis.ch/48803.

131

dodis.ch/49367*Co-rapport du Département politique au Conseil fédéral¹*

OCTROI DE LA GARANTIE DES RISQUES À L'EXPORTATION. TRANSKEI/AFRIQUE DU SUD

Berne, 23 mars 1978

Le Département politique fédéral accepte la proposition d'octroyer la garantie des risques à l'exportation dans l'affaire Escher-Wyss - Transkei/Afrique du Sud².

Le Département souhaite cependant saisir ce cas d'espèce pour faire quelques remarques. A. La garantie des risques à l'exportation s'est transformée notamment au fur et à mesure de l'évolution de la situation économique vers une phase de récession. La sécurité de l'emploi est toujours plus fréquemment invoquée pour solliciter la garantie. En outre, par suite de ses adaptations successives au contexte international nouveau (notamment depuis la couverture du risque monétaire) cet instrument est de plus en plus mis à contribution. Il en découle que l'évaluation du risque économique est aujourd'hui, plus qu'autrefois, fonction de l'appréciation de la situation politique. La conséquence de cette évolution est que la garantie des risques à l'exportation est devenue un instrument différent de celui que ses promoteurs avaient à l'esprit³. B. Le cas d'espèce qui fait l'objet de la proposition du Département de l'économie publique illustre parfaitement les considérations formulées ci-dessus.

1. Ce qui touche au Transkei, dans la proposition au Conseil fédéral, n'est qu'effleuré et assez inexact. Le Transkei est un «homeland» soit un sous-produit de la politique d'apartheid. À part l'Afrique du Sud, aucun État ne l'a reconnu. La Suisse n'échappe pas à cette règle⁴. L'Assemblée générale de l'ONU, en tant qu'interprète de la communauté internationale, a condamné, à plusieurs reprises, la politique sud-africaine des Bantoustans. Elle a aussi demandé de ne reconnaître aucun des «homelands» promis à l'indépendance.

De ce fait, l'indépendance du Transkei est plus fictive que réelle, cet État dépendant entièrement de Pretoria tant au point de vue politique qu'au point de vue économique. La Commission de la garantie des risques à l'exportation partage d'ailleurs implicitement la méfiance internationale envers le Transkei. On en trouve l'expression dans le fait qu'elle a décidé de demander à l'Afrique du Sud une garantie de paiement et de transfert.

1. *Co-rapport*: CH-BAR#E1004.1#1000/9#854*. Rédigé par J. Zwahlen et signé par P. Aubert.

2. Pour la proposition du Département de l'économie publique du 17 mars 1978, cf. le PVCF N° 577 du 5 avril 1978, dodis.ch/49367.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960, en particulier note 10.

4. Cf. la notice de J. Cuendet à P. Graber du 19 mai 1976, dodis.ch/49578; la notice de J. Monnier à la Direction politique du Département politique du 27 septembre 1976, dodis.ch/49579 et le PVCF N° 356 du 2 mars 1977, dodis.ch/51666.

Ce qui précède le montre à l'évidence, l'octroi de la garantie des risques à l'exportation pour cette affaire est politiquement délicat. Le Transkei porte le sceau de l'apartheid. Tout appui de la Suisse à un «homeland» est donc indésirable. Il risque d'exposer notre pays à de nombreuses et virulentes critiques. Nos détracteurs y verront certainement l'offre d'une source de devises qui renforcera le Transkei et permettra à l'Afrique du Sud de poursuivre sa politique d'apartheid.

2. Comme tout ce qui touche à l'Afrique du Sud revêt aussi une composante politique déterminante, le Département politique devrait avoir, à l'avenir, la possibilité d'être associé très tôt dans la procédure pouvant aboutir à l'octroi de la garantie des risques à l'exportation. Cette suggestion vaut mutatis mutandis pour tout pays dont la politique est sujette à de fortes critiques internationales.

En l'occurrence, la Commission de la garantie des risques à l'exportation a pris, en mai 1977, une décision de principe qui n'a pas été soumise au Conseil fédéral. À l'échéance de la décision de principe (23 mars), il n'est plus possible de bloquer cette affaire qui a considérablement progressé. C'est pourquoi le Département politique ne s'oppose pas à la proposition du Département de l'économie publique.

3. Le Département politique a été surpris par le raisonnement (page 2, alinéa 2 de la proposition) de la Commission de la garantie des risques à l'exportation. Elle semble, en effet, avoir invoqué la décision du Conseil fédéral d'accorder la garantie des risques à l'exportation dans l'affaire ESCOM, le 10 septembre 1975⁵, pour s'en prévaloir:

- i) pour un projet différent
- ii) environ deux ans plus tard (mai 1977)
- iii) pour un «pays» différent et contesté ainsi qu'en témoigne sa non reconnaissance par la quasi totalité de la communauté internationale.

Les conditions politiques et économiques se modifient rapidement en Afrique du Sud et au Transkei. À cette aune, deux ans constituent un long délai.

4. Le Département politique aimerait savoir si la Commission de la garantie des risques à l'exportation a donné son accord de principe – toujours sur la base de l'octroi de la garantie des risques à l'exportation par le Conseil fédéral en 1975 dans l'affaire ESCOM – à d'autres affaires que celle qui fait l'objet de la présente proposition.

5. Compte tenu de l'évolution défavorable des comptes de la garantie des risques à l'exportation, le Département se demande si la Commission de la garantie des risques à l'exportation ne devrait pas, à l'avenir, en référer plus systématiquement au Conseil fédéral que ce soit pour des affaires impliquant des montants relativement importants ou pour des pays internationalement critiqués.

Bien que la règle consiste à ne pas soumettre au Conseil fédéral les affaires de la garantie des risques à l'exportation, le Département politique constate une évolution de tendance au terme de laquelle le Conseil fédéral a été appe-

5. DDS, vol. 26, doc. 162, dodis.ch/38916.

lé à se prononcer plus fréquemment dans un passé récent⁶. Le Département est favorable à cette manière de faire. Il voudrait même la voir se renforcer et s'étendre aux décisions de principe concernant les affaires délicates⁷.

Au vu de ce qui précède, on réalisera aisément que ce n'est pas sans réserves que le Département politique a donné son accord à la proposition du Département de l'économie publique.

Aussi, pour éviter qu'une telle situation se reproduise, le Département politique propose que:

- i) le Conseil fédéral soit consulté plus régulièrement dans les affaires d'octroi de la garantie des risques à l'exportation et dans les décisions de principe touchant à des affaires délicates;
- ii) le Département politique fédéral soit associé aux processus de prises de décisions par la désignation d'un représentant dans la Commission de la garantie des risques à l'exportation selon les mêmes modalités qui font qu'il est associé à la Commission de la garantie des risques à l'investissement.

En outre, le Département politique attend une réponse⁸ à la question formulée sous chiffre 4 à savoir si la Commission de la garantie des risques à l'exportation a accordé son accord de principe, sur la base de la décision favorable du Conseil fédéral de 1975, à d'autres affaires au Transkei et en Afrique du Sud que celle qui fait l'objet de la présente proposition⁹.

6. *Note de bas de page dans l'original*: Togo, Fr. 78 millions, 1 juin 1977; Gabon, Fr. 90 millions, 19 octobre 1977; Côte d'Ivoire, Fr. 261 millions, 22 février 1978. Cf. les PVCF N° 931 du 1^{er} juin 1977, dodis.ch/54072; N° 1720 du 19 octobre 1977, dodis.ch/54074 et N° 314 du 22 février 1978, dodis.ch/54075.

7. Cf. aussi la notice de H. Hofer à F. Honegger du 5 avril 1978, dodis.ch/54054.

8. Pour la prise de position du Département de l'économie publique du 30 mars 1978, cf. le PVCF N° 577 du 5 avril 1978, dodis.ch/49367.

9. La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 577 du 5 avril 1978, dodis.ch/49367. Pour la réévaluation de l'affaire après la rupture des relations entre le Transkei et l'Afrique du Sud le 10 avril 1978, cf. le PVCF N° 646A du 17 avril 1978, dodis.ch/54053 et le PVCF de décision II du 24 avril 1978 de la séance du 12 avril 1978, CH-BAR#E1003#1994/26#21*.

132

dodis.ch/49335*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert*¹

ÉPOUX WOLF – HAEFELIN/GROSS

Berne, 14 avril 1978

M. le Conseiller fédéral Furgler s'étant déclaré d'accord avec la procédure suggérée dans les cas Wolf² et Haefelin³, nous vous soumettons la demande en grâce à signer par le Président de la Confédération⁴.

Cette demande en grâce concernant Haefelin sera remise par l'Ambassadeur Weitnauer à l'Ambassadeur de l'Union soviétique à Berne, M. Lavrov.

Le même jour, le soussigné⁵, au cours d'un entretien avec l'Ambassadeur de la République démocratique allemande à Berne, M. Barth, qui consistera en un tour d'horizon sur les relations bilatérales, indiquera que M. et Mme Wolf pourraient être libérés, si toutes les préconditions sont remplies⁶. Selon l'avocat est-allemand Wolff, les autorités de la République démocratique allemande seraient même disposées à relâcher également M. Peter Gross, ex-cuisinier de l'Ambassade de Suisse à Berlin/RDA⁷.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#11964* (B.32.14.R.). Rédigée par M. Coquoz et signée par A. Hegner. Annotation manuscrite dans la marge de A. Maillard à M. Coquoz: Où en sommes-nous? Annotation manuscrite dans la marge de M. Coquoz: Je pense que HT [A. Hegner] est en courant.

2. Sur l'affaire Wolf, cf. DDS, vol. 27, doc. 86, dodis.ch/49336, point 10b.

3. Pour l'affaire Haefelin, cf. DDS, vol. 27, doc. 37, dodis.ch/48679, note 7. Sur l'établissement d'un lien entre les deux cas, cf. la lettre de H. Miesch à la Direction politique du Département politique du 27 octobre 1976, dodis.ch/49655; la notice de A. Maillard à A. Hegner du 19 octobre 1977, dodis.ch/49656 et la notice de A. Hegner à P. Graber du 15 novembre 1977, dodis.ch/49654.

4. W. Ritschard. Cf. la lettre de W. Ritschard à L. I. Brejnev du 19 avril 1978, CH-BAR#E2200.157-04#1992/114#32* (211.1).

5. A. Hegner.

6. Cf. le télégramme N° 116 de A. Weitnauer à l'Ambassade de Suisse à Moscou du 21 avril 1978, dodis.ch/49650.

7. Annotation manuscrite dans la marge de P. Aubert du 14 avril 1978: D'accord. Pour la libération de H.-G. Wolf et G. Wolf-Klie le 12 mai 1978, cf. le PVCF de décision II du 19 mai 1978 de la 17^{ème} séance du 10 mai 1978, CH-BAR#E1003#1994/26#21* et doss. CH-BAR#E4321A#1994/128#296* (B.09.00.115-0). W. Haefelin a été libéré le 13, P. Gross et Ch. Feurich le 16 mai 1978, cf. doss. comme note 1.

133

dodis.ch/51430*Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger¹*

Bern, 17. April 1978

Man kann es drehen, wie man will: Es wird in Bern ein zusätzlicher Botschafterposten geschaffen. Das EPD hat bereits 10 Botschafter in Bern, wir 5². Ich kenne keine andere westeuropäische Verwaltung, die derart zahlreiche Botschafterstellen an der Zentrale aufweist. Wir sind tatsächlich im Begriffe, uns international lächerlich zu machen³.

Es geht keineswegs darum, die Funktion von Herrn Brunner herabmindern zu wollen (obschon die vorgesehenen Verhandlungen⁴ für die Schweiz eher marginalen Charakter haben). Als Unterhändler braucht er eher den Botschaftertitel als Leute, deren Arbeit mehr internen Charakter hat, wie z. B. der Chef des Politischen Informationsdienstes⁵. Aber irgendeinmal sollte diese Inflation gestoppt werden.

Übrigens: Wir mussten uns gegenüber dem Eidg. Personalamt bezüglich Stellen in der Überklasse zu einem «standstill»⁶ verpflichten (nach sehr einlässlicher Begründung unserer Bedürfnisse und Perspektiven). Wenn diese Regel für das EPD nicht gelten soll und dort neue Funktionen in der Überklasse geschaffen werden können, muss dieser Präzedenzfall dann auch für die Handelsabteilung gelten; denn niemand wird bestreiten können, dass unsere Verhandlungsfunktionen in den letzten Jahren und Monaten (GATT⁷, OECD⁸, Energie⁹, Auslandsmissionen im Zusammenhang mit Gipfeltreffen, Exportförderung¹⁰ etc.) wohl noch stärker zugenommen haben als diejenigen des EPD.

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1989/59#257* (120.05). Verfasst und unterzeichnet von P. R. Jolles. Handschriftliche Marginalie: BR 17.4.78.

2. Im April 1978 sind die Botschafter im Politischen Departement an der Zentrale J. Cuendet, E. Diez, P. Gottret, A. Hegner, M. Heimo, J. Iselin, J. Martin, Ch. Müller, F. Pometta und A. Weitnauer. Bei der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements sind im April 1978 gar sieben Botschafter angestellt: P. Bettschart, A. Dunkel, K. Jacobi, P. R. Jolles, E. Moser, F. Rothenbühler und C. Sommaruga.

3. Zur Verleihung von Titeln an führende Beamte des Politischen Departements und des Volkswirtschaftsdepartements vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 3, dodis.ch/49453.

4. Botschafter E. Brunner gehörte im Juli 1978 der schweizerischen Delegation bei der Aussenministerkonferenz der Blockfreien Staaten in Belgrad an. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 153, dodis.ch/48358.

5. Gemeint ist wahrscheinlich der Chef des Politischen Sekretariats des Politischen Departements, J. Cuendet.

6. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 707 vom 1. Mai 1978, dodis.ch/51432 sowie das Schreiben der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte an den Bundesrat vom 8. Mai 1978, dodis.ch/51433.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 114, dodis.ch/38593; Dok. 134, dodis.ch/38594 und Dok. 182, dodis.ch/38602 sowie die Rede von P. R. Jolles vom 23. Januar 1978, dodis.ch/50106.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 5, dodis.ch/39496.

9. Vgl. dazu die Notiz von G. Kündig vom 29. August 1977, dodis.ch/51456.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 64, dodis.ch/49452 und Dok. 110, dodis.ch/49450.

Dies zur Begründung unseres Mitberichts¹¹ und zur allfälligen mündlichen Erläuterung im Bundesrat. Trotzdem haben wir keine Ablehnung des Antrages des EPD vorgeschlagen.

11. Für den Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartements vom 13. April 1978 vgl. das BR-Prot. Nr. 707 vom 1. Mai 1978, dodis.ch/51432.

134

dodis.ch/48759

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND EURATOM AUF DEM GEBIETE DER THERMONUKLEAREN FUSION UND DER PLASMAPHYSIK²

Bern, 17. April 1978

Wir haben die Ehre Ihnen mitzuteilen, dass wir Ihnen in Kürze zum randvermerkten Problem einen Antrag EPD/EDI³ zur Unterzeichnung vorlegen werden. Zu Ihrer Orientierung übermitteln wir Ihnen folgende Darstellung der erwähnten Angelegenheit:

1. Die vielfältigen Probleme der Energieproduktion und -versorgung⁴, welche auch in ihren politischen Auswirkungen gerade in den letzten Jahren besonders deutlich wurden, legen die intensive Suche nach neuen, «unproblematischeren» Energiequellen nahe. In diesem Sinn tritt gegenüber der inzwischen dienstbar gemachten Kernspaltung die thermonukleare Fusion immer mehr in den Vordergrund.

2. Bei der thermonuklearen Fusion sollen – falls diese gelingt – leichte Atomkerne (Isotopen des Wasserstoffs, die z. B. im Meereswasser in sozusagen unbeschränkten Mengen vorhanden sind) in Fusionsreaktoren zu schweren Kernen (schwerem Wasserstoff oder Helium) verschmolzen wer-

1. Notiz: CH-BAR#E7113A#1990/132#478* (777.752.1). Verfasst von K. Weber und unterzeichnet von F. Blankart. Kopie an A. Weitnauer, P. R. Jolles, C. Sommaruga, Ch. Faessler, M. von Walterskirchen, die Politischen Abteilungen I und II sowie die Völkerrechtsdirektion des Politischen Departements, das Amt für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern, das Centre de recherche en physique des plasmas der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne und die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

2. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 26, Dok. 167, dodis.ch/39486; das Schreiben von F. Blankart an C. Cailat vom 25. Juni 1976, dodis.ch/48981; die Notiz von F. Blankart und J. Zwahlen an P. Graber vom 1. Dezember 1976, dodis.ch/48984 sowie die Notiz von Ch. Faessler vom 7. Juli 1978, dodis.ch/48977.

3. Für den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Departements des Innern vom 3. Mai 1978 vgl. das BR-Prot. Nr. 843 vom 24. Mai 1978, dodis.ch/48988.

4. Zur Versorgung der Schweiz mit Brenn- und Treibstoffen vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 49, dodis.ch/39686. Zur Versorgung mit Erdöl vgl. die Notiz von E. Martin an J. Zwahlen vom 9. Februar 1979, dodis.ch/52186. Zur Versorgung mit Kernbrennstoff vgl. das Schreiben von B. von Tschanner an R. Bindschedler und C. Zangger vom 28. März 1977, dodis.ch/52815.

den. Beim genannten Vorgang wird in einem Magnetfeld der Brennstoff in einem notwendigen Zeitraum auf eine Temperatur von ca. 100 Mio. Grad gebracht. In diesem Zustand erscheint der Brennstoff in der Form von Plasma, einem gasförmigen Gemisch von Elektronen und Atomkernen. Dabei werden grosse Energiemengen freigesetzt. Im Gegensatz zur Kernspaltung könnte die thermonukleare Fusion eine umweltfreundlichere Atomenergie liefern und damit auf längere Sicht eine wichtige Rolle in der Energieversorgungspolitik spielen.

3. Unter der Ägide der EURATOM werden zur Zeit im Rahmen ihres Fusionsprogramms jene wissenschaftlichen und technischen Grundlagen erarbeitet, welche die Entwicklung und den beabsichtigten Bau der ersten Fusionsexperimentalmaschine JET (Joint European Torus) ermöglichen sollen. Dabei hält EURATOM eine führende Rolle in der Welt inne. Gleichzeitig arbeitet in der Schweiz das Centre de recherche en physique des plasmas (CRPP) der ETH Lausanne seit einigen Jahren mit beachtlichem Erfolg auf dem in Frage stehenden Gebiet der Plasmaphysik.

4. Der vorgesehenen Zusammenarbeit kommt nicht nur eine energiepolitische Bedeutung zu. Sie hat auch unmittelbar eine grosse forschungspolitische Tragweite⁵, indem sich der Schweiz u. a. eine echte Chance bei der Mitentwicklung von Hochleistungsmagneten bietet. Zum industriepolitischen Aspekt ist festzuhalten, dass die schweizerischen Unternehmen die gleichen Chancen erhalten wie die mit gezielter Entwicklungsförderung versehene EWG-Wirtschaft.

5. Der Bundesrat hat früh die Fragwürdigkeit einer isolierten schweizerischen Forschung und die daraus resultierende Notwendigkeit erkannt, in geeigneter Form eine schweizerische Mitarbeit an der europäischen Fusionsforschung zu ermöglichen. Mit Beschluss vom 10. September 1975⁶ hat er das EDI ermächtigt, eine Delegation zu bestellen, die den Auftrag hat, die Bedingungen einer solchen Zusammenarbeit mit EURATOM abzuklären. Die unter Leitung von Botschafter Caillat stehende Delegation setzte sich aus Vertretern des Integrationsbüros, des Amtes für Wissenschaft und Forschung, des CRPP und der Mission zusammen und hat ihre Arbeit Ende Januar dieses Jahres abgeschlossen.

6. Das inzwischen ausgehandelte Vertragspaket besteht aus dem

- «Accord de coopération⁷» zwischen der Schweiz und EURATOM auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik, mit welchem die Schweiz ebenfalls die «Statuten des gemeinsamen JET-Unternehmens» übernimmt, dem
- «Contrat d'association⁸» zwischen der Schweiz und EURATOM auf dem erwähnten Gebiet und dem

5. Zur Teilnahme der Schweiz an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik (COST) vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 57, dodis.ch/49339.

6. BR-Prot. Nr. 1638 vom 10. September 1975, dodis.ch/39486.

7. Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik vom 14. September 1978, AS, 1980, S. 693–704.

8. Assoziationsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen

- «Accord concernant la promotion de la mobilité du personnel⁹» zwischen EURATOM und den assoziierten Partnerorganisationen (worunter auch die Schweiz fällt).

6.1 Anstelle des für die EURATOM-Mitgliedstaaten verbindlichen EURATOM-Vertrages tritt für die Schweiz als Nichtmitglied (wie im bereits bestehenden Fall von Schweden) der das Grundkonzept der gemeinsamen Forschungsarbeit festlegende «*Accord de coopération*». Er legt einerseits die Zusammenarbeit in dem Sinne fest, dass vorläufig das CRPP in Lausanne allein wie alle andern assoziierten EURATOM-Partner einen Teil des dezentralisierten Forschungsprogramms realisiert, und hält andererseits die Teilnahme der Schweiz am JET-Projekt fest.

6.2 Die «*JET-Statuten*» regeln im einzelnen die Durchführung des JET-Unternehmens, an dem die Schweiz auf Grund des «*Accord de coopération*» teilnehmen soll.

6.3 Der «*Contrat d'association*» behandelt in ausführlicher Form die im «*Accord de coopération*» grundgelegte Durchführung des dezentralisierten Forschungsprogramms (cf. Annexe¹⁰), und regelt die juristischen und finanzierungstechnischen Fragen im Zusammenhang mit der eigentlichen Forschungstätigkeit.

6.4 Der «*Accord de mobilité*» regelt alle Fragen bezüglich der Bewegungsfreiheit der Forscher innerhalb der einzelnen an der Durchführung des dezentralisierten Forschungsprogramms beteiligten Laboratorien.

Das ganze Vertragswerk, das langfristig ist, ist auf sechs Monate kündbar. Der «*Accord de coopération*», der «*Contrat d'association*» und der «*Accord de mobilité*» müssen nach ihrer Unterzeichnung den Eidg. Räten zur Genehmigung vorgelegt werden, da dadurch die Schweiz neue Verpflichtungen übernimmt. Sie unterliegen aber nicht dem Referendum, da es sich bei der vorgesehenen Zusammenarbeit nicht um einen Beitritt zu einer internationalen oder supranationalen Organisation im Sinne von Art. 89, Ziff. 3, lit. b, oder Ziff. 5 BV handelt¹¹.

7. Vom integrationspolitischen Standpunkt aus darf die vorgeschlagene Teilnahme der Schweiz an der Erforschung der thermonuklearen Fusion durch EURATOM als das wichtigste Kooperationsprojekt zwischen der Schweiz und der EG¹² bezeichnet werden. Dabei würde es der Schweiz ermöglicht, nicht nur am diesbezüglichen technologischen Fortschritt zu partizipieren, sondern würde ihr auch die Chance geben, sich auf Grund einer Teil-

Atomgemeinschaft auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik vom 14. September 1978, AS, 1980, S. 705–733.

9. Vertrag zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und den dieser Gemeinschaft assoziierten Organen zur Förderung der Mobilität des Personals vom 17. Dezember 1976, AS, 1980, S. 734–742.

10. Für den Anhang vgl. dodis.ch/48759.

11. Vgl. dazu das Schreiben von M. Rudolf an U. Hochstrasser vom 9. März 1978, dodis.ch/48987. Allgemein zur Neuregelung des Staatsvertragsreferendums vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 46, dodis.ch/50063.

12. Zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EG vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 183, dodis.ch/49374.

habe an den entsprechenden Lizenzen von der Energieeinfuhr weitgehend unabhängig zu machen. Bedenkt man die politische und handelsbilanztechnische Bedeutung, die dem Energieimport anhaftet und die innenpolitische Brisanz des weiteren Baus konventioneller Spaltreaktoren, so wird ersichtlich, dass alles daran gesetzt werden muss, die Fusionsforschung schnell auf ein operationelles Stadium zu treiben.

8. Was den finanziellen Aspekt¹³ der vorgesehenen Zusammenarbeit anbelangt, so ist folgendes festzuhalten:

8.1 Für die Jahre 1979 bis 1983 ist schweizerischerseits mit folgenden Beiträgen zu rechnen:

	1979	1980–83
a) Dezentralisiertes Forschungsprogramm	3,18 Mio. Fr.	3,28 Mio. Fr.
b) JET-Projekt	4,7 Mio. Fr.	3,2 Mio. Fr.

Von diesem Total von 7,88 Mio. Fr., bzw. 6,48 Mio. Fr. sollen im Jahre 1979 mindestens 2,3 Mio. und 1980–83 mindestens 2,2 Mio. Fr. an das CRPP in Lausanne zurückfliessen. Man darf annehmen, dass sich das weitere finanzielle Engagement bis zum Ende der achtziger Jahre in diesem Rahmen halten sollte.

8.2 Der Bundesrat hat in diesem Zusammenhang für 1978 ins Budget des EPD 3 Mio. Fr. aufgenommen. Dieser Betrag sollte auf das Budget des EDI übertragen werden, da das Amt für Wissenschaft und Forschung die Koordination der ganzen Zusammenarbeit und die Verwaltung der bewilligten Finanzmittel besorgen würde. Für 1979 sollten 8 Mio. Fr. ins Budget des EDI aufgenommen und für 1980 im Finanzplan 6,5 Mio. Fr. vorgesehen werden. In der Botschaft an das Parlament¹⁴ wird für 1979–83 (Periode in welcher die Räte mittels der Berichte zur Aussenwirtschaftspolitik auf dem laufenden gehalten werden) ein Verpflichtungskredit von 34 Mio. Fr. verlangt.

9. Dies im Sinne einer Vororientierung. Es versteht sich von selbst, dass Ihnen der Unterzeichnete¹⁵ sowie sein zuständiger Mitarbeiter, Herr Christian Faessler, für ergänzende Erläuterungen jederzeit zur Verfügung stehen.

13. Vgl. dazu auch die Notiz von U. Hochstrasser an H. Hürlimann vom 19. Oktober 1976, dodis.ch/48983; die Notiz von F. Blankart an A. Weinauer vom 28. Juli 1977, dodis.ch/48985 sowie das Schreiben von H. Hürlimann an M. Cosandey vom 27. Oktober 1977, dodis.ch/48986.

14. Botschaft des Bundesrats über die Zusammenarbeit mit EURATOM auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion und der Plasmaphysik vom 24. Mai 1978, *BBl*, 1978, II, S. 1–94.

15. F. Blankart.

*Notice interne du Département politique¹*CONVERSIONS DE CRÉDITS: SÉANCE DU 18 AVRIL 1978²

Berne, 24 avril 1978

I Considérations générales

Monsieur Zwahlen fait le point de la situation afin que chacun dispose d'une base commune de réflexion. Il rappelle que la Suisse a condamné la politique d'apartheid à deux reprises, soit à Téhéran en 1968³ et l'année dernière à Lagos⁴. Comme il considère que l'Afrique du Sud demeurera encore longtemps à l'ordre du jour de l'agenda de l'ONU, il pense que la Suisse doit chercher à définir une politique de mesure et de modération.

Il cite à cet égard la réponse du Conseil fédéral du 16 janvier 1978 à une interpellation Carobbio⁵.

Monsieur Zwahlen résume ensuite les débats sur l'Afrique du Sud conduits aux États-Unis et en Grande-Bretagne. Des hearings du Sénat sur l'*Eximbank* il ne semble guère ressortir qu'une distinction, pour nous inapplicable sinon byzantine, entre les intérêts du régime et ceux du peuple. La Grande-Bretagne de son côté semble tenter un certain désengagement en Afrique du Sud.

En ce qui concerne plus spécifiquement l'activité des banques, Monsieur Zwahlen souligne l'ambiguïté apparente de la politique des banques américaines. On constate en effet d'une part que celles-ci ont accordé pour 2,2 mrd\$ de \$ de crédits à l'Afrique du Sud, mais que *la Citybank* a décidé de renoncer à accorder des prêts aux institutions publiques de ce pays. Les banques anglaises amorcent également un mouvement de repli; *la Midland Bank* serait la plus restrictive qui renonce aussi bien à octroyer de nouveaux prêts qu'à renouveler les anciens, tandis que *la Barclays Bank* se bornerait à réduire progressivement ses prêts.

Cela démontre que l'évolution est rapide dans cette région du monde et que le risque économique et monétaire pourrait s'aggraver rapidement. On constate d'ailleurs un mouvement de sortie des capitaux de l'Afrique du Sud, ce qui constitue un indice significatif⁶.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1182* (C.41.152.0). Rédigée par J.-C. Richard.

2. Présents: J. Zwahlen, Ph. Lévy, M. Thomann, D. Kaeser, M. Disler et J.-C. Richard.

3. Cf. DDS, vol. 24, doc. 80, dodis.ch/33245.

4. Cf. la notice de F. Muheim et F. Pometta du 17 août 1977, dodis.ch/49573; le compte rendu de J.-D. Biéler de novembre 1977, dodis.ch/49473 et la notice de J. Iselin à P. Aubert du 23 mai 1978, dodis.ch/49591.

5. Pour l'interpellation Carobbio du 20 septembre 1977 et la réponse du Conseil fédéral, cf. Bull. of. CN, 1978, I, pp. 11-13.

6. Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 8 novembre 1977, dodis.ch/54046 et la notice de E. Martin du 20 décembre 1978, dodis.ch/54047.

Monsieur Lévy rappelle que la Commission sur les entreprises multinationales de l'ONU⁷ se réunira dans la deuxième moitié du mois de mai. Les références à l'activité des banques suisses en Afrique du Sud qui figurent dans le dernier rapport de l'ECOSOC⁸ font d'ailleurs penser que le moment est maintenant venu pour cette Organisation de soumettre les échanges financiers avec l'Afrique du Sud à ses plus âpres critiques. Monsieur Lévy ajoute que les entreprises suisses ne font sans doute plus de nouveaux investissements en Afrique du Sud car on estime généralement qu'aucune prévision au-delà de 3 à 4 ans n'est possible.

II Conversions et politique des exportations de capitaux

À Monsieur Thomann qui voudrait connaître les critères permettant de déterminer les intérêts économiques généraux du pays, Monsieur Zwahlen répond qu'il est évidemment très difficile d'être précis sur ce sujet. Il ajoute toutefois que pour le DPF, la situation politique générale constitue l'élément d'appréciation primordial. Les menaces d'États tiers (ex. le Nigéria qui semble occuper une position de leader dans la lutte anti-apartheid⁹) et le rôle décisif que certaines organisations régionales, dont l'OUA¹⁰, pourraient jouer dans ce contexte ne doivent pas échapper à notre réflexion.

Selon Monsieur Zwahlen il est urgent de prévoir un «early warning system» pour parer au pire.

Monsieur Thomann souligne l'ambiguïté «schizophrénique» de notre attitude actuelle si on l'envisage sous l'angle de la répartition des risques. En effet, on limite les crédits financiers¹¹ tandis que la liberté est totale à l'égard des crédits à l'exportation pour lesquels la Confédération est très engagée, par l'intermédiaire de la GRE¹².

Abordant le problème des conversions, Monsieur Thomann dit que la BNS distingue entre «*Neugeld*» et «*Altgeld*». Dans cette dernière catégorie figurent aussi bien les «conversions» que les «transformations de dettes» et les «prolongations». C'est pourquoi il considère qu'à la condition qu'il ne s'agisse pas de *dénonciations anticipées*, les conversions devraient être acceptées.

Monsieur Kaeser partage cette opinion mais pense par contre que la limite de Frs. 250 mio n'a pas beaucoup de sens¹³ et qu'une solution consistant à exiger des banques suisses qu'elles s'intègrent, sans en être leader, à un consortium international, serait préférable (solution «chilienne»¹⁴).

7. Sur l'engagement suisse dans la commission des sociétés transnationales, cf. la notice de Ph. Lévy du 15 novembre 1977 dodis.ch/50579; la notice de P. Jolles à E. Brugger du 15 novembre 1977, dodis.ch/50841 et le PVCF N° 1720 du 18 octobre 1978, dodis.ch/50580.

8. Rapport du 16 mars 1978, CH-BAR#E2003A#1990/3#1373* (o.712.2.64).

9. Cf. DDS, vol. 27, doc. 106, dodis.ch/49365, en particulier note 15.

10. Sur l'OUA, cf. la notice de J. Cuendet à P. Aubert du 10 août 1978, dodis.ch/50344.

11. Cf. DDS, vol. 26, doc. 60, dodis.ch/38915; le procès-verbal N° 98 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 10 février 1977, dodis.ch/49348; le PVCF de décision II du 6 juillet 1978 de la 25^{ème} séance du 5 juillet 1978, dodis.ch/50910 et la notice de J.-C. Richard du 18 décembre 1978, dodis.ch/49582.

12. Cf. DDS, vol. 26, doc. 162, dodis.ch/38916 et DDS, vol. 27, doc. 131, dodis.ch/49367.

13. Cf. aussi le procès-verbal du Département fédéral des finances du 21 août 1978, dodis.ch/49581.

14. Cf. DDS, vol. 26, doc. 151, dodis.ch/38276; le PVCF N° 67 du 9 janvier 1976, dodis.ch/38284 et la notice de H. Aepli du 12 octobre 1977, dodis.ch/51248.

Monsieur Zwahlen exprime le vœu que le fonctionnement du crédit consortial avec le Chili soit examiné et que l'attitude des banques à cet égard soit précisée. Dans cette attente, il considère que le système du plafond doit être maintenu.

Le groupe de travail se rallie à cette proposition. Dans l'attente de nouveaux développements, la position de la Suisse peut donc se résumer comme suit:

- 1) Le plafond annuel de Frs. 200 à 250 mio d'argent frais est maintenu provisoirement.
- 2) Les demandes de conversions de crédits et de «notes» seront acceptées pour autant qu'elles ne résultent pas d'un remboursement anticipé.
- 3) Les nouvelles émissions publiques d'emprunts de détenteurs sud-africains sont interdites.
- 4) Il sera recommandé aux banques, pour les opérations futures, de participer à des crédits consortiaux internationaux.

L'expérience dans ce sens avec le Chili permettra de tirer des conclusions plus précises.

P. S. En ce qui concerne les critères permettant de déterminer les intérêts généraux du pays, nous voudrions citer ici l'article 11/2 de la Loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972¹⁵ qui définit les circonstances dans lesquelles aucune autorisation d'exportation ne sera délivrée:

«S'il appert que les livraisons de matériel de guerre à un pays donné risquent de compromettre les efforts de la Confédération dans le domaine des relations internationales, notamment en ce qui concerne le respect de la dignité humaine, de l'aide humanitaire ou l'aide au développement».

15. Loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972, RO, 1973, pp. 107–113. Cf. aussi DDS, vol. 25, doc. 68, dodis.ch/35692.

136

dodis.ch/51858*Telegramm der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in New Delhi¹*BESUCH FINANZMINISTER PATEL² IN BERN

Bern, 24. April 1978, 15.00 Uhr

P[atel] stattet am 21. April nachmittags zuerst Bundesrat Chevallaz Höflichkeitsbesuch ab. Anschliessend Gespräch mit Bundesrat Honegger. Übrige Teilnehmer indischer Botschafter³, Jolles, Heimo, Iselin, Tschärner. Da Gespräch ca. 40 Minuten dauerte, konnten die meisten Themen nur kurz berührt werden. Stichworte:

- Sonderaktion KIWZ⁴: P[atel] dankte H[onegger] für schweizerischen Beitrag.
- Ergebnis KIWZ⁵: Beiderseits wurden positive Aspekte hervorgehoben. P[atel] teilte Auffassung, dass Pariser Konferenz Bewusstsein (awareness) für Probleme gehoben hat. P[atel] anerkannte, dass Rezession und protektionistische Tendenzen Lage für Industrieländer komplizieren.
- Zum Stichwort Protektionismus betonte J[olles], dass innerhalb OECD Bewusstsein Gefahren einer Abkapselung, namentlich auch gegenüber E[ntwicklungsländern] heute vorhanden sei. Länder wie Indien, die Zahlungsbilanzüberschuss haben, können durch eigene Einfuhrliberalisierung Beitrag leisten. P[atel] akzeptierte diese Betrachtungsweise und wies auf neue indische Einfuhrpolitik hin.
- Rest des Gespräches drehte sich vor allem um indische Politik gegenüber ausländischen Investitionen⁶. P[atel] bestritt deren restriktiven Charakter, sie sei liberal aber selektiv. Zur Zeit würden zahlreiche neue Investitionen bewilligt. Vorteile der indischen Politik u. a. kein Wortbruch betreffend Nationalisierung, 100-prozentige Steuerfreiheit für Forschungsaufgaben (z. B. Ciba-Geigy-Zentrum).
- Zur allfälligen Herabsetzung des ausländischen Aktienanteils⁷ an Schweizer Pharma-Töchtern bemerkte P[atel], indischer Anteil werde von finanziellen Institutionen übernommen werden. Beeinträchtigung der vollen Kontrolle des Managements durch Basler Mutterhäuser sei nicht zu befürchten.

1. Telegramm (Versandkopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3711* (B.15.50.4). Verfasst von B. von Tschärner.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von B. von Tschärner an das Volkswirtschaftsdepartement vom 17. April 1978, dodis.ch/52006.

3. U. Sh. Bajpai.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 75, dodis.ch/51697.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 77, dodis.ch/50202.

6. Vgl. dazu das Schreiben von E. Suter an P. R. Jolles vom 15. Oktober 1976, dodis.ch/51996.

7. Korrigiert aus: Aktienkapitals.

- Gemischte Kommission⁸: P[atel] äusserte Genugtuung über Zusammen-treten und Intensivierung Dialog Schweiz–Indien.

8. Zur Sitzung der Gemischten Kommission Schweiz–Indien im Mai 1978 in New Delhi vgl. Doss. CH-BAR#E7110#1989/32#2285* (821).

137

dodis.ch/51315

*Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, P. Bettschart, an
E. Goldberger, Verwaltungsrat der Exim-Index AG¹*

SCHWEIZERISCHE GOODWILL-MISSIONEN²

Bern, 26. April 1978

Im Informationsbulletin der Kooperationsgemeinschaft Swissexport, «Kooperation» Nr. 86/78 vom 14. April 1978, stellen Sie die Frage, weshalb die kleinen und mittleren Firmen in den schweizerischen Missionen, die jetzt immer öfter ins Ausland reisen, nicht vertreten seien und bemerken, dass man auf Namenlisten regelmässig Vertreter privater Interessenverbände und von Grossunternehmungen finde. Sie weisen auf die Nützlichkeit dieser Kontakte auf höchster Ebene, welche oft geschäftsfördernd seien, hin und stellen ferner die Frage, ob der Staat die Kosten für die Delegationsteilnehmer aus der Privatindustrie bezahle.

Um es gleich vorwegzunehmen: alle Teilnehmer aus der Privatwirtschaft und den Interessenverbänden bezahlen Reise- und Aufenthaltskosten selbst. Lediglich die Kosten der offiziellen Regierungsvertreter werden von der Bundesverwaltung getragen.

Die Zusammensetzung der Delegation richtet sich nach Ziel und Zweck der jeweiligen Mission, wobei zwischen Goodwill-Delegationen oder -Missionen sowie gemischten Kommissionen auf Regierungsebene zu unterscheiden ist. Sie wird durch den Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft, dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, in Abstimmung mit den Branchenverbänden vorgenommen, durch die ja auch die Interessen ihrer mittleren und kleineren Mitglieder vertreten werden.

Zusätzlich besteht seit einiger Zeit als Interessenvertretung mittlerer und kleiner Exportunternehmungen der ISE, Interessenverband Schweizerischer Exportunternehmen, der Mitglied des Vororts ist. Rund sechzig Prozent

1. Schreiben: CH-BAR#E7110#1989/32#764* (822). Kopie an E. Moser, M. Jaeger, P. Bettschart, den Vorort, die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung und den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements.

2. Vgl. z. B. zur Goodwill-Mission in die ASEAN-Länder DDS, Bd. 27, Dok. 82, dodis.ch/51314.

der ISE-Mitglieder sind zugleich Mitglieder der Kooperationsgemeinschaft «Swissexport», was die Abstimmung der Interessen erleichtern dürfte.

Die Geschäftsmöglichkeiten, die sich für Delegationsmitglieder ergeben, dürften Sie wahrscheinlich überschätzen. Goodwill-Missionen dienen der allgemeinen Information und Absichtserklärung, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu intensivieren, wobei es nicht üblich ist, konkrete Geschäftsmöglichkeiten zu besprechen. Gemischte Kommissionen, vor allem in OPEC-Ländern³, sollen zusätzlich den Zugang privater Unternehmer zu den Behörden erleichtern. Doch vergeben diese fast immer Grossaufträge für den Ausbau der Infrastruktur oder den Aufbau von Industrien, die Klein- und Mittelbetriebe im allgemeinen nicht übernehmen können. Trotzdem waren in den bisherigen gemischten Kommissionen auch mittlere Firmen, vor allem aus dem Bausektor, vertreten. Für PME's kommen in diesen Ländern eher Vertreter des Privatsektors als Partner in Frage. Aber auch ihnen helfen die dank der gemischten Kommissionen verbesserten Rahmenbedingungen und Goodwill-Lage.

Für die praktische Markterschliessung wenden sich Klein- und Mittelbetriebe am besten an die Handelsdienste der Botschaften, sei es über die Zentrale für Handelsförderung oder direkt, oder an eine private Exportförderungsorganisation wie z. B. die Ihre, der ja die Handelsdienste unserer Botschaften ebenfalls zur Verfügung stehen⁴. Diese werden auch der geplanten Swissexport-Handelsdelegation nach Südostasien und der «Swisshellas» in Athen⁵ die gleiche Unterstützung zukommen lassen wie kürzlich der von Ihnen durchgeführten «Swissasean»-Messe in Singapore⁶.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 3, dodis.ch/49453; Dok. 60, dodis.ch/49307 und Dok. 149, dodis.ch/48773.

4. Vgl. dazu das Schreiben von M. Feller an K. Jacobi, A. Janner, P. R. Jolles und A. Weitnauer vom 12. März 1976, dodis.ch/51378 sowie das Schreiben von E. Moser an A. Janner vom 12. April 1976, dodis.ch/51379. Allgemein zur Handelsförderung der Schweiz vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 8, dodis.ch/49451 sowie Dok. 110, dodis.ch/49450, bes. Anm. 4.

5. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E7115A#1990/60#165* (611).

6. Vgl. dazu das Schreiben von M. Leu an A. Janner vom 1. Februar 1977, dodis.ch/51841 sowie den Bericht von P. Bettschart vom 13. Februar 1978, dodis.ch/51843.

*Notice du Conseiller d'ambassade de Suisse à Vienne, C. Caratsch¹*SUISSE–AUTRICHE: RELATIONS ÉCONOMIQUES BILATÉRALES²

Vienne, 3 mai 1978

Les relations économiques entre la Suisse et l'Autriche donnent lieu à des contacts suivis au niveau gouvernemental. La régularité des échanges de vues est justifiée par l'importance du commerce extérieur bilatéral, par des positions similaires à l'égard de l'intégration européenne et d'un certain nombre de problèmes multilatéraux et par les liens étroits entre de nombreux instituts financiers et entreprises industrielles des deux pays.

La coopération dans le cadre de l'AELE³ et le libre-échange institué par les traités de 1972 avec les communautés européennes⁴ donnent lieu à des contacts nombreux du niveau ministériel à celui des délégués auprès des organisations internationales en cause. L'information réciproque intervient sur une base ad hoc qui donne satisfaction.

Les échanges de produits agricoles⁵, laissés en-dehors du Traité de Stockholm⁶ et de l'Accord de libre-échange avec les CE nécessitent des contacts bilatéraux pour régler certains cas de contentieux⁷. Depuis quelques années, des réunions d'experts étudiaient périodiquement les problèmes de ce genre. Les échanges de produits spécifiques, tels que les fromages⁸, étaient réglés par des accords bilatéraux.

De part et d'autre, une forme de contact périodique à un haut niveau administratif apparaissait cependant souhaitable pour permettre d'opérer une synthèse des relations économiques de toute nature existant entre les deux pays⁹.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2093* (B.15.21.(16)). Transmise par R. Keller à A. Weitnauer en vue de compléter le dossier du Chef du Département pour sa visite officielle à Vienne, cf. dodis.ch/51703.

2. Cf. aussi la notice de C. Sommaruga à E. Brugger du 6. mai 1977, dodis.ch/51794; la notice de A. Heuberger et C. Sommaruga du 15 février 1978, dodis.ch/51786; la notice de E. Thurnheer au Service information et presse du Département politique du 20 avril 1978, dodis.ch/51788.

3. Annotation manuscrite dans la marge: + CEE [1972]. Sur le sommet de l'AELE à Vienne, cf. DDS, vol. 27, doc. 25, dodis.ch/48714, en particulier note 7; doc. 33, dodis.ch/48716 et doc. 183, dodis.ch/49374.

4. Sur l'accord de libre-échange entre la Suisse et la Communauté économique européenne, cf. DDS, vol. 25, doc. 182, dodis.ch/35776, en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145, dodis.ch/39510.

5. Cf. la lettre de P. Graber à E. Bielka du 4 janvier 1976, dodis.ch/51790; la notice de E. Brugger à P. Graber du 2 février 1976, dodis.ch/51791; la lettre de R. Keller à P. Graber du 19 février 1976, dodis.ch/51792; la notice de M. Lusser à A. Weitnauer du 26 mars 1976, dodis.ch/51796; la notice à E. Brugger du 31 mai 1976, dodis.ch/51793; la lettre de C. Caratsch à P. R. Jolles du 11 octobre 1977, dodis.ch/51784 et la notice de M. Lusser du 31 octobre 1977, dodis.ch/51795.

6. Sur l'accord de Stockholm, cf. DDS, vol. 21, doc. 47, dodis.ch/15943 et doc. 58, dodis.ch/15944, en particulier note 3.

7. Cf. DDS, vol. 27, doc. 164, dodis.ch/51700.

8. Cf. le PVCF N° 1087 du 28 juin 1978, dodis.ch/51797.

Une telle réunion a eu lieu pour la première fois les 14 et 15 mars 1978 à Vienne¹⁰. Une délégation suisse présidée par l'Ambassadeur Cornelio Sommaruga a eu des entretiens très approfondis avec une délégation autrichienne dirigée par le Sektionschef Josef Meisl, Directeur de la Section du Commerce extérieur et de l'Intégration au Ministère du Commerce et de l'Industrie, comportant en outre des représentants de la Chancellerie fédérale, des Ministères des affaires étrangères, de l'agriculture, des finances, de la construction, de la santé publique, de la Banque nationale et des institutions représentatives de l'industrie, de la main d'œuvre et de l'agriculture. Cette large participation et un ordre du jour incluant les aspects les plus variés des relations économiques traçaient un cadre adéquat pour des échanges de vues très complets.

Tous les commentaires que j'ai pu recueillir depuis lors auprès de participants autrichiens étaient très positifs. On s'est félicité ici de cette occasion d'exposer à un partenaire éprouvé la position autrichienne dans une phase difficile de ses échanges extérieurs (existence d'un déficit très lourd et croissant de sa balance des échanges, associé à un déficit budgétaire considérable et à une situation politique intérieure obligeant le gouvernement à manœuvrer avec prudence); on a vivement apprécié la compétence des analyses présentées par la délégation suisse sur divers problèmes multilatéraux; on espère enfin que ce contact aura donné une impulsion susceptible de régler une partie des problèmes de contentieux résiduel.

Je tire aussi de cette rencontre un bilan positif pour la partie suisse. Les entretiens ont donné lieu à une prise de position très claire des porte-paroles autrichiens en faveur d'une politique commerciale libérale et à des déclarations d'intention très positives à l'égard de nos relations bilatérales; leur valeur n'est pas négligeable face à des tendances protectionnistes qui se manifestent dans certains secteurs administratifs autrichiens. De plus, la survivance de coutumes bureaucratiques obstrue souvent ici la voie des démarches diplomatiques avec des obstacles variés que les entretiens à haut niveau ont en partie permis de débayer; l'impulsion, évoquée par mes interlocuteurs autrichiens à l'actif des entretiens, nous sera aussi utile.

J'estime enfin que tous nos contacts et échanges de vues d'ordre technique avec l'Autriche ont une importance politique en donnant à notre partenaire, dont la position internationale en tant que petit pays neutre n'a pas la même assise historique que celle de la Suisse, l'expérience concrète d'une coopération confiante qu'il ne peut avoir ni avec ses autres voisins, ni encore moins avec les grandes puissances dont sa dépendance reste sensible; je constate fréquemment en Autriche les manifestations d'un sentiment de sécurité que donne à ce pays le dialogue avec la Suisse; je pense que nous avons intérêt à l'encourager.

9. Cf. la lettre de C. Sommaruga au Vorort et à l'Union suisse des paysans du 12 décembre 1977, dodis.ch/51785.

10. Cf. le procès-verbal de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 17 avril 1978, dodis.ch/51787 et la notice de C. Sommaruga à P. R. Jolles du 16 mai 1978, dodis.ch/51789.

139

dodis.ch/48208

*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements,
H. Kaufmann, an den schweizerischen Geschäftsträger a. i. in San Salvador,
Th. Portier¹*

Vertraulich

Bern, 5. Mai 1978

Sie hatten kürzlich den längerdauernden «Besuch» einer Delegation von salvadorianischen Bauern, die auf diesem Wege eine weitere Öffentlichkeit auf ihre Probleme und Anliegen aufmerksam zu machen versuchten².

Es steht zwar ausser Frage, dass die Besetzung einer diplomatischen Mission³, und erfolge sie noch so friedlich, zwecks Unterstützung von noch so legitimen Anliegen, heikle Probleme im Verhältnis zum Residenz-Staat aufwirft. Es werden dabei die einer diplomatischen Vertretung gemäss Usus und Wiener Konvention⁴ zustehenden Immunitäten verletzt, und die lokalen Behörden sind an sich verpflichtet, diese Verletzung zu ahnden, ohne Rücksicht darauf, aus welchen Motiven die Besetzung erfolgt bzw., ob die besetzte Botschaft diesen Motiven allenfalls ein gewisses Verständnis entgegenbringen kann⁵.

Die Lösung, die in San Salvador in dieser Situation von allen beteiligten Stellen und Instanzen gefunden und verwirklicht wurde, stellte dann aber insofern einen guten Kompromiss dar, als sie einerseits sowohl den oben zitierten Grundsätzen des Völkerrechts Rechnung trug, als auch anderseits den im vorliegenden Fall relevanten und legitimen Postulaten der Menschenrechte und Menschenwürde Genüge zu leisten trachtete⁶.

Die Besetzung ist zu Ende, und wir könnten an sich zur Tagesordnung zurückkehren. Doch glauben wir, das Schicksal dieser Bauern, auf das diese uns durch die Besetzung der Botschaft aufmerksam zu machen suchten, nicht völlig aus den Augen verlieren zu sollen⁷. Dies selbstverständlich nicht

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2003A#1990/3#662* (o.231.07). Kopie an P. Aubert, J. H. Ghisler, J. Iselin, L. Meier, die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des Politischen Departements und die schweizerische Botschaft in Guatemala-Stadt.

2. Zur Besetzung der schweizerischen Botschaft in San Salvador vgl. das Telegramm Nr. 10 von Th. Portier an das Politische Departement vom 12. April 1978, dodis.ch/48184 sowie die Notiz von Th. Portier vom 14. April 1978, dodis.ch/48186.

3. Vgl. dazu DDS, Band 26, Dok. 38, dodis.ch/38191. Zur Besetzung der argentinischen Botschaft in Bern vgl. den Bericht der Stadtpolizei Bern vom 6. Juni 1978, dodis.ch/48930. Zur Besetzung der schweizerischen Botschaft in Guatemala-Stadt vgl. das Telegramm Nr. 128 von Y. A. Berthoud an die schweizerische Botschaft in Guatemala-Stadt vom 1. Oktober 1978, dodis.ch/48136 sowie den Bericht von Y. A. Berthoud vom 16. Oktober 1978, dodis.ch/48140.

4. Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961, AS, 1964, S. 435–455. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T961.

5. Zur Wiener Konvention vgl. die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T961.

6. Über den Ausgang der Besetzung vgl. die Notiz von Th. Portier vom 19. April 1978, dodis.ch/48187.

7. Vgl. dazu das Schreiben von H. Kaufmann an Th. Portier vom 6. Juli 1978, dodis.ch/51606.

im Sinne einer Einmischung oder Stellungnahme in innere Verhältnisse El Salvadors, sondern einfach aus einer rein menschlichen Sorge sowie aus der Verpflichtung heraus, welche uns die humanitäre Tradition unseres Landes auferlegt. Wir würden uns deshalb dafür interessieren, von Ihnen gelegentlich Nachrichten über das Schicksal der Besetzer im besonderen, und allgemein über die Entwicklung der Lage der Campesinos im Verhältnis zu Regierung und Verwaltung etc. zu erfahren⁸.

Sie weisen selbst auf die möglicherweise zentrale Rolle hin, die Erzbischof Romero in der Aktionen der Campesinos – so vermutlich auch bei der Besetzung ausländischer Botschaften – spielt. Wir glauben, dass dem oben skizzierten Postulat der weiteren Informationen über das Schicksal der Campesinos am ehesten und unverfänglichsten durch die Weiterführung eines informellen Kontakts zu Mgr. Romero oder dessen Stellvertreter⁹ entsprochen werden könnte.

Unserem allgemeinen Interesse schliesst sich ein spezifisches des «Hilfswerks der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)» an. Es ist Ihnen möglicherweise bekannt, dass das HEKS in El Salvador seit 1977 ein Projekt zur juristischen Beratung der Campesinos¹⁰ mitfinanziert, wobei es vor allem darum geht, die Bauern in der Wahrung ihrer Rechte gegenüber Spekulanten, Grossgrundbesitzern und einzelnen (vielfach mit ersteren in einer Art Symbiose agierenden) Verwaltungszweigen zu beraten und zu unterstützen. Es versteht sich von selbst, dass das HEKS ein lebhaftes Interesse daran hat zu erfahren, welche Wirkungen einerseits dieses Projekt allenfalls auf die Haltung der Campesinos gegenüber der Regierung zeitigt, und anderseits ob die Besetzung der Botschaften irgendwelche negativen Folgen in der Haltung der Regierung gegenüber diesem Projekt nach sich ziehen könnte.

8. Vgl. dazu das Schreiben von Th. Portier an J. Iselin vom 19. Mai 1978, dodis.ch/48189.

9. M. Revelo.

10. Vgl. dazu das Schreiben von H. Schaffert an J. Iselin vom 24. April 1978, dodis.ch/50870.

Procès-verbal du Chef-suppléant de la Division politique I du Département politique, A. Maillard¹

ENTRETIEN DU 6 MAI 1978 ENTRE UNE DÉLÉGATION GRECQUE PRÉSIDIÉE PAR S. E. M. PANAGIS PAPALIGOURAS, MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ET UNE DÉLÉGATION SUISSE PRÉSIDIÉE PAR M. PIERRE AUBERT, CONSEILLER FÉDÉRAL, CHEF DU DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL²

Extrait

Berne, 16 mai 1978

M. Aubert: Comme nous en avons convenu au cours du dîner d'hier soir, nous ne nous embarrasserons pas de circonlocutions et irons droit aux problèmes qui nous tiennent le plus à cœur, ceux de la paix et de l'unité européenne, en cherchant à approfondir d'abord les problèmes de la paix en Méditerranée orientale³, et puis ceux que pose l'adhésion de la Grèce à la Communauté européenne⁴. I. Méditerranée orientale *M. Aubert:* On peut se demander s'il ne faudrait pas, pour résoudre le problème de Chypre⁵, un mécanisme bien structuré comportant éventuellement l'intervention d'une partie tierce, par exemple sous forme d'arbitrage (ce qui ne veut pas dire que la Suisse soit candidate à ce rôle⁶). Il nous semble malheureusement qu'un tel mécanisme n'existe pas. Qu'en pensez-vous? *M. Papaligouras:* Je crois au contraire qu'un mécanisme existe: M. Waldheim et son état-major. Cela a d'ailleurs été dit dans un memorandum sur les relations gréco-turques qui vous sera remis, ainsi qu'un discours de M. Karamanlis sur la Grèce et l'Europe (les deux textes se trouvent en annexe⁷).

Je suis d'accord avec vous qu'il faut chercher une solution. Mais il faut bien constater que la porte ouverte par M. Waldheim l'a été en vain, de par la volonté des Turcs. On ne peut pas contraindre Ankara; le droit international ne comporte pas de sanctions. Mais la Grèce est patiente.

La Grèce est pacifique. Elle a intérêt à ce que la Turquie surmonte ses difficultés économiques; elle est donc prête à l'y aider. Elle ne s'oppose même pas à la reprise des livraisons américaines d'armes à la Turquie si celle-ci fait preuve de bonne volonté dans l'affaire de Chypre. La Turquie, autant que la

1. *Procès-verbal:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3499* (B.15.21.(2)).

2. *Pour les membres des délégations, cf. doss. comme note 1.*

3. *Cf. le compte rendu de A. Maillard et S. Salvi du 5 décembre 1977, dodis.ch/48218.*

4. *Cf. le compte rendu de A. Coigny et Ch. Truninger du 17 décembre 1976, dodis.ch/48541; la notice de F. Blankart du 12 avril 1977, dodis.ch/49026; le télégramme N° 22 du 21 avril 1978, dodis.ch/49039 et la notice de Ch. Faessler du 9 août 1978, dodis.ch/49041.*

5. *Cf. DDS, vol. 26, doc. 97, dodis.ch/38808 et doc. 98, dodis.ch/38813.*

6. *Sur la position de la Suisse dans ce conflit, cf. DDS, vol. 27, doc. 30, dodis.ch/49015. Sur l'action humanitaire de la Suisse à Chypre, cf. DDS, vol. 26, doc. 104, dodis.ch/39180, note 10.*

7. *Pour les annexes, cf. dodis.ch/49027.*

Grèce, a intérêt à résoudre le problème, car Chypre lui coûte cher. Aussi la Grèce ne perd-elle pas espoir. La raison finit toujours par prévaloir.

(*Remarque*: en somme, P[apaligouras] affirme que les Turcs sont seuls en faute et ne nie pas que la Grèce s'oppose à une reprise inconditionnelle – c'est-à-dire avant la solution du problème chypriote – des livraisons d'armes américaines à la Turquie). *M. Aubert*: Votre optimisme me réconforte. Si je n'ai pas considéré l'état-major de l'ONU comme un mécanisme de solution, c'est qu'il ne peut pas jouer le rôle d'arbitre. Il ne peut que mettre les parties en présence. En pourtant, il faudra peut-être en venir tout de même à un arbitrage. *M. Weitnauer*: L'expérience montre que les problèmes de la nature de celui de Chypre sont souvent tranchés par les grandes puissances. Les États-Unis, qui sont l'ami commun de la Grèce et de la Turquie, ne pourraient-ils être la partie tierce requise? La Grèce n'aurait, semble-t-il, pas à redouter un tel recours, car son influence est grande au Congrès américain (lobby grec). D'autre part, vous dites – je vous prends au mot – que la Grèce souhaite une normalisation des relations entre la Turquie et les États-Unis ... Ne faut-il pas déplorer le manque d'un effort d'imagination de la part des Américains? *M. Papaligouras*: Je vous concède que M. Waldheim ne peut que présenter des suggestions. Il faut donc pouvoir compter sur la bonne volonté de la Turquie. Malheureusement, les Turcs ont détruit l'atmosphère de Montreux⁸. Mais une nouvelle rencontre Karamanlis-Ecevit pourrait avoir lieu fin mai ou début juin à Washington ou à New York. Mais il faut abandonner l'idée de deux États chypriotes, qui ne serait acceptable ni pour les USA ni pour l'URSS.

(*Remarque*: à notre connaissance, le gouvernement turc n'a jamais pris à son compte une telle idée). *M. Aubert*: C'est en effet Ankara qui a de la peine à accepter l'idée d'un tel arbitrage. *M. Bindschedler*: Pour un arbitrage, il faut une base juridique qui, dans ce cas, n'existe pas. Un arbitre ne pourrait se prononcer que *ex quo et bono*. *M. Theodoropoulos*: Il existe tout de même une certaine base, qui est l'accord conclu le 12 février 1977 entre Mgr Makarios et M. Denktash, en la présence de M. Waldheim, sur la formation d'un État bi-communal, bi-zonal, fédéré, indépendant et non-engagé.

En ce qui concerne la mer Égée⁹, la Grèce serait prête à accepter une procédure judiciaire ou arbitrale, mais la Turquie veut une négociation politique, c'est-à-dire qu'elle cherche à tirer avantage de son plus grand poids politique et militaire. *M. Papaligouras*: Il est vrai néanmoins que le problème de Chypre ne paraît guère justiciable de la Cour Internationale de Justice, contrairement à celui de la mer Égée. Mais là, il n'y a pas eu de problème pendant 50 ans. Pourquoi en susciter maintenant? Pour s'entendre, il faut être deux. La Grèce ne peut pas résoudre les problèmes toute seule.

Il y a quelque temps, M. Karamanlis avait déclaré qu'il ne comprenait plus ce qu'il avait signé (anecdote destinée évidemment à montrer qu'on ne peut faire confiance aux Turcs). *M. Aubert*: Bien entendu, nous n'avons pas la prétention de vous apporter une solution, mais si nous pouvons être utiles

8. Sur le sommet de Montreux, cf. la notice de A. Hegner du 20 mars 1978, dodis.ch/49018.

9. Cf. le compte rendu de S. Salvi du 12 décembre 1977, dodis.ch/48219.

de quelque manière, nous sommes à votre disposition¹⁰. *M. Hegner*: Si nous sommes bien informés, l'évolution de la situation économique en Méditerranée orientale et en particulier à Chypre est plutôt favorable à la Grèce, ce qui pourrait expliquer que la Grèce puisse être encline à temporiser. Mais le retard économique des Turcs et des Chypriotes ne pourrait-il pas devenir une source de difficultés? Il nous paraît d'autre part que l'Europe, ou plus précisément les neuf pays membres de la Communauté, ont un intérêt très direct à la solution des problèmes existants entre la Grèce et la Turquie, deux pays qui aspirent à devenir tôt ou tard membres de la Communauté. Aussi sommes-nous enclins à nous demander si les Neuf jouent un rôle suffisamment actif dans la recherche de solutions. *M. Papaligouras*: Les Neuf s'intéressent à cette recherche au même titre que, par exemple la Suisse. Mais on aurait tort de s'imaginer que l'adhésion de la Grèce à la Communauté changera le problème des relations avec la Turquie. En premier lieu, l'adhésion de la Grèce ne causera aucun préjudice économique à la Turquie, ce qui, comme indiqué plus haut, serait contraire à l'intérêt de la Grèce. En second lieu, la Grèce devra, en adhérant, accepter tout l'acquis communautaire, qui comprend entre autres l'accord d'association avec la Turquie.

Quant au lobby grec que M. Weitnauer avait évoqué, il faut observer qu'il ne serait sans doute pas en mesure d'imposer aux Chypriotes grecs une solution dont ils ne voudraient pas. *M. Weitnauer*: Mais il peut bloquer certaines décisions du Congrès ... *M. Papaligouras*: Il reste composé de citoyens américains jouissant de leur pleine autonomie de décision.

D'autre part, il ne faut pas oublier qu'à Chypre même il y a l'armée turque, infiniment plus forte que les Chypriotes ne se l'imaginent, et que Denktash est entièrement contrôlé par les Turcs, alors que la Grèce n'a aucun pouvoir sur M. Kyprianou (!!!).

[...] ¹¹

10. Sur les bons offices de la Suisse entre la Grèce et la Turquie, cf. le discours de P. Aubert du 2 février 1976, dodis.ch/50409.

11. Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/49027.

141

dodis.ch/49051

Notiz des Abteilungschefs, B. von Tscharnier, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹

BESUCH KU MU²

Bern, 18. Mai 1978

1. Der Besuch verlief bisher programmgemäss (vgl. Programm³ in der Beilage) und reibungslos. Ku Mu zeigt sich an allem interessiert und ist unermüdlich. Der Rest der Delegation folgt mit zunehmender Erschöpfung ...

2. Ankunft: Die Chinesen schätzten es ausserordentlich, dass Bundesrat Aubert sie in Kloten empfing. Sie wissen, dass das bei uns nicht üblich ist.

3. Höflichkeitsvisite bei Bundespräsident Ritschard: ausgezeichnete Stimmung (Photo von Ritschard bei Hua Kuo-feng⁴, Übergabe des Geschenks des Bunderats (Atmos-Pendule), usf.).

4. Arbeitssitzung mit Bundesrat Honegger: Dauerte 2 ½ Stunden! Zuerst langfädige Allgemeinheiten; dann wurde es plötzlich spannend, als Ku Mu aufzuzählen begann, welches die konkreten Bedürfnisse Chinas in den nächsten paar Jahren sein werden. Ich ermutigte Herrn Bundesrat Honegger, sofort sehr direkt nachzustossen und aufzuzählen (z. T. unter Nennung der Firmen), wo überall die Schweiz Produkte anzubieten hat, die diesen Bedürfnissen in besonders hohem Masse entsprechen. Für die Details verweise ich auf die von Herrn Clerc verfasste Protokollnotiz⁵.

Dass die Chinesen diese Wendung des Gespräches durchaus akzeptierten, ja wohl erwartet hatten, zeigt, dass Ku Mu am Ende betonte, er hoffe sehr, das Gespräch mit Herrn Bundesrat Honegger im Verlauf des Besuchs noch weiterführen zu können. Honegger drückte gleichen Wunsch aus.

Inzwischen wurde vereinbart, dass sich Ku Mu und Honegger am 18. Mai zu einem «Arbeitsfrühstück» im kleinsten Kreis (Honegger, Sigg, von Tscharnier – 4 Chinesen) treffen, um Bilanz zu ziehen. Für meine Empfehlungen an Honegger vgl. beiliegende Kopie einer Notiz⁶.

1. Notiz: CH-AfZ NL Paul R. Jolles 1128 (7.5.13.2).

2. Vgl. dazu auch die Notiz von B. von Tscharnier vom 25. Mai 1978, dodis.ch/49054.

3. Für das geplante Programm vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2559* (B.15.50.4).

4. Zum Besuch von W. Ritschard bei Hua Guofeng anlässlich der Eröffnung der Swissair-Verbindung zwischen Zürich und Peking vgl. das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 14. April 1975, dodis.ch/37728. Vgl. ferner DDS, Bd. 26, Dok. 153, dodis.ch/37707.

5. Notiz von A. Clerc vom 25. Mai 1978, dodis.ch/49075.

6. Notiz von B. von Tscharnier an F. Honegger vom 16. Mai 1978, CH-BAR#E7001C#1989/59#577* (2310.1).

Honegger hat in seinem Begrüssungsvotum⁷ Ihren bevorstehenden Besuch in China⁸ gebührend unterstrichen und Ku Mu informiert, dass er Sie am 18. Mai noch treffen werde.

5. Höflichkeitsvisite bei Bundesrat Aubert: Zuerst kurze Führung durchs Parlamentsgebäude. Sehr herzliche Stimmung. Hochinteressante Diskussion über Verhältnis zwischen China und UdSSR (lange Ausführungen Ku Mu's auf Frage von Aubert nach jüngstem Zwischenfall am Ussuri). Kürzer: Koreaprobem, Umsturz in Afghanistan, Konflikt Kambodscha-Vietnam. Hauptargument Ku Mus: Hütet Euch vor den Russen, ihre Hauptziele liegen in Europa, nicht im Fernen Osten!⁹

6. Samstag: Kaltes, regnerisches Wetter für Besuch Kraftwerk Bannwil. Frau Tsien sehr interessiert an Escher-Wyss Turbogeneratoren. Sehr erfolgreicher Besuch auf prächtigem Bauernhof am Nachmittag (Fotos mit Kindern, Kühen, Katzen, Zuchtvieh – erläutert von Direktor Wyss vom Verband – reiches Berner Bauern-Zvieri etc. etc.).

7. Sonntag: Reise der Delegation nach Genf für Kontaktnahme mit chinesischer UN-Delegation. Nach Auskunft der Chinesen reibungslos verlaufen. Habe im letzten Augenblick noch Polizeieskorte mobilisiert, um Verkehrsabwicklung zu erleichtern.

8. Montag: Sehr gute Stimmung trotz wechselhaftem Wetter. Programm von bernischer Staatskanzlei bestens vorbereitet (landwirtschaftliche Schule Bäregg bei Langnau, Bergbauernhof im Oberemmental, Rathaus Thun: Orientierung über Wirtschaftsprobleme einer Bergregion, Mittagessen auf Motorschiff auf dem Brienzersee mit Regierungsrat Meyer, Besuch der Kraftwerke Oberhasli mit Helikopterflügen und Seilbahnfahrten – grosser Erfolg).

Botschafter Sigg wegen Grippe leider nicht dabei.

9. Dienstag: Zwei Gruppen

Frau Tsien (Elektrizitätsministerin) mit zirka 10 Leuten, begleitet von Roches und von Tschanner zu BBC Baden.

Rest mit Ku Mu zu Ciba-Geigy¹⁰, begleitet von Bettschart, Ruegg EPD etc.

BBC: Besuch Turbinenwerk Birr und Forschungszentrum. Lunch präsiert von Herrn E. Bielinski, der kürzlich selber in China war. (Ich bedaure, dass ich erst jetzt Näheres über das Ergebnis seiner Reise erfahren habe.) Bei Tisch interessantes Gespräch über die beide Seiten interessierenden Probleme (u. a. 600 MW-Kraftwerk). BBC reagiert positiv auf chinesische Anregung nach Symposium im Juni über Elektrizitätserzeugung (inkl. nuklearer Brennstoffzyklus) im Herbst weiteres Symposium über Stromverteilung und -übertragung zu organisieren.

10.¹¹ Mittwoch: Sehr reich befrachtetes Programm: Vormittag Zahnräder-Maag + Lunch. Nachmittag auf Wunsch Ku Mus statt Bootsfahrt Besuch

7. Ansprache von F. Honegger vom 12. Mai 1978, CH-BAR#E7110#1989/32#2163* (821).

8. Zur China-Reise von P. R. Jolles vom September 1978 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 168, [do-dis.ch/49076](https://dis.ch/49076), bes. Anm. 3.

9. Vgl. dazu die Notiz von A. Rüegg vom 17. Mai 1978, dodis.ch/49074.

10. Handschriftliche Ergänzung von B. von Tschanner: und Gugelmann (Spinnerei Roggwil, Schwergewicht: Textilmaschinen)

11. Die Punkte 10–12 sind im Original handschriftlich von B. von Tschanner.

der ETH (Empfang durch Prof. Ursprung, Besuch der modernen Bibliothek und des Instituts für Elektrotechnik, vor allem Computer und Automation). Anschliessend Besuch des Einkaufszentrums Glatt in Wallisellen. Ku Mu an allem interessiert und vom Gesehenen begeistert.

Sonderprogramme für kleinere Gruppen:

- Sulzer
- Nestlé¹²
- Bucher-Guyer (im Hinblick auf Ausstellung in Peking im Herbst)

Alle Besuche reibungslos und zur Zufriedenheit beider Seiten. Empfang Vorort: Wirtschafts-Prominenz in grosser Zahl, sehr gediegen, sehr gute Stimmung (etwas lange Rede von E. Luk Keller).

11. Heute Omega, Abfahrt wegen Arbeitsfrühstück um ½ Std. verschoben.

12. Einziger Misston in der ganzen Geschichte: die Klagen derjenigen Firmen, die wir nicht besucht haben (Sandoz, Holderbank, Pilatus, Bühler-Uzwil etc.). Haben stets darauf hingewiesen, dass Programm gemäss präzisen Wünschen der Chinesen zusammengestellt wurde und dass diese Firmen bei anderer Gelegenheit berücksichtigt werden können (Commission mixte¹³ etc.).

12. Vgl. dazu die Notiz von M. Disler vom 19. Mai 1978; CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2597* (C.41.111.0).

13. Zur zweiten Sitzung der Gemischten Kommission Schweiz–China vgl. Doss. wie Anm. 7.

142

dodis.ch/52264

Notice interne du Département politique¹

RELATIONS SUISSE–ALGÉRIE. ENTRETIEN AVEC M. L'AMBASSADEUR ANDRES À
BERNE, LE 18 MAI 1978²

Confidentiel

Berne, 18 mai 1978

1) Relations bilatérales; généralités

Les commissions des affaires étrangères du Parlement avaient souhaité passer en revue le problème des relations algéro-suisse³. De nouveaux développements imminents ont permis de les persuader de renvoyer à une date

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1539* (B.15.21). Rédigée et signée par P. Luciri. Copie à P. Aubert, A. Weinmayer, E. Moser, J. Martin, E. Andres, M. Jaccard, M. Krafft, F. Moser, M. Disler, J. Monnier, J. Zwahlen, J. Iselin, H. Kaufmann, P. Luciri et à l'Ambassade de Suisse à Alger.

2. Présents: J. Iselin (président), E. Moser, J. Martin, E. Andres, M. Jaccard, M. Krafft, F. Moser, M. Disler, H. Kaufmann et P. Luciri.

3. Pendant la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 21 février 1978, G. Fontanet désire savoir s'il serait possible d'élaborer prochainement un dossier concernant les relations que notre pays entretient avec l'Algérie. P. Aubert répond qu'un rapport sera élaboré dès que possible. Cf. le procès-verbal du mars 1978, CH-BAR#E1050.12#1995/511#22*, p. 20.

ultérieure l'examen de cette question, qui avait été prévu pour les séances du 11 mai (National) et du 19 mai (États).

Les *éléments nouveaux* pouvant donner un tour nouveau à nos relations avec l'Algérie sont les suivants: a) initiative politique du Chef du Département⁴; b) envoi d'un nouvel Ambassadeur à Alger⁵; c) reconsidération à Alger de la question de la représentation officielle de l'Algérie à Berne; d) nouvelle étape dans la procédure opposant l'Algérie à M. Mardam.

a) Le *Chef du Département*, désireux de manifester à Alger son souci prioritaire de rétablir les relations entre la Suisse et l'Algérie sur une base de confiance, a pris l'initiative, avec l'assentiment du Conseil fédéral⁶, de le faire savoir à son homologue algérien, M. Bouteflika, en lui suggérant un mode concret de nouer le dialogue. Son message personnel (cf. texte en annexe⁷) a été remis le 13 mai, à New York, à l'Ambassadeur Djezairi, qui y préside le Comité plénier du dialogue Nord-Sud.

b) L'Algérie n'a pas fait de difficultés pour donner son agrément à M. l'Amb[assadeur] Andres, qui s'apprête à *partir pour Alger* porteur de ces nouvelles impulsions.

M. l'Amb[assadeur] Martin a eu le sentiment, au cours de son séjour en Algérie, que le climat devenait plus détendu et qu'il n'y avait pas de mauvaise volonté manifeste des autorités algériennes à notre égard⁸. Si le Président Boumediène en veut à la Suisse, n'est-ce pas surtout parce que son ennemi malheureux, Ben Bella, y a joui d'une grande sympathie?

c) Du côté *algérien*, il est évident que la décision prise en son temps de *rappeler de Berne l'Ambassadeur d'Algérie*⁹ et de ne pas le remplacer est critiquée. Ainsi, l'Ambassadeur Djafari, doyen du corps diplomatique à Sofia, paraît faire campagne pour que l'Algérie défende mieux ses intérêts en Suisse en y manifestant à nouveau une présence officielle¹⁰.

Alors qu'il était à Alger, M. l'Amb[assadeur] Martin a dit au MAE que nous prenions ombrage du fait que l'Algérie n'était pas représentée à Berne de manière appropriée. La Suisse n'entendait pas faire de même à Alger. Il est compréhensible qu'Alger, pour des raisons de politique du personnel, ne nomme pas d'Ambassadeur à Berne, mais nous estimons que dans ce cas, l'Algérie pourrait au moins se faire représenter convenablement par un chargé d'affaires.

d) Dans le labyrinthe juridique qu'est devenue *l'affaire des fonds Khider*¹¹, une étape importante va être franchie avec *l'inculpation* à Genève de

4. P. Aubert.

5. E. Andres.

6. Cf. le PVCF de décision II du 9 mai 1978 de la 16^{ème} séance du 3 mai 1978, dodis.ch/52428.

7. Lettre de P. Aubert à A. Bouteflika du 11 mai 1978 dodis.ch/52264.

8. Cf. le télégramme N° 127 de J. Iselin à l'Ambassade de Suisse à Alger du 28 octobre 1977, dodis.ch/52508 et le rapport de fin de mission de J. Martin du 21 février 1978, dodis.ch/52509.

9. A. Settouti. Cf. la notice de E. Thalmann du 23 août 1974, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1354* (B.15.21).

10. Cf. les lettres de G. de Dardel à A. Weitnauer du 15 mars, 25 avril et 17 mai 1978, doss. comme note I.

11. Cf. DDS, vol. 23, doc. 41, dodis.ch/31499 et doc. 165, dodis.ch/31422; DDS, vol. 24, doc. 88, dodis.ch/33019 et doc. 104, dodis.ch/33713; DDS, vol. 26, doc. 113, dodis.ch/38991; la notice

M. Mardam pour abus de confiance. D'une certaine manière, cette décision du juge d'instruction genevois¹² donne satisfaction à l'Algérie et tend à compromettre M. Mardam. Le Département n'a pas manqué d'attirer l'attention de la partie algérienne sur l'opportunité qu'il y a pour elle à ne rien négliger pour assurer la défense de ses intérêts.

2) Contentieux

a) Dépossessions

Il est particulièrement malaisé d'obtenir des Algériens qu'ils discutent de nos revendications en faveur des Suisses dépossédés. Avec le messianisme qui leur est propre, les Algériens se sont fait les prophètes dans le « tiers monde » de la théorie de la récupération légitime par les nouveaux États indépendants des terres « spoliées » par les colons européens.

Dans la réalité, les choses se présentent bien autrement, comme beaucoup de cas suisses que nous connaissons le prouvent. Très souvent, nos compatriotes ont effectué un réel apport de capital matériel et technologique en Algérie, qui a été confisqué. Souvent aussi, aucune forme n'a été respectée. En l'absence de toute justice digne de ce nom, l'arbitraire, la ruse et la contrainte peuvent priver soudainement des ressortissants suisses de leur propriété et de leur base même d'existence.

Une discussion générale sur les principes apparaissant assez vaine, il semble préférable de *procéder de cas en cas sur la base d'exemples concrets*, avec l'espoir de pouvoir peut-être *créer* ici et là quelques *précédents de règlement*.

La Section des accords d'indemnisation a revu les cas pendants¹³ et a choisi un certain nombre de cas appropriés pour de telles discussions. Il s'agit surtout de *cas de nationalisations*, mais il y a aussi, pour servir de test, des *cas de biens vacants*.

L'Algérie n'a jamais répondu formellement à *notre note du 2 janvier 1977*¹⁴ suggérant l'ouverture de discussions libres à ce sujet.

Il est évident que l'Algérie, comme beaucoup d'autres États, fait tout ce qu'elle peut pour se dérober à la nécessité de dédommager nos compatriotes lésés. Sans opposer de refus nettement articulé (les Algériens ne disent jamais non), il est à craindre que la partie algérienne ne noie le poisson dans la sauce en faisant mine d'acquiescer à d'interminables palabres juridico-politiques.

En tout état de cause, l'Algérie n'acceptera jamais ce qui pourrait constituer un précédent vis-à-vis de la France¹⁵.

Cela dit, nous devons continuer de saisir toutes les occasions d'expliquer notre point de vue et de régler de cas en cas les dossiers pour lesquels une chance de règlement pourrait se présenter.

de L. Rochat du 14 janvier 1976, dodis.ch/39002; la notice de P. Luciri du 25 janvier 1978, dodis.ch/50104, pp. 89 s. et la notice de J. Iselin à A. Weitnauer du 20 février 1978, dodis.ch/52510.

12. R. Dussaix.

13. Cf. la notice de J. Leutert du 20 juin 1977, dodis.ch/52523.

14. Note de l'Ambassade de Suisse à Alger au Ministère des Affaires étrangères d'Algérie du 2 janvier 1977, CH-BAR#E2200.73#1995/194#47* (222.0). Cf. aussi le procès-verbal de J. Leutert du 16 décembre 1976, dodis.ch/52512.

15. Cf. aussi la notice de P. Barraza et J. Leutert du 19 mai 1976, dodis.ch/50218.

Selon la *réaction* qui sera donnée par l'Algérie à la *proposition du Chef du Département* évoquée ci-dessus, notre nouvel Ambassadeur à Alger verra comment rappeler la proposition que nous avons faite le 2 janvier 1977 et comment amorcer une discussion à laquelle nous sommes prêts. Parallèlement, notre Ambassade à Alger pourra prendre l'initiative de favoriser la solution de cas pendants pour lesquels elle verrait une issue ou de faire des propositions à la centrale à cette fin.

À l'égard de notre *opinion publique*, des intéressés et du Parlement¹⁶, il convient de ne pas éveiller de faux espoirs. Nous continuerons donc de dire qu'il n'y a, pour le moment, pas de solution en vue au contentieux de dépossessions suisses en Algérie, mais que nous poursuivons nos efforts.

Il serait opportun que le Chef du Département puisse s'entretenir avec les responsables de l'ASSAOM¹⁷ avant les vacances d'été et la réunion annuelle des Suisses de l'étranger.

b) Maison suisse

La «Maison suisse» continue d'être occupée par la Sûreté algérienne. Un nouveau comité a été constitué, qui ne fait rien. Des membres de l'ancien comité prétendent qu'ils seraient parvenus à récupérer la maison si l'Ambassade n'avait pas fait de la question une affaire d'État! La police algérienne a fait savoir à notre Ambassade qu'elle pouvait récupérer certains effets, mais ne savait au juste s'il s'agissait de pièces de l'inventaire de la Maison suisse ou de biens appartenant à M. Kuster, dont l'appartement se trouve également occupé par la Sûreté algérienne. Nous attendons toujours des précisions d'Alger à ce sujet.

Il convient de voir les choses comme elles sont. Le retour à la colonie suisse de l'édifice, dans son état de délabrement actuel, serait une charge insupportable pour elle. Personne ne veut engager de frais d'avocat à cet effet. On peut se demander si la Maison suisse n'était pas effectivement, lorsqu'elle a été fermée, un repaire de pieds noirs exhalant leurs rancunes contre le régime algérien à l'abri du pavillon helvétique. Il faut aussi bien voir que les membres suisses n'étaient qu'une petite minorité et que la fermeture, même si elle était nettement disproportionnée, a été prise dans un train de mesures visant tous les clubs étrangers.

Le mieux serait de *rechercher une solution de compromis* et d'obtenir pour l'Association des Suisses en Algérie une bonne indemnité forfaitaire.

c) Autres cas individuels

Il est fait mention des *cas Juillard, Ruf, Schlatter, Baumgartner, Kuster, Bosrari*. M. Andres prend note des nuances avec lesquelles il convient de garder ces cas présents à l'esprit.

3) Questions économiques

Le Président Boumediène paraît bien en selle. Il a pu s'absenter pendant deux semaines pour organiser le front de la fermeté contre l'Égypte. Le pays n'a pas bronché en son absence. Le mécontentement est partout, mais l'opposition ne semble pas organisée. Qui tient Alger tient l'Algérie. Si Boumediène

16. Cf. la réponse du Département politique du 8 mai 1978 à la question Bächtold, dodis.ch/52526.

17. Pour l'ASSAOM, cf. la notice de M. Jaccard à J. Iselin et F. Moser du 2 février 1978, dodis.ch/52525.

était renversé, il le serait par des personnes ayant des idées semblables ou même plus dures que les siennes¹⁸. On peut donc tabler sur *une certaine stabilité dans la direction générale des affaires*.

Les possibilités de paiement à moyen terme de l'Algérie sont difficiles à évaluer. Le pays s'endette et hypothèque de plus en plus son pétrole et son gaz. Le poids de la dette, actuellement de 19%, devrait atteindre dans quelques années 25% des exportations. Les Algériens sont prêts à passer des commandes, mais veulent un crédit intégral.

Les querelles politiques avec la Suisse n'ont pas eu de répercussions sur les échanges de marchandises¹⁹. Nos exportations ont quadruplé en quatre ans et vont bientôt s'élever à 400 millions de francs²⁰. L'Algérie est notre troisième cliente en Afrique après le Nigéria et l'Afrique du Sud. La *Garantie des risques à l'exportation* continue d'être beaucoup trop engagée vis-à-vis de l'Algérie (environ 980 millions de francs). Un plafond de 100 millions limite les gros engagements²¹. À ce jour, il n'y a pas eu de défaut de paiement au détriment de la GRE. Beaucoup de petites et moyennes entreprises travaillent en Algérie et risquent, au pire, la faillite en cas de dégradation sérieuse de la situation.

La collaboration avec des partenaires algériens est pleine d'écueils. L'entreprise *Baumgartner* vient d'invoquer ce motif pour mettre un terme à sa coopération avec un partenaire algérien²².

La Division du commerce a repris notre suggestion tendant à essayer d'obtenir *une ouverture du marché horloger algérien* en échange d'un programme de *formation professionnelle*. La Division du commerce a demandé à la Fédération horlogère de préciser ses objectifs commerciaux en prévision de cette négociation.

La nouvelle réglementation algérienne en matière de *représentation d'affaires* va compliquer l'activité des entreprises suisses. Celles-ci voudront peut-être s'associer pour confier leurs intérêts à un représentant suisse commun résidant à Alger.

4) Fonds Khidder

L'inculpation de M. Mardam à Genève pour abus de confiance qualifié correspond enfin, après plus de deux ans, à ce que le gouvernement algérien avait demandé dans son Mémoire au gouvernement suisse du 30 décembre 1975²³. Il s'agit d'une décision indépendante du juge d'instruction genevois, M. Dus-
saix. Le gouvernement fédéral n'a pas pu l'influencer dans ce sens.

Faut-il se féliciter de constater que les Algériens sont parvenus à leurs fins? La prudence est de mise. D'une part, une inculpation ne signifie pas encore une mise en accusation ou une condamnation. Ensuite, M. Mardam,

18. Cf. le rapport politique N° 14 de E. Andres du 23 novembre 1978, dodis.ch/52511. H. Boumédiène meurt le 27 décembre 1978.

19. Cf. la lettre de G. Winterberger et P. Veyrassat à la Direction politique du Département politique et la Division du commerce du Département de l'économie publique du 1^{er} novembre 1977, dodis.ch/52531.

20. Cf. la notice de E. Martin à J. Zwahlen du 15 décembre 1978, dodis.ch/52640.

21. Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 3 juin 1977, dodis.ch/52641.

22. Cf. doss. CH-BAR#E7110#1989/32#1389* (892.1).

23. Aide-mémoire du Gouvernement d'Algérie au Conseil fédéral du 30 décembre 1975, CH-BAR#E2200.73#1995/192#58* (352.0).

assisté par Me Farina, entend tirer parti de la situation pour demander une confrontation avec le gouvernement algérien. Nul doute qu'il profitera de la procédure pour embarrasser la partie adverse en exposant ses propres revendications et en invoquant le bon droit que le Tribunal fédéral lui a attesté à plusieurs reprises.

Au cours de la discussion, l'opinion est émise que les *jugements du Tribunal fédéral* sont en tout point absolument corrects. Selon une autre opinion, ils présenteraient des points faibles.

Personne ne peut faire de pronostics sur l'issue de la procédure pénale actuellement engagée à Genève. À la différence de ce qui s'est passé autrefois, les avocats de l'Algérie suivent maintenant l'affaire de très près. Me Sator viendra d'Alger assister à l'audience prévue pour le 22 mai. L'État algérien y sera représenté par les avocats Budin et Steiner.

Parallèlement à la procédure pénale, une *campagne de presse inspirée par l'Algérie*, dans la ligne des articles de M. de Diesbach²⁴, pourrait contribuer à ternir la réputation de M. Mardam et compromettre son projet de participer à la création d'une banque saoudo-suisse. Pour le moment en tout cas, il apparaît que M. Mardam continue à avoir ses entrées chez le Président de la Banque nationale²⁵.

Les perspectives de liquider la Banque Commerciale Arabe (BCA) sans que les Algériens n'aient été orientés sont inquiétantes. Un scénario a été évoqué au Secrétariat de la *Commission fédérale des banques* (cf. note de dossier de M. Disler, du 17 mai 1978²⁶) selon lequel la Commission, lors d'une prochaine séance, ne prononcerait pas elle-même la liquidation, mais mettrait M. Mardam en demeure de prendre certaines mesures sous peine de liquidation.

Le risque n'existe-t-il pas que M. Mardam procède lui-même à la liquidation de la Banque pour embarrasser les Algériens? Dans ce cas, en effet, un liquidateur d'office serait nommé qui aurait pour fonction de récupérer les créances de la Banque. Or, le gouvernement algérien serait débiteur d'environ 10 millions de francs à la BCA que M. Mardam revendique.

Le gouvernement algérien ayant désormais la conviction qu'il est le propriétaire réel de la BCA, il conviendrait que la CFB ne prenne pas de décision hâtive et que le gouvernement algérien, grâce à un sondage approprié, ait au moins la possibilité d'exprimer son intérêt éventuel à disposer d'une banque en Suisse. La SONATRACH n'est-elle pas installée à Genève, d'où elle conclut d'importantes affaires?

Les démarches utiles devraient être faites avec une certaine urgence en utilisant les canaux confidentiels habituels²⁷.

24. Pour les articles de R. de Diesbach dans la *Tribune de Lausanne* du 15 mars et du 1 au 3 mai 1978, cf. doss. CH-BAR#E2850.1#1991/234#273* (14).

25. F. Leutwiler.

26. Notice de M. Disler du 17 mai 1978, CH-BAR#E2850.1#1991/234#273* (14). Cf. aussi le compte rendu de M. Disler du 27 décembre 1977, dodis.ch/52642.

27. Pour la suite de cette affaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 149, dodis.ch/48773; la notice de A. Weitnauer à P. Aubert du 29 août 1978, dodis.ch/52429; le PVSF N° 1584 du 25 septembre 1978, dodis.ch/52432; la notice de M. Krafft à A. Hegner du 2 octobre 1978, dodis.ch/48555 et la notice de J. Zwahlen et M. Krafft du 20 octobre 1978, dodis.ch/52431.

143

dodis.ch/48700*Notice du Secrétaire général, A. Weitnauer, au Chef du Département politique, P. Aubert¹*

[Berne,] 19 mai 1978

Veuillez trouver ci-inclus deux projets de textes à propos de la condamnation de M. Orloff². Le premier est une déclaration que vous feriez de votre propre chef, le second une réponse que vous donneriez au cas où un membre de la commission poserait une question sur le triste sort de M. Orloff.

En ce qui me concerne, je vous dissuade vivement de faire une déclaration sans y être amené par une question. Naturellement tout le monde sympathise, d'un point de vue personnel, avec la condamnation injuste d'un dissident soviétique. Je veux bien aussi qu'on peut invoquer l'Acte final d'Helsinki dont et la Suisse et l'Union soviétique sont signataires. Mais il me semble que la Suisse a tout intérêt, comme vous l'avez expliqué de façon excellente aux rédacteurs du «*Spiegel*»³ à ne pas glisser vers une politique étrangère «suédoise». Si vous faites spontanément une déclaration au sujet du cas Orloff, nous devrions commencer à dresser une sorte de bilan de tous les cas de justice fautive et faire des déclarations – qui seraient une sorte de protestation – régulièrement et sans exception.

Comme vous l'avez expliqué hier aux gens du «*Spiegel*» nous aurons tout à gagner par une politique discrète qui nous permet parfois d'aider *effectivement* des personnes qui souffrent injustement⁴. Cette politique nous a profité énormément depuis très, très longtemps. Voulons-nous nous en départir aujourd'hui sous le coup d'une émotion que nous partageons tous? Je vous ai déjà dit mon opinion personnelle⁵.

1. Notice: CH-AfZ NL Dr. iur. Albert Weitnauer 280 (8.2). Vu que la notice n'a pas été retrouvée dans des dossiers du Département politique, il n'est pas certain qu'un exemplaire ait été présenté à P. Aubert. Cependant, dans sa réponse à une question de O. Guntern sur la condamnation de Y. F. Orlov, P. Aubert utilise littéralement la formulation proposée par A. Weitnauer. Il y a des condamnations qui honorent ceux qui en sont frappés. Cf. le procès-verbal de mai 1978 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États du 19 mai 1978, dodis.ch/48503, p. 15.

2. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/48700. Pour l'arrestation de Y. F. Orlov, cf. la lettre de R. Faessler à la Direction politique du Département politique du 15 février 1977, dodis.ch/48736.

3. Interview de J. Bürgi et M. Haller avec P. Aubert dans le *Spiegel* du 26 juin 1978, pp. 118–123. Cf. doss. CH-BAR#E2850.1#1991/234#207* (10).

4. Pour l'assistance de la Suisse dans la libération de V. K. Boukovski, cf. le télégramme de C. Caratsch aux Ambassades suisses à Moscou, Santiago de Chile et Washington du 20 décembre 1976, dodis.ch/48877. Pour la question d'une politique suisse en faveur des droits de l'homme, cf. DDS, vol. 27, doc. I14, dodis.ch/49960.

5. Dans sa réponse à une question de O. Guntern sur la condamnation de Y. F. Orlov, P. Aubert a répondu: Personnellement je me prononcerais en faveur d'une déclaration gouvernementale mais il ne m'appartiendra que d'en faire la proposition à la prochaine séance du Conseil fédéral. Cf. le procès-verbal du mai 1978 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États du 19 mai 1978, dodis.ch/48503, p. 15. Cette question ne fut cependant pas soulevée pen-

dant la séance du Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II du 26 mai 1978 de la 19^{ème} séance du 24 mai 1978, CH-BAR#E1003#1994/26#21*. Sur la déclaration de P. Aubert au Congrès annuel du parti socialiste suisse, cf. la notice de A. Maillard du 29 mai 1978, dodis.ch/48737 et doss. CH-BAR#E2850.1#1991/234#213* (11). Pour la suite de cette affaire, cf. DDS, vol. 27, doc. 160, dodis.ch/48701.

144

dodis.ch/48559

Der schweizerische Botschafter in Mexiko-Stadt, S. Masnata, an den Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, J. Zwahlen¹

BANKKREDITE AN MEXIKO

Mexiko-Stadt, 24. Mai 1978

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Mai 1978² mit den neuen Direktiven³ der Schweizerischen Nationalbank betreffend Kapitalexport. Ich bin mir bewusst, dass diese Vorschriften in erster Linie zum Schutz unserer Währung erlassen wurden, und dass diese Überlegungen das absolute Primat gegenüber anderen Aspekten beanspruchen müssen.

Ich muss jedoch hervorheben, dass das Verbot jeglicher Publizität bei der Vergebung privater Schuldverschreibungen⁴ («notes») im Falle Mexikos sich äusserst negativ auswirkt. Mexiko als einer der grössten Kreditnehmer der Dritten Welt, der im letzten Jahr sogar Brasilien auf dem Eurodollar-Markt ausgestochen hat, erhält Kredite von den meisten unserer wichtigsten Konkurrenten, namhafte Kredite, die mit lautstarker Publizität über die Bühne gehen. Sehr oft sind solche Kredite auch mit Besuchen auf Regierungsebene oder von Wirtschaftsdelegationen verbunden, was die Bindung an Lieferungen nahelegt oder solche Lieferungen doch fördert.

Bei der Gewährung von SFr. 300 Mio. in «notes» an den mexikanischen Staat durch die drei Schweizer Grossbanken⁵ (Ihre Mitteilung vom 19. Januar 1978⁶ — ad. s.C.41.Mex.152.0 — RZ/[J.-C. Richard]/ot) bestand ursprünglich

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4584* (C.41.152.0). Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.

2. Schreiben von M. Disler an die schweizerische Botschaft in Mexiko-Stadt vom 2. Mai 1978, CH-BAR#E2200.192/84#92* (522.60).

3. Notiz der Schweizerischen Nationalbank vom 14. April 1978, dodis.ch/49816.

4. Vgl. dazu die Notiz von H.-U. Greiner vom 19. Januar 1978, CH-BAR#E7110#1989/32#1869* (861.5).

5. Schweizerischer Bankverein Basel, Schweizerische Bankgesellschaft und Schweizerische Kreditanstalt.

6. Schreiben von E. Thurnheer an die schweizerische Botschaft in Mexiko-Stadt vom 19. Januar 1978, Doss. wie Anm. 2.

die Absicht, den mexikanischen Finanzminister⁷ in die Schweiz einzuladen. Dieses Projekt zerschlug sich jedoch, und schliesslich fand sich in den mexikanischen Zeitungen überhaupt kein Hinweis auf diese Transaktion, obwohl sie gemäss Auskunft der hiesigen Bankenvertreter den höchsten Umfang für «notes» erreicht habe. Die Direktiven der Nationalbank benehmen uns somit der Möglichkeit, Propagandakapital für unser Land zu machen und direkt oder indirekt schweizerische Lieferungen zu fördern. Eine wichtige Auswirkung sehe ich persönlich in der mexikanischen Handelsbilanz, die der Schweiz trotz gewichtigen Abnahmen mexikanischer Güter auf der Einfuhrseite einen niedrigeren Platz zuweist, als ihn wichtige europäische Konkurrenten einnehmen, die jedoch in Mexiko weniger kaufen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die nachfolgende Statistik, die ich dem März-Bulletin des Ministeriums für Planung und Budget entnommen habe.

Land	Mexikanische Ausfuhren 77 in Mio. Pesos	Rang	Mexikanische Einfuhren 77 in Mio. Pesos	Rang
Vereinigte Staaten	54'817	1	79'026	1
Brasilien	3'390	2	2'433	7
BRD	2'036	3	7'015	2
Venezuela	1'998	4		
Japan	1'867	5	6'651	3
Israel	1'585	6		
Spanien	1'280	7	1'972	10
Schweiz	1'231	8	2'186	9
Kanada	987	9	3'763	4
Guatemala	969	10		
Frankreich	814	11	3'539	5
Kuba	776	12		
Italien	735	13	2'371	8
Kolumbien	727	14		
Argentinien	724	15	1'815	11
Grossbritannien	709	16	2'899	6
Belgien/Luxemburg	644	17	1'058	13
Niederlande	631	18	863	14
Schweden	167		1'777	12

Wenn man von den rein politisch bedingten Erdölausfuhren Mexikos nach Israel absieht, befindet sich die Schweiz also im siebten Rang der mexikanischen Kunden. Auf der Lieferantenseite übertreffen uns jedoch Frankreich, Grossbritannien und Italien, teilweise mit ganz namhaften Beträgen,

7. D. Ibarra Muñoz.

was ich mir nur damit erklären kann, dass es diese Länder verstehen, Kredite, Regierungsdelegationen, Wirtschaftsbesuche und Offerten für ihre Produkte in einem publizistisch wirksamen Mix Mexiko zu präsentieren.

Es liegt mir nun mit dieser Argumentation nicht daran, die Direktiven der Nationalbank zu kritisieren oder sie gar zu veranlassen, im Falle Mexikos gewisse Lockerungen einzuführen. Eher glaube ich, dass versucht werden sollte, unsere Banken mehr dazu zu bringen, ihre fast Routinekredite vermehrt mit schweizerischen Lieferanten abzusprechen, um, wenn schweizerische Firmen bei scharfer Konkurrenz im Rennen stehen, mit der zeitlichen Abstimmung eines sowieso fälligen Kredites vielleicht das Zünglein an der Waage zu spielen. Mit anderen Worten, ich glaube, dass unsere Banken und unsere Exportwirtschaft getrennte Wege gehen, während in den wichtigen Konkurrenzländern mit einem «package» gearbeitet wird, auch wenn dieses vielleicht weder faktisch noch rechtlich besteht.

Subsidiär könnte versucht werden, den Kreditnehmer zu veranlassen, die nötige Publizität zu machen, da nach allen Angaben die Schweiz, was bilaterale Kredite anbelangt, in Mexiko den zweiten Platz nach den USA einnehmen dürfte, während bei internationalen Krediten Filialen schweizerischer Banken meist prominent vertreten sind. Vielleicht sehen Sie es für zweckmässig an, diesen ganzen Fragenkomplex in Ihren Gremien für die Exportförderung mit den interessierten Kreisen zu diskutieren.

145

dodis.ch/50891

Notiz für die Chefin der Politischen Abteilung III des Politischen Departements, F. Pometta¹

UNESCO/ABRÜSTUNG

Bern, 24. Mai 1978

An der letzten Sektionschefsitzung wurde u. a. die Frage angetönt, ob es der UNESCO überhaupt zustehe, sich mit einem Thema wie Abrüstung zu befassen. Ich darf meine damaligen mündlichen Bemerkungen noch wie folgt ergänzen:

Man ist hierzulande weithin geneigt, Fragen der erwähnten Art von vornherein zu verneinen, wobei man von der Vorstellung der UNESCO als einer «unpolitischen» Spezialorganisation mit rein kulturellen Aufgaben ausgeht.

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2003A#1990/3#1906* (o.734.53). Verfasst von I. Hofer und P. Stauffer und unterzeichnet von P. Stauffer. Kopie an den ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO in Paris, die Sektion Vereinte Nationen und Internationale Organisationen sowie das Sekretariat der nationalen schweizerischen UNESCO-Kommission des Politischen Departements, H. von Arx und F. Dubois.

Wir mögen es ungern zur Kenntnis nehmen, aber diese Vorstellung ist – und war schon immer – falsch. Wenn sie sich in der Schweiz als besonders zählbar erweist, dann wohl deshalb, weil wir bekanntlich aus Neutralitätsgründen lange Zeit glaubten, einen scharfen Trennungsstrich zwischen «technischen» und «politischen» UN ziehen zu müssen². Man wird rückblickend feststellen dürfen, dass dabei viel manichäistisches Wunschdenken im Spiel war, das uns gewisse Dinge nicht sehen liess, die wir nicht sehen wollten.

Im Falle der UNESCO trifft dies sicher insofern zu, als wir uns bis heute zu wenig Rechenschaft darüber geben, dass die Präambel der UNESCO-Charta («acte constitutif») mit der Feststellung beginnt «Que, les guerres prenant naissance dans l'esprit des hommes, c'est dans l'esprit des hommes que doivent être élevées les défenses de la paix», während der Zweckartikel 1 desselben Dokuments stipuliert: «L'Organisation se propose de contribuer au maintien de la *paix* et de la *sécurité* en resserrant, par l'éducation, la science et la culture, la collaboration entre nations ...»

Dass damit der UNESCO ein Mandat übertragen ist, dem zwangsläufig politische Implikationen innewohnen, liegt auf der Hand. In der Tat bedurfte es nicht des Prozesses der «Politisierung», von der in den letzten Jahren viel die Rede war³, um aus der UNESCO eine politische Organisation zu machen; sie ist es weitgehend schon seit ihrer Geburtsstunde und gemäss ihrem prioritären statutarischen Auftrag.

Vor diesem Hintergrund ist es denn nicht erstaunlich, dass die Mitglieder des Conseil exécutif in der kürzlichen Debatte⁴ über den Ihnen bekannten Resolutionstext⁵ zum Thema Abrüstung die eingangs gestellte Frage ganz überwiegend bejaht haben⁶. Viele Redner verwiesen auf Artikel 1 der UNESCO-Charta und leiteten daraus sogar eine Verpflichtung für die Organisation ab, mit ihren eigenen Mitteln, d. h. über den Weg der Erziehung, einen Beitrag an die Verbreitung des Abrüstungsgedankens zu leisten⁷.

Der in Paragraph 18 der Resolution enthaltene Vorschlag zur Durchführung eines «Congrès mondial sur l'éducation en matière du désarmement» basiert auf einer im Budget 1979/80 unter dem Titel «élaboration de mesures

2. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 2, dodis.ch/51501.

3. *Ibid.*, Anm. 9.

4. Zur Position der Schweiz in Bezug auf das Engagement der UNESCO in Abrüstungsfragen vgl. die Notiz von P. Stauffer an die Sektion Vereinte Nationen und Internationale Organisationen des Politischen Departements vom 18. April 1978, dodis.ch/51517; das Telegramm Nr. 214 von F. Pometta an die schweizerische Delegation für die UNESCO Generalkonferenz in Nairobi vom 25. November 1976, dodis.ch/51534 sowie die Notiz von A. Kamer an P. Stauffer vom 28. Dezember 1976, dodis.ch/51031.

5. Zum Resolutionsentwurf vgl. das Telegramm Nr. 172 von I. Hofer an P. Stauffer vom 10. Mai 1978, Doss. wie Anm. 1. Für den definitiven Resolutionstext vgl. die Resolution anlässlich der UNESCO Exekutivratssitzung vom 24. April bis zum 9. Juni 1978, Contribution de l'Unesco à la session extraordinaire de l'Assemblée générale des Nations Unies consacrée au désarmement in: Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture - Conseil exécutif (Hg.): Décisions adoptées par le Conseil exécutif à sa 104^{ème} session, Paris 1978, Paris 4. Juli 1978, S. 48 f.

6. Zur Diskussion im UNESCO Exekutivrat vgl. den Bericht von E. Pahux, dodis.ch/51518.

7. Zu den Vorbehalten der Schweiz in Bezug auf den Resolutionstext vgl. das Telegramm Nr. 92 von F. Pometta an Ch. Hummel vom 11. Mai, 1978, Doss. wie Anm. 1.

pratiques pour l'éducation en faveur du désarmement» bereits programmierten UNESCO-Aktivität, die wie folgt formuliert ist:

«Afin de dégager les mesures pratiques permettant de donner suite, dans les États membres, aux recommandations sur l'éducation en faveur du désarmement formulées en particulier par l'Assemblée générale des Nations Unies lors de sa session spéciale consacrée au désarmement (1978), un congrès international (catégorie IV) sur l'éducation en faveur du désarmement sera organisé hors Siège en 1980.»

Für diese Aktivität ist ein Aufwand von \$ 52'600 vorgesehen. Über die Höhe diese Budgetpostens wird im Rahmen der Beratung des Zweijahres-Programms an der kommenden Generalkonferenz diskutiert werden können.

Über den Nutzen dieses Kongresses zur Förderung des Abrüstungsgedankens mache ich mir selbstverständlich keine Illusionen. Nicht bestreiten lässt sich aber, dass die Initianten solcher problematischen Veranstaltungen sich durchaus auf ein zentrales Postulat der UNESCO-Philosophie berufen können.

146

dodis.ch/49310

Circulaire du Chef du Département politique, P. Aubert¹

Berne, 1^{er} juin 1978

Comme je l'avais annoncé lors de mon entrée en fonction, je reprends contact aujourd'hui avec vous pour vous faire part de mes premières expériences et de quelques projets.

Je me suis efforcé de rencontrer personnellement, chacun dans son bureau, les collaborateurs de la centrale; il me reste encore bon nombre de services à visiter, et je compte m'y consacrer au gré de mon emploi du temps, décidément très chargé.

Partout, j'ai été impressionné par l'amabilité de l'accueil et par l'intérêt au travail de mes interlocutrices et interlocuteurs. J'ai été vivement intéressé par la variété des tâches qui incombent aux divers services et par le sens des responsabilités que vous manifestez tous.

De même, j'ai eu l'occasion de me pencher à diverses reprises sur les problèmes de certaines de nos représentations à l'étranger. La circulation des informations de la centrale vers nos missions est un de mes soucis constants. J'attire périodiquement l'attention de mes collaborateurs sur la nécessité de tenir régulièrement nos postes au courant à la fois de ce qui se passe à Berne de manière générale, et de l'évolution des affaires qui les touchent plus directement. Cette question figurera d'ailleurs à l'ordre du jour de la Conférence

1. *Circulaire*: CH-BAR#E2005A#1991/16#69* (t.111.1). Adressée aux collaboratrices et aux collaborateurs du Département politique.

des ambassadeurs de la fin août². D'ores et déjà, je tiens à ce que les représentants du Département à l'étranger sachent combien ils sont présents à mon esprit et qu'ils sont les «invités silencieux» de nos séances internes.

Mes principales activités de ce dernier trimestre ont porté d'abord sur les affaires parlementaires: défense du crédit de 735 millions de francs pour la coopération au développement³, rapport sur l'état des ratifications de conventions du Conseil de l'Europe⁴, tours d'horizon, prise de position sur la Conférence de Belgrade sur les suites de la CSCE⁵. En second lieu, j'ai mis à l'étude, comme vous le savez, une action plus systématique de notre pays en faveur du désarmement⁶, en faveur aussi des droits de l'homme⁷, et je compte reprendre le dossier de l'ONU⁸. Il m'apparaît en effet que la défense de l'indépendance du pays et de sa sécurité doit prendre des formes plus actives, et que ces secteurs-là méritent que nous y fassions valoir nos vues avant d'être placés devant des choix sans issue.

Ces nouvelles directions ne remplacent pas, bien entendu, les valeurs traditionnelles de notre diplomatie: elles les complètent et les raffermissent. Elles sont le corollaire naturel de l'engagement plus prononcé de notre pays sur la scène mondiale, entrepris au début des années 70, et qui commence à porter ses fruits. C'est une forme plus concrète de notre principe de disponibilité, qui implique une responsabilité accrue dans les efforts de la communauté internationale pour la paix et la justice.

C'est d'ailleurs ce message que je désire faire comprendre aux interlocuteurs étrangers que je vais rencontrer ces prochains mois⁹. J'attache du prix aux contacts personnels, et c'est pourquoi j'ai prévu un programme de voyages à l'étranger et de rencontres en Suisse qui doit me permettre d'aller au-delà du cercle de nos partenaires habituels.

D'une part, je vais recevoir les Ministres des affaires étrangères de Pologne¹⁰ et de Yougoslavie¹¹, prélude à ma visite à Budapest¹² et de Moscou¹³.

2. Cf. le procès-verbal de la Conférence des ambassadeurs du 30 août au 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48268.

3. Cf. le PVCF N° 1935 du 23 novembre 1977, dodis.ch/52097; le procès-verbal de G. Lutz-Munter et M. Reymond de février 1978, dodis.ch/52217 et le procès-verbal de E. Frischknecht et J. Descombes de mai 1978, dodis.ch/52220.

4. Rapport sur la Suisse et les conventions du Conseil de l'Europe du Conseil fédéral du 16 novembre 1977, dodis.ch/52406.

5. Sur la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 126, dodis.ch/49325.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 166, dodis.ch/48273.

7. Cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960.

8. Ibid., en particulier note 12.

9. Pour le programme de rencontres de P. Aubert prévu en janvier 1978, cf. DDS, vol. 27, doc. 111, dodis.ch/52279.

10. E. Wojtaszek. Sur sa visite à Berne en septembre 1978, cf. le compte rendu de M. Coquoz du 10 novembre 1978, dodis.ch/48120.

11. J. Vrohvec. Sur sa visite à Berne en septembre 1978, cf. le compte rendu de M. Coquoz du 3 octobre 1978, dodis.ch/48199.

12. Sur la visite de P. Aubert à Budapest en novembre 1978, cf. DDS, vol. 27, doc. 185, dodis.ch/48355.

13. La visite a été annulée à cause de l'affaire Jeanmaire. Cf. DDS, vol. 27, doc. 47, dodis.ch/48692, en particulier note 2. La visite de P. Aubert à Moscou eu lieu seulement en septembre 1986.

D'autre part, je compte me rendre en Afrique occidentale¹⁴, en Amérique latine¹⁵ et en Asie¹⁶. Ainsi, vis-à-vis des pays de l'Est européen comme à l'égard de pays représentatifs du Tiers monde, je serai en mesure de manifester la présence de la Suisse et de réaffirmer effectivement sa vocation universelle et humaniste.

Telles sont quelques-unes des activités ou des idées dont je voulais vous faire part; vos suggestions, critiques ou commentaires sont les bienvenus. J'ai pu mesurer à quel point l'action de chacun d'entre vous est importante, à Berne ou dans le service extérieur, et combien est tangible l'interdépendance qui existe entre «ceux de la centrale» et «ceux de l'étranger». C'est ce dialogue qui permet à notre département de fonctionner efficacement, et nous le développerons ensemble.

14. Cf. la compilation thématique dodis.ch/T1449.

15. Après avoir renoncé à un voyage prévu en 1980, P. Aubert s'est rendu en Argentine, en Colombie, au Venezuela et au Mexique du 2 au 17 octobre 1984. Cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1991/17#962* et CH-BAR#E2010A#1995/313#1231-4* (B.15.22.5).

16. En 1985, P. Aubert visitait plusieurs pays du Proche-Orient et, en 1986, l'Inde, le Pakistan et la Chine.

147

dodis.ch/50982

L'Ambassadeur de Suisse à Kinshasa, R. Godet, au Secrétaire général du Département politique, A. Weitnauer¹

Confidentiel

Kinshasa, 5 juin 1978

Vous voudrez bien trouver ici le communiqué² de la très gouvernementale «Agence Zaïroise de Presse» (AZAP) sur le voyage «officiel» du 22.5 au 2.6 de la délégation parlementaire suisse³, invitée par le Président Mobutu.

Ce communiqué m'amène à poser au Département certaines questions:

1) Est-il d'usage que des parlementaires suisses acceptent, en groupe, de telles invitations sans en référer préalablement au Département – ne serait-ce que pour les points de vue ou les recommandations que le Département pourrait leur donner – et sans que l'Ambassade n'en soit dûment informée ou même ne reçoive des instructions adéquates?

2) Est-il normal que ce voyage, qui n'a peut-être pas de caractère officiel du côté suisse, mais qui le prend de façon évidente chez les Zaïrois, se soit

1. Lettre: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#6152* (C.41.111.0).

2. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/50982.

3. Cf. le rapport de W. Augsburger d'août 1978, dodis.ch/51134. Pour d'autres voyages de parlementaires suisses, cf. DDS, vol. 27, doc. 10, dodis.ch/49404, note 28; doc. 30, dodis.ch/49015, note 4; doc. 53, dodis.ch/49021, note 7; doc. 59, dodis.ch/49448, note 3; doc. 100, dodis.ch/49249, note 7; doc. 170, dodis.ch/50115, note 6 et doc. 185, dodis.ch/48355, note 7.

déroulé sans qu'à aucun moment l'Ambassade n'ait été appelée à jouer le moindre rôle représentatif, sinon actif; tout comme si délibérément on avait voulu la tenir à distance?

La délégation aurait dû être reçue par le Chef de l'État. La chose n'a pu finalement se faire; mais il est très surprenant qu'il n'ait été nullement question d'inviter l'Ambassadeur à cette audience présidentielle, ce qui est pourtant de règle ici, si j'en juge par l'expérience de tous mes collègues qui ont eu affaire à des parlementaires de chez eux.

3) Sous le titre «Programme de séjour des parlementaires suisses – composition de la délégation», remis aux journalistes zairois par le Protocole de la Présidence, figurent douze noms: Dr. Walter Augsburg, Mr. Albert Eggli, Dr. Paul Biderbost, Dr. Hans Ülschi, Mr. Gustav A. Lang, Mr. Daniel Duc, Mr. Herman Weber, Dr. Rudolf Stuber, Dr. Peter Eichenberger, Mr. Martin Hofmann et Mr. Willy Brand.

En fait, il n'y avait que quatre parlementaires. Le reste étaient des journalistes et des hommes d'affaires qui ont certainement passé aux yeux des Zairois pour des députés, ainsi que M. Martin Hofmann⁴ qui est à l'origine de ce voyage. Pourquoi n'a-t-on pas évité cette confusion, voire cette équivoque? Au moins dans le communiqué final! Mes collègues ont été très étonnés de ce qu'au lendemain des événements de Kolwezi⁵ une délégation de douze parlementaires suisses soit venue au Zaïre et l'on m'a posé bien des questions sur la signification de ce voyage. Je vous laisse juge de l'embarras dans lequel cela me plaçait.

4) Ce communiqué de presse ne soulève-t-il pas certaines questions de principe? Il me paraît être «inspiré» par la délégation suisse, en tant que les journalistes de l'AZAP sont bien rarement capables de rédiger seuls de tels textes.

C'est donc ainsi, par ce communiqué de presse, que l'Ambassade a su quels avaient été effectivement les contacts de la délégation avec les autorités zairoises, encore que M. le Conseiller national Augsburg m'en avait vaguement touché un mot au cours de son séjour. Mais il est de toute façon assez surprenant que la «Délégation» ait été conduite auprès des différents Commissaires d'État (ministres) par M. Hofmann et non par quelqu'un de l'Ambassade, comme cela se fait protocolairement ici. La chose est moins surprenante quand on sait que M. Hofmann disait du mal de mon prédécesseur⁶ et qu'il en dit autant de moi. Mais cela n'excuse point le fait que M. Augsburg, en tant que député, doit savoir qu'en terre étrangère, les relations entre parlementaires et ambassades ne peuvent être simplement court-circuitées par quelqu'un dont le privilège est d'être simplement proche d'un Président d'État.

4. Sur le rôle de M. Hofmann dans les relations avec le Zaïre, cf. la notice de C. Huguenin du 7 juin 1974, dodis.ch/40651; la notice de A. Hohl à E. Fasel du 11 juin 1974, dodis.ch/40652 et la notice de P. Barrau du 21 janvier 1976, dodis.ch/51136.

5. Cf. le télégramme N° 192 de F. de Ziegler au Département politique du 22 mai 1978, dodis.ch/54234; la notice de A. Weinauer à P. Aubert du 23 mai 1978, dodis.ch/54235 et la notice de C. Krieg à P. Aubert du 7 juin 1978, dodis.ch/54236.

6. J.-P. Weber.

5) Je n'ai eu pratiquement qu'un seul contact avec nos quatre parlementaires (à part qu'à l'arrivée et au départ, aux petites heures du jour, j'ai été les saluer à l'aéroport). Le 29 mai, ils m'ont fait savoir à 19 heures qu'ils souhaiteraient me rencontrer à leur hôtel à 21 heures (je me suis décommandé d'un dîner): c'était pour préparer l'entrevue qu'ils devaient avoir avec le Président. Il a été entre autres question de l'aide de la Suisse au développement du Zaïre. J'ai rappelé notre politique de concentration sur certains pays, dont le Zaïre ne fait actuellement pas partie (excepté de petites actions isolées: formation de stagiaires)⁷. M. Augsburgers a abordé la question du résultat des travaux de la commission mixte, lesquels seraient bien moins satisfaisants vu par M. Gerber de la Division du commerce que par M. Moser, Chef de la section des accords d'indemnisations. Je pense quant à moi que les négociations menées par M. le Ministre Monnier sont positives⁸. Mais je ne sais ce que M. Augsburgers en aura dit au Gouverneur de la Banque du Zaïre⁹ ...

J'ai eu encore un contact avec la «Délégation» lors d'un dîner d'une quarantaine de personnes à la résidence de M. Hofmann, appelée «Maison d'accueil des Suisses de passage». Échanges de discours sur lesquels je me réserve de revenir ultérieurement.

Les questions que je soulève n'ont peut-être, sur le plan général, pas une très grande importance. Les choses passent; les gouvernements, les Présidents parfois aussi. Et puis, la création nouvelle de M. Hofmann, à savoir le «Centre économique Suisse-Zaïre» (Wirtschaftszentrale Schweiz-Zaïre) pourra sans doute être bénéfique. Il peut même avoir un rôle à jouer là où l'ambassade ne saurait manier l'intrigue ou agir par des voies que la morale des gouvernements réprouve par principe. J'ai parlé de l'avantage que pouvaient présenter certaines «voies parallèles» dans mon speech chez M. Hofmann.

Mais une Ambassade, c'est bien connu, n'est pas une institution dont l'efficacité se confond avec la longueur des bras de celui qui la dirige. Ses tâches sont généralement peu spectaculaires et il serait bien regrettable que de surcroît elles puissent être minées par la même personne qui à l'occasion pourrait venir demander que la protection diplomatique lui soit accordée. Car cela aussi est bien connu: quand les choses vont mal, c'est à l'Ambassade qu'on s'adresse. Je n'ai pas dit tout cela à M. Augsburgers.

Pour terminer une réflexion: l'on peut se demander s'il était opportun, juste en ce moment, de donner aux lecteurs de ce communiqué, au Zaïre et à l'étranger, l'impression que la politique suisse tend à resserrer si fort ses liens avec un régime en pleine déconfiture et du même coup avec un chef aussi

7. Cf. la notice de Ph. de Rham du 20 février 1978, dodis.ch/54237 et la notice de Th. Raeber à la Direction du droit international public du Département politique du 2 novembre 1978, dodis.ch/54238.

8. Sur les négociations en matière d'indemnisation pour les ressortissants suisses touchés par les zaïrianisations, cf. la notice de P. Barraza du 23 avril 1976, dodis.ch/51137; la lettre de J. Iselin à R. Godet du 9 avril 1976, dodis.ch/51141; le procès-verbal de J. Leutert du 30 mars 1977, dodis.ch/40658; la notice de M. Leippert du 13 avril 1977, dodis.ch/40659; la notice de E. Moser à F. Honnegger du 5 avril 1978, dodis.ch/51139 et la notice de M. Schaetzle du 21 juin 1979, dodis.ch/40660.

9. C. Bofossa.

contesté¹⁰? Mais peut-être est-ce une façon de se solidariser avec ceux qui, coûte que coûte, veulent sauver le Zaïre de la pénétration soviétique¹¹.

10. *Sur les relations entre la Suisse et le Zaïre*, cf. DDS, vol. 25, doc. 118, dodis.ch/35748; DDS, vol. 26, doc. 76, dodis.ch/38817; la notice de A. Weimauer du 7 avril 1976, dodis.ch/51113 et la lettre de P. Monod à M. Heimo du 26 août 1977, dodis.ch/51112.

11. *Sur la confrontation des grandes puissances en Afrique*, cf. la notice de J. Iselin à Pierre Graber du 2 décembre 1976, dodis.ch/49574; la notice de J. Cuendet à P. Graber du 21 mars 1977, dodis.ch/50342; la notice de E. Hofer, C. Krieg et S. Michl-Keller du 5 juillet 1978, dodis.ch/50343; la lettre de A. R. Lindt à P. Aubert du 19 septembre 1978, dodis.ch/49462; la notice de E. Hofer du 28 septembre 1978, dodis.ch/50345; le compte rendu de M. Coquoz du 3 octobre 1978, dodis.ch/48199 et l'exposé de E. Hofer du 22 décembre 1978, dodis.ch/50346.

148

dodis.ch/48722

Notice pour le Directeur de la Division de la justice du Département de justice et police, J. Voyame¹

11^{ÈME} CONFÉRENCE DES MINISTRES EUROPÉENS DE LA JUSTICE. PROBLÈMES POSÉS PAR LES PRISONNIERS DE NATIONALITÉ ÉTRANGÈRE. RAPPORT DE BASE. COMPLÉMENT AU RAPPORT DE B.²

Berne, 8 juin 1978

1. Criminalité des étrangers

Il est établi que la criminalité des étrangers n'est pas supérieure à celle des indigènes, malgré les difficultés d'assimilation culturelle et d'intégration sociale dont souffrent les étrangers, leur déracinement de leur milieu naturel et de leur constellation familiale. Il est entendu que ces phénomènes sont sensibles chez les travailleurs migrants en priorité, et qu'ils jouent un très faible rôle chez les étrangers en transit ou en séjour (touristes, etc.), ou encore, a fortiori, chez ceux qui pénètrent en Suisse pour y délinquer. Ces phénomènes sont en revanche insignifiants pour ceux qui, quoique de nationalité étrangère, sont parfaitement et de longue date assimilés à la population nationale (par ex., nés, éduqués, formés professionnellement en Suisse), dont la marginalisation sociale éventuelle, criminogène en elle-même, ne peut s'expliquer que par des réactions de rejet des milieux suisses.

Il existe à cette réalité criminelle des causes parfaitement objectives: les résidents étrangers sont plus étroitement surveillés que les Suisses (police des étrangers, autorités consulaires et diplomatiques); restrictions de la liberté de l'emploi³ et de résidence; exclusion partielle ou totale de certains em-

1. Notice: CH-BAR#E4110B#1987/73#171* (J.548). Rédigée et signée par P.-H. Bolle.

2. Notice de A. Baechtold à K. Furgler du 8 juin 1978, dodis.ch/52648.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 113, dodis.ch/49423.

plais ou fonctions (professions libérales réglementées, fonctionnariat, etc.); conscience enfin chez le résident étranger qu'un comportement irréprochable est la condition absolue du renouvellement de son permis de travail et de séjour, sous peine d'expulsion administrative.

En l'état actuel de la science, il est impossible d'apprécier quantitativement avec une grande précision la criminalité des étrangers en Suisse. Nous ne possédons de statistiques criminelles qu'au stade de la condamnation pénale, et encore, partielles. Or, le délinquant étranger qui se sait découvert ou en passe de l'être fuit la Suisse, rendant difficile (procédure pénale in absentia) ou impossible (cantons qui ne connaissent pas cette procédure) le jugement pénal. En outre, dans les cantons qui connaissent l'opportunité des poursuites, les autorités pénales renoncent volontiers à ouvrir l'action pénale contre les étrangers, laissant aux autorités de police le soin de les expulser administrativement, dans l'intérêt de ces derniers autant que dans celui de notre société à laquelle ils ont fait la preuve de leur incapacité d'adhérer.

En conséquence, nous en sommes réduits à une grossière appréciation globale du phénomène, dont on peut tirer une conclusion: face à la justice pénale, l'étranger, égal en droit au Suisse, est différemment traité que l'indigène, sans qu'on puisse en déduire un quelconque préjudice objectif pour quiconque.

2. *Égalité de statut, inégalité de traitement des détenus étrangers et suisses*

Si, en détention pénale, le délinquant étranger jouit des mêmes droits que l'indigène, et cela conformément à la Résolution (73) 5 du Conseil de l'Europe (*Ensemble des règles minima pour le traitement des détenus*)⁴, la réalité montre qu'il ne peut pas toujours exercer ses droits comme le Suisse, malgré les déclarations et prises de position des autorités helvétiques chargées de l'exécution des peines privatives de liberté, qui apprécient différemment le risque de fuite présenté par un étranger, et doivent en toute équité tenir compte du manque d'encadrement social et familial dont l'étranger souffre en terre d'accueil, des difficultés que lui cause une langue pour lui étrangère, et des problèmes d'accès à des mass media faits pour lui.

Ces disparités de traitement au niveau de l'exercice des droits du détenu ont entraîné des réactions favorables aux étrangers, dans différents milieux. À titre d'exemple, mentionnons une intervention au Grand conseil zurichois (janvier 1978) demandant l'égalité de traitement entre détenus suisses et étrangers, y compris pour les congés pénitentiaires. Relevons encore que si des facilités offertes aux étrangers en détention, dans le domaine du culte, du régime alimentaire, d'interprétation et de traduction, etc., ne posent pas de problèmes aux autorités compétentes, d'ailleurs rompues à la pratique de plusieurs langues et à la considération de disparités de mœurs et de mentalités, elles sont parfois mal comprises et acceptées des détenus indigènes qui voient en elles des privilèges.

En conclusion, si le statut juridique du détenu étranger ne diffère pas de celui du suisse, l'expérience et des contingences matérielles font que l'étranger est soumis à un traitement relativement spécial dans l'établissement pénitentiaire. Loin d'être un mal, cette réalité est une des conséquences du respect

4. Cf. doss. CH-BAR#E2003A#1988/15#242* (o.121.333.0). Cf. aussi la lettre de Y. Moret à G. Kahn-Ackermann du 12 mars 1978, dodis.ch/52659.

du principe établi de la personnalisation de l'exécution des sanctions pénales privatives de liberté.

3. Perspectives d'avenir et conclusions qui pourraient être présentées à l'approbation de la Conférence des Ministres Européens de la Justice

Les réalités pèsent de tout leur poids sur le traitement des détenus étrangers dont le statut juridique, nous le rappelons, est égal à celui des autres détenus, même s'ils ne peuvent exercer leurs droits de façon aussi absolue. En l'état actuel des choses, il existe peu de chance de modifier la situation de ce genre de détenus. En revanche, de grands espoirs se fondent sur le renforcement de l'entraide judiciaire en matière pénale entre les États membres du Conseil de l'Europe. La Convention européenne sur la valeur internationale des jugements répressifs⁵, qui devrait être au plus tôt ratifiée par un grand nombre d'États, permettra en effet deux opérations inverses propres à éviter la présence de détenus étrangers dans les établissements pénitentiaires européens: l'exécution de condamnations à des peines privatives de liberté prononcées à l'étranger, et l'exécution à l'étranger de peines privatives de liberté prononcées dans un État dont le condamné n'est pas ressortissant. Du côté suisse, l'entrée en vigueur très proche de la LEIMP⁶, pendante devant les Chambres fédérales, autorisera la ratification de ladite Convention.

Concrètement, la délégation suisse à la 11^e Conférence des Ministres Européens⁷ de la justice pourrait adopter les conclusions suivantes:

1. Exprimer le vœu que le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe autorise le Comité Directeur pour les Problèmes Criminels à réunir un Comité d'experts où tous les États membres seraient représentés, chargé d'étudier dans une optique comparative le statut et le traitement des détenus étrangers en Europe. Les conclusions de ces travaux, qui devraient commencer au plus tôt, seraient alors l'objet d'une large diffusion destinée à permettre l'harmonisation des droits européens sur ce point.
2. Exprimer le vœu que dans ses travaux en cours et à court terme, le Comité Directeur pour les Problèmes Criminels, institué par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, songe à reviser la Résolution (73) 5, *Ensemble des règles minima pour le traitement des détenus*, et d'y introduire une nouvelle règle, spécifique aux détenus étrangers, et propre à éviter que l'absence de toute disparité de traitement entre détenus (règle N° 5) exclue de prendre raisonnablement en considération les handicaps dont souffrent les détenus étrangers dans les établissements pénitentiaires, au cours de leur processus de rééducation et de resocialisation.
3. Exprimer le vœu que le plus grand nombre d'États membres du Conseil de l'Europe fassent en sorte d'être à même de ratifier dès que possible la Convention européenne sur la valeur internationale des jugements répressifs.

5. Cf. *doss. CH-BAR#E2003A#1988/15#249** (o.121.333.6).

6. Loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale, *RO*, 1982, pp. 846–877. Cf. *DDS*, vol. 27, doc. 6, dodis.ch/39389.

7. Cf. le *PVCF* N° 791 du 12 juin 1978, dodis.ch/52649; le discours de K. Furgler du 21 juin 1978, dodis.ch/49998 et la lettre de R. Hartmann à A. Hegner du 28 juin 1978, dodis.ch/50008.

*Aufzeichnung des Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen
Departements, J. Iselin¹*

UNTERREDUNG DES SAUDIARABISCHEN KÖNIGS KHALED MIT BUNDESRAT PIERRE
AUBERT²

Vertraulich

Bern, 9. Juni 1978

Anlässlich der Einweihung der islamischen Kulturstiftung (Moschee) in Genf, empfängt *König Khaled* im Beisein des *Verteidigungsministers, Prinz Sultan*, und des langjährigen königlichen Beraters, Dr. Pharaon, am *1. Juni* den *Departementschef, Bundesrat Aubert*, in Audienz³ (*A[ubert]* ist begleitet von den Botschaftern Iselin und Gottret). Das Gespräch gilt der politischen Entwicklung in Afrika und im Nahen Osten sowie den bilateralen Beziehungen.

Zunächst dankt [*König*] *K[haled]* dem Bundesrat für die Gastfreundschaft in der Schweiz. Lachend bezeichnet er seinen Bruder, Prinz Sultan, und seinen Berater als «gute Genfer»⁴

Afrika:

[*König*] *K[haled]* der soeben von Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten⁵ aus Paris kommt, bestätigt, dass dort die bedrohliche Entwicklung der letzten Monate im schwarzen Afrika von ihm und dem saudischen *Aussenminister, Prinz Faisal*, mit den Franzosen eingehend erörtert wurde. Saudiarabien teile mit Frankreich die grosse Besorgnis über die kommunistische Infiltration in Afrika. Die Probleme dieses Kontinents müssten zwar von den Afrikanern selbst bewältigt werden, indessen drohe der ganzen freien Welt Gefahr. [*König*] *K[haled]* bezweifelt nicht, dass, wie im *Horn von Afrika*⁶, nunmehr auch in Shaba im südlichen *Zaire* die Kubaner und im Hintergrund die Russen an den Interventionen massgeblich beteiligt waren⁷.

1. *Aufzeichnung*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1932* (B.15.21). Kopie an P. Aubert, P. Bettschart, J. Cuendet, M. Disler, D. Dreyer, P. Gottret, A. Hegner, A. Heuberger, J. Iselin, P. R. Jolles, H. Kaufmann, M. Krafft, P. Luciri, J. Monnier, E. Moser, F. Nordmann, F. Pometta, A. Weitnauer, J. Zwahlen und die schweizerischen Botschaften in Algier, Dschidda, Moskau, Paris und Washington.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von J. Iselin an P. Aubert vom 31. Mai 1978, dodis.ch/48518.

3. Zur Machtstruktur in Saudiarabien vgl. das Schreiben von J. Bourgeois an P. R. Jolles vom 25. November 1976, dodis.ch/48783.

4. Zum Aufenthalt von Mitgliedern des saudischen Königshauses in der Schweiz und Fragen der Besteuerung bzw. des Grundstückerwerbs vgl. die Notiz von J. Iselin an den Protokolldienst des Politischen Departements vom 23. August 1976, dodis.ch/48786; das Schreiben von A. Maillard an P. Aubert vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/48784 sowie das Schreiben von A. Maillard an A. Weitnauer und J. Voyame vom 14. Oktober 1978, dodis.ch/48785.

5. V. Giscard d'Estaing. Zum Besuch König Khaleds in Paris vgl. den Politischen Bericht Nr. 28 von G. Bodmer vom 8. Juni 1978, CH-BAR#E2300-01#1988/91#252* (A.21.31).

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 126, dodis.ch/49325, Anm. 9.

7. Zu Shaba vgl. das Telegramm Nr. 16 von R. Godet an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 17. März 1977, dodis.ch/51120.

Das Grundübel in Afrika seien, wie Mitglieder des Königshauses auf ausgedehnten Reisen in schwarzafrikanischen Staaten feststellen konnten, grosse Armut, Unwissenheit, Krankheiten und Hunger bei den afrikanischen Massen. Dadurch werde der Boden für extreme Ideologien vorbereitet. Die beste Gegenwehr gegen sowjetischen Einfluss böten somit nicht militärische Massnahmen, sondern Verbesserungen der wirtschaftlichen Bedingungen. Dafür sei Afrika auf die Hilfe vor allem auch der europäischen Staaten angewiesen.

Naher Osten:

A[ubert] hält die positiven Punkte in der Entwicklung der letzten Monate fest. Mit der Reise des ägyptischen Präsidenten⁸ nach Jerusalem, im November v. J., sei der Immobilismus überwunden worden. Hoffentlich halte die Bewegung auf eine friedliche Lösung hin an. Die starre Haltung des israelischen Premiers⁹ verhindere zwar vorläufig wesentliche Fortschritte. Verschiedene neue Faktoren könnten jedoch in diesem Sinne wirken. A[ubert] erwähnt die vor einiger Zeit in Israel durchgeführten Massendemonstrationen für einen Verhandlungsfrieden und die Bildung neuer Fronten in der öffentlichen Meinung Amerikas. Bei der Auseinandersetzung im amerikanischen Senat über die Flugzeugverkäufe an Israel, Ägypten, und Saudiarabien gewannen die Araber einflussreiche neue Freunde, die von der Notwendigkeit einer ausgeglichenen Neuregelung im Nahen Osten überzeugt seien. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellte die schweizerische Diplomatie ihre guten Dienste auch hier zur Verfügung. Dazu gehöre u. a. die Disponibilität Genfs als Konferenzort¹⁰.

[König] K[haled] und [Prinz] S[sultan] betonen die Notwendigkeit eines friedlichen Einvernehmens, auch wenn sie angesichts des sturen Verhaltens von Beginn an einem Erfolg der Initiative Sadat's zu zweifeln scheinen. Jedenfalls dränge die Zeit. Im *arabischen Lager* müssten die *gemässigten Kräfte* gestärkt werden. Saudiarabien setze sich in diesem Sinne ein¹¹.

*Bilaterale Beziehungen*¹²:

A[ubert] gibt seiner Freude über die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Saudiarabien und über ihre erfreuliche Entwicklung in letzter Zeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, Ausdruck¹³. Die Kontakte zwischen den beiden Ländern nehmen auf den verschiedensten Gebieten ständig noch zu: Handelsaustausch; Beteiligung schweizerischer Firmen an saudiarabischen Entwicklungsvorhaben; Luft- und Strassen- (Lastwagen) Verkehr. Die vor einiger Zeit geschaffene *Gemischte Wirtschaftskommission* bilde den bestgeeigneten Rahmen für die Erörterung einer noch intensiveren Zusam-

8. M. A. el-Sadat.

9. M. Begin.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 47, dodis.ch/39249, Anm. 21 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 10, dodis.ch/49404.

11. Zur politischen Rolle Saudiarabiens vgl. den Politischen Bericht Nr. 6 von J. Bourgeois vom 25. Juli 1978, dodis.ch/48783.

12. Vgl. dazu auch die Notiz von P. Luciri vom 18. Mai 1976, dodis.ch/48781 sowie den Schlussbericht von J. Bourgeois vom 12. Juli 1978, dodis.ch/48779.

13. Zu den Wirtschaftsbeziehungen vgl. das Schreiben von J. Bourgeois an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 20. Juli 1977, dodis.ch/48778.

menarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Grosse und erfahrene Schweizer Unternehmen zeigten dafür lebhaftes Interesse.

[König] K[haled] erwähnt nebenbei, dass bilaterale Wirtschaftsfragen bei den Gesprächen der von ihm geleiteten saudiarabischen Delegation mit dem Präsidenten und der Regierung Frankreichs im Vordergrund standen. Dieser Delegation gehörten auch die Minister für Industrie, Landwirtschaft, Aussenhandel und Verteidigung Saudi Arabiens¹⁴ an.

[König] K[haled] seinerseits erklärt sich *befriedigt* über die *bisherige Zusammenarbeit* mit der Schweiz in der Gemischten Wirtschaftskommission, welche zum ersten Mal bekanntlich im Mai 1976 (mit Bundesrat Brugger) in Ryadh¹⁵ und sodann im Herbst letzten Jahres in Bern tagte¹⁶ und nützliche Arbeit leistete. Saudi Arabien sei an einer Intensivierung dieser Kontakte interessiert. Lobend erwähnt [König] K[haled] u. a. folgende Entwicklungsprojekte seines Landes, an welchen schweizerische Firmen massgeblich beteiligt sind:

- Ernährung von Schulkindern in Zusammenarbeit zwischen «Nestlé» und «Wagons-Lits» (Frankreich) und dem saudiarabischen Erziehungsministerium, vorläufig in Ryadh und Djeddah. (Für 180/81 ist die Abgabe von 600'000 Mahlzeiten pro Tag vorgesehen).
- Bau einer Autobahn zwischen Taif und Ryadh. Beteiligung der Schweizer Gesellschaft «Gesteb» welche einen Abschnitt von ca. 125 km übernommen hat.

Agrément für den neuen Schweizer Botschafter in Djeddah:

A[ubert] ruft das seit mehreren Wochen hängige Gesuch für Botschafter Maillard in Erinnerung. Die Delegation des Königs verspricht Prüfung.

*Verhaftungsfall Lanz*¹⁷:

Is[elin] überreicht den Begleitpersonen von [König] K[haled] ein vom 1. d[ieses] M[onats] datiertes *Memorandum*¹⁸, worin die saudiarabischen Behörden ersucht werden, aus humanitären Gründen einer Ausreise des wegen unbezahlter Schulden seit Februar d[ieses] J[ahres] in Saudi Arabien festgehaltenen Schweizers Otto Lanz zuzustimmen.

In der Folge bestätigt der *saudiarabische Botschafter in Bern, Cheikh Basrawi*, Is[elin] gegenüber, der Kabinettschef des Königs¹⁹, welcher diesen nach Genf begleitete, habe das Memorandum betreffend Lanz mitgenommen und Prüfung versprochen.

14. G. A. R. Al Gosaibi, A. Al-Sheikh, S. Abdelaziz Al-Solaim und Sultan bin Abdulaziz Al Saud.

15. Vgl. dazu das Schreiben von J. Bourgeois an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 23. Juni 1976, dodis.ch/48776 sowie das BR-Prot. Nr. 1387 vom 11. August 1976, dodis.ch/48772.

16. Vgl. dazu die Ansprache von E. Brugger vom 14. November 1977, dodis.ch/48774 sowie das Protokoll vom 17. November 1977, dodis.ch/48775.

17. Vgl. Doss. CH-BAR#E2200.6B#1996/182#56* (214.1). Vgl. ferner das Schreiben von J. Bourgeois an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 8. Juli 1978, dodis.ch/48770.

18. Memorandum vom 1. Juni 1978, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1948* (B.35.51.20).

19. S. M. An-Nuwaysser.

Beziehungen zwischen Zouheir Mardam und dem saudiarabischen Königshaus

Auf seinen Wunsch wird der *saudiarabische Botschafter in Bern, Basrawi*, am 6. Juni vom Departementschef empfangen. Im Auftrag des Verteidigungsministers, Prinz Sultan, der in Genf nicht mehr persönlich mit Bundesrat Aubert darüber sprechen konnte, bringt [Cheikh] B[asrawi] die *Schwierigkeiten von Mardam, Administrateur der Banque Commerciale Arabe S.A. (BCA) in Genf*²⁰, zur Sprache.

[Cheikh] B[asrawi], der sich seiner delikaten Mission bewusst ist, erklärt, die *Prinzen des Königshauses* betrachteten Mardam (der bekanntlich syrischer Abstammung ist) wie einen «Bruder». Sie seien besorgt wegen der *nunmehr in Genf gegen Mardam laufenden Gerichtsverfahren*. Dies gelte namentlich für die vom Untersuchungsrichter des Kantons Genf, Dussaix, am 22. Mai formell eingereichte Anklage gegen Mardam wegen Veruntreuung (Art. 140 Str.G.B.). Dem saudiarabischen Königshaus liege daran, dass Mardam in diesem Strafverfahren fair behandelt werde und sich angemessen verteidigen könne. Zwar hätten die saudischen Behörden volles Vertrauen in das schweizerische Rechtssystem. Auch wüssten sie um die sorgfältige Beachtung unserer Prinzipien der Gewaltentrennung und des Föderalismus. [Cheikh] B[asrawi] unterstreicht, dass er in seinen Berichten nach Ryadh immer wieder darauf hinweise. Immerhin frage man sich in Ryadh, ob die schweizerischen Behörden nicht Möglichkeiten sähen, ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass Mardam in den laufenden Gerichtsverfahren unvoreingenommen beurteilt werde. In den Berichten, die vor allem in der Genfer Presse über die Auseinandersetzung Mardam-Algerischer Staat periodisch erschienen, sei jedenfalls oft das Gegenteil festzustellen.

Andererseits erwähnt [Cheikh] B[asrawi], Mardam sei nach wie vor bereit und willens, seinerseits nach Möglichkeiten zu einer Beilegung des Streits über das Khider-Vermögen mit dem algerischen Staat beizutragen. Sollten wir dies wünschen würde das saudiarabische Königshaus gerne auch noch auf Mardam einwirken, um ihn in diesem Bestreben zu bestärken.

A[ubert] erläutert nochmals die Eigenheiten unserer Prinzipien der Gewaltentrennung und des Föderalismus. Alle Gerichtsverfahren, die bisher gegen Mardam angestrengt wurden, waren zivilrechtlicher Art. Die Behörden in Bern konnten darauf keinerlei Einfluss nehmen. Das gleiche gelte für die vom Genfer Untersuchungsrichter Dussaix kürzlich gegen Mardam erhobene Anklage wegen Veruntreuung. Auch dieses Verfahren entziehe sich somit dem Einfluss Berns. Es richte sich nach den Genfer Prozessvorschriften, welche — wie diejenigen anderer Kantone — dem Angeklagten alle Rechte der Verteidigung einräumten. Der Ausgang der Zivilverfahren, bei welchen Mardam vor Bundesgericht jeweils obsiegte, dürfte im übrigen die Objektivität des schweizerischen Rechtssystems beweisen.

Dass Bern gegenüber Mardam unvoreingenommen sei, gehe auch daraus hervor, dass wir verfügbar seien, sofern Mardam oder seine Anwälte Kontakt

20. Vgl. hier und in Folge DDS, Bd. 27, Dok. 142, dodis.ch/52264.

mit uns suchten. So werde ein Mitarbeiter des Departements²¹ dieser Tage mit Me Bourquin, dem Berater der BCA, in Genf zusammentreffen.

Selbstverständlich, unterstreicht A[ubert] seien wir als Politisches Departement an einer gütlichen Beilegung der Streitigkeiten zwischen Mardam und der algerischen Regierung stark interessiert. Diese wirkten sich nämlich sehr nachteilig auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Algerien aus. In Algerien seien gewichtige Interessen schweizerischer Landsleute von staatlichen Massnahmen betroffen worden und es sei unsere Pflicht, sie nach Möglichkeit zu schützen.

Schliesslich erwähnt A[ubert] das *hängige Verfahren Mardams vor der Eidgenössischen Bankenkommission*²², für welches indessen andere Normen als in den laufenden Gerichtsverfahren massgeblich seien. Die Bankenkommission als autonome schweizerische Institution sei verpflichtet, über die Wahrung der Interessen der Bankkunden zu wachen. Zur Diskussion ständen u. a. eine Aufstockung des Geschäftskapitals der BCA um 10 Millionen Franken und eine Neubestellung der Organe; Massnahmen, die sich als notwendig erwiesen, damit die BCA weiterhin als Handelsbank funktionieren könne²³.

21. M. Krafft. Vgl. dazu die Notiz von M. Krafft an P. Aubert vom 9. Juni 1978, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#425* (A.45.22.Uch).

22. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E6521B#1985/226#18* (B.01).

23. Vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 142, dodis.ch/52264.

150

dodis.ch/48537

*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert*¹

RELATIONS AVEC LE SAINT-SIÈGE: DEMANDE D'AUDIENCE AU VATICAN? NOMINATION D'UN AMBASSADEUR AUPRÈS DU SAINT-SIÈGE?

Berne, 13 juin 1978

J'ai présidé le 12 juin une réunion sur nos relations avec le Saint-Siège, et en particulier sur les deux questions qui se posent à la veille de votre visite à Rome²: faut-il demander une audience au Vatican, et à qui? Faut-il entamer le processus devant conduire à la nomination d'un ambassadeur auprès du Saint-Siège³? Y participaient les Ambassadeurs Bindschedler, Diez, Martin

1. Notice (copie): CH-BAR#E2024A#1990/221#70* (a.161.1). Rédigée par A. Maillard et signée par A. Weitnauer. Copie à R. Bindschedler, E. Brunner, E. Diez, A. Greber, A. Hegner, A. Maillard, J. Martin et P. Vogler.

2. Sur la visite de P. Aubert à Rome, cf. le procès-verbal de H. Renk du 4 août 1978, dodis.ch/49441 et le compte rendu de P. Brogini du 17 juillet 1978, dodis.ch/49442.

3. Cf. DDS, vol. 24, doc. 112, dodis.ch/32151.

et Brunner, MM. Maillard, Greber et Nordmann, Freymond et Vogler, Mlle Krieg. Les participants avaient devant eux la note ci-jointe⁴ de M. Maillard.

La majorité des participants ont estimé qu'il y avait lieu d'être prudent, surtout en ce qui concerne la nomination d'un ambassadeur auprès du Saint-Siège. D'abord, cela n'est demandé par personne, même pas par les catholiques suisses. (Seulement par le Saint-Siège). Deuxièmement, le Département politique aurait tort d'entreprendre trop d'initiatives en même temps et de le faire de manière qui pourrait être considérée irréfléchie. En troisième lieu, on a fait observer que le pape actuel⁵ est très controversé.

(En réalité, seul le deuxième argument a fait l'unanimité. Le premier paraît discutable à divers égards. Le troisième peut être considéré comme hors de la question).

L'Ambassadeur Diez a fait observer en outre qu'il ne paraît pas très opportun de relancer les discussions interconfessionnelles sur une question qui ne revêt pas un caractère d'urgence au moment où la question du Jura⁶ risque de réveiller certains préjugés anti-catholiques. Il a rappelé d'autre part que le peuple suisse devra s'exprimer l'an prochain probablement sur une initiative visant à la séparation complète de l'Église et de l'État⁷: comme le Saint-Siège a toujours été opposé à une telle séparation, le moment n'est pas bon pour renforcer les relations avec lui⁸.

Dans l'autre sens, on a rappelé que le Conseiller fédéral Wahlen, Chef du Département politique, avait promis implicitement devant les Chambres de régulariser la situation avec le Saint-Siège après l'abrogation des articles confessionnels. (cf. p. 6 du rapport⁹ de M. Maillard).

En ce qui concerne l'audience auprès du Saint-Siège, la majorité a estimé que vous devriez, avec l'approbation du Conseil fédéral, demander une audience au Cardinal Villot, Secrétaire d'État et non au pape. Rendre visite au pape dépasserait les exigences de la courtoisie, et cela d'autant plus qu'il se trouvera à Castel Gandolfo. Ignorer le Vatican serait contraire aux usages. La visite au Cardinal Villot ne devrait pas susciter de réactions trop fortes et permettrait de tester l'état actuel de l'opinion publique suisse.

Les participants ont estimé d'autre part, contrairement à l'avis de l'Ambassadeur Hegner (cf. p. 15 de la note¹⁰), que le jour où la Suisse nommera un ambassadeur auprès du Vatican, ce devra être un ambassadeur résidant, car un geste purement formel après de si longues hésitations manquerait son but. En outre, le premier ambassadeur (tout au moins) devrait être de confession protestante.

4. Notice de A. Maillard du 8 juin 1978, dodis.ch/48535.

5. Paul VI. Sur les obsèques de ce dernier, cf. la lettre de A. Janner à P.-Y. Simonin du 14 août 1978, dodis.ch/48133.

6. Sur la question jurassienne, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1021.

7. La votation populaire eut lieu le 2 mars 1980. L'initiative Séparation complète de l'État et de l'Église a été rejetée par 78,9% des voix et 23 cantons. Cf. FF, 1978, II, p. 665.

8. Annotation manuscrite dans la marge: !

9. Cf. note 4.

10. Ibid.

151

dodis.ch/48400

*Notice du Chef suppléant de la Division politique I du Département politique,
A. Maillard¹*

VISITE DU MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ROUMAIN²

Berne, 15 juin 1978

Remarques liminaires

Nos relations avec la Roumanie³ ont subi un sérieux revers l'an dernier lorsque ce pays ressuscita soudain sans motif compréhensible deux affaires dont l'une était enterrée depuis longtemps (les fonds Cretzianu) et l'autre est pendante devant les tribunaux (EHAG). La démarche roumaine avait été faite sur un ton tout à fait déplaisant: le ministre des affaires étrangères Ma-covescu avait déclaré à notre ambassadeur, M. Aubaret, que l'attitude suisse était contraire au droit des gens et inamicale. Une notice⁴ résumant ces deux affaires se trouve dans le dossier. (voir sous lettre c.)

Tout laisse à penser que les autorités roumaines ont maintenant décidé d'enterrer ces deux affaires. M. Andrei n'en parlera sans doute pas. Néanmoins, on se perd encore en conjectures sur les mobiles de la démarche de l'an dernier. L'hypothèse la plus vraisemblable semble être la suivante:

La Roumanie connaissait, et connaît encore, de sérieuses difficultés de paiement. Elle se trouvait tellement aux abois qu'elle se crut obligée de recourir à tous les expédients pour trouver de l'argent. Or, le fonds Cretzianu se montait à 6 millions de francs suisses qu'il fallait essayer de récupérer, de même qu'il fallait tuer dans l'œuf les revendications EHAG. Le rôle joué dans cette affaire par la Banque du commerce extérieur confirmerait cette hypothèse. Mais le choix de la manière forte doit sans doute être attribué aux autorités supérieures du parti.

Aujourd'hui, au contraire, les Roumains s'efforcent visiblement de nous faire plaisir, notamment dans le domaine des réunions de famille⁵. Bon nombre de cas ont été résolus récemment. Il est vrai que de nouveaux cas apparaissent sans cesse, ce qui tendrait à montrer qu'ils ne sont pas tous également authentiques. Dans au moins un des cas⁶ qui ont été résolus, il apparaît maintenant clairement que le mariage avec un citoyen suisse n'était qu'un

1. Notice (copie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5231* (B.15.21.(5)).

2. Ş. Andrei. Pour les entretiens entre P. Aubert et Ş. Andrei les 22 et 23 juin 1978, cf. les comptes rendus de M. Coquoz du 10 juillet 1978, dodis.ch/48142 et du 6 juillet 1978, dodis.ch/48146.

3. Cf. le rapport final de P.-H. Aubaret du 31 janvier 1978, dodis.ch/48406 et la lettre de Th. Wernly à la Direction politique du Département politique du 4 septembre 1978, dodis.ch/52867.

4. Notice de A. Hegner à P. Graber du 9 août 1977, dodis.ch/48404. Cf. aussi DDS, vol. 8, doc. 165, dodis.ch/44807 et DDS, vol. 16, doc. 47, dodis.ch/1717.

5. Cf. la lettre de P.-H. Aubaret à A. Weitnauer du 29 mars 1976, dodis.ch/48407 et la notice de J.-M. Boillat à P. Aubert du 24 octobre 1978, dodis.ch/48408.

6. Cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5247* (B.31.82).

moyen pour quitter la Roumanie. C'est pourquoi le soussigné a déclaré il y a quelques jours à l'ambassadeur⁷ de Roumanie – qui visiblement cherchait à s'assurer que nous avions pris connaissance des progrès réalisés – que nous n'étions pas nécessairement à 100% derrière chaque cas particulier.

Depuis l'affaire de l'an dernier, nous avons montré de la froideur envers la Roumanie, notamment en recommandant aux administrations compétentes de freiner la conclusion d'un arrangement en matière scientifique⁸. Suivant les résultats de la visite de M. Andrei, un changement d'attitude pourrait être justifié.

Au plan politique, notre ambassade à Bucarest estime comme nous que le régime Ceaucescu est, avec le régime tchécoslovaque, le plus stalinien des pays satellites, et que la fameuse indépendance de Ceaucescu en politique étrangère est un spectacle davantage qu'une réalité. Il nous semble que cette vue est assez largement partagée en Suisse.

7. D. Enăchescu.

8. Pour la coopération scientifique avec la Roumanie, cf. DDS, vol. 27, doc. 68, dodis.ch/49412 et le rapport de P. Guenot et R. Hofmann du 27 mai 1977, dodis.ch/49397.

152

dodis.ch/50514

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹

ÉTABLISSEMENT DE RELATIONS DIPLOMATIQUES AVEC LES «MICRO-ÉTATS»

Confidentielle

Berne, 21 juin 1978

Par note verbale du 3 mars 1978², l'ambassade de la République du Cap-Vert, État que nous avons reconnu le 5 juillet 1975 (ACF du 23 juin 1975³), a informé notre ambassade à Dakar du désir de son gouvernement d'établir des relations diplomatiques au niveau d'ambassadeurs avec la Suisse.

La demande du Cap-Vert pose, sur un plan plus général, le problème de nos relations avec ce qu'il est convenu d'appeler les micro-États.

Par⁴ le passé, nous avons observé beaucoup de retenue dans l'application du principe de l'universalité de nos relations à l'endroit des micro-États dont l'apparition est relativement récente sur la scène internationale, si l'on

1. Notice: CH-BAR#E2024A#1990/221#71* (a.161.9). Rédigée par J. Martin et B. Freymond et signée par J. Martin. Visée par P. Aubert: d'accord le 17 octobre 1978. Visée par A. Killias le 1^{er} décembre 1978.

2. Note de l'Ambassade du Cap-Vert à Dakar à l'Ambassade de Suisse à Dakar du 3 mars 1978, dodis.ch/52137.

3. PVCF N° 1125 du 25 et non du 23 juin 1975, dodis.ch/39986.

4. Annotation manuscrite dans la marge: 1).

fait abstraction de la Principauté d'Andorre, du Liechtenstein, de Monaco, de Saint-Marin et du Vatican qui constituent des cas particuliers⁵. Les deux listes ci-jointes (annexes 1 et 2⁶) illustrent notre pratique dans ce domaine et donnent en même temps la mesure du difficile problème que constitue le choix des critères pouvant être retenus pour décider s'il convient ou non d'établir des relations diplomatiques avec ces États.

L'Autriche a résolu le problème de ce choix en appliquant strictement le principe de l'universalité de ses relations.

C'est ainsi qu'elle entretient des relations diplomatiques formelles avec des micro-États tels que la Barbade, Fidji, la Guinée-Bissau, les Maldives, Nauru, São Tomé et Príncipe et le Samoa occidental.

En⁷ 1976, la demande qui nous a été faite par les Comores⁸ nous a contraints de nous pencher une nouvelle fois sur la question et nous avons opté pour un assouplissement de notre position, sans aller toutefois jusqu'au bout, en ce sens que nous avons accepté l'établissement formel de relations diplomatiques par la publication d'un communiqué conjoint, à Berne et à Moroni, le 1er mars 1977⁹, sans prévoir toutefois l'échange d'ambassadeurs.

Notre retenue dans ce domaine procédait de l'idée selon laquelle il ne nous apparaissait pas opportun d'accréditer des ambassadeurs non résidents auprès des micro-États qui en feraient la demande, pour éviter de susciter par là des espoirs que l'on devrait ensuite décevoir, vu les moyens limités dont dispose le Département dans le contexte d'une politique extérieure plus active, notamment en matière de coopération au développement et d'aide humanitaire¹⁰. Aussi longtemps que nous n'aurions rien à offrir de substantiel à ces États qui sont en général très pauvres, nous estimions qu'il était préférable de nous abstenir de leur envoyer régulièrement un ambassadeur dont les visites n'auraient qu'un caractère protocolaire et qui ne pourrait guère apporter autre chose que de bonnes paroles d'encouragement, laissant derrière lui une déception bien compréhensible.

La présente demande du Gouvernement du Cap-Vert nous oblige, du fait des particularités que présente ce cas, à remettre en question la ligne de conduite que nous nous étions fixée à la fin de 1976¹¹.

5. Pour Andorre, cf. la notice du Consulat général à Marseille du 27 octobre 1972, dodis.ch/49199; pour le Liechtenstein, cf. DDS, vol. 7-I, doc. 406, dodis.ch/44151; DDS vol. 7-II, doc. 112, dodis.ch/44323; DDS, vol. 25, doc. 41, dodis.ch/35522 et DDS, vol. 27, doc. 124, dodis.ch/52253; pour Monaco, cf. la notice de E. Moser à F. Honegger du 17 avril 1978, dodis.ch/49203; pour Saint-Marin, cf. la notice de A. Hegner du 24 juin 1976, dodis.ch/49194 et la notice de A. Glesti à A. Janner du 9 mars 1977, dodis.ch/49496 et pour le Vatican, cf. DDS, vol. 24, doc. 112, dodis.ch/32151 et DDS, vol. 27, doc. 150, dodis.ch/48537.

6. Pour les annexes, cf. dodis.ch/50514.

7. Annotation manuscrite dans la marge (2).

8. Cf. la notice de A. Janner à P. Graber du 14 décembre 1976, dodis.ch/51810. Pour la reconnaissance des Comores par la Suisse, cf. le PVCF N° 1092 du 21 juin 1976, dodis.ch/48121.

9. Communiqué de presse du Département politique du 1^{er} mars 1977, dodis.ch/52142.

10. Pour la question des crédits-cadre pour la coopération au technique, l'aide financière et l'aide humanitaire cf. DDS, vol. 27, doc. 188, dodis.ch/52055.

11. Cf. note 8.

Ayant accepté d'établir des relations diplomatiques avec les Comores, il ne nous est pas possible de répondre à Praia par la négative sur ce point. Pourrions-nous en rester là et faire valoir les mêmes arguments qu'à l'endroit de Moroni pour éviter l'accréditation d'un ambassadeur à Praia? Nous ne le pourrions pas, d'autant plus qu'actuellement 31 États ont déjà accrédité un chef de mission non résident au Cap-Vert et que parmi eux figurent la Belgique, les Pays-Bas et la Norvège. Nous devons donc accepter d'accréditer un ambassadeur au Cap-Vert, avec pour conséquences, tout d'abord, d'en faire de même vis-à-vis de Moroni, et ensuite de devoir également établir des relations diplomatiques et accréditer un ambassadeur en Guinée-Bissau, étant donné les liens étroits qui unissent ces deux anciennes colonies portugaises (même parti au pouvoir dans les deux États; armée commune aux deux pays, dépendant toujours du PAIGC, Parti africain de l'indépendance de la Guinée-Bissau et de Îles du Cap-Vert) et, de fil en aiguille, avec les autres micro-États qui le souhaiteraient.

À¹² ce stade, il nous paraît nécessaire de repenser le problème de nos relations diplomatiques avec les micro-États et, compte tenu du principe de l'universalité de nos relations, d'adopter une attitude positive à l'endroit de ces États auxquels nous reconnaissons le statut de sujets du droit des gens, qu'ils soient membres des Nations Unies ou pas.

En¹³ outre, des possibilités d'affaires intéressantes peuvent soudainement se présenter, ou une situation de crise se développer, ce qui pourrait rendre utile d'y avoir déjà accrédité un ambassadeur. Pour¹⁴ ces diverses raisons nous plaidons en faveur d'une normalisation de nos relations avec les micro-États. Nous pourrions prendre l'initiative, lors de la nomination d'un nouvel ambassadeur qui logiquement entrerait en ligne de compte pour nous représenter dans l'un ou l'autre micro-État de la région, de demander en sa faveur l'agrément du ou des micro-États en question. Si entre-temps nous étions saisis d'une demande d'accréditation émanant d'un micro-État il conviendrait de lui faire droit sans plus attendre. De même, s'il s'avérait nécessaire, au plan de nos relations économiques, d'établir des relations diplomatiques avec un micro-État et d'y accréditer un ambassadeur, nous en prendrions l'initiative sans plus attendre, d'entente avec la Division du commerce du DFEP, comme nous l'avons fait en 1976 dans le cas de la Papouasie-Nouvelle-Guinée et de la Guyane.

Le tableau de l'annexe 2 énumère les micro-États dont il s'agirait et indique (cadre rouge) la capitale d'où notre ambassadeur non résident pourrait être accrédité. Certes, les accréditations multiples comportent un surcroît de travail. Toutefois les voyages dans les micro-États ne seraient en principe guère nombreux (présentation des lettres, puis seulement en cas de nécessité majeure).

Vu la portée de la présente proposition, nous avons consulté préalablement la Direction politique, la Direction du droit international public et la

12. *Annotation manuscrite dans la marge: 4).*

13. *Annotation manuscrite dans la marge: 5).*

14. *Annotation manuscrite dans la marge: 6).*

Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire¹⁵. Ces Directions sont également en faveur d'une normalisation de nos relations diplomatiques avec les micro-États.

Si cette nouvelle formule rencontre votre approbation, nous proposerions prochainement au Conseil fédéral¹⁶ l'établissement de relations diplomatiques avec le Cap-Vert et la Guinée-Bissau en prévoyant d'y accréditer notre ambassadeur à Dakar. En outre, pour prévenir toute susceptibilité de la part des autorités comoriennes, nous leur ferions savoir que nous serions disposés à leur soumettre une demande d'agrément pour notre ambassadeur résidant à Dar-es-Salaam. Par la suite, nous agirions cas par cas dans le sens de la présente note.

15. Cf. la notice de J. Martin à la Direction politique, la Direction du droit international public et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département politique du 1^{er} juin 1978, dodis.ch/51815. Cf. aussi la lettre de J. Martin à P. R. Jolles du 21 juin 1978, dodis.ch/51814.

16. Pour la proposition du Département politique du 14 mars 1979, cf. le PVCF N° 617 du 4 avril 1979, dodis.ch/51816.

153

dodis.ch/48358

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹

AUSSENMINISTERKONFERENZ DER BLOCKFREIEN STAATEN IN BELGRAD VOM 25.
BIS 29. JULI 1978

Bern, 23. Juni 1978

Am 12. Mai 1976² ermächtigte der Bundesrat das Politische Departement auf Grund verschiedener Erläuterungen, eine allenfalls von der Bewegung der Blockfreien Staaten ausgehende Einladung anzunehmen. Demnach konnte die Schweiz als «Gast» («invité») an der 5. Gipfelkonferenz dieser Staaten in Colombo im August 1976 teilnehmen.

Die Blockfreien unterscheiden zwischen Vollmitgliedern – zurzeit sind es 87 Staaten – mit Interventions- und Stimmrecht; «Beobachtern», die sich an den Diskussionen beteiligen können; und eben «Gästen». Der Status dieser letzteren erlaubt es ihnen, alle Beratungen der Blockfreien zu verfolgen, über die Konferenzdokumente zu verfügen, vor allem aber ihr Interesse für die Anliegen der Dritten Welt zu bezeugen.

Andere neutrale Staaten wie Österreich, Schweden und Finnland hatten von diesen Möglichkeiten schon seit 1973 Gebrauch gemacht. Das frühere Abseitsstehen unseres Landes, das wegen seiner Nichtmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zuweilen ohnehin als Aussenseiter angesehen wird, hatte

1. Antrag: CH-BAR#E1004.1#1000/9#857*. Verfasst von J. Iselin und unterzeichnet von P. Aubert.

2. BR-Prot. Nr. 816 vom 12. Mai 1976, dodis.ch/48368.

bei manchen Ländern der Dritten Welt den Eindruck bestärkt, der «Reiche» halte den Problemen der «Habenichtse» gegenüber vornehme Distanz³. Solchen Vorurteilen, die unsere Stellung in der Völkergemeinschaft nachteilig beeinflussen konnten, galt es entgegenzuwirken.

Diese Überlegungen veranlassten das Politische Departement seinerzeit, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 12. Mai 1976, ein Einladungsschreiben⁴ der Regierung von Sri Lanka zur Beschickung der Gipfelkonferenz von Colombo in zustimmendem Sinne zu beantworten⁵. Eine aus Vertretern des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartements zusammengesetzte Delegation⁶ folgte den Beratungen der Blockfreien Staaten in Colombo vom 9.–19. August 1976 und erstattete Ihnen über ihre Eindrücke am 24. August 1976 Bericht⁷.

Als Fazit konnte die Delegation damals festhalten, dass unsere Anwesenheit in Colombo sich durchaus rechtfertigte. Sie wurde von den Mitgliedern der Blockfreien Staaten wohlwollend vermerkt, war somit geeignet, bei den Ländern der Dritten Welt, die den Hauptharst der Bewegungen stellen, vermehrt Sympathien für die Schweiz zu wecken. Der Teilnahme-Modus als «Gast» der Blockfreien bewährte sich als – neutralitätspolitisch unbedenkliche – Möglichkeit, Interesse für die Sorgen dieser Staatengruppen zu zeigen, ohne selbst dazu Stellung nehmen zu müssen.

Vor allem aber erlaubte die schweizerische Präsenz in Colombo eine gründlichere, differenziertere Beurteilung der Blockfreien Bewegung. Gewiss war beim einen oder anderen Mitglied ideologische Voreingenommenheit festzustellen. Dies traf jedoch nicht für die Blockfreien als Gesamtheit zu. Viele Konferenzteilnehmer liessen Unbehagen wegen der Propagierung radikaler Thesen durch andere erkennen. In Colombo zeigten sich Anzeichen dafür, dass die Blockfreien Staaten, über den Umweg grösserer eigener Anstrengungen, ein wachsendes, entkrampftes Selbstvertrauen entwickeln würden.

Gemäss den Beschlüssen des letzten Gipfeltreffens findet vom 25. bis 29. Juli 1978 eine Konferenz der Aussenminister aller Blockfreien Staaten statt, mit deren Durchführung Jugoslawien beauftragt ist. Als in Colombo vertretenes Land wurde auch die Schweiz vom jugoslawischen Aussenministerium kürzlich über die Vorbereitungen für die Tagung in Belgrad orientiert und um Bekanntgabe ihrer Teilnahmeabsichten gebeten⁸.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 165, dodis.ch/38984 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 7, dodis.ch/48366.

4. Schreiben von S. R. D. Bandaranaike an P. Graber vom 24. Juni 1976, dodis.ch/48359. Zu den Reaktionen auf die schweizerische Initiative vgl. das Rundschreiben von J. Iselin an die schweizerischen Vertretungen vom 22. Juni 1976, dodis.ch/48369.

5. Schreiben von R. Gnägi an S. R. D. Bandaranaike vom 14. Juli 1976, dodis.ch/48584.

6. Zur Zusammensetzung der Delegation vgl. die Notiz von F. de Ziegler an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 15. Juli 1976, dodis.ch/48586; die Notiz von J. Iselin an P. Graber vom 15. Juli 1976, dodis.ch/48360 sowie das Telegramm Nr. 30 von J. Iselin an die schweizerische Botschaft in Colombo vom 23. Juli 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#937* (B.73.8.21).

7. Notiz von P. Graber an den Bundesrat vom 24. August 1976, dodis.ch/48362. Vgl. ferner den Bericht von H. Kaufmann und F. Rothenbühler vom 23. August 1976, dodis.ch/48361.

8. Schreiben von J. Vrhovec an P. Aubert vom 9. Juni 1978, dodis.ch/48372.

Unter den Institutionen der Blockfreien, die in letzter Zeit ständig ausgebaut wurden, gelten traditionsgemäss als höchste Organe: einerseits die in mehrjährigen Abständen durchgeführten Gipfelkonferenzen (1961 Belgrad⁹, 1964 Kairo¹⁰, 1970 Lusaka¹¹, 1973 Algier¹², 1976 Colombo¹³) und andererseits dazwischen jeweils Aussenministertreffen. Nur zu diesen zwei Arten von Anlässen laden die Blockfreien regelmässig «Gäste» ein.

Wir halten dafür, dass die Erwägungen, die Ihrem Beschluss vom 12. Mai 1976 zugrunde lagen, im Lichte der neuesten weltpolitischen Entwicklung heute ebenso zutreffen wie damals. Nach den vorliegenden Informationen werden in Belgrad als Gesprächsthemen einen prominenten Platz einnehmen u. a.: Entwicklung in politischen Konfliktherden wie Australafrika, Naher Osten, Westsahara, Indochina, Korea, Lateinamerika, Zypern; wirtschaftlicher Nord-Süd Dialog, usw. Sicher ist es für uns nützlich, diese Diskussionen, die auch eigene wichtige Interessen berühren, aus der Nähe verfolgen zu können.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, beabsichtigt das Politische Departement demgemäss, die Einladung zur Entsendung einer «Gast»-Delegation an die Aussenminister-Konferenz der Blockfreien im kommenden Juli anzunehmen. Wir sehen eine kleine Delegation vor, die sich wie folgt zusammensetzen würde:

- Botschafter Jürg Iselin, Chef der (für alle Entwicklungsländer zuständigen) Politischen Abteilung II unseres Departements.
- Botschafter¹⁴ Edouard Brunner, diplomatischer Berater für Sonderaufgaben, zu dessen Obliegenheiten spezifische Fragen im Zusammenhang mit der Bewegung der Blockfreien gehören.
- Selbstverständlich würde auch unser Botschafter in Belgrad, Dr. Hansjörg Hess, der Delegation angehören.
- Der Handelsabteilung des EVD steht es frei, ein weiteres Delegationsmitglied zu bezeichnen, sofern sie dies als angezeigt erachtet.¹⁵

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 3, dodis.ch/30896, Anm. 6.

10. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 40, dodis.ch/31553, Punkt 2.

11. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 153, dodis.ch/32372.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 165, dodis.ch/38984.

13. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 7, dodis.ch/48366.

14. Zur Verleihung des Botschaftertitels an E. Brunner vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 133, dodis.ch/51430.

15. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Als Vertreter der Handelsabteilung wurde P. Niederberger an die Konferenz delegiert. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1107 vom 5. Juli 1978, dodis.ch/48358. Zum Verlauf der Konferenz vgl. den Bericht von J. Iselin, E. Brunner, H. Hess und P. Niederberger vom 10. August 1978, dodis.ch/48363 sowie das BR-Prot. Nr. 1341 vom 23. August 1978, dodis.ch/48364. Vgl. auch das Exposé von P. Aubert vom 1. September 1978, dodis.ch/48269, Punkt II.

154

dodis.ch/50013*Notice pour le Chef du Département des finances et des douanes, G.-A. Chevallaz*¹VISITE DU PREMIER MINISTRE FRANÇAIS, M. BARRE², BERNE, 30 JUIN 1978

Extrait

[Berne,] 28 juin 1978

Dossier pharmaceutique

Conformément à votre désir, nous résumons ci-après la situation actuelle concernant le *dossier pharmaceutique*:

1. Le 24 février 1978, un *rapport du Groupe de travail franco-suisse*³ institué pour l'examen des problèmes de l'industrie pharmaceutique, a été signé. Ce rapport est jugé satisfaisant par l'industrie suisse étant donné qu'il prévoit, sur le papier du moins, les principales concessions suivantes:

- a) Flexibilité dans la fixation des *prix de vente* en France des spécialités pharmaceutiques (prise en compte des *redevances* versées aux fournisseurs de matières premières, prise en compte partielle des variations de la relation des *taux de change*);
- b) Flexibilité dans la fixation des *prix de cession des substances actives* (prise en compte des *frais de recherche*, des *frais généraux*, de la *rénumération des fonds propres* et de la *marge bénéficiaire* des sociétés mères);
- c) Appel à la Cour de Justice des CE à Luxembourg pour ce qui a trait à l'interprétation controversée de la notion de la *valeur en douane* des substances actives et *suspension du contentieux douanier* jusqu'à ce que la Cour de Justice ait répondu aux questions préjudicielles qui lui ont été posées⁴;
- d) Acceptation, sous certaines conditions, des *expertises précliniques* effectuées en Suisse.

Ce «rapport» du Groupe de travail a été entériné par un Aide-mémoire signé par le Ministre français du commerce extérieur, M. André Rossi, et le Conseiller fédéral Honegger le 24 février⁵. Les deux Ministres y expriment notamment l'espoir que la mise en œuvre des solutions proposées permettra à l'avenir de *promouvoir le développement des investissements suisses en France*.

1. *Notice (Copie)*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3281* (B.15.21). Signée par E. Moser. Cette copie a été adressée à P. Aubert.

2. Cf. DDS, vol. 27, doc. 155, dodis.ch/49983. Pour un portrait de M. Barre, cf. la lettre de F. de Ziegler à P. Aubert du 27 juin 1978, dodis.ch/50438.

3. Rapport de P. Achard et E. Moser du 24 février 1978, dodis.ch/50240. Sur la création et les travaux du Groupe de travail, cf. la lettre de E. Brugger à A. Rossi du 20 janvier 1977, dodis.ch/50222; la notice de E. Moser à P. R. Jolles du 31 mai 1977, dodis.ch/50228; le rapport de E. Moser du 30 juin 1977, dodis.ch/50235 et la notice de P. R. Jolles à F. Honegger du 21 février 1978, dodis.ch/50233.

4. Cf. le télégramme N° 202 de E. Moser à l'Ambassade de Suisse à Paris du 4 octobre 1977, dodis.ch/50234 et le télégramme N° 331 de F. de Ziegler du 20 septembre 1978, dodis.ch/50440.

5. Aide-mémoire de A. Rossi et F. Honegger du 24 février 1978, dodis.ch/50241.

2. Il y a lieu de rappeler dans ce contexte que la Suisse se trouve, en France, à la deuxième place en ce qui concerne les investissements étrangers. Une large partie de ces investissements se dirige en particulier vers le secteur pharmaceutique. À elles seules, les trois grandes maisons suisses occupent plus de 10'000 personnes dans leurs filiales françaises, outre 4000 frontaliers travaillant dans les maisons mères à Bâle. Les filiales françaises ont un chiffre d'affaires annuel s'approchant de 3 milliards de francs français, dont 20% sont exportés de France vers des pays tiers.

Or, les difficultés⁶ qu'ont rencontrées les industries pharmaceutiques suisses en France risquaient de mettre en cause l'existence même des filiales des maisons suisses. Cela est aussi peu dans l'intérêt français que suisse car nous sommes *mutuellement intéressés aux investissements, au maintien des places de travail, à la promotion de la recherche scientifique et à la sauvegarde de la santé publique en particulier ainsi qu'à une coopération industrielle constructive en général.*

3. L'accord intervenu tient largement compte de ces principes, à condition d'être mis en vigueur.

Il y a lieu de mentionner ici qu'au début de cette année la Direction des prix au Ministère français des finances ainsi que le Ministère de la Santé publique, mécontents apparemment des concessions consenties au sein du Groupe de travail franco-suisse, accusaient le Chef⁷ de la délégation française «d'avoir trahi l'intérêt national». Afin que l'accord paraphé ne soit pas remis en cause au dernier moment, le Ministère des Affaires étrangères *requit l'arbitrage du Premier ministre Barre*. M. Barre a alors *rendu un arbitrage sans équivoque qui a permis la conclusion de l'accord du 24 février.*

4. Le problème qui se pose actuellement est celui de l'*application* de l'accord. Les Ministres Deniau (commerce extérieur, successeur de M. Rossi) et Monory (industrie) ont donné, lors d'une récente visite⁸ que leur a rendue le Conseiller fédéral Honegger, des assurances quant à l'application de l'accord:

Il n'est pas question bien entendu de mettre le moins du monde en doute la sincérité des propos tenus par MM. Deniau et Monory, pas plus que la détermination du Premier ministre Raymond Barre de pratiquer une politique économique comportant une libéralisation progressive des prix.

Mais il faut d'abord bien se rendre compte qu'une telle orientation, qui est relativement inédite en France, et qui tend à rien moins qu'à laisser jouer les mécanismes de l'économie de marché, se heurtera et se heurte déjà à toutes sortes de résistances, naturelles ou intéressées, notamment à l'intérieur d'une administration habituée de tous temps aux contrôles et jalouse de ses prérogatives.

Or, un tel contraste entre la volonté gouvernementale et les pesanteurs administratives est particulièrement aigu en ce qui concerne l'industrie pharma-

6. Cf. le compte rendu de G. Menétrey du 26 août 1976, dodis.ch/50236.

7. P. Achard.

8. Pour la visite de F. Honegger à R. Monory, cf. la notice de F. de Ziegler du 15 juin 1978, dodis.ch/50208. Pour celle rendue à J.-F. Deniau, cf. la notice de F. de Ziegler du 19 juin 1978, dodis.ch/50209.

ceutique. Avec la circonstance aggravante que, dans ce domaine, Mme Simone Veil, Ministre de la Santé, se fait elle-même le porte-parole de ses services⁹.

Il n'est donc *nullement certain que toutes les difficultés soient définitivement dissipées en ce qui concerne l'application de l'accord*, notamment si l'on considère l'état d'esprit qui continue de régner au Ministère de la Santé.

Une autre affaire qui ne concerne cette fois pas la pharmacie mais qui représente une nouvelle entrave à la promotion des investissements suisses en France a provoqué pas mal de remous ces derniers temps. Il s'agit de la maison Procelis SA près de Lyon qui est une filiale de la maison suisse Weidmann SA à Rapperswil et qui fabrique des «Transformerboard» (cartons précomprimés utilisés comme isolants dans la fabrication de gros transformateurs).

Nous estimons les procédés de l'administration douanière et fiscale française inacceptables. Quelques détails ayant trait à cette affaire sont repris dans l'annexe ci-jointe¹⁰ ayant trait à la récente entrevue de M. Conseiller fédéral Honegger avec les Ministres Deniau et Monory.

Conclusion

En ce qui concerne les entretiens avec M. Barre, nous sommes d'avis qu'il sied, d'une part, de lui exprimer nos très sincères *remerciements* pour l'aide efficace et directe qu'il a apportée afin que le Groupe de travail franco-suisse puisse arriver à une conclusion satisfaisante et, d'autre part, de mettre à profit sa visite pour lui *préciser*, certes brièvement mais fermement, *notre point de vue en la matière*, et cela notamment dans le contexte de la promotion des investissements suisses en France (cf. 2 ci-dessus).

Actuellement, la situation en France est très floue: il s'agit non seulement de l'application de notre accord mais aussi de son interprétation. Le Ministère de la Santé et ses représentants dans la Commission compétente pour la fixation des prix (M. Didier) ont la nette tendance à interpréter cet accord de façon restrictive.

[...] ¹¹

9. Cf. la lettre de P. R. Jolles à H. Hürlimann du 8 novembre 1976, dodis.ch/50200.

10. Cf. la notice de F. de Ziegler du 19 juin 1978, dodis.ch/50209.

11. Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/50013.

*Discours du Président de la Confédération, W. Ritschard¹*DISCOURS À L'OCCASION DE LA VISITE EN SUISSE DE MONSIEUR RAYMOND
BARRE² PREMIER MINISTRE DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Berne, 30 juin 1978

C'est avec grand plaisir que, au nom de notre gouvernement et – je peux le dire en toute certitude – au nom du peuple suisse tout entier, je vous souhaite une chaleureuse bienvenue ici, en cette maison des réceptions du Conseil fédéral.

Nous sommes heureux de votre présence parmi nous. Je voudrais même affirmer qu'il s'agit d'un événement historique, car c'est la première fois qu'un Premier Ministre³ de France, notre grande voisine, nous rend visite. Nous retiendrons certainement ce fait dans nos livres d'histoire.

Il peut paraître insolite que cette visite soit la première. Normalement, de bons voisins se rencontrent souvent⁴. Mais entre votre grand pays et la Suisse, les rapports de bon voisinage et l'entente mutuelle sont si profonds qu'on peut se passer de fréquentes visites d'hommes d'État pour les entretenir. Nous sommes d'ailleurs plus que de simples voisins. Nous sommes des amis et notre amitié n'a que faire de formalités et de cérémonies: elle est profondément ancrée en nous-mêmes, dans l'âme de nos deux peuples. Nous ne connaissons aucun pays en Europe avec lequel nous avons autant de liens historiques, culturels⁵ et personnels qu'avec la France⁶. Leur énumération remplirait des volumes. Les liens économiques, eux aussi, sont étroits⁷. La France est, en effet, le deuxième fournisseur et le deuxième client de la Suisse. Nous en importons plus de 12 pourcent de nos importations et nous y exportons 8 pourcent de notre production.

Après ce repas, vous discuterez quelques questions bilatérales avec MM. Aubert et Chevallaz. Mais nous sommes à table et il est préférable de ne pas y parler de choses qui exigent trop de réflexion.

1. *Discours*: CH-BAR#E8805#1998/177/7* (6.2.4). Pour la première version de ce document, cf. le discours non prononcé de W. Ritschard du 30 juin 1978, dodis.ch/50238. Sur les coulisses de la rédaction de ce texte, cf. la notice de A. Maillard à W. Ritschard, dodis.ch/50237.

2. Pour un portrait de R. Barre, cf. la lettre de F. de Ziegler à P. Aubert du 27 juin 1978, dodis.ch/50438.

3. Sur la question d'une visite de V. Giscard d'Estaing en Suisse, cf. DDS, vol. 26, doc. 172, dodis.ch/38721.

4. Sur l'augmentation de la fréquence des visites bilatérales franco-suisse, cf. le procès-verbal de H. Cuennet du 4 juin 1976, dodis.ch/50198; le compte rendu de la Direction politique du 11 juin 1976, dodis.ch/50196 et la lettre de P. Dupont à P. Graber du 18 novembre 1976, dodis.ch/50011.

5. Cf. la notice de P. Stauffer du 18 mai 1976, dodis.ch/50439 et le PVCF N° 769 du 11 mai 1977, dodis.ch/50219.

6. Pour une vue d'ensemble des relations franco-suisse, cf. la notice de H. Cuennet du 11 mars 1977, dodis.ch/50201.

7. Cf. DDS, vol. 27, doc. 154, dodis.ch/50013.

Au cours de l'histoire, nos peuples ne se sont pas rencontrés uniquement pour chanter des psaumes. Il se pose toujours quelques problèmes et il y a eu des tensions occasionnelles.

Mais les relations entre la France et la Suisse sont comparables à un bon mariage: il faut pouvoir s'y quereller de temps à autre. Dans le concert de la politique internationale, nous ne nous comparons certes pas à votre grand pays. Nous y jouons plutôt les instruments d'accompagnement et, dans notre partition, les pauses l'emportent sur les notes.

Vous connaissez notre devise: neutralité et solidarité.

Pour ce qui est de la solidarité, l'étranger peut parfois nourrir quelques doutes. On nous estime trop réservés dans le domaine de l'aide officielle au développement (l'aide privée, elle, est plus généreuse).

Or cette réserve ne procède pas d'avarice ou de lucre. Conformément à son esprit pragmatique, le Suisse préfère porter secours dans un cas concret et actuel. Le produit de collectes en faveur des victimes de catastrophes est toujours abondant. Et ce sont bien souvent les gens de condition modeste qui donnent le plus. En démocratie directe on fait toujours de la politique en relation avec le cas concret.

Vous connaissez notre système politique. Le corps électoral décide de tout. Même de l'introduction de l'heure d'été⁸. Bien sûr, cela présente des inconvénients. Mais aussi de gros avantages. En effet, nous pratiquons la démocratie en étroite liaison avec le peuple.

Notre système gouvernemental a la particularité qu'on n'élit pas un gouvernement, mais confère à des gens une charge gouvernementale. Les élus n'obtiennent aucun pouvoir. C'est le peuple qui le conserve, même celui de décider des plus infimes détails matériels. Autrement dit, c'est le peuple qui gouverne. Le gouvernement ne fait qu'exécuter. C'est là surtout que réside le secret de notre stabilité politique. Mais celle-ci n'a pas que ses bons côtés. Elle nous empêche souvent de nous ouvrir à la nouveauté. C'est ainsi que notre type de démocratie fait obstacle au succès d'opinions politiques sortant de l'ordinaire. Notre peuple ne fait pas de bonds, il marche à pas mesurés.

Je ne tiens cependant pas à donner ici une leçon de politique suisse. Je me contenterai, Monsieur le Premier Ministre, de me réjouir de votre présence parmi nous. Nous vous savons gré de votre visite, si brève soit-elle. Elle resserre les liens étroits d'amitié entre nos deux peuples et facilitera encore plus la solution de nos problèmes communs.

8. Sur la question de l'heure d'été, cf. DDS, vol. 27, doc. 128, dodis.ch/48207.

Exposé du Chef du Département politique, P. Aubert¹

EXPOSÉ INTRODUCTIF SUR LES RELATIONS DE LA SUISSE ET DES NATIONS UNIES

[Berne,] 3 juillet 1978

Je distingue dans le thème très vaste que constituent les relations de la Suisse et des Nations Unies deux aspects principaux: l'un celui de l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies et l'autre celui des domaines de la coopération internationale au sein des Nations Unies qui intéressent la Suisse. Je ne mentionnerai au reste que ceux qui sont au centre de l'actualité.

Adhésion de la Suisse aux Nations Unies

Vous savez que le Conseil fédéral a décidé avec l'approbation des Chambres de soumettre au vote du peuple suisse et des cantons la question de l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies². Le calendrier n'est pas fixé, mais la votation n'aura certainement pas lieu avant les prochaines élections fédérales en 1979.

On peut prévoir que le débat portera avant tout sur le problème de la compatibilité de la participation à l'Organisation des Nations Unies avec la neutralité suisse, neutralité qui est le fondement de notre politique étrangère depuis des siècles, le restera et à laquelle le peuple suisse est justement attaché³.

Il s'agira d'une votation très importante pour l'avenir de la Suisse et qui, si elle porte certes sur un problème de politique étrangère, est – on ne le soulignera jamais assez – une *décision de politique intérieure* et comme telle influencée par les aléas de cette politique⁴.

Je ne vous cache pas que la bataille sera difficile à gagner, que l'enjeu est grand et qu'il dépasse à certains égards le cadre de la solution d'un problème propre à la Suisse. La réussite prouvera celle des Nations Unies et que les grands principes de la coopération internationale sont saisis, compris, approuvés par tout un peuple et cela même lorsqu'ils vont apparemment bien au-delà des intérêts purement nationaux; l'échec montrerait que nous autres en Suisse avons failli à notre tâche qui doit être en premier lieu pour le moment une tâche d'information et non de propagande. J'ai été à cet égard très sensible à l'initiative de Monsieur le Secrétaire général adjoint Cottafavi qui a

1. *Exposé*: CH-BAR#E2003A#1990/3#1635* (o.715.4.Uch). Rédigé par F. Pometta. Prononcé lors de la visite de K. Waldheim à Berne. Pour les résultats de l'entretien, cf. la notice de P. Aubert du 5 juillet 1978, dodis.ch/51608 et le compte rendu de R. Mayor du 6 juillet 1978, dodis.ch/51581. Annotation manuscrite dans la marge: NB: K. Waldheim est prié de ne pas parler de l'entrée de la Suisse à l'ONU lors de sa conférence de presse.

2. Cf. le rapport sur les relations de la Suisse avec l'Organisation des Nations Unies et ses institutions spécialisées de 1972 à 1976 du Conseil fédéral du 29 juin 1977, dodis.ch/51532, pp. 926 s.

3. *Ibid.*, pp. 909–915.

4. Cf. DDS, vol. 27, doc. 120, dodis.ch/51502.

préconisé des contacts plus étroits entre nos services d'information respectifs, suggestion à laquelle nous avons déjà donné suite.

Le peuple suisse connaît trop mal le rôle si important de l'ONU⁵ en tant qu'organe et forum de négociations et les mass media attirent de préférence son attention sur ce qu'ils croient être des échecs parce qu'ils ne sont pas assez conscients des très grands obstacles auxquels vous devez faire face dans le déroulement d'une négociation permanente entre des adversaires souvent irréductibles.

Il n'en reste pas moins que certaines tendances de la communauté internationale – utilisation abusive des majorités automatiques, mise au ban de la communauté internationale de certains États, double standard en matière de droits de l'homme⁶ – sont difficilement admises par l'opinion publique suisse. Nous avons constaté, par exemple, que la résolution 3379/30 assimilant le sionisme au racisme⁷ avait beaucoup nui à la cause de notre adhésion.

Passant maintenant à nos relations actuelles en tant qu'État non membre avec les Nations Unies, il n'est pas besoin de vous dire, je crois, qu'elles sont excellentes et que les buts de la politique suisse coïncident avec l'idéal de paix qui est celui de la Charte et qui a trouvé son expression la plus originale dans les opérations de maintien de la paix, opérations auxquelles mon pays attache la plus grande importance et à laquelle il continuera à accorder son soutien à l'avenir, dans la mesure de ses moyens et *de cas en cas*.

Nous contribuons depuis longtemps au financement des opérations de maintien de la paix à Chypre⁸ et continuerons à mettre un avion à disposition de l'ONUST et de la FUNU II⁹. Nous n'envisageons pas en revanche, pour des raisons qui tiennent à notre politique de neutralité, de soutenir l'action de la FINUL au Liban¹⁰.

La Suisse, en tant qu'État non membre, n'est pas tenue juridiquement par les décisions du Conseil de sécurité concernant la Rhodésie¹¹ ou l'Afrique du Sud¹². Nous avons pris cependant les mesures nécessaires pour que le territoire suisse ne soit pas utilisé pour déjouer les sanctions contre la Rhodé-

5. Sur les mesures prévues pour une information du peuple suisse, cf. la notice de A. Hasler à E. Brugger du 10 juin 1977, dodis.ch/51698; l'exposé de P. Aubert du 6 juin 1978, dodis.ch/51540 et la notice de A. Ritz du 27 novembre 1978, dodis.ch/51563.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960.

7. Cf. DDS, vol. 26, doc. 193, dodis.ch/37207 et DDS, vol. 27, doc. 21, dodis.ch/51500, note 18.

8. Cf. DDS, vol. 25, doc. 20, dodis.ch/35753, en particulier note 13.

9. Sur l'engagement de la Suisse à l'ONUST et la FUNU II, cf. DDS, vol. 26, doc. 47, dodis.ch/39249.

10. Cf. le PVCF N° 670 du 24 avril 1978, dodis.ch/50285.

11. Sur l'attitude de la Suisse envers les sanctions de l'ONU contre la Rhodésie, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1571.

12. Sur la question d'une prise de sanctions de l'ONU contre l'Afrique du Sud et les conséquences pour la Suisse, cf. DDS, vol. 22, doc. 33, dodis.ch/30386; DDS, vol. 23, doc. 7, dodis.ch/31045 et doc. 156, dodis.ch/31047; DDS, vol. 24, doc. 60, dodis.ch/33642; DDS, vol. 25, doc. 86, dodis.ch/35680; DDS, vol. 26, doc. 100, dodis.ch/38893; DDS, vol. 27, doc. 106, dodis.ch/49365 et doc. 195, dodis.ch/49312; la notice de J. Monnier à P. Graber du 28 novembre 1977, dodis.ch/53897 ainsi que le PVCF N° 557 du 5 avril 1978, dodis.ch/52128.

sie¹³ et appliquons depuis 1963 un embargo sur les armes à destination de l'Afrique australe¹⁴.

Nous sommes très préoccupés par la situation de l'Afrique¹⁵ et du Moyen-Orient¹⁶ et c'est pourquoi j'ai demandé qu'on mît ces problèmes à l'ordre du jour, car nous savons que vous vous montrez, Monsieur le Secrétaire général¹⁷, infatigable dans vos activités de négociateur et de médiateur. Notre sympathie et notre appui vous sont acquis de même qu'à l'Organisation que vous représentez.

Votre tâche est très complexe, car il faut éviter les points de rupture et que des pressions nécessaires certes sur les parties au conflit n'aient en définitive l'effet contraire d'exacerber les différends. Mon Gouvernement, pour sa part, s'est toujours opposé aux tentatives d'expulsion d'Israël ou de l'Afrique du Sud des organisations spécialisées¹⁸, car il croit qu'elles vont contre le but désiré. De même, nous croyons qu'un arrêt des investissements en Afrique du Sud serait plutôt préjudiciable qu'utile à la cause de la paix dans cette région; il n'améliorerait en tout cas en rien le sort des populations¹⁹.

Les remarques que je viens de faire sont applicables à tout État et en toutes circonstances et ne sont nullement irréconciliables, dans le cas qui nous occupe aujourd'hui, avec notre condamnation de la politique d'apartheid et l'importance que nous accordons au respect des droits de l'homme.

Nous établissons, en effet, une différence très nette entre la codification et le développement de la protection des droits de l'homme et l'action politique des Gouvernements en faveur de ces derniers. Celle-ci doit être ferme, très ferme même, mais pour être efficace doit demeurer discrète et recourir plus aux démarches traditionnelles de la diplomatie qu'aux accusations publiques.

Dans son troisième rapport sur les relations de la Suisse et des Nations Unies²⁰, le Conseil fédéral a indiqué son intention d'adhérer aux Pactes internationaux relatifs aux droits économiques, sociaux et culturels ainsi qu'aux droits civils et politiques. Nous étudions aussi avec beaucoup d'intérêt le projet de convention suédois contre la torture ainsi que les divers textes concernant la protection des détenus qui sont actuellement élaborés par la commission des droits de l'homme²¹. Contrairement à ce qu'écrit la presse, il n'existe pas de projet officiel suisse de convention contre la torture et pour la protection des détenus.

13. Cf. le PVCF N° 2101 du 12 décembre 1977, dodis.ch/49478.

14. Cf. DDS, vol. 22, doc. 187, dodis.ch/30436.

15. Cf. DDS, vol. 27, doc. 158, dodis.ch/49308.

16. Cf. la notice de C. Barbey du 26 juin 1978, dodis.ch/51640. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 10, dodis.ch/49404.

17. K. Waldheim.

18. Cf. DDS, vol. 27, doc. 21, dodis.ch/51500.

19. Cf. DDS, vol. 27, doc. 135, dodis.ch/49368.

20. Cf. note 2.

21. Cf. la notice de S. Marcuard du 7 décembre 1977, dodis.ch/51716 et la déclaration de M. Jeanrenaud à l'occasion de la 34^{ème} session de la Commission des droits de l'homme du 7 mars 1978, dodis.ch/51717.

L'Organisation des Nations Unies a suivi avec une sympathie et un intérêt dont je tiens à vous remercier tout particulièrement les travaux de la Conférence sur la réaffirmation et le développement du droit humanitaire²². Les Protocoles I et II additionnels aux conventions de Genève entrèrent en vigueur le 7 décembre 1978²³. Ces textes sont importants et nous serions heureux que l'Assemblée générale adopte une résolution exhortant les États membres à devenir parties à ces deux instruments et que vous appuyiez un tel texte de votre autorité morale.

La non-application du droit humanitaire applicable dans les conflits armés reste pour nous – comme pour le CICR du reste – un sujet de préoccupation constante et nous constatons avec consternation que les règles les plus élémentaires du droit humanitaire et du droit de la guerre ne sont plus appliquées. Il est certain que la nature actuelle des conflits armés et les qualifications divergentes que leur donnent souvent les parties en présence ne facilitent guère la fixation claire des normes humanitaires à appliquer. Néanmoins, il est indispensable que la communauté internationale exerce une pression morale permanente sur les parties à des conflits internationaux ou non. À cet égard, je crois que le Secrétariat des Nations Unies joue et peut jouer un rôle particulièrement utile et j'irais même jusqu'à me demander si dans les grandes actions de secours qu'elles vont sans doute entreprendre dans les régions dévastées par les conflits, les Nations Unies ne pourraient pas – bien entendu avec la discrétion et l'absence de publicité dont j'ai parlé tout à l'heure – rappeler aux belligérants l'observation de ces règles élémentaires du droit humanitaire et du droit de la guerre qui facilitent, elles aussi, le règlement des conflits.

La Suisse participera activement à la conférence préparatoire de la conférence des Nations Unies sur l'interdiction ou la limitation de l'emploi de certaines armes conventionnelles²⁴; je n'ai pas besoin de vous dire aussi que cette conférence intéresse beaucoup le CICR qui a convoqué en 1974 et 1976²⁵ deux conférences d'experts intergouvernementaux dont les travaux forment – avec ceux de la conférence diplomatique sur la réaffirmation et le développement du droit humanitaire – la base même des travaux actuels des Nations Unies.

Je me suis apparemment quelque peu éloigné du thème de mon exposé, mais ce sont là des problèmes qui tiennent à cœur au peuple suisse.

La réussite du dialogue Nord-Sud²⁶ est aussi un élément très important pour la diminution des tensions dans le monde et c'est pourquoi je me féli-

22. Cf. le rapport de R. Bindschedler du 27 juillet 1976, dodis.ch/51229; la notice de H. Reimann du 4 juillet 1977, dodis.ch/51235 et le PVCF N° 2099 du 12 décembre 1977, dodis.ch/51254.

23. Protocole additionnel aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatif à la protection des victimes des conflits armés internationaux (Protocole I) du 8 juin 1977, RO, 1982, pp. 1362–1430 et Protocole additionnel aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatif à la protection des victimes des conflits armés non internationaux (Protocole II) du 8 juin 1977, RO, 1982, pp. 1432–1442.

24. Cf. le PVCF N° 1275 du 16 août 1978, dodis.ch/51714.

25. Sur la deuxième session de la Conférence d'experts gouvernementaux sur l'emploi de certaines armes conventionnelles, cf. le rapport de R. Bindschedler du 23 mars 1976, dodis.ch/51265.

26. Cf. DDS, vol. 27, doc. 77, dodis.ch/50202 et doc. 92, dodis.ch/49331, en particulier les parties III et IV; l'exposé de P. Aubert du 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48269, point V et la compilation thématique

cite tout particulièrement de la présence de M. le Directeur général Dadzie pendant notre discussion. L'Ambassadeur Jolles va vous dire tout à l'heure les soucis que nous cause la tournure actuelle des débats du Comité plénier. Comment envisagez-vous la reprise de ce débat en septembre et quelles sont à votre avis les procédures les plus propres à relancer le dialogue dans un sens constructif?

Nous souhaiterions connaître aussi votre avis sur le problème de la restructuration des secteurs économique et social des Nations Unies.

Nous considérons, quant à nous, que la restructuration est un exercice nécessaire et utile. La complexité toujours croissante de la coopération internationale, son coût aussi doivent en effet nous inciter à simplifier les mécanismes de coordination qui existent sur le plan international tout en laissant bien entendu aux organismes du système des Nations Unies le degré d'autonomie nécessaire.

Certains aspects de la restructuration ne vont pas cependant sans nous préoccuper²⁷; nous risquons de voir disparaître certains des organes dépendant de l'ECOSOC où la place de la Suisse était assurée. Certes, je conçois la nécessité d'assouplir les mécanismes existant, mais la convocation des réunions ad hoc risque parfois d'être plus compliquée et plus difficile que celle des organes existant dont la base juridique ou le calendrier ne pouvaient être contestés. Cette collaboration au sein de l'ECOSOC et la possibilité de participer en tant qu'observateur aux organes qui en dépendent est très importante pour la Suisse; vous me répondrez sans doute qu'il ne tient qu'à nous d'y participer de plein droit et vous aurez certainement raison, mais je crois que si nous nous trouvions du fait de la restructuration empêchés de participer à des travaux qui nous touchent au premier chef et auxquels nous pouvons du reste sans doute apporter une contribution utile, nous perdriions assez vite contact avec la réalité politique des Nations Unies et ceci ne pourrait que compliquer encore le problème de notre adhésion.

J'ai dit tout à l'heure que nous nous opposions par principe à toute politique d'exclusion²⁸; cette affirmation ne reposait pas seulement sur notre appréciation de la situation politique mondiale, mais aussi sur notre propre expérience qui nous montre qu'il est dangereux à long terme de s'isoler, volontairement ou non, des grands débats internationaux.

La présence des Nations Unies à Genève nous a permis de remédier dans une certaine mesure à cet inconvénient. La Suisse attache et continuera d'attacher une très grande importance politique à cette présence des Nations Unies sur son territoire²⁹.

dodis.ch/T1647. Sur la conception nord-sud de la Suisse, cf. aussi la notice de B. von Tschanner du 27 décembre 1976, dodis.ch/52050 et la notice de R. Högger du 25 janvier 1977, dodis.ch/52056.

27. Cf. la notice de F. Gruber et F. Muheim du 9 février 1976, dodis.ch/50585 et la lettre de E. Brunner à A. Weitnauer du 30 décembre 1977, dodis.ch/50586.

28. Cf. note 18.

29. Cf. DDS, vol. 27, doc. 25, dodis.ch/48714, en particulier note 4 et la notice de F. Gruber du 16 juin 1978, dodis.ch/51580.

Nous avons accepté très loyalement les décisions de l'Assemblée générale concernant le transfert à Vienne d'unités du Secrétariat dont certaines – est-il besoin de le rappeler – étaient installées à Genève depuis l'époque de la SDN.

La prochaine étape des transferts nous intéresse naturellement beaucoup, car je dois vous dire très franchement que nous ne souhaitons pas le démantèlement du siège de Genève. Il s'est créé à Genève au cours des années entre les Nations Unies, les institutions spécialisées et les organisations non gouvernementales des liens organiques, un tissu de relations de travail, qui est très propice à la coopération internationale et qui devrait à notre avis être maintenu. J'exprime là le point de vue d'un État hôte qui a toujours scrupuleusement respecté ses obligations et qui, se fondant sur le principe de la pérennité de son accord de siège avec les Nations Unies³⁰, a fourni et continuera à le faire un effort considérable en faveur du siège de Genève. Nous apprécions beaucoup les contacts réguliers que nous avons à ce propos avec M. le secrétaire général adjoint Davidson.

Nous avons naturellement beaucoup de compréhension pour les difficultés que le Donaupark occasionne à nos amis autrichiens; mais je souhaiterais être informé suffisamment à l'avance des plans qui sont faits pour remplir les bureaux restants. J'ai appris, par ailleurs, lors de mes derniers entretiens à Vienne, que le problème du Donaupark allait peut-être se résoudre de lui-même puisque de nombreuses missions permanentes, l'UNWRA vont s'y installer. Il résulte, en outre, du projet de budget de l'AIEA³¹ que celle-ci ne renoncera pas à la tour A2 qui devrait être reprise par les Nations Unies. Ceci représente naturellement un très grand changement par rapport aux plans antérieurs. Il m'intéresserait naturellement de connaître votre avis sur ces différents points.

Ces quelques observations seront le prélude à une discussion qui je l'espère sera nourrie et que si vous le voulez bien je propose de faire porter au début sur le Comité plénier, les problèmes économiques et la restructuration puisque l'Ambassadeur Jolles doit nous quitter dans quelques instants³².

30. Accord sur les privilèges et immunités de l'Organisation des Nations Unies conclu entre le Conseil fédéral suisse et le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies *du 1 juillet 1946*, dodis.ch/1799.

31. Cf. doss. CH-BAR#E2003A#1990/3#1986* (o.745.82).

32. *Annotation manuscrite dans la marge*: Agence atomique.

*Der schweizerische Botschafter in Berlin (DDR), F. Schnyder, an den
Generalsekretär des Politischen Departements, A. Weitnauer¹*

Vertraulich

Berlin (DDR), 5. Juli 1978

Ihr Besuch in Berlin² ist in der obersten Führung der DDR offenbar stärker beachtet worden als aus der eher bescheidenen Aufmachung zu schliessen wäre. Dabei scheint gerade auch die von Ihnen übermittelte Einladung des Departementschefs³ an Aussenminister Fischer, nach Bern zu kommen, grosses Interesse gefunden zu haben – lebhafter als es dessen etwas unbeholfene Reaktion zeigte. So wie ich Fischer kenne, unterdrückte er in jenem Augenblick eine gewisse innere Bewegung; denn die Einladung stellt für die DDR-Aussenpolitik einen «Normalisierungsschritt» dar, der hier hoch bewertet wird.

Zu diesen Eindrücken gelangte ich jedenfalls bei einem Gespräch, das ich am amerikanischen Empfang zum 4. Juli mit Hermann Axen, dem für die auswärtigen Beziehungen der DDR massgebenden Mitglied des Politbüros hatte. Axen äusserte Freude und Genugtuung über die eingetretenen Fortschritte in den Kontakten mit der Schweiz, die er als «nicht übereilt, aber stetig, realistisch und vorurteilslos» bezeichnete⁴. Nier, der von Ihrem Besuch sehr befriedigt sei, habe ihn entsprechend informiert. – Selbstverständlich blieben noch etliche Punkte zwischen den beiden Ländern zu regeln (was auch ich unterstrich) – aber Streitigkeiten (Axen gebrauchte dieses Wort) lägen nicht vor. Im weiteren offenen Gespräch würden nach und nach Lösungen sicher gefunden werden. Und zu dem ebenfalls anwesenden Politbüro-Mitglied Joachim Herrmann gewandt: «Weisst Du, dass Oskar (Fischer) nächstes Jahr nach Bern geht, ist doch ein hervorragendes Ereignis.» – Schliesslich bedankte sich Axen noch seinerseits für die Einladung.

Axen hatte sich fast etwas in eine Begeisterung hineingeredet. Ich überschätze dabei nichts; aber die Bedeutung des vereinbarten Besuchs in Bern für das Ansehen der DDR im Ausland darf auch nicht unterschätzt werden.

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5132* (B.15.21.(2)). Visiert von A. Weitnauer und A. Hegner.

2. Vgl. dazu die Aufzeichnung von A. Greber vom 5. Juli 1978, dodis.ch/48209.

3. P. Aubert.

4. Zu den Beziehungen mit der DDR vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 86, dodis.ch/49336 sowie die Notiz von A. Weitnauer an P. Graber vom 7. November 1977, dodis.ch/49967.

158

dodis.ch/49308*Notice interne du Département politique¹*

VISITE WALDHEIM 6/7 JUILLET: AFRIQUE

Berne, 5 juillet 1978

Position suisse

– Nous sommes préoccupés par l'inclusion du continent noir dans le champ de confrontation des grandes puissances. Les forces politiques africaines, qui devraient pouvoir s'employer aux tâches urgentes de développement, se trouvent de ce fait travaillées par des ferments de désunion.

– Une confrontation, sur le continent noir, de puissances extérieures, en accentuant les tendances à la polarisation déjà perceptibles actuellement parmi les États africains donc en affaiblissant l'Afrique dans son ensemble, se répercuterait négativement sur l'équilibre des forces au niveau international.

Questions

– Comment appréciez-vous actuellement le risque d'inclusion du continent africain dans un conflit direct Est-Ouest?

– Comment voyez-vous la mise sur pied éventuelle d'une force de sécurité interafricaine?

Rhodésie

– La Suisse attache du prix à ce que l'on s'achemine vers une transmission pacifique des pouvoirs à la majorité noire. L'actuelle tension qui règne en Rhodésie préoccupe les autorités suisses qui redoutent le déclenchement d'une éventuelle guerre civile entre groupes nationalistes rivaux².

– La Suisse considère que l'accord de règlement interne représente un pas en avant vers une solution négociée à condition qu'il soit sincèrement mis en œuvre.

– La Suisse n'a pas reconnu la Rhodésie³ et n'entretient avec ce pays aucune relation de caractère officiel. La Suisse a édicté de façon autonome des normes destinées à éviter que les sanctions de l'ONU (contre la Rhodésie) ne soient tournées en utilisant le territoire suisse⁴.

– Pour lutter plus efficacement encore contre des violations des sanctions de l'ONU dans le commerce entre la Rhodésie et les membres de l'ONU avec une participation prétendue d'entreprises domiciliées en Suisse (ce que l'on appelle les affaires triangulaires), le Gouvernement suisse a décidé de mettre en vigueur, à partir du 1^{er} janvier 1978, une ordonnance interdisant

1. Notice (copie): CH-BAR#E2010-01A#1990/5#197* (B.58.71). Rédigée par C. Krieg, S. Michl-Keller et E. Hofer.

2. Sur la conférence de Rhodésie du 9 septembre au 14 décembre 1976 à Genève, cf. le télégramme N° 101 de W. B. Gyger à la Direction des organisations internationales du Département politique du 15 décembre 1976, dodis.ch/49480. Sur la position de la Suisse face aux mouvements de libération, cf. DDS, vol. 27, doc. 191, dodis.ch/49163.

3. Cf. DDS, vol. 24, doc. 171, dodis.ch/30859, en particulier note 11.

4. Sur l'attitude de la Suisse envers les sanctions de l'ONU contre la Rhodésie, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1571.

aux personnes ayant leur domicile ou leur siège en Suisse de participer à la conclusion ou à l'exécution de telles affaires⁵.

Questions

– Voyez-vous une possibilité pour l'ONU de faciliter le ralliement au plan occidental de paix de toutes les parties concernées au conflit rhodésien?

– Comment appréciez-vous les chances d'un arrangement direct entre le Front patriotique et le Gouvernement intérimaire multiracial de Rhodésie?

Namibie

– La Suisse forme des vœux pour que les efforts diplomatiques entrepris pour faciliter une accession pacifique à l'indépendance de la Namibie soient couronnés de succès⁶.

– Nous sommes d'avis que les Nations Unies peuvent jouer un rôle modérateur extrêmement précieux dans ce contexte, permettant d'éviter une dégradation du climat politique.

Questions

– Quelles sont les conditions requises pour que l'ONU envisage d'intervenir en Namibie, conformément à la résolution no 385 adoptée le 30 janvier 1976 par le Conseil de Sécurité⁷? (Qui prévoit entre autres dispositions, a) application prochaine du droit d'autodétermination pour tous les habitants de la Namibie, et b) contrôle de l'accès à l'indépendance par les Nations Unies).

– Quelle importance accordez-vous à la solidarité témoignée par les cinq pays⁸ de la ligne de front en faveur de la SWAPO lors du sommet de Luanda du 10 et 11 juin?

– Comment interprétez-vous le rôle joué par le Président⁹ de la Tanzanie dans la solution du problème namibien?

Afrique du Sud

– Le Gouvernement suisse suit les événements en Afrique du Sud avec préoccupation¹⁰. Il est à souhaiter que des réformes améliorant la situation des populations noires puissent être introduites en Afrique du Sud.

– La Suisse a eu à plusieurs reprises l'occasion de condamner la politique d'apartheid comme une violation délibérée et constante des droits de l'homme, notamment à la Conférence des droits de l'homme de Téhéran, de 1968¹¹, ainsi qu'à la Conférence mondiale d'action contre l'apartheid de Lagos, en août 1977¹².

5. Cf. le PVCF N° 2101 du 12 décembre 1977, dodis.ch/49478. Cf. aussi l'Ordonnance sur les transactions avec la Rhodésie du Sud du 12 décembre 1977, RO, 1977, pp. 2180 s.

6. Sur la question de l'accession de la Namibie à l'indépendance, cf. le PVCF N° 1466 du 6 septembre 1978, dodis.ch/53553. Sur la position et l'action de la Suisse, cf. la notice de M. von Grüningen du 14 août 1978, dodis.ch/53550 et la notice de A. Weitnauer à P. Aubert du 5 septembre 1978, dodis.ch/53554.

7. Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 30 janvier 1976, UN doc. S/RES/385, CH-BAR# E2010-01A#1990/5#98* (B.58.2).

8. Angola, Botswana, Mozambique, Tanzanie et Zambie.

9. J. K. Nyerere.

10. Sur les relations avec l'Afrique du Sud, cf. DDS, vol. 27, doc. 106, dodis.ch/49365; doc. 131, dodis.ch/49367; doc. 135, dodis.ch/49368 et doc. 195, dodis.ch/49312.

11. Cf. DDS, vol. 24, doc. 80, dodis.ch/33245.

12. Cf. la notice de F. Muheim et F. Pometta du 17 août 1977, dodis.ch/49573; le compte rendu de

Questions

– Comment appréciez-vous les chances d'inciter le gouvernement sud-africain à infléchir sa politique d'apartheid à travers des mesures susceptibles d'avoir un impact sur les données internes en Afrique du Sud?

J.-D. Biéler de novembre 1977, dodis.ch/49473 et la notice de J. Iselin à P. Aubert du 23 mai 1978, dodis.ch/49591.

159

dodis.ch/49417

Le Vice-Directeur de la Division du commerce du Département de l'économie publique, E. Moser, aux directions de Brown Boveri et Escher Wyss¹

TURQUIE: USINE ÉLECTRIQUE DE KARAKAYA

Berne, 14 juillet 1978

Ces derniers temps, le Ministère des Affaires étrangères d'Irak s'est adressé à l'Ambassade de Suisse à Bagdad² pour faire part de l'inquiétude des autorités irakiennes au sujet de la participation suisse à la réalisation de la centrale hydro-électrique de Karakaya³. Selon elles, l'utilisation des eaux de l'Euphrate prévue par le gouvernement turc nuirait aux intérêts vitaux de l'Irak et serait contraire tant au droit international qu'aux dispositions d'un accord d'amitié signé en 1946 entre les deux pays et prévoyant des consultations préalables à l'exécution de tels projets. Vous connaissez certainement déjà cette vieille doléance. Le Ministère des Affaires étrangères a exprimé le souhait que le gouvernement suisse agisse auprès des entreprises industrielles⁴ et bancaires⁵ helvétiques intéressées afin que les opérations soient suspendues dans l'attente d'un arrangement entre la Turquie et l'Irak au sujet du partage des eaux de l'Euphrate. Pour appuyer davantage sa requête, il a laissé entendre qu'à défaut d'une telle suspension des «specified measures»

1. Lettre (copie): CH-BAR#E7110#1989/32#1263* (872.1). Rédigée par E. H. Lécho et signée par E. Moser. Copie à P. R. Jolles, E. Moser, P. Bettschart, H. Hofer, A. Heuberger, H.-U. Greiner, H. Aebli, J.-J. Maeder et E. H. Lécho, la Délégation suisse près l'OCDE à Paris, la Direction politique du Département politique et les Ambassades de Suisse à Ankara, Bagdad et Washington en nous référant à notre lettre du 27 juin 1978. Cf. la lettre de P. R. Jolles à R. Probst du 27 juin 1978, dodis.ch/49984.

2. Cf. doss. CH-BAR#E2200.88-04#1999/349#16* (331.0).

3. Cf. la lettre de P. R. Jolles à R. Probst du 27 juin 1978, dodis.ch/49984, annexe III. Sur le lien possible entre les démarches irakiennes et l'affaire Şerif Wanlı, cf. le télégramme N° 36 de E. Moser à l'Ambassade de Suisse à Bagdad du 5 avril 1978, dodis.ch/49987. Sur la participation suisse au projet de Karakaya, cf. la lettre de P. R. Jolles à R. Probst du 27 juin 1978, dodis.ch/49984, en particulier annexe I.

4. BBC SA Brown, Boveri & Cie et Escher Wyss SA.

5. Banque Populaire Suisse société coopérative, Crédit Suisse SA, Société de Banque Suisse SA et Union de Banques Suisses SA.

pourraient être prises contre ces entreprises et que les relations générales entre la Suisse et l'Irak⁶ pourraient en souffrir.

À notre connaissance, le gouvernement de Bagdad a agi de manière analogue auprès de l'Italie qui, elle, construit le barrage proprement dit.

Dans ses réponses⁷, notre représentation diplomatique à Bagdad a indiqué notamment qu'il s'agissait d'un problème concernant uniquement la Turquie, l'Irak et éventuellement la Syrie, mais aucunement la Suisse⁸. Elle a également fait remarquer que le contrat passé entre la Turquie et les sociétés suisses – relatif à la seule livraison de matériel électro-mécanique et non à la construction du barrage lui-même – relevait du droit privé et que les autorités suisses ne sauraient inciter ou contraindre les parties privées helvétiques à rompre les engagements pris.

Plus récemment, le Ministre d'État irakien Alwan a saisi l'occasion d'une visite à M. l'Ambassadeur Weitnauer⁹, Secrétaire général du Département politique fédéral, pour réitérer les craintes de son gouvernement, se fondant en particulier sur les effets attendus du projet de Karakaya sur le niveau du cours inférieur de l'Euphrate et les dommages qui en résulteraient pour l'agriculture irakienne. À son tour, M. Weitnauer a exposé le point de vue suisse, tout en acceptant de donner connaissance des préoccupations et réserves irakiennes aux intéressés suisses, ce que nous faisons par ces lignes. M. Alwan n'a pas insisté.

Pour ce qui est des mesures dont pourraient être l'objet des entreprises suisses, la menace irakienne paraît infirmée à ce stade par la récente attribution à une société suisse d'ingénieurs-conseils¹⁰ d'une importante affaire en relation avec la construction du barrage irakien de Mossul.

Nous saisissons cette occasion de vous demander à quel degré d'avancement en sont les travaux d'exécution de votre participation à la réalisation de l'usine de Karakaya. Pourriez-vous nous remettre un calendrier des diverses phases de préparation, fabrication, livraison, etc. et des échéances des paiements en devises, telles qu'elles se présentent actuellement¹¹?

Comme vous le savez, la Banque Mondiale retiendrait un crédit de 100 millions de dollars¹² en attendant que soit réglée entre l'Irak et la Turquie la question litigieuse du partage des eaux dont il est question ci-dessus. Cette attitude de la Banque Mondiale et la difficulté pour la Turquie de trouver ailleurs un crédit de remplacement mettent-elles en danger votre propre contribution? Par ailleurs, l'évolution de la balance des paiements turque s'est fortement aggravée ces derniers temps, une vaste opération de consolidation est

6. Cf. la lettre de A. Hugentobler à J. Iselin du 27 janvier 1977, dodis.ch/49988.

7. Cf. doss. comme note 2.

8. Sur la question de la responsabilité internationale de la Suisse dans ce projet, cf. la notice de B. Godet du 29 septembre 1978, dodis.ch/49102.

9. Cf. le procès-verbal de D. Dreyer du 11 juillet 1978, dodis.ch/49991 et la notice de D. de Pury à la Division politique II du Département politique du 19 juillet 1978, dodis.ch/49992.

10. Motor-Columbus SA.

11. Cf. la lettre de V. Frey et P. Hummel à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 2 août 1978, dodis.ch/49993.

12. Cf. la lettre de P. R. Jolles à R. Probst du 27 juin 1978, dodis.ch/49984.

devenue nécessaire¹³, et il faut prévoir de longues années de difficultés accrues et d'assainissement de la situation. Nous apprécierions si, compte tenu de ces divers facteurs adverses, vous aviez l'amabilité de nous faire savoir comment vous voyez la suite de cette affaire¹⁴.

13. Sur le rôle de la Suisse, cf. la notice de E. H. Léchoy à P. R. Jolles et E. Moser du 22 juin 1978, dodis.ch/50390; le PVCF N° 1086 du 28 juin 1978, dodis.ch/50388 et le PVCF N° 1843 du 8 novembre 1978, dodis.ch/50389.

14. Cf. note 11.

160

dodis.ch/48701

Notice du Chef du Département politique, P. Aubert, aux Conseillers fédéraux¹

CONDAMNATION DE DISSIDENTS EN URSS

Berne, 20 juillet 1978

Dès février 1977, plusieurs membres des groupes de citoyens soviétiques attachés à la surveillance de l'application des dispositions de l'Acte final d'Helsinki ont été arrêtés. Pendant la préparation et le déroulement de la réunion de Belgrade de la CSCE, l'URSS s'est abstenue de déférer aux tribunaux les membres de ces groupes qui jouissaient d'une certaine notoriété en Occident². Depuis avril, par contre, la plupart des personnes arrêtées ont passé en jugement et ont été condamnées à de lourdes peines³. Les procès les plus récents sont ceux de Youri Orlov, Viktoras Petkus, Alexander Guinzburg et Anatoli Tchcharanski. D'autres dissidents sont en passe d'être jugés⁴.

Devant cette évolution, il est important de réaffirmer l'attachement de la Suisse à l'Acte final d'Helsinki, dont le septième principe consacrant «le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales, y compris la liberté de pensée, de conscience, de religion ou de conviction» est un élément essentiel⁵.

1. Notice: CH-BAR#E1004.1#1000/9#858*. Copie à K. Huber, W. Buser et J.-M. Sauvant. La notice a été discutée par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1206 du 9 août 1978, dodis.ch/48701.

2. Sur la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 126, dodis.ch/49325. Sur l'intervention de la délégation suisse en faveur du respect des droits de l'homme en URSS, cf. DDS, vol. 27, doc. 96, dodis.ch/48698.

3. Sur les réactions à la condamnation de Y. F. Orlov, cf. DDS, vol. 27, doc. 143, dodis.ch/48700.

4. Sur la situation politique en URSS, cf. le rapport politique N° 6 de R. Faessler du 17 mars 1977, dodis.ch/48744; le rapport politique N° 33 de A. Hohl du 4 juillet 1978, dodis.ch/48743 et la lettre de A. Hohl au Secrétariat politique et à la Division politique I du Département politique du 10 novembre 1978, dodis.ch/48742.

5. Sur la question d'une politique suisse en faveur des droits de l'homme, cf. DDS, vol. 27, doc. 114, dodis.ch/49960.

Cet attachement ne restera crédible, pour l'opinion publique, que si ces principes et les engagements souscrits à leur propos par les signataires de l'Acte final d'Helsinki ne peuvent pas être grossièrement et ouvertement violés.

Mon intention initiale était et reste de saisir l'occasion du discours que je prononcerai le 1^{er} août à Neuchâtel⁶ pour souligner les sentiments qui prévalent en Suisse à ce propos. À la fin de la semaine dernière, toutefois, les événements se sont précipités. Plusieurs sentences particulièrement lourdes ont été prononcées jeudi contre Guinzburg et Petkus et vendredi contre Chtcharanski. Il est rapidement apparu que si une intervention était jugée nécessaire, elle devait être lancée immédiatement. Une démarche après le week-end se serait perdue dans la masse des protestations que l'on pouvait prévoir.

Bien que les Chefs de plusieurs départements, ainsi que les deux présidents des Chambres fédérales⁷ aient reçu de leurs homologues israéliens des appels demandant leur intervention en faveur de certains dissidents⁸, une démarche se référant de manière générale à l'ensemble des dissidents en butte à des poursuites m'a paru préférable. Dès lors, des contacts furent pris avec le DFJP (Police des étrangers, Division fédérale de la police, Secrétariat général). En l'absence du Chef du Département⁹, mais s'en faisant l'interprète, le Secrétaire général du DFJP¹⁰ s'est déclaré d'accord que l'on propose d'accueillir sur territoire suisse les dissidents qui seraient expulsés d'URSS. Restait à savoir si cette proposition serait faite au nom du Chef du Département politique ou de la part du Conseil fédéral lui-même. Le Président de la Confédération¹¹, consulté par téléphone, décida que l'intervention se ferait au nom du collège gouvernemental¹².

L'Ambassadeur d'URSS¹³ a été reçu au DPF, vendredi à 17h00, par le Chef de la Division politique I¹⁴. Il y a lieu de relever que l'Ambassadeur Lavrov se refusa de manière péremptoire à prendre connaissance du message que l'Ambassadeur Hegner devait lui délivrer de la part du Conseil fédéral. De ce fait, le message ne put être énoncé que par bribes, ce qui rendit d'autant plus indispensable la publication d'un communiqué de presse confirmant

6. Dans son allocution à l'occasion de la fête nationale suisse, P. Aubert a dit: La Suisse n'a pas le droit de se taire. Nous avons dû récemment plaider en faveur de la liberté d'hommes dont le seul délit avait été de veiller à l'application intégrale de l'Acte d'Helsinki, ce qui m'avait fait dire: «Il y a des condamnations qui honorent ceux qui en sont frappés et qui jugent ceux qui les ont prononcés.» Cf. doss. CH-BAR#E2850.1#1991/234#213* (11). Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 143, dodis.ch/48700, note 5.

7. E. Blunschy-Steiner et H. Munz.

8. Cf. la notice de A. Hegner à P. Graber du 7 décembre 1977, dodis.ch/48739 et la lettre de P. Graber à E. Blunschy-Steiner et H. Munz du 12 janvier 1978, dodis.ch/48741. Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 96, dodis.ch/48698 et doc. 144, dodis.ch/48700.

9. K. Furgler.

10. B. Schneider.

11. W. Ritschard.

12. Selon l'article 16, premier alinéa de la Loi fédérale sur l'organisation de l'administration fédérale du 26 mars 1914, le président de la Confédération peut, en cas d'urgence, prendre des décisions au nom du Conseil fédéral. Il les soumet ensuite à la ratification du Conseil. Cf. FF, 1914, II, pp. 621-644.

13. V. S. Lavrov.

14. A. Hegner. Cf. la notice de A. Hegner du 21 juillet 1978, dodis.ch/48740.

l'entretien¹⁵. Le communiqué approuvé par Monsieur Ritschard, Président de la Confédération, est joint au présent rapport¹⁶.

Les services d'information du DPF et du DFJP ne se sont référés à aucun moment à une conférence téléphonique du Conseil fédéral¹⁷.

15. Pour les réactions de la presse, cf. la revue de presse de E. Bischof du 19 juillet 1978, dodis.ch/50927. Pour le comportement rude de V. S. Lavrov, cf. aussi la lettre de A. Weitnauer à P. R. Jolles et U. Hochstrasser du 30 juin 1978, dodis.ch/52878.

16. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/48701.

17. Le Conseil fédéral a ratifié la décision présidentielle du 14 juillet 1978 dans sa séance du 9 août 1978, cf. le PCVF N° 1206 du 9 août 1978, dodis.ch/48701. Pendant la délibération de l'affaire, le Conseil a noté cependant que la Direction politique du DPF aurait dû recourir à la consultation des membres du Conseil telle qu'elle est prévue et organisée par la Chancellerie fédérale, et que le communiqué a été soumis au Président après que l'ambassadeur d'URSS eût été convoqué, de sorte que le Président n'avait que la possibilité d'approuver. Cf. le PVPF de décision II du 16 août 1978 de la 26^{ème} séance du Conseil fédéral du 9 août 1978, CH-BAR#E1003#1994/26#21*. Pour la suite de cette affaire, cf. l'exposé de P. Aubert du 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48269, point I.

161

dodis.ch/40763

*Der stv. Direktor der Eidg. Militärverwaltung des Militärdepartements,
H. R. Kurz, an den Rechtsberater des Politischen Departements,
R. Bindschedler¹*

ALLIANZFRAGE

Bern, 25. Juli 1978

Mein Lieber,

Auf Deine Anfrage² betreffend meine Ausführungen zum schweizerischen Allianzproblem kann ich Dir folgendes sagen. Meine Darlegungen wurden letzten Herbst an einem Podiumsgespräch in Zürich gemacht, an welchem ein auffallend fachkundiges und interessiertes Publikum teilnahm. Die Fragen, die sich hauptsächlich um den Meienberg-Film über die Schräml-Sache³ drehten, aber auch andere Gebiete berührten, wurden spontan gestellt. Ich besitze kein Manuskript, erinnere mich aber genau an meine Antworten.

Die Frage, die Dich interessiert, war sehr allgemein formuliert. Der Fragesteller wollte wissen, wie sich unsere Armee zur Allianzfrage stelle; unter deutlicher Anspielung an die im Zusammenhang mit der Jeanmaire-Affäre da und dort geäusserte Behauptung einer Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO⁴ wurde anschliessend gefragt, ob und wie weit unser Land heute den Allianzfall mit dem möglichen Alliierten vorbereite.

1. Schreiben: CH-BAR#J1.223#1000/1318#539* (4.08).

2. Schreiben von R. Bindschedler an H. R. Kurz vom 21. Juli 1978, dodis.ch/53495.

3. R. Dindo, N. Meienberg: Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S., 1976.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 51, dodis.ch/52005, bes. Anm. 16.

Ich habe geantwortet, dass aus Gründen der Neutralität eine Militär-Allianz der Schweiz nur eine «Kriegsallianz» sein könne, d. h. erst wenn wegen feindseliger Handlungen gegen die Schweiz die neutralitätsrechtlichen Bindungen weggefallen seien, komme für unsere Armee eine militärische Zusammenarbeit mit einem Kriegführenden in Frage. Eine solche «Kriegsallianz» stehe aber immer unter der ausserordentlichen Erschwerung der Improvisation, die noch dadurch belastet werde, dass sie unter den äusseren Umständen des Krieges stattfinden müsse. Das Bestreben, die Schwierigkeiten der reinen Improvisation etwas zu mildern, habe vor den beiden Weltkriegen unsere militärischen Verantwortlichen veranlasst, schon im Frieden mit dem mutmasslichen künftigen Alliierten eine gewisse Vorbereitung des Allianzfalls zu treffen. Solche reine Eventualabmachungen unter den Militärs, die ohne Wissen der zuständigen politischen Instanzen getroffen wurden und deshalb keine Rechtskraft hatten, seien streng rechtlich zur Not vertretbar gewesen, sie haben sich aber militärpolitisch als sehr nachteilig ausgewirkt. Schon die Militärbesprechungen mit den Zentralmächten vor 1914⁵ seien für unsere Stellung in den Jahren 1914/18 belastend gewesen⁶. Besonders schwerwiegend haben sich vor allem die Militärvereinbarungen mit Frankreich 1939/40⁷ ausgewirkt, die während des Krieges 1939/45 als schwere Last fühlbar gewesen seien. Die Erfahrungen, insbesondere im «La Charité Komplex»⁸, haben unserer Armeeführung nach dem Krieg Anlass gegeben, inskünftig auf solche Experimente zu verzichten. Ich könne deshalb in aller Form erklären, dass heute solche Vereinbarungen nicht bestehen und dass entsprechende Behauptungen in bezug auf die NATO nicht der Wahrheit entsprechen. (Der Fragesteller hat darauf repliziert und die Frage aufgeworfen, ob es nicht aus militärischen Gründen sogar notwendig wäre, heute schon solche Vorbereitungen zu treffen⁹. Diese Anschlussfrage, die mehr in der Form einer Behauptung gehalten war, ist dann in der grossen Diskussion untergegangen.)

Dies sind ungefähr meine Ausführungen. Sie bewegten sich betont auf der Linie meiner seit der Jeanmaire-Affäre mit Hartnäckigkeit betriebenen Abwehrkampagne gegen die Unterschiebung einer heutigen Zusammenarbeit der Schweiz mit der NATO. Die Berichterstattung¹⁰ – die ich nicht kannte – hat sich erstaunlich richtig an meine Ausführungen gehalten.

Es mag Dich interessieren, dass ich beabsichtige, das schweizerische Allianzproblem v. a. militärhistorisch als Beitrag in der Festschrift zum 60.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 5, Dok. 163, dodis.ch/43018 und Dok. 307, dodis.ch/43162.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 6, thematisches Verzeichnis: VI. Politique militaire.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 13, Dok. 192, dodis.ch/46949; Dok. 194, dodis.ch/46951; Dok. 196, dodis.ch/46953; Dok. 262, dodis.ch/47019 und Dok. 308, dodis.ch/47065.

8. Zu den von den Deutschen in Dijon (und nicht in La Charité-sur-Loire) gefundenen Akten über die französisch-schweizerischen Generalstabsbesprechungen vgl. DDS, Bd. 13, Dok. 355, dodis.ch/47112 und Dok. 429, dodis.ch/47186; DDS, Bd. 14, Dok. 7, dodis.ch/47193; Dok. 349, dodis.ch/47535 und Dok. 356, dodis.ch/47542; DDS, Bd. 18, Dok. 80, dodis.ch/7120 sowie DDS, Bd. 20, Dok. 19, dodis.ch/12076.

9. Zu den Kontakten mit umliegenden Luftwaffen vgl. das Schreiben von K. Bolliger an H. Senn vom 13. Dezember 1978, dodis.ch/50898.

10. Vgl. Anm. 2.

Geburtstag von Walther Hofer zu behandeln¹¹. Ich bitte Dich, dies vorläufig noch vertraulich zu behandeln.

11. H. R. Kurz: Die Militärallianz des dauernd neutralen Staates, in: U. Altermatt, J. Garam-völgyi: Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer. Bern und Stuttgart 1980, 459–481. Vgl. ferner Doss. CH-BAR#J1.203#1000/1312#599* (07.01).

162

dodis.ch/50291

L'Attaché au développement à Nairobi, F. Rohner, au collaborateur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, Ph. de Rham¹

À ne pas classer

Mombasa, 20 août 1978

Je n'ai malheureusement plus eu le temps de rédiger toutes mes notes sur mon dernier voyage au Rwanda avant que je parte en vacances. J'essaierai de le faire la semaine prochaine juste avant de rentrer en Suisse, où nous aurons cette fois-ci beaucoup de choses à débattre. J'ai des fois l'impression – je ne sais pas très bien pourquoi – que «Berne» se trouve sur une autre planète ...²

L'essentiel pour l'instant est, je crois, que je te fasse part très rapidement des principaux résultats de ma dernière visite au Rwanda (qui fut une fois de plus une jolie course contre la montre).

«Résultats» projet par projet ...

*Trafipro*³

Il y a eu beaucoup de malentendus ces derniers temps entre «Berne» et le «terrain». Le passage de J. Habimana à Berne n'a visiblement pas permis de résoudre tous les problèmes⁴.

À mon avis (et l'équipe de coopérants le partage) il y a beaucoup de choses à revoir. Il faut surtout que nous nous mettions d'accord sur le sens que nous voulons encore donner à notre engagement à Trafipro. Quant à la centralisation de l'entreprise nous avons pris certains engagements (ex. Missions Spühler) vis-à-vis de Trafipro mais aussi vis-à-vis du Gouvernement Rwandais, sur lesquels il est grand temps, me semble-t-il, que l'on s'entende⁵. J'ai

1. Notice manuscrite: CH-BAR#E2005A#1991/16#1231* (t.311-Rwand.).

2. Annotation manuscrite: que notre coordonateur ...

3. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 2. Cf. le rapport de O. Hafner du 27 mai 1976, dodis.ch/51326 et la proposition de projet N° 134 de R. Dannecker et R. Wilhelm du 13 octobre 1978, dodis.ch/54183.

4. Cf. la notice de F. Rohner du 6 juillet 1978, dodis.ch/53967.

5. Cf. le télégramme N° 156 de Ph. de Rham et F. Rohner à R. Dannecker du 24 octobre 1978, dodis.ch/54184 et la notice de F. Rohner du 6 novembre 1978, dodis.ch/54185.

stoppé votre «lettre d'explication»⁶ parce qu'elle me paraissait contenir trop d'équivoques. Je vous enverrai une contre-proposition la semaine prochaine.

Quelques points de détail:

- Habimana aimerait que Mme Braegger⁷ travaille au moins 50% de son temps pour la centralisation (moi, je n'y vois pas d'inconvénient – à condition toutefois que l'on revoie le contrat de Mme Braegger).
- L'histoire «Frossard»⁸ est malheureuse. J'espère que vous trouverez des raisons quelque peu convaincantes pour le faire renoncer à sa candidature (n'y aurait-il pas par hasard des raisons médicales? histoire de dos?). Tout le monde est néanmoins bien d'accord sur une chose: le garage a encore bien besoin d'une assistance technique surtout en vue de sa «centralisation» (= modernisation). Il faut continuer à chercher quelqu'un (le profil du type devrait vous parvenir de Kigali).
- Nouveaux coopérants: Je regrette beaucoup, mais je ne crois pas que le moment soit venu de soumettre des candidats à Trafipro sans avoir consulté au préalable l'équipe suisse. J'estime que l'équipe suisse est le mieux à même de vous dire de qui Trafipro a besoin (l'équipe suisse est aujourd'hui beaucoup plus constructive qu'elle ne l'était il y a quelques mois encore ... elle se fait beaucoup de soucis au sujet de l'avenir de Trafipro!). Je vous saurais vraiment gré si dorénavant vous soumettiez toute nouvelle candidature à l'équipe suisse d'abord. – (Successeur⁹ d'Éric Schweizer!)

*Banques Populaires*¹⁰

J'ai eu beaucoup de plaisir à assister au fameux «Colloque des BPR» ainsi qu'à une réunion du Conseil Provisoire qui, je crois, ont été tous les deux un grand encouragement pour le projet. Nous avons aussi discuté avec B. Dolf de la prochaine phase et de l'Accord à prévoir à cet effet. Ben doit ces jours-ci vous soumettre un projet d'accord accompagné d'un «budget interne» et d'un «Policy Statement» (= Principes guidant les activités des Banques Populaires)¹¹. Je serais personnellement très heureux si le passage de B. Dolf à Berne pouvait coïncider avec le mien. (On a subitement l'air de se faire pas mal de soucis à Berne quant à la viabilité des BPR – on aura donc de quoi nous entretenir lors de mon passage à l'Eigerstrasse!¹²)

*Projet Agricole*¹³

P. Fellay t'aura sans doute déjà tout raconté. Il y a pas mal de choses qui me préoccupent dans ce projet (il faut toutefois que j'ajoute que c'est actuellement le projet qui m'intéresse le plus, entre autres parce que la «coopération» y apprend beaucoup ... tu es d'accord?).

6. Cf. la lettre de M. Honegger à l'Ambassade de Suisse à Kigali du 18 juillet 1978, dodis.ch/54189.

7. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.441.1.

8. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.441.1.

9. G. Vuilleumier.

10. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 42. Cf. la proposition de projet N° 73 de R. Dannecker et R. Wilhelm du 15 juin 1978, dodis.ch/54176.

11. Cf. doss. CH-BAR#E2005A#1991/16#1266* (t.311-Rwand.042).

12. Cf. la notice de M. Honegger du 15 septembre 1978, dodis.ch/54177.

13. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 1. Cf. le PVCF N° 419 du 8 mars 1976, dodis.ch/51233 et la lettre de R. Dannecker à P. Fellay du 14 décembre 1978, dodis.ch/54178.

Te serait-il possible d'inviter Pascal pour qu'il soit à Berne en même temps que moi? Il faudra qu'on parle de Gasenyi et du successeur à Michel, de l'avenir de Munzanga et de la prolongation du contrat d'Ernst Gabathuler (en principe d'accord s'il concentre ses efforts au niveau de la Commune de Bwakira dans son ensemble!), de l'avenir bien sûr aussi des autres actions du PAK, notamment aussi des critères à appliquer dans le cas «d'appuis financiers» à des projets/actions hors-zone (une question à laquelle je m'intéresse tout particulièrement, vu qu'elle se présente dans plusieurs de nos «projets» – ex. Community Development Trust Fund¹⁴, Banques Populaires¹⁵, Fonds de Développement Communal¹⁶, Rural Development Fund (Kenya)¹⁷. Mais il faudra bien sûr aussi parler de la «mission conjointe» qui nous attend au mois d'octobre.

Autres points «agricoles» à débattre:

- Résultats de la mission Wespi (SAI/CEN)¹⁸.
- Il va peut-être quand même falloir faire quelque chose pour les agriculteurs à Rangiro (action agricole plus conséquente).
- La même question se posera du reste aussi le jour où l'on construira la route en bordure de la forêt naturelle de Rangiro à Gisova. (Nous sommes, me semble-t-il, bien d'accord: on ne protégera la forêt que le jour où l'on fera quelque chose pour les paysans qui vivent tout autour!)

PPF¹⁹

Jean Laurent t'aura certainement fait part de ses préoccupations. Il faudra surtout que l'on parle de l'avenir du projet (la rwandisation va devenir le grand thème de la prochaine phase!). Lors de ma visite, j'ai pu participer à une réunion d'équipe qui a eu lieu à Rangiro²⁰, où Jean et moi avons passé une nuit blanche à discuter avec les collaborateurs rwandais de leurs préoccupations.

Maisons de passage

Pas de problèmes particulier pour l'instant. Mme Braegger et M. Allenbach semblent s'entendre – c'est l'essentiel!

*Aide financière*²¹

La signature de l'Accord²² était évidemment l'événement no. 1 de ma dernière visite. Tout s'est bien déroulé. Aussi, s'est-on félicité à la nouvelle que la mission Desponds pourrait déjà avoir lieu au mois d'août²³.

14. Cf. la proposition de projet N° 64 de R. Dannecker et R. Wilhelm du 5 juin 1978, dodis.ch/54186.

15. Cf. note 10.

16. Cf. la proposition de projet N° 180 de M. Honegger et R. Wilhelm du 12 décembre 1978, dodis.ch/54187.

17. Cf. la lettre de R. Dannecker à F. Rohner du 21 décembre 1978, dodis.ch/54188.

18. Cf. la notice de M. Wespi du 26 août 1978, CH-BAR#E2005A#1991/16#1236* (t.311-Rwand.001).

19. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 39. Cf. le PVCF N° 678 du 27 avril 1977, dodis.ch/51272.

20. Cf. le compte rendu de J. Laurent du 5 septembre 1978, CH-BAR#E2005A#1991/16#1255* (t.311-Rwand.039).

21. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 50.

22. Accord signé par H. Miesch et A. Nsekaliye du 4 juillet 1978, CH-BAR#E2005A#1991/16#1270* (t.311-Rwand.050). Cf. aussi le PVCF N° 963 du 12 juin 1978, dodis.ch/51282.

23. Cf. le rapport de R. Desponds du 14 septembre 1978, CH-BAR#E2005A#1991/16#1270* (t.311-Rwand.050).

Geyer de Lahmeyer n'a pas manqué de passer au bureau pour voir où en étaient les choses.

*INADES*²⁴

Epicum s'inquiète. Il n'a plus eu de nouvelles de ta part.

Nouveaux projets (propositions)

J'ai de bonnes (je l'espère) nouvelles au sujet du Fonds de Développement communal. J'ai enfin vu les gens qu'il me fallait. Vous apporterai des propositions concrètes.

Autres idées:

- liaisons radio entre commune et préfecture.
- participation (aide technique) au grand projet de reboisement financé par la Banque mondiale.
- participation à la création d'un centre de formation coopératif.
- renforcement de certains acteurs de nos projets en cours (év. détachement).

Je m'arrête ici, je vois que ça suffit.

À bientôt. François

24. Annotation manuscrite de R. Dannecker: t.311-Rwanda 54. Cf. la proposition de projet N°100 de R. Dannecker et R. Wilhelm du 10 août 1978, dodis.ch/54179.

163

dodis.ch/50143

BUNDESRAT

Beschlussprotokoll II der 27. Sitzung vom 16. August 1978¹

Auszug

[Bern,] 25. August 1978

1. Währungslage

Der Rat nimmt eine grundlegende Lagebeurteilung vor, wobei drei Mitglieder² des Direktoriums der Nationalbank und der Direktor der Handelsabteilung³ an der Aussprache teilnehmen. Übereinstimmend wird festgestellt, dass sich die Sturmzeichen in den letzten Wochen häufen, so dass in absehbarer Zeit als Folge des hohen Frankenkurses mit schweren Rückschlägen in der Exportindustrie⁴ und in der Folge mit Beschäftigungseinbrüchen zu rechnen ist. Dieser Entwicklung darf nicht tatenlos zugesehen werden, doch müssen andererseits allfällige Massnahmen wohl überlegt sein, ansonst sie sich nicht in einer Verbesserung, sondern in einer Verschlimmerung der Lage auswirken könnten. Unter diesem Gesichtspunkt ist namentlich in Betracht zu ziehen, dass die Schwierigkeiten der Währungslage nicht «hausgemacht» sind,

1. BR-Beschlussprot. II: CH-BAR#E1003#1994/26#21*. Verfasst von W. Buser.

2. F. Leutwiler, L. Schürmann und P. Languetin.

3. P. R. Jolles.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 17, dodis.ch/49295.

sondern als Folge internationaler Zusammenhänge auftreten. Die Schweiz allein kann den Zerfall des Dollar-Kurses⁵ nicht aufhalten. Mit Interventionen⁶ der Nationalbank allein ist es, mit andern Worten, nicht mehr getan. Es muss geprüft werden, wie der schweizerischen Wirtschaft, vorab der Exportwirtschaft, unter die Arme gegriffen werden kann, damit sie der internationalen Konkurrenz gewachsen bleibt⁷. Übereinstimmend ist man sich einig, dass die Stabilitätspolitik, die uns die niedrigste Teuerungsrate der Welt beschert hat, nicht aufgegeben werden darf, wenn auch gewisse Ritzungen (largere Geldmengenpolitik der Nationalbank) in Kauf genommen werden müssen. Nicht in Frage kommen eine Kontrolle oder eine Spaltung des Devisenmarktes⁸, eine Devisensteuer oder ein neuer Bau-Bonus. Auch zum Handelsprotektionismus soll nicht gegriffen werden. Hingegen werden, namentlich von Seiten des EVD, folgende Massnahmen zur Prüfung angeregt: Förderung der Entwicklungshilfe mit Kaufverpflichtungen in der Schweiz, Subventionen für Messebeteiligungen und Kollektivwerbung im Ausland, Subventionierung der Kosten für die Einladung ausländischer Käufer, bzw. für Prospektionsreisen im Ausland⁹. Das Direktorium der Nationalbank ist der Auffassung, dass das Anlageverbot¹⁰ für ausländische Gelder in Wertschriften überprüft und in absehbarer Zeit gelockert, bzw. sogar aufgehoben werden könnte; es regt ferner neue Erleichterungen für steuerliche Abschreibungen an und vertritt die Auffassung, dass der Bund ohne Schaden gewisse Steuerreduktionen in Kauf nehmen könnte. Allgemein ist man der Auffassung, dass die billigeren Importe auf die Konsumpreise im Inland durchschlagen sollten. Im Hinblick auf die internationalen Verflechtungen halten Bundesrat und Nationalbank dafür, dass die Möglichkeiten einer europäischen Koordination ernsthaft zu prüfen sind, wobei jedoch keinerlei voreilige Stellungnahme erfolgen sollte.

Der Rat beauftragt FZD und das EVD, für die nächste Sitzung je eine Arbeitsgruppe¹¹ für die währungspolitischen, beziehungsweise die realwirtschaftlichen Massnahmen vorzuschlagen, damit in den kommenden Wochen konkrete Beschlüsse gefasst werden können.

Die Öffentlichkeit wird durch eine Pressemitteilung orientiert (s. Beilage¹²). [...]¹³

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 112, dodis.ch/49604, Punkt 2.1.

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 127, dodis.ch/49898, Anm. 6.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 17, dodis.ch/49295, Anm. 6.

8. Vgl. dazu den Bericht der Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements von 1978, dodis.ch/50455.

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 110, dodis.ch/49450.

10. Vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 17, dodis.ch/49295, Anm. 4.

11. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1355 vom 23. August 1978, dodis.ch/50177.

12. Für die Beilage vgl. dodis.ch/50143.

13. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/50143.

164

dodis.ch/51700*Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, P. Aubert, an den Bundesrat¹*

SCHWEIZERISCH-ÖSTERREICHISCHE KONTAKTGESPRÄCHE

Bern, 25. August 1978

Anlässlich meines Besuchs, den ich am 29./30. Mai Aussenminister Willibald Pahr in Wien abstattete², schlug ich meinem österreichischen Gesprächspartner vor, zwischen verschiedenen hohen Beamten beider Aussenministerien einen regelmässigen Gedankenaustausch in Wien resp. Bern einzuführen. Ich ging dabei von folgenden Überlegungen aus:

Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz können als gut bezeichnet werden³. Es hat sich in den letzten Jahren aber mehrfach gezeigt, dass beide Aussenministerien auf einzelne Ereignisse recht verschieden reagieren, auch wenn keine divergierenden nationalen Sachzwänge vorliegen. Diese Missverständnisse ergeben sich teilweise sicher als Folge mangelnder Vertrautheit mit den Richtlinien des anderen Staates für die Behandlung gewisser Probleme. Zum Teil dürfte der Grund auch darin liegen, dass der persönliche Faktor bei der Beschlussfassung nicht genügend berücksichtigt werden kann. Es scheint jedoch wünschenswert, zwischen den Stellungnahmen beider Staaten zu Einzelfragen unnötige Unterschiede zu vermeiden; dies könnte dazu beitragen, unseren Interventionen mehr Gewicht zu verleihen.

Österreich hat durch seine aktive Tätigkeit in den Vereinten Nationen Erfahrungen gesammelt, die für uns von Interesse sind; seine Präsenz in New York erlaubt der österreichischen Diplomatie zudem, in Kontakten mit Staatsmännern anderer Staaten Informationen einzuziehen, die auch für uns von Bedeutung sein können. Auf Gebieten, wo beide Staaten verschiedene Haltungen einnehmen oder aus Abschätzung ihrer nationalen Interessen andere Ziele verfolgen, wie zum Teil in der Frage der Sitznahme von UN-Organen in Europa⁴, kann ein Gedankenaustausch zwischen den zuständigen Beamten einer Abklärung der beidseitigen Interessen förderlich sein,

1. Notiz: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2087* (B.15.21). Zur Besprechung der Notiz im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 8. September 1978 der 29. Sitzung vom 30. August 1978, dodis.ch/51752.

2. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 93 von H. Renk an P. Aubert vom 30. Mai 1978, dodis.ch/51776; die Notiz von F. Nordmann vom 21. Juli 1978, dodis.ch/51772 sowie das Schreiben von R. Keller an P. Aubert vom 19. Dezember 1978, dodis.ch/51754.

3. Vgl. dazu auch die Notiz von A. Hegner an P. Graber vom 29. Juni 1976, dodis.ch/51844; die Notiz von K. Vogler vom 2. November 1977, dodis.ch/51765; das Schreiben von R. Keller an A. Hegner vom 22. Dezember 1977, dodis.ch/51766; die Notiz von W. Schmid vom 31. Oktober 1978, dodis.ch/51767 sowie den Schlussbericht von R. Keller vom 26. November 1979, dodis.ch/51753.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 3, 4, 5.

ohne dass dabei unbedingt nach beidseitig abgesprochenen Kompromissformeln gesucht werden sollte.

Seit längerer Zeit finden regelmässige Kontakte in jährlichem Abstand zwischen den Aussenministern⁵ und ebenfalls zwischen den Generalsekretären der Aussenministerien⁶ beider Länder statt; auch die Verwaltungsdirektoren und die Leiter der Völkerrechtsdirektionen sehen sich öfters. Ähnliche Kontakte pflegen überdies die Vorsteher anderer eidgenössischer Departemente⁷ wie auch die Leiter einzelner Ämter mit ihren österreichischen Kollegen⁸. Die so aufgebauten Beziehungen erlauben die durch die diplomatischen Missionen beider Staaten in den respektiven Hauptstädten hergestellten Kontakte zu vertiefen und zu diversifizieren. Bei dem primär mit der Behandlung der Aussenbeziehungen beauftragten EPD sollte dieser Gedankenaustausch jedoch eine grössere Zahl leitender Beamter und ein weiteres Spektrum der Sachfragen erfassen⁹.

Mit Aussenminister Pahr wurde vereinbart, ab September 1978¹⁰ versuchsweise einmal monatlich einen Besuch eines Direktors oder stellvertretenden Direktors des EPD in Wien oder eines österreichischen Beamten in Bern durchzuführen. Diese Besuche erfolgen ohne Begleitung. Zielsetzung der Begegnung ist ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch über Fragen, denen sich beide Ministerien gegenübergestellt sehen; es handelt sich somit vorwiegend um nicht-bilaterale Angelegenheiten, die nicht primär die schweizerisch-österreichischen Beziehungen betreffen. Bilaterale Fragen werden bereits im Rahmen der oben erwähnten bestehenden Treffen besprochen. Mit der Organisation dieser Kontakte werden sich die Generalsekretäre Weitnauer (EPD) und Reitbauer (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten) anlässlich ihres Treffens in Wien am 25. September¹¹ befassen; am selben Tag findet auch eine Zusammenkunft zwischen dem Leiter des Politischen Sekretariates und seines österreichischen Kollegen statt¹². Aufgrund der ersten Erfahrungen werden die Generalsekretäre Richtlinien für die Versuchsphase

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 46, [dodis.ch/30181](#); DDS, Bd. 23, Dok. 63, [dodis.ch/31092](#); Dok. 108, [dodis.ch/31397](#), Anm. 6 und Dok. 148, [dodis.ch/31105](#); DDS, Bd. 24, Dok. 21, [dodis.ch/33202](#) und Dok. 143, [dodis.ch/33201](#), Anm. 3; DDS, Bd. 26, Dok. 18, [dodis.ch/40541](#) sowie DDS, Bd. 27, Dok. 111, [dodis.ch/52279](#).

6. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 143, [dodis.ch/33201](#), bes. Anm. 4; das Schreiben von R. Keller an P. Graber vom 24. Februar 1976, [dodis.ch/51779](#); die Notiz von L. Favre vom 18. Mai 1977, [dodis.ch/51781](#) sowie die Notiz von A. Maillard vom 6. Dezember 1977, [dodis.ch/51782](#).

7. Zu K. Furgler vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 18, [dodis.ch/51701](#); zu H. Hürlimann vgl. das Schreiben von R. Keller an H. Hürlimann vom 7. September 1977, [dodis.ch/51777](#); zu R. Gnägi vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 18. November 1977 der 37. Sitzung vom 2. November 1977, [dodis.ch/51831](#) sowie die Notiz von C. Caratsch vom 18. September 1978, [dodis.ch/51835](#) und zu F. Honegger vgl. die Notiz von C. Sommaruga vom 9. August 1978, [dodis.ch/51769](#).

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 138, [dodis.ch/51703](#).

9. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 28, [dodis.ch/35766](#).

10. Zum Besuch von F. Pometta in Wien am 4. September 1978 vgl. die Notiz von C. Caratsch vom 12. September 1978, [dodis.ch/51848](#).

11. Das Treffen fiel wegen eines Unfalls von A. Weitnauers aus. Vgl. das Telegramm von P. Aubert an alle diplomatischen Vertretungen vom 13. September 1978, [dodis.ch/54020](#).

12. Vgl. dazu die Notiz von C. Caratsch vom 18. September 1978, [dodis.ch/51751](#).

festlegen. Vorderhand vorgesehen¹³ sind Kontakte zwischen Botschafter Ise-
lin (Politische Abteilung II) und einem besonders für Fragen des diplomati-
schen und konsularischen Schutzes interessierten österreichischen Beamten
im Oktober¹⁴, und eine Reise des Leiters der Politischen Abteilung I (Europa,
Nordamerika, KSZE, Europarat) im November nach Wien; im Dezember¹⁵
schliesslich sollen sich Vertreter der Völkerrechtsdirektion namentlich zur
Vorbesprechung der in der Völkerrechtskommission der UNO¹⁶ zu behan-
delnden Fragen treffen.

13. Für eine Übersicht über die geplanten Besuche vgl. die Notiz A. Hegner vom 24. Mai 1978, dodis.ch/51750.

14. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

15. Vgl. dazu die Notiz von W. Schmid vom 14. Dezember 1978, dodis.ch/51768.

16. Vgl. dazu den Bericht von S. Marcuard an E. Diez vom 16. November 1978, dodis.ch/52284.

165

dodis.ch/49309

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Aubert¹

UNO-KONFERENZ ÜBER RASSISMUS UND RASSENDISKRIMINIERUNG

Bern, 25. August 1978

Die UNO-Konferenz über Rassismus und Rassendiskriminierung soll morgen zu Ende gehen. Es ist vorgesehen, sie mit einer Erklärung und einem Aktionsprogramm abzuschliessen. Diese Texte sind zurzeit hart umstritten. Aller Voraussicht nach wird von heute auf morgen eine Nachtsitzung stattfinden².

Im Zentrum der Diskussion stehen folgende Punkte:

1. Eine Empfehlung an den Sicherheitsrat, umfassende wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika anzuordnen³.

1. Notiz: CH-BAR#E2003A#1990/3#1461* (o.713.252). Verfasst von M. von Grünigen und unterzeichnet von A. Weitnauer. Kopie an A. Weitnauer, F. Pometta, M. von Grünigen, die Völkerrechtsdirektion, die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie die Politische Abteilung II des Politischen Departements.

2. Vgl. dazu die Rede von P. Aubert vom 14. August 1978, dodis.ch/51587; die Notiz von B. de Riedmatten an das Departementssekretariat des Politischen Departements vom 21. September 1978, dodis.ch/51588; den Bericht von M. Jeanrenaud vom Oktober 1978, dodis.ch/50359 sowie das BR-Prot. Nr. 1932 vom 22. November 1978, dodis.ch/51589.

3. Zur Frage der Ergreifung von UNO-Sanktionen gegen Südafrika und der Konsequenzen für die Schweiz vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 33, dodis.ch/30386; DDS, Bd. 23, Dok. 7, dodis.ch/31045 und Dok. 156, dodis.ch/31047; DDS, Bd. 24, Dok. 60, dodis.ch/33642; DDS, Bd. 25, Dok. 86, dodis.ch/35680; DDS, Bd. 26, Dok. 100, dodis.ch/38893; DDS, Bd. 27, Dok. 106, dodis.ch/49365 und Dok. 195, dodis.ch/49312; die Notiz von J. Monnier an P. Graber vom 28. November 1977, dodis.ch/53897 sowie das BR-Prot. Nr. 557 vom 5. April 1978, dodis.ch/52128.

2. Eine Empfehlung an die Regierungen, militärische, wirtschaftliche, politische, diplomatische, und jegliche andere Unterstützung «rassistischer Regime» sofort einzustellen.
3. Den Wanderarbeitern sollen Rechte zugestanden werden, die zum Teil über das hinausgehen, was die Schweiz den Gastarbeitern gewährt⁴.
4. Bei verschiedenen Passagen wird versucht, das Problem des Mittleren Ostens in der einen oder andern Weise einzubeziehen: Verurteilung Israels, Anprangerung des Zionismus, Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung⁵.

Für die Punkte 1–3 könnte die Schweiz nach Rücksprache mit den zuständigen Diensten (Handelsabteilung, Fremdenpolizei, BIGA) einem Konsensus zustimmen, mit entsprechenden Vorbehalten, die in einer Schlussklärung anzufügen wären.

Die Frage der Einbeziehung des Mittleren Ostens wiegt schwerer. Es ist zurzeit ungewiss, wie die endgültigen Texte aussehen werden. Die Verhandlungen über die entsprechenden Passagen sind vorläufig ausgeklammert worden. Unsere definitive Haltung können wir jedoch erst bestimmen, wenn wir das Schlussergebnis kennen.

Nach unseren Informationen stellen sich für die meisten westlichen Staaten, vorab für die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sowie Kanada, Australien und Neuseeland, je nach Beurteilung der Texte drei Möglichkeiten: 1. Nein zur Erklärung und zum Aktionsprogramm mit Erklärung zur Stimmabgabe; 2. Nichtteilnahme an der Abstimmung; 3. Verlassen der Konferenz⁶.

Grundsätzlich halten wir das Verlassen einer Konferenz für eine schlechte Lösung. Wir haben sie bisher nie praktiziert, nicht einmal in Paris, als bei der Ausarbeitung einer Mediendeklaration im Rahmen der UNESCO⁷ auch die Angleichung des Zionismus an den Rassismus zur Diskussion stand und die meisten westlichen Staaten daraufhin den Saal verliessen. Wir gingen vielmehr davon aus, dass wir unsere eigenen Ansichten bis zum Schluss verteidigen sollten, auch wenn sie von der Mehrheit nicht akzeptiert würden⁸.

Bei der Rassismuskonferenz in Genf könnte sich das Problem eventuell anders stellen und ein Überdenken unserer Haltung erfordern. Dies wird sich möglicherweise erst im Verlauf dieses Abends oder gar der Nacht ergeben. Wir haben daher in den verschiedenen Diensten einen Pikettdienst aufgestellt, wie Sie der Beilage⁹ entnehmen können, und würden uns möglicherwei-

4. Zur Frage der Gastarbeiter in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 113, dodis.ch/49423 und Dok. 118, dodis.ch/49424.

5. Zur Haltung der Schweiz zur Nahostproblematik vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 10, dodis.ch/49404.

6. Für allgemeine Weisungen zur Haltung von schweizerischen Delegationen an internationalen Konferenzen vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 21, dodis.ch/51500.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 79, dodis.ch/49213, Anm. 16.

8. Vgl. dazu die Notiz von P. Stauffer vom 1. Dezember 1976, dodis.ch/51029 sowie den Bericht von G. Ruf über die 19. Generalkonferenz der UNESCO vom 26. Oktober 1976 bis zum 30. November 1976, dodis.ch/51032, S. 21–24.

9. Für die Beilage vgl. dodis.ch/49309.

se veranlasst sehen, auch an Sie zu gelangen, um Ihren definitiven Entscheid zu erfahren.

Zu Ihrer Information überlassen wir Ihnen in der Beilage auch die vom Sekretariat ausgearbeiteten Entwürfe zur Erklärung und zum Aktionsprogramm¹⁰, die allerdings teilweise überholt sind.

10. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

166

dodis.ch/48273

Exposé du Chef du Département politique, P. Aubert, à l'occasion de la Conférence des ambassadeurs le 30 août 1978¹

DÉSARMEMENT

Il peut paraître étrange qu'un pays dont un principe politique essentiel est la neutralité armée s'intéresse au désarmement. La paradoxe n'est qu'apparent. C'est précisément l'importance que nous attachons à notre armée qui nous interdit d'ignorer ce qui se fait en matière de désarmement dans les enceintes internationales. À cela s'ajoute que, modérément armés pour notre défense, nous sommes intéressés au premier chef à la réduction des arsenaux défiant l'imagination qui ont été accumulés depuis la dernière guerre mondiale.

L'intérêt que nous portons à ce genre de coopération internationale n'est donc pas nouveau. Nous avons participé à la Conférence du désarmement de 1932², dont le Conseiller fédéral Motta a été le président d'honneur. Nous sommes parties à plusieurs traités³ dans le domaine du désarmement, dont le plus important est le traité de non-prolifération des armes nucléaires⁴. Il

1. Exposé: CH-BAR#E2004B#1990/219#70* (a.133.41). Pour la conférence des ambassadeurs du 30 août au 1^{er} septembre 1978, cf. l'exposé de P. Aubert du 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48269. Pour le désarmement en particulier point II et le procès-verbal du Département politique, dodis.ch/48268, pp. 14–17.

2. Sur la conférence, cf. DDS, vol. 10, doc. 132, dodis.ch/45674; doc. 143, dodis.ch/45685; doc. 222, dodis.ch/45764 et doc. 261, dodis.ch/45803.

3. Traité interdisant les essais d'armes nucléaires dans l'atmosphère, dans l'espace cosmique et sous l'eau du 5 août 1963, RO, 1964, pp. 190–193; Traité interdisant de placer des armes nucléaires et d'autres armes de destruction massive sur le fond des mers et des océans ainsi que dans leur sous-sol du 11 février 1971, RO, 1976, pp. 1431–1438 et Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication et du stockage des armes bactériologiques (biologiques) ou à toxines et sur leur destruction du 10 avril 1972, RO, 1976, pp. 1439–1446. Cf. DDS, vol. 22, doc. 167, dodis.ch/30595 et le PVCF N° 418 du 8 mars 1976, dodis.ch/51216.

4. Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 1 juillet 1968, RO, 1977, pp. 472–482. Cf. DDS, vol. 24, doc. 87, dodis.ch/33144 et doc. 155, dodis.ch/33145. Pour la ratification par la Suisse, cf. DDS, vol. 27, doc. 36, dodis.ch/50138.

était donc naturel que nous cherchions à manifester notre intérêt pour l'Assemblée générale extraordinaire de l'ONU, qui a traité de ces questions ce printemps et qui a consigné la première réunion à peu près universelle sur ce thème depuis la dernière guerre mondiale⁵.

Les Nations Unies débattent de désarmement depuis plus de trente ans; la réunion de cette année devait permettre de relancer un effort dont les résultats ont été jusqu'ici plutôt modestes. Elle a atteint certains de ses buts, en particulier la réforme du mécanisme de négociations, réforme qui permettra à la France d'y retrouver sa place, et, peut-être, d'ici quelques années, à la Chine d'y participer.

Nous avons cherché une formule qui nous permette de manifester notre intérêt dans les limites du possible, compte tenu de notre absence des Nations Unies. Nous avons d'abord pensé à une intervention dans le débat général. Vous savez qu'elle ne nous a pas été permise⁶, et nous avons donc dû recourir au moyen du document distribué par des délégations amies à l'Assemblée et simultanément remis à tous les pays avec lesquels nous avons des relations diplomatiques⁷.

Nous avons délibérément rédigé ce document, élaboré en étroite collaboration avec le Département militaire, dans un style sobre et direct, en évitant la rhétorique souvent pratiquée sur ce sujet dans les enceintes internationales. Il a été ainsi possible de présenter un texte apprécié dans les capitales et acceptable à notre opinion publique, qui l'a fort bien reçu.

Vous avez pu constater ainsi que nous avons omis de nous référer explicitement à la question des rapports entre désarmement et développement et à celle des ventes d'armes.

Nous entendons continuer à nous intéresser activement à ce problème en raison de ses incidences directes et indirectes pour notre pays. Nous suivrons donc tout aussi attentivement les travaux de tous les organismes qui s'occupent de désarmement, à Genève, à New York⁸ et ailleurs.

En ce qui concerne le projet français de conférence européenne sur le désarmement, nous avons accueilli cette initiative avec intérêt⁹. Rien ne s'opposerait, en principe, à notre participation à une telle conférence, si elle devait être convoquée. Je vous rappelle également que nous avons soutenu, avec nos amis neutres et non-alignés, des documents portant sur des mesures complé-

5. *Sur les résultats de la conférence, cf. la lettre de B. de Riedmatten à R. Bindschedler du 28 juin 1978, dodis.ch/51578.*

6. *Cf. la notice de A. Weitnauer du 21 avril 1978, dodis.ch/51573.*

7. *Cf. le PVCF N° 842 du 24 mai 1978, dodis.ch/51576.*

8. *Sur la participation de la Suisse dans les questions du désarmement à New York et Genève, cf. le PVCF N° 817 du 12 mai 1976, dodis.ch/51570; la lettre de R. Bindschedler à S. Marcuard du 2 juin 1976, dodis.ch/51565; le PVCF N° 588 du 5 avril 1978, dodis.ch/51572 et le PVCF N° 1275 du 16 août 1978, dodis.ch/51714. Sur l'état des négociations SALT, cf. la notice de J. Cuendet à P. Aubert du 2 octobre 1978, dodis.ch/51214. Sur les négociations MBFR, cf. la lettre de R. Keller à R. Bindschedler du 6 novembre 1978, dodis.ch/51215.*

9. *Cf. la notice de H. von Arx à A. Weitnauer du 10 février 1978, dodis.ch/51567 et le compte rendu de F. Herter du 5 juillet 1978, dodis.ch/51564.*

mentaires dans le volet militaire de la CSCE¹⁰. Malheureusement, à Belgrade, ces mesures nouvelles n'ont pas été adoptées.

10. *Sur la collaboration des N+N pendant la réunion de Belgrade de la CSCE*, cf. DDS, vol. 27, doc. 173, dodis.ch/49326.

167

dodis.ch/50137

*Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des
Volkswirtschaftsdepartements, H. Hofer, an den stv. Direktor der Politischen
Direktion des Politischen Departements, J. Iselin¹*

[Bern,] 7. September 1978

Südkoreas Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen erstaunlichen Aufschwung genommen². Die zentrale Planwirtschaft und die Privatinitiative scheinen sich in wirksamer Weise zu ergänzen. Die Republik Korea stellt für schweizerische Exportprodukte einen ausbaufähigen Markt dar³. Hemmnisse bestehen im Moment in zweierlei Beziehungen: es bestehen noch auf breiter Ebene Einfuhrbeschränkungen die allerdings sukzessive liberalisiert werden sollen; sodann hat der hohe Wechselkurs des Schweizerfrankens im Verkehr mit diesem, an den amerikansichen Dollar gebundenen Land in letzter Zeit einige grössere Geschäftsprojekte zum Scheitern gebracht.

Der Warenaustausch Schweiz/Südkorea entwickelt sich sehr befriedigend.

	Schweiz. Einfuhr aus Südkorea	in Mio. Fr.	Schweiz. Ausfuhr nach Südkorea
1975	54,2		60,0
1976	74,8		73,2
1977	103,2		142,4
7 Mte 1978	54,9		83,5

Die Schweiz liefert nach Südkorea ihre traditionellen Waren: Chemikalien, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen, Schaltapparate, Generatoren und

1. *Notiz (Kopie)*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2817* (C.41.100.0). Visiert von H. Kaufmann und A. Rüegg. *Handschriftliche Marginalie*: ad acta unser Dossier. J. Iselin hat Ende September 1978 seinen kürzlichen privaten Aufenthalt in Südkorea benützt, um mit einigen Chefbeamten der südkoreanischen Verwaltung Fragen bilateralen Interesses zu besprechen. Vgl. *das Schreiben von A. Rüegg an P. R. Jolles vom 18. Oktober 1978*, CH-BAR#E7110#1989/32#2435 (861.5). Zum Besuch vgl. die *Notiz von Th. Dudli vom 30. September 1978*, dodis.ch/50842.

2. *Allgemein zur Lage in Südkorea* vgl. den *Politischen Bericht Nr. 2 von P. Cuénoud vom 1. März 1977*, dodis.ch/50847.

3. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea* vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 8, dodis.ch/39285, Anm. 22.

Transformatoren, Uhrwerke (fertige Uhren sind nicht zur Einfuhr zugelassen!⁴). Südkorea exportiert Bekleidung aus Stoff und Leder, Schuhe aus Kautschuk, Transistorradios und dergleichen, Rohtabak, Pilz- und Fischkonserven.

Südkorea befindet sich unter den begünstigten Entwicklungsländern unseres Zollpräferenzsystems. Ausgenommen sind allerdings die sensiblen Zollkapitel Textilien, Bekleidung und Schuhe⁵.

Den Handelsbeziehungen beider Länder liegen die GATT-Rechte und -Pflichten zu Grunde.

Die Schweiz hat mit Korea ein Investitionsschutzabkommen (1971⁶) abgeschlossen. Das erste grosse 50:50 Joint Venture Projekt ist jetzt gerade erst realisiert worden. Nestlé wird eine Fabrik zur Herstellung von Bébé- und Diätahrung bauen.

Die Schweiz hat sodann 1977 ein Patent- und Markenschutzabkommen mit der ROK unterzeichnet⁷.

Am 4. April 1978 erfolgte in Söul die Gründung eines «Korea-Schweizland Economic Cooperation Committee», eine koreanische Initiative für einen Kanal, der die schweizerische und die koreanische Geschäftswelt einander näher bringen soll. Präsident der schweizerischen Partnerschaft ist Herr Carl-Friedrich Schlick, Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft Zürich. An der Gründungsversammlung nahmen als Gäste teil: Herr Botschafter Cuénoud und Geschäftsträger Theodor Dudli⁸.

Das günstige Klima der wirtschaftlichen Beziehungen ist weitgehend eine Folge des Besuches in der Schweiz von Vize-Premierminister Duck-Woo Nam im Mai 1977, der von einer grossen Wirtschaftsdelegation begleitet war⁹. Der Minister unterstrich mehrmals seine Bewunderung für die wirtschaftlichen Leistungen unseres Landes. In der Folge interessieren sich die Südkoreaner in der Schweiz für neue Technologien, die Herstellung von Präzisionsmaschinen, die industrielle Zusammenarbeit, und auch für unsern Fremdenverkehr. (Korea hat Regionen, die touristisch ausgebaut werden sollen). Verschiedene Grossaufträge sind bei Firmen der schweizerischen Schwerindustrie in Ausführung begriffen. Das Engagement der ERG ist deshalb beinahe auf das Maximum angestiegen, das man zu Gunsten von Lieferungen nach Südkorea zu bewilligen bereit ist. (742 Mio. Fr.). Die ERG wird aber neue Gesuche weiterhin wohlwollend prüfen.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 124, dodis.ch/31373; DDS, Bd. 24, Dok. 169, dodis.ch/33133, Anm. 11; DDS, Bd. 25, Dok. 153, dodis.ch/35785 sowie das Schreiben von J. P. Lustenberger an P. R. Jolles vom 10. April 1976, dodis.ch/50843.

5. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 152 vom 26. Januar 1972, dodis.ch/36308.

6. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Republik Korea betreffend die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen vom 7. April 1971, AS, 1971, S. 731–736. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 153, dodis.ch/35785.

7. Briefwechsel zwischen der Schweiz und der Republik Korea über die gegenseitige Gewährleistung und den gegenseitigen Schutz der Rechte aus Erfindungspatenten und Marken vom 12. Dezember 1977, AS, 1977, S. 2431 f.

8. Vgl. dazu das Schreiben von Th. Dudli an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 10. April 1978, dodis.ch/50844.

9. Vgl. dazu das Schreiben von H. Hofer an J. P. Lustenberger vom 28. März 1977, dodis.ch/50845 sowie die Notiz von K. Schärer vom 29. März 1977, dodis.ch/50846.

Schweizerische Interessen in hängigen Projektierungsfällen. Es ist uns im Moment nur ein Fall bekannt: die Ingenieurfirma Société Générale pour l'Industrie, Genf (SGI) bewirbt sich um die Vergebung des Water Supply Project Geum and Gumi Rivers (30 Mio. \$), das von der Asiatischen Entwicklungsbank finanziert wird¹⁰. Das Ministry of Construction in Söul hat der Offerte einer kanadischen Consultingfirma den Vorzug gegeben. Die ADB in Manila hat diesen Vorschlag des Ministeriums zurückgewiesen. Das Dossier befindet sich wieder in Söul und Herr Dudli ist im Besitze unserer Instruktion, nötigenfalls zugunsten der Firma SGI zu intervenieren. Die Vertreter der SGI (H[erren] de Haller und Michel) verfolgen die Entwicklung persönlich. Falls das Gespräch auf diesen konkreten Fall kommt, wäre vorgängig die Koordination mit Herrn Dudli herzustellen. Auf einen Punkt möchten wir besonders hinweisen: wie die SGI erklärt, soll die ADB der schweizerischen Offerte den Vorzug geben. Die SGI macht sich deshalb sehr grosse Hoffnungen und möchte nichts unterlassen, um bei den südkoreanischen Amtsstellen gut abzuschneiden. Wie Herr Botschafter Jacobi vor 14 Tagen in Manila erfahren konnte, ist dem jedoch nicht so: es ist noch Alles offen. Neben den Kanadiern sind 4 andere Länder Bewerber und seitens der Asiatischen Entwicklungsbank sei *nicht* erklärt worden, sie gebe der Schweiz den Vorzug.

10. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2200.24#1996/92#61* (551.71).

168

dodis.ch/49076

*Telegramm des schweizerischen Botschaftssekretärs in Peking,
E. Schurtenberger, an den Abteilungschef in der Handelsabteilung des
Volkswirtschaftsdepartements, B. von Tscharner¹*

CHINAREISE DIREKTOR JOLLES: BANKENGESCHÄFTE²

Peking, 12. September 1978, 13.00 Uhr

Altbundesrat Brugger ist der Ansicht, dass Zeitpunkt günstig, China einen «Transferkredit» oder «Rahmenkredit» in der Grössenordnung von gegen SFr. 200 Mio. anzubieten. Er meint, dass eine entsprechende Absichtserklärung seitens Dir. Jolles anlässlich dessen bevorstehenden Chinabesuch³ im In-

1. Telegramm Nr. 131 (Empfangskopie): CH-BAR#E2001E-01#1991/17#5864* (C.41.Cha.152.0). Erhalten: 12. September 1978, 11.30 Uhr.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von B. von Tscharner an P. R. Jolles vom 13. September 1978, dodis.ch/49084 sowie die Notiz von E. Pfister an J. Zwahlen vom 14. September 1978, dodis.ch/49086.

3. Zur wirtschaftlichen Goodwill-Mission nach China vgl. den Bericht von P. R. Jolles vom 5. Oktober 1978, dodis.ch/49077 sowie die Fotografien vom September 1978, dodis.ch/50550.

teresse der Schweizer Exportwirtschaft liegen würde und bat mich, anlässlich Abreise aus Peking⁴ ausdrücklich darum, Ihnen diesen Wunsch zur Kenntnis zu bringen. Volksbank wäre übrigens gern bereit, Federführung bei eventuellem Transferkredit seitens eines Bankenkonsortium zu übernehmen.

Kommentar:

Halte Kredit mit Regierungsbeteiligung als für China derzeit noch völlig unannehmbar⁵, teile aber Ansicht, dass Bank of China an Transferkredit auf Banken-Banken-Ebene durchaus interessiert ist. Falls die übrigen betroffenen Banken mit einer Absichtserklärung grundsätzlicher Natur seitens Dir. Jolles überhaupt einverstanden sind, könnte gleichzeitig detaillierter Vorschlag für später in Aussicht gestellt werden. Dieser könnte in den kommenden Wochen von Bankenkonsortium selbst, ohne dass Verwaltung in Erscheinung tritt, der Bank of China unterbreitet werden. Vom 4. – 10.11.78 besucht bekanntlich Minister Chou Tse-Ming (first ministry of machine building) unser Land⁶, und zwar wie man chinesischerseits durchblicken liess, nicht um nur weiter window-shopping zu betreiben. Ein kulanter Kredit könnte daher die Einkaufsentscheide des Ministers zu gegebener Zeit günstig beeinflussen.

4. Zur Chinareise von E. Brugger und zu den Verhandlungen der Volksbank vgl. das Schreiben von E. Schurtenberger an P. R. Jolles vom 11. September 1978, dodis.ch/49083.

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 189, dodis.ch/49088.

6. Zum Besuch von Zhou Zijian vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 13. November 1978, dodis.ch/49087. Zum Besuch von Gu Mu im Mai 1978 vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 141, dodis.ch/49051.

169

dodis.ch/50892

Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹

VISITE DU MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE POLOGNE²

[Berne,] 14 septembre 1978

Avant d'aborder les problèmes de politique internationale, ainsi que les questions bilatérales³, je voudrais très brièvement vous dire, en quelques mots, quels sont les principaux problèmes qu'affronte mon pays en ce mo-

1. Notice (copie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4985* (B.15.21.(4)). Rédigée par E. Brunner, J.-M. Boillat, E. Martin et Ph. Jaccard.

2. E. Wojtaszek. Sur la visite qui eut lieu du 18 au 20 septembre 1978, cf. le compte rendu de M. Coquoz du 10 novembre 1978, dodis.ch/48120. La notice sert comme Speaking notes de P. Aubert pour la séance de travail avec E. Wojtaszek du 19 septembre 1978.

3. Pour les relations avec la Pologne, cf. DDS, vol. 27, doc. 70, dodis.ch/49268 et doc. 80, dodis.ch/49449; la lettre de P. A. Nussbaumer à la Direction politique du Département politique du 20 décembre 1977, dodis.ch/49296 et la lettre de P. A. Nussbaumer à A. Weinauer et P. R. Jolles du 14 mai 1976, dodis.ch/49274.

ment. J'en prendrai quatre qui me paraissent dignes d'intérêt pour un interlocuteur étranger.

1. Le 24 septembre prochain, le peuple suisse et les cantons auront à se prononcer sur la création d'un 23^{ème} canton, *celui du Jura*⁴. L'issue de ce scrutin aura, pour tous les Suisses, valeur de test. En effet, il s'agira de modifier nos frontières intérieures, qui sont restées immuables depuis plus d'un siècle, de permettre à une minorité linguistique de se constituer en une entité politique. Nous espérons que ce test sera surmonté avec succès et que les principes qui sont à la base de notre organisation démocratique s'avéreront toujours aussi vivants.

Je tenais à vous faire part de cet événement politique qui aura lieu en Suisse le week-end prochain, car il illustre d'une manière éclatante l'originalité de nos institutions démocratiques et fédéralistes.

2. Je voudrais maintenant passer à un sujet beaucoup moins gai, mais tout aussi important, celui du *terrorisme*⁵.

Le terrorisme a pris, ces derniers temps, une dimension nouvelle en Europe et dans le monde. La Suisse, de par la situation centrale qu'elle occupe sur le continent, n'a pas été épargnée. Si elle n'a pas été le théâtre d'actions dramatiques, les pays qui l'entourent les ont malheureusement connues à satiété⁶. Nous sommes donc conscients des dangers que représentent ces groupuscules qui remettent en cause les fondements mêmes de nos institutions. Le Conseil fédéral a pris récemment des mesures destinées à aggraver les sanctions prises à l'encontre des auteurs de ces actes criminels⁷.

3. Comme vous le savez, nous ne sommes pas membre des *Nations Unies*⁸. Nous sommes également le seul pays à devoir soumettre à l'appréciation du peuple notre appartenance à cette organisation internationale⁹.

Les Autorités fédérales et le Parlement sont en faveur de notre adhésion, mais nous voulons nous ménager toutes les chances de succès lors de la votation populaire qui, si elle devait se dérouler aujourd'hui, serait négative¹⁰. Dès lors, nous attendons et je crois qu'un tel vote ne pourra pas avoir lieu avant 3 ou 4 ans. Il s'agit là d'un problème intérieur¹¹, mais je voulais que vous en soyez conscient, car il explique notre absence de New York.

4. Pour un bref aperçu de la question jurassienne cf. la notice de F. Perrin du 12 février 1976, dodis.ch/51722. Cf. aussi la compilation thématique dodis.ch/T1021. La votation populaire eut lieu le 24 septembre 1978. La création du canton du Jura a été acceptée par 82,3% des voix et par tous les cantons. Cf. FF, 1978, II, pp. 1278 s. Pour les réactions à la votation populaire, cf. le PVCF de décision II du 3 octobre 1978 de la séance du 2 octobre 1978, dodis.ch/50269; le PVCF N° 1945 du 22 novembre 1978, dodis.ch/51727 et la revue de presse du Service information et presse du Département politique du 16 octobre 1978, dodis.ch/51726.

5. Annotation manuscrite dans la marge de P. Aubert: pas dirigé contre notre gouvernement ou contre notre système politique démocratique.

6. Cf. DDS, vol. 27, doc. 88, dodis.ch/50265.

7. Cf. DDS, vol. 27, doc. 5, dodis.ch/48721.

8. Sur les relations entre la Suisse et l'ONU, cf. DDS, vol. 27, doc. 156, dodis.ch/51504.

9. Cf. le PVCF N° 229 du 10 février 1977, dodis.ch/51530.

10. Sur le scepticisme de la population Suisse envers une adhésion à l'ONU, cf. DDS, vol. 27, doc. 2, dodis.ch/51501, en particulier note 3.

11. Cf. DDS, vol. 27, doc. 120, dodis.ch/51502.

Cette absence de la Suisse peut vous paraître d'autant plus paradoxale que Genève, que vous avez visitée ce matin, Monsieur le Ministre, est le siège européen des Nations Unies. Nous ne ménageons et ne ménagerons, à l'avenir, aucun effort pour maintenir à la ville de Genève sa vocation de ville internationale¹² et en faire un lieu de rencontre international.

4. Je voudrais vous parler rapidement de la situation économique, financière et monétaire de notre pays. Je vous fais grâce des problèmes budgétaires.

Comme vous le savez, notre pays est devenu, malgré l'absence de matières premières, une des nations industrialisées les plus riches. Cette prospérité créée de toutes pièces est le fruit de longues années de labeur. En dépit du cours élevé de notre monnaie, les exportations, principal pilier de l'emploi en Suisse, ont enregistré de nouveaux records en 1977. La hausse des prix et l'augmentation des salaires étant restées bien inférieures aux chiffres enregistrés à l'étranger, la compétitivité internationale de notre économie s'est révélée meilleure que le cours de notre monnaie le laissait supposer. Le chômage est resté à un niveau très bas - 0.4% de la population active - et le PNB a enregistré un taux de croissance supérieur à celui de tous les autres États d'Europe occidentale.

Toutes ces considérations sont fort séduisantes, mais il serait faux de croire que tout va pour le mieux dans notre pays. La dernière vague de réévaluation du franc suisse il y a 2 mois nous cause de graves préoccupations. Un seuil critique paraît atteint. Pondérée par le volume des exportations, l'ampleur de la revalorisation de notre monnaie - 38,3% en un an par rapport aux monnaies de nos principaux partenaires commerciaux, 15,5 % *en un mois* face au dollar américain *et* 8,3 % face au mark allemand - ne correspond manifestement plus en aucune mesure aux réalités économiques. L'industrie d'exportation, mais également l'économie intérieure et le tourisme sont ainsi entraînés dans des difficultés qui s'aggravent¹³. Les rentrées de commandes dans l'industrie accusent un fort recul. La capacité bénéficiaire des entreprises ne suffit plus, à la longue, à financer les grands investissements destinés à la modernisation dont notre économie a besoin.

Un pays comme la Suisse, si intégré à l'économie mondiale, a peu de possibilités d'influencer une situation due à des facteurs internationaux. L'élimination des perturbations exige, à l'échelle mondiale, un programme d'action économique concerté. La Suisse s'efforce de promouvoir cette coopération internationale, étant donné que notre pays ne peut prospérer, à la longue, que si l'économie mondiale fonctionne bien.

12. Cf. DDS, vol. 27, doc. 25, dodis.ch/48714, en particulier note 4.

13. Cf. DDS, vol. 27, doc. 163, dodis.ch/50143.

Der schweizerische Botschafter in Peking, W. Sigg, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹

UHRENFABRIK IN NORDKOREA

Peking, 18. September 1978

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nord-Korea), während meines Aufenthaltes in Pyongyang², habe ich, in Begleitung meines Mitarbeiters, Herrn Botschaftsrat Ducrey, am 11. September die neue *Uhrenfabrik* besichtigt, deren Einrichtung durch die Firma Blanchut & Bertrand zur Zeit im Gange ist³.

Der stattliche Fabrikbau befindet sich in Pyöngsöng, ca. 30 km von Pyongyang entfernt, in einer von bewaldeten Hügeln umrahmten Landschaft. Wie alles in diesem Land ist der Standort gemäss Erklärung des koreanischen Direktors – vom grossen Führer Kim Il Sung persönlich ausgewählt worden!

Das Gebäude ist eindrucklich, grosszügig und modern gebaut. Die über 500 Maschinen stehen an ihrem Standort, und viele sind in den geräumigen Hallen betriebsbereit. Die momentan anwesenden ca. 20 schweizerischen Techniker sind emsig an der Arbeit, beheben die durch lange Lagerung entstandenen Schäden an den Maschinen, besorgen die Installation, legen Leitungen und Schalter, instruieren die koreanischen Mitarbeiter. Bereits funktioniert die Sektion Assemblage, mit Bestandteilen noch grösstenteils aus der Schweiz, aber bereits auch mit solchen, die an Ort und Stelle schon hergestellt werden können. Unsere Landsleute, mit denen ich, zusammen mit einigen koreanischen Herren von der Direktion, einen Abend verbrachte, sind vertrauensvoll und rühmen die zunehmend gute Zusammenarbeit mit den koreanischen Stellen. Seinerseits spendete der koreanische Direktor dem schweizerischen Team hohes Lob; es beeindruckte durch Sachkenntnis, durch Arbeitseifer und Disziplin, und es wisse mit viel Verständnis die koreanischen Mitarbeiter bestens zu belehren und anzuspornen. Über das Datum der voraussichtlichen offiziellen Eröffnung der Fabrik scheinen noch Unklarheiten zu bestehen, begreiflicherweise, denn es ist unter den gegebenen Umständen wohl nicht möglich, genau zu planen.

Der ebenfalls in Korea anwesend gewesene Vertreter der Lieferfirma, Herr Velan, hat Grund zur Annahme, dass weitere Kredite für Zu- und Nachlieferungen vielleicht nicht notwendig sein werden. Seine Ansicht, dass die

1. Schreiben: CH-BAR#E7110#1989/32#2454* (890.1). Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements und an das Sekretariat der Geschäftsstelle für Exportrisikogarantie in Zürich. Visiert von H. Hofer, B. von Tscharnern und M. Krell.

2. Vgl. dazu das Schreiben von W. Sigg an J. Iselin vom 18. September 1978, dodis.ch/50826 sowie das Schreiben von C. van Muyden an A. Weitnauer vom 26. September 1978, dodis.ch/50827.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 91, dodis.ch/39265, Punkt f sowie die Notiz von A. Rüegg vom 18. Mai 1976, dodis.ch/50837.

Koreaner darauf bedacht seien, keine neuen Schuldverpflichtungen einzugehen sondern weitere Käufe nur nach Massgabe der vorhandenen Devisen zu tätigen, wird auch von andern Gesprächspartnern geteilt. Er rechnet also eher damit, dass die Zulieferungen gegen Barzahlung erfolgen werden. Interessant war, dass der Fabrikdirektor anlässlich des Tischgesprächs sich für die Verzögerung der Fabrikeinrichtung entschuldigte, indem er offen zugab, sein Land habe sich in den letzten Jahren wegen Mangel an Devisen in einer Zwangslage befunden, die nun aber bald überwunden sein werde⁴.

Zu irgendwelchen Gesprächen mit Ministerien oder Korporationen war der Anlass meines Besuches denkbar ungünstig. Zum vornherein habe ich darauf verzichtet, Termine zu wünschen oder gar zu verlangen, nachdem ich festgestellt hatte, dass unter den Delegationen anderer Länder zwei Staatsschefs, mehrere Ministerpräsidenten und zahlreiche Fachminister als Regierungsvertreter erschienen waren. Es schien mir ein Gebot der Höflichkeit zu sein, diesen Persönlichkeiten für Unterredungen mit Regierung und Verwaltung den Vorrang zu lassen ohne zu versuchen, mich auch vorzudrängen. Die Erfahrung einiger Botschafter-Kollegen, die darnach trachteten, haben mich von der Richtigkeit meines Vorgehens überzeugt. Ich werde demnach für bilaterale Gespräche gelegentlich nach Pyongyang zurückkehren müssen⁵.

Über die Wirtschaftslage Nordkoreas oder über den Stand des neuen Siebenjahresplanes habe ich also keine Informationen aus erster Hand. Noch mehr als im Vorjahr macht der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, soweit in der Stadt und bei Ausflügen aufs Land sichtbar, einen recht blühenden Eindruck, namentlich auch verglichen etwa zu China oder zu gewissen Ländern Südasiens. Die Bevölkerung ist gut gekleidet, offenbar ausreichend ernährt, und für passende Wohnungen ist gesorgt. Die Elektrifizierung soll jetzt das entlegenste Dorf erreicht haben, wird stets mit Stolz versichert. Der nüchterne Schweizer rechnet dabei, wie viel mehr Arbeitsstunden auf den Wirtschaftsaufbau verwendet werden könnten, würde die Pracht der Paraden und Empfänge und der Bau von Prunkbauten eingeschränkt! Es ist ihm auch fremd, warum in jede Stadt, jede Fabrik, jeden landwirtschaftlichen Musterbetrieb ein Museum zu Ehren bzw. zur Verehrung des ganz Grossen gehören soll. Mit seinem Reichtum an Bodenschätzen und seiner zu Arbeit und Disziplin straff erzogenen tüchtigen Bevölkerung wird auch Norkorea ein wirtschaftlich nicht unbedeutendes Land werden, wenn auch nicht, wie es Nationalrat Jean Ziegler nach seinem kürzlichen Besuch⁶ proklamierte, «das

4. Zur nordkoreanischen Schuldenkrise vgl. die Notiz von R. Probst an E. Brugger vom 23. Dezember 1975, dodis.ch/39276; den Politischen Bericht Nr. 4 von H. Langenbacher vom 18. Januar 1977, dodis.ch/50838 sowie die Notiz von B. von Tscharnier an P. R. Jolles vom 2. August 1977, dodis.ch/50833.

5. Zum Stand der bilateralen Beziehungen vgl. den Schlussbericht von H. Langenbacher vom 4. Februar 1977, dodis.ch/50831.

6. Zum Besuch von J. Ziegler bei der schweizerischen NNSC-Delegation in Panmunjom vgl. das Schreiben von C. van Muyden an A. Weitnauer vom 13. August 1978, dodis.ch/50834; die Notiz von J. Ziegler an P. Aubert vom 20. September 1978, dodis.ch/50835 sowie das Schreiben von P. Aubert an R. Gnägi vom 16. Oktober 1978, dodis.ch/50836. Allgemein zur NNSC vgl. die Notiz von C. van Muyden vom 22. März 1976, dodis.ch/50839.

Modell für die Dritte Welt». Aus politischen Gründen nicht. Gerade Vertreter aus der Dritten Welt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – stehen der Verehrung des Grossen Führers und dem der Bevölkerung auferlegten unerbittlichen Zwang sehr ablehnend gegenüber. «Diese Woche war der schlimmste Alptraum meines Lebens», meinte einer der Delegierten aus einem sich sozialistisch nennenden Land Asiens bei seiner Abreise aus Pjongyong.

171

dodis.ch/49333

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements¹

SPRACHREGELUNG ANTI-NESTLÉ KAMPAGNE

Bern, 19. September 1978

1. Die Problematik

Seit Beginn der siebziger Jahre wird die Art, wie Säuglingsernährungsprodukte (SEP) durch die Privatindustrie in Entwicklungsländern (und dort besonders unter den ärmsten Schichten) propagiert und vertrieben werden, heftig kritisiert. 1974 wurde in England eine Anklageschrift veröffentlicht, die unter dem Titel «Nestlé tötet Babies» in der Schweiz Aufsehen erregte². Seit 1977 unternehmen ad hoc Gruppen in den USA Initiativen, um die Produzenten solcher Artikel (darunter Nestlé) zur Änderung ihrer Werbepraktiken oder ihrer Verkaufsstrategie zu veranlassen. Die verschiedenen Etappen dieser Auseinandersetzungen sind die in Beilage 1³ festgehalten.

Dass bei unsachgemässer Verwendung von SEP Fälle von Unterernährung mit tödlichem Ausgang vorkommen, dürfte heute als erwiesen gelten. Über ihre Häufigkeit ist man hingegen ziemlich schlecht informiert. Zusätzlich wurden auch Fälle von irreversibler Degenerierung bei gewissen Organen (besonders des Gehirns) beobachtet; schwer zu bestimmen ist aber, wie oft solche Fälle auftreten.

Die Verbreitung von SEP in Entwicklungsländern ist ein gutes Beispiel der Schwierigkeiten, die bei der Übertragung von Konsumgütern aus Industrieländern in Staaten mit ganz unterschiedlichem Entwicklungs- und Erziehungsniveau und deshalb auch unterschiedlichen Anforderungen auftauchen können.

Die wichtigste Frage ist heute nicht, ob die Einführung solcher Produkte sinnvoll war, sondern welcher von vier möglichen Alternativen der Vorzug

1. Notiz: CH-BAR#E7110#1989/32#2084* (874.0).

2. Zur Kritik an der Rolle der schweizerischen Botschaft in Washington vgl. das Schreiben von P. Aubert an die Arbeitsgruppe Dritte Welt vom 21. Dezember 1978, dodis.ch/53264 sowie das Schreiben von R. Probst an A. Hegner vom 26. Dezember 1978, dodis.ch/53266.

3. Für die Beilage vgl. dodis.ch/49333.

und gegebenenfalls die Unterstützung der Regierungen gegeben werden soll. Diese sind:

- 1) absolutes Verbot der SEP;
- 2) Verkauf von SEP unter strikter ärztlicher und/oder staatlicher Kontrolle;
- 3) Verkauf von SEP durch Privatunternehmen unter staatlicher Kontrolle der Werbung;
- 4) Verkauf von SEP durch Privatunternehmen mit Selbstüberwachung der Werbung.

Bei der Wahl zwischen diesen Alternativen sollten alle sozialen Kosten und Nutzen, die Übergangskosten inbegriffen, berücksichtigt werden. Da bei einem solchen Entscheid ein jedes Land sein eigenes Wirtschaftssystem, -struktur und Entwicklungsstadium berücksichtigen muss und die kulturellen Eigenheiten der Bevölkerung hier eine ausschlaggebende Rolle spielen, ist kaum zu erwarten, dass alle Länder eine gleichartige Lösung wählen werden.

2. Rolle und Haltung der Schweiz

Amerikanische Kritiker (Gruppe INFACT) der in den meisten Ländern heute angewendeten Praxis (Verkauf von SEP durch Privatindustrie) haben sich an die schweizerische Regierung gewandt und verlangt, dass diese auf Nestlé Druck ausübe mit dem Ziel, eine Änderung der gegenwärtigen Werbepolitik des Unternehmens herbeizuführen (siehe Beilage: Petition to the People of Switzerland⁴).

Unsere Haltung hierzu könnte wie folgt umschrieben werden:

a) *Die Überwachung der Tätigkeit der multinationalen Unternehmen ist grundsätzlich ein Recht und eine Pflicht der Gastregierung.*

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass jeder Staat die Tätigkeit der multinationalen Unternehmen überwachen muss⁵. Dieser Grundsatz (Recht der Gastregierung, eine Kontrolle über die Tätigkeiten von multinationalen Unternehmen auszuüben) ist in Ziffer 7 der Einleitung zu den Leitsätzen, die einen Teil der OECD-Erklärung über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen vom 21. Juni 1976 darstellen, verankert.⁶ Auch Ziffer 1 der Allgemeinen Leitsätze im gleichen Instrument stützt diese Betrachtungsweise. Für ähnliche Formulierungen setzt sich die Schweiz bei den Verhandlungen über einen UNO-Kodex für multinationale Unternehmen⁷ ein. Eine Ausnahme von obgenannten Grundsatz wäre nur dann zu machen, wenn die

4. Für die Beilage vgl. dodis.ch/49333. Vgl. ferner das Schreiben von O. Bornhauser an A. Hegner vom 14. April 1978, dodis.ch/53261 sowie die Notiz von R. Probst vom 14. Juli 1978, dodis.ch/52144.

5. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 52, dodis.ch/48913; die Notiz von E. Thurnheer vom 30. Januar 1977, dodis.ch/52177 sowie die Notiz von W. Jaggi vom 11. Juni 1976, dodis.ch/52090.

6. Fussnote im Originaltext: Die Gültigkeit dieser Leitsätze ist auf OECD-Länder beschränkt. Doch drückt § 3 der Einleitung zu den Leitsätzen den Wunsch der Unterzeichner aus, dass die in der OECD-Zone beheimateten multinationalen Unternehmen die Grundsätze weltweit anwenden.

7. Vgl. dazu die Notiz von E. Thurnheer vom 30. Januar 1976, dodis.ch/52177; das Schreiben H. Kaufmann an P. R. Jolles vom 28. April 1976, dodis.ch/52178; die Notiz von Ph. Lévy vom 15. November 1977, dodis.ch/50579; das Rundschreiben von F. Muheim vom 8. Juli 1977, dodis.ch/51689; die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 15. November 1977, dodis.ch/50841 sowie das BR-Prot. Nr. 1720 vom 18. Oktober 1978, dodis.ch/50580.

transnationale Struktur des Unternehmens die Kontrolle durch die einzelnen Staaten erschwert (Ziffern 2 und 6 der Einleitung zu den OECD-Leitsätzen⁸). Ob der transnationale Charakter eines Unternehmens die Staatskontrolle über dessen Werbung erschwert, wäre im Einzelfall zu prüfen.

Seitens der Schweiz als Ursprungsland eines Unternehmens, das SEP verkauft, könnte sich gegebenenfalls dann eine Einschaltung rechtfertigen, wenn eine Entwicklungsland sich ausserstande sehen sollte, seine Aufsichts- und Kontrollfunktion auszuüben. In Beachtung des Prinzips der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten eines Drittstaates könnte die Schweiz allenfalls versuchen, die Fähigkeit dieses Staates, diese wichtige Funktion auszuüben, zu stärken. Ein bilaterales Programm für technische Zusammenarbeit, möglicherweise zusammen mit multilateralen Organisationen wie WHO, FAO etc., wäre denkbar. Es könnten auch multilaterale Programme mit dem gleichen Ziel unterstützt werden.

b) A priori befürworten wir die Alternative 4 (Verkauf von SEP durch Privatunternehmen mit Selbstüberwachung der Werbung).

Aus ordnungspolitischen Überlegungen lehnt die Schweiz eine unnötige Einmischung des Staates in das Wirtschaftsgeschehen ab. Die Verantwortung für eine sozial vertretbare Geschäftspolitik liegt bei den Unternehmen selbst; die Schweiz erwartet deshalb von schweizerischen multinationalen Unternehmen, dass diese unter Berücksichtigung der besonderen Lage in jedem Gastland mögliche Auswüchse der freien Marktwirtschaft bekämpfen und bei deren Beseitigung mithelfen. Dieser Grundsatz gilt in besonderem Masse, wenn multinationale Unternehmen in Entwicklungsländern (d. h. in Ländern, in denen das Publikum noch wenig Erfahrung mit modernen Werbemethoden hat und wo die behördliche Aufsichtsfunktion ungenügend ist) tätig sind.

8. Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber vom 10. Mai 1976, dodis.ch/51872; das Schreiben von J.-A. Mallet an P. R. Jolles vom 14. Juli 1976, dodis.ch/51873 sowie Doss. CH-BAR# E2001E-01#1988/16#1396* (C.41.780-02-31).

*Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Honegger¹*DIE KOMPATIBILITÄT ZWISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ZIELSETZUNGEN
UND DER BERÜCKSICHTIGUNG EIGENER WIRTSCHAFTLICHER ANLIEGEN IM FALLE
VON MISCHKREDITEN², ILLUSTRIERT AM BEISPIEL UNSERER KREDITINGABE AN
ÄGYPTEN

Bern, 20. September 1978

Damit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen sowohl der Schweiz als auch des Empfängerlandes Rechnung getragen werden kann, enthalten unsere Mischkreditverträge jeweils eine Bestimmung über die Verwendung der eingeräumten Kredite. Im Falle unseres Abkommens mit Ägypten³ lautet der entsprechende Passus (Art. 4 Abs. 1 des zwischenstaatlichen Vertrages):

«Der gesamte Betrag des vorliegenden Kredites soll zur Durchführung ägyptischer Entwicklungsprojekte und -programme gebraucht werden, die mit der ägyptischen Entwicklungspolitik im Einklang stehen. Diese Politik hat eine Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen zum Ziele und beabsichtigt, insbesondere durch die Verwirklichung wichtiger Investitionsvorhaben, den Beitrag verschiedener Wirtschaftssektoren zu einer ausgewogenen Entwicklung zu verstärken. *Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Beteiligung weiter Bevölkerungsschichten an den Entwicklungsfortschritten sind wichtige Ziele dieser Politik. Der Kredit soll vor allem zur Finanzierung der Infrastruktur, der Landwirtschaft, der Industrie, der Elektrizitätsgewinnung, der Agroindustrie und der Baumaterialienindustrie verwendet werden.*»

Bei der Aushandlung derartiger Zielsetzungen gilt es einerseits, die Prioritäten unseres eigenen Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes⁴ zu berücksichtigen, ohne indessen die Empfängerstaaten unter einen unangemessenen Druck zu setzen oder den Eindruck zu erwecken, als ob wir ihnen vorzuschreiben hätten, welches die Zielsetzungen ihrer Entwicklungspolitik sein sollten⁵.

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1989/59#567* (2301.13). Unterzeichnet von K. Jacobi.

2. Allgemein zu den Mischkrediten vgl. das Schreiben von K. Jacobi an P. R. Jolles vom 20. Januar 1977, dodis.ch/52098; die Notiz von P. Saladin vom 25. August 1978, dodis.ch/52101 sowie die Notiz von R. Jeker vom Oktober 1978, dodis.ch/52347. Vgl. ferner das Schlagwort dodis.ch/D1624.

3. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die Gewährung eines Mischkredites (einer Kreditlinie) vom 12. September 1978, AS, 1979, S. 666–676.

4. Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, AS, 1977, S. 1352–1357. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

5. Zu den Verhandlungen über das Abkommen mit Ägypten vgl. die Notiz von P. Saladin vom 5. April 1977, dodis.ch/48522; die Notiz von R. Wilhelm an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 10. Mai 1977, dodis.ch/48525; das BR-Prot. Nr. 2211 vom 21. Dezember 1977, dodis.ch/48533 sowie die Notiz von E. Thurnheer an P. Saladin vom 26. Januar 1978, dodis.ch/48528. Allgemein zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Ägypten vgl. das Schreiben von

Die von Ägypten in den Vordergrund gestellten Verwendungszwecke wie Infrastrukturprojekte, Landwirtschaft, Industrie, Elektrizitätserzeugung, Agroindustrien und Baumaterialienfabrikation sind Bereiche, für welche die schweizerische Exportindustrie wie auch die schweizerischen Dienstleistungsbetriebe ausgezeichnete Offerten unterbreiten können, Offerten, die ihrerseits zu einer Entlastung gewisser rezessiver Tendenzen in unserer Wirtschaft wertvolle Beiträge leisten können⁶.

So ist beispielsweise darauf hinzuweisen, dass die Telefonlinien von den westlichen Quartieren des Nils zu den östlichen vollständig unterbunden sind, wodurch die Verbindungen mit Motorrädern und Taxis sichergestellt werden müssen, was zu einem totalen Verkehrschaos führt. Unsere in der Fernmeldetechnik spezialisierten Firmen könnten hier zweifellos Abhilfe schaffen⁷. Andererseits droht die Infrastruktur der Hauptstadt Kairo vollständig aus den Nähten zu platzen, beträgt doch die Einwohnerzahl rund acht Millionen. Das öffentliche Transportwesen – insbesondere die Vorortzüge – ist hoffnungslos veraltet, und gemäss Aussagen unserer ägyptischen Gesprächspartner ereignen sich fast wöchentlich schwerwiegende Unglücksfälle infolge von Achsenbrüchen des Rollmaterials. Auch in diesem Bereich wäre es für unsere zur Zeit darniederliegende Waggonindustrie von Vorteil, bei der Erneuerung des Wagenparks der öffentlichen Transportgesellschaften zum Zuge zu kommen. Die Elektrizitätsversorgung der ländlichen Gegenden ist noch sehr rudimentär. Aus diesem Grunde können Bewässerungspumpen nur in beschränktem Ausmass eingesetzt werden. Für beide Anlagen, sowohl die Elektrizitätsversorgung als auch die Dieselmotoren und Pumpen, kann unsere Industrie international wettbewerbsfähige Offerten unterbreiten⁸.

Mit dem Einbezug der Dienstleistungen ermöglichen wir ägyptischen Firmen, die Beratung durch schweizerische «Consultants» in Anspruch zu nehmen. Ein konkreter Fall dürfte sich für die ägyptische Zementindustrie stellen, welche sehr interessiert ist, die Dienste der Tochtergesellschaft der Holderbank für Consulting in Anspruch zu nehmen. Ägypten ist zur Zeit genötigt, einen grossen Teil des einheimischen Bedarfs an Zement aus Drittstaaten einzuführen, was wegen der hohen Transportkosten zu einer gewichtigen Kostenerhöhung führt.

Auf ausdrücklichen Wunsch der schweizerischen Landwirtschaft haben wir zudem eine spezielle Kategorie von finanzierbaren Exporten geschaffen, welche es Ägypten ermöglichen würde, schweizerisches Zuchtvieh mit Hilfe dieses

E. Moser an D. Gagnebin vom 17. Mai 1976, dodis.ch/48153; den Bericht über die Gespräche der schweizerischen Regierungsdelegation unter Leitung von Bundesrat Ernst Brugger mit ägyptischen Ministern in Kairo, vom 24. November 1976 von R. Staub vom 6. Dezember 1976, dodis.ch/48547; das Schreiben von O. Gritti an M. Ludwig vom 6. Dezember 1976, dodis.ch/48154; den Bericht Swiss Expo Kairo 76 von M. Ludwig und W. Sutter vom Januar 1977, dodis.ch/48150 sowie das Schreiben von D. Gagnebin an P. R. Jolles vom 7. Januar 1977, dodis.ch/48543.

6. Zu verschiedenen Projekten vgl. den Projektantrag von R. Wilhelm an M. Heimo vom 22. November 1977, dodis.ch/48571 und die Notiz von P. Saladin an P. R. Jolles vom 17. April 1978, dodis.ch/48545.

7. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E7110#1989/32#1353* (875.2).

8. Für die genannten Projekte vgl. Doss. CH-BAR#E7110#1989/32#1337* (861.5)

Kredites zu finanzieren⁹; der Entscheid hierüber liegt selbstverständlich beim ägyptischen Kreditnehmer und ein Diktat unsererseits kommt nicht in Frage.

Diese Beispiele illustrieren meines Erachtens eindrücklich, dass die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in den Entwicklungsländern – ein besonderes Anliegen der engagierten Entwicklungspolitiker – und die Verfolgung eigener wirtschaftlicher Ziele des Geberstaates sehr gut übereinstimmen können¹⁰.

Die Mischung von staatlichen Geldern mit solchen der Privatbanken hat zudem einen Multiplikatoreffekt (insbesondere in dem von uns heute mehrheitlich angewendeten Mischungsverhältnis von 1 zu 3), und die zinslose Einräumung der Bundestranche auf fünfzehn Jahre führt zu einer merklichen Senkung der durchschnittlichen Zinsbelastung. Im Falle des Mischkredits von Ägypten beträgt diese 2,83 Prozent pro Jahr, mit anderen Worten mehr als fünf Prozentpunkte unter den Zinssätzen der Kredite der Weltbank. Eine derart tiefe Verzinsung sowie eine Laufzeit von fünfzehn Jahren reihen unseren Kredit an Ägypten in die Kategorie der weichen bis mittelweichen Darlehen ein.

9. Vgl. *ibid.*

10. Allgemein zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 24, dodis.ch/50286.

173

dodis.ch/49326

*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert*¹

VISITE DU MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE SUÈDE²

[Berne,] 29 septembre 1978

CSCE et collaboration N+N

Il est inutile d'épiloguer sur la réunion de Belgrade³; tout a été dit à ce propos et nous ne pourrions guère ajouter des considérations nouvelles.

Je crois que vous conviendrez avec moi que les relations Est-Ouest, la détente en général sont affectés aujourd'hui par le mauvais état des relations entre les États-Unis d'Amérique et l'URSS. Nous devons tenir compte de cette donnée de base; elle impose des limites au développement de la politique de la détente en Europe, mais, en même temps, confère peut-être à des

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5561* (B.15.21.(12)). Rédigée par E. Brunner.

2. K. Söder. Planifiée du 7 au 11 octobre 1978, leur visite n'aurait finalement pas lieu à cause d'un conflit sur la question nucléaire au sein de la coalition gouvernementale en Suède. Le cabinet a été dissous le 17 octobre 1978. Pour l'annulation de la visite, cf. le télégramme de K. Söder à P. Aubert du 7 octobre 1978, doss. comme note 1. La notice a été prévue comme *Speaking notes* de P. Aubert pour la séance de travail avec K. Söder du 9 octobre sur la CSCE.

3. Pour la réunion de Belgrade de la CSCE, cf. DDS, vol. 27, doc. 126, dodis.ch/49325.

pays comme les nôtres une responsabilité particulière. En effet, il nous faut poursuivre avec tous nos partenaires des pays de l'Est le dialogue amorcé, approfondir nos relations, les rendre plus confiantes. Ceci est particulièrement important avec la plupart des pays d'Europe de l'Est qui, manifestement, peuvent aller plus loin que l'Union Soviétique avec des pays comme les nôtres, dans les domaines humanitaire, culturel et de l'information. Dès lors, sur le plan bilatéral, ils ne sont pas tenus par le dénominateur commun le plus bas qu'impose souvent l'Union Soviétique dans des réunions comme celle de Belgrade. C'est là que j'entrevois des possibilités pour des pays comme la Suède et la Suisse, possibilités que nous devons exploiter avec prudence certes, mais avec persévérance aussi.

Je disais tout à l'heure qu'il était inutile d'épiloguer sur Belgrade; il nous faut davantage regarder vers l'avenir, voir de quelle façon, pendant ces deux prochaines années, nous pouvons préparer la réunion de Madrid. Je pense que nous avons jeté de bonnes bases à ce propos à Saint-Martin, au sein du groupe des N+N⁴. Lorsque nous nous retrouverons à Vienne, au printemps de l'année prochaine, nous viendrons les uns et les autres avec des propositions concrètes que nous pourrions peut-être mettre sur pied d'un commun accord.

Je songe ici surtout à ce que nous pourrions faire ensemble dans le domaine des mesures de confiance militaire et dans le domaine de l'information. Il conviendrait, je pense, dans un second temps, que notre groupe charge certains d'entre nous de prendre des contacts bilatéraux avec nos principaux partenaires à l'Est et à l'Ouest, pour les informer de nos intentions, pour discuter avec eux nos projets, afin qu'à Madrid ces projets et ces textes ne constituent pas des surprises totales. Ce n'est qu'à ce prix que nous pouvons envisager de faire passer certains textes à Madrid. Ce travail de préparation intensif doit être mis en chantier dès le printemps de l'année prochaine et nous sommes prêts à envisager toutes les formules pour ce faire.

J'en arrive maintenant à ce que j'évoquais tout à l'heure, c'est-à-dire la collaboration au sein du groupe des neutres et non-alignés. Comme vous le savez, ce groupe est né à la CSCE⁵; il en est un des produits et je dois dire que, sur un plan suisse, nous ne pouvons que nous féliciter des liens qui se sont développés entre nous à cette occasion, des initiatives communes que nous avons prises, des résultats que nous avons obtenus. Et cela sans avoir transformé ce groupe en une institution. Je crois qu'il faut continuer à lui maintenir ce caractère informel, ce caractère ad hoc. Il nous est utile, car il est plus difficile aux uns et aux autres de s'opposer à des textes qui sont proposés par l'ensemble de notre groupe que par certains de nos pays pris individuellement. Sur le plan européen, nous avons aussi des positions indépendantes à défendre. L'écho qu'elles ont, lorsqu'elles sont présentées par notre groupe,

4. Pour l'échange d'opinions des N+N sur la CSCE du 7 au 9 septembre 1978, cf. la notice de P. Troendle du 20 septembre 1978, dodis.ch/49393.

5. Sur la collaboration des N+N pendant les délibérations dans la deuxième phase de la CSCE à Genève, cf. DDS, vol. 26, doc. 89, dodis.ch/38858. Pour la phase préparatoire de Belgrade, cf. DDS, vol. 27, doc. 79, dodis.ch/49213, en particulier note 15, et pour la réunion de Belgrade, cf. le rapport de D. Woker de février 1978, dodis.ch/49394. Cf. aussi l'exposé de P. Aubert du 1^{er} septembre 1978, dodis.ch/48269, point II.

leur donne, au départ déjà, un avantage. D'autre part et c'est là le second aspect de notre activité, il arrive que l'Est et l'Ouest aient besoin de nous pour trouver des formules de compromis et pour sortir de certaines impasses. L'exemple le plus récent que j'aie en mémoire est celui de la préparation du Forum Scientifique des mois de juin et juillet à Bonn⁶, où les textes préparés par notre groupe ont été, en définitive, pris comme base de la négociation finale et ont été retenus dans une large partie dans le Document de clôture. Je me plais à souligner, à ce propos, le rôle du Représentant de la Suède⁷ dans ce contexte, rôle qui a été apprécié par tous.

Je crois que, pour des pays comme la Yougoslavie, il est aussi important, pour des raisons politiques et psychologiques, de se sentir appartenir à un groupe et je dois dire que, dans la formulation de propositions communes, nous n'avons jamais ressenti de difficultés avec nos amis yougoslaves, même dans des domaines délicats où nos conceptions sont parfois différentes.

Cette concertation entre N+N ne doit pas nous faire perdre de vue la collaboration nécessaire entre les quatre pays neutres d'Europe et je crois qu'il conviendrait aussi de se réunir au sein de ce groupement dans le courant de l'année qui vient, comme cela s'était fait avant Belgrade⁸. Nous avons aussi, entre les quatre neutres, beaucoup en commun et, parfois, la discussion est plus facile entre nous, en-dehors de la présence de certains non-alignés que je ne voudrais pas nommer, mais que vous devinez.

Je crois savoir que nos amis finlandais tiennent beaucoup à ce que cette collaboration entre les quatre neutres ne disparaisse pas. Nous sommes tout-à-fait disposés à envisager une réunion au niveau des hauts fonctionnaires de ces quatre pays, au début de l'année prochaine, et nous pourrions mettre à l'ordre du jour d'une telle réunion non seulement les problèmes de la CSCE, mais aussi ceux du désarmement⁹ ou toute autre affaire d'intérêt commun.

6. Cf. le rapport de P. Troendle du 4 août 1978, dodis.ch/49395 et la notice de N. Roulet du 19 septembre 1978, dodis.ch/49396.

7. C. Melin.

8. Cf. DDS, vol. 27, doc. 79, dodis.ch/49213, en particulier note 14.

9. Sur la politique suisse à l'égard du désarmement, cf. DDS, vol. 27, doc. 166, dodis.ch/48273.

174

dodis.ch/51862

*Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique,
J. Zwahlen¹*

APPRÉCIATIONS GÉNÉRALES ET CONCLUSIONS DES ASSEMBLÉES FMI/BIRD 1978
EN CE QUI CONCERNE LA SUISSE

Berne, 11 octobre 1978

1. Les pressions internationales vont continuer à croître pour que la Suisse envisage des mesures et des moyens pour contenir et diminuer son excédent de balance courante. La pression internationale s'est en effet quelque peu déplacée du Japon et de la RFA sur nous. Quelle que soit la faible marge de nos moyens d'action, nous aurons à poursuivre nos réflexions sur le sujet pour trois raisons principales:

- a) parce que nos partenaires pourraient, comme ils l'ont déjà fait, mettre cette condition comme préalable à leur appui pour contenir l'appréciation du franc²;
- b) parce que les opérateurs sur les marchés des changes continuent à considérer, sans trop de discernement et de nuances, le niveau de l'excédent de la balance courante comme un des éléments décisifs pour juger la force relative d'une monnaie;
- c) parce que l'avenir de notre économie en dépend.

Conclusion:

Le Département politique devrait examiner les moyens qu'il a d'agir sur l'excédent courant. À titre de premières réflexions, nous pourrions songer à une augmentation de notre aide au développement et à un programme d'achat d'ambassades et d'appartements de service à l'étranger. Un groupe de travail pourrait se pencher sur ces problèmes.

2. Comme, d'une part, les principales décisions du FMI ont porté sur une augmentation de ses liquidités (création de DTS³, augmentation des quotes-parts, mise en route de la facilité Witteveen⁴) et que, d'autre part, les déséquilibres de l'économie mondiale sont un peu moins prononcés qu'après le relèvement des prix du pétrole en 1973/74⁵, nous pensons que le FMI va utiliser davantage que dans les années passées ses propres ressources – voire celles qu'il a empruntées – pour financer – moyennant l'imposition de certaines conditions économiques – les pays qui se trouvent confrontés à des problèmes d'ajustement.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1035* (C.41.103.2).

2. Cf. DDS, vol. 27, doc. 163, dodis.ch/50143; doc. 175, dodis.ch/50145 et doc. 180, dodis.ch/50147.

3. Cf. la notice de J. Zwahlen du 16 janvier 1976, dodis.ch/52117.

4. Cf. DDS, vol. 27, doc. 113, dodis.ch/49423, note 29.

5. Sur la crise pétrolière, cf. DDS, vol. 26, doc. 49, dodis.ch/39686.

Conclusion:

Cette évolution diminuera le rôle de la Suisse qui n'est pas membre du FMI⁶. Nous avons pu en effet, pendant les dernières années troublées, fournir au FMI des concours financiers appréciés (facilités pétrolières, 3^{ème} guichet, facilité Witteveen) et conquérir de la sorte une importance particulière. De ce fait, les perspectives d'une adhésion se présenteront sous un jour un peu différent.

3. Nous sommes vraisemblablement à la veille d'une augmentation générale du capital de la Banque mondiale de l'ordre de \$ 30 à 40 milliards. Sa réalisation va rendre encore plus problématique toute éventuelle idée d'adhésion de la Suisse – à condition qu'il y en ait jamais eu une – car plus la facture à payer augmentera (capital suisse callable dans les circonstances actuelles de 240 millions) moins il y aura de volonté politique pour une adhésion. Or, le rôle de la Banque mondiale augmente dans les relations internationales, non seulement par son volume de prêts, mais par les idées nouvelles qui ont cours en matière de cofinancement et de développements de projets énergétiques. Sans en être membre, notre capacité de négociation risque de s'en ressentir dans des domaines importants de la vie internationale.

Conclusion:

Nous savons qu'une éventuelle adhésion à la BIRD est fonction d'une adhésion préalable au FMI. Nous estimons dans ce contexte qu'il serait heureux et urgent que le mandat confié par le Conseil fédéral au Département des finances et des douanes en septembre 1977⁷, sur les relations de la Suisse avec les institutions de Bretton Woods, soit soumis au Conseil fédéral dans les meilleurs délais. Peut-être devrions-nous envisager une relance politique de ce dossier.

3. Les négociations sur la sixième reconstitution de l'IDA⁸ débiteront avant la fin de l'année. Une rencontre informelle des pays donateurs semble avoir dégagé l'objectif d'une reconstitution plus importante en termes réels que la précédente. L'absence de la Suisse à ces négociations serait profondément ressentie.

Conclusion:

Il y aurait lieu de réfléchir au problème de cette reconstitution de l'IDA, tant au sein du Département qu'avec la D[ivision du] C[ommerce] et l'Administration des finances.

Étant donné les délais assez courts, il nous semble que la création d'un groupe de travail serait souhaitable.

6. Sur les relations avec le FMI, cf. DDS, vol. 26, doc. 88, dodis.ch/38459; doc. 108, dodis.ch/38470 et doc. 171, dodis.ch/38504 ainsi que DDS, vol. 27, doc. 92, dodis.ch/49331.

7. Cf. le PVCF de décision II du 21 septembre 1977 de la 31^{ème} séance du Conseil fédéral du 14 septembre 1977, dodis.ch/53928.

8. Sur le refus suisse de la quatrième reconstitution de l'IDA, cf. DDS, vol. 27, doc. 19, dodis.ch/50268.

Circulaire du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen, aux représentations suisses à l'étranger¹

NOUVELLES MESURES DE LA BNS EN FAVEUR DE LA STABILISATION DU FRANC SUISSE

Extrait

Berne, 16 octobre 1978

Nous revenons sur notre Wochentelex du 2 octobre 1978², par lequel nous vous annonçons l'envoi d'explications relatives aux mesures prises par la BNS, d'entente avec le CF, en faveur de la stabilisation du franc suisse. À ce titre, vous trouverez, en annexe, le communiqué de presse³ du 1^{er} octobre de la BNS (en français, allemand et anglais). Malgré cela, nous estimons nécessaire de vous envoyer des explications et commentaires supplémentaires. Ceux-ci sont consignés ci-après.

I Introduction

L'évolution préoccupante du cours du franc, ces derniers temps notamment, a incité la BNS, d'entente avec le CF, à reconsidérer sa politique monétaire en renforçant les mesures qu'annonçait déjà en partie le communiqué de presse diffusé à la mi-août à l'issue de la séance⁴ du CF et à laquelle avaient assisté le Président de la BNS⁵ et le Directeur de la Division du Commerce⁶.

II Caractéristiques des nouvelles mesures⁷

Les modifications apportées à la formulation de notre politique monétaire ont les principales caractéristiques suivantes:

- a) L'accent qui était placé sur une croissance modérée de la masse monétaire et la priorité de la lutte contre l'inflation est désormais déplacé sur la défense du cours du change⁸.
- b) La volonté de stabiliser le franc par rapport au mark en fixant une limite absolue – 0,80 – à sa revalorisation par rapport au DM. La conséquence est que le franc suisse ne flotte plus⁹ par rapport au DM, monnaie de notre principal partenaire et concurrent commercial¹⁰.

1. *Circulaire*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1115* (C.41.121.0). Rédigée par J.-C. Richard et J. Zwahlen.

2. *Télex Nachtrag zu Wochentelex* Nr. 37/78 du 3 et non du 2 octobre 1978, dodis.ch/50181.

3. *Communiqué de presse de la Banque nationale suisse du 1^{er} octobre 1978*, dodis.ch/50453.

4. *Cf. le PVCF* N° 1355 vom 23. August 1978, dodis.ch/50177.

5. *F. Leutwiler*.

6. *P. R. Jolles*.

7. *Cf. DDS*, vol. 27, doc. 128, dodis.ch/49895.

8. *Cf. la notice de D. de Pury à P. Aubert du 3 octobre 1978*, dodis.ch/50146.

9. *Cf. DDS*, vol. 27, doc. 127, dodis.ch/49898, note 3.

10. *Cf. DDS*, vol. 27, doc. 88, dodis.ch/50265, en particulier note 3.

- c) Un assouplissement assez poussé des dispositions de l'Anlageverbot¹¹. Cette mesure est en quelque sorte vidée de sa substance. Il ne faudrait cependant pas trop diffuser ce renversement de politique pour des raisons tirées du comportement imprévisible du marché et d'ordre psychologique (!).
- d) Une volonté de favoriser les exportations de capitaux.
- e) Une volonté de faire baisser les taux d'intérêt.
- f) Un examen des mesures qui *pourraient* être prises pour faciliter à l'ensemble de nos industries d'exportation¹² et du tourisme les opérations sur le marché à terme. À cet égard, il conviendrait d'éviter l'expression en partie inexacte de «garantie de change» utilisée dans le communiqué de presse de la BNS. Cette expression a déjà donné l'impression, à l'étranger, que nous allions adopter un double marché¹³.

III Analyse des mesures

A) Politique d'interventions

La nouvelle politique d'interventions poursuit l'objectif d'avoir une action plus prononcée sur les cours du change pour tenter de casser l'appréciation excessive de notre monnaie¹⁴.

À cette fin, la BNS agira par les moyens suivants:

- i) des interventions *énergiques* (frs 3 milliards dans la semaine du 2 au 6 octobre), donc en principe plus massives que celles qui ont été faites jusqu'à maintenant. Le CF et la BNS acceptent, en ce faisant, la création d'une forte liquidité intérieure.
- ii) des interventions non plus seulement en \$, mais en d'autres monnaies si les banques centrales des pays concernés les autorisent.

Nous vous signalons, dans ce contexte, que la BNS a pu intervenir en francs belges et en florins hollandais. Ces interventions, étroitement concertées avec les banques centrales des pays concernés et avec la Bundesbank, ont visé à soutenir le cours de ces monnaies qui étaient au ventre du serpent.

La BNS n'a pas obtenu, à ce jour, l'autorisation d'intervenir en DM. La principale difficulté à l'égard de cette monnaie réside dans le fait qu'étant déjà au dos du serpent¹⁵, toute intervention en DM de la BNS eut tiré le serpent vers le haut et rendu d'autant plus difficile la position des monnaies faibles.

- iii) des interventions autonomes pour fixer (comme mentionné ci-dessus) une limite absolue à la revalorisation du franc suisse par rapport au DM.

Le communiqué de la BNS a eu une portée malheureuse («élever le cours du mark allemand par rapport au franc suisse à un niveau nettement au-dessus de 80 francs pour 100 marks et, par la suite, à le raffermir dans

11. Cf. DDS, vol. 27, doc. 17, dodis.ch/49295, note 4.

12. *Ibid*, note 6.

13. Cf. la notice de l'Administration des finances du Département des finances et des douanes de 1978, dodis.ch/50455.

14. Pour une évaluation de cette nouvelle politique monétaire, cf. la notice de J. Zwahlen à P. Aubert du 30 octobre 1978, dodis.ch/50147.

15. Cf. DDS, vol. 26, doc. 141, dodis.ch/39506, note 5; doc. 161, dodis.ch/39509 et doc. 170, dodis.ch/39508.

la mesure du possible») en ce sens qu'il a incité les débiteurs étrangers à surseoir au paiement des factures en attendant des cours meilleurs.

La relation fr/DM supplante donc celle fr/\$. Ce revirement n'a pas encore été toujours saisi par les opérateurs du marché. C'est cette méprise qui a incité certains journaux à écrire que la nouvelle politique d'interventions de la BNS avait fait long feu, puisque malgré des interventions massives elle n'avait pas réussi à contenir l'érosion du \$ par rapport au franc suisse. [...]¹⁶

16. Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/50145.

176

dodis.ch/51075

Notiz des Leiters der schweizerischen Delegation bei der OECD in Paris, A. Grübel, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles¹

BETRIFFT: BERICHT DES CIA IM GOVERNING BOARD DER IEA²

Vertraulich

Paris, 20. Oktober 1978

Mein österreichischer Kollege Jankowitsch hat mich heute darauf angesprochen, dass am 21. September 1978³ in einer Sitzung mit beschränkter Teilnehmerzahl des Governing Board der Internationalen Energieagentur von Vertretern⁴ des amerikanischen CIA, die sich als solche zu erkennen gegeben hätten, über die Energiesituation in den kommunistischen Staaten, und insbesondere in der Sowjetunion, berichtet worden sei.

Er habe diese Prozedur als eigenartig empfunden und direkt seinem Bundeskanzler darüber berichtet. Kreisky teile seine Auffassung, dass eine solche Prozedur seltsam sei und sich nicht wiederholen dürfe, weil dies unter Umständen die neutralen Staaten in ein schiefes Licht setzen könnte. Der Bundeskanzler habe ihn beauftragt, in diesem Sinn bei Lantzke vorzuspre-

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E7113A#1990/22#120* (757.3.01). Verfasst und unterzeichnet von A. Grübel. Kopie an B. von Tscharnern, D. Chenaux-Repond und J.-M. Boulgaris. Diese Kopie ging an B. von Tscharnern.

2. Allgemein zur IEA vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 110, dodis.ch/38752, bes. Anm. 2; die Notiz von G. Kündig vom 22. Januar 1976, dodis.ch/51452; das BR-Prot. Nr. 145 vom 26. Januar 1977, dodis.ch/51449 und die Notiz von G. Kündig vom 29. August 1977, dodis.ch/51456.

3. Vgl. dazu das Schreiben von A. Grübel an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und das Amt für Energiewirtschaft des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements vom 9. Oktober 1978, dodis.ch/53951.

4. J. Eckland und M. Ernst

chen und seinen schwedischen und schweizerischen Kollegen⁵ über diese Demarche zu informieren⁶.

5. H. Colliander und B. von Tschärner

6. *Erste handschriftliche Marginalie von R. Madöry*: Janko ist ein ... (wie schreibt man Tubel auf diplomatisch?). *Zweite handschriftliche Marginalie von B. von Tschärner*: Es gibt nur 2 Arten von Diplomaten: entweder sind sie «extrêmement brillants» oder aber «fort distingués». Wahrscheinlich fällt Jank. in die 2. Kategorie ...

177

dodis.ch/51856

Communiqué de presse du Service de presse et d'information du Département de l'économie publique¹

DISSOLUTION DE L'OFFICE SUISSE DE COMPENSATION

[Berne, 23 octobre 1978]

Le Conseil fédéral a décidé de dissoudre l'Office suisse de compensation à Zurich au 31 décembre 1978². L'Office de compensation, créé en 1934³ pour exécuter et surveiller le service réglementé des paiements avec l'étranger, est un établissement de la Confédération jouissant de la personnalité de droit public⁴.

Dans les années trente et quarante, la Suisse avait conclu avec tous les partenaires commerciaux d'importance (à l'exception des USA) des accords de clearing et de paiements⁵. L'Office de compensation jouait ainsi un rôle prépondérant dans les échanges économiques avec l'étranger. Depuis les années cinquante, le service des paiements avec l'étranger a pu être à nouveau libéralisé successivement dans le cadre de l'Accord monétaire européen de 1958⁶, la convertibilité des monnaies d'Europe occidentale a été rétablie, puis les mouvements de fonds par voie de clearing ont pu être supprimés petit à petit avec les autres États également, en dernier lieu avec les Pays à com-

1. Communiqué: CH-BAR#E1001#1990/102#29*.

2. Cf. le PVCF N° 1751 du 23 octobre 1978, dodis.ch/52032.

3. Arrêté du Conseil fédéral approuvant les statuts de l'office suisse de compensation du 2 octobre 1934, RS, vol. 10, pp. 620–623. Cf. DDS, vol. 11, doc. 53, dodis.ch/45974.

4. Cf. la notice de l'Office de compensation du 21 décembre 1976, dodis.ch/52966; les procès-verbaux de A. Johansen du 14 juin 1977, dodis.ch/52190 et du 31 juillet 1978, dodis.ch/52191 ainsi que le rapport de H. Schulthess du 31 décembre 1978, dodis.ch/51924.

5. La Suisse a conclu en 1932 les premiers accords sur le clearing avec l'Autriche et l'Hongrie, cf. DDS, vol. 10, doc. 159, dodis.ch/45701.

6. Cet accord a actuellement été signé en 1955 et est entré en vigueur en 1958: Accord monétaire européen du 5 août 1955, RO, 1959, pp. 163–193. Cf. aussi le PVCF N° 1707 du 11 octobre 1955, dodis.ch/10956.

merce d'État⁷. Depuis 1976, l'Office de compensation s'occupait encore de transferts de paiements sur la base d'accords spéciaux (accords de crédit, accords concernant les dédommagements pour cause de nationalisations). À fin 1978, cette tâche sera elle aussi pratiquement achevée.

En plus de quarante ans d'existence, l'Office suisse de compensation a rendu de précieux services à l'économie de notre pays. Le Conseil fédéral profite de cette occasion pour remercier de leurs efforts la direction et ses collaborateurs.

7. Avec l'entrée en vigueur de l'accord commercial avec la RDA le 1^{er} janvier 1976, l'époque des relations commerciales bilatérales assujetties au clearing prit fin, cf. DDS, vol. 26, doc. 189, dodis.ch/39026.

178

dodis.ch/48697

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles, an den schweizerischen Botschafter in Moskau, A. Hohl¹*

Bern, 26. Oktober 1978

Lieber Herr Hohl,

Auf dem Sprung zwischen Paris und Brüssel/London² möchte ich nicht verfehlen, Ihnen und Ihrer Frau³ herzlich für die gastfreundliche Aufnahme in Moskau zu danken. Der Besuch⁴ war wirklich hoch interessant und es war für mich eine besondere Freude, mit Ihnen ein unkonventionelles Wochenende in russischen Künstlerkreisen zu verbringen⁵, das hoffentlich für keine Beteiligten negative Folgen zeitigen wird. Ich habe bereits mit der Galerie Ziegler betreffend Kabakows Anliegen gesprochen und werde Ihnen zuhänden unserer verschiedenen Gesprächspartner nach meiner Rückkehr aus London die Büchergeschenke zusenden.

Ich nehme an, dass ich mich für den offiziellen Teil des Aufenthaltes in erster Linie beim Präsidenten der Handels- und Industriekammer, Herrn Bo-

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E7110#1989/32#1292* (821). Kopie an C. Sommaruga und A. Clerc.

2. Zu den Besprechungen mit F.-X. Ortoli am 26. Oktober 1978 in Brüssel vgl. das Protokoll von C. Caillat, dodis.ch/50184 und zum Besuch in London vom 30. und 31. Oktober 1978 vgl. das Schreiben von E. Thalmann an P. R. Jolles vom 16. November 1978, dodis.ch/51117.

3. V. Hohl-Müller.

4. Zur Reise von P. R. Jolles in die Sowjetunion vgl. den Bericht von A. Clerc vom 8. November 1978, dodis.ch/48730. Zu den schweizerisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. die Notiz von E. Thurnheer vom 3. Oktober 1978, dodis.ch/48731.

5. Zur Planung des Rahmenprogramms vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5343* (C.41.111.0) sowie Doss. wie Anm. 1.

rissov, bedanken sollte, und lege ein diesbezügliches Schreiben⁶ bei mit der Bitte an Sie, es weiterzuleiten. Auch liegt mir daran, Herrn Prof. Inosemtsev, der ein besonders interessanter Gesprächspartner war, ein paar Worte zukommen zu lassen⁷.

Bitte lassen Sie mich wissen, wenn Sie finden, dass ich noch anderen offiziellen Gesprächspartnern ein Dankeschreiben zustellen sollte oder z. B. an Vizehandelsminister Manschulo eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in die Schweiz.

Darf ich Sie schliesslich auch bitten, Ihren Mitarbeitern, insbesondere den Herren Thurnheer und Fetscherin, für ihre tatkräftige Unterstützung meinen herzlichen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Meine Frau⁸ und ich hoffen, Sie und Frau Hohl bei Ihrem nächsten Besuch in der Schweiz zu sehen. Inzwischen herzliche Grüsse von Haus zu Botschaft.

6. Schreiben von A. Hohl an B. A. Borissow vom 9. November 1978, CH-BAR#E2200.157-04#1992/114#95* (541.0).

7. Vgl. dazu das Schreiben von A. Hohl an N. N. Inosemzew vom 9. November 1978, *ibid.*

8. E. Jolles-Ryffel.

179

dodis.ch/49256

Der schweizerische Botschafter in Prag, W. Jaeggi, an die Politische Abteilung I, den Protokolldienst und den Dienst für Information und Presse des Politischen Departements¹

ZEITUNGSARTIKEL «PRACE»

Vertraulich

Prag, 27. Oktober 1978

Mit Schreiben vom 19. Oktober² übermittelte ich Ihnen einen Zeitungsartikel, aus welchem hervorgeht, dass die Gästeliste für mein Abschiedsdiner beim österreichischen Kollegen³ beanstandet wurde.

Am folgenden Tage bin ich von Vizeausenminister Dusan Spacil⁴ darauf angesprochen worden. Er gab mir den Ratschlag, vor meiner Abreise nicht noch «eine ähnliche Dummheit» zu machen. Er wollte mir damit zu verstehen geben, dass ich zu meinem Abschiedscocktail, der gestern abend stattge-

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2099* (B.22.52). Visiert von J.-M. Boillat, A. Hegner und M. Coquoz.

2. Schreiben von W. Jaeggi an die Politische Abteilung I, den Protokolldienst und den Dienst für Information und Presse des Politischen Departements vom 19. Oktober 1978, dodis.ch/49257.

3. J. Pasch.

4. Zum Besuch von D. Spáčil in der Schweiz vgl. die Aufzeichnung von M. Coquoz vom 23. Juni 1978, dodis.ch/48194. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 100, dodis.ch/49249.

funden hat, nicht auch Unterzeichner von Charta 77⁵ einladen sollte, was ich ohnehin nicht im Sinne hatte zu tun.

Als ich mich beim heutigen Festakt zur Feier des 60-jährigen Bestehens der Tschechoslowakei auf der Prager Burg von Herrn Vasil Bilak (dem zweiten Mann nach Staatspräsident Husak und Parteichefideologe) verabschieden wollte, erwähnte er sofort den Ihnen übermittelten Zeitungsartikel aus «Prace». Ich sagte ihm, dass ich für die Gästeliste meines österreichischen Kollegen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Im übrigen wäre es für die in Prag akkreditierten Botschafter dienlich, vom Aussenministerium eine Namensliste jener Leute zu erhalten, die wir nicht einladen sollten. Wir können ja nicht wissen, welche Personen dem Regime genehm oder nicht genehm sind. Bilak antwortete hierauf, ein guter Diplomat sollte auch ohne solche Liste wissen, wen er einzuladen habe. Hierauf wies ich ihn darauf hin, dass man auch bei Botschafter Moc in der Schweiz gelegentlich Leute treffe, welche mit der Staatsführung der Eidgenossenschaft nicht hundertprozentig einig gingen⁶. Wir seien jedoch ein freies, demokratisches Land, weshalb gegen solche Kontakte mit politischen Extremisten keine Einwände erhoben würden. Zur Aufgabe eines Botschafters gehöre es, mit allen Kreisen des Landes, in welchem er tätig ist, Beziehungen zu pflegen. Nur so könne man ein objektives Bild über das Residenzland erhalten⁷.

5. Zur Charta 77 vgl. den Politischen Bericht Nr. 1 von W. Jaeggi vom 11. Januar 1977, dodis.ch/49258.

6. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E4320C#1995/303#105* (12/469).

7. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. das Schreiben von W. Jaeggi an A. Hegner vom 31. Oktober 1978, dodis.ch/49259. Allgemein zur politischen Lage in der ČSSR vgl. die Erklärung von P. Aubert vom 21. August 1978, dodis.ch/49261 sowie den Politischen Bericht Nr. 25 von W. Jaeggi vom 23. Oktober 1978, dodis.ch/49260.

180

dodis.ch/50147*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹*

POLITIQUE MONÉTAIRE SUISSE

Berne, 30 octobre 1978

1. La nouvelle politique monétaire de la BNS, qui remonte au 1^{er} octobre 1978, ne semble pas être entièrement avalisée par l'ensemble du CF (pour les détails de cette politique monétaire, voir annexe²).

2. Nous pensons que dans les circonstances actuelles cette politique s'imposait. C'est la seule qui pouvait, avec effets immédiats, empêcher un nouveau dérapage du franc par rapport au DM³. Elle seule donc était à même de donner à notre industrie une garantie d'exporter à un cours «fixe»⁴. Si, en dépit de cela, le dollar est resté faible, c'est malheureux. Mais son sort échappe à nos pouvoirs. Il est cependant possible que la politique vis-à-vis du DM influence ultérieurement la relation dollar/franc dans un sens positif.

3. Que les marchés aient voulu tester la BNS était inévitable⁵. C'est ce qui explique les interventions importantes de notre institut d'émission juste après la promulgation de notre nouvelle politique monétaire. Depuis lors ces interventions sont restées modestes. Le premier cap a donc été franchi avec succès.

4. Du point de vue international, la nouvelle politique suisse a été accueillie favorablement et avec soulagement (États-Unis, France, RFA notamment). Elle est valorisée comme une contribution à la stabilité monétaire internationale.

5. Mais cette politique ne sera crédible, et partant durable, que si elle est accompagnée de politiques budgétaire, conjoncturelle et fiscale, relativement expansives pour exercer une certaine compression de notre excédent courant.

6. Notre excédent courant demeure en effet notre principal problème. Si nous n'arrivons pas à le contenir, puis à le résorber progressivement, le franc suisse continuera d'être recherché, donc de s'apprécier puisque pour les opérateurs du marché l'indicateur «compte courant» est un des plus impor-

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1115* (C.41.121.0). Rédigée et signée par J. Zwahlen. Préparée en vue de la Séance du Conseil fédéral du 1^{er} novembre 1978. Dans le volume des PVCF de décision II (cf. doss. CH-BAR#E1003#1994/26#21*), il n'y a pas de procès-verbal de la 38^{ème} séance du 1^{er} novembre 1978.

2. Non retrouvé. Sur la nouvelle politique monétaire de la Banque nationale suisse, cf. le communiqué de presse de la Banque nationale suisse du 1^{er} octobre 1978, dodis.ch/50453.

3. Cf. DDS, vol. 27, doc. 175, dodis.ch/50145; le télégramme N° 5247 du Service information et presse du Département politique fédéral aux représentations suisses à l'étranger du 2 octobre 1978, dodis.ch/50454 et le télégramme Nachtrag zum Wochentelex Nr. 37/78 de A. Hegner du 3 octobre 1978, dodis.ch/50181.

4. Cf. DDS, vol. 27, doc. 17, dodis.ch/49295, note 6.

5. Cf. la notice de D. de Pury à P. Aubert du 3 octobre 1978, dodis.ch/50146.

tants. Si d'autre part le franc suisse reste trop fort, notre industrie d'exportation disparaîtra parce que non compétitive.

7. Donc, plutôt que de réviser la politique monétaire c'est vers un appui de cette politique par les autres instruments à disposition (fiscal, budgétaire, conjoncturel) que nous devons tendre.

8. Nous sommes de l'avis que ces interrelations ne sont pas encore suffisamment prises en compte dans la formulation de notre politique économique d'ensemble. Nous pensons trop aux difficultés de l'industrie, aux moyens de l'aider par des mesures directes et pas suffisamment aux mesures d'encadrement qui feront baisser à terme le cours du franc suisse.

9. Nous ne voudrions cependant pas donner l'impression que la politique monétaire doit être poursuivie aveuglément. Telle n'est d'ailleurs certainement pas l'intention de la BNS. Nous croyons en effet savoir, s'il y a accalmie sur le marché des changes, qu'elle s'efforcera d'éponger – sans le faire trop abruptement pour ne pas perturber les marchés – les liquidités excessives injectées par sa politique d'interventions massives.

Conclusions en termes d'action

Au vue de ce qui précède, il pourrait être utile de suggérer:

1. Une rencontre des groupes Jucker et Languetin pour discuter les interrelations entre politiques monétaire et conjoncturelle.

2. Une réflexion sur des mesures plus poussées que celles qui sont envisagées maintenant par le Groupe Jucker pour relancer la demande en Suisse et diminuer l'excédent courant. Ces mesures devraient être prises au fur et à mesure de l'écoulement du temps pour montrer à l'opinion internationale que nous poursuivons nos efforts pour essayer de résorber notre excédent courant.

181

dodis.ch/49890

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles, an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins¹*

AUSWEITUNG DER TÄTIGKEIT DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE DE SURVEILLANCE S.A. AUF NIGERIA

Dringend

Bern, 3. November 1978

Die Société Générale de Surveillance (SGS) in Genf hatte uns anlässlich der letzten Zusammenkunft in kleinem Kreise vom Juli 1978 wissen lassen, dass sie voraussichtlich mit Nigeria in Verhandlungen treten werde betreffend

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2200.168#1994/229#86* (512.3). Verfasst von E. Moser. Kopie an A. Jetzer, J. Egli, M. Erb, M. Ludwig, P. R. Jolles, K. Jacobi, P. Bettschart, E. Moser, B. Haldimann, Ch. Kauter, R. Gerber, die schweizerische Botschaft in Lagos sowie die Bundesanwaltschaft des Justiz- und Polizeidepartements. Diese Kopie ging an die schweizerische Botschaft in Lagos.

eventuelle Übernahme eines Mandates zur Preiskontrolle. Unsere Reaktion sowie diejenige der anwesenden Vertreter von Vorort, VSM und Gesellschaft für chemische Industrie war negativ. Wir erklärten insbesondere, dass der Einbezug Nigerias in das Preiskontrollsystem schwerwiegende präjudizielle Auswirkungen haben würde und die Einführung einer solchen Kontrolle vermieden werden sollte.

Am 31. Oktober orientierte uns nun die SGS, dass sie am 20. Oktober 1978 mit der Regierung von *Nigeria* ein Abkommen unterzeichnet habe², womit der SGS die Durchführung der Quantitäts- und Qualitätskontrollen sowie die *Überprüfung der Angemessenheit der Preise aller nach Nigeria zu exportierenden Güter übertragen werde*. Die Massnahme wird am 1. Januar 1979 in Kraft treten.

Nachdem bisher acht afrikanische Staaten diese Kontrollen eingeführt haben und der SGS die erforderlichen Bewilligungen für die Qualitäts- und Mengenkontrollen bzw. der Schweizerischen Handelszentrale für die Preisvergleiche erteilt wurden³, stehen wir im Falle von *Nigeria* vor einer neuen Situation und vor einem durch den Abschluss des Vertrages geschaffenen «fait accompli». *Nigeria* ist unser bedeutendster Handelspartner in Afrika⁴. Unsere Exporte erreichten 1977 annähernd 400 Millionen Franken.

Das an der Sitzung vom 6. September 1977⁵ aufgestellte Kriterium, wonach weitere Bewilligungen inskünftig nur an die ärmsten Entwicklungsländer erteilt werden sollten, denen die Infrastruktur und die Administration für die Kontrollen im eigenen Land fehlen, trifft für *Nigeria* nicht zu. Es stellt sich somit die grundsätzliche Frage, ob wir im Interesse einer reibungslosen Abwicklung unseres Handelsverkehrs mit *Nigeria* von den im September 1977 aufgestellten Grundsätzen abweichen wollen und unter welchen Bedingungen.

Vordringlich scheint uns daher, dass Sie möglichst rasch in einer Umfrage⁶ abklären, wie die Ihnen angeschlossenen Sektionen auf das neue Bewilligungsgesuch der SGS reagieren und welche Erfahrungen mit dem neu eingeführten System der Einschaltung der OSEC für die Preiskontrolle auf schweizerischem Gebiet gemacht wurden.

Um das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit festzulegen, scheint es uns notwendig, eine neue Aussprache mit Ihnen und den am Handel mit Ni-

2. Nicht ermittelt.

3. *Burundi*, Elfenbeinküste *Ghana*, *Kenia*, *Ruanda*, *Sambia*, *Tansania* und *Zaire*. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 1, dodis.ch/38410; die Notiz von J. Monnier an P. Graber vom 9. März 1976, dodis.ch/49937; das BR-Prot. Nr. 543 vom 24. März 1976, dodis.ch/49938; die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 15. Dezember 1976, dodis.ch/49939; die Notiz von E. Moser an E. Brugger vom 3. November 1977, dodis.ch/49940 sowie das Schreiben von E. Moser an E. Diez vom 12. Dezember 1978, dodis.ch/49942.

4. Vgl. dazu das Schreiben von E. Moser an F. Andres vom 21. Januar 1976, dodis.ch/52883; die Notiz von J. Iselin an F. Nordmann vom 11. November 1977, dodis.ch/52884; das Schreiben von E. Brugger an die Vereinigung Schweiz. Stickerei-Exporteure vom 30. August 1977, dodis.ch/52880; das BR-Prot. Nr. 2078 vom 5. Dezember 1977, dodis.ch/52879; das Schreiben von N. von der Weid an M. Ungerer vom 5. Dezember 1977, dodis.ch/52881 sowie das Telegramm Nr. 316 von W. Rieser an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 28. Dezember 1978, dodis.ch/49945.

5. Vgl. dazu die Notiz vom B. Haldimann vom 13. September 1977, dodis.ch/49941.

6. Für die Stellungnahmen der Branchenverbände vgl. Doss. wie Anm. 1.

geria interessierten Branchenverbänden (VSM, Chemie, Uhren, Textil, Welt-handelsfirmen und OSEC) einerseits und der SGS andererseits abzuhalten. Als Termin für diese Besprechung schlagen wir Ihnen Montag, *den 4. Dezember*⁷, 10 Uhr, im Sitzungszimmer Nr. 40 der Handelsabteilung vor. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte natürlich das Ergebnis Ihrer Umfrage vorliegen.

7. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Kauter vom 21. Dezember 1978, dodis.ch/49943.

182

dodis.ch/50139

*Le Chef du Département politique, P. Aubert, au Chef du Département de l'intérieur, H. Hürlimann*¹

MENACES DE DÉPART DE L'OMS

Berne, 6 novembre 1978

Je vous remercie de votre lettre du 25 septembre² ainsi que des informations que vous avez bien voulu me transmettre au sujet de l'OMS³. Je ne crois pas que cette organisation quitte jamais Genève, mais les propositions de transfert dont elle est l'objet sont un indice de plus de la tendance à la décentralisation des activités des organisations et des conférences internationales. Que ce soit pour des raisons politiques ou économiques, celle-ci devient toujours plus nette⁴.

Le Département politique a attiré l'attention du Conseil fédéral sur les difficultés budgétaires des organisations internationales à Genève dans sa proposition du 20 avril 1978⁵. Depuis lors la situation s'est encore aggravée⁶ et les organisations internationales, gouvernementales ou non, demandent l'aide de la Suisse⁷.

Il n'est, à mon avis, pas possible pour la Suisse de compenser les pertes de change résultant de la fluctuation des monnaies⁸; ceci constituerait un pré-

1. Lettre (Copie): CH-BAR#E2003A#1990/3#1679* (o.721.81). Rédigée par F. Pometta. Copie à G.-A. Chevallaz, B. de Riedmatten, M. Heimo, la Mission permante d'observation de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, la Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève et la Section des Nations Unies et Organisations internationales du Département politique.

2. Lettre de H. Hürlimann à P. Aubert et G.-A. Chevallaz du 25 septembre 1978, dodis.ch/53954.

3. Cf. la lettre de F. Pometta à U. Frey du 11 mai 1978, dodis.ch/51574.

4. Cf. la notice de F. Gruber du 7 mars 1978, dodis.ch/50154.

5. Cf. le PVCF N° 723 du 3 mai 1978, dodis.ch/50157.

6. Cf. le télégramme N° 33 de R. Mayor à la Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève du 2 juin 1978, dodis.ch/51577.

7. Cf. la notice de A. Weitnauer à P. Graber du 10 avril 1978, dodis.ch/49956.

8. Cf. DDS, vol. 27, doc. 163, dodis.ch/50143.

cédent dangereux et, à cet égard, je partage entièrement l'avis exprimé par le Chef⁹ du département des finances et des douanes dans sa lettre du 11 octobre¹⁰. J'ajouterais même que – si désagréable qu'elle soit – la crise budgétaire que traversent actuellement les organisations internationales aura eu pour effet de les inciter à un effort nécessaire de restructuration.

Politiquement cependant, un geste de la Suisse serait opportun et c'est pourquoi le département politique a proposé que la FIPOI mette gratuitement le Centre international de conférences de Genève (CICG) à la disposition des organisations intergouvernementales établies à Genève (cf. la proposition au Conseil fédéral du 11 octobre 1978¹¹). L'OMS, par exemple, si elle faisait usage de cette offre pour ses conférences n'aurait plus à supporter la charge assez lourde de la location des salles du Palais des Nations. De son côté, l'ONU qui manque actuellement de salles de conférences pourrait organiser davantage de réunions à Genève. Certes, la gratuité du CICG entraînera un sacrifice financier pour la Confédération, mais économiquement et politiquement celle-ci a intérêt à retenir les conférences internationales en Suisse. Elle a, en outre, au cours de ces dernières années tout au moins, fait des gains de change importants sur ses contributions internationales en dollars.

Je crois enfin que nous pourrions aussi montrer notre intérêt pour les organisations internationales en augmentant les contributions volontaires de la Suisse aux programmes d'assistance technique des organisations internationales¹². Cette méthode qui permet tout de même au donateur d'exercer une certaine influence sur la conception et l'administration des programmes me paraît préférable à celle des contributions à fonds perdus aux budgets réguliers qui est préconisée par M. Furth. Je crois aussi qu'en période de récession, nous aurions peut-être là un moyen de placer des experts suisses et d'exporter un certain know-how. Vu l'ampleur des programmes de l'OMS, cette possibilité devrait être étudiée d'entente entre les divers services de l'administration fédérale qui s'occupent de l'OMS.

9. G.-A. Chevallaz.

10. Lettre de G.-A. Chevallaz à H. Hürlimann du 11 octobre 1978, dodis.ch/50158.

11. Pour la proposition du Département politique du 18 octobre 1978, cf. le PVCF N° 1862 du 15 novembre 1978, cf. dodis.ch/52285. Cf. aussi la lettre de P. Aubert à G.-A. Chevallaz du 11 avril 1978, dodis.ch/50156.

12. Cf. le communiqué de presse du Service d'information et de presse du Département politique du 2 novembre 1977, dodis.ch/51615 et le PVCF N° 1737 du 23 octobre 1978, dodis.ch/51614.

*Notiz des Chefs des Integrationsbüros, F. Blankart¹*BESUCH JENKINS², BZW. EFTA-MINISTERKONFERENZ³

Bern, 8. November 1978

*Grundlagennotiz: Stand der Beziehungen CH/EG⁴**1 Einleitung*

Am 1.7.1977, Erreichung eines der wichtigsten handelspolitischen Ziele der Nachkriegszeit, nämlich Öffnung der Märkte unter 16 westeuropäischen Staaten⁵, wovon sich 9 zu einem engen integrationspolitischen Engagement zusammengeschlossen haben, an dem die Schweiz aus Neutralitätsgründen nicht teilnimmt, das sie aber mit Interesse und Sympathie verfolgt.

Zusammen mit unseren EFTA-Partnern haben wir anlässlich des «Wiener-Gipfels» vom Mai 1977⁶ das Erreichte gewürdigt und die Optionen unserer künftigen assoziationsrelevanten Integrationspolitik festgelegt. Angesichts der Heterogenität der EFTA-Staaten, gemeinsamer Nenner relativ bescheiden; dies hat zur Folge, dass sich unsere EG-Beziehungen weiterhin schwergewichtsmässig bilateral abspielen werden.

EG-Rat vom 26.–27.6.1978 billigte Mitteilung der Kommission über Beziehungen EG/EFTA-Staaten, im Sinne einer Antwort auf den «Wiener-Gipfel»⁷, mit folgenden Schlussfolgerungen:

- Rat erachtet es als nützlich, das technische Funktionieren der FHA, wo nötig, zu verbessern;
- Rat bestätigt, dass EG, wenn beide Parteien eine zu den FHA komplementäre Zusammenarbeit als wünschbar erachten, bereit ist, diese im gegenseitigen Interesse der beiden Parteien einzuleiten. Mögliche Mittel: pragmatischer Informationsaustausch oder formelle Abkommen. Hauptinteresse: gemeinsame industriepolitische Krisenbewährung (Stahl).

1. Notiz: CH-BAR#E7113A#1990/132#214* (777.230). Verfasst von F. Blankart und Ch. Faessler.

2. Vgl. dazu die Aufzeichnung von C. Caillat vom 14. November 1978, dodis.ch/50031; das Protokoll von M. von Walterskirchen und A. Egger vom 14. November 1978, dodis.ch/50034 sowie die Aufzeichnung von D. Kaeser vom 17. November 1978, dodis.ch/50032.

3. Zur EFTA-Ministerkonferenz vom 23. und 24. November 1978 in Genf vgl. das BR-Prot. Nr. 73 vom 17. Januar 1979, dodis.ch/52891.

4. Vgl. dazu auch die Notiz von Ch. Faessler an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 24. Februar 1977, dodis.ch/48634; die Notiz von C. Caillat vom 7. März 1977, dodis.ch/50018 sowie die Notizen von M. von Walterskirchen vom 27. Januar 1978, dodis.ch/50024; vom 9. Februar 1978, dodis.ch/50027 und vom 12. September 1978, dodis.ch/50035.

5. Vgl. dazu auch die Rede von P. Graber vom 24. Januar 1977, dodis.ch/50007.

6. Zum Wiener Gipfel vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 25, dodis.ch/48714, bes. Anm. 7 sowie Dok. 33, dodis.ch/48716.

7. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 179 von C. Caillat an das Integrationsbüro vom 29. Juni 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1280* (C.41.770.0). Vgl. ferner das Rundtelegramm vom 9. Juni 1977, dodis.ch/48639.

2 Entwicklung der Zusammenarbeit mit den EG (bilateral bzw. im Verein mit EFTA-Staaten⁸)

21 Vorbemerkung

Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der EG, und damit in Westeuropa überhaupt, hängt weitgehend von Fähigkeit der Gemeinschaft ab, in den wirtschaftlichen Aussenbeziehungen an die Stelle ihrer Mitgliedstaaten zu treten, was jedoch Fortschritte in ihrer internen Integration bedingt. Wir sind deshalb an einer innerlichen konsolidierten Gemeinschaft interessiert.

Des weiteren gilt es zu bedenken, dass knapp $\frac{1}{5}$ des schweizerischen BSP aus dem Export in die EG stammt, mehr als $\frac{1}{5}$ des schweizerischen BSP jedoch auf dem übrigen mit ihr abgewickelten Wirtschaftsverkehr (Dienstleistungen, Investitionen, etc.) beruht, weshalb wir ursprünglich ein «weites FHA angestrebt haben. Beide Seiten haben mit der Entwicklungsklausel festgestellt, dass mit Abschluss des FHA⁹ noch verschiedene Wirtschaftsprobleme der Lösung harren.

Die Optionen der Zusammenarbeit CH/EG lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

22 Vertiefung, Sicherung und Abrundung des Freihandels

a) *Vertiefung des Freihandels*: Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln; freier Zugang zu den Versorgungsmärkten (nur im Industriebereich); Aufhebung der nichttarifarischen Handelshemmnisse.

b) *Sicherung des Freihandels*

- *Kampf gegen den Protektionismus*¹⁰, und zwar den offenen wie auch jenen, der durch Administrativmassnahmen (Lizenzen, Verzollungsbeschränkungen, etc.) verursacht wird.
- Das Mindestpreis-Arrangement mit der EGKS (Betonstahl)¹¹ kann, sofern es das Ergreifen von Schutzmassnahmen verhindert hat, «zur Not» als Massnahme zur Sicherung des FH angesprochen werden. Nach einer ersten schwierigen Anlaufphase hat es sich bewährt. Wir erwägen, es auf den 1.1.1979 befristet zu verlängern, lehnen jedoch Mengenbeschränkungen ab.
- Vermehrte *informelle Kontakte*¹², um zu verhindern, dass FH durch unterschiedliche handelsrelevante Rechtsvorschriften oder durch eine Disparität in der Entwicklung der beteiligten Volkswirtschaften wieder in Frage gestellt wird. Für die Ausfuhren der Schweiz in die EG (45% ihrer Gesamtexporte) wäre letzteres viel gravierender als für die Ausfuhren der EG in die Schweiz (3% ihrer Gesamtexporte)¹³.

8. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 85, dodis.ch/49373.

9. Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182, dodis.ch/35776, bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145, dodis.ch/39510.

10. Vgl. dazu die Aufzeichnung von F. Blankart vom 27. Januar 1978, dodis.ch/50022.

11. Vgl. dazu das Telegramm von Ch. Boesch an die schweizerische Mission in Brüssel und die schweizerische Botschaft in Rom vom 15. November 1977, dodis.ch/48749; die Notiz von A. Egger vom 27. Januar 1978, dodis.ch/48751 sowie das BR-Prot. Nr. 15. Februar 1978, dodis.ch/48750.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 85, dodis.ch/49373.

13. Vgl. dazu die Notiz von Ch. Boesch an A. Maillard vom 8. Januar 1978, dodis.ch/50012.

- Was die Rechtsharmonisierung anbelangt, so sind wir uns bewusst, dass deren Verwirklichung unter 9 oder gar 12 Mitgliedstaaten ein schwieriges Unterfangen ist, so dass a posteriori gegenüber der Schweiz nur wenig Verhandlungsspielraum verbleibt. Umgekehrt muss EG erkennen, dass der Zwang der naheliegenden Drittstaaten zum autonomen Nachvollzug eine Aussenpolitik darstellt, die hegemoniale Züge trägt. Einzige Lösung: Beidseits früh genug von den legislativen Projekten Kenntnis nehmen, um zu verhindern, dass aus schierer Unkenntnis der Rechtslage neue Disparitäten entstehen. Informelle Expertentreffen. Wir möchten die EG sensibilisieren, bei der Ausarbeitung ihrer Richtlinienvorschläge «auch etwas an uns zu denken». Bisher ad hoc recht gute Erfahrungen. Möchten die Kontakte intensivieren.

c) Abrundung des Freihandels

- Abrundung des europäischen Freihandelsraums durch interimistische, multilaterale und GATT-konforme Freihandelsbeziehungen mit *Spanien*¹⁴ im Gleichschritt mit dessen Zollabbau gegenüber EWG. Liegt auch im Interesse der EWG, da Vorbereitung der Übernahme des freihandelspolitischen «acquis communautaire» und im Hinblick auf Möglichkeit, den spanischen Exportfluss teils auf EFTA-Märkte abzuleiten.
- Da ein entsprechendes FH-Abkommen mit *Griechenland*¹⁵ nicht möglich ist, erwarten wir, während der Übergangsfrist auf dem griechischen Markt gegenüber den EG-Staaten nicht diskriminiert zu werden. Dies entspricht den durch die FHA geschaffenen völkerrechtlichen Verpflichtungen.

23 Verhandlungen der «zweiten Generation»¹⁶

Die z. Z. laufenden Verhandlungen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

a) Liberalisierungsverträge

D. h. Ausdehnung der Liberalisierung auf den nicht-handelspolitischen Wirtschaftsverkehr:

- *Versicherungen*¹⁷: Herstellung der gegenseitigen *Niederlassungsfreiheit* für Agenturen und Zweigniederlassungen von Schadenversicherungsgesellschaften. Nach 6-jähriger Vorbereitung und 2-jährigen Verhandlungen, Abkommensentwurf weitgehend bereinigt. Anschliessend interne Legifizierungsarbeiten. Abkommen in weiteren Versicherungsbereichen (Leben sowie Dienstleistung) folgen später.

14. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger und P. Graber vom 2. Juli 1976, dodis.ch/48489; die Notiz von H. Cuennet vom 31. August 1976, dodis.ch/48490; die Notiz von Ch. Boesch an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 8. September 1977, dodis.ch/48791 sowie den Bericht von H.-U. Greiner vom 19. Oktober 1978, dodis.ch/48491.

15. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 140, dodis.ch/49027; die Aufzeichnung von A. Coigny und Ch. Truninger vom 17. Dezember 1976, dodis.ch/48541; die Notiz von F. Blankart an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 12. April 1977, dodis.ch/49026; das Telegramm Nr. 22 von E. Vallotton an das Integrationsbüro vom 21. April 1978, dodis.ch/49039 sowie die Notiz von Ch. Faessler vom 9. August 1978, dodis.ch/49041.

16. Vgl. dazu auch die Notiz von F. Blankart an P. R. Jolles vom 1. Januar 1976, dodis.ch/50009 sowie die Notiz von F. Blankart vom 26. Januar 1978, dodis.ch/50019.

17. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 87, dodis.ch/49375.

- *Personenverkehr*: Herstellung der gegenseitigen *Dienstleistungsfreiheit* im grenzüberschreitenden Omnibusverkehr¹⁸. Der Rat der EG hat schweizerische Idee, an Stelle der den Drittstaaten angebotenen parallelen bilateralen Verträgen eine multilaterale Konvention abzuschliessen, die ad hoc in den Rahmen der CEMT (OECD) eingebaut wird, akzeptiert. Erstmals Modell der grossen FH-Zone. Wiederum schweizerische Präsidentschaft seit März 1978.
- *EURONET*¹⁹: Freihandel mit Informationen. Ermöglicht uns den freien Zugang zu den in Europa in Computern gespeicherten Wissensquellen. Auf PTT-Ebene gute Fortschritte, auf Ebene CH/EWG Explorationsphase abgeschlossen.
- *Exequatur*²⁰: D. h. gegenseitig Anerkennung von Vollstreckung von Urteilen in Zivil- und Handelssachen. «Freihandel mit Urteilen». Schweiz erwägt, eventuell Vorschlag zur Aufnahme von Verhandlungen zu unterbreiten.
- b) *Kooperationsverträge*
 - *COST*²¹ (Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique): Gute Erfahrungen mit dem Prinzip der konzertierten Aktion. Parlament hat Bundesrat einstimmig für weitere 5 Jahre Ermächtigung zum Abschluss von COST-Verträgen erteilt.
 - *Fusion*²²: Wichtigstes Energieforschungsprojekt Europas. Der Rahmenvertrag und die drei Unterverträge sind vom Nationalrat einstimmig genehmigt worden.
 - *Rheinschifffahrt*²³: Kapazitätsbeschränkung muss nach Vorliegen des Gutachtens 1/76 des Europäischen Gerichtshofes auf Wunsch der EWG teilweise neu ausgehandelt werden. Hoffen, dass die Gelegenheit nicht dazu benützt wird, auch andere Verhandlungspunkte, z. B. geographischer Anwendungsbereich, bei dieser Gelegenheit wieder in Frage zu stellen.
 - *Währungszusammenarbeit*: siehe gesonderte Notiz²⁴.
- c) *Informationsmechanismen*
Es bestehen Informationsmechanismen in den Bereichen *Umweltschutz*, *Verkehrspolitik* (GVK), sowie *Wirtschafts- und Währungspolitik*. Wünschbar wäre ein Konsultationsverfahren hinsichtlich der *Rechtsharmonisierung*.

18. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 55, dodis.ch/48103.

19. Vgl. dazu das Schreiben von F. Blankart an C. Caillat vom 3. August 1977, dodis.ch/50259; das Schreiben von U. Hochstrasser an F. Blankart vom 8. August 1977, dodis.ch/50260; die Notiz von F. Blankart an P. Aubert vom 14. März 1978, dodis.ch/50261 sowie das Schreiben von F. Blankart vom 22. Dezember 1978, dodis.ch/50262.

20. Vgl. dazu das Schreiben von J. Voyame an F. Blankart vom 19. Januar 1976, dodis.ch/49881 sowie das Schreiben von F. Blankart an J. Voyame vom 24. Februar 1976, dodis.ch/49882.

21. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 57, dodis.ch/49339.

22. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 134, dodis.ch/48759.

23. Vgl. dazu das Schreiben von K. Furgler an das Schweizerische Bundesgericht vom 5. Juli 1976, dodis.ch/48659; das BR-Prot. Nr 1994 vom 10. November 1976, dodis.ch/48660 sowie das Schreiben von E. Diez an L. von Planta vom 21. September 1977, dodis.ch/48663. Zum Gutachten vgl. das Schreiben von C. Caillat an F. Blankart vom 13. Juni 1977, dodis.ch/48662.

24. Notiz von P.-L. Girard vom 9. November 1978, dodis.ch/52900. Zum europäischen Währungssystem vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 192, dodis.ch/50149.

*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert*¹

ACCIDENT SURVENU AU COURS D'UNE OPÉRATION D'IMMERSION DE DÉCHETS
RADIOACTIFS EN HAUTE MER (OPÉRATION 1978)

[Berne,] 9 novembre 1978

Presque chaque année, la Suisse prend part aux opérations d'immersion de déchets radioactifs en haute mer organisées en commun par divers pays européens². Cette année aussi, des déchets radioactifs ont été expédiés de Suisse aux Pays-Bas. Au moment du chargement des fûts sur le navire, l'on constata qu'à la suite d'une fuite de liquide, un wagon avait été contaminé en plusieurs endroits³. Des contrôles entrepris immédiatement permirent d'établir que la contamination avait été insignifiante et qu'elle n'avait à aucun moment pu constituer un danger pour l'homme et pour l'environnement. Cette assertion a d'ailleurs été confirmée par votre Ministre de la santé publique et de l'environnement⁴ dans sa réponse à une interpellation à la Deuxième Chambre du Parlement.

L'événement a naturellement provoqué quelques réactions dans votre pays et dans le nôtre, ainsi qu'en RFA. Entre-temps vos autorités, d'entente avec les nôtres, ont fait transporter les fûts abîmés dans un centre de recherche.

Nous déplorons vivement cet accident et nous espérons qu'il pourra être réglé d'une manière satisfaisante pour vos autorités. Nous avons apprécié la manière dont votre Ministre de la santé publique et de l'environnement a su ramener l'événement à ses justes proportions lors de son intervention parlementaire, alors que les médias avaient inévitablement gonflé l'incident. Nous vous sommes reconnaissants d'être disposés à continuer votre coopération dans ce domaine. Nous attachons en effet un grand prix à pouvoir poursuivre ces opérations d'immersion en accord avec votre pays.

Voilà ainsi en quelques mots ce que je tenais à vous dire à propos de ce problème⁵.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#10576* (B.15.21.PB.(2)). Rédigée par C. Barbey et W. Schmid en prévision de la visite de Ch. van der Klaauw du 15 au 16 novembre 1978. Sur la visite, cf. le compte rendu de P. Vogler du 5 janvier 1979, dodis.ch/48179. La notice sert comme *Speaking notes* de P. Aubert.

2. Sur le traitement des déchets radioactifs, cf. le PVCF N° 1653 du 3 octobre 1977, dodis.ch/52882 et doss. comme note 1. Sur l'adhésion de la Suisse au mécanisme multilatéral en charge de l'immersion des déchets radioactifs en mer, cf. le PVCF N° 947 du 6 juin 1977, dodis.ch/51876 et la lettre de J. M. Pictet à R. Stettler du 2 novembre 1977, dodis.ch/52809.

3. Cf. le PVCF N° 1286 du 11 juillet 1979, dodis.ch/49002.

4. L. Ginjaar.

5. Annotation manuscrite dans la marge: Conseil fédéral a beaucoup apprécié qu'on n'ait pas fait polémique contre la CH.

185

dodis.ch/48355*Compte rendu du Chef du Secrétariat politique du Département politique,
J. Cuendet¹*

VISITE À BUDAPEST DE MONSIEUR PIERRE AUBERT, CONSEILLER FÉDÉRAL, 8 AU 11 NOVEMBRE 1978. ENTRETIEN DE MONSIEUR PIERRE AUBERT AVEC MONSIEUR JANOS KADAR, PREMIER SECRÉTAIRE DU PARTI SOCIALISTE OUVRIER HONGROIS AU COMITÉ CENTRAL DU PSOH, 10 NOVEMBRE 1978, DE 11 HEURES À 12 HEURES 30²

Confidentiel

Berne, 13 novembre 1978

M. Pierre Aubert remercie M. Kadar de le recevoir. Il explique pour quelles raisons la Hongrie a été choisie pour ce premier voyage qu'il effectue dans un pays d'Europe orientale³. Il rapporte ensuite le contenu des entretiens avec M. Puja⁴ et vante l'atmosphère dans laquelle ils ont eu lieu. La Suisse est un petit pays pacifique qui attache la plus grande importance à la paix et à la sécurité européenne comme en témoigne son initiative de Montreux⁵.

Il a été convenu que la liste des propositions faites à Belgrade⁶ serait passée en revue par des représentants de deux pays.

En examinant la situation mondiale actuelle, nous avons eu d'intéressants échanges de vues, mais nous avons dû constater que nos positions divergeaient sur certains points⁷.

Il n'existe pas de problèmes sérieux entre les deux pays⁸, mais certaines questions seront examinées en commun d'ici peu, notamment par la commission économique mixte qui se réunira l'année prochaine⁹. M. Janos Kadar:

1. *Compte rendu (copie)*: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#7889* (B.15.21.H0.(4)).

2. *Participants*: J. Kádár, F. Puja, G. Zágór, un interprète, P. Aubert, A. Hegner, A. Geiser et J. Cuendet.

3. *Pour la préparation de la visite*, cf. la lettre de R. Stoudmann à A. Hegner du 5 juin 1978, dodis.ch/50555.

4. Cf. le compte rendu de F. Nordmann du 6 juin 1979, dodis.ch/48147.

5. *Pour la réunion d'experts de la CSCE à Montreux entre le 31 octobre et le 11 décembre 1978*, cf. le rapport de B. Godet du 19 février 1979, dodis.ch/49392.

6. *Pour la réunion de Belgrade de la CSCE*, cf. DDS, vol. 27, doc. 126, dodis.ch/49325.

7. *Pour la visite d'une délégation parlementaire suisse en Hongrie en avril 1976*, cf. le rapport de J. Egli du 29 juin 1976, dodis.ch/52857 et la lettre de R. Stoudmann à la Direction politique du Département politique du 23 juillet 1976, dodis.ch/52856. *Pour la visite de A. Weinauer à Budapest en février 1977*, cf. la circulaire de H. Renk du 18 mars 1977, dodis.ch/48192.

8. Cf. le rapport final de R. Stoudmann à J. Martin du 26 juin 1978, dodis.ch/50556.

9. *Pour la première session de la Commission mixte Suisse-Hongrie du 14 au 17 mars 1977*, cf. doss. CH-BAR#E7110#1988/12#1218* (821). *Pour les relations économiques*, cf. la lettre de C. Sommaruga à P. R. Jolles et A. Weinauer du 27 octobre 1976, dodis.ch/50558; le rapport de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 10 novembre 1976, dodis.ch/50559 et le Rapport sur la mission économique de M. l'Ambassadeur Sommaruga en Hongrie, 16-20 mai 1978 du 1^{er} juin 1978, dodis.ch/50557. *Pour les relations scientifiques*, cf. la notice de A. Kamer du 17 octobre 1978, dodis.ch/50562.

Je retiens en particulier de ce que vous venez de me dire l'importance que vous attachez au dialogue. C'est ce dialogue qui nous permettra de développer nos relations de manière dialectique, c'est-à-dire qu'à un certain moment la quantité se change en qualité. L'importance est que nos entretiens se soient déroulés dans une atmosphère rayonnante.

La Hongrie se trouve en Europe centrale, dans une position très exposée. Depuis que l'État hongrois a été fondé, il y a environ mille ans, elle a été entraînée dans toutes les guerres européennes. Elle a été sous la domination turque, puis sous celle des Habsbourg pendant plusieurs siècles.

Ici même, à Budapest, pendant la dernière guerre mondiale, le Danube a été la ligne de front pendant les combats qui ont commencé à la veille de Noël 1944 et se sont poursuivis jusqu'à mi-février 1945. Tous les 2100 ponts de Hongrie ont été détruits.

Il n'est pas étonnant après cela que la Hongrie soit un pays épris de paix. Quant à ses structures sociales, il faut préciser que nous ne sommes pas un pays communiste. Nous voudrions bien l'être, mais il nous faudra encore un grand effort pour le devenir. Nous sommes un pays socialiste. On dit parfois que c'est parce que la Hongrie a été conquise par les Russes et qu'ils sont restés. Ce n'est pas si simple. Déjà en 1919 il y a eu une révolution qui a établi la dictature du prolétariat. La Hongrie a été une République des soviets pendant trois mois et demi. À l'époque, le régime soviétique se battait pour sa vie et ne contrôlait solidement que la région de Moscou. La vérité est que les anciennes classes n'étaient plus capables de se maintenir et que dans la situation très compliquée qui s'est produite alors, le prolétariat révolutionnaire s'est organisé et a créé son pouvoir.

Notre politique actuelle a deux buts:

1. Construire une société basée sur les idées socialistes.
2. La paix.

La Hongrie est comme la Suisse, elle n'a pas d'ambitions colonialistes. Pour la paix, nous voyons un développement très positif, qui est lié à Helsinki¹⁰. On part des changements historiques survenus en Europe, les réalités sont acceptées telles qu'elles sont, en particulier le système existant dans chaque pays. Le système de la République fédérale d'Allemagne ne me plaît pas. Je dois cependant compter avec lui, et la RFA est le premier partenaire économique de la Hongrie parmi les pays occidentaux. Nos relations extérieures sont communistes (sic), mais surtout elles sont matérialistes. C'est l'ordre de la vie d'aujourd'hui.

Nous n'avons pas de conflits avec la Suisse; nous ne vous connaissons pas assez, mais ce que nous savons de vous nous est sympathique. Nous connaissons vos réussites dans le domaine de l'industrie et de l'agriculture. Nous avons un point commun avec vous, c'est que nous n'avons pas de ressources naturelles, pas même d'eau. Il y a évidemment une petite différence. La Suisse est le banquier du monde, la Hongrie ne l'est pas. *M. Aubert* tient à préciser que la Suisse n'est pas un pays de banquiers. Les Suisses gagnent leur vie par un travail assidu; ils ne vivent pas de dividendes et d'intérêts, contrairement

10. Pour l'acte final de la CSCE à Helsinki, cf. DDS, vol. 26, doc. 158, dodis.ch/38867.

à ce que certains croient¹¹. Ce qui n'empêche pas la Suisse d'être un marché financier international. La Suisse ne connaît pas de différence de classes comme il en existe dans certains pays socialistes, où les dirigeants sont séparés du peuple. M. Kadar déclare qu'il ne prend nullement les Suisses pour un peuple de banquiers et revient à l'Acte final d'Helsinki.

Pour qu'il soit possible, il fallait un certain nombre de conditions. Le problème central était le problème allemand. Sans les accords conclus par la RFA avec l'URSS, la Pologne et la Tchécoslovaquie, ainsi qu'une certaine normalisation des relations entre les deux États allemands, l'Acte final n'aurait pu être conclu. C'est le mérite de tous ceux qui ont reconnu les réalités; enfin, c'est le résultat d'un accord entre les deux grandes puissances, États-Unis et URSS. C'est un événement historique qu'il ne faut pas considérer comme une fin, mais comme un commencement. Il conviendra de se préparer mieux pour Madrid que cela n'a été le cas pour Belgrade¹². Il y a trois «volets» (corbeilles). (M. Kadar soulève à plusieurs reprises un gros cendrier). En interprétant les formules acceptées, il faut tenir compte de tous les «volets». M. Brzezinski dit que c'est le troisième qui est important, moi, que c'est le premier ou peut-être le deuxième. Il convient quand même de voir que les problèmes de fond essentiels ne sont pas ceux par exemple de la réunion des familles. Dans les relations États-Unis – URSS, nous avons vu les négociations SALT bloquées par une lettre de M. Carter à M. Sakharov, lui disant de continuer ce qu'il faisait. Ainsi M. Sakharov devient le problème principal des relations entre les États-Unis et l'URSS.

Avec l'Autriche, nous avons réglé discrètement tous les problèmes de ce genre¹³. Lorsque, au contraire, ils reviennent au premier plan dans les relations interétatiques, c'est un signe que ces relations sont mauvaises. Il est frappant de voir que la RFA a pu arranger sans histoire toutes les questions de transferts d'Allemands de Silésie. Les méthodes sont très importantes. Une demande justifiée peut être présentée d'une manière absolument exécrationnelle.

Je suis optimiste, si l'on respecte la logique, c'est-à-dire si l'on sait si l'on veut la guerre ou la paix. En ce qui concerne la compétition des systèmes sociaux, nous ne voulons pas la résoudre par la guerre; ce sera un processus historique. Pour juger cette compétition, il ne faut pas oublier que si la grande Révolution d'Octobre avait eu lieu en Angleterre, le pays industriel le plus développé, comme Marx l'avait prévu, nous aurions aujourd'hui une image toute différente du socialisme. La Russie était un pays arriéré, où régnaient des conditions moyenâgeuses, avec 70% d'analphabètes. Un pays semi-féodal. Il fallut rattraper un retard qui ne se comptait pas en années, mais qui était un retard historique.

En ce qui concerne les droits bourgeois (sic, droits politiques?), jusqu'en 1975, la Hongrie ne les a pas connus plus de dix-huit mois à deux ans. Des pays

11. Cf. DDS, vol. 27, doc. 49, dodis.ch/50107.

12. Cf. DDS, vol. 27, doc. 173, dodis.ch/49326.

13. Généralement, pour le Stand der erledigten und noch hängigen humanitären Fälle mit den osteuropäischen Staaten, cf. la notice de K. Wyss à A. Hegner du 2 avril 1976, dodis.ch/52974. Pour les cas concernant la Hongrie, cf. doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3663* (B.35.51.20).

comme la France et la Suisse peuvent les octroyer sur la base des structures existantes. Qu'on me nomme un socialisme qui soit meilleur que le nôtre! Dans les conditions de la Hongrie ce n'est pas possible.

Il ne faut pas croire qu'il est plus facile de gouverner avec un parti unique. On ne peut imposer sa volonté par les armes que pendant de courtes périodes historiques. Pour gouverner, il faut avoir le consentement du pays: le «Front populaire» est une véritable force politique. Pour réaliser sa politique, le parti doit convaincre les secrétaires régionaux, et parfois les archevêques, qu'il faut faire ce qui est nécessaire à la réalisation du socialisme¹⁴.

Bien que je n'en sois pas chargé, je vais vous dire deux mots sur l'URSS. Dans les pays bourgeois, on s'intéresse beaucoup à la santé de Brejnev. Ce sont surtout les hommes politiques qui s'inquiètent de leur partenaire (par exemple M. Schmidt). Je ne connais pas les autres. M. Brejnev a conservé sa capacité de travail. Il a des problèmes de santé comme tout le monde à son âge. Il est bien soigné quoique ce ne soit pas facile. C'est un émotif. Il est très difficile de le soumettre à un régime médical. J'espère qu'il travaillera encore longtemps.

Mais les dirigeants soviétiques sont des hommes communistes avant tout. Quoi qu'il arrive, l'URSS, le peuple soviétique restent. Deux choses ne changent pas:

1. Les travailleurs soviétiques, comme Brejnev, veulent intensément la paix.
2. Dans aucune situation, ils ne sont disposés à se laisser faire.

L'URSS a un système établi, existant. Certains traits peuvent en être antipathiques. Mais on doit reconnaître:

1. que beaucoup d'efforts ont été faits pour améliorer le système intérieur.
2. Le peuple de l'URSS a donné beaucoup de vies pour avoir ce qu'il a aujourd'hui.

Lorsqu'on doit évaluer ses avoirs, on ne se fonde pas sur leur valeur en monnaie, mais beaucoup plus sur les efforts et les sacrifices qu'on a dû faire pour les acquérir.

La deuxième guerre mondiale en est la preuve.

Avant le 21 juin 1941, le peuple soviétique n'avait pas eu beaucoup de jours ensoleillés. Le niveau de vie était très bas. Le peuple souffrait de la famine. Les troupes hitlériennes ont envahi presque toutes les parties européennes de l'URSS, mais elles n'ont pas pu établir de gouvernement, il n'y a pas eu un seul Quisling. Ce peuple affamé a poursuivi la lutte dans les forêts pour défendre son système social. Depuis lors, il a beaucoup augmenté son niveau de vie. Il a beaucoup plus à défendre qu'en 1941, et il le défendra. *M. Aubert* pose la question de l'eurocommunisme¹⁵. *M. Kadar* pense que la dénomination est mal choisie. Après avoir fait remarquer que le mouvement communiste est assez large pour inclure le camarade Elleinstein, il déclare que le seul parti eurocommuniste est le parti espagnol de Santiago Carillo. Le PCI, lui, a sim-

14. Pour une analyse du régime Kádár, cf. le rapport politique N° 3 de R. Stoudmann du 22 mai 1978, dodis.ch/50560.

15. Cf. la notice de J. C. Bucher et S. Michl-Keller 28 juillet 1977, dodis.ch/50561 et le tour d'horizon de P. Graber pendant la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national des 30 et 31 août 1977, dodis.ch/48328.

plement en vue une voie différente vers le socialisme. Cette position est très logique. La voie de l'Italie vers le socialisme est différente de celle de la Russie, parce que la Révolution d'Octobre a commencé par l'attaque du Palais d'Hiver, et qu'à Rome il n'y a pas de Palais d'Hiver! D'autres pays devront suivre la voie vers le socialisme d'une manière différente de nous, parce que la situation y est autre qu'elle n'était en Pologne, en Roumanie, en Hongrie, en Tchécoslovaquie en 1945. *M. Aubert* demande si cette différence future est acceptée. *M. Kadar*: C'est une loi qui est comme une loi mathématique. (Ici *M. Kadar* se réfère à l'interview qu'il a donnée lors de son voyage à Rome¹⁶). La révolution, la dictature du prolétariat sont des moyens; si vous progressez sans cela, je vous salue.

La sécurité en Europe, elle aussi, ne dépend pas d'un seul fil, si gros soit-il, mais elle tient par un millier de fils réunis.

16. Cf. la lettre de R. Stoudmann à A. Hegner du 14 juin 1977, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3645* (B.22.52).

186

dodis.ch/52179

*Der Chef des Auslandschweizerdiensts des Politischen Departements,
M. Jaccard, an die schweizerische Botschaft in London¹*

POLITISCHE RECHTE DER AUSLANDSCHWEIZER

[Bern,] 17. November 1978

Mit dem Brief vom 15. September 1978² übermittelte uns die Schweizerische Verkehrszentrale, Zürich, Kopie eines Berichtes, den ihr die Agentur in London am 1. August 1978³ zugestellt hatte. Die Direktion der SVZ bemerkte dazu, dass sie gegenwärtig gegen 130 Angestellte schweizerischer Nationalität auf ihren Vertretungen im Ausland beschäftigt. Sie ersuchte uns, zu der von ihrem Agenturchef⁴ in London aufgeworfenen Frage Stellung zu nehmen.

In der Beilage erhalten Sie eine Kopie des Berichtes der Londoner Agentur der Verkehrszentrale vom 1. August 1978 und ein Exemplar unseres vom 10. November 1978⁵ datierten Schreibens an die Verkehrszentrale in Zürich.

Die von der Verkehrszentrale aufgegriffenen Fragen berühren, teilweise wenigstens, auch die Probleme, die von den Frauen Ihrer Mitarbeiter anläss-

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E2001E-01#1988/16#170* (A.15.21.1). Kopie gemäss Besprechung (mit Beilagen) an L. Meier.

2. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

3. Schreiben von A. Kunz an H. Zimmermann vom 1. August 1978, dodis.ch/52706.

4. A. Kunz.

5. Schreiben von M. Leippert an W. Kämpfen vom 10. November 1978, dodis.ch/52367.

lich der Besprechung mit dem Unterzeichneten am 13. Oktober 1978 in London erörtert wurden. Der guten Ordnung halber möchten wir wiederholen, dass eine Ausdehnung des brieflichen Stimmrechtes über die im Ausland eingesetzten Beamten und Angestellten des Bundes hinaus eine Änderung des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1975⁶ voraussetzt. Eine derartige Gesetzesrevision wäre mit bedeutenden Umtrieben verbunden und nähme erheblich Zeit in Anspruch; im günstigsten Fall müsste mit mindestens zwei Jahren gerechnet werden.

Wie gerade die Eingabe der Verkehrszentrale zeigt, liesse sich ein Begehren auf Ausdehnung des brieflichen Stimmrechts nicht auf die Ehefrauen unserer im Ausland eingesetzten Mitarbeiter⁷ begrenzen. Mit zahlreichen weiteren, mehr oder weniger ähnlich begründeten Ansprüchen wäre zu rechnen, so dass ein Ende nicht abzusehen wäre. Der im Gesetz niedergelegte Grundsatz, wonach in der Schweiz gestimmt werden muss (sog. Aufenthaltstimmrecht), würde so stark durchlöchert, dass die Ausnahme unweigerlich zur Regel würde.

Wie Sie wissen, ist der Grundsatz des Aufenthaltstimmrechtes aus vielfältigen Gründen in das Gesetz eingebaut worden. Wird er für die Auslandsschweizer aufgegeben, dann hat dies z. B. Auswirkungen auf die Frage, ob und inwieweit der Bund den in der Schweiz sich aufhaltenden Ausländern die Ausübung der politischen Rechte gegenüber ihrem Heimatstaat gestatten will oder nicht⁸. Ein Gesetzesentwurf über das Ausländerstatut⁹ ist bei den eidgenössischen Räten hängig. Die Frage, ob und inwieweit den Ausländern gestattet werden soll, auf schweizerischem Boden politische Rechte gegenüber ihrem Heimatstaat auszuüben, wird das Parlament noch beschäftigen. Wie der Entscheid lauten wird, ist eine offene Frage.

Aus diesen knappen Darstellungen ergibt sich, dass der von den Ehefrauen Ihrer Mitarbeiter geäußerte Wunsch, so verständlich er auf den ersten

6. Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer vom 19. Dezember 1975, AS, 1976, S. 1805–1808. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 26, Dok. 65, dodis.ch/38761. Zum brieflichen Stimmrecht vgl. die Notiz von M. Jaccard vom 14. Januar 1976, dodis.ch/52370; das Rundschreiben von A. Janner vom 24. September 1976, dodis.ch/52371 sowie die Notiz von F. Hool vom 27. September 1977, dodis.ch/52372.

7. Vgl. dazu die Notiz von F. Hool vom 13. Oktober 1977, dodis.ch/52373; die Notiz von P. Aubert an A. Weitnauer vom 6. Juli 1978, dodis.ch/52180; die Notiz von M. Leippert an M. Jaccard vom 14. Juli 1978, dodis.ch/52374 sowie die Notiz von M. Jaccard an A. Weitnauer vom 9. August 1978, dodis.ch/52375.

8. Vgl. dazu das Schreiben von E. Diez an R. Gerber vom 27. Januar 1977, dodis.ch/52380; die Notiz von P. Graber an den Bundesrat vom 29. März 1977, dodis.ch/52381; die Note des Politischen Departements an die diplomatischen Vertretungen in der Schweiz vom 18. April 1977, dodis.ch/52385; die Notiz von J. Monnier an P. Aubert vom 3. März 1978, dodis.ch/52384; die Notiz von A. Maillard an die Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements vom 13. März 1978, dodis.ch/52385 sowie die Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements an A. Maillard vom 16. März 1978, dodis.ch/52386. Zu Spanien vgl. das BR-Prot. Nr. 422 vom 7. März 1977, dodis.ch/48792 sowie das Schreiben von J. Monnier an S. F. Campiche vom 9. Mai 1977, dodis.ch/52383.

9. Vgl. die Botschaft des Bundesrats zum Ausländergesetz vom 19. Juni 1978, BBl, 1978, II, S. 169–264. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 118, dodis.ch/49424.

Blick auch sein mag, nicht für sich allein betrachtet werden kann. Vielmehr ist es unerlässlich, ihn in seinem grösseren Zusammenhang zu sehen.

Im übrigen möchten wir, wie wir das gegenüber der Verkehrszentrale schon getan haben, auch jetzt unterstreichen, dass, entgegen einer oft geäusserten Meinung, der Auslandschweizer, wenn er an einem eidgenössischen Urnengang teilnehmen will, sich nicht unbedingt am Abstimmungstag in der Schweiz aufhalten muss; er kann, in der Regel wenigstens, zwei bis drei Wochen vor dem Wochenende, an dem die Abstimmung stattfindet, sein Stimmrecht ausüben. Es liegt uns sehr daran, dass auch bei den Ehefrauen Ihrer Mitarbeiter in diesem Punkt keine Missverständnisse bestehen bleiben.

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie die Voraussetzungen für die Aussprache vom 13. Oktober 1978 geschaffen haben.

187

dodis.ch/48717

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, F. Honegger¹

PREISZUSCHLÄGE AUF FISCHMEHL

Bern, 20. November 1978

Sie erhalten in der Beilage die gewünschten Unterlagen in Englisch² für Ihre EFTA-Gespräche in Genf³.

Die Diskussionen um diese leidige Angelegenheit dauern nun bereits mehr als zehn Jahre⁴ und gehen letztendlich auf einen fundamentalen Widerspruch im EFTA-Vertrag⁵ zurück. In diesem Vertrag wird einerseits zugesichert, dass das gesamte agrarpolitische Instrumentarium der einzelnen Länder unverändert weitergeführt werden kann. Die Erhebung von Preiszuschlägen auf eingeführten Futtermitteln war schon damals ein integraler Bestandteil des Instrumentariums zur Produktionslenkung in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite wurde aber das Fischmehl weder in die Liste D (Landwirtschaftsprodukte) noch in die Liste E (Fischereiprodukte) aufgenommen, für

1. Notiz: CH-BAR#E7001C#1989/59#644* (2520.01). Unterzeichnet von J.-C. Piot. Kopie an C. Sommaruga, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und das Integrationsbüro.

2. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

3. Zur EFTA-Ministerkonferenz vom 23. und 24. November 1978 in Genf vgl. das BR-Prot. Nr. 73 vom 17. Januar 1979, dodis.ch/52891. Zu den Gesprächen mit Norwegen vom 22. November 1978 vgl. die Notiz von W. Gyger vom 28. November 1978, dodis.ch/52892.

4. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 1 von R. Hunziker an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. März 1976, dodis.ch/49893.

5. Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–614. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 47, dodis.ch/15943 und Dok. 58, dodis.ch/15944.

die der Freihandel nicht gilt. Die Schweiz hat deshalb damals den Vorbehalt gemacht (leider nur mündlich), dass die Preiszuschläge als agrarpolitisches Lenkungsinstrument auch auf Fischmehl weiterhin erhoben werden dürfen⁶. Daran müssen wir unter allen Umständen festhalten, denn die Preiszuschläge auf importierten Futtermitteln sind das zentrale Steuerungselement für den Verbrauch importierter Futtermittel. Wenn wir hier eine Bresche offen lassen, kommt das ganze System ins Wanken. In Anbetracht der dauernden und schweren Angriffe auf die Importfuttermittel (vgl. Futtermittelinitiative) wäre es agrarpolitisch verheerend, hier nachzugeben.

Im übrigen sind wir den Norwegern schon ausserordentlich weit entgegengekommen, wie aus der beiliegenden Notiz⁷ hervorgeht. U. E. sind wir sogar mit der 3 Franken-Präferenz schon zu weit gegangen, wir zweifeln, ob wir diese überhaupt durchhalten können. Es ist dies weder intern noch extern eine völlig saubere Lösung. Die Norweger haben ausserdem gar nichts zu befürchten, sie haben nach wie vor völlig freien Zugang zum Schweizer Markt, und wir begnügen uns mit einem ausserordentlich tiefen Einfuhr-Schwellenpreis; quantitative Restriktionen sind keine vorhanden. Wir werden wie in den vergangenen Jahren auch in Zukunft ein recht beträchtliches Quantum von Fischmehl importieren müssen. Die Norweger sollten nun endlich mit dem Erreichten zufrieden sein, andernfalls müssten wir zum Gegenangriff übergehen und verlangen, dass das Fischmehl, wie bei der EG, in den Annexes E oder D aufgenommen wird. Eine völlige Freigabe der Einfuhren ist aus agrarpolitischen Gründen einfach undenkbar.

Ergänzend sei noch erwähnt: Wir sind gegenwärtig daran, intern noch abzuklären, ob allenfalls die Möglichkeit bestünde, den Norwegern statt einer Präferenz eine direkte Rückerstattung eines Teils der Preiszuschläge zu gewähren (vertraulich)⁸.

Sofern Sie es für dienlich erachten, delegieren wir gerne unseren Vertreter (Vizedirektor Dr. Popp) zu den Verhandlungen betreffend Traktandum Fischmehl nach Genf.

6. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1567 vom 18. September 1978, dodis.ch/52935.

7. Notiz von K. Weber an F. Honegger vom 17. November 1978, dodis.ch/52890.

8. Vgl. dazu die Notiz von K. Weber vom 20. November 1978, dodis.ch/52893.

188

dodis.ch/52055*Interne Notiz der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe¹*

RAHMENKREDITE: SALAMITAKTIK?

[Bern,] 24. November 1978

1. Dem Bundesrat ist verschiedentlich vorgeworfen worden, er betreibe mit der zeitlich gestaffelten Beantragung von verschiedenen Rahmenkrediten für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe eine Salamitaktik. Es handelt sich dabei um die folgenden vier Rahmenkredite:

- Rahmenkredit von 735 Mio. Franken für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (Botschaft vom 23. November 1977²; Bundesbeschluss vom 21. Juni 1978³);
- Rahmenkredit von 200 Mio. Franken für die Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (Botschaft vom 9. August 1978⁴);
- Rahmenkredit von 270 Mio. Franken für die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe (Botschaft vom 6. September 1978⁵);
- Rahmenkredit in der voraussichtlichen Höhe von 200 bis 250 Mio. Franken (davon auszuzahlen 20–30 Mio. Franken, Rest Garantie) für Beteiligung am Kapital von regionalen Entwicklungsbanken. Die Botschaft wird zurzeit vorbereitet⁶, die Beschlussfassung ist für 1979 vorgesehen⁷.

1. Notiz (Kopie): CH-BAR#E2005A#1991/16#216* (t.143.0(09)). Verfasst von J. Doswald, J.-F. Giovannini und Th. Raeber. Diese Darlegungen dienen als Vorlage für die Ausführungen von P. Aubert zur Frage der gestaffelten Rahmenkredite an der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 13. November 1978. Vgl. dazu das Protokoll vom 13. November 1978, dodis.ch/52145. Die vorliegende Fassung wurde am 24. November 1978 im Hinblick auf die Debatte im Ständerat vom 28. November 1978 über den 200-Millionen-Kredit für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit von P. Aubert an F. Honegger übermittelt. Vgl. dazu Amtl. Bull. SR, 1978, S. 602–606.

2. Vgl. BBl, 1978, I, S. 69–134. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1935 vom 23. November 1977, dodis.ch/52097.

3. Bundesbeschluss über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vom 21. Juni 1978, BBl, 1978, I, S. 1597 f.

4. Vgl. BBl, 1978, II, S. 385–417. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1251 vom 9. August 1978, dodis.ch/52224.

5. Vgl. BBl, 1978, II, S. 777–852. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1467 vom 6. September 1978, dodis.ch/52131.

6. Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an der Kapitalerhöhung der Asiatischen, der Interamerikanischen sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank vom 12. März 1979, BBl, 1979, I, S. 873–916. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 472 vom 12. März 1979, dodis.ch/53916.

7. Bundesbeschluss über die Beteiligung am Kapital der regionalen Entwicklungsbanken vom 26. September 1979, BBl, 1979, II, S. 1026.

Diese vier Rahmenkredite umfassen die gesamte gegenwärtig programmierte Tätigkeit des Bundes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe.

In der Botschaft vom 23. November 1977 hat der Bundesrat unter Ziff. 11 bereits angekündigt, dass im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dem Antrag für einen Rahmenkredit von 735 Mio. Franken zwei weitere Kreditanträge, sie sind soeben erwähnt worden, folgen würden. Ausserdem wurden bei verschiedenen Gelegenheiten vor dem Parlament und vor der Presse von Mitgliedern des Bundesrates die vier Vorlagen als solche, die miteinander in Zusammenhang stehen, aber nacheinander dem Parlament unterbreitet werden, genannt.

2. Insbesondere folgende Gründe haben uns veranlasst, dem Parlament vier Rahmenkredite und nicht einen einzigen vorzuschlagen:

2.1 Die vier Rahmenkredite betreffen zunächst einmal zwei verschiedene Tätigkeitsbereiche – Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe –, die freilich Gemeinsamkeiten aufweisen, wie die Botschaft vom 6. September 1978 über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft (unter Hinweis auf die Botschaft vom 19. März 1973 betreffend ein Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe⁸) deutlich macht. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Bereichen (die ebenfalls in den beiden erwähnten Botschaften dargelegt werden) lassen jedoch einzig separate Rahmenkredite für beide Bereiche als vernünftig erscheinen.

Immerhin wird für die verschiedenen Formern der *humanitären Hilfe* dem Parlament mit der Botschaft vom 6. September 1978 erstmals, *ein einziger Rahmenkredit* vorgeschlagen, was gegenüber der bisherigen Praxis eine beträchtliche Vereinfachung bedeutet.

In der *Entwicklungszusammenarbeit* nun betreffen die vorgeschlagenen Rahmenkredite Aktivitäten, die sich klar voneinander abheben lassen. Sie fügen sich in unterschiedliche Bereiche unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern ein, wie es übrigens die Debatten über den 735-Millionen-Kredit für technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe⁹ und über den 200-Millionen-Kredit für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit¹⁰ deutlich gezeigt haben. Die Behandlung der verschiedenen Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit in separaten Botschaften erlaubt es, in jedem einzelnen Fall die Politik des Bundesrates viel klarer darzulegen, als

8. Vgl. BBl, 1973, I, S. 869–939.

9. Die Debatten fanden am 7. März im Ständerat und am 21. Juni 1978 im Nationalrat statt. Vgl. Amtl. Bull. SR, 1978, S. 114–123 und Amtl. Bull. NR, 1978, S. 893–914. Vgl. ferner die Protokolle der Aussenpolitischen Kommissionen des Ständerats vom 10. Februar 1978, dodis.ch/52217 und des Nationalrats vom 11. Mai 1978, dodis.ch/52220.

10. Die Debatten fanden am 4. Oktober im Nationalrat und am 28. November 1978 im Ständerat statt. Vgl. Amtl. Bull. NR, 1978, S. 1343–1362 und Amtl. Bull. SR, 1978, S. 602–606. Vgl. ferner die Notiz von K. Jacobi an F. Honegger vom 7. August 1978, dodis.ch/52221 sowie die Protokolle vom 31. August 1978 der Aussenwirtschaftskommissionen des Nationalrats, dodis.ch/54017 und des Ständerats, dodis.ch/54018.

dies in einer einzigen Botschaft möglich wäre, und entsprechend in den Kommissionen und Räten die Materie gründlicher zu behandeln.

- 2.2 Die durch die verschiedenen Rahmenkredite abgedeckten Bereiche liegen zudem in der Kompetenz verschiedener Zweige der Bundesverwaltung¹¹. Für die technische Zusammenarbeit und die bilaterale Finanzhilfe wie für die humanitäre Hilfe ist die DEH im EPD zuständig, wobei die humanitäre Hilfe dort von einer eigenen Abteilung betreut wird¹². Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden von der Handelsabteilung des EVD durchgeführt. Schliesslich ist die Beteiligung am Kapital regionaler Entwicklungsbanken eine gemeinsame Aufgabe der Handelsabteilung und der DEH. Im übrigen werden wegen dieser Kompetenzaufteilung die Rahmenkredite von verschiedenen parlamentarischen Kommissionen behandelt.
- 2.3 Der Verwendungsrhythmus der verschiedenen Rahmenkredite ist ferner sehr unterschiedlich: beispielsweise folgen im Bereich der humanitären Hilfe den Verpflichtungen unmittelbar die Auszahlungen, während im Bereich der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe, nachdem die Verpflichtungen erfolgt sind, die Auszahlungen sich über mehrere Jahre erstrecken, was bedeutet, dass die diesbezüglichen Konten während einer langen Periode offengehalten werden müssen.
Aus dem Blickwinkel einer rationellen Buchhaltung ist es deshalb angezeigt, für die verschiedenartigen Verpflichtungen und damit verbundene Auszahlungen separate Rahmenkredite zu sprechen. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die Ausgaben für die verschiedenen Formen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe im Voranschlag unter verschiedenen Rubriken aufgeführt sind.
- 2.4 Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe¹³ sind in diesen beiden Bereichen erforderliche Mittel über Rahmenkredite zu bewilligen, was den Bundesrat nicht nur im Bereich der humanitären Hilfe, sondern namentlich auch in jenem der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu einer übersichtlichen Darstellung der Materie gegenüber dem Parlament veranlasst hat. Die Gliederung in vier Rahmenkredite bedeuten somit eine bedeutende Vereinfachung gegenüber der früheren Praxis. Die Rahmenkredite unter der Herrschaft des Gesetzes folgen jedoch zur Hauptsache früheren Krediten. Da diese nicht alle zur gleichen Zeit voll verpflichtet sind, werden die neuen Kredite auch nicht alle zur selben Zeit benötigt. Der Rhythmus der Kreditbeantragung ist somit dem effektiven Bedarf an Verpflichtungsmitteln anzupassen.

11. Zur Frage der Kompetenzabgrenzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1622.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 27, Dok. 10910, dodis.ch/52053.

13. Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, AS, 1977, S. 1352–1357. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

Aus all diesen Gründen unterbreitet der Bundesrat dem Parlament die vier Rahmenkredite in der erwähnten Art und Reihenfolge. In jeder Botschaft sind die Hinweise gegeben, die es erlauben, die einzelnen, bereits weitreichenden und komplexen Sachbereiche klar im Gesamtzusammenhang der öffentlichen Entwicklungshilfe¹⁴ zu sehen.

14. Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 19, dodis.ch/50268; Dok 24, dodis.ch/50286; Dok. 109, dodis.ch/52053 sowie Dok. 189, dodis.ch/50289.

189

dodis.ch/49088

*Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles¹*

DIE ERSTAUNLICHEN CHINESEN

[Bern,] 29. November 1978

Wir erfahren auf irgendeinem indirekten und zufälligen Wege einige Tage zum voraus, dass der chinesische Vize-ministerpräsident Wang Chen die Schweiz privat besuchen wird². Wang Chen ist u. a. auch für das 5.³ Maschinenbauministerium zuständig, das sich mit Kriegsmaterial befasst. Daher findet das Politische Departement, wir sollten keinerlei Anstalten treffen, ihn einzuladen. Wang Chen hat aber auf seinem Besuchsprogramm rein zivile Besuche, nämlich das Kraftwerk Emosson, die Schokoladenfabrik Broc der Firma Nestlé, die Uhrenfabrik Rolex und die Genfer Instrumentenfirma SIG. Bundesrat Honegger und ich finden deshalb, dass sich eine Geste lohnen würde. Wang Chen ist schliesslich, da er Mitglied des Zentralkomitees der Partei ist, der höchste chinesische Regierungsvertreter, der die Schweiz seit dem neuen Regime⁴ besucht. Er nimmt die Einladung zu einem Nachtessen in Genf an.

1. Notiz: CH-AfZ NL Paul R. Jolles Bd. 1127 (7.5.13.2).

2. Gemäss Telegramm Nr. 168 von P. R. Jolles an die schweizerische Botschaft in Peking, dodis.ch/49093, wurde der Besuch erst in letzter Stunde von der chinesischen Botschaft in Bern bekanntgegeben. Tatsächlich wurde die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements bereits durch das Telegramm Nr. 163 von W. Sigg an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 31. Oktober 1978 über den anstehenden Besuch orientiert. Während W. Sigg eine Höflichkeitsgeste in Form eines Essens empfahl, plädierte P. R. Jolles selbst für eine Zurückhaltung der Bundesbehörden. Für VIP Abfertigung am Flughafen & eventuelle weitere Hilfeleistungen protokollarischer Natur solle der Protokolldienst des Kantons Genf besorgt sein (kein Essen). Vgl. die Notiz von P. Bettschart an P. R. Jolles vom 7. November 1978, dodis.ch/52802.

3. Wang Zhen stand dem Vierten Maschinenbauministerium (Elektronik-Industrie mit militärischer Applikation) vor. Vgl. Anm. 2. Zu Wang Zhen vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 53, dodis.ch/49021.

4. Zur politischen Situation in China vgl. die Notiz von J. Cuendet an P. Aubert vom 14. Februar 1978, dodis.ch/49095.

Dieses improvisierte Zusammentreffen hat sich offensichtlich gelohnt. Erstens einmal die Person des Gastes: ein steinalter Chinese, mit einem feinziselierten Gesicht, der an einem Stock geht und den Langen Marsch mitgemacht hatte. Er erzählt uns, dass er acht Mal verwundet und operiert worden sei. Als Greis scheint er am Tisch einzuschlafen. Er öffnet die Augen kaum und murmelt nur leise vor sich hin. Wir nehmen an, der alte Mann sei völlig senil. Plötzlich aber erhebt er den Kopf und spricht mit lauter und nachdrücklicher Stimme. Der Dolmetscher⁵ übersetzt: «Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir soeben beschlossen haben, ausländische Investitionen, d. h. <joint ventures>, entgegenzunehmen und selbstverständlich auch Kredite, und zwar nicht nur private, sondern auch staatliche, da diese zu günstigeren Bedingungen gewährt werden. Ich hoffe, dass die Schweiz als befreundetes Land auf diesen Gebieten mittun wird.» Wir glauben, nicht recht verstanden zu haben; denn noch vor eineinhalb Monaten bei meinem Besuch in China⁶ hiess es ausdrücklich, dass Privatinvestitionen nicht in Frage kommen können, weil sie mit dem sozialistischen System unvereinbar wären. Auch unser Hinweis auf die Leistungsfähigkeit des schweizerischen Kapitalmarktes für die Gewährung von Krediten wurde zwar mit offensichtlichem Interesse registriert, aber ohne irgendwelche Reaktion, ausser der Feststellung, dass China jedenfalls keinerlei staatliche Kredite zu erhalten wünsche⁷. Ist dieser alte Mann senil, erzählt er Dinge, die mit der Regierungspolitik überhaupt nichts zu tun haben, oder hat der Dolmetscher falsch übersetzt? Wir tasten das Terrain ab. Ich frage ihn, welche Art von Investitionen erwünscht seien und wie, d. h. in welcher Form, sich ausländisches Kapital an chinesischen Produktionsstätten beteiligen könnte. Der Chinese antwortet sofort und recht lebhaft. Er scheint plötzlich erwacht zu sein: «Wir haben die Worte Maos falsch ausgelegt. Wir haben im höchsten Planungskomitee die Angelegenheit gründlich geprüft und erwogen und sind zum Schluss gekommen, dass Mao gegen Investitionen und Kredite nichts einzuwenden hatte, vorausgesetzt, dass sie im gegenseitigen Interesse liegen. Solange dieser Grundsatz angewendet wird, ist die Form der aussenwirtschaftlichen Zusammenarbeit nebensächlich. Was nun Investitionen anbetrifft, so könnten ausländische Firmen ohne weiteres mit unseren chinesischen staatlichen Organisationen gemeinsame Produktionsstätten errichten und hierfür Kapital, Maschinen und Technologie einführen. Zurückzahlen würden wir dann allerdings am liebsten mit unseren Rohstoffen. Wir sind reich an Bodenschätzen, und die Schweizer Unternehmen würden überall zugelassen. In China steht den Schweizern sowohl der Himmel wie die Erde und das, was unter ihr liegt, offen.» Ich sondiere weiter und frage ihn, ob derartige gemeinsame Projekte bereits realisiert worden seien oder ob es sich um eine ganz neue Idee handle. Er ist wiederum nicht um die Antwort verlegen: «Die Idee ist neu. Wir haben diesen Beschluss erst vor kurzem gefasst, aber wir stehen bereits mit einigen amerikanischen Firmen für <joint ventures> in Verhandlungen. Das mag Sie erstaunen, denn die Vereinigten Staaten

5. *Chu Hung-fa.*

6. *Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom 5. Oktober 1978, dodis.ch/49077.*

7. *Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 168, dodis.ch/49076.*

haben die Volksrepublik China bis heute diplomatisch noch nicht anerkannt. Aber dieser Umstand stellt für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Privatfirmen kein Hindernis dar. Ich hoffe, dass die Schweizer Magistraten die schweizerische Privatwirtschaft ermuntern werden, derartige Projekte vorzuschlagen. Jedes Unternehmen, dass eine Delegation mit Vorschlägen nach Peking schicken will, ist bei uns willkommen.» Der chinesische Botschafter in Bern⁸, der mir, obschon ich ihn kürzlich gesehen hatte, diesen Besuch nicht bekanntgab – auch unser Botschafter in Peking⁹ hat davon nichts gewusst – und der mir noch die gegenteilige chinesische Politik erläutert und bestätigt hatte, nickt verständnisvoll, lächelt undurchsichtig und nimmt diese Erklärung respektvoll und als wäre es eine Selbstverständlichkeit hin. So rasch schreitet die Öffnung gegenüber dem Westen und dem Kapitalismus in China fort¹⁰.

Die Stimmung ist ausgezeichnet. Ein Delegationsmitglied, Vizeminister für Wissenschaft und Forschung¹¹, zieht ein Blatt Papier aus der Tasche und sagt, er habe beim Besuch des Kraftwerkes Emosson ein Gedicht über die landschaftliche Schönheit der Schweiz und den hohen Stand unserer Technik gemacht. Das Gedicht wird vorgelesen und übersetzt und dann mit schöner Kalligraphie hinten aufs Menü geschrieben und Bundesrat Honegger als Erinnerung an den Abend überreicht. Ich versuche, das Gespräch fortzusetzen mit detaillierten Fragen über die Zuständigkeiten innerhalb der chinesischen Regierung bei der Vergabe von Projektaufträgen und über die Art und Weise, wie schweizerische Firmen vorzugehen haben, um den richtigen Kontakt zu schaffen. Bundesrat Honegger will wissen, wie lange es dauert, bis ein Projektentscheid getroffen ist. Das könne innerhalb weniger Wochen geschehen, lautet die Antwort. Höchste Entscheidungsinstanz sei die Planungskommission der Volksversammlung. Der Vizeministerpräsident, trotz seines hohen Alters und trotz des Umstandes, dass die Chinesen am Schluss des Nachtessens immer sofort aufstehen und nach Hause gehen, bleibt sitzen und trifft keinerlei Anstalten, aufzubrechen. Im Gegenteil, das Gespräch scheint ihn zu interessieren. Schliesslich sind wir es, die 23 Uhr 15 auf unseren Stühlen unruhig zu rücken beginnen. Wang Chen verspricht, den Vorsitzenden Hua Kuo-feng, den Vizeministerpräsidenten Teng Hsiao-ping und den für Planung zuständigen drittwichtigsten Mann der Hierarchie, den Vizeministerpräsidenten Yu Chiu-li über die gute Aufnahme zu orientieren, die er in der Schweiz gefunden hat. Er lädt Bundesrat Honegger ein, mit seiner Frau¹² nach China zu kommen, entweder für die Eröffnung der HUMATEX oder sonst zu einem ihm genehmen Zeitpunkt. Er würde sich jedenfalls freuen, ihn dann dort persönlich empfangen zu können.

8. Li Yunchuan. Zum Gespräch mit P. R. Jolles vom 20. Oktober 1978 vgl. die Notiz von P. Bett-schart vom 23. Oktober 1978, CH-BAR#E7110#1989/32#2163* (821).

9. W. Sigg. Vgl. Anm. 2.

10. Vgl. dazu das Schreiben von W. Sigg an P. R. Jolles vom 20. November 1978, dodis.ch/49096 sowie das Telegramm Nr. 174 von W. Sigg an P. R. Jolles vom 30. November 1978, dodis.ch/49094.

11. Gemäss Telegramm Nr. 168 von P. R. Jolles an die schweizerische Botschaft in Peking, dodis.ch/49093, handelt es sich um Duan Yun, den Vizeminsiter der Staatlichen Planungskommission.

12. L. Honegger-Jacot.

190

dodis.ch/48373*Telegramm des stv. Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann, an diverse schweizerische Vertretungen¹*

Bern, 1. Dezember 1978

1. Israelischer Aussenminister Dayan wird 6.–8.12. auf schweizerische Einladung Bern besuchen². (Vorbehalten bleiben spektakuläre Entwicklungen in Friedensverhandlungen³).

2. Da anzunehmen bzw. zu befürchten ist, dass diese Einladung in Euren Residenzländern Stirnrünzeln bewirken wird, geben Euch nachstehend background, den Ihr in Gesprächen falls nötig benutzen könnt:

3. Haben im Sommer Einladungen zu Besuch in Schweiz (in Erwiderung seinerzeitiger Besuch Grabers⁴) sowohl an ägyptischen⁵ wie an israelischen Aussenminister gerichtet, wobei Sondierungen betreffend Termin in Kairo einen Monat früher einsetzten. Einladungen wurden beiderseits prinzipiell akzeptiert, Termine wegen Überlastung aber vorläufig offengelassen⁶. Dayan hat uns als erster konkreten Termin vereinbart⁷, was natürlich in keiner Weise dahin interpretiert werden kann, wir gewährten Israel Priorität. Es besteht Aussicht, dass ägyptischer Besuch sich anfang nächsten Jahres konkretisiert. Einladung besteht jedenfalls nach wie vor.

4. Zu Eurer persönlichen streng vertraulichen Orientierung (also nicht zur Weitergabe an Gesprächspartner): PLO-Aussenminister Kaddumi wird

1. *Telegramm (Versandkopie)*: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#8437* (B.15.21.Isr.(2)). Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Addis Abeba für Südjemen, Algier, Amman, Bagdad, Beirut, Damaskus, Dschidda, Kairo, Kuwait, Rabat, Tripolis und Tunis. Kopie an J. Iselin, A. Rüegg, D. Dreyer sowie an das Sekretariat des Chefs des Politischen Departements.

2. Zu den Besprechungen zwischen P. Aubert und M. Dayan vgl. das Protokoll von D. Dreyer vom 29. Dezember 1978, dodis.ch/48374 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1440. Zu den Beziehungen der Schweiz mit Israel vgl. die Notiz für E. Brugger vom 2. April 1976, dodis.ch/48380; das Schreiben von J. Iselin an E. Kipfer vom 4. Oktober 1977, dodis.ch/48389; den Schlussbericht von J. Rüedi vom 12. Dezember 1977, dodis.ch/48378; das Schreiben von E. Moser an E. Bauermeister vom 5. Mai 1978, dodis.ch/48383; die Notiz von M. Jaccard an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 15. November 1978, dodis.ch/48393; die Notiz von F. Lütli an H. Kaufmann vom 21. November 1978, dodis.ch/48391 sowie die Notiz von I. Hofer an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 24. November 1978, dodis.ch/48390.

3. Zum Friedensprozess im Nahen Osten und dem Camp-David-Abkommen vgl. die Notiz von J. Cuendet vom 10. Januar 1978, dodis.ch/48376; den Politischen Bericht Nr. 26 von E. Bauermeister vom 20. September 1978, dodis.ch/48379 sowie das Telegramm Nr. 5355 von J. Iselin an diverse schweizerische Vertretungen vom 8. Dezember 1978, dodis.ch/48375.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 14, dodis.ch/39250 und Dok. 44, dodis.ch/39247.

5. M. I. Kamal.

6. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2989* (B.15.21.(2)). Im September 1978 übernahm in Ägypten B. Boutros-Ghali, der bereits Ende 1977 der ägyptischen Diplomatie vorstand, von M. I. Kamal das Amt des Aussenministers.

7. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 147 von E. Bauermeister an das Politische Departement vom 25. August 1978, Doss. wie Anm. 1.

nächstens in Bern zu «Aufwartung» empfangen werden auf Ebene Generalsekretär⁸ mit anschliessendem symbolischem Kurzbesuch bei Departementschef⁹. Initiative ging von Kaddumi aus. Nachdem er bei verschiedenen früheren Vorstössen stets vertröstet wurde, glaubten wir diesmal, nicht zuletzt aus optischen Gründen, zwecks Schaffung eines symbolischen Gegengewichtes zu vorläufig einseitigem Dayan-Besuch, Entgegenkommen zeigen zu sollen. Beidseits passendes Datum konnte noch nicht gefunden werden, doch ist PLO über unsere grundsätzliche Bereitschaft orientiert¹⁰. Nehmen an, dass diese Tatsache via PLO-Kanäle hinter den Kulissen auch in Eurem Residenzland durchsickert, was mithelfen wird, wegen Dayan-Besuch erregte Gemüter zu besänftigen¹¹.

8. A. Weitnauer.

9. P. Aubert.

10. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann an P. Aubert vom 24. November 1978 sowie das Telegramm Nr. 128 von H. Kaufmann an die schweizerische Botschaft in Bagdad vom 29. November 1978, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#424* (A.45.22.Uch). Zu den Beziehungen der Schweiz zur PLO vgl. DDS, Bd. 27, Dok. 81, [dodis/48807](https://www.dodis.ch/dodis/48807) und Dok. 130, [dodis.ch/48810](https://www.dodis.ch/dodis/48810) sowie die Notiz von F. Pometta an P. Aubert vom 4. Dezember 1978, [dodis.ch/48812](https://www.dodis.ch/dodis/48812).

11. Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. den Wochentelex Nr. 47 des Informations- und Pressediensts des Politischen Departements vom 11. Dezember 1978, [dodis.ch/49884](https://www.dodis.ch/dodis/49884).

191

[dodis.ch/49163](https://www.dodis.ch/dodis/49163)

*Der stv. Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements,
H. Kaufmann, an den schweizerischen Botschafter in London, E. Thalmann¹*

ZANU

Vertraulich

Bern, 1. Dezember 1978

Wir danken Ihnen für Ihre Auskünfte und Berichte vom 23. und 27. November². Es ist selbstverständlich – und wir möchten dies nochmals ausdrücklich unterstreichen – dass wir uns der höchst heiklen Natur von Kontakten zu oder der Gewährung von humanitärer Hilfe an irgendwelche Befreiungsbewegungen durchaus bewusst sind³. Wenn wir uns hier und da im Verhält-

1. Schreiben: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#2172* (B.73.5.41).

2. Vgl. die Schreiben von E. Thalmann an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 23. sowie vom 27. November 1978, Doss. wie Anm. 1.

3. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 24, [dodis.ch/38891](https://www.dodis.ch/dodis/38891), bes. Anm. 6; DDS, Bd. 27, Dok. 106, [dodis.ch/49365](https://www.dodis.ch/dodis/49365), bes. Punkt 4 sowie die Notiz von H. Kaufmann an die Politische Abteilung III des Politischen Departements vom 15. Dezember 1978, [dodis.ch/52139](https://www.dodis.ch/dodis/52139). Zum African National Congress vgl. die Notiz von J. Iselin vom 2. Dezember 1976, [dodis.ch/49574](https://www.dodis.ch/dodis/49574) sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 9. November 1977, [dodis.ch/49575](https://www.dodis.ch/dodis/49575).

nis zu bestimmten Bewegungen (früher zur PLO⁴, nun zu ZANU⁵ oder auch zu Inkatha⁶) gewisse «Konturen» zu ertasten versuchen, dann nicht im Sinne einer unbekümmerten Improvisation, sondern weil wir uns einem gewissen politischen Druck ausgesetzt sehen, dem früher oder später bis zu einem beschränkten Grade entgegenzukommen wir als im eigenen langfristigen Interesse liegend betrachten. Im Falle der in Australafrika gegen die weissen Minderheitsregierungen gerichteten Bewegungen, sehen wir einerseits die Augen nicht nur Schwarzafrikas, sondern auch eines nicht unwesentlichen Sektors der schweizerischen Öffentlichkeit (und Parteien) auf uns gerichtet, während wir andererseits doch mit einiger Sicherheit voraussehen können, dass die Befreiungsbewegungen von heute sich in absehbarer Zukunft zu tonangebenden Parteien in veränderten Staatswesen wandeln werden. Es gilt, mit Fingerspitzengefühl von Fall zu Fall abzusehen, wie und wo die langfristigen schweizerischen Interessen verteilt sind und möglichst keines dieser Interessen zu vernachlässigen.

Obige Ausführungen möchten gleichzeitig eine Art generelle Regie-Anweisung zu der im letzten Abschnitt Ihres Schreibens vom 27. November⁷ aufgeworfenen Frage sein. Neben diesen generellen Überlegungen sind natürlich die lokalen Sitten, Bräuche und Stimmungen zu beachten; d. h. konkret, dass Sie in Ihrem Falle neben den oben skizzierten schweizerischen «Leitlinien» ohne weiteres auch Rücksicht nehmen können auf das, was in London angängig oder eben nicht angängig ist.

Was die von einem Zanu (-Sithole)-Vertreter⁸ erbetene Liste von Parlamentariern betrifft, so verstehen wir Ihre Bedenken durchaus. Ein Kompromiss liesse sich eventuell darin finden, dass Sie dem Fragesteller antworten, die Botschaft verfüge über keine entsprechende Unterlage, doch stehe es ihm frei, sich via Bundeskanzlei an das Generalsekretariat der Bundesversammlung zu wenden. Nachdem das Parlament von uns völlig unabhängig funktioniert und agiert, werden wir auch für die Reaktion des Generalsekretariates in keiner Weise verantwortlich sein.

4. Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 23, dodis.ch/39251 sowie Dok. 187, dodis.ch/38640.

5. Vgl. dazu die Notiz von R. Stauch vom 31. August 1976, dodis.ch/49492 sowie das Schreiben von R. Mugabe an den Bundesrat vom 4. Oktober 1978, dodis.ch/49493.

6. Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann an P. Aubert vom 29. Juni 1978, dodis.ch/49676 sowie das Schreiben von H. Kaufmann an A. R. Lindt vom 7. November 1978, dodis.ch/49463.

7. Vgl. Anm. 2.

8. M. W. Zengeni.

*Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique,
J. Zwahlen, et du Chef du Bureau de l'intégration, F. Blankart¹*

LA SUISSE ET LE SYSTÈME MONÉTAIRE EUROPÉEN SME

Berne, 6 décembre 1978

Vous trouverez, ci-après, un certain nombre d'éléments d'information ainsi que le communiqué de presse² diffusé par le Conseil fédéral à l'issue de sa séance extraordinaire du 6 décembre 1978. Quant à la démarche à effectuer, veuillez vous référer au chiffre 6) ci-après.

1) Le communiqué issu du Conseil européen de Bruxelles, des 4 et 5 décembre³, fait allusion aux pays tiers en ces termes:

«Les pays européens ayant des liens économiques et financiers particulièrement étroits avec les Communautés européennes peuvent participer au système des taux de change et au mécanisme d'intervention. La participation sera fondée sur des accords entre banques centrales et ces accords seront communiqués au Conseil et à la Commission des communautés européennes.»

2) Nous abordons donc une nouvelle phase du SME⁴ qui rendait nécessaire l'actualisation de notre Sprachregelung⁵ (réponse à la question Knusel)⁶. Cette adaptation aux nouvelles circonstances est intervenue à l'issue d'une séance extraordinaire du Conseil fédéral, le 6 décembre 1978⁷, à laquelle le communiqué reproduit à l'annexe a été arrêté.

3) La prise de position du Conseil fédéral repose sur les considérations suivantes que nous vous donnons pour information personnelle.

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1261* (C.41.765.19). La notice est envoyée en circulaire aux représentations suisses.

2. Pour l'annexe, cf. dodis.ch/50149.

3. Cf. le télégramme N° 352 de C. Caillat à G.-A. Chevallaz du 5 décembre 1978, CH-BAR#E7113A#1990/132#494* (777.830).

4. Cf. le procès-verbal N° 446 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 26 juin 1978, dodis.ch/49361; le procès-verbal N° 480 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 13 juillet 1978, dodis.ch/49362; le télégramme de F. Blankart et J. Zwahlen du 10 octobre 1978, dodis.ch/50214; la notice de H. Ith et H. de Seidlitz et à D. Kaeser du 13 octobre 1978, dodis.ch/50182; la notice de D. Kaeser aux membres du Groupe de travail sur la situation monétaire internationale du 14 novembre 1978, dodis.ch/50189; la notice de P. R. Jolles à F. Honegger du 1^{er} décembre 1978, dodis.ch/50192; le PVCF de décision II de la 44^{ème} séance du 11 décembre 1978, dodis.ch/50271 et la lettre de P. Languetin à G.-A. Chevallaz, K. Furgler et F. Honegger du 21 décembre 1978, dodis.ch/50144.

5. Cf. la notice de H. Ith et H. de Seidlitz à D. Kaeser du 13 octobre 1978, dodis.ch/50182. Sur la nouvelle Sprachregelung, cf. le télégramme de J. Zwahlen à P. Languetin du 9 octobre 1978, dodis.ch/52200 et la notice de J. Zwahlen à P. Aubert du 30 octobre 1978, dodis.ch/50183.

6. Cf. le PVCF N° 1889 du 15 novembre 1978, dodis.ch/50190.

7. Cf. le PVCF N° 2090 du 6 décembre 1978, dodis.ch/50194.

- a) En raison de l'intérêt qu'on attache à toute mesure susceptible de contribuer à la stabilité monétaire, le Parlement, qui est en session, de même que la presse n'aurait pas manqué d'inonder le Conseil fédéral de questions sur le SME à l'issue du Conseil européen. Le communiqué de presse du Conseil fédéral, par sa diffusion rapide, prévient dans une certaine mesure ces questions.
- b) En annonçant sans tarder sa disponibilité à engager des consultations pour définir des solutions qui seraient mutuellement acceptables, l'intention des autorités suisses est d'éviter des perturbations sur les marchés des changes⁸, perturbations qui auraient pu être déclenchées si l'impression s'était dégagée que la Suisse, monétairement puissante, était isolée. C'est aussi pour cette raison que les autorités suisses ont réaffirmé la poursuite de la politique monétaire de la BNS du début d'octobre⁹. Cette politique, nous vous le rappelons, consiste notamment à stabiliser le franc par rapport au DM¹⁰. Il s'agit là d'un objectif que partagent les protagonistes du SME.
- c) Indiquer, aussi bien aux instances et États membres de la Communauté qu'à l'opinion publique suisse, notre volonté de coopérer étroitement avec le SME. Une de nos préoccupations est de consolider, si possible dès l'adoption du SME, la coopération étroite qui s'est instaurée entre la BNS et les banques centrales du serpent¹¹ depuis l'adoption de notre nouvelle politique monétaire.
- d) En mentionnant les mesures américaines du 1^{er} novembre¹², le Conseil fédéral a voulu exprimer l'importance qu'il attache à la stabilisation du dollar et à la coopération avec des pays non-européens. Cet élément devrait être souligné notamment à Washington et à Tokyo¹³.

4) Nous précisons, pour votre information personnelle, que le communiqué du Conseil fédéral ne préjuge en rien la forme et les modalités de la collaboration qui, le cas échéant, s'instaurerait. L'intention du Conseil fédéral, essentiellement procédurale, est destinée à engager des consultations de caractère technique

Nous ne voudrions pas, en particulier, que la publication du communiqué du Conseil fédéral soit interprétée comme une intention de donner une tournure politique à notre coopération avec le SME. C'est bien au contraire à une coopération au niveau technique des banques centrales que nous pensons, au même titre d'ailleurs que le Conseil européen qui la préconise dans son communiqué. Quant au passage du communiqué du Conseil fédéral relatif aux consultations, nous précisons qu'il ne signifie pas que nous avons déjà reçu une invitation formelle. Nous pouvons néanmoins inférer des contacts qui existent déjà entre la BNS et les banques centrales du SME, que de telles

8. Cf. DDS, vol. 27, doc. 17, dodis.ch/49295, notes 2 et 3.

9. Cf. le télégramme de A. Hegner du 3 octobre 1978, dodis.ch/50181.

10. Cf. DDS, vol. 27, doc. 180, dodis.ch/50147, note 3.

11. Cf. DDS, vol. 26, doc. 141, dodis.ch/39506, en particulier note 5; doc. 161, dodis.ch/39509 et doc. 170, dodis.ch/39508.

12. Cf. le procès-verbal N° 717 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 2 novembre 1978, dodis.ch/49364 et le PVCF de décision II de la 39^{ème} séance du 8 novembre 1978, dodis.ch/52300.

13. Cf. DDS, vol. 27, doc. 194, dodis.ch/52263.

consultations sont considérées comme utiles par nos partenaires. Elles ont en fait déjà débuté. Vous aurez d'ailleurs remarqué que la participation des pays tiers sera fondée sur des accords entre banques centrales, accords qui seront communiqués ensuite au Conseil et à la Commission des communautés européennes. La participation de pays tiers se distingue donc de celle des pays de la Communauté en ce qu'elle va moins loin. Elle concerne le système des taux de change et le mécanisme de crédits à court et moyen terme. Une éventuelle participation ne relèverait donc pas du droit international public. Les relations avec les organes communautaires sont aussi moins directes puisque ces accords leur seraient seulement communiqués. Il y a donc là une différence avec les pays de la Communauté pour lesquels le SME se fondera sur des actes législatifs tant au niveau communautaire qu'au niveau national.

5) Le communiqué du Conseil européen ne contient pas de surprise pour nous. Le fait que trois pays de la Communauté (Irlande, Italie et Royaume-Uni) n'aient pas pu envisager une adhésion à ce stade, ne doit pas être considéré comme un échec pour le SME en termes communautaires. Les raisons principales qui les tiennent à l'écart relèvent de considérations de politique intérieure et de la question des transferts de ressources qui est un élément parallèle de la négociation du système proprement dit.

Ces éléments n'ont pas d'influence en ce qui concerne une éventuelle collaboration suisse avec le SME.

6) Nous prions les postes qui reçoivent cette communication par télégramme (à l'exception des délégations près l'OCDE et près l'AELE) de porter de façon informelle le communiqué de presse du Conseil fédéral ci-joint à la connaissance de leurs interlocuteurs habituels en la matière.

En orientant les capitales, notre intention n'est pas de provoquer une réaction qui serait plutôt contre-productive. C'est la raison pour laquelle vous voudrez bien expliquer à vos interlocuteurs le contexte dans lequel le communiqué de presse du Conseil fédéral a été publié. Nous devrions éviter, en particulier, de susciter des tensions entre pays du SME (par exemple entre l'Allemagne fédérale et la France) au sujet de la future position de la Suisse dans le système. C'est pour cela que le Conseil fédéral souligne dans son communiqué que les solutions à définir doivent être acceptables pour toutes les parties.

7) Nous nous réservons de vous fournir de plus amples renseignements ultérieurement.

193

dodis.ch/50287*Notice pour le Chef du Département politique, P. Aubert¹*HAUT COMMISSARIAT POUR LES RÉFUGIÉS. RÉUNION CONSULTATIVE AU SUJET DES
RÉFUGIÉS EN ASIE DU SUD-EST²

Urgent

[Berne,] 8 décembre 1978

Nous vous informons qu'une réunion consultative portant sur la situation des réfugiés et personnes déplacées en Asie du Sud-Est aura lieu les lundi et mardi 11 et 12 décembre 1978 sous les auspices du Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés (HCR). Cette réunion avait déjà été décidée par le Comité exécutif du HCR lors de sa session annuelle du mois d'octobre³. Ce n'est que très récemment, à la suite du drame du «Hai Hong»⁴, que l'opinion publique a été sensibilisée à la question des réfugiés du Vietnam, alors que leur situation est alarmante depuis quelques temps déjà. De nombreux gouvernements ont ainsi été amenés à réagir et à accueillir des contingents de «boat-people».

La Suisse, qui a déjà accueilli environ 300 de ces réfugiés – nous rappelons qu'un contingent de 37 personnes est arrivé en Suisse ce 7 décembre – n'a pas participé à l'action en faveur des passagers du «Hai Hong»; elle continue cependant à donner l'autorisation d'entrée en Suisse à de petits groupes et à des cas individuels en provenance du Vietnam⁵. Par ailleurs, le Conseil fédéral aura à se prononcer probablement le lundi 11 décembre – sur une proposition du Département de justice et police visant à accueillir encore 300 réfugiés sur la base d'un programme formulé conjointement par CARITAS et HEKS et en collaboration avec le HCR et le CIME⁶. De son côté, le DPF vient de verser 300'000 francs au HCR pour ses activités en faveur des «boat-people» du Vietnam et continue, comme par le passé, à financer les programmes du HCR pour les réfugiés de cette région⁷.

1. Notice: CH-BAR#E2003A#1990/3#1952* (o.743.32). Rédigée par P. von Graffenried et signée par F. Pometta.

2. Sur la crise des réfugiés en Asie du Sud-Est, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1524.

3. Cf. le rapport de O. Schürch du 26 octobre 1978, dodis.ch/54136.

4. Cf. la notice de F. Pometta à la Division de l'aide humanitaire du Département politique du 16 novembre 1978, dodis.ch/52206.

5. Cf. le compte rendu de I. Mombelli du 24 février 1977, dodis.ch/52211; la notice de Ph. Chapatte à K. Furgler du 2 juin 1977, dodis.ch/52212; la notice de P. Barbey du 17 novembre 1977, dodis.ch/52205 et la notice de O. Schürch à K. Furgler du 13 septembre 1977, dodis.ch/50935.

6. Cf. le PVCF N° 2122 du 11 décembre 1978, dodis.ch/50936. Cf. aussi la notice de R. Ferrier du 15 décembre 1978, dodis.ch/50937; le téléx N° 120 de P. Erni à P. Aubert et la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du Département politique du 20 décembre 1978, dodis.ch/50939; la notice de Ph. Chapatte du 18 janvier 1979, dodis.ch/52219 et le PVCF N° 421 du 5 mars 1979, dodis.ch/50941.

7. Cf. la notice de P. Barbey à A. Bill du 27 février 1976, dodis.ch/52204; la notice de V. Lauper du 1^{er} juin 1978, dodis.ch/54167; la notice de F. Lüthi du 23 novembre 1978, dodis.ch/52207 et la lettre de F. Lüthi à P. Hartling du 28 novembre 1978, dodis.ch/52208.

La délégation suisse à la réunion consultative des 11 et 12 décembre, qui comprendra l'Ambassadeur Exchaquet, l'adjoint du Directeur de la Division de la police, un collaborateur de la DDA et un agent de la Division politique III⁸, pourra éventuellement annoncer la décision d'accueillir un nouveau contingent de 300 réfugiés si la décision est prise le lundi 11 décembre. La délégation fera, dans sa déclaration⁹, le bilan de l'aide fournie par la Suisse aux réfugiés du Vietnam. Si l'on compare notre assistance aux réfugiés et notre politique d'accueil avec celles d'autres États, il n'est pas démesuré de les qualifier d'appréciables.

Plusieurs gouvernements se feront représenter par d'importantes personnalités à cette réunion consultative, notamment les pays de l'ASEAN qui, devant l'afflux toujours croissant de réfugiés et des problèmes que cela implique, voudraient exercer une certaine pression sur les Communautés européennes pour qu'elles fournissent un effort plus substantiel¹⁰.

De leur côté, les États-Unis attachent également – pour les raisons que l'on sait – une très grande importance à la réunion consultative dont il est question. Dans une lettre du 6 décembre 1978¹¹, dont nous joignons copie en annexe, l'Ambassade des États-Unis nous expose son point de vue et exprime l'espoir que la Suisse continuera à apporter une aide substantielle aux réfugiés vietnamiens. Elle suggère aussi que nous intervenions auprès des autorités de Hanoï pour insister sur la présence du gouvernement vietnamien à la réunion consultative. Nous n'avons bien entendu pas donné suite à cette demande.

8. Membre de la délégation suisse: O. Schürch, O. Exchaquet, Ph. Chapatte, P. von Graffenried, F. Robert et F. Lüthi.

9. Déclaration de O. Schürch du 11 décembre 1978, dodis.ch/52210.

10. Sur les résultats de la réunion, cf. le rapport de F. Lüthi du 5 janvier 1979, dodis.ch/52218.

11. Lettre de E. W. Kempe à F. Pometta du 6 décembre 1978, dodis.ch/52209.

194

dodis.ch/52263

*Notice du Vice-Directeur de l'Administration fédérale des finances
du Département des finances et des douanes, D. Kaeser¹*

COMPTE RENDU SUCCINCT DE LA VISITE DE COURTOISIE DU VICE-MINISTRE
DES FINANCES DU JAPON² AU CHEF DU DÉPARTEMENT DES FINANCES ET DES
DOUANES³ (13 DÉCEMBRE 1978)

[Berne,] 15 décembre 1978

Le chef du Département des finances et des douanes a reçu le 13 décembre, à la maison de Wattenwyl, pour un déjeuner suivi d'un entretien, M. SAGAMI, vice-ministre des finances du Japon chargé des affaires financières internationales.⁴

La conversation a porté tout d'abord sur le *remaniement du cabinet japonais*⁵. Après avoir présenté cet événement comme un coup de théâtre, M. Sagami confirme à M. Chevallaz que le ministre des finances Murayama figure parmi les démissionnaires et qu'il ne pourra donc pas personnellement, à son grand regret, répondre à l'invitation du chef du Département des finances et des douanes⁶.

M. le Conseiller fédéral Chevallaz signale à son interlocuteur japonais les propos rassurants et assez convaincants que le président du Fed, M. Miller, a tenu, lors de son récent passage à Berne, sur les perspectives de succès des *mesures prises par les États-Unis* pour maîtriser l'inflation et stabiliser le dollar⁷: on pouvait en tout cas en déduire que la lutte contre l'inflation était devenue un impératif politique. M. Sagami répond que les autorités japonaises n'étaient pas encore entièrement rassurées. Le programme du président Carter était peut-être meilleur que la réputation qu'on lui avait faite. Il faudrait, pour en juger, attendre le résultat des prochaines négociations salariales, qui auront une importance décisive pour la réussite de ce programme. Le Japon reste convaincu que les États-Unis devraient faire davantage pour redresser

1. *Notice (copie)*: CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4157* (C.41.111.0).

2. T. Sagami.

3. G.-A. Chevallaz.

4. *Annotation dans le texte original*: M. Sagami, qui revenait d'une visite à Bonn, était accompagné de son conseiller M. Gyoten, de l'Ambassadeur du Japon à Berne, M. Okada et d'un secrétaire d'ambassade, M. Fujii. M. le Conseiller fédéral Chevallaz était entouré du Directeur de la Division fédérale du commerce, [P. R. Jolles,] du directeur de la division politique II du DPF, [J. Ise-lin,] et du chef du service monétaire et économique de l'Administration des finances, [D. Kaeser]. Le vice-président de la Direction générale de la Banque nationale, [L. Schürmann,] a participé au déjeuner.

5. *À la suite de luttes de pouvoir en sein du Parti libéral-démocrate*, M. Ōhira avait remplacé T. Fukuda en tant que Premier ministre japonais le 7 décembre 1978. Cf. le rapport politique N° 19 de P. Cuénoud du 14 décembre 1978, CH-BAR#E2300-01#1988/91#269* (A.21.31).

6. Cf. aussi la notice de D. Kaeser du 21 novembre 1978, dodis.ch/51806.

7. Cf. la notice de J. Zwahlen du 7 novembre 1978, dodis.ch/49858.

leur situation. La stabilisation du dollar ne saurait être durable sans un assainissement fondamental des finances publiques, sans un effort accru dans le domaine des exportations. M. Sagami rappelle que les engagements pris dans le cadre de l'action concertée, puis les effets de la brutale revalorisation du yen ont contraint les autorités japonaises à pratiquer une vigoureuse politique de relance budgétaire. Ayant à couvrir par l'emprunt un important déficit budgétaire, le Japon a une certaine réticence à tolérer sur son propre marché financier la concurrence d'un pays qui n'avait pas encore pris des mesures de redressement suffisantes. Quels étaient les sentiments des autorités suisses à l'égard du placement en Suisse de *bons du Trésor américain libellés en francs suisses*⁸? M. Schürmann précise que les autorités monétaires suisses sont favorables à cette opération qui, à leurs yeux, fait partie intégrante de l'ensemble des mesures de stabilisation du dollar annoncées de concert, le 1^{er} novembre, par les États-Unis, l'Allemagne, le Japon et la Suisse. Les négociations suivent leur cours et devraient se terminer au début de janvier. Le montant des bons à placer devrait être de l'ordre de 2 milliards de francs, les conditions – à l'exception du taux d'intérêt qui reste ouvert – seraient analogues à celles qui ont été arrêtées avec les Allemands. La Banque nationale, qui servira d'agent, veillera à ce que ces titres ne soient pas acquis par des non-résidents. Elle a le moyen d'éviter que leur placement n'ait des effets défavorables sur la liquidité du marché et sur le niveau des taux d'intérêt.

Un bref échange de vue a lieu sur la situation de l'Allemagne. M. Sagami et M. Chevallaz redoutent l'un et l'autre que l'insertion de ce pays dans le Système monétaire européen et la détérioration des relations entre les partenaires sociaux (aciéries) ne tendent à affaiblir le mark.

À la demande de M. Sagami, M. Chevallaz expose le point de vue des autorités suisses sur le *Système monétaire européen*⁹. M. Sagami estime, pour sa part, que ce système, conçu comme un moyen de protection contre les errements du dollar et comme un instrument d'intégration européenne pourrait jouer un rôle utile pour les pays participants à condition qu'il soit en mesure de bien fonctionner.

À son avis, les différences entre les taux de croissance et les taux d'inflation des pays participants font plutôt craindre que le Système monétaire européen ne devienne un foyer d'instabilité. M. Sagami et M. Chevallaz s'accordent à penser que les poussées excessives qui s'exercent sur le yen et sur le franc ne pourront être éliminées de façon durable que pour autant que les États-Unis parviennent à *maîtriser l'évolution du dollar*. Une nouvelle chute de la devise américaine favoriserait la balkanisation du système monétaire international.

Le Japon, précise M. Sagami, est parvenu pendant longtemps à refréner la tendance à l'*internationalisation du yen*¹⁰, mais cette tendance s'est assurément renforcée depuis 1976.

8. Cf. le procès-verbal N° 717 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 2 novembre 1978, dodis.ch/49364.

9. Cf. DDS, vol. 27, doc. 193, dodis.ch/50149.

10. Cf. la lettre de P. Cuénoud à J. Zwahlen du 27 avril 1976, CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4164* (C.41.121.0).

On a voulu savoir du côté suisse, si le Japon, qui sera l'organisateur du prochain *sommet économique mondial*, pensait pouvoir introduire dans l'ordre du jour le *volet monétaire* qui avait malheureusement manqué au sommet de Bonn¹¹. Avait-on l'impression au Japon que les États-Unis seraient maintenant plus favorables à l'ébauche d'une coordination des politiques monétaires et de change entre les principaux pays. Selon M. Sagami, la position des milieux gouvernementaux américains n'avait guère changé, mais une conférence que M. Volcker, président de la Fed de New York, a faite récemment à la Warwick University contenait une ouverture dans ce sens.

Enfin, il a été question de la Chine, dont la situation politique, selon M. Sagami, n'est pas encore stabilisée. En réponse à une question de M. Jolles, il donne à ses interlocuteurs suisses des indications sur le financement envisagé du commerce japonais avec la Chine¹².

En conclusion, M. Sagami et le Chef du Département des finances relèvent l'un et l'autre que cette rencontre avait mis en évidence de frappantes analogies dans la situation du Japon et de la Suisse et un intérêt commun pour une meilleure coordination internationale des politiques monétaires et de change. Ils sont tombés d'accord sur l'opportunité de consultations plus fréquentes, à tous les niveaux.

11. Sur le sommet de Bonn, cf. la notice de J.-F. Riccard du 7 avril 1978, dodis.ch/51933; la notice de J.-F. Riccard du 11 avril 1978, dodis.ch/51934 et le rapport de D. de Pury et P. Aenishänslin du 7 août 1978, dodis.ch/51935.

12. Cf. DDS, vol. 27, doc. 190, dodis.ch/49088.

195

dodis.ch/49312

Notice du Secrétaire du Chef du Département politique, F. Nordmann¹

NOTE SUR L'ENTRETIEN À BERNE, CHEZ LE CHEF DU DÉPARTEMENT², AVEC MM.

GEORG SULZER, SULZER FRÈRES SA, ERWIN BIELINSKI, BBC, WALDVOGEL,
CIBA-GEIGY, DANIEL, NESTLÉ, LE 19 DÉCEMBRE 1978, À 10.00 H.

[Berne,] 29 décembre 1978

M. Sulzer, qui conduit la délégation, lit un texte dans lequel il commence par remercier le Chef du Département de l'avoir reçue. Il s'agit d'un groupe qui s'est constitué uniquement en vue de cet entretien³. Le Président du Vortort, M. von Planta, a été informé, ainsi que M. Borgeaud, de la Société suisse des constructeurs de machines (VSM). L'objet de cet entretien est de rappeler

1. Notice: CH-BAR#E2001E-01#1991/17#953* (B.15.22.3).

2. P. Aubert.

3. Cf. la notice de H. Kaufmann du 5 décembre 1978, dodis.ch/50397.

l'intérêt de notre industrie à de bonnes relations avec tous les pays africains, en premier lieu avec l'Afrique du Sud.

L'industrie déplore l'influence croissante de la politique sur l'économie, qui pèse sur les excellentes relations qu'elle a réussi à nouer sur le marché sud-africain. Elle redoute les sanctions qui pourraient être décidées et qui mettraient en cause nos relations économiques avec l'Union sud-africaine à propos de la Namibie, bien que la Suisse ne soit pas formellement tenue de les appliquer⁴. Le précédent de l'embargo sur les armes⁵ fait craindre à la délégation que la Suisse ne se sente obligée d'appliquer elle aussi des sanctions. Or, dans ce cas, elle le ferait certainement avec plus de rigueur que les parties plus directement intéressées et cela ne manquerait pas d'avoir évidemment des répercussions défavorables sur nos relations⁶. M. *Waldvogel* explique pourquoi Ciba-Geigy continue d'investir en Afrique du Sud, comme partout ailleurs dans le monde. Il s'agit d'un transfert de technologie et de produits directement utiles aux populations. Tout en déplorant l'apartheid, Ciba-Geigy estime que ce problème ne peut pas interférer avec les relations commerciales. En revanche, la maison fait tout ce qui est possible sur le plan humain⁷. M. *Bielinski* fait valoir que BBC a des activités importantes en Afrique du Sud et au Nigéria; que ses activités en Afrique occidentale rayonnent à partir de trois centres, qui sont la Côte d'Ivoire, le Sénégal et le Cameroun, qu'elle s'efforce d'assurer la promotion des Noirs bien au-delà de ce qu'exigerait la loi. Les sanctions mettraient BBC dans une situation difficile, mais la maison rappelle qu'il ne faut pas se laisser influencer par une situation politique éphémère, comme le montre l'affaire de Cabora Bassa⁸. M. *Daniel*, de Nestlé, déclare qu'il en va de même pour sa maison qui, depuis 1925, possède 10 usines en Afrique du Sud, employant 3000 hommes, dont 500 Blancs seulement, et il estime que la production serait utile à la population quelle que soit l'évolution du régime, mais il ne saurait être question de fermer sous l'effet d'éventuelles sanctions et rappelle qu'au Chili Nestlé a continué de fonctionner avant, pendant et après Allende⁹.

4. Sur la question d'une prise de sanctions de l'ONU contre l'Afrique du Sud et les conséquences pour la Suisse, cf. DDS, vol. 22, doc. 33, dodis.ch/30386; DDS, vol. 23, doc. 7, dodis.ch/31045 et DDS, vol. 23, doc. 156, dodis.ch/31047; DDS, vol. 24, doc. 60, dodis.ch/33642; DDS, vol. 25, doc. 86, dodis.ch/35680; DDS, vol. 26, doc. 100, dodis.ch/38893; DDS, vol. 27, doc. 106, dodis.ch/49365; la notice de J. Monnier à P. Graber du 28 novembre 1977, dodis.ch/53897 et le PVCF N° 557 du 5 avril 1978, dodis.ch/52128.

5. Cf. DDS, vol. 22, doc. 187, dodis.ch/30436.

6. Sur les doutes de la Division du commerce du Département de l'économie publique concernant les livraisons de Sulzer SA vers l'Afrique du Sud, cf. la notice de P. R. Jolles à E. Brugger, A. Weinauer, R. Bindschedler, F. Rothenbühler, B. von Tscharnier et R. Madöry du 31 août 1978, dodis.ch/49398.

7. Cf. aussi la notice de H. Strauch du 17 décembre 1976, dodis.ch/49458.

8. Cf. la compilation dodis.ch/C1638.

9. Sur la questions des nationalisations au Chili, cf. DDS, vol. 25, doc. 142, dodis.ch/35858, en particulier note 5. Sur la situation de Nestlé au Chili, cf. le télégramme N° 51 de l'Ambassade de Suisse à Santiago de Chili au Département politique du 7 juillet 1973, dodis.ch/38281 et le rapport du Département politique du 18 septembre 1973, dodis.ch/38248.

En Rhodésie, Ciba-Geigy n'a qu'un dépôt, Bulawayo, et seulement commercial, et Sulzer, des mines exploitées par l'Afrique du Sud. En Namibie, rien.

Le *Chef du Département* remercie la délégation, déclare à titre personnel combien il est attaché aux entreprises représentées, et comme Suisse, combien il en est fier.

Il ne s'est jamais identifié aux critiques qui lui ont été adressées.

Il ne peut pas dire ce qui arriverait si l'ONU décidait des sanctions, mais les quatre piliers de notre politique étrangère, dont l'universalité nous entraîne à reconnaître tous les États du monde, s'appuient sur la Constitution qui proclame la liberté du commerce et de l'industrie. Dans ce domaine, le Conseil fédéral n'a pas de compétences et c'est le Conseil fédéral comme tel, et non le Département, qui décidera. À titre personnel, le Chef du Département ajoute que si on lui demande en Afrique si la Suisse va suivre des sanctions éventuelles, il ne serait pas en mesure de répondre, mais, en tout cas, il peut assurer la délégation qu'il ne tiendra pas de propos qui soient défavorables à ses intérêts en Afrique du Sud. Il promet de recevoir la délégation à nouveau à son retour. M. *Zwahlen* prend alors la parole. Il souligne certains éléments préoccupants pour nous dans la situation actuelle, où le Nigéria est devenu notre principal client en Afrique¹⁰. D'autre part, la situation économique en Afrique du Sud se dégrade du fait de l'économie de guerre qui est en train de s'installer¹¹. On restreint la demande et l'excédent commercial augmente, si bien qu'on assiste à des sorties massives de capitaux, près de 700 mio de rands au cours des sept premiers mois de cette année, au lieu d'un afflux qu'on avait constaté jusqu'alors. Or, l'Afrique du Sud aurait besoin d'une croissance très forte pour faire face au chômage. Sa politique actuelle, qui va à l'encontre des nécessités, suscite une augmentation des pressions sociales. D'autre part, les importations de pétrole augmentent (9/10 proviennent de l'Iran).

Or, les pays industrialisés accentuent leurs pressions dans les enceintes internationales sur des pays comme le nôtre et nous sommes obligés de nous défendre, notamment sur la question des multinationales¹². En contrepartie, nous pourrions nous attendre à une certaine discrétion de la part de certaines entreprises, car nous sommes dans une situation difficile et nous nous efforçons de maintenir un équilibre fragile, par exemple face aux accusations du Comité des sanctions contre la Rhodésie¹³. Nous avons à cœur la défense des intérêts économiques, mais nous devons préserver un équilibre, or la perte

10. Sur l'état des relations commerciales avec le Nigéria, cf. DDS, vol. 27, doc. 181, dodis.ch/49890; la lettre de E. Moser à F. Andres du 21 janvier 1976, dodis.ch/52883; la lettre de E. Moser à F. Hamburger et T. S. Pataky du 30 août 1977, dodis.ch/52880; le PVCF N° 2078 du 5 décembre 1977, dodis.ch/52881; la notice de W. Rieser du 5 décembre 1978, dodis.ch/50399 et le télégramme N° 316 de W. Rieser à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 28 décembre 1978, dodis.ch/49945. Sur les intérêts économiques suisses en Afrique en général, cf. le rapport de E. Hofer du 22 décembre 1978, dodis.ch/50346, en particulier pp. 9–22.

11. Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 8 novembre 1977, dodis.ch/54046 et la notice de E. Martin du 20 décembre 1978, dodis.ch/54047.

12. Cf. la lettre de P. R. Jolles à S. Marcuard du 19 avril 1977, dodis.ch/49584.

13. Sur l'attitude de la Suisse envers les sanctions de l'ONU contre la Rhodésie, cf. la compilation thématique dodis.ch/T1571.

de nos intérêts au Nigéria, pour le prix de défendre ceux en Afrique du Sud, n'est pas concevable. M. *Hegner* fait une analyse de la probabilité de sanctions décrétées par le Conseil de sécurité. Les États-Unis pourraient y être plus favorables que le Royaume-Uni ou la France. La Suisse ne serait pas tenue par d'éventuelles sanctions, mais elles ne devraient pas permettre de les contourner. Il est vrai que les autres pays sont plus flexibles. L'entretien se termine alors, la délégation assurant tour à tour les participants que les entreprises maintiendront un profil bas et qu'elles ne feront pas de publicité sur leurs activités en Afrique du Sud, sauf quand elles ressentent le besoin de s'expliquer devant l'opinion. M. *Bielinski* relève que le nouveau Ministre¹⁴ dont BBC dépend (Mines et énergie) est plus pragmatique que son prédécesseur¹⁵.

Un nouveau contact est convenu pour février¹⁶.

14. S. P. Botha.

15. P. G. J. Koornhof.

16. Cf. la notice de J. Iselin et R. Stauch du 19 mars 1979, dodis.ch/50393.

VII. THEMATISCHES VERZEICHNIS / TABLE MÉTHODIQUE / TAVOLA METODICA

Die Zahlen des thematischen Verzeichnisses verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les chiffres de la table méthodique renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

Le cifre della tavola metodica rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

1. Grundfragen der Aussenpolitik / Questions générales de politique étrangère / Questioni generali della politica estera

Allgemeines / Généralités / Generalità **1, 58, 66, 83, 146**

Diplomatische Beziehungen / Relations diplomatiques / Relazioni diplomatiche **14, 29, 30, 46, 84, 88 95, 111, 124, 142, 147, 149, 150, 155, 164, 191**

Neutralität / Neutralité / Neutralità **1, 3, 7, 69, 91, 173**

Beziehungen zu kommunistischen Staaten / Relations avec les États communistes /
Relazioni con gli Stati comunisti **9, 28, 29, 37, 39, 47, 53, 59, 63, 68, 70, 86, 96, 100, 102, 117, 122, 141, 143, 151, 157, 160, 168, 170, 178, 179, 185, 189**

Beziehungen zu geteilten Staaten / Relations avec les États divisés / Relazioni con
Stati divisi **9, 21, 30, 35, 86, 140**

Aufnahme diplomatischer Beziehungen / Établissement de relations diplomatiques /
Avvio di relazioni diplomatiche **9, 108, 152**

Menschenrechte / Droits de l'homme / Diritti umani **12, 14, 40, 96, 114, 143, 160**

Bild der Schweiz im Ausland / Image de la Suisse à l'étranger / Immagine della
Svizzera all'estero **11, 49, 62, 90**

Rechtshilfe / Entraide juridique / Assistenza legale **6, 58, 91, 101**

Umweltpolitik / Politique environnementale / Politica ambientale **26, 31, 184**

2. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen / Relations économiques et financières / Relazioni economiche e finanziarie

Allgemeines / Généralités / Generalità **13, 23, 52, 70, 82, 112, 127, 135, 138, 177, 189, 195**

Finanzplatz Schweiz / Place financière suisse / Piazza finanziaria svizzera **6, 17, 20, 43, 49, 62, 142, 149, 168**

GATT **74, 92, 105**

Doppelbesteuerung / Double imposition / Doppia imposizione **44, 48, 49, 50, 90**

Nationalisierungen / Nationalisations / Nazionalizzazioni **142**

Währungspolitik / Politique monétaire / Politica monetaria **17, 42, 92, 105, 163, 169, 174, 175, 180, 192, 194**

Uhrenfragen / Questions horlogères / Questioni orologiere **105, 170**

Industrie / Industrie / Industria **8, 23, 78, 154, 171**

Verbotene Handlungen für einen fremden Staat / Actes exécutés sans droit pour un
État étranger / Atti compiuti senza autorizzazione per conto di uno Stato estero
27, 181

Kriegsmaterialexport / Exportation de matériel de guerre / Esportazioni di materiale
bellico **41, 73, 97, 106**

Verkehrsfragen / Transports / Trasporti **55**

Energie- und Rohstofffragen / Énergie et matières premières / Energia e materie
prime **10, 58, 60, 159, 176**

Atomenergie / Énergie nucléaire / Energia nucleare: **36, 58, 93, 101, 125, 134, 184**
 Exportfragen / Questions d'exportation / Questioni concernenti l'esportazione **60, 64, 92, 123, 137, 141, 144**

3. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern / Coopération économique et technique avec les pays en voie de développement et les nouveaux pays industrialisés / Cooperazione economica e tecnica con i paesi in via di sviluppo e di recente industrializzazione

Allgemeines / Généralités / Generalità **1, 19, 24, 28, 77, 98, 109, 188**

Afrika / Afrique / Africa **162, 181**

Asien / Asie / Asia **13, 82, 136, 167, 170**

Lateinamerika / Amérique latine / America latina **22, 103, 139, 144**

Finanzhilfe / Aide financière / Aiuto finanziario **19, 24, 75, 77, 172, 174**

Exportförderung / Promotion des exportations / Promozione delle esportazioni **8, 13, 17, 64, 110, 131**

4. Internationale Organisationen / Organisations internationales / Organizzazioni internazionali

Allgemeines / Généralités / Generalità **7, 21, 77, 153**

UNO und UNO-Spezialorganisationen / ONU et Organisations spécialisées de l'ONU / ONU e Organismi specializzati dell'ONU **1, 2, 7, 24, 25, 92, 106, 107, 120, 145, 156, 158, 165, 166, 169**

Die internationale Rolle Genfs / Le rôle international de Genève / Il ruolo internazionale di Ginevra **81, 94, 130, 182**

5. Europapolitik / Politique européenne / Politica europea

EG / CE / CE **4, 55, 57, 85, 87, 128, 183**

Europarat / Conseil de l'Europe / Consiglio d'Europa **5, 12, 54, 61, 66, 148**

EFTA / AELE / AELS **25, 33, 34, 85, 187**

OECD / OCDE / OCDE **48, 92**

6. Gute Dienste und humanitäre Aktionen / Bons offices et activités humanitaires / Buoni uffici e attività umanitarie

Gute Dienste / Bons offices / Buoni uffici **10, 38, 58, 63, 67, 116, 140**

Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe / Aide humanitaire et aide en cas de catastrophe / Aiuto umanitario e aiuto in caso di catastrofe: **26, 31, 50, 108, 109**

7. Migrations- und Flüchtlingspolitik / Politique migratoire et des réfugiés / Politica migratoria e dei rifugiati

Auslandschweizer / Suisses de l'étranger / Svizzeri all'estero **15, 86, 186**

Ausländerpolitik / Politique des étrangers / Politica degli stranieri: **27, 38, 44, 90, 113, 117, 118, 148**

Sozialversicherungen / Sécurité sociale / Previdenza sociale **32, 54, 56**

Flüchtlings- und Asylpolitik / Politique de l'asile / Politica d'asilo **16, 45, 65, 193**

Fremdenfeindlichkeit / Xénophobie / Xenofobia **118**

8. Wechselwirkungen zwischen Innen- und Aussenpolitik / *Interactions entre politique intérieure et extérieure / Interazioni tra politica interna e estera*

Allgemeines / Généralités / Generalità **1, 120, 123, 128, 155, 169**

Wissenschaftsfragen / Questions scientifiques / Questioni scientifiche **4, 57, 134**

Kultur- und Sprachenfragen / Questions culturelles et linguistiques / Questioni culturali e linguistiche **27, 56, 68, 98, 115, 129, 178**

Öffentlichkeit und Medien / Opinion publique et médias / Opinione pubblica e media **1, 16, 22, 49, 79, 80, 88, 102, 110, 119, 127**

Eidgenössische Behörden / Institutions fédérales / Istituzioni federali **3, 8, 51, 71, 80, 109, 125, 133, 146**

Geschlechterfragen / Questions de genre / Questioni di genere **71**

9. Innere und äussere Sicherheitspolitik / *Politique de sécurité intérieure et extérieure / Politica di sicurezza interna ed esterna*

KSZE / CSCE / CSCE **1, 79, 89, 96, 121, 126, 173**

Militärische Zusammenarbeit / Coopération militaire / Cooperazione militare **18, 56, 161**

Rüstungspolitik / Politique d'armement / Politica d'armamento **11, 23, 36, 56, 58, 72, 166**

Spionage / Espionnage / Spionaggio **37, 47, 51, 80, 86, 132, 176**

Terrorismus / Terrorisme / Terrorismo **5, 10, 18, 65, 76, 88, 169**

Nahostkonflikt / Conflit du Moyen Orient / Conflitto del Medio Oriente **10, 15, 76, 81, 97, 130, 190**

Sicherheit der diplomatischen Vertretungen / Sécurité des représentations diplomatiques / Sicurezza delle rappresentanze diplomatiche **15, 18, 35, 99, 139**

VIII. REGISTER / INDEX / INDICE

VIII.1. PERSONENREGISTER
INDEX DES NOMS DE PERSONNES
INDICE DELLE PERSONE

Der vorliegende Index erfasst alle Personen, die insgesamt in den in der Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als Faksimile publizierten Dokumenten erwähnt sind, selbst wenn im vorliegenden Band nur ein Auszug des Dokuments abgedruckt ist. Entsprechend sind die Personen, die nur im Anmerkungsapparat erwähnt werden, nicht indexiert. Nebst dem Namen führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis, in welcher biografische Informationen zu den Personen und weitere Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im vorliegenden Band.

Le présent index comprend les personnes qui sont mentionnées dans l'ensemble des documents publiés, sous forme de facsimilés, dans la base de données Dodis (www.dodis.ch), même si dans le présent volume seul un extrait desdits documents est publié. Par contre, les personnes qui sont mentionnées uniquement dans l'appareil critique et pas dans le document ne sont pas indexées. Les noms des personnes sont suivis des **permaliens** de la base de données Dodis, dans laquelle se trouvent des informations biographiques et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux numéros des **documents dans le volume**.

Il presente indice include tutte le persone che compaiono nei documenti pubblicati sotto forma di facsimile nella banca dati Dodis (www.dodis.ch), anche se nel volume ne viene pubblicato soltanto un estratto. Non sono invece incluse le persone menzionate nell'apparato critico ma non nel corpo del documento. I nomi delle persone dell'indice recano anche il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni biografiche e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

Abel, Rudolf Iwanowitsch

dodis.ch/P56991, 51

Achard, Pierre dodis.ch/P55350, 154

Aebi, Hugo dodis.ch/P38653, 68

Aebli, Hans dodis.ch/P41885, 159

Affolter, Paul dodis.ch/P26913, 123

Akhund, Iqbal Ahmed dodis.ch/P57200, 92

Al Gosaibi, Ghazi Abdul Rahman

dodis.ch/P54138, 149

Allemann, Hugo dodis.ch/P15176, 68

Allenbach, Louis dodis.ch/P3734, 162

Allende, Salvador dodis.ch/P35026, 14, 195

Al Saud, Chalid ibn Abd al-Aziz

dodis.ch/P50359, 149

Al Saud, Faisal ibn Abd al-Aziz

dodis.ch/P15015, 97

Al Saud, Saud ibn Faisal ibn Abd al-Aziz

dodis.ch/P50360, 149

Al Saud, Sultan ibn Abd al-Aziz

dodis.ch/P54121, 149

Al-Sheikh, Abdulrahman

dodis.ch/P57063, 149

Al-Solaim, Soliman Abdul-Aziz

dodis.ch/P54189, 149

Alwan Al-Juboury, Hamid

dodis.ch/P37953, 159

Ammann, Roger dodis.ch/P53581, 26, 31

Amstein, André dodis.ch/P3010, 18, 51

Amstutz, Peter dodis.ch/P55576, 51

An-Nuwaysser, Sheikh Mohammad

dodis.ch/P57095, 149

Andermatt, Othmar dodis.ch/P42685, 51

Andersen, Knud Børge dodis.ch/P49020, 85

Andersson, Sven dodis.ch/P42009, 56

Andrei, Ștefan dodis.ch/P53567, 151

Andreotti, Giulio dodis.ch/P13865, 26

Andres, Ernst dodis.ch/P15998, 79, 80, 102, 142, 190

Andres, Frieder Heiner dodis.ch/P2641, 82

- Andresen, Sven dodis.ch/P53797, 101
 Annasohn, Jakob dodis.ch/P7306, 51
 Ansary, Hushang dodis.ch/P48931, 60
 Arioli, Silvio dodis.ch/P24523, 78
 Arx, Herbert von dodis.ch/P28884, 36, 145
 Åström, Sverker dodis.ch/P16730, 56
 Aubaret, Pierre-Henri dodis.ch/P216, 28, 151
 Aubert, Pierre dodis.ch/P23640, 51, 101, 107, 111, 114, 118, 119, 120, 121, 122, 125, 128, 130, 131, 132, 134, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 146, 149, 150, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 160, 163, 164, 165, 166, 173, 180, 182, 185, 190, 193, 195
 Augsburger, Walter dodis.ch/P48780, 147
 Axen, Hermann dodis.ch/P51047, 157
 Bajpai, Uma Shankar dodis.ch/P53403, 136
 Baldi, Marino dodis.ch/P49160, 87
 Banderet, Luc dodis.ch/P54262, 22
 Barakat, Daoud Amin dodis.ch/P48577, 81
 Barakat-Schrabbeck, Monika dodis.ch/P51894, 81
 Barbey, Claude dodis.ch/P46989, 184
 Barbey, Pierre Aimé dodis.ch/P18992, 2
 Barre, Raymond dodis.ch/P31492, 92, 154, 155
 Barth, Herbert dodis.ch/P53367, 86, 132
 Basrawi, Farid Yousef dodis.ch/P53385, 149
 Battistini, Giovanni dodis.ch/P55256, 90
 Bauer, Gérard dodis.ch/P1129, 102
 Baumann, Gustav dodis.ch/P55980, 36
 Baumgartner, Dante dodis.ch/P45306, 142
 Beaujon, Robert dodis.ch/P15418, 190
 Begin, Menachem dodis.ch/P27902, 149
 Béguin, Jean-Pierre dodis.ch/P50654, 75, 172
 Beil, Gerhard dodis.ch/P51149, 86
 Ben Bella, Ahmed dodis.ch/P15554, 142
 Berkhouwer, Cornelius dodis.ch/P56800, 128
 Berlinguer, Enrico dodis.ch/P46963, 39, 84
 Besomi, Franco dodis.ch/P15397, 99
 Bettschart, Peter C. dodis.ch/P46984, 8, 35, 60, 64, 82, 92, 97, 137, 141, 149, 159, 181
 Biderbost, Paul dodis.ch/P42237, 36, 147
 Biéler, Jean-Daniel dodis.ch/P27861, 106
 Bielinski, Erwin dodis.ch/P31264, 141, 195
 Bielka, Erich dodis.ch/P2988, 25
 Bil'ak, Vasil' dodis.ch/P54570, 179
 Bill, Arthur dodis.ch/P29204, 2, 26, 50, 63, 109, 116
 Billet, Georges dodis.ch/P53672, 55
 Bindschedler, Rudolf dodis.ch/P1396, 36, 46, 47, 69, 91, 93, 96, 101, 112, 120, 121, 125, 150, 161
 Bischof, Erwin dodis.ch/P46600, 4, 79, 88
 Blake, George dodis.ch/P57370, 51
 Blanchard, Francis dodis.ch/P40973, 107
 Blankart, Franz dodis.ch/P22246, 33, 55, 85, 87, 128, 134, 183, 192
 Blocher, Rudolf dodis.ch/P41125, 51
 Blunschy-Steiner, Elisabeth dodis.ch/P27284, 160
 Bochatay, Armand dodis.ch/P47337, 51
 Boesch, Christian dodis.ch/P41268, 34, 85
 Bofossa Wambea Nkosso, Charles dodis.ch/P56020, 147
 Bogsch, Árpád dodis.ch/P22122, 94
 Bohnert, Fritz dodis.ch/P15967, 190
 Boillat, Jean-Marc dodis.ch/P16141, 169, 179
 Boissonnas, Luc dodis.ch/P40555, 129
 Bolle, Pierre-Henri dodis.ch/P55022, 148
 Bommer, Alois dodis.ch/P52192, 36
 Bonjour, Edgar dodis.ch/P2209, 69
 Bonny, Jean-Pierre dodis.ch/P31277, 54, 107
 Borgeaud, Pierre dodis.ch/P57042, 195
 Borissow, Boris Andrianowitsch dodis.ch/P18845, 178
 Bornhauser, Otto dodis.ch/P21644, 171
 Bossart, Erwin dodis.ch/P52723, 1
 Bosshard, Rudolf dodis.ch/P17458, 95
 Botha, Stephanus Petrus dodis.ch/P57280, 195
 Boulgaris, Jean-Marc dodis.ch/P22267, 176
 Boumédiène, Houari dodis.ch/P33898, 142
 Bourgnon, Etienne dodis.ch/P17411, 2
 Bourquin, Gérald dodis.ch/P50608, 149
 Bouteflika, Abd al-Aziz dodis.ch/P42084, 142
 Bozorgmehr, Esfandiar dodis.ch/P54072, 35
 Braegger, Martha dodis.ch/P56390, 162
 Brandt, Willy dodis.ch/P15409, 92, 113
 Brandt, Willy dodis.ch/P35017, 147
 Bratschi, Heinz dodis.ch/P47500, 51
 Breguet, Bruno dodis.ch/P46622, 76

- Breschnew, Leonid Iljitsch dodis.ch/P15543, 36, 122, 185
 Broger, Raymond dodis.ch/P42665, 24
 Brown, Harold dodis.ch/P53762, 72
 Brugger, Ernst dodis.ch/P31389, 8, 12, 13, 20, 25, 28, 34, 35, 49, 54, 55, 59, 60, 64, 66, 73, 77, 85, 87, 92, 95, 117, 149
 Brunner, Dominique dodis.ch/P55976, 36
 Brunner, Edouard dodis.ch/P19047, 96, 133, 150, 153, 169, 173
 Brzezinski, Zbigniew dodis.ch/P46671, 185
 Bucher, Giovanni Enrico dodis.ch/P10060, 16, 39
 Budin, Roger Philippe dodis.ch/P15736, 142
 Bürer, Kurt dodis.ch/P42240, 36
 Bürgi, Jürg dodis.ch/P56396, 143
 Bütikofer, Gottfried Willi dodis.ch/P41144, 36
 Bundy, William Putnam dodis.ch/P40955, 83
 Burckhardt, Jacob dodis.ch/P35527, 115
 Burns, Arthur Frank dodis.ch/P31499, 92
 Buser, Walter dodis.ch/P34772, 17, 26, 131, 160, 163
 Butty, Laurent dodis.ch/P46911, 128
 Çağlayangil, İhsan Sabri dodis.ch/P44319, 38, 100
 Caillat, Claude dodis.ch/P2697, 134
 Calice, Georg dodis.ch/P52014, 33
 Campiche, Samuel François dodis.ch/P1323, 84
 Cámpora, Héctor José dodis.ch/P14492, 22
 Caratsch, Claudio dodis.ch/P15359, 26, 30, 31, 38, 138
 Carobbio, Werner dodis.ch/P23023, 108
 Carrillo Solares, Santiago dodis.ch/P51214, 84, 185
 Carruzzo, Félix dodis.ch/P40063, 10
 Carter, Jimmy dodis.ch/P39431, 36, 58, 92, 93, 107, 112, 116, 185, 194
 Casanova, Max dodis.ch/P9805, 14
 Castro, Fidel dodis.ch/P14631, 116
 Cavaglieri, Alberto dodis.ch/P54740, 113
 Ceaucescu, Nicolae dodis.ch/P15499, 151
 Celio, Nello dodis.ch/P26988, 51
 Cevey, Jean-Jacques dodis.ch/P42233, 36
 Chappuis, Gérard dodis.ch/P53350, 55
 Chassot, Michel dodis.ch/P51161, 51
 Châtelain, François dodis.ch/P2752, 153
 Chaudet, Paul dodis.ch/P3085, 51
 Chenaux-Repond, Dieter dodis.ch/P14189, 176
 Chevalier, René dodis.ch/P49110, 51
 Chevallaz, Georges-André dodis.ch/P23882, 10, 12, 20, 48, 49, 66, 128, 136, 154, 155, 160, 163, 182, 194
 Chňoupek, Bohuslav dodis.ch/P48042, 100
 Chrétien, Jean dodis.ch/P43377, 3
 Christinger, Ulrich dodis.ch/P55224, 87
 Chu Hung-fa dodis.ch/P56892, 102, 189
 Church, Frank Forrester dodis.ch/P40552, 171
 Clark, William D. dodis.ch/P53744, 19
 Clarke, Thurston dodis.ch/P49676, 49
 Clerc, Alain dodis.ch/P50403, 79, 141, 178
 Colliander, Hans dodis.ch/P52160, 176
 Conus, Max-André dodis.ch/P45872, 2
 Cooper, Richard N. dodis.ch/P51115, 92
 Coquoz, Michel dodis.ch/P46978, 132, 179
 Cottafavi, Luigi dodis.ch/P42443, 156
 Cretziano, Alexandru dodis.ch/P1807, 151
 Crout, Richard dodis.ch/P54103, 78
 Cuendet, Jean dodis.ch/P2492, 10, 15, 97, 98, 149, 185
 Cuennet, Henri dodis.ch/P17214, 38
 Cuénoud, Pierre dodis.ch/P14773, 104, 167
 Cunhal, Álvaro dodis.ch/P50613, 16, 39
 Curchod, Theodor dodis.ch/P9900, 106
 Currat, Louis Joseph dodis.ch/P53965, 172
 Dadzie, Kenneth dodis.ch/P49666, 156
 Daniel, José dodis.ch/P57276, 195
 Darenkov, Christo dodis.ch/P53405, 111
 Davidson, George Forrester dodis.ch/P53727, 156
 Davis, Nathaniel dodis.ch/P41040, 67
 Dayan, Moshe dodis.ch/P42925, 190
 Del Gizzo, Ernesto dodis.ch/P55077, 123
 Delworth, Thomas W. dodis.ch/P51338, 125
 Deng Xiaoping dodis.ch/P49371, 189
 Deniau, Jean-François dodis.ch/P39197, 111, 154
 Denktash, Rauf Raif dodis.ch/P49974, 30, 140
 Desponds, Robert dodis.ch/P55429, 162
 Dharsono, Hartono dodis.ch/P56053, 82
 Diesbach, Roger de dodis.ch/P25144, 142
 Diethelm, Rudolf dodis.ch/P51102, 15
 Diez, Emanuel dodis.ch/P1692, 6, 37, 86, 124, 150
 Dinichert, Pierre dodis.ch/P28332, 35

- Disler, Marcel dodis.ch/P15427, 135, 142, 149
- Djafari, Habib dodis.ch/P57178, 142
- Djazaïri, Driss dodis.ch/P46864, 142
- Długosz, Stanisław dodis.ch/P44793, 70
- Dolf, Benedikt dodis.ch/P53525, 162
- Doswald, Josef dodis.ch/P25264, 188
- Douglas-Home, Alec dodis.ch/P13965, 111
- Dreier, Hans dodis.ch/P55978, 36
- Dreifuss, Ruth dodis.ch/P23588, 103
- Dreyer, Dominique dodis.ch/P22648, 149, 190
- Duan Yun dodis.ch/P54416, 189
- Dubois, Frédéric dodis.ch/P20166, 4, 79, 145
- Dubois, Gustave dodis.ch/P15373, 190
- Dubois, René dodis.ch/P9280, 51
- Duc, Daniel dodis.ch/P56024, 147
- Ducrey, Guy dodis.ch/P15378, 102, 170
- Dudli, Theodor dodis.ch/P15244, 167
- Dunkel, Arthur dodis.ch/P26681, 28, 92, 104, 105
- Dupont, Bernard dodis.ch/P42242, 36
- Dussaix, Roger dodis.ch/P41881, 142, 149
- Eçevit, Bülent dodis.ch/P42126, 140
- Eckland, John Ellis dodis.ch/P57160, 176
- Eggenberg, Ernst dodis.ch/P55666, 51
- Egger, Anton dodis.ch/P53419, 87, 128
- Eggli, Albert dodis.ch/P56018, 147
- Egli, Alphons dodis.ch/P31673, 51
- Egli, Jean dodis.ch/P28962, 181
- Egli, Joseph dodis.ch/P44880, 51
- Eichenberger, Peter dodis.ch/P56363, 147
- Eisenring, Paul dodis.ch/P31677, 44, 113
- el-Sadat, Muhammad Anwar dodis.ch/P46564, 149
- el-Shazly, Saad dodis.ch/P51990, 39
- Elekdağ, Mustafa Şükrü dodis.ch/P53687, 111
- Elleinstein, Jean dodis.ch/P57758, 185
- Enăchescu, Dan dodis.ch/P49693, 28, 151
- Engel, Cornelis J.M. dodis.ch/P53945, 61
- Erb, Martin dodis.ch/P50530, 181
- Erlander, Tage dodis.ch/P13556, 56
- Erni, Peter dodis.ch/P9820, 82
- Ernst, Maurice dodis.ch/P57161, 176
- Erpicum, Richard dodis.ch/P55427, 162
- Ersbøll, Niels dodis.ch/P55148, 85
- Escher, Hans Konrad dodis.ch/P23047, 20
- Exchaquet, Olivier dodis.ch/P1216, 165, 193
- Faessler, Christian dodis.ch/P15422, 55, 85, 134, 183
- Faessler, René dodis.ch/P1142, 37
- Farina, Alain dodis.ch/P43956, 142
- Fatton, René-Georges dodis.ch/P17158, 15
- Favre, Lise dodis.ch/P17260, 30
- Feldmann, Josef dodis.ch/P24534, 51
- Fellay, Pascal dodis.ch/P55432, 162
- Feller, Max dodis.ch/P16242, 9, 82, 103
- Fetscherin, Walter dodis.ch/P22088, 178
- Fiecko, Tadeusz dodis.ch/P54957, 80
- Fischer, Oskar dodis.ch/P51055, 157
- Flubacher, Karl dodis.ch/P47519, 147
- Flubacher, Peter dodis.ch/P48098, 57
- Foëx, Raymond dodis.ch/P50607, 35
- Folletête, Charles dodis.ch/P42133, 51
- Fontanet, Guy dodis.ch/P38115, 35, 36
- Ford, Gerald dodis.ch/P47012, 36
- Forestier, Roland dodis.ch/P53722, 82
- Forlani, Arnaldo dodis.ch/P55133, 90, 100, 111, 123
- Foschi, Franco dodis.ch/P55134, 90, 113
- Franchini, Enrico dodis.ch/P22602, 51
- Frei, Eduardo dodis.ch/P40540, 14
- Frei, William dodis.ch/P2450, 22, 119
- Frey, Victor dodis.ch/P55112, 159
- Freymond, Bernard dodis.ch/P16099, 152
- Freymond, Jacques dodis.ch/P3133, 150
- Friedli, Max dodis.ch/P46512, 24, 36
- Friedrich, Rudolf dodis.ch/P37083, 36
- Frisch, Max dodis.ch/P181, 115
- Frischknecht, Ernst dodis.ch/P56812, 36
- Frossard, Pierre dodis.ch/P56393, 162
- Fuchs, Klaus dodis.ch/P56990, 51
- Fujii, Takeshi dodis.ch/P57135, 194
- Fürer, Arthur dodis.ch/P29161, 8
- Furgler, Kurt dodis.ch/P12150, 18, 20, 35, 49, 51, 66, 87, 88, 102, 132, 160
- Furth, Warren dodis.ch/P55230, 182
- Gabathuler, Ernst dodis.ch/P55433, 162
- Gaechter, Richard dodis.ch/P19659, 144
- Gagnebin, Daniel dodis.ch/P2702, 190
- Gasteyger, Curt dodis.ch/P24538, 36
- Gautier, André dodis.ch/P31693, 36
- Geier, Horst dodis.ch/P55428, 162
- Geiser, Auguste dodis.ch/P2681, 185
- Gelzer, Michael dodis.ch/P2735, 10
- Genoud, Guy dodis.ch/P42667, 51
- Genscher, Hans-Dietrich dodis.ch/P15414, 88, 111
- Gerassimow, Pawel Iwanowitsch dodis.ch/P47998, 47, 51, 86
- Gerber, Rolf dodis.ch/P16172, 82
- Gerber, Rolf dodis.ch/P48973, 147, 181
- Gerber, Rudolf dodis.ch/P45534, 11, 18,

- 35, 51, 76, 97
 Gerwig, Andreas [dodis.ch/P42234](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P42234), 36
 Geschwandtner, Hans [dodis.ch/P51156](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P51156), 86
 Ghisler, Johann Heinrich [dodis.ch/P52340](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P52340), 97, 119, 139
 Giacometti, Alberto [dodis.ch/P42007](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P42007), 115
 Gilliéron, Charles [dodis.ch/P19185](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P19185), 71
 Gilligan, John J. [dodis.ch/P57183](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P57183), 92
 Ginjaar, Leendert [dodis.ch/P57094](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P57094), 184
 Ginsburg, Alexander Iljitsch [dodis.ch/P54145](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54145), 160
 Giovannini, Jean-François [dodis.ch/P43997](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P43997), 172, 188
 Girard, Pierre-Louis [dodis.ch/P24540](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P24540), 176
 Giscard d'Estaing, Valéry [dodis.ch/P13791](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P13791), 36, 140, 149
 Gleysteen, Culver [dodis.ch/P54871](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54871), 63
 Gliga, Vasile [dodis.ch/P43796](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P43796), 28, 111
 Gnägi, Rudolf [dodis.ch/P12312](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P12312), 11, 23, 26, 30, 41, 49, 51, 59, 66, 72, 73, 97, 160, 163
 Godet, Pierre [dodis.ch/P57111](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P57111), 51
 Godet, Rémy [dodis.ch/P12893](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P12893), 147
 Godoy Arcaya, Oscar [dodis.ch/P54949](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54949), 94
 Gold, Harry [dodis.ch/P56989](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P56989), 51
 Goldberg, Arthur Joseph [dodis.ch/P42653](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P42653), 89
 Goldberger, Ernst [dodis.ch/P55512](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P55512), 137
 Golfari, Cesare [dodis.ch/P53583](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P53583), 26, 31
 González, Felipe [dodis.ch/P52256](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P52256), 84
 Gottret, Paul [dodis.ch/P2737](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P2737), 29, 149
 Graber, Pierre [dodis.ch/P4171](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P4171), 1, 2, 6, 7, 10, 12, 15, 19, 20, 25, 26, 29, 31, 34, 35, 36, 38, 42, 44, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55, 56, 59, 61, 65, 66, 68, 72, 74, 77, 79, 80, 81, 84, 85, 90, 92, 94, 97, 100, 102, 108, 111, 112, 113, 190
 Graffenried, André von [dodis.ch/P17215](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P17215), 55
 Graffenried, Peter von [dodis.ch/P15954](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15954), 193
 Gränicher, Heini [dodis.ch/P52662](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P52662), 36
 Greber, Anton [dodis.ch/P19871](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P19871), 40, 150
 Greiner, Hans-Ulrich [dodis.ch/P17637](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P17637), 159
 Gritti, Otto [dodis.ch/P15394](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15394), 190
 Grobet, Christian [dodis.ch/P31712](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P31712), 11, 61, 131
 Gross, Peter [dodis.ch/P51139](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P51139), 86, 132
 Gross-Feurich, Christa [dodis.ch/P56963](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P56963), 86
 Grossenbacher, Charles [dodis.ch/P41886](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P41886), 23, 73, 112
 Grübel, Albert [dodis.ch/P6640](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P6640), 176
 Grünig, Peter [dodis.ch/P52225](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P52225), 51
 Grünigen, Marianne von [dodis.ch/P15361](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15361), 2, 21, 107, 165
 Gu Mu [dodis.ch/P54374](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54374), 141
 Georgiev, Stoyan [dodis.ch/P51012](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P51012), 59
 Guillaume, Günter [dodis.ch/P53004](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P53004), 51
 Guiringaud, Louis de [dodis.ch/P48434](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P48434), 111
 Gupta, Sisir Kumar [dodis.ch/P54096](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54096), 39
 Gut, Rainer E. [dodis.ch/P26509](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P26509), 20
 Gut, Theodor [dodis.ch/P3661](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P3661), 36
 Gygli, Paul [dodis.ch/P15066](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15066), 51
 Gyöten, Toyoo [dodis.ch/P57134](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P57134), 194
 Habermann, Gustav [dodis.ch/P44918](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P44918), 73
 Habymana, Joseph [dodis.ch/P52786](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P52786), 162
 Haefelin, Walter [dodis.ch/P55109](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P55109), 37, 132
 Haering, Emil [dodis.ch/P56445](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P56445), 79
 Haferkamp, Wilhelm [dodis.ch/P53764](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P53764), 111, 123
 Haile Selassie [dodis.ch/P4300](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P4300), 49
 Haldimann, Beat [dodis.ch/P54102](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54102), 181
 Haller, Michael [dodis.ch/P56397](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P56397), 143
 Haller, Renaud de [dodis.ch/P51027](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P51027), 167
 Hanns Martin, Schleyer [dodis.ch/P54421](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P54421), 99
 Hartman, Arthur Adair [dodis.ch/P45355](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P45355), 58
 Hartmann, Alois [dodis.ch/P49549](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P49549), 88
 Hartmann, Rudolf [dodis.ch/P2732](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P2732), 9, 85
 Hasler, Alfons [dodis.ch/P43683](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P43683), 8, 73
 Hassan II von Marokko [dodis.ch/P15793](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15793), 97
 Hathaway, Dale E. [dodis.ch/P55165](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P55165), 92
 Hauri, Kurt [dodis.ch/P24930](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P24930), 20
 Hauswirth, Christian [dodis.ch/P20814](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P20814), 101
 Healey, Denis [dodis.ch/P15452](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P15452), 95
 Hediger, Bernhard [dodis.ch/P53677](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P53677), 55
 Hegner, Anton [dodis.ch/P19510](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P19510), 27, 33, 44, 47, 54, 56, 58, 59, 65, 72, 80, 84, 90, 92, 93, 96, 120, 122, 125, 132, 140, 149, 150, 160, 164, 179, 185, 195
 Heimann, Albin [dodis.ch/P43953](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P43953), 51
 Heimo, Marcel [dodis.ch/P1214](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P1214), 24, 63, 92, 98, 103, 116, 136, 182
 Heinis, Rolf E. [dodis.ch/P48326](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P48326), 15
 Herrmann, Joachim [dodis.ch/P41869](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P41869), 157
 Hess, Hansjörg [dodis.ch/P525](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P525), 89, 153
 Heuberger, Alois [dodis.ch/P47960](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P47960), 149, 159
 Hirschi, Henri [dodis.ch/P16802](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P16802), 99
 Hirschi, Pierre [dodis.ch/P40880](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P40880), 51
 Hitler, Adolf [dodis.ch/P535](https://nbn-resolving.org/dodis.ch/P535), 88, 185

- Hochstrasser, Urs dodis.ch/P16060, 36, 68
 Högger, Rudolf dodis.ch/P43669, 109
 Hofer, Erwin dodis.ch/P24542, 158
 Hofer, Hermann dodis.ch/P14220, 82, 92, 159, 167
 Hofer, Irène dodis.ch/P41245, 145
 Hofer, Walther dodis.ch/P24640, 36, 161
 Hofmann, Martin dodis.ch/P52711, 147
 Hohl, Alfred dodis.ch/P16080, 63, 178
 Honecker, Erich dodis.ch/P46563, 86
 Honegger, Arthur dodis.ch/P13433, 115
 Honegger, Fritz dodis.ch/P26594, 123, 124, 127, 131, 133, 136, 141, 154, 160, 172, 187, 189
 Honegger-Jacot, Lucienne dodis.ch/P56884, 189
 Hoveyda, Amir Abbas dodis.ch/P42177, 3
 Hryniewicz, Ludwik Janusz dodis.ch/P54723, 70
 Hua Guofeng dodis.ch/P47019, 141, 189
 Hua Huang dodis.ch/P44866, 53
 Hubacher, Helmut dodis.ch/P31812, 36, 46
 Huber, Karl dodis.ch/P9621, 66, 160
 Huber, Otto dodis.ch/P45540, 26, 31
 Hug, Klaus dodis.ch/P24543, 18
 Hugentobler, Arnold dodis.ch/P16090, 190
 Hummel, Piero dodis.ch/P54379, 159
 Hunziker, Alexandre dodis.ch/P41859, 165
 Hürlimann, Alois dodis.ch/P46513, 36
 Hürlimann, Hans dodis.ch/P25145, 12, 17, 49, 59, 66, 68, 160, 163, 182
 Husák, Gustáv dodis.ch/P48694, 179
 Hussein I von Jordanien dodis.ch/P14832, 97
 Ibarra Muñoz, David dodis.ch/P53993, 144
 Imhoof, Rodolphe dodis.ch/P22198, 75
 Ingold, Maria dodis.ch/P54609, 15
 Inosemzew, Nikolai Nikolajewitsch dodis.ch/P53661, 178
 Ion, Gheorghe dodis.ch/P53859, 51
 Iselin, Jürg dodis.ch/P2141, 7, 14, 15, 35, 76, 81, 84, 97, 98, 119, 130, 136, 139, 142, 147, 149, 153, 164, 167, 190, 194
 Jaccard, Maurice dodis.ch/P4611, 32, 63, 116, 129, 142, 186
 Jaccard, Philippe dodis.ch/P47268, 169
 Jacobi, Hermann dodis.ch/P44395, 181
 Jacobi, Klaus dodis.ch/P19511, 13, 19, 75, 82, 92, 167, 172
 Jäger, Josef dodis.ch/P42892, 79
 Jaeger, Max dodis.ch/P41698, 137
 Jaeggi, Walter dodis.ch/P1429, 100, 179
 Jaeggi-Kaenzig, Marlise dodis.ch/P54722, 100
 Jaggi, Heinrich dodis.ch/P24382, 109
 Jagmetti, Carlo dodis.ch/P19512, 82
 Jamieson, Donald Campbell dodis.ch/P51650, 101
 Jankowitsch, Peter dodis.ch/P49128, 92, 176
 Janner, Antonino dodis.ch/P1399, 63, 100, 123
 Jastrebow, Jewgeni Sergejewitsch dodis.ch/P51031, 37
 Jauslin, Werner dodis.ch/P42670, 24
 Jean-Richard, Charles dodis.ch/P56447, 79
 Jeanmaire, Jean-Louis dodis.ch/P22467, 47, 51, 80, 95, 112, 161
 Jeanmaire-Burtscher, Marie-Louise dodis.ch/P55903, 51
 Jeker, Rolf dodis.ch/P24545, 172
 Jenkins, Roy dodis.ch/P15451, 183
 Jennekens, Jon dodis.ch/P57241, 125
 Jenny, Beat dodis.ch/P55453, 98
 Jetzer, Alexandre dodis.ch/P17523, 181
 Jiang Qing dodis.ch/P47082, 53
 Jolles, Paul Rudolf dodis.ch/P2763, 3, 8, 22, 25, 35, 55, 60, 70, 73, 82, 85, 86, 87, 92, 102, 104, 105, 124, 127, 128, 133, 134, 136, 140, 141, 149, 156, 159, 163, 168, 170, 172, 176, 178, 181, 189, 194
 Jolles-Ryffel, Erna dodis.ch/P49617, 178
 Jordanis, Pierre R. dodis.ch/P48231, 55
 Jost, Max dodis.ch/P42832, 82
 Jucker, Waldemar dodis.ch/P35079, 180
 Judd, Frank dodis.ch/P55914, 95
 Juillard, André dodis.ch/P43949, 142
 Junod, Benoît dodis.ch/P16206, 79, 96
 Kabakow, Ilja Iossifowitsch dodis.ch/P56431, 178
 Kádár, János dodis.ch/P11430, 185
 Kaddoumi, Farouk dodis.ch/P52669, 81, 190
 Kaech, Arnold dodis.ch/P15107, 11, 51
 Kaeser, Daniel dodis.ch/P31840, 135, 194
 Kägi, Jakob dodis.ch/P55981, 36
 Kälin, Hans Franz dodis.ch/P51109, 51, 86
 Kamal, Muhammad Ibrahim dodis.ch/P53950, 190
 Kamer, Armin dodis.ch/P16097, 2, 7
 Kappler, Herbert dodis.ch/P54869, 99
 Karamanlis, Konstantin dodis.ch/P15271, 111, 140
 Kaufmann, Hansjakob dodis.ch/P16150, 7, 14, 15, 35, 40, 76, 81, 102, 119, 139,

- 142, 149, 153, 167, 190, 191
 Kauter, Christian dodis.ch/P55083, 181
 Keel, Guido Adalberto dodis.ch/P27893, 52
 Keller, E. Luk dodis.ch/P4129, 141
 Keller, René dodis.ch/P1109, 33, 138
 Kennedy, Edward Moore dodis.ch/P42012, 171
 Khider, Mohamed dodis.ch/P15558, 142, 149
 Kim Il-Sung dodis.ch/P40911, 170
 King, Richard B.M. dodis.ch/P50877, 92
 Kisiel, Henryk dodis.ch/P50503, 70
 Kissinger, Henry dodis.ch/P31846, 107
 Klee, Paul dodis.ch/P16611, 115
 Knellwolf, Bruno dodis.ch/P21991, 26
 Knüsel, Peter dodis.ch/P9018, 192
 Koch, Ed dodis.ch/P57192, 92
 Koller, Arnold dodis.ch/P28407, 51
 Koornhof, Piet dodis.ch/P31853, 195
 Kossygin, Alexei Nikolajewitsch dodis.ch/P15549, 96, 122
 Krafft, Mathias dodis.ch/P24549, 61, 142, 149
 Krauchthaler, Fritz dodis.ch/P57010, 51
 Krause, Petra dodis.ch/P54158, 99
 Kreisky, Bruno dodis.ch/P2507, 25, 33, 96, 122, 176
 Krell, Max dodis.ch/P41280, 104
 Krieg, Catherine dodis.ch/P16244, 150, 158
 Kündig, Markus dodis.ch/P42707, 24
 Künzi, Hans dodis.ch/P42241, 36
 Kummer, Rudolf dodis.ch/P47172, 28
 Kunz, Albert dodis.ch/P56910, 186
 Kunz, Urs dodis.ch/P42264, 36
 Kurz, Hans Rudolf dodis.ch/P24793, 161
 Kuster, Max dodis.ch/P56302, 142
 Kyprianou, Spyros dodis.ch/P45724, 140
 Laethem, Gabriel van dodis.ch/P57193, 92
 Lance, Bert dodis.ch/P57201, 92
 Lang, Gustav dodis.ch/P56023, 147
 Langenbacher, Heinz dodis.ch/P5076, 9, 53, 190
 Languetin, Pierre dodis.ch/P16455, 17, 163, 180
 Lantzke, Ulf dodis.ch/P53735, 176
 Lattion, Gérard dodis.ch/P40899, 51
 Laurent, Jean dodis.ch/P45241, 162
 Lautenberg, Alexis dodis.ch/P21308, 70
 Lawrow, Wladimir Sergejewitsch dodis.ch/P50094, 122, 132, 160
 Le Corbusier dodis.ch/P13616, 115
 Leber, Georg dodis.ch/P42370, 36
 Léchoť, Ernest Henri dodis.ch/P2434, 159
 Lee, Kuan Yew dodis.ch/P37689, 82
 Lehn, Franz Felix dodis.ch/P51227, 1
 Leifland, Leif dodis.ch/P54000, 56
 Leippert, Max dodis.ch/P40105, 32
 Leone, Giovanni dodis.ch/P15296, 44
 Leu, Max dodis.ch/P21992, 82
 Leutwiler, Fritz dodis.ch/P3832, 17, 92, 104, 122, 142, 163
 Leuzinger, Pierre dodis.ch/P8485, 109
 Lévy, Philippe dodis.ch/P31862, 135, 165
 Li Yunchuan dodis.ch/P53373, 189
 Liechtenstein, Heinrich von dodis.ch/P1204, 124
 Liu Huaqing dodis.ch/P54417, 189
 Lohner, Ernst dodis.ch/P41590, 51, 61
 Long, Olivier dodis.ch/P1110, 105
 Long, Russell B. dodis.ch/P45671, 92
 Luchsinger, Fred dodis.ch/P24550, 88
 Luciri, Pierre dodis.ch/P22129, 7, 15, 108, 130, 142, 149
 Luder, Ulrich dodis.ch/P42659, 51
 Ludviger, Emil dodis.ch/P53321, 117
 Ludwig, Mario dodis.ch/P43977, 181
 Luers, William dodis.ch/P54876, 67
 Lukanov, Andrey Karlov dodis.ch/P50973, 59
 Lusser, Milan dodis.ch/P35089, 124
 Lütgendorf, Karl dodis.ch/P49177, 73
 M'Bow, Amadou-Mahtar dodis.ch/P46855, 126
 Macovescu, George dodis.ch/P48063, 151
 Madariaga y Rojo, Salvador de dodis.ch/P11611, 113
 Madöry, Robert dodis.ch/P46260, 176
 Maeder, Jean-Jacques dodis.ch/P49254, 159
 Maillard, André dodis.ch/P15384, 44, 80, 84, 90, 91, 93, 100, 111, 113, 120, 140, 149, 150, 151, 190
 Makarios III dodis.ch/P16540, 30, 140
 Malek Mahdavi, Ahmad dodis.ch/P53714, 35
 Malfatti, Franco Maria dodis.ch/P46629, 111
 Manschulo, Alexei Nikolajewitsch dodis.ch/P48295, 178
 Mao Zedong dodis.ch/P12354, 1, 29, 53, 189
 Marcos, Ferdinand dodis.ch/P43415, 82
 Marcuard, Sigismond dodis.ch/P688, 2, 10, 92, 153, 175
 Mardam, Zouhier dodis.ch/P41622, 142, 149

- Mark, Wilhelm dodis.ch/P39377, 89, 121
 Marshall, Ray dodis.ch/P55641, 107
 Marthaler, Fritz dodis.ch/P45513, 36
 Martin, Eric dodis.ch/P24108, 169
 Martin, Jacques dodis.ch/P42292, 142
 Martin, Jimmy dodis.ch/P1558, 111, 142, 150, 152
 Martín Alonso, Nicolás dodis.ch/P49686, 84
 Martinez de Hoz, José Alfredo dodis.ch/P45192, 22
 Martinez-Ramirez, Francisco dodis.ch/P49044, 99
 Marx, Karl dodis.ch/P13640, 185
 Masnata, Silvio dodis.ch/P3080, 144
 Mastronardi, Horace dodis.ch/P22912, 96
 Maurer, Charles dodis.ch/P55891, 101
 Mayor, Robert dodis.ch/P15231, 130
 McAuliffe, Eugene dodis.ch/P55652, 23
 McDonald, Alonzo L. dodis.ch/P55323, 105
 McGovern, George dodis.ch/P46729, 63
 McNamara, Robert dodis.ch/P13909, 92
 Meany, George dodis.ch/P51142, 107
 Meienberg, Niklaus dodis.ch/P24249, 161
 Meier, Josi dodis.ch/P31886, 36
 Meier, Ludwig dodis.ch/P2746, 15, 116, 139, 186
 Meisl, Josef dodis.ch/P45189, 138
 Melin, Cai dodis.ch/P56981, 173
 Merriam, John E. dodis.ch/P56294, 19
 Meyer, Frank A. dodis.ch/P31930, 88
 Meyer, Kurt dodis.ch/P56864, 141
 Michel, Roger dodis.ch/P57033, 167
 Michel, Roger M. dodis.ch/P56391, 162
 Micheli, Pierre dodis.ch/P86, 56
 Michl-Keller, Sylvie dodis.ch/P51223, 10, 158
 Miller, George William dodis.ch/P54738, 194
 Minić, Miloš dodis.ch/P50482, 111, 117, 126
 Mladenov, Petar dodis.ch/P46731, 59
 Mobutu, Sese Seko dodis.ch/P27678, 147
 Moc, Miroslav dodis.ch/P49706, 179
 Monnier, Jean dodis.ch/P24570, 6, 61, 147, 149
 Monory, René dodis.ch/P53568, 154
 Morais da Silva, José Alberto dodis.ch/P54106, 16
 Moret, Yves dodis.ch/P16369, 5
 Morf, Doris dodis.ch/P31938, 61
 Moser, Emilio dodis.ch/P14195, 92, 123, 137, 142, 147, 149, 154, 159, 181
 Moser, Friedrich dodis.ch/P15429, 142
 Motta, Giuseppe dodis.ch/P729, 166
 Müller, Beat dodis.ch/P55260, 88
 Müller, Charles dodis.ch/P1258, 33, 56, 140
 Müller, Daniel dodis.ch/P46921, 51
 Müller, Hans dodis.ch/P121, 9
 Müller, Mario dodis.ch/P53675, 98
 Müller, Richard dodis.ch/P35158, 36
 Müller-Marzohl, Alfons dodis.ch/P43210, 51
 Münch, Erich dodis.ch/P735, 51
 Muheim, Anton dodis.ch/P31947, 12, 36, 54
 Muheim, Franz dodis.ch/P20141, 2, 94
 Muller, Mike dodis.ch/P57279, 171
 Munz, Hans dodis.ch/P31948, 160
 Murayama, Tatsuo dodis.ch/P56751, 194
 Nam Duck-woo dodis.ch/P53145, 167
 Natural, Albert dodis.ch/P2696, 15, 190
 Nebiker, Hans-Rudolf dodis.ch/P31951, 36
 Nier, Kurt dodis.ch/P51057, 86, 157
 Nilsson, Torsten dodis.ch/P13823, 56
 Nixon, Richard dodis.ch/P13584, 36
 Nordmann, François dodis.ch/P17187, 35, 40, 76, 84, 122, 149, 150, 195
 Nussbaumer, Pierre André dodis.ch/P2824, 70
 Nyerere, Julius dodis.ch/P31963, 158
 Oakes, John Bertram dodis.ch/P57191, 92
 Ochsenbein, Claude dodis.ch/P17212, 31, 50
 Örek, Osman dodis.ch/P51112, 30
 Okada, Akira dodis.ch/P53388, 194
 Olszewski, Jerzy dodis.ch/P50466, 70
 Oreja Aguirre, Marcelino dodis.ch/P53732, 84
 Orfila, Alejandro dodis.ch/P54802, 94
 Orlow, Juri Fjodorowitsch dodis.ch/P53930, 143, 160
 Ossola, Rinaldo dodis.ch/P31552, 60
 Oswald, Victor dodis.ch/P27557, 60
 Owen, Henry dodis.ch/P51861, 92
 Pagani, Gian Mario dodis.ch/P42243, 36
 Pahlavi, Mohammad Reza dodis.ch/P719, 3, 35, 60
 Pahr, Willibald dodis.ch/P47393, 111, 138, 164
 Pandolfi, Filippo Maria dodis.ch/P55153, 123
 Papaligouras, Panagiotis dodis.ch/P52311, 140
 Pasch, Johann dodis.ch/P54686, 179
 Pasche, René dodis.ch/P27988, 46

- Pasquier, Roger dodis.ch/P44044, 24
 Pastor, Robert Alan dodis.ch/P54875, 63
 Păţan, Ion dodis.ch/P50987, 28
 Patel, Hirubhai M. dodis.ch/P23537, 136
 Patolitschew, Nikolai Semjonowitsch dodis.ch/P40951, 122
 Paul VI. dodis.ch/P14393, 150
 Pawloff, Igor dodis.ch/P49262, 28
 Pelikán, Jiří dodis.ch/P43504, 100
 Pérez Guerrero, Manuel dodis.ch/P40113, 92
 Perón, Isabel Martínez de dodis.ch/P51561, 22
 Perón, Juan Domingo dodis.ch/P1921, 22
 Perret, Jean-Paul dodis.ch/P43577, 26, 31
 Peruzzotti, Renzo dodis.ch/P55351, 31
 Peter, Markus dodis.ch/P53543, 99
 Petkus, Viktoras dodis.ch/P56398, 160
 Pfister, Alois dodis.ch/P38985, 30
 Pharaon, Rashad dodis.ch/P50317, 149
 Pictet, François dodis.ch/P17262, 101, 125
 Pictet, Guillaume dodis.ch/P53966, 172
 Pignatti Morano di Custoza, Girolamo dodis.ch/P17923, 90
 Pillard, Louis dodis.ch/P57367, 51
 Pinochet, Augusto dodis.ch/P46987, 22
 Piot, Jean-Claude dodis.ch/P43915, 187
 Planta, Louis von dodis.ch/P18817, 122, 195
 Pohle, Rolf Ludwig dodis.ch/P54502, 99
 Pometta, Francesca dodis.ch/P16364, 2, 26, 31, 80, 94, 98, 107, 120, 129, 130, 145, 149, 156, 165, 182, 193
 Ponto, Jürgen dodis.ch/P38150, 99
 Popp, Hans dodis.ch/P43543, 187
 Portier, Théodore dodis.ch/P18993, 139
 Probst, Raymond dodis.ch/P11, 23, 58, 63, 72, 83, 92, 116
 Puja, Frigyes dodis.ch/P41791, 111, 185
 Pury, David de dodis.ch/P38126, 48, 74
 Qian Zhengying dodis.ch/P54380, 141
 Quinche, Jean Olivier dodis.ch/P15228, 2
 Quintana, Enrique dodis.ch/P53387, 119
 Quisling, Vidkun dodis.ch/P825, 185
 Raeber, Thomas dodis.ch/P17259, 24, 109, 188
 Ramalho Eanes, António dodis.ch/P53438, 16
 Rapacki, Adam dodis.ch/P15318, 36
 Reder, Walter dodis.ch/P55394, 99
 Reiniger, Kurt dodis.ch/P42238, 36
 Reitbauer, Alois dodis.ch/P54631, 164
 Renk, Hansjörg dodis.ch/P47031, 79
 Renschler, Walter dodis.ch/P29759, 1
 Revelo, Marco dodis.ch/P53599, 139
 Rham, Philippe de dodis.ch/P55431, 162
 Rial, Jacques dodis.ch/P19128, 2
 Richard, Jean-Claude dodis.ch/P17251, 49, 62, 135, 144, 175
 Rieder, Hermann dodis.ch/P15352, 190
 Riedmatten, Bernard De dodis.ch/P21813, 182
 Riesen, Jean dodis.ch/P40171, 51, 58
 Riklin, Alois dodis.ch/P24522, 69
 Ritschard, Willi dodis.ch/P12151, 49, 55, 59, 66, 119, 125, 132, 140, 141, 155, 160
 Rivolta, Vittorio dodis.ch/P55352, 31
 Rochat, Louis dodis.ch/P43894, 37, 49
 Roches, Louis dodis.ch/P11698, 28, 141
 Roethlisberger, Eric dodis.ch/P22008, 75, 153
 Rogger, Jost dodis.ch/P52664, 32
 Rohner, François dodis.ch/P48292, 162
 Romero, Oscar dodis.ch/P53601, 139
 Rometsch, Rudolf dodis.ch/P44738, 36
 Roost, Hans dodis.ch/P44521, 51
 Rösch, Otto dodis.ch/P15489, 73
 Rosenberg, Torsten dodis.ch/P55866, 49
 Rossi, André dodis.ch/P55194, 60, 154
 Rostan, Blaise dodis.ch/P56448, 79
 Rothenbühler, Fritz dodis.ch/P14589, 92
 Ruedi, Jacques dodis.ch/P2809, 30, 76
 Rüegg, Alfred dodis.ch/P17263, 9, 35, 141, 167, 190
 Ruf, Gaudenz B. dodis.ch/P15968, 27
 Ruff, Jean-Maurice dodis.ch/P43955, 142
 Rumsfeld, Donald dodis.ch/P51461, 23, 36
 Rusk, Dean dodis.ch/P12696, 78
 Sabri, Hussein Zulfikar dodis.ch/P28283, 10
 Sacharow, Andrei Dmitrijewitsch dodis.ch/P46222, 185
 Sadis, Ugo dodis.ch/P47348, 123
 Sagami, Takehiro dodis.ch/P48418, 194
 Saladin, Peter dodis.ch/P43126, 75, 172
 Salis, Gaudenz von dodis.ch/P16413, 100
 Sánchez-Parodi Montoto, Ramón dodis.ch/P54879, 116
 Sanguinetti, Alexandre dodis.ch/P56249, 49
 Sator, Kaddour dodis.ch/P46151, 142
 Saurer, Hans dodis.ch/P47498, 11
 Sauvart, Jean-Marc dodis.ch/P32014, 12, 13, 31, 41, 48, 77, 97, 126, 127, 153, 160
 Sayinsoy, Haluk dodis.ch/P57087, 100
 Schaefer, Alfred dodis.ch/P25, 60
 Schärer, Kurt dodis.ch/P49329, 82
 Scheel, Walter dodis.ch/P15413, 88, 111
 Scherer, Paul-Albert dodis.ch/P57371, 51

- Schindler, Dietrich dodis.ch/P12770, 36
 Schlapp, Hermann dodis.ch/P55262, 88
 Schlatter, Arthur-Wilfried dodis.ch/P43954, 142
 Schleyer, Hanns Martin dodis.ch/P54421, 99
 Schlick, Carl F. dodis.ch/P43283, 167
 Schmid, Abundi dodis.ch/P56444, 79
 Schmid, Arthur dodis.ch/P24259, 36
 Schmid, Hansmartin dodis.ch/P55261, 88
 Schmid, Rudolf dodis.ch/P26596, 36
 Schmid, Wilhelm dodis.ch/P19604, 184
 Schmidt, Helmut dodis.ch/P15416, 88, 140, 185
 Schneider, Benno dodis.ch/P53542, 160
 Schnyder, Felix dodis.ch/P84, 78
 Schnyder, Friedrich dodis.ch/P1653, 86, 157
 Schrämli, Ernst dodis.ch/P54917, 161
 Schuler, Adelrich Jacob dodis.ch/P41926, 32
 Schultze, Charles dodis.ch/P57181, 92
 Schürch, Gerhart dodis.ch/P2370, 36
 Schürmann, Leo dodis.ch/P16492, 17, 163, 194
 Schurtenberger, Erwin dodis.ch/P15428, 168
 Schwarzenbach, James dodis.ch/P17589, 130
 Schweizer, Eric dodis.ch/P56048, 162
 Schweizer, Johannes dodis.ch/P56290, 71
 Seelhofer, Hans dodis.ch/P51215, 79
 Serra, Etienne dodis.ch/P2683, 67
 Settouti, Abderrahim dodis.ch/P46091, 142
 Shabahang, Khosrov dodis.ch/P55027, 60
 Sharansky, Natan dodis.ch/P55000, 160
 Shoraka, Jalil dodis.ch/P50276, 3
 Sigg, Werner dodis.ch/P16134, 102, 141, 170, 189
 Silva Cruz, Augusto Souto dodis.ch/P54107, 16
 Simonet, Henri François dodis.ch/P52513, 111
 Sithole, Ndabaningi dodis.ch/P42724, 191
 Soares, Mário dodis.ch/P46967, 16, 39
 Söder, Karin dodis.ch/P55288, 111, 173
 Solano, Miguel dodis.ch/P54054, 65
 Solomon, Anthony Morton dodis.ch/P42170, 92
 Solschenizyn, Alexander Issajewitsch dodis.ch/P47624, 1
 Sommaruga, Cornelio dodis.ch/P23436, 3, 28, 55, 68, 70, 73, 85, 87, 89, 92, 100, 121, 122, 128, 134, 138, 178, 187
 Spáčil, Dušan dodis.ch/P53619, 100, 179
 Juan Carlos I von Spanien dodis.ch/P43285, 84
 Spannocchi, Emil dodis.ch/P58268, 73
 Spinola, António dodis.ch/P51721, 16
 Spühler, Roland dodis.ch/P56392, 162
 Spühler, Willy dodis.ch/P2111, 56
 Stalin, Josef Wissarionowitsch dodis.ch/P955, 39
 Stanovnik, Janez dodis.ch/P46624, 126
 Staribacher, Josef dodis.ch/P49118, 73
 Stauch, Rudolf dodis.ch/P21816, 106
 Stauffer, Paul dodis.ch/P18787, 2, 27, 98, 115, 129, 145
 Steiner, Roland dodis.ch/P57305, 142
 Steiner, Werner dodis.ch/P15942, 79
 Steiner, Werner dodis.ch/P50158, 102
 Steuber, Fritz dodis.ch/P40159, 19
 Stoitschkow, Grigor dodis.ch/P51096, 59
 Stoll, Peter dodis.ch/P55979, 36
 Stopper, Edwin dodis.ch/P972, 60
 Stranner, Henri dodis.ch/P40050, 88
 Strauss, Robert S. dodis.ch/P53742, 74, 92, 105
 Stuber, Rudolf dodis.ch/P24089, 147
 Studer, Peter dodis.ch/P32048, 88
 Suárez, Adolfo dodis.ch/P53426, 84
 Sulzer, Georg dodis.ch/P14764, 195
 Suter, Heinz dodis.ch/P19866, 92
 Suter, Rudolf dodis.ch/P12413, 36
 Tan Ken Jin dodis.ch/P56506, 82
 Tchimirin, Cyrill dodis.ch/P51226, 79
 Thalmann, Ernesto dodis.ch/P997, 10, 56, 95, 191
 Theodropoulos, Byron dodis.ch/P54451, 140
 Thomann, Martin dodis.ch/P50559, 135
 Thurnheer, Ernst dodis.ch/P15360, 42, 52, 178
 Tigue, John J. dodis.ch/P47531, 49
 Tito, Josip Broz dodis.ch/P1002, 126
 Tocqueville, Alexis de dodis.ch/P32788, 89
 Todman, Terence Alphonso dodis.ch/P54866, 116
 Torras de la Luz, Pelegrín dodis.ch/P42626, 67
 Trechsel, Max dodis.ch/P55982, 36
 Tritschler, Richard dodis.ch/P54689, 103
 Troendle, Petar dodis.ch/P16769, 44, 58, 72
 Trujillo, Rafael Leónidas dodis.ch/P20309, 49
 Tscharnet, Benedikt von dodis.ch/P16824, 92, 136, 141, 168, 176

- Tschumi, Hans** dodis.ch/P12140, 51
Tseng Tao dodis.ch/P54365, 102
Ueltschi, Hans dodis.ch/P47527, 147
Ullman, Al dodis.ch/P57182, 92
Ursprung, Heinrich dodis.ch/P56865, 141
Vallon, André-Louis dodis.ch/P15374, 12
Vance, Cyrus Roberts dodis.ch/P13911, 58, 116
Veil, Simone dodis.ch/P47391, 154
Velan, Jean dodis.ch/P55635, 170
Veloso, Antônio Elísio Capelo Pires dodis.ch/P52396, 16
Ventrella, Francesco dodis.ch/P52191, 55
Veronika, Hohl-Müller dodis.ch/P56771, 178
Videla, Jorge Rafael dodis.ch/P53784, 22
Vifian, André dodis.ch/P49063, 68
Villars, Charles dodis.ch/P43510, 12
Villot, Jean-Marie dodis.ch/P43473, 150
Vine, Richard David dodis.ch/P37445, 92
Virata, Cesar dodis.ch/P48341, 92
Vischer, Jakob Johann dodis.ch/P39256, 36, 51
Vogel, Ulrich dodis.ch/P9560, 11
Vogelbacher, Marcel dodis.ch/P4581, 65
Vogler, Peter dodis.ch/P25627, 118, 150
Volcker, Paul A. dodis.ch/P22790, 194
Voyame, Joseph dodis.ch/P26467, 148
Vrhovec, Josip dodis.ch/P53625, 146
Wacker, Alfred dodis.ch/P2760, 175
Wagner-Truninger, Franz dodis.ch/P52031, 51
Wahlen, Friedrich Traugott dodis.ch/P1047, 150
Walder, Hans dodis.ch/P43487, 51
Waldheim, Kurt dodis.ch/P15484, 25, 50, 106, 126, 140, 156
Waldner, Peter Friedrich dodis.ch/P51921, 79
Waldvogel, Erwin dodis.ch/P42265, 88
Waldvogel, Jakob dodis.ch/P46412, 195
Waller, Leslie dodis.ch/P44967, 49
Wallraff, Günter dodis.ch/P54081, 16
Walser, Gerold dodis.ch/P12016, 86
Walter, Eric dodis.ch/P56731, 79
Walterskirchen, Martin von dodis.ch/P53679, 57, 134
Wang Hongwen dodis.ch/P50063, 53
Wang Tsien-pang dodis.ch/P50251, 102
Wang Zhen dodis.ch/P54336, 53, 189
Weber, Hermann dodis.ch/P32075, 147
Weber, Jean-Pierre dodis.ch/P1422, 147, 190
Weber, Karl dodis.ch/P53957, 1, 134
Wegmüller, Jakob dodis.ch/P46381, 32
Weidenmann, Carl dodis.ch/P41002, 51
Weiersmüller, Rudolf dodis.ch/P16825, 101
Weil, Frank dodis.ch/P55166, 92
Weitnauer, Albert dodis.ch/P2132, 10, 15, 25, 31, 35, 40, 42, 44, 47, 55, 56, 58, 59, 72, 79, 80, 81, 83, 86, 89, 91, 92, 93, 94, 96, 98, 100, 101, 102, 111, 114, 117, 120, 122, 128, 129, 130, 132, 134, 140, 143, 147, 149, 150, 157, 158, 159, 164, 165
Well, Günther van dodis.ch/P51500, 111
Wellinger, Karl dodis.ch/P46196, 123
Wennerström, Stig dodis.ch/P56993, 51
Wermuth, Roland dodis.ch/P15230, 22, 82
Wespi, Markus dodis.ch/P55430, 162
Wetterwald, Charles-Albert dodis.ch/P2684, 3, 35, 60
Wickman, Krister dodis.ch/P45589, 56
Wilhelm, Rolf dodis.ch/P24367, 24, 109
Williams, Maurice dodis.ch/P41208, 24
Wins, Georgi Petrowitsch dodis.ch/P52406, 96
Winspeare-Guicciardi, Vittorio dodis.ch/P42442, 130
Winterberger, Gerhard dodis.ch/P17634, 34
Wiśniewski, Włodzimierz dodis.ch/P26796, 70
Witteveen, Johan dodis.ch/P42363, 92, 113, 174
Wojtaszek, Emil dodis.ch/P53391, 111, 146, 169
Wolf, Hans-Günter dodis.ch/P51105, 51, 132
Wolf-Klie, Gisela dodis.ch/P51106, 51, 86, 132
Wolff, Alan Wm. dodis.ch/P53743, 105
Wolff, Friedrich dodis.ch/P55111, 86, 132
Woronzow, Juli Michajlowitsch dodis.ch/P53731, 89, 96
Wüthrich, Elsi dodis.ch/P52574, 51
Wyenbergh, Wolfram van den dodis.ch/P48515, 88
Wyler, Didier dodis.ch/P32088, 12, 36
Wyss, Kurt O. dodis.ch/P15421, 27, 56, 59, 75, 86, 117, 122
Yao Wenyuang dodis.ch/P50413, 53
Young, Andrew Jackson dodis.ch/P32091, 92
Zágor, György dodis.ch/P53414, 185
Zanetti, Bernardo dodis.ch/P15032, 54
Zangger, Claude dodis.ch/P32092, 36
Zangger, Heinrich dodis.ch/P2392, 125

- Zellweger, Robert** dodis.ch/P2818, 63,
116
- Zengeni, Mateus W.** dodis.ch/P54877, 191
- Zenger, André** dodis.ch/P47220, 165
- Zhang Chunqiao** dodis.ch/P53785, 53
- Zhou, Zijian** dodis.ch/P54391, 168
- Ziegler, François de** dodis.ch/P2755, 2,
7, 38
- Ziegler, Jean** dodis.ch/P27154, 35, 36, 49,
56, 98, 170
- Zwahlen, Jean** dodis.ch/P15811, 42, 74,
92, 131, 135, 144, 147, 149, 174, 175,
180, 192, 195
- Zwetkow, Boris** dodis.ch/P13759, 111

VIII.2. KÖRPERSCHAFTSREGISTER INDEX DES ORGANISATIONS INDICE DELLE ORGANIZZAZIONI

Der vorliegende Index erfasst alle Körperschaften, die insgesamt in den in der Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als Faksimile publizierten Dokumenten erwähnt sind, selbst wenn im vorliegenden Band nur ein Auszug des Dokuments abgedruckt ist. Entsprechend sind die Körperschaften, die nur im Anmerkungsapparat erwähnt werden, nicht indexiert. Neben dem Namen der Körperschaft führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentenummern** im Band. Verwaltungseinheiten und Regierungsstellen der einzelnen Staaten sind im Register nicht aufgeführt, da sie in den Dokumenten anhand des Registers der geographischen Bezeichnungen auffindbar sind.

Le présent index comprend les organisations qui sont mentionnées dans l'ensemble des documents publiés, sous forme de facsimilés, dans la base de données Dodis (www.dodis.ch), même si dans le présent volume seul un extrait desdits documents est publié. Par contre, les organisations qui sont mentionnées uniquement dans l'appareil critique et pas dans le document ne sont pas indexées. Les noms des organisations de l'index sont suivis des **permalien**s de la base de données Dodis (www.dodis.ch) dans laquelle se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les structures administratives et gouvernementales des différents États n'ont pas été prises en compte, dans la mesure où elles peuvent être trouvées dans les documents grâce à l'index des noms géographiques.

Il presente indice include tutte le organizzazioni che compaiono nei documenti pubblicati sotto forma di facsimile nella banca dati Dodis (www.dodis.ch), anche se nel volume ne viene pubblicato soltanto un estratto. I nomi delle organizzazioni dell'indice sono completati con il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. Nell'indice le strutture delle amministrazioni dei singoli Stati non sono state considerate perché rintracciabili nei documenti attraverso l'indice dei nomi geografici.

Académie suisse des sciences médicales
dodis.ch/R9738, 68

Action nationale contre l'emprise étrangère du peuple et de la patrie
dodis.ch/26546, 46

African National Congress (ANC)
dodis.ch/R9777, 106

Afrikanische Entwicklungsbank
dodis.ch/R23253, 24

Akademie der Wissenschaften der UdSSR dodis.ch/R11631, 86

Aftonbladet dodis.ch/R28406, 49

Agence internationale de l'énergie
dodis.ch/R22884, 10

Agence internationale de l'énergie atomique dodis.ch/R9676, 36, 125, 156, 176

Agence télégraphique suisse
dodis.ch/R145, 79

Allgemeine Arbeiterunion Spaniens
dodis.ch/R31519, 84

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) dodis.ch/R22782, 12, 86

Alusuisse dodis.ch/R1013, 60, 92

Amnesty International dodis.ch/R29047, 40

Arabische Liga dodis.ch/R965, 7, 10, 97

Arbeitsgruppe Dritte Welt
dodis.ch/R30436, 172

Arbeitsgruppe Jeanmaire
dodis.ch/R33252, 51

Arbeitslosenversicherung
dodis.ch/R25302, 12, 54

Asiatische Entwicklungsbank
dodis.ch/R23274, 13, 24, 82, 167

Association des nations de l'Asie du Sud-Est dodis.ch/R27205, 82, 137, 193

- Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'Outre-mer** dodis.ch/R20455, 142
Association européenne de libre-échange (AELE) dodis.ch/R10096, 25, 33, 34, 39, 56, 85, 95, 138, 140, 183, 187
Assurance-invalidité dodis.ch/R23278, 86
Assurance-vieillesse et survivants (AVS) dodis.ch/R22782, 12, 86
Atlantisches Bündnis (NATO) dodis.ch/R2837, 36, 51, 72, 121, 126, 140, 161
Atmos AG dodis.ch/R5020, 141
Atomic Energy of Canada Limited dodis.ch/R18263, 101
Aussenhandelsbank, Rumänien dodis.ch/R28357, 151
Balair SA dodis.ch/R18516, 10
Banca della Svizzera Italiana dodis.ch/R13785, 101
Bank Leu dodis.ch/R268, 17
Bank of China dodis.ch/R18468, 168
Banque africaine de développement (BAD) dodis.ch/R23253, 24
Banque Commerciale Arabe dodis.ch/R11001, 142, 149
Banque interaméricaine de développement dodis.ch/R22331, 24
Banque nationale d'Autriche dodis.ch/R523, 138
Banque nationale de Belgique dodis.ch/R516, 175
Banque nationale des Pays-Bas dodis.ch/R9943, 175
Banque nationale de Pologne dodis.ch/R6220, 70
Banque nationale de RFA dodis.ch/R19421, 175
Banque nationale du Zaïre dodis.ch/R18425, 147
Banque nationale suisse dodis.ch/R30, 17, 42, 43, 52, 62, 92, 104, 113, 124, 127, 135, 142, 144, 163, 175, 180, 192, 194
Banque populaire suisse dodis.ch/R1642, 17, 95, 131, 168
Banque roumaine du commerce extérieur dodis.ch/R28357, 151
Barclays Bank dodis.ch/R14742, 135
Basler Zeitung dodis.ch/R31522, 88
Baumgartner Papiers SA dodis.ch/R33387, 142
Beratende Kommission für die Beziehungen der Schweiz zur UNO dodis.ch/R29744, 2
Berner Club dodis.ch/R33936, 18
Berner Tagblatt dodis.ch/R2248, 51
Bernische Kraftwerke AG (BKW) dodis.ch/R15481, 36
Bewegung der Blockfreien Staaten dodis.ch/R23875, 7, 117, 153
Blanchut & Bertrand dodis.ch/R30897, 170
Blick dodis.ch/R22569, 110
Brandt-Kommission dodis.ch/R31293, 92
British Broadcasting Corporation (BBC) dodis.ch/R7455, 15
Brown, Boveri & Cie. (BBC) dodis.ch/R272, 23, 36, 58, 60, 92, 131, 141, 159, 195
Bucher-Guyer AG dodis.ch/R26861, 141
Bulgaria Air dodis.ch/R33855, 59
Bundesbriefarchiv dodis.ch/R32846, 102
Bureau de la garantie contre les risques à l'exportation dodis.ch/R21873, 167
Bühler AG dodis.ch/R273, 141
Bührle & Co dodis.ch/R274, 97
Caisse fédérale d'assurance dodis.ch/R7570, 8
Caritas dodis.ch/R1525, 50, 109, 193
Caritas Internationalis dodis.ch/R11720, 103
Centrale nucléaire de Kaiseraugst dodis.ch/R29645, 36
Centre International de Conférences Genève dodis.ch/R23673, 182
CERN dodis.ch/R9870, 4, 68
Charta 77 dodis.ch/R31897, 179
Chemins de Fer Fédéraux (CFF) dodis.ch/R1760, 123
Christdemokratische Partei Chiles dodis.ch/R23243, 14
Christlich-demokratische Partei Italiens dodis.ch/R1660, 31
Christian Solidarity International dodis.ch/R31573, 96
Churchill Forest Industries Ltd. dodis.ch/R32606, 101
Ciba-Geigy AG dodis.ch/R1787, 136, 141, 154, 195
Citibank dodis.ch/R15632, 135
Club de Berne dodis.ch/R33936, 18
Club de Londres dodis.ch/R31749, 36, 58, 101, 112
CNUCED dodis.ch/R23118, 3, 7, 92
–, Conseil du commerce et du développement dodis.ch/R23248, 77
COMECON dodis.ch/R11549, 86
Comité central du Parti communiste

- de Chine [dodis.ch/R28648](#), 189
- Comité d'experts pour l'examen de la Charte des Nations Unies [dodis.ch/R703](#), 1
- Comité international de la Croix-Rouge [dodis.ch/R69](#), 50, 109, 156
- Comité suisse pour la défense des prisonniers politiques au Chili [dodis.ch/R32695](#), 14
- Commission Brandt [dodis.ch/R31293](#), 92
- Commission consultative pour les relations de la Suisse avec les Nations Unies [dodis.ch/R29744](#), 2
- Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger [dodis.ch/R27988](#), 115, 129
- Commission d'experts pour le tarif douanier et la limitation des importations [dodis.ch/R10990](#), 28
- Commission fédérale consultative pour le problème des étrangers [dodis.ch/R28494](#), 27, 117
- Commission fédérale des banques [dodis.ch/R1795](#), 20, 142, 149
- Commission nationale suisse pour l'UNESCO [dodis.ch/R9558](#), 86, 98, 145
- Communauté économique européenne (CEE) [dodis.ch/R9899](#), 1, 4, 5, 25, 28, 33, 34, 36, 39, 48, 49, 55, 56, 57, 74, 85, 86, 87, 92, 95, 101, 102, 104, 106, 107, 111, 112, 113, 121, 123, 128, 134, 138, 140, 154, 165, 183, 188, 192
- , Commission européenne [dodis.ch/R19371](#), 33, 55, 57, 74, 92, 192
- , Conseil des ministres [dodis.ch/R23652](#), 3, 33, 95, 128
- , Conseil Européen [dodis.ch/R25156](#), 183, 192
- Communauté européenne du charbon et de l'acier [dodis.ch/R607](#), 123, 183
- Compagnie de constructions mécaniques Sulzer [dodis.ch/R20904](#), 36
- Compagnie internationale des wagons-lits et des grands express européens [dodis.ch/R2777](#), 149
- Compañía Ítalo-Argentina de Electricidad [dodis.ch/R283](#), 119
- Conférence des recteurs suisses [dodis.ch/R8118](#), 68
- Conférence européenne des Ministres des transports (CEMT) [dodis.ch/R15138](#), 55, 183
- Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) [dodis.ch/R20591](#), 1, 25, 47, 56, 59, 68, 72, 79, 89, 111, 113, 114, 117, 118, 121, 122, 125, 126, 146, 160, 166, 173
- Conseil d'assistance économique mutuelle (COMECON) [dodis.ch/R11549](#), 86
- Conseil de l'Europe [dodis.ch/R2382](#), 5, 12, 25, 54, 61, 79, 90, 111, 114, 118, 124, 128, 146, 148
- , Assemblée consultative [dodis.ch/R4760](#), 5
- , Comité des ministres [dodis.ch/R4766](#), 54, 111, 148
- , Conférence des ministres européens de la Justice [dodis.ch/R32635](#), 5, 148
- Conseil œcuménique des Eglises [dodis.ch/R5580](#), 96
- Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique [dodis.ch/R27483](#), 57, 183
- Corporate Accountability International [dodis.ch/R33383](#), 171
- Correspondance politique suisse [dodis.ch/R2405](#), 79
- Cour de justice européenne [dodis.ch/R23967](#), 155
- Crédit Suisse (CS) [dodis.ch/R63](#), 17, 20, 62, 95, 131, 144, 159
- Croix-Rouge suisse (CRS) [dodis.ch/R256](#), 9, 50, 78, 109
- Daiichi Kangyo Bank [dodis.ch/R27755](#), 20
- Democrazia Cristiana italiana [dodis.ch/R1660](#), 31
- Demokratische Partei der USA [dodis.ch/R2267](#), 74
- Der Bund [dodis.ch/R2003](#), 22, 88
- Der Kurier [dodis.ch/R26471](#), 62
- Der Spiegel [dodis.ch/R11526](#), 144
- Diário de Lisboa [dodis.ch/R30422](#), 16
- Diário Popular de Portugal [dodis.ch/R30423](#), 16
- Die Tat [dodis.ch/R2969](#), 51
- Distripress [dodis.ch/R32936](#), 79
- Durisol International Corp. [dodis.ch/R29816](#), 9
- Ecole polytechnique fédérale [dodis.ch/R712](#), 51, 141
- Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) [dodis.ch/R11536](#), 134
- ECOSOC [dodis.ch/R218](#), 113, 118, 135, 156
- Eidgenössische Bankenkommision [dodis.ch/R1795](#), 20, 142, 149
- Eidgenössische Konsultativkommission

- für das Ausländerproblem
[dodis.ch/R28494](#), 27, 117
- Eidgenössisches Institut für
Reaktorforschung [dodis.ch/R22844](#), 36
- Eidgenössische Technische Hochschule
(ETH) [dodis.ch/R712](#), 51, 141
- Eidgenössische Versicherungskasse
[dodis.ch/R7570](#), 8
- Eisenbahnwerte Holding AG
[dodis.ch/R31361](#), 151
- Ejército Revolucionario del Pueblo de
Argentina [dodis.ch/R31316](#), 22
- El Moudjahid [dodis.ch/R15525](#), 62
- Elektrowatt [dodis.ch/R270](#), 36, 101
- Escher Wyss AG [dodis.ch/R292](#), 131, 141,
159
- EURATOM [dodis.ch/R9898](#), 36
- Europäische Freihandelsassoziation
(EFTA) [dodis.ch/R10096](#), 25, 33, 34,
39, 56, 85, 95, 138, 140, 183, 187
- , Konsultativkomitee [dodis.ch/R27880](#),
34
- , Ministerrat [dodis.ch/R22565](#), 34, 140,
183
- , Sekretariat [dodis.ch/R23649](#), 33
- Europäische Gemeinschaft für Kohle
und Stahl [dodis.ch/R607](#), 123, 183
- Europäische Organisation für die
Entwicklung und den Bau von
Raumfahrzeugträgern
[dodis.ch/R22759](#), 4
- Europäische Verkehrsministerkonferenz
(CEMT) [dodis.ch/R15138](#), 55, 183
- Europäische Weltraumorganisation
(ESA) [dodis.ch/R22346](#), 4, 68
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
(EWG) [dodis.ch/R9899](#), 1, 4, 5, 25, 28,
33, 34, 36, 39, 48, 49, 55, 56, 57, 74, 85,
86, 87, 92, 95, 101, 102, 104, 106, 107,
111, 112, 113, 121, 123, 128, 134, 138,
140, 154, 165, 183, 188, 192
- , Europäische Kommission
[dodis.ch/R19371](#), 33, 55, 57, 74, 92, 192
- , Europäischer Rat [dodis.ch/R25156](#),
183, 192
- , Ministerrat [dodis.ch/R23652](#), 3, 33, 95,
128
- Europäischer Gerichtshof
[dodis.ch/R23967](#), 155
- Europäisches Währungssystem
[dodis.ch/R30369](#), 3, 49, 163, 175, 194
- Europarat [dodis.ch/R2382](#), 5, 12, 25, 54,
61, 79, 90, 111, 114, 118, 124, 128, 146,
148
- , Beratende Versammlung
[dodis.ch/R4760](#), 5
- , Europäischer Gerichtshof für
Menschenrechte [dodis.ch/R23257](#), 61
- , Expertenkomitee für soziale
Sicherheit [dodis.ch/R4771](#), 54
- , Konferenz der europäischen
Justizminister [dodis.ch/R32635](#), 5, 148
- , Ministerkomitee [dodis.ch/R4766](#), 54,
111, 148
- Euskadi Ta Askatasuna (ETA)
[dodis.ch/R29054](#), 65
- Exim-Index [dodis.ch/R32358](#), 137
- Expertenkommission für den Zolltarif
und für die Einfuhrbeschränkungen
[dodis.ch/R10990](#), 28
- Export-Import Bank of the United
States [dodis.ch/R2056](#), 135
- FAO [dodis.ch/R575](#), 24, 50, 171
- Farner Public Relations Agentur
[dodis.ch/R16000](#), 36
- Feuille d’Avis de Lausanne
[dodis.ch/R18616](#), 88
- Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein
AG [dodis.ch/R14716](#), 41
- Foire Suisse d’Echantillons, Bâle
[dodis.ch/R10113](#), 117
- Fondation des Immeubles pour les
Organisations Internationales (FIPOI)
[dodis.ch/R20542](#), 94, 107, 182
- Fondation suisse d’assistance au
développement technique
[dodis.ch/R16839](#), 24
- Fonds national suisse de la recherche
scientifique [dodis.ch/R11667](#), 68
- Foreign Affairs [dodis.ch/R2880](#), 83
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
[dodis.ch/R1962](#), 88
- Freisinnig-demokratische Partei der
Schweiz (FDP) [dodis.ch/R47](#), 10, 88
- Frente de Acción Popular de Chile
[dodis.ch/R23821](#), 14
- Frente Polisario [dodis.ch/R31272](#), 109
- Front populaire de libération de la
Palestine (FPLP) [dodis.ch/R26024](#),
10, 76
- Front populaire patriotique hongrois
[dodis.ch/R33353](#), 186
- Fédération Horlogère (FH)
[dodis.ch/R2130](#), 70, 102, 142
- Fédération internationale des
journalistes [dodis.ch/R32938](#), 79
- Fédération suisse des journalistes
[dodis.ch/R2002](#), 79

- Fédération suisse du tourisme** dodis.ch/R1090, 128
- G7** dodis.ch/R31271, 74
- Galerie Ziegler SA** dodis.ch/R32931, 178
- GATT** dodis.ch/R1534, 74, 77, 86, 92, 104, 105, 127, 133, 140, 167, 175, 183
- Gazeta Mercantil** dodis.ch/R31912, 62
- General Electric** dodis.ch/R1158, 36, 41, 72
- Geschäftsstelle für Exportrisikogarantie** dodis.ch/R21873, 167
- Gesteb** dodis.ch/R33283, 149
- Givaudan** dodis.ch/R17762, 31
- Gugelmann & Cie. AG, Textilwerke,**
Langenthal dodis.ch/R16339, 141
- Hannoversche Allgemeine Zeitung** dodis.ch/R28787, 51
- Helvetas** dodis.ch/R11095, 24
- Herstatt Bank** dodis.ch/R29570, 62
- Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)** dodis.ch/R1936, 50, 139, 193
- Hoffmann-La Roche & Co. AG** dodis.ch/R2327, 26, 31, 154
- Holderbank** dodis.ch/R8634, 141
- Hong Kong Standard** dodis.ch/R32034, 62
- Humatex 1979** dodis.ch/R31794, 189
- H. Weidmann AG** dodis.ch/R13279, 154
- Icmesa** dodis.ch/R31151, 26, 31
- IDA** dodis.ch/R16862, 1, 19, 24, 92, 174
- ILO** dodis.ch/R224, 12, 24, 107
- Immobilienstiftung für internationale Organisationen** dodis.ch/R20542, 94, 107, 182
- Inkatha Freedom Party** dodis.ch/R31825, 191
- Institut africain pour le développement économique et social** dodis.ch/R32295, 162
- Institut fédéral de recherche en matière de réacteurs** dodis.ch/R22844, 36
- Institut international de recherche sur la paix de Stockholm** dodis.ch/R30290, 36
- Institut suisse d'opinion publique** dodis.ch/R20588, 128
- Interamerikanische Entwicklungsbank** dodis.ch/R22331, 24
- Interessenverband Schweizerischer Exportunternehmen** dodis.ch/R32959, 137
- Interfaith Center on Corporate Responsibility** dodis.ch/R33382, 171
- Interflug** dodis.ch/R26857, 86
- Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)** dodis.ch/R9676, 36, 125, 156, 176
- Internationale Energieagentur (IEA)** dodis.ch/R22884, 10
- Internationale Journalisten-Föderation** dodis.ch/R32938, 79
- Internationaler Rat der Kindernährmittelhersteller** dodis.ch/R33113, 171
- Internationaler Währungsfonds (IWF)** dodis.ch/R593, 3, 22, 42, 77, 92, 174
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)** dodis.ch/R69, 50, 109, 156
- Internationales Konferenzzentrum in Genf** dodis.ch/R23673, 182
- Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)** dodis.ch/R748, 5
- Interparlamentarische Union** dodis.ch/R2361, 10
- Invalidenversicherung** dodis.ch/R23278, 86
- Irish Independent** dodis.ch/R32030, 62
- Joint European Torus** dodis.ch/R29903, 134
- Journal de Téhéran** dodis.ch/R26477, 62
- Julius Bär & Co** dodis.ch/R1076, 95
- Kernkraftwerk Kaiseraugst** dodis.ch/R29645, 36
- Kol Israel** dodis.ch/R26211, 15
- Kommunistische Partei Italiens** dodis.ch/R1116, 90, 185
- Kommunistische Partei Portugals** dodis.ch/R29469, 16, 39
- Kommunistische Partei Spaniens** dodis.ch/R26696, 84, 185
- Kommunistische Partei der Tschechoslowakei** dodis.ch/R2335, 179
- Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ)** dodis.ch/R31173, 1, 3, 60, 75, 77, 92, 109, 136
- Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** dodis.ch/R20591, 1, 25, 47, 56, 59, 68, 72, 79, 89, 111, 113, 114, 117, 118, 121, 122, 125, 126, 146, 161, 166, 173
- Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland** dodis.ch/R27988, 115, 129
- Kraftwerk Émossion** dodis.ch/R25037, 189
- Lahmeyer International** dodis.ch/R32296, 162
- Landis & Gyr** dodis.ch/R2988, 140

- La Suisse dodis.ch/R3086, 49, 51
- Le Républicain Lorrain dodis.ch/R26459, 62
- Les Archives des Chartes fédérales dodis.ch/R32846, 102
- Liga der Rotkreuz-Gesellschaften / Ligue des Sociétés de la Croix-Rouge dodis.ch/R1526, 50
- Literaturnaja Gaseta dodis.ch/R10178, 51
- Londoner Klub dodis.ch/R31749, 36, 58, 101, 112
- Luxemburger Wort dodis.ch/R32035, 62
- Luzerner Neueste Nachrichten dodis.ch/R14656, 1
- Maag-Zahnräder & -Maschinen AG dodis.ch/R12793, 141
- MBFR dodis.ch/R26836, 36
- Midland Bank dodis.ch/R15843, 135
- Motor-Columbus AG dodis.ch/R307, 60, 159
- Mouvement des non-alignés dodis.ch/R23875, 7, 117, 153
- Mouvement national de l'Espagne dodis.ch/R29760, 84
- Movimiento Peronista Montonero dodis.ch/R31315, 22
- Museum der Kunst und Historisches Museum Genf / Musée d'art et d'histoire dodis.ch/R21481, 115
- Nationalbank, Belgien dodis.ch/R516, 175
- Nationalbank, BRD dodis.ch/R19421, 175
- Nationalbank, Niederlande dodis.ch/R9943, 175
- Nationalbank, Polen dodis.ch/R6220, 70
- Nationalbank, Zaire dodis.ch/R18425, 147
- Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat dodis.ch/R26546, 46
- Nationale Bewegung Spaniens dodis.ch/R29760, 84
- Nationale Herbstmesse dodis.ch/R10114, 117
- Nationale schweizerische UNESCO-Kommission dodis.ch/R9558, 98, 145
- Nations Unies dodis.ch/R202, 1, 2, 5, 7, 10, 21, 24, 25, 77, 81, 88, 92, 97, 100, 106, 114, 126, 130, 131, 135, 144, 146, 153, 156, 158, 164, 165, 166, 169, 171, 182, 195
- NATO dodis.ch/R2837, 36, 51, 72, 121, 126, 140, 161
- Nestlé dodis.ch/R309, 8, 140, 141, 149, 167, 171, 189, 195
- Neuer Weg dodis.ch/R32924, 79
- New York Times dodis.ch/R648, 92
- Nordatlantikpakt dodis.ch/R27234, 51
- Northrop dodis.ch/R29836, 72
- NZZ dodis.ch/R627, 36, 55, 79, 88, 90, 171
- OECD dodis.ch/R600, 1, 24, 34, 48, 60, 77, 92, 106, 107, 111, 127, 133, 136, 163, 171
- , Entwicklungshilfekomitee dodis.ch/R22613, 24, 92
- , Komitee für Steuerfragen dodis.ch/R23886, 48
- , Ministerrat dodis.ch/R9236, 24, 48
- Office national suisse du tourisme dodis.ch/R1738, 187
- Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) dodis.ch/R344, 82, 101, 104, 110, 137, 181
- Ökumenischer Kirchenrat dodis.ch/R5580, 96
- Omega Louis Brandt & Frère SA dodis.ch/R3141, 142
- ONU dodis.ch/R202, 1, 2, 5, 7, 10, 21, 24, 25, 77, 81, 88, 92, 97, 100, 106, 114, 126, 130, 131, 135, 144, 146, 153, 156, 158, 164, 165, 166, 169, 171, 182, 195
- , Assemblée Générale dodis.ch/R570, 1, 2, 3, 7, 10, 24, 92, 118, 130, 131, 156
- , Association internationale de développement (AID) dodis.ch/R16862, 1, 19, 24, 92, 174
- , Comité d'Etat-major dodis.ch/R1135, 140
- , Comité intergouvernemental pour les migrations européennes (CIME) dodis.ch/R10492, 109, 193
- , Comité plénier de l'Assemblée fédéral des Nations Unies chargé de suivre le dialogue Nord-Sud dodis.ch/R33154, 109, 142
- , Commission économique pour l'Europe dodis.ch/R1871, 126
- , Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement (CNUCED) dodis.ch/R23118, 3, 7, 92
- , Conseil de sécurité dodis.ch/R222, 2, 36, 106, 158, 165, 195
- , Conseil économique et social (ECOSOC) dodis.ch/R218, 113, 118, 135, 156
- , Fonds des Nations Unies pour l'enfance (UNICEF) dodis.ch/R738, 109
- , Force d'urgence des Nations Unies

- (UNEF) dodis.ch/R11540, 156
- , Groupe des 77 dodis.ch/R23246, 28, 92
- , Haut-Commissariat pour les réfugiés (HCR) dodis.ch/R8974, 50, 109, 193
- , Office de secours et de travaux des Nations Unies pour les réfugiés de Palestine dans le Proche-Orient (UNRWA) dodis.ch/R9768, 109
- , Office des Nations Unies à Genève dodis.ch/R793, 9, 130, 169
- , Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (ONUAA) dodis.ch/R575, 24, 50, 171
- , Organisation des Nations Unies pour la surveillance de la trêve en Palestine (ONUST) dodis.ch/R25379, 156
- , Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO) dodis.ch/R574, 1, 24, 79, 126, 144, 165
- , Organisation des Nations Unies pour les secours en cas de catastrophes (UNDRO) dodis.ch/R30177, 50
- , Organisation internationale du Travail (OIT) dodis.ch/R224, 12, 24, 107
- , Organisation mondiale de la santé (OMS) dodis.ch/R216, 171, 182
- , Programme alimentaire mondial (PAM) dodis.ch/R23763, 109
- , Programme des Nations Unies pour le développement (PNUD) dodis.ch/R23121, 24
- , Programme des Nations Unies pour les établissements humains (HABITAT) dodis.ch/R31300, 7
- , Secrétariat dodis.ch/R573, 156
- Opéra de Zurich dodis.ch/R13421, 95
- Organisation amerikanischer Staaten (OAS) dodis.ch/R4602, 94
- Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) dodis.ch/R748, 5
- Organisation de l'unité africaine (OUA) dodis.ch/R20598, 7, 135
- Organisation de libération de la Palestine (OLP) dodis.ch/R11002, 7, 10, 81, 130, 190, 191
- Organisation de solidarité des peuples d'Asie, d'Afrique et d'Amérique latine dodis.ch/R31299, 7
- Organisation des Etats américains dodis.ch/R4602, 94
- Organisation des pays exportateurs de pétrole (OPEP) / Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) dodis.ch/R22853, 3, 17, 18, 77, 97, 137
- Organisation européenne de recherches spatiales dodis.ch/R22346, 4, 68
- Organisation européenne pour la réalisation de lanceurs d'engins spatiaux dodis.ch/R22759, 4
- Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) dodis.ch/R20598, 7, 135
- Organisation für Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dodis.ch/R31299, 7
- Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (OMPI) dodis.ch/R15614, 94
- Pacte de Varsovie dodis.ch/R14957, 36, 51, 79, 126
- Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) dodis.ch/R11002, 7, 10, 81, 130, 190, 191
- Pan American World Airways dodis.ch/R22620, 86
- Panamerican Airways dodis.ch/R11046, 51
- Parti communiste de l'Espagne dodis.ch/R26696, 84, 185
- Parti communiste de l'Italie dodis.ch/R1116, 90, 185
- Parti communiste du Portugal dodis.ch/R29469, 16, 39
- Parti communiste de Tchécoslovaquie dodis.ch/R2335, 179
- Parti démocrate-chrétien du Chili dodis.ch/R23243, 14
- Parti démocrate-chrétien de l'Italie dodis.ch/R1660, 31
- Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde dodis.ch/R26710, 152
- Parti ouvrier unifié polonais dodis.ch/R9886, 70
- Parti radical-démocratique suisse dodis.ch/R47, 10, 88
- Parti socialiste du canton de Neuchâtel dodis.ch/R24501, 81
- Parti socialiste du Portugal dodis.ch/R30414, 39
- Parti socialiste ouvrier espagnol dodis.ch/R29763, 84
- Parti socialiste ouvrier hongrois dodis.ch/R4942, 185
- Parti socialiste suisse dodis.ch/R42, 10, 62, 108
- Patriotische Volksfront Ungarns dodis.ch/R33353, 185

- Peter, Cailler & Kohler** dodis.ch/R18926, 189
- Phoenix Airways** dodis.ch/R33872, 10
- PILATUS Flugzeugwerke AG** dodis.ch/R1922, 141
- Polysar International Fribourg SA** dodis.ch/R33375, 101
- Práce** dodis.ch/R240, 179
- Procelis SA** dodis.ch/R32267, 154
- Pro Helvetia** dodis.ch/R340, 56, 59, 101, 129
- PTT** dodis.ch/R1775, 51, 124
- Radio Kairo / Radio Le Caire** dodis.ch/R31217, 97
- Radio Monte Carlo (RMC)** dodis.ch/R29939, 15
- Rapid Maschinen und Fahrzeuge AG** dodis.ch/R26866, 24
- Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)** dodis.ch/R11549, 86
- Revue commerciale et financière suisse** dodis.ch/R1619, 110
- Rieter AG** dodis.ch/R3163, 60
- Rizzoli International SA** dodis.ch/R31701, 52
- Rolex** dodis.ch/R12835, 189
- SALT I** dodis.ch/R29208, 36
- SALT II** dodis.ch/R26835, 36, 185
- Sandoz AG** dodis.ch/R315, 141, 154
- SATA** dodis.ch/R33871, 10
- Schaffhauser Nachrichten** dodis.ch/R32228, 88
- Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften** dodis.ch/R9738, 68
- Schweizerische Bankgesellschaft (SBG)** dodis.ch/R55, 17, 20, 60, 62, 131, 144, 159, 167
- Schweizerische Bundesbahnen (SBB)** dodis.ch/R1760, 123
- Schweizerische Depeschagentur (SDA)** dodis.ch/R145, 79
- Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft** dodis.ch/R2193, 68
- Schweizerische Handelszeitung** dodis.ch/R1619, 111
- Schweizerische Kreditanstalt (SKA)** dodis.ch/R63, 17, 20, 62, 95, 131, 144, 159
- Schweizerische Nationalbank (SNB)** dodis.ch/R30, 17, 42, 43, 52, 62, 92, 104, 113, 124, 127, 135, 142, 144, 163, 175, 180, 192, 194
- Schweizerische Naturforschende Gesellschaft** dodis.ch/R249, 68
- Schweizerische Politische Korrespondenz** dodis.ch/R2405, 79
- Schweizerischer Bankverein (SBV)** dodis.ch/R22, 17, 20, 62, 95, 131, 144, 159
- Schweizerischer Bauernverband (SBV)** dodis.ch/R508, 12
- Schweizerischer Baumeisterverband** dodis.ch/R12324, 50
- Schweizerischer Fremdenverkehrsverband** dodis.ch/R1090, 128
- Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung** dodis.ch/R11667, 68
- Schweizerische Rundspruchgesellschaft (SRG)** dodis.ch/R6384, 79, 86, 117, 119
- Schweizerischer Zeitungsverlegerverein** dodis.ch/R2212, 79
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)** dodis.ch/R1929, 50
- Schweizerisches Katastrophenhilfekorps** dodis.ch/R27291, 50, 109
- Schweizerisches Komitee zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile** dodis.ch/R32695, 14
- Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)** dodis.ch/R256, 9, 50, 78, 109
- Schweizerisches Serum- & Impfinstitut** dodis.ch/R23848, 78
- Schweizerische Verkehrszentrale** dodis.ch/R1738, 186
- Schweizerische Volksbank** dodis.ch/R1642, 17, 95, 131, 159, 168
- Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SZH)** dodis.ch/R344, 82, 101, 104, 110, 137, 181
- Schweizer Mustermesse Basel** dodis.ch/R10113, 117
- Schweizer Wissenschafts- und Technologierat** dodis.ch/R22533, 68
- Société de Banque Suisse (SBS)** dodis.ch/R22, 17, 20, 62, 95, 131, 144, 159, 167
- Société des Nations (SdN)** dodis.ch/R221, 36
- Société générale de surveillance (SGS)** dodis.ch/R1779, 181
- Société générale pour l'industrie électrique** dodis.ch/R1777, 167
- Société helvétique des sciences naturelles** dodis.ch/R249, 68
- Société suisse de développement international SA** dodis.ch/R29014, 24

- Société suisse de radiodiffusion (SSR)**
[dodis.ch/R6384](#), 79, 86, 117, 119
- Société suisse des constructeurs de machines** [dodis.ch/R830](#), 41, 82, 181, 195
- Société suisse des éditeurs de journaux**
[dodis.ch/R2212](#), 79
- Société suisse des sciences humaines**
[dodis.ch/R2193](#), 68
- Solothurner Zeitung** [dodis.ch/R16239](#), 88
- Sonatrach** [dodis.ch/R25457](#), 142
- South African Council of Churches**
[dodis.ch/R20604](#), 106
- South China Morning Post**
[dodis.ch/R31520](#), 62
- South-West African People's Organisation (SWAPO)**
[dodis.ch/R28143](#), 158
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz**
[dodis.ch/R42](#), 10, 62, 108
- Sozialdemokratische Partei des Kantons Neuenburg** [dodis.ch/R24501](#), 81
- Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens**
[dodis.ch/R29763](#), 84
- Sozialistische Partei Portugals**
[dodis.ch/R30414](#), 39
- Stern** [dodis.ch/R25385](#), 16
- Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut**
[dodis.ch/R30290](#), 36
- Sulzer AG** [dodis.ch/R173](#), 23, 36, 37, 60, 92, 100, 141, 195
- Swissair** [dodis.ch/R331](#), 10, 15, 86, 101, 102
- Swisscontact** [dodis.ch/R16839](#), 24
- Swissexport** [dodis.ch/R32956](#), 137
- Syndicat des maisons suisses du commerce mondial et du commerce de transit** [dodis.ch/R2057](#), 181
- Système de règlement pacifique des différends (SRPD)** [dodis.ch/R28155](#), 122
- Système monétaire européen**
[dodis.ch/R30369](#), 3, 49, 163, 175, 194
- Tageblatt** [dodis.ch/R32036](#), 62
- Tages-Anzeiger** [dodis.ch/R10437](#), 88
- Televisione svizzera di lingua italiana**
[dodis.ch/R26487](#), 10
- The Business Times** [dodis.ch/R32031](#), 62
- Timex** [dodis.ch/R25906](#), 105
- Trade Development Bank**
[dodis.ch/R32616](#), 101
- TRAFIPRO (Travail, Fidélité, Progrès)**
[dodis.ch/R22656](#), 162
- Tribune de Lausanne** [dodis.ch/R3024](#), 88
- Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen**
[dodis.ch/R31293](#), 92
- UNCTAD** [dodis.ch/R23118](#), 3, 7, 92
- , Rat für Handel und Entwicklung**
[dodis.ch/R23248](#), 77
- UNESCO** [dodis.ch/R574](#), 1, 24, 79, 126, 144, 165
- Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei**
[dodis.ch/R4942](#), 185
- UNHCR** [dodis.ch/R8974](#), 50, 109, 193
- UNICEF** [dodis.ch/R738](#), 109
- Union d'agences suisses de journaux et livres en gros** [dodis.ch/R12278](#), 79
- Union du peuple africain du Zimbabwe (ZAPU)** [dodis.ch/R30061](#), 158
- Union générale des travailleurs de l'Espagne** [dodis.ch/R31519](#), 84
- Union interparlementaire**
[dodis.ch/R2361](#), 10
- Union suisse de Caritas** [dodis.ch/R1525](#), 50, 109, 193
- Union suisse des paysans** [dodis.ch/R508](#), 12
- Universität Bern / Universität de Berne**
[dodis.ch/R1831](#), 68, 86
- Universität Bukarest / Universität de Bucarest** [dodis.ch/R33279](#), 68
- Universität de Genève / Universität Genf**
[dodis.ch/R646](#), 102
- , Institut de hautes études internationales et du développement**
[dodis.ch/R31564](#), 98
- Universität Sankt Gallen (HSG) / Universität de Saint-Gall (HSG)**
[dodis.ch/R1592](#), 69
- Universität Zürich / Universität de Zurich** [dodis.ch/R645](#), 36
- University of Warwick** [dodis.ch/R33328](#), 194
- UNO** [dodis.ch/R202](#), 1, 2, 5, 7, 10, 21, 24, 25, 77, 81, 88, 92, 97, 100, 106, 114, 126, 130, 131, 135, 144, 146, 153, 156, 158, 164, 165, 166, 169, 171, 182, 195
- , Büro der Vereinten Nationen in Genf**
[dodis.ch/R793](#), 9, 130, 169
- , Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)** [dodis.ch/R23121](#), 24
- , Generalversammlung** [dodis.ch/R570](#), 1, 2, 3, 7, 10, 24, 92, 118, 130, 131, 156
- , Gruppe der 77** [dodis.ch/R23246](#), 28, 92
- , Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten**

- (UNRWA) dodis.ch/R9768, 109
- , Hochkommissariat für die Flüchtlinge (UNHCR) dodis.ch/R8974, 50, 109, 193
- , Intergouvernementales Komitee für europäische Auswanderung dodis.ch/R10492, 109, 193
- , Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dodis.ch/R224, 12, 24, 107
- , Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) dodis.ch/R16862, 1, 19, 24, 92, 174
- , Internationaler Gerichtshof dodis.ch/R212, 36, 45, 140
- , Internationaler Währungsfonds (IWF) dodis.ch/R593, 3, 22, 42, 77, 92, 174
- , Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) dodis.ch/R738, 109
- , Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina (UNTSO) dodis.ch/R25379, 156
- , Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) dodis.ch/R575, 24, 50, 172
- , Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) dodis.ch/R574, 1, 24, 79, 126, 144, 165
- , Organisation der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (UNDRO) dodis.ch/R30177, 50
- , Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (HABITAT) dodis.ch/R31300, 7
- , Sekretariat dodis.ch/R573, 156
- , Sicherheitsrat dodis.ch/R222, 2, 36, 106, 158, 165, 195
- , Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) dodis.ch/R23118, 3, 7, 92
- , Völkerrechtskommission dodis.ch/R23289, 165
- , Weltbank dodis.ch/R586, 3, 19, 60, 92, 159, 162, 172, 174
- , Weltbankgruppe dodis.ch/R23410, 19, 24, 77, 92
- , Welternährungsprogramm (WFP) dodis.ch/R23763, 109
- , Weltgesundheitsorganisation (WHO) dodis.ch/R216, 171, 182
- , Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) dodis.ch/R218, 113, 118, 135, 156
- , Wirtschaftskommission für Europa dodis.ch/R1871, 126
- Vaterland dodis.ch/R3014, 88
- Verband Aare-Rheinwerke dodis.ch/R33169, 141
- Verband der Schweizer Journalisten dodis.ch/R2002, 79
- Verband schweizerischer Transit- und Welthandelsfirmen dodis.ch/R2057, 181
- Verband schweizerischer Zeitungsagenturen und Büchergrossisten dodis.ch/R12278, 79
- Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) dodis.ch/R27205, 82, 137, 193
- Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller dodis.ch/R830, 41, 82, 181, 196
- Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft dodis.ch/R24117, 36
- Vereinigte Arbeiterpartei Polens dodis.ch/R9886, 70
- Vereinte Nationen dodis.ch/R202, 1, 2, 5, 7, 10, 21, 24, 25, 77, 81, 88, 92, 97, 100, 106, 114, 126, 130, 131, 135, 144, 146, 153, 156, 158, 164, 165, 166, 169, 171, 182, 195
- Viscose Suisse dodis.ch/R3165, 101
- Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) dodis.ch/R26024, 10, 76
- Volksrecht dodis.ch/R1617, 10
- Vorort de l'Union suisse du Commerce et de l'Industrie / Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins dodis.ch/R34, 28, 34, 82, 106, 110, 137, 141, 181, 195
- Völkerbund dodis.ch/R221, 36
- Warschauer Pakt dodis.ch/R14957, 36, 51, 79, 126
- Wartmann Holding AG dodis.ch/R33826, 131
- Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) dodis.ch/R15614, 94
- Weltwoche dodis.ch/R3010, 10, 36, 128
- Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas dodis.ch/R28648, 189
- Zimbabwe African National Union (ZANU) dodis.ch/R30060, 158, 191

VIII.3. REGISTER DER GEOGRAFISCHEN BEZEICHNUNGEN INDEX DES NOMS GÉOGRAPHIQUES INDICE DEI NOMI GEOGRAFICI

Der vorliegende Index erfasst alle geografischen Bezeichnungen, die insgesamt in den in der Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als Faksimile publizierten Dokumenten erwähnt sind, selbst wenn im vorliegenden Band nur ein Auszug des Dokuments abgedruckt ist. Entsprechend sind die geografischen Bezeichnungen, die nur im Anmerkungsapparat erwähnt werden, nicht indexiert. Nebst der geografischen Bezeichnung führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Die mit einem * gekennzeichneten Dokumente sind für die Beziehungen der Schweiz zu diesem Land besonders relevant. Die Bezeichnungen «Bern» und «Schweiz» sind im Register nicht berücksichtigt, da sie zu häufig in den Dokumenten vorkommen.

Le présent index comprend les noms géographiques qui sont mentionnées dans l'ensemble des documents publiés, sous forme de facsimilés, dans la base de données Dodis (www.dodis.ch), même si dans le présent volume seul un extrait desdits documents est publié. Par contre, les noms géographiques qui sont mentionnés uniquement dans l'appareil critique et pas dans le document ne sont pas indexés. Les noms géographiques de l'index sont suivis des **permalien**s de la base de données Dodis (www.dodis.ch) où se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les documents marqués d'un * sont particulièrement pertinents en ce qui concerne les relations entre la Suisse et le pays en question. Les termes «Berne» et «Suisse» n'ont pas été retenus vu leur apparition très fréquente dans les documents.

Il presente indice include tutti i nomi geografici che compaiono nei documenti pubblicati sotto forma di facsimile nella banca dati Dodis (www.dodis.ch), anche se nel volume ne viene pubblicato soltanto un estratto. Oltre ai nomi geografici, l'indice reca i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni e documenti. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. I documenti contrassegnati da un * sono particolarmente rilevanti per le relazioni della Svizzera con il rispettivo paese. I termini «Berna» e «Svizzera», che compaiono molto frequentemente nei documenti, non sono ritenuti nell'indice.

Addis Abeba dodis.ch/G852, 191
Afghanistan dodis.ch/G495, 142
Afrika / Afrique dodis.ch/G900, 7*, 24, 36, 97, 102, 106, 110, 116, 131, 142, 149*, 153*, 156, 158, 165*, 181, 191*, 195*
Afrique australe dodis.ch/G9809, 106, 153, 156, 191
Afrique du Sud dodis.ch/G204, 2, 21, 36, 46, 106*, 131*, 135*, 142, 156, 158*, 165, 195*
Afrique occidentale dodis.ch/G7933, 109, 146, 195
Afrique orientale dodis.ch/G4864, 109
Afrique sub-saharienne dodis.ch/G8214, 106, 149, 191
Ägäis dodis.ch/G5761, 38, 140
Ägypten dodis.ch/G216, 10, 39, 97, 126, 142, 149, 172*, 190

Ajun dodis.ch/G14726, 108
Alaska dodis.ch/G4969, 92
Alberta dodis.ch/G10389, 101
Alger dodis.ch/G236, 62, 67, 142, 149, 153, 190
Algérie / Algerien dodis.ch/G896, 51, 97, 108*, 126, 142*, 149*
Altenrhein dodis.ch/G919, 41
Amazonas (Bundesstaat)(Brasilien) / (État fédéral)(Brésil) dodis.ch/G9163, 103
Amerika / Amérique dodis.ch/G133, 24, 102
Amman dodis.ch/G3484, 25, 97, 190
Amérique centrale dodis.ch/G334, 7*, 84, 103, 109, 153*
Amérique du Nord dodis.ch/G2080, 1, 125

- Amérique du Sud** dodis.ch/G210, 7*, 22, 94*, 109, 153*
Amérique latine dodis.ch/G983, 45, 94, 103, 110, 111, 146, 153
Anatolie orientale dodis.ch/G13186, 50
Andorre dodis.ch/G4972, 152
Angola dodis.ch/G4498, 36, 50, 106, 158
Ankara dodis.ch/G471, 55, 100, 140, 159
Antarctique / Antarktis dodis.ch/G10360, 36
Aqaba dodis.ch/G2561, 97
Arabie Saoudite dodis.ch/G217, 3, 62, 97*, 149
Arabische Staaten dodis.ch/G4664, 10, 15, 25, 81, 97, 149*
Argentine / Argentinien dodis.ch/G193, 22*, 36, 119*, 144
Asie / Asien dodis.ch/G47, 7*, 53*, 24, 82*, 109, 137*, 153*, 146, 169
Asie du Sud dodis.ch/G6061, 169
Asie du Sud-Est dodis.ch/G3760, 9, 110, 137, 193
Athen / Athènes dodis.ch/G467, 15, 55, 111, 137
Äthiopien dodis.ch/G219, 50, 97
Attems dodis.ch/G13140, 50
Australie / Australien dodis.ch/G203, 7, 48, 62, 129, 165
Autriche dodis.ch/G31, 1, 2, 7, 18*, 25*, 33, 36, 48, 55, 57, 62, 68, 73*, 89, 94, 111, 115, 120, 128, 138*, 152, 153, 164*, 173*, 176*, 179, 185
Baden dodis.ch/G460, 131, 141, 159
Bagdad dodis.ch/G2800, 115, 159, 190
Bahamas dodis.ch/G4974, 101
Bahia dodis.ch/G9814, 103
Bâle dodis.ch/G83, 36, 46, 78, 111, 117, 136, 137, 154
Bangkok dodis.ch/G430, 9, 82
Bangladesh / Bangladesh dodis.ch/G9439, 24, 75*
Bannwil dodis.ch/G15227, 141
Barbados dodis.ch/G8886, 152
Barrage de Karakaya dodis.ch/G13188, 159
Basel dodis.ch/G83, 36, 46, 78, 111, 117, 136, 137, 154
Baskenland dodis.ch/G10758, 65
Bassin du Lac Tchad dodis.ch/G11162, 50
Bautzen dodis.ch/G15260, 86
Beirut dodis.ch/G997, 15, 62, 81, 190
Belgien / Belgique dodis.ch/G75, 4, 36, 49, 51, 65, 89, 106, 107, 111, 128, 129, 144, 152, 175
Belgrad / Belgrade dodis.ch/G85, 1, 25, 27, 47, 51, 55, 79, 89, 90, 91, 96, 111, 113, 117, 118, 121, 122, 125, 126, 146, 153, 160, 166, 173, 185
Bellinzona / Bellinzone dodis.ch/G4729, 124
Berkeley dodis.ch/G9087, 172
Berlin-Est dodis.ch/G3061, 86, 111, 132, 157
Berlin-Ouest dodis.ch/G3581, 36, 51, 86
Bern / Berne dodis.ch/G43, 88
Beyrouth dodis.ch/G997, 15, 62, 81, 190
Biel / Bienne dodis.ch/G3681, 102
Birr dodis.ch/G9993, 141
Birrfeld dodis.ch/G9994, 131
Blockfreie Staaten dodis.ch/G10520, 79, 121, 166, 173,
Bolivie / Bolivien dodis.ch/G478, 7
Bonn dodis.ch/G2101, 3, 65, 86, 88, 126, 173, 194
Bophuthatswana dodis.ch/G13213, 106
Borgo Cancellier dodis.ch/G13139, 50
Botswana dodis.ch/G9182, 106, 158
Brasilien / Brésil dodis.ch/G180, 7, 36, 40, 58, 103*, 144
Brasília dodis.ch/G8923, 103
Brianza dodis.ch/G13448, 26, 31
Brienzensee dodis.ch/G15228, 141
Broc dodis.ch/G9171, 189
Brugg dodis.ch/G928, 131
Bruxelles / Brüssel dodis.ch/G137, 5, 55, 74, 85, 123, 128, 129, 134, 175, 178, 192
Bucarest / Bukarest dodis.ch/G233, 68, 151
Budapest dodis.ch/G8, 146, 185
Buenos Aires dodis.ch/G208, 22, 119
Bulawayo dodis.ch/G10018, 195
Bulgarie / Bulgarien dodis.ch/G284, 28*, 59*, 111, 140
Bundesrepublik Deutschland dodis.ch/G806, 2, 3, 4, 24, 36, 48, 50, 54, 62, 65, 81, 86, 88*, 89, 92, 99*, 106, 111, 113, 115, 128, 131, 144, 154, 169, 180, 184, 185, 192, 194*
Burkina Faso dodis.ch/G7458, 50
Bwakira dodis.ch/G13512, 162
Cahora Bassa dodis.ch/G10336, 36, 195
Californie dodis.ch/G4555, 92
Cambodge dodis.ch/G3764, 9, 141
Cameroun dodis.ch/G1861, 75*, 195
Canada dodis.ch/G230, 3, 36, 48, 49, 89, 101*, 120, 125*, 144, 165, 167
Caracas dodis.ch/G38, 111
Castel Gandolfo dodis.ch/G4685, 150

- Cesano dodis.ch/G13506, 31
 Chiasso dodis.ch/G759, 123
 Chili / Chili dodis.ch/G205, 14*, 135*, 195
 China / Chine dodis.ch/G29, 1, 21, 29*,
 36, 53*, 102*, 141*, 166, 168*, 170,
 189*, 194
 Chypre dodis.ch/G364, 15, 30*, 33, 38*,
 107, 113, 140, 153, 156
 Chypre du Nord dodis.ch/G11129, 30,
 38, 140
 Cologne dodis.ch/G780, 55
 Colombie dodis.ch/G206, 144
 Colombo dodis.ch/G1969, 7, 153
 Comores dodis.ch/G4982, 152*
 Copenhague dodis.ch/G215, 55, 85
 Corne de l'Afrique dodis.ch/G10348, 97,
 126, 149
 Corée dodis.ch/G33, 21, 141, 153
 Corée du Nord dodis.ch/G1422, 21, 169
 Corée du Sud dodis.ch/G1423, 21, 36,
 97*, 167*
 Costa Rica dodis.ch/G857, 24, 84
 Croatie dodis.ch/G565, 117
 Cuba dodis.ch/G190, 58, 63*, 67*, 116*,
 144, 149
 Côte d'Ivoire dodis.ch/G6968, 131, 195
 Dakar dodis.ch/G129, 152
 Damas / Damaskus dodis.ch/G2801, 15,
 190
 Danemark / Danemark dodis.ch/G138, 4,
 48, 56, 92, 106, 128
 Däniken dodis.ch/G9071, 101
 Danube dodis.ch/G1063, 185
 Dar es Salaam dodis.ch/G9053, 152
 Demokratische Volksrepublik Jemen
dodis.ch/G4803, 190
 Den Haag dodis.ch/G88, 5, 55, 62, 69, 97,
 111
 Desio dodis.ch/G13505, 31
 Deutsche Demokratische Republik
dodis.ch/G283, 2, 36, 46, 51, 56, 79, 81,
 86*, 89, 132*, 157*
 Deutsches Reich dodis.ch/G5, 69, 88
 Deutschschweiz dodis.ch/G4420, 88, 119
 Djeddah dodis.ch/G4795, 97, 149, 190
 Dornbirn dodis.ch/G5325, 73
 Dublin dodis.ch/G4927, 55, 62
 Ecuador dodis.ch/G479, 7
 Edinburgh dodis.ch/G4700, 95
 Einsiedeln dodis.ch/G9939, 117
 El Salvador dodis.ch/G783, 139*
 Elfenbeinküste dodis.ch/G6968, 131, 195
 Emmental dodis.ch/G3965, 141
 Émossion dodis.ch/G9621, 189
 Empire allemand dodis.ch/G5, 69, 88
 Entwicklungsländer dodis.ch/G4633, 1,
 3, 10, 13, 19, 24, 25, 28, 33, 36, 48, 50,
 64, 74, 75, 77, 92, 98, 101, 102, 103, 104,
 109, 111, 115, 142, 144, 146, 153, 167,
 170, 171, 181, 188
 Equador / Équateur dodis.ch/G13124,
 58, 103
 Espace dodis.ch/G9457, 36
 Espagne dodis.ch/G126, 4, 14, 25, 33,
 36, 46, 55, 57, 60, 65*, 84*, 89, 94, 108,
 113*, 117, 118*, 140, 144, 183, 185
 États-Unis d'Amérique dodis.ch/G11, 1,
 11*, 23*, 24, 25, 33, 36, 41*, 51, 53, 58*,
 60, 63, 64, 67, 72*, 74*, 78*, 79, 83*, 89,
 91*, 92*, 93*, 101, 104, 105*, 107*, 111,
 112*, 113, 116, 120, 126*, 135, 140, 144,
 149, 154, 157, 163*, 167, 169, 171*, 173,
 176, 177, 180, 185, 189, 192, 193*, 194*,
 195
 Ethiopie dodis.ch/G219, 50, 97
 Euphrat / Euphrate dodis.ch/G9187, 159
 Europa / Europe dodis.ch/G12, 1, 3, 4*, 5,
 10, 12, 22, 23, 25, 33*, 34, 36, 46, 49, 53,
 54, 55*, 57, 61, 62, 64, 66, 79, 81, 84, 85*,
 86, 87*, 89*, 92, 102, 109, 112, 113, 114,
 115, 121*, 122, 123, 124, 126, 128, 130,
 138, 140*, 141, 142, 146, 148*, 149, 155,
 164, 169, 173, 175*, 183*, 184, 185*,
 192, 193, 194
 Europe centrale dodis.ch/G1380, 36, 55,
 185
 Europe méridionale dodis.ch/G991, 113,
 126, 140
 Europe occidentale dodis.ch/G347, 5,
 33, 36, 53, 79, 85, 86, 112, 128, 133, 140,
 169, 177, 183
 Europe orientale dodis.ch/G311, 3, 33,
 79, 126, 146, 185
 Extrême-Orient dodis.ch/G281, 102, 141
 Ferner Osten dodis.ch/G281, 102, 141
 Fidji / Fidschi dodis.ch/G886, 152
 Finlande / Finnland dodis.ch/G76, 7, 55,
 57, 89, 111, 128, 129, 153, 163*, 173*
 Forêt Noire dodis.ch/G1029, 36
 France / Frankreich dodis.ch/G13, 2, 4,
 36, 42, 48, 49, 50, 51, 60, 62, 65, 89, 92,
 106, 107, 111, 113*, 115, 121, 123, 128,
 142, 144, 149, 154*, 155*, 161, 166, 180,
 185, 192, 195
 Francfort / Frankfurt dodis.ch/G386, 62
 Friaul-Julisch Venetien / Frioul-Vénétie
 julienne dodis.ch/G11071, 31, 50
 Gabon / Gabun dodis.ch/G8816, 131

- Gasenyi** dodis.ch/G13510, 162
Genève / Genf dodis.ch/G28, 1, 7, 9, 10, 17, 18, 21, 25, 33, 35, 51, 55, 58, 69, 79, 81, 85, 92, 94, 97, 102, 106, 107, 114, 130, 131, 141, 142, 149, 156, 165, 166, 167, 169, 175, 181, 182*, 187, 189
Genève (Canton) / Genf (Kanton) dodis.ch/G4401, 35, 149*
Geumgang dodis.ch/G14848, 167
Gewani dodis.ch/G11058, 50
Gisovu dodis.ch/G12047, 162
Graben dodis.ch/G10473, 36
Grande Bretagne / Grossbritannien dodis.ch/G14, 4, 19, 36, 42*, 50, 69, 89, 95*, 106, 107, 111, 128, 131, 135, 144, 154, 171, 185, 192, 195
Grèce / Griechenland dodis.ch/G178, 25, 30*, 33, 38*, 50, 55, 57, 89, 99*, 111, 113, 118*, 128, 140*, 183
Guatemala dodis.ch/G487, 7, 50*, 58, 84, 144
Guatemala-Stadt / Guatemala (ville) dodis.ch/G4837, 50
Guinée-Bissao dodis.ch/G4988, 50, 152
Gumi dodis.ch/G14847, 167
Guyana dodis.ch/G4961, 152
Gösgen dodis.ch/G9070, 101
Hannover / Hanovre dodis.ch/G811, 51
Hanoi dodis.ch/G796, 9, 193
Havanna dodis.ch/G188, 58, 63, 67, 116
Helsinki dodis.ch/G622, 1, 51, 55, 79, 86, 111, 113, 121, 126, 160, 185
Honduras dodis.ch/G481, 7, 58, 84, 103
Hongkong dodis.ch/G52, 62
Hongrie dodis.ch/G20, 79, 111, 185*
Horn von Afrika dodis.ch/G10348, 97, 126, 149
Inde / Indien dodis.ch/G201, 24, 36, 39, 75*, 136*
Iles Vierges dodis.ch/G5018, 105
Indischer Subkontinent dodis.ch/G10327, 50
Indochina / Indochine dodis.ch/G50, 9*, 153
Indonésie / Indonesien dodis.ch/G49, 75*, 82*, 137*
Industrielländer dodis.ch/G9188, 1, 10, 19, 24, 68, 77, 92, 103, 104, 106, 110, 115, 131, 163, 171, 195
Irak dodis.ch/G482, 3, 97, 115, 159*
Iran dodis.ch/G743, 3, 35*, 36, 60*, 97, 107, 129, 195
Irland / Irland dodis.ch/G128, 4, 106, 113, 128, 192
Islamabad dodis.ch/G8922, 75
Island / Islande dodis.ch/G214, 128
Israel / Israël dodis.ch/G1761, 10*, 15, 21, 25, 36, 41, 46, 76*, 81, 97, 107, 126, 129, 130*, 144, 149, 156, 165, 190*
Italia / Italie / Italien dodis.ch/G77, 4, 26*, 31*, 32, 36, 39, 42, 44*, 46, 48, 50*, 60, 62, 89, 90*, 99*, 100, 101, 106, 107, 111, 113*, 115, 117, 118*, 123*, 128, 129, 144, 150*, 154, 159, 185, 192
Jakarta dodis.ch/G2121, 9, 13, 82
Japan / Japon dodis.ch/G45, 20*, 36, 48, 62, 74, 92, 101, 104*, 144, 170*, 194*
Jemenitische Arabische Republik dodis.ch/G948, 97
Jerusalem / Jérusalem dodis.ch/G324, 10, 97, 149
Johannesburg dodis.ch/G4569, 131
Jordanie / Jordanien dodis.ch/G2761, 10, 81, 97
Jounieh dodis.ch/G13556, 15
Jugoslawien dodis.ch/G69, 25, 27*, 36, 55, 57, 79, 89, 111, 113*, 117*, 118*, 121, 126, 146, 153, 173*
Jungferinseln dodis.ch/G5018, 105
Jura dodis.ch/G582, 150*, 169*
Kairo dodis.ch/G40, 10, 153, 172, 190
Kalifornien dodis.ch/G4555, 92
Kambodscha dodis.ch/G3764, 9*, 141
Kamerun dodis.ch/G1861, 75*, 195
Kanada dodis.ch/G230, 3, 36, 48, 49, 89, 101*, 120, 125*, 144, 165, 167
Kap Verde dodis.ch/G4980, 152*
Karakaya-Talsperre dodis.ch/G13188, 159
Katanga dodis.ch/G4779, 159
Kenia / Kenya dodis.ch/G4796, 75*, 162
Kigali dodis.ch/G8988, 162
Kinshasa dodis.ch/G2928, 147
Kloten dodis.ch/G1741, 10, 141
Köln dodis.ch/G780, 55
Kolumbien dodis.ch/G206, 144
Kolwezi dodis.ch/G10674, 147
Komoren dodis.ch/G4982, 152*
Kopenhagen dodis.ch/G215, 55, 85
Korea dodis.ch/G33, 21, 97*, 141, 153
Koweit dodis.ch/G4858, 97
Koweit (ville) dodis.ch/G11015, 190
Kroatien dodis.ch/G565, 117
Kuala Lumpur dodis.ch/G821, 13, 82
Kuba dodis.ch/G190, 58, 63*, 67*, 116*, 144, 149
Kum dodis.ch/G14848, 167
Kuwait dodis.ch/G4858, 97

- Kuwait-Stadt dodis.ch/G11015, 190
 La Charité sur Loire dodis.ch/G3824, 161
 La Havane dodis.ch/G188, 58, 63, 67, 116
 La Haye dodis.ch/G88, 5, 55, 62, 69, 97, 111
 Lagos dodis.ch/G4655, 106, 135, 158
 Langnau im Emmental dodis.ch/G1249, 141
 Laos dodis.ch/G3763, 9*
 Lateinamerika dodis.ch/G983, 45, 94, 103, 110, 111, 146, 153
 Lausanne dodis.ch/G174, 51, 88, 134, 137
 Laâyoune dodis.ch/G14726, 108
 Le Caire dodis.ch/G40, 10, 153, 172, 190
 Leibstadt dodis.ch/G9072, 101
 Leipzig dodis.ch/G962, 86
 Lenzburg dodis.ch/G3880, 131
 Les Brenets dodis.ch/G7290, 2, 81
 Lesotho dodis.ch/G9183, 106
 Liban / Libanon dodis.ch/G483, 15, 25, 50, 81, 97, 126
 Lice dodis.ch/G11353, 50
 Liechtenstein dodis.ch/G253, 49, 62, 89, 115, 124*, 128, 152
 Lima dodis.ch/G213, 7, 111
 Lisbonne / Lissabon dodis.ch/G349, 16, 39, 55, 106
 Loanda dodis.ch/G4654, 158
 Lombardei / Lombardia / Lombardie dodis.ch/G1883, 26, 31
 London / Londres dodis.ch/G55, 3, 55, 74, 95, 111, 178, 186, 191
 Luang Prabang dodis.ch/G3782, 9
 Lucerne / Luzern dodis.ch/G531, 1, 102
 Lusaka dodis.ch/G9389, 153
 Luxembourg / Luxemburg dodis.ch/G196, 62, 106, 107, 128, 144
 Luxembourg (Capitale) / Luxemburg (Hauptstadt) dodis.ch/G5048, 52, 55, 154
 Lyon dodis.ch/G1135, 154
 Madagaskar / Madagaskar dodis.ch/G366, 24
 Madrid dodis.ch/G941, 65, 84, 94, 113, 121, 126, 173, 185
 Mailand dodis.ch/G840, 26, 31
 Malaisie / Malaysia dodis.ch/G822, 13*, 82*, 137*
 Malediven / Maldives dodis.ch/G8887, 152
 Mali dodis.ch/G5201, 50, 108
 Malta dodis.ch/G4826, 33, 36, 89, 113, 126
 Manchester dodis.ch/G4750, 95
 Manga dodis.ch/G13366, 103
 Manila dodis.ch/G432, 82, 167
 Manitoba dodis.ch/G9717, 101
 Maputo dodis.ch/G4715, 106
 Maroc / Marokko dodis.ch/G975, 108*, 128
 Mauretanien / Mauritanie dodis.ch/G6307, 108*
 Méditerranée orientale dodis.ch/G969, 140
 Mer Egée dodis.ch/G5761, 38, 140
 Mer Méditerranée dodis.ch/G291, 10, 41, 113
 Mésopotamie / Mesopotamien dodis.ch/G8560, 115
 Mexiko / Mexique dodis.ch/G319, 7, 101, 144*
 Mexiko (Stadt) / Mexico (Ville) dodis.ch/G4660, 144
 Miami dodis.ch/G4767, 116
 Milan / Milano dodis.ch/G840, 26, 31
 Minneapolis dodis.ch/G4706, 171
 Mitteleuropa dodis.ch/G1380, 36, 55, 185
 Mittelmeer dodis.ch/G291, 10, 41, 113
 Mittelmeerländer dodis.ch/G991, 113, 126, 140
 Mombasa dodis.ch/G9207, 162
 Monaco dodis.ch/G4023, 152
 Montreal / Montréal dodis.ch/G183, 5
 Montreux dodis.ch/G330, 126, 140, 185
 Moroni dodis.ch/G13113, 152
 Moscou / Moskau dodis.ch/G21, 37, 47, 51, 72, 89, 100, 111, 122, 126, 146, 149, 163, 178, 185
 Mosambik / Mozambique dodis.ch/G4652, 106, 158
 Mossul dodis.ch/G7758, 159
 München / Munich dodis.ch/G862, 25
 Munzanga dodis.ch/G13511, 162
 Naher Osten dodis.ch/G854, 10*, 15*, 25, 50, 67, 81* 97, 102, 110, 130, 149* 153, 156, 164, 190*
 Nairobi dodis.ch/G5150, 3
 Namibia / Namibie dodis.ch/G7621, 158*, 195
 Nauru dodis.ch/G10135, 152
 Nepal / Népal dodis.ch/G4263, 75*
 Neu Delhi dodis.ch/G516, 136
 Neuchâtel / Neuenburg dodis.ch/G245, 160
 Neuchâtel (Canton) / Neuenburg (Kanton) dodis.ch/G3625, 81
 Neuseeland dodis.ch/G218, 48, 165
 Neutrale Staaten dodis.ch/G8724, 25, 79, 121, 122, 166, 173, 176

- New York dodis.ch/G23, 2, 7, 22, 25, 58, 67, 83, 92, 94, 100, 111, 140, 164, 166, 169, 175, 182, 194
- Niederlande dodis.ch/G78, 4, 11*, 24, 36, 49, 50, 61, 89, 92, 106, 107, 128, 129, 144, 152, 175, 184*
- Niger dodis.ch/G7456, 50, 108
- Nigeria dodis.ch/G4656, 106, 131, 135, 142, 181*, 195
- Nil dodis.ch/G4637, 172
- Nordamerika dodis.ch/G2080, 1, 125
- Nordjemen dodis.ch/G948, 97
- Nordkorea dodis.ch/G1422, 21, 169
- Nordvietnam dodis.ch/G4846, 9, 21
- Nordzypem dodis.ch/G11129, 30, 38, 140
- Norvège / Norwegen dodis.ch/G194, 18, 25, 36, 51, 55, 56, 57, 62, 65, 127*, 128, 152, 187*
- Nouvelle Zélande dodis.ch/G218, 48, 165
- Nouvelle-Delhi dodis.ch/G516, 136
- Oberhasli dodis.ch/G10594, 141
- Occident dodis.ch/G1858, 24, 36, 39, 40, 51, 70, 79, 81, 88, 90, 97, 98, 115, 121, 158, 160, 163, 165, 173
- Oerlikon dodis.ch/G734, 131
- Ohio dodis.ch/G8848, 92
- Oslo dodis.ch/G406, 55
- Ost-Berlin dodis.ch/G3061, 86, 111, 132, 157
- Ostafrika dodis.ch/G4864, 109
- Ostanatolien dodis.ch/G13186, 50
- Ostblockstaaten dodis.ch/G936, 3, 28, 36, 39, 51, 68, 70, 79, 86, 96, 106, 118, 121, 126, 129, 151, 173, 176
- Österreich dodis.ch/G31, 1, 2, 7, 18*, 25*, 33, 36, 48, 55, 57, 62, 68, 73*, 89, 94, 111, 115, 120, 128, 138*, 152, 153, 164*, 173*, 176*, 179, 185
- Osteuropa dodis.ch/G311, 3, 33, 79, 126, 146, 185
- Östliches Mittelmeer dodis.ch/G969, 140
- Ottawa dodis.ch/G169, 62, 101, 111, 125
- Ouest canadien dodis.ch/G15458, 101
- Oussouri dodis.ch/G9808, 141
- Pakistan dodis.ch/G1433, 36, 50, 75*
- Palästina / Palestine dodis.ch/G335, 10*, 76*, 81*, 97, 130, * 165, 190*
- Panama dodis.ch/G784, 84
- Papua-Neuguinea dodis.ch/G265, 13*, 152
- Paris dodis.ch/G18, 1, 3, 4, 9, 19, 55, 60, 75, 77, 81, 92, 99, 107, 111, 136, 145, 149, 155, 159, 165, 175, 176, 178
- Pays arabes dodis.ch/G4664, 10, 15, 25, 81, 97, 149
- Pays basque dodis.ch/G10758, 65
- Pays communistes d'Europe dodis.ch/G936, 3, 28, 36, 39, 51, 68, 70, 79, 86, 96, 106, 118, 121, 126, 129, 151, 173, 176
- Pays neutres dodis.ch/G8724, 25, 79, 121, 122, 166, 173, 176
- Pays non-alignés dodis.ch/G10520, 79, 121, 166, 174
- Pays-Bas dodis.ch/G78, 4, 11*, 24, 36, 49, 50, 61, 89, 92, 106, 107, 128, 129, 144, 152, 175, 184*
- Pékin / Peking dodis.ch/G1203, 9, 21, 53, 102, 141, 168, 170, 189
- Philippinen / Philippines dodis.ch/G46, 7, 82*, 137*
- Phnom Penh dodis.ch/G3781, 9
- Pjôngjang dodis.ch/G5219, 169
- Polen / Pologne dodis.ch/G68, 36, 70*, 79, 80*, 88, 89, 111, 146, 169*, 185
- Port Moresby dodis.ch/G11013, 13
- Portugal dodis.ch/G127, 7, 16*, 36, 39*, 48, 55, 57, 100, 113*, 118*, 128
- Posen / Poznan dodis.ch/G4601, 70
- Prag / Prague dodis.ch/G71, 100, 179
- Praia dodis.ch/G11311, 152
- Proche-Orient dodis.ch/G854, 10*, 15*, 25, 50, 67, 81*, 97, 102, 110, 130, 149*, 153, 156, 164, 190*
- Pretoria / Prétoria dodis.ch/G469, 106, 131
- Puerto Rico dodis.ch/G5004, 7
- Pyeongseong dodis.ch/G13385, 169
- Rabat dodis.ch/G3501, 108, 190
- Rangiro dodis.ch/G14868, 162
- Rapperswil (SG) dodis.ch/G5383, 154
- Recife dodis.ch/G9090, 103
- République arabe du Yémen dodis.ch/G948, 97
- République démocratique allemande dodis.ch/G283, 2, 36, 46, 51, 56, 79, 81, 86*, 89, 132*, 157*
- République démocratique populaire du Yémen dodis.ch/G4803, 190
- République fédérale d'Allemagne dodis.ch/G806, 2, 3, 4, 24, 36, 48, 50, 54, 62, 65, 81, 86, 88, 89, 92, 99*, 106, 111, 113, 115, 128, 131, 144, 154, 169, 180, 184, 185, 192, 194*
- Rhein / Rhin dodis.ch/G961, 17, 36, 88, 183
- Rheinland dodis.ch/G818, 88
- Rhodésie / Rhodesien dodis.ch/G4449, 21, 156, 158*, 191*, 195

- Riad / Ryad dodis.ch/G4855, 149
 Rio de Janeiro dodis.ch/G207, 111
 Roggwil dodis.ch/G15145, 141
 Rom / Roma / Rome dodis.ch/G361, 24, 31, 44, 55, 100, 111, 113, 123, 150, 185
 Roumanie / Rumänien dodis.ch/G234, 7, 28*, 51, 68*, 79, 89, 151*, 185
 Ruanda / Rwanda dodis.ch/G4588, 162*
 Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik dodis.ch/G10073, 90*, 99, 163
 Sahara dodis.ch/G918, 108
 Sahara occidental dodis.ch/G10134, 108*, 153
 Sahel dodis.ch/G10274, 50*
 Saigon dodis.ch/G431, 9
 Saint-Gall dodis.ch/G562, 69
 Salvador da Bahia dodis.ch/G10627, 103
 Salzbouurg / Salzburg dodis.ch/G394, 25, 33
 Sambia dodis.ch/G5036, 158
 Samoa occidental dodis.ch/G9254, 152
 San Francisco dodis.ch/G64, 2, 171
 San Marino dodis.ch/G5008, 152, 173
 San Salvador dodis.ch/G4774, 7, 84, 139
 Santiago dodis.ch/G211, 14
 Santiago de Chile dodis.ch/G211, 14
 Santiago Sacatepaquez dodis.ch/G15031, 50
 Sao Paulo dodis.ch/G4069, 62
 São Tomé und Príncipe / São Tomé-et-Príncipe dodis.ch/G5009, 152
 Saudi-Arabien dodis.ch/G217, 3, 62, 97*, 149*
 Scandinavie dodis.ch/G514, 24, 56, 85, 107
 Schaffhausen dodis.ch/G1018, 88
 Schlesien dodis.ch/G146, 185
 Schwarzwald dodis.ch/G1029, 36
 Schweden dodis.ch/G15, 3, 4, 7, 18, 36, 37, 48, 49, 50, 55, 56*, 57, 65, 89, 111, 120, 128, 134, 143, 144, 153, 173*, 176
 Schwyz dodis.ch/G4677, 102
 Schönefeld dodis.ch/G11147, 86
 Senegal / Sénégal dodis.ch/G7455, 50, 195
 Seoul dodis.ch/G4261, 167
 Seveso dodis.ch/G13141, 26, 31
 Silésie dodis.ch/G146, 185
 Singapur / Singapur dodis.ch/G53, 13*, 62, 82*, 137*
 Skandinavien dodis.ch/G514, 24, 56, 85, 107
 Sofia dodis.ch/G755, 111
 Somalia / Somalie dodis.ch/G4762, 97
 Soudan dodis.ch/G982, 97
 Sowjetunion dodis.ch/G30, 1, 3, 10, 36, 37*, 47*, 51*, 53, 68, 70, 79, 86, 89, 90*, 96*, 97, 99, 111, 116, 121, 122*, 126*, 129, 132*, 140, 141, 143*, 147, 149, 160*, 163*, 173, 176, 178*, 185*
 Spanien dodis.ch/G126, 4, 14, 25, 33, 36, 46, 55, 57, 60, 65*, 84*, 89, 94, 108, 113*, 117, 118*, 140, 144, 183, 185
 Spiez dodis.ch/G4888, 64
 Sri Lanka dodis.ch/G1562, 153
 St. Gallen dodis.ch/G562, 69
 Steffisburg dodis.ch/G7536, 10
 Stockholm dodis.ch/G94, 55, 56, 81, 111
 Strasbourg / Strassburg dodis.ch/G2361, 5, 12, 25, 55, 61, 111, 128, 175
 Strasse von Tiran dodis.ch/G10616, 97
 Subit dodis.ch/G13138, 50
 Subsahara-Afrika dodis.ch/G8214, 106, 149, 191
 Sudan dodis.ch/G982, 97
 Südafrika dodis.ch/G204, 2, 21, 36, 46, 106*, 131*, 135*, 142, 156, 158*, 165, 195*
 Südamerika dodis.ch/G210, 7*, 22, 94*, 109, 153*
 Südasien dodis.ch/G6061, 169
 Südjemen dodis.ch/G4803, 190
 Südkorea dodis.ch/G1423, 21, 36, 97*, 167*
 Südliches Afrika dodis.ch/G9809, 106, 153, 156, 191
 Südostasien dodis.ch/G3760, 9, 110, 137, 193
 Südvietnam dodis.ch/G4847, 9, 21
 Suède dodis.ch/G15, 3, 4, 7, 18, 36, 37, 48, 49, 50, 55, 56*, 57, 65, 89, 111, 120, 128, 134, 143, 144, 153, 173*, 176
 Suisse alémanique dodis.ch/G4420, 88, 119
 Suisse romande dodis.ch/G2061, 119
 Syrie / Syrien dodis.ch/G485, 10, 15, 25, 97, 126, 149, 159
 Taïf dodis.ch/G6642, 149
 Taiwan dodis.ch/G32, 21
 Tansania / Tanzanie dodis.ch/G5025, 24, 158
 Tchad dodis.ch/G7461, 50
 Tschechoslowakei dodis.ch/G73, 36, 63, 67, 79, 100*, 116, 151, 179*, 185
 Teheran dodis.ch/G1235, 35, 60, 62, 135, 158
 Tel-Aviv dodis.ch/G1766, 30, 76, 97, 130

Tessin (Canton) / Tessin (Kanton)dodis.ch/G688, 31, 101, 119, 123, 16**Thailand** dodis.ch/G202, 9, 82*, 137***Thoune / Thun** dodis.ch/G909, 51, 141**Thurgau (Kanton)** dodis.ch/G4141, 101, 163**Tindouf / Tinduf** dodis.ch/G6306, 108**Togo** dodis.ch/G6444, 36, 131**Tokio / Tokyo** dodis.ch/G35, 5, 20, 92, 104, 192**Transkei** dodis.ch/G9027, 106, 131**Tripoli / Tripolis** dodis.ch/G7849, 190**Tripoli (Liban / Libanon)**dodis.ch/G11110, 15***Tschad** dodis.ch/G7461, 50**Tschadbecken** dodis.ch/G11162, 50**Tschechoslowakei** dodis.ch/G73, 36, 63, 67, 79, 100*, 116, 151, 179*, 185**Tunesien / Tunisie** dodis.ch/G362, 62, 97, 128**Tunis** dodis.ch/G903, 62, 190**Turgi** dodis.ch/G10977, 131**Turgovie (Canton)** dodis.ch/G4141, 101, 163**Türkei / Turquie** dodis.ch/G122, 30*, 33, 38*, 50*, 55, 57, 83*, 89, 100, 111, 113*, 118*, 128, 140, 159*, 185**Udine (Province) / Udine (Provinz)**
dodis.ch/G3225, 50**UdSSR / USSR** dodis.ch/G30, 1, 3, 10, 36, 37, 47, 51, 53, 68, 70, 79, 86, 89, 90*, 96*, 97, 99, 111, 116, 121, 122*, 126*, 129, 132*, 140, 141, 143*, 147, 149, 160*, 163*, 173, 176, 178*, 185***Ungarn** dodis.ch/G20, 79, 111, 185***Union soviétique** dodis.ch/G30, 1, 3, 10, 36, 37*, 47, 51*, 53, 68, 70, 79, 86, 89, 90, 96*, 97, 99, 111, 116, 121, 122*, 126*, 129, 132*, 140, 141, 143*, 147, 149, 160*, 173, 176, 178*, 185***Uruguay** dodis.ch/G947, 7**Ussuri** dodis.ch/G9808, 141**Union soviétique** dodis.ch/G30, 1, 3, 10, 36, 37, 47*, 51, 53, 68, 70, 79, 86, 89, 90*, 96, 97, 99, 111, 116, 121, 122, 126, 129, 132, 140, 141, 143, 147, 149, 160, 163*, 173, 176, 178, 185**Valetta** dodis.ch/G9552, 126**Varadero** dodis.ch/G4765, 116**Varsovie** dodis.ch/G144, 70, 79**Vatican / Vatikan** dodis.ch/G712, 96, 150*, 152**Venezuela / Vénézuëla** dodis.ch/G486, 7, 84, 99*, 107, 144**Vereinigte Staaten von Amerika**dodis.ch/G11, 1, 11*, 23*, 24, 25, 33, 36, 41*, 51, 53, 58*, 60, 63, 64, 67, 72*, 74*, 78*, 79, 89, 91*, 92*, 93*, 101, 104, 105*, 107*, 111, 112*, 113, 116, 120, 126*, 135, 140, 144, 149, 154, 157, 163*, 167, 169, 171*, 173, 176, 177, 180, 185, 189, 192, 193*, 194*, 195**Vevey** dodis.ch/G766, 8**Vienne** dodis.ch/G238, 1, 7, 8, 18, 25, 33, 36, 55, 73, 79, 94, 95, 96, 111, 138, 156, 164, 173**Vientiane** dodis.ch/G3783, 9**Vietnam** dodis.ch/G1434, 9*, 21, 50, 141, 193**Vietnam du Nord** dodis.ch/G4846, 9, 21**Vietnam du Sud** dodis.ch/G4847, 9, 21**Vladivostok** dodis.ch/G1801, 36**Walenstadt** dodis.ch/G8668, 51**Wallisellen** **ZH** dodis.ch/G8655, 141**Warschau** dodis.ch/G144, 70, 79**Warwickshire** dodis.ch/G14578, 194**Washington DC** dodis.ch/G16, 3, 19, 23, 58, 63, 67, 72, 78, 83, 89, 91, 92, 93, 94, 111, 116, 126, 140, 149, 159, 192**Weimar** dodis.ch/G340, 88**Weltraum** dodis.ch/G9457, 36**West-Berlin** dodis.ch/G3581, 36, 51, 86**West-Samoa** dodis.ch/G9254, 152**Westafrika** dodis.ch/G7933, 109, 146, 195**Westen** dodis.ch/G1858, 24, 36, 39, 40, 51, 70, 79, 81, 88, 90, 97, 98, 115, 121, 158, 160, 163, 165, 173**Westeuropa** dodis.ch/G347, 5, 33, 36, 53, 79, 85, 86, 112, 128, 133, 140, 169, 177, 183**Westkanada** dodis.ch/G15458, 101**Westsahara** dodis.ch/G10134, 108*, 153**Westschweiz** dodis.ch/G2061, 120**Wien** dodis.ch/G238, 1, 7, 8, 18, 25, 33, 36, 55, 73, 79, 94, 95, 96, 111, 138, 156, 164, 173**Wimmis** dodis.ch/G912, 31**Winterthur** dodis.ch/G679, 10, 88**Wladiwostok** dodis.ch/G1801, 36**Würenlingen** dodis.ch/G5561, 10**Yémen du Nord** dodis.ch/G948, 97**Yémen du Sud** dodis.ch/G4803, 191**Yugoslawie** dodis.ch/G69, 25, 27, 36, 55, 57, 79, 89, 111, 113*, 117*, 118*, 121, 126, 146, 153, 173***Yünlüce** dodis.ch/G13184, 50**Zaire / Zaïre** dodis.ch/G5031, 147, 149**Zambie** dodis.ch/G5036, 158

Zarka dodis.ch/G8094, 10

Zentralamerika dodis.ch/G334, 7*, 84,
103, 109, 153*

Zürich dodis.ch/G27, 20, 25, 34, 51, 62, 86,
90, 95, 104, 115, 129, 131, 137, 159, 161,
167, 171, 177, 181, 186

Zurich (Canton) / Zürich (Kanton)
dodis.ch/G3361, 148

Zypern dodis.ch/G364, 15, 30*, 33, 38*,
107, 113, 140, 153, 156

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE / LISTE DES FONDS UTILISÉS / LISTA DEI FONDI UTILIZZATI

Die **fett** hervorgehobenen Bestände sind besonders forschungsrelevant.

Les fonds **en gras** sont particulièrement pertinents pour la recherche.

I fondi in **grassetto** sono particolarmente rilevanti per la ricerca.

IX.1. SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV, BERN ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES, BERNE ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO, BERNA

IX.1.1. ARCHIV DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES ARCHIVES DE L'ÉTAT FÉDÉRAL SUISSE ARCHIVIO DELLO STATO FEDERALE SVIZZERO

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

- | | |
|-----------------|--|
| E1001* | Bundesrat: Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente / Conseil fédéral: Propositions de la Chancellerie fédérale et des Départements |
| E1003* | Bundesrat: Verhandlungsprotokolle und Beschlussprotokolle II / Conseil fédéral: Procès-verbaux de délibération et procès-verbaux de décision II |
| E1004.1* | Bundesrat: Beschlussprotokolle / Conseil fédéral: Procès-verbaux de décision |
| E1010B* | Bundeskanzlei: Zentrale Ablage / Chancellerie fédérale: Enregistrement central |
| E1010C* | Bundeskanzlei: Zentrale Ablage / Chancellerie fédérale: Enregistrement central |
| E1050.7A* | Bundesversammlung: Geschäftsprüfungskommissionen / Assemblée fédérale: Commissions de gestion |
| E1050.12* | Bundesversammlung: Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten / Assemblée fédérale: Commissions des affaires étrangères |
| E1050.15* | Bundesversammlung: Kommissionen für Zolltarif, Wirtschaft und Aussenwirtschaft / Assemblée fédérale: Commissions pour le tarif douanier, l'économie et le commerce extérieur |
| E1070* | Bundesversammlung: Geschäftsdossiers / Assemblée fédérale: Dossiers d'affaires |
| E1301* | Nationalrat: Protokolle / Conseil national: Procès-verbaux |
| E1401* | Ständerat: Protokolle / Conseil des États: Procès-verbaux |

Politisches Departement / Département politique / Dipartimento politico

- E2001E* Abteilung für politische Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division des affaires politiques: Enregistrement central
- E2001E-01*** Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
- E2003A* Abteilung für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Division des organisations internationales: Enregistrement central
- E2003-06* Politische Direktion: Fremde Interessen / Direction politique: Intérêts étrangers
- E2004B* Verwaltungsdirektion im Eidgenössischen politischen Departement: Zentrale Ablage / Division des affaires administratives du Département politique fédéral: Enregistrement central
- E2005A* Delegierter für Technische Zusammenarbeit: Zentrale Ablage / Délégué à la coopération technique: Enregistrement central
- E2010A*** Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
- E2010-01A* Politische Direktion: Politische Dokumentation / Direction politique: Documentation politique
- E2023A* Direktion für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Direction des organisations internationales: Enregistrement central
- E2024A* Verwaltungsabteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division administrative du Département fédéral des affaires étrangères: Enregistrement central
- E2024-02A* Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: Personaldossiers / Département fédéral des affaires étrangères: Dossiers personnels
- E2024B* Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst: Zentrale Ablage / Direction administrative et du service extérieur: Enregistrement central
- E2200 / E2210 Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz / Représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
- E2300-01* Eidgenössisches politisches Departement: Politische und militärische Berichte der Auslandvertretungen / Département politique fédéral: Rapports politiques et militaires des représentations à l'étranger
- E2500* Eidgenössisches politisches Departement: Personaldossiers / Département politique fédéral: Dossiers personnels
- E2812*** Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Pierre Graber, Bundesrat / Département politique fédéral: Papiers Pierre Graber, Conseiller fédéral

- E2814* Eidgenössisches Departement für auswärtige
Angelegenheiten: Handakten Rudolf Bindschedler,
Minister / Département politique fédéral: Papiers
Rudolf Bindschedler, Ministre
- E2850.1*** Eidgenössisches Departement für auswärtige
Angelegenheiten: Handakten Pierre Aubert, Bundesrat /
Département politique fédéral: Papiers Pierre Aubert,
Conseiller fédéral

*Departement des Innern / Département de l'intérieur /**Dipartimento dell'interno*

- E3001B* Generalsekretariat: Zentrale Ablage / Secrétariat
général: Enregistrement central
- E3001C* Generalsekretariat: Zentrale Ablage / Secrétariat
général: Enregistrement central
- E3340B* Bundesamt für Sozialversicherung: Zentrale Ablage /
Office fédéral des assurances sociales: Enregistrement
central
- E3370B* Abteilung für Wissenschaft und Forschung: Zentrale
Ablage / Division de la science et de la recherche:
Enregistrement central

*Justiz- und Polizeidepartement / Département de justice et police /**Dipartimento di giustizia e polizia*

- E4001E* Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und
Polizeidepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat
général du Département fédéral de justice et police:
Enregistrement central
- E4110B* Bundesamt für Justiz: Zentrale Ablage / Office fédéral
de la justice: Enregistrement central
- E4268-06* Bundesamt für Polizei: Zentrale Ablage / Office fédéral
de la police: Enregistrement central
- E4280A* Delegierter für das Flüchtlingswesen: Zentrale Ablage /
Délégué aux réfugiés: Enregistrement central
- E4320C* Bundesanwaltschaft: Polizeidienst / Ministère public de
la Confédération: Service de police
- E4321A* Bundesanwaltschaft: Rechtsdienst / Ministère public de
la Confédération: Service juridique
- E4380B* Bundesamt für geistiges Eigentum: Zentrale Ablage /
Office fédéral de la propriété intellectuelle:
Enregistrement central

Militärdepartement / Département militaire / Dipartimento militare

- E5001G* Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung:
Zentrale Ablage / Direction de l'administration militaire
fédérale: Enregistrement central

E5560D* Stab der Gruppe für Generalstabsdienste: Zentrale Ablage / État-major du groupement de l'état-major général: Enregistrement central

Finanz- und Zolldepartement / Département des finances et des douanes / Dipartimento delle finanze e delle dogane

E6100B-01* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6100C* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6520B* Eidgenössische Bankenkommision: Zentrale Ablage / Commission fédérale des banques: Enregistrement central

E6521B* Eidgenössische Bankenkommision: Banken und Sparkassen / Commission fédérale des banques: Banques et caisses d'épargne

E6801* Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement: Handakten Georges-André Chevallaz / Département fédéral des finances et des douanes: Papiers Georges-André Chevallaz

Volkswirtschaftsdepartement / Département de l'économie publique / Dipartimento dell'economia pubblica

E7001C* Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de l'économie publique: Enregistrement central

E7110* Handelsabteilung: Zentrale Ablage / Division du commerce: Enregistrement central

E7113A* Integrationsbüro: Zentrale Ablage / Bureau de l'intégration: Enregistrement central

E7113-02* Integrationsbüro: Dokumentation über die Entstehung der europäischen Integration / Bureau de l'intégration: Documentation sur les débuts de l'intégration européenne

E7115A* Bundesamt für Aussenwirtschaft: Zentrale Ablage / Office fédéral des affaires économiques extérieures: Enregistrement central

E7170B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Enregistrement central

E7175B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Arbeitskraft und Auswanderung / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Main-d'œuvre et émigration

E7220A* Abteilung für Landwirtschaft: Zentrale Ablage /
Division de l'agriculture: Enregistrement central

*Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement / Département des transports
et communications et de l'énergie / Dipartimento dei trasporti,
delle comunicazioni e delle energie*

E8150B* Bundesamt für Zivilluftfahrt: Zentrale Ablage / Office
fédéral de l'aviation civile: Enregistrement central

E8190B-01* Bundesamt für Energiewirtschaft: Zentrale
Ablage / Office fédéral de l'économie énergétique:
Enregistrement central

E8805* Eidgenössisches Verkehrs- und
Energiewirtschaftsdepartement: Handakten Bundesrat
Willy Ritschard / Département fédéral des transports
et communications et de l'énergie: Papiers Conseiller
fédéral Willy Ritschard

*Ausserparlamentarische Kommissionen / Commissions extraparlamentaires /
Commissioni extraparlamentari*

E9510.6* Schweizerische Kulturstiftung Pro Helvetia: Zentrale
Ablage / Fondation culturelle suisse Pro Helvetia:
Enregistrement central

E9500.225* Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung:
Zentrale Ablage / Groupe de travail Implications
historiques: Enregistrement central

IX.1.2. URKUNDEN / ACTES / DOCUMENTI

K1* Staatsverträge / Accords bilatéraux

K7* Urkunden / Actes officiels

IX.1.3. DEPOSITEN UND SCHENKUNGEN

DÉPÔTS ET DONS

DEPOSITI E DONAZIONI

J1.203* Kurz, Hans-Rudolf

J1.223* Bindschedler, Rudolf

J1.301* Probst, Raymond

IX.2. ARCHIV DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK, ZÜRICH
ARCHIVES DE LA BANQUE NATIONALE SUISSE, ZÜRICH
ARCHIVIO DELLA BANCA NAZIONALE SVIZZERA, ZURIGO

*Protokolle des Direktoriums / Procès-verbaux de la Direction générale /
Verballi della Direzione generale*

IX.3. ARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE DER ETH ZÜRICH

Nachlass P. R. Jolles

Nachlass A. Weitnauer

IX.4. BIBLIOTHÈQUE DE LA VILLE DE LA CHAUX-DE-FONDS

Fonds Pierre Graber

IX.6. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN
PUBLICATIONS OFFICIELLES
PUBBLICAZIONI UFFICIALI

- Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung /
Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale / Bollettino ufficiale
dell'Assemblea federale
- Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung
über seine Geschäftsführung / Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée
fédérale sur sa gestion / Rapporto di gestione del Consiglio federale
all'Assemblea federale
- Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Feuille fédérale
de la Confédération suisse / Foglio federale della Confederazione
Svizzera
- Eidgenössisches Politisches Departement, Ein Aussenministerium
befragt sich selbst / Département politique fédéral, Un ministère
des affaires étrangères s'interroge, Bern 1975 (dodis.ch/40926)
- Sammlung der eidgenössischen Gesetze / Recueil des lois fédérales /
Raccolta delle leggi federali
- Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung /
Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale / Compendio
delle deliberazioni dell'Assemblea federale

IX.7. HILFSMITTEL
INSTRUMENTS DE TRAVAIL
STRUMENTI DI LAVORO

- Das Eidgenössische Politische Departement (Zentrale) von 1848 bis 1970, (Amtschronik), Bern 1971
- Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848 / Base de données des députés depuis 1848 / Banca dati dei deputati dal 1848
<http://www.parlament.ch>
- Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz seit 1798, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern 2010
- Documenta Helvetica, Bern 1970–2002
- Handbuch der Eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern 2010
- Historisches Lexikon der Schweiz / Dictionnaire historique de la Suisse / Dizionario storico della Svizzera, Basel, Hauterive, Locarno 2002–2014
<http://hls-dhs-dss.ch>
- Jahrbuch der Eidgenössischen Räte und Gerichte / Annuaire des Autorités fédérales / Annuario delle Autorità federali
- Jahrbuch Schweizerische Politik / Année politique suisse
<http://www.anneepolitique.ch>
- Schweizerisches Rationenbuch / Annuaire suisse du Registre du commerce / Annuario svizzero del Registro di commercio, Zürich 1894–2004.
- Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Annuaire de la Confédération suisse / Annuario della Confederazione Svizzera

X. VERZEICHNIS NICHT FREIGELEGEBENER DOSSIERS
DER EIDGENOSSENSCHAFT
IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIV
LISTE DES DOSSIERS DE LA CONFÉDÉRATION
NON ACCESSIBLES DANS LES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
ELENCO DEI FASCICOLI DELLA CONFEDERAZIONE
NON ACCESSIBILI NELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) ist ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe Dodis denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsgruppe Dodis ist dem von der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* (SGG) verabschiedeten Ethik-Kodex und deren Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im *Bundesgesetz über die Archivierung* (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur *Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung* (VBGA) veröffentlicht. Die Forschungsgruppe Dodis hat gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) für die Periode des vorliegenden Bandes (1976–1978) mehrere Einsichtsgesuche gestellt, die eine Vielzahl nicht frei zugänglicher Dossiers der Eidgenossenschaft im *Schweizerischen Bundesarchiv* umfassen. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsgruppe Dodis erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller».

Die Einsichtnahme in noch einer Schutzfrist unterstehende Dossiers kann nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Für die Periode des vorliegenden Bandes unterstanden 55 von der Forschungsgruppe Dodis aus freigegebenen Dossiers zur Publikation ausgewählte Dokumente der Auflage der Manuskriptvorlage bei der jeweiligen ak-

tenableliefernden Stelle. Alle diese Dokumente konnten vollumfänglich und ohne Einschränkungen im vorliegenden Band und/oder im Internet in der Datenbank Dodis veröffentlicht werden.

Im vorliegenden Verzeichnis hingegen werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe Dodis die Einsicht während der Forschung für die Periode des vorliegenden Bands verweigert hat. In regelmässigen Abständen stellt die Forschungsgruppe Dodis erneute Einsichtsgesuche für diejenigen Dossiers, in die sie für die Erforschung der Perioden von früheren Bänden keine Einsicht erhalten hat, um der aktenableliefernden Stelle die Möglichkeit zu bieten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen. Das vorliegende Verzeichnis führt das Datum des ersten sowie des allfälligen letzten negativen Entscheids auf. Da der Bundesrat 2018 den erfreulichen Entscheid getroffen hat, seine Akten, die einer verlängerten Schutzfrist unterstanden, der ordentlichen 30-jährigen Schutzfrist zu unterstellen, ist die Anzahl der Manuskriptvorlagen, gegenüber den früheren Forschungsperioden stark gesunken, insbesondere da die Beschlussprotokolle II des Bundesrats, CH-BAR#E1003*, nicht mehr einer verlängerten Schutzfrist unterstehen. Laufend aktualisierte Verzeichnisse sowohl aller für die Forschungsgruppe Dodis nicht freigegebenen Dossiers, als auch derjenigen Dossiers, die nachträglich freigegeben wurden, können im Internet unter dodis.ch/ddS/BGA konsultiert werden.

Le centre de recherche *Documents Diplomatiques Suisses* (Dodis) est un institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH). Les membres du groupe de recherche Dodis sont ainsi soumis aux mêmes dispositions juridiques que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la Constitution suisse garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe de recherche Dodis est ainsi entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du directeur de Dodis. Le groupe de recherche Dodis est soumis au Code d'éthique et aux Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire tels qu'adoptés par la *Société suisse d'histoire* (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la *Loi fédérale sur l'archivage* (LAr) du 26 juin 1998. Selon l'article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Des exceptions sont prévues à l'article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral, en vertu de l'article 12, sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'*Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage* (OLAr). Conformément à l'article 13 de la LAr (Consultation pendant le délai de protection), le groupe de recherche Dodis a adressé plusieurs demandes de consultation spéciales pour la période couverte par le présent volume (1976–1978), qui correspondent à de nombreux dossiers dont la consultation n'est pas encore

libre aux *Archives fédérales suisses*. Sur la base de l'article 13, alinéa 2 de la LAr, les autorisations accordées au groupe de recherche Dodis sont valables «aux mêmes conditions, à toutes les personnes qui en font la demande».

La consultation des dossiers pour l'heure soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», conformément à l'article 13, alinéa 3, de la LAr. Pour la période couverte par le présent volume, 55 documents ont été sélectionnés dans des dossiers dont la consultation était soumise à la condition de présentation du manuscrit aux services versants. Tous ces documents ont pu être publiés intégralement et sans aucune restriction dans le présent volume et/ou sur internet, dans la base de données Dodis.

En revanche, la liste ci-dessous consigne les dossiers dont l'autorité compétente du Département correspondant a refusé la consultation au groupe de recherche Dodis. À intervalles réguliers, le groupe de recherche Dodis présente de nouvelles requêtes de consultations pour les dossiers pour lesquels il n'a pas reçu d'autorisation de consultation pour la recherche sur les périodes des précédents volumes, afin d'offrir au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé d'un délai de protection prolongé. La liste contient les dates de la première et de la dernière décision négative. Grâce à la réjouissante décision prise en 2018 par le Conseil fédéral de ne plus soumettre ses propres dossiers (en particulier les procès-verbaux de décision II du Conseil fédéral, CH-BAR#E1003*) à une protection prolongée, mais de les soumettre à la protection ordinaire de 30 ans, le nombre de documents soumis à la présentation du manuscrit a sensiblement diminué par rapport aux périodes de recherches précédentes. La liste constamment actualisée de tous les dossiers non rendus accessibles au groupe de recherche Dodis, ainsi que celle des dossiers rendus accessibles *à posteriori* peuvent être consultées sur Internet sous dodis.ch/dds/LAr.

Il centro di ricerca *Documenti Diplomatici Svizzeri* (Dodis) è un istituto dall'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali* (ASSUS). I membri del gruppo di ricerca Dodis sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale della Confederazione svizzera garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca Dodis è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore Dodis. Il gruppo di ricerca Dodis si attiene al Codice d'etica e ai Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia della *Società svizzera di storia* (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla *Legge federale sull'archiviazione* (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elen-

co degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'*Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione* (OLAr). Conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), il gruppo di ricerca Dodis ha sottoposto diverse richieste di consultazione per il periodo compreso in questo volume (1976–1978). Le richieste riguardano numerosi fascicoli della Confederazione non liberamente accessibili e conservati nell'*Archivio federale svizzero*. Conformemente all'articolo 13, paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al gruppo di ricerca Dodis si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di fascicoli soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13, paragrafo 3 della LAr. Per il periodo coperto dal presente volume, 55 documenti selezionati dal gruppo di ricerca Dodis da dossier soggetti a protezione e resi accessibili sottostavano alla condizione della presentazione del manoscritto ai servizi mittenti. Tutti questi documenti hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume e/o in internet nella banca dati Dodis.

Nel seguente elenco sono invece indicati i fascicoli la cui consultazione è stata negata al gruppo di ricerca Dodis dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti durante la ricerca per il presente volume. Al fine di permettere ai servizi interessati di verificare la pertinenza di un intervallo di consultazione prolungato, il gruppo di ricerca Dodis inoltra periodicamente nuove richieste di consultazione per i dossier il cui accesso è stato negato durante la ricerca per i volumi precedenti. L'elenco riporta la data della prima e, se del caso, dell'ultima decisione negativa. Grazie alla rallegrante decisione presa dal Consiglio federale nel 2018 di non più sottoporre i propri documenti (in particolare i cosiddetti protocolli di decisione II del Consiglio federale, CH-BAR#E1003*) ad una protezione prolungata, ma di sottoporli alla protezione ordinaria di 30 anni, il numero di documenti soggetti alla presentazione del manoscritto rispetto ai periodi di ricerca precedenti è sensibilmente diminuito.

Gli elenchi, continuamente aggiornati, dei fascicoli che non sono stati resi accessibili al gruppo di ricerca Dodis e di quelli che sono stati resi accessibili posteriormente, sono consultabili all'indirizzo internet dodis.ch/dds/LArc.

Departemente / Départements / Dipartimenti

Dossier	Datum der ablehnenden Entscheide
Dossier	Date des décisions négatives
Fascicolo	Data delle decisioni negative

Bundesversammlung / Assemblée fédérale / Assemblea federale

E1050.7A#1987/184#10* (215.2) Fragen, Protokolle, Bericht (vertraulich) (1978–1979)	24. 01. 2019
E1050.7A#1987/184#14* (215.3) Einzelfälle (streng geheim) (1977–1980)	24. 01. 2019
E1050.7A#1987/184#15* (215.3) Fall Nuber (geheim) (1978–1980)	24. 01. 2019
E1050.7A#1987/184#8* (215.2) Allgemeine Unterlagen (vertraulich) (1978–1979)	24. 01. 2019
E1050.7A#1987/184#9* (215.2) Formelles (vertraulich) (1978–1979)	24. 01. 2019
E1050.7A#1987/88#403* (215) GPK / Arbeitsgruppe Bachmann: Dossier Lüthi zum Fall Bachmann (1978–1980)	24. 01. 2019

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement / Département fédéral de justice et police / Dipartimento federale di giustizia e polizia

E4268-06#2014/25#2928* (1-27) Breguet Bruno (29.5.1950) (1969–1982)	11. 07. 2017
E4268-06#2014/25#3553* (1-28) EV Ermittlungsverfahren gegen Breguet Bruno (29.05.1950) Teil 7 (1978–1996)	11. 07. 2017
E4268-06#2014/25#3657* (1-29) Airbus-Entführung Entebbe/Uganda (1976)	21. 11. 2017
E4320C#1992/171#1* ((1153:0)030/624) Voruntersuchung; MUR & MARY; Auftrag Studie über den Zivilschutz im Ausland (1974–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#2* ((1153:0)030/624) Untersuchungsakten, Dossier I/1, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 1-9 (1968–1983)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#3* ((1153:0)030/624) Untersuchungsakten, Dossier I/2, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 10-20 (1973–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#4* ((1153:0)030/624) Untersuchungsakten, Dossier II/1, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 21-25 (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#5* ((1153:0)030/624) Untersuchungsakten, Dossier II/2, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 26-33 (1970–1977)	28. 07. 2016

E4320C#1992/171#6* ((1153:0)030/624) Untersuchungsakten, Dossier III/1, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 34-40 (1956–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#7* ((1153:0)030/624) Untersuchungs- und Prozessakten, Dossier III/2, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 41-44 (1970–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#8* ((1153:0)030/624) Überwachungsberichte (1975–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#9* ((1153:0)030/624) TAB Domizil (1975–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#10* ((1153:0)030/624) TAB Büro (1975–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#11* ((1153:0)030/624) Sichergestelltes Aktenmaterial (1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#12* ((1153:0)030/624) Schlussbericht vom 22.10.1976 (1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#13* ((1153:0)030/624) Parlamentarische Interventionen und deren Beantwortung (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#14* ((1153:0)030/624) Pressekommentare von der Verhaftung bis zur Verurteilung; Basler-Zeitung, Blick, Berner Tagblatt, Der Bund, NZZ, Tagesanzeiger (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#15* ((1153:0)030/624) Pressekommentare von der Verhaftung bis zur Verurteilung; Die Tat, Vaterland, Weltwoche, Tagwacht, Vorwärts, div. Zeitungen (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#16* ((1153:0)030/624) Pressekommentare von der Verhaftung bis zur Verurteilung; La Suisse, Trib. de Genève, 24-heures, Voix-Ouvrière, div. Zeitungen, Tessiner Zeitungen, Auslandspresse (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#19* ((1153:0)030/624) Arbeitsgruppe der GPK NR/SR und der Militärkommission (1976–1980)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#20* ((1153:0)030/624) Arbeitsgruppe Abwehr (1977–1979)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#21* ((1153:0)030/624) Arbeitsgruppe Bachmann der GPK (1977–1981)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#22* ((1153:0)030/624) Doppel der Prozessakten, s. inliegendes Inhaltsverzeichnis 1-80 (1970–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#38* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Voruntersuchung (1974–1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#39* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Orientierung BR Furgler (1976–1988)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#40* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Untersuchungsakten, Einvernahmen, Notizen etc. (1976–1988)	28. 07. 2016

E4320C#1992/171#41* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Russische Kontaktpersonen (1959–1975)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#42* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Parlamentarische Interventionen und deren Beantwortung (1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#43* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Rechtsfragen, Zuständigkeit, Verjährung (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#44* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Ermächtigung zur Durchführung eines Strafverfahrens (1976)	28. 07. 2016
E4320C#1992/171#45* ((1153:0)030/624) Handakten alt BA Gerber; Arbeitsgruppe der GPK NR/SR und der Militärkommission (1976–1977)	28. 07. 2016
E4320C#2001/55#30* (002) Erfasste Spionage / Abwehr (0) 002 (1967–1983)	10. 07. 2017
E4320C#2001/55#159* (12) Sikora Zdzislaw, 02.06.1928 (1126:0) 12/284 (1972–1976)	20. 12. 2016
E4320C#2001/55#200* (12) Graczyk Konrad, 07.07.1930 (1126:0) 12/287 (1973–1985)	20. 12. 2016
E4320C#2001/55#208* (12) Rocek Jiri, 01.01.1927 (1174:0) 12/318 (1969–1986)	20. 04. 2015
E4320C#2001/55#373* (12) Denissenko Vassili, 15.01.1915 (1153:0) 12/28 (1960–1992)	20. 12. 2016
E4320C#2001/55#374* (12) Fiecko Tadeusz, 01.08.1922 (1126:0) 12/367 (1972–1992)	20. 12. 2016
E4320C#2001/55#944* (250) Grundsätzliches zum Redebeschluss (0) 250/196 (1973–1989)	20. 11. 2017
E4320C#2001/55#1057* (34) PLO Palästinensische Befreiungsorganisation (50)/34/420 (1969–1977)	20. 11. 2017
E4320C#2001/55#1060* (34) PLO Büro bei den int. Organisationen in Genf (50)/34/420/3 (1975–1979)	20. 11. 2017
E4320C#2001/55#1061* (34) PLO Palästinensische Befreiungsorganisation Presse (50)/34/420P (1975–1979)	20. 11. 2017
E4320C#2001/55#1062* (34) PLO Palästinensische Befreiungsorganisation (50)/34/420 (1977–1979)	20. 11. 2017
E4320C#2001/55#1115* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 04-05 (236:0) 39/297 (1977–1978)	15. 08. 2017
E4320C#2001/55#1116* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Pressekommentare (236:0) 39/297 (1977–1978)	15. 08. 2017
E4320C#2001/55#1117* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 03 (236:0) 39/297 (1977–1978)	15. 08. 2017

- E4320C#2001/55#1118* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 06-08
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1119* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 09-12
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1120* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 13-16
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1121* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 17-18
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1122* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 19-24
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1123* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 25-30
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1124* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 31-32
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1125* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Strafafakten
Dossier I und II (236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1126* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 01-02
(236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1127* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Auswertung pers.
Papiere, Effekten, Auto (236:0) 39/297 (1977–1978)
- E4320C#2001/55#1130* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Reg. Nr. 09
(236:0) 39/297 (1978)
- E4320C#2001/55#1131* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Rapport vom
01.03.1978 (236:0) 39/297 (1978)
- E4320C#2001/55#1132* (39) Kröcher-Tiedemann 15. 08. 2017
Gabriele, 18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949
Pressekommentare (236:0) 39/297 (1978)
- E4320C#2001/55#1142* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
ST-V (236:0) 39/297 (1978–1979)
- E4320C#2001/55#1143* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
Barabass (236:0) 39/297 (1978–1979)

- E4320C#2001/55#1144* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
Bohnekämpfer (236:0) 39/297 (1978–1979)
- E4320C#2001/55#1145* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
Tiedemann (236:0) 39/297 (1978–1979)
- E4320C#2001/55#1154* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
H-J (236:0) 39/297 (1977–1980)
- E4320C#2001/55#1156* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
W-Z (236:0) 39/297 (1978–1980)
- E4320C#2001/55#1157* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
Büttner (236:0) 39/297 (1978–1980)
- E4320C#2001/55#1158* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
M-Q (236:0) 39/297 (1978–1980)
- E4320C#2001/55#1159* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
R-S (236:0) 39/297 (1978–1980)
- E4320C#2001/55#1160* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
K (236:0) 39/297 (1978–1980)
- E4320C#2001/55#1174* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 (236:0) 39/297
(1975–1981)
- E4320C#2001/55#1176* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
SCH (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1177* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
L (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1178* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
Bislin (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1179* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
B (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1180* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
A-B (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1181* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
C-G (236:0) 39/297 (1978–1981)

- E4320C#2001/55#1182* (39) Kröcher-Tiedemann Gabriele, 15. 08. 2017
18.05.1951 / Möller Christian, 18.10.1949 Korrespondenz
K (236:0) 39/297 (1978–1981)
- E4320C#2001/55#1641* (420) El Kaddoumi Farouk, 20. 11. 2017
17.08.1929/30 (50)/420/56 (1978–1988)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport / Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports / Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport

- E5560D#1998/166#681* Atomsperrvertrag (1972–1979) 25. 10. 2011
27. 08. 2015
- E5560D#1998/166#693* (241.3.31) Protokolle der gemischten 25. 10. 2011
schwedischschweizerischen Kommission (1973–1977)
- E5560D#1998/166#694* (241.3.31) Halbjahres – Berichte 25. 10. 2011
(1974–1978)
- E5560D#1998/166#697* (241.3.32) 25. 10. 2011
Abkommandierungsberichte siehe auch 322/110
(1972–1976) 27. 08. 2015
- E5560D#1998/166#498* (241.3.32) Zusammenarbeit mit 25. 10. 2011
Oesterreich allg. (1971–1979) 27. 08. 2015
- E5560D#2010/154#88* (241.3.31) Zusammenarbeit 25. 10. 2011
Schweden-Schweiz. Grunddokumente, Regelungen, 27. 08. 2015
Konferenz, Berichterstattung, Übersicht Zusammenarbeit
(1967–1981)
- E5560D#2010/154#89* (241.3.31) Zusammenarbeit 25. 10. 2011
Schweden-Schweiz. Dokumentation, Basispapiere, 27. 08. 2015
technische Prognose (1966–1983)
- E5560D#2010/154#91* (241.3.31) Zusammenarbeit 25. 10. 2011
Schweden-Schweiz. Verteidigungsplanung. Besuch in 27. 08. 2015
Schweden 21.–23. Mai 1973 (1970–1988)

Eidgenössisches Finanzdepartement / Département fédéral des finances / Dipartimento federale della finanze

- E6221B#1985/225#718* (B.01) Dai-Ichi Kangyo Bank 22. 05. 2017
(Schweiz) AG (1971–1978)
- E6221B#1985/225#719* (B.02) Dai-Ichi Kangyo Bank 22. 05. 2017
(Schweiz) AG (1978)
- E6221B#1985/225#2007* (B.10) Dai-Ichi Kangyo Bank
(1978–1979)
- E6221B#1985/225#2008* (B.10) Dai-Ichi Kangyo Bank (1978)
- E6221B#1995/265#246* (B.06/7) Dai-Ichi Kangyo Bank 22. 05. 2017
(Schweiz) AG (1971–1988)

E6221B#1995/265#247* (B.03) Dai-Ichi Kangyo Bank (Schweiz) AG: Meldungen Nr. 1045, 1134, 1600, 1710, 1864, 2310, 2340, 2506, 2587, 2636 (1977–1987)	22. 05. 2017
E6221B#1995/265#444* (B.01) Wozchod Handelsbank AG (1969–1990)	22. 05. 2017
E6221B#1995/265#246* (B.06/7) Dai-Ichi Kangyo Bank (Schweiz) AG (1971–1988)	22. 05. 2017
E6520B#2007/62#381* (72) Gegenrecht / Japan / Allgemeines 1978–1983 (1978–1983)	22. 05. 2017
E6520B#2007/62#382* (72) Gegenrecht / USA / New York, Ohio, Oklahoma, Pennsylvania, Tennessee, Virginia, Wisconsin (1970–1985)	22. 05. 2017
E6520B#2007/62#384* (72) Gegenrecht / USA / Californien, Connecticut, Illinois, Indiana, Maryland, Massachusetts, Michigan (1969–1986)	22. 05. 2017
E6520B#2007/62#385* (72) Gegenrecht / Bahamas, Bulgarien, Cayman Islands, Finnland, Luxemburg (1975–1988)	22. 05. 2017
E6520B#2007/62#386* (72) Gegenrecht / Niederlande, Norwegen, Pakistan, Türkei, Uruguay (1969–1994)	22. 05. 2017



© Keystone / Photopress-Archiv / 221036496

Stabübergabe im Politischen Departement: Der frisch gewählte Bundesrat Pierre Aubert (links) am 7. Dezember 1977 mit seinem Vorgänger Pierre Graber im Bundeshaus.

Passage du flambeau au Département politique: le Conseiller fédéral nouvellement élu Pierre Aubert (à gauche) avec son prédécesseur Pierre Graber au Palais fédéral le 7 décembre 1977.

Passaggio di consegne in seno al Dipartimento politico: il neoeletto Consigliere federale Pierre Aubert (a sinistra) assieme al suo predecessore Pierre Graber a Palazzo federale il 7 dicembre 1977.

Die Aussenbeziehungen der Schweiz in den Jahren 1976–1978 stehen unter dem Zeichen von Aktivierung und Dynamisierung, wie die Akten aus Band 27 belegen. KSZE-Prozess sowie Nord-Süd-Dialog eröffnen der Schweizer Diplomatie neue Handlungsspielräume. Neu rücken auch die Menschenrechte in den Fokus. Gleichzeitig zeigen die Ablehnung des IDA-Kredits und die Erweiterung des Staatsvertragsreferendums den wachsenden Einfluss von Parlament und Bevölkerung auf die Aussenpolitik. Die Rezession wird durch die Aufwertung des Frankens verstärkt. Die Politik reagiert mit Eingriffen zur Stützung ausländischer Währungen und der Förderung des Exports. Verschiedene Skandale zeichnen das Bild einer Schweiz, die immer weniger «über jeden Verdacht erhaben» scheint.

Les relations extérieures de la Suisse durant les années 1976–1978 sont placées sous le signe de l'engagement et du dynamisme, comme en témoignent les documents du volume 27. Le processus de la CSCE, ainsi que le dialogue Nord-Sud, ouvrent de nouvelles perspectives pour la diplomatie suisse. Autre nouveauté, les droits humains sont désormais au centre de l'attention. Le rejet du financement de l'AID, ainsi que l'extension du droit de référendum en matière de traités internationaux attestent simultanément de l'influence croissante du Parlement et du peuple sur la politique étrangère. L'appréciation du franc suisse amplifie le phénomène de récession. Face à cela, les autorités politiques interviennent afin de soutenir les devises étrangères et de promouvoir les exportations. Divers scandales brossent le tableau d'une Suisse qui semble de moins en moins «au-dessus de tout soupçon».

Le relazioni estere della Svizzera negli anni 1976–1978, documentate dagli atti del volume 27, sono caratterizzate dall'attivazione e dal dinamismo. Il processo della CSCE e il dialogo Nord-Sud ampliano il raggio d'azione della diplomazia svizzera. Anche i diritti umani si trovano ora al centro dell'attenzione. Al contempo, il rifiuto del credito all'IDA e l'estensione del referendum in materia di trattati internazionali mettono in evidenza il crescente influsso del parlamento e della popolazione sulla politica estera. La recessione è acuita dall'apprezzamento del franco; la politica risponde con interventi volti al sostegno di valute estere e incentivando le esportazioni. Diversi scandali, infine, tratteggiano l'immagine di una Svizzera che appare ormai sempre meno «al di sopra di ogni sospetto».